

Anne Jürgens



# Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titularnation zur Minderheit

Demokratische Transformation  
und gesellschaftliche  
Integration im Baltikum  
und in der Ukraine



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG



Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa –  
von der Titularnation zur Minderheit



Anne Jürgens

**Russischsprachige Bevölkerung  
in Osteuropa –  
von der Titularnation  
zur Minderheit**

Demokratische Transformation  
und gesellschaftliche Integration  
im Baltikum und in der Ukraine



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG

## Über die Autorin

Anne Jürgens (Dipl.-Vw.), geboren 1983 in Tallinn, Estland. Seit 2011 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und geschäftsführende Administratorin am Projekt „Transkulturelle Studien“ der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Forschungsinteressen der Politikwissenschaftlerin und Volkswirtin dienen insbesondere der politischen und ökonomischen Systemtransformation in den Ländern Osteuropas, der europäischen Integration und den internationalen Beziehungen. Spezifische Interessensgebiete umfassen die Position der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum, das Spannungsverhältnis zwischen den Mitgliedstaaten der EU sowie die aktuellen und künftigen Beziehungen zwischen Russland und dem „Westen“.

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2016 als Dissertation zur Erlangung des Titels „Dr.rer.pol.“ an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg verteidigt.

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über <http://dnb.ddb.de>.



Dieses Werk ist unter der Creative Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Die Umschlaggestaltung unterliegt der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0.



**UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK**  
HEIDELBERG

Publiziert bei heiBOOKS,  
Universitätsbibliothek Heidelberg 2018.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf heiBOOKS, der E-Book-Plattform der Universitätsbibliothek Heidelberg, dauerhaft frei verfügbar (Open Access).

urn: urn:nbn:de:bsz:16-heibooks-book-354-3

doi: <https://doi.org/10.11588/heibooks.354.490>

Text © 2018, Anne Jürgens

Umschlagbild: Anne Jürgens, 2017

ISBN 978-3-946531-72-2 (Hardcover)

ISBN 978-3-946531-71-5 (PDF)

Für meine Eltern





# Inhalt

1. Einleitung.....	15
1.1 Hinführung zum Thema und Forschungsrelevanz.....	15
1.2 Bisheriger Forschungsstand.....	17
1.3 Formalia.....	20
1.4 Aufbau der Arbeit.....	22
2. Theoretischer Hintergrund.....	27
2.1 Begriffe und Definitionen.....	27
2.1.1 Minderheit.....	27
2.1.2 „Ethnisch“ oder „national“ ?.....	30
2.1.3 Integration.....	32
2.2 Territoriale Fragen.....	35
2.3 Migration und Integration.....	35
2.4 Bedeutung der Sprache im Integrations- und Transformationsprozess.....	38
2.5 Messung von Integration.....	40
2.6 Demokratischer Systemübergang: ethnisch-nationale Elemente.....	44
2.7 Systematisierung der Transformation und Integration.....	47
2.8 Fragestellung und Hypothesen.....	51
2.9 Methodisches Vorgehen.....	52
2.10 Quellen.....	53
3. Historischer Hintergrund.....	57
3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion.....	57
3.1.1 Die Ideologie hinter dem sowjetischen „Nationsprojekt“ und die Sonderstellung der Russen als Titularnation.....	57
3.1.2 Strukturelle Bestimmungsfaktoren der Migration in der Sowjetunion.....	63
3.2 Estland und das Baltikum.....	67
3.2.1 Fremdherrschaft, Staatlichkeit und nationsbildende Faktoren.....	67
3.2.2 Estland und das Baltikum als Teil des sowjetischen Expansions- und „Nationsprojektes“.....	72
3.2.3 Sozioökonomische Faktoren der Migration im Baltikum.....	75
3.2.4 Bevölkerung Estlands in Zahlen.....	77
3.2.5 Veränderungen der nationalen Zusammensetzung der Stadt-Land-Verteilung der baltischen Bevölkerung.....	81
3.2.6 Demographische Faktoren der Bevölkerungszusammensetzung in Estland ...	83
3.2.7 Bevölkerungsentwicklung in Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland .	84

3.3 Ukraine .....	84
3.3.1 Der ukrainische Staat als multinationales Gebiet .....	84
3.3.2 Die Ukraine zwischen den Fronten im Bemühen um die eigene Nation und Staatlichkeit .....	88
3.3.3 Die Ukraine als Teil des sowjetischen „Nationsprojektes“ .....	91
3.3.4 Der Weg der Ukraine durch die Sowjetzeit bis zum Zusammenfall des sowjetischen Systems.....	96
3.3.5 Sozioökonomische Faktoren in der Sowjet-Ukraine .....	99
3.3.6 Stadt-Land-Verteilung und die nationale Zugehörigkeit der ukrainischen Bevölkerung .....	102
3.3.7 National-sprachliche Zusammensetzung der ukrainischen Bevölkerung in Zahlen .....	102
4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland .....	105
4.1 Grundzüge des Systemwechsels im Baltikum .....	105
4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland .....	107
4.2.1 Staatsgrenze .....	107
4.2.2 Formalia und Chronologie der Ereignisse.....	109
4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung.....	114
4.3.1 Erste halbfreie Wahlen und das Kräfteverhältnis im Obersten Sowjet der Estnischen SSR .....	114
4.3.2 Erste halbfreie Exekutive und die nationale Frage in der Zeit von 1990 bis 1992 .....	117
4.3.3 Politische Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung zwischen 1990 und 1992.....	118
4.3.4 Die nationale Frage in der parteipolitischen Rhetorik der neuen estnischen Kräfte Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre .....	120
4.3.5 Das „spill-over“ der ethnisch-national radikalisierten politischen auf die öffentliche Stimmung .....	125
4.3.6 Der Vertrag zwischen Estland und Russland 1991 und die Frage der Staatsbürgerschaft .....	128
4.3.7 Fazit: Paradigmenwechsel in der ethnisch-nationalen Stimmung zwischen 1989 und 1992.....	131
4.3.8 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in Estland .....	133
4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung .....	134
4.4.1 Erstes Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 und seine Folgen ...	134
4.4.2 Die estnische Verfassung .....	138

4.4.3 Fazit: Konstitutionelle und gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung vor den ersten freien Parlamentswahlen.....	140
4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext.....	141
4.5.1 Erste freie Parlamentswahlen am 20. September 1992 .....	141
4.5.2 Erste Regierungskoalition und zwei Regierungen von 1992 bis 1995 .....	143
4.5.3 Parlamentswahlen ab 1995 und die politischen Positionen der gewählten politischen Kräfte .....	146
4.5.3.1 Parlamentswahlen von 1995 bis 2011 .....	146
4.5.3.2 Regierungskoalitionen und deren Positionen von 1995 bis 2011 .....	148
4.5.3.3 Das Amt des Ministers für Bevölkerungsfragen .....	152
4.5.3.4 Fazit: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung nach 1992 auf der Regierungsebene .....	154
4.5.4 Gesetzliche Regelungen zur Staatsbürgerschaft, Sprache, Bildung und zu Ausländern .....	156
4.5.4.1 Relevanz der Repräsentation bei der Gesetzgebung .....	156
4.5.4.2 Das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1995 und dessen Ergänzungen.....	157
4.5.4.3 Das Ausländergesetz .....	159
4.5.4.4 Das Sprachgesetz.....	164
4.5.4.5 Reaktionen auf die Gesetzgebung und ihre Folgen für die russischsprachige Bevölkerung .....	168
4.5.5 Politische Repräsentation und Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung während der Konsolidierungsphase.....	175
4.5.5.1 Parteien und Bündnisse.....	175
4.5.5.2 Russischsprachige Bevölkerung in Estland als Wählerschaft – Analyse des Wahlverhaltens .....	179
4.5.5.2.1 Parlamentswahlen.....	179
4.5.5.2.2 Kommunalwahlen.....	185
4.5.5.2.3 Fazit: Wahlverhalten der russischsprachigen Bevölkerung in Estland .....	193
4.5.6 Staatliche Programme und Einrichtungen für Integration in Estland – Messung der gesellschaftlichen Integration.....	195
4.5.6.1 Hintergründe und Inhalte .....	195
4.5.6.2 Ergebnisse der Integrations-Monitorings in Estland 2008 und 2011 – soziale Kontakte und sozioökonomische Faktoren.....	199
4.5.6.3 Fazit: Sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland.....	208
4.5.6.4 Weitere Ergebnisse der Integrations-Monitorings 2008 und 2011.....	209
4.5.6.4.1 Zivilgesellschaftliche Beteiligung.....	209

4.5.6.4.2 Regionalvergleich im Schnitt verschiedener Integrationsfaktoren im Jahr 2011 .....	210
4.5.6.4.3 Fazit: Bürgerbeteiligung und regionale Unterschiede .....	212
4.5.7 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase .....	212
4.6 Zusammenfassung.....	214
5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine.....	219
5.1 Grundzüge des Systemwechsels in der Ukraine .....	219
5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse.....	220
5.2.1 Staatsgrenze .....	220
5.2.2 Chronologie der Ereignisse .....	221
5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung.....	224
5.3.1 Neue, alte und „neu-alte“ politische Kräfte und erste halbfreie Wahlen .....	224
5.3.2 Erste freie Parlamentswahlen und die politischen Kräfteverhältnisse .....	228
5.3.3 Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994.....	230
5.3.4 Repräsentation in der Übergangszeit und politisches Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung.....	231
5.3.5 Fazit: „Nationale Frage“ und Gratwanderung zwischen Nation und Staat während der Demokratisierungsphase .....	237
5.3.6 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in der Ukraine.....	239
5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine .....	240
5.4.1 Gesetz zur Staatsbürgerschaft – Inklusion als politisches Ziel.....	240
5.4.2 Die Gesetzgebung zur Sprache.....	241
5.4.3 Die ukrainische Verfassung.....	243
5.4.4 Fazit: Gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung.....	244
5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine.....	245
5.5.1 Regionale Teilung der Ukraine.....	245
5.5.2 Russischsprachige Regionen der Ukraine.....	255
5.5.2.1 Die Krim und der Donbass als Sonderfälle .....	255
5.5.2.1.1 Die Krim – Historie .....	255
5.5.2.1.2 Der Donbass - Historie .....	256
5.5.2.2 „Neurussland“ als historisch bedeutendes Gebiet der russischsprachigen Ukraine .....	257
5.5.3 Einflussfaktoren der Bevölkerung im Donbass .....	258
5.5.4 Bevölkerung der Krim.....	261
5.5.5 Politisches Konfliktpotential der Krim.....	263

5.5.6 Fazit: Regionale Besonderheiten der Ukraine .....	268
5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr? .....	270
5.6.1 Politische Institutionen, repräsentative Organe und die Rolle der russischsprachigen Regionen .....	270
5.6.1.1 Herausbildung des Präsidenten zur Identifikationsfigur des Landes und Stimmen der russischsprachigen Regionen.....	270
5.6.1.1.1 Erste Phase der Herrschaft von 1991 bis 2004 - Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma .....	270
5.6.1.1.2 Zweite Phase der Herrschaft von 2004 bis 2014 – Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch .....	272
5.6.1.1.3 Dritte Phase der Herrschaft – Wiktor Janukowitsch von 2010 bis 2014.....	275
5.6.1.1.4 Die Krisenzeit – Petro Poroschenko 2014.....	277
5.6.1.2 Rolle der Exekutive nach der Unabhängigkeit und die Machtverhältnisse im Staat .....	279
5.6.1.3 Innenpolitische und innerstaatliche Konflikte als Pendant zum politischen Machtkampf.....	283
5.6.1.4 Parteien als Interessenvertreter oder Interessenvermittler „von oben“? .....	287
5.6.1.5 Fazit: Der Präsident, die Exekutive und die Parteien - die Repräsentation.....	297
5.6.2 Wahlverhalten in der Ukraine bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1998 und 1999 bis 2014 – Rolle der russischsprachigen Oblaste.....	298
5.6.2.1 Wahlgesetze und Wahlrecht .....	298
5.6.2.2 Präsidentschaftswahlen von 1999 bis 2014 .....	300
5.6.2.3 Parlamentswahlen von 1998 bis 2014 – Wahlergebnisse und die regionale Stimmverteilung .....	303
5.6.2.4 Fazit: Wahlverhalten im regionalen Vergleich .....	313
5.6.3 Gesellschaftliche Spaltung und ukrainische Außenpolitik .....	314
5.6.3.1 Einflussfaktoren und Themenkomplexe.....	314
5.6.3.2 Russland als außenpolitischer Einflussfaktor .....	317
5.6.3.3 Der Auftritt der Themenkomplexe und der Ost-West-Spaltung im außenpolitischen Handeln der ukrainischen Führungsfiguren .....	321
5.6.3.4 Fazit: Außenpolitik als Faktor der gesellschaftlichen Spaltung.....	323
5.6.4 Sozioökonomische Faktoren .....	324
5.6.4.1 Regionale Spaltung in der Ökonomie.....	324
5.6.4.2 Fazit: Sozioökonomische Spaltung der Ukraine entlang ethnisch-nationaler Grenzen.....	333

5.6.5 Ukrainische Zivilgesellschaft und regionale Spaltung .....	333
5.6.6 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase .....	335
5.7 Zusammenfassung.....	336
6. Rolle der Sprache .....	341
6.1 Sprache als wichtigster Integrationsindikator .....	341
6.2 Sprache in Estland und im Baltikum.....	343
6.3 Estnisch, Russisch und die gesellschaftlichen Einstellungen – ein Beispiel.....	351
6.4 Sprache in der Ukraine .....	353
6.5 Bildungssystem und Sprache .....	362
6.5.1 Bildung und Sprache in Estland .....	362
6.5.2 Russischsprachige Kinder im estnischsprachigen Bildungsumfeld .....	369
6.5.3 Bildung und Sprache in der Ukraine.....	372
6.6 Zusammenfassung.....	378
7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen .....	383
7.1 Identitäten als politische bzw. gesellschaftliche Größen .....	383
7.2 Identitäten im Wandel – Russen und „andere“ als identifikatives Erbe .....	388
7.3 Identität als Teil der Nations(wieder)herstellung in den 1990er Jahren.....	391
7.4 Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung.....	395
7.5 Selbstpositionierung der neuen Titularnationen.....	401
7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung .....	407
7.6.1 Ukrainische Mythenbildung und Identitätsstiftung .....	408
7.6.2 Estland und Mythen – Identität und der „Krieg der Denkmäler“ .....	413
7.7 Kulturelle Unterschiede als Identitätsmerkmal .....	418
7.8 Zusammenfassung.....	421
8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung .....	427
8.1 Schlüsselereignisse der „Ukraine-Krise“ von 2013 bis 2015 .....	427
8.1.1 Kurze Chronologie der Krise.....	427
8.1.2 Außenpolitische Positionierung der Ukraine als Einflussfaktor der Krise .....	429
8.2 Theoretischer Rahmen – Krim, Donezk, Luhansk und die Sezessionsgefahr .....	432
8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung.....	434
8.3.1 Historische Gegebenheiten einer Staatlichkeit auf der Krim und im Donbass .....	434
8.3.1.1 Die Krim.....	434
8.3.1.2 Der Donbass.....	439

8.3.2 Die Krise im Jahr 2014 im Südosten der Ukraine – Echter Separatismus im letzten Anlauf? .....	442
8.3.2.1 Die Krim – Annexion oder Volkswille? – Ereignisse im Februar und März 2014 .....	442
8.3.2.2 Der Donbass und der Südosten – Ereignisse im Frühling 2014.....	444
8.3.3 Sezessionen auf der Krim, in „DNR“ und „LNR“ – Legitimationsgrundlage? .....	449
8.3.3.1 Die Krim.....	449
8.3.3.2 Donezk und Luhansk .....	449
8.3.4 Der institutionelle Aufbau der abtrünnigen Gebiete – Chance aufs Überleben?.....	455
8.3.4.1 Die Krim – Teil des Größeren .....	455
8.3.4.2 Donezk, Luhansk und der Donbass – Volksrepubliken ohne Volk und ohne Republik?.....	459
8.4 Militärische Präsenz und der Patron-Staat.....	462
8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft .....	468
8.6 Kontrolle über das Territorium .....	476
8.7 Wirtschaft .....	477
8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten .....	479
8.8.1 Politische Repräsentation der Nationalitäten auf der Krim – Stärkung der Russen .....	479
8.8.2 Änderung der Machtverhältnisse, regionale Identität und die Krise – wovor fürchtet sich der russischsprachige Südosten? .....	484
8.8.3 Umfragen zur Krise im Jahr 2014 – Umfrageergebnisse als Zeichen der gesellschaftlichen Teilung.....	488
8.9 Zusammenfassung.....	495
9. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	499
9.1 Schlüsselereignisse der Transformation .....	499
9.2 Begrifflichkeiten – Wandel der russischsprachigen Bevölkerung .....	505
9.3 Größe der russischsprachigen Bevölkerung .....	506
9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration.....	507
9.4.1 Messung der gesellschaftlichen Integration mithilfe der Indikatoren .....	507
9.4.2 Politische Dimension.....	507
9.4.2.1 Zugang zu Grundrechten.....	507
9.4.2.2 Zugang zur politischen Partizipation und/oder Wahlen .....	508
9.4.2.3 Zugang zu politischen Ämtern.....	509
9.4.2.4 Ergebnis: Politische Dimension in Estland und der Ukraine.....	510

9.4.3 Kulturelle Dimension .....	510
9.4.3.1 Sprache .....	510
9.4.3.2 Kenntnis der Kultur/Ähnlichkeit .....	511
9.4.3.3 Ergebnis: Kulturelle Dimension in Estland und der Ukraine .....	512
9.4.4 Strukturelle Dimension.....	513
9.4.4.1 Zugang zum/Teilnahme am Arbeitsmarkt.....	513
9.4.4.2 Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung .....	514
9.4.4.3 Zugang zur/Teilnahme an Bildung .....	514
9.4.4.4 Ergebnis: Strukturelle Dimension in Estland und der Ukraine.....	516
9.4.5 Soziale Dimension .....	516
9.4.5.1 Zugang zum Wohnungsmarkt/Wohngegend .....	516
9.4.5.2 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten .....	517
9.4.5.3 Einbindung in das Sozialleben/Freizeit und der ethnisch-nationale Hintergrund des Partners/Bekanntenzirkels.....	518
9.4.5.4 Ergebnis: Soziale Dimension in Estland und der Ukraine .....	519
9.4.6 Identifikative Dimension: Individuelle Einschätzung des Umfelds und Zustimmung zu den kulturellen und sozialen Werten .....	519
9.5 Überprüfung der aufgestellten Hypothesen .....	522
9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland.....	525
9.7 Schlussfolgerungen und Ausblick .....	533
Anhang.....	537
Verzeichnis der Abbildungen .....	541
Verzeichnis der Tabellen.....	541
Bibliographie .....	543



# 1. Einleitung

## 1.1 Hinführung zum Thema und Forschungsrelevanz

Die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und der gesamte postsowjetische Raum stellen hinsichtlich der Entwicklung politischer Systeme die interessantesten Fallbeispiele der letzten Jahrzehnte dar. Für die Politikwissenschaft bieten sie eine Fundgrube an Faktoren, Indikatoren und Aspekten, welche den Prozess der Transformation von einem autokratischen in ein demokratisches System beeinflussen können. Besonders für Europa sind politische Entwicklungen in seinem östlichen Teil von besonderer Bedeutung, da diese das Miteinander der europäischen Staaten und Nationen beeinflussen, was wiederum für eine friedliche Koexistenz entscheidend ist.

Die russischsprachige Bevölkerung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kann als ein solcher Faktor gelten, da ihre Präsenz gewissermaßen ein Folgephänomen der Sowjetzeit darstellt. Dabei hat die Verbreitung der russischen Sprache bzw. der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern Osteuropas historische Wurzeln und nahm nicht erst während der sowjetischen Herrschaftsperiode ihren Anfang. Was allerdings als Folge des sowjetischen „Nationsprojektes“ gelten kann, ist die Migration der russischsprachigen Bevölkerung innerhalb der Sowjetunion, welche durch ideologische und strukturelle Bestimmungsfaktoren begründet wurde.

Während der Sowjetzeit sind ethnische Russen bzw. Bevölkerungsgruppen in der Sowjetunion, die sich überwiegend auf Russisch unterhielten und deswegen als „russischsprachig“ gelten können, in alle Teilrepubliken der Sowjetunion migriert. Das Baltikum mit Estland, Lettland und Litauen galt dabei als bevorzugtes Ziel. Auch die Ukraine als „Bruderstaat“ Russlands nahm bei der Migration innerhalb der Sowjetunion eine besondere Rolle ein. Deswegen waren die Anteile der ethnisch russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung nach dem Zerfall der Sowjetunion in diesen Ländern besonders hoch. Neben anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (z.B. Weißrussland und Kasachstan) stellen diese Länder daher die interessantesten Fälle dar, wenn es um die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der politischen Entwicklung des postsowjetischen Raums geht. Schließlich ging die Transformation der Sowjetunion zu neu gegründeten oder wiederhergestellten Nationalstaaten für die russischsprachige Bevölkerung mit einem Übergang von der sowjetischen Titularnation zu einer Minderheit einher. Dieser Übergang konnte wiederum weder an den neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung noch an der politischen Entwicklung der Staaten spurlos vorübergehen.

Die politische Entwicklung der Staaten im gesamten postsowjetischen Raum könnte nicht unterschiedlicher sein: Einige Nachfolgestaaten haben erfolgreiche Demokratien

## 1. Einleitung

aufgebaut, deren Entwicklungen durch die Aufnahme in die Europäische Union und die NATO gekrönt wurden, während andere in einer Grauzone zwischen demokratischen und autokratischen Systemen stecken geblieben sind. Auch die baltischen Staaten und die Ukraine weisen deutliche Unterschiede in der demokratischen Entwicklung auf, was sich ebenfalls auf die politische und gesellschaftliche Position der dort lebenden russischsprachigen Bevölkerung ausgewirkt hat. Interessant ist hierbei, dass, obwohl die baltischen Staaten hinsichtlich ihrer demokratischen Entwicklung weitaus erfolgreicher sind als die Ukraine, die dortige russischsprachige Bevölkerung (vor allem in Estland und Lettland) politisch und gesellschaftlich betrachtet deutlich schlechter in die neuen demokratischen Strukturen integriert ist als die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine.

Bei näherer Betrachtung können Unterschiede in der politischen und gesellschaftlichen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung sowohl in den genannten baltischen Staaten als auch in der Ukraine etwa ab dem Übergang vom autokratischen Sowjet-System zum demokratischen System festgestellt werden. Somit kann der gesamte Prozess der Systemtransformation als zeitlicher Rahmen für die Formierung der heutigen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung betrachtet werden. Allgemein sollten ethnische, nationale, religiöse (u.a.) Minderheiten als Teil eines demokratisch aufgebauten Staates entsprechend der demokratischen Prinzipien behandelt werden, weswegen die Integration von Minderheiten sozialwissenschaftlich ohnehin ein bedeutendes und auch aktuell relevantes Problem darstellt. Der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum kommt wegen ihrer Zugehörigkeit zur ehemaligen Titulnation und deren historischer Größe eine Sonderrolle zu, was sich nicht zuletzt in der Einstellung der neuen Titulnationen der sowjetischen Nachfolgestaaten ihr gegenüber widerspiegelt. Da die russischsprachige Bevölkerung in den postsowjetischen Ländern jedoch – trotz ihrer historischen Position – im Grunde eine Minderheit darstellt, können anhand dieses Beispiels auch Rückschlüsse auf andere Staaten mit multinationalen Gesellschaften und die Möglichkeiten der Koexistenz zwischen Mehrheiten und Minderheiten gezogen werden.

Um die Entwicklung der Position der russischsprachigen Bevölkerung in den Untersuchungsländern zu beobachten, können beispielsweise Veränderungen hinsichtlich ihrer Beteiligung am politischen Prozess herangezogen werden. Daran anknüpfend können Veränderungen in ihrem Umgang mit den neuen Titulnationen untersucht werden, wodurch die soziale Stellung der russischsprachigen Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Schließlich ist von Bedeutung, wie sich die russischsprachige Bevölkerung gesellschaftlich an die neuen Umstände der politischen Transformation angepasst hat, was sich in allen Bereichen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens eines Staates äußert.

Die entscheidende Frage, welche sich in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum stellt, ist schließlich, wie loyal die russischsprachige Bevölkerung gegenüber ihren neuen Heimatstaaten ist. Dabei darf die historische Verbundenheit zu Russland, die für viele Russischsprachige bis heute besteht, nicht außer Acht gelassen werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, wie die jeweilige Verbundenheit zur aktuellen oder zur historischen Heimat begründet ist und ob sich neue

Identitäten aufgebaut haben, welche die russischsprachige Bevölkerung an das jeweilige Wohnland binden. Erneut ist hierfür die politische, gesellschaftliche und sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in dem jeweiligen Land wichtig, die unter Umständen für die identifikative Loyalität entscheidend ist. Dafür muss auch die Einstellung der jeweils neuen Titularnationen und deren Erwartungen gegenüber dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung betrachtet werden.

Die Bedeutung der Position der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum wurde insbesondere durch die Krise in der Ukraine seit dem Jahr 2014 verdeutlicht. Schließlich gehören die abtrünnigen Gegenden in der Ukraine zum „russischsprachigen“ Teil des Landes. Die Ukraine-Krise hat auch gezeigt, welche Rolle Russland in Konflikten einnehmen kann, in die russischsprachige Teile der Bevölkerung verstrickt sind. Nicht von ungefähr wurde im Zuge der genannten Krise wiederholt davor gewarnt, dass auch die baltischen Staaten aufgrund ihrer russischsprachigen Minderheit vom Separatismus gefährdet bzw. von Russland bedroht seien.

Ob diese Ängste begründet sind, soll durch die vorliegende Arbeit ebenso untersucht werden, wie auch die Antwort auf die Frage gefunden werden, welche Rolle die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum im Laufe der Systemtransformation gespielt hat und wie sich der politische Umbruch auf ihre politische und sozioökonomische Stellung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ausgewirkt hat. Somit ist in dem spezifischen Fall des postsowjetischen Raumes nicht nur die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung im Prozess der demokratischen Transformation von Bedeutung, sondern auch ihre Position in der Gesellschaft des jeweiligen Staates. Insofern müssen hierbei sowohl Prozesse der Demokratisierung und der demokratischen Konsolidierung als auch Elemente der gesellschaftlichen Integration untersucht werden. Das Erkenntnisinteresse liegt damit sowohl in der Verbindung dieser beiden Untersuchungsbereiche als auch in der zu ermittelnden Rolle der russischsprachigen Bevölkerung im Transformationsprozess der Länder des postsowjetischen Raumes begründet.

Somit leistet die vorliegende Arbeit einen bedeutenden Beitrag, indem sie den tiefergehenden Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die politische Entwicklung der Länder im postsowjetischen Raum untersucht und so neue Erkenntnisse zu wissenschaftlichen Untersuchungen des postsowjetischen Raums liefert. Diese können insbesondere angesichts der Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2014 künftig von Bedeutung sein.

## 1.2 Bisheriger Forschungsstand

Eine Reihe von Studien, hauptsächlich aus den 1990er Jahren, hat die russischsprachige Bevölkerung als eine „neue Minderheit“ im Kontext des osteuropäischen bzw. postsowjetischen Transformationsprozesses untersucht.<sup>1</sup> Diese Studien beschäftigten sich

---

<sup>1</sup> Als „neue Minderheit“ haben Jeff Chinn und Robert Kaiser die Russen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bezeichnet. Vgl. hierzu: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. Boulder, Col. [u.a.]: Westview Pr.

## 1. Einleitung

hauptsächlich mit der Nations- und Staatsbildung. Insbesondere zu nennen sind hier die Studien von Jeff Chinn und Robert Kaiser aus dem Jahr 1996 sowie die Untersuchungen von Pål Kolstø aus den Jahren 1995 und 2000.<sup>2</sup> Ebenso von Bedeutung ist die Untersuchung von David D. Laitin aus dem Jahr 1998 zur Entwicklung der Identität der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum.<sup>3</sup>

Die politische Entwicklung der Ukraine wurde bereits in den 1990er Jahren von Taras Kuzio ausführlich untersucht.<sup>4</sup> Zudem ist die politische Lage der Ukraine insbesondere nach der Orangen Revolution im Jahr 2004 in den Mittelpunkt politikwissenschaftlicher Studien gerückt. Zu nennen sind (u.a.) entsprechende Publikationen, herausgegeben von Taras Kuzio aus dem Jahr 2007 und von Juliane Besters-Dilger aus dem Jahr 2009.<sup>5</sup> Ebenso von Bedeutung sind hierbei die Untersuchungen von Katrin Boeckh und Ekkehard Völkl aus dem Jahr 2007 und die Arbeit von André Härtel aus dem Jahr 2012.<sup>6</sup> Im deutschsprachigen Raum ist *Kleine Geschichte der Ukraine* von Andreas Kappeler aus dem Jahr 2009 (mit einer Neuauflage im Jahr 2014) als ein Standardwerk zur ukrainischen Geschichte zu betrachten.<sup>7</sup> Weitere umfangreiche Werke zur Historie der Ukraine umfassen beispielsweise die Monographien von Paul Robert Magocsi (aus dem Jahr 2010) sowie von Kerstin Jobst (aus dem Jahr 2010, mit einer Neuauflage im Jahr 2015), neben einer Reihe früherer Publikationen Anfang der 1990er Jahre, beispielsweise von Frank Golczewski (aus dem Jahr 1993) und von Guido Hausmann (ebenfalls 1993) neben dem umfangreichen Band *Ukraine*, herausgegeben von Peter Jordan im Jahr 2001.<sup>8</sup> Die politische Entwicklung der baltischen Staaten wurde neben den bereits genannten Studien auch von baltischen Wissenschaftlern untersucht. Auch die Situation der russischsprachigen Bevölkerung stand dabei mitunter im Fokus. In Estland sind hierbei Studien von Klara Hallik, Aksel Kirch, Marika Kirch, Vello Pettai, Raivo Vetik, Triin Vihalemm, Peeter Vihalemm (u.a.) zu nennen.<sup>9</sup> Ebenso werden in Estland im Rahmen der offiziellen

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1995): *Russians in the Former Soviet Republics*. London: Hurst & co/Indiana University Pr.; Kolstø, Pål (2000): *Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states*. Boulder: Westview Pr.; Kolstø, Pål (Hrsg.) (2002): *National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova*. Lanham, Md. [u.a.]: Rowman & Littlefield.

<sup>3</sup> Laitin, David D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. Ithaca [u.a.]: Cornell Univ. Pr.

<sup>4</sup> Kuzio, Taras (1998): *Ukraine: state and nation building* (Bd. 9). London [u.a.]: Routledge; Ebd. (Hrsg.) (1998): *Contemporary Ukraine: dynamics of post-soviet transformation*. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe; Ebd. (2000): *Ukraine: Perestroika to independence*. Basingstoke [u.a.]: Macmillan.

<sup>5</sup> Besters-Dilger, Juliane (Hrsg.) (2009): *Ukraine on its way to Europe: interim results of the Orange Revolution*. Frankfurt am Main; Berlin; Bern [u.a.]: Lang; Kuzio, Taras (2007): *Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution* (Bd. 23.1: special issue). Abingdon: Routledge.

<sup>6</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): *Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution*. Regensburg: Pustet; Härtel, André (2012): *Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009)* (Bd. 47). Münster, Westf.; Berlin: LIT-Verl.

<sup>7</sup> Kappeler, Andreas (2014): *Kleine Geschichte der Ukraine* (Bd. 1059). München: Beck.

<sup>8</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): *A History of Ukraine*. Toronto/Buffalo: University of Toronto Pr.; Jobst, Kerstin S. (2015): *Geschichte der Ukraine* (Bd. 19320). Stuttgart: Reclam; Golczewski, Frank (Hrsg.) (1993): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; Hausmann, Guido (Hrsg.) (1993): *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates* (Bd. 1). Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.; Jordan, Peter (Hrsg.) (2001): *Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht* (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main; Berlin [u.a.]: Lang.

<sup>9</sup> Beispielsweise sind folgende Veröffentlichungen (u.a.) zu nennen: Geistlinger, Michael/Kirch, Aksel (1995): *Estonia: a new framework for the Estonian majority and the Russian minority*. Wien: Purdue University Pr.; Heidmets, Mati (Hrsg.): *Vene küsimus ja Eesti valikud*. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press;

Integrationsstrategie laufend sogenannte Integrations-Monitorings angefertigt, welche die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung mit statistischen Daten belegen.<sup>10</sup> Ebenso sind vergleichbare Studien zu Lettland und Litauen erschienen.<sup>11</sup>

Die Transformation in Osteuropa wurde außerdem in einer Reihe von Sammelbänden präsentiert, welche hauptsächlich den Prozess der demokratischen Entwicklung nach dem Zerfall der Sowjetunion dokumentieren. Die Mehrzahl dieser Studien ist in den 1990er oder den frühen 2000er Jahren erschienen und liefert eine Untersuchungsbasis für die Entwicklung des demokratischen Prozesses im postsowjetischen Raum.<sup>12</sup> Übergreifende Werke, welche auch konzeptionelle und theoretische Abhandlungen präsentieren, wurden von Autoren wie Samuel Huntington, Juan Linz und Alfred Stepan und nicht zuletzt Wolfgang Merkel im deutschsprachigen Raum veröffentlicht.<sup>13</sup>

Prozesse, welche mit Migration und Integration von Minderheiten zusammenhängen, wurden in der Vergangenheit vielfältig untersucht und beschrieben. Insbesondere sind hierbei theoretische Konzepte zu nennen, die sich mit der Systematisierung der gesellschaftlichen Integration bzw. der Assimilation von Minderheiten beschäftigen.<sup>14</sup> Ansätze und Typologien zur gesellschaftlichen Assimilation in Migrationsgesellschaften liefert zum Beispiel Hartmut Esser, wohingegen Will Kymlicka seinen Ansätzen den

---

Kirch, Aksel/Pettai, Vello (Hrsg.) (1997): *The integration of non-Estonians into Estonian society. History, problems and trends.* Tallinn: Estonian Academy Publishers; Kirch, Aksel (1998): *Russians in contemporary Estonia – different strategies of the integration into the Nation-State.* Riga: Academy of Sciences of Latvia; Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia.* in: Kolstø, Pål (Hrsg.): *National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova.* Lanham, Md. [u.a.]: Rowman & Littlefield. 71-103; Vihalemm, Peeter (2008): *The infosphere and media use of Estonian Russians.* in: Heidmets, Mati (Hrsg.): *Estonian Human Development Report 2007.* Tallinn: Eesti Koostöö Kogu. 77-81; Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2003): *Identity dynamics of Russian-speakers of Estonia in the transition period.* in: *Journal of Baltic Studies* 43/1. 92-116.

<sup>10</sup> Die Integrations-Monitorings haben seit der Verabschiedung des ersten Integrationsprogramms im Jahr 2000 regelmäßig stattgefunden. Alle Ergebnisse sind zu finden beim Informationsdienst des estnischen Kulturministeriums bzw. bei der Einrichtung für Integration und Migration (MISA).

<sup>11</sup> Hierzu beispielsweise: Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States.* Aldershot [u.a.]: Ashgate; Dreifelds, Juris (1997): *Latvia in transition.* Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.; Popovski, Vesna (2000): *National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93.* Basingstoke [u.a.]: Palgrave, in association with School of Slavonic and East European Studies, London: Univ. College Pr..

<sup>12</sup> Dawisha, Karen (Hrsg.) (1997): *Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova* (Bd. 3). Cambridge [u.a.]: Cambridge University Pr.; Ebd. (Hrsg.) (1997): *The consolidation of democracy in East-Central Europe* (Bd. 1). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.; Smith, David J. (u.a.) (Hrsg.) (2002): *The Baltic States.* Cornwall: TJ International, Padstow; Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2002): *Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation.* Band 1 und 2. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

<sup>13</sup> Huntington, Samuel P. (2006): *Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Bd. 11). Hamburg: SPIEGEL-Verl.; Linz, Juan. J./Stepan, Alfred. C. (1996): *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe.* Baltimore [u.a.]: Johns Hopkins University Pr.; Linz, Juan J. (2009): *Totalitäre und autoritäre Regime* (Bd. 4). Potsdam: WeltTrends; Merkel, Wolfgang (2003): *Defekte Demokratie.* Opladen: Leske + Budrich; Ebd. (2012): *Theorie.* Wiesbaden: VS Verl.; Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel (2006): *Defekte Demokratie. Regionalanalysen.* Wiesbaden: VS-Verl.; Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung.* Wiesbaden: VS Verl.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu: Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (Hrsg.) (2008): *Migration theory: talking across disciplines.* New York; London: Routledge; Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1999): *Soziale Integration* (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl.; Hentges, Gudrun (u.a.) (2010): *Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion: Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte.* Wiesbaden: VS-Verl.; Kalter, Frank (Hrsg.) (2008): *Migration und Integration* (Bd. 48). Wiesbaden: VS-Verl.

## 1. Einleitung

Multikulturalismus als Konzept der gesellschaftlichen Koexistenz in multinationalen Gesellschaften zugrunde legt.<sup>15</sup> Die Wechselwirkungen von Migration und Integration zwischen Nationen innerhalb eines Staates sind in einer Vielzahl weiterer Studien analysiert und untersucht worden, nicht zuletzt im Hinblick auf ethnisch begründete Konflikte innerhalb von oder zwischen Staaten.<sup>16</sup> Eine nähere Erläuterung der Begriffe der demokratischen Transformation und der gesellschaftlichen Integration, insbesondere im Zusammenhang mit der Problemstellung der vorliegenden Arbeit, wird im Kapitel zum theoretischen Hintergrund präsentiert.

Die genannte Literatur liefert einen Überblick über den Stand der Transformation der postsowjetischen Staaten, ebenso wie die genannten Quellen die theoretische Diskussion rund um das Thema Migration und Integration von Minderheiten in Zuwanderungsgesellschaften beleuchten. Einige Untersuchungen aus den 1990er Jahren haben auch explizit die Situation der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum zum Gegenstand. Jedoch haben sich die meisten Studien aus den 1990er Jahren bzw. aus der Zeit um Anfang und Mitte der 2000er Jahre nicht explizit mit der Rolle der russischsprachigen Bevölkerung im Transformationsprozess auseinandergesetzt. Die vorliegende Arbeit soll den entsprechenden Beitrag leisten.

### 1.3 Formalia

Für die vergleichende Untersuchung werden Estland (als Beispiel für einen baltischen Staat) und die Ukraine herangezogen.

Der Untersuchungszeitraum gliedert sich in drei grobe Zeitfenster: (1) Die historische Formierung der russischsprachigen Bevölkerung während der Sowjetzeit, wobei dieser Zeitraum im Baltikum ab dem Jahr 1940 und in der Ukraine bereits ab den 1920er Jahren beginnt. Kurze Einblicke in den relevanten historischen Hintergrund (beispielsweise um Zusammenhänge bestimmter Ereignisse zu beleuchten) werden im Laufe der

---

<sup>15</sup> Folgende Publikationen von Hartmut Esser sind an dieser Stelle relevant: Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten; eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt [u.a.]: Luchterhand; Ders. (Hrsg.) (1983): *Die fremden Mitbürger: Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Ausländern* (Bd. 110). Düsseldorf: Patmos-Verlag; Ders. (2001): *Integration und ethnische Schichtung* (Bd. 40). Mannheim: MZES; Ders. (2006): *Sprache und Integration: die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten*. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus; Will Kymlicka liefert eine Vielzahl an Publikationen zu seinem Konzept des Multikulturalismus, beispielsweise: Kymlicka, Will (1995): *Multicultural citizenship: a liberal theory of minority rights*. Oxford: Clarendon; Ebd. (2000): *The Rights of Minority Cultures*. New York: Oxford University Pr.; Kymlicka, Will/Opalski, Magda (2001): *Can liberal pluralism be exported?: Western political theory and ethnic relations in Eastern Europe*. Oxford: Oxford University Pr.; Kymlicka, Will (Hrsg.) (2003): *Language rights and political theory*. Oxford [u.a.]: Oxford University Pr.

<sup>16</sup> Beispielsweise: Brubaker, Rogers (1999): *Nationalism reframed: nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Pr.; Gurr, Ted Robert (2002): *Peoples versus states: minorities at risk in the new century*. Washington, DC: United States Institute of Peace Pr.; Harff, Barbara (u.a.) (1998): *Minorities at risk: a global view of ethno-political conflicts*. Washington, DC: United States Institute of Peace Pr.; Löwe, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (2000): *Minderheiten, Regionalbewusstsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa* (Bd. 35). Köln [u.a.]: Böhlau; Rex, John (1998): *Ethnic minorities in the modern nation state: working papers in the theory of multiculturalism and political integration*. Basingstoke [u.a.]: Macmillan Pr. [u.a.].

Arbeit nach Bedarf gegeben. (2) Die zweite zeitliche Phase rund um den Zerfall der Sowjetunion verläuft sowohl im Baltikum als auch in der Ukraine etwa ab Mitte der 1980er Jahre bis Anfang bzw. Mitte der 1990er Jahre. Je nach Fallbeispiel werden für diese Phase politische Ereignisse genannt, die den Anfang bzw. das Ende der Phase markieren. (3) Schließlich erstreckt sich der Zeitraum der demokratischen Konsolidierung etwa ab Anfang bzw. Mitte der 1990er Jahre und wird mit dem Frühjahr des Jahres 2015 beendet. Die Parlamentswahlen in Estland im März 2015 sowie das Friedensabkommen von Minsk II im Februar 2015 stellen das Ende des Untersuchungszeitraums dar. Nähere Erläuterungen zu relevanten politischen Ereignissen rund um den Übergang der zeitlichen Phasen werden im theoretischen Kapitel der vorliegenden Arbeit gegeben.

Wie der Titel der Arbeit bereits verdeutlicht und wie aus der Hinführung zum Thema ersichtlich ist, bildet die „russischsprachige Bevölkerung“ den hauptsächlichen Forschungsgegenstand. Dabei soll es sich bei dieser Bevölkerungsgruppe nicht nur um ethnisch russischstämmige oder aus Russland stammende Menschen handeln, welche ggf. als „ethnische Russen“ bezeichnet werden, sondern der Terminus umfasst diejenige Bevölkerung, die sich historisch, kulturell oder sozial bedingt in erster Linie auf Russisch unterhält bzw. Russisch als ihre Muttersprache oder ihre erste Kommunikationssprache bezeichnet. Die genauen Unterschiede zwischen den genannten Besonderheiten werden in den Kapiteln „Die Rolle der Sprache“ bzw. „Die Rolle der Identität“ näher erläutert. In jedem Fall handelt es sich bei der russischsprachigen Bevölkerung, welche in der vorliegenden Arbeit die zentrale Rolle spielt, in erster Linie um eine Bevölkerungsgruppe, die sich letztlich infolge der sowjetischen Herrschaftsperiode auf dem gesamten Territorium der ehemaligen Sowjetunion formiert hat. Unter anderem wird in dieser Arbeit neben der Begriffskombination „russischsprachige Bevölkerung“ zum Teil auch der Ausdruck „Russischsprachler“ bzw. „Russischsprachige“ verwendet.

Um die „eigentlichen“ einheimischen Nationen der postsowjetischen Staaten und der Untersuchungsländer von der russischsprachigen Bevölkerung abzugrenzen, werden diese als „neue“ Titularnationen oder teilweise auch als Titularnationen bezeichnet. Dabei wird stets darauf geachtet, dass es zu keiner Verwechslung mit der russischsprachigen Bevölkerung als Titularnation der Sowjetunion kommt. Außerdem werden die so definierten „neuen“ Titularnationen je nach Untersuchungsland aufgrund ihrer Sprache oder ihrer ethnischen bzw. ihrer nationalen Abstammung gekennzeichnet.<sup>17</sup> So werden Esten als Titularnation von Estland als „ethnische Esten“ oder nur als „Esten“ oder auch als die „estnischsprachige“ bzw. die „ethnisch estnische“ Bevölkerung bezeichnet. Dasselbe gilt für Letten in Lettland bzw. Litauer in Litauen. Auch in der Ukraine wird die Abgrenzung zur russischsprachigen Bevölkerung mittels der Attribute „ethnisch ukrainisch“ oder „ukrainischsprachig“ vorgenommen. Dabei muss beachtet werden, dass hierbei ebenso eine Unterscheidung zwischen ethnischen Russen und ethnischen Ukrainern vorgenommen wird, da ein Teil der ukrainischen Bevölkerung als „russischsprachige Ukrainer“ bezeichnet werden kann. Als „russischsprachige Region“ oder „russischsprachige Oblast“ werden insbesondere im Fall der Ukraine Gegenden oder Gebietskör-

---

<sup>17</sup> Auch auf die Unterscheidung zwischen „ethnisch“ und „national“ in Bezug auf die Zugehörigkeit einer Volksgruppe wird im Kapitel „Historischer Hintergrund“ näher eingegangen.



## 1. Einleitung

perschaften bezeichnet, deren Bevölkerung überwiegend russischsprachig ist. Diese Unterschiede werden an den entsprechenden Stellen im Zuge der Arbeit näher erläutert.

Im postsowjetischen Kontext ist außerdem grundsätzlich zwischen der Staatsbürgerschaft und der Nationalität bzw. Nation zu unterscheiden – auch dies wird sowohl im Kapitel zum historischen Hintergrund als auch bei den Ausführungen zur Identität näher erläutert. Grundsätzlich wird hinsichtlich des Landes, in dem eine Person wohnt, der Ausdruck „Wohnland“ verwendet, um gegebenenfalls zwischen einer historischen oder kulturellen „Heimat“ unterscheiden zu können.<sup>18</sup> In Bezug auf Russland als Staat wird das Attribut „russisch“ als Ausdruck der Zugehörigkeit zum Staat, welcher seinerseits als „Russische Föderation“ bezeichnet wird, verwendet.<sup>19</sup> Da die Unterscheidung sowohl in der russischen als auch in der deutschen Sprache zwischen „russisch“ als Ausdruck der nationalen Zugehörigkeit bzw. „russisch“ als Ausdruck der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation erschwert ist, wird in der vorliegenden Arbeit stets versucht, die Unterscheidung anhand des Kontextes erkennbar zu machen.

Die verwendeten Eigennamen für Personen, Orte oder geographische Angaben werden in der jeweiligen Landessprache wiedergegeben und ggf. ins Deutsche übersetzt. Die Übersetzung erfolgt entweder aus einer angegebenen Quelle oder wird von der Autorin vorgenommen. Im letzteren Fall wird die eigene Übersetzung entsprechend vermerkt. Transliterationen der russisch- oder ukrainischsprachigen Personen- oder Ortsnamen werden gemäß der ISO-Normierung vorgenommen.<sup>20</sup> Als einzige Ausnahmen für geographische Bezeichnungen in der Ukraine, bei denen nicht die ukrainische Schreibweise verwendet wird, sind Angaben zur Hauptstadt Kiew (statt Kyiv) sowie dem Fluss Dnepr (statt Dnipro). Diese Bezeichnungen sind im deutschsprachigen Raum verbreitet und werden aus diesem Grund für die vorliegende Arbeit übernommen.

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit beinhaltet einen Exkurs über die aktuelle Ukraine-Krise. Die Einleitung und die Zusammenfassung bilden jeweils das erste und das letzte Kapitel der Arbeit.

Im zweiten Kapitel werden die theoretischen Grundlagen vorgestellt. Dabei wird auf Begriffe und Definitionen eingegangen, welche im Kontext der Untersuchung von Bedeutung sind. Dazu gehören Begriffe wie „Minderheit“ und die Diskussion um die Verwendung der zugehörigen Attribute „ethnisch“ oder „national“, ebenso die Definition für den gesellschaftlichen Vorgang der Integration und dessen Zusammenhang mit

---

<sup>18</sup> Im englischsprachigen Raum wird für „Wohnland“ meistens der Begriff „country of residence“ verwendet.

<sup>19</sup> Obwohl in einigen anderen Untersuchungen für die Zugehörigkeit zum Staat „russländisch“ verwendet wird, wird dies in dieser Arbeit nicht gemacht.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Die Bayerische Staatsbibliothek. Transliterationstabellen. <https://www.bsb-muenchen.de/literatursuche/sammelschwerpunkte/osteuropa/hilfsmittel/transliterationstabellen/> (Abgerufen am 05.07.2012). Jedoch wird in einigen Fällen auf die Verwendung der Buchstaben „č“ bzw. „š“ verzichtet und stattdessen die Buchstabenkombinationen „tsch“ bzw. „sch“ verwendet. Dies sorgt nach Meinung der Autorin für eine Vereinfachung des Leseflusses.



Migration. Außerdem wird das Konzept der Systemtransformation vorgestellt und es werden die relevanten Elemente beschrieben, welche zu einem demokratischen Systemübergang gehören. Anschließend wird der theoretische Aufbau vorgestellt, welcher der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt. Dabei werden theoretische Elemente sowohl für die Messung gesellschaftlicher Integration als auch für die Erfassung der Systemtransformation definiert, die für die Analyse angewandt werden. Aus der Fragestellung und dem theoretischen Konstrukt werden anschließend Hypothesen formuliert. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer kurzen Vorstellung der angewandten Methode und einer Darlegung der Quellenlage.

Das anschließende Kapitel „Historischer Hintergrund und die Formierung der russischsprachigen Bevölkerung im Kontext des sowjetischen „Nationsprojektes““ beschreibt, wie der Name bereits andeutet, die Hintergründe und die Entstehungsgeschichte der heutigen russischsprachigen Bevölkerung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Im ersten Teil werden die sowjetische Ideologie und die Instrumente der Sowjetmacht hinsichtlich der Migration beschrieben. Im Anschluss werden die historischen Vorgänge in Estland (mit einem kurzen Abriss der Situation in Lettland und Litauen) und in der Ukraine vorgestellt. Von Bedeutung sind hierbei insbesondere die demographischen Veränderungen der Bevölkerung in den Untersuchungsländern während der Sowjetzeit sowie die Vorgeschichte der Eigenstaatlichkeit.

Mit dem vierten und fünften Kapitel werden jeweils die umfangreichen Untersuchungen der Transformationsprozesse in Estland und der Ukraine vorgenommen. Dabei gliedern sich die Analysen grob zwischen den Phasen rund um den Zusammenbruch der Sowjetunion, die anschließende Institutionalisierung und Demokratisierung sowie die demokratische Konsolidierung der unabhängigen Staaten. In beiden Untersuchungsfällen veranschaulicht eine Chronik die bedeutenden Ereignisse während der Übergangsphase. Ebenso werden für beide Länder die ersten halbfreien Wahlen zusammen mit den neuen Kräfteverhältnissen vorgestellt, wobei die politische Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in dieser Phase analysiert wird. Von Bedeutung sind sowohl in Estland als auch in der Ukraine die gesetzlichen Grundlagen, welche die Stellung der russischsprachigen Bevölkerung definieren. Im Falle Estlands ist die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung während der ersten Konsolidierungsjahre von besonderer Bedeutung, weshalb darauf gesondert eingegangen wird. Auch spielen hierbei die Maßnahmen der estnischen Regierung zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung eine bedeutende Rolle. Dazu gehören weitere Gesetze, die zum Teil für internationale Kritik gesorgt haben. Die Rolle der estnischen Staatsbürgerschaft im gesamten Integrationsprozess wird hierbei näher erläutert. Im Fall der Ukraine wird eine umfangreiche Analyse der regionalen Spaltung vorgenommen. Schließlich geht diese mit der linguistischen und der nationalen Spaltung der ukrainischen Bevölkerung einher. Hierbei wird sowohl auf die Historie der „russischsprachigen“ Teile des Landes – vor allem der Krim und des Donbass – als auch auf die Einflussfaktoren der ukrainischen „russischsprachigen“ Regionen, das politische Konfliktpotential der Krim und die Rolle der internationalen Akteure bei der regionalen Spaltung der Ukraine eingegangen. Es folgt eine Analyse der ukrainischen politischen Landschaft während der Konsolidierungsphase, wobei die politischen Führungsfiguren und die politischen Parteien eine

## 1. Einleitung

besondere Stellung einnehmen. Bei den Ausführungen wird der Einfluss der russischsprachigen ukrainischen Regionen im politischen Machtkampf und in den innerstaatlichen Konflikten verdeutlicht.

Anschließend wird für beide Untersuchungsländer eine umfangreiche Analyse der russischsprachigen Bevölkerung als Wählerschaft während der Konsolidierungsphase vorgenommen. In Estland dienen dabei die Parlaments- und die Kommunalwahlen, in der Ukraine dagegen die Parlaments- und die Präsidentschaftswahlen als Fallbeispiele. Diese Analyse soll das repräsentative Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern verdeutlichen. Aufgrund der Existenz einer offiziellen Integrationsstrategie sind in Estland zahlreiche Daten zur sozioökonomischen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung vorhanden. Anhand dieser Daten wird eine entsprechende Analyse vorgenommen. Ebenso wird kurz auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung eingegangen. Im ukrainischen Fall fehlt eine offizielle Integrationsstrategie zwar, dennoch können einige Rückschlüsse auf die sozioökonomische Stellung und die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung gezogen werden. Was im Falle der Ukraine noch von besonderer Bedeutung ist, nicht zuletzt hinsichtlich der Krise des Jahres 2014, und demzufolge auch vorgestellt wird, ist die Spaltung der Bevölkerung entlang geolinguistischer Grenzen in Bezug auf die Außenpolitik.

Die anschließenden zwei Kapitel widmen sich zwei besonders bedeutenden Indikatoren der gesellschaftlichen Integration – der Sprache und der Identität. Da beide im Hinblick auf die gesellschaftliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen, werden sie ausführlich analysiert und in Bezug auf ihre Bedeutung für den Integrationsprozess untersucht. Es werden Beispiele der sprachlichen und der identifikativen Positionierung der russischsprachigen Bevölkerung und der neuen Titularnationen angebracht, welche die mit der Sprache und der Identität verbundenen Probleme und Schwierigkeiten aufzeigen. Im Zuge der Ausführungen zur Sprache wird auch auf die Bildung und auf die integrative Rolle der Sprache in diesem Bereich eingegangen. Hinsichtlich der Identität ist insbesondere die gegenseitige Wahrnehmung der russischsprachigen Bevölkerung und der neuen Titularnationen wichtig, weil die Integration auf der identifikativen Ebene unter Umständen von besonderer Bedeutung für die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung sein kann.

Als ein Exkurs wird schließlich die im Jahr 2014 eskalierte Krise in der Ukraine vorgestellt. Diese soll als Beispiel für gesellschaftliche Konflikte dienen, an denen die russischsprachige Bevölkerung beteiligt ist. Eine kurze Zeittafel soll dabei die wichtigsten Ereignisse aufzeigen und ein theoretischer Abschnitt soll die Möglichkeit einer Sezession der russischsprachigen Regionen der Ukraine mithilfe einer Reihe von Bausteinen darlegen. Es folgen historische Abschnitte zur Sezessionsgeschichte der umkämpften Regionen – der Krim und des Donbass –, woran sich die Darlegung der Ereignisse des Jahres 2014 in diesen Gebieten anschließt. Dabei werden sowohl die Legitimationsgrundlage als auch der institutionelle Aufbau und die Rolle Russlands sowie der internationalen Gemeinschaft vorgestellt. Fragen zum Völkerrecht, Probleme der Volkslegitimation in den Krisengebieten und die Einordnung der Ereignisse in die regionale Spaltung der ukrainischen Bevölkerung vervollständigen den Exkurs.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse umfasst neben der vergleichenden Darlegung der Position der russischsprachigen Bevölkerung während der Transformation ebenso eine Begriffsklärung hinsichtlich des Status und der Größe der russischsprachigen Bevölkerung. Es folgt eine ausführliche Analyse der Integrationsindikatoren und die Überprüfung der aufgestellten Hypothesen. Die Zusammenfassung beinhaltet ebenfalls eine Darstellung der wichtigsten Vergleichsvariablen in Lettland und Litauen hinsichtlich der Stellung der dortigen russischsprachigen Bevölkerung. Schlussfolgerungen und ein Ausblick schließen die Analyse und die vorliegende Arbeit ab.



# 2. Theoretischer Hintergrund

## 2.1 Begriffe und Definitionen

### 2.1.1 Minderheit

Die Definition des Begriffes „Minderheit“ ist bis heute nicht eindeutig gegeben. Die UNO-Konvention „International Covenant on Civil and Political Rights“ und das Europarat-Abkommen „Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten“ setzen den Begriff voraus und geben keine detaillierte Definition darüber, welche Kriterien eine Gruppe aufweisen muss, um sich „Minderheit“ nennen zu können.<sup>21</sup>

Geschützt sind Minderheiten durch eine Reihe von Abkommen: die UNO „Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities“ aus dem Jahr 1992, das „Covenant of Civil and Political Rights“ aus dem Jahr 1966 und die „United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ aus dem Jahr 2007, die OSZE „Declaration on the Rights of National Minorities“ aus dem Jahr 1991 mit Mindeststandards für Minderheitenschutz, sowie die Einführung des Amtes des „Hohen Kommissars für Minderheitenfragen“ im Jahr 1993, und die „Framework Convention for the Protection of National Minorities“ aus dem Jahr 1992 des Europarats.<sup>22</sup> Dabei basiert der Rechtsbegriff der Minderheit auf dem „subjektiven Identitätsbewusstsein“, weist aber keinen territorialen Bezug auf.<sup>23</sup>

Die OSZE mit der Institution des Hohen Kommissars für Minderheitenfragen definiert den Begriff der Minderheiten nicht, sondern nimmt eine „nationale Minderheit“ als gegeben an. Dabei wird weder die Staatsbürgerschaft noch eine territoriale Gebundenheit vorausgesetzt. Dagegen war die erwähnte Rahmenkonvention des Europarates in ihrer ursprünglichen Fassung aussagekräftiger, da sie neben der Staatsbürgerschaft auch die kulturelle und räumliche Zugehörigkeit zu einem Staat beinhaltete. So lautete die Definition einer nationalen Minderheit im Entwurf des Zusatzprotokolls über die Rechte Nationaler Minderheiten („Additional Protocol on the Rights of National Minorities to the ECHR“) wie folgt:

---

<sup>21</sup> UNHR: International Covenant on Civil and Political Rights. Verabschiedet am 16.12.1966, in Kraft getreten am 23.03.1976. Ratifiziert von 167 Staaten gemäß dem Stand 24.09.2011; CoE: Framework Convention for the Protection of National Minorities. Verabschiedet am 09.10.1993, in Kraft getreten am 01.02.1995.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu auch: „Minderheit/Minderheitenrechte/Minderheitenschutz“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik (Bd. 1418). München: Beck. S. 336-338.

<sup>23</sup> Zitiert aus: Ebd. S. 337

## 2. Theoretischer Hintergrund

For the purposes of this Convention, the expression „national minority” refers to a group of persons in a state who

- a. reside on the territory of that state and are citizens thereof;
- b. maintain longstanding, firm and lasting ties with that state;
- c. display distinctive ethnic, cultural, religious or linguistic characteristics;
- d. are sufficiently representative, although smaller in number than the rest of the population of that state or of a region of that state;
- e. are motivated by a concern to preserve together that which constitutes their common identity, including their culture, their traditions, their religion or their language.<sup>24</sup>

Dieser Wortlaut wurde allerdings verworfen, so dass die im Jahr 1994 verabschiedete Rahmenkonvention keine Definition der Minderheiten beinhaltet und die politischen und kulturellen Rechte allgemein gehalten werden – mit einem relativ großen Spielraum für die Mitgliedstaaten. Dieser Spielraum wird von einigen Staaten ausgenutzt, um ihre Gesetzgebung zu Minderheiten oder zur Staatsbürgerschaft entsprechend anzupassen.

Eine weitgehende Anerkennung hat die Definition von Francesco Capotorti gefunden, der als UNO-Sonderberichtersteller der Minderheiten-Unterkommission im Jahr 1979 tätig war. Diese Definition hat Jules Deschênes, ebenfalls Mitglied der Unterkommission, im Jahr 1985 leicht modifiziert. Wörtlich ist eine Minderheit nach Capotorti/Deschênes:

A group numerically inferior to the rest of the population of the State, in a non-dominant position, whose members – being nationals of the State – possess ethnic, religious or linguistic characteristics differing from the rest of the population and who, if only implicitly, maintain a sense of solidarity, directed towards preserving their culture, traditions, religion or language.<sup>25</sup>

Auch Asbjorn Eide, Mitglied der UNO-Kommission für Menschenrechte, definierte eine Minderheit in seinem Bericht aus dem Jahr 1993 als:

A group of persons in a sovereign State, representing less than a half of the population of this state, whose members have in common ethnic, religious, linguistic characteristics that distinguish them from the rest of the population.<sup>26</sup>

Gemäß diesen zwei Definitionen zeichnet sich eine Minderheit durch folgende Merkmale aus:

- numerische Unterlegenheit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung;

---

<sup>24</sup> CoE, Parliamentary Assembly: Recommendation 1201 (1993)[1] on an additional protocol on the rights of national minorities to the European Convention on Human Rights, Article 1.

<sup>25</sup> Capotorti, Francesco (1977): Study on the Rights of Persons Belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities. E/CN. 4/Sub. 2/384/Rev.1, para. 568; Deschênes, Jules (1985): Proposal concerning a definition of the term ‚Minority’. E/CN. 4/Sub. 2/1985/31 (14 May 1985).

<sup>26</sup> Eide, Asbjorn (1993): Moyens possibles de faciliter la solution par des voies pacifiques et constructives des problèmes dans lesquelles des minorités sont impliquées, E/CN. 4/Sub. 2/1993/34.

## 2.1 Begriffe und Definitionen

- nicht-dominante Stellung im Staat;
- ethnische, religiöse und/oder sprachliche Gemeinsamkeiten;
- Staatsangehörigkeit des Aufenthaltstaates.

Letztes Kriterium wird zwar von Capotorti, aber nicht von Deschênes oder Eide vorausgesetzt. Auch die „UN Human Rights Committee“, das Organ, welches die Erfüllung der genannten UNO-Konvention überwacht, definiert das Vorhandensein der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 27 der Konvention nicht als Voraussetzung, um einer Minderheit angehörig zu sein. Nach dieser Interpretation sind auch Gastarbeiter und Inländer mit einem Daueraufenthalt, aber ohne Staatsbürgerschaft des jeweiligen Staates einer Minderheit zugehörig.<sup>27</sup>

Will Kymlicka definiert zwei grundsätzlich unterschiedliche Arten von Minderheiten, autochthone und allochthone, deren Differenzierung auf Grundlage der territorialen Ansässigkeit erfolgt. Eine autochthone Minderheit ist historisch auf dem jeweiligen Gebiet ansässig und wird durch Eroberung oder Ansiedlung einer zahlenmäßig überwiegenden fremden Kultur zu einer Minderheit. Eine autochthone Minderheit kann in vielen Fällen auch als „indigene Bevölkerung“ bezeichnet werden, z.B. Indianer in den USA oder Maori auf Neuseeland. Eine allochthone Minderheit ist dagegen eine „zugezogene“ Minderheit, welche beispielsweise aus sozioökonomischen Gründen oder als Kriegsflüchtlinge in ein Land gezogen ist und welche meistens als „Immigranten“ gehandhabt wird.<sup>28</sup> Wenn eine solche Definition der Rechtsprechung in einem Staat zugrunde gelegt wird, können autochthone Minderheiten beispielsweise gesonderte Rechte zum Schutz ihrer Sprache und Kultur erwarten, während „Immigranten“ sich der Mehrheitskultur anpassen bzw. sich assimilieren müssen.<sup>29</sup>

Eine weitere Definition bietet Ted Robert Gurr, wonach eine Minderheit folgende Merkmale aufweist:

Ethnic groups are groups of people who share a distinctive and enduring collective identity based on a belief in common descent and on shared experiences and cultural traits.<sup>30</sup>

„... These are segments of a trans-state people with a history of organized political autonomy whose kindred control an adjacent state, but who now constitute a minority in the state in which they reside.“<sup>31</sup>

Demnach kann eine Minderheit einen „trans-staatlichen“ Charakter aufweisen, wobei „Verwandte“ der Minderheit einen „anliegenden“ Staat „kontrollieren“. Subjektiv besit-

---

<sup>27</sup> UN: Human Rights Committee, General Comment 23, Article 27 (Fiftieth session, 1994), U.N. Doc. HRI/GEN/1/Rev.1 at 38 (1994). „In this regard, the obligations deriving from article 2 (1) are also relevant, since a State party is required to ensure that the rights protected under the Covenant are available to all individuals within its territory and subject to its jurisdiction, except rights which are expressly made to apply to citizens, for example, political rights under article 25. A State party may not, therefore, restrict the rights under article 27 to its citizens alone.“

<sup>28</sup> Vgl. Kymlicka, Will (2000): *The Rights of Minority Cultures*. S. 11.

<sup>29</sup> Vgl. Tanase, Ilona (2003): *Defining National Minorities. Old Criteria and New Minorities*. Seminar Series „Citizenship and Nationale Minorities in Europe“. Paris: Ecole doctorale de droit compare, Université de Paris Sorbonne.

<sup>30</sup> Gurr, Ted Robert (2002): *Peoples versus states: minorities at risk in the new century*. S. 5.

<sup>31</sup> Ebd. S. 17.

## 2. Theoretischer Hintergrund

zen die Angehörigen einer so definierten Minderheit ein gewisses gegenseitiges Identitäts- und Solidaritätsgefühl.

Im „Kleinen Lexikon der Politik“ wird eine Minderheit als „...politik- oder sozialwissenschaftlich gebräuchlicher Begriff (ggü. dem allgemeinen Begriff als „zahlenmäßig geringere Gruppe“ Anm. d. A.) ... als beständige Gruppe von Menschen ... die sich rassistisch, ethnisch, kulturell, sprachlich oder religiös von der Mehrheit der Population oder anderen Bevölkerungsteilen des Landes unterscheidet“.<sup>32</sup> Dabei besteht im Kontext der modernen Staatsführung stets die Frage nach der politischen Anerkennung einer Minderheit bzw. die Gefahr der Sezession, falls die Minderheit nicht integrations- oder assimilierungswillig ist. Ebenso können Minderheiten stets Sonderrechte bezüglich der Anerkennung ihrer Sprache, Religion oder sonstiger Merkmale verlangen. Der Gegenwartsbegriff „Minderheit“ ist meistens entsprechend negativ konnotiert und impliziert, dass dieselbe sich in den meisten Fällen diskriminiert fühlt, da ihr mangelnde Gleichberechtigung, soziale Ausgrenzung oder ähnliche gesellschaftliche Benachteiligungen widerfahren. Durch Integrationsmaßnahmen seitens des Staates kann solchen Problemen begegnet werden.<sup>33</sup>

### 2.1.2 „Ethnisch“ oder „national“ ?

Die Attribute „ethnisch“ und „national“ in Bezug auf Minderheiten schaffen einen verwirrenden begrifflichen Rahmen für die ohnehin schwierige Positionierung des Begriffes „Minderheit“. An dieser Stelle soll nicht auf alle Details der entsprechenden Diskussion eingegangen werden, allerdings können einige Aspekte festgehalten werden. Der Terminus „national“ in Bezug auf die Herkunft einer Minderheit wird häufig im deutschen Sprachraum verwendet, während im englischen Diskurs „ethnic“ öfter vorzufinden ist.<sup>34</sup> Allerdings verwendet die Europarat-Rahmenkonvention sowie die OSZE-Deklaration auch im Englischen den Ausdruck „national minority“.<sup>35</sup> In der zahlreichen Literatur zum Thema „Minderheiten“ ist mal das eine und mal das andere Attribut zu finden, was aber im Wesentlichen auf die Betonung der bereits beschriebenen Merkmale abzielt: Eine Minderheit gilt entsprechend im Allgemeinen als Volksgruppe, die sich durch sprachliche, kulturelle, historische, religiöse oder Rassenmerkmale (unter vielen anderen) von einer Mehrheit (bzw. einer dominanten Gruppe) in der Gesellschaft unterscheidet.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> Zitiert aus: „Minderheit/Minderheitenrechte/Minderheitenschutz“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 336-338.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu: „Minderheit/Minderheitenrechte/Minderheitenschutz“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 336-338

<sup>34</sup> Vgl. hierzu: „Nationale Minderheiten“ Bundesministerium des Innern [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/nationale-minderheiten\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/nationale-minderheiten_node.html) (Abgerufen am 15.01.2014).

<sup>35</sup> CoE: Framework Convention for the Protection of National Minorities. Verabschiedet am 09.10.1993.

<sup>36</sup> Vgl. zum Beispiel: Huntington, Samuel P. (2006): Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert; Lenz, Astrid (1995): Ethnizität und Macht: ethnische Differenzierung als Struktur und Prozess sozialer Schliessung im Kapitalismus (Bd. 5). Köln: PapyRosa-Verl.; Kymlicka, Will (2000): The Rights of Minority Cultures; Rex, John (1998): Ethnic minorities in the modern nation state: working papers in the theory of multiculturalism and political integration.



## 2.1 Begriffe und Definitionen

Dabei können sehr unterschiedliche Auffassungen von Nationalität als Synonym zu „Staatsbürgerschaft“ gelten, was allerdings nichts mit der objektiven oder subjektiven Bewertung der ethnischen Abstammung zu tun hat. Grundsätzlich zeigen ehemalige Bürger der Sowjetunion – was im empirischen Teil dieser Arbeit näher erläutert wird – eine andere Auffassung der „Staatsbürgerschaft“ als beispielsweise Bürger westeuropäischer Staaten. Für sie ist die rechtliche Zugehörigkeit zu einem Staat von einer ethnischen bzw. nationalen Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe zu unterscheiden, was in vielen westeuropäischen Staaten auf Missverständnisse stößt. Die nationale Zugehörigkeit einer Person kann somit entweder mit der Staatsbürgerschaft oder mit der ethnischen Selbstpositionierung oder mit beiden zusammenfallen. Da die Staatsbürgerschaft allerdings mit rechtlichen Rahmenbedingungen verbunden ist, welche vom jeweiligen Staat festgelegt werden, ist es möglich, dass eine Person die Staatsbürgerschaft nicht bekommt, falls sie die Rahmenbedingungen nicht erfüllt. Dies darf wiederum nicht als Ausschlusskriterium aus einer Minderheit gelten, denn diese wird in erster Linie durch die subjektive Auffassung der eigenen ethnischen bzw. nationalen Zugehörigkeit bestimmt. Im Zuge dessen ist es auch schwer, eine Minderheit als „ethnische“ oder „nationale“ zu bezeichnen, wenn beide Begriffe per Definition keine eindeutige Zuordnung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft erlauben. Schließlich kann die Staatsbürgerschaft nicht vorschreiben, ob sich eine Person in ihrer ethnischen bzw. nationalen Zugehörigkeit der einen oder anderen Ethnie oder Nation verbunden fühlt. Dieser Zugehörigkeit können entsprechend der genannten Definitionen zur Minderheit sowohl sprachliche als auch religiöse, historische, politische, soziale oder identifikative (u.a.) Merkmale als Grundlage dienen. Aus diesen Gründen wird im Laufe dieser Arbeit öfter das Attribut „ethnisch-national“ verwendet, um auf die Gesamtheit der Elemente zu verweisen, welche eine Unterscheidung zwischen Volksgruppen erlauben.

Bewusst wird an dieser Stelle und im Laufe der Arbeit auf die bekannte Formulierung „ethno-national“ verzichtet. Diese Bezeichnung wird in der englischsprachigen Fachliteratur häufig im Zusammenhang mit Migration bzw. gesellschaftlicher Integration von Einwanderern, Ausländern oder Minderheitengruppen verwendet.<sup>37</sup> Dabei wird mit dieser Begriffskombination in den meisten Fällen auf einen ethnisch basierten Konflikt hingewiesen, der mit einer exklusiven Politik einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit einhergeht. Dabei kann die Mehrheit bzw. die Minderheit beispielsweise auf ethnischer Herkunft, Hautfarbe oder auch Religion basierend definiert werden. In der deutschsprachigen Literatur werden die mit solchen Konflikten verbundenen Phänomene unter dem Attribut „ethnonational“ gesammelt.<sup>38</sup> Diese Bezeichnung wird aber, ebenso wie „ethno-national“, in erster Linie im Zusammenhang mit Ethnonationalismus verstanden, welcher wiederum auf nationalistische Ideologie zurückgreift und negativ konnotiert ist. Dieser Zusammenhang soll in dieser Arbeit bewusst vermieden werden,

---

<sup>37</sup> Zum Beispiel: Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. Monitoring report. Tallinn: Legal Information Center for Human Rights (LIHR), S. 22; Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. *Nations and Nationalism* 8/1 S. 31-54. S. 31; Alison, Miranda H. (2009): *Women and Political Violence: Female Combatants in Ethno-National Conflict*. London/New York: Routledge.

<sup>38</sup> Zum Beispiel: Helmerich, Antje (2004): Ethnonationalismus und das politische Potential nationalistischer Bewegungen. *APuZ B* 39. S. 19-24.

## 2. Theoretischer Hintergrund

weshalb weder „ethno-national“ noch „ethnonational“ zur Beschreibung der Situation russischsprachiger Minderheit in den Untersuchungsländern verwendet werden kann. Im deutschsprachigen Raum wird die Bezeichnung „ethnisch“ zwar häufig gewählt, um auf die Unterscheidung auf Grundlage der Herkunft hinzuweisen, dabei werden oft die ethnische Herkunft, die nationale Zugehörigkeit und die Staatsbürgerschaft vermischt.<sup>39</sup> Da vor allem die Staatsbürgerschaft in dieser Arbeit oft als Unterscheidungsmerkmal zur Nationalität bzw. ethnischer Herkunft eine Rolle spielt, kann auch „ethnisch“ nicht allein verwendet werden. Aus den genannten Gründen wird „ethnisch-national“ als Adjektiv herangezogen, um die auf die auf der entsprechenden Grundlage entstandenen Phänomene in dieser Arbeit zu definieren.

Eine andere Frage betrifft die Positionierung einer solchen „ethnisch-nationalen“ Volksgruppe als Minderheit in einem Staat. Demnach gibt es Gruppen, welche Sonderrechte aufgrund ihres Status als Minderheit per Definition erwarten. Andererseits gibt es auch Gruppen, die sich nicht als Minderheit definieren wollen, weil sie entweder politisch nicht organisiert sind oder weil sie sich als Teil der Mehrheitsgesellschaft begreifen, obwohl ihre ethnisch-nationale Herkunft bzw. das Selbstbewusstsein deutliche Unterschiede zu der „eigentlichen“ Mehrheit im Staat aufweist. Dennoch können sie bestimmte Rechte, wie die Nutzung der eigenen Sprache oder die Beibehaltung kultureller Besonderheiten verlangen. Als eine solche ethnisch-nationale Volksgruppe, welche eine besondere Rolle einnimmt ohne jedoch offiziell als eine Minderheit zu gelten bzw. gelten zu wollen, kann die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum betrachtet werden.

### 2.1.3 Integration

Das Konzept der Integration ist an sich bereits so breit gefächert, dass Konfusion bezüglich der genauen Definition auch innerhalb der wissenschaftlichen Disziplinen herrscht. Die Übersetzung aus dem lateinischen „integratio“ (Einbeziehung) bedeutet eine Herausbildung eines Ganzen aus einzelnen Elementen.<sup>40</sup> Die Einheit wird durch geteilte Werte und Normen gebildet bzw. aufrechterhalten.<sup>41</sup> Durch zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten, Formen und verschiedene Disziplinen haben sich auch verschiedene Begriffe herausgebildet, welche die Integration im jeweiligen Kontext charakterisieren.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Zum Beispiel: Blecking, Diethelm (2016): „Ethnisch gemischte Teams funktionieren besser.“ Integration, Inklusion, Flüchtlingsmigration und der Fußball in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung 13.12.2016 <http://www.bpb.de/gesellschaft/sport/bundesliga/155901/integration-inklusion-fluechtlingsmigration?p=all> (Abgerufen am 23.02.2017).

<sup>40</sup> Vgl. hierzu: „Integration“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 229-231.

<sup>41</sup> Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 147-179; „Integration“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. 229.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (1999): Theorien sozialer Integration. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1999): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 9-46, S.11; „Integration“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 229-231.; Rottleuthner, Hubert (1999): Recht und Soziale Integration. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 398-415, S. 398.

## 2.1 Begriffe und Definitionen

Wenn sich Integration auf das soziale System in einem Staat bzw. auf die Gesellschaft beziehen soll, ist von sozialer Integration die Rede.<sup>43</sup> So kann soziale Integration als Befriedigung der Bedürfnisse einzelner gesellschaftlicher Gruppen, unter anderem Minderheiten, verstanden werden, die Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft beanspruchen.<sup>44</sup> Je stärker die Einbettung der Gruppen in die Interaktionszusammenhänge des Systems, umso stärker ist die gesellschaftliche Integration.<sup>45</sup> Die Ausprägung sozialer Integration, welche auf die Inklusion und das Zusammenleben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen abzielt, wird durch Normen, Konzepte, Maßnahmen und Strukturen gewährleistet, die zusammenfassend als Integrationspolitik bezeichnet werden können.<sup>46</sup> Die Integrationspolitik wandelt stets zwischen Anerkennung und Abschaffung der Differenzen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, vor allem wenn es um ethnisch-nationale Minderheiten geht. Dabei entstehen zwangsläufig die hypothetischen Räume der Mehrheit und der Minderheit, welche miteinander interagieren und mittels Integrationspolitik gegenseitige Akzeptanz entwickeln müssen. Eine Dominanz der einen Gruppe verschiebt die Struktur der Normenbildung.<sup>47</sup> Für diese Interaktion stehen alle gesellschaftlichen Räume zur Verfügung, solche wie der strukturelle Raum mit der Nutzung der Sprache, über den Arbeitsmarkt und die Wohngegend, bis hin zu kulturellen Merkmalen und politischen Teilhaberechten. Dabei regeln entsprechende Rahmenbedingungen und Normen den Umgang zwischen ethnisch-nationalen Gruppen untereinander. Falls diese Regeln dazu führen, dass bestimmte Gesellschaftsgruppen von der Gemeinschaft ausgeschlossen sind, kann es innerhalb der Gesellschaft zur Marginalisierung und Desintegration dieser Gruppen führen.<sup>48</sup> Vor allem kann dies im Zusammenhang mit Migrationsvorgängen zu gesellschaftlichen Spannungen führen. In jedem Fall sollte Integrationspolitik darauf abzielen, allen Mitgliedern der Gesellschaft fundamentale Grund- und Menschenrechte zu ermöglichen.<sup>49</sup> Damit sind prinzipiell sowohl Angehörige der Mehrheit als auch der Minderheit(en) in einer Gesellschaft gefordert, sich an Integrationsprozessen zu beteiligen.<sup>50</sup> Identitätsstiftend können prinzipiell nur Vorgänge sein, die auf integrativer Gegenseitigkeit beruhen.

Aufgrund der Vielschichtigkeit hat „Integration“ keine eindeutige und allgemeingültige Definition. Eine Auswahl aus verschiedenen Definitionsmöglichkeiten kann im Folgenden präsentiert werden:

(1) Eine wörtliche Definition vom Berliner Umfrageprojekt „Integration“ aus dem Jahr 2001 bot eine kurze Definition:

---

<sup>43</sup> Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. S. 151.

<sup>44</sup> „Integration“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. 229.

<sup>45</sup> Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (1999): Theorien sozialer Integration. S. 14.

<sup>46</sup> „Integrationspolitik“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 231-233.

<sup>47</sup> Munch, Richard (1995): Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme. Berliner Journal für Soziologie 1. 5-24.

<sup>48</sup> Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. S. 157-159.

<sup>49</sup> Vgl. hierzu: „Integrationspolitik“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 231.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu: Prodolliet, Simone (2006): Zauberwort „Integration“ – Paradigmenwechsel in der schweizerischen Politik?. Bern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM; Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM (2011): Migration im Fokus. Jahresbericht 2010. Bern: EKM/Bundespublikationen.

## 2. Theoretischer Hintergrund

„Unter Integration verstehen wir einen wechselseitigen Prozess, an dem einzelne Personen oder Gruppen und die sogenannte Mehrheitsgesellschaft aktiv beteiligt sind. Er umfasst politische, rechtliche, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kommunikative Aspekte.“<sup>51</sup>

(2) Eine andere Definition des Berliner Beirates für MigrantInnen und Flüchtlinge aus dem Jahr 2004 lautet wie folgt:

„Integration bezeichnet die Eingliederung zugewanderter Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weise, wie diese Bevölkerung mit dem bestehenden System sozioökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft wird. Integriert werden kann nur, was mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Zu den Anforderungen an die Migranten zählen umfassende Neu-Sozialisation und weitgehende Neuorganisation der Persönlichkeit, Erwerb der Kommunikationsfähigkeit, ständiger Lernprozess und Bereitschaft zur Veränderung.“<sup>52</sup>

(3) Der Berliner Beauftragte für Integration und Migration, Günter Piening, definierte „Integration“ im Jahr 2005 so:

„Allgemein formuliert bildet Integration das Gegenstück zu Segregation oder Ausgrenzung. Übertragen auf die Ebene konkreter Lebenswelten bedeutet Integration, dass Einzelpersonen oder ganze Gruppen gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen erhalten und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden. Integrationspolitik ist im Kern Herstellung von Chancengleichheit. [...] Den Rahmen für Integration bildet die Verfassung mit den darin festgelegten Gesetzen.“<sup>53</sup>

Diese Definitionen beinhalten, zusammengefasst betrachtet, folgende Elemente: Beteiligung der Minderheit und der Mehrheit als Einzelpersonen oder Gruppen (1), Eingliederung in alle gesellschaftlichen Ebenen, wobei bestimmte Veränderungen und Lernprozesse nur von Seiten der Zuwanderer erwartet werden (2) und die Vermeidung von Ausgrenzung als Ziel der Integration (3). Im Wesentlichen sind das die wichtigsten Bausteine gesellschaftlicher Integration, mit einem wesentlichen Unterschied gegenüber dem Fall der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum: Nämlich besteht hierbei die Frage, ob die russischsprachige Bevölkerung ebenfalls als Zuwanderergruppe gelten kann oder ob sie als Teil der Gesellschaft zu begreifen ist, welche somit eine andere Art der Integration verlangen kann als beispielsweise Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten. Diese Frage fasst im Wesentlichen die Problematik der russischsprachigen Bevölkerung als „gewöhnliche“ Minderheit und ihrer Integration in den Ländern des postsowjetischen Raumes zusammen.

---

<sup>51</sup> ARiC Berlin e.V. (2001): Integration: 204 Berliner ausländischer Herkunft geben Auskunft. Positive Migrationsverläufe von Migrantinnen und Migranten in Berlin. Ein Umfrageprojekt. Berlin: ARiC e.V. S. 3-4.

<sup>52</sup> „Leitlinien für die Integration“ des Berliner Bezirksamtes Mitte. 2004. [http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration\\_im\\_Stadtteil/Begriff\\_integration.pdf](http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration_im_Stadtteil/Begriff_integration.pdf) (Abgerufen am 20.02.2012)

<sup>53</sup> Zitiert aus: „Integrationskonzept“ des Beauftragten für Integration und Migration, verabschiedet vom Berliner Senat am 23.08.2005. [http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration\\_im\\_Stadtteil/Begriff\\_integration.pdf](http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration_im_Stadtteil/Begriff_integration.pdf) (Abgerufen am 20.02.2012)

## 2.2 Territoriale Fragen

Das Territorium spielt eine wichtige Rolle bei der Analyse der Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit in einem Staat. Schließlich bildet der Staat eine Definitionsgröße, die die ethnischen Mehrheitsverhältnisse entscheidend prägt. So können durch historische Grenzverschiebungen, Eroberungen oder Neugründungen von Staaten neue ethnische, kulturelle und sprachliche Mehrheiten und Minderheiten entstehen, die das Geschehen der neuen politischen Einheit – des Staates – prägen. Im Falle der russischsprachigen Bevölkerung in den ehemaligen Ländern der Sowjetunion ist diese Perspektive besonders bedeutsam.

Einwanderer können als Migranten bezeichnet werden, bestimmte Gruppen werden auch als Diaspora gehandelt, und zwar diejenigen, die eine „eigentliche“ Heimat außerhalb des Wohngebietes besitzen.<sup>54</sup> Wie hinsichtlich der Identifikation der russischsprachigen Bevölkerung mit dem jeweiligen Land im Laufe der Arbeit näher erläutert wird, betrachtet sich die russischsprachige Bevölkerung weder als Einwanderer im traditionellen Sinne noch als Diaspora. Diese Argumentation beruht auf der Tatsache, dass sie innerhalb eines Landes, nämlich der Sowjetunion migriert sind und in einem anderen Land „gestrandet“ sind, was sie somit höchstes zur „gestrandeten Diaspora“ werden lässt.<sup>55</sup> Ferner fühlen sich viele historisch als „landesangehörig“ und damit berechtigt, dieselben Privilegien zu genießen wie auch die neuen Titularnationen.<sup>56</sup> Demnach stellt die territoriale Verbundenheit eine alternative Betrachtungsweise der Integrationsräume dar – mit Dimensionen der kulturellen und politischen Zugehörigkeit.<sup>57</sup> Die erste wird durch soziokulturelle Merkmale wie Sprache, kulturelle Ähnlichkeit und sozialer Umgang definiert und die zweite durch politische Teilhaberechte mittels Repräsentation und Staatsbürgerschaft.

## 2.3 Migration und Integration

Die Wahl des Begriffspaars Migration und Integration ist aufgrund des engen Zusammenhangs dieser Phänomene von Bedeutung. Gesellschaftliche Integration geht in den meisten Fällen mit Migration einher, da neue Gesellschaftsmitglieder in modernen Gesellschaften in aller Regel durch Migration gewonnen werden. Migration kann legale oder illegale Form annehmen, was in deutlichen Unterschieden in der gesellschaftlichen Integration münden kann. Besonders interessant ist diese Begriffskombination, wenn

<sup>54</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. *Millennium – Journal of International Studies* 28. 607-631, S. 607.

<sup>55</sup> Laitin, David. D.(1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 29.

<sup>56</sup> Smith, Graham (u.a.)(1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. Cambridge: Cambridge Univ. Pr. S. 9-13; 43-45; 129-131.

<sup>57</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 607-608.

## 2. Theoretischer Hintergrund

sich gesellschaftliche Gruppen in einem Staat nicht einig sind, ob Migration stattgefunden hat bzw. wie die Einwanderung bestimmter Personen zu werten ist, so wie das in einigen Fällen der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum vorzufinden ist.

Bei Migration stellt sich meistens die Frage, ob Personen oder Personengruppen eine permanente Mitgliedschaft in einer Gesellschaft oder einem System anstreben oder ob ihre Anwesenheit nur temporär ist bzw. sein soll. Dabei spielt es eine Rolle, ob die Migrationsentscheidung ökonomisch (z.B. Arbeitsmigration), familiär (z.B. Familienzusammenführung), sozial (z.B. sozialer Aufstieg), politisch (z.B. Flüchtlinge), ideologisch oder anders bedingt ist.<sup>58</sup> Ebenso ist es von Bedeutung, wie die zahlenmäßige Relation der Personengruppen im Zuge der Migration ist und wie sich die Gruppen ethnisch, lingual und historisch zueinander verhalten. Dabei sind stets die fiktiven sozialen Räume der Aufnahmegesellschaft und der Minderheitengesellschaft zu beachten, ebenso wie die Unterscheidung zwischen der Mehrheit, der Minderheit und der dominanten Stellung im Staat.<sup>59</sup> Dabei spielen ebenso kulturelle wie soziale Unterschiede eine Rolle, welche das gesellschaftliche Miteinander prägen.<sup>60</sup> Auch Stereotypen und die damit verbundenen Vorurteile können die gesellschaftliche Integration erleichtern oder erschweren.<sup>61</sup> Hierbei ist von Bedeutung, wie auch Andreas Wimmer andeutet, dass die historische Perspektive der Migration nicht vernachlässigt wird, weil diese die mit der gesellschaftlichen Integration verbundenen Probleme oft erklären und zur Lösung dieser beitragen kann.<sup>62</sup>

In der historischen wissenschaftlichen Diskussion wurde hinsichtlich der Migration seit dem 19. Jahrhundert nach Gesetzmäßigkeiten gesucht, welche Migrationsentscheidungen erklären können. So wurden Faktoren wie Gravitation sowie Push-Pull-Faktoren mit Wertewandel, Humankapital oder makroökonomischen Faktoren zusätzlich zu Flucht und Vertreibung identifiziert.<sup>63</sup> Die meisten Untersuchungen zur gesellschaftlichen Integration sind ohnehin der Wissenschaftsdisziplin der Soziologie zuzuschreiben, welche den eigentlichen Prozess der Inklusion in eine Gesellschaft bzw. des Ausschlusses aus der Gesellschaft erfasst. Es geht um die Untersuchung der Akteure und Faktoren, die für die gesellschaftliche Integration relevant sind. Die Hauptargumente umkreisen

---

<sup>58</sup> Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. in: Ders. (Hrsg.): Migration und Integration. Kölner zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 11-36, S. 17-18.

<sup>59</sup> Wimmer, Andreas (2008): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries. A Multilevel Process Theory. *American Journal of Sociology* 113/4. 970-1022, S. 978-985; 987-989; 990-997.

<sup>60</sup> Vgl. hierzu: Barth, Frederik (1969): Ethnic Groups and Boundaries. *The Social Organization of Cultural Difference*. London: Allen&Unwin. S. 1-38.

<sup>61</sup> Vgl. hierzu: Brubaker, Rogers (2004): *Ethnicity without Groups*. Cambridge: Harvard Univ. Pr.; Jenkins, Richard (1997): *Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations*. London: Sage.

<sup>62</sup> Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehung in der Immigrationsgesellschaft. in: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. Kölner zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 57-80, S. 68-70.

<sup>63</sup> Vgl. hierzu: Chiswick, Barry R. (2008): Are Immigrants Favourably Self-Selected? An Economic Analysis. in: Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (Hrsg.): *Migration theory: talking across disciplines*. New York/London: Routledge. 63-82, S. 66-75; Dodd, Stuart Carter (1950): The Interaction Hypothesis. *A Gravity Model Fitting Physical Masses and Human Groups*. *American Sociological Review* 15. 245-256; Lowry, Ira S. (1966): *Migration and Metropolitan Growth: Two Analytical Models*. San Francisco: Chandler; Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. S. 17-18.

die Fragen, wie Migration zustande kommt und wie die Integration in eine Gesellschaft erfolgen kann. Von Emile Durkheims Arbeitsteilung über die Interaktion gesellschaftlicher Teilsysteme von Talcott Parsons und Niklas Luhmann bis hin zu den unterschiedlichen Ausprägungen gesellschaftlicher Integration gemäß der klassischen Assimilationstheorie bzw. dem Ansatz der segmentierten Assimilation bis hin zur Neuen Assimilationstheorie – die Erklärungsansätze des sozialen Miteinanders sind wahrlich vielfältig.<sup>64</sup> Neuere Ansätze zur gesellschaftlichen Integration beinhalten dynamische Modelle, solche wie z.B. den „Transnationalismus“, der eine grenzübergreifende Migration und gleichzeitige Integration in mehrere kulturelle Räume umschreibt und vor allem in der modernen Staatengemeinschaft vorzufinden ist.<sup>65</sup>

Weitere Wissenschaftsdisziplinen haben eigene Ansätze zur Migration und Integration. Die Wirtschaftswissenschaften untersuchen bei Migration die Entscheidungen der Personengruppen aus Kosten-Nutzen- oder Rational-Choice-Perspektive, welche Migration aus Kalkül oder vor dem Hintergrund ökonomischer Faktoren (Bildung, Arbeitsmarkt etc.) erklären.<sup>66</sup> Politikwissenschaftlich relevant sind vor allem die integrativen Vorgänge der zwischenstaatlichen Beziehungen, aber auch Fragen zur staatlichen Souveränität bei Transformationsvorgängen und zu Migration, welche durch solche Vorgänge bedingt werden kann. Entsprechend können im Kontext des institutionellen Staatsaufbaus ethische, normative und rechtliche Probleme entstehen, welche mit Fragen der politischen Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen verbunden sind.<sup>67</sup> Hierbei nimmt die Konzeption der Staatsbürgerschaft eine besondere Rolle ein, vor allem

---

<sup>64</sup> Vgl. hierzu folgende Monographien bzw. Beiträge in Sammelbänden: Alba, Richard/Nee, Victor (1997): Rethinking Assimilation Theory for a New Era of Immigration. *International Migration Review* 31/4, Special Issue: Immigrant Adaption. 826-874, S. 837-865; Alba, Richard (2008): Why We Still Need a Theory of Mainstream Assimilation. in: Kalter, Frank (Hrsg.): *Migration und Integration*. Kölner zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 37-54, S. 37-54; Baurmann, Michael (1998): Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Soziale Integration* (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 85-114; Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (2008): Introduction. in: Ders. (Hrsg.): *Migration theory: talking across disciplines*. 1-29, S. 6; Durkheim, Emile (1983): *Der Selbstmord*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Durkheim, Emile (1992): *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Esser, Hartmut (2008): Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation. in: Kalter, Frank (Hrsg.): *Migration und Integration*. Kölner zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 81-107, S. 81-84; Etzioni, Amitai (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*. Frankfurt a.M.: Campus; Gordon, Milton (1964): *Assimilation in American Life*. New York: Oxford Unive. Pr.; Kalter, Frank (2008): *Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung*. S. 14; Luhmann, Niklas (1987): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp; Park, Robert E. (1950): *Race and Culture*. Glencoe: University of Michigan, Free Press; Parsons, Talcott (1972): *Das System moderner Gesellschaften*. München: Juventa.; Portes, Alejandro (1995): *Economic Sociology and Sociology of Immigration: A Conceptual Overview*. in: Portes, Alejandro: *The Economic Sociology of Immigration*. New York: Russell Sage. S. 24-25; Schimank, Uwe (1999): *Funktionale Differenzierung und Systemintegration der modernen Gesellschaft*. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Soziale Integration* (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 50-60.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu: Basch, Li/Glick Schiller, Nina/Szanton Blanc, Cristina (1997): *From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration*. in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. 121-140.

<sup>66</sup> Vgl. hierzu: Chiswick, Barry R. (2008): *Are Immigrants Favourably Self-Selected? An Economic Analysis*.; Friedrichs, Jürgen/Jagodziniski, Wolfgang (1999): *Theorien sozialer Integration*. S. 12; 22-32.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu: Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (2008): *Introduction*. S. 8.



## 2. Theoretischer Hintergrund

wenn es um die Legitimation demokratischer Systeme geht.<sup>68</sup> Ebenso können politische Institutionen, je nach Regelkomplex, Wertesystem und Organisation, einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft leisten.<sup>69</sup> Dazu gehört ein entsprechendes Rechtssystem, welches den Staatsaufbau stützt und so unter anderem zur gesellschaftlichen Integration beiträgt.<sup>70</sup>

Wie Richard Alba und Victor Nee in ihrem Ansatz der Neuen Assimilationstheorie („New Assimilation Theory“) zeigen, ist Assimilation nach wie vor der Haupttrend des Integrationsprozesses.<sup>71</sup> Wenn also eine übergeordnete kulturelle Gruppe der Aufnahmegesellschaft existiert, wird eine (zugezogene) Minderheitengruppe sich dieser in der einen oder anderen Art anpassen müssen.<sup>72</sup> Allerdings, und das ist die bedeutendste Erkenntnis der modernen gesellschaftlichen Integration, muss keine vollständige Assimilation stattfinden, sondern die Beibehaltung der eigenen Kultur kann in vielfältiger Weise die gesellschaftliche Integration vorantreiben. Wichtig ist dabei die Voraussetzung, dass das Verhältnis zwischen der Aufnahmegesellschaft und der ethnischen Gruppe nicht fixiert ist und sich unter Einfluss externer Faktoren und Zeit verändern kann. Ebenso ist die Generationsabfolge für die gesellschaftliche Integration von entscheidender Bedeutung, denn die zweite Generation zeigt üblicherweise einen höheren Integrationsgrad als die erste Generation, was aber ebenfalls von vielerlei Faktoren, nicht zuletzt der Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, abhängig ist.<sup>73</sup>

### 2.4 Bedeutung der Sprache im Integrations- und Transformationsprozess

Ganz gleich aus welcher Konstellation sich der Aufenthalt in einer Aufnahmegesellschaft ergibt, der Sprachgebrauch ist der zentrale Baustein der gesellschaftlichen Integration. Gerade in diesem Kontext darf nicht vergessen werden, dass die Sprache zu dem jeweiligen kulturellen Kreis gehört und sich gesellschaftliche Gruppen über die Sprache voneinander abgrenzen und unterscheiden. Für die Integration einer Person in der Aufnahmegesellschaft ist die Sprache des Aufnahmelandes wichtig, für die Auf-

---

<sup>68</sup> Vgl. hierzu: Bauböck, Rainer (1994): *Transnational Citizenship. Membership and Rights in International Migration*. Cheltenham: Edward Elgar; Kymlicka, Will (1995): *Multicultural citizenship: a liberal theory of minority rights*.

<sup>69</sup> Fuchs, Dieter (1997): *Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung*. in: Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1997): *Institutionenwandel*. Leviathan, Sonderheft 16/1996. Opladen: Westdt. Verlag. 253-284; Göhler, Gerhard (1994): *Politische Institutionen und ihr Kontext*. in: Ders.(Hrsg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden: Nomos. 19-46; Lepsius, Rainer M.: *Institutionenanalyse und Institutionenpolitik*. in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.) (1995): *Politische Institutionen im Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35. Opladen [u.a.]: Westdt. Verlag. 392-403.

<sup>70</sup> Rottleuthner, Hubert (1999): *Recht und Soziale Integration*. S. 400-407.

<sup>71</sup> Alba, Richard/Nee, Victor (1997): *Rethinking Assimilation. Theory for a New Era of Immigration*.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu: Esser, Hartmut (2008): *Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation*. S. 81-84.

<sup>73</sup> Ebd., S. 81-85; Kalter, Frank (2008): *Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung*. S. 14-15.



## 2.4 Bedeutung der Sprache im Integrations- und Transformationsprozess

rechterhaltung des eigenen kulturellen Kreises ist wiederum die eigene Muttersprache von erheblicher Bedeutung.

Wenn die eigentliche Muttersprache als Erstsprache bezeichnet wird und die erlernte Sprache der Aufnahmegesellschaft als Zweitsprache, können unterschiedliche Formen der Sprachfertigkeit beobachtet werden. Entweder kann die Erstsprache auf einem sehr hohen Niveau beherrscht werden und die Zweitsprache auf einem niedrigeren, wie es häufig bei der ersten Generation der Migranten der Fall ist. Oder es kann, andersherum, die Zweitsprache sehr gut und die Erstsprache auf einem niedrigen Niveau beherrscht werden, so wie es bei der zweiten Generation, den Kindern der ehemals Migrierten, vermehrt der Fall sein kann. Gleichmaßen können aber auch beide Sprachen auf einem sehr hohen oder aber auf einem niedrigen Niveau beherrscht werden. Gleichzeitig kann unterschieden werden zwischen Sprachfertigkeit und Schreibfähigkeit, die auch jeweils hoch oder niedrig sein können.<sup>74</sup>

Der Spracherwerb an sich ist eine persönliche Investition, die nur dann getätigt wird, wenn der erwartete Ertrag aus dieser Investition die Kosten übersteigt, um dies ökonomisch auszudrücken. Dabei spielen die persönliche Motivation, der Gewinn aus dem Spracherwerb sowie der Zugang zu der Sprache und die Effizienz der Sprachnutzung eine Rolle.<sup>75</sup>

Besonders maßgeblich für den Spracherwerb ist das Alter, ab dem die Sprache erlernt wird. Es existieren unterschiedliche theoretische Auffassungen über das sogenannte „kritische Alter“, oder „Critical-Period-Hypothesis“, das auf neurologische Studien aus den 1960er Jahren zurückgeht und Spracherwerb biologisch an das Alter koppelt. Eric Lenneberg verbreitete im Jahr 1967 die Hypothese, wonach während des „kritischen Alters“ alle Ebenen der Sprache bei vorhandenen Ressourcen und persönlicher Motivation erreichbar sind. Das Alter wurde von unterschiedlichen neurophysiologischen und soziologischen Studien auf etwa 15 Jahre geschätzt.<sup>76</sup>

Andere mögliche Einflussfaktoren sind das Bildungsniveau der Person oder der Eltern, die Dauer des Aufenthalts, Motiv des Bleibens, Besuche in der Herkunftsregion, Generationenstatus und inter- sowie intraethnische Netzwerke. Diese Faktoren können sich positiv, negativ oder neutral auf den Erst- oder Zweitsprachenerwerb auswirken.<sup>77</sup>

Die Gedankengänge und empirischen Untersuchungen zur Sprache sind natürlich nicht nur im Falle von Migration relevant. Auch bei einem Systemwechsel bzw. einem staatlichen Zerfall und einer Neugründung von Staaten können kulturelle Gruppen mit einer Situation konfrontiert werden, in der sie eine neue Staatssprache erlernen müssen. Dieser Fall wäre mit einer Einreise vergleichbar, auch wenn die Motivation für den Spracherwerb nicht mit der einer Migrationsentscheidung verglichen werden kann. Auch hier bleiben dabei die Fragen des Alters, der sozialen Netzwerke und der Bedingungen zum Spracherwerb gleich.

---

<sup>74</sup> Esser, Hartmut (2008): Spracherwerb und Einreisealter: Die Schwierigen Bedingungen der Bilingualität. in: Kalter, Frank (Hrsg.) (2008): Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. S. 202-229.

<sup>75</sup> Ebd.

<sup>76</sup> Lenneberg, Eric (1967): Biological Foundations of Language. New York: Wiley, University of Michigan ; Esser, Hartmut (2008): Spracherwerb und Einreisealter: Die Schwierigen Bedingungen der Bilingualität.

<sup>77</sup> Ebd. S. 224.

## 2. Theoretischer Hintergrund

### 2.5 Messung von Integration

Je nach gesellschaftlicher Konstellation und der Entwicklung der Interaktionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen können verschiedene Formen der gesellschaftlichen Integration festgestellt werden. Eine Systematisierung solcher Formen ist aufgrund der Vielzahl an Einflussfaktoren äußerst schwierig und kann nur auf einem sehr abstrakten Niveau erfolgen.

Grundsätzlich können die fiktiven sozialen Räume der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft als theoretische Konstrukte betrachtet werden, welche durch eine Fülle von Elementen gekennzeichnet sind. Solche Elemente sind beispielsweise die Sprache, kulturelle Merkmale wie Feiertage, Religion oder Folklore, soziale Kontakte sowie historische Erinnerungsräume. In einem Staat kommen wirtschaftliche Elemente, wie der Arbeits- oder Wohnungsmarkt sowie politische Elemente wie Repräsentation durch entsprechende Parteien, Organe und Wahlen hinzu. Wie bereits bei den Ausführungen zu Migration und Integration angemerkt, legt die Mehrheits- bzw. die Aufnahmegesellschaft in den meisten Fällen den entsprechenden sozialen Kontext fest, an den sich die Minderheit anpassen muss. Allerdings, wie ebenfalls angemerkt, existieren neben der Assimilation auch andere Formen der Anpassung, welche in modernen Gesellschaften ein Miteinander ohne vollständige Assimilation erlauben.

Bereits in den 1980er Jahren stellt Hartmut Esser in seinem Ansatz Kriterien zur Untersuchung gesellschaftlicher Integration vor.<sup>78</sup> Seine Typologie der Integrationsebenen sieht drei verschiedene Formen der Integration vor: die Akkulturation, die Assimilation und die Integration. Die Akkulturation ist dabei als Angleichungsprozess an das Wertesystem der Aufnahmegesellschaft zu verstehen, die Integration als Entstehung eines Beziehungsgeflechtes mit der Umgebung und die Assimilation als Angleichung an die Aufnahmekultur – somit der höchste Zustand der Akkulturation.<sup>79</sup> Diese Typologie wurde im Zuge der wissenschaftlichen Diskussion rund um die Migration durch eine Vielzahl an Begriffen bereichert.<sup>80</sup> Die unterschiedlichen Formen der gesellschaftlichen Interaktionen werden seit Beginn der Untersuchungen durch Begriffe wie „Integration“, „Separation“, „Marginalisierung“, „Segmentierung“, „Assimilierung“, „Verschmelzung“ oder auch „Multikulturalismus“ charakterisiert.<sup>81</sup> Der moderne Assimilationsbegriff beinhaltet allerdings weitaus mehr Ebenen und Ausgangsmöglichkeiten als nur ein „Melting Pot“, weshalb er eher mit „Integration“ gleichzusetzen ist. Integration kann demnach als übergeordneter Begriff der gesellschaftlichen Interaktionen zwischen Mehrheit und Minderheit gelten. Was im Kontext moderner Staaten und Gesellschaften zusätzlich zum Vorschein tritt, ist die Art der gesellschaftlichen Integration, bei der sowohl eine Anpassung an die Aufnahmegesellschaft als auch die Beibehaltung der eigenen Besonderheiten vorhanden sind. Damit wäre eine „Mehrfachintegration“ die Integration

---

<sup>78</sup> Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wandernern, ethnischen Gruppen und Minderheiten; eine handlungstheoretische Analyse.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Vgl. hierzu: Gordon, Milton (1964): Assimilation in American Life.

<sup>81</sup> Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. S. 20-21.

in beide beschriebenen fiktiven sozialen Räume – den der Mehrheits- und den der Minderheitsgesellschaft – was für die Minderheit die möglichst beste Integrationsform darstellen könnte.<sup>82</sup>

Tabelle 1. Formen der gesellschaftlichen Integration<sup>83</sup>

	Kontakt mit/Teilhabe an/Inklusion in die Mehrheitsgesellschaft		
		ja	Nein
Teilhabe an/Beibehaltung der Minderheitsgesellschaft	ja	Mehrfachintegration	Segmentierung
	nein	Assimilierung	Marginalisierung

Diese Typologie gibt im Wesentlichen die verschiedenen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Interaktion wieder und kann als ein übergeordnetes, abstraktes und allgemeines Gerüst gelten, anhand dessen gesellschaftliche Integration dargestellt werden kann.

Esser zeigt zwei Optionen für die gesellschaftliche Integration auf: Eine Minderheit kann entweder in Sozialkapital des Aufnahmelandes investieren, was den Erwerb der Sprache, der Bildung und den Aufbau sozialer Kontakte bedeuten würde. Oder sie kann beim *status quo* der ethnischen Gruppe bleiben und die sozialen Netzwerke dort aufbauen. Die Wahrscheinlichkeit für die Wahl der einen oder der anderen Option hängt von dem jeweils zu erwartenden Ertrag bzw. den anfallenden Kosten ab, so Esser.<sup>84</sup> Ferner spielen einerseits die Gruppengröße und ihre innere Kohäsion und andererseits die Aufnahmebereitschaft der Mehrheit eine Rolle. Ebenfalls ist von Bedeutung, wie unterschiedlich die Sprache und der kulturelle Hintergrund der Volksgruppen sind. Je größer die Gruppe und konzentrierter sie räumlich ist, umso weniger Anreiz hat sie sich zu integrieren. Falls zudem eine hohe Kohäsion innerhalb der Minderheit besteht, kann diese sich organisieren und so Sonderrechte, wie z.B. Sprachrechte oder gesonderte politische Repräsentation, verlangen bzw. politisch durchsetzen. Gleichzeitig kann sich die Aufnahmegesellschaft Minderheiten gegenüber verschließen und keinen oder nur bedingten Zugang erlauben. Nicht zu vergessen ist, dass diese Faktoren mitunter zeitlichem Wandel und sozialen Prozessen ausgesetzt sind.

Die so definierte gesellschaftliche Integration beinhaltet in unterschiedlichen Ansätzen stets mehrere Dimensionen, welche eine große Anzahl an gesellschaftlichen Eigenschaften aufweisen. Die Dimensionen werden je nach Ansatz beispielsweise als kognitive, kulturelle, strukturelle, soziale und identifikative oder emotionale Dimension gehandhabt. Jeder Dimension werden gesellschaftliche Ebenen zugeordnet, die ihrerseits bestimmte Merkmale bzw. Indikatoren beinhalten, anhand derer man die Integration beobachten oder auch messen kann. Generell sind solche systemische Einteilungen in

<sup>82</sup> Vgl. hierzu: Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung (Bd. 40). Mannheim: MZES. S. 19.

<sup>83</sup> Vgl. hierzu: Ebd.

<sup>84</sup> Vgl. hierzu: Esser, Hartmut (2008): Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Intergration. S. 81-85.

## 2. Theoretischer Hintergrund

jedem Ansatz etwas unterschiedlich, doch die Grundstruktur ist erkennbar: Um die gesellschaftliche Integration theoretisch erfassen und messen zu können, bedarf es bestimmter Indikatoren. So kann das Geschehen in einem Staat und in einer Gesellschaft systematisch analysiert werden. Schwierigkeiten können entstehen, wenn Indikatoren schwer messbar sind oder statistisch nicht oder nur begrenzt erfasst werden können.

Die kognitive, kulturelle sowie strukturelle Integration beinhaltet die gesellschaftliche Platzierung von Individuen in zentralen und interaktionsintensiven gesellschaftlichen Bereichen. Diese Integration wird von einigen Theoretikern als zentral bezeichnet, da sie die Rolle der Personen in der Gesellschaft festlegt.<sup>85</sup> Beispielsweise ist der Arbeitsmarkt der strukturellen Dimension der Gesellschaft zuzuordnen, wobei beobachtet werden kann, welche Regelungen für Arbeitnehmer herrschen und ob diese auch für Minderheiten den Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnen. Daraus ergibt sich die strukturelle Platzierung der Mehrheit und der Minderheit, was das Einkommen und den sozialen Status angeht. Die kulturelle Dimension beinhaltet häufig den Erwerb der gesellschaftlich genutzten, meistens der offiziellen Sprache der Mehrheit neben der normativen Fähigkeit an der Gesellschaft teilzunehmen.<sup>86</sup> Der Zugang zur Bildung dient ebenfalls der strukturellen Platzierung und ist demnach der strukturellen Dimension zuzuordnen.<sup>87</sup> Soziale Faktoren, wie Freundeskreis, soziales Umfeld und die Partnerwahl dienen ferner der informellen Platzierung von Individuen und sind der sozialen Dimension zuzuordnen.<sup>88</sup> Die Dimensionen existieren nicht getrennt, sondern sind miteinander genauso verbunden, wie sich auch gesellschaftliche Vorgänge gegenseitig bedingen. So wirkt sich der Zugang zur Bildung auf die Platzierung auf dem Arbeitsmarkt aus, ebenso wie die Beherrschung der Sprache Einfluss auf soziale Kontakte nimmt. Ebenso von Bedeutung ist die Wohngegend, da sich gemischte Formen eher positiv auf die gesellschaftliche Integration auswirken, während räumliche Konzentration von ethnisch-nationalen Gruppen potentiell die Gefahr der Segmentierung oder gar Sezession birgt.

Schwieriger zu erfassen, aber mindestens genauso bedeutend für die gesellschaftliche Integration, ist die individuelle Einstellung gesellschaftlicher Gruppen gegenüber ihrer Umgebung und ihrer Position in der Gesellschaft bzw. im Staat. Dieser Aspekt wird in der Literatur meistens als die emotionale, die identifikative oder die persönliche Dimension dargestellt. Hiermit werden gefühlsmäßige Einstellungen zur Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft sowie die Adaption an neue Wertorientierungen bzw. die Bewahrung der alten Verhaltensweisen erfasst. Grundsätzlich gehen die neueren Ansätze davon aus, dass die identifikative Dimension der Integration als die letzte bzw. als die oberste Ebene des Anpassungsprozesses gilt und dieser die strukturelle, die kulturelle und die soziale Integration vorausgehen muss.<sup>89</sup> Schwierig ist die Messung einer solchen identifikativen Einstellung, welche auf einer höchst subjektiven und emotionalen Ebene nur mittels Fragen und Schätzungen erfolgen kann.

---

<sup>85</sup> Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. S. 21-24.

<sup>86</sup> Vgl. hierzu: Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. S. 2.

<sup>87</sup> Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. S. 21-24.

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> Ebd.

## 2.5 Messung von Integration

Was im Zusammenhang zur politischen und repräsentativen Ebene eines Staates von entscheidender Bedeutung ist, aber in den meisten soziologischen Untersuchungen fehlt, sind Rechte und Pflichten für Mehrheiten und Minderheiten, welche die politische Funktionsweise eines Staates regeln. Je nach Normen können Individuen an der Entscheidungsfindung in einem Staat mittels Wahlen teilnehmen, werden an Gesetze und Regeln gebunden oder einer Sonderbehandlung unterzogen. Ob und in welchem Ausmaß Minderheiten gesetzlich an die Mehrheit angeglichen sind, bestimmt ihre Platzierung im politischen System eines Staates. Folgende Vorgänge sind mit einer solchen Platzierung verbunden:

- Zugang zu öffentlichen Ämtern
- Zugang zu Wahlen
- Zugang zu Grund- und Bürgerrechten

Aus diesen Ausführungen sowie den zahlreichen theoretischen Ansätzen können somit folgende Dimensionen mit dazugehörigen Indikatoren vorgestellt werden, welche die gesellschaftliche Integration von Personen auf allen Ebenen aufzeigen können:

Tabelle 2. Dimensionen und Indikatoren zur Messung gesellschaftlicher Integration<sup>90</sup>

- Sprache - Kenntnis der Aufnahmekultur/kulturelle Ähnlichkeit	Kulturelle Dimension
- Zugang zum/Teilnahme am Arbeitsmarkt - Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung - Zugang zur/Teilnahme an Bildung	Strukturelle Dimension
- Zugang zum Wohnungsmarkt/Wohngegend - Zivilgesellschaftliche Aktivitäten - Einbindung in das Sozialleben/Freizeit - Ethnisch-nationaler Hintergrund des Partners/Bekanntenzirkels	Soziale Dimension
- Individuelle Einschätzung des Umfelds - Zustimmung zu den kulturellen und sozialen Werten der Gesellschaft	Identifikative Dimension
- Zugang zu Grundrechten - Zugang zur politischen Partizipation und/oder zu Wahlen - Zugang zu politischen und/oder öffentlichen Ämtern	Politische Dimension

Nicht überraschend ist die Sprache als erster Indikator dargeboten. Diese stellt in der Tat das wichtigste Kriterium der gesellschaftlichen Integration dar, welche den Zugang zu allen anderen Dimensionen ermöglicht.<sup>91</sup> Natürlich ist hiermit sowohl die Sprache der Mehrheit als auch die Sprache der Minderheit gemeint, welche im Falle einer Mehrfachintegration beide beherrscht werden.

<sup>90</sup> Vgl. hierzu: Michalowski, Ines/Snel, Erik (2005): Kann man Integration messen? Vortrag zur Fachtagung „Zuwanderer Integrieren“ am 22. April 2005 [http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user\\_upload/stadt-muenster/v\\_zuwanderung/pdf/2005doku\\_michalowski-snel.pdf](http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/v_zuwanderung/pdf/2005doku_michalowski-snel.pdf) (Abgerufen am 15.01.2012).

<sup>91</sup> Vgl. hierzu: Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung, S. 3.

### 2.6 Demokratischer Systemübergang: ethnisch-nationale Elemente

Im Kontext des postsowjetischen Raums unter Berücksichtigung des Übergangs von einem autokratischen in ein demokratisches System stellt sich die Frage, wie sich die Staaten und Gesellschaften den veränderten Rahmenbedingungen angepasst haben. Die Grundelemente, die autokratische von demokratischen Regimes unterscheiden, werden seit geraumer Zeit von Theoretikern beschrieben und definiert. Grundsätzlich herrscht Konsens darüber, dass eine Demokratie gemäß der allgemeinen historischen Definition eine Herrschaft von Vielen ist, was sie von anderen Staatsformen, in denen die Herrschaft von Einzelnen oder Wenigen übernommen wird, unterscheidet.<sup>92</sup>

Grundsätzlich beruht ein demokratisches System auf den Prinzipien der Volkssouveränität und Gleichheit aller, ungeachtet der Rasse, Konfession oder der ethnischen Zugehörigkeit (u.a.), wobei der einzelne durch die allgemeine Geltung bürgerlicher Grundrechte gegenüber der Willkür des Staates geschützt sein muss.<sup>93</sup> Ein weiteres Kriterium der Demokratie ist das Vorhandensein der allgemeingültigen Partizipationsrechte, welche erstens durch allgemeine, freie und gleiche Wahlen und zweitens durch unbehinderte Interessen- und Meinungsäußerung, Interessenbündelung und Opposition gewährleistet sein müssen.<sup>94</sup> Dabei muss die Wahl und Abwahl der politischen Führung durch die Einbringung eigener Interessen und Präferenzen uneingeschränkt möglich sein, was wiederum durch weitere Partizipationsformen, eine aufgeklärte Öffentlichkeit, Enthaltungsfreiheit und die allgemeine Chancengleichheit im Bereich der Partizipation untermauert sein muss.<sup>95</sup> Das System muss durch das Vorhandensein grundlegender Verfassungsprinzipien abgesichert sein.

---

<sup>92</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. Zur Demokratie gibt es eine breite Anzahl an Ansätzen, welche diese Staatsform beschreiben, analysieren, als Gegensatz zur Autokratie sehen und weiterentwickeln. Beispielsweise: Dahl, Robert A. (1972): *Polyarchy: participation and opposition*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.; Ebd. (1989): *Democracy and its critics*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.; Downs, Anthony (1957): *An economic theory of democracy*. New York: Harper; Held, David (2008): *Models of democracy*. Cambridge, Malden, MA: Polity Press; Huntington, Samuel P. (1993): *The third wave: democratization in the late twentieth century* (Bd. 4). Norman, Okla. [u.a.]: Univ. of Oklahoma Pr.; Lijphart, Arend (1977): *Democracy in plural societies: a comparative exploration*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.; Linz, Juan J./Stepan, Alfred. C. (1996): *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*; Linz, Juan J. (2009): *Totalitäre und autoritäre Regime*. Potsdam: WeltTrends; ; Offe, Claus (Hrsg.) (2003): *Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt [u.a.]: Campus-Verl.; Przeworski, Adam (Hrsg.) (1999): *Democracy, accountability, and representation*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.; Sartori, Giovanni/Wildenmann, Rudolf (1992): *Demokratiethorie*. Darmstadt: Wiss. Buchges; Scharpf, Fritz W. (1975): *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung* (Bd. 72). Kronberg/Ts.: Scriptor Verl.; Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratiethorien: eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verl.; Schumpeter, Joseph A. (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (Bd. 172). Tübingen [u.a.]: Francke.

<sup>93</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. 64

<sup>94</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Schmidt, Manfred G. (1995): *Wörterbuch zur Politik* (Bd. 404). Stuttgart: Kröner. S. 205-207

<sup>95</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 64-65.; Dahl, Robert A. (1972): *Polyarchy: participation and opposition*. S. 3-6; Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. S. 28-29.

## 2.6 Demokratischer Systemübergang: ethnisch-nationale Elemente

Die Kernelemente eines demokratischen Systems sind demnach durch Schutz, Partizipation und Inklusion definiert.<sup>96</sup> Im Kontext des Modells einer liberalen Demokratie sollen somit auch gesellschaftliche Konflikte mithilfe der Repräsentation und Beteiligung gelöst werden.<sup>97</sup> Allerdings gehört das Auseinandergehen von „ethnos“ und „demos“ im Bereich der Staats- und Nationsbildung zu den bedeutendsten Strukturproblemen der Demokratie.<sup>98</sup> Diese Probleme werden maßgeblich durch Migration oder durch politische Ereignisse, welche Staaten zusammenbrechen oder entstehen lassen, beeinflusst, wodurch ethnisch-nationale Gruppen plötzlich gleichzeitig mit dem Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System in einem neuen Staat konfrontiert werden und zur Koexistenz gezwungen sind.

Für den Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System müssen autoritäre Organisationsformen, Wertsysteme und Rollenzuweisungen aufgebrochen und in demokratische Formen umgewandelt werden, vor allem was die Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft angeht. Besonders von Bedeutung sind hierbei die Abschaffung der politischen Alleinherrschaft bzw. der Einschränkungen des Pluralismus und die Auflösung ideologischer Vorstellungen, welche das Vorhandensein der Autokratie in den meisten Fällen begründen.<sup>99</sup> Zu Problemen zwischen verschiedenen ethnisch-nationalen Gruppen kann es dann kommen, wenn das Bestehen des autoritären Systems mit der Herrschaft einer ethnisch-nationalen Gruppe und der Unterdrückung einer oder mehrerer anderer ethnisch-nationalen Gruppen verbunden war und diese Herrschaft im Zuge des Übergangs abgeschafft werden soll. Während Herrschaftsträger in den neuen demokratischen Machtstrukturen wechseln, können neue Normen dazu führen, dass die Beseitigung alter Strukturen mit der umgekehrten Unterdrückung der ehemals herrschenden ethnisch-nationalen Gruppe einhergeht. In einem Fall, bei dem die ethnisch-nationale Herrschaftsstruktur von dem politischen Übergang betroffen ist, ist zu erwarten, dass sich innerstaatliche und innergesellschaftliche Strukturen in der einen oder anderen Form verändern. Diese Veränderungen können alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens betreffen und wirken sich auch auf die politische Dimension des demokratischen Staatsaufbaus aus.

Um die Funktionsweise der Demokratie beobachten zu können, kann beispielsweise die Konzeption der „embedded democracy“ angewandt werden, wonach das demokratische System mittels Einbettung und Interdependenz mit einer Anzahl an Teilregimes und Bedingungen gegen Schocks und Destabilisierungstendenzen geschützt wird.<sup>100</sup> Dabei kann eine Vielzahl an Elementen gefunden werden, welche für das Funktionieren eines demokratischen Systems von Bedeutung sind und sich in die bereits genannten Elemente eines demokratischen Systems einbringen. Das aktive und passive Wahlrecht bei freien und fairen Wahlen gehören zu den Elementen des Wahlregimes, welches den Zugang zu den zentralen Herrschaftspositionen im Staat kontrolliert.<sup>101</sup> Das Wahlre-

<sup>96</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 64-65.

<sup>97</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Ebd.; Dahl, Robert A. (1972): Polyarchy: participation and opposition. S. 3-6.

<sup>98</sup> Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. S. 65-66

<sup>99</sup> Vgl. hierzu: Vgl. hierzu: „Demokratie“ in: Ebd. S. 66

<sup>100</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 30-37.

<sup>101</sup> Ebd. S. 31-32.

## 2. Theoretischer Hintergrund

gime wird durch grundlegende Partizipationsrechte und Freiheiten der Meinungsbildung unterstützt. Hinzu kommen bürgerliche Freiheitsrechte, welche die Grundbedingung des demokratischen Staatsdaseins darstellen.<sup>102</sup> Weiter soll die Tätigkeit der Herrschaftsorgane durch Gewaltenteilung und Kontrolle gewährleistet werden, was der Verhinderung der Willkürherrschaft dient. Schließlich sollen grundlegende Verfassungsregeln nicht willkürlich abänderbar sein und die Herrschaft soll von gewählten Trägern ausgeübt werden, die durch Wahlen und nicht über informelle Kanäle an ihre Positionen gelangt sind.<sup>103</sup> Unterstützt wird ein demokratisches System durch den sozioökonomischen Kontext, die internationale Einbettung und die Zivilgesellschaft.<sup>104</sup>

Bei der sozioökonomischen Umgebung des demokratischen Systems geht die theoretische Diskussion von der Annahme aus, dass eine stabile Demokratie mit einem stabilen Wirtschaftssystem einhergeht. Bei einer als gerecht empfundenen Verteilung der Güter und Dienstleistungen sowie Ressourcen bleibt die partizipative und rechtsstaatliche Qualität der Demokratie erhalten. Schädlich für die Demokratie sind gemäß dieses Ansatzes Ungleichverteilung, extreme Armut, unterentwickelte Wirtschaft und Korruption.<sup>105</sup> Die Zivilgesellschaft dient bei stabiler Entwicklung der Balance gegenüber der staatlichen Macht und ist somit wichtig für eine qualifizierte Interessenvertretung in einem demokratischen System. Wenn diese Art der Interessenartikulation fehlt, kann es zu Ungleichgewichten in der Machtstruktur kommen. Schließlich bietet die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen oder grenzübergreifenden Bündnissen die Möglichkeit zur Stabilisierung eines politischen Systems. Dies allerdings nur dann, wenn die entsprechende Organisation sich demokratischen Werten und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet und diese Werte auch ihren Mitgliedern vermittelt. Organisationen wie die EU, die OSZE oder der Europarat auf der europäischen Ebene sind Beispiele für eine demokratische Wertevermittlung.

Bezogen auf die Relation zwischen ethnisch-nationalen Gruppen bzw. Mehrheiten und Minderheiten in einem Staat, stellt sich demnach die Frage, in welcher Art und Weise die betroffenen Gruppen in das demokratische System einbezogen sind. Sind alle Gruppen zu Wahlen zugelassen? Genießen alle dieselben Partizipationsrechte? Sind die grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte für alle gleich? Können sich alle ethnisch-nationalen Gruppen an dem politischen Prozess beteiligen? Gibt es „reservierte Domänen“ für bestimmte Gruppen bzw. werden Ämter ausgehend von der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit vergeben? Werden ökonomische Ressourcen zwischen den Gruppen gerecht verteilt oder werden bestimmte Gruppen bevorzugt? Gibt es zivilgesellschaftliche Beteiligung der verschiedenen ethnisch-nationalen Gruppen? Und schließlich: Wie wirkt sich die internationale Einbettung auf die ethnisch-nationale Situation im Staat aus? Alle diese Fragen beziehen sich auf die gesellschaftliche Position von ethnisch-nationalen Gruppen in einem demokratischen Staat. Im Kontext des Übergangs von einem autokratischen zu einem demokratischen System ist es schließlich von Bedeutung, wie sich Positionen der ethnisch-nationalen Gruppen im Zuge der Transformation verändert haben.

---

<sup>102</sup> Ebd. S. 32-33.

<sup>103</sup> Ebd. S. 33-34.

<sup>104</sup> Ebd. S. 35-37.

<sup>105</sup> Vgl. Ebd. S. 96-104.



## 2.7 Systematisierung der Transformation und Integration

Insofern können die Indikatoren, welche für die Messung der gesellschaftlichen Integration angeführt wurden, in einigen Dimensionen auch zur Bewertung der politischen Funktionsweise eines Staates verwendet werden. Vor allem sind die drei Indikatoren der politischen Dimension unabdingbar für ein demokratisches System. Aber auch die sozioökonomische Einbettung gesellschaftlicher Gruppen ist von entscheidender Bedeutung, wenn ein funktionierender Staat nach demokratischen Prinzipien aufgebaut werden soll.

## 2.7 Systematisierung der Transformation und Integration

Um den Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System besser zu analysieren, kann der Ablauf der Ereignisse in Phasen eingeteilt werden, welche als zeitlicher und inhaltlicher Rahmen für den Transformationsprozess dienen können. Grob betrachtet kann der Transformationsprozess im postsowjetischen Raum in drei aufeinander folgende und ineinanderfließende Phasen eingeteilt werden: das Ende des autokratischen Regimes, die Demokratisierung mit der dazugehörigen Institutionenbildung sowie die Konsolidierung der entstandenen Demokratie.<sup>106</sup> Zum Systemübergang gehören demnach die grundlegende Erneuerung des gesamten politischen, gesellschaftlichen und meistens auch ökonomischen Lebens in einem Staat. Entsprechend werden Strukturen, Prozesse und Institutionen erst aufgelöst und danach wieder neu aufgebaut. Untermauert werden muss das neue, im Idealfall demokratische, System durch Normen, welche den beschriebenen demokratischen Prinzipien genügen.<sup>107</sup>

Bei der ersten Phase des Systemübergangs können idealtypische Verlaufsformen unterschieden werden sowie dem Systemwechsel vorausgegangene Ursachenkomplexe. Die möglichen systeminternen Ursachen des Systemzusammenbruchs können beispielsweise die Effizienz oder auch die Ineffizienz des Wirtschaftssystems sein, woraus sich eine Legitimitätskrise ergibt. Ebenso können politische Schlüsselereignisse die Ursache sein. Zu externen Ursachen können militärische Niederlage, Wegfall externer Unterstützung oder Dominoeffekt zählen. Je nach Ursachenkomplex bzw. Akteurskonstellation kann der Übergang ausgehandelt sein, wobei sowohl alte als auch neue Eliten beteiligt sind, ebenso können aber auch alte Eliten die Neugestaltung in die Wege leiten, oder es kommt zu revolutionären Handlungen „von unten“.<sup>108</sup> Die Verlaufsformen sind allerdings nur schwer zu systematisieren, da es erstens keine „Idealform“ des Systemzerfalls geben kann und da zweitens Transformationen stets mit einer Vielzahl an Elementen verbunden sind, welche sich auf die Ereignisse auswirken. Im Falle des postsowjetischen Raums können sowohl mehrere Ursachen als auch unterschiedliche Elemente der beschriebenen Verlaufsformen gefunden werden, was die Einteilung der Staaten in Kategorien erschwert. Deswegen sollte diese Phase als allgemeiner Rahmen begriffen werden, in dem die Tatsache der Auflösung des autokratischen (bzw. des „alten“) Sys-

---

<sup>106</sup> Vgl. Ebd. S. 93-127.

<sup>107</sup> Ebd. S. 94.

<sup>108</sup> Ebd. S. 101-104.

## 2. Theoretischer Hintergrund

tems auf die Notwendigkeit des Aufbaus eines demokratischen (oder „neuen“) Systems trifft.<sup>109</sup>

Die zweite Phase der Transformation beinhaltet als entscheidende Schritte die Institutionenbildung sowie die Verabschiedung einer allgemeingültigen Verfassung. Dabei ist es wichtig, wer die Verfassung verabschiedet und wie sie verabschiedet wird. Ebenso wichtig sind der institutionelle Aufbau des neuen Systems und die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse. Eine demokratisch legitimierte Verfassung muss idealerweise von einer demokratisch gewählten Volksversammlung ausgearbeitet werden, die intern demokratische Verfahren anwendet.<sup>110</sup> Anschließend muss die Verfassung vom Volk („demos“) verabschiedet werden. Die empirische Legitimation der Verfassung ergibt sich aus der sozialen und politischen Inklusion aller Volksgruppen und Minderheiten, welche bei der Entscheidungsfindung eine Stimme erhalten sollen. Auch innerhalb des institutionellen Gefüges müssen die Rechte und Pflichten aller gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt sein, ebenso wie die Möglichkeit ihrer Teilnahme am demokratischen Prozess, welcher der Verabschiedung der Verfassung folgt. Die doppelte Problematik der Verfassungsgebung besteht darin, dass die Regeln von den beteiligten Akteuren entworfen werden, während sie formal noch nicht gelten und deswegen die Gefahr besteht, dass Interessen stärkerer Akteure durchgesetzt werden. So können schwächere Akteure ihre Position einbüßen, was wiederum zu Spannungen in der Gesellschaft führen kann. Schließlich legt die Demokratisierungsphase das allgemeine Herrschaftssystem fest, welches die Regierungsstruktur bestimmt. So kann ein demokratisches System parlamentarisch, semi-präsidentiell oder präsidentiell aufgebaut sein, was gewisse Regeln mit sich bringt.<sup>111</sup> In parlamentarischen Systemen ist politische Repräsentation über das Parteiensystem von höchster Bedeutung, in einem semi-präsidentiell oder präsidentiell aufgebauten System gewinnt der Posten des Präsidenten an Macht. Falls in einem Staat mehrere ethnisch-nationale Gruppen um ihre Stellung im institutionellen Gefüge kämpfen, ist es für die demokratische Entwicklung entscheidend, ob alle dieselben Repräsentationsmöglichkeiten bekommen. Als wichtigste Ausprägung der Verfassung und damit der Demokratisierung gelten erste Parlamentswahlen, welche gemäß demokratischen Prinzipien abgehalten werden und demnach als „frei“ gelten können.

Die letzte Phase des systemischen Übergangs ist schließlich die Konsolidierung der Demokratie, welche als die allgemeine Stabilisierung des Systems in allen Teilbereichen gelten kann. Unterschiedliche Ansätze gehen von einem engen oder breiten Verständnis der Konsolidierung aus, wobei insgesamt Konsens darüber herrscht, dass ein System

---

<sup>109</sup> Wolfgang Merkel teilt in seiner Analyse die Länder des postsowjetischen bzw. postkommunistischen Raumes in die einzelnen Verlaufsformen. Demnach wurde in Polen ein „ausgehandelter Systemwechsel“ zustande gebracht, während sich in der Tschechoslowakei ein „Regimekollaps“ und im Baltikum sowie in der Ukraine „Zerfall und Neugründung von Staaten“ ereignet hat. Jedoch sind die Verlaufsformen in ihren einzelnen Elementen in den meisten Fällen des Systemüberganges vorhanden, so dass eine „saubere“ Einteilung bzw. Kategorisierung nicht möglich ist. Merkel weist darauf hin, indem er die Einteilung der Länder gemäß dem jeweils „dominanten Verlaufsmuster“ vornimmt.

<sup>110</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 105-109.

<sup>111</sup> Ebd. S. 106-109.

## 2.7 Systematisierung der Transformation und Integration

nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Ebene stabil sein muss, um als konsolidiert zu gelten.<sup>112</sup>

In seiner Theorie zur Transformation unterscheidet Wolfgang Merkel zwischen vier Ebenen der demokratischen Konsolidierung, welche ihrerseits bestimmte Merkmale aufweisen. So bedeutet die Ebene der konstitutionellen Konsolidierung allgemein betrachtet, dass alle Verfassungsorgane stabil sind und ihre Funktionen entsprechend der vorgegebenen Regeln erfüllen.<sup>113</sup> Die Ebene der repräsentativen Konsolidierung umfasst Wahlsysteme, die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems, die Existenz von Antisystemparteien sowie die Wählerfluktuation und das Verbändewesen.<sup>114</sup> Hierbei soll somit die Repräsentation der Bevölkerung im demokratischen Prozess gewährleistet sein. Die dritte Ebene der Verhaltenskonsolidierung beschreibt das Verhalten informeller Akteure, welche das demokratische System als Vetospieler gefährden könnten.<sup>115</sup> Schließlich zeigt die Konsolidierung der Bürgergesellschaft auf der letzten Ebene der Konsolidierung, wie sich die Zivilgesellschaft entwickelt und wie ihre Kooperation mit staatlichen Organen vonstatten geht.<sup>116</sup> Die Entwicklungen des politischen Systems in jeder Phase der Konsolidierung geben Aufschluss darüber, wie weit der Demokratisierungsprozess vorangeschritten ist.

Wie kann nun eine Verbindung zwischen dem Prozess der Konsolidierung und der gesellschaftlichen Integration hergestellt werden? Schließlich ist das Problem der Staats- und Nationsbildung im Kontext der postsowjetischen Demokratisierung und Konsolidierung von besonderer Bedeutung. Einerseits wollten die unabhängigen Staaten nach dem Zerfall des Riesenreiches endlich ihre nationalen Freiheiten ausleben, wurden aber gleichzeitig mit den Folgen der Sowjetzeit konfrontiert, was unter anderem den Umgang mit Minoritäten bedeutete.<sup>117</sup>

Wenn in jeder der drei Phasen des Übergangs vom autokratischen zum demokratischen System die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration beobachtet werden, kann ein relativ klares Bild davon entstehen, wie sich das Verhältnis der ethnisch-nationalen Gruppen im Laufe der politischen Prozesse entwickelt hat.

In der ersten Phase des Übergangs kann die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an dem Verhandlungs- bzw. Übergangsprozess Auswirkungen darauf haben, welche Regeln und Institutionen während der Demokratisierung entstehen. Werden beispielsweise neue Gesetze zur Sprache bzw. zur Staatsbürgerschaft erlassen, welche bestimmte Gruppen benachteiligen (kulturelle und politische Dimension), kann sich dies auf die politische und gesellschaftliche Position der jeweiligen Gruppen auswirken. Weiterhin können die entstandenen Normen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bzw. auf den

---

<sup>112</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 101-104; Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. Politische Vierteljahresschrift 48/3. S. 413-433.

<sup>113</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 118-122; Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. S. 413-433.

<sup>114</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 118-122.

<sup>115</sup> Ebd. S. 122-124.

<sup>116</sup> Ebd. S. 124-127.

<sup>117</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 325-329.

## 2. Theoretischer Hintergrund

Zugang zur Bildung (strukturelle Dimension) haben, was sich wiederum auf die sozialen Indikatoren auswirken kann.

Die ausgehandelten Normen und Gesetze sowie das institutionelle Gefüge, welche unter Beteiligung bzw. der Dominanz einer oder mehrerer Gruppen festgelegt werden, wirken sich somit auf die gesellschaftliche Integration während der Konsolidierungsphase aus. Falls die schwache Verhandlungsposition einer ethnisch-nationalen Gruppe während der Phase der Demokratisierung dazu führt, dass restriktive Staatsbürgerschaftsgesetze erlassen werden, wird es höchstwahrscheinlich zur mangelnden politischen Repräsentation dieser Gruppe kommen. Eine solche Entwicklung betrifft unter Umständen auch die anderen Indikatoren der politischen Dimension der gesellschaftlichen Integration, da es ohne Staatsbürgerschaft auch keinen Zugang zu öffentlichen Ämtern geben kann. Andererseits, wenn eine ethnisch-nationale Gruppe während der Demokratisierungsphase eine starke Verhandlungsposition innehat, kann es dazu kommen, dass diese Gruppe auch im Folgenden repräsentativ stark bleibt und sich weitere Rechte in anderen gesellschaftlichen Bereichen erkämpft.

Wie auch bei der Darstellung der Dimensionen der gesellschaftlichen Integration, sind auch die Ebenen der Konsolidierung voneinander abhängig. Entsprechend bilden sich die Zivilgesellschaft sowie die Position der informellen Akteure erst heraus, wenn sich politische Institutionen mehr oder weniger stabilisiert haben.<sup>118</sup> Ähnlich verhält es sich mit den Indikatoren der sozialen und der identifikativen Dimension, welche im Grunde von der rechtlich-normativen und der strukturellen Position der ethnisch-nationalen Gruppen in einem Staat abhängig sind. Wenn diese wiederum von der Verhandlungsposition der ethnisch-nationalen Gruppe im institutionellen Gefüge beeinflusst werden, ergibt sich eine Verbindung zu der ersten und der zweiten Phase des Systemübergangs.

Letztlich kann folgender Zusammenhang zwischen den Dimensionen der gesellschaftlichen Integration und dem systemischen Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen System in einem Staat mit mehreren ethnisch-nationalen Gruppen festgestellt werden: Ethnisch-nationale Gruppen können zwar in jeder Phase des Übergangs auf die Ausgestaltung des Systems Einfluss nehmen, allerdings wirkt sich ihre Verhandlungsposition während des Systemzusammenbruchs und der anschließenden Institutionalisierung maßgeblich auf die Ausgestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Position in der Konsolidierungsphase aus. Entsprechend haben sowohl die ethnisch-nationale Mehrheit als auch die Minderheit (oder mehrere Minderheiten) während der Verhandlungsphase die Möglichkeit, ihre fortfolgende politische und gesellschaftliche Stellung zu definieren. Sobald Regeln feststehen und durch eine Verfassung abgesichert sind, werden nachträgliche Korrekturen dieser Stellung schwieriger, da der Prozess der Konsolidierung entsprechend der festgelegten Normen vonstatten geht und sich damit auch die Elemente der sozialen und der identifikativen Einstellung ethnisch-nationaler Gruppen weiterentwickeln.

---

<sup>118</sup> Vgl. hierzu: Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, S. 122-127.

## 2.8 Fragestellung und Hypothesen

Durch ihre historische Rolle als sowjetische Titulnation hat sich die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum zu einer ethnisch-nationalen Gruppe mit einer Sonderposition entwickelt. Während sie in einigen Staaten des postsowjetischen Raumes den Großteil ihrer Sonderrechte behalten konnte, wurde sie in anderen Staaten mittels neuer gesetzlicher und gesellschaftlicher Normen zu einer teilweise segmentierten bzw. marginalisierten Minderheit. Daraus ergibt sich die Fragestellung, mit der nach Einflussfaktoren und Ursachen für diese Unterschiede gesucht wird und gleichzeitig der Frage nachgegangen wird, welche Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern des postsowjetischen Raumes zugeschrieben werden kann und welche Rolle sie sich selbst zuschreibt. Entsprechend kann der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die politische Entwicklung der Untersuchungsländer und gleichzeitig die Auswirkungen des Systemwechsels auf die Position der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern untersucht werden. Dabei wird die Mehrfachintegration in den einzelnen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration als die anzustrebende Integrationsform für die russischsprachige Bevölkerung im jeweiligen Land angesehen.

Demnach können folgende Fragen als Grundlage für die Fragestellung dienen:

1. Wie wirkte sich die Entstehungsgeschichte der russischsprachigen Bevölkerung auf ihre Position in dem jeweiligen Staat sowohl vor als auch nach dem Systemwechsel aus?
2. Welche Rolle hat die russischsprachige Bevölkerung bei der Transformation von der Diktatur zur Demokratie gespielt bzw. welche Rolle wurde ihr zugewiesen?
3. Wie hat sich die politische, soziale und ökonomische Position der russischsprachigen Bevölkerung während der Phase der demokratischen Konsolidierung entwickelt?

Ausgehend von der Fragestellung können folgende Hypothesen aufgestellt werden:

Je stärker die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto besser konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso stärker war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Mehrfachintegration in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je mehr konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

Umgekehrt soll gezeitigt werden:

Je schwächer die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto schlechter konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso schwächer war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Marginalisierung in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je weniger konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

## 2. Theoretischer Hintergrund

Zur Überprüfung dieser Hypothesen wird eine empirische Analyse der gegebenen Indikatoren der gesellschaftlichen Integration vorgenommen, welche durch Elemente der Systemtransformation ergänzt werden.

### 2.9 Methodisches Vorgehen

Der Analyse der Transformation von einem autokratischen zu einem demokratischen System geht ein historischer Einschnitt in die Geschichte der Herausbildung der heutigen russischsprachigen Bevölkerung in den Untersuchungsländern voraus. Dadurch sollen die Ereignisse, welche während des Systemwechsels stattgefunden haben, besser verständlich gemacht werden. Es werden statistische Daten zur Bevölkerungsentwicklung verwendet, um auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur hinzuweisen. Ebenso werden historische Ereignisse rund um das sowjetische „Nationsprojekt“ mithilfe historischer Quellen und Sekundärliteratur dargelegt.

Die Ereignisse rund um die Systemtransformation werden in drei Phasen (Ende des autokratischen Regimes, Demokratisierung und Konsolidierung) eingeteilt. Die Phasen sind mehr oder weniger zeitlich aufeinander folgend, wobei die Übergänge der Phasen fließend sind. Folgende Elemente werden als zentral für den Systemübergang eingestuft: Die Besetzung der entscheidungsfindenden Gremien, die Abhaltung halbfreier bzw. freier Parlamentswahlen, die Ausarbeitung der Verfassung sowie die Verabschiedung grundlegender Gesetze, welche für die gesellschaftliche Integration von Bedeutung sind. Die Verabschiedung der Verfassung gilt als Abschluss der Demokratisierungsphase, worauf idealerweise die ersten freien Parlamentswahlen folgen. Im Zuge der Analyse werden folgende Elemente zusätzlich analysiert: die Teilnahme der gesellschaftlichen ethnisch-nationalen Gruppen an Verhandlungen, Wahlen und der parlamentarischen Repräsentation bzw. an der Regierungsbildung. Zu diesem Zweck werden Parteien und die parteipolitische Repräsentation der ethnisch-nationalen Gruppen analysiert, was auch eine Analyse der Wahlergebnisse umfasst. Damit soll gezeigt werden, wie sich die gesetzliche Stellung und die Repräsentation der neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung im Laufe der Systemtransformation verändert haben. Gleichzeitig werden die Indikatoren der politischen Dimension der gesellschaftlichen Integration mit der Analyse der gesetzlichen Stellung, der Wahlbeteiligung und der politischen Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung untersucht.

Die restlichen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration werden mittels der gegebenen Indikatoren laufend in die Analyse eingebunden. So wird die Sprache als wichtigster Indikator sowohl hinsichtlich gesetzlicher Regelungen als auch im Hinblick auf die Nutzung der Sprache im Alltag analysiert. Dafür werden statistische Daten, Gesetze und Umfragen verwendet. Auch sozioökonomische Faktoren, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung können mithilfe vorhandener quantitativer Daten erfasst werden. Ebenso verhält es sich mit dem Zugang zur Bildung, welcher durch laufende statistische Erhebungen beschrieben werden kann. Anders verhält es sich mit Indikatoren der sozialen und der identifikati-

ven Dimension – hier muss auf Umfragen, vorhandene Analysen und individuelle Einschätzungen zurückgegriffen werden, um eine qualitative Analyse der gesellschaftlichen Integration in diesen Bereichen vornehmen zu können. Die Identität im Kontext der gesellschaftlichen Integration wird mithilfe einer umfassenden Analyse beschrieben, wobei auf gesellschaftliche und historische Faktoren eingegangen wird.

Als Ergebnis soll die Analyse Erkenntnisse darüber liefern, wie die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in den Untersuchungsländern gemäß der Fragestellung zu bewerten ist und ob die aufgestellten Hypothesen verifiziert werden können.

Durch die angebrachten Fallbeispiele soll die Entwicklung der politischen und ökonomischen Transformation mit der gesellschaftlichen und politischen Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in Verbindung gebracht werden. Durch die so aufgebaute Analyse soll der beidseitige Einfluss – sowohl des Transformationsprozesses auf die Position der russischsprachigen Bevölkerung als auch der Rolle der russischsprachigen Bevölkerung auf den Prozess der Demokratisierung und der demokratischen Konsolidierung – verdeutlicht werden. Mithilfe der Analyse und des Vergleichs der genannten Prozesse, Indikatoren und Dimensionen, und der Verbindung der Elemente der Transformation mit Elementen der gesellschaftlichen Integration soll ein interdisziplinärer Beitrag zur Transformations- und Minderheitenforschung im postsowjetischen Raum geleistet werden.

## 2.10 Quellen

Neben den in der Einleitung bereits genannten Publikationen, welche als allgemeine Grundlage der Transformationsforschung im postsowjetischen Raum dienen, werden für die vorliegende Untersuchung zusätzliche Quellen herangezogen.

Für Estland ist eine Vielzahl an Informationen und Analysen vorhanden. Sowohl die staatlichen Programme zur gesellschaftlichen Integration als auch die Ergebnisse der Integrations-Monitorings sind über das estnische Kulturministerium und die Einrichtung für Integration und Migration (MISA) zugänglich. Für die Analyse des politischen Prozesses während der Demokratisierungs- und Konsolidierungsphase wurden Wahllisten, Stenogramme, Parteiprogramme und Koalitionsvereinbarungen herangezogen. Gesetzestexte erscheinen in Estland im Staatsanzeiger (Riigi Teataja (RT)). Sowohl die zwei größten Universitäten in Tallinn (Tallinna Ülikool (TLU)) und in Tartu (Tartu Ülikool (UT)) als auch staatliche bzw. kommunale Einrichtungen wirken bei Untersuchungen der gesellschaftlichen Prozesse in Estland aktiv mit und geben Publikationen zu unterschiedlichen Themen der gesellschaftlichen Integration heraus. Oft werden Umfrageinstitute – wie beispielsweise TNS Emor oder das Analysezentrum PRAXIS (Poliitikauuringute Keskus PRAXIS) – mit soziologischen Umfragen beauftragt. Für statistische Daten ist das Statistische Amt (Eesti Statistikaamet) zuständig und für die Herausgabe der Wahlergebnisse die Staatliche Wahlkommission (Vabariigi Valimiskomisjon). Relevante Artikel werden in der vorliegenden Arbeit (u.a.) aus den größten



## 2. Theoretischer Hintergrund

estnischen Tageszeitungen „Postimees“ und „Eesti Päevaleht“ sowie Nachrichten-Portalen wie „delfi.ee“ bzw. „ERR.ee“ herangezogen. Im März und April 2013 hat die Autorin ein Interview mit Ludmilla Veskimäe, (u.a.) Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets in den Jahren 1985 bis 1990, geführt, dessen Ergebnisse in die Ausführungen einfließen.

Für die Analyse der Ukraine steht eine Vielzahl an Sekundärliteratur zur Verfügung, welche teilweise bereits bei der Vorstellung des Forschungsstandes genannt wurde. Zusätzlich wird die politische Lage der Ukraine durch laufende Analysen, unter anderem im deutschsprachigen Raum, durch politische Stiftungen (die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung sowie die Heinrich-Böll-Stiftung) und Forschungsinstitute (beispielsweise die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und das ehemalige BIOst (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien) der Universität Köln, heute Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)) untersucht. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die „Ukraine-Analysen“, welche von der genannten Forschungsstelle der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) herausgegeben werden.<sup>119</sup> Die Publikationen liefern Analysen zu aktuellen tagespolitischen Themen und können insofern als eine wichtige Quelle für die Analyse in der Ukraine dienen. Ebenso wie in Estland, sind Daten zur Bevölkerungsstatistik und zu Wahlergebnissen in der Ukraine durch Publikationen des Statistischen Amtes (Державний комітет статистики України) und der Zentralen Wahlkommission (Центральна виборча комісія) zugänglich. Gesetzestexte erscheinen in der Ukraine im Staatsanzeiger (Відомості Верховної Ради (ВВР)).

Eine Vielzahl an Quellen ist unter anderem in der Estnischen Nationalbibliothek (Eesti Rahvusraamatukogu) in Tallinn, in den Staatsarchiven und in der Kiewer Nationalbibliothek (Національна бібліотека України імені В. І. Вернадського) zugänglich.

Die aktuellen Ereignisse rund um die Ukraine-Krise wurden im Jahr 2014 durch massives mediales Interesse und eine große Anzahl an wissenschaftlichen Artikeln begleitet. Im deutschsprachigen Raum sind insbesondere die Publikationen der Zeitschriften „Osteuropa“ und „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) zu nennen, die neben der Webpräsenz der Bundeszentrale für politische Bildung umfangreiche und fundierte Analysen der Ereignisse rund um die Krise geliefert haben.<sup>120</sup> Gesellschaftliche Umfragen zur Krise im Jahr 2014, welche durch die Bundeszentrale für politische Bildung vermittelt wurden, stammen von Erhebungen des Markt- und Meinungsforschungsinstitutes Gallup (im Auftrag des amerikanischen „International Republican Institute“), des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS), des Razumkow-Zentrums in Kiew und des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) der Ukraine. Die Details zu den Umfragen werden im entsprechenden Kapitel näher erläutert. Zusätzlich musste für die Analyse der Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2014 eine Reihe von Zeitungsartikeln und Beiträgen in Online-Medien eingesehen werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Auswahl der Artikel und Informationen eine ausgewogene Analyse erlaubt. Im deutschsprachigen Raum wurden (u.a.) Informationen aus folgenden Kanä-

<sup>119</sup> Die Internet-Präsenz der Ukraine-Analysen: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/about.php>.

<sup>120</sup> Die Publikationen der bereits genannten „Ukraine-Analysen“ decken sich dabei mit dem Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Themenseite „Ukraine-Analysen“ der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/>.



len verwendet: „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Der Spiegel“, „die tageszeitung“, „Der Tagesspiegel“, „Die Welt“ und „Die Zeit“. Ebenso wurden teilweise Informationen der „Deutschen Welle“ und der „Tagesschau“ verwendet. Von der Vielzahl an ukrainischsprachiger Presse wurden (u.a.) Medien wie „The Kiev Times“, „Segodnya“ („segodnya.ua“) und Web-Informationendienste wie „ipress.ua“, „tsn.ua“, „vesti-ukr.com“, „korrespondent.net“ und „unian.net“ verwendet. Russischsprachige Ausgaben umfassten beispielsweise „RIA-Novosti“ und „Novaya Gazeta“, ebenso wie „Radio Svoboda“ und die Informationen der Agenturen „Itar-Tass“ und „Interfax“. Informationen internationaler Informationsdienste, solcher wie „BBC“ oder „euronews“ bzw. der Agentur „Reuters“ wurden ebenso herangezogen. Die Autorin hat außerdem eine Reihe informeller Interviews mit Studierenden und Doktoranden aus verschiedenen Teilen der Ukraine im Rahmen der Sommerschule der Universität Tartu im August des Jahres 2014 geführt. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen fließen in die Ausführungen ein.



# 3. Historischer Hintergrund

## 3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion

### 3.1.1 Die Ideologie hinter dem sowjetischen „Nationsprojekt“ und die Sonderstellung der Russen als Titularnation

Laut Rogers Brubaker war die Sowjetunion weder als ein russischer Nationalstaat konzipiert noch geführt: Gemäß der ideologischen Vorstellung der bolschewistischen Arbeiterbewegung unter Lenin sollten alle Unionsrepubliken ihre nationalen Besonderheiten pflegen.<sup>121</sup> Zur Ideologie der Sowjetunion gehörte es, formal die „Freundschaft der Nationen“ zu schaffen, was in der Praxis mit einer klaren und gleichzeitig repressiven Führung aus Moskau einherging. Die Erweiterung der Sowjetunion in alle Richtungen Anfang des 20. Jahrhunderts wurde somit – unter anderem – mit der ideologischen Untermauerung einer „freundschaftlichen“ Zusammenkunft vieler Nationen durchgeführt.<sup>122</sup> Graham Smith beschreibt die Einrichtung der neuen unabhängigen Nationalstaaten nach dem Zerfall der Sowjetunion demnach als paradox – die neuen Staaten sind aus dem multinationalen Gebilde der Sowjetunion herausgewachsen, gründeten ihre Staatsbildung nach dem Zerfall der Sowjetunion aber mehrheitlich auf der Idee der Nationsbildung.<sup>123</sup>

Der sowjetische Nationalismus war ideologisch auf einer Vielfalt der Nationen aufgebaut, die alle ihren nationalen Staaten, bzw. territorialen Einheiten innerhalb der Sowjetunion zugeordnet werden konnten. Erst später kam eine umfassende Russifizierung dazu. Zunächst war aber die kulturelle und ethnisch-nationale Vielfalt einer der Bausteine der bolschewistischen Vorstellung über das Gegenteil der absolutistischen Monarchie – jede Nation sollte demnach ein eigenes Territorium mit einer eigenen Sprache besitzen können, so Lenin im Oktober 1917.<sup>124</sup> Zusätzlich zu den genannten Eigenschaften sollte eine Nation der Sowjetunion grundsätzlich das Recht auf Selbstbestimmung haben, was unweigerlich mit der Eigenschaft einer „Titularnation“ einherging. Diese Art des Vielvölkerreiches sollte als Gegensatz zu dem absolutistischen „Völkergefängnis“ dienen, noch bevor die Sowjet-

---

<sup>121</sup> Brubaker, Rogers (1994): *Nationhood and the National Question in the Soviet Union and Post-Soviet Eurasia: An Institutional Account*. *Theory and Society* 23. 47-78, S. 51.

<sup>122</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): *Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust*. Tallinn: Statistikaamet. S. 50-59.

<sup>123</sup> Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 1.

<sup>124</sup> Tiškov, Valery A. (1997): *Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame*. London [u.a.]: SAGE. S. 42-43.

### 3. Historischer Hintergrund

union überhaupt eine Union bzw. ein Vielvölkerreich wurde.<sup>125</sup> Den „Großrussischen Chauvinismus“ hat Wladimir Lenin mitunter abgelehnt – die Doktrin des ethnischen Nationalismus unter einer totalitären Führung Russlands kam erst später mit Jossif Stalin, der die Sowjetunion in ein russifiziertes „föderales Kolonialreich“ verwandelte.<sup>126</sup>

Im Jahr 1913 nannte Stalin – später der Volkskommissar für Nationalitäten – die Nation eine stabile Gemeinschaft, die eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsames Territorium, ökonomisches Leben sowie eine gemeinsame psychologische Mentalität aufweisen konnte.<sup>127</sup> Diese Doktrin stellte die Grundlage des sowjetischen Nationalismus der Nachkriegszeit dar, obwohl sie immer wieder auf Grenzen der sozialistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus stieß. Nationale Bestrebungen waren demnach erwünscht, solange sie sich nicht gegen die sowjetische Zentralmacht wandten. Mit Stalin begann auch die Erhebung der Russen zu der Titularnation der sowjetischen Völkergemeinschaft.<sup>128</sup> Ereignisse der 1930er Jahre in der Ukraine mit dem Ausbruch der Hungersnot („Holodomor“) in der ehemaligen Kornkammer der Republik – der Ukraine – zeigen exemplarisch, dass das Nationalprojekt lediglich ein Vorwand war, um die Arbeiterbevölkerung an die Sowjetmacht zu binden und um sich gegen das Zarenreich abzugrenzen.<sup>129</sup> Die als nationale Befreiung getarnte „Selbstbestimmung der Völker“ nahm im sowjetischen Kontext spätestens nach der endgültigen Machtübernahme durch die Bolschewiki imperialistisch-totalitäre Züge an.<sup>130</sup> Durch die Herausbildung der sozialistischen Kader aus den Nationen der Teilrepubliken sollte ein doppeltes Ziel verfolgt werden: erstens die zentralistische Herrschaft des aus Moskau gelenkten Sozialismus und zweitens das Vertrauen der Völker in die Herrschaft durch Lokalmacht in den Händen der „eigenen“ Nation.<sup>131</sup>

Die territoriale Aufteilung der Sowjetunion wurde durch die Hierarchie der ethnischen Gruppen unterstützt.<sup>132</sup> Die höchste territoriale Einheit war die Unionsrepublik, die alle

---

<sup>125</sup> Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik. Osteuropa* 5-6. 39-64, S. 49-50; Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 610-614; Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 188.

<sup>126</sup> Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik*. S. 49-50; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 4.

<sup>127</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 610-611.

<sup>128</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. *APuZ* 47-48. 10-17, S. 14.

<sup>129</sup> „Holodomor“ oder Hunger-Holocaust sind in der Forschung kontrovers diskutierte Bezeichnungen für die Ereignisse in der Ukraine Anfang der 1930er Jahre. Viele sehen in den Ereignissen eine systematisch organisierte Hungersnot unter dem Vorwand der landwirtschaftlichen Kollektivierung. Andere führen die Ereignisse auf einen misslungenen Versuch, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, zurück. Siehe hierzu: Mace, James E. (1993): *Zur aktuellen Diskussion über die ukrainische Hungersnot von 1932/33*. in: Hausmann, Guido/Kappeler, Andreas (Hrsg.): *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates* (Bd. 1). Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. S. 126-144 (sowie im selben Band) Merl, Stephan (1993): *War die Hungersnot von 1932-1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewusst im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?* S. 145-166.

<sup>130</sup> Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik*. S. 49-50.

<sup>131</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 11.

<sup>132</sup> Beispiele für Volksgruppen:

1.) „Korennyaja /titulnaja nacija; korennoje naselenije (Коренная /титульная нация; коренное население)“ – „eingewurzelte Nation / Bewohner“ oder „Titularnation“: wichtiger Bestandteil des sowjetischen „Nationsprojektes“. Nach Stalins Definition bedurfte eine Nation eines Territoriums, einer Sprache, einer Ökonomie und einer Gruppenmentalität. Die eingewurzelten Nationalitäten in den Teilrepubliken waren „anerkannte“ Mitglieder des sowjetischen Völkermosaiks. Die Größe einer „Nation“ musste generell über 100 000 Personen betragen. In der heutigen Verfassung der Russischen Föderation fehlt die Definition einer solchen Nation. Vgl. Tiškov, Valery A. (1997): *Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame*. S. 19; 29-31; 33.

### 3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion

Merkmale eines Nationalstaates besaß. Dazu gehörten, neben der Titularnation und dem Territorium, eine Flagge, eine Hymne, eine Verfassung samt Kriminalkodex, ein gesamter Parteiapparat mit einem lokalen Flügel der Kommunistischen Partei sowie mit gesetzgebenden bzw. Exekutivorganen u.ä.<sup>133</sup> Die zentrale Führung der Sowjetunion verbot *de facto* (aber nicht *de jure*) die nationale Selbstbestimmung für die lokalen Organe.<sup>134</sup> Die Unionsrepubliken waren gleichzeitig darauf gestimmt, die Interessen und die Kultur der „korennoje naselenije“ zu repräsentieren und zu wahren.<sup>135</sup> Solange Nationalismus nicht Teil der politischen Tagesordnung war, wurde ein gewisser Grad an politischer Selbstbestimmung auf lokaler Ebene toleriert. Die Rolle der lokalen Führung war insofern kompliziert, als sie ihre Agenda so an die zentralen Vorgaben anpassen musste, dass keine Gefahr der Nationalisierung nachgewiesen werden konnte. Für die Völker, deren Status als Titularnation innerhalb des sowjetischen Mosaiks verankert war, wurde der Weg durch „korenizacija“, also die „Verwurzelung“ zugänglich.<sup>136</sup> Diese sah vor, die lokalen Organe durch die „korennaja nacija“ zu besetzen, was wiederum zur Bewahrung der Titularsprache führte.<sup>137</sup> Auf diesem Weg stand den Titularnationen ein gewisser Grad an kultureller und sprachlicher Selbstverwaltung offen.<sup>138</sup> Dieser Weg wurde in den einzelnen Teilrepubliken unterschiedlich wahrgenommen, ebenso verliefen die Zeiten der Repressionen bzw. einer fortifizierten Russifizierung, im Gegensatz zur „korenizacija“, beinahe Sinuskurvenförmig ab – mal war ein relativ hoher Grad an Selbstbestimmung vorhanden (so wie in der Ukraine der 1920er Jahre) und mal wurden alle Maßnahmen wieder zunichte gemacht und die russische Sprache zur einzigen Umgangssprache erklärt.<sup>139</sup> Einige Völker, so wie die Balten, waren in Hinblick auf die Ausreizung der formalen Grenzen der kulturellen Eigenständigkeit sehr erfolgreich.<sup>140</sup> Andere, so wie Ukraine, Weißrussland und Armenien, waren der Russifizierung stärker ausgesetzt. Eine der Erklärungen hierfür ist sicherlich, dass Russland die zwei Nachbarländer Ukraine und Weißrussland oft unter der Prämisse

---

2.) „Narodnoje / nacionalnoje / etniceskoje menshistvo (Народное / национальное / этническое меньшинство)“ – „nationale/ethnische Minderheit“: eine Gruppe, die einer „korennaja nacija“ entgegengesetzt war, also kein Territorium besaß und somit in der sowjetischen Ideologie negativ konnotiert war.

3.) „Narodnost (Народность)“: Volksgruppe mit einem kleineren Bestand als 100 000 Personen. Hatte kein Recht auf eine eigene Teilrepublik oder ein autonomes Territorium. Vgl. Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 33.

<sup>133</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 611-612.

<sup>134</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 4-6.

<sup>135</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 611-612.

<sup>136</sup> „Korenizacija (Коренизация)“ – „Verwurzelung“: Politik der Bildung der jeweiligen Titularnation, die dazu beitragen sollte, dass lokale Organe und Bildungseliten durch diese besetzt werden. Die Maßnahmen umfassten Zugang zu Bildungseinrichtungen sowie zur Mitgliedschaft in der lokalen Kommunistischen Partei. Vgl. Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 6.

<sup>137</sup> Ebd. S. 4-6.

<sup>138</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 611-612.

<sup>139</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 190-197.

<sup>140</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 612; Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 7.

### 3. Historischer Hintergrund

der „ostslawischen Dreiheit“ sah.<sup>141</sup> Demnach waren die Länder zusammen mit Russland als ein einheitlicher kultureller Raum (aus russischer Sicht) zu behandeln und damit faktisch „russischer“ als zum Beispiel die baltischen Staaten.<sup>142</sup>

Die ethnische Struktur des sowjetischen Gebildes sowie die darauf basierende Integrität der einzelnen Republiken innerhalb der Sowjetunion stellten somit im ideologischen Sinne die Nation ins Zentrum des sowjetischen Nationsprojektes. Die Nation als integrale territoriale Größe stand ideologisch im Mittelpunkt der Sowjetisierung, wenngleich das faktische Ziel die imperiale Herrschaft über das gesamte Gebiet war.<sup>143</sup> Daher spricht Graham Smith von einem „föderalen Kolonialismus“, wenn es um den Aufbau der UdSSR geht.<sup>144</sup> Der Klassenkampf diene als das übergeordnete Ziel des sowjetischen Staatsaufbaus, der die rechtlichen, politischen und sozialen Ungleichheiten des Kapitalismus und Imperialismus lösen sollte. Dadurch sollte sich auch die nationale Frage quasi „von allein“ erledigen, wenn die Grundlage für sozioökonomische Konflikte beseitigt sei, so die ideologische Überzeugung des bolschewistischen Machtkampfes. Unter anderem wegen dieser Falschannahme wurde die „nationale Frage“ auch für „gelöst“ gehalten – bis hinein in die zweite Hälfte der 1980er Jahre, als der Großteil der sowjetischen „Brüdervölker“ bereits angefangen hatte zu rebellieren und oppositionelle Kräfte zu bilden.<sup>145</sup>

Die Ideologie des sowjetischen Nationalismus barg in Bezug auf die russische Nation ein Kuriosum. Im Zuge des Russischen Imperiums der Vor-Sowjetzeit waren ethnische Russen zur führenden Nation aufgestiegen. In der Verwaltung, dem Militär, den Führungsorganen waren sowohl ethnische Russen als auch die russische Sprache dominant. Dies verursachte den sogenannten, und von Lenin seinerzeit verhassten, „großrussischen Chauvinismus“, weshalb in den Anfangsjahren der Sowjetunion vor allem Lenin versuchte, alle Völker der Sowjetunion einander anzugleichen. Eines der Resultate war eine flexible Art der Nationalitätenpolitik, die erstens den Großmachtchauvinismus der Russen dämpfen und zweitens die anderen Nationen fördern sollte.<sup>146</sup> Auch wenn ethnische Russen im Zuge des repressiven Paradigmenwechsels der 1930er Jahre und der Kriegszeit unter Stalin quasi zur Führungsnation der Sowjetunion aufgestiegen sind, gab es einige Besonderheiten, die das sowjetische Nationsprojekt und die Rolle der Russen maßgeblich beeinflusst haben. Die Russen in Russland hatten keinen Status als „korennyaja nacija“ und Sowjetrußland, oder RSFSR (Russische Sozialistische Föderale Sowjetrepublik), war als einziges Land nicht als „Land der Russen“ definiert, sondern als eine supranationale Einheit der Sowjetunion.<sup>147</sup> Die Russische Sozialistische Sowjetrepublik ist damit politisch und föderal in der UdSSR aufgegangen und bildete deren Kern. Entsprechend fehlten hier lokale politische Organe, wie eine „russische“ Kommunistische Partei, „russische“ KGB

---

<sup>141</sup> Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik*. S. 50-51; Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 14; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 7.

<sup>142</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 13; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 7.

<sup>143</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 11.

<sup>144</sup> Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik*. S. 50-51; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 4.

<sup>145</sup> Vgl. hierzu: Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 5.

<sup>146</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 188-189.

<sup>147</sup> Kolsto, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 613.

### 3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion

oder „russische“ Akademie der Wissenschaften. Solche Organe waren auf republikanischer Ebene in allen anderen Unionsrepubliken vorhanden. In Moskau waren die zentralen Organe der gesamten Sowjetunion angesiedelt – KPdSU, KGB usw. –, diese agierten allerdings nicht explizit für Sowjetrußland, sondern für die gesamte Union. Dennoch sahen die Bewohner in Rußland in diesen Organen ihre „eigenen“.<sup>148</sup> So verschmolzen die „russischen“ und die „sowjetischen“ Organe sowie Ebenen im Kontext der sowjetischen und der „rußländischen“ Staatsführung. Kein Wunder also, dass im Laufe der Jahre „sowjetisch“ gleichbedeutend mit „russisch“ verwendet wurde – was nach dem Zerfall der Sowjetunion umso deutlicher wurde.

Der russische Terminus „russkij“ bedeutet so viel wie „russisch“ als Ausdruck der Zugehörigkeit zur russischen Nation und Kultur. Dagegen ist „rossijskij“ ein Ausdruck für „russisch“ als zugehörig zum russischen Staat (Rußland), also „rußländisch“.<sup>149</sup> Diese Unterscheidung ist schwer in andere Sprachen zu übertragen, doch sie birgt einen entscheidenden Unterschied hinsichtlich der russischsprachigen Bevölkerung als die Titularnation der Sowjetzeit: Für Rußland-Russen war das Land Rußland sowohl Herkunftsland als auch Quelle der Nationalität. Diese Nationalität konnte auch dann nicht verändert werden, wenn Russen gar nicht in Rußland, sondern in einem anderen Sowjetstaat gebürtig waren; die Nationalität wurde nach der nationalen Herkunft und nicht nach Geburtsort vermerkt.<sup>150</sup> Die nationale Zugehörigkeit wurde demnach durch Sprache, Kultur und Abstammung bestimmt.<sup>151</sup> Bei gemischten nationalen Verhältnissen in der Familie bestimmten meistens die Eltern, welche Nationalität bei dem Kind im Pass vermerkt werden sollte. Diese durfte später in begründeten Fällen revidiert werden.<sup>152</sup> Im Übrigen bedeutet „Nationalität“ aus diesem Grund für einen ehemaligen Sowjetbürger etwas anderes als die „Staatsbürgerschaft“: Anhand der Nationalität wurden in der Sowjetunion die jeweiligen Zugehörigkeiten zu einer Titularnation eines Staates bzw. zu einer Minderheit bestimmt,

---

<sup>148</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 6.

<sup>149</sup> Folgende Begriffe sind in dem Zusammenhang von Bedeutung:

1.) „Russkojazychnye/russkojazychnoe naselenije (Русскоязычные / Русскоязычное население)“ – „Russischsprachige/russischsprachige Bevölkerung“: Gesamtheit der Bevölkerung, die Russisch als die hauptsächlichste Kommunikationssprache verwenden. Obwohl in Rußland auch als Synonym für „sootechestvinniki“ verwendet, umfasst „Russkojazychnye/russkojazychnoe naselenije“ dennoch auch diejenigen, die nicht aus Rußland stammen. Er wird jedoch von der Gruppe selbst nicht zwangsläufig als Eigendefinition verwendet.

2.) „Sootechestvennik (Соотечественник)“ – „Landsmann“: Gesamtheit der Bevölkerung, die Russisch als die hauptsächlichste Kommunikationssprache verwendet und implizit auch aus Rußland stammt. Der Begriff wird in Rußland häufig verwendet, um auf die russischsprachige Bevölkerung im „Nahen Ausland“ zu verweisen.

3.) „Vykhodtsy (Выходцы)“ – „Aussiedler“: Ein Begriff, der im Zuge der Formation der Position Rußlands gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung im ehemaligen sowjetischen Raum verwendet wurde. Er hat sich aber nicht in dem Maße umgesetzt wie „sootechestvinniki.“ Vgl. Kolsto, Pål (1999): Territorialisierung Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 623-624.

4.) „Grazhdanin (Гражданин)“ – „Bürger“: Teile der russischsprachigen Bevölkerung, die im „Nahen Ausland“ wohnen, bzw. Staatsbürger Rußlands waren. Anfang der 1990er Jahre wurde dieser Begriff teilweise als Synonym zu „sootechestvinniki“ und „vykhodtsy“ verwendet. Später wurde der Begriff hauptsächlich für die Staatsbürger Rußlands verwendet, auch die, die außerhalb des Territoriums von Rußland lebten.

<sup>150</sup> Jahn, Egbert (2013): Kommunistische Weltgesellschaftspolitik. S. 49-50.

<sup>151</sup> Ebd. S. 50.

<sup>152</sup> Ebd. S. 50.

### 3. Historischer Hintergrund

während die sowjetische Staatsbürgerschaft für alle dieselbe war.<sup>153</sup> Die Tatsache, dass speziell bei den Russen ein nationaler Stützpunkt per Ideologie fehlte, waren sie in allen Teilen der Sowjetunion „zu Hause“.<sup>154</sup> Die Nationalität reichte aus, um Russen als ein Teil der indigenen sowjetischen Familie und als deren Titularnation zu postulieren.<sup>155</sup> All das führte im Endeffekt dazu, dass sich Russen auch nicht zwangsläufig mit Russland, sondern mit der Sowjetunion identifizierten.<sup>156</sup> Dem Selbstverständnis der Russen als Titularnation trug zusätzlich die Russifizierung der gesamten Sowjetunion bei. Russisch konnte faktisch in allen Teilrepubliken als Kommunikationssprache – als *lingua franca* – vorgefunden werden, so dass die durch die Administration unterstützte Migration der Russen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung in alle Teile der Sowjetunion entscheidend erleichtert wurde.<sup>157</sup> Der Zwang des Erlernens der lokalen Sprache bestand dabei nur marginal, eher mussten andere Nationen, die innerhalb der Sowjetunion lebten, Russisch lernen.<sup>158</sup> Sowjetische Russen fühlten sich in der Sowjetunion somit nirgendwo als Minderheit oder gar staatenlos, sondern ganz im Gegenteil, als führende Nation der sowjetischen Nationalitäten-Familie.<sup>159</sup> Das ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb es der russischsprachigen Bevölkerung teilweise so schwer gefallen ist, sich mit neuen Systemen nach dem Systemwechsel zu arrangieren. Der Zerfall der „sowjetischen Heimat“ stürzte viele in eine Identitätskrise, gepaart mit der schwerwiegenden Entscheidung sich mit der neuen Heimat, falls diese außerhalb von Russland lag, identifizieren zu müssen.

Angesichts der steigenden Migration und vor allem der steigenden Anzahl der russischsprachigen Bevölkerung in den Unionsstaaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, verspürte die Leitung der Sowjetunion das Bedürfnis, ihre Vorgehensweise zu erklären. Zumal es in einigen Landesteilen wegen der steigenden Immigration zu Protesten kam. In den 1960er Jahren wurden zahlreiche Diskussionen gestartet, wie die landesweite Bewegung der Bevölkerung am besten ideologisch untermauert werden könnte. Zu diesem Zweck wurden Wissenschaftler, Parteifunktionäre und Journalisten zu zahlreichen Foren, Konferenzen und Diskussionsrunden eingeladen. Artikel zu dem Thema wurden in unionsweiten wissenschaftlichen Magazinen und Zeitungen veröffentlicht, so z.B. in Zeitschriften wie „Вопросы Истории“ („Fragen der Geschichte“), „Литература и Жизнь“ („Literatur und Leben“) und der Zeitung „Известия“. („Benachrichtigungen“) Zwei grundsätzliche Positionen wurden dabei repräsentiert: Die Strategie der „Annäherung“ (сближение = „sblizhenije“) und die Strategie der „Verschmelzung“ (слияние = „slijanije“).<sup>160</sup> Die erste Strategie sollte auf den sozialistischen Prinzipien von Lenin und Stalin basieren. Dabei ging es um die Herausbildung eines multikulturellen Konstruktes unter der Obhut der Sowjetunion, in dem alle Nationen ihre „besten“ Eigenschaften zur Allgemeinheit beitragen würden. Keine der Nationen sollte im Zuge dessen ihre kulturel-

---

<sup>153</sup> Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. S. 29-31.

<sup>154</sup> Ebd.

<sup>155</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 6-7.

<sup>156</sup> Kolsto, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 613.

<sup>157</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 7.

<sup>158</sup> Ebd. S. 5.

<sup>159</sup> Kolsto, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 613.

<sup>160</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 49-50.



### 3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion

len Besonderheiten, so wie die Sprache, Traditionen und Folklore, verlieren. Der Prozess der „Annäherung“ sollte nicht überstürzt werden und langsam von allein voranschreiten. Aus diesem Grund sollten die Ankömmlinge aus anderen Unionsrepubliken überall willkommen sein, da sie erstens den jeweiligen Ländern ökonomisch, durch ihre Arbeitskraft, helfen, und zweitens den kulturellen Annäherungsprozess voranbringen würden. Die zweite Strategie der „Verschmelzung“ wurde in den 1970er Jahren als eine Art Weiterentwicklung der „Annäherung“ verstanden. Dadurch sollten die Unionsnationen nach und nach zu einer großen sowjetischen Nation werden, die eine Einheitssprache sprechen würden. Diese Sprache sollte Russisch sein. Zu diesem Zweck sollte Russisch bereits in Grundschulen unterrichtet werden, es sollte mehr Fächer an Universitäten auf Russisch geben und mehr Fernsehprogramme auf Russisch sollten zugänglich sein.

Besonders die baltischen Staaten wehrten sich vehement gegen diese geplante Verdrängung ihrer Sprache, was faktisch die Folge dieser Maßnahmen gewesen wäre. Die Strategie der „Verschmelzung“ brachte Wissenschaftler in allen drei baltischen Staaten in Sorge über den Fortbestand der jeweiligen nationalen Sprachen und Kulturen. Beispielsweise wurde 1979 von litauischen Linguisten eine Umfrage unter den Studenten in Kaunas durchgeführt, bei der der Sprachgebrauch erfragt wurde. Es stellte sich heraus, dass Litauisch im privaten und akademischen Alltag gesprochen wurde und Russisch nur für Lehrbücher im Gebrauch war.<sup>161</sup> Während der 1970er Jahre wurde auch die Folklore zu einem wichtigen Bestandteil der Gegenbewegung zur „Verschmelzung“. Dabei haben sich vor allem die Jugend und die Intelligenz zu Folklore-Zirkeln organisiert, in denen nationale Lieder gesungen wurden, Literatur, Kunst und Filme zu nationalen Themen verbreitet wurden.<sup>162</sup> Diese kulturell-folkloristische Nische stellte einen wichtigen Raum für die einheimische Bevölkerung dar, der einer geringeren Zensur unterlag und somit mehr Platz für nationale Themen bot. Tatsächlich kam diese Folklore-Welle der Sowjetischen Zentralverwaltung nicht gefährlich genug vor, um sie zu verbieten, weshalb solche Bewegungen bis in die 1980er Jahre wurden. Dadurch konnte unter anderem später die „Singende Revolution“ der Balten ihren Anfang nehmen.<sup>163</sup>

#### 3.1.2 Strukturelle Bestimmungsfaktoren der Migration in der Sowjetunion

Bereits während des Bürgerkrieges 1917-1923 sind große Bevölkerungsgruppen innerhalb der jungen Sowjetunion migriert – jedoch ist dies in erster Linie dem Russischen Bürgerkrieg (1917 bis 1922) zuzuschreiben. Hungersnöte und Verfolgung von Regimegegnern, aber auch die Einführung von Kollektivierung in der Landwirtschaft und Abgaben für die Front bestimmten die Völkerbewegung dieser Zeit. Viele Menschen sind unkontrolliert geflüchtet und haben sich an anderen Orten angesiedelt, häufig ohne Dokumentation und Registrierung. Dies stand im Gegensatz zur Idee der totalen Staatskontrolle, weshalb im Jahr 1932, bereits unter den politischen Bedingungen der Sowjet-

---

<sup>161</sup> Ebd.

<sup>162</sup> Ebd. S. 50.

<sup>163</sup> Ebd. S. 50-51.

### 3. Historischer Hintergrund

union, sowohl die Registrierung von Staatsbürgern eingeführt wurde als auch eine zentrale Vergabe von Wohnraum und Arbeitsplätzen. Dies hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Arbeitsmarktprozesse zentralisiert wurden. Der Pass war als einziges Identifikationsdokument innerhalb der Sowjetunion anerkannt. Im Pass wurde der Wohnort vermerkt – die sogenannte „propiska“ –; erst anhand dieser konnte eine Person sich zur Arbeitssuche anmelden.<sup>164</sup> Über die Arbeitsplatzvergabe hinaus wurden auch alle anderen sozialen Dienste von „propiska“ abhängig gemacht, so auch die eigentliche Gültigkeit des Passes. Ein Pass ohne Registrierung war ungültig. Eine Person, die in einem Ort registriert war, konnte also nicht an einem anderen Ort leben und arbeiten.<sup>165</sup> Auf diese Art wurde die Kontrolle über den Verbleib der Bürger gewährleistet.

Zusammen mit dem „propiska“-System wurde eine Reihe weiterer Normen angewandt, um die Bewegungen der Sowjetbürger zu kontrollieren und zu lenken. So war bei der Registrierung eine sogenannte sanitäre Norm zu beachten, die einen Wohnraum von 9 m<sup>2</sup> pro Person zuließ. Diese Norm wurde ungeachtet des sozialen Status der Personen befolgt, so dass Eheleute nicht zusammen wohnen durften, wenn sie mehr als den normierten Raum zur Verfügung hatten. Man muss dazu sagen, dass aus Raum- und Mittelknappheit WG-s (sog. „Kommunalka“ Rus.: „коммуналка“) mit mehreren Familien, vor allem in großen Städten, an der Tagesordnung waren. Unter diesen Bedingungen waren in den 1960er Jahren größere Städte der Sowjetunion wie Moskau, Leningrad (heute St. Petersburg), Kiew, Charkiw, Gorki (heute: Nizhni Novgorod) etc. für Migrationsflüsse quasi geschlossen.<sup>166</sup> Natürlich führte diese Art der Migrationskontrolle auch dazu, dass eine „propiska“ in solchen Städten sehr begehrt war und nicht ohne weiteres vergeben wurde. Damit junge Sowjetbürger ihre Arbeitskraft auch in andere Teile des Sowjetimperiums steckten, wurde eine Reihe weiterer Mechanismen entwickelt. Dadurch war die interne Migration, trotz restriktiver Kontrollmechanismen, in der Sowjetunion sehr hoch.

Das System der Meldung zum „orgnabor“, bei dem Arbeitskräfte zu entlegenen Teilen der Union in neu geschaffene Industriebetriebe und groß angelegte Bauprojekte geschickt wurden, führte zu einer quasi-freiwilligen Art der Migration.<sup>167</sup> Das System wurde am 30. Juni 1930 gestartet und war Teil der Zwangsindustrialisierung, obwohl die Meldung der Arbeiter an sich freiwillig war. Die Arbeitsverträge wurden für bestimmte Betriebe und einen fixierten Zeitraum abgeschlossen.<sup>168</sup> Hauptsächlich waren die Umsiedler Personen aus ländlichen Gegenden, die in städtische Gebiete verschickt wurden. Ein derartiger Prozess der Urbanisierung ging Hand in Hand mit der Industrialisierung

---

<sup>164</sup> „Propiska (Прописка)“: Obligatorische Anmeldung im Wohnort, die in der ganzen UdSSR von 1932 bis 1991 angewandt wurde. Die „propiska“ wurde durch eine Regionalvertretung des Innenministeriums per Stempel im Pass vollzogen. Jeder Bürger wurde unter einer bestimmten Adresse registriert und hatte damit Zugang zur Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen Sozialleistungen.

<sup>165</sup> Ivakhnyuk, Irina (2009): The Russian Migration Policy and Its Impact on Human Development: The Historical Perspective. UNDP. Human Development Reports, Research Paper 2009/14. S. 5-6.

<sup>166</sup> Ebd. S. 6.

<sup>167</sup> „Orgnabor (Оргнабор)“: Das vor allem in den 1930 bis 1970er Jahren angewandte System der Arbeiterrekrutierung. Hauptsächlich wurden damit Industrieprojekte versorgt, die in entlegenen Teilen der Sowjetunion lagen. Doch auch andere Projekte und Gegenden wurden bedient. Die Teilnahme an den Projekten war sowohl ökonomisch als auch psychologisch und ideologisch bedingt – neben finanziellen Zulagen war die Meldung für „orgnabor“ für den Sowjetbürger eine „Ehrensache“.

<sup>168</sup> Коллективный труд (1972): История рабочих Ленинграда. 1703-1965. Том второй. 1917-1965. Ленинград: „Наука“, 1972. Bd. 2. S. 209-231.

### 3.1 Migration und Demographie in der Sowjetunion

und Neuschaffung von Wohnraum.<sup>169</sup> Obwohl die Arbeitsverträge für einen begrenzten Zeitraum abgeschlossen wurden, sind viele der Personen in den jeweiligen Gebieten geblieben, was von den zentralen Verwaltungsbehörden auch erwünscht war. In den Jahren 1926 bis 1988 erhöhte sich die urbane Bevölkerung in der gesamten Sowjetunion durch diese Art der Umsiedlung um 82,2 Millionen Menschen.<sup>170</sup>

Für die Migration, vor allem in nördliche und östliche Gebiete (Sibirien, Zentralasien, Ferner Osten), aber auch in andere Teile der Sowjetunion, gab es finanzielle und soziale Belohnungen. So wurden, unter anderem, Reisekosten übernommen, je nach Einsatzgebiet höhere Löhne gezahlt, frühere Renten eingeführt und höhere Rentenbeiträge zugesprochen. So konnten Arbeiter im Hohen Norden für die gleiche Arbeit mehr verdienen als beispielsweise Arbeiter in der Moskauer Region. Dies verursachte unter den herrschenden planwirtschaftlichen Bedingungen bedeutende finanzielle Vorteile. Denn auch Löhne, wie alles andere, waren durchgehend normiert und auf einem konstanten Niveau im gesamten Land gehalten. Je nach Gebiet und Einsatzzeitraum konnten Arbeiter so sogar Ansparungen machen, was durchaus nicht selbstverständlich war. Auf diese Weise sind große Bevölkerungsteile in alle Teile der Sowjetunion umgesiedelt, denn die interne Migration war zwar reguliert, aber erlaubt.<sup>171</sup>

Im Jahr 1968 wurde das Gesetz zur Verteilung der Arbeitskräfte nach Abschluss einer Hochschule verabschiedet. Damit wurden den Hochschulabsolventen bereits im letzten Studienjahr von einer zentralen Verwaltungsstelle Betriebe genannt, die Bedarf nach den jeweiligen Spezialisten angemeldet hatten („Raspredelenije“).<sup>172</sup> Die Absolventen mussten nach dem Abschluss für eine Anzahl an Jahren in den ausgewählten Betrieben tätig werden. Nach Ablauf der Zeit durften sie wieder zurückkommen. In der Regel wurde den Absolventen ein Status des „jungen Spezialisten“ zugewiesen, womit sie zahlreiche Vergünstigungen im beruflichen Alltag in Anspruch nehmen konnten. Diese beinhalteten unter anderem Plätze in Wohnheimen, vorschulische und schulische Bildung für Kinder und Kündigungsschutz für den Einsatzzeitraum. In der Regel konnten solche „jungen Spezialisten“ nur per Anordnung des Bildungsministers entlassen werden, also praktisch gar nicht. Diese Art der Spezialistenförderung brachte ebenfalls Migrationsströme durch die ganze Union mit sich.

Während der Repressionszeit 1930-1950 wurden auch ethnisch begründete Zwangsumsiedlungen vorgenommen; häufig wurden dabei ganze ethnische Gruppen nach

---

<sup>169</sup> Die Errichtung der sogenannten „Chruschtschewka“ (Хрущёвка) von Anfang der 1950er bis Anfang der 1980er Jahre. Diese Art der Häuser aus günstigen Arbeitsmaterialien diente in erster Linie zur temporären Unterbringung der Arbeiterbevölkerung, wurde mit der Zeit jedoch zur permanenten Behausung vieler Familien. Die meistens 5-stöckigen Bauten sind typisch für die meisten Städte der ehemaligen Sowjetunion.

<sup>170</sup> Ivakhnyuk, Irina (2009): *The Russian Migration Policy and Its Impact on Human Development: The Historical Perspective*. S. 7.

<sup>171</sup> Ebd. S. 7-8.

<sup>172</sup> „Raspredelenie (Распределение)“ – „Verteilung“: war eine administrative Maßnahme, vorwiegend in den 1950er bis 1970er Jahren. Demnach wurden Absolventen und Spezialisten unterschiedlicher Fachgebiete (Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Architekten etc.) zu Erwerbstätigkeit in unterschiedliche Betrieben „versendet“, für eine Periode von drei bis fünf Jahren. Damit wurden Projekte und Betriebe in allen Teilen der Sowjetunion mit qualifizierten Fachkräften versorgt.

Vgl. МИНИСТЕРСТВО ВЫСШЕГО И СРЕДНЕГО СПЕЦИАЛЬНОГО ОБРАЗОВАНИЯ СССР ПРИКАЗ от 18 марта 1968 г. N 220 ОБ УТВЕРЖДЕНИИ ПОЛОЖЕНИЯ О ПЕРСОНАЛЬНОМ РАСПРЕДЕЛЕНИИ МОЛОДЫХ СПЕЦИАЛИСТОВ, ОКОНЧИВАЮЩИХ ВЫСШИЕ И СРЕДНИЕ СПЕЦИАЛЬНЫЕ УЧЕБНЫЕ ЗАВЕДЕНИЯ.

### 3. Historischer Hintergrund

Sibirien bzw. in andere entlegene Teile des Riesenreiches geschickt. Die Vorwürfe gegen die Deportierten waren meistens politisch motiviert. Neben der persönlichen Tragödie einer Zwangsumsiedlung wurden ethnische Gruppen im Zuge dessen mit Absicht zerstört, um deren internen Zusammenhalt zu brechen bzw. ethnische Gruppen auch ganz auszulöschen. So ein Beispiel stellen die Krimtataren dar, die allesamt im Jahr 1944 unter Beschuldigung einer Kollaboration mit den Nazis nach Zentralasien deportiert wurden. Einige der so umgesiedelten Völker kamen nach Ablauf der Deportation bzw. nach Lockerung des Regimes nach Stalins Tod im Jahr 1953 in die Heimatländer zurück. Doch im Falle der Krimtataren, obwohl im Jahr 1954 rehabilitiert, hat es bis zum Jahr 1988 gedauert, bis sie wieder auf die Krim zurückkehren durften.<sup>173</sup>

In Estland fanden die größten Deportationen in den Jahren 1941 und 1949, also unmittelbar vor und nach dem Zweiten Weltkrieg statt.<sup>174</sup> In der Ukraine fand die durch Repressionen bedingte Verminderung der lokalen Bevölkerung bereits in den 1930-Jahren statt, im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft und der bereits erwähnten Hungersnot.<sup>175</sup> Da die ukrainische Hungersnot in erster Linie die Landwirtschaft lahmlegte, waren die größten Opfer auch unter der Bauernschaft vorzufinden – dem Rückgrat des ukrainischen Volkes.<sup>176</sup> Weiter ging es in der Ukraine in den 1940er und 1950er Jahren, als der stalinistische Terror für Deportationen vieler Ukrainer sorgte.<sup>177</sup> So waren die ersten Jahrzehnte der Sowjetherrschaft, abgesehen von den Kriegsoptionen, sowohl im Baltikum als auch in der Ukraine mit großen Bevölkerungsverlusten verbunden. Allerdings darf man nicht vernachlässigen, dass auch Russen in Russland bzw. in anderen Teilen der Sowjetunion von Repressionen betroffen waren.<sup>178</sup>

Zusätzlich zu den genannten „Maßnahmen“ wurden die Teilrepubliken einer systematischen Russifizierung unterworfen. Außerdem wurde seitens der Zentralregierung in Moskau eine absichtliche Politik der ethnischen Mischung betrieben, indem Angehörige anderer Nationalitäten in die Unionsrepubliken versendet wurden. Dies wurde neben der beschriebenen Verteilung der Arbeitskräfte auch durch politisches und militärisches Personal gewährleistet.<sup>179</sup> So hatten politische Führungsorgane in den Unionsrepubliken stets einen Anteil an Funktionären aus Moskau, ebenso wurden Militärstationen der Roten Armee in allen Teilen des Sowjetimperiums errichtet. Beide Maßnahmen dienten der zusätzlichen Kontrolle des lokalen Geschehens.<sup>180</sup>

Schließlich spielt die sowjetische Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle bei den Migrationsprozessen. Bereits nach dem Bürgerkrieg wurde in den bestehenden Teilrepubliken großflächige Industrialisierung betrieben, wovon beispielsweise die Ukraine in den 1920er und 1930er und das Baltikum in den 1950er und 1960er Jahren erfasst wurden.

---

<sup>173</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15-16.

<sup>174</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 71-105.

<sup>175</sup> Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. S. 42.

<sup>176</sup> НКВД УССР: Национальный состав населения городов УССР в 1925. Харьков 1925 (NKVD USSR 1925).

<sup>177</sup> Zemskov, Viktor N. (1991): ГУЛАГ. Историко-социологический аспект. in: Социологические исследования (1991) N.6. S. 10-27; N.7. S. 3-4.

<sup>178</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. in: Kolstø, P. (Hrsg.): National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova. 105-157, S. 105-108.

<sup>179</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 50-59.

<sup>180</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 74.

Offiziell lautete die Begründung – neben Beseitigung der Kriegsschäden – auch die ökonomische Rückständigkeit der vorwiegend agrarisch geprägten Gebiete eliminieren zu wollen. Der Vorstellung nach sollte das Profil des „homo sovieticus“ eine urbane, gebildete und industrialisierte Umgebung beinhalten, welche dem Ideal der Arbeiterklasse entsprechen würde. Die Zivilisierung der Arbeiterklasse ging demnach nur über die industrielle Produktion und eine großflächige und produktionsstarke Wirtschaftsstruktur, die dann auch in der Form angelegt wurde. Beiläufig sollten auch die sozialen Bedingungen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse verbessert werden, was vorzugsweise über eine moderne Urbanisierung und Industrialisierung erreicht werden sollte.<sup>181</sup> Natürlich hatten einige Teilrepubliken auch bereits funktionierende Wirtschaftsstrukturen – so wie die 1940 „angeschlossenen“ baltischen Staaten. Hier wurde die Industrie ausgebaut und an die Bedürfnisse der gesamten Union angepasst, was zwei Effekte mit sich brachte: Die drei kleinen Republiken produzierten viel mehr als durch den Binnenmarkt absorbiert werden konnte, was wiederum bedeutete, dass die Menge an heimischen Arbeitskräften für die Produktion nicht reichte. Ebenfalls stieg der Lebensstandard im Baltikum, welcher bereits vor der Sowjetzeit als einer der höchsten im östlichen Teil Europas galt. Dadurch wurden die baltischen Staaten bei der Arbeitsmigration bevorzugt – Gründe für einen verstärkten Influx überwiegend russischsprachiger Arbeiter und sonstiger Migrationsgruppen, solcher wie Parteifunktionäre, Führungskräfte und Militärpersonal.<sup>182</sup> Durch russischsprachige Bildungsmöglichkeiten und Kollektive wurde das sowjetische Nationsprojekt der russischsprachigen Union der Sowjetvölker vervollständigt – ein Nährboden für den Unmut der „eigentlichen“ Titelnationen.<sup>183</sup>

## 3.2 Estland und das Baltikum

### 3.2.1 Fremdherrschaft, Staatlichkeit und nationsbildende Faktoren

Bereits seit dem 13. Jahrhundert wurde Estland sowohl national als auch sozioökonomisch von Fremdherrschaft geprägt. Neben Dänen, Schweden und Deutschen waren es die Russen, die das Land bis zur Unabhängigkeit im Jahr 1918 unter ihrer Herrschaft hatten. Als Teil des Russischen Kaiserreichs erlebte Estland die Zeit des nationalen Erwachens, das schließlich zur eigenen Staatlichkeit führte. Die Errichtung von Manufakturen und anderen industriellen Betrieben Anfang des 20. Jahrhunderts wirkte sich positiv auf die Wirtschaftsstruktur aus, wodurch sich auch die soziale Lage der Arbeiterschaft verbesserte.<sup>184</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich eine estnische Intelligenz herausgebildet, die immer stärker die Idee der eigenen Staatlichkeit forcierte.<sup>185</sup> Durch zunehmende Bildung sowie wachsende Unzufriedenheit mit den Verhältnis-

---

<sup>181</sup> Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. S. 42.

<sup>182</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 105-108.

<sup>183</sup> Vgl. Ebd. S. 108.

<sup>184</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. Avita, Tallinn. S. 120-121.

<sup>185</sup> Ebd. S. 123.

### 3. Historischer Hintergrund

sen im Zarenreich wurde die nationale Bewegung stärker, was durch eigenständige estnischsprachige Presse, Kultur und Bildung unterstützt wurde. Die Herausbildung der nationalen Symbole fällt in diese Zeit, wodurch die 1918 gegründete Republik Estland ihren nationalen Charakter untermauern konnte.<sup>186</sup> Ebenfalls spielten die in dieser Zeit in Erscheinung getretenen Schriftsteller, Poeten und andere Vertreter der jungen Intelligenz eine wichtige Rolle in der späteren Festigung des nationalen Selbstbewusstseins während der Zeit von 1918 bis zur sowjetischen Okkupation im Jahr 1940. Diese Grundlagen wurden wiederum entscheidend, als es um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und die Abgrenzung von dem sowjetisch-russischen Erbe Ende der 1980er Jahre ging.

Historisch sind Esten mit ihrer finnougrischen Sprache den ostseefinnischen Stämmen zuzuordnen, die sich vor dem 13. Jahrhundert auf dem heutigen Gebiet angesiedelt haben.<sup>187</sup> Bis zu dieser Zeit verlief die Entwicklung der baltischen Stämme weitgehend autonom, unterbrochen durch die wiederholte Abwehr und zeitweise Besetzung durch Fremdherrschaft, unter anderem durch Herrscher der historischen Rus'. Die Gründung der heutigen Universitätsstadt Tartu (Historisch „Jurjew“, Russ.: „Юрьев“), vermutlich im Jahr 1030 fällt beispielsweise in eine solche Periode.<sup>188</sup> Während der Zeit vom 13. bis 16. Jahrhundert gerieten die baltischen Gebiete in verschiedene Fremdherrschaften, bei der Dänen, Schweden und das Heilige Römische Reich beteiligt waren. Um diese Zeit blühte die Hanse und umfasste unter anderem die späteren Hauptstädte Estlands (Reval) und Lettlands (Riga). Ebenfalls vertiefte sich die Kluft zwischen den Herrschern, dem Adel und den Gutsbesitzern – den Deutschen – und den „Undeutschen“. Zu den Letzteren gehörten Esten und Letten, wobei ihnen der Zugang zum Bürgerrecht im Laufe der Zeit zunehmend erschwert wurde.<sup>189</sup> Die gesellschaftlichen Konflikte vertieften sich, was zuletzt auf Druck Moskaus (als mächtiger Nachbar) und infolge kriegerischer Auseinandersetzungen zu einer Aufteilung der Gebiete zwischen Schweden, Dänemark und Litauen-Polen führte.<sup>190</sup> Während der schwedischen Herrschaft in Estland (1629-1699) erlebten die Bauern einen gewissen sozialen Aufschwung, der allerdings auf Kosten des Provinzadels ging.<sup>191</sup> Zwar wurden viele dieser unter der schwedischen Herrschaft angewandten Rechte nach der Eroberung durch das Russische Kaiserreich infolge des Großen Nordischen Krieges (1700-1721) rückgängig gemacht, die Ideen für die spätere Aufklärung der Esten wurden aber aus diesem sozialen Aufschwung der lokalen ländlichen Bevölkerung geschöpft. Auch die Abschaffung der Leibeigenschaft unter der Herrschaft des Russischen Kaiserreichs sowie neue Bauerngesetze und die weitgehend selbstständig organisierte Bildung der Bauern trugen zur Herausbildung der lokalen nationalen Intelligenz bei.<sup>192</sup> Soziale Reformen im 19. Jahrhundert in den Provinzen des Russischen Imperiums ebneten schließlich den Weg für die estnische und lettische Nati-

---

<sup>186</sup> Ebd. S. 124-125.

<sup>187</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder (Bd. 2355). München: Beck. S. 12.

<sup>188</sup> Ebd. S. 13.

<sup>189</sup> Ebd. S. 19-21.

<sup>190</sup> Ebd. S. 26-27.

<sup>191</sup> Ebd. S. 41-44.

<sup>192</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 108-110; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 45-49.

onalbewegung, die ihre Ideen aus der Französischen Revolution schöpfte.<sup>193</sup> Durch Agrarreformen, Industrialisierung und Urbanisierung erhob sich langsam eine neue soziale Klasse der Land- und Industriearbeiter, die aber ihre Interessen nicht durch den Klassenkampf, sondern über nationale und kulturelle Zugehörigkeiten begründete. Diese hatten ihren Ursprung in den gesellschaftlichen Trennungslinien der Vergangenheit und schafften so eine klassenübergreifende Solidarität der Bauern und Arbeiter, die durch die Urbanisierung zu einem bedeutenden Teil der städtischen Kultur wurden.<sup>194</sup> Das „nationale Erwachen“ der Esten liegt in dieser Zeit begründet, wobei die soziale Abgrenzung klar gegen die herrschenden Nationen – die Russen und die Deutschen – gerichtet war. Interessanterweise wurden Deutsche später jedoch nicht als Unterdrücker im Stil der Russen betrachtet, was seinen Grund unter anderem in der Unterstützung seitens deutscher Intellektueller für das „nationale Erwachen“ der Esten hat. Die Sammlungen der Folklore sowie Verschriftlichung der baltischen Sprachen und damit massive Unterstützung der Bildung und der Kultur wurden in Estland (und Lettland) von deutschen Gelehrten vorgenommen, auch wenn diese Unterstützung zeitweise politisch motiviert war – die estnische Intelligenz sollte sich gegen die russische Fremdherrschaft richten.<sup>195</sup> So wurde aus dem „Landvolk“ ein literarisches Volk der „Esten“, wie der Herausgeber der ersten estnischsprachigen Zeitung „Perno Postimees“ Johann Voldemar Jannsen beobachtet hat.<sup>196</sup> Einer Russifizierung Ende des 19. Jahrhunderts konnten sich die Balten nicht entziehen, wobei die nationalen Bewegungen für das Russische Kaiserreich auch ein Mittel zum Zweck der Schwächung der ehemaligen deutschen Eliten war.<sup>197</sup>

Die Zeit der Fremdherrschaft im Baltikum brachte somit folgende Entwicklungen mit sich: Entsprechend der entstandenen Herrschaftsverhältnisse traten die baltischen Völker überwiegend als ländliche Bevölkerung auf, während die Fremdherrscher (Deutsche, Russen u.a.) das staatliche Gewaltmonopol innehatten und die Eliten stellten.<sup>198</sup> Im Laufe der Zeit haben sich die Balten zunehmend urbanisiert und politisch organisiert, unterstützt durch Bildung und die Industrialisierung. Diese Prozesse wurden wiederum von dem „nationalen Erwachen“ begleitet, was letztlich für die Herausbildung neuer baltischer Eliten sorgte. In dieser Entwicklung waren maßgeblich die deutschen und russischen Bildungs- und politischen Eliten miteinbezogen, denn sie versprachen sich von der Stärkung der baltischen Nationen die Schwächung der jeweils gegnerischen Seite.<sup>199</sup> Dieser „verdeckte“ Machtkampf hatte letztlich für die Nationalbewegung der Balten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zur Folge.

Das nationale Erwachen und der soziale Aufstieg der Balten sorgten innerhalb der lokalen Arbeiterschaft Anfang des 20. Jahrhunderts für die umfassenden Gegenbewegungen zur russischen imperialen Fremdherrschaft. Dabei war die Nationalbewegung

---

<sup>193</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 59.

<sup>194</sup> Ebd. S. 60.

<sup>195</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 103; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 61-64.

<sup>196</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 64.

<sup>197</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums.. S. 115; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 65.

<sup>198</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 119.

<sup>199</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 62-65.



### 3. Historischer Hintergrund

Ende des 19. Jahrhunderts nicht explizit auf die Herausbildung der eigenen Staatlichkeit, sondern vielmehr auf die Errichtung einer kulturellen Autonomie innerhalb des Russischen Kaiserreichs ausgerichtet.<sup>200</sup> Erste nationale Parteien bildeten sich infolge der Revolution von 1905 heraus, die in Estland und Lettland ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellten.<sup>201</sup> So gab es politische Vertretungen des baltischen Adels, der Gewerkschaften sowie der Bauern. Im Zuge der politischen Ereignisse, die zum Ersten Weltkrieg führten, haben viele Parteien nationale Ideen in ihre Programme aufgenommen.<sup>202</sup> Der Anstoß zur Unabhängigkeit erfolgte im Baltikum maßgeblich durch die Februarrevolution des Jahres 1917 in Russland, als in Estland der Provisorische Landrat zusammentrat und Entscheidungen zur estnischen Sprache und Schulbildung getroffen hat.<sup>203</sup> Mit der Machtergreifung der Bolschewiken in Russland im Herbst 1917 wurde die Idee der staatlichen Unabhängigkeit immer konsequenter verfolgt, was die neuen estnischen politischen Kräfte im Zuge des Kriegsgeschehens in Europa und der politischen Unruhen in Russland zum Handeln trieb. Die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit Estlands erfolgte am 24. Februar 1918, indem der Rückzug der Bolschewiken und die Noch-Abwesenheit deutscher Truppen ausgenutzt wurden.<sup>204</sup> Es folgten zwei Jahre Freiheitskrieg gegen Sowjetrußland, der mit dem Frieden von Tartu und der Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands seitens Sowjetrußlands am 2. Februar 1920 endete.<sup>205</sup> Diese politischen und militärischen Errungenschaften prägten die nationale Identität der baltischen Titularnationen entscheidend und bilden bis heute den Nährboden der modernen baltischen Staaten. Während der Unabhängigkeitsjahre 1920 bis 1940 konnte Estland eine stabile politische Führung und eine funktionierende marktorientierte Wirtschaftsstruktur aufbauen, welche sich in ihrer Produktion auf den Binnenmarkt sowie auf das europäische Ausland spezialisierte. Die nationale und kulturelle Formierung der Gesellschaft erfolgte in Estland durch estnischsprachige Bildung, Literatur und das Werk estnischer Künstler.<sup>206</sup>

Das staatliche Gewaltmonopol wurde in allen drei baltischen Staaten durch Verfassungen geregelt, die in allen Republiken parlamentarische Demokratien etablierten. Die Exekutive wurde in Estland von einem Ministerpräsidenten als Vorsitzenden der Regierung geleitet, der gleichzeitig als Staatsoberhaupt agierte.<sup>207</sup> Diese Funktion wurde in den zwei anderen baltischen Staaten vom Amt des Präsidenten übernommen. Es bilde-

---

<sup>200</sup> Ebd. S. 65.

<sup>201</sup> Im Januar 1905 fanden in Sankt Petersburg, der damaligen Hauptstadt des Russischen Kaiserreichs, Unruhen statt, welche durch teilweise blutige Niederschlagungen („Blutsonntag“ am 22. Januar 1905) in einem Manifest des Kaisers Nikolai II. im Oktober des Jahres mündeten. Damit wurden demokratische Freiheiten gewährt. In Estland haben die Ereignisse ebenfalls für Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen in großen Betrieben und Fabriken gesorgt. Gefordert wurden mehr Rechte und Freiheiten für Arbeiter und das Landvolk. Vgl. Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): *Geschichte des Baltikums*. S. 117-118.

<sup>202</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): *Geschichte des Baltikums*. S. 117; 125; Tuchtenhagen, Ralph (2005): *Geschichte der baltischen Länder*. S. 76.

<sup>203</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): *Geschichte des Baltikums*.. S. 117; Tuchtenhagen, Ralph (2005): *Geschichte der baltischen Länder*. S. 65.

<sup>204</sup> Die Unabhängigkeitserklärungen erfolgten im Baltikum nacheinander. Als Erstes hat Litauen am 16. Februar 1918 und als Letztes Lettland am 18. November 1918, dazwischen Estland am 24. Februar 1918 ihre Unabhängigkeit erklärt. Vgl. Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): *Geschichte des Baltikums*. S. 135-137.

<sup>205</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): *Geschichte des Baltikums*.. S. 134-142.

<sup>206</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): *Geschichte der baltischen Länder*. S. 80-87.

<sup>207</sup> Ebd. S. 83.



ten sich Mehrparteiensysteme heraus, die Koalitionsregierungen hervorbrachten. Nach Ablauf der ersten zehn Jahre unabhängiger Staaten im Baltikum machten sich in allen drei Ländern zwei Entwicklungen bemerkbar: die Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund wirtschaftlicher Probleme infolge der Weltwirtschaftskrise und das Aufkommen nationalistischer Kräfte unter Beteiligung der Veteranen des Freiheitskrieges.<sup>208</sup> Um diese Entwicklungen einzudämmen, veranstalteten Führungsfiguren in allen drei Staaten gewaltfreie Staatsstrieche und etablierten autoritäre Regime, die bis Ende der 1930er Jahre währten. Oppositionen waren zwar vorhanden, spielten aber eine untergeordnete Rolle. Die autoritäre Regierungsperiode war in Estland durch die Idee eines „inneren Friedens und estnisch-nationaler Einheit gekennzeichnet“ und trug folglich keinen radikalen Charakter.<sup>209</sup> Zudem war der Autokrat Konstantin Päts in der Bevölkerung beliebt, wie im Übrigen auch die Herrscher in Lettland und Litauen.<sup>210</sup> Negativ haben sich die autoritären Regimes auf die Situation ethnischer Minderheiten ausgewirkt, die in den baltischen Staaten 10% bis 25% der Bevölkerung ausmachten. In Estland stellten dabei Russen mit etwa 8% die größte Gemeinde dar, neben Deutschen, Juden und Schweden. Deren Rechte waren durch die Verfassung des Jahres 1920 sowie das Gesetz über die kulturelle Selbstverwaltung aus dem Jahr 1925 gesichert.<sup>211</sup> Für gesellschaftliche Spannungen sorgten während dieser Zeit allerdings nicht die Russen, die relativ geschlossen und mit wenig politischem Einfluss im Osten des Landes lebten, sondern ehemalige baltendeutsche Gutsbesitzer, die ihre gesellschaftliche Gleichsetzung mit den Esten teilweise nur unter Protest akzeptieren wollten. Neben Selbstverwaltungsinstitutionen, die unter anderem von Russen lokal eingesetzt wurden, konnten Minderheiten Bildung in ihrer Muttersprache erhalten.<sup>212</sup> In Lettland und Litauen war die gesetzliche Lage ähnlich, nur kam es hier während der autoritären Jahre teilweise zu scharfen Repressionen der Minderheiten.<sup>213</sup>

Wirtschaftlich orientierten sich die baltischen Staaten auf den westlichen Markt bzw. auf den innerbaltischen Handel. In Estland scheiterte zwar der Aufbau der Schwer- und Exportindustrie, doch es konnte eine stabile Ölschiefer-, Holz-, Textil- und Zementproduktion (u.a.) aufgebaut werden.<sup>214</sup> Nach wie vor spielte in allen drei baltischen Staaten die Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Der Handel mit dem östlichen Nachbar blieb dabei instabil. Durch politische Maßnahmen stieg in den 1930er Jahren der Lebensstandard, was den Erfolg der staatlichen Unabhängigkeit untermauerte. Auf dieser Basis konnte sich auch das kulturelle Leben rasant entwickeln, was von den Regierungen mit großem Enthusiasmus unterstützt wurde. Durch die in dieser Zeit entstandenen Werke der Literatur und der bildenden Künste sowie die Entwicklung der estnischsprachigen (bzw. lettisch- oder litauischsprachigen) höheren Bildung entwickelte sich der Nährboden des baltischen nationalen Selbstbewusstseins, was wiederum Ende der 1980er Jahre

<sup>208</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 144-145; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 83.

<sup>209</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 83-85.

<sup>210</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 146.

<sup>211</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 87.

<sup>212</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 147-148.

<sup>213</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 87-88.

<sup>214</sup> Ebd. S. 85.

### 3. Historischer Hintergrund

bei der Herausbildung der antisowjetischen Opposition in allen drei Ländern eine entscheidende Rolle spielte.<sup>215</sup>

#### 3.2.2 Estland und das Baltikum als Teil des sowjetischen Expansions- und „Nationsprojektes“

Die Bemühungen der drei baltischen Staaten um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik scheiterten aufgrund unterschiedlicher Konfliktseiten und Vorstellungen über mögliche Bündnisse.<sup>216</sup> Schließlich besiegelte der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 das Schicksal der osteuropäischen Gebiete und schlug das Baltikum ohne ihr Wissen über das entsprechende Geheimprotokoll zum Einflussgebiet der Sowjetunion. Unter politischem Zwang unterzeichneten die baltischen Staaten im Herbst 1939 Verträge mit der Sowjetunion, die die Stationierung sowjetischer Militärstützpunkte genehmigte. Im Juni des darauffolgenden Jahres wurden den republikanischen Regierungen seitens der Sowjetunion Ultimaten gestellt, wonach diese ihre Posten faktisch räumen mussten. Formal sollten so die Beistandspakte besser erfüllt werden, hieß die offizielle Begründung.<sup>217</sup> Im Folgenden wurden neue Parlamente gewählt, unter Druck der in den Ländern stationierten sowjetischen Truppen sowie unter Ausschluss der Opposition.<sup>218</sup> Durch den Druck aus Moskau und die Aussichtslosigkeit eines bewaffneten Widerstandes kam die legalisierte Kommunistische Partei in allen drei Ländern an die Macht, so dass der Weg für sowjetfreundliche Regierungen frei war. Diese stellten anschließend Anträge auf Aufnahme in die Sowjetunion, die im August 1940 vollzogen wurden.<sup>219</sup> Estland wurde damit am 6. August 1940 als Estnische SSR in die Sowjetunion inkorporiert.<sup>220</sup> Damit folgte Estlands Regierung den entsprechenden Anträgen von Lettland (am 5. August) und Litauen (am 3. August), wodurch das ganze Baltikum *de facto* zum Teil der Sowjetunion wurde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in dessen Verlauf die baltischen Staaten zwischenzeitlich durch Nazi-Deutschland besetzt waren, blieben die baltischen Staaten bis Anfang der 1990er Jahre Teil der Sowjetunion. Die Sowjetzeit wird in der baltischen Geschichte somit stets ab dem Jahr 1940 gezählt, als gemäß der baltischen Geschichtsdeutung die sowjetische Okkupation ihren Anfang nahm. Während der gesamten Zeit und vor allem unmittelbar nach Kriegsende leisteten baltische Partisanen aus den Wäldern – die so genannten „Waldbrüder“ – heftigen Widerstand gegen die Sowjetische Herrschaft.<sup>221</sup>

Im Nachkriegs-Baltikum setzte sich die sowjetische Herrschaft mit voller Wucht durch: Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Großindustrialisierung veränder-

---

<sup>215</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 153-157; Tuchenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 87.

<sup>216</sup> Tuchenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 88-89.

<sup>217</sup> Ebd. S. 91.

<sup>218</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Pustet [u.a.]. S. 165-166.

<sup>219</sup> Ebd. S. 166.

<sup>220</sup> Tuchenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 91.

<sup>221</sup> Ebd. S. 94; Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 175.

ten die Wirtschaftsstruktur und die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung. In die Städte zog hauptsächlich die immigrierende Arbeitskraft, während die einheimische Landbevölkerung in den Dörfern und auf den Höfen blieb. Baltische Bauernbesitze, welche sich in den Jahren der Unabhängigkeit zur tragenden Wirtschaftssäule herausgebildet hatten, wurden verstaatlicht und die aus wohlhabenden Bauern bestehende Mittelschicht als „Kulakentum“ bekämpft.<sup>222</sup> Dies versetzte dem traditionellen Bauerntum als tragender Mittelschicht der baltischen Bevölkerung einen heftigen Dämpfer.<sup>223</sup> Insgesamt kamen in den Sowjetjahren ca. 200 000 Personen nach Estland und ca. 400 000 Personen nach Lettland.<sup>224</sup>

Unmittelbar nach Kriegsende wurde die nationale Kultur der Balten zugunsten des „sowjetischen Realismus“ zurechtgebogen.<sup>225</sup> Die inhaltlich-ideologische Devise „National in Form, sozialistisch im Inhalt“ wurde zum Leitgedanken. So wurden nationale Sprachen sowie kulturelle Güter wie Tanz, Musik und Literatur dem Rahmen der sozialistischen Ideologie angepasst.<sup>226</sup> Durch „sblizhenije“ sollte der Eindruck vermittelt werden, die nationalen Kulturen der Sowjetunion würden sich innerhalb des sowjetischen „Nationsprojektes“ prächtig entwickeln und keinesfalls unterdrückt werden. Tatsächlich waren politische Repressionen und die Unterdrückung jeglichen nationalistisch-oppositionellen Gedankenguts an der Tagesordnung. Eine Art Tauwetter setzte in den 1960er Jahren ein, als unter anderem westliche Touristen in die baltischen Hauptstädte gelassen wurden. Aufgrund des dadurch bedingten Durchsickerns westlicher Medien und Konsumgüter festigten die baltischen Staaten ihren Status als „Westen“ der Sowjetunion.<sup>227</sup> Dazu trugen zusätzlich der allgemeine Aufschwung und die Erhöhung des Lebensstandards der 1960er Jahre bei, infolge dessen sich die baltischen Sowjetbürger Privathäuser, Autos und moderne Konsumgüter leisten konnten, was in anderen Teilen der Sowjetunion undenkbar war.<sup>228</sup>

Auf der Ebene der Staatsführung wurden alle Elemente dem sowjetischen Muster angepasst und der Moskauer Zentralführung untergeordnet. So wurden in allen drei Republiken, zuletzt in Estland im Jahr 1953, die Verfassungen geändert, wobei die Kommunistische Partei als einzige politische Kraft zugelassen wurde. In allen Republiken wurden lokale Parteiflügel etabliert, welche wiederum der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) untergeordnet waren. Den Anschein der Legitimität der Sowjetisierung vermittelten die „Freiwilligkeit“ der Wahlen und die überwältigenden Wahlergebnisse der Kommunistischen Partei.<sup>229</sup> Die Kommunistische Partei in Estland (EKP) stellte die Mitglieder des legislativen Obersten Sowjets, welcher wiederum von einem Präsidium geleitet wurde. Die Exekutive war durch den Ministerrat gegeben und die Judikative durch das Oberste Gericht. Gelenkt wurde die Arbeit durch die Zentrale der

<sup>222</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 172.

<sup>223</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 94.

<sup>224</sup> Ebd.

<sup>225</sup> Ebd.

<sup>226</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 173.

<sup>227</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 185.

<sup>228</sup> Ebd. S. 186.

<sup>229</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 93; Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 185.

### 3. Historischer Hintergrund

KPdSU und deren Organe in Moskau.<sup>230</sup> Durch den Einsatz regimetreuer bzw. karriereorientierter Personen baltisch-nationaler Herkunft im Parteiapparat war die Führung durch die Titularnationen formell gegeben.<sup>231</sup> Dennoch wurden die politischen Tätigkeiten aus dem Zentrum gelenkt, was auch den Einsatz zentralstaatlicher – russischsprachiger – „Kader“ in den jeweiligen Führungs- und Verwaltungsapparaten voraussetzte.<sup>232</sup> Die Kontrolle der Bevölkerung war über das Kontrollnetzwerk der Staatssicherheitsorgane gewährleistet. Zu einer massiven Verunsicherung der Bevölkerung trugen Disziplinierungsmaßnahmen im Arbeitsleben bei.<sup>233</sup> Gewissermaßen wurde die Bevölkerung der baltischen Staaten in dieser Zeit für die gesellschaftliche Überwachung sensibilisiert, wobei die Migration in Estland und Lettland zusätzlich zu einem tiefen Misstrauen der einheimischen Bevölkerung gegenüber der russischsprachigen Staatsführung beitrug.

Im Grunde wurde im Rahmen der sowjetischen Nationalitätenpolitik im Baltikum ein Übergang von einem nationalen Mehrheitsstaat zu einem Zwei-Völker-Staat vollzogen. Vor allem war dies in Estland und Lettland der Fall. Die Einwanderung während der Sowjetjahre hatte ein starkes herrschaftsstiftendes Element, was daran sichtbar wurde, dass die meisten Einwanderer russischsprachig waren. Damit hat die Moskauer Führung für die baltischen Staaten eine Art „Entwicklungshilfe“ beim sozialistischen Aufbau geleistet.<sup>234</sup> Alle ökonomischen und politischen Maßnahmen der baltischen Sowjetjahre gingen mit einer deutlichen Russifizierung einher, was für die Balten im Grunde Zweisprachigkeit im Alltag bedeutete. Diese sollte wiederum als Vorstufe zur Assimilation der baltischen Völker mit dem russischsprachigen Sowjetvolk dienen, was nicht zuletzt aus Furcht der Zentralmacht vor dem Wiederaufflammen des baltischen Nationalismus geschah.<sup>235</sup> Aufgrund der zahlenmäßig umfangreicheren Migration der russischsprachigen Bevölkerung nach Estland und Lettland war der hiesige Grad der Russifizierung im Alltag höher als in Litauen, obwohl diese in den 1970er Jahren auch hier zunahm.<sup>236</sup> Im Jahr 1970 gaben bereits etwa 50% der estnischen Bevölkerung an Russisch als erste oder zweite Sprache zu sprechen.<sup>237</sup> Bis Ende der 1980er Jahre war dieser Prozentsatz auf 59% gestiegen.<sup>238</sup> Dagegen antworteten im Jahr 1970 nur 12,5% der in Estland lebenden Russen, dass sie Estnisch fließend als zweite Sprache spre-

---

<sup>230</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 173.

<sup>231</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 94-95.

<sup>232</sup> Ebd. S. 172.

<sup>233</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 175.

<sup>234</sup> Ebd.

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 176-177; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 96.

<sup>237</sup> Vgl. Archivquelle (1971) „Табл. 7с "Распределение населения по национальности, родному языку и второму языку народов СССР, которым свободно владеет население". В целом по республике, по Таллинскому, Кохтла-Ярвскому, Нарвскому и Пярнускому горсоветам, г. Силламяэ, г. Тарту, Валгаскому, Вильяндискому, Йыгеваскому, Кингисепскому и Кохтла-Ярвскому районам.“ Eesti Riigiarhiivi Toimik ERA.R-10.26.860.

<sup>238</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (1995): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Tallinn: Statistikaamet. S. 56; 128.

chen.<sup>239</sup> Bis 1989 war dieser Prozentsatz auf 15% gestiegen, was aber keinesfalls von der Zweisprachigkeit der russischsprachigen Bevölkerung zeugt.<sup>240</sup>

### 3.2.3 Sozioökonomische Faktoren der Migration im Baltikum

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte für große Industrieprojekte erfolgte für die Wirtschaftsstandorte Estland und Lettland in den 1940er und 1950er Jahren.<sup>241</sup> In Litauen wurde die Industrialisierung erst Ende der 1950er Jahre intensiver betrieben, allerdings war diese hier mit weniger Immigration verbunden als in den Nachbarländern.<sup>242</sup> Durch die bereits vorhandene wirtschaftliche Struktur mit Ölschiefer-, Holz- und Textilindustrie verfügte Estland über eine gute wirtschaftliche Basis. Diese Vorteile nutzte die sowjetische Zentralführung am Standort Baltikum optimal aus und baute neben vorhandenen Wirtschaftszweigen neue auf, die für den gesamtsovetischen Bedarf genutzt wurden.<sup>243</sup> Durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Kapazität produzierte Estland weit mehr als durch den Binnenmarkt absorbiert werden konnte, so dass die Produktion in alle Teile der Sowjetunion exportiert wurde.<sup>244</sup> Die Modernisierung der Industrie erhöhte die Qualität der produzierten Waren weiterhin.<sup>245</sup> Dies erhöhte automatisch den Bedarf an Arbeitskraft.<sup>246</sup> Zu den bereits bestehenden Produktionsbranchen kamen noch Chemieindustrie, Metallindustrie, Lebensmittelherstellung und Verarbeitung der Bodenschätze, wie Phosphorgewinnung, hinzu.<sup>247</sup> Das Baltikum produzierte etwa 5% des gesamten Konsumgüter-, Lebensmittel-, und Textilindustrie-Outputs der Sowjetunion, wobei die Bevölkerung etwa 3% der sowjetischen Gesamtbevölkerung und das Territorium nicht mal 1% ausmachte.<sup>248</sup> In den 1960er Jahren wurden in den einzelnen Ländern Volkswirtschaftssowjets gegründet, die die Zweckmäßigkeit der Produktion unter den lokalen Voraussetzungen planten und implementierten und so eine hohe Spezialisierung erreichten.<sup>249</sup> Diese wurden in den Stagnations-Jahren der 1970er Jahre wieder aufgelöst, und die Wirtschaft wurde stärker dem Zentralstaat untergeordnet, so dass in Estland lediglich 9% der Unternehmen ausschließlich der Republik untergeordnet waren und 63% unter gemeinsamer Leitung der Republik und der Union geführt wurden.<sup>250</sup> All

<sup>239</sup> Vgl. Archivquelle (1971), Табл. 7с „Распределение населения по национальности, родному языку и второму языку народов СССР, которым свободно владеет население“. В целом по республике, по Таллиннскому, Кохтла-Ярвскому, Нарвскому и Пярнускому горсоветам, г. Силламяэ, г. Тарту, Валгаскому, Вильяндискому, Йыгеваскому, Кингисепскому и Кохтла-Ярвскому районам.“ Eesti Riigiarhiivi Toimik ERA.R-10.26.860.

<sup>240</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (1995): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. S. 56; 128.

<sup>241</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 173-174.

<sup>242</sup> Ebd. S. 176.

<sup>243</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 186.

<sup>244</sup> Калабеков И.Г. (2013): СССР и страны мира в цифрах. Москва: Справочное издание.

<sup>245</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 185.

<sup>246</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 74.

<sup>247</sup> Kõörna, Arno (1983): Eesti NSV majandus ühtses üleliidulises rahvamajanduskompleksis. Tallinn: Eesti NSV Ühing „Teadus“; Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 185.

<sup>248</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 186.

<sup>249</sup> Ebd. S. 185.

<sup>250</sup> Ebd. S. 187.

### 3. Historischer Hintergrund

das führte zu einer stärkeren Reglementierung und Bürokratisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Abnahme der Arbeitsproduktivität und des technischen Fortschrittes.<sup>251</sup> In Tallinn sowie verstärkt im Nordosten des Landes wurden Fabriken und Produktionsstätten errichtet, so dass bis in die 1970er Jahre mehr als 20% der Betriebe über 1 000 Mitarbeiter beschäftigten. Für den kleinen estnischen Markt bedeutete dies einen Zuwachs von 15% innerhalb von zehn Jahren. Bis in die 1970er wurden bereits etwa 50% des gesamten estnisch wirtschaftlichen Outputs exportiert.<sup>252</sup>

Durch die stetige Vergrößerung der Bevölkerung aufgrund der immigrierten Arbeiterschaft musste neuer Wohnraum geschaffen werden. In der Hauptstadt Tallinn wurden ganze Wohnviertel errichtet (Lasnamäe, Põhja-Tallinn) und im Nordosten ganze Städte gebaut (Paldiski, Sillamäe, Kohtla-Järve). Diese neuen Städte und Stadtteile zeigten eine hohe Fluktuation sowie Anteile von über 95% russischsprachiger Bevölkerung. Die industriellen Projekte trieben Umweltzerstörungen voran, was schließlich zu Protesten der 1980er Jahre geführt hat.<sup>253</sup> Schließlich sank auch der Lebensstandard, was aufgrund der mangelnden Flexibilität der zentral gelenkten Wirtschaft durch keine Maßnahmen aufgefangen werden konnte.<sup>254</sup> Hinzu kam die massive Versorgungskrise der 1980er Jahre, von der alle Bewohner des Baltikums betroffen waren und die die Bevölkerung schließlich auf die Straße trieb.<sup>255</sup> Vor allem bereitete der Rückgang der wirtschaftlichen Überlegenheit der baltischen Staaten zusammen mit der zunehmenden Zuwanderung der Arbeiter neben immer neuen ineffizienten und umweltbelastenden Wirtschaftsprojekten der Zentralregierung die Grundlage für die Proteste im gesamten Baltikum.

Im Alltag wurden russischsprachige Einwanderer durch Maßnahmen wie Wohnungszuteilung privilegiert, was die Konflikte mit den Einheimischen verschärfte.<sup>256</sup> In den Betrieben war die Belegschaft gemischt, je nach Branche war die ethnische Komposition unterschiedlich. Unter Angestellten der Verwaltung in Estland war das Verhältnis in den 1970er Jahren etwa hälftig, wobei die Russen bei Planungsbehörden dominierten, die Esten dafür mehr Führungspersonen bei Parteibehörden und bei der Staatsverwaltung stellten. Dagegen waren Russen klar in der Montanindustrie, Metallindustrie und Textilindustrie dominant, ebenfalls bei Wassertransport und in manchen Baubranchen.<sup>257</sup> Ende der 80er Jahre dominierten ethnische Esten die Bürokratie mit 72% der Beschäftigten, andere Branchen mit deutlicher Überzahl von Esten waren Kultur (84%), Bildung (71%) und Landwirtschaft (84%). Etwa um die 60% zu 40% war die Verteilung zwischen Esten und Russen in der Wissenschaft, im Handel, im Bau und im sozialen Dienst. Allein beim Transport und in der industriellen Fertigung stellten die Esten eine Minderheit mit unter 50% dar. Letzteres kann man dadurch erklären, dass viele russisch-

---

<sup>251</sup> Ebd. S. 188-189.

<sup>252</sup> Калабеков И.Г. (2013): СССР и страны мира в цифрах..

<sup>253</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 95.

<sup>254</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 188-189.

<sup>255</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 97; Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 188-189.

<sup>256</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 175.

<sup>257</sup> Vgl. Archivquelle (1970): „Табл. 21в " Занятое население по основным национальностям " по Эстонской ССР, по Таллиннскому горсовету и по г. Таллинн“ ]. Eesti Riigiarhiiv ERA.R-10.26.872.

sprachige Ankömmlinge als Fabrikarbeiter beschäftigt waren.<sup>258</sup> Im sowjetischen Arbeitsalltag baltischer Prägung hing die Sprachwahl somit vom Arbeitskollektiv ab. Das selbe galt für die Kommunikation in den Führungsetagen der Kommunistischen Partei, im Obersten Sowjet und dem Staatsapparat – es waren sowohl Russischsprachler als auch Estnischsprachler vertreten. Aufgrund der zunehmenden Zweisprachigkeit der Balten wurde Russisch aber zunehmend zur Kommunikationssprache, was die innergesellschaftliche Kommunikation zwar erleichterte, die Esten und Letten aber auch um das Fortbestehen ihrer Sprache fürchten ließ.

### 3.2.4 Bevölkerung Estlands in Zahlen

Estland war die bevölkerungsmäßig kleinste sowjetische Republik, ihre Bevölkerungszahl betrug im Jahr 1974 1 418 888 Einwohner.<sup>259</sup> Zum Vergleich war die Einwohnerzahl der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik (RSFSR) fast 10-mal so hoch und betrug im gleichen Jahr 13 219 300 Einwohner.<sup>260</sup> Wenn also die Migrationsströme zwischen diesen zwei Unionsrepubliken verglichen und analysiert werden, darf man nicht vergessen, dass aus russischer Sicht kleine Prozentzahlen an Emigration nach Estland große Auswirkungen auf die dortige Einwohnerzahl haben konnten. Wenn beispielsweise auch nur 0,01% der Bevölkerung der RSFSR nach Estland migriert hätten, wäre die estnische Bevölkerung bereits um fast 10% gewachsen.

Während der Sowjetzeit wurden in Estland vier Volkszählungen durchgeführt, deren Ergebnisse deutlich den Zuwachs an anderssprachiger Bevölkerung bezeugen. Die in den Fragekatalogen gestellten Fragen wurden über Jahre etwas verändert, so gehörten Angaben zu „Nationalität“, „Staatsangehörigkeit“ und „Muttersprache“ (wie in dem Fragebogen 1959), oder auch „die zweite gesprochene Sowjet-Sprache“, „letzter Wohnort“, „Grund für Wohnortwechsel“ (wie 1970)<sup>261</sup> dazu, die auf die Erfassung erheblicher Migrationsbewegungen in dieser Zeit schließen lassen. Die Frage nach der Staatsbürgerschaft wurde nach 1959 nicht mehr gestellt, da die überwiegende Mehrheit der Bewohner die Staatsbürgerschaft der Sowjetunion hatte. Stattdessen konnte in der Zeile „Nationalität“ des Sowjetpasses die nationale Zugehörigkeit der Person abgelesen werden (der Unterschied zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität wurde in diesem Kapitel bereits ausführlich diskutiert). Bei den Esten stand dort „Este“ und bei den Russen „Russe“. Allerdings konnte sich jemand, der in einer Familie mit Eltern unterschiedlicher Nationalitäten aufgewachsen war, eine der Nationalitäten aussuchen, was dann auch bei der Passherausgabe vermerkt wurde. Ob die Angabe der Nationalität im Laufe der Zeit revidiert werden konnte, ist eine andere Frage, zu der es aber keine statistischen Erhebungen gibt.

Gemäß der Volkszählung aus dem Jahr 1934 zeigte die Komposition der estnischen Bevölkerung ca. 88,1% Esten, 8,2% Russen und 4% andere Nationalitäten. Dabei waren

<sup>258</sup> Vgl. Park, Andrus (1994): Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective. *Europe-Asia Studies* 46/1. 69-87, S. 74-75.

<sup>259</sup> Население СССР, 1973 г. Статистический Сbornik, Moskau: Statistika 1979.

<sup>260</sup> Ebd.

<sup>261</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 50-59.



### 3. Historischer Hintergrund

98,9% der Bevölkerung estnische Staatsbürger, 0,1% hatten Staatsbürgerschaften anderer Länder und 0,7% besaßen keine Staatsbürgerschaft.<sup>262</sup> Im Jahr 1945, bereits nach der Inklusion von Estland durch die Sowjetunion im Jahr 1940, wurden primär von Russen bewohnte Gebiete Petseri, Peipsi und Narva an RSFSR angeschlossen, womit Estland diese historisch estnischen Gebiete verloren hat.<sup>263</sup> Mit dieser Änderung der Grenze wurde die Zusammensetzung der estnischen Bevölkerung noch homogener – die Esten haben 97,3% der Bevölkerung ausgemacht. Während der Sowjetzeit ist der Anteil der Esten in der Bevölkerung auf 61,5% im Jahr 1989 geschrumpft, während sich der Anteil der Russen, Weißrussen und Ukrainer auf 35,2% erhöht hat.<sup>264</sup> Bei der Anzahl der Esten von ca. 965 000 im Jahr 1989 wohnten damit ca. 475 000 Bewohner russischer Abstammung bei insgesamt ca. 600 000 Fremdstämmigen im Land.<sup>265</sup>

Die ersten großen Änderungen in der Zusammensetzung der estnischen Bevölkerung fanden in den 1940er Jahren kriegsbedingt statt. Während der deutschen Besetzung der Ostgebiete, darunter Estland in den Jahren 1941-1944, wurden rund 21 000 Balten-deutsche zurück nach Deutschland geschickt. Während der deutschen Okkupation wurden in Estland 1 000 Juden und 8 000 „Kommunisten“ eliminiert. Es wurden auch zahlreiche Männer für die Waffen-SS rekrutiert, viele sind geflüchtet.<sup>266</sup> Nach der Wiederbesetzung durch die Sowjetunion im Jahr 1944 wurden kriegsbedingte Deportationen im Zuge der Etablierung der Sowjetmacht vielen Bewohnern Estlands zum Verhängnis: In den Jahren 1940 bis 1954 wurden insgesamt mehr als 30 000 Personen deportiert,<sup>267</sup> rund 100 000 bis 150 000 sind während des Kriegs gefallen.<sup>268</sup> Im Jahr 1944 migrierten weitere 80 000 in den Westen. Für eine derart kleine Bevölkerungszahl, 1 126 413 Personen laut der Volkszählung im Jahr 1934,<sup>269</sup> bedeutete dies einen Verlust von 20% bis 25%.<sup>270</sup>

Bis zur Volkszählung im Jahr 1959 war die Gesamtzahl der Bevölkerung in Estland im Vergleich zum Jahr 1941 um 20% gestiegen und betrug 1 196 791 Personen, obwohl das Territorium infolge der sowjetischen Neuausrichtung der Grenzen um 5% verkleinert worden war. Der Zuwachs spiegelte sich aber nicht im Anteil der Esten an der Gesamtbevölkerung wieder: Ihr Anteil hat sich auf 74,5% (892 653 Personen) verringert, trotz der vielen Rückkehrer aus dem politischen Exil während der politischen Tauperiode 1954. Ethnische Russen haben dagegen bis 1959 bereits 20% der Bevölkerung ausgemacht. Zusätzlich waren Ukrainer mit 1,3% und Weißrussen mit 1% der Bevölkerung

---

<sup>262</sup> Ebd. S. 40.

<sup>263</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 179-183.

<sup>264</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 96.

<sup>265</sup> Vgl. Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. Boulder, Col. [u.a.]: Westview Pr. S. 97.

<sup>266</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 174-175; Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 90; 92.

<sup>267</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 47-49.

<sup>268</sup> Diese Zahl variiert je nach Publikation. Raivo Vetik nennt hier 100 000 Personen, die im Krieg gefallen sind (damit wären es 20%), das Statistikamt in Estland nennt in der Publikation von Ene-Margit Tiit keine Zahl, zeigt aber eine Grafik, laut derer die Bevölkerung bis 1945 sogar auf 850 000 gesunken ist. Dies würde einen Bevölkerungsverlust von 25% bedeuten.

<sup>269</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 40.

<sup>270</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 74.



vertreten.<sup>271</sup> Insgesamt wuchs die Gesamtzahl der Nicht-Estnischen Bevölkerung von etwa 200 000 Personen im Jahr 1950 auf etwa 300 000 Personen im Jahr 1959 an.<sup>272</sup>

Gemäß der Volkszählung im Jahr 1970 war die Gesamtzahl der Bevölkerung erneut gestiegen und betrug 1 356 079 Personen, was einen Zuwachs von 13,3% bedeutet. Wie schon in dem Jahrzehnt davor, ist die absolute Anzahl an Esten in den Jahren um 3,6% auf insgesamt 925 157 Personen gestiegen, was einem positiven natürlichen Zuwachs und der Wiederkehr vieler Esten aus dem Exil zu verdanken ist. Dennoch ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 6,3% gesunken und betrug 1970 nur noch 68,2%. Dagegen ist der Anteil der Russen auf 24,5% gestiegen, ebenfalls der Anteil an Ukrainern auf 4,1% und der der Weißrussen auf 1,4%.<sup>273</sup>

Bis zur nächsten Volkszählung 9 Jahre später war die gesamte Bevölkerungszahl auf 1 464 476 Personen gestiegen, von denen aber lediglich 64,7% Esten waren. Dies ist ein Verlust von 3,5% für die Esten, obwohl ihre Gesamtzahl erneut um 2,4% (947 812 Personen) gestiegen war. Der Zuwachs der Gesamtbevölkerung kam demnach wieder verstärkt aufgrund des erhöhten Anteils ethnischer Russen zustande, deren Prozent auf 27,9% der Gesamtbevölkerung gestiegen war. Der Anteil der Ukrainer ist dagegen auf 2,5% der Gesamtbevölkerung gesunken und die der Weißrussen auf 1,6% der Gesamtbevölkerung gestiegen.<sup>274</sup> Im Jahr 1970 war die Anzahl der Nicht-Esten somit auf ca. 430 000 und im Jahr 1979 auf 500 000 geklettert.<sup>275</sup>

Bei der letzten sowjetischen Volkszählung im Jahr 1989 sah die Situation dann so aus: Die Zahl der Gesamtbevölkerung betrug 1 565 662 Personen, was eine Steigerung von 6,9% bedeutet. Dabei haben ethnische Esten mit 963 281 Personen nur 61,5% der Gesamtbevölkerung ausgemacht. Zwar war dies eine Steigerung der gesamten estnischen Bevölkerung von 1,6% im Vergleich zu 1979, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber wieder einmal um 3,2% gesunken. Zugezogene Russen hatten nun 30,3% Anteil an der gesamten Bevölkerung, Ukrainer mit 3,1% und die Weißrussen mit 1,8% der Bevölkerung. Damit ist allein in den Jahren 1979 bis 1989 die Gesamtanzahl der Russen um 16% gestiegen, die Anzahl an Ukrainern um 33% und die Anzahl an Weißrussen um 18%.<sup>276</sup>

Der Migrationsfluss ist ab Mitte der 1980er Jahre kleiner geworden, hauptsächlich aufgrund der ökonomischen und politischen Stagnation im Zentrum der Sowjetmacht.<sup>277</sup> Bis 1989 sind etwa 6 000 bis 7 000 Personen jährlich nach Estland migriert, während der Putsch-Jahre 1989 bis 1991 waren diese Zahlen nahe null. Dagegen hat die Auswanderung angezogen - nach der Wende sind viele der ehemals gekommenen Arbeiter wieder in die Heimatländer gegangen. In seiner Untersuchung der politischen Prozesse aus dem Jahr 1989 schätzt der estnische Politologe Rein Taagepera, dass von den 7,5 Millionen in den Jahren 1945 bis 1991 nach Estland gekommenen Russen ca. 7

---

<sup>271</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): *Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust*. S. 50-59.

<sup>272</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 74.

<sup>273</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): *Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust*. S. 50-59.

<sup>274</sup> Ebd.

<sup>275</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 74.

<sup>276</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): *Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust*. S. 50-59.

<sup>277</sup> Vgl. Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): *Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states*. S. 97.

### 3. Historischer Hintergrund

Millionen wieder abgewandert sind.<sup>278</sup> Das entspricht in etwa den statistischen Angaben der stattgefundenen Volkszählungen. Im Jahr 1992 wurde der Höhepunkt der Emigration erreicht – in dem Jahr sind 33 700 Personen emigriert, dreimal so viel wie im Schnitt pro Jahrzehnt zuvor. Insgesamt haben zwischen 1990 und 1994 ca. 88 000 Personen das Land verlassen.<sup>279</sup> Danach sind die Auswanderungen deutlich zurückgegangen, so dass es im Jahr 1997 beispielsweise nur etwa 4 000 Personen waren, die Estland verlassen haben.<sup>280</sup> Von denjenigen Nicht-Esten, die bis dahin geblieben sind, waren ca. 88% russischer Abstammung.<sup>281</sup> Nach den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2000, also 11 Jahre nach der letzten Erfassung, ist die Gesamtbevölkerung um 12,5% geschrumpft, auf 1 370 052 Personen. Von diesen waren 67,9% Esten, deren Gesamtzahl zwar im Vergleich zu 1989 auf 930 219 gesunken war, aber der Anteil an der Gesamtbevölkerung auf das Niveau der 70er Jahre gestiegen ist.<sup>282</sup> Somit war der allgemeine Bevölkerungsschwund auf Kosten der Nicht-Esten gegangen: Russen haben bis zum Jahr 2000 noch 26% der Gesamtbevölkerung ausgemacht, die Ukrainer 2,1% und die Weißrussen 1,4%.<sup>283</sup>

Personen, die in den offiziellen Statistiken oft nicht aufgetaucht sind, aber dennoch eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Nicht-Esten zur Bevölkerung beigetragen haben, waren Militärangehörige. Oftmals sind Militärstützpunkte in sogenannten „geschlossenen Städten“ untergebracht gewesen, die nur Militärpersonal zugänglich waren und die demgemäß auch von Volkszählungen (o.ä.) ausgeschlossen waren. Mitte der 1980er Jahre waren in Estland etwa 125 000 Personen an Militärpersonal stationiert, zusammen mit etwa 25 000 Angehörigen. Das sowjetische bzw. russische Militär wurde erst am 31. August 1994 abgezogen. Diese Zahl der Personen sorgte auch für Verwirrung während der ersten Volkszählung nach Ende der Sowjetherrschaft im Jahr 2000. Die gezählte Bevölkerung zeigte etwa 60 000 Personen weniger als die laufende Statistik, die auf Geburten-, Sterbe- und Migrationszahlen basierte. Im Laufe der Ermittlungen wurde die Vermutung bestätigt, dass in den 1990er Jahren mitgezählte russische Militärangehörige ohne Registrierung abgezogen wurden.<sup>284</sup>

Die vorläufigen Ergebnisse aus der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 zeigen die Fortführung des Trends der 1990er Jahre: Die Gesamtbevölkerung schrumpft, während sich der Anteil der Esten weiterhin erhöht und der Anteil der Russen sinkt. Die Gesamtzahl der Bevölkerung betrug 1 294 236 Personen, darunter 889 770 Esten und 321 198 Russen. Damit haben Esten 68,7% und Russen 24,8% der Bevölkerung ausgemacht. Der Anteil der Ukrainer sank auf 1,7% und der Weißrussen auf 0,9% der estnischen Gesamtbevölkerung.<sup>285</sup>

---

<sup>278</sup> Taagepera, Rein (1989): Estonia's Road to Independence in: Problems of Communism 38, November. 11-26.

<sup>279</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 75.

<sup>280</sup> Ebd.

<sup>281</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Rahvaarv rahvuse järgi, 1. jaanuar, aasta. Eesti statistikaamet (2012).

<sup>282</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Faktiline ja alaline rahvastik (31. Märts 2000).

<sup>283</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 60-63.

<sup>284</sup> Ebd.

<sup>285</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses (2013), RLE 04: Loendatud põsielanikud, 31. detsember 2011, Rahvus ning sugu.

### 3.2.5 Veränderungen der nationalen Zusammensetzung der Stadt-Land-Verteilung der baltischen Bevölkerung

Während der ersten estnischen Volkszählung im Jahr 1934 war die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung in Estland ca. 30:70, das heißt dass der Großteil der Bevölkerung auf dem Land lebte. Diese Verteilung spiegelte das charakteristische Bild der Esten als Landvolk wieder, was aus der historischen Entwicklung des gesamten Baltikums resultierte. Die Städte wandelten sich nur langsam aus einem Raum der „fremden“ in den Raum der „eigenen“ Elite – der baltischen. Auch auf dem Land vollzog sich mit der Unabhängigkeit ein Wandel: Das traditionell fremdbestimmte Gutsland wurde den Besitzern – Deutschen, Russen, Polen – entzogen und an landlose estnische, lettische und litauische Bauern gegen ein Entgelt verteilt. Dieser Bodenreform der Jahre 1919-1920 fielen in Estland etwa 58% des gesamten Landes, in Lettland 48% und in Litauen etwa 40% des Landes zu. Die ländlichen „Neusiedler“ bildeten in Estland 56 000 der insgesamt 74 000 Bauernhöfe, wodurch eine neue gesellschaftliche Schicht der Kleinbauern geschaffen wurde. Ähnlich war die Situation in Lettland, wo 70 000 Höfe der insgesamt 150 000 neu gegründet und besiedelt wurden.<sup>286</sup> Die Anzahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter verminderte sich dadurch von 60% auf 20%.<sup>287</sup> Durch eine eigenständige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der Böden stieg der wirtschaftliche Wohlstand des baltischen Bauerntums und erhob sie auf ein vergleichbares Niveau mit der städtischen Bevölkerung. Durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht erhöhte sich auch das allgemeine Bildungsniveau in den baltischen Staaten, was wiederum die Herausbildung eines stabilen kulturellen Lebens und einer Intelligenz begünstigte. Die relativ stabilen gesellschaftlichen Verhältnisse der Zwischenkriegs-Republiken wurden erst mit den Kollektivierungsmaßnahmen der Sowjetmacht durcheinander gewirbelt. Im Zuge der Industrialisierung und der Migration wurde anschließend das Verhältnis zwischen Stadt und Land verändert. Die nationale Verteilung zeigte allerdings nach wie vor, dass die Balten eher auf dem Land blieben, während Zugezogene die Städte bevölkerten.

Während 1941 das Stadt-Land-Verhältnis in Estland immer noch bei 30:70 war, änderte sich die Situation nach dem Krieg drastisch. Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft und Errichtung der Kolchosen und Sovchosen gingen viele junge Leute in die Städte, wo sie in Industriestätten oder in staatlichen Strukturen Beschäftigung fanden. Die Stadtbevölkerung betrug 1959 bereits mehr als die Hälfte, insgesamt 56,4% der gesamten Bevölkerung.<sup>288</sup> Von der städtischen Bevölkerung waren im selben Jahr allerdings nur 62,3% ethnische Esten, der Rest waren Zugezogene. Die Landbevölkerung war hingegen nach wie vor zu 91,2% estnisch.<sup>289</sup> In den darauffolgenden 10 Jahren bis 1969 wuchs die Stadtbevölkerung um fast ein Drittel und betrug 64,7%. Der Anteil der ethnischen Esten minderte sich weiter, an der Stadtbevölkerung machten sie 57,8% und an der Landbevölkerung 87,6% aus.<sup>290</sup>

<sup>286</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 150.

<sup>287</sup> Ebd.

<sup>288</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 52.

<sup>289</sup> Ebd. S. 51-52.

<sup>290</sup> Ebd. S. 52-54.

### 3. Historischer Hintergrund

Die nächste Migrationswelle fiel auf die 1970er Jahre, als die Rekrutierung für neue Industrieprojekte zwar bereits abgeschlossen war, doch die besseren Arbeits- und Wohnverhältnisse weitere Arbeiter anlockten. Wie bereits bei der Beschreibung der sozioökonomischen Faktoren der Migration erwähnt, wurden in einigen früheren Kleinstädten des estnischen Nordostens große Betriebe errichtet (z.B. Sillamäe, Kohtla-Järve, Jõhvi), die nun mit Zugezogenen besiedelt wurden. Damit wurden manche Städte bzw. Stadtteile stärker ethnisch homogenisiert, was sich auch nach der Demokratisierung der 1990er Jahre bemerkbar machte. So sind Stadtteile von Tallinn (die bereits genannten Lasnamäe, Põhja-Tallinn) und nordöstliche Städte Estlands bis heute stark russischsprachig geprägt. Das Land an der Nordostküste Estlands wurde beinahe gänzlich mit sowjetischen Militärbasen bedeckt, so dass auch die dortigen Bewohner umsiedeln mussten. Der Zugang zum Meer war nur über Häfen vorhanden, in Küstenregionen mit Genehmigung möglich. Hauptsächlich wurde seitens der Sowjetherrschaft die Flucht der Bevölkerung über das Meer befürchtet. Es existierten in Sowjetzeiten auch so genannte „geschlossene Städte“ oder Gebiete innerhalb der Städte oder auf dem Land (besonders in Küstenregionen). Diese waren Militärbasen oder eigens dafür erbaute Städte mit Militärindustrie, die auch nur von ausländischen Arbeitskräften besiedelt wurden.<sup>291</sup> Bis 1979 wohnten 69,4% und bis 1989 bereits 71,5% der Gesamtbevölkerung Estlands in Städten, davon waren aber im Jahr 1979 54,7% und bis 1989 nur noch 51,2% ethnische Esten. Der Anteil der Esten an der ländlichen Bevölkerung blieb in diesen Jahren konstant auf etwa 87,5%.<sup>292</sup>

Erst nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit veränderte sich die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung. Als Erstes sind Städte, die während der Sowjetzeit besagte Industrie und Militärbasen beherbergten und überwiegend von Immigranten bewohnt wurden, „leer“ geworden. Beispielsweise ist die Bevölkerung der Städte Tapa, Paldiski und Kohtla-Järve im Nordosten Estlands etwa um die Hälfte geschrumpft.<sup>293</sup> Der Anteil der Esten stieg in den 1990er Jahren sowohl in den Städten als auch auf dem Land und betrug entsprechend 56,6% und 91,3% der Gesamtbevölkerung. Durch die Verminderung der Urbanisierung fielen etwa 64% der Gesamtbevölkerung auf die Städte, was sowohl mit der Auswanderung Anfang der 1990er Jahre als auch mit einer Rückkehr der Stadtbewohner aufs Land erklärt werden könnte. Die traditionell „russischsprachigen“ Städte im Nordosten Estlands, im Osten Lettlands sowie die Stadtteile der Hauptstädte blieben allerdings größtenteils bestehen.

---

<sup>291</sup> So zum Beispiel die Städte Sillamäe, Paldiski im Nordosten Estlands, Teile von der Stadt Narva im Osten.

<sup>292</sup> Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. S. 58.

<sup>293</sup> Ebd. S. 108.

### 3.2.6 Demographische Faktoren der Bevölkerungszusammensetzung in Estland

Einige demographische Besonderheiten sind zu nennen, die in Verbindung mit Migrationstendenzen zur Zusammensetzung der baltischen Bevölkerung während und nach der Sowjetzeit beigetragen haben. Während des zweiten Weltkriegs und unmittelbar nach Beginn der sowjetischen Okkupation war vor allem die mobilisierte Generation junger Männer sichtlich angeschlagen: Die Anzahl der Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren hatte sich um die Hälfte verringert. In Estland hatte sich auch die Population der gleichaltrigen Frauen bereits im Jahr 1941 um etwa ein Viertel verkleinert. Insofern hat die eingesetzte Migration der Nachkriegsjahre der baltischen Bevölkerung in zweifacher Weise zugesetzt: Zu der Schwächung der Population durch den Krieg und Repressionen kam der demographische Druck der jungen Arbeitsmigranten. Solche waren hauptsächlich Personen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, deren sozioökonomische und ideologische Hintergründe häufig andere Grundlagen aufwiesen als die der gleichaltrigen baltischen Generation. Beispielsweise waren die Esten während der ersten Republik der Jahre 1918 bis 1940 unter den am spätesten heiratenden jungen Leuten in ganz Europa. Damals spielte die wirtschaftliche Absicherung vor dem Heiraten eine wichtige gesellschaftliche Rolle. In den Jahren 1934 bis 1938 waren junge Männer in Estland bei der Eheschließung im Schnitt 31 und junge Frauen 28 Jahre alt. Unter der Sowjetherrschaft bekamen junge verheiratete Paare einfacher eine Wohnung und waren gesellschaftlich angesehen, was einen generellen „Heiratsboom“ in den 1960er Jahren zur Folge hatte. Die Tendenz früh zu heiraten und Familien zu gründen hielt im Grunde bis 1989 an.

Entsprechend ist während der Sowjetzeit das Alter der Mütter bei Erstgeburten im Vergleich zu den Jahren von 1935 bis 1938 um fast 5 Jahre gesunken. Davon waren allerdings sowohl Estinnen, Lettinnen als auch andere Nationalitäten betroffen. Generell ist der natürliche Bevölkerungszuwachs, also ohne Berücksichtigung der Migration, in den Jahren von 1945 bis 1990 konstant im positiven Bereich geblieben.<sup>294</sup> Wenn man dabei aber die konstante Verringerung des Anteils der estnischen und lettischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung bis 1990 berücksichtigt, so wird klar, dass auch die immigrierte anderssprachige Bevölkerung auf natürliche Weise gewachsen ist. Die Unterschiede in der Fertilität sind zwar nicht bedeutend – Estinnen haben ebenso viele Kinder bekommen wie Russinnen, Ukrainerinnen oder Weißrussinnen –, doch da der Anteil der Letzteren durch Migration gewachsen ist, wird auch der Anteil deren Nachkömmlinge die ethnischen Verhältnisse zumindest konstant gehalten haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung eines Rückgangs der allgemeinen Geburtenrate während der Wende-Jahre – von 2,21 im Jahr 1989 auf 1,37 im Jahr 1994 –, während dieser Rückgang weniger auf Kosten der estnischen Bevölkerung ging. So stellten Lebendgeburten der estnischsprachigen Familien 73,4% der gesamten Lebendgeburten im Jahr 1994 dar.<sup>295</sup> Dies ist auch als einer der Gründe für den verhältnismäßigen Zuwachs der Esten an der Gesamtbevölkerung zu werten.

<sup>294</sup> Ebd. S. 74-121

<sup>295</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 75.

### 3. Historischer Hintergrund

#### 3.2.7 Bevölkerungsentwicklung in Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

In Lettland war der Anteil der Letten bereits im Jahr 1935 mit 76% geringer als der entsprechende Anteil der Esten in Estland. Durch vergleichbare Migrationsvorgänge ist dieser Anteil bis zum Jahr 1959 auf 62% und bis zum Jahr 1989 auf 52% der Bevölkerung gesunken, während sich der Anteil der Russen, Ukrainer und Weißrussen bis 1989 auf 42% der Gesamtbevölkerung erhöht hat.<sup>296</sup> Mehr als 50 000 Personen haben Lettland bis zum Jahr 1991 verlassen, die meisten waren Russischsprachler. Bis Mitte der 1990er Jahre hat sich der Anteil der Letten an der Gesamtbevölkerung um etwa 6,5% erhöht, so dass die Letten nun etwa 57% ausmachten, während der Anteil der Russen auf etwa 30% zurückgegangen ist. Die Ukrainer und die Weißrussen machten zusammen etwa 7% der Gesamtbevölkerung aus.<sup>297</sup> Somit war Lettland auch noch im Jahr 2011 in der ungünstigsten Position von allen baltischen Staaten, indem der Anteil der Letten bis dahin auf etwa 60% angestiegen ist und der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung sich bei etwa 30% befand.<sup>298</sup>

In Litauen blieb der Anteil der Litauer an der Gesamtbevölkerung während der Jahre 1923 bis 1989 mit etwa 80% relativ konstant, weswegen hier die ethnisch-nationalen Auswirkungen nicht ganz so gravierend waren wie in Estland und Lettland. Allerdings erhöhte sich hier der Anteil der Russen, Ukrainer und Weißrussen an der Gesamtbevölkerung um 10%, so dass diese bis 1989 etwa 12% der Gesamtbevölkerung ausmachten.<sup>299</sup> Im Laufe der Jahre blieb das Verhältnis in etwa ähnlich, bis 2007 bzw. 2011 hatte sich der Anteil der Litauer an der Gesamtbevölkerung auf etwa 84% erhöht. Verändert haben sich dagegen die Minderheiten, so dass bis 2007 die Polen mit etwa 6,5% als größte Minderheit gelten konnten. Der Anteil der Russen fiel bis 2007 bzw. 2011 auf etwa 5% zurück.<sup>300</sup>

### 3.3 Ukraine

#### 3.3.1 Der ukrainische Staat als multinationales Gebiet

Das Territorium der heutigen Ukraine ist das Ergebnis jahrhundertelangen Kampfes verschiedener Mächte. Daraus entstand die Ukraine als ein multiethnisches und multinationales Gebilde, das verschiedene Nationen, Sprachen und Kulturen beheimatete. Die natürliche Grenze der Einflussgebiete verschiedener Mächte bildete der Fluss Dniepr: Hier trafen die osmanische, die polnisch-litauische und die russische Einflusssphäre im

---

<sup>296</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 96.

<sup>297</sup> Kolsto, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.109-110,117-118

<sup>298</sup> Statistical Office of Latvia. Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 2011. TSG11-06. Resident population on march 1, 2011 by ethnicity, sex and age group.

<sup>299</sup> Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. S. 172-173.

<sup>300</sup> Statistics Lithuania. Ethnic composition of the population. Results of the 2011 Population and Housing Census of the Republic of Lithuania.

17. und 18. Jahrhundert aufeinander.<sup>301</sup> Der Westen der Ukraine gehörte ab dem 14. Jahrhundert zu Polen Litauen, ab dem 18. Jahrhundert und infolge der Teilungen Polens fiel der nördliche Teil an Russland und der südliche Teil an Österreich bzw. Österreich-Ungarn. Zwischen den Weltkriegen herrschte Polen über einen Teil der Region.<sup>302</sup> Bis zur russischen Eroberung im 17. Jahrhundert wurde das Zentrum des Landes rund um Kiew von ukrainischen Kosaken kontrolliert, welche in diesem Teil des Landes bis zum 17. Jahrhundert eine eigene soziale und kulturelle Gruppe formierten.<sup>303</sup> In dieser Region fand zur selben Zeit auch die wesentliche Formation der ukrainischen Sprache statt, was sich im 18. und 19. Jahrhundert in der Entwicklung der ukrainischen Literatur widerspiegelte.<sup>304</sup> Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren die Gebiete um Kiew bereits von Russland beherrscht, was sich Ende des 19. Jahrhunderts auch auf die Verminderung der ukrainischen kulturellen Tätigkeit auswirkte und diese sich in den galizischen Westen verlagerte.<sup>305</sup> Bis zur Ausdehnung des Russischen Imperiums in den Süden und in den Westen hat es somit keinen zusammenhängenden ukrainischen Staat gegeben.<sup>306</sup> Der Südosten des Landes war lange von fremden Mächten regiert: Im Osten herrschte das Russische Zarenreich und im Süden erstreckten sich die Vasallengebiete der Osmanen, einschließlich der Krim.<sup>307</sup> Die administrative Teilung erfolgte unter der Herrschaft Russlands im 18. Jahrhundert weder nach kulturellen noch nach ethnischen Kriterien und brachte eine Zahl Provinzen hervor, die zum Teil multikulturell – ukrainisch, russisch, kasakisch (u.a.) – waren.<sup>308</sup> Diese Provinzen wurden zentral aus Moskau regiert und verwaltet.<sup>309</sup> Die durch kriegerische Handlungen des 18. Jahrhunderts stark verminderte Bevölkerung dieser Region wurde durch Besiedlung kompensiert, bei der neben ethnischen Ukrainern auch verstärkt ethnische Russen als Siedlerbevölkerung auftraten.<sup>310</sup> Die Bevölkerung des Gebietes bekannte sich zum „Klein-Russentum“, wie die Ukraine im Russischen Imperium bezeichnet wurde. Die gesprochene Sprache hieß im russischen Sprachgebrauch ebenfalls „kleinrussisch“. Dieses Sprachmosaik wurde durch Polnisch im Westen und Russisch und Krimtatarisch im Süden ergänzt und komplettierte das ukrainische ethnisch-nationale Gebilde.

Die heutige nationale, ethnische und sprachliche Formierung der ukrainischen Nation fiel auf das 18. und das 19. Jahrhundert.<sup>311</sup> Was später entscheidend zum nationalen Selbstbewusstsein der Ukrainer beitrug, war die anfängliche Konzentration auf das ländliche Sozialschema, wobei die Familie, die Religion und die lokale Zugehörigkeit den wichtigsten Stellenwert einnahmen. Lange Zeit waren Vertreter anderer Nationalitäten (Russen, Polen) in überregionalen Sozialstrukturen tätig, solchen wie die Verwaltung,

<sup>301</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

<sup>302</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. *Ukraine-Analysen* 23. 2-6, S. 3; Bihl, Wolfdieter (1993): Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 126-157, S. 126.

<sup>303</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

<sup>304</sup> Ebd.

<sup>305</sup> Ebd.

<sup>306</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

<sup>307</sup> Bihl, Wolfdieter: *Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz*. S. 5.

<sup>308</sup> Ebd. S. 145.

<sup>309</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

<sup>310</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>311</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.



### 3. Historischer Hintergrund

der Handel oder die Bildung.<sup>312</sup> Entsprechend war die ukrainische Sprache auf den ländlichen Raum beschränkt, dessen Wirtschaftsverhältnisse lange hinter dem Niveau der urbanisierten Räume zurückblieben.<sup>313</sup> Die ukrainischen Bauern hatten bereits Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend ihren persönlichen Besitz bewirtschaftet, was sie sozioökonomisch von den Bauern im Russischen Reich abhob.<sup>314</sup> Die Habsburger in Galizien haben den Ukrainern mehr Freiheiten im Nationsbildungsprozess gewährt. Das führte in Verbindung mit dem starken Bauerntum zur Herausbildung politischer, organisatorischer und kultureller Aktivitäten und einer politischen Repräsentation der Ukrainer im Westen des Landes.<sup>315</sup> Die Ukrainer sollten nach Vorstellung der Habsburger hierbei zum Gegengewicht gegen den polnischen Adel ausgebildet werden, was Parallelen zum vom baltendeutschen Adel unterstützten Bildungsaufstieg estnischer Bauern, welche zur Gegenbewegung zur Herrschaft des Russischen Kaiserreichs ausgebildet werden sollten, aufweist.<sup>316</sup> Diese Blütezeit der neuen ukrainischen Bildungsschicht währte zwar relativ kurz, von Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts, bildete aber eine bedeutende Grundlage der ukrainischen Nationsbildung in diesem Teil des Landes.<sup>317</sup> Zum Zentrum dieser Entwicklung in diesen Gebieten wurde Lemberg (Lwiv) und die dortige Universität.<sup>318</sup> In dieser Zeit durften auch nur hier ukrainischsprachige Bücher gedruckt werden, was in den von Russland beherrschten Teilen des Landes verboten war.<sup>319</sup> Generell blieb sowohl die sozioökonomische Entwicklung des ukrainischen Bauerntums als auch die ukrainische Nationalbewegung in den unter Russlands Herrschaft stehenden Regionen weit hinter den westlichen Teilen des Landes zurück. Einzig um Charkiw bildete sich Ende des 19. Jahrhunderts eine dünne Intelligenz-Schicht aus den Nachkommen der ehemaligen Kosaken heraus.<sup>320</sup> Das ukrainische Nationalbewusstsein konnte hier aufblühen, da der lokale Kleinadel im 19. Jahrhundert noch nicht vollständig russifiziert war, was durch die Präsenz der Charkiwer Universität zusätzlich unterstützt wurde.<sup>321</sup> Da die nationale Aufklärung aber nicht flächendeckend voranschritt, war es für die Ukrainer entsprechend schwer, landesübergreifend identitätsstiftende nationale Symbole zu etablieren, so wie es beispielsweise im Baltikum der Fall gewesen war.<sup>322</sup>

Die Herausbildung der ukrainischsprachigen Intelligenz beschränkte sich demnach im Wesentlichen auf die nördlichen und westlichen Gebiete des Landes, während sich

---

<sup>312</sup> Ebd.

<sup>313</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 149.

<sup>314</sup> Ebd.

<sup>315</sup> Ebd.

<sup>316</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.

<sup>317</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 135.

<sup>318</sup> Ebd. S. 12.

<sup>319</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>320</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 147.

<sup>321</sup> Jobst, Kerstin K. (1993): Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 158-171, S. 158.

<sup>322</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 149.



im Süden das überwiegend russischsprachige „Neurussland“ erstreckte.<sup>323</sup> Die Bezeichnung „Noworossija“ (Новоросси́я) wurde im Russischen Imperium nicht zuletzt aufgrund der Tatsache verwendet, dass sich in den Industriezentren des Südostens der heutigen Ukraine schon damals viele Russen angesiedelt haben.<sup>324</sup> Die Gegend um den heutigen Donbass gehörte zwischen den Jahren 1870 und 1900 zu den am schnellsten wachsenden Industriegegenden des Russischen Kaiserreiches, was die Urbanisierung im Südosten der Ukraine vorantrieb.<sup>325</sup> Dabei bildeten Ukrainer einen immer kleineren Anteil der wachsenden Städte: In Kiew wohnten bis 1917 nur noch 16% ukrainische Muttersprachler.<sup>326</sup> Dies hat nicht nur mit der Zuwanderung der Arbeiter aus Russland zu tun, sondern auch mit dem durch Urbanisierung und Industrialisierung bedingten Übergang der ukrainischen Bauern zum Selbstverständnis als Russe. Allerdings blieben solche „industrialisierten und urbanisierten“ ostukrainischen Bauern und Arbeiter in der Minderheit und stellten folglich auch keine Konkurrenz für russische und jüdische Bourgeoisie dar. Letztere bestand aus Städtern, Adligen und Intellektuellen. Selbst im Jahr 1917 waren lediglich 11% der Studierenden der Kiewer Universität ukrainischer Herkunft.<sup>327</sup> Die Russen begründeten ihre Vorreiterrolle unter anderem durch ihre „natürliche“ Stellung als Leitnation innerhalb der „Ostslawischen Dreiheit“ von Großrussen (Russen), Kleinsrussen (Ukrainer) und Weißrussen (Belorussen).<sup>328</sup> Hinzu kam die orthodoxe Kirche, die dieses Gebiet vereinte und von einer starken Russifizierung geprägt war.<sup>329</sup> Russisch war die Sprache der Elite, des Publikationswesens und des kulturellen Lebens in diesem Teil des Landes bis zum Jahr 1905, als Ukrainisch nach der Russischen Revolution wieder zugelassen wurde.<sup>330</sup> Als Verdienst der ukrainischen Bauern erwarb die Ukraine bis Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Ruf als „Kornkammer“. Bis dahin erwirtschafteten die ukrainischen Bauern 90% des Weizenexportes des Russischen Reiches, neben anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen.<sup>331</sup> Durch diese langjährige Aufteilung zwischen Stadt und Land einerseits sowie der ethnisch-kulturellen, geographischen und sprachlichen Räumen andererseits bildete sich ein relativ starker Regionalismus, der auch nach der Vereinigung der Ukraine zu einem Staat erhalten blieb.<sup>332</sup> Bis zum Jahr 1917 war die Ukraine als Staatskonstrukt in ihren heutigen Grenzen jedoch faktisch nicht vorhanden.<sup>333</sup>

<sup>323</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

<sup>324</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 151.

<sup>325</sup> Ebd. S. 150.

<sup>326</sup> Ebd. S. 151.

<sup>327</sup> Ebd.

<sup>328</sup> Ebd. S. 145.

<sup>329</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14; Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S.157.

<sup>330</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 156.

<sup>331</sup> Ebd. S.149-150.

<sup>332</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.

<sup>333</sup> Ebd. S. 10.

### 3. Historischer Hintergrund

#### 3.3.2 Die Ukraine zwischen den Fronten im Bemühen um die eigene Nation und Staatlichkeit

Die Bestrebungen auf dem Gebiet der Ukraine einen zusammenhängenden, kulturell homogenen Staat zu bilden, fallen auf die Zeit kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Aufgrund der kriegsbedingten grundlegenden Umbrüche bei den europäischen Großmächten wurde in der Ukraine, wie bereits erfolgreich im Baltikum, der Versuch der Gründung eines ukrainischen Staates gestartet. Die bedeutendste Großmacht, die hier ihren Einfluss zu behaupten suchte, war Russland, das im Jahr 1917 selbst Zeiten des sozialistischen Umbruchs durchlebte. Die sowjetische Geschichte der Ukraine nahm bereits zu dieser Zeit ihren Anfang, denn Russland konnte und wollte von seinem Herrschaftsanspruch in der Ukraine keinen Abstand nehmen. Davor hatten sich hier, wie in vielen anderen Staaten Europas, nationale Bewegungen herausgebildet, die sich die Gründung eines Staates zum Ziel gesetzt hatten. Dieses Ziel scheiterte in der Ukraine letztendlich an zweierlei Gründen – der Heterogenität der ukrainischen Regionen und der bereits damaligen starken Präsenz Russlands. Durch die historisch bedingte kulturelle und sprachliche Teilung des Landes wurde die nationale Idee der Ukraine nur in den nördlichen und westlichen Teilen des Landes verwurzelt, indem Vertreter der noch jungen ukrainischsprachigen Intelligenz in den 1890er Jahren die Vorstellung der Ukraine „vom Bug bis an den Don“ – also über das ganze Gebiet von Galizien bis Donezk – verwirklichen wollten.<sup>334</sup> Zum echten Verhängnis wurde für die Ukraine ihre geographische Lage zwischen Europa und Russland – auf ihrem Territorium sind während des Ersten Weltkrieges zum wiederholten Mal die Ansprüche der Großmächte aufeinander getroffen. Die Ruthenen im Westen des Landes zogen für Österreich gegen die für Russland kämpfenden Kleinrussen im Osten in den Krieg. Bei der anschließenden Eroberung der Galizischen Gebiete hat sich der neue russische Generalgouverneur die „Wiedereinführung“ der russischen Sprache, Kultur und Gesetze auf diesen „alten russischen Gebieten“ zum Ziel gesetzt. Als die Gebiete im Jahr 1915 wieder an Österreich fielen, wurden die hier lebenden Ukrainer wiederum als Verräter eingestuft, daraufhin wurden viele verhaftet und in den Folgejahren als „unzuverlässige Irredentisten“ betrachtet, trotz des Treueschwurs dem Kaiser gegenüber. Den Ukrainern in dem durch Russland beherrschten Teil des Landes ging es nicht besser – auch sie wurden als unzuverlässig und illoyal betrachtet, was Repressionen und Verhaftungen nach sich zog.<sup>335</sup>

Im Jahr 1917 ergab sich schließlich die Möglichkeit eines ukrainischen Staates vom Bug bis an den Don, als die Februarrevolution in Russland die Machtverhältnisse durcheinander wirbelte.<sup>336</sup> Hierbei zeigten sich erste Konflikte zwischen Ukrainern und Russen in der Ukraine, als es um den Kampf verschiedener Kräfte um die repräsentative Macht im Staat ging. Zum ersten Mal stellten ukrainische Bauern und Soldaten ein deutliches Gegengewicht zu den meistens in Städten wohnhaften Russen dar. Die im Jahr 1917 von den Vertretern der ukrainischen gesellschaftlichen Gruppen in Kiew gegründete Zentralrat – Rada – bildete den Gegenspieler zu der von Russland eingesetz-

---

<sup>334</sup> Zitiert aus Ebd.

<sup>335</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 166-167.

<sup>336</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

ten Provisorischen Regierung.<sup>337</sup> Zum ersten Präsidenten der Rada wurde Mykhailo Hruschewski gewählt, der bis heute als einer der Begründer der unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit gilt. Obwohl die Zentralrada sich gegenüber der Provisorischen Regierung anfangs loyal erklärte, kam es bereits einige Monate später zu einer Radikalisierung der Beziehungen, infolge dessen die Provisorische Regierung die Rada wiederum als Vertreterin des ukrainischen Volkes anerkannte.<sup>338</sup> Allerdings konnte diese überwiegend ukrainisch-national gestimmte Volksvertretung im Folgenden kein Gewaltmonopol über das gesamte Gebiet, inklusive des russifizierten Südostens, herausbilden, da ihr sowohl der Verwaltungsapparat als auch die Loyalität der Bauernschaft fehlte.<sup>339</sup> Die Bauern, die anfangs noch die nationalen Volksversammlungen unterstützten, wandten sich zunehmend den Bolschewiki zu. Grund war in erster Linie die Erwartung, dass die Aufteilung des Landes der ehemaligen Großgrundbesitzer von den Bolschewiki zugunsten der Bauern durchgeführt würde.<sup>340</sup> Die Skepsis der im Land lebenden Russen gegenüber der ukrainischen Nationalbewegung mit Bauern an der Spitze spaltete die politische Repräsentation. Letztlich musste die Ukrainische Rada mit den Bolschewiki kooperieren, ohne echten Anspruch als Volksvertretung zu genießen und folglich ohne echten Widerstand gegenüber den sozialistischen Widersachern aufbringen zu können.<sup>341</sup> Am 7. November 1917 proklamierte die Rada die Ukrainische Volksrepublik, wobei die Herrschaftsansprüche strittig blieben.<sup>342</sup>

Zwischen 1917 und 1920 bestimmten erneut Machtkämpfe die politischen Ereignisse in der Ukraine. Die Hauptakteure waren die Bolschewiki, die Rada sowie nationale Gruppierungen, die sich mal dem einen mal dem anderen Lager zugeschlagen haben. Insgesamt hat in dieser Zeit die Macht in Kiew neunmal gewechselt: Die Ukrainische Rada proklamierte am 25. Januar (12. Januar des alten Kalenders) 1918 die Unabhängigkeit der Ukraine, die bis zum 8. Februar (26. Januar des alten Kalenders) hielt, als die Bolschewiki in Kiew einmarschierten. Nach der Offensive der Mittelmächte wurde im April 1918 eine von Deutschland protegierte Regierung unter Pawlo Skoropadski (Hetmanat) eingesetzt, die dann am 14. November von einem Direktorium abgesetzt wurde.<sup>343</sup> Dieses genoss die Unterstützung der Bauern und Soldaten und reaktivierte den alten tsaristischen Verwaltungsapparat, der endlich eine territoriale Ordnung einbrachte, konnte die Macht aber nicht halten.<sup>344</sup> So versank die Ukraine im Jahr 1919 in einem Chaos, in dem verschiedene Mächte mit- und gegeneinander kämpften. In Lemberg wurde am 13. November 1918 die Westukrainische Volksrepublik proklamiert, deren Gebiete im Sommer 1919 aber zwischen Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei aufgeteilt wurden. Die Regionen um Galizien im Westen blieben noch bis zum Zweiten Weltkrieg unter der Herrschaft Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei.<sup>345</sup> Im

<sup>337</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 167-171.

<sup>338</sup> Ebd. S. 172-176.

<sup>339</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10.

<sup>340</sup> Ebd.

<sup>341</sup> Ebd. S. 11.

<sup>342</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 171; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 10-11.

<sup>343</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 11.

<sup>344</sup> Ebd.

<sup>345</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 3.

### 3. Historischer Hintergrund

Osten des Landes mit der Hauptstadt Charkiw lieferten sich die Bolschewiki zwischen den Jahren 1920 und 1934 einen Machtkampf mit den Weißen des Russischen Bürgerkriegs, sowie nationalen Gruppierungen unter Symon Petljura.<sup>346</sup> Nach turbulenten Ereignissen zog im Juni 1920 dann schließlich die Rote Armee in Kiew ein, was letztendlich zur sowjetischen Machtübernahme führte, nachdem die ukrainischen Bauern von den Bolschewiken bis 1921 endgültig überwältigt wurden.<sup>347</sup> Was von den Chaos-Jahren blieb, war die Gebietsaufteilung, die unter dem Einfluss des Hetmans Skoropadski unter anderem Gebiete des Donbass zum Staatsgebiet der Ukraine dazuzählte. Diese Aufteilung behielten die Bolschewiki unter Lenin bei, was letztlich hieß, dass die Gebiete der Ukraine aus politischen und nicht aus ethnisch-kulturellen Gründen in der geübten Art und Weise zueinander fanden.<sup>348</sup> Die dadurch bedingte Beteiligung am sowjetischen „Nationsprojekt“ stellte für die Ukraine das Mittel zur Vereinigung des Landes dar, obwohl dies natürlich unter der Prämisse der russischsprachigen Machtelite aus Moskau geschah.<sup>349</sup>

Die Zeit des Umbruchs zeigte das komplizierte Kräfteverhältnis in der Ukraine, das das Schicksal des Landes als Zerrgebiet entschieden prägte. Einerseits waren es die ukrainischen nationalen Kräfte und Bauern, die der fremden Herrschaft trotzten bzw. ihre funktionierenden Verwaltungsstrukturen beibehalten wollten. Andererseits waren es in den Städten und Industriegebieten lebende Russen, sowie Bolschewiki, „weiße“ russische Kräfte und ausländische Mächte, die ihren Anteil an dem fruchtbaren und günstig gelegenen Land haben bzw. behalten wollten. Zweierlei Faktoren spielten eine entscheidende Rolle bei der Zielsetzung der verschiedenen Interessengruppen – die ukrainische nationale Bewegung und die Rolle der Ukraine als „Kornkammer“. Die nationalen Kräfte um die Zentralrada, das Hetmanat Skoropadskis und das Direktorium scheiterten in ihrem Vorhaben der Staatsbildung an der Vielfalt der Gegner und ihren unterschiedlichen Zielen. Eine besonders tragische Rolle kam dabei den ukrainischen Bauern zu: Ihre Erwartungen gegenüber den Bolschewiken bezüglich der Verteilung der Gutsländer wurden letztlich enttäuscht, da die Bolschewiki den Bauern das Getreide genauso wegnahmen, wie die deutschen Besatzer unter Hetman Skoropadski und wie auch die imperialistischen „weißen“ Generäle während des Bürgerkrieges. Hierbei zeigt sich die Bedeutung des Landes als „Kornkammer“, denn auch hier waren die Bauern die Hauptprotagonisten, die letztlich um ihr Land gebracht wurden. Aufgrund der Ignoranz aller Entscheidungsträger gegenüber ihren Interessen blieb den Bauern nichts anderes übrig als „gegen alle“ zu sein.<sup>350</sup> Erschwerend kam hinzu, dass die Bauern unter sich keine politische Einheit mit einer vernünftigen Interessenvertretung bildeten und folglich noch schwerer regierbar waren als von den Eliten ohnehin schon angenommen.<sup>351</sup> All das ließ die Bauern in den Augen der Machttträger als gänzlich illoyal erscheinen und rächte sich spätestens nach der endgültigen Machtübernahme der Bolschewiki. Die

---

<sup>346</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 172-176.

<sup>347</sup> Ebd.

<sup>348</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 11; 16.

<sup>349</sup> Ebd. S. 13.

<sup>350</sup> Sercyk, Wladyslaw A. (1993): Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 202-223, S. 204.

<sup>351</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

Bauern wurden die hauptsächlichen Leidtragenden der Ereignisse rund um „Holodomor“ und die „Entkulakisierung“ des Landes.<sup>352</sup> Wie bereits erwähnt, gibt es bezüglich der Interpretation des „Holodomor“ aufgrund der historischen und nationalen Brisanz sowie wegen der historischen Wahrnehmung als Genozid der sowjetischen Führung am ukrainischen Volk, bis heute Streitigkeiten.<sup>353</sup>

Was dem nationalen und staatlichen Aufbau in der Ukraine zum Verhängnis wurde, war, dass weder die Bolschewiki noch die weißen russischen Truppen noch die Besatzer im Westen an einer unabhängigen Ukraine Interesse hatten. Ganz im Gegenteil – eine abhängige Ukraine war durchaus attraktiver, unter anderem in der bereits erwähnten Rolle der „Kornkammer“. Hinzu kam die lange sprachliche und kulturelle Vermischung zwischen Ukrainern und Russen im südöstlichen Teil des Landes, die Stärke der russischen Bevölkerung in den ostukrainischen Städten und der Hauptstadt sowie die kollektive Ablehnung der besagten Bevölkerungsschichten gegenüber der ukrainischen nationalen Bewegung. Die Bolschewiki waren einzig an der direkten Herrschaft über die Ukraine interessiert und wurden dabei von einem Teil der Russen und Juden in der Ost- und Südukraine unterstützt. Der Rest der ukrainischen Russen unterstützte die weißen imperialistischen russischen Kräfte. Die Tatsache, dass die Alliierten als Gegner der Bolschewiki und Befürworter des ehemaligen Russischen Imperiums ebenfalls die weißen russischen Generäle unterstützten, schmälerte die Erfolgchancen einer unabhängigen Ukraine noch stärker. Zudem waren die nationalen Kräfte in ihren Losungen nicht einheitlich gestimmt und stritten über Programme und Ziele.<sup>354</sup> Im Endeffekt spielte die Spaltung der Bevölkerung zwischen Ukrainern und Russen, verkörpert durch urbane und ländliche Bevölkerung, eine bedeutende Rolle bei der endgültigen Machtübernahme der Bolschewiki. Anschließend wurde die Ukraine als Teil des sowjetischen Projektes wieder an Sowjet-Russland herangeführt.

### 3.3.3 Die Ukraine als Teil des sowjetischen „Nationsprojektes“

Der Großteil der Ukraine, welcher bereits zuvor unter der Herrschaft Russlands stand, wurde bereits 1922 Teil der Sowjetunion, entsprechend fiel ihre politische Sowjetisierung und wirtschaftliche Industrialisierung auf das Ende der 1920er und den Anfang der 1930er Jahre. Diese zwei Jahrzehnte sind allerdings durch zwei vollkommen unterschiedliche Richtungen der sowjetischen Politik gegenüber der Ukraine gekennzeichnet: Zunächst galt die Ukraine formal als souveräner Staat innerhalb der Sowjetunion, mit Ausstiegsmöglichkeit, die eigenständige Entscheidungen in den Bereichen Landwirtschaft, Justiz, Volksbil-

---

<sup>352</sup> Als „Entkulakisierung“ wird die in den Jahren zwischen 1929 bis 1933 stattgefundene Repressionswelle bezeichnet, welche sich in der gesamten Sowjetunion gegen die sogenannten „Kulaken“ richtete. Als solche wurden wohlhabende Personen und Familien bezeichnet, welche entsprechend der marxistisch-leninistischen Ideologie der Bolschewiken und vor allem infolge der Interpretation unter der Herrschaft Stalins das „Volksvermögen“ horteten und nicht teilen wollten. Infolge der mit der „Entkulakisierung“ verbundenen Repressionen wurden etwa 2 Millionen Personen deportiert oder exekutiert. In der Ukraine leiteten vor allem wohlhabende Bauernfamilien unter den Folgen der Enteignung und Zwangs-Kollektivierung. Vgl. Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 176-183.

<sup>353</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>354</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 180-185.

### 3. Historischer Hintergrund

dung und Kultur treffen konnte.<sup>355</sup> Die 1920er Jahre waren dem Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Bürgerkriegs gewidmet, der unter anderem vielfältige industrielle Projekte hervorbrachte. Das Hauptziel war, entsprechend der sowjetischen Ideologie, die Eliminierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Sowjetunion im internen und externen Vergleich.<sup>356</sup> Die 1930er Jahre begannen wiederum mit starken Repressionen, Hungersnöten und einer generellen Unterdrückung der ukrainischen Bevölkerung. In diese Zeit fällt auch „Holodomor“, welcher das wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückgrat der Ukraine brach. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1941 traf die Ukraine besonders stark, weil sie als Erste auf dem Weg der Wehrmacht lag. Somit können die 1930er Jahre durchaus als Schicksalsjahre der ukrainischen Geschichte bezeichnet werden.

Gemäß der sowjetischen nationalen Politik der Lenin-Ära wurden die nichtrussischen Nationen der Sowjetunion gefördert, unter anderem um die sozialistische Herrschaft zu legitimieren. Die Ukrainer waren dabei eine der Hauptnationen, machten die 29 Millionen Einwohner im Jahr 1926 ja mehr als 20% der Gesamtbevölkerung und ganze 45% der Nicht-russen der Sowjetunion aus.<sup>357</sup> Ihr repräsentativer Einfluss blieb allerdings beschränkt, obwohl die ukrainischen Vertreter in den sowjetischen Zentralorganen sich in den Anfängen der UdSSR noch gegen das „russische Diktat“ zu wenden versuchten. Im Jahr 1922 bestand lediglich die Hälfte der Delegation aus der Ukrainischen SSR, die sich formal an der Gründung der UdSSR beteiligte, tatsächlich aus Ukrainern. Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (KPdSU ab 1925) waren nur 5% der Mitglieder Ukrainer. Diese forderten dennoch die Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsprinzips und der Repräsentation der sowjetischen Nationen in den Zentralorganen gemäß den Anteilen an der Sowjetbevölkerung. Ebenfalls sollte die Majorisierung der anderen Nationalitäten durch die Russen begrenzt werden. Die Forderungen wurden überhört und nicht erfüllt, was letztlich die tatsächliche Zielsetzung des sowjetischen Nationsprojektes, nämlich eine Vereinheitlichung durch Russifizierung, mit sich brachte.<sup>358</sup>

Die in den 1920er Jahren eingeführte „korenizacija“ zeigte ihre Wirkung bereits in den repräsentativen Organen, indem der Anteil der Ukrainer in der Ukrainischen Kommunistischen Partei zwischen 1922 und 1933 von 23% auf 61% der Mitglieder gestiegen ist. Der entsprechende Anteil der Russen verringerte sich von 54% auf 23%, was aber angesichts des russischen Anteiles der Bevölkerung nach wie vor überrepräsentativ war. Der Ukrainisierungstrend setzte sich in der Stadt-Land-Aufteilung fort – Ukrainer besetzten bis zum Jahr 1929 in den administrativen Leitungsorganen auf lokaler Rayon-Ebene bereits 76% der Führungspositionen, während es auf der Republik-Ebene immer noch lediglich 46% waren. Im Zentralkomitee der KPU (Kommunistische Partei der Ukraine) waren Ukrainer bis 1930 mit 43% der Mitglieder vertreten.<sup>359</sup> Die relativ geringe Vertretung der Ukrainer in den städtischen Gremien zeigte, dass der ethnisch ukrainische Teil der Bevölkerung auch in

---

<sup>355</sup> Ebd. S. 187-189.

<sup>356</sup> Ebd.; Tiškov, Valery A. (1997): *Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame*. S. 42.

<sup>357</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 176-183.

<sup>358</sup> Sercyk, Wladyslaw A. (1993): *Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen*. S. 207-208.

<sup>359</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 176-183.

den 1920er Jahren überwiegend dörflich blieb. Das änderte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich.<sup>360</sup>

Bei der Heranführung der Ukrainer an die Repräsentation und Verwaltung hat auch die Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur im Rahmen der „korenizacija“ stark mitgeholfen. In der Administration, der Armee und der Bildung wurde nun Ukrainisch eingeführt. Bis 1929 wurden 95% der ukrainischen Schüler in ukrainischsprachigen Grundschulen unterrichtet. An den Hochschulen wurden bis 1929 mehr ukrainischsprachige als russischsprachige Kurse angeboten, was die ukrainische Wissenschaft förderte. Auch kulturelle Veranstaltungen wie Oper, Theater und Rundfunk wurden verstärkt auf Ukrainisch angeboten. Obwohl die kommunistische totalitäre Herrschaft keine ausufernden nationalen Tendenzen zuließ, gewann Ukrainisch als Sprache und Kultur in den ersten zehn Jahren der Sowjetherrschaft deutlich an Boden gegenüber dem Russischen.<sup>361</sup>

Womöglich war das Wiederbeleben der ukrainischen Sprache und Kultur einer der Gründe, weshalb Stalin die Ukraine und die Ukrainer zu Beginn der 1930er Jahre wieder stärker überwachen ließ. Durch die nationale Bewegung sowie die Industrialisierung wurde die ukrainische Sozialstruktur verändert – es arbeiteten nun mehr Ukrainer in Betrieben (bereits 43% bis zum Jahr 1926) statt wie traditionell auf dem Land. Ebenfalls war bis zum Jahr 1926 die Hälfte der städtischen Bevölkerung Ukrainer, was die ursprünglich in der Mehrheit urban gewesenen Russen und Juden zurückdrängte. All diese Entwicklungen führten dazu, dass die Ukrainer nun auch verstärkt politische Macht beanspruchten, was im Aufstreben einiger neuer Führungspersönlichkeiten, die die Loslösung von Moskau propagierten, mündete. Als Gegenmaßnahme griff Stalin zu Repressionen und ließ bereits im Jahr 1930 ukrainische Intellektuelle verhaften.<sup>362</sup> Parallel zur einsetzenden Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wurden auch laufend antisowjetische Organisationen und Konterrevolutionäre liquidiert, ganz zu schweigen von den ukrainischen „Kulaken“, denen vorgeworfen wurde als wohlhabende Bauern der kommunistischen Diktatur entgegenzuwirken.<sup>363</sup> Durch die Proteste der ukrainischen Bevölkerung drohten ganze Regionen der Ukraine außer Kontrolle der Zentralregierung zu geraten.<sup>364</sup> Daraufhin griff Stalin zu Terrormaßnahmen, infolge derer die 1930er Jahre zu den schwersten in der ukrainischen Geschichte wurden. Die Kollektivierung und Entkulakisierung sowie massenhafte Deportationen und Verhaftungen brachten Hungersnöte mit sich.<sup>365</sup> Während der Hungersnot der 1920er Jahre waren schätzungsweise 3,5 Millionen Menschen betroffen, am schlimmsten war die Lage in Zaporischija und auf der Halbinsel Krim.<sup>366</sup> Noch schlimmer war die Lage Anfang der 1930er Jahre, was später als „Holodomor“ in die Geschichte einging.<sup>367</sup> Die Zwangsabgaben für Getreide und Missernten, durchgeführt von den häufig russischen Parteifunktionären unter brutaler Gewalt, führten dazu, dass während der Jahre 1932 und 1933 nach unterschiedlichen Einschätzungen zwischen 4 und 7 Millionen Menschen ge-

<sup>360</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>361</sup> Ebd. S. 14.

<sup>362</sup> Ebd.

<sup>363</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 195-198.

<sup>364</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>365</sup> Sercyk, Wladyslaw A. (1993): Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. S. 206.

<sup>366</sup> Ebd.

<sup>367</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.



### 3. Historischer Hintergrund

storben sind.<sup>368</sup> Die meisten starben an Hunger, andere an den „Säuberungen“ und Terror. Die Zahl der Ukrainer in der gesamten Sowjetunion verringerte sich infolge dieser Ereignisse um etwa 3 Millionen.<sup>369</sup> Damit waren die Zwischenkriegsjahre für die Ukraine von schweren Bevölkerungsverlusten geprägt, was hauptsächlich die traditionelle ländliche Sozialstruktur angriff. Die besondere Brutalität der Stalinschen Politik gegenüber der Ukraine lässt die Hypothese zu, dass diese Aktionen explizit gegen die ukrainische Nation gerichtet waren und deswegen die Ausmaße eines Völkermordes annahmen. In jedem Fall stellen die Geschehnisse der 1930er Jahre einen wichtigen Aspekt der ukrainischen Geschichtsbildung und Abgrenzung gegenüber Russland und Russen dar.

Die Bauernschaft als Rückgrat der traditionellen ukrainischen Bevölkerung war durch die Ereignisse der 1930er gebrochen.<sup>370</sup> Die Urbanisierung beendete endgültig die traditionelle ländliche Lebensweise der Ukrainer und brachte sie in die industrialisierte Sowjetunion. Diese Entwicklung wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt fortgesetzt. Die letzte bedeutende Folge des Terrors der 1930er Jahre war, dass die ukrainische Parteilührung der KPU komplett gegen eine russische ausgetauscht wurde. Der „konterrevolutionäre ukrainische Nationalismus“ gab Stalin den Grund, in der Ukraine härter durchzugreifen als in anderen Sowjetrepubliken und so tausende Menschen aus der Ukraine zu deportieren, darunter auch Russen und Juden. Russisch wurde so noch vor Kriegsbeginn 1941 zum offiziellen Fach an den Schulen und Hochschulen, begleitet von der ideologischen Stellung des Russischen als Träger des Leninismus und Stalinismus.<sup>371</sup>

Die westukrainischen Gebiete um Galizien, Iwano-Frankiwsk, Transkarpathien und Bukowina bildeten die territorial-politische Ausnahme in der Ukraine, da diese erst infolge des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1946 endgültig von der Sowjetunion übernommen und dem ukrainischen Staatsgebiet zugeschlagen wurden.<sup>372</sup> Eine der wichtigen territorialen Folgen der Kriegszeit war somit, dass die Gebiete des heutigen Ukrainischen Staates erstmals vereint wurden. Dadurch wurden die westukrainischen Gebiete zum ersten Mal zum Teil eines russisch dominierten Staates. Dies brachte erstmals eine Vereinigung der ukrainischen Bevölkerung mit sich.<sup>373</sup> Damit wurde eine bedeutende Diskrepanz auf dem gesamtukrainischen Gebiet geschaffen: Die östlichen Gebiete waren zum Teil bereits seit 250 Jahren unter russischer Herrschaft und hatten vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges bereits über 20 Jahre sowjetischer Herrschaft miterlebt.<sup>374</sup> Die westlichen Gebiete waren wiederum stark polnisch, österreichisch, rumänisch und litauisch sozialisiert und konnten am Ende der Sowjetunion „lediglich“ auf 45 Jahre der Sowjetherrschaft zurückblicken.<sup>375</sup> Nicht überraschend gab es hier erheblichen Widerstand gegen die sowjetische Führung, was der hiesigen Nationalbewegung den Ruf als Nazi-Kollaborateure einbrachte.<sup>376</sup> Die wichtigste Dissidenten-Organisation der Kriegszeit war die OUN, oder die Organisation

---

<sup>368</sup> Hildermeier, Manfred (1998): Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: Beck. S. 369 ff.

<sup>369</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 201.

<sup>370</sup> Ebd. S. 197-198.

<sup>371</sup> Ebd. S. 204-205.

<sup>372</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 3-4.

<sup>373</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.

<sup>374</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 3-4.

<sup>375</sup> Ebd. S. 4.

<sup>376</sup> Ebd.



Ukrainischer Nationalisten. Deren Anführer Stepan Bandera gilt bis heute als das Symbol für den ukrainischen Widerstandskampf und als Nazi-Kollaborateur, da es ihm gelang, am 30. Juni 1941, nur einige Tage nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, in Lemberg den unabhängigen Ukrainischen Staat zu proklamieren. Problematisch war das nur insofern, als Nazi-Deutschland an einer unabhängigen Ukraine kein Interesse hatte und die Rolle der Befreier, wie sie von den Unterstützern der OUN gesehen wurde, nicht zu erfüllen gedachte. Ganz im Gegenteil sollte nach Vorstellung der Nazi-Besatzer die bis November 1941 vollständig besetzte Ukraine wieder mal als Rohstoff- und Getreidelieferantin ausgebeutet werden, um später dort eine Kolonie zu errichten. Millionen Ukrainer kamen unter der deutschen Besatzung ums Leben, was bis heute mit Anschuldigungen gegenüber Bandera und der OUN verbunden ist.<sup>377</sup> Die sowjetischen Behörden gingen bereits nach der Rückeroberung der westukrainischen Gebiete ab dem Jahr 1943 gegen die als gefährlich geltende nationale Bewegungen in diesem Teil des Landes vor. Nach dem Krieg kam es zu „ethnischen Säuberungen“, infolge derer mehr als 800 000 Polen in westpolnische Gebiete umgesiedelt wurden und wiederum etwa 500 000 Ukrainer aus Polen in die Ukraine gebracht wurden. Gleichzeitig wurden etwa 200 000 Westukrainer nach Sibirien deportiert.<sup>378</sup> Die westukrainische Bevölkerung, die bereits durch frühere Repressionen, den Holocaust und den Krieg stark gelitten hatte, wurde durch die sowjetischen „Säuberungen“ zusätzlich „ausgedünnt“.<sup>379</sup> Tatsächlich überrascht es kaum, dass die ukrainische nationale Bewegung in diesem Teil des Landes Ende der 1980er Jahre wieder aufflammte. Aufgrund der historischen Sozialisation dieser Gebiete und ihrer politischen Entwicklung kommen sie in ihrer Einstellung einem national geprägten ukrainischen Staat viel näher, als die restlichen ukrainischen Gebiete, die weitaus länger unter russischer Herrschaft standen. Auch ihre Erfahrung mit der sowjetischen Herrschaft dauerte in etwa so lange, wie es im Baltikum der Fall war. Die teilweise fremdenfeindlichen Züge des ukrainischen Nationalismus der Westukraine sind vergleichbar mit den teilweise offen fremdenfeindlichen Parolen estnischer und lettischer nationaler Bewegungen der Übergangszeit.<sup>380</sup> Insofern ist die heutige politische Gesinnung dieser Region durchaus der baltischen ähnlich, jedoch grundlegend anders als die der östlichen Ukraine.

Die Bevölkerung der gesamten Ukraine hat während des Krieges und danach enorme Bevölkerungsverluste erlitten, die sowohl die Sowjets als auch die Nazis auf dem Gewissen hatten. Im Zweiten Weltkrieg fielen nach verschiedenen Schätzungen zwischen 6 und 9 Millionen Menschen, die gesamten Verluste der Schicksalsjahre 1930 bis 1944 bewegen sich zwischen 10 und 15 Millionen Menschenleben.<sup>381</sup> Die Bevölkerung ist während des Krieges um etwa 20% geschrumpft, wobei die meisten Opfer des Terrors und der Kriegstätigkeit ethnische Ukrainer waren.<sup>382</sup>

<sup>377</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 216-223.

<sup>378</sup> Ebd. S. 215-225.

<sup>379</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>380</sup> Auch Sebastian Klüsener nennt den ukrainischen Nationalismus der westukrainischen Region „teilweise fremdenfeindlich“ in ihren Zügen. Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>381</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 224-225.

<sup>382</sup> Hildermeier, Manfred (1998): Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. S. 369.

### 3. Historischer Hintergrund

#### 3.3.4 Der Weg der Ukraine durch die Sowjetzeit bis zum Zusammenfall des sowjetischen Systems

Die sowjetische Ideologie der Nachkriegszeit brachte vor allem eines: den russischen Sowjet-Nationalismus und die Rolle der Ukraine als „kleiner Bruder“, der Russland und den Russen gegenüber in „ewiger Dankbarkeit und Freundschaft“ verbunden war.<sup>383</sup> Unter Stalin wurde die Verherrlichung der Russen im sowjetischen Projekt auf die Spitze getrieben, was sie zunächst zur Titularnation der gesamten Sowjetunion erhob.<sup>384</sup> Die Rolle als Moskaus „Juniorpartner“ kam der Ukraine erst unter der Führung Nikita Chruschjows in den 1950er und 1960er Jahren zu.<sup>385</sup> Auf diese Zeit fällt eine „Tauwetter“-Periode, in der erstmals öffentlich von einer fortschreitenden Russifizierung und deren Auswirkungen auf die ukrainische Sprache berichtet wurde.<sup>386</sup> Die Politik der „korenizacija“ wurde daraufhin teilweise wieder eingeführt, was sich vor allem in der verbesserten Stellung der Ukrainer auf der politischen Bühne niederschlug. So hatten die zentralen Führungsorgane der KPU bis Mitte der 1960er Jahre 65% Ukrainer als Mitglieder, was zwar immer noch nicht dem Anteil der Bevölkerung entsprach, doch dafür sorgte, dass die Führungsorgane, darunter der Oberste Sowjet, erstmals überwiegend mit Einheimischen besetzt waren. Auf lokaler Ebene waren die Ukrainer sogar noch besser vertreten und machten schon Ende der 1950er Jahre fast 70% der Parteifunktionäre aus.<sup>387</sup> Ein Gesetz aus dem Jahr 1953 schrieb vor, dass der erste Sekretär der KPU nun ein Ukrainer sein musste, was davor stets von einem Russen ausgeführt wurde. In dieser relativ liberalen Phase unmittelbar nach Stalins Tod war sogar der zweite Sekretär der KPU ein Ukrainer, was den Ukrainern eine gewisse Sonderstellung in dem sowjetischen Staatsgebilde eingebracht hat. So sind viele Ukrainer in die zentralen Organe der KPdSU aufgerückt, ebenfalls innerhalb des gesamtsovietischen Staatsapparates.<sup>388</sup>

Der zweite Faktor, welcher für ein gewisses Maß an Ukrainisierung sorgte, war eine Reform der Schulpolitik. Demnach konnten Eltern fortan die Unterrichtssprache der Kinder durch gezielte Schulwahl bestimmen.<sup>389</sup> Russisch blieb in allen Teilrepubliken als Pflichtfach in den anderssprachigen Schulen erhalten, aber nicht mehr die jeweilige Sprache der Teilrepublik (z.B. Ukrainisch), in russischsprachigen Schulen. Ukrainischsprachige Schüler, die seit den 1920er Jahren Unterricht auf Ukrainisch erhalten hatten, mussten also weiterhin Russisch lernen, konnten aber auf ukrainischsprachige Schulen gehen.<sup>390</sup> Auch dies entpuppte sich jedoch als „verdeckte“ Form der Russifizierung, weil es den russischsprachigen Schülern nun offiziell erlaubt war, auf das Erlernen des Ukrainischen zu verzichten. Gleichzeitig mussten ukrainischsprachige Schüler weiterhin

---

<sup>383</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 226-228.

<sup>384</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>385</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 269-311, S. 277.

<sup>386</sup> Ebd. S. 278.

<sup>387</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 230-231.

<sup>388</sup> Ebd. S. 231-233.

<sup>389</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 277-279.

<sup>390</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 233-234.

Russisch lernen.<sup>391</sup> Durch die quasi-Aufwertung im Alltag hatte sich Russisch als „Sprache der Macht“ etabliert, während Ukrainisch als „Sprache der Kolchosen“ in das ländliche Metier verwiesen wurde.<sup>392</sup> Als Folge der Proteste in Bezug auf die Schulreform und der wieder belebten ukrainischen Nationalbewegung ereigneten sich Anfang der 1960er und 1970er Jahre ethnische „Säuberungen“, die den Anteil der Ukrainer an den Führungsgremien verringern ließen und die kulturellen Bewegungen dämpften.<sup>393</sup> Anstelle der „Annäherung“ und Verbrüderung – „sblizhenije“ – der Nachkriegszeit trat nun „slijanije“, oder „Verschmelzung“ zu einer großen sowjetischen Familie in den ideologischen Vordergrund. Erwartungsgemäß wurde die russische Sprache als Hauptinstrument dieser Politik verwendet, indem beispielsweise Russisch Ende der 1970er Jahre auch in Kindergärten verpflichtend wurde.<sup>394</sup> Allgemeinschulen, die ukrainischsprachigen Unterricht anboten, waren meist in ländlichen Gebieten zu finden, insgesamt kleiner als russischsprachige Schulen und auch schlechter ausgestattet.<sup>395</sup> Diese sprachpolitischen Eingriffe in die Bildung sorgten in der Ukraine für besonders gravierende Folgen. Erstens verstärkten sich die Unterschiede zwischen Ost- und West-Ukraine. Während in den westlichen Körperschaften selbst in den 1980er Jahren noch die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Kinder ukrainischen Schulunterricht besuchten, war der entsprechende Prozentsatz im Rest des Landes auf unter 50% gesunken.<sup>396</sup> Bei einem Anteil der Russen von 20% an der Gesamtbevölkerung bedeutete dies einen deutlichen Zuwachs an russischsprachigen Ukrainern.<sup>397</sup> Zweitens ereignete sich ein ähnliches sprachliches Gefälle zwischen Stadt und Land, indem die städtische Bevölkerung immer stärker sprachlich russifiziert wurde. Drittens wurden die Wissenschaft sowie die Medienlandschaft zum Russischen übergeführt: Hochschulunterricht und Publikationen wurden bis Ende der 1980er Jahre fast ausschließlich auf Russisch gehalten und veröffentlicht.<sup>398</sup> Bis in die 1980er Jahre war der Anteil ukrainischsprachiger Bücher an den Gesamtveröffentlichungen auf 24% gesunken. Rundfunk und Unterhaltungsindustrie zeichneten sich ebenfalls durch weitgehende Russischsprachigkeit aus.<sup>399</sup>

Die 1970er Jahre waren somit der Höhepunkt der „umgekehrten Assimilation“ in der Ukraine. Als schlimmste Folge der Nationalitätenpolitik erwies sich die Benachteiligung der ukrainischsprachigen Jugend beim sozialen Aufstieg.<sup>400</sup> Diese konkurrierte mit zugewanderten gut ausgebildeten Russen und deren Nachkommen.<sup>401</sup> Lediglich in der Westukraine und Kleinstädten neben ländlichen Gebieten war die Dominanz der russisch geprägten Sowjetkultur etwas kleiner.<sup>402</sup> Diese Art der „Provinzialität“ verstärkte allerdings das Image der ukrainischen Sprache als „Dorfsprache“ oder als Kommunikationsinstrument der „ukrainischen Nationalisten“ und erschwerte den sozialen Status der

<sup>391</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 279.

<sup>392</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>393</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 234-237.

<sup>394</sup> Ebd. S. 237-239.

<sup>395</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 288-289.

<sup>396</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 237-239.

<sup>397</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 288.

<sup>398</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 237-239.

<sup>399</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 289.

<sup>400</sup> Ebd. S. 282-283.

<sup>401</sup> Ebd. S. 282-283.

<sup>402</sup> Ebd. S. 289.

### 3. Historischer Hintergrund

Ukrainer in den Städten weiterhin. Wie Veronika Wendland schreibt, war Russisch die Sprache der Erfolgreichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.<sup>403</sup> Selbst die Nutzung der ukrainischen Sprache im Alltag konnte leicht auf Ablehnung stoßen: „Nu govoryte po chelovecheski!“ („Ну говорите по-человечески!“) oder „Reden Sie wie ein Mensch!“ war keine seltene Reaktion, wenn jemand im urbanen Alltag Ukrainisch sprach.<sup>404</sup> Dieser Statusverlust ging mit dem erwähnten Rückgang der ukrainischen Sprache in der Bildung einher.

Wie in allen Teilrepubliken der Sowjetunion wurde auch in der Ukraine bei den Volkszählungen sowohl die Nationalität als auch die erste und zweite Sprache erfragt. Die Antworten reflektierten damit die subjektive Auffassung der Personen bezüglich ihrer nationalen, ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeit. Die herbeigeführte gesellschaftliche Vorreiterrolle des Russischen führte dazu, dass zwischen 1959 und 1979 der Anteil derjenigen Ukrainer, die Ukrainisch als Muttersprache angaben, von 93,4% auf 89,1% gesunken ist.<sup>405</sup> In den 1980er Jahren nannten bereits nur zwischen 70% und 80% der Ukrainer Ukrainisch als ihre Muttersprache. Die Zahl der Letzteren stieg je weiter man sich in die westlichen Gebiete des Landes, Galizien oder Wolhynien bewegte, während in Donezk in den 1980er Jahren bereits etwa 40% der Ukrainer angaben, Russisch als Muttersprache zu sprechen.<sup>406</sup> Für die Ukrainer, die im Alltag verstärkt auf Russisch kommunizierten, beschränkte sich der Gebrauch des Ukrainischen häufig auf den Privatbereich. Auch Mischehen haben eher zur Russisch- als zur Ukrainischsprachigkeit in den Familien beigetragen.<sup>407</sup> Letztlich führten die 1970er Jahre zu einer Verfestigung einer sprachlich-kulturellen Zweiteilung der Ukraine, mit überwiegend ländlichen ukrainischsprachigen Gebieten im Zentrum und Westen auf der einen und stark industrialisierten und urbanisierten russischsprachigen Gebieten auf der anderen Seite.<sup>408</sup> Die Perestroika der 1980er Jahre war schließlich das Ventil, durch welches die unterdrückte ukrainische Nationalbewegung sich Gehör verschaffte, wobei der Westen des Landes hierbei die Vorreiterrolle übernahm.<sup>409</sup>

Im Laufe der Jahre hat sich trotz der Sowjetisierung und der „umgekehrten Assimilierung“ in die russisch-sowjetische Kultur eine ukrainische und ukrainischsprachige politische Elite herausgebildet.<sup>410</sup> Aufgrund der stärkeren Ausprägung der Russifizierung sowie der kontinuierlichen sprachlich-kulturellen Spaltung des Landes blieb die ukrainische Sprache in vielen Bereichen der russischen untergeordnet, was sich letztlich auch im nationalen Selbstverständnis der Ukrainer niederschlug. Die Urbanisierung und der soziale Aufstieg der Ukrainer erlaubte es, ihnen gegenüber den Russen im Lande eine Gegenbewegung zu etablieren. Anders als die baltischen Völker waren die Ukrainer durch die Russifizierung nicht etwa zahlenmäßig bedroht, wohl aber kulturell und sprachlich. Dies könnte aber auch dazu beigetragen haben, dass die Ukrainer im Laufe der Sowjetherrschaft aufhörten sich als „Chochly“ (in den russischsprachigen Gebieten)

---

<sup>403</sup> Ebd.

<sup>404</sup> Ebd.

<sup>405</sup> Ebd.

<sup>406</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 239-240.

<sup>407</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 289.

<sup>408</sup> Ebd.

<sup>409</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>410</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 289.

bzw. als „Huzuly“ (u.a.) (in den ukrainischsprachigen Gebieten) zu bezeichnen und ihr Selbstverständnis als „Ukrainer“ entdeckten.<sup>411</sup> Doch verglichen mit den Baltischen Staaten war die nationale Befreiung zumindest nicht der wichtigste Grund der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Vielmehr spielt hier die wirtschaftliche und politische Unsicherheit der gesamten Sowjetunion eine entscheidende Rolle, die zur Unabhängigkeit in der Ukraine beigetragen hat. Die ukrainische Nationalbewegung hat demnach nicht zum eindeutigen Ergebnis einer Staatsgründung geführt, schreibt auch Felix Schnell.<sup>412</sup>

### 3.3.5 Sozioökonomische Faktoren in der Sowjet-Ukraine

Die Ukraine wurde direkt nach der Etablierung der Sowjetmacht ökonomisch in die planwirtschaftliche Struktur der Union einbezogen. Die sozialen und wirtschaftlichen Zerstörungen des Bürgerkrieges wurden entsprechend der ideologischen Ausrichtung unter anderem zum Zwecke der Etablierung der bolschewistischen Herrschaft verwendet.<sup>413</sup> Nach dem Bürgerkrieg befand sich die Wirtschaft der Ukraine in einem katastrophalen Zustand. Von der Schwerindustrie waren noch 12% der Produktionsstätten einsatzfähig, die Kohleförderung umfasste noch 14% der Vorkriegszeit. Die Infrastruktur war größtenteils zerstört. Landwirtschaftliche Produktion hatte sich drastisch verringert, beispielsweise um das Dreißigfache bei der Produktion des Zuckers, einem der Hauptprodukte der Vorkriegszeit. Die Ernteerträge der ehemaligen „Kornkammer“ betragen gerade noch 25% der vorherigen Kapazität.<sup>414</sup> Während die Verluste in der Landwirtschaft mit der Kollektivierungs- und Entkulakisierungs-bedingten Schwächung des ukrainischen Bauerntums der 1930er Jahre einhergingen, wurden Industriestätte relativ schnell erneuert und die Produktion ausgedehnt.<sup>415</sup> Im Laufe der 1920er Jahre wurden Elektrizitätswerke errichtet, ebenfalls Betriebe in den Bereichen der Stahlverarbeitung, Maschinenbau, sowie Metallindustrie. Die Gebiete der großen Industrieprojekte waren im Osten, im Süden sowie den Gegenden entlang des Dnepr in der Zentralukraine angesiedelt.<sup>416</sup> Bereits im Jahr 1926 hatte die ukrainische Industrie 95% der Kapazitäten der Vorkriegszeit erreicht.<sup>417</sup> Gemäß dem Fünfjahresplans der Jahre 1929-1933 wurde ein Fünftel des sowjetischen Budgets in die Ukraine investiert, wodurch das Donbass-Gebiet zum größten Schwerindustrie-Produzent der gesamten Sowjetunion aufstieg.<sup>418</sup> Währenddessen schwächten die 1930er Jahre weiterhin den agrarisch geprägten Charakter der ukrainischen Wirtschaftsstruktur und zerstörten die über die Jahrhunderte entstandenen landwirtschaftlichen Netzwerke der einstigen

---

<sup>411</sup> Ebd.

<sup>412</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>413</sup> Sercyk, Wladyslaw A. (1993): Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. S. 204-205.

<sup>414</sup> Ebd. S. 206.

<sup>415</sup> Ebd. S. 203-204.

<sup>416</sup> Ebd. S. 210.

<sup>417</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 187-189; Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. S. 42.

<sup>418</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 197-198.

### 3. Historischer Hintergrund

„Kornkammer“. Die dadurch bedingten sozioökonomischen Verluste konnten auch in den folgenden Jahrzehnten nicht ausgeglichen werden. Während die sowjetische Führung verstärkt die strukturstarke östliche Gebiete förderte, blieb der Westen nach wie vor überwiegend ländlich, denn auch die österreich-ungarische Führung schenkte der ökonomischen Umstrukturierung dieser Gegend wenig Beachtung.<sup>419</sup> Städte blieben ein Fremdkörper im ukrainischen Bauernland.<sup>420</sup> Dies übertrug die städtisch-ländliche Spaltung weiterhin auf die sprachlich-kulturellen Muster. Demnach stand der russischsprachige Osten lange Zeit strukturell über dem ukrainischsprachigen Westen.<sup>421</sup> Zur Urbanisierung und einer ukrainischsprachigen und ethnisch ukrainischen Elitenbildung kam es erst im Rahmen des sowjetischen Nationsprojektes Ende der 1920er Jahre.<sup>422</sup>

Wie schon in den 1920er Jahren richteten die sowjetischen Behörden nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Augenmerk auf den Wiederaufbau der ukrainischen Industrie, die nur noch 19% ihrer Anlagen retten konnte. Diesmal wurden auch im Westen der Ukraine forcierte Industrialisierungsmaßnahmen durchgeführt.<sup>423</sup> Bereits infolge des Fünfjahresplans 1946-1950 konnte die Produktion von Kohle, Eisenerz und Stahl wieder aufgebaut werden.<sup>424</sup> Tatsächlich hat die Moskauer Zentralregierung in der Ukraine verstärkt auf Schwerindustrie gesetzt, wobei das Produktionsniveau nach sowjetischer Tradition alles bislang da Gewesene überflügeln sollte. Dies beinhaltete eine Industrialisierung im Osten und Westen der Ukraine bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion und des Lebensstandards der Bevölkerung.<sup>425</sup> Mitte der 1950er Jahre war die industrielle Produktion der Ukraine in manchen Branchen bereits führend innerhalb der Sowjetunion, was mit einer Verdreifachung der Arbeitskraft (von 1,2 auf 2,9 Millionen) in dieser Zeit einherging.<sup>426</sup> Während im Osten des Landes die einwandernden Russen industrielle und parteipolitische Posten vor den Ukrainern besetzten, hat sich in dem neu industrialisierten Westen um Lemberg herum eine überwiegend ukrainische Elite herausgebildet. Tatsächlich gehörte der industrielle Aufbau des ehemals armen polnischen Westens der Ukraine zu den positiven Seiten der sowjetischen Strukturpolitik der Nachkriegszeit. Durch die dortige relativ hohe Konzentration der Ukrainer blieb der Oppositionsgedanke in diesem Teil des Landes durchgehend stark, trotz der Repressionen der Nachkriegszeit und der ökonomisch bedingten Migration russischer Industriearbeiter und Parteieliten.<sup>427</sup> Dagegen befand sich die Landwirtschaft nach wie vor im Stillstand, in den Jahren 1946 und 1947 kam es zu einer erneuten Hungersnot in der ehemaligen „Kornkammer“. Mitte der 1950er Jahre konnten die landwirt-

---

<sup>419</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>420</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 151.

<sup>421</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>422</sup> Ebd. S. 13-14.

<sup>423</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>424</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 224-227.

<sup>425</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 273-274.

<sup>426</sup> Magocsi, Paul Robert (1996): A history of Ukraine. S. 645.

<sup>427</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 226-227; Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 274.

schaftlichen Produktionszahlen der Vorkriegszeit immer noch nicht erreicht werden, was das Rückgrat der traditionellen ukrainischen Landbevölkerung endgültig brach.<sup>428</sup>

Wie auch in anderen Ländern blieben Russen dominant in den Überwachungsorganen und der Industrie im Südosten, was sich beim Zerfall des Sowjetsystems deutlich zeigte. Immerhin trug die Ukrainisierung im Rahmen der „korenizacija“ der 1920er Jahre dazu bei, dass die Führungsorgane der KPU eine höhere Zahl ethnischer Ukrainer aufwies. Ebenfalls sorgten entsprechende Sprachkurse dafür, dass Parteikader die seit 1925 offizielle ukrainische Sprache erlernen mussten. Mitte der 1920er Jahre war etwa die Hälfte der Mitarbeiter im Verwaltungsapparat ethnische Ukrainer.<sup>429</sup> Von entscheidender Bedeutung war auch eine gewisse Ukrainisierung der überwiegend russischsprachigen Gebiete der Ostukraine in den 1920er Jahren. Der dortige Analphabetismus wurde mithilfe der ukrainischsprachigen Bildung bekämpft, wobei im Jahr 1926 etwa 50% der städtischen und 80% der ländlichen Schulen auf Ukrainisch unterrichteten.<sup>430</sup> Die Ukrainisierung und Urbanisierung führte auch dazu, dass solche ostukrainischen Städte wie Charkiw und Dnipropetrowks erstmals einen ukrainischen Bevölkerungsanteil von über 50% erhielten.<sup>431</sup> Diese Tendenzen wurden allerdings streng bewacht, in Befürchtung eines aufblühenden ukrainischen Nationalismus, was Ende der 1930er Jahre zu zunehmenden Repressionen führte. Während das Bauerntum bereits geschwächt war, wurde auch die ukrainische politische und industrielle Elite durch Moskautreue Kader ersetzt. So waren zwar formal Ukrainer an der Spitze, doch von einem nationalen ukrainischen Staat sowjetischer Prägung konnte wenig die Rede sein.<sup>432</sup> Die Weiterentwicklung dieser Tendenzen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits beschrieben.

In der relativ liberalen Phase der 1960er Jahre erlebte auch die Wirtschaft der Ukraine einen Aufschwung. Nach den kräftigen Investitionen der Nachkriegsjahre in Bergbau und Kraftwerke erlebten auch die traditionellen Branchen der Landwirtschaft eine Wiedergeburt: Die ukrainischen Bauern nutzten die Gelegenheit, um wieder eigenständig und für Eigenbedarf anbauen zu können. So belebte sich die Produktion des Getreides und von Zuckerrüben, was traditionell in der Ukraine angebaut wurde.<sup>433</sup> Allerdings konzentrierte sich die sowjetische Entwicklungspolitik erneut stärker an den östlichen Gebieten, während im ukrainischsprachigen Westen die Wirtschaftsstruktur nach wie vor schwach blieb.<sup>434</sup> Einerseits diese Benachteiligung und andererseits der zunehmende Lebensstandard führten dazu, dass sich die nationalen Bestrebungen der wiedererwachten ukrainischen Intelligenz nach mehr kultureller und nationaler Eigenständigkeit verstärkten.<sup>435</sup> Eine „Rebellion der Dichter“ im Jahr 1956 forderte die Verstärkung der Stellung der ukrainischen Sprache sowie die Rehabilitierung aller unter Stalin verhafteten Schriftsteller.<sup>436</sup>

<sup>428</sup> Magocsi, Paul Robert (1996): A history of Ukraine. S. 645; Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 274.

<sup>429</sup> Sercyk, Wladyslaw A. (1993): Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. S. 208.

<sup>430</sup> Ebd. S. 208-209.

<sup>431</sup> Ebd. S. 209.

<sup>432</sup> Ebd. S. 212-213.

<sup>433</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 233.

<sup>434</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 13.

<sup>435</sup> Ebd.

<sup>436</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 233.



### 3. Historischer Hintergrund

#### 3.3.6 Stadt-Land-Verteilung und die nationale Zugehörigkeit der ukrainischen Bevölkerung

Wie auch im Baltikum veränderte sich im Zuge der Sowjetherrschaft Stadt-Land-Verteilung der ukrainischen Bevölkerung. Die traditionelle Verteilung zeigte im Jahr 1926 noch mit 80% der gesamten Bevölkerung die überwiegende Besiedlung der Dörfer. Bis 1939 lebten noch etwa 68% der ukrainischen Gesamtbevölkerung auf dem Land. Im Jahr 1959 wohnten nur noch 54% der Bevölkerung auf dem Land, während 45% der Bevölkerung in Städten lebten. Lediglich 10 Jahre später hatte sich das Verhältnis umgekehrt, so dass bis 1970 nunmehr 45% der Bevölkerung auf dem Land und 54% der Bevölkerung in Städten zu finden war. Bis 1989 hatte sich der Anteil der Stadtbevölkerung sogar auf 68% erhöht.<sup>437</sup> Die nationale Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land zeigte stets, dass der Zuwachs der städtischen Bevölkerung infolge der Zuwanderung von Russen und Ukrainern zustande kam, während die ländliche Bevölkerung überwiegend ethnisch ukrainisch blieb. So zeigten Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 2001, dass 73% der gesamten städtischen Bevölkerung Ukrainer und 22% der Städtischen Bevölkerung Russen waren. Gleichzeitig lebten aber 87% der ukrainischen Russen in Städten, während von der gesamten ländlichen Bevölkerung der gleiche Prozentsatz von 87% ethnische Ukrainer waren.<sup>438</sup>

#### 3.3.7 National-sprachliche Zusammensetzung der ukrainischen Bevölkerung in Zahlen

In der Ukraine, anders als im Baltikum, sind bei der Darstellung der ethnischen Zusammensetzung in der Regel ethnische Russen und nicht zusätzlich russischsprachige Ukrainer, Weißrussen oder andere Nationalitäten berücksichtigt. Der Anteil der Russischsprachigen an der ukrainischen Bevölkerung kann durch die Angaben zur Sprache dargestellt werden, darunter die Angaben zur Muttersprache oder zur ersten Kommunikationssprache. Hierunter fallen auch viele Ukrainer, die Russisch als ihre Muttersprache nennen, oder Ukrainisch als Muttersprache sehen, im Alltag allerdings Russisch verwenden. Insofern muss hier, anders als im Baltikum, auch die Gruppe Ukrainer als „russischsprachig“, aber eben nicht ethnisch russisch berücksichtigt werden. Den größten Anteil der russischen Bevölkerung wies nach dem Anschluss an die Ukraine im Jahr

---

<sup>437</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Statistischen Amtes in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Графічний матеріал, 2003-2004 „Національний склад населення України по даним переписів населення 1959-2001“ und „Динаміка численності наявного населення України по даним переписів населення.“ [http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality\\_population](http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality_population) (Abgerufen am 10.04.2014).

<sup>438</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Statistischen Amtes in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Розподілення населення по національності і рідному мові. Abgerufen am 23.02.2014).



1954 die Krim auf: Infolge der Jahre des sozialistischen Aufbaus, der Deportationen und der Kriegstätigkeit waren im Jahr 2001 über 60% der Bevölkerung Russen.<sup>439</sup>

Die Volkszählungen der Jahre 1959 bis 1989 in der Ukrainischen Sowjetrepublik zeigen, dass sich der Anteil der Russen im Land vor allem während der Zeit 1960 bis 1980 von 16,9% auf 22% erhöht hat. Die absolute Zahl stieg dabei von 7 090 813 Personen im Jahr 1959 auf 10 471 602 Personen im Jahr 1979.<sup>440</sup> Der Anteil der Ukrainer fiel in derselben Zeit von 76,8% im Jahr 1959 auf 73,5% im Jahr 1979. Bis zur letzten sowjetischen Volkszählung im Jahr 1989 ist dieser Anteil sogar noch weiter gesunken – auf 72,7% der Gesamtbevölkerung.<sup>441</sup> Die Russen hatten bis zu dem Zeitpunkt den Anteil von 22% der Gesamtbevölkerung erreicht, was 11 355 582 Personen ausmachte. Dieser Anteil ist in den ersten 20 Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion um fast 5% gesunken. Laut der Statistik aus der bis heute letzten Volkszählung aus dem Jahr 2001 machten Russen mit 8 334 141 Personen noch 17,2% der ukrainischen Gesamtbevölkerung aus. Der Anteil der Ukrainer an der Gesamtbevölkerung ist entsprechend um fast 5% gestiegen, diese haben laut den Ergebnissen von 2001 77,8% der Bevölkerung ausgemacht (37 541 693 Personen), was beinahe das Nachkriegsniveau bedeutet.<sup>442</sup> Obwohl nach dem Ende der Sowjetherrschaft in der Ukraine, ähnlich wie im Baltikum, eine große Migrationsbewegung stattfand – schätzungsweise sind insgesamt etwa 2 Millionen ein- und 2,2 Millionen ausgewandert –, hat sich die ethnische Zusammensetzung zwischen 1989 und 2001 nicht so stark verändert wie es z.B. in Estland der Fall war.<sup>443</sup> Vermutlich liegt dies verstärkt in der kulturellen und national-sprachlichen Sozialisation sowie der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft begründet.

Auch die ukrainischen Regionen unterscheiden sich teilweise deutlich in ihrer demographischen Entwicklung und national-sprachlichen Zusammensetzung. In der Westukraine lebten Anfang der 2000er Jahre etwa 20% der gesamten ukrainischen Bevölkerung. Dabei war die demographische Entwicklung dieser Region im Laufe der Jahre fast ausgeglichen, anders als in anderen Teilen des Landes, aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Geburtenrate und einer höheren Lebenserwartung. Die ethnische Zusammensetzung ist historisch bedingt überwiegend ethnisch ukrainisch, ukrainischsprachig und national-ukrainisch gestimmt.<sup>444</sup> Der Osten und der Süden der Ukraine zeigen eine etwas andere demographische Entwicklung: Mit 32% der Gesamtbevölkerung (15 Millionen) ist der Osten das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Gebiet der Ukraine. Ebenso weist dieser Teil der Ukraine eine sehr hohe Urbanisierung auf, was

<sup>439</sup> Malynowska, Olena (2006): Caught Between East and West, Ukraine Struggles with Its Migration Policy. Migration Information Source, January 1, 2006. <http://www.migrationpolicy.org/article/caught-between-east-and-west-ukraine-struggles-its-migration-policy> (Abgerufen am 15.02.2012).

<sup>440</sup> Daten vom Statistischen Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): „Национальный состав населения Украины по данным переписей населения 1959-2001“, Графический материал, 2003-2004.

<sup>441</sup> Daten vom Statistischen Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Графический материал, 2003-2004 „Национальный состав населения Украины по данным переписей населения 1959-2001“.

<sup>442</sup> Daten vom Statistischen Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.

<sup>443</sup> Malynowska, Olena (2006): Caught Between East and West, Ukraine Struggles with Its Migration Policy.

<sup>444</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 3-4.

### 3. Historischer Hintergrund

zum Großteil auf die hohe Industrialisierung zurückzuführen ist.<sup>445</sup> Gleichzeitig leben hier die meisten Russen und russischsprachigen Ukrainer, was sich deutlich in der Gesinnung der hiesigen Bevölkerung gegenüber Russland und der Ukrainisierung niederschlägt.<sup>446</sup> Der Süden der Ukraine, mit Ausnahme der Krim, ist in dieser Hinsicht etwas differenzierter und in ihrer Gesinnung näher zur Zentralukraine: Die 7 Millionen Einwohner verzeichnen, ebenso wie die zentralukrainischen Gebiete, einen relativ hohen Bevölkerungsrückgang, obwohl dieser nicht so hoch ist wie im Osten des Landes.<sup>447</sup> Allein die Hauptstadt Kiew zeigte einen Zuwachs der städtischen Bevölkerung nach der Wende Anfang der 1990er Jahre. Der Anteil der Russen an der Bevölkerung, je weiter man sich von Donezk (etwa 40% Russen) in Richtung Lwiw bewegt (etwa 9% Russen).<sup>448</sup> Daraus ergibt sich die starke Regionalisierung der heutigen Ukraine, die später ausführlich diskutiert wird.

---

<sup>445</sup> Ebd. S. 4.

<sup>446</sup> Ebd. S. 4-5.

<sup>447</sup> Ebd.

<sup>448</sup> Daten vom Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.

# 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

## 4.1 Grundzüge des Systemwechsels im Baltikum

Im Vorfeld des Systemwechsels waren Volksbewegungen bereits seit Mitte der 1970er Jahre im Gange. Im Jahr 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki, im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, von der Sowjetunion unterzeichnet. Dies nahmen viele Dissidenten der Baltischen Staaten zum Anlass, für mehr Rechte innerhalb der Sowjetunion einzustehen sowie gegen die sowjetische Okkupation der Baltischen Staaten öffentlich vorzugehen. In allen drei Ländern wurden „Helsinki Groups“ geformt, die die Umsetzung der Beschlüsse von Helsinki öffentlich dokumentierten. Die Gruppen teilten Informationen mit ausländischen Journalisten, die im Baltikum akkreditiert waren. Das Ziel der Dissidenten war an erster Stelle die Wiederherstellung der Souveränität der Staaten mit einer gewissen nationalistischen Prämisse im Staatsaufbau. Einige radikale Dissidentengruppen vertraten die Meinung, dass Russen gegenüber den baltischen Nationen des sogenannten „baltischen Genozids“ schuldig geworden waren. Eine Reihe von Büchern, Artikeln und weiteren Publikationen erschien während der 1970er und 1980er Jahre, die das Thema des „russischen“ Verbrechens gegenüber der Baltischen Staaten zum Gegenstand haben<sup>449</sup>

In allen drei baltischen Staaten lief der Systemwechsel in ähnlichen Schritten ab. In Estland sowie in Lettland war die wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie der Zerfall der altkommunistischen Partei und die Herausbildung der neuen Regierung aus den ehemaligen Volksfrontorganisationen und den dadurch entstandenen Parteienpluralismus.<sup>450</sup> Den Mitgliedern der oppositionellen Bewegungen wurden, als Gegenleistung für die Kooperation, bestimmte politische Schlüsselpositionen zugesprochen. In Litauen war die Mächtekonstellation etwas anders, dort fiel die ehemalige kommunistische Partei bereits dem beim Regimewechsel auseinander und der nationalkommunistische Flügel unter Führung von Algirdas Brazauskas spaltete sich ab. Dies hatte zur Folge, dass die Konfrontation mit der sowjetischen Regierung schärfer verlief als in Estland und Lettland.<sup>451</sup> Die Übergangsphasen in Lettland und Estland waren

---

<sup>449</sup> Vgl. hierzu: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 51-53.

<sup>450</sup> Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. S. 361-367.

<sup>451</sup> Ebd. S. 364-365; Tauber, Joachim (2002): Litauen. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 110-138, S.111.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

dadurch charakterisiert, dass die neuen, unabhängigen Herrschaftsstrukturen parallel mit den alten sowjetischen existierten und agierten. So wurden in den Ländern im Jahr 1990 sogenannte baltische Kongresse gewählt, die zwar keine legislative Macht innehatten, aber als erste Repräsentativorgane der titularen Bevölkerung große Unterstützung genossen. Die Kongresse in Estland und Lettland agierten als unterstützende und beratende Gremien zu den damals offiziellen Parlamenten, den Obersten Sowjets.<sup>452</sup> Vorausgegangen war in Estland die Bildung der sogenannten national-radikalen Bürgerkomitees, welche eine inoffizielle Registrierung der Staatsbürger und deren Nachkommen vorgenommen hatten und somit die Idee der Kontinuität der unabhängigen Staaten auf ethnisch-nationaler Basis forcierten. Dementsprechend bei den baltischen Kongressen mehr oder minder radikale Forderungen estnisch- bzw. lettisch-nationaler Natur auf der Tagesordnung, was sich in vielerlei Hinsicht auf die Entscheidungen der Obersten Sowjets auswirkte.

Die Transformation von einem System ins andere verliefen in Lettland und Estland mittels einer Übergangsphase von den Unabhängigkeitsdeklarationen von 1989 bis zur Anerkennung seitens der Sowjetunion 1991.<sup>453</sup> In Litauen geschah dies bereits früher, als die Souveränität Litauens am 11. März 1990 von der neu gewählten Regierung ausgerufen wurde und Litauen seinen Namen veränderte und die Verfassung der SU für nichtig erklärte.<sup>454</sup> Nach blutigen Zwischenfällen in Vilnius und 1991 abgehaltenen Volksabstimmungen über die Unabhängigkeit folgten dann die Erklärungen der Unabhängigkeit am 20. August 1991 in Estland und einen Tag später, am 21. August, in Lettland. Seitens der Sowjetunion wurden die Unabhängigkeiten in Litauen am 19. Juli 1991, in Lettland am 24. August und Estland am 6. September anerkannt. Damit wurde die formale Phase des Zusammenfalls des autokratischen Regimes im Baltikum vollzogen.

Die Verfassungen wurden in den drei Ländern zwar rasch, aber ebenfalls nicht ganz identisch verabschiedet. In Estland wurde die Verfassung von der Estnischen Republik aus dem Jahr 1922 mit den Prinzipien der bundesdeutschen Verfassung von 1949 abgestimmt und so die neue Verfassung durch ein Referendum am 28. Juni 1992 angenommen.<sup>455</sup> In Kraft getreten ist dieses am 3. Juli 1994. Lettland hat die Verfassung von 1922 wiedereingeführt, die die Staatsform jedoch auf eine parlamentarische Demokratie festlegte mit Einschränkungen für das Präsidentenamt.<sup>456</sup> In Litauen wurde die Ausarbeitung einer komplett neuen Verfassung schon seit 1988 fortgeführt, die dann am 25. November 1992 im Volksreferendum ratifiziert wurde.<sup>457</sup> In allen drei Verfassungen waren die Republikprinzipien, sowie Prinzipien der Gewaltenteilung, der Menschen-

---

<sup>452</sup> Smith, David J. (2002): Estonia: independence and European integration. in: Ders. (u.a.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S. 54-56; Henning, Detlef (2002): Lettland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 86-109, S. 88.

<sup>453</sup> Pabriks, Artis/Purs, Aldis (2002): Latvia: the challenges of change. in: Smith, David J. (u.a.) (Hrsg.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S. 60.

<sup>454</sup> Lane, Thomas (2002): Lithuania Stepping Westward. in: Smith, David J. (u.a.) (Hrsg.): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung] S.111.

<sup>455</sup> Berg, Eiki (2002): Estland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. 63-86. S. 63-64.

<sup>456</sup> Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 212.

<sup>457</sup> Tauber, Joachim (2002): Litauen. S. 113.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

rechte, freier Wahlen und der Rechtsstaatlichkeit gewährleistet.<sup>458</sup> Die ersten freien Parlamentswahlen fanden in Estland am 20. September 1992 statt, in Lettland ist das entsprechende Datum der 5. bis 6. Juni 1993. In Litauen, als einem parlamentarisch-präsidentiellen System, sind in dem Zusammenhang zwei Daten wichtig: erstens die Parlamentswahlen vom 25. Oktober 1992 und zweitens die Präsidentschaftswahlen von Februar 1993, die der Parteivorsitzende der LDDP (Nachfolger der kommunistischen Partei Litauens) Algirdas Brazauskas gewinnen konnte.<sup>459</sup> Was die Minderheitenrechte betrifft, waren diese in den Problemfällen Estland und Lettland zwar formal durch die Verfassung gesichert, konkret wurde die rechtliche Lage der russischsprachigen Bevölkerung aber durch Gesetze geregelt.<sup>460</sup> Diese umfassten die Regelungen zur Staatsbürgerschaft, zur Sprache und zur rechtlichen Stellung der Ausländer, zu denen viele ehemalige russischsprachige Immigranten juristisch wurden. Im Folgenden sollen die entsprechenden Normen und die damit verbundene Problematik am Beispiel von Estland näher erläutert werden.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

### 4.2.1 Staatsgrenze

In Estland war die Frage der Staatsgrenze während des Transformationsprozesses unklar, da die 1920 festgeschriebene Grenze des damals unabhängigen Estlands einige Kilometer weiter östlich lag als die von Stalin 1944 bis 1945 festgelegte Grenze der Estnischen SSR. Die heutige Grenze verläuft entlang der aus Sowjetzeiten gebliebenen Linie. Weitere Grenzprobleme gab es zwischen den Nachbarstaaten Estland und Lettland.<sup>461</sup> Sonst hatten die drei baltischen Staaten untereinander keine ernststen territorialen Probleme, was auch maßgeblich zum Erfolg des Transformationsprozesses beigetragen hat.<sup>462</sup>

---

<sup>458</sup> Zusammengestellt aus: Berg, Eiki (2002): Estland. S. 64-65; Henning, Detlef (2002): Lettland. S. 91-92; Tauber, Joachim (2002): Litauen. 113-114. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation.

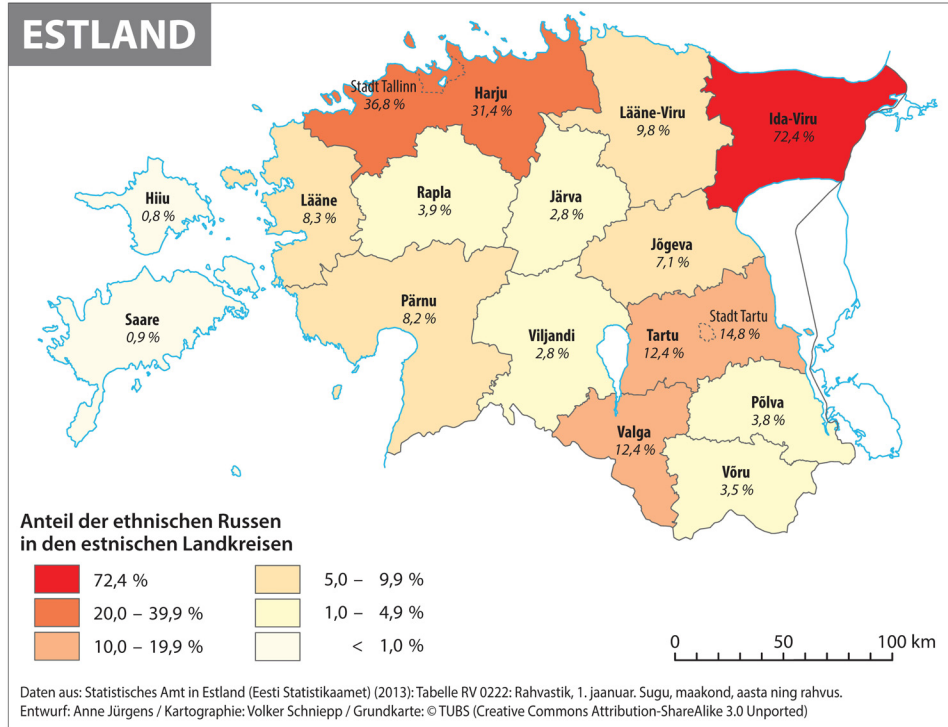
<sup>459</sup> Zusammengestellt aus: Lagespetz, Mikko/Maier, Konrad (2002): Das politische System Estlands. 79-122; Schmidt, Thomas (2002): Das politische System Lettlands. 123-171; Tauber, Joachim (2002): Das politische System Litauens. 171-208. in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske+Budrich.; Lane, Thomas (2002): Lithuania Stepping Westward. S. 142.

<sup>460</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): The consolidation of democracy in East-Central Europe (Bd. 1). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press. 334-374, S. 342-343.

<sup>461</sup> Berg, Eiki (2002): Estland. S. 63.

<sup>462</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

Karte 1. Estland: Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den Landkreisen.<sup>463</sup>



<sup>463</sup> Daten aus: Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © TUBS (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported).

## 4.2. Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

### 4.2.2 Formalia und Chronologie der Ereignisse

Entsprechend der Gewaltenteilung des Sowjetsystems wurde Estland bis zu den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 von der Kommunistischen Partei Estlands (EKP) mit der zugehörigen Parteileitung, dem Zentralen Komitee (ZK), regiert.<sup>464</sup> Aus den Mitgliedern der EKP wurde alle 4 bis 5 Jahre die Volksversammlung, der sogenannte Oberste Sowjet mit dessen Vorstand, dem Präsidium als dem entscheidungsfindenden Organ, gewählt. Das Präsidium verabschiedete Gesetze und Beschlüsse, die dem Obersten Sowjet zur Abstimmung vorgelegt wurden. Die exekutive Macht wurde durch den Rat der Minister ausgeübt. Damit wurde das Land von der Kommunistischen Partei Estlands regiert, die ihrerseits als territoriale Untereinheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) agierte. Im März 1990 wurde der letzte Oberste Sowjet, formal der Oberste Sowjet der Republik Estland, gewählt.<sup>465</sup> Mit dem Zusatz „der Republik Estland“ sollte der halbfreie Charakter dieses Gremiums unterstrichen werden. Ebenfalls im März 1990 kam ein anderes Organ hinzu, der bereits erwähnte Estnische Kongress. Zur Wahl stellten sich neu gebildete Parteikräfte, insgesamt 31 Parteien, darunter Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Altertumsgesellschaft (EMS), die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei (ERSP) und andere.<sup>466</sup> Allerdings wurden nur Staatsbürger von Estland, die ihre Staatsbürgerschaft in den Jahren 1918 bis 1940 erhielten und deren Nachkommen sowie diejenigen, die bereits im Vorfeld der Wahlen 1992 die estnische Staatsbürgerschaft beantragt hatten, zur Wahl zugelassen. Der Kongress bildete ein eigenes Regierungsorgan, das Estnische Komitee (Eesti Komitee), welches die Führung des Kongresses übernahm. Bis zu den ersten freien Parlamentswahlen im Sommer 1992 bildete der Oberste Sowjet mit dessen Präsidium und dem Rat der Minister die repräsentative Gewalt und die Regierung in Estland. Die Arbeit des Obersten Sowjet wurde vom Estnischen Kongress beratend unterstützt.

Formal kam es in mehreren Schritten zum Systemwechsel in Estland. Die wichtigsten Ereignisse fanden im Zeitraum von 1988 bis 1991, also innerhalb von 4 Jahren statt.<sup>467</sup>

- Wahlen zum XI. Obersten Sowjet am 24. Februar 1985. Zur Wahl waren Kandidaten der Kommunistischen Partei Estlands zugelassen.
- Im Jahr 1987 bis 1988 fand der „Phosphorkrieg“ statt, bei dem die Bevölkerung Estlands mittels Medien und öffentlichen Kundgebungen gegen die von der zentralen SU-Regierung geplanten neuen Phosphorminen protestierte.
- Am 15. August 1987 wurde die sogenannte „MRP-AEG“ gegründet. Diese Bürgerinitiative engagierte sich für die Veröffentlichung des Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes und die Beseitigung von dessen Folgen. Am 23. August 1987 fanden Kundgebungen zur Veröffentlichung des Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes im „Hirvepark“ in Tallinn statt. Dieses Ereignis wird als erste öffentliche oppositionelle Bewegung in Richtung der Unabhängigkeit bezeichnet.
- Am 26. September 1987 hat die Zeitung „Edasi“ das von den Jungpolitikern Siim Kallas, Edgar Savisaar, Tiit Made und Mikk Titma herausgearbeitete Programm zum „Unab-

<sup>464</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Kommunistlik Partei (Üb. d. A.).

<sup>465</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu (Üb. d. A.).

<sup>466</sup> Estnische Bezeichnung Eesti Muinsuskaitse Selts; Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei (Üb. d. A.).

<sup>467</sup> Die Zeittafel größtenteils entnommen aus: Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. Tartu: Ilmamaa, Tartu: Greif. S. 374-393.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

hängig Wirtschaftenden Estland“ (IME = Ise Majandav Eesti) veröffentlicht. Dieses Konzept wurde Grundlage der später formierten oppositionellen „Volksfront“.

- Am 2. Februar 1988 wurde erstmalig der Jahrestag des Friedens von Tartu, als bedeutendes Datum zur Beendigung des Unabhängigkeitskrieges mit Sowjetrußland im Jahr 1920, öffentlich, auch wenn nicht offiziell, gefeiert.
- Am 1. und 2. April 1988 wurde das gemeinsame Plenum der Kreativen Gewerkschaften abgehalten. Dabei wurden einige ideologischen Meilensteine gelegt, wie der Aufruf zum Schutz der estnischen Kultur und Sprache, der Wiedereinführung der nationalen Symbole und der Bewegung in Richtung der Unabhängigkeit.<sup>468</sup>
- Am 13. April 1988 hat Edgar Saviisaar die Idee zur Formation der oppositionellen Volksfront öffentlich formuliert. Am 30. April wurde die Deklaration zu deren Formierung in der Zeitung „Edasi“ veröffentlicht. Die Volksfront wurde auf dem Gründungskongress am 1. und 2. Oktober 1988 gegründet. Sie formierte sich aus dem liberalen Flügel der EKP und wurde zur wichtigsten oppositionellen Macht des Systemwechsels.
- Vom 10. bis 14. Juni 1988 wurden auf dem Tallinner Sängerpark nächtliche Sängerevents veranstaltet, bei denen von den Teilnehmern Volkslieder gesungen und nationale Symbole hochgehalten wurden. Diese Veranstaltungen gingen später unter dem Namen „Singende Revolution“ in die Geschichte ein.
- Am 16. Juni 1988 wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei in Estland, Karl Vaino, des Amtes enthoben und an seine Stelle trat der Reformler Vaino Väljas. Unter seiner Führung wurde eine Reihe Gesetze verabschiedet, die den Weg zur Unabhängigkeit geebnet haben.
- Am 23. Juni 1988 hat der Oberste Sowjet die blau-schwarz-weiße Fahne der ersten estnischen Republik zur Nationalfahne erklärt. Die Fahne der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) blieb als offizielle Staatsfahne erhalten.<sup>469</sup>
- Am 19. Juli 1988 wurde die Gegenbewegung zur Volksfront, die sogenannte „Interfront“ („Interliikumine“) zusammengerufen, die später zu „Interbewegung“ umbenannt wurde.<sup>470</sup> Diese Bewegung formierte sich aus dem pro-sowjetischen konservativen Flügel der EKP und wurde von der zentralen Regierung in Moskau unterstützt. Als Leitfigur der Bewegung galt Evgeni Kogan. Nach dem Sturmversuch des Parlamentsgebäudes in Tallinn am 15. Mai 1990 wurde die Interfront am 25. August 1991 verboten.
- Am 10. August 1988 wurde das geheime Protokoll des Hitler-Stalin-Paktes, wonach ost- und mitteleuropäische Staaten (darunter das Baltikum) in die Einflussphäre der Sowjetunion gelangen sollten, veröffentlicht. Dadurch wurde die Tatsache der Okkupation der Baltischen Staaten bestätigt.<sup>471</sup> Am 24. Dezember 1989 hat der Volkskongress der KPdSU das Geheimprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes für ungültig erklärt.

---

<sup>468</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 108.

<sup>469</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 379.

<sup>470</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti NSV Tõõtajate Internatsionaalne Liikumine; Russisch: Интердвижение, Интернациональное движение трудящихся Эстонской ССР; Estnische Bezeichnung: Interliikumine (Üb. d. A.).

<sup>471</sup> Besyemski, Lew: „Niemand kann uns überführen“. Der Spiegel 3/1991. S. 104-112.



## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

- Am 20. August 1988 wurde die Estnische Partei der Nationalen Unabhängigkeit (Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei (ERSP)) gegründet.
- Am 16. November 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet in Estland die Souveränitäts-Erklärung. Hiermit erklärte sich Estland zu einer souveränen Republik innerhalb der UdSSR, mit dem Obersten Sowjet als dem höchsten Staatsorgan.
- Am 18. Januar 1989 verabschiedete der Oberste Sowjet das Gesetz zur Staatssprache, mit dem Estnisch zur nationalen Staatssprache der Estnischen SSR erklärt wurde.<sup>472</sup>
- Am 17. Februar 1989 erklärte das Präsidium des Obersten Sowjets Estlands den 24. Februar zum Tag der Unabhängigkeit. Am darauf folgenden 24. Februar 1989 wurde erstmalig die blau-schwarz-weiße Fahne über Tallinn gehisst.
- Am 23. August 1989 fand die „Baltische Kette“ statt. Diese bildete eine Menschenkette durch alle Baltischen Staaten und wird als Symbol des Zusammenhaltes dieser Staaten betrachtet. „Balti Kett“ war eine Aktion von Balten für Balten. Kaum ein Russe bzw. russischsprachiger Bewohner des Baltikums war an der Menschenkette beteiligt, auch weil sie nicht in die oppositionelle Bewegung miteinbezogen wurden. Deswegen bleibt dieses Ereignis im historischen Kulturgut der Esten, Letten und Litauer fest verankert, ohne die russischsprachige baltische Bevölkerung zu betreffen.<sup>473</sup>
- Am 23. Februar 1990 hat der Oberste Sowjet der Estnischen SSR die politische Führungsrolle der Kommunistischen Partei aus der Verfassung gestrichen.
- Vom 24. Februar bis Anfang März 1990 fanden Wahlen zum Estnischen Kongress statt. Als leitende Idee diente die Errichtung eines Gremiums, das von estnischen Bürgern für estnische Bürger gewählt wurde.<sup>474</sup> Erstmals tagte das Gremium am 11. und 12. März 1990.<sup>475</sup> Die Mitgliederzahl betrug 499 Stimmberechtigte estnische Staatsbürger und 43 Antragsteller auf Staatsbürgerschaft, die sich als solche registriert hatten. Das Gremium hatte keine Gesetzgebungskompetenz. Um die Wahl durchführen zu können, waren etwa ab Mitte der 1980er Jahre Bürgerkomitees (EKK) errichtet worden. Die Initiative für die Gründung der EKK wurde von ERSP, EMS und der Christlichen Union geleitet.<sup>476</sup> Zur Wahl des Estnischen Kongresses wurden dementsprechend Bürger der Republik Estland, vom 24. Februar 1918 bis 17. Juni 1940, und deren Nachkommen, zugelassen. Es durften ebenfalls nur diejenigen Kandidaten gewählt werden, die diese Vorgaben erfüllten. Anfang des Jahres 1990 waren so etwa 600 000 Staatsbürger registriert, welche an den Wahlen zum Estnischen Kongress (Eesti Kongress) teilnehmen durften.<sup>477</sup> Es handelte sich um eine Direktwahl, ohne Parteizugehörigkeit oder Fraktionsbildung. Es durften auch diejenigen wählen, die zwar keine entsprechende Ab-

---

<sup>472</sup> Eesti Nõukogude Sotsialistliku Vabariigi Keeleseadus. § 1. ÜVT 89.6.60. Das Gesetz der Estnischen SSR zur Sprache (Üb. d. A.).

<sup>473</sup> ERR Uudised: „Ajaloomuuseum avab homme veebinäituse „Balti kett 25““ 18.08.2014. <http://kultuur.err.ee/v/varia/64bccc5e-a01b-4efe-a76e-e8ab3fb4465a> (Abgerufen am 30.10.2014).

<sup>474</sup> Smith, David J. (2002): Estonia: independence and European integration. S. 54-56.

<sup>475</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. Paper presented at the conference: „Multiculturalism and Democracy in Divided Societies“ March 17-18, 1999 Center for Multiculturalism and Educational Research, University of Haifa, Israel. [Erschienen auch in: Nations and Nationalism 8/4 (Oct. 2002), S. 505-529.] S. 8.

<sup>476</sup> Estnische Bezeichnungen: Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei; Eesti Muinsuskaitse Selts; Eesti Kristlik Liit (Üb. d. A.).

<sup>477</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 6-8. Estnische Bezeichnung für EKK: Eesti kodanike komiteed. (Üb. d. A.).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

stammung vorweisen konnten, aber einen Antrag auf estnische Staatsangehörigkeit gestellt hatten. Die Anträge konnten gleich bei der Registrierung als Wähler gestellt werden. Entsprechend gingen 557 613 Bürger und 34 345 Antragsteller zur Wahl.

- Am 18. März 1990 wurde der XII. Oberste Sowjet gewählt, der am 8. Mai 1990 zum Obersten Sowjet der Republik Estland umbenannt wurde. Die Anzahl der Abgeordneten wurde auf 105 reduziert, statt 285 während der Legislaturperiode 1985 bis 1990. Wahlberechtigt waren alle permanent in Estland lebenden Personen über 18 Jahre, darunter das sowjetische Militärpersonal. Insgesamt waren somit 1 164 603 estnische Sowjetbürger wahlberechtigt. Erstmals durften sich Kandidaten zur Wahl stellen, die nicht der Kommunistischen Partei Estlands angehörten. Als Ergebnis erhielt die Volkfront 45 Sitze und die Mitglieder der KP 27 Sitze. Weitere 4 Sitze waren für sowjetische Militärangehörige reserviert. Nähere Informationen zur genauen Zahl der Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit der Abgeordneten sind heute nicht zugänglich bzw. nicht eindeutig feststellbar.<sup>478</sup>
- Vom 29. März bis zum 3. April 1990 wurde die sowjetische Macht von dem Obersten Sowjet der Republik Estland für ungültig erklärt. Arnold Rüütel wurde als neuer Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets gewählt.
- Am 4. April wurde Edgar Savisaar vom Obersten Sowjet zum Vorsitzenden des Rates der Minister der Estnischen SSR gewählt, der vom 6. Dezember 1989 bis 8. Mai 1990 als Regierung der Estnischen SSR bezeichnet wurde.
- Am 8. Mai 1990 hat der Oberste Sowjet die Bezeichnung „Estnische SSR“ für ungültig erklärt und die Bezeichnung „Republik Estland“ (Eesti Vabariik) eingeführt. Somit war auch der Oberste Sowjet ab sofort der Oberste Sowjet der Republik Estland (Eesti Vabariigi Ülemnõukogu).
- Am 16. Mai 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet die Entscheidung zur Trennung der estnischen Staats- und Justizorgane von der sowjetischen Zentralführung.
- Das Gesetz zu Staatsfahne und Wappen wurde am 7. August 1990 verabschiedet. Gleichzeitig entschied der Oberste Sowjet, dass die Beziehungen zwischen Estland und der Sowjetunion fortan auf der Grundlage des Friedens von Tartu (2. Februar 1940) geregelt werden.
- Am 12. Januar 1991 wurde der „Vertrag über die Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen“ zwischen Russland (Russische Sozialistische Sowjetrepublik (RSFSR)) und Estland unterzeichnet. Ratifiziert wurde dieser von Estland am 15. Januar 1991 und von Russland am 26. Dezember 1991.
- Am 3. März 1991 wurde das Referendum zur Unabhängigkeit abgehalten. Abstimmen durften alle permanent in Estland lebenden Personen über 18 Jahre, außer dem Militärpersonal. Abstimmungsberechtigt waren 1 144 309 Personen, beteiligt haben sich 948 130 Personen (Beteiligung 82,86%). 737 964 Personen (77,83%) haben dafür gestimmt, 203 199 (21,43%) waren dagegen.<sup>479</sup>

---

<sup>478</sup> Die Recherche umfasste sowohl Archivquellen in Estland als auch die entsprechende Literatur. Vgl. Sikk, Allan (2010): Estonia. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos. 565-592, S. 587.

<sup>479</sup> Toomla, Jaan (1999): Valitud ja valitsenud. Tallinn: Eesti Rahvusraamatukogu. S. 113.

## 4.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse in Estland

- Am 20. August 1991 hat der Oberste Sowjet die Unabhängigkeit der Republik Estland mit einer absoluten Mehrheit von 69 Stimmen ausgerufen.<sup>480</sup> Davor haben Militärkräfte der in Estland stationierten Sowjetarmee den Fernsehturm in Tallinn besetzt.
- Am 26. Februar 1992 hat der Oberste Sowjet das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet. Dieses lehnte sich an das Gesetz aus dem Jahr 1938, wonach nur Bürger der Estnischen Republik zwischen 1918 und 1940 und deren Nachkommen ohne weitere Einschränkungen die Staatsbürgerschaft erlangten. Für alle anderen Bewohner Estlands, die nicht automatisch die Staatsbürgerschaft erlangen konnten, wurden mit dem Gesetz Anforderungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft geregelt.<sup>481</sup> Diejenigen, die sich als Wähler zum Estnischen Kongress registriert hatten, konnten bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft mit Sonderkonditionen rechnen. Noch vor den ersten freien Parlamentswahlen haben ca. 900 Personen von dieser Regelung Gebrauch gemacht.<sup>482</sup>
- Am 20. Juni 1992 löste Estnische Krone (EEK) den Rubel ab.
- Am 28. Juni 1992 wurde die Verfassung per Referendum verabschiedet. Teilnehmen durften Staatsbürger, die gemäß dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 26. Februar 1992 die Staatsangehörigkeit besaßen. Ebenfalls durften diejenigen teilnehmen, die die Staatsbürgerschaft von Estland seit dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes erlangt hatten.<sup>483</sup> Die Verfassung wurde vom gemeinsamen Ausschuss des Kongresses von Estland sowie des Obersten Sowjets ausgearbeitet.<sup>484</sup> Die *Constituante* bestand aus je 30 Mitgliedern.<sup>485</sup> Die Verfassung basierte auf dem entsprechenden Grundgesetz aus dem Jahr 1920 bzw. 1937.<sup>486</sup> In Kraft getreten ist die neue Verfassung am 3. Juli 1992.
- Am 9. Juli 1992 wurden Präsidentschaftswahlen ausgerufen, die zusammen mit den Parlamentswahlen am 20. September stattfinden sollten.<sup>487</sup> Die ersten Legislaturperioden wurden auf 3 Jahre für das Parlament und auf 4 Jahre für den Präsidenten festgelegt. Auch bei der Wahl des Präsidenten durften nur Staatsbürger teilnehmen.
- Am 20. September 1992 fanden erste freie Parlamentswahlen statt. Auch hier konnten nur Staatsbürger von Estland gemäß dem Gesetz vom 26. Februar 1992 teilnehmen. Wahlberechtigt waren 689 241 Personen, die Wahlbeteiligung lag bei 67,84%, was 467 628 Personen bedeutet.

---

<sup>480</sup> Ebd.

<sup>481</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 119.

<sup>482</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 75.

<sup>483</sup> Vgl. Berg, Eiki (2002): Estland. S. 63-64; Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

<sup>484</sup> Sikk, Allan (2010): Estonia. S. 566-567.

<sup>485</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 348-349.

<sup>486</sup> Schrader, Klaus/Laaser, Claus-Friedrich (1994): Die baltischen Staaten auf dem Weg nach Europa. Kieler Studien, Tübingen: J.C.B. Mohr. S. 21-22.

<sup>487</sup> RT 1992, 26, 350 Eesti Vabariigi Põhiseaduse rakendamise seadus. Das Gesetz zur Implementierung der Verfassung der Republik Estland (Üb. d. A.)

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

#### 4.3.1 Erste halbfreie Wahlen und das Kräfteverhältnis im Obersten Sowjet der Estnischen SSR

Vier Aspekte können dem im Jahr 1990 gewählten Obersten Sowjet der Republik Estland den Zusatz „halbfrei“ erlauben: erstens fanden die Wahlen in der damaligen Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik statt, die sich *de jure* noch innerhalb der Sowjetunion befand. Zweitens durften auch die Kandidaten der Kommunistischen Partei teilnehmen, obwohl diese als Repräsentation der Okkupationsmacht gelten konnten. Ihre Vorherrschaft wurde im Februar 1990 zwar aufgelöst, was im Grunde die Zulassung der oppositionellen Kräfte bedeutete, doch ihre Teilnahme war dennoch möglich. Drittens waren vier der 105 Sitze für sowjetische Militärangehörige reserviert. Natürlich hatte diese Einschränkung nicht das Ausmaß, dem zum Beispiel die Solidarność in Polen 1989 unterworfen war, die Wahlen können aus diesem Grund dennoch nicht als vollständig frei gelten. Schließlich durften alle permanent in Estland lebenden Personen, inklusive des sowjetischen Militärpersonals, zur Wahl gehen. Diese Tatsache wurde von estnischen Wissenschaftlern als eine Hürde dargestellt, trotz welcher es den oppositionellen Kräften gelang, einen Sieg zu erringen.<sup>488</sup> Entsprechend dieser Auffassung kann die Wahl daher ebenfalls als halbfrei gelten, obwohl es in Anbetracht demokratischer Prinzipien als eine korrekte Vorgehensweise bezeichnet werden kann, da alle Bewohner zum damaligen Zeitpunkt Staatsbürger und entsprechend wahlberechtigt waren.

Historische Beobachtungen verschiedener Autoren sowie statistische Daten zeigen, dass der Anteil der Esten in den Führungsorganen in den 1970er und 1980er Jahren zwischen 70% und 80% lag.<sup>489</sup> Etwa genauso hoch war der von der Kommunistischen Partei zugelassene Anteil der Esten im Obersten Sowjet der Estnischen SSR, und dem Zentralen Komitee. Unter den Mitgliedern des X. Obersten Sowjets (Legislaturperiode 1980-1985) waren 73,3% der Mitglieder estnischer Abstammung, der entsprechende Anteil des XI. Obersten Sowjets (Legislaturperiode 1985 bis 1990) belief sich auf etwa 70%.<sup>490</sup> Nach den ersten halbfreien Wahlen am 18. März 1990 waren 70,6% der Abgeordneten des Obersten Sowjets der Republik Estland ethnische Esten, weitere 22,7% der Kandidaten waren russischer Abstammung und 6,6% hatten eine andere Nationalität. Damit bestand das Gremium aus 81 estnischen Abgeordneten, 20 Russen und 4 Vertreter anderer Nationalitäten.<sup>491</sup> 73 der 105 Sitze erhielten die neu gebildeten oppositionellen

<sup>488</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990–29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 7.

<sup>489</sup> Vgl. Park, Andrus (1994): Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective. S. 74-75.

<sup>490</sup> Eesti NSV Ülemnõukogu XI koosseis: biograafiline lühiteatmik. Kirjastus „Eesti raamat“, 1985: Mitglieder des XI. Obersten Sowjets in Estland nach der Liste der Abgeordneten (Legislaturperiode 1985-1990). Nicht auszuschließen ist indes, dass einige Abgeordnete heiratsbedingt ihren Nachnamen geändert hatten bzw. aus ethnisch gemischten Familien stammten, so dass die ethnische Zugehörigkeit nicht eindeutig zu bestimmen ist.

<sup>491</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990–29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 9; 74.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Kräfte und 27 Sitze die alten Eliten. 4 Sitze waren, wie bereits erwähnt, für sowjetische Militärangehörige reserviert.<sup>492</sup> Unter den gewählten Mitgliedern des halbfreien Obersten Sowjets waren 44 Mitglieder des Estnischen Kongresses und weitere 22 Mitglieder des Estnischen Komitees.<sup>493</sup>

Im Gegensatz zum Estnischen Kongress, in dem die radikal gestimmten oppositionellen Kräfte mit ERSP die Oberhand behielten, wurde die eher moderat gestimmte Volksfront stärkste Kraft im halbfreien Obersten Sowjet.<sup>494</sup> Die genauen Parteizugehörigkeiten waren unübersichtlich, was die heutige Bestimmung der genauen Kräfteverhältnisse erschwerte.<sup>495</sup> Die neue Opposition war durch die Volksfront mit 45 Sitzen und weiteren Parteien wie der Estnischen Grünen Bewegung, der Union der Arbeitskollektive, der Landunion und Freies Estland (u.a.) repräsentiert.<sup>496</sup> Die EKP hatte 27 Sitze, was auch mit den vier Armeevertretern nicht für eine Mehrheit reichte. Die Opposition bildete in der Zeit zwischen 1990 und 1992 eine Mehrzahl an Abgeordnetengruppen und Fraktionen, die sich zum Teil zusammengeschlossen bzw. umbenannt hatten.<sup>497</sup> Konkret zur Frage der Staatsbürgerschaft und später zur Problematik staatenloser Personen wurden Arbeitsgruppen gegründet, die zur entsprechenden Gesetzgebung beitragen sollten. Zum Beispiel gehörte der Arbeitsgruppe zu Staatenlosen kein russischsprachiger Vertreter an und in der Kommission für Nationalbeziehungen sowie in der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft waren je zwei russischsprachige Mitglieder der Abgeordnetengruppe „Für gleiche Rechte“ (u.a.) vertreten.<sup>498</sup>

Entgegen der später in der estnischen Öffentlichkeit verbreiteten Meinung, dass die Anhängerschaft der EKP „ausschließlich“ aus der russischsprachigen Bevölkerung kam, wohingegen die estnischsprachige Bevölkerung „ausschließlich“ die oppositionellen Parteien unterstützte, waren die sprachlich-nationalen Grenzen der parteipolitischen Unterstützung in den Übergangsjahren weitaus diffuser. Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet wurde die Volksfront auch von vielen russischsprachigen Liberalen und Intellektuellen unterstützt.<sup>499</sup> Ebenso gab es unter der estnischsprachigen Bevölkerung Anhänger der „alten Ordnung“.<sup>500</sup> Allerdings waren die Letzteren Ende der 1980er Jahre vermutlich in der Minderheit, während viele russischsprachige Bewohner, vor allem in

<sup>492</sup> Toomla, Jaan (1999): Valitud ja valitsenud. S. 109-113.

<sup>493</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 75.

<sup>494</sup> Vgl. Hint, Mati (2009): Seestpoolt riigiks kasvamise taktika. in: Veetõusme, Ants (koostaja): Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008. Tartu: 20. Augusti Klubi, Tartu: Bookmill. S. 265.

<sup>495</sup> Sikk, Allan (2010): Estonia. S. 566; 587.

<sup>496</sup> Estnische Bezeichnung en: Rahvarinne, Eesti Roheline Liikumine, Töökollektiivide Liit, Maaliit, Vaba Eesti (Üb. d. A.).

<sup>497</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 113-114.

<sup>498</sup> Die Abgeordneten gehörten meistens mehreren Abgeordnetengruppen an. Estnische Bezeichnungen: Rahvussuhete komisjon; Saadikugrupp „Võrdsete õiguste eest“. (Üb. d. A.) aus: „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaateid. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 102-120.

<sup>499</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 381; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 109.

<sup>500</sup> Hint, Mati (2009): Seestpoolt riigiks kasvamise taktika. in: Veetõusme, Ants (Hrsg): Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008. Tartu: 20. Augusti Klubi/Bookmill S. 271; Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 381.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

den nordöstlichen Gegenden, auch noch bei den ersten halbfreien Wahlen die EKP unterstützten. Ein Schwarz-Weiß-Bild der Unterstützung nach nationaler Abstammung kann allerdings nicht die wahren Anhängerschaften abbilden, wie später von estnischer Seite häufig behauptet wurde.

In diesen Kontext passt die Aussage von Andrus Park, der behauptet, dass trotz der Mehrheit der Esten im Obersten Sowjet und der Kommunistischen Partei, die Führungspositionen stets von Russen oder russifizierten Esten übernommen wurden.<sup>501</sup> Die Kader-Politik gehörte in allen Sowjetrepubliken in der Tat zu den wichtigsten sowjetischen Strategien zur Loyalitätsgewinnung. So wurden die höheren Posten durch systemtreue Esten besetzt, um der Bevölkerung zu signalisieren, dass die Parteileitung aus den eigenen Reihen kommt.<sup>502</sup> Wenn man sich die vorhandenen Dokumente der Besetzung vom Zentralen Komitee der EKP, des Präsidiums des Obersten Sowjets, des Rates der Minister, sowie die Leitung des Obersten Sowjets ansieht, so fällt auf, dass die Führungspositionen überwiegend von Esten besetzt waren.<sup>503</sup> Auch die meisten Vorsitzenden der EKP waren entweder in Sowjetrussland aufgewachsen, oder hatten längere Zeit dort verbracht bzw. wurden dort geschult.

Ein Beispiel für die Umsetzung der sowjetischen Kader-Politik in Estland ist der Erste Sekretär der EKP (1950 bis 1978) und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets (1978 bis 1983), Johannes Käbin. Er galt gegenüber den Vorschriften aus Moskau bei der estnischen Bevölkerung als moderat und flexibel. Ein Gegenbeispiel dazu ist sein Nachfolger bei der EKP, Karl Vaino, Erster Sekretär der EKP in den Jahren 1978 bis 1988. Er war bei der Bevölkerung extrem unbeliebt, da er als Verfechter des Moskauer Regimes galt und es vermied, Estnisch zu sprechen. Seine Reden hielt er meistens auf Russisch.<sup>504</sup> Ein anderes Beispiel ist Arnold Rüütel, der in den Legislaturperioden 1983 bis 1990 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets agierte und Vorsitzender des Obersten Sowjets von 1990 bis 1992 war. Der seit 1969 in den höchsten Kreisen der EKP agierende Politiker war auch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in der höchsten Politik vertreten und war von 2001 bis 2006 der Präsident der Estnischen Republik. In diesem Zusammenhang darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Weg zu einer politischen Karriere im Sowjetsystem an der Kommunistischen Partei nicht vorbei führte. Viele der späteren Oppositionspolitiker im Baltikum hatten ihre Karriere in den entsprechenden Strukturen gestartet, was ihnen nach der Unabhängigkeit schnell vorgeworfen wurde.

Die nationale Abstammung der Entscheidungsträger neben ihren politischen Ansichten war somit bereits während der ersten halbfreien Wahlen 1990 von Bedeutung. Zeitgenossen erinnern sich, dass die Nationalität der Kandidaten vor den Wahlen zum

---

<sup>501</sup> Vgl. Park, Andrus (1994): *Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective*. S. 74-75.

<sup>502</sup> Vgl. Hiden, John/Salmon, Patrick (1995): *The Baltic nations and Europe: Estonia, Latvia and Lithuania in the twentieth century*. London: Longman. S. 139.

<sup>503</sup> Toomla, Jaan (1999): *Valitud ja valitsenud*; Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 250-257.

<sup>504</sup> Karl Vainoga kaasnenud muutused. 1978. *Histrodamus*. [http://www.histrodamus.ee/?event=Show\\_event&event\\_id=4359&layer=265&lang=est#4358](http://www.histrodamus.ee/?event=Show_event&event_id=4359&layer=265&lang=est#4358) (Abgerufen am 22.01.2014).

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Estnischen Kongress und dem XII. Obersten Sowjet zum Thema gemacht wurde.<sup>505</sup> Die Reduzierung der Kandidatenzahl auf 105 war für viele der damaligen Abgeordneten ein Grund, sich nicht mehr zur Wahl zu stellen. Dies lag nicht bei allen an mangelnder Unterstützung gegenüber der Idee der Unabhängigkeit, sondern an fehlender Unterstützung der eigenen Parteigenossen und der Bevölkerung bzw. der oppositionellen Öffentlichkeit. Dabei stand hinter den Ursprüngen der demokratischen Bewegung in Estland Ende der 1980er Jahre die Vorstellung einer antitotalitären, demokratischen, humanistischen, offenen und pluralistischen Gesellschaft. Diese Prinzipien hatten sich sowohl die alten Eliten der EKP als auch die neuen Kräfte der Volksfront auf die Fahnen geschrieben. Wie auch in anderen Sowjetrepubliken Ende der 1980er Jahre versuchte die Kommunistische Partei mit dem oppositionellen Geist mitzugehen, um an der Macht bleiben zu können.

#### 4.3.2 Erste halbfreie Exekutive und die nationale Frage in der Zeit von 1990 bis 1992

Die Exekutive nach den ersten halbfreien Wahlen bildeten zwei Übergangsregierungen: die Regierung von Edgar Savisaar, dem Vorsitzenden der Volksfront, vom 3. April 1990 bis 30. Januar 1992 und die Regierung von Tiit Vähi, dem Vorsitzenden der Estnischen Koalitionspartei vom 30. Januar 1992 bis 21. Oktober 1992.<sup>506</sup> Von den 22 Mitgliedern waren im Jahr 1990 zwei russischer Abstammung und bekleideten die Posten als Minister für Bau (Gennadi Golubkow) und als Minister für nationale Beziehungen (Artur Kuznetsov). In der zweiten Regierung ab 1992 waren keine russischsprachigen Minister mehr vertreten.<sup>507</sup> Was die russischsprachige Bevölkerung anbelangt, so beinhaltete das Regierungsprogramm der Volksfrontgeführten Regierung den Schutz der Kultur und Sprache der anderssprachigen Bevölkerung, und garantierte ihr die muttersprachige Bildung, Kulturautonomie und rechtlichen Schutz. Ebenfalls sollte die russischsprachige Bevölkerung in die Wirtschaftsreformen voll einbezogen werden und die Staatsbürgerschaft sollte nach Wunsch vergeben werden können.<sup>508</sup> Die Regierung der Koalitionspartei (Eesti Koondrakond) sprach der russischsprachigen Bevölkerung ebenfalls wirtschaftliche Rechte und Freiheiten zu, ließ aber auch die Möglichkeit der Repatriierung zu. Die Staatsbürgerschaft sollte jedem nach Wunsch und Eignung gewährt werden.<sup>509</sup>

---

<sup>505</sup> Die Details des Arbeitsalltags in Sowjet-Estland aus dem Interview mit Ludmilla Veskinäe, Leiterin der Textilfabriken „Baltika“ und „Lembitu“ in Tallinn in den 1960er und 1970er Jahren, Mitglied des Rates der Gewerkschaften in den 1970 bis 1980er Jahren, sowie Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets 1985-1990. Interview gehalten im März-April 2013.

<sup>506</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Koondrakond. (Üb. d. A.).

<sup>507</sup> „Eesti NSV/Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistika ja ülevaated. 29.03.1990-29.09.1992“ Riigikogu Kantselei, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 239-240.

<sup>508</sup> Vgl. Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm 1990. S. 8-10 .

<sup>509</sup> Vgl. Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm, 1992 (2). S. 15-16.



## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.3.3 Politische Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung zwischen 1990 und 1992

Während der Übergangsjahre 1989 bis 1992 formierten sich einige politische Bewegungen innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung, die entweder gegen die oppositionelle estnische Parteien auftraten oder aber einen Dialog mit ihr suchten. Ihre Repräsentation war relativ schwach, denn es gab nur eine gemischte bzw. geringe Anhängerschaft. Politischen Einfluss konnten nur wenige dieser Bewegungen ausüben.

Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung unterstützte die Mehrheit der estnischsprachigen Bevölkerung die oppositionellen Parteien jenseits des kommunistischen Blocks. Welche Kräfte die russischsprachige Bevölkerung Ende der 1980er Jahre unterstützt hat, ist umstritten, da verschiedene Autoren die Situation anders bewerten. Ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung, vor allem im Nordosten Estlands, unterstützte demnach die bereits genannte „Interfront“ oder „Interbewegung“, die offensiv die sowjetische Symbolik propagierte und für Estlands Verbleib in der Sowjetunion warb. Unterschiedlichen Angaben zufolge umfasste die Mitgliederzahl der Interfront 20 000 bis 100 000 Personen. Beispielsweise zeigt Dovile Budryte, dass die estnische Interfront-Bewegung ausschließlich von Nicht-Esten unterstützt wurde. Der Anteil der Unterstützer habe sich im Jahr 1989 auf 10,9% der nicht-estnischen Bevölkerung belaufen, so Budryte.<sup>510</sup> Diese Zahl ist irreführend, da selbst wenn 10,9% der Gesamtbevölkerung die Interfront unterstützten, keinesfalls von der Mehrheit der anderssprachigen Bevölkerung die Rede sein kann. Ebenso sind 10,9% der nicht-estnischen Bevölkerung kaum als die Mehrheit derselben zu bezeichnen.<sup>511</sup> Allerdings kann nicht bestritten werden, dass die Interfront die Meinung zumindest eines Teils der russischsprachigen Bevölkerung transportiert hat. Auch wurde die Interfront in erster Linie von ehemaligen konservativen Eliten der EKP, sowie von den Leitern der Industrierwerke im Nordosten Estlands vorangetrieben.<sup>512</sup>

Außer der Interfront behaupteten noch weitere parteiähnliche Vereinigungen von sich, für die russischsprachige Bevölkerung in Estland zu sprechen. Zum Beispiel der konservative Flügel der EKP, die sogenannte EKP-UdSSR oder der Vereinte Rat der Arbeitskollektive (OSTK war das entsprechende Akronym auf Russisch).<sup>513</sup> Der seit 1988 existierende OSTK agierte als Sprachrohr der sowjetischen Ideen und wurde zur Parallelorganisation der Interbewegung. Auch diese genoss allerdings nur die Unterstützung des ehemaligen Parteiapparats der EKP und der Industrievorsitzenden. Die OSTK versuchte Ende der 1980er Jahre an die politische Macht zu gelangen, doch ihre bedeutendste Aktion blieb die Organisation von Streiks in den sowjetischen Industrierwerken im Jahr 1989. Diese vertieften die ethnisch-nationale Zerrissenheit im Land.<sup>514</sup>

---

<sup>510</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 55.

<sup>511</sup> Ebd. S. 55.

<sup>512</sup> Vgl. Smith, Graham (1996): The ethnic democracy thesis and the citizenship question in Estonia and Latvia, *Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity* 24/2. 199-216, S. 204.

<sup>513</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 111-112.

<sup>514</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPU Kirjastus/Vali Press. 77-100, S. 82.



### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Im September des Jahres 1988 wurde die Union der Kriegs- und Arbeitsveteranen gegründet, welche die Interessen der zu dieser Kategorie gehörigen meist älteren Mitglieder der russischsprachigen Gemeinschaft vertrat.<sup>515</sup> Weitere Gruppierungen waren der Politklub „Referendum“, gegründet am 14. Oktober 1988, die Demokratische Partei, gegründet am 26. November 1989, die Russische Sozialdemokratische Partei, gegründet am 6. Januar 1990, die Vereinigung der Arbeitenden Frauen, gegründet am 4. März 1990 und die Russische Demokratische Bewegung in Estland (Eestimaa Vene Demokraatlik Liikumine (EVDL)), gegründet am 30. August 1991.<sup>516</sup> Letztere versuchte anschließend als eine Art Repräsentativorgan für die russischsprachige Bevölkerung in Estland zu agieren, welche ihre Interessen vertreten sollte, bis die Frage der Staatsbürgerschaften geklärt war.<sup>517</sup> Im Laufe der Zeit wurde die EVDL zu einer Dachorganisation für diverse russischsprachige politische Gruppierungen.<sup>518</sup>

Dass es auch unter der russischsprachigen Bevölkerung, Ende der 1980er Jahre Unterstützer der Demokratisierung gab, zeigt die Gründung der Estnischen Vereinigung der Nationen (Eestimaa Rahvuste Ühendus (ERÜ), damals noch Estnisches Forum der Nationen) im September 1988.<sup>519</sup> Daran haben 18 Vertreter der in Estland lebenden nationalen Gruppen teilgenommen, welche insgesamt etwa 200 000 Personen ausmachten.<sup>520</sup> Zur Leitidee wurde die freiwillige Unterstützung der estnischen Freiheitsbestrebungen durch Vertreter nationaler Minderheiten. Im Gegenzug sollte die Vereinigung die Interessen der Minderheiten vertreten.<sup>521</sup> In diesem Gremium übernahm die EVDL als Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung die Aufgabe des Dialogs mit der estnischen Seite. Die ERÜ wurde in der Folgezeit zu einer Plattform der politischen Stimme der russischsprachigen Bevölkerung, die neben der EVDL und deren Parteien agierte.<sup>522</sup>

Die EVDL formulierte in den Jahren 1992 bis 1994 programmatische Standpunkte, die zur Grundlage der späteren repräsentativen Parteien der russischsprachigen Bevölkerung, wie Estlands Vereinte Völkerpartei (EÜRP), wurden.<sup>523</sup> So gab die EVDL zu erkennen, dass Estland der einzige Ort sei, wo sich das estnische Volk mitsamt seiner Sprache, Kultur und Staatlichkeit entfalten könne. Die ERÜ fügte im Programm aus dem Jahr 1994 an, dass die Sorge des estnischen Volkes um die eigene Sprache und Kultur angesichts der Migrationspolitik der Sowjetzeit verständlich sei.<sup>524</sup> Die im Jahr 1994 als Nachfolgerin der EVDL formierte EÜRP formulierte ihre Definition des estnischen Nationalstaates ohne dabei ethnische Charakteristika zu verwenden. Alle ethnisch-

<sup>515</sup> Estnische Bezeichnung: ENSV Sõja- ja Tööveteranide Liit (Üb. d. A.).

<sup>516</sup> Estnische Bezeichnungen: Demokraatlik Partei, Vene Sotsiaaldemokraatlik Partei, Eestimaa Vene Demokraatlik Liikumine. (Üb. d. A.) Daten aus: Raitviir, Tiina (1996): Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine. Tallinn: Teaduste Akadeemia Kirjastus. S. 71-74; Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>517</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>518</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 83.

<sup>519</sup> Estnische Bezeichnungen: Eestimaa Rahvuste Foorum; Eestimaa Rahvuste Ühendus (Üb. d. A.).

<sup>520</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23-26. aprill 1990). o. S.

<sup>521</sup> Eestimaa Rahvuste Ühendus. Sissejuhatus. <http://www.nationalities.ee/EST/index.html> (Abgerufen am 20.01.2014).

<sup>522</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 84.

<sup>523</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Ühendatud Rahvapartei (Üb. d. A.).

<sup>524</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nationalen Gruppen sollten demnach ihre Kultur und Sprache fördern dürfen, so die EÜR. <sup>525</sup> So zielten die programmatischen Grundsätze dieser Partei auf die Schaffung eines auf bürgerlichen Freiheiten basierenden Staates, in dem die ethnische Zugehörigkeit keine Nachteile schafft. Sowohl EVDL als auch ERÜ haben die Auffassung vertreten, die Entstehungsgeschichte der russischsprachigen Bevölkerung in Estland sei vergleichbar mit Wirtschaftsmigration im Europa der Nachkriegszeit. Jegliche Form einer Repatriierung wäre daher rechtswidrig, so die Position dieser Parteien. <sup>526</sup> Entsprechend setzten sich die Kräfte für die sogenannte „Null-Option“ (oder gegen Nachweis der gesellschaftlichen Tauglichkeit, wie die ERÜ es formulierte) bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften ein. Die Null-Option wurde erstmals von der Volksfront vorgeschlagen und bezweckte die freiwillige Einbürgerung aller Antragsteller, ohne zusätzliche Anforderungen. <sup>527</sup> Erwartungsgemäß korrelierten nur sehr wenige dieser Punkte mit den Grundsätzen der meisten estnischen politischen Kräfte, die die Zugehörigkeit zur estnischen Nation bzw. die Staatsangehörigkeit als Grundlage des estnischen Staates sahen.

Ende 1992 haben sich die Vertreter der EVDL und einiger anderen Bewegungen zur Repräsentativen Versammlung zusammengetan. Diese Bewegung wollte sich zu einem Repräsentativorgan der russischsprachigen Bevölkerung etablieren, wurde aber später dafür kritisiert, dass sie sich zu sehr der estnischen Sicht auf die Staatsbürgerschaftsfrage hingegeben habe. <sup>528</sup> Diese Kritik kam hauptsächlich von der konservativen Russischen Gemeinde (Vene Kogodus), die sich ebenfalls Ende 1992 bzw. Anfang 1993 formiert hatte. <sup>529</sup> Insgesamt lässt sich aber sagen, dass die Versammlungen und Bewegungen der russischsprachigen Bevölkerung der Übergangszeit von den neuen estnischen Eliten nur wenig bis gar nicht beachtet wurden und deswegen wenig politisches Gewicht entwickelten. <sup>530</sup> Vorschläge zur inklusiven Form der Staatsbürgerschaft wurden allesamt überhört oder als Kollaboration mit Moskau ausgelegt. <sup>531</sup>

### 4.3.4 Die nationale Frage in der parteipolitischen Rhetorik der neuen estnischen Kräfte Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre

Im Laufe des Jahres 1990 haben sich die neuen politischen Kräfte in ihren Grundsätzen gefestigt. Die nationale Frage wurde von den meisten politischen Akteuren zu einer Angelegenheit erklärt, die zwar angegangen werden musste, zunächst jedoch kein bedeutendes gesellschaftliches Problem darstellte. <sup>532</sup>

---

<sup>525</sup> Vgl. Ebd. S. 86.

<sup>526</sup> Vgl. Ebd. S. 86-87.

<sup>527</sup> Ebd. S. 86.

<sup>528</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-146.

<sup>529</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 146.

<sup>530</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14.

<sup>531</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-147.

<sup>532</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 78-80.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

In der Volksfront mischte sich die Nationalitätenfrage bereits Ende der 1980er Jahre ins Programm. Der Aufruf des Volkskongresses der Volksfront im Jahr 1988 verurteilte die Idee der unkontrollierten Migration und der gezielten Vermischung der Nationalitäten. Die Titularnation dürfe nicht zu einer Minderheit im eigenen Land werden, so der Leitgedanke.<sup>533</sup> Von Bedeutung für die Nationalitätenfrage war auch die 1988 von den Kreativen Gewerkschaften (vgl. Chronik) formulierte Forderung nach dem Schutz der estnischen Kultur. Diese sollte unter anderem durch die Kontrolle der Migration von außen gewährleistet werden.<sup>534</sup> Klara Hallik schreibt, dass die Volksfront bereits im Jahr 1988 an die nicht-estnische Bevölkerung appelliert hat, die Bestrebungen der Esten nach der Eigenstaatlichkeit zu verstehen und zu akzeptieren, da diese für die Esten eine Frage des historischen Daseins seien.<sup>535</sup>

Öffentlich hat allerdings sowohl die Volksfront als auch der mehrheitlich konservative Estnische Kongress etwa bis 1990 ethnische Diskrepanzen gemieden. So hat die Volksfront 1988 erklärt, dass sie in den interkulturellen Beziehungen „humane und demokratische Prinzipien verfolgt, gegenseitiges Entgegenkommen, Respekt für die Muttersprache und kulturelle Besonderheiten fördert, sowie versucht die etwaigen Begegnungsschwierigkeiten zwischen verschiedenen Nationen zu beseitigen“.<sup>536</sup> Der Estnische Kongress verabschiedete am 12. März 1990 die Deklaration über die „auf dem Territorium der Estnischen Republik lebenden Bürger anderer Staaten“,<sup>537</sup> mit der Versprechung die Staatsbürgerschaft nicht von der nationalen Zugehörigkeit abhängig zu machen. Außerdem sollte keinerlei Zwang gegenüber den Bürgern anderer Staaten bei der Formation der Gesellschaft ausgeübt werden. In der Estnischen Republik gäbe es demnach keinen Platz für Diskriminierung auf nationaler Basis.<sup>538</sup>

Die aus der Volksfront heraus entstandene Sozialdemokratische Partei (ESDP) erklärte in ihrem Programm des Jahres 1990, dass zwischen Esten und Russen weder Hass noch soziale, politische oder ökonomische Ungleichheiten bestünden.<sup>539</sup> Die ethnische Lage sei die Folge der imperialistischen Kolonialpolitik und ein demokratisch regiertes Estland würde allen Bewohnern Estlands Sicherheit und Schutz garantieren. Außerdem versprach die Partei sich für die politische und kulturelle Organisation der nicht-estnischen Bevölkerung einzusetzen.<sup>540</sup> Ähnlich waren im Jahr 1990 die Stimmen der anderen gemäßigten politischen Kräfte. So proklamierte die ebenfalls aus der Volksfront entstandene Vereinigung EMKE (Estnische Land-Zentrums-Partei), dass alle in Estland lebenden Volksgruppen das Recht auf Kulturidentität, eigene Sprache und Kultur hätten.<sup>541</sup> Die EKP warnte ihrerseits erwartungsgemäß vor dem gezielten Schutz einer bestimmten ethnischen Gruppe, da

---

<sup>533</sup> Ebd. S. 78-79.

<sup>534</sup> Vgl. Ebd. S. 77-100.

<sup>535</sup> Ebd. S. 77-100.

<sup>536</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 79 (Üb. d. A.).

<sup>537</sup> Eesti Kongress: „Deklaratsioon Eesti Vabariigi maa-alal elavatest teiste riikide kodanikest“ in: Kiin, Sirje (2000): *Eesti Kongress. Nii nagu see oli./ Eesti Kongress siis ja praegu*. Tallinn: Eesti Vabariigi Riigikantselei.

<sup>538</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 80.

<sup>539</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (ESDP) (Üb. d. A.).

<sup>540</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 78-80.

<sup>541</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Maa-Keskerakond (ESDP) (Üb. d. A.), aus: Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 78-80.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

sich dies im Gegenzug zu einer nationalistischen Haltung gegenüber anderen ethnischen Gruppen entwickeln könnte.<sup>542</sup> Damit positionierten sich die Kommunisten als Repräsentanten bzw. Beschützer der Interessen der russischsprachigen Bevölkerung, was die auf Nationalität basierende politische Polarisierung der Gesellschaft vorantrieb.

Jedoch haben einige Parteien ihre programmatischen Ziele während der Übergangsperiode 1990 bis 1991 spezifiziert, so dass die zunehmenden Diskrepanzen in der nationalen Frage zum Vorschein kamen. Einerseits wurde die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung als Grundlage der problemfreien Koexistenz angesehen. Andererseits wurden die nationalen Interessen der Esten zum höchsten Gut des estnischen Staates erklärt, was andere Nationen in ihrer gesellschaftlichen Rolle in den Hintergrund stellte. Beispielsweise schrieb EMKE 1991 neben der Unterstützung der Integration der anderssprachigen Bevölkerung auch die Notwendigkeit der strengen Migrationskontrolle als Ziel in ihr Parteiprogramm. Der national-konservative Flügel der Opposition erklärte seinerseits die Nationalität zum höchsten Gut eines Volkes, womit in erster Linie die Esten gemeint waren, wollte aber gleichzeitig die Probleme der anderssprachigen Bevölkerung in Estland im Einklang mit internationalen Grundsätzen lösen.<sup>543</sup> Es schien, als wollten die neuen Kräfte simultan die nationale Grundlage des Unabhängigkeitskampfes betonen und Konflikte auf national-ethnischer Basis vermeiden. Zumindest solange der künftige Status Estlands im Verhältnis zur Sowjetunion unklar war, konnten die Parteien, so schien es, ihre ideologischen Grundsätze in der nationalen Frage nicht in vollem Umfang preisgeben.

Ab Herbst 1991 radikalisierten sich die Positionen der estnischen Parteien zunehmend. Der estnische Staat wurde nun immer öfter als eine ethnische Einheit definiert, der nur mittels einer ethnisch exklusiven Auffassung der Migrations- und Bevölkerungspolitik existieren konnte. Auch die Sprach- und in manchen Fällen auch Sozialpolitik wurden zum Gegenstand des ethnisch-national estnisch definierten Staates.<sup>544</sup> Für die Beschreibung der anderssprachigen Bevölkerung wurden zunehmend Begriffe wie „illegale Immigranten“, „Ausländer“ oder „Kolonisten“ verwendet.

Zu den Parteien, die eine solche Auffassung am stärksten vertreten haben, gehörten die bereits seit 1988 existierende konservative ERSP, die im Jahr 1991 gegründete Vaterland („Isamaa“), die sich aus konservativen und christlichen Kräften formiert hatte sowie die Estnische Koalitionspartei (Eesti Koonderakond).<sup>545</sup> Diese Parteien sahen die russischsprachige Bevölkerung Estlands nicht als eine ethnische Minderheit, sondern als eine Gruppe der „Andersstämmigen“ („muulased“, Üb. d. A.). Im Sprachgebrauch dieser Parteien figurierte oft die sogenannte „Repatriierung“, wonach die Migranten der Sowjetzeit vorzugsweise wieder zurück in ihre Heimatländer ziehen sollten. Diese Forderung der Rück-Migration bildete während der Jahre 1991 bis 1994 einen der Eckpfeiler der nationalen estnischen Interessen für die national gestimmten estnischen Parteien.<sup>546</sup>

---

<sup>542</sup> Ebd. S. 77-100.

<sup>543</sup> Vgl. Ebd. S. 80-81.

<sup>544</sup> Ebd. S. 86.

<sup>545</sup> Estnische Bezeichnung: „Isamaa“ („Vaterland“) (1991) bestehend aus: Eesti Kristlik Demokraatlik Erakond, Eesti Konservatiivne Rahvaerakond, Eesti Kristlik-Demokraatlik Liit, Vabariiklaste Koonderakond. (Üb. d. A.).

<sup>546</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

Die Estnische Koalitionspartei bezeichnete die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 1993 als Wirtschaftsmigranten. Das neue Parteiprogramm aus dem Jahr 1994 beinhaltete die Feststellung, dass die ethnische Komposition der estnischen Gesellschaft „bedrohlich“ sei. Insofern wurde die Repatriierung als beste Möglichkeit gesehen, die „bedrohlichen“ ethnischen Verhältnisse zu korrigieren. Dafür sollte der Staat finanzielle Mittel bereitstellen, so das Parteiprogramm.<sup>547</sup> Die Partei sprach sich jedoch auch dafür aus, dass durchweg loyalen Ausländern die Integration in die estnische Gesellschaft auf Wunsch erlaubt werden sollte.<sup>548</sup>

Die ERSF hatte im Sommer 1992 in ihrem Parteiprogramm erklärt, den ten“ könnte höchstens eine temporäre Aufenthaltserlaubnis in Estland gewährt werden. „Isamaa“ nahm sich mit seinem Wahlkampfprogramm des Jahres 1992 eine geplante „Rück-Migration und Dekolonisierung“ vor.<sup>549</sup> Für diejenigen, die nicht wegziehen wollten, sollten die Anforderungen für die Staatsbürgerschaft erschwert werden. Außerdem sollte eine jährliche Einbürgerungsquote lediglich bei 0,25% der rechtmäßigen Staatsbürger liegen.<sup>550</sup> Beispielsweise erklärte das Mitglied des „Isamaa“, Kaido Kama, im Jahr 1992: „Derjenige, der die estnische Sprache nicht spricht, kann die estnische Kultur nicht begreifen und lebt außerhalb Estlands Gesellschaft.“<sup>551</sup> Ein anderes Mitglied der Partei, Kalju Pöldvere, schlug vor, „mit der aktuellen Gesetzgebung eine Situation zu erzeugen, bei der die Kolonisten die Erde unter den Füßen zittern fühlen“.<sup>552</sup> Obwohl diese Äußerungen dem äußerst konservativen Flügel der Partei zugeschrieben werden können, geben sie dennoch die radikale Stimmung, die in den Übergangsjahren herrschte, eindrucksvoll wieder.

Während die Positionen der nationalistisch-konservativen estnischen Parteien in der nationalen Frage zunehmend radikaler wurden, blieb das Volksfront-Lager zunächst weiterhin gemäßigt. Allerdings schlichen sich auch hier ethnisch-national aufgeladene Bezeichnungen allmählich in die Rhetorik ein.<sup>553</sup> In ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 1992 orientierten sich die Sozialdemokraten (ESDP) zwar an dem Grundsatz, dass es in einem demokratischen Staat keine Differenzierung der Individuen auf ethnischer Basis geben könne. Bei wichtigen Entscheidungen sollten daher alle Bewohner und nicht nur Staatsbürger ein Mitspracherecht haben. Gleichzeitig wurde bezüglich der „Andersstämmigen“ aber betont, dass man diese Bevölkerungsgruppe zur Partizipation in der estnischen Gesellschaft „erziehen“ könnte.<sup>554</sup> Ähnlich wie die Koalitionspartei, plädierte die ESDP damit ebenfalls dafür, nur „loyalen“ Andersstämmigen das Recht auf Partizipation einzuräumen. Insofern waren die Grundsätze des gemäßigten Lagers in dem Fall zwar weniger auf ethnische Exklusivität bedacht, doch die „Loyalität“ der Andersstämmigen sollte auch in dieser Konzeption erst nachgewiesen werden. Anders als die konservativen Parteien, behandelte die ESDP die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung allerdings

---

<sup>547</sup> Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85.

<sup>548</sup> Ebd. S. 87.

<sup>549</sup> Vgl. Isamaa (1992): Valimisprogramm „Vaba Maa“. S. 7.

<sup>550</sup> Vgl. Ebd.

<sup>551</sup> Vgl. Ebd.

<sup>552</sup> Eigene Übersetzung nach: Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 113-114.

<sup>553</sup> Vgl. Ebd. S. 114-115.

<sup>554</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 85-86.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nicht als beste Lösung für die demographische Lage in Estland. Als einzige Kraft sah sie in dieser die Gefahr einer autokratischen und ethnisch exklusiven Herrschaftsstruktur. Die ESDP plädierte für eine kontrollierte kulturelle und gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung. Konkrete Maßnahmen wurden allerdings nicht genannt.<sup>555</sup> Als weitere Kräfte des Volksfront-Lagers haben die im Oktober 1991 gegründete Estnische Zentrumsparterie und die bis 1996 eigenständig existierende Land-Zentrumsparterie (EMKE) sich für den Schutz der Kultur und der Rechte der anderssprachigen Bevölkerung ausgesprochen. Die Zentrumsparterie forderte außerdem deren Repräsentation durch entsprechende Organisationen.<sup>556</sup>

Konkrete Themen, die in den Diskussionen und den Programmen zum Vorschein kamen, waren hauptsächlich mit Regelungen zur Staatsbürgerschaft und zur Sprache verbunden. Während die Volksfront anfangs noch auf die „Null-Option“ pochte, wurde diese zunehmend zugunsten eines „Loyalitätsnachweises“ in Form einer Staatsbürgerschaftsprüfung aufgegeben, die von allen Parteien gefordert wurde. Was die Regelungen zur Sprache anbelangt, so waren sich alle Parteien mehr oder weniger einig, dass Estnisch im Schulsystem fest verankert werden sollte.<sup>557</sup> Dabei war allen Parteien klar, dass es keinen radikalen sprachlichen Umbau der russischsprachigen Schulen geben konnte. Daher wurde die Möglichkeit der muttersprachlichen Bildung in den meisten Parteiprogrammen nicht abgelehnt. Details wurden nur wenig konkretisiert, so dass dieser Bereich anfangs mehr oder weniger sich selbst überlassen wurde.<sup>558</sup>

Obwohl es scheint, als hätten die national-radikalen und die gemäßigten Kräfte während der Übergangsjahre für den gegenseitigen Ausgleich in der nationalen Frage gesorgt, kippte die Stimmung immer weiter in eine national-radikale Richtung. So hat das Mitglied von „Isamaa“, Kalju Põldvere, im Jahr 1992 formuliert: „interne Feinde sind diejenigen, die es versuchen dem äußeren Feind zu helfen [...] und die Unterstützung der Kolonisten hier in Estland ist eine ihrer Aktivitäten.“<sup>559</sup> Ähnliche Aussagen sorgten für eine gewisse Radikalisierung der Wähler und der Öffentlichkeit, was somit ein „spill-over“ der ethnisch-national begründeten Rhetorik von der politischen auf die gesellschaftliche Ebene erzeugte. Die Radikalisierung der Stimmung überließ die politische Bühne den eher national-konservativen Parteien „Isamaa“, ERSP und „Möödukad“, welche die Volksfront als Mehrheitskraft ablösten. Peet Kask schrieb 1994, dass seit dem Paradigmenwechsel zwischen 1991 und 1992 die liberalen Kräfte, solche wie die Zentrumsparterie oder die Sozialdemokraten, beim Aufkommen der „Russischen Frage“ ihre Stimme fortan verdeckt hielten.<sup>560</sup>

Die politische Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung wurde in dem ersten halbfreien Gremium somit zwar schwach von der EKP und der Volksfront übernommen, doch in Wahrheit stand die russischsprachige Bevölkerung ab 1990 ohne echte Re-

---

<sup>555</sup> Ebd. S. 87-88.

<sup>556</sup> Ebd. S. 89-90; Estnische Bezeichnungen: Eesti Keskerakond. Zusammenschluss EMKE und ESDP zur Partei „Möödukad“ („Moderaten“, Üb. d. A.) im Jahr 1996.

<sup>557</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

<sup>558</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 89-91.

<sup>559</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 114-115. Estnische Bezeichnung: Eesti Keskerakond (Üb. d. A.).

<sup>560</sup> Vgl. Ebd. S. 115.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

präsentation auf staatlicher Ebene da.<sup>561</sup> Die Stärke der konservativen Kräfte sowie die zunehmende Radikalisierung der nationalen Rhetorik der Parteien, gepaart mit der Abwesenheit einer neuen politischen Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung mündeten schließlich in der entsprechenden Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft, Sprache und den neu entstandenen „Ausländern“. Die politische Stimmung wandelte sich, so die Betrachtung der estnischen Gesellschaft, von einer aus Mitgliedern unterschiedlicher ethnischer Herkunft bestehenden in eine Gesellschaft der berechtigten titularen bzw. „loyalen“ und der unberechtigten „nicht-loyalen“ oder bis zu dem zu erbringenden Loyalitätsnachweis höchstens geduldeten nicht-titularen Gruppe. Die nationale Frage der russischsprachigen Bevölkerung wurde damit zu einer Begleiterscheinung der Übergangszeit und bestimmte auch fortan die soziale und politische Stimmung.<sup>562</sup> Der populäre Ausdruck dafür ist bis heute „eestimeelus“, was so viel wie „estnisch-gestimmt“ bedeutet.<sup>563</sup> Wie Andres Tarand, der Premierminister 1994 bis 1995 und spätere Vorsitzende der Partei „Möödukad“, bezüglich der russischsprachigen Bevölkerung formulierte: „Es ist ihre Pflicht einzusehen, dass sie nicht aus Versehen als unschuldige Lämmer während der letzten 50 Jahre in Estland erschienen sind“.<sup>564</sup>

#### 4.3.5 Das „spill-over“ der ethnisch-national radikalisierten politischen auf die öffentliche Stimmung

Die politische Stimmung kippte endgültig, sobald klar wurde, dass Estland eine Chance auf die Herstellung der vollständigen politischen Unabhängigkeit hatte. Im Vorfeld des August-Putsches in Moskau vom 19. bis 21. August 1991 hatten die neuen politischen Kräfte in Estland ihre Forderungen bezüglich des Systemwechsels konkretisiert, auch was die russischsprachige Bevölkerung anging. Wie bereits erwähnt, pochte nun auch die Mehrheit der Volksfront-Eliten auf ein nationalstaatliches Projekt in Estland, wobei die russischsprachigen Mitglieder des Obersten Sowjets sich nach wie vor für eine zivilgesellschaftliche Demokratie eingesetzt haben.<sup>565</sup> Die ethnisch radikalen Stimmen kamen seitens der ERSP und dem Estnischen Kongress, die das Sowjetregime erstmals als „Okkupation“ bezeichnet haben. Sie forderten keinerlei Loyalität gegenüber der Sowjetunion, dagegen die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, wie sie vor 1940 bestand.<sup>566</sup> Wichtig bei diesen Forderungen war die Grundidee zur Wiederherstellung des Staates in der Vorkriegsfassung, mit allen Gesetzen und der demographischen Komposition der Gesellschaft aus dem Jahr 1938. Dazu gehörte auch die „Entledigung“ der während der Okkupationszeit angesiedelten Fremden, die vom Estnischen Komitee (dem Führungsorgan des Kongresses) zu der Zeit bereits „Kolonisten“ genannt wurden. Diese Bezeich-

---

<sup>561</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23.-26. aprill 1990). o. S.

<sup>562</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115-116.

<sup>563</sup> Der Ausdruck wurde auch während der Folgejahre oft für diese Art der Loyalität verwendet, Üb. d. A.

<sup>564</sup> Eigene Übersetzung aus: Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 115.

<sup>565</sup> Vgl. Ebd. S. 109.

<sup>566</sup> Ebd.



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

nung erschien in der Erklärung des Komitees zur Staatsbürgerschaft vom 15. August 1991, in der auch gegen die bereits mehrmals erwähnte „Null-Option“ bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften protestiert wurde.<sup>567</sup> Bereits nach der Unabhängigkeitserklärung am 20. August 1991 hat das Komitee ein weiteres Dokument verabschiedet, das die russischsprachige Bevölkerung nunmehr als „illegale Wirtschaftsmigranten“ betitelte. Dementsprechend stünde „eine bedingungslose Einbürgerung im Gegensatz zu nationalen Interessen Estlands und zu internationalen Normen“.<sup>568</sup>

Aleksei Semjonov bezeichnet diese Forderungen als weniger anti-totalitär und mehr anti-russisch. Er führt an, dass der Estnische Kongress die Bezeichnungen „Sowjetisch“ und „Russisch“ stets als Synonyme verwendet hat, was letztlich zu der Verschmelzung der Begriffe geführt habe. „Russisch“ würde demnach öfter als Bezeichnung für das „Sowjet-Imperium“ verwendet und diese Verwechslung sei zum Eckstein der oppositionellen Bewegung in Estland geworden.<sup>569</sup> Die Begriffe werden bis heute in dieser Art als Synonyme im Alltag verwendet: „Während der russischen Zeit“ („vene ajal“ Est.) wird so zu einem Synonym für „sowjetische Zeit“ benutzt. Es ist also durchaus nicht verwunderlich, dass die oppositionelle Unabhängigkeitsbewegung sich gleichzeitig gegen „russisch“ und „sowjetisch“ als Adjektive der imperialen Ordnung gewandt hat, was eine starke gesellschaftliche Spaltung auf ethnisch-nationaler Grundlage zur Folge hatte.

Eine Analyse der Wahlergebnisse aus der Wahl des Obersten Sowjets im Jahr 1990 zeigt, dass die Interfront (damals Interbewegung) 13,3% der Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung bekam, die OSTK 9% und die konservativen der EKP-UdSSR lediglich 5,9%.<sup>570</sup> Somit haben insgesamt etwa 28% der russischsprachigen Bevölkerung die Gegner der Unabhängigkeit unterstützt. Aleksei Semjonov gibt aus eigener Untersuchung an, dass die Unterstützung der „pro-Estland“ Kräfte innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung bei etwa 20% lag. Weitere 20% gaben ihre Stimmen an estnische Politiker, so Semjonov.<sup>571</sup> Wenn diesen Berechnungen Glauben geschenkt werden darf, haben etwa 40% der russischsprachigen Bevölkerung politische Kräfte gewählt, die sich die Unabhängigkeit zum Ziel gesetzt haben. Etwas unter 30% der russischsprachigen Bevölkerung stimmten für pro-sowjetische Parteien. Im Vergleich zum beinahe vollständig einheitlich „pro-Unabhängigkeit“ gestimmten estnischsprachigen Teil der Bevölkerung waren die russischsprachigen Bewohner somit zwar mehr polarisiert, aber durchaus nicht geschlossen im „contra-Unabhängigkeit“-Lager. Eine Umfrage aus dem Jahr 1990 zeigt, dass 15% der Nicht-Esten sich für einen unabhängigen estnischen Staat außerhalb des sowjetischen Einflussgebietes ausgesprochen haben. Weitere 35% stimmten für eine souveräne estnische Republik innerhalb einer sowjetischen Konföderation, was zur damaligen Zeit als Option auf der unionsweiten politischen Tagesordnung war. Etwa 42% der russischsprachigen Bevölkerung waren demnach für den *status quo* als Estnische SSR.<sup>572</sup> Wie auch die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums zeigen,

---

<sup>567</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammidest ja valimisplatvormidest. S. 81.

<sup>568</sup> Ebd., Üb. d. A.

<sup>569</sup> Vgl. Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 109.

<sup>570</sup> Ebd. S. 111-112.

<sup>571</sup> Ebd.

<sup>572</sup> Ebd. S. 110-111.



### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

mussten mindestens 25% der russischsprachigen Bevölkerung für die Unabhängigkeit gestimmt haben.<sup>573</sup> Somit kann auch hierbei nicht von einer „vollständigen Illoyalität“ der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber dem unabhängigen Estland gesprochen werden, wie von einigen Autoren behauptet.<sup>574</sup> Wahrscheinlich kann davon ausgegangen werden, dass etwa ein Drittel der russischsprachigen Bevölkerung die Unabhängigkeit Estlands befürwortete.<sup>575</sup> Ein weiteres Drittel sprach sich für die Möglichkeit einer graduellen Unabhängigkeit aus, die über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden sollte.<sup>576</sup> Am geringsten war die Zustimmung zur Unabhängigkeit im Nordosten Estlands und in den großen Industriezentren, in Kohtla-Järve haben etwa 46% und in Narva nur 25% der Bewohner die Unabhängigkeit unterstützt.<sup>577</sup> Dies belegen auch Daten aus einer Umfrage aus dem Jahr 1991. Sie zeigen, dass die Unterstützung der staatlichen Unabhängigkeit unter der nicht-estnischen Bevölkerung bei etwa 55% lag. Dieselbe Frage nach der vollständigen Unabhängigkeit Estlands wurde im Herbst 1989 von 9% und im Sommer 1990 von 27% (dem erwähnten Drittel) der befragten russischsprachigen Bevölkerung positiv beantwortet.<sup>578</sup>

Am 26. Mai 1990 wurde der sogenannte „Rat der Volksgesandten“ in der nordöstlichen Industriestadt Kohtla-Järve gegründet. Dieser übernahm quasi-staatliche Funktionen in der Region und war in den zentralen sowjetischen Gremien vertreten. Im März 1991 wurde von dem Rat unter der russischsprachigen Bevölkerung in Tallinn, Narva und Kohtla-Järve ein „inoffizielles Referendum“ zum Verbleib Estlands in der Sowjetunion durchgeführt.<sup>579</sup> Dovile Budryte gibt an, dass von den Teilnehmenden über 90% für den Verbleib Estlands in der Sowjetunion gestimmt haben.<sup>580</sup> Obgleich die Anzahl der tatsächlichen Unterstützer unklar war und die Stimmabgabe höchstens als Willensbekundung der „Russen“ wahrgenommen wurde, kam es im Obersten Sowjet zu Diskussionen über diesen Vorfall. Hauptsächlich ging es dabei um die Stimmung in den nordöstlichen estnischen Städten Kohtla-Järve, Narva und Sillamäe. Sowohl der Minister für nationale Fragen, Artur Kuznetsov, als auch der Vorsitzende der Kommission für nationale Beziehungen, Sergei Sowelnikow, hielten die Lage zwar nur für mäßig bedrohlich, dennoch nicht für vernachlässigbar.<sup>581</sup> Im Laufe der Gespräche in Obersten Sowjet am 24. April 1990 kamen drei Problempunkte zum Vorschein, die mit der russischsprachigen Bevölkerung zu tun hatten: erstens die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung, die weder eine Partei noch einen anderen Repräsentativorgan formiert hatte, zweitens die künftigen Ziele der neuen estnischen Eliten, die für die russischsprachige

---

<sup>573</sup> Ebd. S. 110.

<sup>574</sup> Ebd. S. 110-111 und Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 94.

<sup>575</sup> Vgl. Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 390; Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 95-97.

<sup>576</sup> Ebd. S. 95-97.

<sup>577</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): *Eesti ajalugu*. VI, *Vabadussõjast taasiseseisvumiseni*. S. 390.

<sup>578</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 110-111.

<sup>579</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 82.

<sup>580</sup> Bei diesen Zahlen fehlen allerdings Informationen über die Größe der Grundgesamtheit und Angaben zur prozentualen Teilnahme. Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States*. S. 55.

<sup>581</sup> Vgl. Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: *Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärk*, 23.-26. aprill 1990). o. S.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Bevölkerung vieles im Unklaren ließen und drittens das Thema der Bürgerrechte für die russischsprachige Bevölkerung als mögliche künftige Nicht-Staatsbürger.<sup>582</sup> Im Grunde aber, obwohl diese Themen bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt diskutiert wurden, blieb es bei der bis dahin eingeschlagenen ethnisch exklusiven Richtung des Staatsaufbaus.

Obwohl nicht von einer überwältigenden Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung für die Unabhängigkeit gesprochen werden kann, ist Folgendes zu beachten: Die damalige Politik der neuen oppositionellen Eliten war für die meisten zugezogenen russischsprachigen Bewohner Estlands vergleichsweise neu – die Erfahrung einer demokratischen Republik hatten die meisten nicht gemacht. Ebenso waren die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung nicht einheitlich repräsentiert, was ihre Skepsis weiter erhöht haben dürfte. Schließlich konnte das „spill-over“ der zunehmend national radikalisierten oppositionellen Rhetorik an der russischsprachigen Bevölkerung nicht vorbeigegangen sein, was ebenso wenig zur Minderung der Skepsis gegenüber der neuen Elite beigetragen hat. Raivo Vetik zeigt außerdem, dass das Bildungsniveau, das Alter sowie die Wohngegend bei der Entscheidung zur Zustimmung für die Unabhängigkeit eine bedeutende Rolle gespielt haben dürfte.<sup>583</sup> Entsprechend konnten jüngere und gut gebildete Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung eher von der Unabhängigkeit überzeugt werden. Insofern kann gesagt werden, dass eine einheitliche Stigmatisierung der russischsprachigen Bevölkerung als „illoyal“ nicht den Tatsachen entspricht.

Was zukünftige Erwartungen der russischsprachigen Bevölkerung an die wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen der Unabhängigkeit angeht, so dürften diese nicht schlechter gewesen sein als beim Verbleib in der Sowjetunion. Dies sahen die russischsprachigen Gruppen, die pro- bzw. contra-Unabhängigkeit waren, im Jahr 1993 ähnlich.<sup>584</sup> Auch eine Benachteiligung auf ethnisch-nationaler Basis war bis 1992 nur zum Teil absehbar.<sup>585</sup>

### 4.3.6 Der Vertrag zwischen Estland und Russland 1991 und die Frage der Staatsbürgerschaft

Noch bevor sich Estland für unabhängig erklärt hat, wurde ein Abkommen mit Sowjetrussland geschlossen, das unter anderem die künftige Situation der russischsprachigen Bevölkerung zum Gegenstand hatte. Unterzeichnet wurde der entsprechende Vertrag zwischen Estland und der Russischen Sowjetrepublik am 12. Januar 1991 in Tallinn. Damit sollte in erster Linie die Solidarität Russlands (RSFSR) mit den baltischen Staaten demonstriert werden, die Boris Jelzin dem aggressiven Ton der vorherigen sowjetischen Politik entgegengesetzt hat.<sup>586</sup> Im historischen Kontext war die Zeit besonders heikel: Am 13. Januar 1991 wurden in Vilnius am Fernsehturm unbewaffnete Demonstranten

---

<sup>582</sup> Ebd.

<sup>583</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 92.

<sup>584</sup> Ebd. S. 93-95.

<sup>585</sup> Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 95-97.

<sup>586</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 118.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

von sowjetischen Truppen beschossen.<sup>587</sup> Umso mehr hoffte die estnische Seite auf eine friedliche Lösung, befürchtete aber schwere Verhandlungen. Die russischsprachige Bevölkerung spielte dabei keine untergeordnete Rolle. Ganz im Gegenteil: Es wurde erwartet, dass Russland zum Schutz der „Landsleute“ Maßnahmen ergreift, die in Wahrheit den baltischen Ungehorsam bändigen sollten.

Mit dem Vertrag vom 12. Januar 1991, unter dem Namen „Vertrag über die Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen“, wurden die Staaten Estland und Russland zu souveränen Staaten und Völkerrechtssubjekten anerkannt. Das Dokument umfasste 20 Artikel, die die Gebiete der bilateralen Zusammenarbeit regelten. Unter anderem wurde mit dem Artikel III des Vertrages festgelegt, dass alle zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im jeweiligen Land lebenden Sowjetbürger die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes erhalten sollten. „Konkrete Staatsangehörigkeitsfragen von beidseitigem Interesse“ sollten in einem späteren völkerrechtlichen Vertrag geregelt werden. Dazu ist es aber nie gekommen. Ebenso hat die russischsprachige Bevölkerung in Estland nicht automatisch die Staatsbürgerschaft erlangt.

Obwohl von der estnischen Seite mit einer historischen Kontinuität begründet, wurde diese Tatsache später von Kritikern der estnischen Staatsbürgerschaftsregelung als Vertragsbruch betitelt.<sup>588</sup> Die estnischen politischen Kräfte haben sich wiederum darauf berufen, dass der Vertrag unter Druck unterzeichnet worden sei und die Artikel deswegen ohne weiteres akzeptiert wurden, diese aber im Grunde rechtlich nicht bindend seien.<sup>589</sup> Auch der erste Deutsche Botschafter in Tallinn, Henning von Wistinghausen, führt an, dass die ambivalenten Vertragskonditionen aus dem Grund akzeptiert worden seien, weil der estnische Oberste Sowjet zu dem Zeitpunkt andere Probleme zu lösen hatte.<sup>590</sup> Doch das Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 zeigt, dass die Frage der Staatsbürgerschaft bei der Ratifizierung des Vertrages lebhaft diskutiert wurde.<sup>591</sup> Diese Problemstellung könnte sogar als eine der wichtigsten im ganzen Vertrag bezeichnet werden, da sie an die Frage der nationalen Sicherheit gekoppelt wurde. Bei der Debatte zeigt sich als Erstes, dass Mitglieder der Verhandlungskommission, die über die Einzelheiten der Verhandlungen berichteten, denselben Vertrag nicht als Druckmittel bezeichnet haben. Marju Lauristin, die spätere Sozialministerin, die die Debatte im Obersten Sowjet geführt hat, nannte das Dokument mehrmals eine konstruktive Kooperationsvereinbarung.<sup>592</sup> Der Vertrag wurde demnach offen und mit Rücksicht auf die gegenseitigen Interessen ausgehandelt.<sup>593</sup> Man könnte meinen, dass auch diese Aussage aufgrund der prekären außenpolitischen Lage relativiert worden war. Doch die Tatsache, dass im Obersten Sowjet auch andere, weitaus bedeutendere Sachlagen, wie die

---

<sup>587</sup> Dieser Tag ist in der litauischen Geschichte als der „Vilniusser Blutsonntag“ bekannt; 14 Menschen kamen dabei ums Leben.

<sup>588</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 118.

<sup>589</sup> Ebd.

<sup>590</sup> Wistinghausen, Henning von (2004): *Im Freien Estland, Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991-1995*. Köln: Böhlau Verlag, S. 57.

<sup>591</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 (Stenogramm: *Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 27. istungjärk, teine istung 15. jaanuar 1991*).

<sup>592</sup> Ebd.

<sup>593</sup> Ebd.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Ausrufung der Unabhängigkeit, diskutiert wurden, lässt einen relativ freien Charakter des Gremiums vermuten.

Was die Fragen der Staatsbürgerschaft betrifft, so kursierte die Diskussion im Obersten Sowjet relativ ausführlich um die Klauseln 3, 4 und 5 des Vertrages. Diese beinhalteten hauptsächlich eine strittige Frage: müssen die Vertragsparteien den Bewohnern des jeweiligen Landes ohne weitere Anforderungen die Staatsbürgerschaft gewähren oder nicht? Laut Marju Lauristin wurde diese Frage vertraglich so geregelt, dass die Staaten allen Bewohnern die Option auf Staatsbürgerschaft gewähren, doch die Bestimmungen für deren Erlangung per Gesetz geregelt werden würden. Diese Bestimmungen seien dann im Ermessen des jeweiligen gesetzgebenden Organs und dürften nicht von der anderen Vertragspartei diktiert oder in Frage gestellt werden.<sup>594</sup> Die Interpretation der Klauseln ließ folgende drei Optionen zu: die Option auf Erlangung der Staatsbürgerschaft von Estland, die Option auf Erlangung der Staatsbürgerschaft eines anderen Staates oder die Option des Verzichtes auf jegliche Staatsbürgerschaft. Die letzte Option, so Lauristin, sei im Einklang mit internationalen Rechtsnormen, da sie die Entscheidung der Person überließ und diese nicht unter Zwang einer Staatsbürgerschaft stellte.<sup>595</sup> Obwohl sich diese Diskussion auf einem abstrakten Niveau befand, musste sowohl beiden Vertragsparteien als auch den Abgeordneten des Obersten Sowjets klar sein, um welche Staatsbürgerschaft für welche nationalen Gruppen es sich handelte. In Estland war dies die russischsprachige Bevölkerung, bezüglich welcher Russland den Eindruck vermittelte, sich für sie einsetzen zu wollen. Gleichzeitig vertrat die estnische Seite die Interessen derjenigen Esten, die zur damaligen Zeit in Russland wohnhaft waren. Während die russische Seite dabei die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft zuließ, lehnte die estnische Seite diese Option von vornherein ab.

Was in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung ist, war die Unklarheit über den Status der Sowjetunion bzw. der beiden Vertragsparteien in den Folgemonaten bzw. -jahren. Das Fortbestehen der Sowjetunion hätte bedeuten können, dass diejenigen Bewohner Estlands, die keine estnische Staatsbürgerschaft erhalten konnten oder wollten, Bürger der Sowjetunion hätten bleiben können. Für diesen Fall wurde mit dem besagten Abkommen festgelegt, dass auch mögliche Nicht-Staatsbürger international festgelegte politische und bürgerliche Rechte genießen würden. Proteste gegen eine solche Interpretation des Vertrages kamen hauptsächlich von russischsprachigen Vertretern des Obersten Sowjets, z.B. von Valeri Kois und Vladimir Lebedev. Sie monierten in erster Linie die Interpretation der Gewährung der Staatsbürgerschaft und sahen Artikel 3 des Vertrages als die „Null-Option“. Dagegen wurde von den Gegnern der „Null-Option“ erneut die Interpretation über die freie Entscheidung präsentiert, wonach es einer Person selbst überlassen sei, ob sie staatenlos bleiben möchte. Ein anderer russischsprachiger Abgeordneter, Aleksandr Labassov, bat darum, die fragwürdigen Artikel erst in Ausschüssen zu prüfen, um erst danach den Vertrag ratifizieren zu können, was allerdings abgelehnt wurde. Somit verursachte der Vertrag zwar keine Änderung des estnischen *status quo* in der Staatsbürgerschaftsfrage, doch zumindest wurden die Bedenken der russischsprachigen Seite um ihren rechtlichen Status an die Tagesordnung

---

<sup>594</sup> Ebd.

<sup>595</sup> Ebd.

### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

gebracht. Dazu sagte der spätere estnische Staatspräsident Arnold Rüütel, er glaube, dass zu der Herausarbeitung der entsprechenden Gesetze auch die russischsprachige Bevölkerung künftig entscheidend beitragen würde. Der russischsprachige Abgeordnete Sergei Sovetnikov äußerte anschließend einen Appell an die „Ehrlichkeit und Großzügigkeit“ der estnischen Kollegen bei der Herausarbeitung der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft. Im Lichte dieser Stimmung im Gremium wurde der Vertrag vom Obersten Sowjet mit 70 zu 2 Stimmen und 2 Enthaltungen ratifiziert, nachdem bei der ausführlichen Diskussion geklärt wurde, dass die Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft mittels konkreter Gesetzgebung geregelt würden.<sup>596</sup> Dies ist nachfolgend am 26. Februar 1992 mit dem Gesetz zur Staatsbürgerschaft auch geschehen.

Diese ausführliche Beschreibung der Diskussion in Obersten Sowjet am 15. Januar 1991 soll die allgemeine Stimmung in den Regierungskreisen verdeutlichen. Der Oberste Sowjet der Estnischen Republik war gewissermaßen das letzte Organ, in dem die alten und die neuen Eliten, aber auch estnische und russischsprachige Repräsentanten kooperieren konnten. Die russischsprachigen Vertreter fürchteten dabei um ihren rechtlichen Status, die estnischsprachigen Vertreter wollten nicht, dass die Jahre der Sowjetherrschaft ihnen ihre Gesetzgebung diktierten. Letztendlich erwies sich die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992 als wegweisend für die estnische Gesellschaft, da sie die Grenzen des ethnisch-nationalen Miteinanders festlegte.

#### 4.3.7 Fazit: Paradigmenwechsel in der ethnisch-nationalen Stimmung zwischen 1989 und 1992

Etwa zwischen dem Frühjahr des Jahres 1990 und dem Spätsommer des Jahres 1991 kehrte somit die erste Wende in der ethnisch-national begründeten Problematik des Systemwechsels ein. Bis dahin hatte der gemeinsame Wille zur Bekämpfung der Sowjetmacht in Estland viele politischen Kräfte vereint, was sowohl die reformbereiten alten als auch die neuen oppositionellen Kräfte umfasste. Nach den Wahlen zum Obersten Sowjet im Jahr 1990 schien eine Umkehr in das alte Regime zwar immer unwahrscheinlicher, etwa bis Sommer 1991 war es jedoch nicht absehbar, ob überhaupt und wenn ja, in welcher Form die Sowjetunion weiter existieren würde. Entsprechend war die Stimmung auf Zusammenarbeit ausgerichtet und auf die Bestrebung, sowohl Souveränität zu erlangen, als auch sich vor der möglichen sowjetischen Aggression zu schützen.<sup>597</sup>

Während der 13 Monate zwischen der Unabhängigkeitserklärung am 20. August 1991 und den Parlamentswahlen am 20. September 1992 fanden wichtige politische Ereignisse statt, die unter anderem die Lage der russischsprachigen Bevölkerung entscheidend beeinflussten. Die „spill-over“ Effekte der nationalen Rhetorik sorgten dafür, dass die russischsprachige Bevölkerung sowohl repräsentativ als auch gesellschaftlich immer mehr an ihrer Position einbüßte.<sup>598</sup> Die Unabhängigkeitserklärung bewirkte, dass

---

<sup>596</sup> Ebd.

<sup>597</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 109.

<sup>598</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 83.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die alten kommunistischen Eliten im Obersten Sowjet endgültig an Einfluss verloren.<sup>599</sup> Die Volksfront, die anfangs noch eine gemäßigte Richtung der nationalen Politik eingeschlagen hatte, musste sich immer mehr den nationalistischen Tendenzen des Obersten Sowjets und des Estnischen Kongresses fügen.<sup>600</sup> Die neue politische Stimmung bewegte sich in eine zunehmend exklusive Richtung, wenn es um den Umgang mit der Sowjetherrschaft und den russischsprachigen Bewohnern Estlands ging. Ebenso verhielt es sich mit der öffentlichen Meinung und der Stimmung in der estnischen Bevölkerung.

Auf der Seite der russischsprachigen Bevölkerung gab es zwar Versuche, im nordöstlichen Teil Estlands eine Gegenbewegung zur estnischen Opposition aufzubauen, daraus entstand jedoch keine ersthafte politische anti-oppositionelle Bewegung. Zwischen Sommer 1991 und Herbst 1992 hat sich die russischsprachige Bevölkerung Estlands an keinen organisierten Aktionen beteiligt. Sogar die Leitung der Interfront, sowie der OSTK entschieden sich dafür, sich nicht in das Geschehen des Systemübergangs mittels öffentlicher pro-sowjetischer Aktionen einzumischen.<sup>601</sup> Einige Proteste in Narva und Sillamäe und kleineren nordöstlichen Städten blieben zwischen 1992 und 1993 als Initiativen der verbliebenen Interfrontlern und Bolschewiken Einzelfälle. Die Unterstützung der Interfront schwand und die bolschewistischen und imperialistischen Standpunkte wurden marginalisiert.<sup>602</sup> Die unklare politische Einstellung der russischsprachigen Bevölkerung erklärt Aleksei Semjonov damit, dass dieser Bevölkerungsteil sich nicht zwischen den zwei Möglichkeiten des alten oder des neuen Systems entscheiden konnte. Die bekannte Sowjetmacht war wirtschaftlich weitaus weniger attraktiv als der von der anderen Seite angestrebte Westen, wobei die Unabhängigkeit wiederum mit Zweifeln in Hinblick auf die Repräsentation und die künftigen Rechte verbunden war. Unter diesen Umständen kann somit nicht von einer geschlossen negativen Haltung der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber dem Systemwechsel gesprochen werden. Man könnte sich fragen, ob die Situation der russischsprachigen Bevölkerung nach dem Systemwechsel hätte anders sein können, hätte sie sich während des Systemwechsels organisiert und für die eine oder andere Seite stark gemacht.

Zwischen den Jahren 1991 und 1992 wurden einige Schlüsselfragen auf das politische Tapet gebracht, welche die künftige Ausgestaltung des Staates und der Gesellschaft und damit direkt die russischsprachige Bevölkerung betrafen. Im Grunde ging es dabei um eine ethnisch-national (exklusiv) oder eine zivilgesellschaftlich (pluralistisch) begründete Demokratie bzw. um die Frage, ob die künftige estnische Gesellschaft multikulturell, assimiliert oder ethnisch-exklusiv ausgestaltet werden sollte.<sup>603</sup> Dazu gehörte die Forderung nach dem Aufbau eines estnischen Nationalstaates und damit verbunden nach der Rolle derjenigen Bevölkerung, die nicht zur estnischen Nationalität gehörte. Den entscheidenden Baustein bildete dabei die künftige Ausgestaltung der Gesetzge-

---

<sup>599</sup> Ebd. S. 82.

<sup>600</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 113-114.

<sup>601</sup> Ebd. S. 111-112.

<sup>602</sup> Hallik, Klara (1998): *Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides*. S. 82.

<sup>603</sup> Vgl. Ebd. S. 78-81; Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 105-106.

#### 4.3 1989 bis 1992: Position der russischsprachigen Bevölkerung

zung zur Staatsbürgerschaft, welche die jeweilige gesellschaftliche und politische Form gestalten sollte.

##### 4.3.8 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in Estland

Die Schlüsselereignisse der ersten zwei Phasen des Systemwechsels in Estland lassen sich somit durch folgende Schritte charakterisieren: Erste halbfreie Wahlen am 18. März 1990, bei den die Mehrheit der Sitze an die Volksfront ging und die Esten mit ca. 70% ethnisch in der Überzahl waren. Die EKP bekam 27 Sitze und war somit politisch deutlich in der Minderheit. Das Referendum zur Unabhängigkeit am 3. März 1991 zeigte eine Zustimmung von 78% der gesamten Bevölkerung bei einer Wahlbeteiligung von 83%. Schätzungsweise 1/3 der russischsprachigen Bevölkerung hat für die Unabhängigkeit gestimmt. Am 20. August 1991 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung und am 26. Februar 1992 wurde durch das halbfrei gewählte Parlament das erste Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, das einen ethnisch exklusiven Charakter hatte. Am 28. Juni 1992 fand das Verfassungsreferendum und am 20. September 1992 wurden erste freie Parlamentswahlen abgehalten. Somit war die Repräsentation und die Teilnahme der russischsprachigen Bevölkerung an der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft und der Erarbeitung der Verfassung als sehr gering zu bezeichnen, wobei ihre Vertretung schwach durch die Volksfront übernommen wurde. Während der Übergangsphase eignete sich ein Paradigmenwechsel in der ethnischen bzw. nationalen öffentlichen Rhetorik.

Die Dimensionen und Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen in einigen Bereichen eine Bewegung der russischsprachigen Bevölkerung weg von einer assimilierten hin zu einer segmentierten bzw. einer marginalisierten Position. Vor allem ist dies bei dem Zugang zur politischen Partizipation bzw. Wahlen und zu politischen Ämtern der Fall. Während die russischsprachige Bevölkerung bei den ersten halbfreien Wahlen noch volle Partizipationsfreiheit genoss, wurde diese nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft gekürzt, weshalb die russischsprachigen Nicht-Staatsbürger weder die Verfassung noch das erste frei gewählte Parlament mitbestimmen durften. Die Grundrechte waren dagegen stets gewährleistet. Auch im öffentlichen Sprachgebrauch wandelte sich die Position der russischsprachigen Bevölkerung von assimiliert im sowjetisch-russischsprachigen bis zu segmentiert im vollständig estnischsprachigen Umfeld. Das Bildungssystem – auch bis dahin bereits zwischen russisch- und estnischsprachig segmentiert – vertiefte die sprachlich und ethnisch basierte gesellschaftliche Kluft. Folglich wandelte sich auch die Identifikation der russischsprachigen Bevölkerung mit Estland als Teil der Sowjetunion zu einem unabhängigen Land, in dem sie eine gesellschaftlich und politisch neue, weitaus marginalisierte bzw. segmentierte Rolle spielte. Bei vielen führte dies zu einem identifikativen Bruch zwischen dem alten und dem neuen Staat bzw. System. In den anderen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration erfolgte zunächst keine große Veränderung. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und der selbstständigen Grundversorgung blieb bestehen, auch wenn sprachliche Um-



## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

stände sich zum Teil veränderten. Auch russischsprachigen Wohngegenden hatten sich bereits herausgebildet und blieben bestehen. Als Einziges konnte zum Teil eine weitere Entfernung in den sozialen Kontakten zwischen der estnisch- und russischsprachigen Bevölkerung beobachtet werden, was mit der allgemeinen Radikalisierung der öffentlichen Rhetorik einherging.

### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

#### 4.4.1 Erstes Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 und seine Folgen

Unter den Bedingungen einer national aufgeladenen Stimmung in der parteipolitischen Rhetorik und der öffentlichen Meinung wurden im letzten Obersten Sowjet einige wegweisende Entscheidungen getroffen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse der Nachfolgejahre entscheidend prägten. Ein wichtiges Datum der Chronologie ist die Entscheidung im Obersten Sowjet über die Staatsbürgerschaft am 26. Februar 1992. Mit der Verabschiedung noch vor dem Referendum zur Verfassung im Juni 1992 sowie vor den ersten freien Parlamentswahlen im September 1992 wurde die Wählerschaft für beide Abstimmungen festgelegt. Das neue Gesetz stellte eine leicht modifizierte Form des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1938 dar, wonach die Bürger der estnischen Republik (der Jahre 1918 bis 1940) sowie deren Nachkommen Staatsbürger werden konnten.<sup>604</sup> Damit wurde erreicht, dass die Wählerschaft des Jahres 1992 mehrheitlich aus Esten bestand und dass der Großteil der russischsprachigen Bevölkerung von der Abstimmung ausgeschlossen wurde. Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft trat ab dem Tag seiner Verabschiedung am 26. Februar 1992 in Kraft.<sup>605</sup>

Bei der Abstimmung im halbfreien Obersten Sowjet bestand erstens die Frage, ob die Republik Estland des Jahres 1991 als rechtliche Nachfolgerin der Republik Estland des Jahres 1940 gelten kann bzw. soll. Dies zielte vor allem auf die Rechtsprechung der ersten Republik ab, speziell auf die rechtliche Nachfolge der Staatsbürgerschaft. Im Falle der Entscheidung zur Nachfollegesetzgebung könnte das Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1938 übernommen werden, so die Überlegung der Gesetzgeber. Obwohl die Entscheidung in der Resolution zur Unabhängigkeit vom 20. August 1991 letztlich zugunsten der Kontinuität aus dem Jahr 1940 gefallen ist, wurde das Gesetz zur Staatsbürgerschaft nicht ohne Änderungen übernommen.<sup>606</sup> Diese Änderungen wurden im Vorfeld lebhaft diskutiert, was Einblicke in die Positionierung der Mitglieder offenbar-

---

<sup>604</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 117-119.

<sup>605</sup> RT 1992, 7, 109 Kodakondsuse Seadus.

<sup>606</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 116-117.



#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

te.<sup>607</sup> Eine Option zur Auslegung des Gesetzes schrieb dem estnischen Staat beispielsweise keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Folgen der Sowjetherrschaft vor.<sup>608</sup> Als Folge weiterer Abstimmungen übernahm Estland schließlich aber doch die Verantwortung für die in Estland lebende russischsprachige Bevölkerung, die somit als eine solche „Folge der Sowjetherrschaft“ gehandhabt wurde.<sup>609</sup>

Der hier bereits oft genannte und auch in der Literatur häufig erwähnte Streitpunkt war die so genannte „Null-Lösung“ der Staatsbürgerschaft. Diese wurde in Litauen, aber nicht in Estland und Lettland umgesetzt. Demnach hätte die Staatsbürgerschaft auf Antrag ohne zusätzliche Prüfungen gewährt werden können. Dazu schreibt Aleksei Semjonov:

„This option became anathema in political discourse, and by now [1992; Anm. d. A.] even the most liberal politicians admit that defending such an approach would mean political suicide for them.“<sup>610</sup>

Asbjorn Eide schreibt im Laufe seiner Beobachtungen von 1989 bis 1992, dass noch im Jahr 1991 die „Null-Option“ damals durchaus nicht ganz unrealistisch war. Für eine von der damaligen Regierung finanzierte Konferenz über Menschenrechte in Tallinn vom 11. bis 13. Februar 1991 wurde das Dokument „International Human Rights in Estonia“ vorbereitet. Dieses konstatierte: „from the point of view of human rights any attempts to restrict citizenship due to ethnic origin are and will remain totally unacceptable.“<sup>611</sup>

Wie bereits erwähnt, existierten bezüglich der „Null-Option“ im Obersten Sowjet zwei unterschiedliche Interpretationen. Die eine Möglichkeit sah die Vergabe der Staatsbürgerschaft an alle damaligen Bewohner Estlands als „Null-Option“; eine andere betrachtete die Möglichkeit der freien Wahl der Staatsbürgerschaft als „Null-Option“. Im zweiten Fall hätte die Entscheidung für die estnische Staatsbürgerschaft die Einbürgerung der betroffenen Person nach sich gezogen. Im ersten Fall hätte ein Antrag ohne weitere Tests oder Prüfungen ausgereicht. Als es zur Abstimmung über das Gesetz der Staatsbürgerschaft kam, hat das russischsprachige (worauf der Name schließen lässt) Mitglied des Obersten Sowjets Vitali Menschikow am 26. Februar 1992 den Vorschlag für die „Null-Option“ der ersten Variante eingebracht.<sup>612</sup> Diese Option wurde bei der anschließenden Abstimmung jedoch von keinem estnischstämmigen Mitglied des Obersten Sowjets unterstützt.<sup>613</sup> Mehr Versuche zur Durchsetzung der „Null-Option“ wurden nicht unternommen.

Das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft wurde damit unter der Prämisse erarbeitet, dass jeder Bewohner Estlands, der keine Staatsbürgerschaft nach Abstammung beantragen konnte, dem Prozedere der Einbürgerung unterzogen würde. Somit wurde der

---

<sup>607</sup> Vgl. Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust.. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 101-112, S. 101-112.

<sup>608</sup> Ein entsprechender Vorschlag der Mitglieder des Obersten Sowjets, Johannes Kass und Tiit Käbin, wurde am 19. Dezember 1991 abgelehnt. Ebd. S. 103-104.

<sup>609</sup> Ebd.

<sup>610</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 117.

<sup>611</sup> Zitiert in: Ebd.

<sup>612</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 26. Februar 1992 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 65. istungjärg, teine istung 26. veebruar 1992). o. S.

<sup>613</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103-104.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Staatsbürgerschaft das Prinzip des *ius sanguinis* zugrunde gelegt.<sup>614</sup> Die zu erfüllenden Kriterien wurden in vorausgegangenen Diskussionen in den Ausschüssen des Obersten Sowjet bestimmt. So wurde darüber diskutiert, wie lange der Antragsteller auf Staatsbürgerschaft im Land gelebt haben sollte, vor allem, ob die Zeit in der Estnischen SSR mitzählen sollte. Diese Entscheidung wurde am 20. Februar 1992 getroffen und das entsprechende Datum auf den 30. März 1990 gelegt: Ab dann sollten Antragsteller mindestens 2 Jahre in Estland gelebt haben, bevor sie als Antragsteller für die Staatsbürgerschaft in Frage kamen.<sup>615</sup> Generell sollte die Staatsbürgerschaft nur auf Antrag und mittels Einbürgerung erfolgen, es wurden keine Ausnahmen hinzugefügt. Beispielsweise stand im Herbst 1991 zur Debatte, ob diejenigen Antragsteller, die Estnisch sprachen und in Estland geboren waren die Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren erlangen konnten. Dieser Vorschlag wurde im Obersten Sowjet abgewiesen.<sup>616</sup> Letztlich mussten die Antragsteller gemäß dem verabschiedeten Gesetz folgende Punkte erfüllen:

- Volljährigkeit oder die Zustimmung eines Elternteils oder Vormundes
- Aufenthalt seit 30. März 1990, jedoch mindestens 2 Jahre vor und ein Jahr nach dem Antrag
- Ausreichende Kenntnisse der Estnischen Sprache<sup>617</sup>
- Außerdem wurden zu gesetzmäßigen Staatsbürgern:
- Personen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes als Staatsbürger anerkannt oder angenommen wurden
- Personen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes durch auswärtige Verträge als Staatsbürger anerkannt wurden
- Kinder, deren Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt Staatsbürger war (auch im Fall, wenn der Vater des Kindes Staatsbürger war und vor der Geburt verstorben ist)
- In Estland gefundene Kinder, deren Angehörigkeit zu einem anderen Staat nicht belegt werden konnte
- Als Ausländer wurden Angehörige anderer Staaten oder Personen ohne Staatsbürgerschaft behandelt)<sup>618</sup>

Die Bestimmungen zur Sprachkenntnis sollten separat von der Regierung herausgearbeitet und dem Obersten Sowjet binnen eines Monats zur Abstimmung präsentiert werden. Zudem wurde aus dem ursprünglichen Gesetz eine wichtige Klausel gestrichen: In § 4 haben die Punkte 1. und 2. ursprünglich die Einbürgerung ohne weitere Prüfung für weibliche Personen bei Eheschließung mit einem estnischen Staatsbürger erlaubt. Entsprechend durften minderjährige Kinder in diesem Fall ebenfalls die Staatsbürger-

---

<sup>614</sup> Leif, Kalev/Ruutsoo, Rein (2009): Kodakondsus ja mitmik kodakondsus euroopastavas eestis. Acta Politica 3. 176-217, S. 187

<sup>615</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 26. Februar 1992 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 65. istungjärg, teine istung 26. veebruar 1992). o. S.

<sup>616</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103-104.

<sup>617</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 2. jagu, paragrahv 6. [(Kapitel 2, Teil 2, § 6); (Kapitel 2, Teil 2, § 3)] (Üb. d. A.).

<sup>618</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 3. [(§ 3)] (Üb. d. A.).

#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

schaft erlangen, wenn sie dauerhaft in Estland wohnen blieben.<sup>619</sup> Diese Klauseln wurden mit der Entscheidung des Obersten Sowjets für ungültig erklärt.<sup>620</sup>

Weitere Ausnahmen gegenüber dem ursprünglichen Gesetz betrafen die Sprachprüfung und die Dauer des Aufenthaltes, welche gelockert werden konnten, wenn die Person trotz keiner direkten Verwandtschaft ihre estnische Abstammung nachweisen konnte, bzw. besondere Verdienste dem Estnischen Staat entgegengebracht hatte. Ebenfalls konnten Personen, die über 10 Jahre in Estland gelebt hatten, einen gesonderten Antrag stellen.<sup>621</sup> Am 23. März 1993 wurde noch eine Änderung eingeführt, wonach die Staatsbürgerschaft von beiden Elternteilen „geerbt“ werden konnte; ursprünglich war dies nur mütterlicherseits möglich. Eine Ausnahmeregelung wurde auch für diejenigen eingeführt, die sich als Antragsteller vor den Wahlen zum Estnischen Kongress gemeldet hatten.<sup>622</sup>

Ein Vorschlag der gemäßigten Kräfte hätte die Repräsentationsproblematik der russischsprachigen Bevölkerung für die Parlamentswahlen am 20. September 1992 lösen können: Es wurde darüber abgestimmt, ob auch Antragsteller für die Staatsbürgerschaft zur Parlamentswahl zugelassen werden könnten, selbst wenn sie noch keine Staatsbürgerschaft besaßen. Dieser Entwurf fand allerdings einen konservativen Gegenvorschlag: Statt im Parlament darüber abzustimmen, sollte die Frage beim Referendum zur Verfassung am 28. Juni 1992 als Ergänzung zur Verfassungsabstimmung gestellt werden. Letztlich fand diese Option die Zustimmung des Gremiums und so haben die Wahlberechtigten Staatsbürger, welche damit nicht die russischsprachige Bevölkerung umfassten, über diese Möglichkeit abgestimmt. Die Option wurde mit 53% zu 46% abgelehnt.<sup>623</sup>

Die Entscheidung über das Gesetz zur Staatsbürgerschaft erwies sich ab dem Zeitpunkt seiner Verabschiedung, wie bereits angedeutet, als wegweisend für die künftige demokratische Entwicklung Estlands. Zwar wurde die Ethnizität der Definition des legalen Personenstatus formal nicht zugrunde gelegt, doch implizierte diese Gesetzgebung eine Spaltung auf der ethnischen Basis der repräsentativen Ebene der politischen Dimension bereits in der ersten Phase der demokratischen Konsolidierung. Die mit dem Gesetz implizit geschaffene Gruppe der Nicht-Staatsbürger durfte in den ersten Jahren der Demokratie weder an Wahlen teilnehmen, noch für öffentliche Ämter kandidieren oder Parteien gründen.<sup>624</sup> Entsprechend konnte die russischsprachige Bevölkerung Estlands in den ersten Jahren der Demokratisierung an der Gesetzgebung zur Bildung, zur Sprache oder zur Ausländergesetzgebung nicht teilnehmen.

---

<sup>619</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 1. jagu, paragrahv 4. [(§ 4)] (Üb. d. A.).

<sup>620</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 10. [(§ 10)] (Üb. d. A.).

<sup>621</sup> RT 92, 7, 109 Kodakondsuse Seadus, 2. peatükk, 1. jagu, paragrahv 7. [(§ 7)] (Üb. d. A.).

<sup>622</sup> RT 92, 7, 109 Eesti Vabariigi Ülemnõukogu otsus Kodakondsuse seaduse rakendamise kohta, paragrahv 9. [(§ 3); (§ 9)] (Üb. d. A.).

<sup>623</sup> Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust. S. 103.

<sup>624</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 86-87.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.4.2 Die estnische Verfassung

Die estnische Verfassung mit dem Namen „Põhiseadus“ wurde parallel zu den Debatten um die Staatsbürgerschaft erarbeitet.<sup>625</sup> Entscheidend war dabei die Bildung der verfassungsgebenden Versammlung aus je 30 Mitgliedern des Obersten Sowjets und des Estnischen Kongresses. Diejenigen Repräsentanten, die in beiden Gremien saßen, durften wählen, welche Versammlung sie vertreten wollten. Die Zusammenstellung umfasste etwa 20 Mitglieder der Volksfront, etwa 20 Mitglieder aus den radikal-nationalen Parteien, 13 Moderate und Alt-Kommunisten, darunter 7 Personen russischer Abstammung.<sup>626</sup> Ursprünglich hatten die im Kongress vertretenen Mitglieder der ESDP vor, die Verfassung aus dem Jahr 1937 zu übernehmen. Diese beinhaltete allerdings einige autokratische Züge und die verfassungsgebende Versammlung einigte sich darauf eine Verfassung zu erarbeiten, die sich an die Verfassung aus der Estnischen Republik 1937 lediglich anlehnte. So wurde die Exekutive gestärkt, die Bezeichnung „Präsident“ für das Staatsoberhaupt eingeführt und einige präsidentielle Kompetenzen geändert. Durch die Verhandlungen zur Verfassung hindurch bestand stets die Forderung nach Kontinuität der estnischen Republik. Entsprechend sollte der estnische Staat von 1991 nahtlos an den estnischen Staat von 1940 anknüpfen. Am 28. Juni 1992 wurde die neue Verfassung per Referendum verabschiedet, an dem, wie erwähnt, nur Staatsbürger teilnehmen durften.<sup>627</sup> Die Beteiligung lag bei 66,3% und die Zustimmung bei 91,2%.<sup>628</sup>

Die neue Verfassung garantierte jedem die Gleichheit vor dem Gesetz. Diskriminierungen auf Grundlage von Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Abstammung, Glaubensbekenntnis, politischen und anderen Bekenntnissen, Vermögen, sozialem Status oder aus anderen Gründen waren verboten. Paragraph 9 legte fest, dass die Rechte und Freiheiten der Verfassung sowohl für estnische Staatsbürger, als auch für Ausländer und staatenlose Personen gleichermaßen gelten sollten.<sup>629</sup> Im Vergleich zu der Verfassung aus dem Jahr 1938 wurden einige vergleichsweise liberale Bestimmungen bezüglich der in Estland lebenden Ausländer verworfen in der Verfassung aus dem Jahr 1938 bestanden Klauseln, wonach Personen, die länger als 10 Jahre in Estland gelebt hatten, keine schriftliche Sprachprüfung ablegen mussten. Ebenfalls bekamen gemäß der alten Verfassung die Kinder staatenloser Eltern die Staatsbürgerschaft ohne Antrag. Diese Klauseln fanden keinen Weg in die neue Verfassung.

---

<sup>625</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. (Üb. d. A.).

<sup>626</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 349.

<sup>627</sup> Drechsler, Wolfgang/Annus, Taavi (2002): Die Verfassungsentwicklung in Estland von 1992-2001. Jahrbuch des Öffentlichen Rechts 2002 (Bd. 50). Tübingen: Mohr/Paul Siebeck.

<sup>628</sup> Entsprechend wurde das Parlament als höchstes gesetzgebendes Organ definiert, dieses sollte den Namen „Riigikogu“ tragen, aus einer Kammer mit 101 Mitgliedern bestehen und eine Legislaturperiode von 4 Jahren haben. Das Parlament sollte den Premierminister berufen, der ein Kabinett zusammenstellen und das Parlament absegnen sollte. Der Präsident sollte vom Parlament mit einer 2/3-Mehrheit auf 5 Jahre und höchstens zwei Legislaturperioden gewählt werden. Dieser schlug einem Premierminister die Kabinettsformation vor, konnte dem Parlament per Veto eine Gesetzesänderung vorschlagen und war Oberbefehlshaber der Armee. Die Judikative in Form des Gerichtshofes sollte unabhängig agieren, doch der Präsident und das Parlament waren bei der Berufung der Obersten Richter miteinbezogen. Die Grundrechte und -freiheiten wurden auf Basis der US-Amerikanischen Verfassung erarbeitet. Das Justizsystem lehnte sich stark an das deutsche und schwedische an. Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 349.

<sup>629</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§ 34 und § 35); (§ 37 und § 40); (§ 44)].

#### 4.4 Gesetzliche Grundlagen der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Die neue Verfassung räumte allen Staatsbürgern die Freiheit bei der Berufswahl, bei der Wahl der Beschäftigung, sowie bei der Wahl des Arbeitsplatzes ein. Derselbe Paragraph (§ 29) räumte diese Freiheiten auch Ausländern und Personen ohne Staatsbürgerschaft ein, jedoch nur wenn diesbezüglich keine anderen gesetzlichen Regelungen galten. Hier war insbesondere die Wohn- und Arbeitsgenehmigung für Ausländer und Staatenlose von Bedeutung, die mit dem Ausländergesetz geregelt wurde. Paragraph 30 regelte die Besetzung der Dienststellen in staatlichen Ämtern und kommunalen Gebietskörperschaften. Diese sollten verfassungsgemäß mit Staatsbürgern besetzt werden, außer in Fällen, wenn ein Gesetz die Einstellung von Ausländern oder staatenlosen Personen erlaubte. Diese Regelungen betrafen in erster Linie Gebietskörperschaften mit großen Anteilen russischsprachiger Bevölkerung. Paragraph 31 erlaubte die berufliche Selbstständigkeit und Vereinsbildung für Staatsbürger, Ausländer und Staatenlose, wenn gesetzlich nichts anderes geregelt ist. Die Wahl des Lebensraumes sowie die Freiheit, das Land zu verlassen, war für jeden garantiert. Ebenfalls hatte jeder das Recht auf Bildung und freie Religionswahl. Wie alle Staatsbürger hatten auch Ausländer und Staatenlose das Recht, Informationen von staatlichen Behörden zu erhalten.

Wichtig für die Repräsentation war der Paragraph (§ 48), der nur Staatsbürgern einräumte die Zugehörigkeit zu Parteien. Gleichwohl durften laut Kapitel III und den Paragraphen 56 und 58 nur Staatsbürger an Parlamentswahlen und Volksentscheiden teilnehmen. Zur Wahl konnten sich ebenfalls nur Staatsbürger stellen. Gleichzeitig wurde in der Verfassung die aktive Teilnahme aller Bewohner an Kommunalwahlen geregelt, wodurch alle dauerhaft in einer Gebietskörperschaft wohnhaften volljährigen Personen wahlberechtigt waren. Damit wurde in Estland, anders als in Lettland, der russischsprachigen Bevölkerung auch ohne Staatsbürgerschaft das aktive Wahlrecht auf kommunale Ebene gewährt. Von diesem konnte erstmals bei den ersten Kommunalwahlen im Oktober 1993 Gebrauch gemacht werden.<sup>630</sup>

Weitere Regelungen betrafen die Kulturautonomie für nationale Minderheiten und den Sprachgebrauch in öffentlichen Ämtern. Die Verfassung besagte, dass jeder das Recht hat, sich an staatliche und kommunale Behörden in estnischer Sprache zu wenden und estnischsprachige Antworten von den Mitarbeitern zu erhalten. Gleichermaßen wurde in Gegenden, in denen mehr als fünfzig Prozent der Bewohner einer nationalen Minderheit angehörten, das Recht eingeführt, Antworten von Behörden in der Minderheitensprache zu erhalten. Damit legte die Verfassung den offiziellen Sprachgebrauch der staatlichen und kommunalen Behörden fest, der in estnischer Sprache zu erfolgen hatte. Die interne Kommunikation durfte hingegen auch in einer Minderheitensprache abgehalten werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die verfassungsrechtliche und sprachliche Unterscheidung zwischen „Este“ (Estnisch: „eestlane“) und „estnischer Staatsbürger“ (Estnisch: „eesti kodanik“). Beispielsweise besagte die Verfassung, dass die angeborne estnische Staatsbürgerschaft keiner Person entzogen werden dürfe. Diese Art der angeborenen Staatsbürgerschaft wurde definitionsgemäß durch einen Elternteil vererbt,

---

<sup>630</sup> Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. in: Daute, Stefan/Fiedler, Adrian (Hrsg.): Slavische nationale Minderheiten im Ostseeraum. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. 83-89, S. 86; RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§ 60 und § 156)].

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

der selbst angeborener Staatsbürger war. Die so definierten „gebürtigen“ Staatsbürger wurden an manchen anderen Stellen der Verfassung und später in der Gesetzgebung als „Esten“ („eestlased“) bezeichnet, was sich von der Bezeichnung „estnische Staatsbürger“ abhob. Letztere hatten ihre Staatsbürgerschaft per Definition mittels Einbürgerung erhalten und waren somit auch von der Regelung, wonach ihnen die Staatsbürgerschaft nicht entzogen werden durfte, ausgeschlossen. Auch an anderen Stellen wurden diese unterschiedlichen Bezeichnungen verwendet.<sup>631</sup> Zwar mag dies nur eine sprachliche Besonderheit sein, doch sie birgt eine ethnisch-nationale Bedeutung – damit wurden gebürtige Esten von denjenigen abgehoben, die die estnische Staatsbürgerschaft per Einbürgerungsprozedur erlangt haben. Damit war bereits in der Verfassung die nationale Zugehörigkeit der neuen Titularnation von der Staatsangehörigkeit der „nicht-Esten“ abgegrenzt.

In Kraft trat die Verfassung am 03. Juli 1992.<sup>632</sup> Die Parlamentswahlen gemäß der neuen Verfassung wurden am 03. Juli 1992 ausgerufen und sollten, wie vereinbart, am 20. September 1992 stattfinden. Am 9. Juli 1992 wurde auch die Wahl des Präsidenten ausgerufen, die zusammen mit den Parlamentswahlen am 20. September stattfinden sollten.<sup>633</sup> Die ersten Legislaturperioden wurden auf 3 Jahre für das Parlament und auf 4 Jahre für den Präsidenten festgelegt.

### 4.4.3 Fazit: Konstitutionelle und gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung vor den ersten freien Parlamentswahlen

Zum Zeitpunkt der ersten freien Parlamentswahlen nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft am 26. Februar 1992 konnte die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung die estnische Staatsbürgerschaft nicht erhalten, denn für die herkömmliche Prozedur der Einbürgerung war die Zeit zwischen Februar und September 1992 schlicht zu kurz. Lediglich diejenigen, die ihre estnische Abstammung belegen konnten, bzw. sich bereits von den Wahlen zum Estnischen Kongress angemeldet hatten, konnten diese noch vor den Parlamentswahlen erhalten. Entsprechend konnten die neuen Nicht-Staatsbürger weder am Verfassungsreferendum im Juni 1992 noch an den ersten freien Parlamentswahlen im September 1992 teilnehmen. Die verabschiedete Verfassung garantierte jedoch allen permanenten Einwohnern die restlichen Bürgerrechte und -freiheiten, ebenso wie das kommunale Wahlrecht. Der ständige Wohnsitz musste dabei fünf Jahre in der betreffenden Gemeinde liegen. Während sich auf staatlicher Ebene nur Parteien und Einzelkandidaten zur Wahl stellen konnten, waren auf kommunaler Ebene auch Wählervereinigungen zugelassen.<sup>634</sup> Von ihrem Kommunalwahlrecht konnten Ausländer und Staatenlose im Jahr 1993 Gebrauch machen, als die ersten Stadträte und Landkreisverwaltungen gewählt wurden.

---

<sup>631</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. [(§§ 49 bis 52); (§ 8); (§ 36)] (Üb. d. A.).

<sup>632</sup> Ebd.

<sup>633</sup> RT 1992, 26, 350 Eesti Vabariigi Põhiseaduse rakendamise seadus (Üb. d. A.).

<sup>634</sup> Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 86.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Bei der Entscheidung zum Staatsbürgerschaftsgesetz herrschte im Obersten Sowjet die Vorstellung, dass die übrigen Bewohner Estlands im Status der Bürger der Sowjetunion bleiben würden. So wurde das mehrmals in den Gesprächen des Gremiums betont.<sup>635</sup> Dagegen spricht allerdings die Tatsache, dass die Sowjetunion am 31. Dezember 1991 formal aufgehört hat zu existieren.<sup>636</sup> Somit konnte diese Begründung zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung am 26. Februar 1992 nicht mehr als Argument gelten. Auch die denkbare Variante, die staatenlos gewordenen Personen hätten die russische Staatsbürgerschaft erhalten, konnte nur bedingt im Sinne der estnischen Staatsgründer sein, da dieses Vorgehen faktisch eine hohe Anzahl „fremder“ Staatsbürger produziert hätte. Völkerrechtlich ist die Russische Föderation seit dem 25. bis 26. Dezember 1991 zwar die Nachfolgerin der Sowjetunion, eine solche Lösung hätte aber automatisch 30% der Bewohner Estlands zu russischen Staatsbürgern gemacht.<sup>637</sup> Entsprechend wurden andere gesetzliche Regelungen getroffen, die den Status der russischsprachigen Bevölkerung in Estland regelten.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

### 4.5.1 Erste freie Parlamentswahlen am 20. September 1992

Die ersten freien Parlamentswahlen fanden am 20. September 1992 statt.<sup>638</sup> Die Wahlen waren allgemein, gleich, direkt und geheim. Verfassungsgemäß sollte das Parlament für vier Jahre gewählt werden. Das erste Parlament wurde jedoch ausnahmsweise für drei Jahre gewählt (genauer 3 Jahre und 5 Monate), damit die nachfolgenden Wahlen verfassungsgemäß im März stattfinden konnten. Entsprechend der Verfassung und dem Gesetz zur Staatsbürgerschaft vom 26. Februar 1992 durften an den ersten freien Parlamentswahlen nur Staatsbürger teilnehmen. An den Parlamentswahlen vom 20. September 1992 haben 467 628 Personen teilgenommen, was einer Wahlbeteiligung von 67,84% der Wahlberechtigten entspricht. Wahlberechtigt waren 689 241 Personen. Wenn man

---

<sup>635</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 27. istungjärk, teine istung 15. jaanuar 1991). o. S.

<sup>636</sup> Hildermeier, Manfred (2007): Die Sowjetunion 1917-1991. München: R. Oldenbourg Verlag. S. 99.

<sup>637</sup> Kunze, Thomas/Vogel, Thomas (2011): Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. APuZ Nr. 49-50, 35-41.

<sup>638</sup> Zeitgleich zum ersten Parlament wurde auch der Präsident per Volksentscheid gewählt. Diese Wahl bildete eine Ausnahme, da verfassungsrechtlich der Präsident vom Parlament, bzw. einer Wahlversammlung gewählt wird. Kurioserweise waren bei den Präsidentschaftswahlen am 20. September mehr Personen als Wähler registriert als bei den Parlamentswahlen, die gleichzeitig stattfanden. Der zahlenmäßige Unterschied beträgt 367 Personen. Weshalb es diese Abweichung gab, lässt sich heute nicht eindeutig bestimmen. Insgesamt waren 689 608 Personen als Wähler eingetragen, von denen 468 605 abgestimmt haben. Von den Kandidaten hat allerdings keiner der vier Kandidaten über 50% der Stimmen auf sich vereinen können, weswegen die Wahl in die zweite Runde ging. Diesmal sollte das Parlament abstimmen. Am 5. Oktober hat das Riigikogu mit einer Mehrheit von 59 Stimmen (aus 101) Lennart Meri zum Staatsoberhaupt gewählt. Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon) (1992): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Tallinn: Eesti Vabariigi Valimiskomisjon.. S. 125 (Üb. d. A.).



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die gesamte Bevölkerung, inklusive der Nicht-Staatsbürger nimmt, so lag die Wahlbeteiligung bei ca. 32%.<sup>639</sup>

Zur Wahl durften sich sowohl Parteien und Wahlbündnisse als auch Einzelkandidaten stellen. Es haben sich 8 Wahlbündnisse, 5 Parteien, 39 Vereinigungen und 25 Einzelkandidaten zur Wahl gestellt. Während der ersten Legislaturperiode haben es folgende Parteien und Wahlbündnisse in das Riigikogu geschafft:<sup>640</sup>

- „Isamaa“ (22,0% der Stimmen und 29 Mandate)
- Kindel Kodu<sup>641</sup> (13,6% der Stimmen und 17 Mandate)
- Rahvarinne<sup>642</sup> (12,25% der Stimmen und 15 Mandate)
- „Mõõdukad“<sup>643</sup> (9,73% der Stimmen und 12 Mandate)
- ERSP (8,79% der Stimmen und 10 Mandate)
- Sõltumatud Kuningriiklased<sup>644</sup> (7,12% der Stimmen und 8 Mandate)
- Eesti Kodanik<sup>645</sup> (6,89% der Stimmen und 8 Mandate)
- Rohelised<sup>646</sup> (2,62% der Stimmen und 1 Mandat)
- Eesti Ettevõtjate Erakond<sup>647</sup> (2,39% der Stimmen und 1 Mandat)

Nicht in das Riigikogu geschafft haben es unter anderem Eesti Pensionäride Liit (EPL) mit 3,71% und Põllumeeste Kogu mit 2,91%. Obwohl diese beiden Parteien prozentual mehr Stimmen hatten als die zwei letzten im Riigikogu vertretenen Parteien, hatten sie „Pech“ bei der Verteilung der Mandate in den Wahlbezirken. Weitere vier Wahlbündnisse kamen nicht über die 5%-Hürde.<sup>648</sup>

Das national-konservative Wahlbündnis „Isamaa“ positionierte sich vor der ersten Parlamentswahl als Verfechter des estnisch-national geprägten estnischen Staates, ähnlich wie die ERSP. Diese beiden Parteien formierten das national-konservative Lager im Riigikogu. Mittig-konservativ platziert waren „Mõõdukad“, sowie das Bündnis „Kindel Kodu“ und „Eesti Kodanik“. Das Programm der Volksfront war mitte-links-sozial ausgelegt.<sup>649</sup> Die Fraktionsdisziplin war während der ersten Legislaturperiode noch relativ

---

<sup>639</sup> Vgl. Kapitel „Historischer Hintergrund“: Die Wahlbeteiligung wurde hier aus dem Mittelwert der offiziellen Bevölkerungszahlen aus den Volkszählungen in den Jahren 1989 und 2000 errechnet. Demnach betrug die durchschnittliche Bevölkerungszahl zwischen 1989 und 2000 1 467 857 Personen. Da die größte Welle der Auswanderung auf das Jahr 1992 fiel, kann der Mittelwert als etwa entsprechend der tatsächlichen Bevölkerungsgröße im Jahr 1992 gelten.

<sup>640</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon). <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen: März 2014)

<sup>641</sup> Estnische Bezeichnung: „Sicheres Heim“ bestehend aus: Eesti Demokraatlik Õigusliit, Eesti Koorderakond, Eesti Maaliit (Üb. d. A.).

<sup>642</sup> Estnische Bezeichnung: „Volksfront“ bestehend aus: Eesti Naisliit, Eesti Rahva-Keskerakomd, Eestimaa Rahvarinne, Eestimaa Rahvuste Ühendus (Üb. d. A.).

<sup>643</sup> Estnische Bezeichnung: Die „Moderaten“ bestehend aus: Eesti Maa-Keskerakond, Eesti Sotsiaaldemokraatlik Partei (Üb. d. A.).

<sup>644</sup> Estnische Bezeichnung: „Die Unabhängigen Royalisten“ bestehend aus: „Eesti Vabariigi Partei, Noarootsi tervisliku Eluviisi Selts“ (Üb. d. A.).

<sup>645</sup> Estnische Bezeichnung: „Bürger Estlands“ bestehend aus: „Eesti Vabariigi Partei, Noarootsi tervisliku Eluviisi Selts“ (Üb. d. A.).

<sup>646</sup> Estnische Bezeichnung: „Die Grünen“ (Üb. d. A.).

<sup>647</sup> Estnische Bezeichnung: „Partei der Estnischen Unternehmer“ (Üb. d. A.).

<sup>648</sup> Estnische Bezeichnung: „Union der Pensionäre“, „Vereinigung der Bauern“ (Üb. d. A.).

<sup>649</sup> Die Royalisten galten als Spaßpartei, die sich für eine Monarchie in Estland ausgesprochen hat, aber eher für halberne Protestaktionen bekannt war und nach der ersten Legislaturperiode aufgehört hat zu existieren. Von den Personenmandaten ist der Vorsitzende und Gründer der Unternehmerpartei Tiit Made zu nennen, der zwar nicht zu den Radikalen der Nationalfrage gehörte, doch hat er sich in seinen Memoiren aus dem Jahr 2006 vergleichsweise radikal zu den russischen „Mischlingen“ geäußert. Die Partei von



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schwach, so dass die Kandidaten die Fraktionen häufig wechselten, alte Fraktionen verließen oder neue bildeten. In der Zeit der ersten Legislaturperiode 1992 bis 1995 wurde die Regierung einmal ausgewechselt, die Regierungskoalition blieb aber bestehen.

An den ersten Parlamentswahlen hat sich keine Partei beteiligt, die explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentiert hätte. Tatsächlich findet man unter den 101 Mitgliedern des ersten Riigikogu im Jahr 1992 keinen russischen Namen.<sup>650</sup> Wichtig ist diese Tatsache beispielsweise für die Verabschiedung des zweiten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft (Kodakondsuse seadus) am 19. Januar 1995, welches weitere Restriktionen für Nicht-Staatsbürger beinhaltete.<sup>651</sup> Auch andere Normen, die vom ersten Parlament verabschiedet wurden, waren für die Stellung der russischsprachigen Bevölkerung von Bedeutung. So wurde Das Ausländergesetz (Välismaalaste seadus) am 8. Juli 1993 verabschiedet, womit die Rechte der Nicht-Staatsbürger geregelt wurden.<sup>652</sup> Das Gesetz zur Wahl der kommunalen Selbstverwaltungen (Kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seadus) wurde am 19. Mai 1993 verabschiedet.<sup>653</sup> Das Gesetz zur Kulturautonomie für nationale Minderheiten (Vähemusrahvuse kultuuriautonomoomia seadus) folgte am 26. Oktober 1993.<sup>654</sup> Schließlich wurde das Sprachgesetz (Keeleseadus) am 21. Februar 1995 durch das Parlament gebracht.<sup>655</sup>

### 4.5.2 Erste Regierungskoalition und zwei Regierungen von 1992 bis 1995

Es wurden neun Parteien ins Parlament gewählt, drei haben eine Regierungskoalition gebildet, die zwei Jahre hielt.<sup>656</sup> Die erste Regierung formierte der Vorsitzende des konservativen Wahlbündnisses „Isamaa“ („Vaterland“) Mart Laar, nach dem Anruf durch den Präsidenten Lennart Meri am 8. Oktober 1992. Die Regierungskoalition bildeten demnach die Vaterlandsunion, ERSP und „Möödukad“. Die Minister kamen auch aus der Liberaldemokratischen Partei (Eesti Liberaal-Demokraatlik Partei) und der Estnischen Land-Zentrumspartei (Eesti Maa-Keskerakond). Insgesamt hatte die Regierungskoalition 53 Stimmen im Parlament. Die deutliche oppositionelle Kraft formierten die Volksfront (damals bereits Zentrumsfraktion) und „Bürger Estlands“. Die restlichen Fraktionen im Parlament formierten keine deutliche programmatische Abgrenzung zur Regie-

---

Tiit Made löste sich in der später aus der Volksfront formierten Zentrumsparlei auf. Vgl. hierzu: Made, Tiit (2006): Ükskord niikuinii. Tallinn: Argo; vgl. Maasalu, Sandra (2007): Kadetsev võitja. Arvustus. Tuna 4. 128-131, S. 129.

<sup>650</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Eesti Vabariigi Valimiskomisjon. Tallinn 1992. S. 96-98.

<sup>651</sup> RT I 1995, 12, 122 Kodakondsuse seadus (Üb. d. A.).

<sup>652</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus (Üb. d. A.).

<sup>653</sup> RT I 1993, 29, 505 Kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seadus (Üb. d. A.).

<sup>654</sup> RT I 1993, 71, 1001 Vähemusrahvuse kultuuriautonomoomia seadus (Üb. d. A.).

<sup>655</sup> RT I 1995, 23, 334 Keeleseadus (Üb. d. A.).

<sup>656</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Eesti Vabariigi Valimiskomisjon. Tallinn 1992; VII Riigikogu 30.09.1992-10.03.1995.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

rung oder der Opposition.<sup>657</sup> Die Regierung hielt noch bis 8. November 1994. Abgelöst hat sie die Regierung unter dem Vorsitzenden der Land-Zentrumspartei Andres Tarand. Die Regierungskoalition im Parlament blieb bestehen, lediglich einige kleinere Parteien verließen die „Vaterlandsunion“. Da die nächsten Parlamentswahlen bereits am 5. März 1995 stattfanden, wurde die neue Regierung hauptsächlich als eine Übergangsregierung gehandhabt. Sie ist seitdem auch als „Weihnachtsfriedensregierung“ („Jõulurahuvalitsus“) bekannt. Insofern wurden während der Regierungszeit von Premierminister Tarand keine größeren Reformen angestrebt und das Regierungsprogramm der Vorgängerregierung wurde weitergeführt.<sup>658</sup>

Die erste und zweite Regierung wurde somit von einer nationalkonservativ-sozialen Koalition geführt. „Isamaa“ und ERSP hielten dabei bezüglich der russischsprachigen Bevölkerung relativ stringent eine national-konservative Linie ein, wonach die neue estnische Republik vorzugsweise estnischsprachig und estnisch-gestimmt sein sollte. Das Regierungsprogramm der Koalition beinhaltet einige Aspekte (im Folgenden aufgelistet), die aus der ethnischen Perspektive interessant sind:<sup>659</sup>

- Die estnische Kultur und Nation muss nachhaltig geschützt werden, bei gleichzeitiger Garantie der Menschen- und Bürgerrechte für alle anderen Bewohner Estlands, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion, Sprache oder Staatsbürgerschaft;
- Die Regierung hält die Formation einer stetigen und loyalen Bürgerschaft, unabhängig von ihrer Nationalität, für äußerst wichtig;
- Die Registrierung der rechtmäßigen Nachfolger der estnischen Staatsbürger soll abgeschlossen werden, damit endgültig die Wählerschaft bestimmt werden kann;
- Den Personen, die vor den Wahlen des Estnischen Kongresses im Februar 1990 einen Antrag auf Staatsbürgerschaft gestellt haben, soll diese vereinfacht (ohne Sprachprüfung) gewährt werden (gemäß § 7.2 des Staatsbürgerschaftsgesetzes);
- Die Gewährung einer doppelten Staatsbürgerschaft für Staatsbürger nach Abstammung (*ius sanguinis*);
- Die Gewährung der Staatsbürgerschaft nach *ius sanguinis* soll sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits weitergegeben werden können;
- Bei Heirat mit einem Staatsbürger vor dem 26. Februar 1992 sollte die Staatsbürgerschaft nach Abstammung väter- und mütterlicherseits vergeben werden können;

---

<sup>657</sup> Während der Regierungszeit wechselte der Premierminister jeweils einmal den Innen-, Außen-, Sozial-, Bildungs- und Justizminister, jeweils zweimal den Finanz- und Wirtschaftsminister und ganze dreimal den Verteidigungsminister aus. Grund waren zahlreiche kleinere Krisen, vor allem mit innerstaatlichen Unruhen, Militärangehörigen, aber auch innerparteilichen Reibereien. Schließlich wurde der gesamten Regierung der sogenannte „Rubel-Deal“ („Rublatching“) zum Verhängnis. In der Zeit des Inkrafttretens der Währungsreform in den Jahren von 1992 bis 1993, als die Estnische Krone den Sowjetischen Rubel abgelöst hat, wurden von der Währungskommission (*Rahareformi Komitee*) 1,46 Milliarden Rubel verdeckt nach Tschetschenien verkauft. Problematisch waren dabei mehrere Tatsachen, beispielsweise war damit die Vereinbarung zwischen Russland und Estland gebrochen, wonach die eingewechselten Rubel nach der Währungsreform an Russland zurückgehen sollten. Weiterhin war Mart Laar als der Vorsitzende der Währungskommission während der Reform für den rechtmäßigen Verlauf dieser verantwortlich. Aufgrund dieser Affäre wurde der Regierung von Mart Laar am 26. September 1994 das Misstrauen ausgesprochen. Vgl. hierzu: Ideon, Argo/Sildam, Toomas: „Skandaalid: Eesti elu deodorant“ Arter 04.12.1999; Entscheidung des Staatsgerichts: Kohtuotsus 3-1-1-130-96 Riigikohus, 3. Dezember 1996.

<sup>658</sup> Toomla, Rein (1997): Vähemusvalitsuse võlu ja valu. Luup 6/37, 8-9.

<sup>659</sup> Vabariigi Valitsus: „Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei, „Isamaa“ ja „Möödukate“ koalitsioonilepe“ (19.10.1992) (Üb. d. A.).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

- Die Regierung ruft diejenigen Nicht-Staatsbürger, die die Staatsbürgerschaft erlangen wollen, dazu auf, entsprechende Anträge schnellstmöglich zu stellen. Damit soll die Frage nach der Staatsbürgerschaft solcher Personen innerhalb weniger Jahre gelöst werden;
- Die Kinder von Nicht-Staatsbürgern, die in Estland die Schule besucht haben, sollen die Staatsbürgerschaft ein Jahr vor der Volljährigkeit beantragen können, so dass sie die Staatsbürgerschaft ohne Wartezeit erlangen können. In der Schule sollen diese Kinder zusätzlichen Unterricht über die estnische Sprache, Kultur, Geschichte und Gesetzgebung erhalten;
- Die nächsten Stammvölker der Esten (Ingrier, Woten, Wepsen u.a.) sollten den Esten bei der Staatsbürgerschaft gleichgestellt werden;
- Der Status und die Rechte der Nicht-Staatsbürger sollen durch Gesetze gesichert werden. Gleichzeitig sollen diese Personen mit einer permanenten Aufenthaltserlaubnis ausgestattet und registriert werden. Mit den Gesetzen sollen die Rechte wie die Unversehrtheit des Eigentums, das Recht auf Privatisierung, Unternehmertum, Kranken-, Sozial und Arbeitslosenversicherung, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und das Recht auf Vereins- und Unionstätigkeit gesichert werden;
- Die Nicht-Esten, die in Estland wohnhaft bleiben, müssen in die estnische Gesellschaft integriert werden;
- Das Recht auf Kulturautonomie soll bestehen bleiben;
- Die Regierung unterstützt Vorhaben zur Repatriierung nach Russland, diese werden mit finanziellen Mitteln gefördert. Die Regierung möchte mit den Ländern verhandeln, damit die freiwillige Re-Migration möglich wird.
- Die Regierung möchte Abkommen mit Staaten der GUS abschließen, wonach die Personen, die die estnische Staatsbürgerschaft nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht beantragen wollen, bzw. nicht beantragt haben, die Staatsbürgerschaft eines der GUS-Staaten erhalten können.
- Bei Verhandlungen mit Russland möchte die estnische Seite strikt verlangen, dass sie sich unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes nicht in estnische interne Angelegenheiten einmischet. Gleichzeitig sollen administrative Barrieren zwischen den zwei Ländern abgeschafft werden, damit der Zugang zu Verwandten, Fernsehsendern und Periodika, aber auch bestimmte Rentenansprüche gewährleistet werden.
- Die Regierung erklärt, dass sie sich für die Rechte der in Russland lebenden Esten einsetzt. Auch die in Russland lebenden Stammvölker der Esten werden von der Regierung unterstützt.
- Die historischen Bewohner sollen in den Nordosten Estlands zurückkehren und deren einstige Heime wieder aufbauen. Die Investitionen und das Unternehmertum in dieser Region sollen angekurbelt werden.

Die Grundsätze der Regierungskoalition sind an dieser Stelle von Bedeutung, da viele von ihnen während der ersten Legislaturperiode in Gesetzesform verabschiedet wurden. Beispielsweise fanden die Regelungen zur Staatsbürgerschaft, mitsamt dem vereinfachten Verfahren für Antragsteller vor den Kongresswahlen ihren Weg in das entsprechende Gesetz im Jahr 1995. Zwar war die Regierung von Mart Laar bis dahin bereits

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

abgesetzt, doch die Regierung von Andres Tarand führte die Koalitionsvereinbarung fort. Die Forderung nach einer loyalen Wählerschaft wurde ebenfalls im Gesetz zur Staatsbürgerschaft verankert, demnach musste ein Treueid abgelegt werden, sowie eine zusätzliche Prüfung zu bestimmten gesetzlichen Regelungen. Bei der entsprechenden Verhandlung im Parlament war dabei immer wieder die Rede von der vollständigen Integration in die estnische Gesellschaft als Voraussetzung zur Einbürgerung.<sup>660</sup> Somit wurde nach dem Prinzip verfahren, dass eine Person ihre Loyalität erst unter Beweis stellen musste, bevor ihr die Staatsbürgerschaft gewährt wurde. Auch die Rechte der Ausländer wurden mit dem Ausländergesetz im Jahr 1993 geregelt, darunter die Teilnahme an Kommunalwahlen.

### 4.5.3 Parlamentswahlen ab 1995 und die politischen Positionen der gewählten politischen Kräfte

#### 4.5.3.1 Parlamentswahlen von 1995 bis 2011

Die Parlamentswahlen ab dem Jahr 1995 fanden verfassungsgemäß alle vier Jahre statt. Der festgelegte Zeitpunkt ist immer der erste Sonntag im März im vierten Jahr nach der letzten Wahl.<sup>661</sup> Die zweite planmäßige Parlamentswahl fand am 5. März 1995 statt. Wahlberechtigt waren 790 392 Personen und die Wahlbeteiligung lag bei 69%. Wenn alle im Land lebenden Personen, inklusive Nicht-Staatsbürger und Bürger anderer Staaten, miteinbezogen werden, so lag die Wahlbeteiligung bei etwa 37,5%.<sup>662</sup> Das bei der ersten Parlamentswahl erfolgreiche Wahlbündnis „Vaterland“ sowie die fünftplatzierte national-konservative Partei ERSP formierten diesmal eine eigene Liste „Isamaa“/ERSP. Das frühere Regierungsbündnis hatte das Vertrauen der Wähler nach nur einer Legislaturperiode verloren, so dass die Parteien diesmal zusammen nur 7,86% der Stimmen und damit 8 Mandate bekommen konnten. Dies entspricht einem Verlust von 14%. Siegreich war bei dieser Wahl die Wahlunion KMÜ – „Koonderakond ja Maarahva Ühendus“ – ein mitte-liberales Bündnis, das für liberale ökonomische Werte und die soziale Marktwirtschaft stand. Dieses bekam ganze 32,23% der Wählerstimmen und damit 41 Mandate im neu gewählten Riigikogu. Platz zwei bei der Wahl erreichte die im Jahr 1994 neu formierte liberale Reformpartei mit 16,19% und 19 Mandaten. Dritte Kraft wurde die aus der Volksfront formierte Zentrumspar- tei mit 14,17% der Stimmen und 16 Mandaten. Die der ersten Regierungskoalition angehörige „Möödukad“ kam diesmal nur knapp über die Fünf-Prozent-Hürde, verlor ebenfalls die Hälfte ihrer früheren Mandate und zog mit 6 Vertretern ins Parlament ein. Weitere 5 Sitze gingen bei der Wahl 1995 an „Parempoolsed“ mit 5% der Stimmen. Die Regierungskoalition bildeten KMÜ und Zentrumspar-

---

<sup>660</sup> Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995 (VII Riigikogu stenogramm, VI instungjark, 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise jätkamine). o. S.

<sup>661</sup> RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus. § 60 (Üb. d. A.).

<sup>662</sup> Laut dem Estnischen Statistikamt lag die Gesamtbevölkerung im Jahr 1995 bei 1 448 075 Personen. An der Wahlurne waren entsprechend 545 825 Personen.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

tei, die Koalition hat sich während der Legislaturperiode allerdings dreimal geändert, mit ihr auch die zugehörige Regierung.

Als erste Partei, welche explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentierte, kam das Bündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ („Meie Kodu on Eestimaa!“ (MKOE)) im Jahr 1995 ins Parlament.<sup>663</sup> Dieses Wahlbündnis hat sich aus den beiden großen Parteien, die sich bis dahin aus der russischsprachigen Wählerschaft herausgebildet haben, formiert: „Estnische Vereinte Völkerpartei“ (Eestimaa Ühendatud Rahvapartei (EÜRP)) und „Russische Partei in Estland“ (Vene erakond Eestis (VEE)).<sup>664</sup> Der Anteil der Wähler, die für dieses Wahlbündnis gestimmt hat, lag bei 5,87% der gesamten Bevölkerung. Dies entsprach in etwa dem Anteil der russischsprachigen Bevölkerung, die bis dahin die estnische Staatsbürgerschaft erlangt hatte.

Bei der planmäßigen Parlamentswahl am 7. März 1999 wiederholte sich die sprunghafte Wechselstimmung der Wähler – die Siegerpartei von 1995 „Koondarakond“ kam mit 7,58% der Stimmen auf 7 Sitze und die abgespaltete EME („Eesti Maarahva Erakond“) mit 7,27% ebenfalls auf 7 Sitze. Diesmal siegte die Zentrumspartei mit 23,41% der Stimmen, was für 28 Sitze reichte. Zweitstärkste Kraft wurde wieder die Reformpartei mit 15,92% und 18 Mandaten, dritte die „Isamaa“ mit ebenso 18 Mandaten und schließlich die „Moderaten“ mit 17 Mandaten von 15,21% der Stimmen. Wichtig für die russischsprachige Bevölkerung war der Einzug der EÜRP ins Parlament mit 6,13% der Stimmen und 6 Sitzen. Die andere Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung VEE kam mit 2,03% der Stimmen nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Wahlbeteiligung lag in diesem Wahljahr bei 57,43%, wahlberechtigt waren insgesamt 857 270 Personen.<sup>665</sup> Die erste Regierungskoalition bildeten diesmal „Isamaa“, Reformpartei und „Möödukad“, nach knapp drei Jahren bildeten die Reformpartei und die Zentrumspartei eine neue Koalition.

Bei der nächsten planmäßigen Parlamentswahl am 2. März 2003 wiederholte sich der Wahlerfolg der Zentrumspartei, sie kam auf 23,4% der Stimmen und erneut 28 Mandate. Genau gleich viele Sitze bekam die neue konservative Kraft „Res Publica“ mit 24,6% der Stimmen. Die Reformpartei blieb stabil mit 17,7% und 19 Mandaten, die umbenannte EME, die jetzt „Eestimaa Rahvaliid“ (ERL) hieß, kam auf 13 Sitze mit 13%.<sup>666</sup> Weit abgeschlagen wurde die nationalkonservative „Vaterlandsunion“, die bei dieser Wahl auf nur 7,3% kam, was für 7 Mandate reichte. Als letzte schafften es die „Moderaten“ mit 7% und 6 Sitzen in das Riigikogu. Von den 859 714 Wahlberechtigten haben 58,24% ihre Stimme abgegeben. Die „russischsprachigen“ Parteien schafften es diesmal allerdings nicht über die Fünf-Prozent-Hürde: die EÜRP kam auf 2,2% und die VEE nur auf 0,2% der Stimmen. Die Regierungskoalition bildete die neue „Res Publica“ zusammen mit der Reformpartei und der Volksunion. Nach zwei Jahren wurde eine neue Koalition aus der Reformpartei, der Zentrumspartei und der Volksunion gebildet.

---

<sup>663</sup> Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. S. 342-343.

<sup>664</sup> Estnische Bezeichnungen: Eestimaa Ühendatud Rahvapartei; Vene Erakond Eestis; Meie Kodu on Eestimaa! (Üb. d. A.), Kask, Urmas (1998): Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996. Tartu: Tartu Ülikool, S. 9-10.

<sup>665</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimised 1992; 1995; 1999.

<sup>666</sup> Estnische Bezeichnung: Estnische Volksunion (Üb. d. A.).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Die nachfolgenden zwei Wahltermine, am 4. März 2007 und am 6. März 2011 zeigten mehr Stabilität in den Parteipräferenzen der Wähler. Beide Wahlen gewann die Reformpartei mit entsprechend 27,8% der Stimmen und 31 Sitzen im Jahr 2007 und 28,6% und 33 Sitze im Jahr 2011. Ebenso stabil sah die Verteilung der restlichen Sitze aus, die Zentrumspartei war bei beiden Wahlen die zweitstärkste Kraft mit 26,1% und 29 Sitzen in 2007 und 23,3% und 26 Sitzen in 2011, die neu formierte Union aus „Isamaa“ und „Res Publica“ („Isamaa“ ja „Res Publica“ Liit – IRL) kam auf Rang 3 mit 17,9% der Stimmen und 19 Sitzen im Jahr 2007, sowie 20,5% und 23 Sitzen in 2011. Auf Platz vier kam 2007 und 2011 die Sozialdemokratische Partei (SDE, ehemals „Möödukad“ – die „Moderaten“) mit entsprechend 10,6% (10 Sitze) und 17,1% (19 Sitze). Im Jahr 2007 kamen noch die Grünen, sowie die Volksunion mit jeweils 7,1% und 6 Sitzen ins Parlament. Im Jahr 2011 blieb es erstmals seit dem Systemwechsel bei nur vier Parteien im Riigikogu. Auch die Regierungsbildung blieb stabil: Der Vorsitzende der Reformpartei Andrus Ansip, der bereits die letzte Koalition im Jahr 2005 anführte, blieb Premierminister für die nachfolgenden Legislaturperioden. Der Koalition gehörten außer der Reformpartei von 2007 bis 2011 noch IRPL und SDE und ab der Legislaturperiode 2011 nur IRPL an. Bei der Wahl 2007 waren 897 243 Personen wahlberechtigt, 2011 waren es 913 346 Personen. Die Wahlbeteiligung lag entsprechend bei 61,91% und 63,53%. Es kam nach 2007 keine Partei ins Parlament, die explizit die russischsprachige Bevölkerung repräsentiert hätte.

### 4.5.3.2 Regierungskoalitionen und deren Positionen von 1995 bis 2011

In den Jahren 1995 bis 2007 wechselten die Regierungskoalitionen in Estland im Schnitt alle zwei Jahre. Die meisten Koalitionen hatten in ihren Programmen in unterschiedlichem Umfang Klauseln enthalten, die sich mit der ethnisch-nationalen Situation im Land beschäftigten.

Die erste Regierung unter Premier Tiit Vähi und den Koalitionspartnern KMÜ und Zentrumspartei bestand während der Zeit vom 17. April 1995 bis 6. November 1995. In ihrer Koalitionsvereinbarung stand: „Diejenigen Personen, die während der sowjetischen Okkupation gemäß der geltenden Gesetzgebung nach Estland umgesiedelt und keine Staatsbürger sind, sollen als Ausländer betrachtet werden.“<sup>667</sup> Demnach sollten die Personen, die die estnische Staatsangehörigkeit nicht annehmen wollten oder konnten, eine Aufenthaltserlaubnis beantragen dürfen. Ebenfalls sollten Ausländer mit einem Reisedokument ausgestattet werden, das die Freizügigkeit gewährleistet. Außerdem wurde die Rückkehr in die Heimatländer weiterhin unterstützt und ermutigt. Die Koalitionsvereinbarung der zweiten Regierung folgte dieser Linie.<sup>668</sup> Die dritte Regierung derselben Legislaturperiode bestand aus einer Koalition zwischen KMÜ und der Entwicklungspartei (Arengupartei) und hielt unter dem Premier Mart Siimann bis zum 25. März 1999. Die Koalitionsvereinbarung beinhaltete die Forderung nach der Lösung der

---

<sup>667</sup> Vabariigi Valitsus: Koonderakonna ja Maarahva Ühenduse ning Keskerakonna valitsuskoalitsiooni programmilised seisukohad (31.03.1995) (Üb. d. A.).

<sup>668</sup> Ebd.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

entstandenen gesellschaftlichen Spannungen. Die gesellschaftliche Integration der anderssprachigen Bevölkerung sollte vorangebracht werden. Zwar sollten die Prinzipien der Staatsbürgerschaft und Ausländergesetzgebung gleich bleiben, doch dies vor dem Hintergrund der Erziehung einer neuen national bewussten Generation. Die ethnischen Minderheiten sollten die Kultur und Bildung in eigener Muttersprache erhalten können. Internationale Konventionen zu ethnischen Minderheiten sollten erfüllt werden. Außerdem sollte das Amt des Lehrers der Staatssprache eingeführt werden, um das Niveau der estnischen Sprache bei russischsprachigen Schülern zu verbessern. Die Ausländerpässe sollten auf Antrag ausgehändigt werden.<sup>669</sup> Diese Koalitionsvereinbarung beinhaltete die bis dahin meisten Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration. Tatsächlich wurden unter dieser Regierung wichtige Schritte zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung getätigt. Am 31. März 1998 wurde die Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutus – MEIS) gegründet. Diese Stiftung wurde künftig zu einer der wichtigsten Anlaufstellen für Fragen zur Integration für die russischsprachige Bevölkerung. Am 10. Juni 1998 hat das Parlament das Dokument „Die Grundlagen der staatlichen Integrationspolitik zur Integration der Nicht-Esten in die estnische Gesellschaft“ („Eesti riikliku integratsioonipoliitika lähtekohad mitte-eestlaste integreerimiseks Eesti ühiskonda“) verabschiedet.<sup>670</sup> Darüber hinaus verabschiedete die Regierung am 2. März 1999, kurz vor den Wahlen, einen „Handlungsplan der Regierung zur Integration der Nicht-Esten in die estnische Gesellschaft“ („Mitte-eestlaste integratsioon Eesti ühikonda: Vabariigi Valitsuse tegevuskava“).<sup>671</sup> Damit wurden in dieser Regierungskoalition erstmals Schritte eingeleitet, die sich auf der konzeptionellen Ebene mit der nationalen Problematik in Estland beschäftigten.

Die nachfolgende Koalition unter Premier Mart Laar mit „Isamaa“, Reformpartei und „Möödukad“ hielt vom 25. März 1999 bis 28. Januar 2002. Die zugehörige Koalitionsvereinbarung enthielt relativ viele Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration. Unter dem separaten Kapitel „Rahvuspoliitika ja Kodakondsuspoliitika“ („Nationale Politik und Staatsangehörigkeitspolitik“) wurde als erstes festgehalten, dass das oberste Prinzip die Bewahrung der estnischen Kultur und Sprache über Jahre hinaus ist. Gleichzeitig sollten die Interessen aller Bewohner Estlands geschützt werden, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion, Sprache oder Staatsangehörigkeit. Die bestehenden Prinzipien der Staatsbürgerschafts- und Ausländergesetzgebung sollten aber nicht geändert werden. Unter dieser Prämisse wurde erklärt, dass eine stabile und loyale Bürgerschaft durch gesellschaftliche Integration der in Estland lebenden Ausländer erreicht werden kann und soll. Die Schulen, deren Unterrichtssprache nicht Estnisch war, sollten dem allgemeinen estnischen Bildungssystem angepasst werden, so dass russischsprachige Schüler das sprachliche Niveau der Staatsbürgerschaftsprüfung erreichen können.<sup>672</sup> Die Gymnasien soll-

<sup>669</sup> RT I 1997, 46, 766 Valitsuse tegevuse põhieasmärkide kinnitamine 1997. ja 1998. aastaks.

<sup>670</sup> RT I 1998, 57, 866.

<sup>671</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühikonnas 2000-2007“ 14.03.2000. S. 4.

<sup>672</sup> Im estnischen Bildungssystem existieren drei Stufen: Grundschule (Põhikool) (1.-9. Klasse), Mittelschule oder Gymnasium (Keskool / Gümnaasium) (10.-12. Klasse) und Hochschule (Kõrgkool). Die Grundschule bis zur 9. Klasse ist verpflichtend und gilt als erster berufsfähiger Schulabschluss. Im Schuljahr 1997/98 gab es insgesamt 1194 Schulen in Estland (in den Städten und auf dem Land). Davon lehrten 119 mit nur russischer Unterrichtssprache und weitere 33 mit Unterricht auf Russisch und Estnisch. Vgl.



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

ten zur vorgesehenen Zeit zur estnischen Unterrichtssprache übergehen, aber dennoch sollte die Möglichkeit erhalten bleiben die eigene Sprache und Kultur im Rahmen des Schulprogramms zu erhalten. Die Ausländer sollten nach Vorstellung der Koalition besser über das Geschehen in der estnischen Politik und Gesellschaft informiert werden, was unter anderem mittel verbesserten Kontaktes bereits im Jugendalter geschehen sollte. Gleichzeitig stand die Regierung für den Erhalt von Estnisch als Staatssprache auf allen Ebenen. Das Amt des Ministers für Bevölkerungsfragen ohne Portfolio sollte ein Büro in Ida-Virumaa –dem Landkreis mit der höchsten Anzahl an Ausländern – erhalten.<sup>673</sup> Viele dieser Vorhaben wurden umgesetzt. Die Schulreform wurde von der nächsten Regierung am 5. August 2005 beschlossen, mit der „Strategie zur Entwicklung der estnischen Sprache 2004 bis 2010“.<sup>674</sup> Ebenfalls wurde von der Regierung unter Mart Laar am 14. März 2000 das staatliche Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ (Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“) verabschiedet. Dieses Dokument enthielt konkrete Maßnahmen zur Integration der russischsprachigen Bevölkerung für den genannten Zeitraum.<sup>675</sup> Wegen einer Regierungskrise infolge einiger Wirtschaftsskandale (u.a. Privatisierung der Estnischen Eisenbahn) fiel die Regierungskoalition am 28. Januar 2002 auseinander. In der bis zu den Parlamentswahlen verbliebenen Zeit regierte eine neue Koalition aus der Reformpartei und der Zentrumspartei, zum Premierminister wurde der Vorsitzende der Reformisten, Siim Kallas, gewählt. Die Koalitionsvereinbarung enthielt keine Bestimmungen zur ethnischen bzw. nationalen Frage.<sup>676</sup>

Die nächste Regierung wurde von einer neuen konservativen Kraft „Res Publica“ geleitet unter der Führung des Premierministers Juhan Parts. Die Koalitionsvereinbarung von „Res Publica“, der Reformpartei und der Volkunion verpflichtete sich dem Schutz und der Förderung der estnischen Sprache und Kultur als Grundlage des estnischen Staates.<sup>677</sup> Die Prinzipien bei der Vergabe der Staatsbürgerschaften und die Regelungen zur estnischen Sprache sollten bestehen bleiben. Mit der Sozialpolitik sollte die Verbundenheit andersstämmiger Bewohner mit Estland als Heimat gesteigert werden. Die Koalition ging nach zwei Jahren in die Brüche.<sup>678</sup> Unter anderem versetzten die Ereignisse um das „Denkmal von Lihula“ dem Rücktritt den entscheidenden Schub.<sup>679</sup>

---

hierzu: Gries, Jürgen (u.a.) (2005): Bildungssysteme in Europa. Kurzdarstellungen. Berlin: ISIS Berlin. S. 22; Sulg, Ülle (1998): Muulaste integreerimine Eesti ühiskonda läbi hariduspoliitiliste valikute. Tartu: Tartu Ülikool, S. 6.

<sup>673</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Isamaaliidu ja Mõõdukate Koalitsioonilepe (1999).

<sup>674</sup> Haridus- ja Teadusministeerium: Eesti keele arendamise strateegia., keelepoliitika. S. 7.

<sup>675</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“ 14.03.2000.

<sup>676</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Keskerakonna ja Eesti Reformierakonna Koalitsioonileping (2002).

<sup>677</sup> Vabariigi Valitsus: Ühenduse Vabariigi Eest-Res Publica, Eesti Reformierakonna ja Eestimaa Rahvaliidu koalitsiooni tegutsemise põhimõtted (2003).

<sup>678</sup> Eesti Päevaleht: „Juhan Parts valitsus astus tagasi“ 24.03.2005.

<sup>679</sup> Mit dem Denkmal wurde in einer estnischen Kleinstadt am 20. August 2004 eine Statue für die Soldaten des Zweiten Weltkrieges errichtet, die auf Seite der Deutschen Wehrmacht gegen das Sowjetrußland gekämpft hatten. Wie im Zusammenhang mit der Identität näher erläutert wird, wurde das heftig umstrittene Monument auf Anweisung der Regierung am 2. September 2004 entfernt, was zu kontroversen Meinungen in der Bevölkerung und den Regierungskreisen geführt hat. ERR Uudised: „Lihula sammas võeti valitsuse korraldusel maha“ 02.09.2004. <http://uudised.err.ee/v/5b12c3b5-b146-49d6-8477-67d6af840d5d> (Abgerufen am 11.10.2013).



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Die verbliebene Zeit bis zu den Parlamentswahlen am 4. März 2007 übernahm eine Koalition aus der Reformpartei, der Zentrumspartei und der Volksunion. Der Vorsitzende der Reformpartei, Andrus Ansip, sollte für die nächsten drei Legislaturperioden als Premierminister im Amt bleiben. Die erste Koalitionsvereinbarung unter Ansip beinhaltete Regelungen zur Kompensation der Kosten für Estnisch-Sprachkurse bei erfolgreich abgelegter Prüfung, was auch schon in der vorangegangenen Koalitionsvereinbarung stand. Dafür sollte genügend qualifiziertes Lehrpersonal ausgebildet werden. Ferner sollte eine Untereinheit des Bildungsministeriums gebildet werden, die sich mit Fragen der Minderheiten beschäftigen sollte.<sup>680</sup>

Nach den Parlamentswahlen am 4. März 2007 bildete sich die Regierungskoalition aus der Reformpartei, der Union aus „Isamaa“ und „Res Publica“ (IRL), sowie der Sozialdemokratischen Partei. Diese Koalitionsvereinbarung beinhaltete das Gebot, die estnische Sprache zu schützen, und deren Verbreitung voranzutreiben. Die Aneignung der Sprache sollte für alle zugänglich gemacht werden. Das Programm des „Sprachtauchens“ („Keelekümbus“) sollte erweitert werden.<sup>681</sup> Die Sprachinspektion („Keeleinspektion“) sollte in ihrer Arbeit, die korrekte und gesetzesgemäße Nutzung der estnischen Sprache in den öffentlichen Ämtern zu kontrollieren, unterstützt werden. Ungeachtet der Nationalität sollten jedem die gleichen Möglichkeiten und Rechte ermöglicht werden. Entsprechend rief die Koalition alle dauerhaft in Estland lebenden Personen auf, die estnische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Einen derartigen Aufruf hatte keine Regierung zuvor getätigt. Die Vorhaben dieser Koalition stellten den bis dahin ausführlichsten Katalog der Regierungsmaßnahmen zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung dar. Dennoch waren einige konkrete Maßnahmen der Regierung von Andrus Ansip umstritten: So wurde der Posten des Ministers für Bevölkerungsfragen am 21. Mai 2009 gestrichen und die Aufgaben zwischen dem Sozial-, Kultur-, Regional- und Bildungsministerium aufgeteilt. Offizieller Grund waren die unzufrieden stimmenden Ergebnisse der Arbeit.<sup>682</sup> Außerdem erlebte diese Regierung auch die turbulenteste Zeit in den interethnischen Beziehungen in Estland, als der „Bronze-Soldat“ am 27. April 2007 von der Tallinner Innenstadt auf den Kriegsgefallenenfriedhof transportiert wurde. Die unmittelbare Folge waren schwere Krawalle in der Tallinner Innenstadt mit Toten und Verletzten. Langfristige Folgen waren unter anderem die Verschärfung der Beziehungen zu Russland sowie die Erkenntnis, dass die ethnischen Spannungen im Land bis dahin noch weit davon entfernt waren, gelöst zu sein.<sup>683</sup>

Auch das Regierungsprogramm der Koalition aus Reformpartei und der Union „Res Publica“ mit „Vaterland“ beinhaltete zahlreiche Vorhaben zur Integration der Andersstämmigen in Estland. Zum Thema Bildung hat sich die Koalition vorgenommen, die Schulreform mit dem Übergang der russischsprachigen Schulen zum estnischen Unterricht zu Ende zu führen. Ebenfalls sollten Lehrer, die in Ida-Virumaa auf Estnisch Schul-

---

<sup>680</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Eesti Keskerakonna ja Eestimaa Rahvaliidu koalitsioonilepe (2005).

<sup>681</sup> Bei „Keelekümbus“ handelt es sich um die im Jahr 1998 gestartete Strategie der sprachlichen Vorbereitung ausländischer Kinder parallel zum normalen Schulunterricht. Die Unterrichtssprache ist sowohl Estnisch als auch Russisch.

<sup>682</sup> Eesti Päevaleht: „Rahvastikuminister Palo töökohustused jagatakse“ 02.06.2009.

<sup>683</sup> Auch dieser Vorfall wird im Kapitel „Die Rolle der Identität“ näher erläutert.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

unterricht geben, 30% mehr Gehalt bekommen. Ausführlich befasste sich das Programm mit dem neuen Begriff „Lõimumine“, was so viel wie „Verflechtung“ bedeutet. Dieser Begriff wird seitdem in der estnischen Politik und dem öffentlichen Diskurs bedeutungsgleich mit der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung verwendet. Von der vorangegangenen Regierung von Andrus Ansip wurde dazu am 10. April 2008 die institutionelle Strategie „Lõimumiskava 2008-2013“ verabschiedet. Dieses Dokument ist der Nachfolger des staatlichen Programms „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“. Diesmal enthielt die Koalitionsvereinbarung also direkte Maßnahmen zur gesellschaftlichen „Verflechtung“, allen voran die Einsicht, dass die sprachliche und kulturelle Vielfalt in Estland eine Bereicherung für das Land sei. Diese Herangehensweise stellt ein Novum dar. Die staatliche „Verflechtungsstrategie“ sollte demnach folgende Reformen beinhalten: Nachhaltige Aneignung der estnischen Sprache, damit alle Bewohner Estlands auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Der Stellenmarkt sollte mithilfe der Integrationsstiftung und den Kommunalen Verwaltungen zugänglicher gemacht werden, bzw. es sollte ein aktiver Austausch zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt stattfinden. Generell sollten alle, auch Menschen mit Behinderungen oder Senioren an der gesellschaftlichen Integration teilhaben können. Die Kommunikation zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen sollte gestärkt werden, ebenfalls mithilfe von MEIS. Information sollte mehrsprachig zugänglich sein. Diese Grundsätze sind ebenfalls ein Novum. Die Wahl der Staatsbürgerschaft sollte nach wie vor jedem frei überlassen bleiben, doch an den geltenden Normen wurde festgehalten. Gleichzeitig sollte der Informationsgrad der Ausländer über die Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft verbessert werden. Neu war auch, dass den frisch eingebürgerten Personen besondere Aufmerksamkeit und Hilfe geboten werden sollte, um ihre Einfügung in die Gesellschaft zu unterstützen.<sup>684</sup> Bis dahin hatte sich die herrschende Elite am Grundsatz orientiert, dass es in der Verantwortung der russischsprachigen Minderheit liege, sich zu integrieren. Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die letzte Regierungskoalition die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung am ausführlichsten und konstruktivsten behandelt hat. Vor allem beinhaltete das Programm neue Grundsätze wie den Zugang zum Arbeitsmarkt, Unterstützung nach der Einbürgerung sowie verbesserte Kommunikation zwischen den ethnischen Gruppen.

##### 4.5.3.3 Das Amt des Ministers für Bevölkerungsfragen

In der ersten Regierung nach den freien Parlamentswahlen war der Posten des Ministers für Bevölkerungsfragen bis 8. November 1994 besetzt. In den nachfolgenden Kabinetten von den Premierministern Andres Tarand und Tiit Vähi war der Ministerposten allerdings nicht vorgesehen. Mart Siimann hat den Posten ohne Portfolio am 17. März 1997 wieder in sein Kabinett aufgenommen und er blieb bis zum 21. Mai 2009 bestehen, als

---

<sup>684</sup> Vabariigi Valitsus: Erakonna Isamaa ja Res Publica Liit ning Eesti Reformierakonna Valitsusliidu Programm (04.04.2011)

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

seine Aufgaben zwischen dem Sozial-, Kultur-, Regional- und Bildungsministerium aufgeteilt wurden. Die Hauptaufgaben des Ministers für Bevölkerungsfragen bestanden in der Kommunikation zwischen der Regierung und den größten ethnischen Minderheitengruppen – allen voran der russischsprachigen – sowie die Verhinderung von ethnisch-national basierten Konflikten.

Der erste russischstämmige Minister in diesem Amt, Artur Kuznetsov, sah als wichtigste Maßnahme die Versöhnung der in Estland lebenden Russen und Esten. Er betonte, dass die Russen über die Regierungstätigkeit informiert sein müssten und nicht verunsichert werden sollten. Gleichzeitig betonte er, dass es auch für die Esten wichtig sei, Sicherheit bezüglich der Zukunft ihrer Kultur und Sprache zu haben. Wichtig war seiner Meinung nach, dass der Bevölkerungsminister keine rein politische Figur ist. Seine wichtigste Aufgabe sollte demnach sein, wissenschaftliche Ressourcen zu mobilisieren, um die nationalen Beziehungen analysieren zu können. Die Politisierung der ethnischen Beziehungen sollte seiner Meinung nach aufhören, nur so könnte ein Dialog stattfinden. Viele der ethnischen Probleme waren laut dem Minister Kuznetsov künstlich erschaffen.<sup>685</sup>

Die Nachfolgerin des Ministers Kuznetsov wurde die Sozialwissenschaftlerin Klara Hallik. Auch ihre Position beinhaltete eine Völkerverständigung als wichtigstes Ziel der staatlichen Integrationspolitik. Ihre Ansicht – man solle aufhören die russischsprachige Bevölkerung als unangenehmes Überbleibsel aus der Sowjetzeit zu betrachten – charakterisiert ihre politische Position sehr gut.<sup>686</sup> Die Ministerin Andra Veidemann, von 1997 bis 1999 im Amt, sagte, dass die estnische Nation noch zu klein sei, um eine Assimilation zu ermöglichen. Der einzig mögliche Weg sei es, zusammen zu existieren, gemeinsame Interessen zu finden, und zu lernen sich gegenseitig zu akzeptieren.<sup>687</sup> Die Ministerin Katrin Saks, von 1999 bis 2002 im Amt, betonte stets, dass die gegenseitige Verständigung als Schlüssel für die gesellschaftliche Integration anzusehen sei, weshalb die Ministerin eine Befürworterin des stufenweisen Überganges der russischsprachigen Bildungseinrichtungen zur estnischen Sprache war.<sup>688</sup> Auch Eldar Efendijev, der von 2002 bis 2003 im Amt war, betonte, dass das gegenseitige Vertrauen für die gegenseitige Verständigung maßgeblich sei. Dabei hat er Estland und Narva als die Parteien gesehen, die sich einander nähern müssten.<sup>689</sup> Der Bevölkerungsminister Paul-Erik Rummo, der von 2003 bis 2007 im Amt war, sah seine Aufgaben als Minister nicht nur in der Integration der russischsprachigen Bevölkerung, sondern ebenfalls in der Unterstützung der im Ausland lebenden Esten. Er war großer Verfechter des „Sprachtauchen“-Programms und hat die Herausarbeitung des Folgeprogramms für „Integration in der estnischen Gesellschaft 2002-2007“ unterstützt. Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Regierungstätigkeit für das Jahr 2004 gab Minister Rummo an, dass die Unterstützung der Regierung innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung gestiegen sei. Außerdem seien bei Kin-

<sup>685</sup> Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990 (Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärg, 23.-26. aprill 1990). o. S.

<sup>686</sup> Raudnask, Valve (2005): „Klara Halliku karmid valikud“ Elukiri 1/2005.

<sup>687</sup> Sotsiaaldemokraatlik Erakond: „Andra Veidemannist. Usuga üleminekuperioodil“ 09.05.2013.

<sup>688</sup> Saks, Katrin: „Minister Lukas õhutat rahvusgruppide vahelist vaenu“ <https://katrinsaks.wordpress.com/2008/10/12/minister-lukas-ohutat-rahvusgruppide-vahelist-vaenu/> 12.10.2008 (Abgerufen am 12.10.2013).

<sup>689</sup> Eesti Päevaleht: „Minister Efendijev pooldab mosee ehitamist“ 29.01.2002.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

dern und Jugendlichen dank des „Sprachtauchens“ wesentlich bessere Estnischkenntnisse nachgewiesen worden, so der Minister.<sup>690</sup> Schließlich beschäftigte sich die letzte Ministerin im Amt, Urve Palo, hauptsächlich mit der Beobachtung der ethnischen Situation im Land sowie der Erarbeitung der integrationspolitischen Positionen und Empfehlungen.<sup>691</sup>

Zum Beschäftigungsbereich des Ministeriums gehörte auch die Regionalarbeit, ein Lokalbüro lag im Landkreis Ida-Virumaa. Auch dieses wurde 2009 nach der Auflösung des Ministerpostens geschlossen. Die letzte Vertreterin des Ministers in diesem Büro, Kaja Tokka, war entsprechend enttäuscht, da das Büro ihrer Meinung nach einen wichtigen Beitrag zur Integration geleistet hatte. Nicht nur wurden durch das Büro die Maßnahmen der Regierung und neue Regelungen den Bürgern den Bewohnern nahe gebracht, auch Jugend- und Sozialarbeit wurde durch das Büro betrieben. Die Mitarbeiter des Büros haben zudem die Meinung geäußert, dass die Regierung nur dann sinnvolle Integrationsmaßnahmen ergreife, wenn die „Russen Krawall anfangen“.<sup>692</sup> Als der Posten 2009 aufgelöst wurde, gingen die integrationspolitischen Aufgaben hauptsächlich an das Innenministerium und das Kulturministerium. Obwohl die neue Koalition stets betonte, dass die Aufgaben lediglich verlegt und dennoch erfüllt werden, war öffentlich eine gewisse Unzufriedenheit zu spüren. Auch haben Kritiker der Abschaffung betont, dass der Posten lediglich aus Spargründen abgeschafft worden sei.<sup>693</sup>

Zwar wurden nur wenige Maßnahmen und Vorschläge der Amtsinhaber tatsächlich umgesetzt, dennoch hatte die russischsprachige Bevölkerung mit dem Posten einen Vertreter in der Regierung, der sich ihrer Probleme annahm oder sich zumindest deren Existenz bewusst war. Bis heute ist der Posten nicht erneut besetzt, bzw. geschaffen worden.

### 4.5.3.4 Fazit: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung nach 1992 auf der Regierungsebene

Mit der Wahl des Wahlbündnisses „Unsere Heimat ist Estland!“ (MKOE) im Jahr 1995 waren seitens der russischsprachigen Bevölkerung große Hoffnungen verbunden. Diese Hoffnungen wurden vier Jahre später erneut in die Wahl der EÜRП gesteckt – zur Mitbestimmung bei der Gesetzgebung waren deren Vertreter im Parlament wichtig. Allerdings haben die Vorschläge der Vertreter dieser Parteien keine Auswirkung auf die Gesetzgebung gezeigt. Die Vermutung liegt nahe, dass die EÜRП und VEE aufgrund des Ausbleibens der politischen Erfolge nach 1999 nicht mehr über die Fünf-Prozent-Hürde kamen. Da man außerdem stark davon ausgehen kann, dass diese Parteien ausschließlich von der russischsprachigen Bevölkerung gewählt wurden, zeigen die Ergebnisse der Wahlen, dass diese Wählergruppe ihre Präferenzen auf andere Parteien übertragen hat. Dies geschah

---

<sup>690</sup> Reformierakond: „Rahvatikuminister Paul-Eerik Rummo: rahvusvähemused toetavad valitsust järjest rohkem“. Pressikonverents, Stenboki maja 28.12.2004.

<sup>691</sup> Postimees: „Rahvastikuministri ülesanded jagati nelja ministeeriumi vahel“ 11.06.2009.

<sup>692</sup> Põhjarannik: „Rahvastikuministri büroo kohalik esindus kaob“ 13.06.2009.

<sup>693</sup> Postimees: „Rahvastikuministri ülesanded jagati nelja ministeeriumi vahel“ 11.06.2009.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

sowohl auf der gesamtstaatlichen als auch auf der kommunalen Ebene, wie später näher erläutert wird.

Was die Partei- und Regierungsprogramme angeht, so sind hier einige interessante Ergebnisse zu sehen. Die Koalitionsvereinbarung der Regierung von Tiit Vähi, die nach den zweiten freien Parlamentswahlen am 5. März 1995 an die Macht kam, beinhaltete lediglich die Klausel, dass das bis dahin geltende Recht nicht geändert werden sollte. Dagegen nahm der Premier Mart Siimann die Integration der russischsprachigen Bevölkerung ernster. In dieser Regierung war der Posten des Bevölkerungsministers besetzt, ebenfalls wurde die Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitte-estlaste Integratsiooni Sihtasutus – MEIS) gegründet. Außerdem hat diese Regierung erstmals die Grundlagen der staatlichen Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten mit entsprechenden Dokumenten festgelegt. Diese Grundlagen wurden von der Regierung von Mart Laar mit dem staatlichen Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ fortgeführt. Auch sonst enthielt die Koalitionsvereinbarung der Regierung von Mart Laar überraschend viele Vorhaben zur gesellschaftlichen Integration von Ausländern, angesichts der national-konservativen Ausrichtung seiner Partei. Die 2005 verabschiedete Schulreform kann allerdings wieder als Zeichen einer konservativen Politik gelten: Die Umstellung der russischsprachigen Schulen auf die estnische Unterrichtssprache wurde von Kritikern als Angriff auf die russische Kultur in Estland gesehen. Doch eigentlich steht diese Reform im Einklang mit dem Gebot, die estnische Sprache und Kultur für alle zugänglich zu machen, die von allen bisherigen Koalitionen als wichtiges Ziel definiert wurde. Insofern kann hier von der Fortführung der vorgegebenen *policy* gesprochen werden.

Die Regierungskoalitionen von 2002 bis 2007 haben die gesellschaftliche Integration nicht unter ihren primären Zielen gesehen. Erst die Regierung von Andrus Ansip im Jahr 2007 hat die Problematik wieder in ihre Zielvereinbarung aufgenommen. Vor allem die Sprachkenntnisse wurden in den Vordergrund gehoben, sei es durch das „Sprachtauchen“ oder durch den Aufruf die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Als einzige negative Integrationsmaßnahme kann die Abschaffung des Postens des Ministers für Bevölkerungsfragen im Jahr 2009 gesehen werden, auch angesichts der Unruhen in Tallinn im Frühling 2007. Die Krawalle haben zu der damaligen Zeit die ungelösten ethnischen Probleme in Estland auf die Tagesordnung gebracht. Das Vorgehen der Regierung wurde öffentlich ebenso kritisiert wie das Verhalten der Demonstranten. Doch es scheint, als hätten diese Ereignisse dafür gesorgt, dass ein Umdenken im Umgang mit der ethnischen Frage in Estland eingeleitet wurde. Zumindest kann das anhand des Regierungsprogramms der nachfolgenden Regierung von Andrus Ansip aus dem Jahr 2011 behauptet werden. Diese beinhaltet die bisher ausführlichsten Vorhaben zur Integrationspolitik und zur Herstellung einer einheitlichen Gesellschaft in Estland. Als Leitsatz kann hier dienen, dass die ethnische Vielfalt als eine Bereicherung für die estnische Gesellschaft gesehen wird: „Lisaks eestlastele kui põhirahvusele elab siin hulgaliselt muu rahvuslik-kultuurilise taustaga ja erasuhetes teisi keeli kasutavaid inimesi. Valitsusliit näeb mitmekesisuses rikastavat võimalust Eesti eduks ja arenguks.“<sup>694</sup>

---

<sup>694</sup> Vabariigi Valitsus: Erakonna Isamaa ja Res Publica Liit ning Eesti Reformierakonna Valitsusliidu Programm (04.04.2011).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

(„Außer Esten als Hauptnation lebt hier eine Vielzahl an Menschen, die einen anderen national-kulturellen Hintergrund haben und im Alltag eine andere Sprache verwenden. Die Regierungskoalition sieht die Vielfalt als eine bereichernde Chance für den Erfolg und die Entwicklung von Estland“, Üb. d. A.).

Diese grundsätzliche Entwicklung lässt vermuten, dass ein Umdenken bereits stattgefunden hat bzw. in der jetzigen Zeit stattfindet. Zumindest scheint die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung eine bedeutende Stelle in der *policy* der Entscheidungsträger einzunehmen. Eine Bewegung „von oben“ scheint somit in den Ansätzen aktuell mehr vorhanden zu sein als es seit den Anfängen der Demokratisierung bzw. der demokratischen Konsolidierung der Fall war.

### 4.5.4 Gesetzliche Regelungen zur Staatsbürgerschaft, Sprache, Bildung und zu Ausländern

#### 4.5.4.1 Relevanz der Repräsentation bei der Gesetzgebung

In der Zeit zwischen 1992 und 2011 wurden wichtige Gesetze verabschiedet, die die rechtliche, gesellschaftliche und politische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung maßgeblich beeinflusst haben. Die erste Parlamentszusammensetzung einigte sich auf die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Staatsbürgerschaft, aufgrund des als halb-frei geltenden entscheidungsfindenden Gremiums, welches das „alte“ Gesetz verabschiedet hatte. Ähnlich verhielt es sich mit dem Gesetz zur Sprache, das sogar noch von dem letzten Obersten Sowjet der estnischen SSR, also einer autoritären Versammlung, verabschiedet wurde und damit nicht mit der demokratischen Gesetzgebung des unabhängigen Estland vereinbar war. Die Notwendigkeit der Verabschiedung eines Ausländergesetzes vom 8. Juli 1993 wurde offensichtlich, nachdem das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 1992 eine Vielzahl an Ausländern, bzw. Einwohnern ohne klare Staatsbürgerschaft hervorgebracht hatte. Das aktive Wahlrecht auf Kommunalebene wurde den Ausländern bereits von der Verfassung eingeräumt, das entsprechende Gesetz wurde am 19. Mai 1993 verabschiedet. Die ersten Fassungen all dieser Gesetze wurden von dem ersten frei gewählten Parlament verabschiedet. Das bedeutet, dass die russischsprachige Bevölkerung keine Repräsentanten im Riigikogu hatte, während diese Gesetze verabschiedet wurden und somit keinen Einfluss auf deren Gestaltung ausüben konnte.

### 4.5.4.2 Das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1995 und dessen Ergänzungen

Am 19. Januar 1995 wurde das überarbeitete Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, das bis heute mit kleineren Änderungen in Kraft ist. Die wichtigsten Änderungen gegenüber dem Gesetz aus dem Jahr 1992 lauten wie folgt:<sup>695</sup>

- Die Dauer des dauernden Aufenthaltes wurde auf fünf Jahre erhöht, wobei der Daueraufenthalt erst nach fünf Jahren temporären Aufenthaltes gewährt werden konnte.<sup>696</sup> Dies betraf allerdings nicht diejenigen, die bereits vor dem Inkrafttreten des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft dauerhaft in Estland wohnhaft waren.
- Zusätzlich zu einem Nachweis über die Kenntnisse der estnischen Sprache mussten Antragsteller von nun an die Prüfung zur Verfassung und zum Gesetz zur Staatsbürgerschaft ablegen. Die Prüfung erfolgte auf Estnisch.
- Ein Treueid musste abgelegt werden.<sup>697</sup>

Das Gesetz wurde in Rekordzeit verabschiedet, nur drei Wochen hat das Parlament für die Lesungen gebraucht. In Kraft ist es am 1. April 1995 getreten. Zwischen 1995 und 1998 haben Abgeordnete des MKOE einige Änderungsvorschläge zum neuen Gesetz ins Parlament gebracht, die allerdings zunächst nicht beachtet wurden. Am 8. Dezember 1998 wurde dennoch eine Reihe von Änderungen verabschiedet, die notwendig wurden, nachdem sich die Situation mit Nicht-Staatsbürger immer weiter zuspitzte. Die wichtigste davon betraf Kinder unter 15 Jahren, die nach dem 26. Februar 1992 geboren wurden und deren Eltern staatenlos waren. Diese Kinder durften nun die Staatsbürgerschaft auf Antrag der Eltern durch Einbürgerung erlangen. Die Eltern des Kindes sollten zum Zeitpunkt des Antrages mindestens fünf Jahre legal in Estland gelebt haben.<sup>698</sup>

Eine Reihe weiterer Änderungen wurde in den Jahren 2000 bis 2006 verabschiedet. So wurden mit der Ergänzung vom 14. Juni 2000 erwachsene berufsunfähige Personen, sowie Personen mit Behinderungen ersten oder zweiten Grades von der Sprach- und Gesetzesprüfung befreit.<sup>699</sup> Die Gesetzesänderung vom 10. Dezember 2003 beinhaltete die Erstattung der Kosten für erfolgreich bestandene Sprachprüfungen zwecks Erlangung der Staatsbürgerschaft in vollem Umfang.<sup>700</sup> Schließlich verkürzte die Änderung vom 11. Februar 2004 die Dauer des erforderlichen Aufenthaltes nach der Antragstellung auf sechs Monate statt wie früher einem Jahr.<sup>701</sup> Innerhalb von 10 Jahren nach dem ersten Gesetz zur Staatsbürgerschaft wurden somit einige Regelungen geschaffen, die den Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtern sollten. Doch es wurden weder die Anforderungen an die Sprachkenntnisse gelockert, noch wurde die Prüfung zur Gesetzgebung abgeschafft, wie von vielen nationalen und internationalen Parteien gefordert.

---

<sup>695</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 87.

<sup>696</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 120.

<sup>697</sup> Vgl. RT I 1995, 12, 122. Kodakondsuse seadus [(§ 6)] (Üb. d. A.).

<sup>698</sup> Vgl. RT I 1998, 111, 1827. Kodakondsuse seaduse §-de 13, 15, 18, 19, 21, 23, 28, 29 ja 32 muutmise ning §-ga 14<sup>1</sup> täiendamise seadus [(§ 13)] (Üb. d. A.).

<sup>699</sup> Vgl. RT I 2000, 51, 323. Kodakondsuse seaduse §-de 34 ja 35 muutmise seadus [(§ 35)] (Üb. d. A.).

<sup>700</sup> Vgl. RT I 2003, 82, 550. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus [(§ 8 und § 36)] (Üb. d. A.).

<sup>701</sup> RT I, 2004, 12, 80. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus [(§ 6 und § 19)] (Üb. d. A.).



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Aus dem Stenogramm des Riigikogu am Tag der letzten Lesung des Gesetzesentwurfs und seiner Verabschiedung im Januar 1995 ist ersichtlich, dass die Positionen der Abgeordneten hinsichtlich der Regelungen geteilt waren: Die konservativen Fraktionen ERSP und auch „Sõltumatud“ waren der Ansicht, dass die Bestimmungen des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft weiter verschärft werden sollten. Hauptsächlich sollte damit die Situation abgewendet werden, wonach viele sowohl die russische als auch die estnische Staatsbürgerschaft beansprucht hätten.<sup>702</sup> Diese Befürchtung beruhte auf der Tatsache, dass Russland die Listen seiner Staatsbürger nicht an die estnischen Behörden weiterleitete. So konnte eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht überprüft werden. Außerdem wurden während der Debatte die Fragen der Ehegatten angesprochen, die gesetzesgemäß die Staatsbürgerschaft bei Heirat mit einem estnischen Staatsbürger nicht annehmen konnten. Diese Regelung blieb bestehen. Zusätzlich debattierten die Parlamentarier über den verfassungsgemäßen Unterschied zwischen angeborenen Staatsbürgern und eingebürgerten Personen, welche bereits, wie bereits beschrieben, in der Verfassung verankert war. Die Parlamentarier kamen zum Schluss, dass die Staatsbürgerschaft nach Geburt einer Person nicht weggenommen werden kann. Bei einer eingebürgerten Person kann dies dagegen in einer Reihe von Fällen getan werden (geregelt in § 28 des Gesetzes).<sup>703</sup> Normativ betrachtet stellt diese Unterscheidung eingebürgerte Personen somit rechtlich schlechter als eingeborene Staatsbürger. Aus dieser Debatte wird ersichtlich, dass die größte Gefahr für Estland nach Meinung der Gesetzgeber in der Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft bei der russischsprachigen Bevölkerung bestand. Dies wurde, wie bei vielen Debatten, als Gefahr für die estnische Staatlichkeit gesehen. Der Vorsitzende der Gesetzeskommission, Mart Nutt, brachte einen wichtigen Punkt in die Debatte ein: Auf die Frage, warum die russischsprachige Bevölkerung, auch die mit der russischen Staatsbürgerschaft, es nicht eilig habe aus Estland wegzuziehen, antwortete er:<sup>704</sup>

„...Ma arvan, et Eestis on hea elada.“ (Ich glaube, es ist schön/gut, in Estland zu leben, Üb. d. A.)

Zudem betonte er in einer der vielen Stellungnahmen an dem Tag, dass die gesellschaftliche Integration in Estland auf jeden Fall der Staatsbürgerschaft vorausgehen müsse. Das Vorhaben des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft sei es nicht jemanden zu demütigen oder zu schikanieren. Wichtig sei nicht die Staatsbürgerschaft, sondern die Loyalität und Integration, die nicht von der Staatsbürgerschaft abhängen würden. Damit reihte sich die Gesetzeskommission des Jahres 1995 an die vorausgegangenen Debatten zur Staatsbürgerschaft, wonach diese als „Krönung“ der erfolgreichen gesellschaftlichen Integration gelten sollte.

---

<sup>702</sup> VII riigikogu stenogramm. VI istungjärk. 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise järkamine. (Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995).

<sup>703</sup> RT I 1995, 12, 122. Kodakondsuse seadus (Üb. d. A.).

<sup>704</sup> Vgl. VII riigikogu stenogramm. VI istungjärk. 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise järkamine. (Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995).



### 4.5.4.3 Das Ausländergesetz

Infolge des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 entstanden demokratiertechnisch betrachtet zwei gesellschaftliche Gruppen: die Staatsbürger und die Nicht-Staatsbürger. Im Laufe des ersten Jahres nach dem paradigmatischen Umbruch im Jahr 1992 spaltete sich die zweite, überwiegend russischsprachige Gruppe, nach Status bzw. Anschauung. Einige hatten direkt die estnische Staatsbürgerschaft beantragt, andere entschieden sich für die russische Staatsbürgerschaft, die auf Antrag erhalten werden konnte.<sup>705</sup> Eine weitere Gruppe blieb staatenlos, bis zum Jahr 1993 ohne gültigen Ausweis, da die alten sowjetischen Pässe ungültig geworden waren. Nach den Parlamentswahlen 1992, als „Isamaa“ stärkste Kraft wurde und die Regierungskoalition anführte, wurden alle nicht-rechtmäßigen Staatsbürger sowie Bürger anderer Staaten rechtlich als „Ausländer“ definiert, die eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beantragen mussten.<sup>706</sup> Dies geschah auf Grundlage des am 8. Juli 1993 verabschiedeten Ausländergesetzes. Wie Aleksei Semjonow anmerkte, war die Situation rund um die Gesetzgebung zu Ausländern in den 1990er Jahren sehr kompliziert und verursachte viele Missstimmungen in der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>707</sup> Ebenso hagelte es Kritik seitens der OSZE, weil der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen, Max van der Stoel, die neue konzeptionelle Auffassung der Personen, die bereits seit Jahrzehnten in Estland wohnhaft waren, als Ausländer nicht begrüßte.<sup>708</sup> Da die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft eine andere Möglichkeit aber nicht zuließ, musste der Status der großen Gruppe der Nicht-Staatsbürger legalisiert werden, so sah es die estnische Regierung.<sup>709</sup> Hier sollen deswegen nur die wichtigsten Bestimmungen und Änderungen dargelegt werden, die den rechtlichen Status eines großen Teils der russischsprachigen Bevölkerung betrafen.

Die erste Version des Gesetzes hatte bereits für Probleme gesorgt, denn sie widersprach teilweise anderen Gesetzen und der Verfassung, indem sie Ausländern einige Rechte verwehrte.<sup>710</sup> Es kam sogar dazu, dass der estnische Präsident sein Veto gegen die erste Version des Gesetzes einlegte, welche alle Ausländer dazu gezwungen hätte, ohne Garantie auf Annahme Aufenthalt zu beantragen. Die entsprechende Änderung wurde auch nach massiver Kritik seitens des OSZE und anderer Staaten durchgeführt.<sup>711</sup> Danach regelte das Gesetz somit formal den rechtlichen Status der Personen, die nicht estnische Staatsbürger waren, darunter sowohl Bürger anderer Staaten als auch Staatenlose. Im Gesetz wurde aufgeführt, dass Ausländer und Nicht-Staatsbürger die gleichen

---

<sup>705</sup> Hallik, Klara (1996): Ethnopolitical Conflict in Estonia. in: Drobizheva, Leokadia M. (u.a.) (Hrsg.): Ethnic conflict in the post-Soviet world: case studies and analysis. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 87-108, S. 105; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 123.

<sup>706</sup> Vgl. Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. S. 88.

<sup>707</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 122-123.

<sup>708</sup> Brief des Hohen Kommissars Max van der Stoel an den Präsidenten der Republik Estland Lennart Meri am 1. Juli 1993. <http://www.osce.org/hcnm/30435> (Abgerufen am 23.03.2013).

<sup>709</sup> Hallik, Klara (1996): Ethnopolitical Conflict in Estonia. S. 105; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121.

<sup>710</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121.

<sup>711</sup> Laitin, David D. (1998): Identity in Formation: The Russian-speaking Populations in the Near Abroad. S. 177.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Rechte und Freiheiten genossen wie Staatsbürger.<sup>712</sup> Außerdem wurden international geregelte Rechte und Pflichten mit dem Gesetz garantiert. Die Vergabe der Aufenthaltsgenehmigungen, wonach befristete oder permanente Genehmigungen erteilt wurden, waren notwendig, um den Status der „Ausländer“ in Estland zu legalisieren. Dabei konnten diejenigen, die vor dem 1. Juli 1990 nach Estland gekommen waren und von den letzten fünf Jahren mindestens drei in Estland verbracht haben, sowie ein legales und permanentes Einkommen sowie Wohnsitz vorweisen konnten, eine permanente Genehmigung erhalten. Auch Ehegatten waren in der Regelung miteingeschlossen. Rund um die Verabschiedung dieses Gesetzes gab es einige Unstimmigkeiten mit den alten „propiska“ (Aufenthaltsbelege) der Sowjetzeit, die per Gesetz zwar ihre Gültigkeit verloren hatten, aber nach wie vor als Beleg für die Dauer des Aufenthaltes gelten mussten.<sup>713</sup> Zum Beispiel konnten ursprünglich befristete Aufenthaltserlaubnisse mit einer Gültigkeitsdauer von 5 Jahren beantragt werden, die nach Ablauf der Frist und einem Mindestaufenthalt von 3 Jahren hätten umgetauscht werden können.<sup>714</sup> Diese komplizierte Regelung wurde vom Hohen Kommissar für Minderheitenfragen der OSZE kritisiert, was schließlich zu einer vereinfachten Regelung geführt hat.<sup>715</sup>

Kontrovers gestaltete sich die Vergabe der Arbeiterlaubnisse für die frisch gebakenen Ausländer: Einerseits war die Genehmigung des befristeten Aufenthaltes daran geknüpft, dass die Person ein legales und zum Leben ausreichendes Einkommen vorweisen konnte. Andererseits war die Arbeiterlaubnis daran gekoppelt, dass die Person bereits eine Aufenthaltserlaubnis vorweisen konnte. Auch diese Klauseln sorgten für internationale Kritik. Gelöst wurde diese Situation dadurch, dass Inhaber einer Daueraufenthaltsgenehmigung ohne Arbeiterlaubnis in Estland arbeiten durften. Eine Daueraufenthaltsgenehmigung durften wiederum Ausländer beantragen, die ihre Aufenthaltsgenehmigung vor dem 12. Juli 1995 beantragt hatten. Unter diese Regelung sind zu der Zeit die meisten russischsprachigen Nicht-Staatsbürger gefallen. Personen mit befristetem Aufenthalt mussten dagegen eine Arbeiterlaubnis beantragen.<sup>716</sup>

Eine wichtige Regelung betraf Personalausweise für Ausländer. Solche Ausweise wurden für Personen geschaffen, deren Sowjetpässe an Gültigkeit verloren hatten. Insgesamt wurde die Gültigkeit der alten Sowjetpässe in ihrer Funktion als Ausweise mehrmals verlängert und immer wieder für ungültig erklärt, was nach Meinung von Aleksei Semjonov nicht zwangsläufig zum Vertrauensgefühl der neu formierten ausländischen Bevölkerung gegenüber den estnischen Behörden geführt hat.<sup>717</sup> Dazu wurde ein Paragraph im Ausländergesetz aufgeführt und am 15. Februar 1999 das Gesetz zu

---

<sup>712</sup> RT I 1993, 44, 637. Välismaalaste seadus. [(§ 3); (§ 5 (1)); (§ 5 (2)); (§ 12)] (Üb. d. A.).

<sup>713</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 121-122.

<sup>714</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus. (§ 12).

<sup>715</sup> Brief des Hohen Kommissars Max van der Stoel an den Außenminister Jüri Luik am 9. März 1994. <http://www.osce.org/hcnm/30440> (Abgerufen am 23.03.2013); Sarv, Margit (2002): Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. Core Working Paper 7. Hamburg: Core. S. 50; Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): Estonia and the Estonians. in: Smith, Graham: The nationalities question in the post-Soviet States. London [u.a.]: Longman. 129-146. S. 142.

<sup>716</sup> RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus. [(§ 12); (§ 13); (§ 13<sup>1</sup> (4))] (Üb. d. A.).

<sup>717</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 122-123.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Personalausweisen verabschiedet.<sup>718</sup> Diejenigen Ausländer, die keine Staatsbürgerschaft hatten, konnten demnach mit einem Ausländerpass ausgestattet werden. Dieser wurde für die Dauer der Aufenthaltsgenehmigung, jedoch nicht für weniger als ein Jahr und nicht für mehr als fünf Jahre erteilt. Der Ausländerpass berechnete zur Ausreise in Vertragsländer und diplomatischen Schutz durch estnische Behörden. Außerdem erfüllte dieser landesweit die Funktion eines internen Personalausweises.<sup>719</sup>

Am 19. April 2006 wurde eine bedeutende Änderung im Gesetz durchgeführt. Eine wichtige Neuerung betraf die ehemalige unbefristete Aufenthaltsgenehmigung: Diese wurde im Wortlaut durch eine „langfristige Aufenthaltsgenehmigung“ ersetzt.<sup>720</sup> Gemäß der neuen Regelung mussten die Antragsteller außer eines vorausgegangenen Aufenthaltes von fünf Jahren und einer Berufstätigkeit auch die sogenannte „Integrationsanforderung“ erfüllen. Innerhalb dieser fünf Jahre durfte die Person nicht länger als 6 Monate am Stück und insgesamt nicht länger als 10 Monate außerhalb von Estland verbracht haben. Zuvor war diese Periode auf insgesamt 2 Jahre begrenzt. Die „Integrationsanforderung“ beinhaltete die Kenntnisse der estnischen Sprache mindestens auf Anfängerniveau, oder B1-Kategorie. Diese Anforderung mussten nicht erfüllen: Personen unter 15 oder über 65 Jahre, sowie Personen mit Behinderungen. Außerdem diejenigen Personen, die einen Abschluss der estnischen Grundschule, des Gymnasiums oder der Hochschule vorweisen konnten. Unter diese Regelung fielen somit alle, die fortan einen Daueraufenthalt in Estland beantragen wollten. Obwohl die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung den Daueraufenthalt bis dahin bereits erhalten hatte, waren dennoch mehrere tausend Personen von der neuen Sprachregelung betroffen. Diese stellte für viele ein Problem dar und zwang auch den Rechtskanzler zu einer Anfrage an die Verfassungskommission. Seine Befürchtung war, dass die neue Regelung im Konflikt mit EU-Normen stehen könnte, da dadurch manche betroffene Personen ungleich behandelt würden. Daraufhin wurde die Frist für die Anträge auf Daueraufenthalt gemäß dem Alten Gesetz um ein weiteres Jahr, bis 1. Juli 2007, verlängert.<sup>721</sup> Bis dahin konnten Ausländer den dauerhaften Aufenthalt nach alten Vorschriften beantragen. Diejenigen, die einen Daueraufenthaltstitel bereits erworben hatten, waren von der Regelung nicht betroffen.

Im Parlament wurde die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2006 dahingehend diskutiert, dass damit die Ausländer in Estland den Ausländern in anderen europäischen Ländern gleichgestellt wären und gleiches EU-Recht genießen würden. Die Änderung wurde von der EU-Richtlinie 2003/109 EG geleitet, die den Begriff des „langfristig Aufenthaltsberechtigten“ prägt und den Staaten erlaubt,<sup>722</sup> Integrationsbedingungen für Angehörige von Drittstaaten festzulegen. Daraus hat die Verfassungskommission die Anforderung über die Kenntnisse der estnischen Sprache abgeleitet. Bei der zweiten Lesung des Entwurfes im Parlament wurden unter anderem die Probleme diskutiert, die

<sup>718</sup> RT I 1999, 25, 365 Isikut tõendavate dokumentide seadus. [(§ 8)] (Üb. d. A.).

<sup>719</sup> IX Riigikogu stenogramm, I istungjark, 16. juuni 1999 (Stenogramm des Riigikogu vom 16. Juni 1999), o. S.

<sup>720</sup> RT I 2006, 21, 159 Välismaalaste seaduse ja sellega seonduvalt teiste seaduste muutmise seadus. [(§ 14); (§ 14<sup>b</sup>); (§ 232)] (Üb. d. A.).

<sup>721</sup> Eesti Päevaleht: „Tuhandeid mittekodanikke tabavad elamisloa asjus rangemad nõuded“ 20.04.2006.

<sup>722</sup> Richtlinie 2003/109 EG des Rates, 25.11.2003. Betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen; Riigikogu pressitalitus: „Põhiseaduskomisjon toetas keeleoskuse nõuet pikaajalise elamisloa taotlemisel“ 03.04.2006.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

für diejenigen Personen entstehen könnten, die von ihrem Recht auf Daueraufenthalt bis dahin noch nicht Gebrauch gemacht hätten. Die Gesetzesänderung würde sie ggf. schlechter stellen, da sie eine Sprachprüfung ablegen müssten. Zudem machte das neue Gesetz den Erwerb eines langfristigen Aufenthaltstitels komplizierter, als er bis dahin gewesen war. Das Mitglied der Verfassungskommission, Mart Nutt, sagte zum ersten Problem, dass die Befürchtungen der Schlechterstellung der Nachzügler nicht gerechtfertigt waren, weil diejenigen, die bereits seit über 5 Jahren in Estland wohnhaft waren, ihren Daueraufenthalt innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens noch gemäß der alten Bestimmungen beantragen konnten. Und diejenigen, die seit weniger als fünf Jahren in Estland wohnten, zu Recht unter die neuen Regelungen fallen würden. Damit implizierte Nutt, dass die meisten russischsprachigen Bewohner durch die Gesetzesänderung nicht benachteiligt seien. Auf die Frage, was mit denjenigen passieren würde, die die entsprechende Frist aus irgendwelchen Gründen „verschlafen“ hätten, sagte Nutt, dass in erster Linie diese Personen die 1-Jahres-Frist nutzen könnten und wenn sie diese „verschlafen“, auch in fünf oder zwanzig Jahren „verschlafen“ würden.<sup>723</sup> Der Vorsprecher der Reform-Fraktion, Sergei Ivanov, ein russischstämmiger Abgeordneter, befürwortete den Entwurf vor dem Riigikogu. Dadurch sei den neuen langfristigen Bewohnern das Recht eingeräumt, innerhalb der EU berufstätig zu sein oder zu reisen. Die Änderung wurde ohne Gegenstimmen angenommen.<sup>724</sup>

Am 9. Januar 2009 wurde ein neues Ausländergesetz verabschiedet.<sup>725</sup> Als Begründung für ein neues Gesetz nannte die Regierungskoalition die Notwendigkeit, das alte Gesetz, das bis dahin 48-mal geändert worden war, in eine einheitliche Form zu bringen.<sup>726</sup> Die Regelungen haben sich im Vergleich zum alten Gesetz nicht verändert, d.h. die Ausländer genossen nach wie vor alle Bürgerrechte und Freiheiten und durften mit einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Estland wohnen und arbeiten. Ebenfalls blieben die Regelungen aus dem Jahr 2006 zur Sprachprüfung und zum Aufenthalt bestehen. Das Gesetz stellte damit eine erneuerte Fassung des bis dahin geltenden Gesetzes dar. Allerdings wurden einige Regelungen kritisiert: Viele Ausländer, die seit dem neuen Gesetz zum Leben und Arbeiten nach Estland kommen, hatten bei der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis Schwierigkeiten. Auf Kritik reagierte die Regierung mit Angaben des Innenministers Ken-Martti Vaher, wonach die estnische Gesellschaft vor unnötigen Migranten geschützt werden sollte. Eine Flutwelle der Migration könnte demnach die innere Balance der Gesellschaft stören. Ob diese Befürchtungen direkt etwas mit der russischsprachigen Bevölkerung zu tun haben, bleibt an dieser Stelle offen. Öffentlich haben allerdings einige Befragte das Gesetz als „russophob“ bezeichnet.<sup>727</sup>

Die Gesetzgebung zu Ausländern sorgte somit bereits seit der ersten hochgradig kritisierten Version für die größte Spaltung zwischen der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung, welche durch die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft und zur

---

<sup>723</sup> X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 12. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 12. April 2006) (Üb. d. A.).

<sup>724</sup> X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, kolmapäev, 19. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 19. April 2006).

<sup>725</sup> RT I 2010, 3,4 Välismaalaste seadus. [(§ 10)] (Üb. d. A.).

<sup>726</sup> Riigikogu pressitalitus: „Välismaalaste seadus jõuab täiskokku“. 28.09.2009.

<sup>727</sup> Eesti Päevaleht: „Elamisloasulide tõttu tõrjub Eesti ka heatahtlikke välismaalasi“ 28.03.2013 (Üb. d. A.).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Sprache komplettiert wurde. Eine von den estnischen Entscheidungsträgern unerwartete Reaktion auf die erste Version des Gesetzes war ein inoffizielles Referendum in Narva zur Autonomie im Juli 1993, was im Grunde einer Sezession gleichgekommen wäre.<sup>728</sup> Es kam zwar zu keinen ernsteren politischen Folgen, doch die Notwendigkeit der milderen Regelung der Ausländerfrage wurde sichtbar. Etwas geholfen bei der Beruhigung der Gemüter hat die Einberufung des Runden Tisches der Minderheiten seitens des estnischen Präsidenten im Juli 1993.<sup>729</sup> Die Jahre 1993 bis 1998 waren durch Änderungen und Konkretisierungen gekennzeichnet, die aus einem offen diskriminierenden einregelndes Gesetz machten. Es wird sogar teilweise behauptet, dass die erste Version des Gesetzes, erarbeitet unter der national-konservativen Regierung von Mart Laar, die russischsprachige Bevölkerung dazu bewegen sollte, das Land zu verlassen – ganz im Sinne der Forderung nach Repatriierung.<sup>730</sup> Das kommunale Wahlrecht wurde allerdings bereits durch die Verfassung garantiert, weshalb die Ausländer von diesem auch im Jahr 1993 Gebrauch machen konnten.<sup>731</sup> Dieses Recht wurde auch durch das entsprechende Gesetz zu kommunalen Wahlen im Mai 1993 konkretisiert, so dass die Verwirrungen um das Ausländergesetz dieses Recht nicht beeinträchtigten.<sup>732</sup> Bereits die ersten Kommunalwahlen brachten den russischsprachigen Parteien im Tallinner Stadtrat signifikante Gewinne ein, wie später näher erläutert wird.<sup>733</sup> Die Gesetzgebung wurde im Laufe der Jahre so optimiert, dass einige der Staatenlosen die Reismöglichkeiten mit dem Ausländerpass gegenüber eines estnischen Passes sogar als besser einschätzten, da Russland für die estnischen „grauen“ Ausländerpässe Visafreiheit für 90 Tage gewährte.<sup>734</sup> Viele russischsprachige Nicht-Staatsbürger schätzen diese Möglichkeit heute höher ein, als das Recht an estnischen Parlamentswahlen teilzunehmen, vor allem in nordöstlichen an Russland grenzenden Regionen.<sup>735</sup> Viel hat diese Einstellung allerdings auch mit den bis dahin geltenden Regelungen und der allgemeinen Einstellung der Gesetzgeber zu den Ausländern sowie der dadurch bedingten fehlenden Loyalität ebendieser zu tun.<sup>736</sup>

---

<sup>728</sup> Hallik, Klara (1996): *Ethnopolitical Conflict in Estonia*. S. 105; Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 142.

<sup>729</sup> Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 143-144.

<sup>730</sup> Smith, David J. (2001): *Estonia: independence and European integration* (Bd. 11). London [u.a.]: Routledge. S. 87-89; Linz, Juan J./Stepan, Alfred C. (1996): *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. S. 401-433.

<sup>731</sup> Noffke, Magdalena (2008): *Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland*. S. 86.

<sup>732</sup> Hallik, Klara (1996): *Ethnopolitical Conflict in Estonia*. S. 143.

<sup>733</sup> Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): *Estonia and the Estonians*. S. 143.

<sup>734</sup> Die „grauen“ Pässe wurden so genannt wegen der Farbe des Covers, in Abgrenzung zu „blauen“ Pässen eines estnischen und „roten“ Pässen eines sowjetischen bzw. später russischen Staatsbürgers.

<sup>735</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): *Control mechanisms and minority integration in Estonia*. S. 13; Nimmerfeldt, Gerli/Schulze, Jennie/Taru, Marti (2013): *The Relationship between Integration Dimensions among Second Generation Russians in Estonia*. *Studies of Transition States and Societies* 3/1. 76-91, S. 87; Raun, Alo: „Kitam: Eesti pass polegi nii ahvatlev“ 23.02.2012 <http://www.postimees.ee/749906/kitam-estti-pass-polegi-nii-ahvatlev> (Abgerufen am 02.02.2014).

<sup>736</sup> Raivo Vetik: „Mida teha kodakondsusetusega?“ *Postimees* 23.02.2012 <http://arvamus.postimees.ee/749920/raivo-vetik-mida-teha-kodakondsusetusega> (Abgerufen am 02.02.2014).

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

### 4.5.4.4 Das Sprachgesetz

Das erste Gesetz zur Sprache, wurde bereits von dem letzten kommunistisch geführten Obersten Sowjet am 18. Januar 1989 verabschiedet.<sup>737</sup> Dieses Gesetz wies Estnisch den Status der Staatssprache in Estland zu, so dass jedem das Recht eingeräumt wurde im Alltag Estnisch mündlich und schriftlich zu verwenden. Auch Russisch wurde in dem Gesetz erwähnt, als die Sprache, die in der gesamten Sowjetunion als Verständigungsmittel verwendet wurde und als die zweithäufigste Muttersprache in Estland. In öffentlichen Einrichtungen sollte entsprechend dem Gesetz Estnisch gesprochen werden und alle Formulare sollten auf Estnisch zugänglich sein, aber auch Russisch durfte weiterhin verwendet werden.<sup>738</sup> Diese Regelung war für die Übergangszeit gültig (die Übergangszeit betrug vier Jahre und konnte je nach Bedarf verschoben werden). Die Bildung auf Estnisch auf allen Stufen sollte gesichert sein, doch auch die russischsprachigen Bildungseinrichtungen sollten bestehen bleiben. Die Ortsnamen sollten nur auf Estnisch verfasst sein, ebenfalls Personennamen in lateinischem Alphabet. Das Gesetz hat die Nutzung von Estnisch in allen Bereichen des Staates geregelt. Obwohl das Gesetz gegenüber der Nutzung der russischen Sprache sehr liberal war, reagierte die russischsprachige Bevölkerung in Estland anfangs sehr skeptisch. Die Verabschiedung des Gesetzes führte zu zahlreichen kontroversen Diskussionen vor allem im Nordosten Estlands, da die russischsprachige Bevölkerung aufgrund des Gesetzes Einschränkungen ihres alltäglichen Lebens sowie ihres künftigen Status befürchtete.<sup>739</sup>

Am 21. Februar 1995 wurde das neue Sprachgesetz verabschiedet.<sup>740</sup> Die estnische Sprache wurde damit zur einzigen Staatssprache erklärt, Fremdsprachen durften von ethnischen Minderheiten verwendet werden, aber nur so, dass die Nutzung von Estnisch nicht beeinträchtigt wurde. Wichtig bei dem Gesetz waren vor allem die Regelungen, die die Nutzung der Sprache in den öffentlichen Ämtern regelten, sowie die Kontrolle der Sprachkenntnisse bei den Beamten festlegten. In allen öffentlichen Ämtern mussten Beamte demnach Estnisch auf festgelegtem Niveau beherrschen. Falls unzureichende Sprachkenntnisse festgestellt wurden, konnten die betroffenen Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu einer Sprachprüfung beordert werden. Bei Nichterfüllung der Vorschriften konnte dem jeweiligen Mitarbeiter die erforderliche Bescheinigung über das Sprachniveau (Sprachniveaubescheinigung) entzogen werden. Dafür wurde eine spezielle Behörde, die Sprachinspektion („Keeleinspektsioon“), eingerichtet, die das Sprachniveau in öffentlichen Ämtern überprüfen konnte. Die Sprachinspektion war berechtigt, die Sprachnutzung in allen Arbeitsbereichen der Behörden zu kontrollieren, sowie bei Nichterfüllung der Vorschriften entsprechende Empfehlungen an Vorgesetzte auszustellen. Zum Beispiel konnte einem Vorgesetzten die Empfehlung ausgesprochen werden, einem Mitarbeiter mit unzureichenden Sprachkenntnissen die Arbeitsstelle zu kündigen. Bei Nichtbeachtung der Empfehlungen oder Verwarnungen der Sprachinspektion konnten Bußgeldstrafen folgen. Laut dem Gesetzgeber war eine Situation, in der ein Teil der berufstätigen Bevölkerung im

<sup>737</sup> Eesti Nõukogude Sotsialistliku Vabariigi Keeleseadus. § 1. ÜVT 89.6.60 [(§ 2); (§ 3); (§ 7); (§ 8); (§ 12); (§ 19 bis § 22); (§ 27); (§ 29); (§ 36); (§ 37)] (Üb. d. A.).

<sup>738</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 85.

<sup>739</sup> Aus dem Gespräch mit Ludmilla Veskimäe, April 2013

<sup>740</sup> RT I 1995, 23, 334 Keeleseadus [(§ 1 und § 2); (§ 5); (§ 5<sup>2</sup>); (§ 6); (§ 6<sup>2</sup>); (§ 8); (§§ 26)] (Üb. d. A.).

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

öffentlichen Dienst nicht ausreichend Estnisch beherrschte unbedingt zu vermeiden. Deswegen wurde die Sprachinspektion als Mittel zum Zweck der korrekten Sprachlichkeit der Bevölkerung dargestellt. Lediglich im Umgang mit Privatpersonen konnten Fremdsprachen in der öffentlichen Verwaltung verwendet werden. Entsprechende Paragraphen (§ 10 und § 11) regelten die Möglichkeit der Nutzung von Minderheitssprachen in Gebietskörperschaften, in denen mindestens die Hälfte der Bewohner einer ethnischen Minderheit angehörte. Außerdem regelte das Gesetz die Angleichung der estnischen Sprachniveauprüfung mit Abschlussprüfungen für Grundschulen und Gymnasien sowie Fachabitur und Fachschulen.

Das Gesetz wurde einige Male geändert. Die wichtigsten Änderungen betrafen die Ungültigkeit der alten Sprachniveaubescheinigungen vom 5. Juni 2002, sowie Änderungen bezüglich der Schulabschlussprüfungen und der Sprachniveauprüfungen vom 8. Februar 2002.<sup>741</sup> Vor allem die erstgenannte Änderung verursachte eine lebhafte Diskussion im Parlament: Der Gesetzesentwurf sah vor, dass die vor dem 1. Juli 1999 ausgestellten Bescheinigungen für ungültig erklärt werden. Als Grund nannte die damalige Bildungsministerin Mailis Rand die unzureichenden Sicherheitsmerkmale der Bescheinigungen sowie ihre fehlende Übereinstimmung mit internationalen Normen.<sup>742</sup> Letzteres betraf nicht nur die Form der Bescheinigungen, sondern auch die entsprechenden Sprachprüfungen. Das hatte zur Folge, dass alle Inhaber der alten Bescheinigungen die Sprachprüfung erneut ablegen mussten, wenn dies berufsbedingt notwendig war. Dies betraf vor allem diejenigen Mitarbeiter der öffentlichen Ämter, die der Kontrolle der Sprachinspektion unterlagen. Mitarbeiter, die vor Ablauf der Frist für die alten Bescheinigungen keine erneute Sprachprüfung abgelegt hatten, liefen Gefahr, ihre Arbeitsstellen zu verlieren. Die Diskussion im Parlament vom 5. Juni 2002 betraf die Verlängerung der alten Bescheinigungen um weitere 6 Monate. Die Fraktion der EÜRP hat sich für die Verlängerung stark gemacht, ebenfalls die Fraktion der Zentrumspartei. Gegen eine Verlängerung haben sich hauptsächlich die Mitglieder der „Vaterland“-Fraktion ausgesprochen, sowie der „Moderaten“. Als Grund für die Ablehnung der Verlängerung wurde hauptsächlich die immer währende Angst geäußert, solche Entscheidungen könnten eine Gefahr der estnischen Staatlichkeit darstellen. Die Befürchtung war, dass die Betroffenen keine Sprachprüfung ablegen würden, sollte der Staat sie nicht dazu zwingen. Die Befürworter kritisierten die Staatliche Behörde der Examen und Qualifikationen (Riiklik Eksami- ja Kvalifikatsioonikeskus), die die Vielzahl der Prüflinge nicht rechtzeitig bedienen konnte. Schließlich wurde der Verlängerung mit 35 zu 23 Stimmen zugestimmt.

Am 23. Februar 2011 wurde abermals ein neues Sprachgesetz verabschiedet. Es beinhaltete einige kleine Änderungen und neue Bestimmungen, die zum Beispiel audiovisuelle Übertragungen und den Übergang der fremdsprachigen Schulen zu 60% estnischsprachigem Unterricht betrafen. Ansonsten blieben die Vorschriften zur Sprachnutzung gleich, darunter die Kompetenzen und Aufgaben der Sprachinspektion. Eine wichtige Neuerung betraf den Rundfunk: Das neue Gesetz stellte keine Einschränkungen der öffentlichen

---

<sup>741</sup> RT I 2002, 53, 337 Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seadus; RT I 2007, 17,82 Keeleseaduse muutmise seadus (Üb. d. A.).

<sup>742</sup> IX Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 5. juuni 2002. Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse muutmise seaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seaduse eelnõu (1060, 1016, 1017 SE) teine lugemine (Stenogramm des Riigikogu vom 05. Juni 2002).



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Ausstrahlung anderssprachiger Sendungen gegenüber der früheren Regelung dar, wonach anderssprachige Sendungen 10% des heimischen Sendungsumfanges ausmachen durften.<sup>743</sup>

Es bedarf keiner tiefergehenden Analyse, um zu erkennen, dass die Sprache bislang das bedeutendste Instrument der estnischen Staatsbildung gewesen ist. In der Tat zielten die meisten gesetzlichen Maßnahmen auf die Stärkung der estnischen Sprache und Kultur, was unweigerlich zu einer Verminderung des Einflusses der russischen Sprache im Alltag und vor allem im offiziellen Diskurs geführt hat. Einen bedeutenden Effekt hatte diese Entwicklung auf die sprachliche und gesellschaftliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung, denn ohne Kenntnis der estnischen Sprache wurde es infolge der gesetzlichen Regelungen der 1990er Jahre sehr schwer, auch nur eine Beschäftigung zu finden. Auch das politische Leben wurde durch die normative Durchsetzung der estnischen Sprache maßgeblich beeinflusst, was beinahe zu einer legalen Diskriminierung Anderssprachiger geführt hätte. Eine Gesetzesänderung im gültigen Sprachgesetz vom Dezember 1998 verpflichtete die Kandidaten bei zentralstaatlichen und lokalen Wahlen, ebenso wie alle Dienstleister im öffentlichen und privaten Sektor, zu einem sehr hohen Niveau des Estnischen. Dies stellte viele Kandidaten im Nordosten sowie die meisten Arbeitgeber und –nehmer – kurzum die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung – vor ernsthafte sprachliche Probleme.<sup>744</sup> Bereits im Jahr 1996 gab es innerstaatliche Auseinandersetzungen in der Frage nach Sprachkenntnissen bzw. deren Kontrolle. Damals sollten Wahlkandidaten schriftliche und mündliche Prüfungen ablegen, was seitens des estnischen Präsidenten Lennart Meri, im Übrigen erneut auf Empfehlung des Hohen Kommissars der OSZE, nicht unterschrieben wurde.<sup>745</sup> Das estnische Parlament war offen irritiert ob der internationalen Einmischung und der Ablehnung ihrer gesetzlichen Bestimmungen, was letztlich zu einer noch restriktiveren Regelung Ende 1998 führte.<sup>746</sup> Diese Regelung löste anschließend erneut scharfe Kritik seitens des Hohen Kommissars für Minderheitenfragen, Max van der Stoel, aus, ebenso wie seitens der OSZE-Mission in Tallinn sowie später von den zuständigen EU-Behörden, die den estnischen Beitrittsprozess überwachten.<sup>747</sup> Während die estnische Seite die Empfehlungen des Hohen Kommissars in dieser Frage ignoriert und sein Einmischen kritisiert hat, wurde die Kritik der EU-Behörden erhört und die Regelungen wurden geändert, allerdings erst im November 2001, als die EU-Kommission mit Konsequenzen drohte.<sup>748</sup> Dabei hat die Kommission sich ungewohnt scharf sowohl über die

---

<sup>743</sup> RT I, 18.03.2011, 1. Keeleseadus (Üb. d. A.).

<sup>744</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 11.

<sup>745</sup> Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 91.

<sup>746</sup> VIII Riigikogu stenogramm, III istungjärk, 14. juuni 1996 (Stenogramm des Riigikogu vom 14. Juni 1996).

<sup>747</sup> Birckenbach, Hanne-Margret (2000): Half full or half empty?: the OSCE mission to Estonia and its balance sheet 1993-1999 (Bd. 6). Flensburg: ECMI. S. 21; OSCE Mission to Estonia, Spot Report on Local Elections Law, 19 April 1996 ; Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 91-94; Zaagman, Rob (1999): Conflict Prevention in the Baltic States: The OSCE High Commissioner on National Minorities in Estonia, Latvia and Lithuania. ECMI Monograph # 1. Flensburg: European Centre for Minority Issues.. S. 30-44.

<sup>748</sup> Brief des Außenministers Toomas-Hendrik Ilves an den Hohen Kommissar für Minderheitenfragen des OSZE Max van der Stoel am 26 April 1999 ; Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

innerpolitischen Streitigkeiten als auch über die Ignoranz der estnischen Regierung gegenüber den OSZE-Empfehlungen geäußert.<sup>749</sup> Hauptsächlicher Kritikpunkt war die Befürchtung, dass durch das Gesetz die russischsprachige Bevölkerung von dem öffentlichen Leben ausgeschlossen würde – eine realistische Einschätzung.<sup>750</sup>

Die besondere Rolle der estnischen Sprache beim Aufbau des Staates und bei der Abgrenzung zu anderen Sprachen wird auch beispielsweise durch die Einführung des Muttersprachen-Tages am 14. März (Geburtstag des Dichters Kristjan Jaak Peterson, eines der Begründer der estnischsprachigen Literatur) deutlich.<sup>751</sup> Obwohl die Bezeichnung „Muttersprache“ normativ betrachtet auch andere Muttersprachen miteinbezieht, stellt sie im Kontext der neuen estnischen Symbolik in erster Linie ein identifikatives Monument der estnischen Muttersprache dar. Damit wurden die estnisch-Muttersprachler symbolisch, im Vergleich zu Personen, die eine andere Sprache als ihre Muttersprache bezeichnen, auf eine andere – höhere – Ebene gestellt. Obwohl der Tag kein Feiertag ist, sondern ein nominierter Kalendertag, wird er in estnischsprachigen Schulen meistens im Estnischunterricht erwähnt und es finden entsprechende Veranstaltungen (Lesungen, Vorträge) statt. Natürlich sind russischsprachige Schulen in dieser Hinsicht in einer misslichen Lage, da ihre Muttersprache nicht in die Konzeption des estnischen Muttersprachen-Tages passt und damit auch nicht gemeint ist. Zumindest verursachte genau dieses Problem auch noch im Jahr 2013 eine lebhafte Diskussion, die den Unterschied zwischen Muttersprache, estnischer und russischer Sprache und der estnisch- bzw. anderssprachigen Bevölkerung erneut auf die Tagesordnung brachte. Während einige Autoren und Politiker der Meinung waren, dass der Muttersprachen-Tag nur für estnisch-Muttersprachler ein Symbol darstellen sollte, damit es erst recht zu keinem „multikulturellen Brei“ kommt, meinten andere, dass damit alle Muttersprachen gemeint sein sollten, auch Russisch als Muttersprache.<sup>752</sup> Wieder andere meinten, dass dieser Tag lieber offiziell als Tag der estnischen Sprache gefeiert werden sollte, was dann alle miteinbeziehen würde, die diese Sprache beherrschen.<sup>753</sup> In jedem Fall zeigt sich, dass sowohl die Gesetzgebung zur Sprache als auch alle Entscheidungen, welche den Status der estnischen bzw. der anderen Sprachen regeln, stets für Kontroversen und Diskussionen gesorgt haben und dies auch künftig tun werden. Die Sprache bleibt nach wie vor das wichtigste Transportmittel der estnischen nationalen

---

Estonia, 1993-2001. S. 91; Regular Report on Estonia's progression towards accession 2002 Commission of the European Communities 9/10/02; RT I 1994, 47, 784. Riigikogu valimise seaduse §-2, 2.1 ja 26 ning kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seaduse §-de 3, 3.1 ja 26 (RT I 1996, 37, 739) muutmise seadus; Eesti Päevaleht: „Rääkigem muulastega eesti keeles“ 04.03.1998 <http://epl.delfi.ee/news/arvamus/raakigem-muulastega-eesti-keeles?id=50752175> (Abgerufen am 10.02.2014).

<sup>749</sup> Regular Report on Accession Estonia, 1999 Commission of the European Communities 13/10/99 (First Draft 06/10/99); Sarv, Margit (2002). Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. S. 93.

<sup>750</sup> Regular Report on Accession Estonia, 1999 Commission of the European Communities 13/10/99 (First Draft 06/10/99).

<sup>751</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 10.

<sup>752</sup> Jüri Valge: „Kelle emakeelepäev?“ Sirp 2008/43. 16.11.2008 (Üb. d. A.). <http://www.sirp.ee/s1-artiklid/c9-sotsiaalia/kelle-emakeelepaev> (Abgerufen am 23.04.2014).

<sup>753</sup> Murumets, Vaike (2013): „Kas emakeelepäev või eesti keele päev?“ Õiguskeel 2013/1. [https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike\\_murumets\\_kas\\_emakeelepaev\\_voi\\_eesti\\_keeles\\_paev.pdf](https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike_murumets_kas_emakeelepaev_voi_eesti_keeles_paev.pdf) (Abgerufen am 12.05.2014)

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Staatlichkeit, woran die Stellung und vor allem auch die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung gemessen werden.<sup>754</sup>

### 4.5.4.5 Reaktionen auf die Gesetzgebung und ihre Folgen für die russischsprachige Bevölkerung

Die Entwicklung der Situation rund um die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft, Sprache und den Ausländerstatus stellte die russischsprachige Bevölkerung Estlands vor wichtige Entscheidungen. Die meisten standen nach dem 26. Februar 1992 vor der Wahl des Bürgerstatus mit drei Optionen zur Auswahl: die estnische Staatsbürgerschaft mit den dazugehörigen Tests und entsprechendem Zeit- und Mittelaufwand, die russische Staatsbürgerschaft mit dem Status des Ausländers im Wohnland oder keine Staatsbürgerschaft und entsprechend Verlust des Rechtes zu wählen und gewählt zu werden, mitsamt der Staatsbürgerschaft als Status. Viele russischsprachige Bewohner des Baltikums wurden relativ überraschend mit dem Verlust ihres Bürgerstatus konfrontiert und entwickelten daher eine Trotzreaktion, zumal die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft mit der Forderung nach Estnischkenntnissen viele vor eine gefühlt unüberwindbare Hürde stellte.<sup>755</sup> Diese Stimmung wird oft von den Vertretern der national-konservativen estnischen Parteien als Beweis dafür genutzt, dass die wenigen Anträge auf die estnische Staatsbürgerschaft nach dem 26. Februar 1992 von einer grundsätzlichen Ablehnung der Estnischen Republik seitens der gesamten russischsprachigen Bevölkerung zeugten.<sup>756</sup> Doch dem widersprechen sowohl persönliche Positionen innerhalb der russischsprachigen Gruppe als auch Umfragewerte, neben der Tatsache, dass für viele das plötzliche Dasein ohne Staatsangehörigkeit nach dem ersten Gesetz zur Staatsbürgerschaft ein Schock war.<sup>757</sup> Gleichzeitig blieb, nicht nur bei der russischsprachigen Bevölkerung, die Sorge nach dem rechtlichen Status vorerst im Hintergrund – nach dem Niedergang des alten politischen Systems sind auch die wirtschaftlichen Strukturen schnell zerfallen und die sozioökonomische Existenz musste als Erstes gesichert werden. Unter anderem setzte der Zerfall der sowjetischen Industriestruktur den nordöstlichen Regionen zu, wodurch die Arbeitslosigkeit in dieser mehrheitlich russischsprachigen Gegend rasant stieg.<sup>758</sup> In allen Wirtschaftszweigen fanden Anfang der 1990er Jahre Veränderungen statt und neu gegründete Unternehmen und Einrichtungen folgten häufig den neuen ethnischen Mustern der Gesellschaft, wonach die Staatsbürgerschaft und Kenntnisse des Estnischen schnell zu ausschlaggebenden Kriterien wurden. Diese Entwicklung bewegte viele zum Antrag der estnischen Staatsbürgerschaft, worauf allerdings unter anderem maßgeblich die Wohngegend Einfluss nahm.

---

<sup>754</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 10-11.

<sup>755</sup> Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 91.

<sup>756</sup> Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 123.

<sup>757</sup> Ebd. S. 120.

<sup>758</sup> Hallik, Klara (1998): Eestimaa muulased: ajaloolone ja demograafiline taust. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 13-28, S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992 waren etwa 480 000 bis 500 000 Personen ohne Staatsbürgerschaft. Diese Zahl ist abgeleitet von der gesamten Bevölkerungszahl im Jahr 1992, die ca. 1 550 000 betrug und der Schätzung, wonach 32% der Bevölkerung im Jahr 1992 ohne Staatsbürgerschaft waren.<sup>759</sup> Bis Juni 1993 hatten nur ca. 12 000 Personen die Staatsbürgerschaft beantragt.<sup>760</sup> Insgesamt haben zwischen den Jahren 1993 und 1996, basierend auf dem Gesetz vom 26. Februar 1993, 87 712 in Estland lebende Personen die estnische Staatsbürgerschaft via Einbürgerung erhalten (vgl. Tabelle 3). Davon haben etwa 41% (36 121 Personen) das komplette Verfahren mit Sprachtest absolviert. Weitere 29% (25 252 Personen) konnten die Staatsbürgerschaft nach einem vereinfachten Verfahren erhalten, da sie nachgewiesen ethnische Esten waren. Weitere 27% (23 342 Personen) erhielten die Staatsbürgerschaft ebenfalls nach einem vereinfachten Verfahren, da sie noch vor den Wahlen zum Estnischen Kongress Anträge auf die Staatsbürgerschaft gestellt hatten. Etwa 0,7% (651 Personen) erhielten die Staatsbürgerschaft zu Sonderkonditionen, z.B. für „besondere Verdienste“ gegenüber dem Estnischen Staat oder aufgrund von Behinderungen (vgl. Tabelle 4).<sup>761</sup> In den Folgejahren, 1998 bis 2012, kamen noch einmal etwas über 59 000 eingebürgerte Personen hinzu (vgl. Tabelle 3). Die meisten Staatsbürgerschaften wurden dabei während der Jahre 1993 und 1996 erworben – noch auf Grundlage des alten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992.

Ab dem Jahr 1997 ist die Zahl der Staatsbürgerschaften pro Jahr drastisch gesunken – obwohl im Jahr 2000 noch 170 349 Personen „ohne Staatsbürgerschaft“ in Estland wohnhaft waren.<sup>762</sup> Der zahlenmäßige Unterschied zeigt, dass nach dem neuen Gesetz zur Staatsbürgerschaft die jährliche Anzahl der erfolgreichen Anträge um mehr als die Hälfte eingebrochen ist. Von denjenigen, die in den Jahren 2000 bis 2012 eingebürgert wurden, hatten 42 315 Personen vorher keine Staatsangehörigkeit, weitere 2 114 Personen waren Staatsbürger der Russischen Föderation, 146 Personen waren Bürger der Ukraine und 32 Personen Bürger von Weißrussland.<sup>763</sup> Nach Angaben der Botschaft der Russischen Föderation in Estland hatten bis August 1997 zusätzlich 124 070 Personen die russische Staatsbürgerschaft erlangt, in den Folgejahren wurden es mehr (vgl. Tabelle 5).<sup>764</sup>

---

<sup>759</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 126-141.

<sup>760</sup> Vetik, Raivo (2002): *The Cultural and Social Makeup of Estonia*. S. 88.

<sup>761</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 120.

<sup>762</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): *2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages*. Tallinn: Statistikaamet. S. 13.

<sup>763</sup> Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Statistikamtes.

<sup>764</sup> Semjonov, Aleksei (2002): *Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects*. S. 123.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Tabelle 3. Anzahl der estnischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl)<sup>765</sup>

Jahr – Anzahl der eingebürgerten Personen	
1992 – 5 421	2003 – 3 706
1993 – 20 370	2004 – 6 523
1994 – 22 474	2005 – 7 072
1995 – 16 674	2006 – 4 753
1996 – 22 773	2007 – 4 230
1997 – 8 124	2008 – 2 124
1998 – 9 969	2009 – 1 670
1999 – 4 534	2010 – 1 189
2000 – 3 425	2011 – 1 518
2001 – 3 090	2012 – 1 332
2002 – 4 091	

Im Jahr 2000 gehörten 133 346 Personen oder 78,3% der Staatenlosen russischer Nationalität an. Weitere 31 554 Personen oder 18,5% gehörten einer anderen Nationalität an. Lediglich 4 896 der staatenlosen Personen, oder 2,9% haben sich als ethnische Esten bezeichnet.<sup>766</sup> Bis 2009 bzw. 2011 hat sich an diesen Anteilen wenig geändert, nach wie vor gehörten die meisten Staatenlosen der russischsprachigen Bevölkerung Estlands an.<sup>767</sup> Hypothetisch könnte man ausrechnen, dass wenn das Tempo der erfolgreichen Anträge auf dem Niveau der Jahre 1993 bis 1996 verblieben wäre, die Anzahl der Personen ohne Staatsbürgerschaft bis Ende 2004 nahe Null gewesen wäre. Doch laut den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2011, hatten bis Ende des Jahres 2011 noch 85 961 in Estland registrierte Personen keine Staatsbürgerschaft, was etwa 6,6% der gesamten Bevölkerung ausmachte.<sup>768</sup> Ebenso waren etwa 6,9% der Bewohner Staatsbürger Russlands. Entsprechend waren 85% der Gesamtbevölkerung Estlands auch estnische Staatsbürger.<sup>769</sup> Während im Jahr 2009 etwa 19% der estnischen Staatsbürger anderer Abstammung (als estnischer) waren, ist dieser Anteil bis zum Jahr 2011 auf etwa 18% zurückgegangen. Von den estnischen Bürgern anderer Abstammung waren wiederum

<sup>765</sup> Berechnung auf Grundlage der Daten des Estnischen Staatsbürgerschafts- und Migrationsamtes, (Kodakondus- ja Migratsooniamet) bis 2012, des Estnischen Statistikamtes (Eesti Statistikaamet [www.stat.ee](http://www.stat.ee)) und Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>) ab 1998. Ebenso: Statistisches Amt in Estland: Ergebnisse der Volkszählungen aus dem Jahr 2001 und 2011: [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus\\_Emakeel\\_Veerkeelte\\_oskus.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus.asp); [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/07Rahvastiku\\_demograafilised\\_ja\\_etno\\_kultuurilised\\_naitajad/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeleteoskus\\_Murded/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeleteoskus\\_Murded.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/09Rahvastiku_paiknemine/02Eestis_ajutine_viibimine/02Eestis_ajutine_viibimine.asp) (Jeweils abgerufen am 12.03.2014); Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 127.

<sup>766</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. S.13.

<sup>767</sup> Studie der Stadt Tallinn aus dem Jahr 2009: Tallinna Linn (2009): Kodakondsus. S. 396 <http://www.tallinn.ee/est/g7172s46359> (Abgerufen am 15.10.2013).

<sup>768</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0428: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Rahvus, Elukoht ning Sugu. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>769</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0424: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Rahvus, Kodakondsus, Sugu ning Vanuserühm. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

87% ethnische Russen.<sup>770</sup> Somit waren in den vergangenen Jahren knapp ein Fünftel der Staatsbürger anderer Abstammung und überwiegend russischsprachiger Bevölkerung angehörig. Die Volkszählung aus dem Jahr 2011 zeigte ebenfalls, dass im Jahr 2011 etwa 24% der russischsprachigen Bevölkerung Staatsbürger Russlands waren.<sup>771</sup> Die Staatenlosen machten etwa 23% der russischsprachigen Bevölkerung aus.<sup>772</sup> Damit waren die Anteile der Staatenlosen und der Staatsbürger Russlands unter der russischsprachigen Bevölkerung etwa gleich, so wie die Anteile der Staatenlosen und der russischen Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung. Etwa die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung war im Jahr 2011 der estnischen Staatsbürgerschaft angehörig (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 4. Estnische Staatsbürgerschaften gemäß gesetzlicher Grundlage (Personenzahl)<sup>773</sup>

Jahr	Registriert vor 1.03.1990 <sup>774</sup>	Eingebürgert	Ethnische Esten	Minderjährige unter 15 J. <sup>775</sup>	Sonderkonditionen <sup>776</sup>	Gesamt
1992	965	--	3 991	--	465	5 421
1993	9 264	3 013	7 952	--	141	20 370
1994	7 975	5 679	8 813	--	7	22 474
1995	1 710	10 689	4 260	--	15	16 674
1996	3 428	16 740	236	2 346	23	22 773
1997	354	2 099	26	5 627	18	8 124
1998	180	3 250	14	6 512	13	9 969
1999	164	1 910	1	2 445	14	4 534
2000	1	1 297	0	2 030	97	2 425
2001	61	1 107	0	1 698	224	3 090
2002	0	1 738	0	1 671	682	4 091
2003	0	1 633	0	1 895	178	3 706
Gesamt	24 102	49 155	25 293	22 224	1 877	124 651

Insgesamt wurde während der Zeit von 1992 bis 2008 an 151 806 Personen die Staatsbürgerschaft via Einbürgerung vergeben.<sup>777</sup>

<sup>770</sup> Studie der Stadt Tallinn aus dem Jahr 2009: Tallinna Linn (2009): Kodakondsus. S. 396 <https://www.tallinn.ee/est/g7172s46359> (Abgerufen am 13.03.2013); Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0424: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Rahvus, Kodakondsus, Sugu ning Vanuserühm. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>771</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0428: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Rahvus, Elukoht ning Sugu. (Abgerufen am 29.04.2013).

<sup>772</sup> Ebd.

<sup>773</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 75.

<sup>774</sup> Personen, die vor den Wahlen zum Estnischen Kongress einen Antrag auf Staatsbürgerschaft gestellt hatten.

<sup>775</sup> Diese Regelung wurde mit dem Gesetz vom 19.01.1995 eingeführt.

<sup>776</sup> Behinderungen 1. oder 2. Grades, besondere Verdienste oder wiederholte Einbürgerung.

<sup>777</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 127.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Tabelle 5. Russischsprachige Bevölkerung in Estland nach Staatsbürgerschaft  
(in % der russischsprachigen Bevölkerung)<sup>778</sup>

Jahr	Estnische Staatsbürgerschaft	Russische Staatsbürgerschaft
1992	2%	--
1993	16%	10%
1994	35%	8%
1995	30%	12%
1996	29%	18%
2000	40,4%	20,9%
2011 <sup>779</sup>	53%	23%

An diesen Zahlen ist erkennbar, dass die Problematik rund um die Staatsbürgerschaft der russischsprachigen Bevölkerung bis heute nicht gelöst ist. Nach wie vor existiert eine verhältnismäßig große Anzahl an Personen, die keine estnischen Staatsbürger sind. Auch noch bis zum Jahr 2007 waren über 90% der eingebürgerten Personen zuvor ohne Staatsbürgerschaft gewesen. Etwas gestiegen war auch der Anteil der ehemaligen russischen Staatsbürger, welche sich für die estnische Staatsbürgerschaft entschieden haben. Im Jahr 2008 haben auch nur etwa 50% der russischsprachigen Staatenlosen angegeben, die estnische Staatsbürgerschaft zu wollen. Die andere Hälfte bevorzugte es, staatenlos zu bleiben oder die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zu erhalten.<sup>780</sup> Dieser Anteil ist bis 2011 zwar auf 64% gestiegen, doch nach wie vor bevorzugte es ein verhältnismäßig großer Teil der Staatenlosen, in demselben Status zu bleiben.<sup>781</sup> Somit kann resümiert werden, dass die estnische Staatsbürgerschaft durchaus nicht von allen erwünscht war, wofür es eine Reihe von Gründen und Erklärungen gibt.

Die genannten Gründe für das mangelnde Interesse an der estnischen Staatsbürgerschaft sind im Zuge der Untersuchungen des Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 grundsätzlich in drei Gruppen gefallen: Erstens waren es eher persönliche und/oder emotionale Gründe, welche den Erwerb der Staatsbürgerschaft behinderten. Zweitens sind praktische und strukturelle Gründe genannt worden, wonach es einfacher ist, nach Russland oder in andere GUS-Staaten zu reisen. Drittens wurde das Prozedere der Staatsbürgerschaftsprüfungen genannt, welches maßgeblich zur Ablehnung der estnischen Staatsbürgerschaft beigetragen hat.<sup>782</sup> Zu der ersten Gruppe gehörten Erklärungen von Personen, wonach die estnische Staatsbürgerschaft für unbedeutend im

<sup>778</sup> Dovile Budryte verwendet die Bezeichnung „Russians“, was somit nicht eindeutig auf die russischsprachige Bevölkerung bzw. ethnische Russen schließen lässt. Die Anteile für die Jahre 1992 bis 2000 aus: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 74. Der Übergang vom Jahr 1996 auf das Jahr 2000 wurde übernommen. Der Anteil für das Jahr 2000 entspricht den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2000 unter <http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/databasetree.asp> (Abgerufen am 12.01.2012)

<sup>779</sup> Die Berechnungen für 2011 basieren auf den Daten der Volkszählung 2011: Vgl. Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2012): Rahva ja eluruumide loendus - Rahva ja eluruumide loendus 2011. <http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/databasetree.asp> (Abgerufen am 12.01.2012)

<sup>780</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 128-130.

<sup>781</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. in: Integratsiooni monitoring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 9-51, S. 14.

<sup>782</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 130-131; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 14.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

globalen Sinne gehalten wurde, ebenfalls aus Desinteresse gegenüber dem estnischen politischen und sozialen Leben und aus Mangel an Zugehörigkeitsgefühl. Zu der zweiten Gruppe der Begründungen zählte die Erkenntnis, dass man auch ohne Staatsbürgerschaft in Estland leben könnte, ebenso wie die vereinfachte Reisemöglichkeiten nach Russland und in die GUS-Staaten sowie die Wahl einer anderen Staatsbürgerschaft. Die dritte Gruppe beinhaltete schließlich die Vorwürfe an die estnische Gesetzgebung und die Bestimmungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft, die als ungerecht und erniedrigend empfunden wurden. Allen voran wurden die Sprachkenntnisse als Hindernis genannt.<sup>783</sup> Die dritte Gruppe der Begründungen wurde am häufigsten genannt, gefolgt von der zweiten und der ersten Gruppe. Demnach wurde eindeutig die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft als das bedeutendste Hindernis für den Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft empfunden. Positiv auf den Wunsch auf Staatsbürgerschaft wirkten sich demnach der entsprechende Status der Familienmitglieder sowie die Wohngegend und der Wunsch nach einem höheren sozialen Status aus.<sup>784</sup>

Die Meinungen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung über die Motive der Entscheidung für oder gegen die Staatsbürgerschaft gingen dabei teilweise weit auseinander. Während russischsprachige Bewohner die Gesetzgebung als wichtigste Hürde sahen, glaubten viele Esten, dass die Bedingungen für die Ausländer zu bequem seien, gepaart mit der Unfähigkeit der Nicht-Staatsbürger bzw. der russischen Staatsbürger die estnische Sprache zu lernen.<sup>785</sup> Ähnlich sahen es 2011 die Russischsprachler, als es um die Frage nach der Entscheidung für die Staatsbürgerschaft Russlands ging: Als Erstes wurde die Schwierigkeit der estnischen Staatsbürgerschaftsprüfung genannt. Die Esten glaubten dagegen, dass die Staatsbürgerschaft Russlands in erster Linie aufgrund der Verbundenheit mit Russland angenommen wurde – was für die russischsprachige Bevölkerung wiederum nichts mit der Staatsbürgerschaft zu tun hatte.<sup>786</sup> An diesen Ergebnissen erkennt man die unterschiedliche Perzeption des Effektes, welchen die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft auf die Bevölkerung hat. Während die russischsprachige Bevölkerung diese stets für ungerecht und zu streng empfunden hat, fand die Mehrheit der estnischen Bevölkerung, dass die Standards den internationalen Normen entsprechen. Dabei ist die Unterstützung der Staatsbürgerschaftspolitik innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung, egal ob Staatsbürger oder nicht, nicht immer gleich gewesen: während diese bis zum Jahr 2005 immer gewachsen ist, fiel sie im Jahr 2008 unter das Niveau der 1990er Jahre, was den niedrigsten bisherigen Wert kennzeichnete.<sup>787</sup> Einen Bruch hat es somit zwischen den Jahren 2005 und 2008 gegeben, was höchstwahrscheinlich mit den Ereignissen rund um den Bronze-Soldaten (im Kapitel „Die Rolle der Identität“ in dieser Arbeit ausführlich beschrieben) im April 2007 zu tun hat. Tatsächlich wurden 2011 gewisse Unterschiede in der Wahrnehmung der Folgen der Krise sichtbar: Die russischsprachige Bevölkerung sah die Ereignisse als unnötig an

---

<sup>783</sup> Ebd.

<sup>784</sup> Vgl. im Folgenden: Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 129-130; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamiküühiskond ja rahvussuhted. S. 15-16.

<sup>785</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 133-136; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamiküühiskond ja rahvussuhted. S. 14-16.

<sup>786</sup> Ebd. S. 16.

<sup>787</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“ S. 137-138.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

und fand, dass sie vor allem den Zusammenhalt der estnischen Bevölkerung stärkten. Wiederum sahen die Esten in den Ereignissen einen Nutzen für Russland und den Zwang für die estnische Gesellschaft sich stärker mit der Integration der russischsprachigen Bevölkerung zu beschäftigen, was die russischsprachige Bevölkerung dagegen nicht erkannte. Zumindest waren sich beide Gruppen einig, dass die Ereignisse das ethnisch-nationale Konfliktpotential verdeutlichten, was künftig vermieden werden sollte.<sup>788</sup>

Die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft erzeugte damit bereits seit Anfang der 1990er Jahre mehr oder weniger deutliche Gegensätze in der estnischen Gesellschaft, die sich bis heute hinziehen. Die Entwicklung rund um die Beantragung und die Gewährung der estnischen Staatsbürgerschaften in den 1990er Jahren zeigt, dass das erste Gesetz zur Staatsbürgerschaft deutlich mehr Staatenlose und Ausländer dazu bewegte, die estnische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Das strengere Folgegesetz aus dem Jahr 1995 ließ die Zahl der Anträge deutlich zurückgehen. Einerseits kann dies ein Indiz dafür sein, dass diejenigen, die sich von Anfang an mit dem unabhängigen estnischen Staat identifizierten, seine Staatsbürgerschaft auch gleich beantragt haben. Schließlich war die Regelung zur Sprache auch in dem ersten Gesetz vorhanden. Andererseits zeigt die verbliebene Zahl der Staatenlosen sowie die steigende Zahl der russischen Staatsbürgerschaften, dass nach 1995 nicht nur die Anforderungen zu hoch wurden, sondern sich auch eine Deprivation gegenüber der Gesetzgebung und damit dem neuen estnischen Staat in der russischsprachigen Bevölkerung ausgebreitet hat. Das belegen auch die Ergebnisse der Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011, wonach etwa die Hälfte der Nicht-Staatsbürger aus verschiedenen Gründen kein Interesse an dem Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft gezeigt hat.<sup>789</sup> Dafür gibt auch die Regelung zum Reisen nach Russland und in die GUS-Staaten Grund genug, welcher offenbar höher bewertet wird als die Möglichkeit an dem demokratischen Prozess der Parlamentswahlen in Estland teilzunehmen. Als wichtigster Grund gegen die estnische Staatsbürgerschaft werden aber nach wie vor die gesetzlichen Bestimmungen genannt, was sich auch künftig wahrscheinlich nicht ändern wird. In den Jahren 2000 bis 2011 haben sich Esten grundsätzlich gegen eine vereinfachte Vergabe der Staatsbürgerschaften ausgesprochen.<sup>790</sup> Angesichts ihrer Überrepräsentation in den gesetzgebenden Organen wird sich also an der Staatsbürgerschaftsfrage auch in den kommenden Jahren vermutlich nichts ändern.

---

<sup>788</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 20.

<sup>789</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 129; Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 14.

<sup>790</sup> Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. S. 139.



### 4.5.5 Politische Repräsentation und Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung während der Konsolidierungsphase

#### 4.5.5.1 Parteien und Bündnisse

Etwa ab Mitte der 1990er Jahre war die Zahl der russischsprachigen Staatsbürger hoch genug, um eine starke Vertretung auf staatlicher und kommunaler Ebene herausbilden zu können. Noch besser waren die Repräsentationsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene, da hier auch die Nicht-Staatsbürger und Ausländer wählen durften. Bis zum Jahr 1997 hatten über 95 000 Personen aus dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung die Staatsbürgerschaft auf dem Weg der Einbürgerung erhalten. Dennoch gingen die politische Interessenartikulation und die Parteiengründung nur schleppend voran. Die verbreitete Meinung, dass es der russischsprachigen Bevölkerung am Interesse sowie dem kollektiven Zusammenhalt gemangelt hat, wird in der Literatur als Hauptgrund für das Fehlen einer gemeinsamen politischen Stimme genannt.<sup>791</sup> In jedem Fall kann die relativ schwache Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung auf zentralstaatlicher Ebene nicht allein mit der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft erklärt werden.<sup>792</sup>

Obwohl sich einige politische Bewegungen herausgebildet haben, die sich der Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung gewidmet haben, solche wie die bereits erwähnten EÜRП oder EVDL, konnten diese bekanntlich nur bei zwei aufeinander folgenden Parlamentswahlen Mitte der 1990er Jahre die Fünf-Prozent-Hürde für das Parlament überqueren. Dadurch wurde die Tatsache deutlich, dass es innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung an Geschlossenheit hinsichtlich ihres politischen Auftritts mangelte. Die Anfang der 1990er Jahre gegründete Russische Partei in Estland (VEE), die Teil des im Jahr 1995 bei den Parlamentswahlen erfolgreichen Bündnisses MKOE war, vertrat etwa 14,6% der russischsprachigen Wähler.<sup>793</sup> Ihr Vorsitzender Nikolai Maspanov sagte in einem Interview Anfang 1998, dass seine Partei in der Einführung von Russisch als zweite Amtssprache die Voraussetzung für die Stabilität der estnischen Gesellschaft sieht.<sup>794</sup> Diese Forderung hob sie von der moderaten EÜRП ab und ließ sie zu dem radikalen Flügel des Wahlbündnisses werden.<sup>795</sup> Die EÜRП galt als weniger resolut und eher kompromissbereit, wenn es um Fragen der Sprache und der Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland ging. Zu den zentralen Forderungen beider Parteien gehörten die Lösung der Staatenlosen-Frage sowie der Problematik der Sprachen in Estland.<sup>796</sup>

---

<sup>791</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76.

<sup>792</sup> Kolsto, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 621.

<sup>793</sup> Estnische Bezeichnung: Vene Erakond Eestis (Üb. d. A.).

<sup>794</sup> Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76.

<sup>795</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 14; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 146.

<sup>796</sup> Tartu Ülikool/Akadeemiline Balti ja Vene Uuringute Keskus (2011): Vene parteid Eestis. 1998.

[http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene\\_parteid\\_Eestis](http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene_parteid_Eestis) (Abgerufen am 20.02.2013).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Als Grund für die Trennung und die separate Kandidatur der beiden Parteien EÜRП und VEE bei den Parlamentswahlen 1999 wurden hauptsächlich die Unterschiede in der Ausrichtung der Minderheitenpolitik gesehen, wobei sich die EÜRП weiterhin liberaler und kooperativer gegenüber den „estnischsprachigen“ Parteien, also den Parteien, die von dem estnischsprachigen Teil der Bevölkerung gewählt wurden, positionierte als die zunehmend radikal-nationale VEE.<sup>797</sup> Die erste propagierte eine gesellschaftliche Integration ohne Diskriminierung auf nationaler bzw. ethnischer Basis sowie die Achtung der Rechte auf Sprache und Bildung. Die zweite forcierte eine bi-nationale Gesellschaft in Estland mit Esten und Russen gleichberechtigte Teilgesellschaften, was implizit auch Russisch als offizielle Sprache beinhaltet hätte. Die VEE kritisierte das geltende Staatsbürgerschaftsrecht als diskriminierend.<sup>798</sup> Der Wahlerfolg der EÜRП gegenüber VEE im Jahr 1999 zeigt, dass radikale Positionen zumindest weniger Anhänger hatten als kooperative.

Die jeweils 6 Sitze in den Parlamentszusammensetzungen der Jahre 1995 und 1999 blieben bekanntlich die bisher einzigen Erfolge der explizit russischsprachigen Repräsentationsparteien in Estland. Zu den nachfolgenden Wahlen im Jahr 2007 haben sich die VEE sowie die neu gegründete „Konstitutionspartei“ als Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung aufgestellt. Die Konstitutionspartei trat als Nachfolgerin der EÜRП auf.<sup>799</sup> Beide Parteien schafften es jedoch nicht über die Fünf-Prozent-Hürde – die Konstitutionspartei bekam 1% und VEE nur 0,2% der Stimmen. Vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2011 hat sich die Konstitutionspartei im Jahr 2008 mit der Estnischen Linkspartei (EVP) unter dem Namen Estnische Vereinte Linkspartei (EÜVP) vereinigt.<sup>800</sup> Zur Wahl gestellt hat sich dieses Bündnis aber nicht, so dass 2011 nur eine Partei die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung estlandweit vertreten hat, nämlich die VEE. Diese bekam allerdings nur 0,9% der Stimmen und keine Mandate im Riigikogu.<sup>801</sup>

Neben den zwei großen Parteien wurden im Laufe der Jahre weitere kleinere Repräsentationen und Parteien gegründet, die sich ebenfalls die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung zum Ziel gesetzt hatten. Solche waren zum Beispiel die Russische Einigungspartei (VÜP), die Russische Baltische Partei in Estland (VBEE), die Russische Christliche Union (VKL) oder die Partei Estnische Einigung (EÜ).<sup>802</sup> Diese Parteien gingen schließlich alle in der VEE auf, die ihrerseits im Jahr 2012 Teil der Sozialdemokratischen Partei (SDE) wurde.<sup>803</sup> Die ehemalige EÜRП hörte im Jahr 2009 formal auf zu existieren.

Die russischsprachigen politischen Kräfte, die es Mitte und Ende der 1990er Jahre ins Parlament geschafft hatten, versuchten trotz ihrer geringen Personenzahl im Parlament

---

<sup>797</sup> Hallik, Klara/Petta, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 15

<sup>798</sup> Ebd. S. 15; Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 87-88.

<sup>799</sup> Estnische Bezeichnung: Konstitutsioonierakond (Üb. d. A.).

<sup>800</sup> Estnische Bezeichnungen: Eesti Vasakpartei; Eestimaa Ühendatud Vasakpartei (Üb. d. A.).

<sup>801</sup> Heinsalu, Alo/Koitmäe, Arne (u.a.) (2011): Valimised Eestis 1992-2011. Statistika ja Selgitusi. Tallinn: Vabariigi Valimiskomisjon. S. 34-74.

<sup>802</sup> Estnische Bezeichnungen: Vene Ühtsuspartei, Vene Balti Erakond Eestis, Vene Kristlik Liit, Erakond Eestimaa Ühtsus (Üb. d. A.).

<sup>803</sup> Estnische Bezeichnung: Sotsiaaldemokraatlik Erakond (Üb. d. A.).

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Einfluss auf die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft zu nehmen.<sup>804</sup> Nach dem geänderten Gesetz zur Staatsbürgerschaft vom 19. Januar 1995 gab es massive Proteste seitens der russischsprachigen Bevölkerung, was sicherlich zum Wahlerfolg der EÜRП im Jahr 1999 beigetragen hat. Bereits im Jahr 1993 hat die Russische Demokratische Bewegung (EVDL) den Vorschlag gemacht, das Verfahren für Einwohner zu vereinfachen, die über zehn Jahre in Estland wohnhaft gewesen waren. Dieser Vorschlag basierte auf der UNO-Konvention zur Reduzierung von Staatenlosen aus dem Jahr 1961.<sup>805</sup> Die bei den Parlamentswahlen 1995 gewählten russischsprachigen Abgeordneten haben drei Mal Gesetzesänderungen zur Staatsbürgerschaft vorgeschlagen:

- Im April 1996: (1) Die Staatsbürgerschaft sollte automatisch gewährt werden für Ehegatten von Staatsbürgern, Kinder (auch volljährige) von Staatsbürgern und ethnische Esten. (2) Die Sprachtests sollten vereinfacht werden für Menschen mit Behinderungen ersten und zweiten Grades, und für Individuen über 55 Jahre. (3) Für diejenigen, die nach dem 1. Juli 1990 nach Estland kamen, sollte die Anforderung entfallen, wonach sie Anträge, Vollmacht und Erklärungen auf Estnisch verfassen können mussten.
- Im Dezember 1997: Die Staatsbürgerschaft sollte ohne weitere Anforderungen gewährt werden an Minderjährige, die in Estland geboren wurden und wohnhaft waren, an Menschen mit Behinderungen ersten und zweiten Grades, an Personen über 60 Jahre, Personen, die seit 10 Jahren in Estland wohnhaft und unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen besaßen, sowie an Ehegatten von Staatsbürgern
- Im März 1998 wurden ähnliche Forderungen gestellt: Die Sprachprüfung sollte entfallen für Individuen über 60 und unter 18 Jahre, für Inhaber einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, die seit 10 Jahren in Estland wohnhaft waren, für Menschen mit Behinderungen ersten oder zweiten Grades, sowie für Ehegatten von Staatsbürgern.<sup>806</sup>

Alle diese Vorschläge wurden durch das Parlament nicht berücksichtigt bzw. nicht angenommen. Entsprechend verschlechterte sich die Einbürgerungssituation: Bis Mitte 1998 hatten lediglich 3 939 Personen die komplette Prozedur der Einbürgerung bestanden und erhielten die Staatsbürgerschaft. Ebenfalls konnten die etwa 11 000 Kinder von bis dahin eingebürgerten Eltern die Staatsbürgerschaft erlangen. Als im Jahr 1997 Änderungen vorgenommen wurden, z.B. die Gewährung der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung für Kinder von Nicht-Staatsbürgern, schien die Regierung sich etwas intensiver mit dem Problem der Staatenlosen zu befassen. Doch diese Änderungen sorgten zu der Zeit nur für mäßigen Zuspruch in der russischsprachigen Bevölkerung.

Einerseits angesichts der schwachen Vertretung durch „eigene“ Parteien und andererseits zum Zwecke der Vergrößerung der Wählerschaft versuchten auch estnische Parteien und Bündnisse, die russischsprachige Wählerschaft für sich zu gewinnen. Bereits Anfang der 1990er Jahre war die spätere Zentrumspartei (Keskerakond) mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Volksfront, Edgar Savisaar, in der russischsprachigen Bevölkerung erfolgreich.<sup>807</sup> Diese warb in den nachfolgenden Jahren auch immer mehr

<sup>804</sup> Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 15.

<sup>805</sup> Vgl. Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. S. 87.

<sup>806</sup> Vgl. Ebd. S. 89

<sup>807</sup> Kask, Urmas (1998): Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 8.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Wähler, was maßgeblich zum Untergang der „eigentlichen“ russischsprachigen Parteien beigetragen haben dürfte. Neben der Zentrumsparterie versuchten auch andere „estnische“ Parteien die russischsprachigen Wähler zu mobilisieren. So starteten die Reformpartei und eigentlich national-konservative „Res Publica“ diverse Aktionen mit Wahlversprechen zur Lösung der Staatenlosen- und der Sprachen-Problematik.<sup>808</sup> Die Koalitionsvereinbarung der 41. Regierung aus dem Jahr 1999, bestehend aus der Reformpartei, der Vaterlandsunion und den „Moderaten“, griff die Politik gegenüber der anderssprachigen Bevölkerung mit einem Sonderkapitel auf. Darin wurde zwar explizit darauf hingewiesen, dass das Gesetz zur Staatsbürgerschaft nicht geändert würde, doch sollte der Anspruch auf Erhalt der eigenen Kultur bestehen bleiben und die „objektive Informiertheit der Andersstämmigen über die Ereignisse in estnischer Politik und Gesellschaft“ verbessert werden.<sup>809</sup> Ähnliche Maßnahmen und Pläne beinhalteten auch die Programme anderer estnischer Parteien. Ihr Erfolg in der russischsprachigen Wählerschaft blieb allerdings mäßig.

An den geplanten und ergriffenen Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in den Regierungskoalitionen und den Parteiprogrammen kann man den politischen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik etwa ab Mitte der Nuller-Jahre ablesen. Dennoch bleibt die politische Bühne in Estland nach wie vor stark estnischsprachig und estnisch-kulturell orientiert. In den Jahren seit den Parlamentswahlen 2011 hat sich eine gewisse Volatilität der russischsprachigen Wähler abgezeichnet, vor allem in Tallinn, die sich nun etwas stärker an anderen Parteien als der Zentrumsparterie orientieren. Vor allem die Sozialdemokratische Partei (SDE) hat sich bei den jüngsten Wahlen im Jahr 2015 zur neuen potentiellen Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung gemauert. Der Vorteil wurde von vielen russischsprachigen Wählern in der Koalitions- und Regierungsfähigkeit dieser Partei gesehen, die auch den ersten russischstämmigen Minister, Jewgeni Ossinowski, in der Übergangsregierung von 2014 bis 2015 gestellt hat.<sup>810</sup>

Dies belegen auch die Ergebnisse des Integrations-Monitorings aus dem Jahr 2011, in dem die parteipolitischen Präferenzen sowie die Gründe für den Misserfolg russischsprachiger Parteien erfragt wurden. Es hat sich herausgestellt, dass lediglich 2% der anderssprachigen Befragten ihre Stimme einer „russischsprachigen“ Partei gegeben hätten. Zur Begründung wurde am häufigsten der pragmatische Grund genannt, die gewählte Partei sollte die Fähigkeit aufweisen, in die Regierung zu kommen.<sup>811</sup> Interessant ist indes auch, dass die Mehrheit der russischsprachigen Befragten die Idee einer national bzw. ethnisch begründeten Partei 2011 offenbar nicht unterstützte, was als zweithäufigster Grund für den mangelnden Stimmzuwachs solcher Parteien genannt wurde.<sup>812</sup> Somit kann man sagen, dass der ausbleibende Erfolg „russischsprachiger“ Parteien sowohl mit deren schlechten Koalitions- und Regierungsfähigkeit in einem

---

<sup>808</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Reformierakond (Üb. d. A.). Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76-78.

<sup>809</sup> Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Isamaaliidu ja Mõõdukate Koalitsioonilepe (1999).

<sup>810</sup> Sergei Metlev: „Eesti pärast Savisaart“ 27.01.2015 <http://www.delfi.ee/news/riigikogu2015/arvamus/sergei-metlev-estni-parast-savisaart?id=70652941> (Abgerufen am 27.01.2015).

<sup>811</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 22-23.

<sup>812</sup> Ebd. S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

estnisch geprägten Parteiensystem als auch mit der allgemeinen Ablehnung der ethnisch-nationalen parteipolitischen Polarisierung zusammenhängt. Hinzu kommt, dass russischsprachige Bewohner dem estnischen Staat und seinen Regierungsorganen nach wie vor wenig Vertrauen schenken: Im Jahr 2011 waren die Vertrauenswerte für das Parlament, die Regierung und den Präsidenten durchweg negativ. Insbesondere zeigte sich dabei der Unterschied zu ethnischen Esten, welche den genannten Institutionen weitaus mehr vertrauten. Beim estnischen Präsidenten gingen die Antworten dabei sogar in die umgekehrte Richtung, wobei sich ein tiefes Misstrauen der russischsprachigen Bürger gegenüber dem Staatsoberhaupt zeigte. Noch negativer als russischsprachige Staatsbürger bewerteten die Nicht-Staatsbürger bzw. Staatsbürger anderer Staaten die estnischen Institutionen. Tatsächlich war der Präsident Toomas-Hendrik Ilves bei der russischsprachigen Bevölkerung unbeliebt, hauptsächlich aufgrund seiner wiederholten national begründeten Rhetorik, in der sich teilweise eine ablehnende Haltung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung ablesen lässt – zumindest kritisierte Ilves in der Vergangenheit häufiger die schlechten Sprachkenntnisse der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>813</sup> Insofern fühlen sich die russischsprachigen Bewohner Estlands durch den Präsidenten schlecht repräsentiert.

### 4.5.5.2 Russischsprachige Bevölkerung in Estland als Wählerschaft – Analyse des Wahlverhaltens

#### 4.5.5.2.1 Parlamentswahlen

Die geringe Anzahl der Sitze für „russischsprachige“ Parteien im Parlament wird von den meisten Studien damit erklärt, dass die existierenden Parteien nicht die Interessen der gesamten russischsprachigen Wählerschaft auf sich vereinen konnten.<sup>814</sup> Während die russischsprachige Wählerschaft in den ersten Jahren der Unabhängigkeit wenig Stimmen für die „estnischsprachigen“ Parteien übrig hatte, schwand diese Ablehnung mit der Zeit. Während der Jahre zwischen 1992 und 1995 haben etwa 30 bis 40% der befragten Personen innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung angegeben, keine Parteipräferenz zu haben und folglich keine Partei wählen zu wollen.<sup>815</sup> Mit der Zeit verursachte der Wandel der Wahlpräferenzen der russischsprachigen Bevölkerung zwischen 1992 und 2011 allerdings teilweise bedeutenden Einfluss dieser Wählerschaft auf die estnische Parteien- und Regierungslandschaft auf zentralstaatlicher Ebene.

---

<sup>813</sup> Delfi.ee: „Avalik kiri president Ilvesele: Teie järjekordne venekeelse elanikkonna räägitava emakeele vastu suunatud avaldus on kohatu ja solvav“ 24.10.2013 (Abgerufen am 12.03.2014); Delfi.ee: „President, räägi meiega!“ 29.02.2008 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/arvamus/delfi-president-raagi-meiega?id=18316213> (Abgerufen am 12.03.2014); Christian Neef/Jan Puhl: „Widerwärtige Vorwürfe“ Spiegel Online 25.06.2007 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-52032633.html> (Abgerufen am 12.03.2014).

<sup>814</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 76; Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 13-15; Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. S. 87; Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. S. 145-146.

<sup>815</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 8-11.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Die größten „russischsprachigen“ Zentren Estlands liegen bis heute in Tallinn (russischsprachig waren im Jahr 1992 etwa 48% der gesamten Stadtbevölkerung und im Jahr 2003 etwa 42%) und im Landkreis Ida-Virumaa mit der Hauptstadt Narva (1992 sprachen etwa 95% der Stadtbevölkerung Russisch als Muttersprache, 2003 immerhin noch 76%). Repräsentativ für landesweite Bevölkerungsverhältnisse, aber auch als Beispiel für eine eher „estnischsprachige“ Stadt kann Tartu genommen werden. Dort waren im Jahr 2000, also zwischen den Parlamentswahlen 1992 und 2003 ca. 18% der Einwohnerschaft russischsprachig, was etwas weniger ist als der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.<sup>816</sup> Somit wären mit Tallinn, Narva und Tartu drei unterschiedliche Konstellationen der Vermischung der russisch- und estnischsprachigen Bevölkerung repräsentiert. Wenn man die Ergebnisse der Parlamentswahlen in diesen Gegenden miteinander und mit den landesweiten Ergebnissen vergleicht, kann man in etwa die Präferenzen der nicht-estnischen Bevölkerung abschätzen. Nämlich es ist höchst unwahrscheinlich, dass Esten bzw. die estnischsprachige Bevölkerung für Parteien gestimmt haben, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten.<sup>817</sup> Beispielsweise waren vor den Parlamentswahlen 1992 nur sehr wenige Personen eingebürgert worden, dennoch unterscheiden sich die Ergebnisse in Ida-Virumaa von den landesweiten Resultaten. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen 1995 bis 2011 war die Anzahl der nicht-estnischen Staatsbürger stets gestiegen, was die Ergebnisse in den besagten Körperschaften noch repräsentativer macht.

In Tallinn sorgten bei der Parlamentswahl 1992 Wahlbezirke mit einer stärkeren russischsprachigen Wählerschaft, wie im Norden und im Osten der Stadt für mehr Parteikonkurrenz mit stärkerem Ergebnis für die Volksfront. Insgesamt hat die Volksfront in diesen Wahlbezirken von Tallinn das zweitstärkste Ergebnis, hinter „Vaterland“ erhalten. Da die Wählerschaft überwiegend estnisch war, erhielten „estnisch-national“ gestimmte Parteien wie „Vaterland“ und ERSP in den Tallinner Bezirken überwiegend die Führungspositionen, doch die russischsprachige Wählerschaft schien verstärkt ihre Stimmen auch den Einzelkandidaten aus der Volksfront zu geben.<sup>818</sup> Bei den Parlamentswahlen 1995 kam das „russischsprachige“ Wahlbündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ (MKOE) hinzu, welche sich aus den zwei neuen „russischen“ Parteien VEE und EÜRP formierte. Die Wahlbezirke in Tallinn waren bei den Parlamentswahlen 1995 bis 2011 so gemischt, dass überwiegend „estnische“ (z.B. Nõmme, Pirita) und „russische“ (z.B. Lasnamäe, Põhja-Tallinn) Stadtteile zu jeweiligen Wahlbezirken zusammengefasst waren. Dabei lebten in den Bezirken 1 und 2 die meisten Nicht-Esten. Bei der Wahl 1995 war das Ergebnis für das neue „russische“ Bündnis in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 jeweils 12% und 16,2%, im dritten Wahlbezirk mit relativ weniger russischsprachigen Wählern (überwiegend im Stadtteil Mustamäe) erhielt MKOE 9,5% der Stimmen.<sup>819</sup> Auf Landesebene bekam MKOE bekanntlich 5,87% der Stimmen und 6 Sitze

---

<sup>816</sup> Informationen zu den Parlamentswahlen 1992 bis 2011 von der Staatlichen Wahlkommission in Estland (Vabariigi Valimiskomisjon) und dem Statistischen Amt (Statistikaamet) in Estland zu der Zusammensetzung der Bevölkerung landesweit und in Städten. Zugänglich unter: <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen: März 2014) und <https://www.stat.ee/en> (Abgerufen: März 2014)

<sup>817</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 18.

<sup>818</sup> Vgl. Ebd. S. 6.

<sup>819</sup> Vgl. Ebd. S. 10.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

im Parlament. Dieses Ergebnis ließ vermuten, dass die Position der „russischsprachigen Parteien“ sich mit der Zeit verstärken könnte. Wenn man aber die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1999 bis 2011 in den Tallinner Wahlbezirken vergleicht, fällt auf, dass „russische“ Parteien im Gegenteil immer weniger Stimmen bekamen. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1999, als die Parteien VEE und EÜRП separate Listen aufstellten, bekam EÜRП in den stärker „russischsprachigen“ Wahlbezirken Tallinn 1 und 2 jeweils 6,6% und 16,0%, VEE in denselben Bezirken jeweils 7,7% und 3,3%. In diesem Jahr kam EÜRП mit 6,13% und 6 Sitzen ins Riigikogu. Doch ab den Parlamentswahlen 2003 sind die Wahlergebnisse eingebrochen: EÜRП fiel in den Bezirken Tallinn 1 bzw. 2 von 2,7% bzw. 3,8% im Jahr 2003 auf 1,5% bzw. 2,3% im Jahr 2007, als die Partei sich in „Konstitutionspartei“ (KP) umbenannt hatte.<sup>820</sup> Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 hat sie sich gar nicht zur Wahl gestellt. VEE bekam in denselben Bezirken 2003 nur noch 0,4% bzw. 0,3% und jeweils um 0,1 Prozentpunkte weniger bei der Wahl 2007. Schließlich fielen jeweils 1,3% bzw. 1,9% der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2011 in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 an VEE.<sup>821</sup> Dieser leichte Anstieg im Jahr 2011 in Tallinn kann darauf zurückgeführt werden, dass die Konkurrenzpartei EÜRП bzw. die Konstitutionspartei bzw. Estnische Vereinte Linkspartei, mit der die Konstitutionspartei im Juni 2008 fusionierte, sich nicht zur Wahl gestellt hat und die Wählerschaft so zu VEE abgewandert ist.

Noch mehr hat allerdings die Zentrumsparlei von den Stimmen russischsprachiger Wähler profitiert. Während bei den Parlamentswahlen 1992 und 1995 die Zentrumsparlei, damals als die Volksfront, noch stark mit den national gestimmten Parteien ERSP und „Isamaa“ konkurrierte, festigte sich ihre Stellung als stimmstärkste Partei spätestens ab 2003. Die Wahlergebnisse für die Zentrumsparlei lagen zwischen 2003 und 2011 in den Tallinner Wahlbezirken 1 und 2 stets um 30% und im Jahr 2011 waren es sogar 40% im Bezirk 2, mit dem stark „russischsprachigen“ Stadtteil Lasnamäe. Somit kann hier die Präferenz des russischsprachigen Teils der Tallinner Bevölkerung abgelesen werden: Die Popularität der Zentrumsparlei ging verstärkt auf Kosten der „russischsprachigen“ Parteien.

Die Ergebnisse aus dem dritten Tallinner Wahlbezirk bestätigen die Vermutung, wonach die Zentrumsparlei von den meisten Russischsprachlern bevorzugt wurde. Hier ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung kleiner als in den anderen Bezirken – was sich im Wahlergebnis widerspiegelt. Die Zentrumsparlei hatte hier noch kein einziges Mal die Spitzenposition, denn diese hielten immer „estnische“ Parteien, allen voran die Reformparlei. Diese bekam während der Wahljahre 2003 bis 2011 zwischen 24% und 32% der Stimmen. Das beste Ergebnis der „russischsprachigen“ Parteien (EÜRП, VEE bzw. das entsprechende Wahlbündnis) in diesem Bezirk waren 9,5% in 1995 und 7,07% in 1999, was von einer Mobilisierung des hiesigen russischsprachigen Teils der Bevölkerung zeugt. Danach kamen die „russischsprachigen“ Parteien hier aber nicht über 3% der Stimmen, was dafür spricht, dass die Stimmen an die Zentrumsparlei gegangen sind.

---

<sup>820</sup> Estnische Bezeichnung: Kostitutsioonierakond (Üb. d. A.).

<sup>821</sup> Estnische Bezeichnung: Eestimaa Ühendatud Vasakparlei (EÜVP) (Üb. d. A.); Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Parlamentswahlen 1992 bis 2011 unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014)



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Im Landkreis Ida-Virumaa konnte bei den Parlamentswahlen 1992 nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an den Wahlen teilnehmen, in den größten Städten Narva und Kohtla-Järve waren es lediglich 6,3% bzw. 11,5% der Bevölkerung (in Narva lebten 1992 insgesamt 75 909 Personen und in Kohtla-Järve 87 472 Personen. Wahlberechtigt waren entsprechend 4 793 und 10 060 Personen). Noch drastischer war die Lage in Sillamäe, wo von den dort lebenden 16 157 Personen nur 463 ihre Stimme abgegeben haben, was 2,8% der Stadtbevölkerung entspricht.<sup>822</sup> Dieser verschwindend kleine Anteil der Bevölkerung bevorzugte klar die Volksfront mit insgesamt 20,87% der Stimmen im gesamten Landkreis. Auf Platz 2 kamen dabei die „Moderaten“ mit 13,24% und den dritten Platz sicherte sich, immerhin, die national gestimmte Vaterlandsunion. Bei der Parlamentswahl 1995 war das Wahlbündnis MKOE auch in Ida-Virumaa erfolgreich – insgesamt wurde hier das drittbeste Ergebnis mit 14% der Stimmen erreicht, hinter der Zentrums- partei (25%) und der Estnischen Koalitions- und Landesvolks- partei (24,3%).<sup>823</sup> Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen im Jahr 1999 war die Popularität der EÜRP in Ida-Virumaa beinahe so groß wie die der Zentrums- partei: Entsprechend bekam die EÜRP 26,73% der Stimmen und das zweitbeste Ergebnis hinter der Zentrums- partei mit 33,34%. Die zweite „russischsprachige“ Partei VEE, die bei der vorausgegangenen Wahl in dem Bündnis „Unsere Heimat ist Estland!“ war, kam in diesem Wahljahr auf 2,05% der Stimmen. Die Zahl der Wähler in Ida-Virumaa war in diesem Jahr mit ca. 37 000 Wählern auf dem bis dahin höchsten Niveau. Jedoch konnte dieses Ergebnis von den „russischsprachigen“ Parteien in den Folgejahren weder ausgebaut noch gehalten werden. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2003 rutschte die EÜRP sogar auf Platz 4 in Ida-Virumaa mit lediglich 9,9% der Stimmen, was einen Platz hinter der neuen national gestimmten Kraft „Res Publica“ (16,9% der Stimmen) bedeutete. Dies ist bemerkenswert, da die sonst konservativ gestimmte „Res Publica“ es offensichtlich schaffte, mit Wahlversprechen zur Abschaffung von Sprachtests bei der Einbürgerung mehr Vertrauen in der russischsprachigen Wählerschaft zu wecken als die EÜRP oder auch die VEE, welche nur 0,2% der Stimmen erhielt. Da die Wahlversprechen von „Res Publica“ bis zur nächsten Wahl 2007 nicht erfüllt worden waren, kam diese (bis dahin mit der Vaterlandsunion zu IRL fusioniert) dann auch nur auf 8,9% der Stimmen. Doch auch „russischsprachige“ Parteien konnten 2007 nicht punkten: Die Koalitionspartei (bis Februar 2006 noch EÜRP) kam auf 2,2% und die VEE auf 0,9% der Stimmen. Im Jahr 2011 kam VEE auf 4,0% der Stimmen, doch wahrscheinlich auch weil die Konstitutionspartei (bis dahin fusioniert mit EÜVP) sich nicht zur Wahl gestellt hatte. Die Stimmen der Wähler in Ida-Virumaa gingen, wie auch in Tallinn, fast nahtlos an die Zentrums- partei. Diese verdoppelte ihr Wahlergebnis zwischen den Wahljahren 1995 und 2007 von 25% auf 52,2% der Stimmen und baute ihren Vorsprung im Jahr 2011 sogar auf 54,5% aus. Die Reformpartei blieb 2007 und 2011 stabil die zweitstärkste Kraft, mit entsprechend 15,4% und 12,5% der Stimmen, nachdem

---

<sup>822</sup> In Narva lebten 1992 insgesamt 75 909 Personen und in Kohtla-Järve 87 472 Personen. Wahlberechtigt waren entsprechend 4 793 und 10 060 Personen.

<sup>823</sup> Vgl. Kask, Urmast (1998): *Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 10; Estnische Bezeichnung: Koonderakonna- ja Maarahva Ühendus (KMÜ) (Üb. d. A.).



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

im Jahr 1999 EÜRП und im Jahr 2003 „Res Publica“ diese Position eingenommen hatten.<sup>824</sup>

Interessante Wahlergebnisse zeigt bisweilen die Stadt Tartu. Bereits bei den ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1992 haben die nationalen Kräfte „Isamaa“ und ERSP hier bessere Ergebnisse bekommen als die Volksfront, entsprechend 33,06% für „Isamaa“ neben lediglich 8,45% für die Volksfront. Dieser Trend setzte sich fort: Im Jahr 1995 lagen die stärksten drei Kräfte KMÜ, Reformpartei und „Isamaa“/ERSP mit geringen Abständen (entsprechend 18,82%; 18,41% und 15,69%) vor der Zentrumsparlei mit 9,93%. Das Bündnis MKOE kam auf 5,54%. Zum Vergleich: In Tallinn und Ida-Virumaa kam die Volksfront bzw. die Zentrumsparlei stets auf zweistellige Prozentsätze (mit Ausnahme von Tallinn 3 im Jahr 1992) und „Unsere Heimat ist Estland!“ war im Jahr 1995 die viertstärkste Partei in den Tallinner Bezirken 1 und 2 und drittstärkste Kraft in Ida-Virumaa. Während im nachfolgenden Wahljahr 1999 die EÜRП in Tallinn und Ida-Virumaa noch stärker wurde, lag sie in Tartu mit 2,11% sogar hinter der VEE mit 2,12%. Die Zentrumsparlei blieb in diesem Jahr in Tartu drittstärkste Kraft mit 17,62%. Als Siegerin präsentierte sich im Jahr 1999 die Reformpartei mit 26,36% der Tartuer Stimmen. Die Reformpartei blieb auch fortan stärkste Kraft in Tartu, in den Jahren 2007 und 2011 bekam sie in Tartu über 34% der Stimmen. Die Zentrumsparlei kam in dieser Zeit nicht über 17% hinweg und blieb dritte oder vierte Kraft. Was die „russischen“ Parteien EÜRП (bzw. KP bzw. EÜVP) und VEE zwischen 2003 und 2011 in Tartu angeht, so war ihr bestes Ergebnis 1,4% für die EÜRП im Jahr 2003. Ansonsten lagen die Ergebnisse stets unter 1% der Stimmen.

Dass sich die Präferenzen der russischsprachigen Bevölkerung im Laufe der Zeit geändert haben, bestätigen auch Umfragen der Firma EMOR im Jahr 1992 und 1995, durchgeführt unter anderem in Ida-Virumaa. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ida-Virumaa aus dem Jahr 1992 zeigen, dass die „Volksfront“ damals die populärste Partei bei der eingebürgerten russischsprachigen Bevölkerung war. Ab dem Jahr 1995 wurden seitens der russischsprachigen Bevölkerung in den Städten Narva, Kohtla-Järve und Sillamäe zunehmend die „russischsprachigen“ Parteien EVDL, VEE, EÜRП und EVR bevorzugt. An erster Stelle lag im Jahr 1995 EVDL mit rund 20%, gefolgt von der Zentrumsparlei mit etwa 10% und EDP mit rund 7%.<sup>825</sup> Die EVDL war Anfang und Mitte der 1990er Jahre in dem russischsprachigen Teil Estlands also durchaus konkurrenzfähig. Die Volksfront, später Zentrumsparlei, teilte die Unterstützung des nicht-estnischen Teils der Bevölkerung.<sup>826</sup> Diese Präferenzen hielten bis zum Jahr 2000, als die Zentrumsparlei zum größten Favorit der nicht-estnischen Bevölkerung mit 75% des Zuspruches im Jahr 2012 wurde.<sup>827</sup> Zum Vergleich: Im selben Jahr war die Reformpartei die populärste unter der estnischsprachigen Bevölkerung, mit 40% der Befragten, welche diese

---

<sup>824</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Parlamentswahlen 1992 bis 2011 unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014).

<sup>825</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 7.

<sup>826</sup> Umfragen TNS EMOR 1990-1997 „EMORi uurimused poliitilistest hoiakutest“ 1990-1997. Eesti Sotsiaalteaduslik Arhiiv uter <http://www.psych.ut.ee/esta/> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>827</sup> Kook, Urmet: „Eestlaste esimene eelistus on Reform, mitte-estlastel Kesk“. ERR Uudised 20.10.2012 <http://www.err.ee/354287/eestlaste-esimene-eelistus-on-reform-mitte-estlastel-kesk> (Abgerufen am 13.03.2014).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Partei gewählt hätten. Gefolgt wurde die Reformpartei von den Sozialdemokraten (SDE) mit 25% der potentiellen Wählerstimmen.<sup>828</sup>

In Gegenden mit einer stärker durchmischten Wählerschaft lag die Wahlbeteiligung bislang stets höher. Beispielsweise gingen bei den Parlamentswahlen 1995 in Tallinn, wo damals ca. 45% der Bevölkerung russischsprachig waren, etwa 73% der Bevölkerung an die Wahlurnen. Im Vergleich dazu gingen in Tartu nur 65% der Bevölkerung wählen.<sup>829</sup> Dies zeugt von höherer politischer Aktivität bei einer stärkeren ethnischen Konkurrenz. Der Trend setzte sich bis zur Wahl 2011 fort: Tallinn, mit einer ethnisch stark durchmischten Wählerschaft kam stets auf über 60% Wahlbeteiligung (sogar 69,8% in 2011), wohingegen die Beteiligung in Ida-Virumaa zeitgleich bei zwischen 50% und 60% blieb. In Tartu schwankte die Wahlbeteiligung in den Jahren 1999 und 2011 zwischen 57 und 63%.<sup>830</sup> Somit kann festgehalten werden, dass eine stärker durchmischte Wählerschaft für eine größere (aktive) Partizipation bei Parlamentswahlen gesorgt hat.

Es kann dabei ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Wählerverhalten und dem Erfolg der „russischsprachigen“ Parteien zur Frage der Einbürgerung festgestellt werden. Während der Parlamentswahlen 1995 und 1999 haben die „russischsprachigen“ Parteien erfolgreich jeweils 6 Mandate für Riigikogu gestellt, die Wahlen ab 2003 waren für die „russischsprachigen“ Parteien jedoch nicht erfolgreich. Gleichzeitig fiel die Anzahl der erfolgreichen Einbürgerungen ab 1996 dramatisch – hauptsächlich aufgrund des neuen Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1995, welches allerdings noch von dem ersten Parlament (Wahljahr 1992) verabschiedet wurde. Wie bereits erwähnt, haben die gewählten Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung zwischen den Jahren 1995 und 1999 erfolglos versucht, Gesetzesänderungen zur Staatsbürgerschaft durch das Parlament zu bringen. Das diesbezügliche Scheitern der Repräsentanten konnte bei den Wählern das Vertrauen dermaßen schmälern, dass diese ihre Stimme Parteien gaben, von denen sie sich diesbezüglich mehr Erfolg erhofften, wie zum Beispiel die Zentrumspartei. Nach erfolgreichem Einzug ins Parlament haben die „russischsprachigen“ Repräsentanten sich häufig mit „estnischen“ Fraktionen zusammengeschlossen, was für die Wähler wiederum ein Signal dafür war, bei den nächsten Wahlen eher die estnischen Parteien zu bevorzugen.<sup>831</sup> Dies zeigt, dass aktuelle Sachfragen und die Erfolgsaussichten bei der Regierungsbeteiligung für die russischsprachige Bevölkerung bedeutender waren als der ethnische Charakter der Parteien bei gleichzeitiger Behandlung der relevanten Fragen. Dies belegen auch die bereits erwähnten Ergebnisse des Integrations-Monitorings aus dem Jahr 2011, wonach die Regierungsfähigkeit und nicht die nationale Ausrichtung der Parteien klar als erster Wahlgrund genannt wurde.<sup>832</sup>

Nicht überraschend besteht schließlich ein weiterer Zusammenhang zwischen dem Versagen der „russischsprachigen“ Parteien und der Einbürgerungsquote. Bis zum Jahr

---

<sup>828</sup> Ebd.

<sup>829</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 11.

<sup>830</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): *Parlamentswahlen 1992 bis 2011* unter <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014)

<sup>831</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States*. S. 76.

<sup>832</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): *Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted*. S. 23.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

1999 wurden etwa 110 000 Personen eingebürgert, das machte bis dahin etwa 7% der Gesamtbevölkerung aus.<sup>833</sup> Dies entspricht beinahe der Quote, die die EÜRП bei den Parlamentswahlen erhalten hat, nämlich 6,1%, was wiederum dem prozentualen Anteil der Sitze im 101-köpfigen Parlament entspricht, nämlich 5,9%. Damit war die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 1999 durchaus entsprechend den Staatsbürgerschaftsverhältnissen repräsentiert. Bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen im Jahr 1995 hatte „Unsere Heimat...“ (MKOE) auch etwa 6% der Stimmen erhalten, obwohl bis dahin weniger Personen eingebürgert gewesen waren. Das bedeutet, dass auch 1995 der repräsentative Anteil der russischsprachigen Staatsbürger durch die „russischsprachige“ Partei gegeben war. Bis zu den Parlamentswahlen 2003 dürfte die Gesamtzahl der russischsprachiger Staatsbürger bei fast 125 000 gelegen haben, was allerdings nicht mehr anhand der Stimmen für „russischsprachige“ Parteien abgelesen werden kann.

### 4.5.5.2.2 Kommunalwahlen

Die Wahlergebnisse der Kommunalebene in Estland verdeutlichen die politische Stimmung der russischsprachigen Bevölkerung noch deutlicher, da hier auch Nicht-Staatsbürger zur Wahl berechtigt waren bzw. sind. Gesetzesgemäß konnte bereits im Jahr 1993 jeder, der volljährig war, zum 1. Januar des Wahljahres an dem jeweiligen Ort registriert war und fünf Jahre Wohnsitz vorweisen konnte, an Kommunalwahlen teilnehmen. Sich zur Wahl stellen konnten aber nur Staatsbürger, so die gesetzliche Regelung.<sup>834</sup> Entsprechend konnte auf kommunaler Ebene zum Teil ein abweichendes Wählerverhalten im Vergleich zu den Parlamentswahlen beobachtet werden, allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Zahl der Wahlberechtigten höher war, aber auch, weil die ethnische Zusammensetzung der Wählerschaft eine andere war.

An der ethnisch-nationalen Verteilung, wonach die Gebietskörperschaften mit dem größten Anteil der russischsprachigen Bevölkerung Tallinn und der Landkreis Ida-Virumaa mit der Hauptstadt Narva sind, hat sich seit den ersten Kommunalwahlen im Jahr 1993 nicht viel geändert.<sup>835</sup> Daher eignen sich diese Körperschaften gut für die Analyse des kommunalen Wahlverhaltens der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Als Beispiel für eine Stadt mit einer größeren estnischsprachigen Bevölkerung kann erneut Tartu dienen. Insgesamt haben zwischen 1993 und 2009 sechs Kommunalwahlen stattgefunden, im ganzen Land wurde dabei gleichzeitig gewählt.

Wie bereits aus den Ausführungen zu den Parlamentswahlen bekannt, konzentriert sich die russischsprachige Bevölkerung Tallinns in den Stadtteilen Lasnamäe und Nord-Tallinn (Põhja-Tallinn). Auch im Stadtteil Mustamäe ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung relativ hoch. Diese Stadtteile bildeten bei den bisherigen Kommunalwahlen eigenständige Wahlbezirke, wobei die Verteilung der Mandate im Stadtrat gemäß der Wahlergebnisse und der Bevölkerungszahl im jeweiligen Stadtteil festgelegt

---

<sup>833</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): *Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996*. S. 7.

<sup>834</sup> Vgl. Ebd. S. 14.

<sup>835</sup> Vgl. Raitviir, Tiina (1996): *Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine*. Tallinn: Teaduste Akadeemia Kirjastus. S. 451-452.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

wurde. Der Stadtteil Lasnamäe stellt mit ca. 30% der gesamten Tallinner Bevölkerung den größten Stadtteil Tallinns. Gleichzeitig ist es der Stadtteil mit dem höchsten Anteil an russischsprachiger Bevölkerung. Im Jahr 2008 waren 57,8% der Bewohner Lasnamäes russischsprachig und 28,6% sprachen als Muttersprache Estnisch. Interessant ist hierbei, dass insgesamt 65% der Bevölkerung von Lasnamäe im Jahr 2008 estnische Staatsbürger waren und 13% Bürger der Russischen Föderation. Weitere 20% der Bevölkerung von Lasnamäe waren im Jahr 2008 ohne Staatsbürgerschaft.<sup>836</sup> Während die letzteren beiden Gruppen bei den Parlamentswahlen nicht abstimmen durften, war ihnen der Weg zur Wahlurne bei den Kommunalwahlen frei. Im drittgrößten Tallinner Stadtteil Põhja-Tallinn zählten im Jahr 2006 48% der Bewohner zur russischsprachigen Bevölkerung, bis 2011 war dieser Anteil auf 46% zurückgegangen. Der Anteil der Esten war hingegen zwischen 2006 und 2011 leicht gestiegen, von 41,1% auf 43,7%. Diese zwei Stadtteile bildeten auch die hauptsächliche russischsprachige Wählerschaft in Tallinn. In Mustamäe, dem zweitgrößten Stadtteil Tallinns waren im Jahr 2011 39% der Bevölkerung russischsprachig, Esten waren hier in der Mehrheit, mit 58% der Bevölkerung.<sup>837</sup> So sind die drei größten Stadtteile in Tallinn bis heute doch relativ dicht russischsprachig besiedelt.

Zum regionalen Vergleich wird hier die Hauptstadt von Ida-Virumaa, Narva, genommen, von deren gesamten Bevölkerung im Jahr 1989 etwa 4,0% und im Jahr 2000 etwa 4,9% ethnische Esten waren. Die restliche Bevölkerung der Stadt (also ca. 95%) war russischsprachig.<sup>838</sup> Im Vergleich dazu zählten in Tartu im Jahr 1989 noch 21% der Bevölkerung zu der Russischsprachlern. Bis zum Jahr 2010 hat sich dieser Anteil auf 16% reduziert.<sup>839</sup> Damit repräsentiert Tallinn eine Körperschaft mit einer relativ ausgeglichenen ethnischen bzw. sprachlichen Verteilung zwischen der russischsprachigen und der estnischen Bevölkerung (entsprechend ca. 40% zu 60%), Narva eine überwiegend russischsprachig geprägte Stadt (ca. 95% russischsprachig) und Tartu eine überwiegend estnische Stadt (ca. 85% ethnische Esten).

Bereits die erste Kommunalwahl in Tallinn am 17. Oktober 1993 verdeutlichte das politische Gewicht des russischsprachigen Anteils der Tallinner Bevölkerung, damals 48,6%.<sup>840</sup> Denn die EVDL, die damalige Hauptrepräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung, hat die meisten Prozentpunkte in Tallinn erzielt, insgesamt 21% der Stimmen. Ihr folgten mit 18,2% die Estnische Koalitionspartei (Konderakond) und das Wahlbündnis „Revel“ mit 13,3% der Stimmen auf Platz drei. Das unter dem vollständigen Namen „Russische Liste „Revel“ (KVL Vene nimekiri „Revel“) geführte Bündnis repräsentierte ebenfalls die russischsprachige Bevölkerung. Da es auch auf Kommunalebene, wie schon auf Parlamentsebene, sehr unwahrscheinlich war, dass Esten für „russischsprachige“ Wahllisten stimmten, kann dieser Wahlerfolg fast ausschließlich der rus-

---

<sup>836</sup> Lasnamäe Linnaosa Valitsus (2008): Tallinna Lasnamäe Linnaosa Arengukava. Strateegia 2021 ja tegevuskava 2008-2013. Tallinn: Tallinna Linnavolikogu. S. 10-11.

<sup>837</sup> Kuulpak, Peeter (u.a.) (2011): Statistical Yearbook Tallinn. Tallinn: Tallinn City Government/Tallinna Linnakantselei. S. 10.

<sup>838</sup> Eesti Entsüklopeedia (2002), XX sajandi kroonika, I osa, EE 12. „Narva“. Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus. S. 355

<sup>839</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus (1. märts 2013).

<sup>840</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-estlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 14.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

sichsprachigen Bevölkerung in Tallinn zugeschrieben werden. Dennoch bekam die EVDL nicht die meisten Sitze im Stadtrat, aufgrund der Verteilung der Stimmen in den Wahlbezirken. So kam die Estnische Koalitionspartei auf 18 Sitze, die EVDL auf 17 Sitze, das Bündnis „Revel“ auf 10 Sitze und die Zentrumsparterie auf 5 Sitze mit 9% der Stimmen. Demnach hatten Parteien und Bündnisse, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten, während der ersten Legislaturperiode im Tallinner Stadtrat 27 von insgesamt 64 Sitzen.<sup>841</sup> Interessant bei den Wahlen 1993 war die Tatsache, dass keine Ausländer als Wähler registriert waren, sondern nur Staatsbürger.<sup>842</sup> Entweder wurde zwischen Staatsbürgern und Ausländern nicht differenziert oder es kam tatsächlich kein einziger registrierter Ausländer zur Wahl. Letztere Option ist angesichts der kurzen Zeit nach der Verabschiedung des Ausländergesetzes zwar wahrscheinlich, doch würde es bedeuten, dass an der ersten freien Kommunalwahl weder Nicht-Staatsbürger noch Ausländer teilgenommen haben, was ihre Stimme und die gesetzlich zugelassene Wahlmöglichkeit somit zunichte macht.

Anders verhielt es sich bei der nächsten Wahl am 20. Oktober 1996 in Tallinn, bei der sowohl die Anzahl der Staatsbürger als auch die Anzahl der Ausländer registriert wurden. Zu den Ausländern zählte dabei größtenteils die russischsprachige Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft, die sich im Vorfeld der Wahl als Wähler eintragen musste. Daher ist es auch interessant, die Wahlbeteiligungen zu vergleichen: Insgesamt waren 234 243 Personen als Wähler eingetragen, davon 205 644 Staatsbürger und 28 599 Ausländer. Von den Staatsbürgern waren anschließend 97 522 Personen an der Wahlurne, was eine Beteiligung von 47,4% bedeutet, bei den Ausländern waren es 25 018 Personen, also eine Wahlbeteiligung von 87,5%. Die gesamte Wahlbeteiligung lag bei 52,2%.<sup>843</sup> Diesmal hat die Reformpartei die meisten Sitze in Tallinn erhalten, obwohl sie prozentual nicht die meisten Stimmen erhielt. „Schuld“ war wieder die Verteilung der Mandate in den Wahlbezirken. So hat die Reformpartei 14 Sitze mit 17% der Stimmen erhalten, obwohl das Wahlbündnis der Zentrumsparterie 18% der Stimmen, dafür aber nur 12 Sitze erhielt. Genauso viele Sitze bekam das Wahlbündnis „KVL Tallinn“, das teilweise nicht-estnische Staatsbürger repräsentierte (16,3% der Stimmen), weiter kam die VEE (ebenfalls eine russischsprachige Partei) mit 15% auf 11 Sitze, die „Moderaten“ („Möödukad“) mit 13,2% auf 10 Sitze und die EÜRP (wieder eine russischsprachige Partei) mit 11,9% auf 5 Sitze.<sup>844</sup> Zwei weitere „russischsprachige“ Bündnisse „KVL Vene Üldine Valimisliit“ mit 1,4% der Stimmen und „KVL Õiglus-Spravedlivost“ mit 1,6% der Stimmen kamen nicht in den Stadtrat. Somit war das Wahljahr 1996 wieder einigermaßen erfolgreich für die russischsprachigen Bewohner Tallinns: Ihre Repräsentanten kamen auf insgesamt 28 Sitze im Stadtrat. Dabei war „KVL Tallinn“ ein ethnisch „gemischtes“ Bündnis, mit 2/3

<sup>841</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktoober 1993.

<sup>842</sup> Explizit ist diese statistische Besonderheit in den Wählerlisten der Staatlichen Wahlkommission zu den Wahlen am 17. Oktober 1993 zu sehen, unter <http://vvk.ee/varasemad/?v=k93> (Abgerufen am 12.02.2012). In den bisherigen Studien zur Wahlbeteiligung wurde diese Tatsache nicht explizit erwähnt. Vgl. z.B. Kask, Urmas (1998): Mitte-eeestlased ja valimised Eestis 1992-1996.

<sup>843</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 20. oktoober 1996.

<sup>844</sup> Vgl. Kask, Urmas (1998): Mitte-eeestlased ja valimised Eestis 1992-1996. S. 18.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

estnischen Mitgliedern. Somit waren die VEE und die EÜRП als hauptsächliche Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung, mit insgesamt 16 Sitzen im Stadtrat. Interessant ist hierbei, dass die VEE die meisten Sitze (3 an der Zahl) aus dem Wahlbezirk 8, also aus Nord-Tallinn (Põhja-Tallinn), bekam. Ein weiterer „russischsprachiger“ Wahlbezirk 4, mit dem Stadtteil Lasnamäe, gab der EÜRП genug Stimmen (7509) für 4 Sitze und damit mehr als jede andere Partei in diesem Bezirk. Auch die VEE bekam hier 4901 Stimmen, was die Gesamtzahl an Stimmen für die „russischsprachigen“ Parteien auf 12 410 im Bezirk 4 summiert. Laut der Wahlstatistik waren 9 911 Ausländer in diesem Wahlbezirk registriert, was bedeutet, dass die restlichen Stimmen für diese Parteien in diesem Bezirk von russischsprachigen Staatsbürgern kamen (wenn man davon ausgeht, dass die Ausländer mehrheitlich russischsprachige Nicht-Staatsbürger waren). In jedem Fall kann man davon ausgehen, dass der Erfolg der „russischsprachigen“ Wahlbündnisse und Parteien stark von dieser Wählerschaft abhängig war.

Dieser Wahlerfolg der „russischsprachigen“ Parteien und Bündnisse änderte sich allerdings ab dem Jahr 1999 in Tallinn, obwohl das Wahlbündnis von VEE und EÜRП, mit dem Namen „Wahl des Volkes“ (EVL Rahva Valik) auch dann mit 13,8% der Stimmen 9 Sitze im Stadtrat bekam. Im Vergleich zum Jahr 1996 waren es 7 Sitze weniger. Wieder kamen die meisten Mandate (4) für das „russischsprachige“ Bündnis aus dem Wahlbezirk 4 mit dem Stadtteil Lasnamäe. Genauso viele Sitze bekam aus diesem Bezirk allerdings auch die Zentrumsparterie, die mit 23,7% der Stimmen und 21 Sitzen im Stadtrat auch insgesamt die Siegerin war. So kam die Hälfte der Sitze für die Zentrumsparterie im Wahljahr 1999 aus Stadtteilen, die eine große russischsprachige Bevölkerung aufwiesen. Knapp verpasst hat den Einzug in den Stadtrat das Wahlbündnis „Russische Vereinte Liste“ (KVL Vene Üldine Nimekirii), das mit 4,5% der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Die restlichen Sitze im Tallinner Stadtrat teilten sich „Vaterland“, Reformparterie, die „Moderaten“, die Estnische Koalitionspartertie und das Wahlbündnis „Volksvertrauen“ (KVL Rahva Usaldus).<sup>845</sup>

In den Wahljahren 2002 und 2005 bekam die Zentrumsparterie jeweils 32 Sitze (von insgesamt 64) mit rund 40% der Stimmen. Bei der Wahl im Jahr 2009 waren es sogar 53,5% der Stimmen und 44 Sitze. Im Jahr 2002 kamen für die Zentrumsparterie ganze 9 Mandate aus dem „russischsprachigen“ Wahlbezirk 4 in Tallinn, was die meisten Sitze aus einem Wahlbezirk für eine Einzelpartertie bedeutete. Auch aus dem Bezirk 8 mit dem überwiegend russischsprachigen Stadtteil Nord-Tallinn bekam die Zentrumsparterie in diesem Jahr (2002) 7 Mandate. Bei den Wahlen 2005 und 2009 erhielt die Zentrumsparterie entsprechend 10 und 15 Sitze aus dem besagten Stadtteil Lasnamäe (Bezirk 4), weitere 6 Sitze in 2005 und 7 Sitze in 2009 kamen aus Nord-Tallinn. Die Zahl der Mandate aus Lasnamäe war in beiden besagten Wahljahren die Rekordzahl für eine Parterie in einem Wahlbezirk. Der Stimmzuwachs für die Zentrumsparterie ging, wie auch schon bei den Parlamentswahlen, auf Kosten der „russischsprachigen“ Parterien: EÜRП kam im Jahr 2002 auf 3 Mandate, was nicht mehr übertroffen werden konnte, weil es seitdem kein „russischsprachiges“ Bündnis mehr in den Stadtrat in Tallinn geschafft hat. Die 2005

---

<sup>845</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktober 1999.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

formierte „Klenskis Liste“ erhielt 2005 1,8% und 2009 1,2% der Stimmen, die meisten aus dem Bezirk 4, was aber nicht für Sitze im Stadtrat reichte.

Ida-Virumaa wird in der Literatur häufig als russische „Enklave“ in Estland bezeichnet, hauptsächlich wegen des großen Anteils der russischsprachigen Bevölkerung in diesem Landkreis.<sup>846</sup> Tatsächlich zeigt die kommunalpolitische Landschaft in Ida-Virumaa deutliche Unterschiede in den kommunalpolitischen Trends im Vergleich zum Rest des Landes. Anfang der 1990er Jahre waren hier die teilweise sowjetisch-radikal gestimmten Parteien populär, doch bei weitem nicht bei der gesamten russischsprachigen Bevölkerung. Wie bereits bei der Analyse des Systemwechsels beschrieben, waren in diesem Teil des Landes einige große Unternehmen der Sowjetzeit angesiedelt, z.B. in den Städten Sillamäe und in Narva. Nach dem Zerfall des Sowjetsystems drohte den Fabriken die Schließung, weswegen die Wirtschafts- und Parteifunktionäre mit Streiks den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen versuchten. Obwohl die meisten Unternehmen der Sowjetzeit nach dem Systemwechsel tatsächlich geschlossen wurden und die Arbeitslosigkeit hier Anfang der 1990er Jahre besonders hoch war, sind innerhalb der Bevölkerung keine ernsthaften Aufstände entstanden. Ein möglicher Grund ist die kommunalpolitische Freiheit in Ida-Virumaa und dessen Hauptstadt Narva aufgrund des Partizipationsrechts für Nicht-Staatsbürger. Es wäre dennoch, oder genau deswegen, falsch zu behaupten, dass der überwiegend russischsprachige östliche Teil Estlands an einer Separation interessiert war.

Estlands drittgrößte Stadt Narva gilt aufgrund ihrer beinahe ausschließlich russischsprachigen bzw. ethnisch russischen Bevölkerung häufig als Stimmungsbarometer der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>847</sup> Anfang der 1990er Jahre haben die Narvaer links angesiedelte Parteien in die Stadtregierung gewählt, die allerdings nicht radikal separatistisch waren.<sup>848</sup> Bei den Kommunalwahlen im Jahr 1993 wurden zwei Wahlbündnisse und eine Partei in die Stadtverwaltung gewählt – der Narvaer Gewerkschaftsbund mit 44,7% der Stimmen und 12 Sitzen, die Estnische Demokratische Arbeiterpartei mit einer eigenen Wahlliste, die 32,9% der Stimmen und ebenfalls 12 Sitze bekam.<sup>849</sup> Schließlich die Narvaer Estnische Gesellschaft mit 18,1% der Stimmen und den restlichen 7 der 31 Sitze im Narvaer Stadtrat.<sup>850</sup> Wenn man sich die Kandidatenlisten der Wahlbündnisse anschaut, so fallen gemischt estnische und russische Namen auf, doch russische Namen überwiegen leicht. Lediglich bei der Narvaer Estnischen Gesellschaft waren im Jahr 1993 mehr Esten aufgelistet als bei anderen Parteien.

Bei den nachfolgenden Kommunalwahlen 1996 sah das Wahlergebnis in Narva ähnlich aus – der Narvaer Gewerkschaftsbund bekam 31,3% der Stimmen und 12 Sitze im Stadtrat. Die Estnische Demokratische Arbeiterpartei kam auf Platz zwei mit 23,4% der Stimmen und 8 Sitze. Neue Kräfte in der Stadtverwaltung bildeten die EÜRП mit 18,8%

---

<sup>846</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 74.

<sup>847</sup> Vgl. Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. S. 8.

<sup>848</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 77.

<sup>849</sup> Estnische Bezeichnung: KVL Narva Ametiühingute Keskus; Estnische Bezeichnung: Narva Eesti Selts (Üb. d. A.).

<sup>850</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Demokraatlik Tööpartei (Üb. d. A.).



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

und 6 Sitzen, sowie die Zentrumspartei mit 12,6% und 3 Sitzen. Als Letztes kam das Wahlbündnis „Mein Zuhause ist die Stadt Narva“ mit 10,1% der Stimmen und 2 Sitzen.<sup>851</sup>

Erneut zeigten die Wahllisten überwiegend russische Namen, die meisten estnischen Kandidaten wurden von der Reformpartei aufgestellt, die aber keine Sitze im Stadtrat bekam. Auch die Zentrumspartei stellte gemischte estnisch-russische Wahllisten auf, ebenso wie die Arbeiterpartei. Die restlichen Wahllisten waren erneut überwiegend mit russischen Namen besetzt, obwohl hier und da mal ein estnischer Name vorkam. Die EÜRП und das Bündnis „Mein Zuhause ist die Stadt Narva“ stellten rein „russische“ Kandidatenlisten auf. Interessant ist, dass bei der Wahl 1996 81,7% der registrierten Ausländer an der Wahlurne waren, von den Staatsbürgern waren es 60%. Die gesamte Wahlbeteiligung lag bei 69%.

Der Trend, wonach die Popularität der „russischsprachigen“ Parteien Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre landesweit zurückgegangen ist, setzte sich auch auf der kommunalen Ebene in Narva fort. Im Jahr 1999 bekam die Zentrumspartei bereits die meisten Sitze in der Narvaer Stadtverwaltung, nämlich 14 an der Zahl und 33,9% der Wählerstimmen, gefolgt vom Wahlbündnis EÜRП/VEE mit 21,7% und 7 Sitzen. Die restlichen Sitze wurden zwischen weiteren kleineren Wahlbündnissen (KVL „Narva“ 4 Sitze, KVL „Rahva Usaldus“ 2 Sitze, KVL „Arukus“ 1 Sitz) und der Sozialdemokratischen Partei mit 3 Sitzen aufgeteilt. Die Wahlbeteiligung lag bei 36,5% bei den Ausländern und bei 49,5% bei den Staatsbürgern, insgesamt bei 69%. Man muss aber dazusagen, dass im Jahr 1999 viel mehr Ausländer zur Wahl registriert waren als bei den vorigen Wahlen, nämlich fast 34 000 Personen, im Vergleich zu 10 700 im Jahr 1996. Deswegen haben trotz der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Ausländern insgesamt mehr Personen abgestimmt als bei der vorausgegangenen Wahl. Die Anzahl der registrierten Staatsbürger in Narva hat sich zwischen den Wahlen 1996 und 1999 um ca. 4 000 Personen erhöht.<sup>852</sup>

Spätestens ab der Kommunalwahl im Jahr 2002 hat die Zentrumspartei ihre Position bei der russischsprachigen Wählerschaft gefestigt, wie die kommunalen Wahlergebnisse in Narva zeigen. Bei den Kommunalwahlen 2002, 2005 und 2009 hat die Partei nicht nur die meisten Sitze erhalten, sondern ihren Vorsprung kontinuierlich ausgebaut. Von 18 Sitzen in 2002, auf 22 in 2005 und weiter auf 26 von insgesamt 31 Sitzen in 2009. Entsprechend haben im Jahr 2002 50,5% der Wähler für die Zentrumspartei gestimmt, im Jahr 2005 waren es schon 59,4% und im Jahr 2009 ganze 76,6%. Bemerkenswert ist dabei, dass in den Jahren 2002 und 2005 auch andere estnische Parteien erfolgreich waren. Die Reformpartei hat entsprechend 3 und 4 Sitze erhalten und sogar „Res Publica“, die als ethnisch eher konservative Partei bekannt war, bekam 2 Sitze im Jahr 2002 und 4 Sitze im Jahr 2005.<sup>853</sup> Dabei profitierte sie wahrscheinlich auch in Narva erneut von dem Wahlversprechen von 2002, wonach die Sprachtests bei der Einbürgerung durch einen

---

<sup>851</sup> Estnische Bezeichnung: KVL Minu Kodu Narva Linn (Üb. d. A.).

<sup>852</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktoober 1999.

<sup>853</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Sprachkurs ohne Prüfung ersetzt werden sollten.<sup>854</sup> Dieses Vorhaben wurde bekanntlich nicht umgesetzt und „Res Publica“ bekam in den folgenden Wahlen im Jahr 2009 auch keine Sitze mehr. Kontrovers ist hierbei die Tatsache, dass die eigentlichen „russischsprachigen“ Parteien 2002 gar keine Sitze im Narvaer Stadtrat bekamen und sich ab 2005 auch gar nicht mehr zur Wahl gestellt haben.<sup>855</sup> Die Reformpartei konnte in den Jahren 2002 und 2005 entsprechend 3 und 1 Sitz erhalten, im Jahr 2009 hat sie nicht kandidiert. Auch die Volkunion (Rahvaliit) kam in diesen beiden Jahren mit entsprechend 1 und 3 Sitzen in den Stadtrat. Weiterhin waren unterschiedliche kleinere Wahlbündnisse erfolgreich, beispielsweise „VL Vääriline Elu“ mit 2 Sitzen und „VL Elujõud“ mit 5 Sitzen im Jahr 2002 und „VL Linnakodanik“ mit 1 Sitz im Jahr 2005.

2009 war ein interessantes Wahljahr in Narva: Neben dem überwältigenden Ergebnis der Zentrumspartei konnten nur 3 weitere Wahlbündnisse Sitze im Stadtrat ergattern. Dazu gehörten „Valimisliit Uus Narva“ („Neues Narva“) mit 7,7% und 2 Sitzen, „Valimisliit Peetri plats“ („Petersplatz“) mit 5,9% und ebenfalls 2 Sitzen sowie „Valimisliit Juri Misini plokk – Meie Kodu Narva“ („Wahlblock von Juri Misin - Unser Zuhause Narva“, Üb. d. A.) mit 4,6% und einem Sitz. Die Sozialdemokraten (SDE) bekamen zwar 4,8% der Stimmen, aber keine Sitze im Stadtrat aufgrund der Mandatsverteilung in den einzelnen Wahlkreisen. Die Wahllisten der Bündnisse und der Parteien des Wahljahres 2009 zeigen nach wie vor überwiegend russische Namen mit einigen estnischen dazwischen. Die Verteilung könnte etwa 85% zu 15% betragen.<sup>856</sup> Ab dem Jahr 2002 erfolgte bei der Registrierung der Wähler keine Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Ausländern, so dass nicht nachvollziehbar ist, welche Gruppe zu welchem Anteil an den Wahlen teilgenommen hat.

Bei den ersten Kommunalwahlen der Stadt Tartu im Jahr 1993 waren die Führungspositionen noch relativ ausgeglichen zwischen zwei neu formierten Wahlbündnissen „KVL „Valimisliit Tartu“ und „KVL Eesti Pensionäride Liit“, mit entsprechend 26,1% und 23,8% der Stimmen. Dies entsprach jeweils 19 und 17 Sitzen im 49-köpfigen Stadtrat. Weitere 7 Sitze gingen an „Vaterland“ (RKE „Isamaa“) mit 12,6% der Stimmen, 3 Sitze an die ERSP (9,4%) und jeweils 1 Sitz an die ESDP (6,9%), an die KVL „Kuningriiklaste nimekiri“ (6,6%) und an die Zentrumspartei (5,5%). Bei dieser Wahl hat keine „russischsprachige“ Partei in Tartu ihre Wahlliste aufgestellt. Im Jahr 1996 hat die Reformpartei die meisten Sitze im Tartuer Stadtrat bekommen, mit 21,6% der Stimmen reichte dies für 14 Mandate. Weitere 11 Sitze hatte das Wahlbündnis KVL „Tartu 2000“ (17,4%), 12 Sitze gingen an „Vaterland“, 7 Sitze an die „Moderaten“ („Möödukad“) und 5 Sitze an die Zentrumspartei (9,5%). Diesmal hatten sich auch die „russischsprachigen“ Parteien „Unsere Heimat ist Estland!“ (EVL „Meie Kodu on Eestimaa/Vasakvõimalus“) sowie die VEE mit Listen aufgestellt. Das erstgenannte Bündnis kam auf 4,6% der Stimmen, die

---

<sup>854</sup> Vgl. Virumaa Nädalaleht: „Riik algab kodanikest“ 20.02.2004.

<sup>855</sup> So wie die Russische Baltische Partei in Estland (Vene Balti Erakond Eestis), die sich zwischen den Jahren 2000 und 2002 aus einem Teil der ehemaligen Mitglieder der EÜRP formierte, bei der Wahl 2002 als einzige Partei aber keinen Sitz bekam. Nur 0,4% der Wähler haben für diese Partei gestimmt.

<sup>856</sup> Eigene Einschätzung auf Grundlage der Kandidatenlisten der Kommunalwahlen in Narva am 18. Oktober 2009. Die Listen sind erhältlich bei der Staatlichen Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 18. oktoober 2009.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

VEE auf 3,4% und damit beide nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Interessant hierbei ist, dass bei dieser Wahl 79,1% der registrierten Ausländer ihre Stimme abgegeben haben, bei den Staatsbürgern lag dieser Anteil bei 39,8%. Allerdings müssen dabei auch die absoluten Zahlen beachtet werden: Von den Staatsbürgern waren 65 422 Personen wahlberechtigt, von den Ausländern haben sich lediglich 1 056 Personen zur Wahl registriert. Daher war die allgemeine Wahlbeteiligung in Tartu mit 40,4% sehr niedrig, vor allem im Vergleich zu Narva mit 69,0% im Jahr 1996.<sup>857</sup> Angesichts der geringen Zahl der registrierten Ausländer verwundert es also nicht, dass es für die „russischsprachigen“ Parteien nicht gereicht hat.

Bei der Kommunalwahl 1999 in Tartu war das Verhältnis bei den Wahlbeteiligungen anders: Von 69 227 Staatsbürgern waren 29 901 an der Wahlurne, was eine Wahlbeteiligung von 43,2% bedeutet. Die Anzahl der registrierten Ausländer belief sich auf 5 767 Personen, von denen 1 891, also 32,8%, die Stimme abgegeben haben. Die allgemeine Wahlbeteiligung lag bei 43,3%, was aber diesmal im Vergleich zu Narva (mit 41,3%) höher war. Die Führungsposition der Reformpartei in Tartu blieb bei allen nachfolgenden Kommunalwahlen erhalten, was sie zur stärksten Kraft im Stadtrat erhob. Insbesondere demonstrierte die Reformpartei ihre Dominanz bei der Kommunalwahl 2002, als sie 39,4% der Stimmen um 23 Sitze erhalten hat. Im Wahljahr zuvor (1999) waren es 32% (20 Sitze), in den Wahljahren danach (2005 und 2009) jeweils 34,9% (19 Sitze) und 30,9% (17 Sitze). Den zweiten Rang in Tartu hielt seit 1999 stabil „Vaterland“ („Isamaa“) bzw. ab 2009 die IRL. Im Jahr 1999 hat „Isamaa“ 23,5% der Stimmen und 14 Mandate erhalten, in 2002 und 2009 waren es dann jeweils 9 Sitze mit 17,4% und 19,0% der Stimmen. Die Partei „Res Publica“ hat im Vergleich dazu eine Berg- und Talfahrt erlebt: Im Jahr 1999 war sie noch nicht existent, im Wahljahr 2002 kam sie mit 15,3% auf 8 Sitze und drei Jahre später mit nur 6,6% auf 3 Sitze im Stadtrat. Im Jahr 2009 war sie dann mit „Isamaa“ in einer gemeinsamen Liste aufgestellt. Die Zentrumspartei hat in Tartu während der Jahre 1999 bis 2009 eine relativ stabile Position mit 6 bis 9 Mandaten im Stadtrat gehalten. Prozentual sahen die Ergebnisse wie folgt aus: 16,4% (9 Sitze) im Jahr 1999, 12,3% (6 Sitze) im Jahr 2002, 15,7% (8 Sitze) im Jahr 2005 und 17,5% (9 Sitze) im Jahr 2009.<sup>858</sup> Die restlichen Sitze wurden zwischen 1999 und 2009 von „Möödukad“ („Moderarten“), SDE (Sozialdemokraten), ERL (Volksunion) und im Jahr 1999 „KVL Tartu 2000+“ geteilt. Was die „russischsprachigen“ Repräsentanten angeht, so erzielten sie 1999 bis 2009 folgende Ergebnisse in Tartu: Im Jahr 1999 5,2% der Stimmen und 1 Sitz im Stadtrat für das Wahlbündnis „EVL Hea Tahe/Vasakvõimalus“ mit der EÜRP, der VEE und der ESDTP (Sozialdemokratische Arbeitspartei); 2,6% der Stimmen für EÜRP im Jahr 2002; 0,89% der Stimmen für das Wahlbündnis „INITSIATIVA“ und 0,51% der Stimmen für das Bündnis „Zentr Soglasija“ im Jahr 2009. Damit haben es „russischsprachige“ Parteien in Tartu nur einmal geschafft, in den Stadtrat zu kommen, nämlich im Jahr 1999 mit einem Sitz. Auch die Zentrumspartei erzielte hier zwar eine stabile, aber eine deutlich schwächere Position als in Tallinn und Narva. In Tartu blieben die konservativen und liberalen Kräfte stets vorne mit einer Mehrheit im Stadtrat. Wenn man sich die

<sup>857</sup> Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014). Hier: Kohaliku omavalitsuse volikogude valimine, 17. oktober 1993; 20. oktober 1996.

<sup>858</sup> Ebd.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Wahllisten der Parteien in Tartu bei der Kommunalwahl 2009 anschaut, so fällt auf, dass außer in den Listen der EÜRП, VEE und anderen „russischsprachigen“ Listen, russische Namen überwiegend bei der Zentrumspartei auftauchen. Allein 2009 haben „NITSIA-TIVA“ und „Zentr Soglasija“ überwiegend russische Kandidaten in ihren Listen aufgestellt, doch die Fünf-Prozent-Hürde weit verfehlt.<sup>859</sup> Ebenfalls gab es einzelne russische Namen bei der Reformpartei und SDE.

### 4.5.5.2.3 Fazit: Wahlverhalten der russischsprachigen Bevölkerung in Estland

Als Fazit zum Wahlverhalten der russischsprachigen Bevölkerung bleibt festzuhalten, dass die russischsprachige Bevölkerung durchaus aktiv an den Wahlen teilgenommen hat. Dabei unterscheiden sich die Ergebnisse sowohl nach Parlaments- oder Kommunalwahlen, als auch nach Gegend und Wahlbeteiligung. Deutlich zeigt sich die gestiegene Wahlaktivität Mitte der 1990er Jahre sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf kommunalen Ebene – in dieser Zeit haben die Parteien und Bündnisse, die die russischsprachige Bevölkerung repräsentierten, die besten Ergebnisse erzielt. Daher kann man sagen, dass bei vorhandenen Alternativen die russischsprachige Bevölkerung in erster Linie für die „russischsprachigen“ Parteien und Bündnisse gestimmt hat. Diese Einstellung war allerdings auch stark an die politischen Ergebnisse gekoppelt, vor allem auf gesamtstaatlicher Ebene. Als die erhofften politischen Resultate der „russischsprachigen“ Parteien im Parlament ausgeblieben sind, hat sich die russischsprachige Wählerschaft an größeren Parteien orientiert, die eine höhere Wahrscheinlichkeit der Regierungsbeteiligung aufwiesen. Diese Wahrscheinlichkeit bot die Zentrumspartei mit dem Vorsitzenden Edgar Savisaar, welcher der russischsprachigen Bevölkerung bereits aus der Zeit in der Volksfront und somit als Repräsentant der russischsprachigen Wählerschaft bekannt war. Offenkundig erschien der politische Einfluss dieser Partei den meisten russischsprachigen Bewohnern größer als der der „russischsprachigen“ Parteien. Positiv auf die Wahlbeteiligung scheint sowohl bei Parlaments- als auch bei Kommunalwahlen die ethnisch-nationale Durchmischung der Wohngegend sowie das Vorhandensein der estnischen Staatsbürgerschaft auszuwirken.

Obwohl die ethnische bzw. sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung auf kommunaler Ebene deutliche Unterschiede zu der zentralstaatlichen Ebene aufweist, sind deutliche Gemeinsamkeiten in den Wahlpräferenzen der russischsprachigen Bevölkerung zu erkennen. Die Ergebnisse in Tallinn und Narva zeigten Anfang der 1990er Jahre relativ starke Ergebnisse für russischsprachige Parteien und Bündnisse. Ab der Kommunalwahl 1999 übernahm zunehmend die Zentrumspartei die repräsentative Rolle der russischsprachigen Bevölkerung. In beiden Städten hat sich die Zentrumspartei seit dem Jahr 2002 derart stark gesteigert, dass sie bis 2009 die absolute Mehrheit der Sitze in den jeweiligen Stadträten erzielt hat. Diese Stellung in Narva zeigt das Vertrauen, das

---

<sup>859</sup> Estnische Bezeichnung: Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööpartei (Üb. d. A.); Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009. <https://www.valimised.ee/et/valimiste-arhiiv/toimunud-valimiste-arhiiv> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

die russischsprachige Wählerschaft in Estland der Zentrumsparterie entgegenbringt. Dies belegen auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in den einzelnen Tallinner Stadtteilen mit überwiegend russischsprachiger Bevölkerung, Lasnamäe und Põhja-Tallinn. Dort erzielte die Zentrumsparterie bei den Wahlen 2002, 2005 und 2009 stets die Rekordzahl an Mandaten für den Stadtrat. Dagegen hat sich die Position der eigentlichen „russischsprachigen“ Parteien spätestens ab 2002 rapide verschlechtert, weder die EÜRП noch die VEE noch die formierten „russischsprachigen“ Wahlbündnisse konnten in Tallinn und Narva nennenswerte Ergebnisse erzielen. Dieses Muster wiederholt die Ergebnisse der gesamtstaatlichen Parlamentswahlen

Generell zeigten Studien des Wählerverhaltens im Osten Estlands während der 1990er Jahre, dass die Bevölkerung eher an praktischen Wahlversprechen orientiert war und weniger die ideologische oder programmatische Richtung des jeweiligen Kandidaten betrachtete.<sup>860</sup> Gleichzeitig spielt auch hier die Regierungstätigkeit der Parteien auf zentralstaatlicher Ebene eine Rolle, auch hier haben Ergebnisse aus Tallinn und Idavirumaa gezeigt, dass die Zentrumsparterie das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung genießt. Die Wahlergebnisse in Tartu sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene zeigen, dass die überwiegend estnischsprachige Bevölkerung künftig vermutlich an dem liberalen Kurs der Parteien festhalten wird. Die Zentrumsparterie, obwohl stabil, konnte in Tartu nie an die Spitze kommen. Die „russischsprachigen“ Parteien waren in Tartu fast in keiner einzigen Zusammensetzung des Stadtrates vertreten, mit Ausnahme der EÜRП mit einem Sitz im Jahr 1999.

Interessant ist auch die Verteilung der Wahlbeteiligung zwischen Staatsbürgern und Ausländern in den verschiedenen Gebietskörperschaften bei Kommunalwahlen. Während im Jahr 1993 keine Ausländer separat registriert waren, zeigten sich die Ausländer im Jahr 1996 besonders aktiv: In allen drei Städten lag die Wahlbeteiligung der Ausländer bei über 80% (79,1% in Tartu). Obwohl nicht explizit belegt werden kann, dass wirklich alle registrierten Ausländer in Wahrheit russischsprachige Bewohner Estlands ohne Staatsbürgerschaft bzw. russischsprachige Ausländer waren, so ist es dennoch wahrscheinlich. Zum Beispiel kamen in Tallinn über 64% der registrierten Ausländer aus den drei Tallinner Bezirken mit dem größten russischsprachigen Anteil. Die eigentliche Anzahl der Wähler war in den drei Städten sehr unterschiedlich (Tallinn: 28 599; Narva: 10 700; Tartu: 1 056), aber dennoch war das Wahljahr 1996 von der Wahlaktivität der Ausländer her herausragend. Die nachfolgenden Wahlen zeigten keine so hohen Beteiligungen mehr, obwohl in Narva im Jahr 1999 fast doppelt so viele Ausländer wie Staatsbürger zur Wahl registriert waren (33 930 Ausländer und 19 482 Staatsbürger). Hierbei zeigte sich zunehmend die Verdrossenheit der Wähler. Ab der Wahl 2002 wurden Ausländer nicht mehr separat registriert, weshalb ein derartiger Vergleich nicht mehr möglich ist. Hierzu muss präzisiert werden, dass die Wahlstatistik leider keine Unterscheidung zwischen Staatenlosen und Bürgern anderer Staaten vorgenommen hat, so dass noch differenziertere Präferenzen nicht dargelegt werden können. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die relative Mehrheit der „Ausländer“ in Wahrheit Staatenlose waren und somit zur russischsprachigen Bevölkerung gezählt werden können.

---

<sup>860</sup> Vgl. Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 77-78.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Was sich nur langsam ändert, sind die Haltungen der estnischen politischen Führer gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung. Umfragen zeigen, dass auch das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung in einigen Institutionen zu wünschen übrig lässt. Solange sich solche Haltungen in der Staatsführung nicht ändern, wird es auch in Zukunft schwierig, das Vertrauen der russischsprachigen Wählerschaft zu mobilisieren. Zumindest hat das Integrations-Monitoring 2011 gezeigt, dass Esten seit etwa Mitte der Nuller-Jahre – erneut ein Hinweis auf den Paradigmenwechsel – weitaus offener gegenüber der Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung geworden sind: Die Mehrheit war mit der Aussage einverstanden, dass es nützlich sei, die russischsprachige Bevölkerung in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Eine solche Unterstützung wäre davor nicht da gewesen.<sup>861</sup>

Im Allgemeinen scheint die russischsprachige Bevölkerung auf zentralstaatlicher Ebene eher estnische Parteien zu bevorzugen, welche ihre Interessen repräsentieren und „regierungsfähig“ sind. Insofern kann man sagen, dass die parteipolitischen Präferenzen der russischsprachigen Bevölkerung Estlands wandlungsfähig sind, doch wahrscheinlich wird eine rein-russischsprachige Partei in der mittelfristigen Perspektive keinen nennenswerten Erfolg haben.

### 4.5.6 Staatliche Programme und Einrichtungen für Integration in Estland – Messung der gesellschaftlichen Integration

#### 4.5.6.1 Hintergründe und Inhalte

Die Besonderheit der estnischen Integrationspolitik besteht darin, dass die bisherigen staatlichen Integrationsprogramme von einer einseitigen Anpassung ausgegangen sind, und zwar seitens der russischsprachigen Minderheit in die estnischsprachige Gesellschaft.<sup>862</sup> Einerseits wird erwartet, dass die Anderssprachigen die estnische Sprache lernen und sich so gleichberechtigt an dem sozialen und kulturellen Leben in Estland beteiligen können. Andererseits sollen die kulturellen Besonderheiten der Minderheit erhalten bleiben.<sup>863</sup> Diese Vorstellung spricht theoretisch für die Mehrfachintegration als formales Ziel, welches dennoch von der Besonderheit der empirischen Situation in Estland, stellvertretend für das Baltikum, geprägt wird. Maßgeblich sind dafür zwei Faktoren: die historische Situierung als ehemalige Sowjetbürger sowie die dadurch bedingte Tatsache, dass die meisten das Baltikum als permanentes Zuhause und nicht als Land eines temporären Aufenthaltes betrachten, wie es bei Arbeitsmigranten der Fall

---

<sup>861</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 21-22.

<sup>862</sup> Reek, Hanna (2012): Miks valiti eesti õppekeelega kool?. in: Pulver, Aleksander (Hrsg.): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 16; 33-45, S. 33.

<sup>863</sup> Ebd. S. 33; vgl. Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. S. 9-17.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

ist.<sup>864</sup> Insofern unterscheiden sich die Ansprüche der Mehrheit und der Minderheit im estnischen Fall, indem die Mehrheit eine einseitige und die Minderheit eine zweiseitige Integration erwartet, bei der sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit beteiligt ist. Tatsächlich kann eine Mehrfachintegration mit Schwierigkeiten verbunden sein, wenn der Zugang zur Mehrheitsgesellschaft versperrt ist.<sup>865</sup>

Im Jahr 1992 wurde der sogenannte Migrationsfonds (Sihtasutus Eesti Migratsiooni-fond) gegründet, der hauptsächlich zur Finanzierung der Migration nach und aus Estland eingesetzt wurde.<sup>866</sup> Unter anderem konnte dadurch Personen zur Repatriierung verholfen werden. Per Definition gehörten auch solche Personen dazu, die „sich nicht in die estnische Gesellschaft integrieren konnten“.<sup>867</sup> Ebenfalls diejenigen Personen, die ihren Status nicht legalisiert hatten, also beispielsweise nicht als „Ausländer“ registriert waren.<sup>868</sup> Während der Periode 1992 bis 2009 hatte der Fonds so etwa 25 500 Personen unterstützt, die „aufgrund der Unabhängigkeit Estlands im Jahr 1991 und der Etablierung der neuen Staatsordnung das Bedürfnis verspürten, zurück in ihre ethnische Heimat zu kehren“.<sup>869</sup> Die meisten solcher „Rückkehrer“ sind während der ersten 10 Jahre der Unabhängigkeit emigriert. Laut der Untersuchung des Fonds sind Emigrationen der Folgejahre vormals von älteren Menschen vorgenommen worden, die zurück in ihre Heimat zu Verwandten wollten.<sup>870</sup> Insgesamt sind bis 2008 immer weniger Anträge gestellt worden. Die meisten Rückkehrer der Folgejahre hatten die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation.<sup>871</sup> Über den Erfolg der Rückkehrer vor Ort hatte die estnische Seite aber keinerlei Statistik oder Angaben, wie eine entsprechende Studie aus dem Jahr 2009 belegt.<sup>872</sup>

Die bereits erwähnte Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitteestlaste Integratsiooni Sihtasutus – MEIS) wurde zur Förderung der gesellschaftlichen Integration der Nicht-Esten – hauptsächlich der russischsprachigen Bevölkerung – am 31. März 1998 gegründet.<sup>873</sup> Im Jahr 2008 wurde der Name in „Einrichtung für Integration“ („Integratsiooni Sihtasutus“) geändert und am 1. Januar 2010 mit dem Migrationsfonds zusammengelegt, wobei der Name der neuen Einrichtung in „Einrichtung für Integration und Migration Unsere Menschen“ (Integratsiooni ja Migratsiooni Sihtasutus Meie Inimesed (MISA)) geändert wurde. Die Namensänderungen sprechen durchaus für einen Wandel der politischen Richtung der estnischen Integrationspolitik. Anfangs noch explizit für Nicht-Esten eingerichtet, wurde mit der Bezeichnung „Unsere Men-

---

<sup>864</sup> Reek, Hanna (2012): Miks valiti eesti õppekeeleka kool? S. 33; vgl. Kymlicka, Will (2000): The Rights of Minority Cultures.

<sup>865</sup> Alternative Quellen mit Ergebnissen zur Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland siehe z.B.: Polshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014.

<sup>866</sup> SA eesti migratsioonifond/Euroopa rändevõrgustik (2009): Toetatud Tagasipöördumine ja reintegratsioon Kolmandatesse riikidesse – Euroopa Liidu programmi ja strateegiad. Tallinn: SA Eesti Migratsioonifond. S. 5.

<sup>867</sup> Eigene Übersetzung aus: SA eesti migratsioonifond/Euroopa rändevõrgustik (2009): Toetatud tagasipöördumine ja re-integratsioon Kolmandatesse riikidesse – Euroopa Liidu programmi ja strateegiad. S. 10.

<sup>868</sup> Ebd.

<sup>869</sup> Eigene Übersetzung aus: Ebd. S. 11-12.

<sup>870</sup> Ebd. S. 12.

<sup>871</sup> Ebd. S. 13.

<sup>872</sup> Ebd. S. 50.

<sup>873</sup> RT I 1998, 33, 471. Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutuse asutamine. Vastu võetud 31.03.1998 nr 263.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schen“ dieselbe Zielgruppe nun als Teil der estnischen Gesellschaft betrachtet. Entsprechend der offiziellen Erklärung wurden mit dem neuen Namen sowohl eingewanderte Personen als auch Esten und Nicht-Esten angesprochen, die alle zu einem Teil der Gesellschaft werden sollten.<sup>874</sup>

Zu den Aufgaben der Einrichtung gehören bis heute Tätigkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Integration, Erstellung entsprechender Datensammlungen und Herausgabe von Informations- und Lehrmaterial. Ebenfalls werden Studien in Auftrag gegeben, die die gesellschaftliche Integration der nicht-estnischen Bevölkerung zum Gegenstand haben. Kooperation mit staatlichen Behörden ist maßgeblich für die Arbeit der Einrichtung, wofür hauptsächlich die drei bisher verabschiedeten Integrationsprogramme die Grundlage bilden: das erste Programm „Integration in der estnischen Gesellschaft 2000-2007“ (Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007), das anknüpfende Programm „Integrationsprogramm 2008-2013“ (Lõimumiskava 2008-2013) sowie das neueste Programm „Integriertes Estland 2020“ (Lõimuv Eesti 2020).<sup>875</sup> Die Programme wurden allesamt von den jeweiligen amtierenden Regierungen verabschiedet und fungierten als Aktionspläne für Regierungsorgane sowie andere Institutionen, die sich mit der gesellschaftlichen Integration in Estland beschäftigten. Dazu gehört beispielsweise auch MEIS bzw. MISA.

Die gesellschaftliche Integration und Chancengleichheit sollte demnach als übergeordnetes Ziel bei allen bisherigen Programmen dienen. Zur Herausarbeitung des ersten Programms wurde eine Expertenkommission eingesetzt, beim zweiten Programm wurden auch verstärkt zivilgesellschaftliche Vertretungen miteinbezogen.<sup>876</sup> Zur Konzeption des letzten Aktionsplans fanden schließlich Seminare, Studien und Sitzungen unter Beteiligung „tausender Menschen in Estland“ statt, wie das Kulturministerium es formulierte.<sup>877</sup> Zum Hauptziel des ersten Programms für die Jahre 2000 bis 2007 wurde die gesellschaftliche Vereinheitlichung bei gleichzeitiger Erhaltung ethnischer Besonderheiten erklärt. An diesem Prozess sollten sowohl Esten als auch Nicht-Esten teilnehmen und der Zielsetzung wurden internationale sowie nationale Normen und Gesetze zugrunde gelegt. Die Integration sollte auf sprachlich-kultureller, rechtlich-politischer und sozioökonomischer Ebene stattfinden, wobei die erste Ebene mit der estnischen Sprache als Indikator als wichtigste dargestellt wurde.<sup>878</sup> Dazu gehörten Maßnahmen im Bereich der Bildung sowie der gesellschaftlichen Einstellung von Esten gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung. Auf der zweiten Ebene sollte die Vergabe der Staatsbürgerschaften erfolgreicher gestaltet werden, so dass Nicht-Esten sich besser in den politischen Prozess hineinfinden und dem estnischen Staat gegenüber loyaler eingestellt sind.

---

<sup>874</sup> MEIS: Migratsioonifond liidetakse integratsiooni sihtasutusega [http://www.meis.ee/uudised?news\\_id=370](http://www.meis.ee/uudised?news_id=370) am 29.10.2009 (Abgerufen am 12.03.2014).

<sup>875</sup> Kulturiministeerium: Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon\\_eesti\\_uhiskonnas\\_2000-2007.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon_eesti_uhiskonnas_2000-2007.pdf)); Lõimumiskava 2008-2013 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava\\_2008\\_2013.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava_2008_2013.pdf)) (Abgerufen am 01.10.2013); Lõimuv Eesti 2020 (<http://www.kul.ee/et/valdkondlik-arengukava-loimuv-eesti-2020>) (Abgerufen am 01.04.2015).

<sup>876</sup> Kulturiministeerium: „Eesti lõimumiskava 2008-2013: Lühikokkuvõte“ 2008. Tallinn: Kulturiministeerium. S. 5-6.

<sup>877</sup> Der Wortlaut findet sich bei der Beschreibung des Programms auf der Webseite des estnischen Ministeriums für Kultur: <http://www.kul.ee/et/valdkondlik-arengukava-loimuv-eesti-2020> (Abgerufen am 05.03.2015).

<sup>878</sup> Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“ 14.03.2000. S. 4-14.



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Schließlich sollten auf der sozioökonomischen Ebene die Teilnahme am Arbeitsmarkt verbessert sowie die regionale Isolation der Nicht-Esten vermindert werden. Lokale und zentralstaatliche Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und sonstige Institutionen sollten für die Erreichung der Ziele eingesetzt werden, die im Programm relativ detailliert auf normativer Ebene beschrieben wurden. Ähnlich waren auch die Nachfolgeprogramme aufgebaut, wobei 2008 der Schwerpunkt etwas stärker auf die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gruppen gelegt wurde. Zu den neu gesetzten Akzenten gehörten die verstärkte Annäherung der relevanten Gruppen sowie die Erhöhung der sozialen Kontakte und die dadurch bedingte Verstärkung der Identität mit dem Staat.<sup>879</sup> Auch gehörte die Verminderung der sozioökonomischen Ungleichheiten zu den nunmehr neu gesetzten Integrationszielen. Nach wie vor blieb die Vermittlung der estnischen Sprache als zentrales Element der gesellschaftlichen Annäherung. Wie im ersten Programm wurden drei Bereiche determiniert, in welchen die Integration stattfinden sollte und für jeden Bereich wurden normative Ziele festgelegt, die diesmal mit Vergleichswerten aus der ersten Periode versehen wurden. Beispielsweise sollten bis zum Jahr 2013 90% der Absolventen russischsprachiger Gymnasien über 60 (von möglichen 100) Punkte bei der Estnischprüfung erreichen. Zum Vergleich hatten im Jahr 2007 75% der Absolventen diese Vorgabe erfüllt.<sup>880</sup> Außerdem sollte sich die Anzahl der Personen, die ein Sprachkurs besucht hat, bis 2013 vervierfachen, und auch die Anzahl der jährlichen Einbürgerungen sollte sich erhöhen.<sup>881</sup>

Das im Jahr 2014 verabschiedete aktuelle Programm zeichnet sich durch eine größere Differenzierung der gesellschaftlich relevanten Gruppen aus.<sup>882</sup> So werden nicht nur estnischsprachige Personen als die Mehrheit und russischsprachige Personen als die Minderheit definiert, sondern diesmal wurde die Gesamtheit der estnischen russischsprachigen Bevölkerung nach dem Ausmaß ihres Integrationsgrades in drei Dimensionen (Estnische Sprache, Identität und Bürgerbeteiligung) in fünf Gruppen aufgeteilt. Entsprechend der Ergebnisse des Integrations-Monitorings 2011 und einer Studie der Universität Tallinn aus dem Jahr 2013 konnten so unter der russischsprachigen Bevölkerung fünf Personengruppen identifiziert werden, die sich bis dahin unterschiedlich integriert hatten. Entsprechend konnte die Gruppe a.) in allen drei Dimensionen als integriert gelten, die Gruppe b.) als stark politisch-identifikativ aber schwach sprachlich integriert, die Gruppe c.) als sprachlich und politisch-sozial gut integriert aber mit einer niedrigen Bürgeridentität gelten. Die Gruppe d.) wies eine gute sprachliche und identifikative Integration, aber eine niedrige Bürgerbeteiligung auf, und schließlich zeigte die Gruppe e.), die größtenteils aus Bürgern der Russischen Föderation im fortgeschrittenen Alter bestand, eine schwache Integration in allen Dimensionen.<sup>883</sup> Entsprechend hat sich das Programm das Erreichen des Integrationsniveaus der Gruppe a.) für alle anderen zum Ziel gesetzt, was entsprechend der theoretischen Basis dieser Arbeit eine Mehrfachintegration bedeuten würde. Dennoch sind die gesellschaftlichen Probleme der

---

<sup>879</sup> Kultuuriministeerium: „Eesti lõimumiskava 2008–2013: Lühikokkuvõte“ 2008. S. 2.

<sup>880</sup> Ebd. S. 3.

<sup>881</sup> Ebd. S. 3-4.

<sup>882</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. Tallinn: Kultuuriministeerium. S. 3-9.

<sup>883</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. S. 7-9; Rikman, Erle/Nimmerfeldt, Gerli (Hrsg.) (2013): Lõimumisvaldkonna sotsiaalse te gruppide uuring. Uuringu raport. Tallinn: TLÜ RASI. S. 16-19.



## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

vorangegangenen Programme nach wie vor in ihrem Kern erhalten geblieben. So hatten etwa 6% der Gesamtbevölkerung keine Staatsbürgerschaft, geringe Sprachkenntnisse und dadurch bedingt eine schlechtere Vernetzung auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialleben. Zur Lösung dieser Probleme hat sich das Programm vorgenommen, mittels struktureller Instrumente im Bereich der Bildung und der Vermittlung der Sprache auch die gesellschaftlichen Akzeptanz und Zusammenarbeit zu fördern.<sup>884</sup> Entsprechend sind mit dem Programm kleinere Projekte in konkreten Bereichen verbunden, solche wie das „Entwicklungsprogramm im Bereich der Jugend 2014-2020“ (Noortevaldkonna arengukava 2014-2020) oder das „Entwicklungsprogramm der estnischen Sprache 2011-2017“ (Eesti keele arengukava 2011-2017).<sup>885</sup>

Es lässt sich sagen, dass sich das aktuelle, im Jahr 2014 verabschiedete Programm am stärksten an den gesellschaftlichen Umständen, die aktuell in Estland herrschen, orientiert. Während es bei den zwei ersten Programmen primär um die Heranführung der russischsprachigen Bevölkerung an die estnischsprachige Gesellschaft ging, wobei auch stets auf die mangelnde Aufnahmebereitschaft Letzterer hingewiesen wurde, hat das dritte Programm die Unterschiede innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung erkannt und erfasst. Die gesellschaftlich relevanten Bereiche der Integration, die von allen drei Programmen als Grundlage genommen wurden, entsprechen den theoretischen Dimensionen, die in dieser Arbeit verwendet werden. Die unterschiedlichen Integrationsstufen der russischsprachigen Bevölkerung aus dem aktuellen Programm können indes als Abbild der verschiedenen Möglichkeiten der Integration, die ebenfalls in dieser Arbeit verwendet werden, aufgefasst werden. Daher können die Integrationsprogramme als empirische Beispiele der konzeptionellen gesellschaftlichen Integration gelten, die durch ihre Implementierung operationalisiert werden. Entsprechend können Ergebnisse dieser Implementierung zur Messung der Integration verwendet werden, für welche sich die Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 am besten eignen.

### 4.5.6.2 Ergebnisse der Integrations-Monitorings in Estland 2008 und 2011 – soziale Kontakte und sozioökonomische Faktoren

Die Ergebnisse der Integrations-Monitorings 2008 und 2011 wiesen eine Reihe von Faktoren auf, die auf gewisse Unterschiede in der sozioökonomischen Stellung der titularen und der russischsprachigen Bevölkerung in Estland hindeuten. Zu unterscheiden sind hierbei objektive und subjektive Angaben, die einerseits aus den Zahlen zum Einkommen bzw. zur Arbeitslosigkeit und andererseits aus den persönlichen Empfindungen zur Gleichstellung gewonnen werden können. Insgesamt können drei Indikatoren definiert werden, die zu Unterschieden zwischen den ethnischen Gruppen und auch innerhalb der russischsprachigen Gruppe beigetragen haben: die estnische Staatsbürgerschaft, das Bildungsniveau und die Wohngegend. Hinzu kommen Kenntnisse der estnischen Sprache, wobei diese bei den genannten Indikatoren die zentrale Rolle spielen. Die Bedeutung der estnischen Sprache im sozioökonomischen Kontext nahm ihren Anfang in

---

<sup>884</sup> Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. S. 10-11.

<sup>885</sup> Ebd. S. 11.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

der „Platz sauber!“ („plats puhtaks“) Politik Anfang der 1990er Jahre. Dieser Ausdruck wurde seitens der Opposition (hauptsächlich unter der national-konservativen „Isamaa“) für einen „Kahlschlag“ in den politischen Führungsetagen verwendet, mit dem alle „alten“ Sowjet-Eliten gegen „neue“ oppositionelle ausgetauscht werden sollten. Zwar war diese nicht explizit gegen die russischsprachige Bevölkerung gerichtet, obwohl die Forderung nach estnischer Sprache viele russischsprachige Führungskräfte dazu zwang, ihre Posten zu räumen, so Klara Hallik und Vello Pettai, allerdings implizierte die „Estifizierung“ des öffentlichen Lebens natürlich auch, dass die russischsprachige Bevölkerung zunächst an den Rand der Gesellschaft gedrückt wurde.<sup>886</sup>

Die Integrations-Monitoring der Jahre 2008 und 2011 sowie Untersuchungen aus dem Jahr 2012 haben gezeigt, dass die Kontakte zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung relativ begrenzt waren.<sup>887</sup> Dabei offenbarte sich, dass Esten generell sozial verschlossener waren als die russischsprachige Bevölkerung.<sup>888</sup> Etwa 20 bis 30% der Esten und 40 bis 50% der Russischsprachler hatten 2008 und 2011 gegenseitigen täglichen Kontakt, in den meisten Fällen berufsbedingt, in der Schule oder im öffentlichen Raum.<sup>889</sup> Andere soziale Kontakte waren selten, im eigenen sozialen Umfeld bevorzugten die jeweiligen nationalen Gruppen das eigene sprachlich-kulturelle Milieu.<sup>890</sup> Im Jahr 2011 hatten lediglich 18% der Esten angegeben, Russischsprachige im eigenen sozialen Umfeld zu haben. Bei der russischsprachigen Bevölkerung lag dieser Prozentsatz bei 40%, wenn nach privatem Kontakt zu Esten gefragt wurde.<sup>891</sup> Die Häufigkeit der Kontakte hing erwartungsgemäß von der Wohngegend ab – je gemischter die ethnisch-nationale Zusammensetzung, umso mehr gegenseitigen Kontakt wurde gepflegt. Allerdings hielten im Jahr 2011 in Tallinn etwa die Hälfte der Esten und ein Drittel der Russischsprachler den Kontakt zur jeweils anderen Gruppe für minimal.<sup>892</sup> Tatsächlich zeigten sich positive Einstellungen gegenüber der jeweils anderen Gruppe bei denjenigen Personen, die mehr Kontakt zu dieser pflegten.<sup>893</sup> Dies äußerte sich bereits im Schulalter und zog sich bis in das Arbeitsleben hinein.<sup>894</sup> Auch der höhere Bildungsgrad, das Alter (zwischen 30 und 60 im Schnitt) sowie das Geschlecht (Frauen kontaktfreudi-

---

<sup>886</sup> Aus: Pettai, Vello/Hallik, Klara (2002): Understanding processes of ethnic control: segmentation, dependency and co-optation in post-communist Estonia. *Nations and Nationalism* 8/4, 505-529; zitiert in: Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 24-50, S. 27.

<sup>887</sup> Korts, Külliki/Vihalemm, Triin (2008): Rahvustevahelised suhted, kontaktid ja meie-tunne. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 107-116; Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. in: in: Pulver, Aleksander (Hrsg.): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 23; 146-169, S. 149.

<sup>888</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 41.  
<sup>889</sup> Ebd. S. 43-44.

<sup>890</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 40-48; Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. S. 149.

<sup>891</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 44.  
<sup>892</sup> Ebd. S. 42.

<sup>893</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. S. 149.

<sup>894</sup> Ebd. S. 149.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

ger) hatten positive Auswirkungen auf soziale inter-ethnische Kontakte.<sup>895</sup> Allen voran gingen natürlich auch Sprachkenntnisse der jeweils anderen Sprache, welche soziale Kontakte begünstigten.<sup>896</sup>

Aus der Analyse der Einkommensniveaus der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung während der Jahre 1994 bis 2006 zeigte sich, dass die russischsprachige Bevölkerung im Schnitt etwa 83% des Durchschnittseinkommens der Esten bekam.<sup>897</sup> Insgesamt ist das Durchschnittseinkommen der Bewohner Estlands in dieser Periode stetig gewachsen, wobei sich die Unterschiede auf ethnischer Basis in der Periode von 1994 bis 2003 erhöht und von 2004 bis 2005 vermindert haben.<sup>898</sup> Eine Analyse der Einkommenssegmente offenbarte dabei, dass im höchsten Einkommenssegment zwischen 2003 und 2006 die Esten deutlich überrepräsentiert waren, während es in anderen Segmenten zu keinen nennenswerten Abweichungen kam. Dies zeigt auch die explizite Analyse der Repräsentation der Esten und der russischsprachigen Bevölkerung bei Besetzung der Führungs- und Spezialistenstellen während der Jahre 2001 bis 2007. Es zeigte sich, dass Esten zwischen 1,6 und 2,2 Mal öfter als Russisch-Muttersprachler bei der Besetzung dieser Positionen vertreten waren.<sup>899</sup> Dadurch wäre zum Teil das allgemein niedrigere Durchschnittseinkommen der anderssprachigen Bevölkerung zu erklären.<sup>900</sup> Sowohl bei russischsprachigen als auch bei estnischsprachigen Staatsbürgern waren Personen im oberen Drittel der vorgegebenen Einkommensstabelle in der relativen Mehrheit, während bei russischsprachigen Personen ohne oder mit russischer Staatsbürgerschaft das mittlere bzw. das niedrigste Einkommensdrittel in der Mehrheit war.<sup>901</sup> Ebenfalls bedeutsam war hierbei die Branche, wobei in der freien Wirtschaft Personen mit Estnisch- und Russischkenntnissen auch ohne Vorhandensein der Staatsbürgerschaft beinahe genauso gefragt waren wie Esten, zum Teil sogar mehr gefragt als Esten ohne Russischkenntnisse.<sup>902</sup> Der Trend hat sich bis 2011 verstärkt und es ist zu erwarten, dass Russischkenntnisse im privaten und öffentlichen Sektor in Estland in den kommenden Jahrzehnten immer wichtiger werden.<sup>903</sup>

Die Zahlen zur Arbeitslosigkeit zeigten in den Jahren 2001 und 2007 deutliche Unterschiede zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung. Insgesamt zeigte die russischsprachige Gruppe der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren stets höhere Arbeitslosenquoten als die estnischsprachige, wobei der Unterschied von 1,6 Mal im Jahr 2001 bis zum Jahr 2006 auf ganze 2,4 Mal (1,9 Mal im Jahr 2007)

---

<sup>895</sup> Lauristin Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 42.

<sup>896</sup> Ebd.

<sup>897</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo.7-23, S. 7; Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs., Tartu: Institute of Baltic Studies . S. 29.

<sup>898</sup> Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs. S. 29.

<sup>899</sup> Helemäe, Jelena (2008): Töölalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 25-26.

<sup>900</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 7-8.

<sup>901</sup> Dabei wurde das unterste Drittel mit einem Einkommen bis 3.000 EEK (etwa 200 €) und das oberste Drittel mit einem Einkommen ab 5.000 EEK (etwa 333 €) definiert. Ebd. S. 9.

<sup>902</sup> Helemäe, Jelena (2008): Töölalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 32.

<sup>903</sup> Vgl. Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 85-112, S. 109.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

anstieg. Bei den 25- bis 39-Jährigen betrug dieser Unterschied im Jahr 2006 sogar 3,3 Mal (2,5 Mal im Jahr 2007), was bedeutet, dass in diesem Jahr Russisch-Muttersprachler dreimal so häufig arbeitslos waren wie ihre estnischsprachigen Mitbürger.<sup>904</sup> Die Krisenjahre 2008 bis 2010 zeigten die größere Anfälligkeit der russischsprachigen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber der estnischsprachigen.<sup>905</sup> Während sich die Unterschiede in der Beschäftigungsquote bis 2008 fast angeglichen hatten, zeigte das Jahr 2010 die höchste Kluft seit 2006 von etwa 6% zwischen den estnisch- und russischsprachigen Beschäftigten, zugunsten der ersteren.<sup>906</sup> Bis 2011 hatten sich die Unterschiede in der Beschäftigungsquote zwar wieder auf das Vorkrisen-Niveau bewegt, die Arbeitslosenquote zeigte aber weiterhin deutliche Abweichungen zwischen den ethnischen Gruppen. Während der Zeit 2008 bis 2011 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in der gesamten Bevölkerung, wobei die russischsprachige Bevölkerung im Jahr 2010 mit etwa 27% deutlich mehr Arbeitslose zu verzeichnen hatte als die estnischsprachige mit etwa 15%.<sup>907</sup> Bis 2011 blieb dieser Unterschied erhalten, wobei die Arbeitslosenquote der estnischsprachigen Bevölkerung bei etwa 8% und die der russischsprachigen Bevölkerung bei etwa 15% blieben.<sup>908</sup> Zwei Faktoren waren für die größere Krisenanfälligkeit der russischsprachigen Bevölkerung von besonderer Bedeutung: zum einen das mangelnde bzw. Nicht-Vorhandensein der Estnisch-Sprachkenntnisse und zum anderen eine hohe Konzentration der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe in denjenigen Branchen und Tätigkeitsfeldern, die während der Krise große Umsatz- und Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen hatten.

Der Mangel an Estnisch-Kenntnissen bei Russischsprachlern erhöhte die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden. Dass die Sprache bei der Arbeitslosigkeit die zentrale Rolle spielte, zeigt die Statistik, wonach die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit bei Russisch-Muttersprachlern mit guten Estnisch-Kenntnissen praktisch gleich hoch war wie bei Esten.<sup>909</sup> Die Beschäftigungsstatistik offenbarte eine hohe Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung in der Baubranche sowie im verarbeitenden Gewerbe. In diesen Branchen waren im Jahr 2007 etwa 40% der anderssprachigen Bevölkerung beschäftigt. Ebenfalls ungünstig für die russischsprachigen Beschäftigten war die Beschäftigungsstruktur: Der Anteil der Russischsprachigen, die als gelernte und ungelernete Fachkräfte oder im Verkauf tätig waren lag im Jahr 2007 bei etwa 65%. Sowohl die genannten Branchen als auch die Tätigkeitsfelder erlitten in den Krisenjahren hohe Kapazitätsverluste. Das bedeutet, dass die russischsprachigen Beschäftigten von den Entlassungen oder Lohnkürzungen in diesen Bereichen besonders betroffen waren.<sup>910</sup> Speziell traf es russischsprachige Männer: auf dem Höhepunkt der Krise machten männliche

---

<sup>904</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 25-26.

<sup>905</sup> Die Krisenjahre beziehen sich auf die Finanz- und Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2007 und 2008, bis hin zur Eurokrise im Jahr 2009, unter der vor allem osteuropäische Ökonomien innerhalb und außerhalb der Europäischen Union gelitten haben. In Estland ist die Wirtschaft (gemessen am BIP) im Jahr 2008 um 3,7% und im Jahr 2009 um 14,3% geschrumpft, die Arbeitslosigkeit erreichte im Jahr 2010 16%. Vgl. Eesti Pank (Bank of Estonia): Aastaaruanne 2008; 2009 2010 (Full Report 2008; 2009; 2010). Tallinn 2009/2010/2011. EESC (2013): Majandus- ja sotsiaalsed arengud Balti riikides: Eesti. Brüssel EESC. S. 3

<sup>906</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 88.

<sup>907</sup> Ebd. S. 88-89.

<sup>908</sup> Ebd.

<sup>909</sup> Ebd. S. 88.

<sup>910</sup> Ebd. S. 88-89.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

russischsprachige Arbeitslose ganze 35% der auf dem Arbeitsmarkt aktiven männlichen Bevölkerung aus.<sup>911</sup> Russischsprachige Frauen traf es nicht ganz so hart, jedoch wurden sie während der Krise doppelt so häufig mit Entlassungen konfrontiert wie estnischsprachige Frauen.<sup>912</sup> Russischsprachige Männer erfuhren auch häufiger Lohnkürzungen als estnischsprachige Männer, was schließlich auf eine doppelte Belastung der russischsprachigen männlichen Bevölkerung während der Krisenjahre schließen lässt.<sup>913</sup>

Die Wohngegend spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Einkommensverteilung: Während in Tallinn etwa die Hälfte der Russischsprachigen und 60% der Estnischsprachigen zum oberen Einkommensdrittel gehörten, waren dies im Nordosten (Ida-Virumaa) entsprechend nur 30% der estnischsprachigen und 20% der russischsprachigen Bevölkerung. Kurioserweise gehörten in den restlichen Gegenden die Esten nur zu einem Drittel zum entsprechend höchsten Einkommensdrittel, während es bei den Russisch-Muttersprachlern etwa die Hälfte war.<sup>914</sup> Diese Ergebnisse zeigen einerseits, dass es je nach Wohngegend zu deutlichen Einkommensschwankungen gekommen ist. Dabei verdienten Esten in Tallinn und dem Nordosten zwar mehr als ihre russischsprachigen Mitbürger, die ethnisch bedingten Einkommensunterschiede innerhalb dieser Gebiete befanden sich aber nur bei etwa 10%. Andererseits scheinen die geographisch begründeten Einkommensunterschiede innerhalb der estnischsprachigen Gruppe sogar wesentlich größer zu sein, wie der regionale Vergleich zeigt, als die entsprechenden Unterschiede innerhalb der russischsprachigen Gruppe.<sup>915</sup> Dies deutet darauf hin, dass das Beschäftigungsfeld der russischsprachigen Bevölkerung in Estland viel enger gefasst ist und die Einkommensunterschiede in verschiedenen Gegenden deswegen näher beieinander liegen, weil in den ähnlichen Branchen und Beschäftigungsfeldern landesweit ähnliche Einkommen herrschen. Die Esten sind dagegen in allen vorhandenen Branchen und Tätigkeitsfeldern vertreten, weshalb ihr Einkommen innerhalb der ethnischen Gruppe auch stärker variiert.

Im Schnitt gab es im Zeitverlauf bis zum Jahr 2002 etwas mehr von der Armut bedrohte Familien in der russischsprachigen Gruppe als in der estnischsprachigen. Davon waren pensionierte Personen mit russischer Staatsbürgerschaft oder jüngere Personen ohne Staatsbürgerschaft mit niedrigem Bildungsniveau besonders betroffen.<sup>916</sup> Generell zeigte sich eine positive Korrelation zwischen Einkommen und höherer Bildung sowohl bei Esten als auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, wobei Esten mit Hochschulbildung im höchsten Einkommensdrittel 2008 mit etwa 10 Prozentpunkten überrepräsentiert waren.<sup>917</sup> Einerseits zeugt dies von einem positiven Effekt höherer Bildung auf das Einkommen, ungeachtet der Nationalität bzw. der Muttersprache. Andererseits ist es

---

<sup>911</sup> Die Formulierung in der Studie ist irreführend, denn es bleibt unklar, ob russischsprachige Männer 35% der gesamten männlichen auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung ausmachten oder aber 35% der russischsprachigen Männer arbeitslos waren. Die hier gewählte Formulierung dürfte der tatsächlichen Situation entsprechen. Nurmela, Kristi/Kriger, Tanja (2012): Töötgurg. S. 89.

<sup>912</sup> Nurmela, Kristi/Kriger, Tanja (2012): Töötgurg. S. 93.

<sup>913</sup> Ebd. S. 94.

<sup>914</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolu ja eluga rahulolu. S. 10.

<sup>915</sup> Ebd. S. 10-11.

<sup>916</sup> Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs. S. 29.

<sup>917</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolu ja eluga rahulolu. S. 9-10.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

aufgrund dieser Ungleichverteilung auf Grundlage der Bildung im höchsten Einkommenssegment verständlich, dass Russisch-Muttersprachler mit Hochschulbildung ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre allgemeine sozioökonomische Lage als schlechter gegenüber Esten einschätzten.<sup>918</sup> Allgemein könnte hier von einem erschwerten Zugang zu gutbezahlten Jobs für russischsprachige Hochschulabsolventen ausgegangen werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie der MEIS aus dem Jahr 2008.<sup>919</sup> Demnach war die Zugehörigkeit zur „falschen“ Nationalität einer der Hauptgründe für den erschwerten Zugang zu Jobs in Führungspositionen: Für russischsprachige Nicht-Esten mit estnischer Staatsbürgerschaft und guten Estnisch-Kenntnissen war es 2008 im Vergleich zu Esten etwa 1,7 Mal so schwer an solche Jobs zu kommen – bei gleicher Bildung und vergleichbaren Qualifikationen.<sup>920</sup> Grundsätzlich zeigte sich bei der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber der estnischsprachigen eine niedrigere Ausschöpfung des Bildungspotentials.<sup>921</sup>

Insgesamt haben etwa 60% der Personen in der russischsprachigen Gruppe im Jahr 2004 angegeben, es wirtschaftlich schwer oder sehr schwer zu haben. In der estnischsprachigen Gruppe waren es 40%.<sup>922</sup> Dieses Ergebnis deckt sich mit dem Unterschied bei der allgemeinen Zufriedenheit zwischen der estnisch- und russischsprachigen Gruppe: am größten war dieser bei der Einschätzung der eigenen ökonomischen Lage.<sup>923</sup> Dabei waren russischsprachige estnische Staatsbürger im Jahr 2008 von der gesamten russischsprachigen Bevölkerung in allen Einkommens- und Bildungsschichten mit ihrer Einkommenslage am zufriedensten.<sup>924</sup> Russische Staatsbürger und Staatenlose waren mit ihrer Einkommenslage im Vergleich um Einiges unzufriedener.<sup>925</sup> Dieselbe Kluft gilt bei der Frage nach dem Verzicht auf bestimmte Güter und Leistungen, obwohl hierbei die gesamte russischsprachige Bevölkerung (inklusive Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger) angegeben hat, auf mehr verzichten zu müssen als die estnischsprachige Bevölkerung.<sup>926</sup>

Entsprechend den Ergebnissen des Monitorings 2008 wurden die Einstellungen der russischsprachigen und estnischen Bevölkerung bezüglich der gefühlten sozialen Abweisung gemessen. Diese wurde definiert als die Abwesenheit einer sozialen Integration, indem ein Gesellschaftsmitglied es als unmöglich verspürt, sich an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen.<sup>927</sup> Dabei können sowohl objektive als auch subjektive Faktoren eine Rolle spielen, wie sich im Falle der russischsprachigen Bevölkerung auch zeigte. Am meisten spielten bei der gefühlten Abweisung materielle Faktoren eine Rolle, und zwar bei der gesamten Bevölkerung in Estland. Hierbei unterschieden sich die Antworten der Esten von den Antworten der russischsprachigen estni-

---

<sup>918</sup> Ebd. S. 13; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 42.

<sup>919</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 22.

<sup>920</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 30; 48.

<sup>921</sup> Ebd. S. 32.

<sup>922</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 12

<sup>923</sup> Ebd. S. 114.

<sup>924</sup> Ebd. S. 12; 15-16.

<sup>925</sup> Ebd. S. 12.

<sup>926</sup> Ebd. S. 15.

<sup>927</sup> Ebd. S. 18.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

schen Staatsbürger nur wenig, und zwar bei den meisten objektiven und subjektiven Faktoren.<sup>928</sup> Dagegen spielte in der Gruppe, die sich abgewiesen fühlte, die Staatsbürgerschaft eine untergeordnete Rolle, was darauf schließen lässt, dass sich hier eher subjektive Faktoren durchsetzten.<sup>929</sup> Insgesamt lässt sich aber sagen, dass sich diejenigen Personen mit estnischer Staatsbürgerschaft weniger sozial abgewiesen fühlen.

Interessant waren die Ergebnisse der Befragung nach der grundsätzlichen Bereitschaft in einem überwiegend oder ausschließlich anderssprachigen Kollektiv zu arbeiten. In der Zeit zwischen 2000 und 2008 hat sich dabei der Anteil der radikalen Verneiner sowohl in der estnischsprachigen als auch in der russischsprachigen Gruppe stetig verringert, von 22% auf 13% bei den Esten und von 13% auf 1% bei der russischsprachigen Zielgruppe. Dabei stellte sich heraus, dass etwa 45% der estnischsprachigen Kollektive ethnisch homogen waren.<sup>930</sup> Von der russischsprachigen Bevölkerung gab etwa jeder siebte an, in einem rein russischsprachigen Betrieb zu arbeiten, was darauf schließen lässt, dass der Rest der russischsprachigen Arbeitnehmer in sprachlich und national gemischten Kollektiven tätig war.<sup>931</sup> Tatsächlich haben beide Gruppen die sprachliche Homogenität zu etwa 60% als „eher wichtig“ eingestuft, die meisten wären aber auch bereit gewesen, in einem sprachlich gemischten Umfeld zu arbeiten.<sup>932</sup> Diese Bereitschaft zeigte sich verstärkt im Jahr 2011, indem nur noch 4% der Esten ein gemischtes Kollektiv kategorisch und weitere 25% dieses „eher“ ablehnten.<sup>933</sup> Obwohl sich diese Prozentsätze gegenüber dem Jahr 2008 verringert hatten, zeigten sich Esten nach wie vor negativer gegenüber potentiellen russischsprachigen Kollegen als umgekehrt die russischsprachigen Arbeitnehmer. Hierbei hielten insbesondere die jüngeren estnischsprachigen Arbeitnehmer ein estnischsprachiges Kollektiv für besonders wichtig. Dasselbe gilt für Russisch bei älteren russischsprachigen Arbeitnehmern, was sich in beiden Gruppen in erster Linie mit mangelnden Sprachkenntnissen erklären lässt.<sup>934</sup> Dabei zeigte der Arbeitsmarkt der Krisenjahre 2009 bis 2010, dass sich die Erwartungen der Arbeitgeber gegenüber sprachlicher Mobilität deutlich gewandelt haben. Besonders zweisprachige Arbeitnehmer wurden nun verstärkt gesucht und eingestellt um auf Bedürfnisse russischsprachiger Kunden und Bürger bei Ämtern eingehen zu können.<sup>935</sup> Womöglich aufgrund dieser Entwicklung, aber auch aufgrund einer wachsenden Anzahl sprachlich gemischter Kollektive, zeigten sich in den Folgejahren der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 auch einige positive Einstellungen der Esten gegenüber russischsprachigen Kollegen. So wurde in vielen Fällen die Möglichkeit gesehen, die eigenen Russischkenntnisse zu verbessern. Ebenfalls spielte die Wohngegend und dadurch der Kontakt zwischen den ethnischen Gruppen bei der gegenseitigen Toleranz eine Rolle.<sup>936</sup> Zu bedenken ist ferner, dass bei der Befragung im Jahr 2008 erst ein Jahr seit den Ereignissen um den „Bronze-Soldat“ vergangen war, was das gegenseitige Misstrauen entfacht

---

<sup>928</sup> Ebd. S. 18-20.

<sup>929</sup> Ebd. S. 20.

<sup>930</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 38-39.

<sup>931</sup> Ebd. S. 38.

<sup>932</sup> Ebd. S. 39.

<sup>933</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 99.

<sup>934</sup> Ebd. S. 97.

<sup>935</sup> Ebd. S. 98-100.

<sup>936</sup> Ebd. S. 98.



#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

haben dürfte. Die krisenbedingten Anforderungen nach erhöhter interkultureller und sprachlicher Mobilität dürften demnach einen positiven Effekt verstärkt haben, was sich in den Ergebnissen des Jahres 2011 zeigte.<sup>937</sup>

In den Jahren 2000 bis 2008 hat sich die russischsprachige Bevölkerung immer positiver in Bezug auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt geäußert, und zwar sowohl in Estland als auch im Ausland.<sup>938</sup> Die positive Einstellung erfuhr infolge der Krise 2009 bis 2010 einen Dämpfer: Nur noch 52% der russischsprachigen Bevölkerung erwarteten, dass sie bei Bedarf in Estland Arbeit finden würden – im Vergleich zu 69% der estnischsprachigen Bevölkerung. Im Jahr 2008 lag dieser Prozentsatz bei der russischsprachigen Bevölkerung noch bei 73%. Infolge der Wirtschaftskrise blieb auch die gefühlte Diskriminierung der Russischsprachigen mit Hochschulabschluss hoch, von denen sich 2011 nur 63% Jobchancen in Estland ausrechneten. Bei den Esten lag der entsprechende Anteil immerhin bei 80%. Insgesamt wurden die Chancen der estnischsprachigen Bevölkerung sowohl 2008 als auch 2011 höher eingeschätzt.<sup>939</sup> Auch die Zufriedenheit im Job war bei Esten insgesamt höher.<sup>940</sup> Während der Jahre 2000 bis 2011 wurde das Ausland für die Bewohner Estlands bei der Jobsuche immer wichtiger. Dabei war Russland bei etwa 45 bis 48% der Russischsprachigen ein nennenswertes Auslandsziel bei der Arbeitssuche, was sich auch nach der Krise nicht veränderte. Dagegen wurde das europäische Ausland bei den Esten, wie auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, erst im Zuge der Krise immer attraktiver, wobei die estnischsprachige Bevölkerung hier ihre Chancen etwas höher einschätzte als die russischsprachige Bevölkerung.<sup>941</sup>

Was sich bei der Analyse der Ergebnisse aus dem Jahr 2008 zeigte, waren große Unterschiede bei der Einschätzung der allgemeinen sozioökonomischen Position der Esten und der Russisch-Muttersprachler. Während nur ein Viertel der Esten sich selbst eine bessere Stellung zuschrieb als es real der Fall war, taten dies für die estnischsprachige Bevölkerung im Jahr 2008 ganze drei Viertel der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>942</sup> Diese Ansichten änderten sich nur wenig mit dem Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft: Anders als in den meisten anderen Fällen, bei den die Staatsbürgerschaft einen positiven Effekt auf die gesellschaftliche Integration zeigte, sahen sich auch russischsprachige estnische Staatsbürger gesellschaftlich schlechter gestellt als Esten, wenn es um die Sicherung des sozialen und materiellen Wohlstandes ging.<sup>943</sup> Diese Entwicklung relativierte sich bis 2011 zwar ein wenig, doch nach wie vor war die ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit der Hauptgrund, weshalb den Esten seitens ihrer russischsprachigen Kollegen bessere Chancen zum beruflichen Aufstieg zugeschrieben wurden.<sup>944</sup> Tatsächlich gaben interviewte Mitarbeiter in Personalabteilungen 2011 an, dass in manchen Bereichen der berufliche Zugang selbst für Russischsprachige mit guten Sprach-

---

<sup>937</sup> Ebd. S. 97.

<sup>938</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 34; Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 92.

<sup>939</sup> Ebd. S. 33-34; Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 105.

<sup>940</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 33; 40.

<sup>941</sup> Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 94.

<sup>942</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 20.

<sup>943</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 21; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 35-37.

<sup>944</sup> Nurmela, Kristi/Kriiger, Tanja (2012): Tööturg. S. 105.



#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

kenntnissen versperrt blieb, da hier fast ausnahmslos Esten bevorzugt wurden.<sup>945</sup> Diese Entwicklung wurde vor allem für mittlere und höhere Führungspositionen beobachtet, wodurch sich die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten der russischsprachigen Bevölkerung bestätigt.<sup>946</sup>

Die Analyse aus dem Jahr 2011 zeigte einige arbeitsmarkttechnische und sozioökonomische Probleme, die speziell auf die russischsprachige Bevölkerung Estlands im Zuge der Krise, aber auch schon zuvor und danach zutrafen. Grob können diese unter den Stichwörtern „Sprachkenntnisse“ und „Struktur“ zusammengefasst werden. Das nach wie vor wichtigste Problem – die Sprachkenntnisse – verzweigte sich demnach in eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die den Arbeitsmarktzugang für Russischsprachler erschwerten. Bis Ende 2011 konnten etwa 37% der registrierten russischsprachigen Arbeitslosen gar kein oder nur im geringen Maße Estnisch.<sup>947</sup> Daraus entstand das Problem der Informiertheit solcher Personen über die Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung, da die meisten verfügbaren amtlichen Informationen auf Estnisch zugänglich waren. Daher wurden informelle russischsprachige Kanäle verwendet, deren Info über Beihilfen, Vermittlung usw. nicht immer korrekt war.<sup>948</sup> Durch den Informationsmangel konnten russischsprachige Arbeitnehmer ohne Estnisch-Kenntnisse auch leichter ausgenutzt werden, indem sie über ihren Anspruch auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag und Versicherungen bzw. andere Bedingungen nicht informiert wurden oder sich nicht trauten diesen geltend zu machen.<sup>949</sup> Eine der Folgen mangelnder Sprachkenntnisse war auch, dass diese an sich als Ausrede verwendet wurden, um die Sprache gar nicht zu lernen. Somit konnte der Vorwand der sozialen Abweisung verwendet werden, da es „sowieso sinnlos“ sei – man würde als Russe ja „eh“ abgewiesen.<sup>950</sup> Strukturell entstand über die Krisenjahre verstärkt das Problem der mangelnden Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, und zwar nicht nur bei der russischsprachigen Bevölkerung, sondern auch bei den estnischsprachigen Arbeitnehmern. Damit ist sowohl die räumliche als auch die berufliche Mobilität gemeint: Hier zeigte sich 2011, dass russischsprachige Arbeitnehmer eher bereit waren, für den Job umzuziehen bzw. einen längeren Arbeitsweg auf sich zu nehmen als estnischsprachige Arbeitnehmer.<sup>951</sup> Vielmehr mangelhaft war die berufliche Mobilität: So hatten diejenigen Beschäftigten, die jahrzehntelang in einem Betrieb bzw. in demselben Beschäftigungsverhältnis verbracht hatten, gewisse Schwierigkeiten mit der Forderung nach einer Umschulung bei Arbeitslosigkeit umzugehen. Davon betroffen waren hauptsächlich Beschäftigte der älteren Bevölkerungsgruppe, die ihre Ausbildung noch unter Sowjetbedingungen absolviert hatten. Dabei waren estnischsprachige Arbeitnehmer im Schnitt öfter als russischsprachige bereit, sich auch während des Beschäftigungsverhältnisses weiterbilden zu lassen. Bei russischsprachigen Vertretern dieser Zielgruppe konnte zusätzlich die oben beschriebene Problematik der mangelnden Sprachkenntnisse sowie der schlechten Informiertheit auftreten, was ihre

---

<sup>945</sup> Ebd. S. 104.

<sup>946</sup> Ebd. S. 104-105.

<sup>947</sup> Ebd. S. 101.

<sup>948</sup> Ebd.

<sup>949</sup> Ebd.

<sup>950</sup> Ebd.

<sup>951</sup> Ebd. S. 97.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Chancen auf Wiedereinstellung gegenüber Esten oder Russisch-Muttersprachlern mit guten Estnischkenntnissen weiter schmälerte.<sup>952</sup> Denn es wurden auch nur sehr wenige oder gar keine Weiterbildungsmöglichkeiten auf Russisch angeboten.<sup>953</sup> Ebenso strukturell betroffen waren Personen ohne berufliche Ausbildung oder mit abgebrochenem Schulweg, von denen ebenfalls Russischsprachige ohne Estnischkenntnisse noch schlechter gestellt waren als Estnischsprachige.<sup>954</sup> Dabei erschwerte sich die Lage noch, wenn sich solche Personen weigerten, sich helfen zu lassen, was wiederum auf eine gefühlte Selbst-Stigmatisierung und gesellschaftliche Deprivation zurückzuführen ist.<sup>955</sup>

### 4.5.6.3 Fazit: Sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland

Grundsätzlich zeigte die Analyse aus dem Jahr 2008, dass die russischsprachige Bevölkerung zwar weniger verdiente als die estnischsprachige und auch öfter von Armut bedroht war, ihre Lage aber im Wesentlichen von Sprachkenntnissen, Bildung, der Wohngegend und der Staatsbürgerschaft abhing. Die russischsprachige Gruppe der Staatenlosen erwies sich als die sozioökonomisch benachteiligte, gefolgt von russischen Staatsbürgern. Die Studie kam demnach zum Schluss, dass weniger die unterschiedlichen Nationalitäten, sondern mehr die genannten Faktoren nebst subjektiver Einschätzung der gesellschaftlichen Lage für sozioökonomische Unterschiede verantwortlich waren.<sup>956</sup> Bis 2011 hatten sich weitere Probleme herauskristallisiert, die konkret auf die russischsprachige Bevölkerung und ihre sozioökonomische Lage zutrafen. So waren Russisch-Muttersprachler nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, indem ihre Beschäftigungsquote niedriger und ihre Arbeitslosenquote höher lag als bei estnischsprachigen Arbeitnehmern. Verstärkt wurde diese Benachteiligung durch den fortwährenden Mangel an Estnischkenntnissen, was sowohl schlechtere Informiertheit als auch die soziale Deprivation zur Folge hatte. Allerdings konnten diejenigen Russisch-Muttersprachler mit guten Estnisch-Kenntnissen ihre Position gegenüber denjenigen Esten verbessern, die kein Russisch konnten. Dies aber weniger in Führungspositionen – hier waren nach wie vor Esten deutlich überrepräsentiert. Im Zuge der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 erfuhren russischsprachige Arbeitnehmer häufiger Lohnkürzungen und Entlassungen aufgrund von Einsparungen als ihre estnischsprachigen Kollegen. Gleichzeitig zeigten sich Russischsprachler weniger bereit, an Schulungen und Fortbildungen teilzunehmen als estnische Arbeitnehmer. Auch das Ausland hat als potentieller Arbeitsmarkt an Bedeutung gewonnen, sowohl bei Esten als auch bei Russischsprachigen. Dabei wurde Russland bei Russisch-Muttersprachlern fast genauso hoch geschätzt wie das europäische Ausland.<sup>957</sup> Wie die Analyse aus dem Jahr 2008 resümierte, wird sich an

---

<sup>952</sup> Ebd. S. 102.

<sup>953</sup> Ebd. S. 107-108.

<sup>954</sup> Ebd. S. 102.

<sup>955</sup> Ebd. S. 102-103.

<sup>956</sup> Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. S. 11; 22; Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. S. 42-43.

<sup>957</sup> Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. S. 96.

## 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

dem sozioökonomischen Unterschied zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung vermutlich wenig ändern, solange sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung für „temporär“ hält. Bei weiterer Benachteiligung russischsprachiger Hochschulabsolventen gegenüber gleich qualifizierten Esten wird sich auch die allgemeine Motivation der russischsprachigen Jugend, ihre Zukunft mit Estland zu verbinden, nicht steigern lassen.<sup>958</sup> Auch die Studie des Legal Information Centre for Human Rights aus dem Jahr 2014 kam zu ähnlichen Ergebnissen, was die sozioökonomische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland angeht. So zeigte die Analyse, dass die russischsprachigen Arbeitnehmer weniger verdienten als ihre estnischsprachigen Kollegen, zudem häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht waren. Grundsätzlich zeigte sich auch hier die strukturelle Benachteiligung der russischsprachigen Bevölkerung, indem ihr der Zugang beispielsweise zu Stellen im öffentlichen Dienst häufig verschlossen war, auch trotz Estnischkenntnissen und der ständigen Prüfung durch die Sprachinspektion. Wie auch die Ergebnisse der Integrations-Monitorings zeigte die Studie, dass russischsprachige Führungskräfte gegenüber estnischsprachigen in einer deutlichen Minderheit waren, was unabhängig vom Bildungsstand auftrat. Neue Erkenntnisse lieferte die Studie mit der Feststellung, dass der russischsprachigen Bevölkerung im Verhältnis eine kleinere Wohnfläche und schlechtere ärztliche Versorgung zur Verfügung stand. Die Studie kam zum Ergebnis, dass die ethnisch basierte sozioökonomische Ungleichheit sich zwischen den Jahren 2000 und 2010 vergrößert hat.<sup>959</sup>

### 4.5.6.4 Weitere Ergebnisse der Integrations-Monitorings 2008 und 2011

#### 4.5.6.4.1 Zivilgesellschaftliche Beteiligung

Grundsätzlich ist die zivilgesellschaftliche Teilnahme der gesamten Bevölkerung in Estland niedrig, was sich mit der vergleichbaren Aktivität im postsowjetischen Raum deckt. Insgesamt hat sich im Jahr 2011 etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Estlands politisch gar nicht beteiligt. Ebenfalls gehörten ganze drei Viertel der Gesamtbevölkerung keinem Verein an.<sup>960</sup> Dennoch zeigte das Integrations-Monitoring des Jahres 2011 interessante Ergebnisse in Bezug auf die russischsprachigen estnischen Staatsbürger: Diese zeichneten sich teilweise durch eine höhere Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktionen aus als ihre estnischsprachigen Mitbürger. Dazu gehörten öffentliche Versammlungen, Protestaktionen oder Diskussionsrunden, aber auch die Verweigerung der Wahlteilnahme aus Protestgründen.<sup>961</sup> Im Schnitt gehörten die Bewohner der „russischsprachigen“ Tallinner Stadtteile am häufigsten Vereinen bzw. sonstigen Vereinigungen

---

<sup>958</sup> Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine.S. 49.

<sup>959</sup> Vgl. Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 67-72.

<sup>960</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 29-30.

<sup>961</sup> Ebd. S. 27-29.

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

an.<sup>962</sup> Dasselbe gilt für die Freiwilligenarbeit. Die russischsprachige Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft bzw. mit russischer Staatsbürgerschaft zeigte durchweg eine niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung.<sup>963</sup> Am höchsten war die politische Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung in den „russischsprachigen“ Tallinner Vierteln und am niedrigsten in den Städten des Nordostens.<sup>964</sup> Insgesamt wurde sichtbar, dass sich diejenigen am häufigsten beteiligten, die an die Wirksamkeit ihrer Stimme glaubten. Im Nordosten war diese Überzeugung am geringsten. In Ida-Virumaa gab es 2011 im Landesvergleich auch den höchsten Anteil derjenigen, die sich zwischen 2009 und 2011 nicht an Wahlen beteiligt haben. Der Anteil lag bei etwa 50%.<sup>965</sup> Nicht überraschend ist, dass sich der gleiche Anteil nicht der estnischen Nation angehörig fühlte, obwohl nicht mit Sicherheit behauptet werden kann, dass die genannten Mengen deckungsgleich sind.

Auch Sprachkenntnisse zeigten sich als eine Barriere bei der Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung in Vereinen – ganze 45% gaben an, sich für ihre geringen Estnischkenntnisse zu schämen. Obwohl estnischsprachige Vereine eigenen Angaben nach gegenüber anderssprachigen Mitgliedern offen sind, sehen sie sich selbst nicht als Integrationsmotoren. Daher wird auch grundsätzlich wenig Wert auf die Erweiterung russischsprachiger Mitgliedschaften bzw. der Informiertheit der russischsprachigen Bevölkerung über die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beteiligung gelegt.<sup>966</sup> Es zeigte sich aber auch grundsätzlich die Bereitschaft zur gegenseitigen Kooperation seitens estnisch- und russischsprachiger zivilgesellschaftlicher Organisationen, was auf die Erweiterung ihrer integrativen Wirkung hoffen lässt.<sup>967</sup>

##### 4.5.6.4.2 Regionalvergleich im Schnitt verschiedener Integrationsfaktoren im Jahr 2011

Das Integrations-Monitoring des Jahres 2011 hat einen regionalen Vergleich geboten, der die größten Ballungsräume der russischsprachigen Bevölkerung im Schnitt aller Untersuchungsbereiche miteinander und mit dem Rest des Landes verglichen hat. Die Gegenden im Landkreis Ida-Virumaa mit 63% russischsprachiger Bevölkerung sowie die hauptsächlich russischsprachigen Stadtteile Tallinns mit 46% russischsprachiger Bevölkerung (hier: Lasnamäe und die angrenzende Kleinstadt Maardu) bilden dabei die Vergleichsgrößen.<sup>968</sup>

Die meisten anderssprachigen Bewohner Estlands fühlten sich im Jahr 2011 der estnischen Nation angehörig. Dabei war dieser Prozentsatz am niedrigsten in Ida-Virumaa, in der sich etwa 50% der Bewohner der estnischen Nation angehörig und die andere

---

<sup>962</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 175-193, S. 178-179.

<sup>963</sup> Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. S. 28.

<sup>964</sup> Ebd. S. 29.

<sup>965</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. S. 178.

<sup>966</sup> Ebd. S. 33-39.

<sup>967</sup> Ebd. S. 39

<sup>968</sup> Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. S. 176.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

Hälfte nicht angehörig fühlte. Die Zugehörigkeit wurde dabei nicht von der Staatsbürgerschaft beeinflusst. In Tallinn war der Anteil derjenigen, die sich „estnisch“ gefühlt haben, sogar höher als der vergleichbare Anteil im Landesdurchschnitt. Ebenfalls waren die Tallinner im Schnitt besser gebildet und hatten einen höheren sozialen Status, was auch deren positive Einstellung gegenüber den estnischen Institutionen erklärt. Dennoch zeigten auch hier die „russischsprachigen“ Stadtteile die niedrigsten Ergebnisse beim Vertrauen und der Zufriedenheit.<sup>969</sup>

Im Bereich der Bildung haben sich die Bewohner von Ida-Virumaa dadurch ausgezeichnet, dass sie stärker als die restlichen Gegenden russischsprachige Bildung in der mittleren Stufe und im Gymnasium nachgefragt haben. Dennoch haben sich, etwas überraschend, im Landesvergleich die meisten Eltern (82%) in Ida-Virumaa für estnischsprachige oder sprachlich gemischte Kindergärten und Grundschulen ausgesprochen.<sup>970</sup>

Was den Arbeitsmarkt angeht, so wurden russischsprachige Arbeitnehmer in Ida-Virumaa öfter entlassen als die russischsprachigen Arbeitnehmer in Tallinn. Ebenso war für die russischsprachigen Arbeitnehmer der Weg zurück in die Erwerbstätigkeit mit höheren Hürden verbunden als für estnischsprachige Arbeitnehmer. Dies kann aber auch damit zu tun haben, dass in Ida-Virumaa im Vergleich zu Tallinn oder anderen Gegenden die meisten Arbeitnehmer ein russischsprachiges Umfeld bevorzugten. Ebenso waren hier die meisten Personen in den Jahren 2009 bis 2011 aus erwerbstechnischen Gründen ausgewandert, obgleich auch in Tallinn die Auswanderungsbereitschaft relativ hoch war.<sup>971</sup>

Die anderssprachigen Bewohner von Ida-Virumaa und vor allem der dortigen Städte haben ihre Estnischkenntnisse selbst am niedrigsten eingeschätzt. Etwa zwischen 30% und 45% haben angegeben gar kein Estnisch zu sprechen oder zu verstehen. Weit besser war die sprachliche Integration in Tallinn, wo etwa 70% der russischsprachigen Bewohner angegeben haben, wenigstens ein bisschen Estnisch zu können.<sup>972</sup> Dabei spielte auch die erfolgreich abgelegte Staatsbürgerschaftsprüfung nur zum Teil eine Rolle: In Tallinn hatten bis 2011 etwa 50% der Befragten die Prüfung abgelegt. Wie erwartet waren die Kontakte zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung in Tallinn häufiger als in Ida-Virumaa, was bedeutend für die Kenntnis und die Nutzung der Sprache ist.<sup>973</sup>

In Ida-Virumaa wohnten auch die meisten Nutzer russischsprachiger bzw. russischer Medien, was unter anderem mit schlechten Estnischkenntnissen zusammenhängt. Ebenfalls haben die Bewohner des Nordostens, vor allem in Narva, sich mehr für die Politik Russlands interessiert.<sup>974</sup> Gleichzeitig waren die Nutzung und das Vertrauen in estnischsprachige Medien in den russischsprachigen Gegenden Tallinns relativ am höchsten. Zwar gab es auch hier einen vergleichsweise großen Anteil „passiver“ Mediennutzer, doch dieser war nur etwas höher als der entsprechende Anteil in anderen Gegenden

---

<sup>969</sup> Ebd. S. 177.

<sup>970</sup> Ebd. S. 179-180.

<sup>971</sup> Ebd. S. 183-184.

<sup>972</sup> Ebd. S. 185.

<sup>973</sup> Ebd. S. 186.

<sup>974</sup> Ebd. S. 178.

## 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Estlands, exklusive der russischsprachigen. Insgesamt stachen die Städte Ida-Virumaas mit ihrer weitaus höheren Nutzung russischer und russischsprachiger Medien hervor.<sup>975</sup>

### 4.5.6.4.3 Fazit: Bürgerbeteiligung und regionale Unterschiede

Insgesamt zeigte sich die russischsprachige Bevölkerung in Tallinn und dessen Umgebung besser integriert als die russischsprachige Bevölkerung in den Städten des Nordostens. Die Tallinner beteiligen sich aktiver an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Wahlen, was mit ihren besseren Estnischkenntnissen zusammenhängen kann. Daran anknüpfend fühlen sich die Tallinner auch mehr zur estnischen Nation gehörig, was sich in dem allgemeinen Interesse gegenüber Estland und dessen Medien niederschlägt. Dagegen zeigen die russischsprachigen Gegenden im Nordosten sehr niedrige Werte in Bezug auf die Zugehörigkeit zum Land, konsumieren mehr russische Medien und interessieren sich folglich auch mehr für die Ereignisse in Russland. Interessanterweise fragen hier dennoch vergleichsweise viele Eltern estnischsprachige Bildung nach, was Hoffnung auf die Verbesserung der allgemein schlechten Estnischkenntnisse wecken kann. Ergo zeigt eine mehrheitlich russischsprachige Gegend bzw. ein mehrheitlich russischsprachiges Umfeld schlechtere Auswirkungen auf die Zugehörigkeit bzw. die Integration als eine gemischte bzw. gar überwiegend estnischsprachige Gegend.

### 4.5.7 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase

Während der Phase der Konsolidierung des neuen demokratischen Systems dominierten Parlaments- und Kommunalwahlen das politische Geschehen rund um die russischsprachige Bevölkerung. Dabei wurde sowohl die parteipolitische Repräsentation als auch die Gesetzgebung rund um die Staatsbürgerschaft, die Sprache und die neu entstandene Gruppe der „Ausländer“ zu den bedeutendsten Faktoren der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung. Aufgrund des ersten Gesetzes zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1992 waren keine Repräsentanten der russischsprachigen Bevölkerung im ersten freien Parlament vertreten. Diese Parlamentszusammensetzung verabschiedete anschließend sowohl das neue – noch restriktivere – Gesetz zur Staatsbürgerschaft im Jahr 1995 als auch die nicht weniger restriktiven und national sowie international umstrittenen Gesetze zur Sprache und zu Rechten der Ausländer. Der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die Verabschiedung dieser Gesetze war faktisch nicht vorhanden. Zwar wurden die Repräsentationsumstände in den Folgejahren verbessert, indem „russischsprachige“ Parteien in das zweite und das dritte Parlament gewählt wurden. Doch mangels Koalitionspartner und aufgrund der doch relativ kleinen Anzahl an Repräsentanten blieben Versuche dieser Parteien Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen oder politisches Gewicht zu entwickeln bei-

---

<sup>975</sup> Ebd. S. 189-190.

#### 4.5 Demokratische Konsolidierung und der ethnisch-nationale Kontext

nahe wirkungslos. Dies hatte zur Folge, dass die russischsprachige Bevölkerung als Wählerschaft auf der gesamtstaatlichen Ebene verstärkt die Zentrumsparterie als Vertreterin ihrer Interessen bevorzugt hat. Dieses Muster wiederholte sich auch auf kommunaler Ebene, wobei hier rein „russischsprachige“ Parteien größeren und länger anhaltenden Erfolg innehatten. Insgesamt blieb das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung, was politische Entscheidungen angeht, gering. Ihre Stimmen verhalfen der Zentrumsparterie jedoch dazu, eine der größten politischen Kräfte Estlands zu werden. Insgesamt lässt sich daran ablesen, dass die russischsprachige Bevölkerung die Regierungsfähigkeit der gewählten Partei über Bekenntnisse zu ethnisch-nationalen Parolen stellt. Zwar fanden Regierungskoalitionen nicht zuletzt aufgrund der „russischsprachigen“ Wählerschaft der Zentrumsparterie lange Zeit ohne diese statt – die estnischsprachige Bevölkerung hat die russischsprachige damit politisch meistens überstimmt. Aber als Wählerschaft hat die russischsprachige Gruppe durchaus Gewicht. Seit dem Wahljahr 2015 ist auch zu beobachten, dass die russischsprachige Bevölkerung stärker zwischen Parteien differenziert und auch andere Parteien wählt – beispielsweise hat sich die sozialdemokratische SDE mit dem ersten russischsprachigen Minister in der Übergangsregierung 2014/2015 zur neuen potentiellen Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung herauskristallisiert. Dennoch ist der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung sowohl auf die Gesetzgebung als auch auf den politischen Prozess in der Konsolidierungsphase insgesamt als schwach zu bezeichnen.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen in einigen Dimensionen einen bedeutenden Wandel in der Position der russischsprachigen Bevölkerung. In der politischen Dimension war die russischsprachige Bevölkerung bereits während der Demokratisierung durch die Verfassung mit Grundrechten geschützt und somit auch assimiliert. Allein der Zugang zu Wahlen auf zentralstaatlicher Ebene bzw. zu politischen Ämtern auf allen Ebenen wurde durch die Staatsbürgerschaft begründet. Die Staatsbürgerschaft erlaubte der russischsprachigen Bevölkerung erstmals bei den Parlamentswahlen im Jahr 1995 sowohl zu wählen als auch gewählt zu werden, was, wie beschrieben, zu einem deutlichen Zuwachs, wenngleich politisch zunächst unbedeutend, der politischen Partizipation geführt hat. Auch wenn „russischsprachige“ Parteien nach zwei Legislaturperioden aus dem Parlament verschwanden, brachte die Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung der Zentrumsparterie deutliche Stimmzuwächse. Deswegen kann die russischsprachige Bevölkerung beim Indikator „Zugang zu Wahlen“ als mehrfachintegriert bezeichnet werden. Politische Ämter auf zentralstaatlicher Ebene werden noch von sehr wenigen Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung bekleidet, weshalb sie hier nach wie vor als segmentiert gelten kann. Auf der kommunalen Ebene sind auch Nicht-Staatsbürger als Wähler zugelassen und damit in das Wahlsystem mehrfachintegriert. Hierbei sind kommunal sowohl rein „russischsprachige“ Wahlbündnisse als auch die Zentrumsparterie neben anderen nicht explizit ethnisch begründeten Parteien (z.B. IRL) bei den russischsprachigen Wählern gefragt. Zur Wahl stellen dürfen sich die Nicht-Staatsbürger allerdings auch auf kommunaler Ebene nicht und sind deshalb beim Zugang zu politischen Ämtern marginalisiert. Beim wichtigsten Indikator „Sprache“ ist die russischsprachige Bevölkerung deutlich segmentiert, da im öffentlichen Leben so gut wie kein Russisch mehr vorhanden ist. Eine Bewegung in

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Richtung einer Mehrfachintegration ist bei denjenigen Russischsprachigen zu beobachten, die Estnisch perfektioniert haben. Dennoch wird ein gleichberechtigter Zugang zur gesellschaftlichen Teilnahme durch eine nach wie vor abweisende Haltung der estnischsprachigen Bevölkerung verhindert. Ähnlich ist es bei der Akzeptanz der kulturellen Besonderheiten zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung. Hier ist die Entstehung einer „baltisch-russischen“ Kultur zu vernehmen, was in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird. Auch wird die nach wie vor vorhandene deutliche Segmentierung im Bereich der Bildung im Folgenden tiefergehend analysiert. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch Estnisch-Kenntnisse: sind diese vorhanden bzw. gut, dann sind russischsprachige Arbeitnehmer mehrfachintegriert. Bei fehlenden bzw. schlechten Estnisch-Kenntnissen sind Arbeitsplätze begrenzt und der Zugang erschwert. Hinzu kommt, dass russischsprachige Arbeitnehmer, vor allem Männer, schwerer von Krisen betroffen sein scheinen, weil sie öfter entlassen werden bzw. Lohnkürzungen erfahren als ihre estnischsprachige Kollegen. Durch die hohe Konzentration russischsprachiger Arbeitnehmer in bestimmten Branchen sind diese bei Betroffenheit dieser Branchen (z.B. Baugewerbe) anfälliger in Krisenzeiten. Es existieren jedoch keine Hürden bei der selbstständigen Sicherung der Grundversorgung bei der russischsprachigen Bevölkerung. Ebenso sind keine Hürden bei der Wahl der Wohngegend gesetzt, obwohl in einigen Gegenden im Land (Nordosten) und in der Hauptstadt (Lasnamäe) die Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung höher ist. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten der russischsprachigen Bevölkerung sind allgemein schwach, jedoch stärker in der Hauptstadt. Aus Gründen einer sprachlichen, beruflichen und Wohngegend-bedingten „teilweisen“ Segmentierung finden auch soziale Kontakte eher im „eigenen“ sprachlichen und kulturellen Umfeld statt. Es gibt zwar eine leichte Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration, doch eine soziale Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung ist nach wie vor stark. Die Segmentierung in den meisten Bereichen führt einerseits zu der Herausbildung einer „baltisch-russischen“ Identität und andererseits zu einer identifikativen Entfremdung der russischsprachigen Bevölkerung von dem „estnischsprachigen“ Land und den „estnischsprachigen“ Menschen und führt zu einer Wahrnehmung „wir“ und „andere“. Diese Entwicklung wird in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert.

#### 4.6 Zusammenfassung

Die Grundzüge des ethnischen Charakters im Systemwechsel sind im Baltikum, bereits Ende der 1980er Jahre, im Zuge der Perestroika und der Herausbildung der antisowjetischen Opposition entstanden. Sowohl die Begründung für die Wiederherstellung der baltischen Demokratien als auch der nationale Leitgedanke auf der Hand – ab 1940 waren die Baltischen Staaten von der Sowjetmacht okkupiert gewesen und die baltischen Titularnationen sind während der Sowjetzeit im Verhältnis zu der russischsprachigen Bevölkerung zahlenmäßig deutlich zurückgegangen. Aus diesen Gründen waren die Mitte der 1980er Jahre gegründeten und Ende der 1980er Jahre aktiven Bürgerkomi-



tees (EKK) in Estland auf die Idee der Wiederherstellung der estnischen Nation mittels Ermittlung der ehemaligen Staatsbürger und deren Nachkommen fixiert – die Okkupationsmacht und deren Instrumentalisierung durch die eingewanderten „Russen“ sollte zunächst abgegrenzt werden. Die Option einer Einbürgerung wurde die russischsprachige Bevölkerung im Zuge der Wahlen in den Estnischen Kongress gewährt, was in dem Zusammenhang von einer *a priori* Loyalität gegenüber dem unabhängigen estnischen Staat zeugen sollte, jedoch nur von sehr wenigen in Anspruch genommen wurde.

Das hauptsächliche Gegengewicht zu den alten Eliten bildete eine andere oppositionelle Gruppierung – die Volksfront. Diese war durchaus milder gegenüber den ethnischen bzw. nationalen Fragen eingestellt und wurde Ende der 1980er Jahre auch von Teilen der russischsprachigen Bevölkerung unterstützt. Die Gruppe der Hardliner auf beiden Seiten bildeten die Kommunisten und oppositionelle Bewegungen, solche wie die Interfront, welche ebenfalls von vielen in der russischsprachigen Bevölkerung unterstützt wurde. Somit teilte sich die Bevölkerung in den Umbruchsjahren 1990 bis 1991 in etwa zwischen der estnischsprachigen Bevölkerung, deren Unterstützung die Volksfront oder radikalen Kräfte wie die ERSP genossen und der russischsprachigen Bevölkerung, welche teils die Volksfront und teils die Kommunisten bzw. die Interfront unterstützten. Die Ergebnisse der ersten halbfreien Wahlen im Frühling 1990 sowie des Unabhängigkeitsreferendums ein Jahr später zeigten keine saubere Trennung zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Gruppe, was die Unterstützung der oppositionellen oder der sowjetischen Eliten angeht. Ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung hat sowohl die Volksfront gewählt als auch für die Unabhängigkeit gestimmt – eine Tatsache, die bei der begleitenden und späteren politischen und öffentlichen Rhetorik wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.

Erste Entscheidungen in Richtung Unabhängigkeit wurden bereits vom letzten Obersten Sowjet der ESSR getroffen, welcher im Grunde noch komplett kommunistisch besetzt war. Dennoch zeigt die ethnische bzw. -nationale Zusammensetzung des Gremiums, dass hier die überwiegende Mehrheit estnischsprachig war – abgesehen davon, dass die Mehrheit des Gremiums zur Durchsetzung der Entscheidungen zur Souveränität, Sprache und Symbolik ohnehin oppositionell gestimmt sein musste. Die „nationale Frage“ im Kontext der möglichen Unabhängigkeit wurde allerdings bis 1990 noch nicht radikal thematisiert, eher war der Schwerpunkt der Stimmung von der Schlichtung der Beziehungen zu Moskau bei gleichzeitiger gradueller Verselbstständigung bestimmt. Die änderte sich etwa zwischen den Jahren 1991 und 1992, als die neu formierten radikal gestimmten estnischen Parteien immer mehr auf die Wiederherstellung der verlorenen estnischen Demokratie unter der Prämisse der estnischen Nation und Sprache eingingen. Dies ging mit der Ausgrenzung der während der Sowjetzeit eingewanderten russischsprachigen Bevölkerung einher, welche im Grunde mittels Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft erreicht werden sollte. Hier konnte auch die Volksfront mit dem Vorschlag der „Null-Option“ nicht punkten, was das in sie gesteckte Wählervertrauen der russischsprachigen Bevölkerung im Grunde zunichte machte. Alternative Repräsentationsmöglichkeiten für die russischsprachige Bevölkerung gab es zwar, doch hatten diese weder eine ernstzunehmende politische Stimme noch konnten sie die Interessen der Mehrheit der Russischsprachler auf sich vereinen. Aufgrund der Radikalisierung der

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

politischen und öffentlichen Rhetorik und des stärkeren Einflusses der alten Eliten kam es im stark russischsprachigen Nordosten von Estland zu Protesten, die allerdings nicht in einer ernststen Sezession mündeten. Denn auch hier war die Stimmung gegenüber der alten Sowjetmacht gespalten, wie auch die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums zeigten. Die politische Rhetorik war bis 1992 allerdings endgültig radikalisiert, wobei auch die Aktionen der Interfront im Frühling 1990 beitrugen.<sup>976</sup> Die Politisierung der ethnisch-nationalen Verhältnisse im Lichte der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der damit verbundenen Kontinuität der Demokratie und der Nation mündeten schließlich in der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft im Februar 1992. Damit wurde die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung, die während der Sowjetzeit nach Estland gekommen war, von dem Verfassungsreferendum und den ersten freien Parlamentswahlen ausgeschlossen. Auch die Verfassung enthielt sprachliche und juristische Besonderheiten, womit zwischen den „echten“ Staatsbürgern und den „Eingebürgerten“ unterschieden werden konnte. Die nationalen Verhältnisse in der Gesellschaft wurden damit auf die politische Ebene übertragen, denn die russischsprachige Bevölkerung stellte quasi keine direkte Repräsentation im ersten Parlament auf.

Die Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft führten dazu, dass es im ersten frei gewählten Parlament keine Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung gab – außer der schwachen Vertretung durch die Volksfront, die sich später in die Zentrumsparterie umwandelte. Diese avancierte später zu der beliebtesten und größten Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung. Zwar haben es auch „russischsprachige“ Parteien in den 1990er Jahren ins Parlament geschafft – mit je 6 Sitzen in den Jahren 1995 und 1999 –, doch deren geringer politischer Einfluss ließ keine weiteren Wahlerfolge zu. Grundsätzlich wurden beinahe alle bisherigen Regierungskoalitionen, so wie die erste national-konservative Regierungskoalition im Jahr 1992, von liberalen bzw. konservativen Parteien angeführt, was sich auch deutlich in der Gesetzgebung bemerkbar machte. Teilweise umstrittene und international von der OSZE und der EU kritisierte Regelungen zur Sprache und den Ausländern sorgten für Unmut sowohl bei der estnischen als auch bei der russischsprachigen Bevölkerung, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. Die einen sahen ihre neu gewonnene Unabhängigkeit durch Einmischungen von außen sowie den verbliebenen „Störfaktor“ von innen beeinträchtigt, die anderen fühlten sich durch die Gesetzgebung diskriminiert und als „Bürger zweiter Klasse“ abgestempelt.<sup>977</sup> Dabei hat auch das zweite Gesetz zur Staatsbürgerschaft wenig geholfen – faktisch haben sich die Einbürgerungszahlen danach halbiert und sind schließlich eingebrochen, was das wesentliche Problem der Staatenlosen bis heute nach sich zieht. Ebenso hat die Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft für eine Flut von in Estland wohnhaften Staatsbürgern der Russischen Föderation geführt, welche sich in den Folgejahren erwartungsgemäß am wenigsten in die estnische Gesellschaft integriert haben. Somit lässt

---

<sup>976</sup> Eine Versammlung der Interfront attackierte am 15. Mai 1990 das Parlamentsgebäude in Tallinn (Toompea). Der damalige Vorsitzende der Volksfront und spätere Ministerpräsident Edgar Savisaar rief das Volk über Rundfunk zum Schutz auf, mit den später berühmt gewordenen Worten „Toompead rünnatakse! Kordan, Toompead rünnatakse!“ („Toompea wird angegriffen! Ich wiederhole, Toompea wird angegriffen!“ Üb. d. A.).

<sup>977</sup> Diesen Ausdruck bezutten Juan Linz und Alfred Stepan in Bezug auf die Staatenlosen in Estland und Lettland. in: Linz, Juan, J./Stepan, Alfred. C. (1996): Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe. S. 401-434.

sich sagen, dass die Gesetzgebung der 1990er Jahre statt Impulse zur Integration – denn die Staatsbürgerschaft sollte als quasi-Belohnung für erfolgreich integrierte Nicht-Bürger dienen – eher Anlässe zur Segmentierung und Marginalisierung geliefert hat. Die Folgen sind bis heute zu spüren, sowohl im Bereich der Bildung als auch in der Sozioökonomie, wo die russischsprachige Bevölkerung teilweise mit deutlichen Nachteilen gegenüber der estnischsprachigen zu kämpfen hat. Höhere Arbeitslosigkeit und Gefahr beim Jobverlust unter anderem durch Branchen-Konzentration, aber auch niedrigeres Einkommen und schlechtere Bildungschancen bilden die zentralen Unterscheidungskriterien bei der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung. Entscheidend ist dabei die Problematik der estnischen Sprache, die für viele nach wie vor als die größte Integrationshürde gilt. Dabei zeigen sich beide Seiten stur: Die estnischsprachige Bevölkerung akzeptiert russischsprachige Kollegen am Arbeitsplatz nur zum Teil und das Teil der russischsprachigen Bevölkerung, welches die estnische Sprache nur schlecht spricht, versteckt sich hinter der Ausrede, man würde „sowieso“ nicht akzeptiert. Ein Teufelskreis.

Während die 1990er Jahre eine überwiegend konservative Richtung der regierenden Koalitionen sahen, zeichnete sich etwa ab Mitte der 2000er Jahre eine Entspannung in der ethnisch-nationalen *policy* und den innerstaatlichen gesellschaftlichen Beziehungen ab. Staatliche Integrationsprogramme wurden verabschiedet und deren Implementierung überwacht. Es wurde nun mehr auf die Notwendigkeit einer Integrationspolitik eingegangen, ebenfalls minderten sich die öffentlichen gegenseitigen Anschuldigungen. Einen bedeutenden Anteil daran hatten mit Sicherheit die Ereignisse um die zwei Denkmäler – Lihula und Bronzesoldat – zwischen den Jahren 2004 und 2007, auf die an einer anderen Stelle (im Kapitel „Die Rolle der Identität“) näher eingegangen wird. Die Unruhen in Tallinn im Frühling 2007 zeigten sowohl den Entscheidungsträgern als auch der Gesellschaft, dass eine tiefe Spaltung der Gesellschaft existierte und diese ohne weitgreifende Maßnahmen oder gar Ignoranz der Problematik nicht verschwinden würde. Ferner wurde das Gefahrenpotential sichtbar, welches sich in einer ernsthaften Konfrontation zwischen der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung im ganzen Baltikum entfalten könnte.

Was die politische Aktivität der russischsprachigen Bevölkerung angeht, so zeigte diese sich spätestens ab Mitte der 1990er Jahre als durchaus ernstzunehmende Wählerschaft sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Trotz des zwischenzeitigen Wahlerfolgs der „russischsprachigen“ Parteien EÜRП bzw. VEE und deren Nachfolger (auf der Kommunalebene hat sich der Erfolg etwas länger gehalten als auf der zentralstaatlichen Ebene) etablierte sich die Zentrumsparterie zur größten Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung. Die russischsprachige Wählerschaft hat der Zentrumsparterie unter anderem in Tallinn seit 2005 mit der Mehrheit der Stimmen den Vorsitz des Stadtrates gesichert – ganz zu schweigen von den Städten im Nordosten Estlands, in denen die Zentrumsparterie seit Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der Sitze in den Stadträten hält. Auch bei den Parlamentswahlen profitierte die Zentrumsparterie stets von den russischsprachigen Wählern, was auch die Vergleichswerte in Tartu belegen. Diese zeigen auch, dass estnischsprachige Wähler eher die liberalen bzw. konservativen Parteien bevorzugen, wobei es auch unter der estnischen Bevölkerung viele Wähler der

#### 4. Systemwechsel und Konsolidierung in Estland

Zentrumspartei gibt. Über die Jahre haben sich die politische Beteiligung und die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung vermehrt, zumindest unter den russischsprachigen Staatsbürgern Estlands. Die Übergangsregierung im Jahr 2014 stellte sogar den ersten russischsprachigen Minister – der allerdings vom estnischsprachigen Teil der Bevölkerung für seine vermeintlich „russisch-freundliche“ Bildungspolitik kritisiert wurde. Demnach lässt sich sagen, dass der Weg zu einer repräsentativen Demokratie in Estland, bei der alle Bewohner gleichermaßen repräsentiert sind, noch ein weiter ist. Vor allem müssen Vertrauensgrundlagen von beiden Seiten geschaffen werden, welche für mehr gegenseitigen Kontakt und Annäherung sorgen würden. Entgegen der Darstellung einiger Beobachter bzw. der häufig verbreiteten öffentlichen Meinung, sind die russischsprachigen Staatsbürger Estlands allerdings gleichermaßen an den politischen und gesellschaftlichen Ereignissen im Land interessiert, auch wenn sie viele Informationen über russischsprachige Kanäle beziehen. Das lässt hoffen, dass ein vermehrtes beidseitiges Entgegenkommen wesentlich zur Lösung der ethnisch-national begründeten Problematik in Estland, wie auch in Lettland, beitragen wird.

# 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

## 5.1 Grundzüge des Systemwechsels in der Ukraine

Die ukrainische Opposition hatte sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gebildet und schaffte es, die Repressionen der Sowjetmacht zu überstehen, obwohl sich ihre Reihen infolge der Säuberungen der 1950er und 1970er Jahre gelichtet hatten. Die Träger der oppositionellen antisowjetischen Bewegung formierten sich aus der städtischen ukrainischen Intelligenz, die sich als Gegengewicht zu der urbanen russischen Elite verstand. Die Berufsgruppen reichten von Wissenschaftlern über Lehrer, Studenten und Ingenieure und konzentrierten sich auf die Hauptstadt Kiew neben den größeren Städten im Westen, wie Lemberg oder Ternopil.<sup>978</sup> Die ursprünglichen Forderungen der neuen Elite waren sprachlich-kultureller Natur, die aber stärker politisiert wurden, je mehr sich Perestroika und Glasnost ausbreiteten. Mitte der 1970er Jahre hatten sich einige Gruppen zum ukrainischen Helsinki-Komitee verbunden, das sich den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verpflichtete. Zwar sprachen sich die Vertreter der Opposition offen gegen die Russifizierung der Ukraine aus, doch extrem nationalistisch eingestellte Kräfte waren in der Minderheit. Aufgrund der Rolle der Ukraine als „kleiner Bruder“ der russischen Sowjetherrschaft wurden die oppositionellen Kräfte der Ukraine auch besonders konsequent verfolgt und waren in den Strafanstalten der Sowjetunion stets überproportional vertreten.<sup>979</sup> Dies hinderte sie aber offenbar dennoch nicht daran, Ende der 1980er Jahre die Chance auf die Unabhängigkeit der Ukraine zu ergreifen.

Der strukturelle Aufbau des politischen Systems der sowjetischen Ukraine ähnelte dem der anderen Unionsrepubliken, jedoch waren die hiesigen Machtinhaber aufgrund der Sonderstellung der Ukraine in der Sowjethierarchie stärker mit dem Moskauer Zentrum verbunden. Infolgedessen konnten sie einerseits eine feste Position innerhalb ihres Landes und auf der Unionsebene genießen, andererseits waren sie aber strenger an die Vorgaben aus Moskau gebunden. Anfang der 1980er Jahre wurde die Ukraine von oppositionellen Bewegungen in anderen Teilen der Sowjetunion angesteckt. Wichtiger Auslöser war die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, welche schlussendlich das letzte bisschen Vertrauen gegenüber der sowjetischen Führung in der Ukraine zunichtemachte.<sup>980</sup> Folge war die Herausbildung oppositioneller Bewegungen Mitte der 1980er Jahre.

---

<sup>978</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 242-245.

<sup>979</sup> Ebd. S. 245.

<sup>980</sup> Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 189.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Allerdings war hier als Merkmal eine sehr starke Position der alten Eliten unter der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) und Nomenklatur unter Leonid Krawchuk zu beobachten.<sup>981</sup> Dieser betonte im Zuge des Systemzerfalls mehrmals, dass die KPU als neue Kraft für die Unabhängigkeit der Ukraine steht. Die Modernisierung der Kommunistischen Partei ging mit einer starken Unterstützung durch alte Wirtschaftsstrukturen aufgrund jahrelanger Korruption und Vetternwirtschaft einher.<sup>982</sup> Die Vetospieler aus der Wirtschaft hatten verstärktes Interesse daran, dass die KPU an der Macht bleibt. Aus diesen Gründen blieb die KPU auch nach den ersten halbfreien Wahlen am 4. März 1990 stark.<sup>983</sup>

Wie auch im Baltikum verlief der ukrainische Systemwechsel zuerst über die Herausbildung einer Opposition und den ersten halbfreien Wahlen im Frühjahr 1990. Dennoch unterscheidet sich die Ukraine dadurch, dass hier nicht die Opposition unter Ruch (Narodnyj ruch Ukrainij za perebudovy), sondern die alte Nomenklatur und die KPU faktisch an der Macht blieb – wenngleich in einer äußerlich reformierten Fassung.<sup>984</sup> Auch die nachfolgenden Entwicklungen führten die Ukraine in eine weniger demokratische Richtung als dies im Baltikum der Fall war: Noch bevor eine neue Verfassung verabschiedet oder gar herausgearbeitet wurde, fanden bereits Präsidentschaftswahlen in zwei Runden (1991 und 1994) sowie die ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1994 statt. Somit wurde die Ukraine ganze vier Jahre von dem halbfrei gewählten Parlament regiert. Die Verfassung wurde erst Ende Juni 1996 verabschiedet, was auch als letzter formaler Schritt der Demokratisierung gezählt werden kann.

## 5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

### 5.2.1 Staatsgrenze

Die Grenzziehung zwischen der unabhängigen Ukraine und Russland im Osten verlief zunächst problemlos entlang der während der Sowjetzeit geltenden Grenzen. Mehr Schwierigkeiten gab es im Zuge des Systemwechsels mit den Nachbarn im Westen – Rumänien und Moldau –, der im Jahr 1997 durch einen Vertrag beigelegt wurde.<sup>985</sup> Russland und Ukraine hatten derartige Grenzstreitigkeiten erst in Bezug auf die Krim, nicht zuletzt aufgrund der Schwarzmeerflotte und der historischen Rolle der Stadt Sewastopol. Ebenso wurden hier die Streitigkeiten (vorerst) im Jahr 1997 mit einem entsprechenden Vertrag beigelegt.<sup>986</sup> Auch das Budapester Memorandum aus dem Jahr

---

<sup>981</sup> Bertelsmann Transformations Index (2003). Ländergutachten Ukraine. [https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI\\_2003\\_Ukraine.pdf](https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI_2003_Ukraine.pdf) (Abgerufen am 13.10.2014)

<sup>982</sup> Kappeler, Andreas (2012): Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten. Wien; Köln; Weimar: Böhlau. S. 256.

<sup>983</sup> Ebd.

<sup>984</sup> Народний Рух України за перебудову (Ukr.).

<sup>985</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 269; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 110.

<sup>986</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 106-107.

## 5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

1994, wonach die Ukraine ihre Atomwaffen im Gegenzug für ihre territoriale Integrität aufgab,<sup>987</sup> gewann spätestens im Jahr 2014 an Brisanz.

Eine gewisse national-identifikative Rolle war mit der Grenzfrage zwischen der Ukraine und Russland verbunden, vor allem in den Regionen des Südostens.<sup>988</sup> Eine Grenze zwischen den – aus Russlands Sicht – historisch vereinigten Ländern zu ziehen, bedeutete für die russische Führung nebst einem politischem auch ein emotionales Opfer zu bringen.<sup>989</sup> Hinzu kam noch die Gefahr, ebenfalls aus Sicht Russlands, wonach die Grenze zwischen der Ukraine und Russland nun auch potentiell als Grenze zwischen Ost und West gelten konnte. Für Russland bedeutete dies unter anderem die Gefahr der westlichen militärischen Expansion unter der Flagge der NATO. Wie Michail Gorbatschew im Jahr 1991 prophezeite, könnten diese Gründe bei der Frage nach der Herrschaft über die Krim und den Donbass eine bedeutende Rolle spielen., vor allem unter der Mitwirkung Russlands.<sup>990</sup> Obwohl offiziell durch den ukrainisch-russischen Vertrag aus dem Jahr 1991 (später konkretisiert im Jahr 1997) geregelt, provozierte Russland wiederholt die Ukraine sowohl hinsichtlich der Krim und der Stadt Sewastopol, als auch in Bezug auf die „russischsprachigen“ Gebiete des Donbass, welche stets zum Interessengebiet Russlands gehörten.<sup>991</sup>

### 5.2.2 Chronologie der Ereignisse

- Auch in der Ukraine, wie schon im Baltikum, fanden die Ereignisse rund um den Zerfall des alten Systems und die Herausbildung der neuen Eliten und Strukturen zwischen der Mitte der 1980er Jahre und dem Anfang der 1990er Jahre statt, wobei hier die Verabschiedung der Verfassung erst sehr spät, im Jahr 1996, erfolgte.<sup>992</sup>
- Am 26. April 1986 explodierte ein Reaktor im Atomkraftwerk Tschernobyl. Es folgten erste Proteste im Rahmen der Perestroika unter Michail Gorbatschew, der am 11. März 1985 an die Macht kam.
- Im Jahr 1987 wurde der „Ukrainische Kulturologische Club“ gegründet, welcher den Anfang der Perestroika markierte. Es folgten Entlassungen ukrainischer Gefangener aus den sowjetischen Lagern und erste öffentliche Kritik ging durch die Presse.
- Im Jahr 1988: 1000-Jahr-Feier der Taufe der Rus' und dadurch veranlasster erster Auftritt der Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche. Protestbewegungen in den westlichen Oblasten der Ukraine. Verhaftungen im Zuge der Demonstrationen zum Tschernobyl-Jahrestag. Konferenz der ukrainischen mit baltischen und georgischen Oppositionellen in Lemberg.
- Gründung der „Taras-Schewchenko-Gesellschaft für ukrainische Sprache“ im Winter 1988, welche als erste breitere oppositionelle Gruppe in der Ukraine gilt.

---

<sup>987</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 108.

<sup>988</sup> Ebd. S. 114.

<sup>989</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 112-113.

<sup>990</sup> Die Aussage von Michail Gorbatschew übertragen aus: Ebd. S. 114.

<sup>991</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zu Orangen Revolution. S. 207-208.

<sup>992</sup> Die Chronik ist größtenteils entnommen aus: Hausmann, Guido (Hrsg.) (1993): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates und Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

- Im Juli 1989 fanden Bergarbeiterstreiks im Industriegebiet Donbass statt.
- Am 10. September 1989 wurde die „ukrainische Volksfront“ – die Ruch (Narodnyj ruch Ukrainij za perebudovy) – gegründet. Sie vereinte die zahlreichen „informellen“ oppositionellen Bewegungen und Gruppen.
- Im September 1989 trat der Parteichef der KPU Anatolij Scherbickij zurück und wurde durch Wolodymyr Iwaschko ersetzt.
- Am 1. Januar 1990 wurde Ukrainisch zur offiziellen Staatssprache per Gesetz erklärt.
- Am 21. Januar 1990 erinnerte eine Menschenkette von Lwiw nach Kiew an die Baltische Kette und sollte an die Vereinigung der Westukrainischen Volksrepublik mit der Ukrainischen Volksrepublik im Jahr 1919 erinnern.
- Im März 1990 fanden die ersten halbfreien Parlamentswahlen statt, bei welchen die Opposition zugelassen war und etwa einen Viertel der Sitze im Obersten Sowjet erlangte. Die Mehrheit wurde aber dennoch von der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) und den Vertretern der alten Nomenklatur gestellt.
- Am 16. Juli 1990 beschloss der Oberste Sowjet die Souveränitätserklärung der Ukraine.
- Der Vorsitzende der KPU Iwaschko trat zurück und am 23. Juli 1990 wurde Leonid Krawchuk zum Parlamentspräsidenten gewählt. Die Ereignisse wurden von massenhaftem Mitgliederschwund der KPU sowie der Zerstörung der sowjetischen Symbolik (Lenin-Statuen), vor allem im Westen des Landes, begleitet.
- Im Oktober wurde unter der Führung Leonid Krawchuks der Vorrang der ukrainischen Gesetze vor den sowjetischen beschlossen.<sup>993</sup>
- Am 19. November 1990 unterzeichneten die Ukraine und Russland einen Vertrag über gegenseitige Kooperation.
- Im Januar/Februar 1991 formierten sich anti-oppositionelle Bewegungen nach Vorbild der Interfronten im Baltikum in den südöstlichen Regionen der Ukraine.
- Im März 1991 fand ein Referendum über den Erhalt der Sowjetunion statt. Die Bürger der Ukraine stimmten mit einer knappen Mehrheit dafür.
- Vom 18. bis 21. August 1991 ereigneten sich ein Putschversuch und dessen Niederschlagung in Moskau, im Zuge dessen sich der ukrainische Parlamentsvorsitzende Leonid Krawchuk zunächst abwartend verhielt.
- Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine per Parlamentsbeschluss ihre Unabhängigkeit.
- Am 30. August 1991 wurde die KPU verboten.
- Am 13. Oktober 1991 wurde das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet, wonach alle Bewohner der Ukraine die Staatsbürgerschaft erlangen konnten.
- Am 1. Dezember 1991 fanden in der Ukraine gleichzeitig das Referendum zur Unabhängigkeit sowie die ersten Präsidentschaftswahlen statt. Alle volljährigen Bürger der Ukraine (nach geltendem sowjetischem Recht) waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,2% (31 891 742 Personen) und die Zustimmung bei 90,3%. Die meisten Gegenstimmen fanden sich auf der Krim (40% der dortigen Wähler), die meisten Für-Stimmen in den westlichen Oblasten. Laut Umfragen haben 55% der uk-

---

<sup>993</sup> Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 194.



## 5.2 Staatsgrenze und Chronologie der Ereignisse

rainischen Russen die Unabhängigkeit unterstützt.<sup>994</sup> Mit 61,6% wurde zudem Leonid Krawchuk zum ersten Präsidenten gewählt.

- Die Ukraine war im Dezember 1991 (gemeinsam mit Russland und Weißrussland) an der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beteiligt.
- Im Jahr 1992 fanden umfassende Verhandlungen mit Konfliktpotential zwischen Russland und der Ukraine in Bezug auf die in der Ukraine stationierten Atomwaffen sowie die Schwarzmeerflotte auf der Krim statt. Im Mai liefert die Ukraine ihre taktischen Atomwaffen (gemäß der GUS-Vereinbarungen) an Russland. Die Vernichtung der ukrainischen Atomwaffen wird schließlich 1994 in einer trilateralen Vereinbarung mit Russland und den USA beschlossen, gegen Garantie der territorialen Souveränität.
- Nach Protesten auf der Krim sowie einer Ankündigung eines Referendums zur Sezession der Halbinsel gewährte die ukrainische Regierung am 30. Juni 1992 der Krim umfassende Autonomierechte. Dennoch fand im Jahr 1994 ein Referendum statt, bei dem sich die Mehrheit für eine Loslösung von der Ukraine aussprach. Durch Schlichtung des späteren Präsidenten Leonid Kuchma wurde der Konflikt beigelegt und die Krim blieb Teil der Ukraine.
- Im Oktober 1992 trat die Ukraine aus der Rubelzone aus. Ende 1992 wurde die erste halbfreie Regierung unter Ministerpräsident Witold Fokin aufgelöst und an seine Stelle trat Leonid Kuchma. In der Regierung waren erstmals oppositionelle Kräfte vertreten.
- Im September 1992 und im Mai 1993 erfolgten Streiks der Donbasser Bergleute.
- Im Mai 1993 wurde die KPU wieder als legale Partei in der Ukraine zugelassen.
- Im Juli 1993 erklärte das Parlament in Russland Sewastopol zu einer „russischen“ Stadt.
- Am 3. September 1993 einigten sich Russland und die Ukraine zur Nutzung der Schwarzmeerflotte.
- Die ersten freien Parlamentswahlen fanden im März-April 1994 statt, wo die neu formierte KPU sowie die „Unabhängigen“ für den Machtverbleib bei der Nomenklatur sorgten.
- Am 1. Juni 1994 unterzeichnete die Ukraine ein vorläufiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU.
- Eine gewisse „Wiederkehr zum Osten“ in der Außen- und Innenpolitik wurde durch die Wahl Leonid Kuchmas zum Staatspräsidenten am 10. Juli 1994 eingeleitet.
- Im Januar 1995 wurde ein Handels- und Wirtschaftsabkommen mit Russland geschlossen.
- Erneut kam es im Jahr 1995 zu Unruhen auf der Krim, diesmal bezüglich der neuen Krim-Verfassung, die von der ukrainischen Zentralregierung aufgehoben wurde. Auch die Autonomie der Krim wurde kurzzeitig gekippt, danach allerdings wieder hergestellt.
- Laut der neuen Verfassung sollte die Krim ein integraler Bestandteil der Ukraine bleiben. Der fertige Text wurde am 31. Mai 1995 vorgestellt, gefolgt von einem „Verfassungsvertrag“ zwischen dem Präsidenten und dem Parlament.

---

<sup>994</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 343.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

- Die Verabschiedung der ukrainischen Verfassung erfolgte am 28. Juni 1996 durch die Werchowna Rada (Ukrainisches Parlament).<sup>995</sup> Diese stellte einen machtpolitischen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren dar. Das politische System war demnach als ein semi-präsidentielles mit einem starken Präsident zu beschreiben, der seine Kompetenzen allerdings mit einem vom Parlament bestätigten Ministerpräsidenten teilte.
- Im September 1996 führte die Ukraine die Hrywna als neue Währung ein.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

#### 5.3.1 Neue, alte und „neu-alte“ politische Kräfte und erste halbfreie Wahlen

Als Michail Gorbatschew seine Perestroika und Glasnost in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorstellte, war die nationale Frage in der Sowjetunion offiziell für gelöst erklärt. Daher erwartete die sowjetische Führung in Moskau keine Gefahr aus dieser Richtung. Vor allem in der Ukraine ging die zentrale KP-Führung davon aus, dass die Loyalität des Landes, nicht zuletzt aufgrund der strikten Überwachung der nationalistischen Bewegungen, zweifelsfrei gegeben war. Während sich im Baltikum die Opposition zudem immer stärker erhob, schien in der Ukraine bis zum Ende der 1980er Jahre alles noch relativ ruhig zu sein. Dies lag hauptsächlich an dem KPU-Chef Wladimir Scherbickij, der als ein sehr konservativer und „moskautreuer“ Parteiführer galt und keinerlei Ambitionen der Unabhängigkeit oder Souveränität hegte. Durch seine lange Amtszeit von 1972 bis September 1989 verzögerte sich die oppositionelle Tätigkeit der nationalen Gruppierungen in der Ukraine, was einigen Quellen zufolge von Gorbatschew so beabsichtigt war, um die Kontrolle Moskaus über die Ukraine zu sichern.<sup>996</sup> Während also in Estland der konservative Parteichef Karl Vaino bereits Anfang 1988 durch den national gestimmten Reformler Vaino Väljas ersetzt wurde, was unter anderem bald zu Gesetzen über die Souveränität und Staatssprache führte, musste die Ukraine noch bis Herbst 1989 warten, ehe sie mit Wladimir Iwaschko einen Reformler an die Spitze der KPU gesetzt bekam.<sup>997</sup>

Erste öffentliche Kritiken an der sowjetischen Führung kamen infolge der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 auf. Aufgrund der Explosion in der Nähe von Kiew (Entfernung 130 km) wurden ca. 1600 Ortschaften mit 1,4 Millionen Einwohnern zum Katastrophengebiet erklärt. Grund zu Protesten gab nicht nur die Katastrophe selbst, sondern zusätzlich deren Verheimlichung seitens der sowjetischen Führung und die verschleppte finanzielle Hilfe für die Opfer und deren Familien.<sup>998</sup> Ähnlich wie die Pro-

---

<sup>995</sup> Bezeichnung auf Ukrainisch: Верховна Рада

<sup>996</sup> Vgl. hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 246-247.

<sup>997</sup> Ebd.

<sup>998</sup> Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 186-188.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

teste in Estland bezüglich der Phosphor-Minen im Nordosten des Landes im Jahr 1987 führte das Missmanagement der sowjetischen Führung zu Protestbewegungen in der Ukraine.<sup>999</sup> Die Hauptargumente waren auch hier die von der sowjetischen Führung verursachten Umweltschäden sowie die Ausbeutung des Landes.<sup>1000</sup> Folge war die Gründung der Bewegung „Grüne Welt“, die 1990 zur „Partei der Grünen“ wurde.<sup>1001</sup> Allerdings brachte die Protestbewegung keine Schließung des Kraftwerkes. Es befand sich noch bis zum Jahr 2000 (!) in Betrieb. Daher kann der Protestbewegung in der Ukraine nicht ein vergleichbar hoher Effekt zugeschrieben werden, wie den Phosphor-Protesten in Estland, die letztlich zur Aufgabe der Baupläne führten.<sup>1002</sup>

Die oppositionelle Bewegung der 1980er Jahre war national-kultureller Natur und als Fortführung der Bewegung der 1920er sowie 1950er Jahre zu betrachten. Die neuen oppositionellen Intelligenzschichten aus den westukrainischen Städten und aus der Hauptstadt Kiew nutzten die Erinnerung an die Hungersnot der 1930er Jahre und die Aufdeckung der Stalinistischen Repressionen der Vor- und Nachkriegszeit als Quellen der erneuten Mobilisierung. Erste Massendemonstrationen fanden in der Ukraine bereits im relativ frühen Jahr 1988 statt, als die oppositionellen Kräfte in Galizien die Bevölkerung zum Protest inspirieren konnten. Für einige Aktionen dienten die baltischen Staaten als Vorbild: Die Gründung der einheitlichen Oppositionsbewegung, ähnlich den Volksfronten, die in der Ukraine den bereits erwähnten Namen Ruch (Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika) erhielt.<sup>1003</sup> Ebenfalls organisierte die Opposition unter Ruch im Januar 1990 eine Menschenkette, die sich von Lemberg bis Kiew erstreckte.<sup>1004</sup> Obwohl die Menschenkette tatsächlich ein Zeichen der Einigkeit im Westen der Ukraine setzte, auch weil die Oppositionsbewegung, anders als im Baltikum, auch Russen und Juden nicht verschmähte, hatte diese Aktion keine so starke Wirkung wie im Baltikum.<sup>1005</sup> Grund hierfür war die Tatsache, dass sich die Kette eben nur bis Kiew erstreckte und somit nicht über den Dnepr bis nach Donbass oder gar auf die Krim reichte.<sup>1006</sup> Doch genau in diesem Teil des Landes war die Konzentration der potentiell sowjettreuen Bürger am höchsten. Wenn Ruch es geschafft hätte, hier eine vergleichbare Maßnahme zu ergreifen, wäre dies ein starkes Zeichen der gesamtukrainischen antisowjetischen Stimmung gewesen. Um der ukrainischen Oppositionsbewegung allerdings gerecht zu werden, wurden auch im Baltikum die am stärksten russischsprachigen östlichen (in Lettland) und nordöstlichen (in Estland) Teile der Länder nicht in die „Balti Kett“ Aktion miteinbezogen. Wenn man Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum heute fragt, war kaum jemand an der Menschenkette vom 23. August 1989 beteiligt.

---

<sup>999</sup> Liivik, Olev (2009): „Fosforiidisõda“ *Estonica Entsüklopeedia Eestist*. Eesti Instituut.

<http://www.estonica.org/et/Fosforiidis%C3%B5da/> (Abgerufen am 15.10.2014)

<sup>1000</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 607.

<sup>1001</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 248.

<sup>1002</sup> Kasperski, Tatjana/Leuchina Anastasija (2008): *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungs geschichtlicher Perspektive (1986-2006)*. Podiumsdiskussion und Workshop zum Auftakt des internationalen Forschungsprojektes, Potsdam, 4.-8. November 2008. *Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien* 43-44/2008. 82-85.

<sup>1003</sup> Народний Рух України за перебудову (Ukr.).

<sup>1004</sup> Kappeler, Andreas (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine*. S. 250-251.

<sup>1005</sup> Kolstø, Pål (2000): *Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states*. S. 177.

<sup>1006</sup> Ebd. S. 177-178.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Am 28. Oktober 1989 wurde das Gesetz zu Ukrainisch als Amtssprache von dem letzten ausschließlich von der KPU besetzten Obersten Sowjet (Legislaturperiode 1985 bis 1990) verabschiedet. Zusammen mit Ukrainisch als alleinige offizielle Sprache, wurde auch Russisch als Kommunikationssprache in das Gesetz mit aufgenommen.<sup>1007</sup> Damit haben die Eliten der KPU bereits vor den ersten halbfreien Wahlen gezeigt, dass sie sich an dem Modernisierungskurs der Perestroika beteiligen wollen, jedoch keine aggressive Loslösung von der Sowjetunion betreiben. Diesen Grundkurs verfolgte verstärkt Leonid Krawchuk, der Ende der 1980er Jahre zur Führungsfigur der KPU aufstieg. Seine relativ liberale Politikrichtung, die er seit Ende der 1980er Jahre in der Zeitung „*Vechernij Kiew*“ („*Вечерний Киев*“) zum Ausdruck brachte, übertrug sich bis zu den Wahlen im Jahr 1990 auf das gesamte Image der KPU.<sup>1008</sup> Dieser Kurs hatte zur Folge, dass die KPU neben der Opposition sich ebenfalls als Modernisierer positionieren konnte und so auch die Stimmen derjenigen auf sich vereinte, die für die Perestroika, aber gegen eine radikale Demokratisierung waren. Dazu gehörten viele Russen bzw. russischsprachige Ukrainer im Osten und Süden des Landes, aus deren Reihen die KPU große Anteile ihrer Wählerschaft schöpfte.

Wie auch im Baltikum konnten die Wahlen zum Obersten Sowjet im März 1990 noch nicht als frei gelten, denn auch hier war die Kommunistische Partei noch quasi in der Machtposition, obwohl diesmal auch die oppositionellen Parteien zugelassen waren. Während der KPU die Möglichkeit der Propaganda offen stand, blieb der Opposition die Nutzung dieses Mittels verwehrt, was eine administrative Hürde im Wahlkampf darstellte. Ebenso wie das Baltikum war auch die Ukraine zum Zeitpunkt der Wahl *de jure* noch Teil der Sowjetunion. Selbst die Souveränitätserklärung erfolgte erst im Juli des Jahres 1990. Aus diesen Gründen konnte die Wahl höchstens als halbfrei gelten, ungeachtet dessen, dass die Opposition zugelassen war.

Zwar konnte Ruch einen vergleichsweise hohen Wahlerfolg erringen, allerdings zeigten sich dabei bedeutende Unterschiede zwischen den Volksfronten in den baltischen Staaten und der Ruch in der Ukraine. Diese offenbarten sich erstmals bei den Wahlen im März 1990. Während in Estland das Kräfteverhältnis des ersten halbfreien Parlamentes etwa 70:30 zugunsten der Opposition ausfiel, erlangte die Ruch in der Ukraine 117 der 450 Sitze.<sup>1009</sup> Die Mehrheit ging an die Vertreter der alten Nomenklatur und der KPU. Sie erhielten 239 Sitze, weitere 87 Sitze bekamen die „Unabhängigen“ (Unparteiischen der Nomenklatur), 40 Sitze der Linke Flügel und 78 der Nationalistische Flü-

---

<sup>1007</sup> Закон Украинской Советской Социалистической Республики "Об языках в Украинской ССР" (Ведомости Верховной Рады (ВВР) 1989, N 45, ст.631).

<sup>1008</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 24.

<sup>1009</sup> Unterschiedliche Quellen machen verschiedene Angaben, wenn es um die genauen Fraktions- und Parteizugehörigkeiten geht. Die Ruch sowie deren Anhänger erhielten demnach etwa zwischen 111 und 125 Sitze. Prozentual bewegt sich der Anteil bei etwa 25%. Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 193; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 250-251.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

gel.<sup>1010</sup> Damit blieb die Position der alten Eliten und der KPU in der Ukraine auch nach den ersten halbfreien Wahlen relativ stark.<sup>1011</sup>

Bedeutende politische Entscheidungen dieses halbfrei gewählten Gremiums waren die Souveränitätserklärung am 16. Juli 1990 sowie die Unabhängigkeitserklärung am 24. August 1991.<sup>1012</sup> Danach wurde der Oberste Sowjet, bzw. die Oberste Rada der Ukrainischen SSR zur Obersten Rada (Werhowna Rada) der Ukraine umbenannt. Bereits die Souveränitätserklärung wurde im Namen des „ukrainischen Volkes“ verabschiedet, welche einen inklusiven Charakter in Bezug auf alle Bürger der Sowjet-Ukraine hatte.<sup>1013</sup> Im Übrigen hat dies Parallelen zur estnischen Souveränitätserklärung, deren Charakter im Jahr 1988 ebenfalls noch inklusiv bzw. ethnisch weniger aufgeladen war als in den Folgejahren. Am 23. Juli 1990 wurde Leonid Krawchuk zum Parlamentspräsidenten und somit quasi zum Staatschef gewählt, womit bereits eine gewisse Orientierung in Richtung Unabhängigkeit einherging. Im November 1990 unterzeichneten Russland und die Ukraine einen Vertrag zur gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und der Grenzen, was der erste wichtige Schritt zur Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion war. Zuvor, im Oktober 1990, hatte die Oberste Rada den Vorrang der Gesetze der Ukrainischen Republik vor den Gesetzen der Sowjetunion beschlossen.<sup>1014</sup> Für Kontroversen sorgte ein im März 1991 abgehaltenes und von Moskau initiiertes Referendum über die Zukunft der Sowjetunion, wonach sich 70% der Ukrainer für die Erhaltung der UdSSR aussprachen. In derselben Volksabstimmung wurde seitens der ukrainischen Führung allerdings noch eine weitere Frage gestellt, welche die Souveränität der Ukraine zum Gegenstand hatte. Somit haben die Ukrainer gleichzeitig sowohl über den Erhalt der Sowjetunion als auch über die Souveränität der Ukraine abgestimmt. 80% der Wähler haben die Option einer souveränen Ukraine als Teil eines Staatenbundes bejaht.<sup>1015</sup> Am 30. August 1991 erfolgte das offizielle Verbot der KPU seitens der Obersten Rada. Infolge dessen zerfiel sie in den sozialistischen Flügel, in die Bauernpartei und in „unabhängige“ Kandidaten, die dennoch als Vertreter der alten Nomenklatur galten.

Die Volksabstimmung zu der bereits ausgerufenen Unabhängigkeit erfolgte am 1. Dezember 1991. Die Beteiligung lag bei 84% und die Zustimmung bei 90%.<sup>1016</sup> Laut Umfragen unterstützte die Mehrheit (ca. 55%) der ukrainischen Russen die Unabhängigkeit. Doch auch hier zeigten die Ergebnisse eine deutliche Ost-West Verteilung: Während in Lwiw und Ternopil die Zustimmung bei ca. 98% lag, war dieser Anteil in Charkiw bei 75% und auf der Krim gar bei 54%.<sup>1017</sup>

---

<sup>1010</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (Bd. 3). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr. 330-370, S. 340-344.

<sup>1011</sup> Bertelsmann Transformations Index (2003). Ländergutachten Ukraine. [https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI\\_2003\\_Ukraine.pdf](https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI_2003_Ukraine.pdf) (Abgerufen am 13.10.2014)

<sup>1012</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 251-253.

<sup>1013</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 178.

<sup>1014</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

<sup>1015</sup> Ebd.

<sup>1016</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

<sup>1017</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252-253; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 179.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Es scheint, als hätten die ukrainischen Entscheidungsträger an gleichzeitig stattfindenden Entscheidungen Gefallen gefunden: Ebenfalls am 1. Dezember 1991, gleichzeitig mit dem Referendum zur Unabhängigkeit, wurde Leonid Krawchuk mit 61% der Stimmen direkt zum Staatspräsidenten gewählt.<sup>1018</sup> Sein Gegenspieler Wjacheslaw Chornovyl kam aus den Reihen der Opposition, konnte aber nur 23% der Stimmen auf sich vereinen.<sup>1019</sup> Mit Krawchuk blieb also ein Repräsentant der alten Elite an der Macht, der zwar als Reformler galt, doch ebenfalls für die Machterhaltung der sowjetischen Herrschaftsstrukturen stand.<sup>1020</sup> Seine zentrale Linie folgte weniger einem radikalen Umbau des bestehenden politischen und ökonomischen Systems, sondern vielmehr dem Erhalt seiner Anhänger – mehrheitlich die Vertreter der KPU sowie der Nomenklatur – und seiner Wähler.<sup>1021</sup> Generell wurde er als eine politische Figur betrachtet, die das Land mehr einte, als dass er es spaltete.<sup>1022</sup>

Als letzte Handlung zur Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion wurde am 5. Dezember 1991 die Kündigung des Vertrages zur Bildung der Sowjetunion aus dem Jahr 1922 verabschiedet. Allerdings beteiligte sich die Ukraine als Gründerstaat an der Bildung der GUS am 8. Dezember 1991 und bekräftigte damit ihre weiterhin enge Zusammenarbeit mit Russland.<sup>1023</sup> Hierin besteht ein wichtiger Unterschied zu den Baltischen Staaten, die sich der Mitgliedschaft in der GUS vehement widersetzen.

### 5.3.2 Erste freie Parlamentswahlen und die politischen Kräfteverhältnisse

Im März 1994 fanden die ersten freien Parlamentswahlen ohne die quasi-Monopolstellung der KPU statt. Die Proteste der Bergleute von Donbass im Laufe des Jahres 1993 führten zu den vorgezogenen Parlamentswahlen, die eigentlich für März des Jahres 1995 angesetzt waren. Zudem waren die Proteste auch für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Sommer 1994 (statt Ende 1996) verantwortlich.<sup>1024</sup> Die KPU, die im Jahr 1991 offiziell aufgelöst worden war, wurde im Jahr 1993 wieder zugelassen und erhielt prompt 25% (86) der Sitze in der ersten unabhängigen Werchowna Rada. Gemeinsam mit den Sozialisten, die 14 Sitze erhielten, und der „Bauernpartei“ („Селянська партія України“) mit 18 Sitzen bildeten sie den linken Block, dessen Vorsitzender Oleksandr Moroz auch zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde.<sup>1025</sup> Als bleibendes Kuriosum des ukrainischen Parlaments gehörten etwa die Hälfte, nämlich 170 der 336 Mitglieder der Rada keiner Partei an und wurden damit zu den Reihen der „Unabhängigen“ gezählt, welche auch schon in dem ersten halbfrei

---

<sup>1018</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

<sup>1019</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252-253.

<sup>1020</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 24.

<sup>1021</sup> Ebd.

<sup>1022</sup> Kolsto, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 181.

<sup>1023</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 253.

<sup>1024</sup> Ebd. S. 256; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-352.

<sup>1025</sup> Ebd.; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

gewählten Parlament präsent waren.<sup>1026</sup> Die „Unabhängigen“ hielten tendenziell eher zu den alten Machthabern als zu der Opposition und stellten daher eine wichtige Ressource für die sich im Zuge der politischen Transformation formierenden „Partei der Macht“ dar.

Ein weiterer Faktor, der zur Unübersichtlichkeit der Machtverhältnisse beitrug und für Behinderung der Arbeit sorgte, war das Wahlrecht. Demnach wurde 1994 in einzelnen Wahlkreisen nach einem direkten Mehrheitswahlrecht gewählt und zwar mit Vorgabe eines Quorums von 50%+1. Bei Nichterfüllung des Quorums wurde die Wahl in diesem Wahlkreis für ungültig erklärt und es folgte die zweite Wahlrunde.<sup>1027</sup> Aufgrund dieser Regelung wurde in einigen Wahlkreisen noch bis Herbst des Jahres 1994 gewählt, was im Grunde bedeutete, dass die Rada beinahe ein halbes Jahr in unvollständiger Zusammensetzung tagte. So kamen im Laufe des Jahres 1994 noch 72 Kandidaten dazu, drei dieser Kandidaten traten ab, zwei verstarben und einer, Leonid Kuchma, wurde zum Präsidenten der Ukraine gewählt.<sup>1028</sup>

Auch die Parteizugehörigkeiten sorgten bisweilen für Unordnung und fehlende Eindeutigkeit bei den Machtverhältnissen. Insgesamt haben es bei den ersten freien Parlamentswahlen 15 Parteien (von den aufgestellten 28) nebst den besagten „Unabhängigen“ in die Rada geschafft, wofür ganze fünf Wahlgänge gebraucht wurden. Neben den bereits erwähnten „Unabhängigen“ und dem linken Block, erhielt die Opposition mit Ruch 20 Sitze und die Republikaner mit 9 Sitzen (neben kleineren Parteien) etwa 10% der Sitze.<sup>1029</sup> Hinzu kamen nationale Kräfte mit dem Kongress der Ukrainischen Nationalisten, welcher mit 5 Sitzen die meisten Stimmen des gesamten nationalen Lagers erhielt. Kleinere Parteien, mit häufig liberaler Ausrichtung, kamen mit vereinzelt Sitzen hinzu.<sup>1030</sup> Die Mehrheit der KPU mit dem Links-Bündnis der Sozialisten und der „Unabhängigen“ ließ die ukrainische Politik zunächst in eine Richtung steuern, die als „Russlandnah“ bzw. „prorussisch“ zu bezeichnen ist. Das brachte die Wähler aus dem Osten und Süden, die mehrheitlich die genannten Kräfte unterstützten, in die Position der „Gewinner“.<sup>1031</sup>

Die geographische Verteilung der Stimmen zeigte eindeutig, dass die Wähler der „Unabhängigen“ im ganzen Land verteilt waren. Hinzu kommt, dass die „unabhängigen“ Kandidaten sowohl im Osten als auch im Westen des Landes beinahe immer die Mehrheit in ihren Wahlkreisen erhielten. Konkurrenz bereitete den „Unabhängigen“ verstärkt die KPU im Osten und Ruch mit den Republikanern im Westen des Landes. In den Oblasten des Donbass sowie auf der Krim erhielten die Kommunisten der

---

<sup>1026</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 352.

<sup>1027</sup> ЗАКОН УКРАЇНИ Про дострокові вибори Верховної Ради України і Президента України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 40, ст.388 ).

<sup>1028</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-356; vgl. Історія українських виборів. Історія українських виборів (1990 р., 1994 р., 1998 р.). 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. (Abgerufen am 15.04.2014).

<sup>1029</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 352.

<sup>1030</sup> Ebd. S. 351-356; vgl: Історія українських виборів. Історія українських виборів (1990 р., 1994 р., 1998 р.). 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. (Abgerufen am 15.04.2014).

<sup>1031</sup> Vgl. hierzu: Bischof, Henrik (1994): Die Ukraine. Zeit der Unabhängigkeit. Studie zur Außenpolitik 64/1994. Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Außenpolitikforschung, November. S. 16.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

KPU sogar mehr Stimmen als die „Unabhängigen“.<sup>1032</sup> Kiew bildete eine Ausnahme – hier erhielten die Kommunisten gar keine Stimmen und die Sitze wurden zwischen den „Unabhängigen“, Ruch und den Republikanern verteilt.<sup>1033</sup>

Prinzipiell zeigten die ersten freien Parlamentswahlen dreierlei Erkenntnisse: Erstens sorgte das Wahlrecht für keine klaren Machtverhältnisse, aber für eine Menge Chaos. Die Rada konnte erst Ende des Jahres 1994 in vollständiger Besetzung tagen. Zweitens entpuppte sich die wieder zugelassene KPU nach wie vor als Favoritin der ostukrainischen Bevölkerung, wodurch sich eine gewisse Sowjet-Affinität in diesen Regionen zeigte. Im Westen des Landes erhielten die Kommunisten beinahe keine Sitze, Stimmen fielen hingegen verstärkt oppositionellen, liberalen und nationalistischen Kräften zu.<sup>1034</sup> Im Südosten gab es für die Letztgenannten wiederum nur sehr wenige bis gar keine Stimmen. Dass die KPU dennoch stärkste Fraktion, hinter den „Unabhängigen“, wurde, zeigte die große Bedeutung des russischsprachigen Ostens und Südens für die politische Kräfteverteilung im Land. Interessant wäre die Antwort auf die Frage gewesen, wen der Osten dann gewählt hätte, wenn die KPU verboten geblieben wäre. Vermutlich wären in dem Fall die Sozialisten an die Stelle der KPU getreten bzw. die „Unabhängigen“ hätten noch mehr Sitze erhalten. Drittens blieben die „Unabhängigen“ stärkste „Kraft“ und besiegelten damit die Machtstellung der alten Nomenklatur im ersten frei gewählten Parlament. Anders als die KPU, genossen die „Unabhängigen“ die Unterstützung des gesamten Landes, weswegen es hier kein Ost-West- bzw. Ukrainisch-Russisch-Gefälle zu beobachten war. Wenn man bedenkt, dass die Folgejahre die Stellung der Funktionäre noch bestärkten und der Ukraine das beinahe unüberwindbare Problem eines sehr korrupten und paternalistischen politischen und wirtschaftlichen Systems bescherten, so waren alle Regionen bei der ersten Parlamentswahl dafür verantwortlich.

### 5.3.3 Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994

Obwohl es auch zu den Präsidentschaftswahlen noch keine verfassungsrechtlichen Regelungen gab, wurde am 26. Juni 1994 (erste Runde) ein neuer Präsident gewählt. Aus der ersten Runde traten zwei Kandidaten – Leonid Krawchuk als amtierender Präsident und Leonid Kuchma – als Herausforderer hervor, die sich am 10. Juli 1994 zur Stichwahl stellten. Mit einer Mehrheit von 52,14% gegenüber 45,06% der Wählerstimmen siegte Leonid Kuchma. Die Wahlbeteiligung hatte in der zweiten Runde noch höher gelegen als in der ersten – bei 71,63% der Wahlberechtigten.<sup>1035</sup> Kuchma gewann dabei 14 der insgesamt 27 Oblaste, wobei darunter auch die bevölkerungsstarke Ostukraine mit Donezk und Luhansk, ebenso wie der Rest des Südostens mit der Krim waren. Alle westlichen Oblaste votierten für Krawchuk. Damit wurden die Stimmen der Zentralukraine ausschlaggebend für den Ausgang der Wahl, von welchen Tschernihiw, Sumy,

---

<sup>1032</sup> Ebd.

<sup>1033</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 351-356.

<sup>1034</sup> Bischof, Henrik (1994): Die Ukraine. Zeit der Unabhängigkeit. S. 16-17.

<sup>1035</sup> Ebd. S. 16-17.



### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Poltawa und Kirowohrad für Kuchma stimmten. Bedeutend war ebenfalls, dass die Oblaste, welche in der ersten Runde für den Kandidaten der Sozialisten Oleksandr Moroz stimmten, sich nun für Kuchma entschieden. Da die Opposition unter Ruch zugunsten Krawchuks auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte, wurde er als der oppositionelle Kandidat dargestellt, welcher im Westen und in Kiew von der Wählerschaft erwartet wurde. Die in der ersten Runde konkurrierenden Kandidaten Kuchma und Moroz hatten ihre Stimmen aus dem Osten und Süden bezogen, wobei beide für enge Beziehungen zu Russland, geregelter Partnerschaft zu Krim und ukrainisch-russische Zweisprachigkeit auftraten. Als einzigen Unterschied befürwortete Moroz für die unabhängige Ukraine ein parlamentarisches gegenüber den Kuchma'schen semi-präsidentiellen System.<sup>1036</sup> Im Endeffekt entschieden die Stimmen der Zentralukraine die Wahl, aus welcher der Kandidat, der von russischsprachigem Südosten favorisierte wurde, hervorging. Damit hatte sowohl das Parlament als auch das Präsidialamt während der Jahre 1994 bis 1999 eine „pro-russische“ Führung.

#### 5.3.4 Repräsentation in der Übergangszeit und politisches Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung

In den Jahren des politischen Umbruchs erschwerte die unübersichtliche und durcheinander geratene Parteienlandschaft der Ukraine die Herausbildung einer solchen Opposition, die genügend Wählerstimmen auf sich hätte vereinen können, um der KPU und den alten Eliten die Stirn zu bieten. Der Anteil der alten Nomenklatur war in den neuen ukrainischen Elitekreisen zwar niedriger als im postsowjetischen Russland, mit etwa 40% der Eliten (z.B. betrug der vergleichbare Anteil in Russland 75%), doch im Verhältnis zum Baltikum wiederum, in dem bis Mitte der 1990er Jahre fast keine Apparatschiks mehr an der Macht waren, ist dieser Prozentsatz hoch. Während des Verbots der KPU zwischen 1991 und 1993 spalteten sich die ehemaligen Mitglieder, so dass nach der erneuten Zulassung nur etwa 4% in die Partei zurückkehrten.<sup>1037</sup> Insgesamt zählte die Parteilandschaft in den 1990er Jahren etwa 100 Parteien und Gruppierungen. Mit den Jahren und der Änderung des Wahlrechts war ein Rückgang der Anzahl der Parteien zu verzeichnen, die alten Seilschaften blieben aber überwiegend erhalten.

Der wichtigste Verdienst der ukrainischen KPU gegenüber sich selbst (ihre Parteiführung unter Leonid Krawchuk hatte rechtzeitig erkannt, dass die KPU sich ebenfalls systemkritisch und reformistisch geben muss), bestand in der Beibehaltung ihrer Wählerschaft. Hinter der Besonderheit der „Unabhängigen“ unter den Kandidaten verbarg sich die alte Nomenklatur, die zum Teil während des Verbotes aus der KPU ausgetreten waren bzw. in der Zeit deren Verbotes „ohne Partei“ dastanden und später nicht mehr eintreten wollten bzw. mussten. Diese waren überwiegend entweder alte Funktionäre der KPU oder aber ehemalige sowjetische Wirtschaftsfunktionäre, Leiter von Fabriken und anderen Industriebetrieben, hauptsächlich aus dem industrialisierten und russischsprachig geprägten Osten. Es verwundert nicht, dass die Unabhängigen in der Frakti-

---

<sup>1036</sup> Ebd. S. 17.

<sup>1037</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 30-31.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

onsbildung mehrheitlich zu den vertrauten Kräften, also der KPU oder später zu der Machtpartei des Präsidenten tendierten. Dadurch konnten alte Eliten noch lange nach der formalen Unabhängigkeit an der Macht verbleiben und die alten Wirtschaftsstrukturen beibehalten.<sup>1038</sup>

Während der Übergangsphase beeinflussten diverse Faktoren die „Modernisierung“ der alten Eliten. Erstens betonte der neue Vorsitzende der KPU Leonid Krawchuk im Zuge des Systemzerfalls wiederholt, dass die KPU als neue Kraft für die Unabhängigkeit der Ukraine steht, womit er der Opposition ihre Daseinsberechtigung vorwegnahm. Fortan blieb der Letzteren nichts anderes übrig, als sich verstärkt nationalen Slogans hinzuwenden, welche aber mit dem Verlust der Stimmen aus dem Südosten des Landes einhergingen. Obwohl Leonid Krawchuk selbst aus dem Westen der Ukraine stammte, wehrte er sich anfangs dagegen, die nationale Frage der ukrainischen Bevölkerung als „Volk“ aufkommen zu lassen.<sup>1039</sup> Krawchuk gelang es, die nationalen Parolen des Westens – welche er ab 1990 zunehmend in seine politische Rhetorik einbaute – mit der Idee der Einigkeit und der Unabhängigkeit „für alle“ und Reformversprechen im Osten die Stimme der Mehrheit auf sich zu vereinen.<sup>1040</sup> Die „Modernisierung“ der Partei ging zudem Hand in Hand mit einer starken Unterstützung durch alte Wirtschaftsstrukturen aufgrund jahrelanger Korruption und Vetternwirtschaft.<sup>1041</sup> Aus diesem Grunde hatten die Vetospieler aus der Wirtschaft verstärktes Interesse daran, dass die KPU an der Macht bleibt. Dabei spielte auch die Unabhängigkeit der Ukraine von Russland eine bedeutende Rolle: Mit den alten Strukturen an der Macht und ohne die Aufsicht aus Moskau konnte die Wirtschaftselite im Grunde nach Belieben agieren, es mussten zunächst keine Reformen befürchtet werden und die Aufteilung der sowjetischen wirtschaftlichen Infrastruktur unter den späteren Oligarchen konnte ungehindert vorangetrieben werden. Ökonomische Reformen standen erst mit dem zweiten Präsidenten Leonid Kuchma im Jahr 1994 auf der Tagesordnung.<sup>1042</sup>

Trotz des formalen Fortbestehens der alten Eliten gab es auch im ukrainischen Osten neue Kräfte: In Donezk hat die Union der Industriellen und Unternehmer der Ukraine im November des Jahres 1992 die Ukrainische Arbeiterpartei gegründet. Eine Reihe weiterer Parteien und Bündnisse wurden in den Jahren zwischen den ersten halbfreien und den ersten freien Wahlen gegründet.<sup>1043</sup> Die „Neue Ukraine“, ein mitte-links orientiertes Bündnis, ebenfalls Anfang der 1990er Jahre gegründet, wurde zur hauptsächlichen Trägerin des späteren Präsidenten Leonid Kuchma.<sup>1044</sup> Auf der Krim wurde im Jahr 1992 die Partei der Ökonomischen Wiederauferstehung (PEVK) gegründet.<sup>1045</sup> Neben der alten KPU repräsentierte auch diese neue Linke Opposition den russischsprachigen Ost- und Südteil und stand für den Verbleib in der Konföderation unter der Sowjetuni-

---

<sup>1038</sup> Ebd. S. 32.

<sup>1039</sup> Ebd. S. 24.

<sup>1040</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 179-181.

<sup>1041</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 259.

<sup>1042</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 25; 32; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 340-344.

<sup>1043</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 36-37.

<sup>1044</sup> Ebd.

<sup>1045</sup> Ebd.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

on. Etwas später wurden auch immer wieder regional basierte Parteien gegründet – solche wie „Hromada“ von Pawlo Lazarenko in Dnipropetrowsk, die in dieser Oblast im Jahr 1998 die Mehrheit der Stimmen erzielte.<sup>1046</sup>

Für die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine bedeutete der Verbleib an der Macht der „reformierten“ alten Eliten, dass sie sich zunächst relativ wenige Sorgen um das Aufkommen ukrainisch-nationalistischer Tendenzen machen mussten. Damit war im Grunde die Kontinuität des sozioökonomischen Status und der politischen Repräsentation garantiert. Im Westen des Landes waren dagegen auch nationalistische Tendenzen spürbar, welche von entsprechenden politischen Kräften vertreten wurden. Die Frage nach der Rolle der ukrainischen Sprache war in dieser Hinsicht durchaus bedeutend.<sup>1047</sup> Allerdings versuchte Ruch in ihren Anfängen nicht nur die westlichen Regionen anzusprechen, sondern wandte sich formell an alle Bürger der Ukraine, ungeachtet der Muttersprache oder der Nationalität.<sup>1048</sup> Wie auch Taras Kuzio schrieb, hätte eine ukrainisch-nationalistische Grundlage in den Anfängen des Systemwechsels für die Ruch nicht ausreichend politische Relevanz auf zentralstaatlicher Ebene generieren können. Dafür war das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu groß.<sup>1049</sup> Dies hinderte die Ruch jedoch nicht daran, mit der Zeit eine „nationalisierende“ Rhetorik anzueignen.

Die Ruch, seit Dezember 1992 als Partei registriert, bildete damit, zusammen mit neuen nationalistischen Kräften mit Orientierung auf die West-Ukraine, die politische Opposition.<sup>1050</sup> Aus den Reihen der Ruch entstanden die Ukrainische Republikanische Partei, die Demokratische Partei der Ukraine und die bereits erwähnten Grünen.<sup>1051</sup> Diese Kräfte vermochten es, die Bevölkerung im Westen für sich zu gewinnen. In den östlichen, südlichen und zentralen Teilen des Landes hatten sie dagegen beinahe keine Wähler. Insgesamt genossen die national-demokratischen Kräfte die Unterstützung von etwa einem Drittel der gesamten ukrainischen Bevölkerung.<sup>1052</sup> Die Oblaste, aus welchen die demokratische Opposition unter Ruch die meisten Stimmen erhielt waren die westlichen Lwiw, Iwano-Frankiwsk, Ternopil, Wolhynien sowie die Hauptstadt Kiew. Ebenso zum oppositionellen Lager gehörte der Kongress der Nationalen Demokratischen Kräfte (KNDS), die Leonid Krawchuk unterstützte und ebenfalls der Ruch entstammte.<sup>1053</sup> Die Repräsentation der gesamten Bevölkerung erstreckte sich während der Übergangsjahre somit über die alte Nomenklatur, mit einer breiten Basis im Osten und Süden der Landes über Ruch, die die Mehrheit der Stimmen im Westen bis hin zu extremen Polen, wie Nationalisten und Kommunisten binden konnte, die aber keine breite Unterstützung genossen.

---

<sup>1046</sup> Ott, Alexander (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Aktuelle Analysen BIOst 16/1998. S. 4-5.

<sup>1047</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 32.

<sup>1048</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 190.

<sup>1049</sup> Vgl. hierzu: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 29.

<sup>1050</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 316; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism S. 340.

<sup>1051</sup> Демократична партія України; Українська республіканська партія (Ukr.). Vgl hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 251.

<sup>1052</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 30-31.

<sup>1053</sup> Ebd. S. 33.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Mit der „Modernisierungsstrategie“ ist den alten Eliten in der Ukraine ein einmaliger Schachzug gelungen – sie schafften den Übergang aus dem autokratischen in das neue – noch nicht demokratische – System, ohne dass sie sich von ihren Ämtern trennen mussten.<sup>1054</sup> Selbst das zwischenzeitliche Verbot der KPU konnte daran nichts ändern. Insofern blieb in der Ukraine eine gewisse repräsentative Kontinuität vorhanden, indem die Menschen nach wie vor ihre Machträger wählen konnten. Eine gewisse Nationalisierung der Rhetorik war indes nicht zu vermeiden, vor allem als es um die Etablierung der Eigenständigkeit der Ukraine als Staat ging. Doch die genannte repräsentative Kontinuität, mit dem erklärten Ziel die „ausbeuterische“ zentrale Kontrolle aus Moskau zu beenden, zügelten die ethnisch-nationale Radikalisierung der Stimmung und machten die Eigenstaatlichkeit zur Lösung der Probleme für alle Bürger der Ukraine, ungeachtet der nationalen bzw. ethnischen Zugehörigkeit.<sup>1055</sup> Dass selbst der russischsprachige Donbass mit im Boot war als es um die Unabhängigkeit ging, zeigten die Streiks der Bergarbeiter im Jahr 1989 – obwohl deren Zielsetzung zunächst sozioökonomischer Natur war.<sup>1056</sup> Bis dahin galten die Donbasser Kumpels als treue Gefolgsleute der Moskauer Führung. Nun hatten sich die Arbeiter jedoch organisiert und stellten sowohl wirtschaftliche als auch soziale und politische Forderungen an die Kiewer Führung, was die Gefolgschaft der zentralisierten sowjetischen Führung noch mehr schmälerte.<sup>1057</sup>

Somit stellte sich bis zum Unabhängigkeitsreferendum Ende 1991 eine gewisse Einigkeit der südöstlichen und der westlichen ukrainischen Regionen ein. Auch die Sprache „auf dem Podium“ (wie Pål Kolstø es formulierte) war nicht mehr zwangsläufig nur Ukrainisch, sondern zunehmend auch Russisch.<sup>1058</sup> Die Entscheidung im Referendum zur Unabhängigkeit sollte damit als Stimme gegen die Sowjetherrschaft und gegen den Kommunismus verstanden werden, wofür es im Westen national-patriotische und im Südosten polit-ökonomische Gründe gab. In jedem Fall waren von beiden Seiten enorme Erwartungen an die Unabhängigkeit und den neuen Präsidenten Leonid Krawchuk gesetzt.<sup>1059</sup>

Die ethnisch-nationale Verteilung unter den Mitgliedern der KPU zeigte durch die gesamte Sowjetherrschaft hindurch stets eine Überrepräsentation der ethnischen Russen. Ende der 1980er Jahre hatte sich der Anteil der Russen auf etwa 67% eingependelt, was im Umkehrschluss bedeutet, dass etwa 30% der KPU-Mitglieder ethnische Ukrainer waren.<sup>1060</sup> Hieraus lässt sich ableiten, dass das ethnisch-nationale Verhältnis zwischen Russen und Ukrainern in den Führungsgremien ähnlich (70:30) gewesen sein dürfte. Allerdings ist aus ersichtlichen Gründen ungewiss, wie viele der Ukrainer sich als Russen ausgegeben haben, um beruflich bevorzugt zu werden. Da Ukrainer allerdings als „fast“ so titular galten wie Russen – in der Rolle der Ukraine als „kleiner Bruder“ bzw.

---

<sup>1054</sup> Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 194.

<sup>1055</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 192.

<sup>1056</sup> Ebd. S. 190-191.

<sup>1057</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 248.

<sup>1058</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 178.

<sup>1059</sup> Ebd. S. 179-180.

<sup>1060</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 197.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

als „kleine Schwester“ in der Sowjet-Hierarchie – war eine solche beruflich bedingte künstliche „Selbststufung“ beinahe überflüssig.<sup>1061</sup>

Während die westukrainische Opposition in den ersten Jahren des Überganges, noch vor den ersten halbfreien Wahlen, eine relativ starke repräsentative Position innehatte, wurden die KPU bzw. die Vertreter der alten Nomenklatur immer stärker. Schließlich dominierten die bevölkerungsstarken ostukrainischen – und überwiegend russischsprachigen – Oblaste die oberen Etagen der repräsentativen Organe, was sich bis Ende der 1990er Jahre weiter verstärkte.<sup>1062</sup> Beinahe alle Ministerpräsidenten seit der Unabhängigkeit kamen aus dem Osten des Landes, darunter Witold Fokin, Yukhim Zvygalskij, Pawlo Lazarenko, Walerij Pustovoytenko.<sup>1063</sup>

Im ersten frei gewählten Parlament hatten etwa 70% der Repräsentanten aus dem Osten des Landes eine Parteizugehörigkeit im linken Lager – Kommunisten, Sozialisten oder andere pro-russische bzw. anti-nationalistische Parteien bzw. Gruppierungen.<sup>1064</sup> Von den 91 Vertretern der KPU in der Werchowna Rada kamen 74 aus den südöstlichen Oblasten der Ukraine. Nach den nächsten Parlamentswahlen hatten die Kommunisten ihre Fraktion sogar noch vergrößert – durch die überwiegende Unterstützung der Wähler aus dem Südosten.<sup>1065</sup> Die KPU schrieb die Einführung des Russischen als Staatssprache in das Parteiprogramm, was von vielen russischen bzw. russischsprachigen Wählern wahrgenommen und unterstützt wurde. Ganze 85% der Donbasser Wähler fanden diesen Punkt im Jahr 1994 bedeutend. Ebenso standen ökonomische und ideologische Aspekte, neben weiterer Zusammenarbeit mit Russland, auf dem Programm der KPU – ausnahmslos Themen, mit welchen sich im russischsprachigen Südosten punkten ließ. Ruch bzw. die Parteien aus dem oppositionellen Lager konnten im Südosten der 1990er Jahre keine Erfolge erzielen. So entstand bereits zwischen den Jahren 1993 und 1994 eine Spaltung der politischen Repräsentation auf der geopolitischen bzw. ethnisch-nationalen und sprachlichen Basis, welche erstmals im Jahr 2004 ihre Kulmination fand.

Spätestens 1994 hatte die *policy* von Leonid Krawchuk ausgedient – der Südosten war berechtigterweise vom Ausbleiben der ökonomischen Reformen und der immer tiefer werdender ökonomischer Krise enttäuscht. Statt Investitionen zu tätigen, wurden staatliche Betriebe „unter der Hand“ verkauft, verschenkt und verscherbelt, ohne dass der Lebensstandard der Bevölkerung sich erhöht hätte.<sup>1066</sup> Vor allem der russischsprachige Südosten war davon betroffen, wovon auch die erneuten Streiks der Donbasser Bergarbeiter im Jahr 1993 zeugen. Gleichzeitig war die Einigkeit mit der ukrainischen nationalen Bewegung verloren gegangen, die vor dem Referendum 1991 noch stark war: Im Jahr 1994 haben nur noch 24% der Bürger im Südosten angegeben erneut für die Unabhängigkeit stimmen zu wollen.<sup>1067</sup> Hinzu kam die Unzufriedenheit mit den zuneh-

---

<sup>1061</sup> Im Russischen sind die Länder Russland und Ukraine (so wie die meisten anderen Länder) weiblichen Geschlechtes, deswegen wird Russland häufig als „Mutterland“ bezeichnet und die Ukraine folglich als „Schwester“. (Anm. d. A.). Vgl. Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 199-200.

<sup>1062</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 191.

<sup>1063</sup> Ebd.

<sup>1064</sup> Ebd. S. 192.

<sup>1065</sup> Ebd.

<sup>1066</sup> Ebd. S. 181.

<sup>1067</sup> Ebd.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

ment national-basierten Aussagen des Präsidenten und seiner politischen Führung. Während Krawchuk noch im Jahr 1991 in der „Prawda“ zitiert wurde – er bezeichnete die ukrainischen Russen als indigene Bevölkerung, welche nicht mit der russischen Bevölkerung im Baltikum verglichen werden durfte – wurden gegen Ende seiner Amtszeit zunehmend Aussagen für die Wiederaufbau der ukrainischen Nation basierend auf der Sprache und der Abstammung vernommen.<sup>1068</sup> Während diese Rhetorik ihm im Westen des Landes zu Stimmen verhalf, verlor er im Südosten massiv an Unterstützung. Davon profitierte Leonid Kuchma, der in allen Oblasten des Südostens – wie bereits erwähnt – die Mehrheit erzielte und damit als Sieger aus der Wahl hervorkam. Obwohl Krawchuk in Lwiw im Jahr 1994 ganze 94% der Stimmen erhielt (im Vergleich zu 15% im Jahr 1991), konnten die bevölkerungsstarken Oblaste des russischsprachigen Ostens den Sieg für Kuchma garantieren.<sup>1069</sup> Hierin zeigte sich erstmals die volle politische Stärke der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung, die mit ihren Stimmen „ihren“ Kandidaten zum Sieg brachte.

In den Jahren zwischen den Präsidentschaften Krawchuks und Kuchmas entstand das politische Gewicht der sogenannten „Partei der Macht“, welche sich im Grunde aus der alten Nomenklatur und den Alt-Kommunisten zusammenbaute und generell den Präsidenten unterstützte. Regional wurde die „Partei der Macht“ im Osten des Landes durch verschiedene Gruppierungen vertreten, unter anderem die bereits genannte Arbeiterpartei in Donezk sowie die regionalen Machtparteien auf der Krim und in Dnipropetrowsk. All diese Parteien des Südostens wurden von ehemals hohen Funktionären der KPU geführt.<sup>1070</sup> Die KPU blieb zwar bestehen, wurde aber in den späten Jahren des Kuchma-Regimes zunehmend zur Gegenspielerin für dessen „Partei der Macht“.<sup>1071</sup> Durch die unübersichtlichen Zugehörigkeiten und Loyalitäten sorgte diese immer wieder für jede Menge Verwirrung in den eigenen Reihen. So konnten in der „Partei der Macht“ Vertreter beinahe aller politischen Richtungen gefunden werden, so gab es linke, rechte und zentristische Flügel, allein die extremen linken oder rechten waren nicht zu finden. In jedem Fall hatten die meisten Mitglieder der „Partei der Macht“ eine ähnliche Sicht auf die Funktionsweise des neuen unabhängigen ukrainischen Staates und deren Rolle darin. Hauptmerkmale waren Stagnierung, Klientelismus, politische und ökonomische Korruption und Vetternwirtschaft gepaart mit Reformunfähigkeit und -unwilligkeit sowie Populismus. Also war gegenseitige Kritik der Präsidenten Kuchma und Krawchuk in Wahrheit die Kritik an derselben „Partei der Macht“, die zum Teil durch die „Unabhängigen“ und zum Teil durch die Demokratische Volkspartei (Народно-демократическая партия (НДП)) sowie „Neue Ukraine“ repräsentiert wurde.<sup>1072</sup> Nach seiner Wahl zum Präsidenten baute Kuchma die „Partei der Macht“ systematisch aus und unterstützte dabei deutlich den Kurs der Annäherung zur GUS und gute Beziehungen zu Russland. Gleichzeitig versuchte er auch die Beziehungen zum Westen zu verbessern, was später eine „multivektorale Außenpolitik“ genannt wurde. Letztlich wurden aber sowohl die Vernachlässigung grundlegender ökonomischer Reformen sowie

---

<sup>1068</sup> Ebd. S. 186-187.

<sup>1069</sup> Ebd.

<sup>1070</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 36-37.

<sup>1071</sup> Simon, Gerhard (2008): Die politische Krise in der Ukraine. Ukraine-Analysen 49. 2-6, S. 6.

<sup>1072</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 32-34.

### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

der Verbleib der alten Eliten und deren Gepflogenheiten für die „Partei der Macht“ zum Verhängnis, was schließlich Leonid Kuchma die Basis im Südosten des Landes kostete.

Was die nationale Frage anging, wusste Leonid Kuchma bereits bei seiner Wahl zum Präsidenten um ihre Wirkung auf seine damalige Anhängerschaft bzw. um ihre Spaltungskraft in Bezug auf die gesamte ukrainische Bevölkerung. Obwohl er anfangs auf die Erhebung des Russischen zum Status der „offiziellen“ Sprache pochte, welche seiner Auffassung nach den Status des Ukrainischen als Staatssprache nicht anfechten würde, ließ er spätestens bei der Erarbeitung der Verfassung davon ab.<sup>1073</sup> In der Tat schlich sich in den Folgejahren der Präsidentschaft Kuchmas ein gewisser Grad der Ukrainisierung der Eliten ein – inklusive des Präsidenten selbst, der als russischsprachiger Ukrainer aus Dnipropetrowsk angefangen hat Ukrainisch zu lernen und seine Reden auf Ukrainisch zu halten – was anfangs nicht der Fall war.<sup>1074</sup> Generell haben die ehemaligen „Nomenklaturchiks“, die sich aktiv in die Idee des ukrainischen Nationsprojektes der westukrainischen Intelligenzschichten eingenistet haben, munter ihre eigene Ukrainisierung fortgeführt.<sup>1075</sup> Die „ukrainisierenden“ Töne schlugen sich im Folgenden in der Wortwahl einiger Parlamentarier nieder: Im September 1994 hat Mykhaylo Kosiv, der Vorsitzende des Komitees für Kulturelle Angelegenheiten als Antwort auf die Forderung Kuchmas nach Russisch als „offizielle“ Sprache, beteuert, dass die Ukraine das Land der Ukrainer ist. Die hier lebenden Russen seien demnach nicht als Ukrainer, sondern explizit als Russen zu betrachten.<sup>1076</sup> Solche Meinungen häuften sich zum Teil – und verursachten eine Radikalisierung der national-ethnischen Stimmung, in der Anfang der 1990er Jahre eigentlich keine Radikalisierung zu verzeichnen war. Denn die richtige Antwort auf die Rolle der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine – was prinzipiell von der repräsentativen Seite gewährleistet wurde – war diese als Teil der ukrainischen Nation zu verstehen. Jeder Versuch der Teilung auf national-ethnischer oder sprachlicher Basis wurde im Südosten sofort als Angriff des nationalen Selbstverständnisses dieses Teils der ukrainischen Bevölkerung wahrgenommen. Die „Ukrainisierung“ Kuchmas haben die Wähler im Südosten als Affront gegen ihre Russischsprachigkeit verstanden, was sich bei den Präsidentschaftswahlen 1999 niederschlug, als sich der Osten gegen Kuchma stellte.

#### 5.3.5 Fazit: „Nationale Frage“ und Gratwanderung zwischen Nation und Staat während der Demokratisierungsphase

Die Besonderheit der ukrainischen Transformation war von Anfang an die Abhängigkeit der neuen Eliten von vielen Faktoren und Akteuren und nicht nur der „eigenen“ Wählerstimmen. Während in den baltischen Staaten die neuen Kräfte unter der Anführung der Volksfronten sich bereits von Anfang auf die Unterstützung der neuen Titelnationen verlassen konnten, im Übrigen auch aufgrund der relative Apathie der

---

<sup>1073</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 187-188.

<sup>1074</sup> Ebd. S. 188.

<sup>1075</sup> Ebd. S. 182; 187-188.

<sup>1076</sup> Ebd. S. 179.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Russen, war dieser Weg in der Ukraine weniger eindeutig. Dies lag hauptsächlich an der gemischten Identität der gesamtukrainischen Bevölkerung, wo eine ethnisch-national geprägte Transformation und der Aufbau eines national-ukrainisch begründeten Staates für Missstimmung gesorgt hätte. Aus dem Grund mussten sich die neuen Anführer – allen voran die „erneuerte“ KPU und die neuen Präsidenten Krawchuk und Kuchma – auf möglichst viele Faktoren stützen. Hierdurch ging aber ein großes Stück Handlungsfreiheit und Entschlossenheit verloren, da viele Interessen auf einmal befriedigt werden mussten, um überhaupt einen unabhängigen Staat aufbauen zu können.

Nationale Einheit und ethnisch-nationale Stabilität standen dabei über den grundlegenden ökonomischen Reformen. Demokratische Erfolge blieben anfangs ebenfalls auf der Strecke, weil die alte Elite mit den vorhandenen Netzwerken mehrheitlich die Macht behielt, was den Zugang neuer politischer Kräfte erschwerte.<sup>1077</sup> Hinzu kam die nationalisierende Rhetorik der Opposition, welche vom russischsprachigen Teil des Landes nicht angenommen wurde – daher die breite Unterstützung der „reformierten“ KPU bzw. später der „Partei der Macht“. Unter der Prämisse der innerstaatlichen Einheit und Stabilität zeigte die Dynamik des Systemwechsels in der Ukraine somit einen fließenden Übergang von den alten zu den neuen Eliten. Tatsächlich wäre ein erfolgreicher Übergang von der sowjetischen Diktatur zu einer – zumindest im Ansatz – Demokratie ohne die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit im Lande nicht möglich gewesen. Doch weshalb funktionierte in Estland der Aufbau einer Demokratie unter national-exklusiven *policy* und in der Ukraine nicht? Dieser Frage geben folgende Faktoren von Taras Kuzio zu bedenken: Der Systemwechsel wurde in beiden Ländern zwischen alten und neuen Eliten ausgehandelt, doch im Vordergrund des ukrainischen Falls stand die innerstaatliche Stabilität, was die ethnisch-nationale Frage beinhaltete. Ökonomische Reformen wurden in der Ukraine erst später durch den zweiten Präsidenten Leonid Kuchma auf die Tagesordnung gerufen. Wären ökonomische Reformen bereits durch Leonid Krawchuk eingeleitet worden, hätten die sogenannten „Roten Direktoren“ der großen ukrainischen Betriebe zusammen mit den Vertretern der „alten“ Systemeliten den Präsidenten zum Fall gebracht, so Taras Kuzio. Krawchuk musste sich auf die Unterstützung der Wirtschaftselite berufen, weshalb er Reformen auch hinausshob.<sup>1078</sup> Die Opposition der nationalen und demokratischen Kräfte unter Ruch konnte auch keine ernsthafte Gefährdung der „alten“ Systemeliten darstellen, hauptsächlich weil ihnen dazu die Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung fehlte, daher musste sie sich mit den alten Eliten einigen. Der zweite Präsident Kuchma konnte sich dagegen auf die Kraft seiner „Partei der Macht“ verlassen nebst der Unterstützung der Mehrheit der russischsprachigen Regionen – wobei ihm auch seine eigene Vergangenheit als Funktionär der alten Wirtschaftselite in die Hände spielte. In Estland konnten alte Systemeliten dagegen durch rasche ökonomische Modernisierung ausgeschaltet werden.

An diese Ausführungen knüpfen die Faktoren von Paul D’Anieri, der die politische Stärke der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine zu erklären versucht: Seiner Auffassung entsprechend war die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine geo-

---

<sup>1077</sup> Kuzio, Taras (1998). Ukraine: state and nation building. S. 21.

<sup>1078</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 23-26.



### 5.3 1990 bis 1996: Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

graphisch zu stark konzentriert, so dass die Gefahr einer Sezession Anfang der 1990er Jahre im Falle einer stark nationalisierten Politik zu groß gewesen wäre.<sup>1079</sup> Angesichts dieser Machtposition, so D'Anieri, mussten sich der schwache ukrainische Staat bzw. seine national-konservativen Kräfte dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung fügen. Mehr sogar, seine Position wurde durch eine aktive Kanalisierung bzw. Vertretung in der Politik gestärkt.<sup>1080</sup> So gesehen wäre der „baltische“ Weg für die Ukraine nicht gangbar gewesen – zu groß war die Gefahr einer innerstaatlichen, ethnisch-national bedingten Auseinandersetzung, die unter anderem durch die bereits vorhandene politische Vertretung der russischsprachigen Bevölkerung gegeben war.

#### 5.3.6 Die ersten zwei Phasen des Systemwechsels und die Indikatoren der Integration in der Ukraine

Der Übergang vom autoritären System fand in der Ukraine durch die Abhaltung der ersten halbfreien Wahlen im Laufe des Monats März im Jahr 1990 statt. Dabei erzielte die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) die überwiegende Mehrheit der Sitze. Die oppositionelle Ruch – das ukrainische Pendant der baltischen Volksfronten – bekam 26% der Sitze in der ersten halbfreien Werchowna Rada. Dieses Gremium verabschiedete am 24. August 1991 die ukrainische Unabhängigkeitserklärung, die am 1. Dezember 1991 durch ein Referendum zur Unabhängigkeit mit einer Zustimmung von 90% bei einer Wahlbeteiligung von 84% bestätigt wurde. Schätzungsweise stimmte etwa die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine für ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Am 1. Dezember 1991 wurden erste Präsidentschaftswahlen abgehalten, bei den Leonid Krawchuk per Direktwahl zum Präsidenten gewählt wurde. Seine Zugehörigkeit zur KPU hinderte ihn nicht daran, die Mehrheit der Wählerstimmen in der Westukraine zu bekommen und damit die Wahl für sich zu entscheiden. Obwohl der institutionelle Aufbau noch keine Verfassung hervorgebracht hatte, fanden im März und April des Jahres 1994 erste freie Parlamentswahlen statt. Wenig später, am 10. Juli 1994, wurde Leonid Kuchma per Direktwahl zum Präsidenten gewählt. Obwohl auch er Mitglied der KPU war, erhielt er, anders als sein Vorgänger, die Mehrheit seiner Wählerstimmen in der Ostukraine. Damit zeigte sich die Konzentration der Wählerinteressen auf Personen und wenige Sachthemen bzw. die allgemeine Orientierung der Kandidaten, was später zur Herausbildung der „Partei der acht“ führte. Der Staatsaufbau wurde sowohl seitens der KPU und der Opposition unter Ruch als auch seitens der Präsidentschaftskandidaten auf innerstaatliche Einigkeit und wenig ethnisch-national begründete Radikalisierung bezogen. Damit einher ging auch die Verabschiedung des inklusiven Gesetzes zur Staatsbürgerschaft am 13. Oktober 1991, mit dem alle Bewohner die ukrainische Staatsbürgerschaft erlangen konnten. Die repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung blieb damit unverändert bzw. stark. Die Institutionalisierung wurde erst

---

<sup>1079</sup> D'Anieri, Paul (2009): *Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State*. in: Kuzio, Taras (Hrsg): *Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution*. (Bd. 23,1: special issue). Abingdon: Routledge, Taylor & Francis. 5-30, S. 13-14.

<sup>1080</sup> D'Anieri, Paul (2009): *Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State*. S. 15.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

am 28. Juni 1996 mit der Verabschiedung der Verfassung durch die Werhowna Rada abgeschlossen.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen die Kontinuität der assimilierten bzw. mehrfachintegrierten Position der russischsprachigen Bevölkerung in beinahe allen Dimensionen. Politisch blieb der Zugang zu Wahlen und politischen Ämtern bestehen, auch die Grundrechte waren stets garantiert. Sprachkenntnisse der ukrainischen Sprache wurden wichtiger, je weiter sich die Ukraine weg vom Sowjetsystem bewegte. Doch auch hier stellte Russischsprachigkeit der Kandidaten, beispielsweise für das Präsidentialamt, wenige Schwierigkeiten – man betrachte Leonid Kuchma – und zementierte so die fortwährende Bedeutung der russischen Sprache in der Ukraine. Die „teilweise“ Segmentierung in der sozialen Dimension war bereits vor dem Systemübergang vorhanden und blieb bestehen. Ähnlich verhält es sich mit russisch- und ukrainischsprachigen Schulen (wird später näher erläutert) und dem Zugang zum Arbeitsmarkt in der strukturellen Dimension. Eine „umgekehrte“ Assimilierung seitens der Titularnation war in allen Dimensionen zu beobachten, wobei diese im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung kontinuierlich zugunsten eines ukrainischen Nationalbewusstseins abnahm. Die integrative Position der russischsprachigen Bevölkerung in den ersten zwei Phasen des Systemwechsels ist als stark assimiliert bzw. mehrfachintegriert zu bezeichnen.

### 5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

#### 5.4.1 Gesetz zur Staatsbürgerschaft – Inklusion als politisches Ziel

Der inklusive Charakter des neuen ukrainischen Staates wurde durch das Gesetz zur Staatsbürgerschaft am 13. Oktober 1991 untermauert. Dieses Gesetz ermöglichte jedem sowjetischen Staatsbürger, der zum Zeitpunkt des 24. August 1991 im Land wohnhaft war, die ukrainische Staatsbürgerschaft.<sup>1081</sup> Das ukrainische Gesetz galt als außerordentlich liberal, was hauptsächlich mit den Anforderungen an die Sprachkenntnisse des Ukrainischen zusammenhängt. Diese waren mit „ausreichend für Kommunikation“ für die überwiegende Mehrheit der Antragsteller zumutbar, denn selbst russischsprachige Bewohner, die im Alltag wenig Ukrainisch verwendeten, konnten eine solche Anforderung erfüllen. Das Gesetz stellte auch keine sonstigen Restriktionen bezüglich sozialer, ethnischer, politischer, linguistischer, sexueller oder Rassenzugehörigkeit, was weitaus liberaler als die Staatsbürgerschaftsgesetze vieler anderen Staaten war.<sup>1082</sup> Im Vergleich zu Estland und Lettland stellte die Ukraine also kein ethnisch oder national exklusives System auf, obwohl das Gesetz dennoch einen Primat des Ukrainischen beabsichtigte.

---

<sup>1081</sup> Das Gesetz wurde im Jahr 2001 neu verabschiedet, wodurch sich die zentralen Bestimmungen allerdings nicht änderten: ЗАКОН УКРАЇНИ Про громадянство України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 2001, N 13, с.65) vgl. auch: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 93; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 343.

<sup>1082</sup> Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 16.

## 5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

Mit der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft wurde seitens der ukrainischen Führung eine Reihe von Zielen verfolgt. Erstens sollte durch die Akzeptanz aller ethnisch-nationalen Gruppen eine gemeinsame Identität dem unabhängigen Ukrainischen Staat gegenüber erzeugt werden. Zweitens sollte keiner aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Drittens sollte vermieden werden, dass die Loyalität der russischsprachigen bzw. von Russen besiedelten Regionen sich in Richtung Russland wendet.<sup>1083</sup> Letztlich sollte mit der Gesetzgebung den kritischen Stimmen aus dem In- und Ausland (vorwiegend aus Russland), die von einer massiven Ukrainisierung bzw. von der Verdrängung der russischsprachigen Bevölkerung auf Grundlage nationalistischer Parolen gesprochen haben, begegnet werden.<sup>1084</sup> Unter anderem sollte damit die Annahme der russischen statt der ukrainischen Staatsbürgerschaft vermieden werden.<sup>1085</sup> Die Ziele bezogen sich somit auf die im Land lebenden Russen bzw. an die russischsprachige Bevölkerung, die damit von der Sowjet-Mentalität entfernt werden sollte. Dafür mussten wiederum möglichst wenige Hürden aufgestellt werden, damit sich diese Bevölkerungsgruppe mit der Ukraine als Heimat identifizierte. Restriktionen in Form von Sprachregelungen oder Ähnlichem hätten die Loyalität von Anfang an untergraben, was mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu gesellschaftlichen Konflikten geführt hätte. Dies entspricht der politischen Linie des ersten halbfreien Parlaments und der Führung unter Leonid Krawchuk. Ein Ausschluss der Russen oder der russischsprachigen Ukrainer hätte eine massenhafte Annahme der russischen Staatsbürgerschaft mit sich ziehen können – was in Estland hingenommen wurde. Eine große Anzahl der russischsprachigen Staatsbürger hätte in der Ukraine wiederum, unter Berücksichtigung der politischen Nähe zu Russland, zu einem bedeutenden Problem der Staatsloyalität werden können.

### 5.4.2 Die Gesetzgebung zur Sprache

Das Gesetz zur Sprache aus dem Jahr 1989 definierte Ukrainisch als einzige Staatssprache, räumte Minderheitensprachen und insbesondere Russisch eine besondere Stellung als Nationalsprache ein. Demnach konnte Russisch weiter als Kommunikationssprache verwendet werden, ebenso wurde die offizielle Dokumentation auf beiden Sprachen vorgeschrieben. Die Bildung sollte ebenso in der Minderheitensprache möglich sein, wobei sowohl Ukrainisch als auch Russisch in allen staatlichen Schulen als Pflichtfach galten.<sup>1086</sup> Das Gesetz räumte jedem Bürger das Recht ein, in Ämtern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen auf die Nationalsprache zurückgreifen zu können, was somit die Nutzung des Russischen im Alltag so gut wie gar nicht beeinträchtigte.<sup>1087</sup> Am 1. November 1991 verabschiedete die Rada die „Deklaration der Rechte der Nationalitäten der Ukraine“, die den Gebrauch der russischen Sprache ausdrücklich erlaubte. Ebenfalls waren Russen durch das im Jahr 1992 verabschiedete Minderheitenschutzgesetz sowie

---

<sup>1083</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92-93.

<sup>1084</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 208.

<sup>1085</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92-93.

<sup>1086</sup> Закон української радянської соціалістичної республіки. Про мови в Українській РСР (Відомості Верховної Ради УРСР (ВВР), 1989, Додаток до N 45, ст.631).

<sup>1087</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

durch die Verfassung von 1996 geschützt, die ihre Sprache als Minderheitensprache schützte.<sup>1088</sup>

Die gesetzliche Stellung der russischen Sprache hat in der Ukraine für kontinuierliche Diskussionen und politische Auseinandersetzungen gesorgt. Linke Parteien bzw. Repräsentanten in den russischsprachigen Regionen haben traditionell die Aufwertung des Status des Russischen immer wieder in ihren politischen Programmen aufgenommen. Dagegen haben die national-konservativen Kräfte mit der Anhängerschaft im Westen des Landes immer wieder für ein verschärftes Sprachregime in der Ukraine geworben. Tatsächlich stellen die gesetzlichen Regelungen zur Sprache einen größeren Zankapfel der ukrainischen Gesellschaft dar als die Staatsbürgerschaft – man könnte in diesem Fall von einem „Primat der Sprache“ sprechen. Während im Baltikum die Sprache im Zuge der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft gewissermaßen als Ausschlusskriterium instrumentalisiert wurde, wurde in der Ukraine ein solcher Weg nicht eingeschlagen. Einerseits hätte die Sprache hier wahrscheinlich nicht den exklusiven Effekt gehabt – doch gerade aufgrund der engen Verwandtschaft wurde die Gesetzgebung zur Sprache immer wieder zum Politikum.

Im Sommer 2012 wurde unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs das Gesetz zu den „Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“ verabschiedet.<sup>1089</sup> Dieses Gesetz ist im Folgenden als das Gesetz zu den „regionalen Sprachen“ in die Geschichte eingegangen, denn es garantierte Gebietskörperschaften (Oblast, Stadt etc. ebenso wie die Autonome Republik Krim) mit mehr als 10% anderssprachiger Bevölkerung das Recht, die jeweilige Sprache als offizielle regionale Sprache einzuführen.<sup>1090</sup> Entsprechend haben zwölf Oblaste des Südostens (inklusive der Stadt Sewastopol) sowie die Hauptstadt Kiew Russisch als zweite offizielle Sprache eingeführt, zusätzlich Krimtatarisch auf der Krim sowie Ungarisch in Transkarpatien und Rumänisch in der Oblast Tscherniwzi. Die Verabschiedung des Gesetzes war von Protesten der westlichen ukrainischen Regionen begleitet, welche dennoch zur Zeit der Verabschiedung keine Folgen mit sich zogen. Erst im Zuge der Krise des Jahres 2014 wurde die Abschaffung des Gesetzes in die Werhowna Rada eingebracht und mit einer Mehrheit von 232 Stimmen verabschiedet.<sup>1091</sup> Jedoch wurde das Gesetz aufgrund des Vetos des stellvertretenden Präsidenten Oleksandr Turtschinow nicht gekippt.<sup>1092</sup> Die Entscheidung über die Abschaffung des Gesetzes gilt als einer der wichtigsten Faktoren, welche für die Eskalation der politischen Lage im Südosten der Ukraine verantwortlich waren. Denn obwohl das Gesetz in Kraft blieb, wurde der Akt der Abschaffung seitens der betroffenen russischsprachigen Regionen als Affront der „anderen“ – ukrainischen – Seite wahrgenommen. Dies zeigt, wie die symbolische Wirkung der Sprache in der Ukraine zu einem handfesten politischen

<sup>1088</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 270-271.

<sup>1089</sup> ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218).

<sup>1090</sup> ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218) Розділ I (Стаття 5.; Стаття 7.).

<sup>1091</sup> Верховна Рада України: Поіменне голосування про проект Закону про визнання таким, що втратив чинність, Закону України "Про засади державної мовної політики" (№1190) - за основу та в цілому. [http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan\\_gs09/ns\\_arh\\_golos?g\\_id=389507&n\\_skl=7](http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_arh_golos?g_id=389507&n_skl=7) (Abgerufen am 03.05.2014).

<sup>1092</sup> Украинская правда: „Турчинов ветеу рішення ВР про скасування закону про мови“ 28.02.2014. <http://www.pravda.com.ua/news/2014/02/28/7016703/> (Abgerufen am 03.05.2014).

## 5.4 Rechtliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine

Konflikt führen konnte, wenn es um die Gesetzgebung und den offiziellen Status der Sprache ging. Taras Kuzio führte 2009 an, dass die fortwährenden Zugeständnisse des ukrainischen Staates gegenüber den russischsprachigen Regionen im Grunde für den Zusammenhalt des Landes notwendig waren – in der Tat ging der Zusammenhalt verloren, sobald die Rechte auf die Sprache den russischsprachigen Regionen per Gesetz abgesprochen wurden.<sup>1093</sup>

### 5.4.3 Die ukrainische Verfassung

Die Verabschiedung der Verfassung erfolgte erst am 28. Juni 1996, womit die Ukraine als letzter Staat des postsowjetischen Blocks sich von der alten sowjetischen Verfassung trennte.<sup>1094</sup> Die neue Verfassung stellte einen machtpolitischen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren dar, wobei sich Präsident Leonid Kuchma und die Werchowna Rada gegenüberstanden.<sup>1095</sup>

Im Grunde hat Kuchma im Jahr 1995 angedroht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen einzuberufen, wenn die Verfassung nicht zustande kommen würde. Somit kam die Verfassung als Kompromiss unter dem Diktat des Präsidenten unter enormem Zeitdruck zustande. Die letztlich getroffene Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien gab dem Präsidenten umfassendes Recht, zum Beispiel den Premierminister (mit Zustimmung des Parlaments) abzulösen bzw. eigene Institutionen zu schaffen bzw. per Dekret zu regieren. Ebenso konnte der Präsident in bestimmten Fällen das Parlament auflösen sowie gesamtukrainische Referenden einberufen.<sup>1096</sup> Das Parlament, welches auf vier Jahre gewählt wurde, konnte die legislative Tätigkeit ausüben, welche es aber mit dem Präsidenten in Fällen von Dekreten teilte, ebenso wie den Premierminister bestätigen, Minister vorschlagen und dem Kabinett das Misstrauen aussprechen.<sup>1097</sup> Durch die gewisse Abhängigkeit vom Präsidenten und dem Parlament kam dem Premierminister verfassungsrechtlich eine eher schwache Rolle zu – die Tätigkeit als „oberstes Organ der vollziehenden Gewalt“ – war zudem schlecht beschrieben, so dass die genauen Zuständigkeiten unklar blieben.<sup>1098</sup> Durch diese verfassungsrechtliche Stellung sicherte sich der Präsident eine außerordentlich starke Stellung im politischen System der Ukraine – nach Auffassung von Matthew Shugart und John Carey war dies ein klarer Fall eines präsidentiell-parlamentarischen Systems.<sup>1099</sup>

Wichtige Klausel in Bezug auf die regionale Verteilung der Bevölkerung war der Grundsatz der Zentralstaatlichkeit, welcher mit der Unantastbarkeit der Grenzen ein-

---

<sup>1093</sup> Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 18.

<sup>1094</sup> КОНСТИТУЦІЯ УКРАЇНИ (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141).

<sup>1095</sup> Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 340-344.

<sup>1096</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 105-107.

<sup>1097</sup> Ebd.

<sup>1098</sup> Ebd. S. 108.

<sup>1099</sup> Vgl. hierzu: Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M. (1992): Presidents and assemblies: constitutional design and electoral dynamics. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.; auch zitiert in: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 108-109.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

herging.<sup>1100</sup> Ebenso beinhaltete die Verfassung ein separates Kapitel über die Krim und deren Zugehörigkeit zum ukrainischen Staatsgebiet.<sup>1101</sup> Die Verfassung garantierte alle Rechte und Freiheiten und beinhaltete eine Klausel zur Gleichheit der Staatsbürger und deren Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat, ohne Unterscheidung von Herkunft, Rasse, Konfession (o.ä.). Ukrainisch wurde als einzige Staatssprache definiert, doch die explizite Nutzung, Schutz und Entwicklung anderer Sprachen, darunter Russisch, wurde mit der Verfassung zugelassen.<sup>1102</sup>

Im Laufe der Jahre gab es einige Versuche, die Verfassung zu ändern, unter anderem von Leonid Kuchma, Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch. Bisweilen sorgten diese Reformen für Unmut in der Bevölkerung, als in einigen Fällen die präsidentiellen Kompetenzen (2003 und 2004) verringert wurden und diese Änderungen dann wieder rückgängig gemacht wurden (2010).<sup>1103</sup> Die Stärkung des Parlaments durch die Verfassung aus dem Jahr 2004 stieß allerdings auf die inneren Konflikte zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und der Premierministerin Julia Timoschenko, welche die gesamte Arbeit der Regierung lähmten. Im Jahr 2010 hat Wiktor Janukowitsch nach seiner Wahl zum Präsidenten mittels Heranziehung des Ukrainischen Verfassungsgerichtes eine Annullierung der Verfassungsreform von 2004 bewirkt, was im Grunde erneut das stark präsidentielle System der ersten Verfassung von 1996 wieder herstellte.<sup>1104</sup> Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklungen kam es im Jahr 2014 zu Protesten – Wiktor Janukowitsch hatte seine Kompetenzen so weit ausgedehnt, dass sich ein Teil der Bevölkerung in ihren Rechten beschnitten sah. Die Majdan-Proteste richteten sich deswegen unter anderem gegen die Abschaffung der Verfassungsreform des Jahres 2004, welche nach der Amtsenthebung Janukowitschs Anfang 2014 auch wieder in Kraft trat.<sup>1105</sup>

### 5.4.4 Fazit: Gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung

Die ukrainische Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft sowie die Verfassung, aber auch die Gesetzgebung zur Sprache können allgemein als inklusiv bezeichnet werden. Weder wurden Klauseln eingebaut, welche es erlaubt hätten, die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung im „baltischen“ Stil von der Staatsbürgerschaft auszuschließen, noch hatte die Verfassung Unterscheidungen bezüglich angeborener oder erworbener Staatsbürgerschaft inne. Damit hatten sich die Gesetzgeber nicht nur ein inklusives Modell der Nation zu Herzen genommen. In der Tat waren die Loyalität und die Akzep-

---

<sup>1100</sup> Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 219.

<sup>1101</sup> Конституція України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141),

<sup>1102</sup> Конституція України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141) Розділ I; Розділ II.

<sup>1103</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 132-133.

<sup>1104</sup> Luchterhandt, Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. Ukraine-Analysen 80. 2-6, S. 5-6.

<sup>1105</sup> Andreas Umland: „Planänderung in der Ukraine: Absage der Präsidentschaftswahlen, Wechsel zum parlamentarischen System, Errichtung einer Konsensdemokratie“ [ukraine-nachrichten.de](http://ukraine-nachrichten.de) 02.05.2014 [http://ukraine-nachrichten.de/plan%C3%A4nderung-ukraine-absage-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-wechsel-parlamentarischen-system-errichtung-einer-konsensdemokratie\\_3996](http://ukraine-nachrichten.de/plan%C3%A4nderung-ukraine-absage-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-wechsel-parlamentarischen-system-errichtung-einer-konsensdemokratie_3996) (Abgerufen am 04.05.2014).

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

tanz der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine seitens der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung wichtigen Motivatoren für diese Art der rechtlichen Inklusion. Jegliche exklusive *policy* der Staatsbürgerschaft hätte in einer Protestwelle geendet und womöglich auch eine Reaktion von Seite Russlands provoziert. Im Vergleich zum Baltikum kommt hier womöglich tatsächlich die zahlenmäßige Stärke der russischsprachigen Bevölkerung zur Geltung, aber auch ihre ununterbrochene Mitwirkung im Gesetzgebungsprozess. Allein die Normenbildung zur Sprache sorgte für Kontroversen, obwohl Russisch im Gesetz gesondert aufgeführt war und auch einen quasi-Sonderstatus in der ukrainischen Verwaltung hatte. Insofern kann zusammengefasst werden, dass die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine auf keiner gesetzlichen Ebene im neuen unabhängigen ukrainischen Staat benachteiligt wurde.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

### 5.5.1 Regionale Teilung der Ukraine

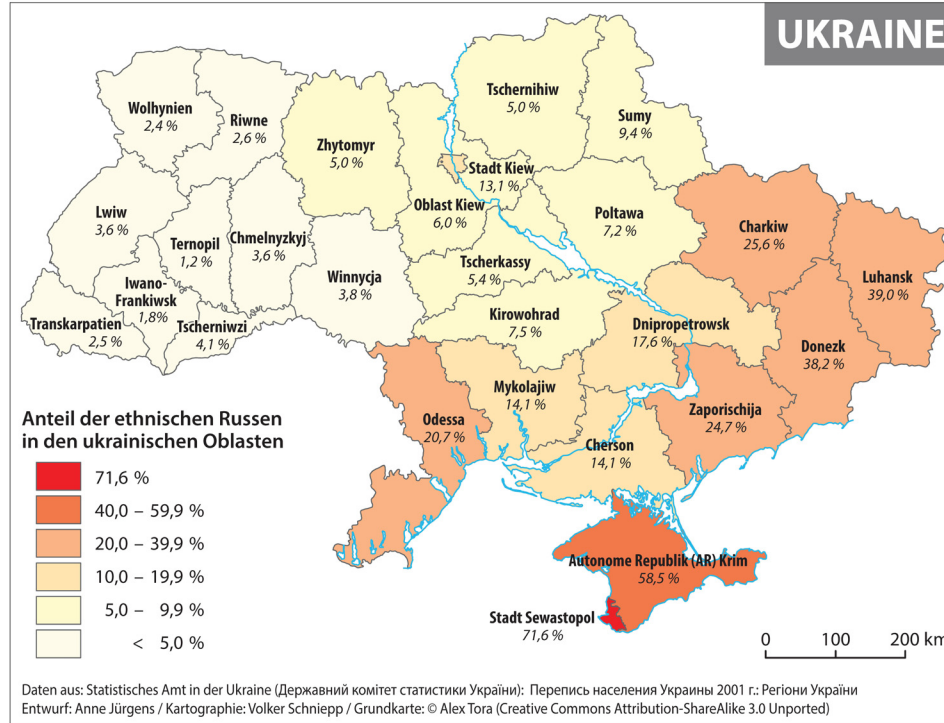
In der Literatur, Forschung und dem allgemeinen Diskurs ist es üblich, die Ukraine in vier grobe Regionen aufzuteilen – Westen, Zentrum, Osten und Süden, wobei die Halbinsel Krim öfter als ein Sonderfall unabhängig vom Süden betrachtet wird. Die Aufteilung der Oblaste erfolgt grob nach dem folgenden Schema: Die Großregion „Westen“ umfasst die Oblaste Chmelnyzkyj, Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Riwne, Ternopil, Transkarpatien, Tscherniwzi, Wolhynien. Die Großregion „Zentrum“ umfasst die Oblaste Kiew, Kirowohrad, Poltawa, Tscherkassy, Tschernihiw, Zhytomyr, Winnycja. Die Großregion „Osten“ umfasst die Oblaste Charkiw, Dnipropetrowsk, Donezk, Luhansk, Sumy (wobei diese Oblast auch zum Zentrum gezählt werden kann), Zaporischija. Die Großregion „Süden“ umfasst schließlich die Oblaste Cherson, Mykolajiw und Odessa. Hinzu kommt die Autonome Republik (AR) Krim mit der Stadt Sewastopol sowie die separat gezählte Hauptstadt Kiew.<sup>1106</sup>

---

<sup>1106</sup> Vgl. hierzu: Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. in: Jordan, Peter (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht. 709-740, S. 739-740.



Karte 2. Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den ukrainischen Oblasten.<sup>1107</sup>



<sup>1107</sup> Daten aus: Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.: Регионы Украины. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © Alex Tora (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported).



## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Die Differenzen in den ukrainischen Regionen liegen bereits in ihrer sehr unterschiedlichen Geschichte und vor allem ihrer heterogenen Auslieferung den Nachbarn aus dem Osten und Westen begründet. Die Gebiete der westlichen Ukraine mit Galizien gehörten beinahe 400 Jahre zu Polen-Litauen, danach 150 Jahre zu Österreich und noch zwei Jahrzehnte zu Polen, so dass ihre Geschichte als Bestandteil des russischen Einflussgebietes erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Nicht zuletzt deshalb wurde diese Region über die Jahrzehnte der Sowjetherrschaft zum Epizentrum der ukrainischen nationalen Bewegung als Gegenbewegung zur pro-russischen Linie. Das heutige Zentrum der Ukraine auf dem rechten Dnepr-Ufer hatte im 14. und 15. Jahrhundert zu Polen-Litauen gehört, kam aber nach den Teilungen Polens zu Russland und war Teil der 1920 errichteten Ukrainischen SSR. Polen-Litauen besaß auch die linksufrigen Gebiete des Dnepr, doch diese waren bereits nach 1654 Teil von Russland und damit auch Kiew, den Russland auch bis heute als Wiege ihrer Kultur sieht. Interessanterweise gehörten die südlichen Steppengebiete lange Zeit keiner Großmacht und waren Land der Kosaken und anderer kleiner ethnischen Gemeinden, bis Russen, Ukrainer und Tataren sie im später 18. Jahrhundert besiedelten.<sup>1108</sup> Danach waren diese Gebiete stets Einflüssen aus Russland ausgesetzt. Der Osten mit dem Donbass-Becken ist die Region, welche am längsten unter der Herrschaft Russlands war und nicht zuletzt aufgrund der Grenzlage zu Russland auch bis heute stark russifiziert ist.<sup>1109</sup> Die Geschichte der Krim beinhaltet die Herrschaft der Osmanen und später Russlands und schließlich der Sowjetunion, seit 1954 als Teil des ukrainischen Staatsgebietes. Die zwei zuletzt genannten Regionen bilden die Ballungsräume der „russischsprachigen“ Ukraine, wozu zusätzlich noch die südliche Ukraine zählt. Die Unterscheidung in „links- und rechtsufrige“ Ukraine auf Grundlage des Dnepr-Laufes ist im ukrainischen bzw. dem russischen Sprachgebrauch im Übrigen geläufiger als die Unterscheidung zwischen der Ost- und Westukraine der westlichen Fachliteratur.<sup>1110</sup> Mit der so definierten „rechtsufrigen“ Ukraine werden Gebiete westlich des Dnepr (also Teile der oben definierten Zentral- und Westukraine) und mit der „linksufrigen“ Ukraine die Gebiete östlich des Dnepr (also entsprechend der Ost- und Südukraine) bezeichnet. Geographisch sind die Gebiete zwar nicht genau deckungsgleich, wohl aber hinsichtlich der sprachlichen, kulturellen und innenpolitischen Differenzierung.

Die Sprache und die ethnisch-nationale Zugehörigkeit, neben der Religion, zählen zu den wichtigsten Faktoren, aufgrund derer sich die Regionen der Ukraine unterscheiden. Insgesamt leben heute etwa 8 Millionen ethnische Russen in der Ukraine. Etwa 80% und somit die überwiegende Mehrheit lebt in den Großregionen Osten und Südosten, vor allem in den Oblasten Donezk, Luhansk und Dnipropetrowsk sowie in der AR (Autonome Republik) Krim.<sup>1111</sup> Im Osten beträgt der Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung zwischen 20% und 40% und im Süden zwischen 15% und 30%. Auf der Krim stellen ethnische Russen mit etwa 60% der Bevölkerung die Mehrheit.<sup>1112</sup> Wie im Kapitel „Die

<sup>1108</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 306-308.

<sup>1109</sup> Vgl. hierzu: Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. S. 739-740.

<sup>1110</sup> „Малий словник історії України“ 1997; Kiew „Либідь“. S. 236; 323.

<sup>1111</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

<sup>1112</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. in: Ders. (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main [u.a.]: Lang. 55-108, S. 75-77.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Rolle der Sprache“ näher beschrieben wird, ist die Russischsprachigkeit im Alltag im Osten und Süden der Ukraine allerdings weiter verbreitet, was bedeutet, dass auch die hier lebenden ethnischen Ukrainer sich überwiegend des Russischen als Kommunikationssprache bedienen. In den Oblasten Donezk und Luhansk sowie auf der Krim wird Russisch von mehr als 50% der Bevölkerung als erste Kommunikationssprache verwendet, im Südosten erreicht die Nutzung des Russischen etwa 30% bis 40% der gesamten Bevölkerung.<sup>1113</sup> Aus diesen Gründen kann der Osten und Süden der Ukraine auch als die „russischsprachige“ Ukraine bezeichnet werden (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6. Russisch als Muttersprache in den ukrainischen Oblasten in % der Angaben in der jeweiligen ethnischen Gruppe<sup>1114</sup>

Oblast/Region	Ethnische Russen	Ethnische Ukrainer
<u>Ost</u>		
Charkiw	95,6%	25,8%
Dnipropetrowsk	93,7%	17,4%
Donezk	98,6%	58,7%
Luhansk	98,2%	49,4%
Zaporischija	95,3%	30,9%
<u>Süd</u>		
Cherson	91,6%	13,0%
Mykolajiw	93,7%	17,5%
Odessa	97,0%	28,2%
AR Krim	99,7%	59,5%
Stadt Sewastopol	99,7%	70,1%
<u>Zentrum</u>		
Oblast Kiew	87,6%	1,5%
Kirowohrad	87,3%	3,3%
Poltawa	87,8%	2,9%
Tscherkassy	88,0%	1,6%
Tschernihiw	88,8%	5,6%
Zhytomyr	81,3%	2,2%
Winnycja	86,2%	1,2%
Sumy	89,6%	7,6%
<u>West</u>		
Chmelnyzkyj	84,0%	0,9%
Iwano-Frankiwsk	86,0%	0,2%
Lwiw	87,8%	0,4%
Riwne	83,2%	0,4%
Ternopil	80,3%	0,1%
Transkarpatien	91,6%	0,5%
Tscherniwzi	91,5%	1,3%
Wolhynien	85,6%	0,3%
Stadt Kiew	92,0%	14,2%

<sup>1113</sup> Ebd. S. 75-77; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 271.

<sup>1114</sup> Daten aus: Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.: Регионы Украины.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Je weiter westlich man sich auf der ukrainischen Landkarte bewegt, umso stärker wird die Ukrainischsprachigkeit im Alltag und umso größer der Anteil der ethnisch ukrainischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Während in der Zentralukraine der Anteil der Russen an der Bevölkerung sich zwischen 6% (Winnycja) und 20% (Stadt Kiew) beträgt, sinkt der entsprechende Anteil auf durchschnittlichen 5% der westukrainischen Oblaste.<sup>1115</sup> Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die überwiegende Mehrheit in diesem Teil des Landes ethnische Ukrainer sind bzw. sich als solche identifizieren. Dennoch gibt es auch hier entsprechende Unterschiede in der sprachlichen Nutzung: Während im Westen die ukrainische Sprache im Schnitt etwa zu 95% gesprochen wird, was sich somit mit der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung deckt, ist die russische Sprache in der Zentralukraine etwas verbreiteter. In Kiew ist die Nutzung beider Sprachen etwa mit 50:50 zu bewerten, im restlichen Zentrum sprechen etwa 10% bis 20% der Bevölkerung Russisch als erste Kommunikationssprache.<sup>1116</sup> Durch die überwiegende Ukrainischsprachigkeit der westlichen Regionen gilt dieser Teil der Ukraine demnach als die „ukrainischsprachige“ Ukraine, während das Zentrum der Ukraine als Region eine Art Pufferzone zwischen den beiden Gebieten darstellt. Die Besonderheiten der sprachlichen Situation der Ukraine werden später im Kapitel „Die Rolle der Sprache“ näher erläutert.

---

<sup>1115</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 69-79.

<sup>1116</sup> Ebd. S. 79.

Karte 3. Alltagssprachen in der Ukraine.<sup>1117</sup>



<sup>1117</sup> Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Kompleksnyj Atlas Ukraïny, Kyïv 2005. Kartographie: Silke Dutzmann. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 6. © Zeitschrift OSTEUROPÄ. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

Karte 4. Ethnische Identität in der Ukraine.<sup>1118</sup>



251

<sup>1118</sup> Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Kompleksnyj Atlas Ukraïny, Kyiv 2005. Kartographie: Silke Dutzmann. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 5. © Zeitschrift OSTEUEUROPA. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

In der Ukraine gab es von vorneherein keine nennenswerte Russenphobie, mit Ausnahme der sich ganz im Westen befindenden Oblasten, wie Galizien oder Wolhynien.<sup>1119</sup> Die Dynamik des Systemwechsels und der Regionalismus führten jedoch mit der Zeit dazu, dass in den Oblasten der „rechtsufrigen“ – also der westlichen – Ukraine der Erhalt bzw. die Wiederbelebung der ukrainischen Sprache und Kultur große Anhängerschaft fanden. Im ukrainischen Osten wurden dieselben Ideen wiederum häufig als Angriff wahrgenommen. Sobald politische Kräfte an die Macht kamen, die von der Mehrheit im Westen unterstützt wurden, stieg stets die Gefahr der Proteste oder gar einer Sezession im Osten bzw. im Südosten.<sup>1120</sup> Dies äußerte sich in Wahlergebnissen, wie später in einem weiteren Unterkapitel näher erläutert wird: Donezk und Luhansk erzielten stets relativ deutliche Unterschiede zu den benachbarten Oblasten sowie dem Rest des Landes, sowohl was die Unterstützung der Kandidaten bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als auch was politische Sachfragen angeht. Als Gegenpol dazu können im Westen Lwiw und Iwano-Frankiwsk gelten, die ihrerseits meistens deutliche Mehrheiten für die jeweiligen Gegenkandidaten zeigten.<sup>1121</sup> Aufgrund ihrer relativ stark ausgeprägten ukrainisch-nationalen Mentalität unterstützten die Wähler der Westukraine auch nicht selten national-radikale Parteien, die zum Teil offen fremdenfeindliche Züge annehmen.<sup>1122</sup> Der Donbass zusammen mit dem gesamten Südosten wählten dagegen häufig Parteien, die sich für ihre ethnisch-nationalen Interessen sowie für die Zügelung der ukrainisch-nationalistischen Bewegungen einsetzten.<sup>1123</sup> So waren hier die Kommunisten in den Jahren 1998 und 2002 dominant, bis sie 2006 von der „Partei der Regionen“ abgelöst wurden.<sup>1124</sup> Die Beibehaltung des Russischen im Alltag bzw. Russisch als zweite Amtssprache waren Dauerbrenner im ukrainischen Osten, mit den Parteien oder Kandidaten häufig im Wahlkampf auf Stimmsuche gingen.<sup>1125</sup> Ebenso verhielt es sich mit dem Thema der Föderalisierung und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland. Die Integration der Ukraine in die EU bzw. die NATO und die außenpolitische Nähe zu Russland sind ohnehin stets Themen gewesen, welche die regionale Spaltung der Ukraine in post-sowjetischen Zeiten weiter verdeutlichen. Im äußeren Westen fand die West-Integration der Ukraine ihre Anhängerschaft.<sup>1126</sup> Je östlicher auf der ukrainischen Landkarte, umso mehr wurde einer EU-NATO Integration mit Skepsis begegnet.<sup>1127</sup>

Zwischen diesen zwei Polen spielte die Zentralukraine wiederholt eine Vermittlerrolle.<sup>1128</sup> Zwar definieren sich die meisten Bewohner der Zentralukraine als ethnische Ukrainer und auch die ukrainische Sprache ist hier weiter verbreitet als im Osten des Landes, doch der ukrainische Nationalismus war und ist hier weniger präsent als im

---

<sup>1119</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 271.

<sup>1120</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 81.

<sup>1121</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 64.

<sup>1122</sup> Ebd.

<sup>1123</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 5.

<sup>1124</sup> Ebd.

<sup>1125</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 303.

<sup>1126</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 303.

<sup>1127</sup> Ebd. S. 5.

<sup>1128</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. Osteuropa 5-6. 41-60, S. 47.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Westen.<sup>1129</sup> Wahlergebnisse lassen die Vermutung zu, den Zentralukrainern ginge es um sozioökonomische Fragen sowie der Rolle des Staates; außenpolitisch schienen sie in der Vergangenheit sowohl die Beziehungen zu Russland als auch zur EU aufrechterhalten bzw. intensivieren zu wollen und somit keiner klaren Partei anzugehören.<sup>1130</sup> Während der Krise im Jahr 2014 positionierten sich die Bewohner der zentralukrainischen Oblaste eher in die „pro-europäische“ Richtung.

Interessant ist dabei, dass während Fragen bezüglich des Status der russischen bzw. der ukrainischen Sprache und Kultur oft einen wichtigen Stellenwert in den Wahlprogrammen der Parteien einnahmen, waren sie für die Wähler nicht immer zentral.<sup>1131</sup> Eine gewisse Parteidentifikation ist insofern bedeutend, als dass viele angehalten waren und sind die „richtige“ Partei zu wählen – was häufig mit erheblichem Druck aus dem eigenen familiären oder beruflichen Umfeld verbunden war. Denn die „falsche“ Partei im Kerngebiet der jeweiligen Partei zu wählen, bedeutete häufig „für die anderen“ zu sein. Umfragen und Wahlergebnisse zeigen, dass bei der politischen Identifikation eher die Wohngegend als die tatsächliche ethnische Zugehörigkeit eine Rolle spielt. Diese ist wiederum mit dem Einfluss der regionalen Kanäle der Verwaltung und der Wirtschaft verbunden, welche die „richtige“ Wahl herbeiführen.<sup>1132</sup> Dabei unterscheidet sich die politische Anhängerschaft mehr durch den Wohnort als durch die ethnische Zugehörigkeit.<sup>1133</sup> Auch deswegen ist die Differenzierung zwischen dem „rechten“ und dem „linken“ Dnepr-Ufer mit der Unterscheidung entsprechend der Himmelsrichtungen im Grunde deckungsgleich. Auf die Charakteristika der parteipolitischen Landschaft sowie die Fragen der außenpolitischen Ausrichtung mit Bezug zum ukrainischen Regionalismus wird im weiteren Verlauf der Arbeit näher eingegangen.

Ein weiterer Faktor, welcher an dieser Stelle allerdings nur kurz angeschnitten werden kann, ist die zum Teil unterschiedliche religiöse Zugehörigkeit der ukrainischen Bevölkerung. Obwohl die Unterschiede in der Glaubenszugehörigkeit bislang zu keinen bedeutenden Konflikten geführt haben, gehört die Religion dennoch zu bedeutenden Aspekten des kulturellen Wertesystems der ukrainischen Bevölkerung. Die hauptsächliche Unterscheidungslinie verläuft zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen bzw. protestantischen Glaubensgemeinschaft, wobei in der Ukraine auch noch einige Unterschiede innerhalb der orthodoxen Gruppe vorhanden sind. Über 90% der ukrainischen Bevölkerung gehören zwar der orthodoxen Kirche an, insgesamt gibt es allerdings vier miteinander konkurrierenden Kirchen, neben kleineren Gemeinden, welche sich mehr oder weniger eindeutig auf die Regionen verteilen:<sup>1134</sup> die griechisch-katholische (unierte) Kirche in der Westukraine und in Transkarpatien, die autokephale ukrainisch-orthodoxe Kirche, die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats sowie die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats.<sup>1135</sup> Die ukrainisch-

---

<sup>1129</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 6.

<sup>1130</sup> Ebd.

<sup>1131</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 76.

<sup>1132</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-54.

<sup>1133</sup> Ebd. S. 47.

<sup>1134</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 65; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740-744.

<sup>1135</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 72-73; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 249; 272-273.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats wird von den meisten orthodoxen Gläubigen der Westukraine anerkannt, da die Unterstellung der ukrainischen orthodoxen Gemeinde dem Moskauer Patriarchat in diesem Teil des Landes von vielen Gläubigen aus historischen bzw. nationalen Gründen nicht akzeptiert wird.<sup>1136</sup> Im südöstlichen Teil der Ukraine gehören die meisten orthodoxen Gläubiger jedoch der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats an. Das Zentrum des Landes ist zwischen den beiden Kirchen noch „unentschieden“ und agiert auch hier, wie bereits bei der Nutzung der Alltagssprache und der parteipolitischen Zugehörigkeit, als eine Art Pufferzone.<sup>1137</sup> Ironischerweise gibt es in der religiösen Auslegung der orthodoxen Kirchen der Ukraine so gut wie keinen Unterschied, was somit die nationale, emotionale und subjektive Einschätzung in den Vordergrund der Gemeindegewahl rückt.<sup>1138</sup> Die Eigenschaft „православный“ – „pravoslavnyj“ („orthodox“) gilt für die slawisch-orthodoxe Welt bereits seit Jahrhunderten als eine Art grenzüberschreitendes Identifikationsmerkmal. Umso bedeutender ist es, dass die Anhänger des Kiewer Patriarchats sich der eigenen Auffassung entsprechend quasi zu ihrer ukrainischen Identität bekennen, womit sie die Gläubigen des Moskauer Patriarchats aus dieser wiederum quasi ausschließen.<sup>1139</sup> Die Kirche kann damit als ein Beispiel dafür gelten, wie Religion zur identifikativen Unterscheidung zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Ukraine instrumentalisiert wird, wobei die Gemeindezugehörigkeit in Wahrheit nur wenig über die „eigentliche“ bzw. die objektive Zugehörigkeit aussagt.

Die historische und kulturelle Heterogenität und zum Teil Gegensätzlichkeit der ukrainischen Regionen wurde durch die wirtschaftliche Struktur der Sowjetzeit weiter vertieft. Die Bergbauggebiete des Ostens mit den Zentren Donezk, Luhansk, Charkiw und Dnipropetrowsk bildeten dabei die Ballungsräume.<sup>1140</sup> Genau in diesen Gebieten haben sich infolge der unübersichtlichen Zeit der 1990er Jahre Oligarchennetzwerke herausgebildet. Wichtig ist hierbei allerdings, dass die ostukrainischen Oligarchen stets für den Verbleib dieser Region in der Ukraine stimmten, was unter anderem zur Beruhigung der wiederholten Sezessionsbestrebungen beigetragen hat.<sup>1141</sup> Die Oblaste des Westens waren und sind dagegen ländlicher geprägt, was auch die traditionelle Verbundenheit mit der ukrainischen Dorfkultur aufrechterhält. Auch dies findet seinen Platz in der ukrainisch-nationalen Rhetorik des Westens. Auch diese Aspekte des ukrainischen Regionalismus werden im Laufe der Arbeit näher erläutert und analysiert.

---

<sup>1136</sup> Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. Ost-West Europäische Perspektiven (OWEP) 4. 266-276, S. 268.

<sup>1137</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 742; Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. S. 266-276.

<sup>1138</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 742.

<sup>1139</sup> Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. S. 266-276.

<sup>1140</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

<sup>1141</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.



### 5.5.2 Russischsprachige Regionen der Ukraine

#### 5.5.2.1 Die Krim und der Donbass als Sonderfälle

Wie bereits in den vorangegangenen Ausführungen angedeutet, nehmen zwei Regionen der Ukraine eine besondere Rolle ein, wenn es um die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung geht. Diese sind zum einen die Halbinsel Krim als einzige Oblast mit einer ethnisch bzw. national russischen Mehrheit und zum anderen die Regionen Donezk und Luhansk, deren Teile zusammen als Donbass bekannt sind. Von der gesamten ethnisch russischen Bevölkerung der Ukraine leben knapp 50% in diesen drei Oblasten.<sup>1142</sup> Zudem gilt die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung, wie bereits erläutert, allgemein als „russischsprachig“. Doch nicht nur das macht sie besonders im Kontext der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine – diese Gebiete haben im Jahr 2014 nicht zum ersten Mal für Unruhen im unabhängigen ukrainischen Staat gesorgt, obwohl es in der Vergangenheit bekanntlich nie zu einem bewaffneten Konflikt gekommen ist. Es gab jedoch immer wieder Sezessionsbestrebungen und gesellschaftliche Spannungen, welche häufig mit einem Machtwechsel in Kiew einhergingen. Im Folgenden soll ein kurzer Einblick in die Historie und die jüngste Vergangenheit dieser Gebiete gewährt werden, damit ihre Bedeutung im Kontext der ukrainischen Staatlichkeit verdeutlicht werden kann.

##### 5.5.2.1.1 Die Krim – Historie

Die Geschichte der Krim beginnt bereits im 8. Jahrhundert vor Christus, als die Kimmerer und Taurer die Halbinsel bewohnten.<sup>1143</sup> Im Laufe des 13. bis 15. Jahrhunderts war die Halbinsel Teil der Goldenen Horde. Im 15. Jahrhundert, als Folge des Zerfalls der Goldenen Horde, entstand die erste eigenständige Staatlichkeit, die neben der Halbinsel Krim auch die Territorien im Süden der heutigen Ukraine umfasst – das Khanat der Krim.<sup>1144</sup> Tatsächlich wurde das Khanat allerdings bereits bei der ersten Eroberung durch das Zarenreich formal annektiert – ein Schicksal, das sich ein paar Monate mehr als 230 Jahre später wiederholen sollte.<sup>1145</sup> Doch selbst die frühzeitigen ukrainischen Nationalpatrioten betrachteten die Krim nicht als einen integralen Bestandteil des ukrainischen Staatsgebietes.<sup>1146</sup> Ihren Status als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) verdankt die Krim ihrer besonderen Geschichte zwischen der Ukraine, Russland und dem Osmanischen Reich.<sup>1147</sup> Seit dem Jahr 1783 war die Krim Teil des Russischen Imperiums, als Teil der Russischen Sozialistischen Föderalen Sowjetrepublik (RSFSR)

---

<sup>1142</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Про кількість та склад населення України за підсумками Всеукраїнського перепису населення 2001 року.

<sup>1143</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 28-29.

<sup>1144</sup> Ebd. S. 179.

<sup>1145</sup> Damit wird die Übernahme der Krim durch Russland im Jahr 2014 angedeutet. Diese wird im Laufe der Arbeit näher erläutert (siehe Kapitel „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“).

<sup>1146</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine (Bd. 18729). Stuttgart: Reclam. S. 243.

<sup>1147</sup> Ebd. S. 243; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

war sie bis 1944 eine autonome Republik. Für die zehn nachfolgenden Jahre bis 1954 unterstand das Territorium RSFSR, ehe es an die Ukraine „verschenkt“ wurde. Die bedeutenden historischen Ereignisse für die Slawen und folglich für Russland und Ukraine gleichermaßen ist die Anwesenheit von Kirill (dem Grundleger des kyrillischen Alphabets) auf der Krim im 9. Jahrhundert sowie die Taufe des Fürsten Wladimir in der antiken Stadt Chersones (vermutlich) im Jahr 988.<sup>1148</sup> Für die Verfechter der „russischen“ Krim zählt vor allem das letzte Ereignis als Anfang des russischen Einflusses.

### 5.5.2.1.2 Der Donbass - Historie

Der Name „Donbass“ stammt von der Wortkombination „Donezk-Becken“, bzw. „Донецкий басейн“ (Rus.), kurz „Donbass“ bzw. „Донбасс“ (Rus.). Die Region wurde bereits Anfang des 18. Jahrhunderts als Industriegebiet entdeckt, die hauptsächlichsten Vorkommen waren die der Steinkohle, um welche eine bedeutende industrielle Logistik entstand. Während der Sowjetzeit kamen weitere industrielle Bereiche wie Metallurgie, Chemie, Maschinenbau (u.a.) dazu, was dieser Region einen wichtigen Stellenwert in der Wirtschaftsstruktur der Russischen Imperiums und später der Sowjetunion verlieh.<sup>1149</sup> In den 1920er Jahren galt die Region als das industrielle und wirtschaftliche Herz Russlands, diese Rolle verminderte sich etwas nach dem Zweiten Weltkrieg, doch der Donbass blieb weiterhin an führender Stelle des sowjetischen Industrieprojektes. Geographisch verteilt sich der Donbass über die administrative Region Donezk, die südliche Hälfte der Oblast Luhansk sowie den westlichen Teil von Dnipropetrowsk. Das Gebiet beheimatet heute ca. 15% der gesamten ukrainischen Bevölkerung.<sup>1150</sup> Anteilig leben im Donbass 40% der gesamten ethnisch russischen Bevölkerung der Ukraine.<sup>1151</sup> Sowohl in Donezk als auch in Luhansk teilt sich die Bevölkerung grob geschätzt auf etwa 40% ethnische Russen und 60% ethnische Ukrainer.<sup>1152</sup>

Territorial nimmt die Region ca. 9% der gesamten Ukraine ein und sorgt für etwa ein Fünftel des industriellen Outputs.<sup>1153</sup> Bereits in der Sowjetzeit stieg die wirtschaftliche Bedeutung des Donbass enorm, was auch Folgen für die gesamte sowjetische Herrschaftslegitimation hatte.<sup>1154</sup> Lenin konstatierte seinerzeit, dass es ohne die Unterstützung der Bevölkerung aus dem Donbass im Jahr 1928 womöglich gar nicht erst zu der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine gekommen wäre.<sup>1155</sup> Im Grunde hat der

---

<sup>1148</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 77.

<sup>1149</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 16.

<sup>1150</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Про кількість та склад населення України за підсумками Всеукраїнського перепису населення 2001 року.

<sup>1151</sup> Ebd.

<sup>1152</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 75-77; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 748; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 82-83.

<sup>1153</sup> Diese Daten entstammen der Vorkrisen-Statistik (vor 2014). Schätzungen zufolge ist die industrielle Produktion im Don-Becken infolge der Krise etwa um 50% eingebrochen, wobei eindeutige Zahlen fehlen. Das Wirtschaftswachstum der gesamten Ukraine betrug -10% bis -15% für die Jahre 2014 und 2015. Spiegel Online „Aus dem Nichts ins Nichts“ 24.05.2015 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-krise-wirtschaft-des-landes-liegt-am-boden-a-1034960.html> (Abgerufen am 20.06.2015).

<sup>1154</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 706.

<sup>1155</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 83.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

Donbass seinen Ruf aus dem 19. Jahrhundert als „wildes Feld“ bis heute nicht verloren.<sup>1156</sup> Seine ambivalente und zugleich enorm bedeutende politische Rolle hat er bis heute beibehalten – nicht zuletzt im Zusammenhang mit seiner russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung.

### 5.5.2.2 „Neurussland“ als historisch bedeutendes Gebiet der russischsprachigen Ukraine

„Noworossija“ (Новороссия) oder „Neurussland“ ist eine Bezeichnung der Gebiete rund um die Hafenstadt Odessa im Süden der Ukraine.<sup>1157</sup> Dieses stellt einen historischen Teil der Ukraine dar, das als russisches Kolonialland zusammen mit die Region rund um Donezk und Luhansk die stärker urbanisierten und industrialisierten Gebiete als Gegengewicht zu der stärker ländlich geprägten Westukraine bildeten.<sup>1158</sup> Die Ukrainer stellten dort die nicht-dominierende Gruppe dar und wurden starken Russifizierungstendenzen ausgesetzt.<sup>1159</sup> Bis heute bleibt das Gebiet multiethnisch und stark russischsprachig geprägt.<sup>1160</sup> Weitere zu Noworossija zählende Oblaste sind Charkiw und Dnipropetrowsk im Osten sowie Cherson, Odessa und Mykolajiw im Süden der Ukraine. Die heutige Zahl der Einwohner beträgt ca. 14 Millionen Menschen.<sup>1161</sup>

Tatsächlich entstand das Gebiet des „Noworossijskij Kraj“, später „Noworossijskaja Gubernija“ hauptsächlich in der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, infolge der Eroberungen des Russischen Zarenreichs.<sup>1162</sup> Der Hauptgegner dieser Zeit auf diesen Gebieten war das Osmanische Reich, deren Hauptstadt Konstantinopel für Russlands Herrscher stets als die endgültige Bastion auf dem Weg zur „pan-slawischen“ Herrschaft und der Vereinigung aller slawischen Völker gewesen ist.<sup>1163</sup> Verschiedene militärische und politische Kräfte waren auf dem Gebiet der „Noworossija“ versammelt, angefangen von kriegerischen Wandervölkern bis hin zum Bauernvolk und dem Don Heer (Войско Донское). Durch die jahrhundertelange Vermischung verschiedener Kulturen und Nationen auf diesem Gebiet – die fruchtbaren Länder wurden von der russischen Herrschaft günstig und ohne Leibeigenschaft an Bauern vergeben – entstand eine bunte Mischung aus Sprachen, Kulturen und Traditionen, die aber weiterhin von den „Neurossen“ mit einer russisch-ukrainischen Mischkultur und –

---

<sup>1156</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 16; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 82-83.

<sup>1157</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 71-72.

<sup>1158</sup> Ebd. S. 71-72; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302.

<sup>1159</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 72.

<sup>1160</sup> Ebd.

<sup>1161</sup> Benjamin Bidder: „Das ist Putins Neurussland“ Spiegel Online 15.09.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-neurussland-von-putin-in-der-ostukraine-mit-karten-a-989470.html> (Abgerufen am 20.09.2014).

<sup>1162</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 284-285.

<sup>1163</sup> Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Sprache („Surzhik“ – „суржик“) dominiert wurde.<sup>1164</sup> Während des Bürgerkrieges Anfang der 1920er Jahre stellte sich die, hauptsächlich russische, städtische Bevölkerung des Gebietes auf Seite der imperialistischen „Weißen“ Kräfte, die wohlhabenden ukrainischen Bauern suchten ihre eigene Unabhängigkeit und die Kosaken kämpften für den Erhalt des Russischen Imperiums. Aus diesem Grund musste die Region zwischen den Weltkriegen heftige Repressionen seitens der neuen sowjetischen Herrschaft erleiden, wobei das Kosakentum endgültig ausgerottet und große Teile der Bevölkerung entweder deportiert wurden oder während der Hungerkatastrophe Anfang der 1930er Jahre ums Leben kamen.<sup>1165</sup> Während der Umbruchsjahre kam es auch in diesen Gebieten zu Sezessionsbestrebungen – im Jahr 1991 erklärten die Oblaste Odessa, Mykolajiw und Cherson die Absicht „Neurussland“ als Staat auszurufen.<sup>1166</sup> Doch selbst wenn viele der heutigen Bewohner der Ost- und Südukraine während der Sowjetherrschaft in diese Gebiete kamen, historisch war die Bevölkerung stets von einer besonderen Identität geprägt, die sich irgendwo zwischen Russland und Ukraine verorten lässt.<sup>1167</sup>

### 5.5.3 Einflussfaktoren der Bevölkerung im Donbass

Die Zuwanderung in die Region Donbass ergab sich aus den wirtschaftlichen Prozessen des 18. und 19. Jahrhunderts und erfolgte sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland, was die sprachliche und nationale Durchmischung des Donbass, wie im Übrigen auch der „Noworossija“ vorantrieb.<sup>1168</sup> Die Siedlungen gliederten sich häufig gemäß der Nationalität der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, die in ihnen lebte, wobei die Städte mehrheitlich von Russen und die Dörfer von den Ukrainern bewohnt wurden.<sup>1169</sup> Allerdings nahmen weiter südlich auch russische Dörfer zu. Wichtig ist hierbei, dass der Donbass historisch nie eindeutig auf dem ukrainischen Staatsgebiet lag.<sup>1170</sup> Diese Zuteilung ergab sich nicht etwa infolge der ethnisch-kulturellen Verhältnisse, sondern folgte mehr oder weniger aus den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges und den territorialen Entscheidungen der Bolschewiki, wonach der Donbass als Teil der Ukraine mittels der sowjetischen Nationalitätenpolitik innerhalb des russischsprachigen Raumes erhalten werden sollte.<sup>1171</sup> Durch die zunehmende Russischsprachigkeit waren die Grenzen zwischen Russland und Ukraine in diesen Gebieten sehr fließend, selbst in den Zeiten der „korenizacija“. Beigetragen hat hierzu die durchgehende Förderung der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Donbass, wodurch die russische bzw. russischsprachige Bevölkerung in den Städten und Industriezentren sich von den Ukrainern auf dem Land

---

<sup>1164</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): *A History of Ukraine*. S. 740; Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

<sup>1165</sup> Дергачев В.А. «Геополитическая трансформация украинского Причерноморья» Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. – Издательский проект профессора Дергачева, 2008.

<sup>1166</sup> Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 81.

<sup>1167</sup> Vgl. hierzu Kapitel „Die Rolle der Identität“ in dieser Arbeit.

<sup>1168</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): *A History of Ukraine*. S. 285.

<sup>1169</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 16.

<sup>1170</sup> Ebd.

<sup>1171</sup> Ebd.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

und in den Kolchosen abheben konnte.<sup>1172</sup> Die Sowjetzeit festigte in den Bewohnern des Donbass eine starke lokal-regionale Identität, die durch industrielle, wirtschaftliche aber auch kulturelle Merkmale gekennzeichnet war.

Obwohl die Wiederbelebung der ukrainischen Sprache am Anfang der 1990er Jahre im Donbass mit Schwierigkeiten und Zeit verbunden war und Russisch nach wie vor dominant war, bedeutet das nicht, dass die hiesige Bevölkerung nach dem Zerfall der Sowjetunion zwangsläufig ein Teil von Russland sein wollte. Dies belegen bereits Umfragen Anfang der 1990er Jahre, wonach zwar die Sowjetunion von vielen als die Heimat angesehen wurde, jedoch in der Ukraine und nicht in Russland.<sup>1173</sup> Zweierlei Faktoren beeinflussen die Bevölkerung bis heute: Erstens lebt die Sowjetunion in erster Linie in den Köpfen der zunehmenden Generation weiter, was somit die jüngere Generation ins Rampenlicht der Modernisierung rückt. Zweitens streben die Geschäftsleute auf den Weltmarkt und somit tendenziell in Richtung Westen. Diese zwei Gesellschaftsschichten – junge Leute und Geschäftsleute – sollten im Idealfall dafür sorgen, dass der Donbass sich zumindest für die Integration mit dem Rest der Ukraine einsetzt. Doch die Ereignisse des Jahres 2014 sprechen eine andere Sprache – warum? Schließlich wurden die Eliten dieser Regionen nie daran gehindert ihre Macht lokal und auf nationalstaatlicher Ebene auszuüben. Sein politisches Gegengewicht zum Westen des Landes hat der Donbass in allen bisher stattgefundenen Wahlen und Abstimmungen demonstriert, mit Ausnahme der Wahlen im Krisenjahr 2014. Zwar hatten die neuen wirtschaftlichen Netzwerke und das Interesse an neuen Märkten zur Folge, dass im Donbass nicht nur Kommunisten, sondern auch liberale Kräfte oder demokratische Kräfte unterstützt wurden.<sup>1174</sup> Dennoch überwogen die Präferenzen in Richtung der linken Kräfte und der Parteien, die sich explizit auf den Südosten der Ukraine ausgerichtet hatten. Erstmals hatte sich das politische Tauziehen in den 1990er Jahren gefestigt, als Leonid Krawchuk und später Leonid Kuchma mithilfe der Stimmen aus dem Osten bzw. Süden sich gegen die vom Westen unterstützten Kandidaten durchsetzen konnten. Allein bei der Präsidentschaftswahl 1999 konnte Kuchma den Westen und die Mehrheit aus dem Zentrum und Süden auf seine Seite ziehen. Ansonsten demonstrierte der Südosten auch nach der Orangen Revolution munter seine politische Macht – indem erst die „Partei der Regionen“ (PdR) und dann 2010 schließlich Wiktor Janukowitsch an die Macht gehievt wurde.

Ebenso ist von Bedeutung, dass viele Vertreter der ukrainischen Oligarchen-Netzwerke aus dieser Region kommen, was weiterhin zur Stärkung der politischen Stellung des Donbass in der Ukraine geführt hat. Aus der Konstellation, in der ein Teil der Bevölkerung lange Zeit Sowjetnostalgie hegte, während ein anderer Teil kräftig an der ukrainischen Unabhängigkeit mitgewirkt und mitverdient hat, entstand eine Mischung aus verschiedenen Vorstellungen über die Rolle des Donbass und der dortigen Bevölkerung, obwohl die allgemeine Identifikation wohl weder als anti-ukrainisch noch als anti-russisch, sondern mehrheitlich als „pro-Donbass“ bezeichnet werden könnte.<sup>1175</sup> Einerseits konnten die Russischsprachigkeit und die Nähe zu Russland nicht verloren

---

<sup>1172</sup> Ebd.

<sup>1173</sup> Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. S. 726-727; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 83.

<sup>1174</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 84.

<sup>1175</sup> Ebd. S. 85-86.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

gehen – zu stark sind nach wie vor die Kontakte, ob über Medien oder über familiäre bzw. geschäftliche Verbindungen, letztlich schlicht über die Gewohnheit Russland „um die Ecke“ zu haben. Andererseits wurde die Region durch ihre starke polit-ökonomische Elite auf der zentralstaatlichen Ebene der Ukraine gut vertreten, was ebenso zur Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins der Bevölkerung beitrug. Schließlich sorgte die jüngere Generation für einen offenen Umgang mit dem ukrainischen Staat und der ukrainischen Sprache, was in Verbindung mit der ökonomischen Offenheit gegenüber dem Westen und Russland zu einer ambivalenten Stellung der Region führte.

Mitte der 1990er Jahre sowie im Jahr 2004 kam es im Donbass immer wieder zu fragwürdigen Abstimmungen, die Bestrebungen einer Sezession zeigten.<sup>1176</sup> Meistens gingen diese mit liberalen Machtwechseln in Kiew oder mit wirtschaftlichen Krisenzeiten einher.<sup>1177</sup> In den 1990er Jahren wurden ökonomische Probleme auf den Zerfall der Sowjetunion geschoben oder auf die Unfähigkeit der Regierung bzw. des Präsidenten.<sup>1178</sup> Besonders erregte die Machergreifung der Orangen Kräfte im Jahr 2004 die Donbasser Gemüter. Allerdings waren die Stimmen der Sezession weniger dafür, sich Russland anzuschließen.<sup>1179</sup> Eher ging es um die Geltendmachung der politischen Position auf der zentralstaatlichen Ebene und häufig auch um Aspekte der Dezentralisierung.<sup>1180</sup> Auch immer präsent war im Donbass die Furcht vor dem westukrainischen Nationalismus. Diese wurde vor allem durch Wahlergebnisse, Slogans oder Parolen, neben Diskussionen um historische Ereignisse und nicht zuletzt durch den Status der russischen Sprache in der gesamten Ukraine geschürt. Mithilfe der Machtposition der im Donbass favorisierten Parteien, solche wie der KPU oder später der „Partei der Regionen“, konnten Proteste häufig beruhigt werden, indem Zugeständnisse wie das Gesetz zur Regionalsprache aus dem Jahr 2012 verabschiedet wurden.

Die Geschichte der Region zeigt somit eine starke Mischung aus einer ukrainisch-russischen-russischsprachigen Identität, welche sowohl politisch als auch wirtschaftlich den Donbass innerhalb der Ukraine hervorhebt. Zwar stand ein Anschluss an Russland über die Jahre hinweg weniger zur Disposition – allerdings ging es bei Protestaktionen, Sezessionsbestrebungen und politischen Statements durch Wahlen immer wieder um die politische Stellung der Region und um die Frage nach ihrer Russischsprachigkeit. Solange die Frage nach der Föderalisierung, der Nationalisierung und der Sprache in der Ukraine immer wieder auf die politische Tagesordnung kommt, wird der Donbass wohl ein „Problemfall“ bleiben, was nicht zuletzt durch die Machtposition Russlands gestärkt wird.<sup>1181</sup>

---

<sup>1176</sup> Vgl. Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 81.

<sup>1177</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 15.

<sup>1178</sup> Kuzio, Taras (1998): *Ukraine: state and nation building*. S. 85; Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 17.

<sup>1179</sup> Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*. S. 17.

<sup>1180</sup> Ebd.

<sup>1181</sup> Vgl. hierzu auch: Ebd.

### 5.5.4 Bevölkerung der Krim

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts haben die Krimtataren noch über 90% der Bevölkerung der Halbinsel Krim ausgemacht.<sup>1182</sup> In den ersten 100 Jahren unter russischer Herrschaft sank dieser Anteil zusammen mit der Gesamtbevölkerung, als Krimtataren massenhaft in das Osmanische Reich auswanderten. Infolge des Krimkriegs wurden weitere 200 000 Krimtataren von den Russen unter Anschuldigung einer Kollaboration vertrieben.<sup>1183</sup> Insgesamt hatten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts etwa zwei Drittel der Krimtataren ihre Heimat in Richtung des Osmanischen Reiches verlassen. Bis zum Schicksalsjahr 1944 erholte sich die krimtatarische Gemeinde auf der Krim etwas und zählte grob 250 000 Personen, was im Jahr 1939 20% der gesamten Bevölkerung auf der inzwischen überwiegend russisch und ukrainisch besiedelten Krim ausmachte. Die ersten machten im Jahr 1939 bereits 50% und die zweiten 14% der Bevölkerung aus.<sup>1184</sup>

Während der Stalinistischen Repressionen wurde die gesamte krimtatarische Bevölkerung der Halbinsel nach Zentralasien deportiert. Am 18. Mai 1944 wurden etwa 220 000 Menschen, bzw. 23% der Bevölkerung der Halbinsel in der Vorkriegszeit „entfernt“.<sup>1185</sup> Eine große Anzahl überlebte den Transport nicht, viele ließen aufgrund der schlechten Lebensbedingungen und mangelhafter Versorgung in Usbekistan ihr Leben. Entsprechend den Schätzungen der krimtatarischer Historiker starb etwa die Hälfte aller Krimtataren infolge der Repressionen. Russische Forschung stellt dem „nur“ ca. 18% gegenüber.<sup>1186</sup> Die Krimtataren versuchen heute die Deportationen und ihre Folgen international als Genozid anerkennen zu lassen, was Ähnlichkeiten zu den Bemühungen der Ukrainer bezüglich des „Holodomor“ aufweist.<sup>1187</sup> Als Grund für die kollektive Deportation galt für Stalin und seine politische Führung die Kollaboration der Krimtataren mit den Deutschen, die allerdings nicht nachgewiesen ist.<sup>1188</sup> Auch andere auf der Krim lebende Volksgruppen wurden nicht vor Repressionen verschont: Armenier, Bulgaren, Griechen und Krimdeutsche sowie die jüdische Bevölkerung wurden, wenn nicht von den Bolschewiken, dann von Nationalsozialisten deportiert oder ermordet.<sup>1189</sup> Die Deportation der Krimdeutschen fand beim Rückzug der Roten Armee am 18. Juli 1941 statt. Andere Nationalitäten wurden am 26. Juni 1944 „entfernt“.<sup>1190</sup> Obwohl die Krimtataren von Nikita Chruschjow auf dem 20. Parteitag im Jahr 1956 rehabilitiert wurden, durfte

---

<sup>1182</sup> Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 97.

<sup>1183</sup> Ebd.

<sup>1184</sup> o.V. Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001 (in %). . <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim>. (Abgerufen am 20.10.2014). Ebenso vgl: Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. S. 97.

<sup>1185</sup> Крымские татары. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014).

<sup>1186</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): *Geschichte der Ukraine*. S. 239.

<sup>1187</sup> Ebd. S. 243.

<sup>1188</sup> Ebd. S. 240.

<sup>1189</sup> Ebd.

<sup>1190</sup> Немцы: Депортация. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014)



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die Mehrheit dennoch erst nach 1990 in ihre alte Heimat zurückkehren.<sup>1191</sup> In der gesamten Sowjetunion außerhalb der Ukraine hatten sich bei der Volkszählung des Jahres 1989 etwa 225 000 Personen als Krimtataren bekannt.<sup>1192</sup> Die Rückkehr war sowohl mit einer Ablehnung seitens der lokalen russischen und ukrainischen Bevölkerung als auch mit Schwierigkeiten bei der Vergabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft verbunden.<sup>1193</sup> Zum Problem wurden die Besitzansprüche der russischen Bewohner der Krim. Deren Anteil hatte sich bis 1989 auf etwa 60% der Gesamtbevölkerung erhöht, der Anteil der Ukrainer lag bei etwa 26%.<sup>1194</sup> Bis zur Volkszählung 2001 machten Russen 58%, die Ukrainer 24% und die Krimtataren 12% der Bevölkerung aus.<sup>1195</sup> Tatsächlich glaubten viele der Krim-Russen im Laufe der Jahre, dass die Halbinsel „eigentlich“ russisches Land ist.

Die Geschichte der Ukrainer auf der Krim erstreckt sich vom Ende des 18. Jahrhunderts, als Katharina die Große der Zaporozher Kosaken Länder auf der Halbinsel versprach. Die Bedingungen des Landerwerbs waren günstig, so dass viele der ehemaligen Krieger zu sesshaften Landeigentümern wurden.<sup>1196</sup> Nachdem viele Krimtataren erst infolge der Übernahme durch das Russische Imperium und aufgrund des Krimkrieges die historischen Länder verlassen haben, wurden diese neben Russen auch mit Ukrainern besiedelt. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden so zunehmend gemischte Siedlungen, die aus russischen und ukrainischen Bauern bestanden. Erhöht hat sich die Zuwanderung auch infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft Ende des 19. Jahrhunderts.<sup>1197</sup> Damals stieg der Anteil der Ukrainer auf der Krim auf 12% der Bevölkerung, von denen über 70% auf dem Land lebten. Die traditionelle Kleidung, Lebensart und kulturelle Besonderheiten der Ukrainer litten hauptsächlich unter dem Bürgerkrieg und der anschließenden Machtübernahme durch die Bolschewiken. Durch Deportationen, Kriegsverluste und Repressionen der Stalin-Zeit wurde die Bevölkerung der Krim durchgewirbelt und anschließend mit der sowjetischen – zunehmend russischen und russischsprachigen – Kultur assimiliert. Die *policy* der sowjetischen Regierung in der Nachkriegszeit beinhalteten häufig quasi-Zwangsumsiedlungen, obwohl diese als „Berufung“ durch die Regierung ausgelegt wurden. So wurden auch viele Ukrainer auf die Krim umgesiedelt.<sup>1198</sup> Der letzte Zufluss der Ukrainer aus den westlichen Gebieten Wolhynien, Lwiw und Ternopil erfolgte in den 1950er Jahren, was unter der Prämisse des Kolhosen-Aufbaus bewerkstelligt wurde. Die Siedler der damaligen Zeit sowie spätere ethnische Ukrainer, die mehr oder weniger freiwillig auf die Krim kamen behielten oft ihre national-kulturelle Merkmale. So konnte die ukrainische Kultur und Sprache auf

---

<sup>1191</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 97.

<sup>1192</sup> Ebd.

<sup>1193</sup> Ebd. S. 97-98.

<sup>1194</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 240; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15-16.

<sup>1195</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраїнська перепись населення (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004; Розподіл населення за рідною мовою, Автономна Республіка Крим (у % до загальної чисельності населення) - Регіон, Рік, Вказали у якості рідної мову.

<sup>1196</sup> Украинцы: Историко-этнографическая справка. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/ukrainzy/index.htm> (Abgerufen am 20.11.2014)

<sup>1197</sup> Ebd.

<sup>1198</sup> Ebd.



## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

der Krim zumindest ansatzweise überdauern, obwohl hier die Vorherrschaft des Russischen nicht zu überbieten war.<sup>1199</sup>

Die Besonderheit der Krimtataren liegt unter anderem darin, dass sie stets zu 90% ihre krimtatarische Sprache verwendeten und sich damit erfolgreich einer kompletten „umgekehrten Assimilation“ in die Sowjetisch-russische Kultur widersetzen.<sup>1200</sup> Seit 1991 hatten die Krimtataren eine Selbstverwaltung innerhalb des institutionellen Aufbaus der AR Krim. Damit war den Krimtataren formal eine angemessene Vertretung in den repräsentativen Organen garantiert. Die Selbstverwaltung sorgte unter anderem dafür, dass die Krimtataren mit einem Netzwerk aus Schulen, Kindergärten, Medienträgern sowie einer Universität in Simferopol ausgestattet wurden. Für Auseinandersetzungen mit den anderen Nationalitäten der Krim sorgte unter anderem eine gewisse Fundamentalisierung der Krimtataren, was sich durch finanzielle Unterstützung durch Arabische Länder sowie die zunehmende Befolgung bestimmter Gesetze, wie der Kopftuchpflicht bei Frauen, äußerte.<sup>1201</sup> Aus dem Grund, kam es immer wieder zu Reibereien mit dem russischen bzw. russischsprachigen Teil der Bevölkerung: Die Krimtataren fanden, dass sie aufgrund ihrer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt wurden und Russen meinten, dass den Krimtataren zu viele Privilegien zuteilwurden.<sup>1202</sup> Grundsätzlich sahen sich aber sowohl die Russen als auch die Ukrainer als auch die Krimtataren im Recht, wenn es um die Besitzansprüche in Bezug auf die Krim ging.

### 5.5.5 Politisches Konfliktpotential der Krim

Im Jahr 1954 wurde die Halbinsel vom damaligen Generalsekretär der KPdSU anlässlich der 300-Jahresfeier des Vertrages von Perejaslaw, der als Beginn der russisch-ukrainischen Einheit gilt, an die Ukraine „verschenkt“.<sup>1203</sup> Bereits Ende der 1980er Jahre erkannte der spätere Präsident Leonid Krawchuk den Sonderstatus und vor allem das Konfliktpotential der Krim.<sup>1204</sup> Im Zuge der Perestroika, noch vor der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991, hat die Halbinsel ihren Vorkriegsstatus als Autonome SSR Krim wiedererhalten. Dazu gehörte auch eine eigene Staatssymbolik mit einem Wappen und einer Staatsflagge.<sup>1205</sup> Es folgte eine Erklärung der Unabhängigkeit der Krim im Jahr 1992 nach dem Beschluss des Lokalparlamentes der Republik Krim. Nach einigen Verhandlungen, hauptsächlich geleitet von Leonid Kuchma, bekam Krim ein Status der Autonomen Republik Krim im Rahmen der Ukraine. Das Territorium erhielt Beschlussrechte in den Bereichen Justiz, Finanzen und Verwaltung, als offizielle Sprachen wurden Ukrainisch, Russisch und Krimtatarisch festgelegt.<sup>1206</sup> Zwischen 1994 und 1996 kam es erneut zu Sezessionsbestrebungen, diesmal angeführt von Juri Meshkov, der 1994 zum Präsidenten der AR Krim gewählt worden war. Wieder gelang es der

---

<sup>1199</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

<sup>1200</sup> Jordan, Peter (2001): Ethnische Struktur der Ukraine. S. 98.

<sup>1201</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 241-242.

<sup>1202</sup> Ebd. S. 242-243.

<sup>1203</sup> Ebd. S. 243.

<sup>1204</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 86-87.

<sup>1205</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

<sup>1206</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 267.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Ukraine, die Halbinsel innerhalb der eigenen Grenzen zu behalten. Problematisch gestaltete sich die Lage der Krimtataren, die mit ihrer Situation unzufrieden waren. Beklagt wurden wirtschaftliche und politische Diskriminierungen und Verweigerung der Mitsprache;<sup>1207</sup> zumal der Kongress der Russen auf der Krim im Jahr 1996 die Russen zur indigenen Bevölkerung der Krim erklärt hatte. Zur Verschlechterung der Lage trug bei, dass 1998 beschlossen wurde, den Krimtataren ihre Garantie auf eine feste Anzahl der Vertreter im Parlament abzusagen.<sup>1208</sup> Bis hin zur Krise 2014 blieb die innerpolitische Lage damit angespannt.

Die Problematik der Krim besteht in ihrer nationalen Zusammensetzung, sowie in ihrer Position im Jahr 1991, als die Sowjetunion zusammenbrach. Die Zustimmungsmehrheit von 54% war die knappste der ganzen Ukraine, als am 1. Dezember 1991 über deren Unabhängigkeit abgestimmt wurde. Felix Schnell sieht dabei die Entscheidung als ein Votum gegen Moskau und nicht für die Zugehörigkeit zur Ukraine.<sup>1209</sup> Dabei hegte die Krim-Führung die Hoffnung der Autonomie bei gleichzeitiger Loslösung von der Sowjetunion, was letztlich unter der ukrainischen Führung auch gelang.<sup>1210</sup> Moskau war zu dem Zeitpunkt zu schwach, um sich einen Konflikt um die Krim leisten zu können, zumal dies auch Sezessionsbestrebungen anderer Territorien innerhalb der RSFSR hätte herbeiführen können.<sup>1211</sup> Somit trat die Krim auch bereits 1991 bewusst die Entscheidung zur „Distanzierung von Kiew unter russischen Vorzeichen“.<sup>1212</sup> Die nationale und ethnische Situation der Krim ist ein anderes Umland als im Donbass. Hier bilden tatsächlich Russen und nicht etwa russischsprachige Ukrainer die Mehrheit der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass das Territorium aus russischer Perspektive, wie bereits erwähnt, faktisch nicht ukrainisches, sondern russisches Territorium ist.<sup>1213</sup> Insofern halten viele Russen in Russland die „Schenkung“ aus dem Jahr 1954 für rechtswidrig.<sup>1214</sup> Diese Nuance unterscheidet die Krim sowohl vom Donbass als auch von den nordöstlichen bzw. östlichen Gebieten des Baltikums, die ebenfalls mehrheitlich von Russen bevölkert sind – dort betrachtet niemand das Territorium als „eigentlich“ russisches Land.

Die andere Sichtweise ist die der Ukrainer, die die Krim als eindeutig ukrainisches Staatsgebiet betrachten. Ihnen sind sowohl separatistische Bewegungen der Krim-Führung sowie die Mentalität der dortigen russischen Bewohner stets ein Dorn im Auge gewesen.<sup>1215</sup> Dieses Problem erkannte die ukrainische Führung aus der Zeit der Perestroika und des Systemübergangs unter den Präsidenten Krawchuk und Kuchma. Eine Verweigerung der Autonomie hätte in dieser Zeit mit großer Wahrscheinlichkeit zu Protesten und möglicherweise sogar zu einer echten Sezession geführt, womöglich schon damals unter „Assistenz“ von Russland. Diese Befürchtung wurde dadurch bestä-

---

<sup>1207</sup> Smith, Graham(1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities.S. 196.

<sup>1208</sup> Simon, Gerhard (2002): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001). Köln: Böhlau. S. 137.

<sup>1209</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

<sup>1210</sup> Ebd.

<sup>1211</sup> Ebd.

<sup>1212</sup> Zitiert aus: Ebd.

<sup>1213</sup> Ebd. S. 16.

<sup>1214</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

<sup>1215</sup> Ebd.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

tigt, dass sowjetische und später russische Führer eine Rücknahme der Krim öfter angedroht haben.<sup>1216</sup> Hinzu kommt, dass auch die politische Führung der Krim in der Übergangszeit bereit war direkt an den Obersten Sowjet der Sowjetunion zu appellieren, um die Entscheidung aus 1954 rückgängig zu machen. Die überwiegend russische Bevölkerung verweigerte zwar einige Aktionen der Krimischen Regierung – wie etwa den Übergang auf Moskauer Zeit im Jahr 1997 – haben dennoch eine starke lokal-russische, statt ukrainische Identität an den Tag gelegt. Im Jahr 1996 betrachteten die meisten die UdSSR an erster und die Krim an zweiter Stelle als Heimat.<sup>1217</sup> Die erste Gruppe dürfte im Laufe der Zeit ihre Heimat-Projektionen eher auf Russland als auf die Ukraine verteilt haben. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass diejenigen auf der Krim, die Russland als Heimat betrachten, weitaus zahlreicher als die vergleichbare Gruppe im Donbass sind. Auf der Krim konnten daher stets stärkere Sezessionsbestrebungen erwartet werden, was sich im Laufe der 1990er Jahre bestätigt hat. Doch die Heimatgefühle der Bevölkerung waren nicht der einzige Grund, weshalb die Krim ein Konfliktpotential besitzt.

Die Präsenz der russischen Marine mit dem Hauptteil der Schwarzmeerflotte in Sewastopol stellte seit Beginn der ukrainischen Unabhängigkeit eine höchst brisante Tatsache dar, die zweierlei Probleme in sich barg. Erstens war Russland militärisch stets auf dem ukrainischen Territorium präsent, was sich im Zuge der Abspaltung von 2014 als hochgradig nützlich für Russland und tragisch für die Ukraine erwies. Zweitens nutzten beide Staaten die Stationierung als Druckmittel dem jeweils anderen gegenüber, was letztendlich ein gewisses Eskalationspotential mit sich brachte, ging es doch um bedeutende militärische Anlagen. Drittens war mit der gesamten Halbinsel Krim und der „Heldenstadt“ Sewastopol eine emotionsgeladene Geschichte verbunden, die der Frage der territorialen Zugehörigkeit dieser Gebiete höchste Brisanz verlieh. Die entsprechende Diskussion ging sogar so weit, dass Russlands Parlament im Juli 1993 Sewastopol, aufgrund ihrer Rolle im Krimkrieg (1853-1856) und im Zweiten Weltkrieg (1941-1942), zur „russischen“ Stadt und seinem wichtigsten Flottenstützpunkt erklärte.<sup>1218</sup>

Die Diskussionen um die Krim als Station der Schwarzmeerflotte stellten eines der wichtigsten Themen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland dar und wurden als „Chefsache“ zwischen den Präsidenten beider Länder behandelt. Nach dem ukrainischen Referendum zur Unabhängigkeit im Dezember 1991 verblieb die Halbinsel innerhalb des ukrainischen Territoriums. Der erste Präsident Krawchuk bekräftigte die ukrainischen Besitzansprüche mit dem Beschluss der Oberbefehlshabung der Ukraine über alle sich auf ihrem Territorium befindende Streitkräfte. Die Schwarzmeerflotte wurde damit faktisch zu einem Fahneleid gegenüber der Ukraine verpflichtet, was Russlands Präsident Jelzin allerdings einige Tage später untergrub, indem er die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte zu Russland per Dekret festhielt.<sup>1219</sup> Bis 1993

---

<sup>1216</sup> Артем Кречетников: „Царский подарок“: 60 лет передаче Крыма Украине“ BBC 18.02.2014. [http://www.bbc.com/russian/international/2014/02/140217\\_crimea\\_ukraine\\_transfer](http://www.bbc.com/russian/international/2014/02/140217_crimea_ukraine_transfer) (Abgerufen am 03.08.2014).

<sup>1217</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 87-88.

<sup>1218</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 274.

<sup>1219</sup> Slavyane.org: „Раздел Черноморского флота“ 11.10.2014 <http://slavyane.org/history/razdel-flota.html> (Abgerufen am 28.10.2014).

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

haben sich die Staatsoberhäupter beider Länder auf eine gemeinsame Nutzung der Flotte bis 1995 geeinigt. Bereits im Jahr 1993 wurde ein Abkommen zwischen der Ukraine und Russland geschlossen, das 1995 noch mal erweitert und am 28. Mai 1997 festgeschrieben wurde.<sup>1220</sup> Mit dem Abkommen zwischen Leonid Kuchma und Boris Jelzin 1997 begann offiziell die Pacht der Militäranlagen auf der Krim. Demnach wurde das militärische Kontingent der Schwarzmeerflotte zwischen den zwei Ländern aufgeteilt, was die Ukraine 1999 ratifizierte.<sup>1221</sup> Russland erhielt das Recht, ein Kontingent von 25 000 Soldaten als Begleit- und Belegpersonal der Schwarzmeerflotte in Sewastopol und anderen kleineren Stützpunkten auf der Krim zu stationieren. Die Nutzung der Militäranlagen wurde zwischen den zwei Ländern in einer Art Mietvertrag auf Zeit festgelegt, die ersten 20 Jahre sollten von 1997 bis 2017 laufen.<sup>1222</sup> Die russische Seite ließ sich die Miete jährlich über 98 Millionen US Dollar kosten, was laut Kiew allerdings die Kosten der Instandhaltung nicht vollständig deckte.<sup>1223</sup>

Die Verlängerung des Vertrages sorgte stets für bilaterale Diskussionen. Je nach politischer Führung in der Ukraine wurde die Schwarzmeerflotte entweder als ein Störfaktor oder aber als eine Möglichkeit, gute Beziehungen mit Russland aufrecht zu erhalten, empfunden. Mit der Machtübernahme des Orangen Lagers im Jahr 2004 begann die Zeit der Unruhen um die Schwarzmeerflotte. Als die Verlängerung der Vermietung im Jahr 2017 anstand, nutzte Wiktor Juschtschenko dies in den Jahren 2004 bis 2010 als Druckmittel, um Russland zur Einlenkung in bilateralen Fragen zu bringen. Russland empfand wiederum die Ukraine unter der Orangen Führung als „Trojanischen Pferd“ der NATO, da in der Zeit die Mitgliedschaft seitens der Ukraine aktiv, wenn auch vergeblich, angestrebt wurde.<sup>1224</sup> Zwischen 2005 und 2009 kam es wiederholt zu Diskussionen um unterschiedliche Anlagen, darunter Militärübungen, Stützpunkte, Leuchttürme und Militärtechnik.<sup>1225</sup> Den Anfang setzte die Aussage der Juschtschenko-Administration im Jahr 2005, dass der Pachtvertrag mit Russland über 2017 hinaus nicht verlängert würde.<sup>1226</sup> Weiter verschärfte sich die Rhetorik, als Kiew sich während der Georgien-Krise 2008 demonstrativ hinter die Politik Tbilisis stellte. Als Reaktion verbot Kiew eine doppelte Staatsbürgerschaft, um Moskau an der Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft zu hindern. Eine weitere Folge dieses Konfliktes waren Anti-NATO und Anti-Kiew Demonstrationen auf der Krim.<sup>1227</sup> Erst nach der Machtübernahme durch Wiktor Janukowitsch konnte Russland den Pachtvertrag erneut verlängern, was aber bei der Ratifikati-

---

<sup>1220</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 274.

<sup>1221</sup> Ebd. S. 274-275.

<sup>1222</sup> Savin, Kyril: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“ Heinrich-Böll-Stiftung, 27.10.2010 unter: <http://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-vertrag-charkiw-schwarzmeerflotte-9067.html> (Abgerufen am 28.10.2014).

<sup>1223</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

<sup>1224</sup> Ebd. S. 244-245.

<sup>1225</sup> Dni.ru: „Украина отбирает у России маяки в море“ 11.08.2011 <http://www.dni.ru/polit/2011/8/11/216994.html>; News.mail.ru: „Украина грозит запретить возвращение боевых кораблей РФ в Севастополь“ 10.08.2008 <http://news.mail.ru/politics/1935886/> (Abgerufen am 28.10.2014) und Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 244.

<sup>1226</sup> Russland-Aktuell: „Schwarzmeerflotte soll von der Krim abziehen“ 18.04.2005 [http://www.aktuell.ru/russland/politik/schwarzmeerflotte\\_soll\\_von\\_der\\_krim\\_abziehen\\_2763.html](http://www.aktuell.ru/russland/politik/schwarzmeerflotte_soll_von_der_krim_abziehen_2763.html) (Abgerufen am 02.11.2014).

<sup>1227</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 245.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

on für heftige Gefechte im Parlament sorgte.<sup>1228</sup> Am 21. April 2010, also kurz nach der Wiederwahl von Janukowitsch zum Präsidenten, unterzeichneten er und Dmitri Medwedew, der damalige Präsident der Russischen Föderation, das Abkommen von Charkiw über die Verlängerung.<sup>1229</sup> Dies sorgte wiederum für heftige Proteste seitens der Opposition und der westukrainischen Bevölkerung, wurde aber von der Bevölkerung der Krim und der Ostukraine begrüßt.<sup>1230</sup> Kritiker bemängelten die Bedingungen des Mietvertrages, wonach die Ukraine ab der Unterzeichnung des Abkommens bis zum Ablauf 40 Mrd. US-Dollar Rabatt auf russische Gaslieferungen bekommen sollte. Dies würde die Ukraine für die Zeit eng an Russland binden, was die Energieversorgung angeht, so die Kritik. Ebenso wurde erneut die Diskussion um die militärische Präsenz Russlands auf dem ukrainischen Territorium entflammt, was der Hauptgrund für die Proteste der Bevölkerung und der Opposition war. Dahinter stand die Befürchtung, und das war der dritte Kritikpunkt, dass die Stationierung Russlands einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der EU im Weg stehen würde.<sup>1231</sup>

Seine Besitzansprüche bezüglich der Krim hat Russland zu keinem Zeitpunkt aufgegeben. Die Erwartung der ukrainischen Seite, dass Russland mit dem Bau eines neuen Stützpunktes in Noworossijsk beginnen würde, nachdem die Regierung unter Juschtschenko eine Absage für die Verlängerung des Mietvertrages nach 2017 angekündigt hatte, wurde nicht erfüllt.<sup>1232</sup> Tatsächlich hat die Juschtschenko-Administration erwartet, dass Russland die Androhung ernst nimmt und Vorkehrungen trifft, um die Basis in Sewastopol, wenn nicht bis 2017, dann bis spätestens 5 Jahre danach zu räumen.<sup>1233</sup> Die Ereignisse von 2014 lassen aber mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass Russland die Basis der Schwarzmeerflotte auf der Krim nie ernsthaft zu räumen vorhatte. Interessant wäre die Frage, welche Strategie Russland gewählt hätte, wenn 2010 statt Janukowitsch beispielsweise Julia Timoschenko an die Macht gekommen wäre. Doch vermutlich hätte Russland auch dann an seiner Schwarzmeerflotte festgehalten, so wie an der gesamten Halbinsel Krim.

Weshalb Russland und die Ukraine gleichermaßen „verrückt“ nach diesem Stück Land sind, erklärt eine Reihe von Faktoren: Erstens ist die Krim geographisch günstig gelegen und stellt einen strategisch wichtigen Punkt im Schwarzmeer dar. Nicht umsonst wollten weder die Ukraine noch Russland den Anspruch auf die Schwarzmeerflotte aufgeben. Zweitens hat die Stadt Sewastopol mit ihrer Rolle im Krim-Krieg, dem Bürgerkrieg und dem Zweiten Weltkrieg sich tief in das psychologische Verständnis der eigenen Geschichte sowohl bei den Russen als auch bei den Ukrainern eingebrannt. Von

---

<sup>1228</sup> Deutsche Welle: „Ukraine: Eier und Nebelbomben im Parlament“ 27.04.2010 <http://www.dw.de/ukraine-eier-und-nebelbomben-im-parlament/a-5512220> (Abgerufen am 02.11.2014).

<sup>1229</sup> Ebd.

<sup>1230</sup> Stefan Hedlund: „Russische Schwarzmeerflotte bleibt „für immer“ in Sewastopol“ Worldreview.info 22.10.2012 <http://www.worldreview.info/de/content/russische-schwarzmeerflotte-bleibt-%E2%80%9Eefuerimmer-sewastopol> (Abgerufen am 28.10.2014).

<sup>1231</sup> Savin, Kyryl: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“ Heinrich-Böll-Stiftung, 27.10.2010 unter: <http://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-vertrag-charkiw-schwarzmeerflotte-9067.html> (Abgerufen am 02.11.2014).

<sup>1232</sup> Noworossijsk (Новоросси́йск) ist eine Stadt an der russischen Schwarzmeer-Küste. Sie ist nicht zu verwechseln mit dem Gebiet „Noworossija“, der ein historisches Gebiet auf dem ukrainischen Territorium darstellt, doch heute als solches nicht existiert.

<sup>1233</sup> Savin, Kyryl: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

der besonderen Rolle als „Heldenstadt“ zeugen auch die über 2000 Monumente nebst Museen und Einrichtungen, die alle von der Standhaftigkeit von Sewastopol erzählen. Der russische Diskurs um die Krim blendet dabei große Teile der nicht-russischen Geschichte aus. So hält sich hartnäckig die Theorie, auf der Krim hätten sich bereits im frühen Mittelalter Slawen angesiedelt.<sup>1234</sup> Die Krim hat auch eine bedeutende Rolle in der russischen Kultur durch Gedichte und Schriften russischer Literaturklassiker Alexander S. Puschkin, Anton P. Tschechow und Lew N. Tolstoi. Schließlich spielte die Krim eine wichtige Rolle innerhalb des sowjetischen Kulturraumes, wo sie als Urlaubsparadies des Sowjetbürgers, aber auch des Apparatschiks galt; zumal bereits die Romanows auf der Krim geurlaubt hätten, was diese Halbinsel noch mehr zum Teil russischer Geschichte – zumindest für die Russen – werden lässt.<sup>1235</sup> Das sowjetische sowie gleichermaßen das historische Kulturgut beanspruchen auch die Ukrainer für sich, was die Krim zu einem Teil des historischen Selbstverständnisses beider Länder macht. So kann man von einem „ukrainisch-russischen Krim-Mythos“ sprechen, was die verbissenen Besitzansprüche beider Länder an dieser Halbinsel auf der emotionalen Ebene erklärt.<sup>1236</sup>

Im Zuge der Ereignisse des Jahres 2014 wurden die Argumente rund um die Krim und deren Zugehörigkeit gebündelt und erneut auf die Tagesordnung gebracht. Als Hauptakteure der Maßnahmen rund um die Abspaltung bzw. Annexion durch Russland wurde, aber nicht nur die Geschichte oder die Schwarzmeerflotte, sondern die auf der Krim lebende russische und russischsprachige Bevölkerung. Wie später näher erläutert wird, haben die Proteste auf der Krim und der Einsatz Militärangehöriger der Russischen Föderation auf der Krim Ende Februar und Anfang März 2014 maßgeblich unter der Prämisse stattgefunden, dass die russische und russischsprachige Bevölkerung der Krim von den neuen Kiewer Machträgern diskriminiert und bedroht würde. Die Stimme der russischen und russischsprachigen Bevölkerung wurde somit von vorneherein von Seite Russlands instrumentalisiert, indem angenommen wurde, dass diese die Beschützerrolle Russlands herbeisehnte. Ohne die Präsenz der russischen Bevölkerung auf der Krim hätte die politische Führung der Russischen Föderation weitaus weniger Möglichkeiten gehabt, zumindest den Anschein einer legitimen Angliederung der Krim herzustellen. Insofern spielt die russischsprachige Bevölkerung eine zentrale Rolle in der Krim-Krise 2014, welche später auf das gesamte Gebiet der russischsprachigen Ukraine übergeschwappt ist.

### 5.5.6 Fazit: Regionale Besonderheiten der Ukraine

Obwohl die These über eine regionale Polarisierung und Teilung der Ukraine in der Literatur teilweise umstritten ist, sind Unterschiede in den Positionen und Orientierungen im regionalen Vergleich jedoch nicht zu übersehen. Die Frage ist eher, ob diese Unterschiede im Zeitverlauf zu- oder abgenommen haben. Die politischen Lager der Ukraine haben sich

---

<sup>1234</sup> Jobst, Kerstin S. (2010): Geschichte der Ukraine. S. 245-246.

<sup>1235</sup> Ebd. S. 247.

<sup>1236</sup> Zitiert aus: Ebd.

## 5.5 Konfliktpotential der „russischsprachigen“ Ukraine

stets dieser Disparitäten in ihren politischen Machtkämpfen bedient und sich jeweils an einem der Lager orientiert. Vermutlich wird es in der Ukraine keiner politischen Kraft möglich sein, die Interessen des Ostens und des Westens der Ukraine unter einen Hut zu bringen – was die Notwendigkeit der gemeinsamen Verhandlungsbasis umso stärker auf die politische Tagesordnung bringt.

Bereits die Historie bringt weite Teile der Ukraine auseinander – Westen, Osten, Süden, Zentrum und die Krim können anhand ihrer geschichtlichen Zugehörigkeit, sprachlicher Besonderheiten, religiöser Eigenarten und nationalen Identität unterschieden werden. Dennoch gehören sie alle dem modernen ukrainischen Staat an. Obwohl diese Landesteile über Jahrhunderte und Jahrzehnte hinweg relativ problemfrei neben- und miteinander existiert haben, kam es immer wieder zu Problemen und Sezessionsbestrebungen, welche in den meisten Fällen mit Aufkommen nationaler Parolen bzw. Bestrebungen in Richtung Europa oder Russland zu tun hatten. Der Osten der Ukraine mit dem Donbass bzw. dem Gebiet der historischen „Noworossija“ hat sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre als politisches Gegengewicht zum Westen der Ukraine positioniert. Dafür sind nicht nur sprachliche Argumente von Bedeutung – auch die Nähe zu Russland, eigenständige Verwaltung, Geschäftsbeziehungen und lokale Identifikation figurieren als Gründe für die „Stimme des Donbass“.<sup>1237</sup> Zum Teil gab es in diesen Regionen während der 1990er Jahre Bestrebungen zur Sezession, welche weniger den Anschluss an Russland, sondern mehr die Eigenständigkeit der Regionen gegenüber ukrainisch-nationalen Bestrebungen des Westens zum Gegenstand hatten. Das zeigt auch die Unterstützung bestimmter politischen Parteien und die Resistenz gegenüber der europäischen Ausrichtung der Westukraine.

Die Krim stellt einen weiteren Sonderfall der regionalen Teilung der Ukraine dar. Die Halbinsel hat es aufgrund ihrer ambivalenten Geschichte geschafft, ein beachtliches Konfliktpotential als Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland zu entwickeln. Dabei sind sowohl die geopolitische Lage als auch die Stationierung der Schwarzmeerflotte, aber auch kulturell-historische Faktoren, wie die territoriale Zugehörigkeit, ebenso wie die große ethnisch-russische Bevölkerung von Bedeutung. Die Perioden des „faktisch“ ukrainischen bzw. russischen Besitzes der Krim stellte sowohl die politische Führung beider Länder als auch die politische Führung der Krim zum wiederholten Mal vor Entscheidungen über die politische Zugehörigkeit – als Autonome Republik genoss die Krim schließlich umfassende Verwaltungsrechte. Doch die Rangeleien um die Krim als „Chefsache“ der ukrainischen und russischen Präsidenten führten immer wieder zum Wiederaufflammen des Konfliktpotentials der Krim.

Die Unterscheidung zwischen der „rechts- und linksufrigen“ Ukraine ist im ukrainischen und russischen Sprachgebrauch geläufiger als die Unterscheidung zwischen „Ost- und Westukraine“ des europäischen Raumes. Doch die Faktoren, welche die Gegenden trennen, bleiben dieselben. Sprache, Kultur sowie die Ansichten über außen- und innenpolitische Ausrichtung können bisweilen für deutliche Unterschiede sorgen – was im Grunde zu politischen Differenzen führte, welche die heutige Unterscheidung zwischen der „russischsprachigen“ und der „ukrainischsprachigen“ Ukraine prägen.

---

<sup>1237</sup> Vgl. hierzu: Kerstin Zimmer: Kommentar: „Die Stimme des Donbass“. Bundeszentrale für politische Bildung, 03.06.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185619/kommentar-die-stimme-des-donbass> (Abgerufen am 02.12.2014).



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

### 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

#### 5.6.1 Politische Institutionen, repräsentative Organe und die Rolle der russischsprachigen Regionen

##### 5.6.1.1 Herausbildung des Präsidenten zur Identifikationsfigur des Landes und Stimmen der russischsprachigen Regionen

Die Dynamik des Systemwechsels in der Ukraine, in der die ersten freien Parlamentswahlen erst im März 1994 stattfanden, brachte die Dominanz des Präsidentenpostens hervor. Möglicherweise ist diese Entwicklung als eine der wichtigsten Folgen der sowjetischen Herrschaft zu bewerten, indem eine starke Führungsfigur, wie damals der Parteivorsitzende der KPU, dem Volk vertrauter war als eine parlamentarische Versammlung. Dafür spricht auch die mangelnde und heterogene historische Erfahrung der Bevölkerung mit der Demokratie – vor den insgesamt 70 Jahren der Sowjetherrschaft hatten lediglich die Regionen der Westukraine unter Polen und Österreich demokratische Prinzipien erleben können. Der Präsident musste also von vorneherein die Interessen des gesamten Landes vertreten und die Stimmen der teilweise sehr unterschiedlichen Regionen auf sich vereinen können. Mit der Zeit haben die bisherigen Präsidenten der Ukraine sowohl die Stimme ihrer Parteien geprägt als auch die Orientierung ihrer Wähler gebündelt. Zusätzlich wirkte sich die politische Richtung, welche von Präsidenten vorgegeben wurde, massiv auf die innen- und außenpolitische Ausrichtung der Ukraine aus. Die Herrschaftsträger der Ukraine, sei es Präsidentschaftskandidaten oder Parteiführer, haben früher oder später lernen müssen, dass die Stimmen der russischsprachigen Regionen entscheidende Wendepunkte bei Wahlen bringen konnten. Anders als im Baltikum, konnte keine Partei bzw. kein Kandidat der Ukraine es sich leisten, bewusst auf die Zustimmung der russischsprachigen Regionen des Südostens zu verzichten. Gleichzeitig brauchte auch jeder Herrschaftsträger die Stimmen aus dem ukrainischen Westen, ohne die es ebenso schwer war, eine Wahl eindeutig für sich zu entscheiden.

##### 5.6.1.1.1 Erste Phase der Herrschaft von 1991 bis 2004 - Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma

Der erste Präsident Leonid Krawchuk schaffte es zunächst, durch seine geschickte Rollenverbindung zugleich als Parteitruer als auch als Reformier die Sympathien des Volkes auf sich zu vereinen. Seine Machtstellung musste er mit dem Premierminister und der Obersten Rada teilen, die bis 1994 in der halbfrei gewählten Zusammenstellung agierte. Diese politische Konstellation führte dazu, dass der Präsident bereits früh, im Jahr 1992 versuchte, seine Machtstellung auszubauen, indem er sich Sondervollmachten erteilen ließ. Die



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Regierung vermochte die Machtstellung nicht ernsthaft gefährden, da es innerhalb dieser stets zu einer sehr hohen Fluktuation der Mitglieder kam.

Der 1992 zum Ministerpräsidenten ernannte Leonid Kuchma wurde als erster Politiker dem Präsidenten Krawchuk in seiner Machtposition gefährlich, hauptsächlich weil er ökonomische Versprechen mit den Slogans der nationalen Frage zu verbunden wusste. Kuchma repräsentierte die neue Generation der Wirtschaftsoligarchen aus dem Osten und Südosten des Landes, da er selbst Präsident des „Juzhmasch“ (ЮЖНЫЙ машиностроительный завод «ИМЕНИ А. М. МАКАРОВА» (ЮЖМАШ)), eines großen Technikwerkes in Dnipropetrowsk, in den Jahren 1986 bis 1992 gewesen war. Obwohl Kuchma nur bis 1993 das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, ebnete ihm dies den Weg zur Präsidentschaft, da er die Stimmen der Bevölkerungsteile auf sich vereinen konnte, die mit dem Herrschaftsstil von Leonid Krawchuk zunehmend unzufrieden waren. Die östlichen und südöstlichen Gebiete der Ukraine und die Bergleute im Donbass-Becken spielten hierbei die zentrale Rolle, denn es ging unter anderem um den miserablen wirtschaftlichen Zustand, in welchen die Ukraine in den ersten Jahren der Unabhängigkeit verfallen war. Den Kumpels versprach Kuchma Verbesserungen der Wirtschaftsfrage und der Beziehungen zu Russland, was ihm bei der Stichwahl im Juli 1994 52,1% der Stimmen einbrachte, mit Zustimmung über 70% in den östlichen Oblasten.<sup>1238</sup>

Leonid Kuchma spielte die Rolle des „Volksverstehers“ erneut im Jahr 1999, als er während der Präsidentschaftswahlen diesmal für Stabilität und Unabhängigkeit eintrat, als die Gefahr des Kommunismus durch den Gegenkandidat Petro Symonenko akut wurde. Kuchma verstand bei dieser Wahl die Ängste der eher demokratisch orientierten westlichen Landesteile zu mobilisieren und erhielt prompt die Mehrheit der Stimmen aus den westlichen und zentralen Regionen, was ihm zusammen mit den verbliebenen Stimmen aus dem Osten mit 56% den Wahlsieg einbrachte.<sup>1239</sup> Nach der Wiederwahl 1999 baute Kuchma seine Macht systematisch aus und sorgte mit seiner *policy* entscheidend für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Ukraine. Das Parlament wurde unter Kuchma geschwächt und die regionalen Verwaltungen erhielten direkte Weisungen des Präsidenten. Die Präsidialverwaltung und der Rat für Nationale Sicherheit konkurrierten entscheidend mit der eigentlichen Regierung um die Exekutivmacht. Kuchma verstand seine Rolle als Präsident verstärkt im Sinne des ukrainischen Staates und nicht der ukrainischen Nation einzusetzen, was ihm zu Beginn seiner ersten Amtszeit die Sympathien der russischsprachigen Mehrheit einbrachte. Krawchuk hatte in dieser Hinsicht eine viel stärker ukrainisch-national ausgeprägte Politikrichtung, die er als Grundlage der erfolgreichen Staatsbildung betrachtete.<sup>1240</sup> Kuchma „ukrainisierte“ seine politische Linie im Laufe der Zeit allerdings insofern, als er zunehmend auf Ukrainisch auftrat und diverse Maßnahmen zum Schutz der ukrainischen Sprache und Kultur verabschieden ließ, den Staat dennoch als möglichst multiethnisch darstellen wollte. Kuchmas Sichtweise versuchte somit eine Idee zu verwirklichen, in der die Ukraine ein Staat der Ukrainer ist, doch sich diese aus mehreren ethni-

---

<sup>1238</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 256-257; Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. S. 355.

<sup>1239</sup> Lohmann, Manfred (1999): Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine vom 31. Oktober und 14. November 1999. Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen AI 12., 38-60. hier: S. 56.

<sup>1240</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 139.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

schen Gruppen (also im Grunde zwei) zusammensetzt.<sup>1241</sup> Diese relativ schwer umzusetzende politische Richtung sorgte im Zeitverlauf auch stets für Verwirrungen, wenn unklar war, ob der Staat nun als „Nationshersteller“ gelten kann oder ob diese von allein entsteht oder aber ob diese in der existenten Form bleiben sollte. Daher entschieden sich die russischsprachigen Oblaste des Ostens bei der Wahl 1999 für den kommunistischen Gegenkandidaten Petro Symonenko.

Die Verfassung von 1996 definierte die Ukrainer als eine Nation bestehend aus Ukrainern, aber auch aus allen Staatsbürgern und Vertretern aller Nationalitäten.<sup>1242</sup> Für Kuchma war das Projekt der Nationsbildung mit der Niederschrift der Verfassung beendet, ein Fehler, den bereits die sowjetische Führung mehrmals gemacht hatte. Stattdessen konzentrierte sich Kuchma auf die Ökonomie, denn wie sein späterer Justizminister Serhiy Holovatyj im Jahr 1994 konstatierte: „[D]ie Ukrainer [könnten] weder ihre Flagge essen noch allein mit ihren nationalen Symbolen überleben“.<sup>1243</sup> Wegen Übergriffen auf kritische Medien („Kuchma-Gate“) und die Rechtsprechung baute sich schließlich eine Gegenbewegung im Volk auf („Ukraine ohne Kuchma“), die in den Ereignissen des Jahres 2004 mündete.<sup>1244</sup> Bis dahin hatten sich abermals zwei Gegenspieler, Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch etabliert, die wieder mal ihre Wählerschaft aus den verschiedenen Regionen der Ukraine schöpften und so deutliche Konflikte bezüglich der politischen Polarisierung aufzeigten.

### 5.6.1.1.2 Zweite Phase der Herrschaft von 2004 bis 2014 – Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch

In Kiew kam es in den Jahren 2001 bis 2003 immer wieder zu großen Protestbewegungen gegen die Präsidentschaft Kuchmas.<sup>1245</sup> Bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 hatte sich die Bevölkerung endgültig zwischen dem Kandidaten des Kuchma-Regimes Wiktor Janukowitsch und dem oppositionellen Wiktor Juschtschenko gespalten. Tatsächlich verlief die Grenze der Anhänger quer durch das Land und zeigte so, wohl erstmals in einer derartigen Klarheit, dass der Westen und die zentralen Teile des Landes sich in ihren Wahlpräferenzen deutlich vom Osten und Süden unterscheiden. Die östlichen und südlichen Regionen mit großen Anteilen von Russen bzw. der russischsprachigen Ukrainer unterstützten Janukowitsch, während westliche und zentrale Gebiete die Opposition mit Juschtschenko bevorzugten.<sup>1246</sup> Das Profil der beiden passte genau zu den Positionen, die sie vertraten. Janukowitsch war der Kandidat des Kuchma-

---

<sup>1241</sup> Ebd. S. 126-130.

<sup>1242</sup> Ebd. S. 131.

<sup>1243</sup> Zitiert in: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 139.

<sup>1244</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 227-228; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 259.

<sup>1245</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 228-229; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 262; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 46-47.

<sup>1246</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування. Підтримка лідерів по регіонах. Vgl. auch: Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 47.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Blocks und wurde von Wirtschaftsfunktionären aus Donezk unterstützt. Damit bezweckten diese eine Weiterführung der Politik von Kuchma, wonach sich ihre Machtstellung nicht verändern würde. Es wäre ebenfalls die außenpolitische Nähe zu Russland mit der Wahl von Janukowitsch mehr oder weniger garantiert. Mit diesen Argumenten traten die Funktionäre der Partei an die ostukrainischen Wähler heran: Unter Janukowitsch würden Arbeitsplätze im Osten erhalten bleiben, auch wären die Beziehungen zu Russland sicher. Dies wirkte bei den Ostukrainern, von welchen viele in Betrieben arbeiteten, die fest in Hand von eben solchen Oligarchen waren, als entscheidende Grundlage für die Wahlentscheidung. Die Wahlkampagne von Janukowitsch war fast ausschließlich auf die russischsprachigen Gebiete ausgerichtet und wurde „unterstützt“ durch die Tatsache, dass Janukowitsch schlecht Ukrainisch sprach. Dies hätte es für ihn unmöglich gemacht, im Westen der Ukraine oder auch im Zentrum und in Kiew auf Stimmsuche zu gehen. Weiterhin hatte Janukowitsch keine „oppositionelle“ politische Vergangenheit – ebenfalls keine guten Voraussetzungen für Wähler in Kiew oder dem Westen.<sup>1247</sup> Seine Wahlkampagne beinhaltete Vorhaben wie den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der Stärkung der russischen Sprache und der Förderung einer näheren Bindung an Russland.<sup>1248</sup> Auch diese Punkte hätten keine Wähler in Westen der Ukraine begeistert. Dass er dennoch als Kandidat aufgestellt wurde, zeigt, dass die Funktionäre sich sehr sicher waren genug Stimmen im Osten zu erhalten, ohne auf den ukrainischen Westen zählen zu müssen.

Der besagte Westen und das Zentrum der Ukraine war dagegen mit Wiktor Juschtschenko gut bedient – dieser sprach Ukrainisch als Muttersprache, vermittelte ein westlich geprägtes Image, trat als Familienmensch auf und hatte sich als Nationalbank-Chef einen Ruf als pragmatischer Ökonom gesichert.<sup>1249</sup> Zudem hatte er bereits in seiner Amtszeit als Premierminister und ehemaliger Chef der Zentralbank seine Kompetenz unter Beweis gestellt. Diese Tatsache brachte ihm sogar im Osten der Ukraine Sympathien ein, da auch dort Wirtschaftsreformen schmerzlich vermisst wurden. Die Popularität Juschtschenkos wurde bereits bei den Parlamentswahlen 2002 deutlich, als sein Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ (UU) stärkste Kraft im Parlament wurde.<sup>1250</sup> Die Wählerschaft kam überwiegend aus den zentralen und westlichen Gebieten. Seine Position verstärkte sich weiter, als er sich im Jahr 2004 mit Julia Timoschenko zusammentat und dieser im Falle des Wahlerfolges den Posten der Ministerpräsidentin versprach. Die wichtigsten Programmpunkte seiner Kampagne beinhalteten den Ausbau der Wirtschaftsreformen und einer sozialen Marktwirtschaft, Korruptionsbekämpfung und einer außenpolitischen Annäherung an die EU und die USA. Die Tatsache, dass Juschtschenko auch tatsächlich finanzielle Unterstützung aus den USA erhielt, gab ihm einerseits die Möglichkeit, einen professionellen Wahlkampf zu führen, andererseits konnte er so von

---

<sup>1247</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 282.

<sup>1248</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 243-245; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 54.

<sup>1249</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 243-245; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 282-283.

<sup>1250</sup> Bezeichnung auf Ukrainisch: Наша Україна (Üb.d.A.).

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

den politischen Gegenspielern als eine „Marionette Amerikas“ hingestellt werden, was die alten Ängste des Kalten Krieges im Osten des Landes schürte.<sup>1251</sup>

Die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und die Methoden des Wahlkampfes brachten immer mehr Sympathien auf die Seite Wiktor Juschtschenkos. Spätestens nach seiner Dioxin-Vergiftung im September 2004 wurden die alten Eliten in den Augen vieler Wähler diskreditiert, obwohl die Beteiligung Kuchmas oder seiner Anhänger an dieser Aktion nie bewiesen werden konnte. Die Bevölkerung spaltete sich endgültig zwischen den zwei Kandidaten, die nach dem ersten Wahlgang am 31. Oktober 2004 auch als die zwei Erstplatzierten in die zweite Runde mit Stichwahl gingen. Diese wurde dann am 21. November 2004 abgehalten und führte offiziell zu einem Wahlsieg von Wiktor Janukowitsch mit 49,5% der Stimmen gegenüber 46,6% für Wiktor Juschtschenko. Massive Wahlfälschungen, wie Manipulationen der Zentralen Wahlkommission, einer späten Abgabe von 1 Million Zetteln in der Ostukraine und Angaben von 100%-Stimmen für Janukowitsch in Donezk führten direkt im Anschluss an die Wahl zu einer Massenbewegung in Kiew. Dort protestierten täglich etwa 200 000 bis 500 000 Menschen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz – dem Majdan.<sup>1252</sup> Die Demonstrationen richteten sich gegen das Wahlergebnis und wurden von den Anhängern Juschtschenkos und Timoschenkos ausgetragen, woraufhin es zu Gegendemonstrationen im Osten des Landes kam. Bereits damals drohten die Gebiete Donezk, Luhansk und Charkiw mit einer Sezession, in Donezk demonstrierten 150 000 Personen gegen Juschtschenko und weitere 10 000 Personen errichteten Zeltlager in Kiew. Viele der Anhänger Janukowitschs, inklusive Bergleute, wurden nach Kiew gebracht, um gezielt gegen die Orangen Anhänger zu demonstrieren.<sup>1253</sup> Auch von außen wurden die Stimmen laut – die EU und die USA erkannten die Wahlergebnisse nicht an, die Präsidenten von Polen und Litauen kamen mit dem Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana und dem Vorsitzenden der russischen Duma Boris Gryzlow Kiew zusammen, um Vermittlungsarbeit zu leisten. Als Resultat der Protestbewegung musste der Regierungslager endlich dem Druck nachgeben und am 27. November 2004 verkündete die Werhowna Rada, dass das Wahlergebnis gefälscht war. Das Misstrauen gegenüber der Regierung Janukowitsch wurde am 1. Dezember ausgesprochen und am 3. Dezember 2004 verkündete das Oberste Gericht, dass die Resultate der Wahl annulliert und eine Wiederholung für den 27. Dezember 2004 angesetzt wird.<sup>1254</sup>

Die Wahlwiederholung zeigte einen eindeutigen Sieg für Wiktor Juschtschenko mit 52% der Stimmen gegenüber 44% für Wiktor Janukowitsch. Die regionale Verteilung der Stimmen war relativ eindeutig: Von der Gesamtzahl der Stimmen für Janukowitsch kamen 54% aus der Ostukraine, 25% aus dem Süden, 20% aus dem Zentrum und 0,8% aus der Westukraine. Bei Juschtschenko kamen wiederum 44% aus dem Zentrum, 31% aus dem Westen, 20% aus dem Süden und 6% aus dem Osten.<sup>1255</sup> Obwohl die Spaltung zwi-

---

<sup>1251</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 284.

<sup>1252</sup> Vgl. hierzu ausführlich in: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 242-256.

<sup>1253</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 285-287; Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 251.

<sup>1254</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 286-287.

<sup>1255</sup> Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 254-255.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

schen Ost und West relativ klar war, gab es auch viele Stimmen für Juschtschenko im Süden und für Janukowitsch im Zentrum der Ukraine. Daraus können zweierlei Erkenntnisse gewonnen werden: Erstens orientierten sich die Wähler wohl stärker an der politischen Stellung und Positionierung des Kandidaten, als von den Parteien hinter den Kandidaten angenommen. Zweitens hätten die Kandidaten vermutlich jeweils noch mehr Stimmen erzielt, wenn sie in den Kernfragen mehr auf die jeweils andere Wählergruppe eingegangen wären. Besonders gilt dies für Wiktor Juschtschenko, der auch so schon 6% der Stimmen im Osten und 20% im Süden erhielt. Doch gleichzeitig zeigt die regional-nationale Spaltung natürlich, dass die Entscheidung der Wähler stark mit der Figur des Kandidaten und dem Umfeld zusammenhing.

In jedem Fall reichte die Mehrheit für Wiktor Juschtschenko, um sich am 23. Januar 2005 zum Präsidenten vereidigen zu lassen. Seine Koalitionspartnerin Julia Timoschenko wurde entsprechend des Wahlversprechens am 4. Februar als Ministerpräsidentin von der Werhowna Rada bestätigt.<sup>1256</sup> Entgegen der Erwartungen kam es allerdings nicht zur politischen Wende – ganz im Gegenteil: Die Parlamentswahl 2006 ließ Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ verlieren und Janukowitschs „Partei der Regionen“ siegen. Beigetragen zur Spaltung des Orangen Lagers hat dann die Präsidentschaftswahl 2010 – dort siegte der Wahlverlierer von 2004 Wiktor Janukowitsch. Zum Sturz des Präsidenten Juschtschenko haben mehrere Faktoren beigesteuert – die Streitigkeiten mit Julia Timoschenko, die Unfähigkeit die Wahlversprechen zur Korruptionsbekämpfung zu erfüllen, die hinkende Wirtschaft und letztlich auch die zunehmend nationalistische Parolen. Die Alternative stellte Julia Timoschenko dar, die 2010 knapp gegen Janukowitsch verlor. Doch auch sie hielt keine *carte blanche* und war für ihre Vergangenheit als Mitglied des sogenannten Dnipropetrowsker Clans bekannt. Zumal, und hier stellt sich die paradoxe Denkweise des ukrainischen Wahlvolkes bloß, hat sie zwischen 2008 und 2009 auch mit Janukowitsch über eine Koalition verhandelt, was für viele einem Verrat gleichkam. Hierbei verlor Timoschenko in den Augen vieler Wähler ihre Glaubwürdigkeit und wurde sogar als Unterhändlerin Moskaus bezeichnet. Vermutlich konnte Janukowitsch deswegen mit seinen umstrittenen, aber zumindest relativ klaren Ansichten bei seiner Stammwählerschaft aus dem Osten und Süden punkten. Die Extrastimmen aus den zentralen und westlichen Regionen brachten dann den entscheidenden Vorsprung.

### 5.6.1.1.3 Dritte Phase der Herrschaft – Wiktor Janukowitsch von 2010 bis 2014

Die Amtszeit von Wiktor Janukowitsch als Präsident begann beinahe direkt mit einer Verfassungsänderung, welche die Ukraine erneut in ein quasi-autoritäres präsidentiell-parlamentarisches System verwandeln sollte. Was die Regierungsführung für Janukowitsch vereinfachte, war der Sturz von Julia Timoschenko und die Mehrheit in der Werhowna Rada, welche durch die „Partei der Regionen“, die Kommunisten, den „Lytwyn-Block“ („Block Wolodimir Lytwyn“ (Блок Литвина)) und die „unabhängigen“ Abgeord-

---

<sup>1256</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 287.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

neten zustande gebracht werden konnte.<sup>1257</sup> Fast unmittelbar folgten Berichte über Einflussnahme der Geheimdienste auf Medien, NGO-s, Kritiker und öffentliche Einrichtungen, ebenso wie die Erhöhung des Einflusses der russischen Sprache in der Bildung.<sup>1258</sup> Generell wurde die „Ukrainisierung“ gebremst, was der russischsprachige Osten demonstrativ begrüßte.<sup>1259</sup> Durch den Abschluss des Vertrages zur Schwarzmeerflotte auf der Krim mit Russland und den dadurch gewährten „Rabatt“ auf Erdgas – was unter dem Präsidenten Juschtschenko für Schwierigkeiten gesorgt hatte – konnten zwar einige strukturelle ökonomische Reformen durchgeführt werden, doch noch mehr vergrößerte sich die Korruption und der Einfluss informeller Netzwerke.<sup>1260</sup> Auch mit den nach Meinung von Beobachtern manipulierten Kommunalwahlen im Herbst 2010 hatte Janukowitsch seine Macht gefestigt, indem er die regionalen Verwaltungen mit „seinen“ Vertretern besetzte.<sup>1261</sup> Unter der Präsidentschaft Janukowitschs etablierte sich die „Partei der Regionen“ zur Nachfolgerin der „Partei der Macht“ unter Kuchma, wodurch auch die Netzwerke der Oligarchen erneut gestärkt wurden.<sup>1262</sup> Als Reaktion auf die Russland-freundliche und generell auf den Osten der Ukraine ausgerichtete Politik hat sich im Westen des Landes die radikalisierte nationalistische Front formiert, beispielsweise die „Swoboda“-Partei, welche bei den Parlamentswahlen 2012 auch einen erheblichen Erfolg feiern konnte. Auch neue oppositionelle Parteien, solche die UDAR (Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (Український Демократичний Альянс за Реформи – УДАР) des Vorsitzenden Witalij Klitschko, formierten als Opposition zur „Partei der Regionen“ unter Janukowitsch.<sup>1263</sup> Was die pro-russische Richtung der Präsidentschaft Janukowitschs charakterisierte, war auch die Wiederaufnahme der sowjetischen Geschichtsinterpretation, eine vollkommen einseitige Handhabung der ukrainischen religiösen Konfessionen sowie die demonstrative Annäherung an Russland.<sup>1264</sup> Zwar wurde die europäische Richtung nicht gänzlich aufgegeben, jedoch durch den Rückzug von dem EU-Assoziierungsabkommen Ende 2013 letztlich doch gekippt. Dies sowie die „Diktaturgesetze“ Anfang 2014 beendeten schließlich die Regierungszeit Janukowitschs.<sup>1265</sup>

Es kann ohne Weiteres resümiert werden, dass die Politik Wiktor Janukowitschs letztlich zur Krise des Jahres 2014 führte. Allerdings war seine Wahl im Jahr 2010 rechtlich gesehen „frei und fair“, ebenso wie seine Abwahl im Jahr 2014 verfassungswidrig,

---

<sup>1257</sup> Luchterhandt Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. Ukraine Analysen. S. 6; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. Kiew: Konrad-Adenauer-Stiftung. S. 1.

<sup>1258</sup> Hilkes, Peter (2010): Die Kunst des „Durchregierens“. Präsident Janukowitsch bedient sich alter Muster bei der Zukunftsgestaltung der Ukraine. Ukraine-Analysen 80. 10-11, S. 10-11; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2.

<sup>1259</sup> Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. Ukraine-Analysen 80. 15-17, S. 15-16.

<sup>1260</sup> Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 16.

<sup>1261</sup> Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2.

<sup>1262</sup> Kuzio, Taras (2010): Viktor Janukowitsch, der Konterrevolutionär. Ukraine-Analysen 80. 12-13, S. 12

<sup>1263</sup> Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 50; Malygina, Katerina (2010): Die Etablierung Viktor Janukowitschs als Präsident der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen. Ukraine-Analysen 80. 17-18, S. 17.

<sup>1264</sup> Kuzio, Taras (2010): Viktor Janukowitsch, der Konterrevolutionär. S. 12-13; Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 3; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 16.

<sup>1265</sup> Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 56.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

was somit erneut die Rolle der russischsprachigen Regionen der Ukraine ins Rampenlicht rückt.<sup>1266</sup> Seine Machteinführung hatte er den Wählern aus dem Südosten zu verdanken, ebenso wie die Mehrheit der „Partei der Regionen“ in der Werhowna Rada – gleichermaßen verursachte seine Absetzung 2014 die massiven Proteste in eben denselben Regionen des Südostens. Dass Janukowitsch überhaupt abgewählt werden konnte, wurde seitens der Werhowna Rada in einem umstrittenen Verfahren Ende Februar 2014 bestimmt.<sup>1267</sup> Bis heute scheint ungeklärt, ob und in welchem Ausmaß – selbst das Datum scheint nicht eindeutig erkennbar zu sein – die Entscheidung der Rada legitim war.<sup>1268</sup> Das Ergebnis der Abstimmung, wonach Wiktor Janukowitsch als Präsident der Ukraine nach der Resolution „Über die Selbstentfernung des Präsidenten der Ukraine aus dem Amt und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in der Ukraine“ abgesetzt wurde, hatte allerdings ab dem Tag der Abstimmung Gültigkeit.<sup>1269</sup> So wurde Olexandr Turtshinow als Interimspräsident einberufen, bis die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, welche von der Werhowna Rada auf den 25. Mai 2014 angesetzt wurden, stattfinden konnten.<sup>1270</sup>

### 5.6.1.1.4 Die Krisenzeit – Petro Poroschenko 2014

Die vorangegangenen Ausführungen sollen verdeutlichen, unter welchen Vorzeichen die Präsidentschaft des im Mai 2014 gewählten Präsidenten Petro Poroschenkos stand. Seine Amtszeit fing mitten im bewaffneten Konflikt im Donbass an, bereits nachdem die Halbinsel Krim von Russland „übernommen“ wurde.<sup>1271</sup> Dem neuen Präsidenten stand zum Anfang seiner Präsidentschaft die Lösung folgender übergeordneter Probleme bevor: Frieden im Osten der Ukraine und die Einheit zwischen der Ost- und der Westukraine, politische und wirtschaftliche Reformen, welche mehr Stabilität in beide Sphären

---

<sup>1266</sup> Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. S. 2; Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 57.

<sup>1267</sup> Das Datum 22. Februar 2014 taucht in den folgenden Quellen auf: Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. Ukraine-Analysen 132. 2-5, S. 2; Bundeszentrale für politische Bildung; Chronik: 10. bis 23. Februar 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179767/chronik-10-bis-23-februar-2014> (Abgerufen am 04.05.2014).

<sup>1268</sup> Für eine Absetzung wäre eine 2/3-Mehrheit der Rada nötig. Allerdings nennen verschiedene Quellen auch unterschiedliche Zahlen. So zum Beispiel ist die Rede von 324 Ja-Stimmen aus 328 anwesenden Abgeordneten, wobei die Abstimmung am 24. Februar stattgefunden haben soll (Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. Ukraine-Analysen 135. 2-5, S. 2). Eine alternative Quelle macht die Angabe von 328 Ja-Stimmen aus 334 anwesenden Abgeordneten, wobei die Abstimmung am 22. Februar stattgefunden haben soll (Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. S. 2). Letztlich macht die Bundeszentrale für politische Bildung in der entsprechenden Chronik die Angabe über 317 von 331 Stimmen, welche als Einziges die nötige Mehrheit bedeuten würde. Angesichts der vorgenommenen Recherche ist es aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Zeitraum Mai 2014 bis Mai 2015) nicht möglich, eindeutige Angaben über die Zahl der Stimmen bzw. das genaue Datum der Absetzung zu tätigen.

<sup>1269</sup> Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. S. 2.

<sup>1270</sup> Ebd.

<sup>1271</sup> Die Details und die Diskussion um das Völkerrecht werden näher im Kapitel „Die Ukraine-Krise“ erläutert.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

bringen sollten, die Konsolidierung des Parteiensystems und schließlich die erfolgreiche Außenpolitik, welche sowohl die Beziehungen zur Europäischen Union als auch zu Russland herstellen und aufrecht erhalten sollte. Direkt nach seiner Amtseinführung hatte Poroschenko beschlossen die bereits laufende „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten-Gebiete in Donbass auszuweiten. Ebenso legte er einen 14-Punkte-Plan für den Frieden fest – welcher in der Tat zu einer Waffenruhe zwischen dem 21. und dem 30. Juni 2014 führte.<sup>1272</sup> Nachdem sich die Kriegstätigkeit im August 2014 erneut verschärfte und Russland sich massiv einzumischen schien (unter anderem durch mehrere umstrittene humanitäre Hilfskonvois), wurde am 5. September 2014 zwischen den Vertretern der Ukraine und den Separatisten das Friedensabkommen von Minsk geschlossen (Minsk I).<sup>1273</sup> Unter Poroschenko folgten ein Amnestiegesetz, welches die Separatisten in den abtrünnigen Donbasser Gebieten betraf, ebenso ein Gesetz über den verwaltungsrechtlichen und sprachlichen Sonderstatus der besetzten Gebiete. Gleichzeitig wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine von der Rada ratifiziert.<sup>1274</sup> Damit wurde der Frieden allerdings nicht erreicht – es dauerte noch bis zum 12. Februar 2015, bis das Friedensabkommen von Minsk erneuert werden musste (Minsk II), diesmal unter Mitwirkung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande.<sup>1275</sup> Damit hatte Petro Poroschenko zwei seiner anfänglichen Ziele formal umgesetzt – doch zu welchem Preis? Letztlich ist die Kriegstätigkeit im Osten der Ukraine bis zum aktuellen Zeitpunkt (Sommer 2017) nicht vollständig eingestellt.<sup>1276</sup> Eine Rückführung der besetzten Gebiete scheint daher sehr unwahrscheinlich – damit wäre die Einheit der Ukraine als übergeordnetes Ziel zunächst nicht erreicht. Ebenso verhält es sich mit dem faktischen Frieden -, auch dieses Ziel scheint heute noch weit entfernt zu sein. Die Bevölkerung im Osten der Ukraine reagiert mittlerweile feindlich gegenüber dem Einsatz der ukrainischen Armee – für viele bedeutet dies einen Feldzug gegen das eigene Volk.<sup>1277</sup> Reformen, welche Poroschenko sich vorgenommen hat, sind formal zwar angestrebt, doch die wirtschaftliche und politische Lage der Ukraine in den aktuellen Zeiten kann von dem Erreichen dieser Vorhaben nicht zeugen. Zwar wurde das Abkommen

---

<sup>1272</sup> Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. S. 2-3; Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 23. Juni bis 15. September 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191831/chronik-23-juni-15-september-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

<sup>1273</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 23. Juni bis 15. September 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191831/chronik-23-juni-15-september-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

<sup>1274</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Assoziierungsabkommen mit der EU/Humanitäre Lage/Religion im Ostukraine-Konflikt/Militärkonflikt in der Ost-Ukraine. 30.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/192456/assoziierungsabkommen-mit-der-eu-humanitaere-lage-religion-im-ostukraine-konflikt-militaerkonflikt-in-der-ost-ukraine-30-09-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).

<sup>1275</sup> Heller, Regina: Kommentar: „Minsk II: neues Spiel, neues Glück?“ Bundeszentrale für politische Bildung 26.02.2015. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201876/kommentar-minsk-ii-neues-spiel-neues-glueck> (Abgerufen am 01.03.2015); Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 9. bis 22. Februar 2015 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201889/chronik-9-22-februar-2015> (Abgerufen am 01.03.2015).

<sup>1276</sup> Vgl. hierzu: Bereslavskiy, Dennis/Pleines Heiko (2015): Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 2-5, S. 2-4.

<sup>1277</sup> Ebd. (2015): Umfrage: Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt. Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 9-13, S. 10.



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet – die Beziehungen zu Russland sind aber so schlecht, wie seit der Unabhängigkeit der Ukraine nicht mehr. Sofern steht Petro Poroschenko die Lösung der anfangs gesetzten Probleme nach dem aktuellen Stand noch bevor.

### 5.6.1.2 Rolle der Exekutive nach der Unabhängigkeit und die Machtverhältnisse im Staat

Während der Zeit zwischen 1990 und 2004 waren mehr als zehn Premierminister im Amt.<sup>1278</sup> Die meisten Vertreter in diesem Amt waren auf die eine oder andere Weise mit den wirtschaftlichen Clans der Ostukraine verbunden.<sup>1279</sup> Die Clans entstanden vorwiegend während der unübersichtlichen Zeit der Privatisierungen und der wirtschaftlichen Umstrukturierungen der 1990er Jahre, wobei die Mehrzahl der strukturell bedeutenden Betriebe in die Hände einiger weniger Funktionäre fiel. Die Hochburgen dieser Funktionäre waren die Industriestädte des Ostens – Dnipropetrowsk und Donezk. Im Laufe des Jahres 1990 fanden erste Proteste gegen die kommunistisch dominierte Regierung statt, woraufhin der Ministerpräsident Witold Fokin zurücktrat.<sup>1280</sup> Im Jahr 1992 kam Leonid Kuchma als Vertreter der alten Nomenklatur, doch formell parteilos ins Amt, wovon er bereits im Jahr 1993 wegen seiner Kandidatur ins Präsidialamt zurücktrat. Es folgte eine Reihe Regierungschefs, die zwar faktisch die Mehrheit im Parlament hatten und die Exekutivmacht ausüben konnten, in Wahrheit aber stark vom Präsidenten bedrängt wurden. Die Ministerpräsidenten der Jahre 1993 bis 1999 waren beinahe alle parteilos, bis auf Pavlo Lazarenko mit seinem eigenen Wahlbündnis „Hromada“ und später Anatolij Kinach von der Partei der Unternehmer der Ukraine (Партія промисловців і підприємців України). Auch Wiktor Juschtschenko, obwohl auf der Seite der gemäßigten Opposition platziert, war während seiner Amtszeit parteilos. So waren nach dem Altkommunisten Fokin (bis 1992) und Leonid Kuchma selbst (1992 bis 1993) der Bürgermeister von Donezk Juchim Zvjahilkij (1993 bis 1994), der Ex-KGB-Funktionär Ewgenij Marchuk (1995 bis 1996) und zuletzt der Gouverneur von Donezk Wiktor Janukowitsch (2002 bis 2004) und die Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko (2005 und 2007 bis 2010) mehrere Repräsentanten der Dnipropetrowsker bzw. Donezker Wirtschaftselite an dem höchsten Regierungssitz beteiligt. Die Ausnahmen bildeten lediglich die besagten Wiktor Juschtschenko (1999 bis 2001) und Anatolij Kinach (2001 bis 2002) sowie der Interimspremier Olexandr Turtschinow (2010) und der letzte Vorkrisen-Premier Mykola Azarow (2005 und 2010 bis 2014).<sup>1281</sup> Azarow war zwar Wirtschaftsprofessor und kein unmittelbarer Vertreter der Oligarchie, kam aber dennoch aus den Donezker Politikkreisen.<sup>1282</sup> Unübersehbar ist indes, dass die meisten Ministerpräsidenten den Osten des Landes repräsentierten.

---

<sup>1278</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209-217.

<sup>1279</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 252.

<sup>1280</sup> Ebd.

<sup>1281</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 209-217.

<sup>1282</sup> Lenta.ru: Азаров, Николай: Премьер-министр Украины. (o.D.) <http://lenta.ru/lib/14159957/full.htm> (Abgerufen am 05.05.2014).

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Da die Verfassung die Rolle der Regierung erst 1996 festlegte, wurde die Aufgabenverteilung bis dahin nach der alten sowjetischen Verfassung betrieben. Demnach wurde die Regierung als Ministerkabinetts zu einem Spielball zwischen dem erst halbfrei und nach 1994 frei gewählten Parlament und dem Präsidenten, die beide Anspruch auf Mitsprache bei der Ausübung der Exekutivmacht erhoben. Die Zugehörigkeit der meisten Regierungschefs zu den „Unabhängigen“, was durch die Parteilosigkeit auch eine gewisse Ungebundenheit an Regeln implizierte – und die Verbindungen der meisten zu dem einen oder anderen Oligarchen-Clan führten unter der Leitung Kuchmas zu einer sukzessiven Verschlechterung der Transparenz. Die immer zunehmende Korruption leitete schließlich massive Proteste ein, weswegen der Präsident Kuchma im Jahr 1999 den Chef der Nationalbank Wiktor Juschtschenko ins Amt berief. Erstmals war mit Juschtschenko ein Reformler an die Macht gekommen. Zusätzlich war Juschtschenko der erste politische Repräsentant des ukrainischen Westens, der Ministerpräsident wurde. Zusammen mit der Vize-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bildete Juschtschenko bis zur Parlamentswahl 2002 die erste „echte“ Opposition als Gegengewicht zu Kuchmas „Partei der Macht“.<sup>1283</sup> Julia Timoschenko nutzte ihre Partei "Vaterland" und einige kleinere Gruppen, um das Wahlbündnis BJuT („Block Julia Timoschenko“) zu bilden.<sup>1284</sup> Juschtschenko gründete die Partei „Unsere Ukraine“, wo er neben den ehemaligen Ruch-Vertreter auch Oligarchen als Geldgeber integrierte. Kuchma organisierte seine Anhänger in das Bündnis „Für eine einheitliche Ukraine!“, die hauptsächlich die „Unabhängigen“ sowie die ostukrainischen Oligarchen, unter anderem aber auch die Vorgänger-Partei der „Partei der Regionen“ (PdR), beherbergte.<sup>1285</sup> Damit schufen sich in der Ukraine zum ersten Mal relativ klare politische Fronten zwischen Ost und West, Nord und Süd. Zwar war die Rhetorik im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 weniger von der nationalen Perspektive, sondern eher von aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen geprägt. Dennoch verteilte sich die Wählerschaft relativ klar zwischen den späteren Orangen Parteien und dem Wahlbündnis von Kuchma entlang des Südost-Nordwest-Rasters.

Obwohl Julia Timoschenko ebenfalls aus den Reihen des Clans von Dnipropetrowsk kam, setzte sie sich als Mitglied der Regierung Juschtschenko für die Bekämpfung der Korruption und dem Abbau der Willkür der Behörden ein. Diese Politikrichtung brachte ihr und Juschtschenko viele Sympathien seitens der oppositionell gestimmten Wähler ein. Gleichzeitig wurden sie im Osten der Ukraine als national gestimmte Kräfte wahrgenommen, die die Ukraine weg von Russland bewegen sollten.<sup>1286</sup> Doch auch die Sichtweise vieler, vor allem der jüngeren Generation im Südosten der Ukraine, erlebte einen Wandel im Zuge der Regierungstätigkeit Kuchmas (v.a. Kuchma-Gate) bzw. der oppositionellen Regierung unter Juschtschenko und Timoschenko. So wurden einige Kräfte für Reformen mobilisiert, was auch viele später dazu bewegte, die Orange Revo-

---

<sup>1283</sup> Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 34.

<sup>1284</sup> Bezeichnung auf Ukrainisch: Блок Юлії Тимошенко (Üb.d.A.).

<sup>1285</sup> Bezeichnung auf Ukrainisch: "За єдину Україну!"; Партія регіонів (Üb.d.A.); Vgl. hierzu: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 261-262; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 35-36.

<sup>1286</sup> Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 44-47.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

lution zu unterstützen.<sup>1287</sup> Angesichts der starken politischen – nebst der bereits vorhandenen wirtschaftlichen Stärke der Oligarchen – waren große Teile der ukrainischen Bevölkerung in der demokratischen Funktionsweise des Staates enttäuscht. Im Jahr 2001 standen sowohl Timoschenko als auch Kuchma und Juschtschenko auf der Liste derjenigen, die in den Augen der ukrainischen Öffentlichkeit als „Oligarchen“ galten.<sup>1288</sup> Für die ältere Generation im Südosten bedeutete die Enttäuschung einen wiederkehrenden Glauben an die „alte“ sowjetische Herrschaft und für die jüngere Generation eine zunächst unklare Positionierung hinsichtlich der existierenden politischen Lager.<sup>1289</sup> Was sich allerdings schwer umkehren ließ, war die nach wie vor starke Regionalisierung der Wähler, welche weder die Opposition noch die „Partei der Macht“ zu lösen schaffte.

Nach den Präsidentschaftswahlen 2004 formierte sich eine Koalition unter der Führung der Orangen Parteien sowie den Sozialisten. Die Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und der Präsident Juschtschenko haben sich grundlegende Reformen auf die Fahnen geschrieben, darunter die Bekämpfung der Korruption und des Oligarchentums sowie Stärkung der Stellung der ukrainischen Sprache, was angesichts der politischen Ausrichtung ein eher überraschendes politisches Versprechen war.<sup>1290</sup> Die Oligarchen blieben allerdings mehrheitlich an der Macht und behielten ihre wirtschaftliche Macht im Osten des Landes, denn Juschtschenko war auf deren Unterstützung angewiesen.<sup>1291</sup> Problematisch war auch die Tatsache, dass einige Oligarchen, so wie Petro Poroschenko, dem neuen Regierungslager nahe standen und damit außerhalb der Reichweite der neuen Linie der Regierung waren. Poroschenko wurde vom Juschtschenko zum Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates ernannt, was praktisch eine Gegenposition zu der Julia Timoschenkos war. Juschtschenko trug nicht zur Entspannung der Konflikte bei, zumal bereits innerhalb der ersten sechs Monate nach Amtsantritt sich erste Gegensätze zwischen ihm und Timoschenko aufzeigten.<sup>1292</sup> Bis zum Herbst 2005 hatten sich die Beziehungen derart verschlechtert, dass Juschtschenko einen neuen Ministerpräsidenten, Jurij Jechanurow, ins Amt berief und sich damit immer weiter von den Orangen Idealen des Jahres 2004 entfernte. Durch die zunehmende Nähe Juschtschenkos zu Oligarchen und alten Machtträgern sowie der „Partei der Regionen“ konnte sich Julia Timoschenko als alleinige Verfechterin der Orangen Ideale profilieren.<sup>1293</sup> Für Juschtschenko blieb dadurch kein Platz auf der politischen Bühne, da sich als Gegenlager zu Timoschenko die „Partei der Regionen“ unter der Führung von Wiktor Janukowitsch formierte.

Unter anderem wurden in den Zeiten der Regierung Juschtschenko/Timoschenko ukrainischsprachige und unabhängige Medien gefördert, was massiv zur Pressefreiheit beitrug. Dabei wurde die erfolgreich unter der Führung der Orangen Kräfte betriebene Förderung der ukrainischen Sprache von der „Partei der Regionen“ verwendet, um die russischsprachigen Regionen gegen die Orangen Kräfte zu mobilisieren. Ebenso wurde

---

<sup>1287</sup> Ebd. S. 44-45.

<sup>1288</sup> Ebd. S. 34.

<sup>1289</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 249.

<sup>1290</sup> Ebd. S. 245; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 288-289.

<sup>1291</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 257.

<sup>1292</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 288-289.

<sup>1293</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 258; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 47.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die West-Politik und hauptsächlich die NATO-Affinität der Orangen Kräfte im Südosten der Ukraine negativ aufgenommen – die Regierung der AR Krim erklärte die Halbinsel im Jahr 2006 für „NATO-frei“.<sup>1294</sup> Die Parole „Rache für die Orange Pest“ war derzeit im Südosten der Ukraine an der Tagesordnung.<sup>1295</sup>

Die Parlamentswahlen aus dem Jahr 2007 wirbelten die Kräfteverteilung erneut durcheinander. Als Siegerin ging die „Partei der Regionen“ hervor. Die geschickte Wahlkampagne und Versprechen an beide Lager – sowohl Europa- und Reformfreundlichkeit als auch die Beibehaltung der russisch-freundlichen Politik – brachten, neben der Kritik an der Orangen Politik der vergangenen Jahre, eine Koalition mit den Sozialisten und der Kommunisten unter der Führung des Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch zustande. Doch die Zusammenarbeit mit dem Orangen Präsidenten Juschtschenko klappte nicht. Bereits im Herbst 2006 traten vier Minister zurück, die zuvor in der Regierung von „Unsere Ukraine“ saßen. Janukowitsch kehrte immer mehr zu seiner Richtung der Russland-Nähe zurück und lehnte Reformen ab. Zusätzlich versuchte er stets die Macht des Präsidenten Juschtschenko zu schwächen.<sup>1296</sup> Die Regierungskoalition zerfiel, als für das Frühjahr 2007 Neuwahlen angekündigt wurden.

Nach den Wahlen des Jahres 2007 bis zur Präsidentschaftswahl 2010 regierte Julia Timoschenko erst in einer Koalition mit der Präsidentenpartei NU-NS („Unsere Ukraine – Selbstverteidigung der Volkes“), zu welcher der „Lytwyn-Block“ im Jahr 2008 hinzu kam.<sup>1297</sup> Die Regierungszeit der Julia Timoschenko war durch Konflikte mit dem Präsidenten, gleichzeitigen politischen Alleingängen bezüglich Gasverhandlungen mit Russland und Versuche der Kooperation mit der „Partei der Regionen“ geprägt.<sup>1298</sup> Aufgrund ihres Lavierens zwischen den Fronten gewann sie zum Teil an Sympathien im Südosten, verlor aber gleichzeitig ihre Basis im Westen.<sup>1299</sup> Am Ende ihrer Regierungszeit wusste keiner mehr so recht, für welche „Seite“ sie nun stand. Von den einen wurde sie nun als „Moskaus Marionette“ und von den anderen nach wie vor als USA-Verbündete wahrgenommen, was sie wahrscheinlich im Endeffekt auch ihre Präsidentschaft kostete.<sup>1300</sup>

Schließlich hat der Ministerpräsident Mykola Azarow während der Präsidentschaft Janukowitschs und der Mehrheitskoalition der „Partei der Regionen“ in der Werhowna Rada sich der politischen Richtung des Präsidenten gefügt. Autoritärer Führungsstil unter Berücksichtigung der Oligarchen-Interessen im Osten des Landes, russisch-geprägte Sprach- und Geschichtspolitik sowie Religionsinterpretation und ausgedehnte Macht durch die problematischen Kommunalwahlen im Herbst 2010 waren Charakteristika dieser Regierung.<sup>1301</sup> Azarow tauschte gleich zur Amtseinführung die Führung von

---

<sup>1294</sup> Boeckh, Katrin/Vökl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. 264-265.

<sup>1295</sup> Ebd. S. 261; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 289-290.

<sup>1296</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 292-293.

<sup>1297</sup> Ukrainische Bezeichnung: Наша Україна - Народна самооборона (Üb.d.A.).

<sup>1298</sup> Schünemann, Manfred: „Wer schafft es in die zweite Runde?“ AG Friedensforschung <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/wahl2010b.html> (Abgerufen am 15.05.2014).

<sup>1299</sup> Vgl. hierzu: Kyril Savin/Andreas Stein: „Beginn der neuen politischen Saison 2009/2010 in der Ukraine“.

<sup>1300</sup> Malygina, Katerina (2010): Die Etablierung Viktor Janukowitschs als Präsident der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen. S. 17-18; Tomasz Konicz: „Schockstarre“ [ukraine-nachrichten.de](http://ukraine-nachrichten.de) vom 21.09.2009 [http://ukraine-nachrichten.de/tomasz-konicz-schockstarre\\_1764\\_meinungen-analysen](http://ukraine-nachrichten.de/tomasz-konicz-schockstarre_1764_meinungen-analysen) (Abgerufen am 15.05.2014).

<sup>1301</sup> Vgl. hierzu: Lange, Nico (2010): Zwischen Re-Sowjetisierung und korporativen Interessen. Ukraine-Analysen 80. 13-15, S. 13; Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 15-16.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

vielen Behörden aus, ernannte beinahe keine Minister, die den Westen des Landes vertraten und zeichnete sich durch seine Russischsprachigkeit aus. Dasselbe galt für sein Kabinett, was im Osten des Landes mit demonstrativem öffentlichem Desinteresse gegenüber weiterer Ukrainisierung belohnt wurde. Der neue Bildungsminister Dmitro Tabatschnik ließ direkt nach seinem Amtseintritt die Ukrainisch-Prüfung für den Bachelor-Studiengang abschaffen, ebenso wurde von dieser Regierung das Gesetz zu den regionalen Sprachen verabschiedet.<sup>1302</sup> Somit kann gesagt werden, dass die Umkehr zur russisch-zentrierten Politik von der Regierung unter Azarow unter deutlichen Vorzeichen der Janukowitsch-Führung stand, welche wiederum auf den russischsprachigen Teil des Landes ausgerichtet war.

### 5.6.1.3 Innenpolitische und innerstaatliche Konflikte als Pendant zum politischen Machtkampf

Die innenpolitischen und innerstaatlichen Konflikte können als bedeutender Begleitfaktor im politischen Leben der Ukraine betrachtet werden. Diese resultieren aus der Bevölkerungsstruktur der Ukraine und ihrer regionalen Verteilung, neben historischen und sprachlich-kulturellen Merkmalen. Die anfängliche Entscheidung der Eliten in der Ukraine ein inklusives Modell der Staatlichkeit und der Nation zu implementieren, brachte das Problem der gemeinsamen Basis mit sich, welche die Bevölkerung des Landes hinsichtlich der politischen Ausrichtung vereinen konnte.<sup>1303</sup> Die Besonderheit der Ukraine hinsichtlich der häufigen Wahlen und Regierungswechsel ist die starke Ost-West Prägung des politischen Machtkampfes, neben sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Das bedeutet nicht, dass es unüberwindbare Differenzen zwischen dem russischsprachigen und dem ukrainischsprachigen Teil der Bevölkerung gibt – vielmehr bestehen Unterschiede in der Vorstellung über die Ausrichtung der Ukraine nach innen und nach außen, welche von den Machthabern stets für den politischen Kampf instrumentalisiert wurden. Hinzu kommt der beinahe unerschütterlicher Machtverbleib der alten Netzwerke und die damit verbundene Korruption, welche eine Art „wirkungslosen Pluralismus“ zustande gebracht hat.<sup>1304</sup> Dies bedeutet, dass sich immer wieder die gleichen Eliten „zeremoniell“ von ihrer Wählerschaft im Amt bestätigen bzw. wählen lassen, ohne dass daraus wesentliche Veränderungen des politischen Machtspiels entstehen.<sup>1305</sup>

Unter dem Präsidenten Krawchuk wurden Anfang der 1990er Jahre bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen zur Kooperation aufgerufen. Ziel war es, die Gesellschaft zum Konsens zu bringen und bewusst auf eine Konfrontation zu verzichten. Dies wurde unter dem Präsidenten Kuchma fortgeführt, der noch mehr als sein Vorgänger an eine vereinigte Ukraine durch eine zentralisierte Politik und Konfliktmanagement glaubte. Die Negativbeispiele, welche beiden Anführern vorschwebten, waren sicherlich

---

<sup>1302</sup> Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. S. 15-16.

<sup>1303</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 46.

<sup>1304</sup> Das Begriffspaar übernommen aus: Ebd. S. 42

<sup>1305</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 42.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

bewaffnete Konflikte in Tschetschenien, sowie die ethnisch exklusive Politik im Baltikum. Kuchma sprach in dieser Hinsicht von dem besonderen „Ukrainischen Weg“, welcher alle Bürger der Ukraine vereinte.<sup>1306</sup> Krawchuk betonte am Anfang seiner Präsidentschaft, dass man die Russen in der Ukraine keinesfalls mit den Russen im Baltikum gleichsetzen dürfe – in der Ukraine seien sie seit Hunderten von Jahren ansässig und würden niemals diskriminiert werden.<sup>1307</sup> Auf der anderen Seite des Meinungsspektrums standen nationalbewusste Ukrainer, denen das Nachbarland im Norden – Belarus – als Negativbeispiel vor Augen geführt wurde, wie die Gesellschaft sich immer mehr russifizierte und die weißrussische Kultur beinahe verloren ging.<sup>1308</sup> In den Anfängen der Demokratisierung wurden bewaffnete Konflikte im Nachbarland Russland stets mit Ruhe wahrgenommen und von den Menschen als eine Sache der Unmöglichkeit in der Ukraine betrachtet. Die Ukrainer hielten sich selbst für „zentristisch“, „konservativ“ und dem Extremismus nicht zugeneigt, so dass innerstaatliche Konflikte nicht möglich gewesen wären und alle Probleme durch Konsens gelöst werden konnten.<sup>1309</sup>

In der Ukraine gab es keinen Radikalschnitt in Sachen Personal von Behörden bzw. der staatlichen Betriebe. Während im Baltikum die Forderung nach den Kenntnissen der estnischen Sprache bereits automatisch einen Teil des Personals „freiwillig“ gehen ließ, blieb der alte Verwaltungsapparat in der Ukraine weitestgehend bestehen.<sup>1310</sup> Auch diese „Kontinuität“ trug zum Fortbestehen der gesellschaftlichen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung bei. Die „sowjetische“ Problemlösungskompetenz war Anfang der 1990er Jahre ein fruchtbarer Nährboden für Korruption auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Daseins. Hinzu kam die schwierige Wirtschaftslage, welche in der Bevölkerung neben der Demokratisierung auch Zweifel an der Marktwirtschaft aufkommen ließ.<sup>1311</sup> Die so entstandene Verwaltungselite ließ sich mit der Zeit nicht mehr von ihrer Position abbringen, was mit dem entstandenen Netzwerk der politischen Parteien, Wirtschaftsoligarchen und kriminellen Organisationen einhergeht.<sup>1312</sup> Dies soll nicht bedeuten, dass die russischsprachigen Regionen ein Brutnest für Korruption waren, während die Westukrainer ihren Geschäften stets nach allen Regeln des Rechtsstaates nachgingen. Vielmehr soll verdeutlicht werden, dass durch das Fortbestehen der alten Verwaltungsmuster im ganzen Staat es zu einer gefühlten „wie immer“-Mentalität kam, welcher sich auch politische Parteien in ihrem Wahlkampf bedienten. Mittels regionaler Verwaltungsapparate, informeller Kanäle, regionaler Interessengruppen und nicht zuletzt der mit den politischen „Clans“ verwobenen Wirtschaftselite konnten Parteien mehr oder weniger „öffentlich“ Stimmkauf betreiben. Dadurch ist auch die Parteidentifikation nach Wohnort und nicht nach ethnischer Zugehörigkeit entstanden.<sup>1313</sup> Damit sind politische Kräfte in der Ukraine zu „politischen Maschinen“ geworden, welche die

---

<sup>1306</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 49-51.

<sup>1307</sup> Zitiert in: Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 270.

<sup>1308</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 128-129.

<sup>1309</sup> Ebd. S. 51.

<sup>1310</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 267.

<sup>1311</sup> Ebd. S. 301-302.

<sup>1312</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-48.

<sup>1313</sup> Ebd. S. 52-53.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Bevölkerung instrumentalisieren und nicht anders herum – eine Art Interessenrepräsentation „von oben“.<sup>1314</sup>

Die ukrainische Bevölkerung zeigte sich in einer Reihe Sachfragen gespalten, welche ihren Weg in den politischen Wahlkampf finden. Dazu gehörten Dezentralisierung bzw. Föderalisierung, Sprachen- und Minderheitenpolitik und die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine in Richtung EU und NATO oder Russland.<sup>1315</sup> Dass sich verschiedene politische Parteien bzw. Interessengruppen dieser „cleavages“ bereits in den 1990er Jahren, aber verstärkt ab dem Jahr 2000, bedient haben, verwundert wenig.<sup>1316</sup> Petra Stykow führt an, dass die Parteien aufgrund ihrer programmatischen Schwäche und des Wegfallens des Kommunismus-Demokratie-Konfliktes Ende der 1990er Jahre angefangen haben die regionale Spaltung für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren, um die Legitimation der eigenen Machtposition zu erreichen. Die Wählerschaft in den verschiedenen Regionen wurde dabei mittels Positionierung zu den genannten Themen mobilisiert.<sup>1317</sup> Was die regionale Spaltung somit zu einem Mittel zum Zweck der verschiedenen politischen Gruppierungen machte, ist die Konzentration auf wenige Kernthemen, wobei in anderen Bereichen in der politischen Realität nur wenig umgesetzt wurde.<sup>1318</sup> Die ukrainische Bevölkerung als Wählerschaft folgte dieser Interessenrepräsentation so lange, bis die so entstandene politische Ineffizienz überspannt wurde – daraus entstanden sowohl die Proteste der Jahre 2004 und 2014 als auch der präsidentiale Machtwechsel des Jahres 2010. Auch wenn Wiktor Juschtschenko versuchte in seiner Politik auf alle Seiten des gesellschaftlichen Spektrums einzugehen, hat weder er noch ein anderer Kandidat es bis 2014 geschafft, die Interessen des Westens und des Ostens (vereinfacht dargestellt) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.<sup>1319</sup> Solange die Innenpolitik an der gesellschaftlichen Spaltung russisch-ukrainisch und die Außenpolitik an der Richtung Europa-Russland scheitert, kann zumindest nicht von einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens über die Gestaltung der ukrainischen Politik gesprochen werden.

Als interessantes Zeichen der Loyalität der unabhängigen Ukraine gegenüber kann das Ablegen des Treueides genommen werden, den ukrainische Abgeordnete der Werhowna Rada bei Amtsübernahme ablegen sollten. In der Parlamentszusammensetzung 1994 bis 1998 haben 85% der Personen diesen Eid freiwillig abgelegt und der Rest hat sich geweigert, wobei von der Zusammensetzung her es ca. 42% ethnische Ukrainer und 18% ethnische Russen waren, zuzüglich weiterer Repräsentanten kleinerer ethnischen Gruppen wie Juden, Polen und Ungarn. Von den Ukrainern haben 89% und von den Russen 64% den Treueid abgelegt. Die restlichen Abgeordneten beider Nationalitäten weigerten sich, was wiederum mit unterschiedlichen Faktoren in Zusammenhang gebracht werden kann: Erstens kamen die meisten (90%) der Verweigerer aus dem Block der KPU, obwohl es auch hier interne Unterschiede gab. So bestanden diese Verweigerer

---

<sup>1314</sup> Den Begriff „politische Maschinen“ verwendet Petra Stykow.

<sup>1315</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 47-48.

<sup>1316</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 53.

<sup>1317</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 52-53.

<sup>1318</sup> Ebd. S. 48.

<sup>1319</sup> Vgl. hierzu: Portnov, Andrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eurevolution“ in der Ukraine. APuZ 47-48, 3-9, S. 6.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

fraktionsintern nur aus 66% der KPU-Abgeordneten. Der Rest der KPU, der den Eid freiwillig ablegte, waren wiederum fast 70% Ukrainer und 24% Russen. Man kann also im Umkehrschluss sagen, dass die meisten der Verweigerer zwar tatsächlich aus den Reihen der Russen bzw. der KPU kamen, doch nicht ausschließlich und auch nicht geschlossen. Zweitens haben 70% derjenigen, die sich gegen die Verfassung von 1996 aussprachen, auch nicht den Eid abgelegt. Abgesehen von den Vertretern der KPU gehörte ein Abgeordneter der Bauernpartei und zwei der Interregionalen Partei an. Keiner der Abgeordneten der Kuchma-nahen „Partei der Macht“ weigerte sich.<sup>1320</sup> Drittens zeigte die regionale Verteilung, dass die meisten Verweigerer aus der Donbass-Region kamen, genauer waren es 28 Abgeordnete. Diejenigen, die aus den Oblasten Donezk und Luhansk kamen, haben auch nur 39% der 72 Stimmen ausgemacht. Somit zeigten sich die meisten Repräsentanten des Donbass loyal gegenüber der unabhängigen Ukraine. Selbst auf der Krim war der Anteil der Verweigerer kleiner, nur 35%.<sup>1321</sup> Viertens bestand ein Zusammenhang zwischen denjenigen, die für den offiziellen Status der russischen Sprache auftraten. Von diesen legten 56% den Treueid ab, was wiederum zeigt, dass potentielle Russischsprachler nicht geschlossen unloyal waren. Schließlich verweigerte rund die Hälfte derjenigen Abgeordneten den Eid, die sich eine vollständige Vereinigung mit Russland wünschten, was an sich schon fast kurios ist. Eine Beteiligung an der GUS sorgte dagegen für eine 100% Ablegung des Eides seitens der entsprechenden Abgeordneten.<sup>1322</sup>

Die Krisen der Jahre 2004 und 2014 können als Höhepunkte der gesellschaftlichen und staatlichen Konflikte in der Ukraine betrachtet werden, allerdings unter verschiedenen Vorzeichen. Während im Jahr 2004 noch für demokratische Prinzipien gekämpft wurde, welche maßgeblich mit der Figur des Präsidenten Kuchma bzw. des Kandidaten Janukowitsch zu tun hatten, war der Unterton der Proteste im Jahr 2014 eher gegen die Beseitigung der durchweg korrupten und ineffizienten Staatlichkeit gerichtet.<sup>1323</sup> Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass mit der Orangen Revolution im Grunde die politische Dimension der innerstaatlichen Ost-West-Auseinandersetzung in der Ukraine ihren Anfang nahm hat, was auf die Ereignisse des Jahres 2014 übertragen wurde. Im Grunde repräsentierten die beiden Kontrahenten Juschtschenko und Janukowitsch während der Zeit 2004 bis 2010 beide Seiten des Konfliktes, wobei weder der eine noch der andere sich im Verlauf der nachfolgenden Jahre als geeigneter Repräsentant positionieren konnte. Die Fehler der Juschtschenko-Administration bestanden im Verfall in die alten Muster sowie das Fehlen einer geeigneten Rhetorik für den Osten des Landes. Janukowitsch beging wiederum den Fehler der gesamten Missachtung der Interessen des pro-europäischen Teils des Landes sowie der Überspannung der autoritären Linie mit den Gesetzen im Januar 2014 – was letztlich zum „Euromajdan“ geführt hat. Dadurch, dass es im Februar 2014 zu massiven Überläufen aus der „Partei der Regionen“ kam, diskreditierte sich die gesamte politische Elite der Ukraine, sowohl im Osten als auch im Westen des Landes. Da es im Februar 2014 erst zu einem Machtvakuum kam und die anschließend „neu“ entstandene politische Führung nunmehr pro-westlich

<sup>1320</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 89-90.

<sup>1321</sup> Ebd. S. 90.

<sup>1322</sup> Ebd.

<sup>1323</sup> Vgl. hierzu: Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 55-56.



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

angestimmt war, kam es zur Aufkündigung der Loyalität seitens der Krim und der südöstlichen Oblaste der Ukraine.<sup>1324</sup> Ideologisch begründet wurde der südostukrainische Separatismus somit durch die entstandene „Dominanz des ukrainischen Westens“ ohne gleichwertige Repräsentation des Ostens – was auch ohne Einwirkung von Russland zustande kam.<sup>1325</sup>

### 5.6.1.4 Parteien als Interessenvertreter oder Interessenvermittler „von oben“?

Wie bereits unter den vorangegangenen Ausführungen beschrieben, stellen Parteien in der Ukraine zwar ein Medium der politischen Willensbildung dar, sind allerdings in vielerlei Hinsicht Instrumente der Machtsicherung der Eliten. Zu diesen gehören sowohl politische Funktionäre aus der Sowjetzeit, welche allerdings generationsbedingt mit der Zeit kontinuierlich weniger wurden, als auch Wirtschaftsfunktionäre, wie der ehemalige Präsident Kuchma, der Kriegs-Präsident Petro Poroschenko oder die ehemalige Premierministerin Timoschenko. Im ukrainischen politischen Alltag spielt jedoch eher der Präsident bzw. die Führungsfiguren der Parteien die zentrale Rolle. Die Ost-West-Teilung des Landes wurde hauptsächlich seit der Orangen Revolution im Jahr 2004 verstärkt thematisiert, während die Weichen seitens des Präsidenten Kuchma und seiner „Partei der Macht“ eher in Richtung Einigkeit gestellt waren. Im vorangegangenen Kapitel wurde erörtert, welchen Einfluss innerstaatlichen Konflikte auf die Rolle der Parteien und auf die Wählerschaft ausgeübt haben – in diesem Kapitel soll gezeigt werden, welche Themen von den Parteien aufgegriffen worden sind, um eine Politikführung „von oben“ zu gewährleisten.

Die Einteilung der Parteien entlang des klassischen Links-Mitte-Rechts-Schemas gestaltete sich während der gesamten Zeit nach der Unabhängigkeit, aber vor allem seit dem Ende der 1990er Jahre schwierig. Dafür sind drei Gründe zu nennen: Erstens betrachteten die politischen Kräfte den Machtanspruch als programmatische Stärke immer mehr, weswegen ideologische Grundsätze immer weiter hinter Slogans und allgemein gehaltenen Gegenpolen (Ost-West, russisch-ukrainisch) blieben.<sup>1326</sup> Zweitens konzentrierten sich Wahlkämpfe beinahe immer um die Führungsfiguren der Parteien, an welchen sich auch die Wähler orientierten. Schließlich teilten sich die Parteien immer stärker auf die Südost- und Westukraine auf, weswegen den Wählern im Grunde quasi nur die „eine“ Seite dieser parteipolitischen Regionalschemas übrig blieb.<sup>1327</sup> Als einzige schaffte es „Block Julia Timoschenko“ (BJuT) nach 2007 eine Art überregionale Repräsentation zu erlangen, welche allerdings relativ schnell wieder abebbte.

Die Parteienlandschaft der Ukraine war in den 1990er Jahren zersplittert und zählte etwa 100 Gruppierungen, die sich Partei nannten, in Wahrheit die Bezeichnung „poli-

---

<sup>1324</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 54-59.

<sup>1325</sup> Zitiert aus: Ebd. S. 59

<sup>1326</sup> Vgl. hierzu: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 288.

<sup>1327</sup> Vgl. hierzu: Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. Ukraine-Analysen 70. 2-8, S. 5.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

tisch“ aber gar nicht verdient hatten. Ständig wurden dabei neue Parteien gegründet, alte zerfielen und wurden neu formiert, wobei die Zugehörigkeiten der Führungspersonen oft wechselten.<sup>1328</sup> Bis zum Jahr 2000 hatten sich etwa sieben bis acht Parteien etabliert, welche zusammen mit den „unabhängigen“ Kandidaten teilweise die Kuchma'sche „Partei der Macht“ formten und teilweise der Opposition angehörten. Auch die Oligarchen fanden in der Zeit den Eingang in die Politik, welche sie als eine Art lukratives Geschäft zugunsten ihres Business betrachteten.<sup>1329</sup> Die Anfang der 1990er Jahre noch einigermaßen deutliche Links-Parteien KPU (Kommunistische Partei der Ukraine), SPU (Sozialistische Partei der Ukraine), Bauernpartei („Селянська партія України“) sowie Progressive Sozialisten sowie Rechts-Parteien NRU (Ruch), demokratische Volkspartei (NDPU) und Vereinigte Sozialdemokratische Partei SDPU(o) teilten sich auch mehr oder weniger deutlich entlang des Ost-West-Schemas. Im Westen wurden demnach die rechten Parteien, im Südosten die Links-Parteien und das Zentrum blieb gemischt, trotz einer Neigung zu den Links-Bündnissen.<sup>1330</sup>

Bis zum Jahr 2002 hatten sich die Parteiblöcke entlang der Grenze „für“ oder „gegen“ Leonid Kuchma herausgebildet. Dabei hatte Kuchma bei den Präsidentschaftswahlen 1999 bekanntlich seine Wählerschaft im Südosten eingebüßt, an dessen Stelle die Kommunisten traten. Das Wahlbündnis „Für eine Einige Ukraine!“ ((FeU) "За Єдину Україну!") stand Kuchma nahe und war als Gegengewicht zu Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko mit „Unsere Ukraine“ zu verstehen. Diesem Präsidenten-Bündnis gehörte damals auch die „Partei der Regionen“ an, welche die Rolle der Vertretung des Ostens spätestens nach dem Einflussverlust der KPU endgültig übernahm. Daneben agierten linke Kräfte, wie die Kommunisten und die Sozialisten, die allesamt ihre Wählerschaft überwiegend im russischsprachigen Südosten hatten. Die Kuchma-Opposition repräsentierte den ukrainischsprachigen Westen.<sup>1331</sup>

Die neue Opposition war im Jahr 2002, so wie Ruch bis dahin, in ihrer politischen Programmatik eindeutig in Richtung der westlichen Region ausgerichtet. Auch Kiew und die zentralen Oblaste lagen im Interessengebiet dieser Kräfte. Parteien des linken Flügels wurden gleichzeitig von der KPU, den Sozialisten und anderen kleineren linken Bündnissen, so wie dem Wahlblock von Natalia Witrenko, die es aber nicht über die Vier-Prozent-Hürde schaffte, repräsentiert. Die neue „Partei der Macht“ unter der Führung des Leiters der Präsidentschaftsadministration Wladimir Litwin bekannte sich offen zum Präsidenten Kuchma sowie zu den Oligarchennetzwerken aus den Bereichen der Metallurgie, des Bergbaus, der Energie und der Kontrolle der Massenmedien. Die Vertreter kamen überwiegend aus den östlichen Regionen des Landes Donezk, Luhansk und

---

<sup>1328</sup> Ott, Alexander(2000): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/BIOst 10/2000. S. 3-4.

<sup>1329</sup> Ebd. S. 4; Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. S. 32-33.

<sup>1330</sup> Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? Ukraine-Analysen 52. 2-7, S. 2; Ott, Alexander (2000): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. S. 3-4.

<sup>1331</sup> Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 2.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Dnipropetrowsk.<sup>1332</sup> Die Sozialisten (Sozialistische Partei der Ukraine) positionierten sich irgendwo zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten, wandten sich nach der Präsidentschaftswahl 2004 aber verstärkt dem Orangen Lager zu.<sup>1333</sup> Schließlich kam die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine in die Rada, die zwar bereits 1998 eine zentristische Position bezog, aber programmatisch dem Präsidentschaftsblock näher stand. Ihre Führung bestand aus Vertretern der Wirtschaft und Medien, die etwas liberaler gestimmt waren als die Oligarchen der Machtpartei.

Bekanntlich hielt die Orange Koalition nach den Parlamentswahlen 2006 nicht lange – letztlich standen nur ein Jahr später Neuwahlen auf dem politischen Programm. Dies kam unerwartet – schließlich wurde die Parlamentswahl 2006 von Beobachtern gelobt, galt sie doch als der ultimative Härte-test für die ukrainische Demokratie nach der Orangen Revolution. Sowohl die Organisation und Durchführung als auch das Ergebnis wurden unter die Beobachter-Lupe genommen. An der Durchführung der Wahl, so waren sich die Beobachter aus dem OSZE, dem Europarat, der EU und Russland einig, gab es nichts auszusetzen. Dies wurde im Westen als Zeichen der demokratischen Konsolidierung und der Reife des ukrainischen politischen Systems gewertet.<sup>1334</sup> Die eigentlichen Spannungen entstanden nach der Wahl des Jahres 2006 allerdings nicht zwischen gegnerischen Parteien, sondern innerhalb der Koalition: Die Orangen Kräfte konnten sich nicht einigen und so zerfiel die am 22. Juni gebildete Koalition aus BJuT, UU und der Sozialisten bereits am 11. Juli 2006. An ihre Stelle trat nun eine neue Koalition aus PdR, KPU und den Sozialisten unter der Führung des Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch. Es war im Grunde zu erwarten, dass das Gespann aus Juschtschenko und Janukowitsch unter der Präsidentschaft Juschtschenkos keine vernünftige Zusammenarbeit zustande bringen würde. So mussten die Wähler nur ein Jahr später, am 21. Juli 2007, erneut an die Wahlurne. Zusätzlich zu den Rangeleien um die Koalitionsbildung wurde dabei erstmals sichtbar, dass es den Machträgern in erster Linie um die Herrschaft und weniger um Wählerinteressen ging. Ebenso entfachte das politische Desaster der Jahre 2006 bis 2007 erneut die Diskussion um die innen- und außenpolitische Ausrichtung der Ukraine, was die Zugehörigkeit entweder zu Europa mit EU und NATO oder zu Russland erneut an die politische Tagesordnung brachte. Diese Seitenbildung hatte zur Folge, dass die Frage der jeweiligen parteipolitischen Zugehörigkeit in Verbindung mit Symbolen wie Freiheit, Demokratie, Autokratie, Europa, Russland etc. gebracht wurde, wobei auch die ehemalige Orange Opposition ihre positive Rolle im ukrainischen politischen System durch die fehlerhafte Regierungsführung und mangelnde Kooperationsbereitschaft untereinander einbüßte. Unter diesen Vorzeichen fanden die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 statt.

Mit den Parlamentswahlen des Jahres 2007 sah es erstmals danach aus, als hätte sich eine überregionale Volkspartei der Julia Timoschenko – BjuT – herausgebildet. Auch im

---

<sup>1332</sup> Schneider, Eberhard/Reimer, Alexander (2002): Die Ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowyna Rada. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 18, Juni. S. 2-3.

<sup>1333</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? OSZE Jahrbuch 2006, Hamburg: IFSH. S. 77-78.

<sup>1334</sup> Ebd. S. 79-80; Wachsmuth, Ralf/Drewelowsky, André (2006): Parlamentswahl 2006 in der Ukraine., Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen AI 6/06. 28-56, S. 29.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Südosten schaffte es BJuT bei den vorgezogenen Parlamentswahlen des Jahres 2007 zwischen 15% und 25% der Stimmen zu mobilisieren. Damit schien der Weg frei für die Konkurrenz mit der „Partei der Regionen“ in den russischsprachigen Oblasten.<sup>1335</sup> Allerdings scheiterte der Siegeszug an der Person Julia Timoschenko, die durch ihre Tätigkeit als Premierministerin das Potential ihres Parteiblocks aufs Spiel setzte. Dass die Wähler im Osten und Westen sich auch in den 2000er Jahren stark an den Führungsfiguren der Parteien orientierten, zeigen auch schwache Ergebnisse der Partei von Wiktor Juschtschenko „Unsere Ukraine“ im Jahr 2007. Dieses Bündnis mit der Stammwählerschaft im Westen des Landes hielt etwa 14% der Stimmen, nur dank neuen Führungsgesichtern, wie des Innenministers Jurij Luzenko.<sup>1336</sup> Somit hat sich 2007 erstmals eine Situation ergeben, in der neben den im Westen, aber aufgrund ihrer Forderungen zur ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte im Osten nicht wählbaren Parteien wie NU-NS („Unsere Ukraine“) auch eine Partei über die Ost-West-Grenze hinweggehen konnte. Timoschenko appellierte dabei an regionale Interessen der Wähler im Südosten und warnte gleichzeitig vor dem russischen Kapital, welches in den Händen der ostukrainischen Oligarchen für mehr Intransparenz und Korruption sorgen würde. Ebenfalls gewählt, aber weitaus weniger erfolgreich als PdR im Südosten waren die Kommunisten und Wolodymyr Litwin mit ihrem Wahlblock im Jahr 2007. Beide Parteien wurden eher von ostukrainischen Sowjetnostalgikern präferiert.<sup>1337</sup> Mit der teilweisen Unterstützung des BJuT hat sich der russischsprachige Südosten repräsentativ erstmals der Zentralukraine und dem Westen angenähert.

Die Parlamentswahl von 2007 löste bei Beobachtern und Experten im Westen, wie schon die Wahl 2006, überwiegend positive Reaktionen aus. Vor allem wurde die Ukraine nun als ein (halbwegs) demokratischer Staat betrachtet. Die hauchdünne Mehrheit des ehemals Orangen Lagers, das nunmehr sowohl in den eigenen Reihen als auch im Westen als das „demokratische Lager“ bezeichnet wurde, sorgte für den Eindruck, dass sich die Ukraine nun auf dem Weg der Demokratie und des Rechtsstaates befinde. Erstens gab es nur in vier Donezker Wahlkreisen eine Mehrheit für die Sozialisten, was aber keine größeren Auswirkungen auf das Gesamtergebnis hatte.<sup>1338</sup> Zweitens wurde das Wahlergebnis und vor allem die Mehrheit des demokratischen Lagers sogar von PdR anerkannt – ein Zeichen dafür, dass auch diese Partei nun endlich auf dem Weg der Besserung und der „Europäisierung“ war. Dass PdR auch letztendlich den Neuwahlen zustimmte, wurde ebenfalls als ein positives Zeichen betrachtet.<sup>1339</sup> Weiterhin zeigten die ukrainischen Wähler eine bewundernswerte Standhaftigkeit, indem sie mit einer Wahlbeteiligung von 62% an zum zweiten Mal innerhalb von 18 Monaten an die Wahlurnen gingen. Tatsächlich wurde seitens einiger Beobachter gefragt, ob die korrupte und

---

<sup>1335</sup> Lindner, Rainer (2007): Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 57, November. S. 2.

<sup>1336</sup> Ebd.

<sup>1337</sup> Ebd.

<sup>1338</sup> Pleines, Heiko (2007): Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder (Oktober 2007). in: Ders.. (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 57-58, S. 57.

<sup>1339</sup> Umland, Andreas (2007): Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine. in: Pleines, Heiko. (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 64-67, S. 64.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

machthungrige Elite der Ukraine ein solches Wahlvolk überhaupt verdiente.<sup>1340</sup> In süd-östlichen Regionen wurde die Wahldurchführung zudem akribisch beobachtet, was den Ruf der Region als Wahlfälscher verbesserte. Letztlich hatten die östlichen Oblaste ihre Stimme nun auch der Opposition (BJuT) gegeben, was sie nunmehr als „befreit“ von den Moskau-treuen Funktionären erscheinen ließ. Die „Partei der Regionen“ wurde im gleichen Zuge als Verliererin der Wahl betrachtet – obwohl sie die Mehrheit der Stimmen bekam –, da die demokratischen Kräfte nun gesiegt hatten.<sup>1341</sup> In solchen optimistischen Schlussfolgerungen liegt im Übrigen das große Problem der Ukraine-Analysen der Post-Orangen-Revolutionsära begründet: Der politische Kampf und das gesellschaftliche Wahlverhalten wurden nach 2004 verstärkt nach Ost- oder West-Tendenz bewertet, wobei die West-Orientierung als „positiv“ und die Ost-Orientierung als „negativ“ für die Demokratisierung und die allgemeine Entwicklung der Ukraine hingestellt wurde. Allerdings zeigt vor allem die Periode von 2006 bis 2007 rund um die Neuwahlen, dass auch die vermeintlichen „Demokratisierer“ in erster Linie ihre eigene Macht sichern wollten. Dieser Trend zog sich auch durch die Wahlen 2012 – bis hin zur Krise 2014.

Die Wahlen 2006 bzw. 2007 zeigten, dass die ukrainische Bevölkerung sich durchaus auf gemeinsame Parteien einigen konnte. Dies belegen die Wahlergebnisse der beiden „Gegenblöcke“ BJuT und PdR im Osten bzw. Westen des Landes. Das hat natürlich viel mit der gemilderten Rhetorik der beiden Parteien im Wahlkampf 2007 zu tun – Janukowitsch gab sich nun verstärkt pro EU (aber gegen NATO) als Garant für die wirtschaftliche Stabilität der Ukraine.<sup>1342</sup> Ebenfalls zeigte sich die Partei verstärkt „gesamtukrainisch-patriotisch“, wie Andreas Umland es nennt. Auf der anderen Seite verstand es Julia Timoschenko durch eine vereinigend-nationale Rhetorik, die Wähler in der Ost- und Südukraine für sich zu mobilisieren. Zu ihren Kernargumenten gehörte die Adressierung des gesamtukrainischen Volkes mit Hauptaugenmerk auf der wirtschaftlichen Entwicklung der östlichen Regionen, inklusive der Zusammenarbeit mit Russland.<sup>1343</sup> Das belegt durchaus, dass eine weniger radikale politische Positionierung in der Ukraine zu einem gesamtukrainischen Wahlergebnis führen kann, bzw. radikale Einstellungen zu Kernthemen die Bevölkerung spalten.<sup>1344</sup>

Die Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 bedeutete, dass seine „Partei der Regionen“ nun zur wahren „Partei der Macht“ werden konnte. Erst beseitigte Janukowitsch die oppositionelle Konkurrenz, indem er die ohnehin unterlegene Präsidentschafts-Anwärterin Julia Timoschenko und den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko

---

<sup>1340</sup> Harter, Stefanie (2007): Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk? in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 59-60, S. 59

<sup>1341</sup> Simon, Gerhard (2007): Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 62-64, S. 63.

<sup>1342</sup> Yurchuk, Yuliya (2007): Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 41-43, S. 41-42.

<sup>1343</sup> Lindner, Rainer (2007): Zentrale Trends der politischen Entwicklung. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 60-61, S. 61.

<sup>1344</sup> Vgl. hierzu: Umland, Andreas (2007): Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine. S. 65; Simon, Gerhard (2007): Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt. S. 63-

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

verhaften ließ, so dass die größte Konkurrenzpartei „Vaterland“ (vormals BJuT) nun ohne Anführerin blieb und infolge dessen zahlreiche Finanziers verlor, welche wiederum zur PdR überliefen.<sup>1345</sup> Letztlich vereinigten sich die größten Oppositionsparteien, was auch Persönlichkeiten wie Arsenij Jazenjuk (bereits Außen-, Wirtschaftsminister sowie Parlamentspräsident gewesen) als Oppositionelle hervorhob. Auch das wieder eingeführte gemischte Wahlsystem erschwerte die Parteienkonkurrenz und machte Platz für Einzelkandidaten. Was die autoritäre *policy* Janukowitschs allerdings auch zur Folge hatte, war die erstarkte Rolle anderer Oppositionsparteien, darunter UDAR und der radikal-nationalistischen „Swoboda“ (Всеукраїнське об'єднання „Свобода“ – „Freiheit“) unter der Führung von Oleh Tjahnibok.<sup>1346</sup> Auch die KPU war noch präsent und erhielt ihre Stimmen wie gewohnt primär in den östlichen Oblasten. Der Rest der Parteien erhielt seine Stimmen nach gewohnten Mustern – PdR ihre Mehrheit im Osten und im Süden, die Opposition im Zentrum und im Westen, die Radikale „Swoboda“ siegte in der Oblast Lwiw und UDAR erhielt Stimmen eher im Westen und im Zentrum. Das Muster des Ost-West-Zentrum-Schemas hatte sich bestätigt. Die einzigen Parteien, welche eine relativ klare Links-Rechts-Positionierung aufwiesen, nämlich KPU und „Swoboda“, beide am jeweils anderen Ende des ideologischen Kontinuums, wobei auch ihre Anhängerschaft sich zwischen den östlichen und den westlichen Oblasten scharf trennte.

Zwischen 2007 und 2012 kristallisierten sich damit eindeutig regional – entlang des Südost-West-Zentrum-Schemas – basierende Parteiformationen heraus, welche in der Ukraine anstelle des Links-Rechts-Zentrum-Schemas traten. Dazu gehörte im Südosten die „Partei der Regionen“ (PdR) als Repräsentantin des Oligarchentums und der Interessen russischsprachigen Oblasten. Als ehemalige Partei des Kuchma-Kreises signalisierte PdR den ostukrainischen Wählern mit dem Austritt aus dem Macht-Bündnis im Jahr 2005, dass sie eine Alternative sowohl zum Orangen Lager als auch zu den alten Eliten unter Kuchma hatten. Die Präsenz der Oligarchen verursachte ein relatives Gewicht der wirtschaftlichen Themen, aber auch die regionale Stärke der russischsprachigen Oblaste der Ukraine sowie die Nähe zu Russland und die Abneigung gegen NATO gehörten zu den Kernthemen der PdR.<sup>1347</sup> Damit hatte sich die Partei bereits Mitte der 2000er Jahre deutlich zu den drei zentralen Fragen der ukrainischen Politik Stellung bezogen und sich deutlich als Vertreterin der russischsprachigen Regionen der Ukraine positionierte.

BJuT als „Block Julia Timoschenko“ wurde anfangs aus der Orangen Revolution zum Lager der Repräsentanten der Westukraine gezählt, was sich aber im Laufe der Jahre veränderte. Nunmehr versuchte Timoschenko ihren Block einerseits mit linkspopulistischen Parolen und andererseits mit dem Bekenntnis zu ukrainisch-nationalen Werten und Demokratie „für alle“ wählbar zu machen. Wie bereits erwähnt, klappte dies zunächst im Jahr 2007, konnte aber danach nicht mehr wiederholt werden, unter anderem

---

<sup>1345</sup> Bader, Max: Analyse: „Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen“ Bundeszentrale für politische Bildung 21.05.2012. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/136876/analyse-die-politischen-parteien> (Abgerufen am 30.3.2014).

<sup>1346</sup> Ebd.

<sup>1347</sup> Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 3; Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. S. 5.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

durch die Ambivalenz der Parteiführerin.<sup>1348</sup> Der mehr oder weniger eindeutig auf dem Westen der Ukraine ausgerichtete Flügel der Parteilandschaft wurde noch bis 2007 durch Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ abgedeckt, welche allerdings aus sehr heterogenen Einzelteilen bestand. Hier waren sowohl nationalistische Interessengruppen als auch Wirtschaftsfunktionäre (unter anderem Petro Poroschenko) vertreten.<sup>1349</sup> Aufgrund der Ruch-Wurzeln war die Bedeutung der ukrainischen Sprache, Kultur und des nationalen Erwachens stets Teil der Parteiprogrammatik, womit das Bündnis ihre Wählerschaft eindeutig in der Westukraine bezog. Hinzu kam mit Bezug auf die Kernthemen der ukrainischen Politik die Offenheit gegenüber der EU und NATO und Distanz zu Russland.<sup>1350</sup>

Infolge der Parlamentswahlen 2012 und der Machtstellung der PdR haben radikal-nationale Parteien sich im Westen der Ukraine immer stärker positioniert. Die Freiheits-Partei („Svoboda“) definierte sich über ihre Wurzeln in der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) der Zwischenkriegszeit, welche sich zu ukrainisch-nationalistischen Idealen bekannt hatte.<sup>1351</sup> Zu den Forderungen gehörte der Kampf für ethnisch-ukrainische Identität und Einführung diverser auf dieses Ziel bedachter Maßnahmen, wie sprachliche Ukrainisierung und ethnische Quoten im öffentlichen Dienst.<sup>1352</sup> Ebenso hatte sich Oleh Ljaschko mit seinem Wahlblock „Radikale Partei“ als ein populistischer Parteiführer im Parteiensystem etabliert, welcher sich „gegen alle“ aussprach und damit vor allem im Westen und im Zentrum punkten konnte.<sup>1353</sup>

Die wichtigsten Geldgeber und Unterstützer der Parteien (allen voran der „Partei der Regionen“ während der „Zeit der Macht“ in den Jahren zwischen 2007 und 2014) gehörten vier Lagern an, die teilweise sehr unterschiedliche Auffassungen über die politische Ausrichtung des Landes hatten. Als Erstes ist hier Rinat Achmetow zu nennen, der als der reichste Mann der Ukraine eine Richtung näher zum Westen bevorzugte, um seine Geschäfte international abwickeln zu können. Sein Haupt-Metier ist (u.a.) Metallurgie, Bergbau, Energie und Finanzen.<sup>1354</sup> Ihm gegenüber stand die Gruppe um Dmitro Firtasch, der die Gas-Lobby repräsentiert und daher die engste Bindung zu Moskau bevorzugte. Eine dritte Gruppe konzentrierte sich um die Brüder Andrei und Sergei Klujew, die der Achmetow-Gruppe näher standen und hauptsächlich den ukrainischen Strommarkt betrieben. Zuletzt ist die Gruppierung um den Ministerpräsidenten unter Janukowitsch, Mykola Azarow, zu nennen, welcher aus Vertretern der alten Wirtschaftseliten der Donbass-Region und ehemaligen Parteibürokraten bestand.<sup>1355</sup> Auch diese strebten eine weitere Annäherung an Moskau an. Die ideologische Richtung der finanziellen

---

<sup>1348</sup> Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 3; Bader, Max: Analyse: Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen.

<sup>1349</sup> Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 4.

<sup>1350</sup> Ebd.

<sup>1351</sup> Vgl. hierzu: Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 639-641.

<sup>1352</sup> Parteiprogramm: [http://www.diaspora.svoboda.org.ua/pro\\_partiyu/prohrama/](http://www.diaspora.svoboda.org.ua/pro_partiyu/prohrama/) (Abgerufen am 20.05.2014).

<sup>1353</sup> Vgl. hierzu: Stein, Andreas (2009): Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges. Heinrich-Böll-Stiftung 29.09.2014 <https://www.boell.de/de/2014/09/29/ukraine-parlamentswahlen-im-zeichen-des-krieges> (Abgerufen am 01.11.2014).

<sup>1354</sup> Solonenko, Iryna (2014): Interessengeflecht und Machtstrategien. Osteuropa 5-6. 197-216, S. 201.

<sup>1355</sup> Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. S. 6.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Flügel der PdR war demnach relativ unterschiedlich. Die jeweiligen Stimmen kamen zum Ausdruck je nachdem, welche Vertreter welcher Gruppen an der Macht waren. Im Jahr 2010 besetzte Janukowitsch viele Posten mit den Anhängern der Firtasch-Gruppe, ebenfalls war das Kabinett rund um Azarow relativ deutlich in Richtung Russland geprägt. Doch das Problematische dabei war, dass die „Partei der Regionen“ durch ihre quasi-Monopolstellung im Osten und Süden des Landes häufig nicht den Wählerwunsch ausdrückte, sondern ihre eigene Interessenpolitik betrieb. Dies zeigte sich dann auch im Informationsfluss, wo alles pro-Europäische und pro-Westliche als negativ und schädlich dargestellt wurde.

Zusätzlich zu den Hauptproblemen des ukrainischen Parteiensystems – die mangelnde programmatische Profilierung, die Konzentration auf wenige Kernthemen, mit welchen sich die Parteien voneinander abzugrenzen versuchten und deren stark regionalisierte Wählerschaft, welche aus der Zeit des Systemübergangs geerbt wurden – kamen die fortwährenden klientelistischen Praktiken, der Eintritt von Wirtschaftsoligarchen in die Politik und in die Rolle der Parteifinanzierer, was von der späten Verfassungsgebung, mangelnder Regelbefolgung seitens politischer Akteure, sowie der starken Position des Präsidenten begleitet wurde.<sup>1356</sup> Was die Machtträger der „Partei der Macht“ über Jahre hinweg zusätzlich kennzeichnete, war der Einsatz der Familienmitglieder, Mitarbeiter, Vertrauten und Geldgeber in Ämtern, Ministerien oder Machtpositionen. Diese Praxis wurde sowohl unter Kuchma Janukowitsch als auch unter Juschtschenko betrieben und wurde auch aktuell noch nicht gestoppt.<sup>1357</sup> Beispielsweise kandidierte bei den Parlamentswahlen 2014 der Sohn von Petro Poroschenko im Wahlblock seines Vaters.<sup>1358</sup>

Auf der Regierungsebene konnten die Parteien in 20 Jahren Unabhängigkeit keine hohe politische Kultur erzielen: Die Arbeit im Parlament war stets von vielen Partei- und Fraktionsaustritten gekennzeichnet, ebenso wie von mangelnder Debattenkultur, Vetternwirtschaft und geringer Konstruktivität bei Koalitionsbildung. Kurzum, die Parteien konnten weder vor noch nach der Orangen Revolution die Interessen der Bevölkerung adäquat artikulieren, sondern vertieften durch ihre gezielte Themenbildung die Ost-West-Teilung des Landes. Durch eine schwache zivilgesellschaftliche Organisation der Bevölkerung, vor allem in den südöstlichen Regionen, wurde die Interessenvertretung durch dieses defizitäre Parteiensystem übernommen, was Wahlen zu einer Art Pflicht werden ließ. Auch die Kontinuität des sowjetischen Wählerverhaltens, wonach man im Grunde das „Kreuzchen“ beim richtigen Kandidaten machen musste, trug dem weiter bei.

Ein bedeutender Aspekt, welcher die ukrainischen Parteien eher auf der Ost-West- als auf der Links-Rechts-Skala positionieren lässt, ist die Außenpolitik. Wie auch bei

---

<sup>1356</sup> Vgl. hierzu: Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? S. 5-6.

<sup>1357</sup> Vgl. hierzu: Malygina, Katerina (2012): Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowitsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit. Ukraine-Analysen Nr. 109. 2-5, S. 2-4; Schneider-Deters, Wilfried (2013): Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung. Ukraine-Analysen Nr. 115. 2-7, S. 2-6; Stein, Andreas: Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges; Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! Ukraine-Analysen 139. 2-5, S. 3-4; Solonenko, Iryna (2014): Interessengeflecht und Machtstrategien. S. 201-214.

<sup>1358</sup> Stein, Andreas: Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges.



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

anderen Sachfragen und politischen Bereichen orientierten sich die Parteien auch in diesem Bereich stets an den Slogans ihrer Führungsfiguren, obwohl es aufgrund des Lavierens zwischen Russland und dem Westen manchmal schwer fiel. Als „pro-westlich“ etablierten sich etwa ab Beginn der 2000er Jahre die Parteien rund um Wiktor Juschtschenko und Julia Timoschenko. Zu den Themenbereichen von „Unsere Ukraine“ bzw. BJuT gehörte klar die EU-Integration und eine NATO-Annäherung, westliche Wirtschaftskooperation und das oberste Gebot der Bewahrung der ukrainischen Unabhängigkeit.<sup>1359</sup> Im Laufe der Zeit lebten sich die zwei Führungsparteien bekanntlich auseinander, wobei BJuT unter Julia Timoschenko etwa ab 2007 auch noch in eine programmatische Grauzone geriet, was die Außenpolitik betraf. Timoschenko hatte sich nämlich sowohl zu Europa und den USA, als auch zu Russland bekannt, ebenso wie sie sich zu liberalen Wirtschaftsprinzipien Europas, aber gleichzeitig auch zu sozialpopulistischen Slogans bekannte.<sup>1360</sup> Wenn man die Präferenzen der Wählerschaft des „pro-westlichen“ Lagers betrachtet, wozu im Übrigen auch Ruch und später „Vaterland“ bzw. die „Volksfront“ gehörte, so hatte die EU-Richtung im Westen der Ukraine bedeutenden Stellenwert. Bekenntnisse zu Russland, wie sie von Timoschenko zwischen 2007 und 2010 kamen, wurden von der westukrainischen Wählerschaft stets mit großer Skepsis wahrgenommen. Die „andere“ Seite – die „pro-russische“ mit der „Partei der Macht“ Kuchmas oder später die „Partei der Regionen“ – orientierte sich „tendenziell“ eher in Richtung der Kooperation mit Russland, wobei auch die EU-Integration nicht vernachlässigt werden durfte.<sup>1361</sup> Hierbei offenbarte sich die Kuchma'sche „Multivektoralität“, welche von bedeutenden ukrainischen Politikern und Parteien gerne angewandt wurde. Das Einzige, was PdR bzw. das „pro-russische“ Lager stets ablehnte, war die NATO-Mitgliedschaft.<sup>1362</sup> Eine Kooperation sowohl mit Russland als auch mit dem Westen ergab sich außerdem aus der finanziellen Struktur der PdR, welche viele Oligarchen des Donezker Clans beinhaltete. Diese wollten Geschäfte in Russland mit Geschäften im Westen verbinden.<sup>1363</sup> Diese außenpolitische Position des „pro-russischen“ Lagers passte zu den Präferenzen der Wählerschaft im Südosten der Ukraine, woraus sich die umfassende Unterstützung aus dieser Gegend ergab. Allerdings, und das wird später näher erläutert, konnte sich keine ambitionierte Partei den vollständigen Ausschluss der jeweils anderen „Himmelsrichtung“ erlauben, zu groß waren die Gegensätze innerhalb der Bevölkerung, was einige Sachfragen angeht. Deswegen war die „Multivektoralität“ nur für Parteien der äußersten Pole fremd – „Swoboda“ propagierte dabei eine „raus aus allem – GUS, EEP, EU, NATO“-Politik, während die KPU vehement auf eine Union der ehemaligen Sowjetvölker beharrte.<sup>1364</sup> Eine breite Wählerschaft erreichten diese Slogans allerdings nicht.

Was hat sich im Zuge der Krise, bis zu den Wahlen im Herbst 2014 in der Parteiandschaft verändert? Als erstes hat PdR als ehemalige „Partei der Macht“ ihre Machtpo-

---

<sup>1359</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation. S. 290-292,

<sup>1360</sup> Ebd. S. 294-295.

<sup>1361</sup> Ebd. S. 300.

<sup>1362</sup> Ebd.

<sup>1363</sup> Ebd. S. 299-301.

<sup>1364</sup> Ebd. 290; 297.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

sition verloren und hat sogar darauf verzichtet, bei der Wahl eine eigene Liste aufzustellen.<sup>1365</sup> Dies geschah mehr oder weniger offiziell aus Protest über die unvollständige Repräsentation der ostukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk, doch wahrscheinlich auch, weil die Partei derart zersplittert war.<sup>1366</sup> Allerdings formierte der im Mai 2014 gewählte Präsident Petro Poroschenko nun seine eigene „Partei der Macht“ mit bekannten Führungsfiguren, wie sich selbst oder dem unter Janukowitsch inhaftierten Jurij Luzenko. Die ehemalige Opposition, ehemals unter der Führung von Julia Timoschenko, spaltete sich: Die „Volksfront“, unter der Führung des mittlerweile ebenfalls bekannten Interimspremier Arsenij Jazenjuk, legte einen starken Auftritt hin. Auch „Vaterland“ nahm an den Wahlen teil, erzielte jedoch sehr bescheidene Ergebnisse.<sup>1367</sup> Letztlich machten Jazenjuk und Poroschenko auch die Mehrheit der Stimmen unter sich aus, wobei Jazenjuks Partei sogar einen leichten Vorsprung schaffte.<sup>1368</sup> Der Rest der ehemaligen „Vaterland“-Opposition formierte eine wenig aussichtsreiche Allianz mit Majdan-Aktivistinnen und Vertretern der Freiwilligen-Bataillone im Osten des Landes.<sup>1369</sup> Solche waren allerdings auch in den Kreisen der neuen Führungsparteien von Poroschenko und Jazenjuk vorhanden, ebenso wie einige verbliebene Wirtschaftsfunktionäre.<sup>1370</sup> Im Zuge der Krise gewannen radikal-nationalistische Gruppen und Parteien an Unterstützung, zu „Swoboda“ gesellten sich der „Rechte Sektor“ oder auch die „Radikale Partei“ von Oleh Ljaschko, welche bereits 2012 einige Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.<sup>1371</sup> Zwar feierten diese Parteien nur mäßigen Erfolg, denn nur die Radikale Partei Ljaschkos schaffte es über die Fünf-Prozent-Hürde, doch ihr Einfluss in der Werhowna Rada blieb vorhanden.<sup>1372</sup>

Zwei Entwicklungen hat die Parteienlandschaft im Zuge der Krise 2014 durchgemacht: Erstens scheinen die Parteien sich nun mehr auf programmatische Ziele zu besinnen, obwohl charismatische Leader nach wie vor bestimmend sind. Ebenso ist unklar, ob der Einfluss der Wirtschaftsfunktionäre und die Praxis des Klientelismus künftig abnehmen oder nach wie vor vorhanden bleiben werden. Die zweite Entwicklung bezieht sich auf die „neue“ Programmatik der Parteien – vor der Wahl 2014 besannen sich alle, die in die Werhowna Rada gewählt werden wollten, auf westliche Werte, Demokratie, Distanz zu Russland, Nähe zur EU bzw. NATO, neben national-radikalen Parolen einiger Kräfte. Dadurch ergibt sich eine weitere Entwicklung: Die Rolle der pro-westlichen Parteien im neuen Parlament hat enorm zugenommen. Gabriele Baumann schrieb im Vorfeld der Wahlen: „Pro-russische Abgeordnete werden in der kommenden Rada wohl eher die Ausnahme sein“, <sup>1373</sup> was genau so zum empirischen Ausdruck kam:

---

<sup>1365</sup> Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? Länderbericht Ukraine. Konrad-Adenauer-Stiftung, September. S. 2.

<sup>1366</sup> Sputnik news: „Ukraine’s Party of Regions refuses to participate in Rada elections“ 14.09.2014. <http://sputniknews.com/politics/20140914/192930339.html> (Abgerufen am 15.09.2014).

<sup>1367</sup> Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 1-2.

<sup>1368</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 3: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2014. Ukraine-Analysen 139. S. 5.

<sup>1369</sup> Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2.

<sup>1370</sup> Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 3.

<sup>1371</sup> Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2; Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4.

<sup>1372</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 26 жовтня 2014 року. (Abgerufen am 01.11.2014).

<sup>1373</sup> Baumann, Gabriele (2014): Neue Parteien – neue Gesichter? S. 2

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Die KPU hat es nicht über die 5% Hürde geschafft und Vertreter der ehemaligen PdR haben innerhalb des Oppositionsblocks kandidiert, welcher nur knapp 10% der Stimmen bekommen hat. Während die Bekenntnisse zur Demokratie und zu westlichen Werten eine positive Entwicklung ist, so scheint es, als hätten besonders die russischsprachigen Regionen des Ostens und des Südens (welche nicht unter Kontrolle der Separatisten standen) massiv an politischer Bedeutung eingebüßt. Davon spricht auch die Wahlbeteiligung, welche im gesamten Südosten unter 50% und in Donezk, Luhansk und Odessa sogar unter 40% blieb.<sup>1374</sup> Zudem waren etwa 5 Millionen Menschen auf der Krim und in den besetzten Gebieten gar nicht an der Wahl beteiligt, was etwa 12% der Bevölkerung ausmacht.<sup>1375</sup> Wie Ergebnisse der Umfragen zeigen, sind Beziehungen zu Russland für viele im Südosten noch von Bedeutung, ebenso wie die Abneigung gegen die EU bzw. vor allem die NATO. Diese Stimmen wurden durch die politischen Parteien der post-Krisen-Zeit wenig bis gar nicht vertreten – einzige Vertreter des Oppositionsblocks nehmen in der Werchowna Rada mit 32 Sitzen allerdings eine marginale Stellung ein.

### 5.6.1.5 Fazit: Der Präsident, die Exekutive und die Parteien - die Repräsentation

Alle Herrschaftsträger der Ukraine haben früher oder später lernen müssen, dass sie die regionale Heterogenität des Landes für ihre Zwecke berücksichtigen mussten. Dabei wurde die Konzentration auf bestimmte Kernthemen bzw. die Positionierung der Kandidaten in bestimmten Fragen in den russisch- bzw. ukrainischsprachigen Oblasten teilweise sehr unterschiedlich wahrgenommen, wobei bestimmte Kernthemen entlang der regionalen Ost-West-Verteilung zum Teil entscheidende Wahlerfolge mit sich bringen konnten. Der Präsidentschaftskandidat Kuchma verstand es im Jahr 1994 gegen seinen Konkurrenten Krawchuk, die Südöstlichen Teile der Ukraine zu mobilisieren, während er im Jahr 1999 mittels politischer Rhetorik und Aktionen das Zentrum und den Westen unter sich vereinen konnte. So gewann er gegen den Kommunisten Petro Symonenko. Schließlich wurde auch die regionale Spaltung, neben dem Links-Rechts-Schema, an sich von den Herrschaftsträgern als politisches Mittel verwendet, um Stimmen zu gewinnen. Generell tendierten die russischsprachigen Oblaste des Südostens in den 1990er Jahren eher zu linken Kräften, der Westen dagegen eher zu liberalen Präsidentschaftskandidaten und Parteien. Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2004 verdeutlichte erstmals die Spaltung innerhalb des Landes und vertiefte diese gleichzeitig. Dabei wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik durch die Tatsache geprägt, dass der ukrainische „wirkungslöse Pluralismus“ keine echte Repräsentation hervorbrachte. Die Herrschaftsperioden der Präsidenten Krawchuk/Kuchma, Juschtschenko/Janukowitsch und schließlich Janukowitsch zeigten, dass die Konzentration der Wahlkämpfe auf Führungspersonen und die genannten Kernthemen zu autoritären Elementen, Populismus, Skandalen und die Vertiefung gesellschaftlicher Konflikte geführt haben. So war auch die Krise des

---

<sup>1374</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 5.

<sup>1375</sup> Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Jahres 2014 ein Resultat solcher Politik. Auch der Krisen-Präsident Poroschenko hat es bislang nicht geschafft, die Einigung des Landes zu gewährleisten und den Krieg im Osten des Landes zu beenden.

Bei der Gestaltung der ukrainischen Politik blockierten sich die politischen Gewalten häufig gegenseitig – wenn sie verschiedenen regionalen Lagern angehörten. Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister verdeutlicht dies anschaulich. Die Ausprägung des Parteiensystems mit der Konzentration auf die Führungsfigur und die klientelistischen Netzwerke neben dem Einfluss der Oligarchen brachten keine „echte“ Repräsentation. Die Verwendung des Ost-West-Schemas wurde hierbei besonders deutlich. Lediglich in der Krise des Jahres 2014 verlor die Repräsentation des Südostens durch den Zerfall der „Partei der Regionen“ an Gewicht. Allgemein sorgte die Krise für eine entscheidende Bewegung der politischen Meinungsbildung in die liberale und pro-europäische Richtung – mitsamt extremen nationalistischen Parteien. Während diese Entwicklung von den Anhängern begrüßt wird, darf nicht darüber hinweg gesehen werden, dass die Vertretung der Meinung der russischsprachigen Regionen aktuell zu kurz kommt – was künftig für neue oder für das Aufflammen alter Konflikte sorgen könnte.

### 5.6.2 Wahlverhalten in der Ukraine bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1998 und 1999 bis 2014 – Rolle der russischsprachigen Oblaste

#### 5.6.2.1 Wahlgesetze und Wahlrecht

Die Parlamentswahlen der Ukraine sind durch das entsprechende Wahlgesetz geregelt, welches zwischen den Jahren 1998 und 2002 bzw. nach 2011 verändert wurde. Die wichtigste Änderung betraf die Ausrichtung der Wahl nach einem Mischsystem (zwischen absoluter und relativer Mehrheitswahl) bzw. als reine Verhältniswahl, was zum Teil bedeutende Einflüsse auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Machtverhältnisse zwischen dem Parlament und dem Präsidenten hatte. Insgesamt war es in der Ukraine zwischen 1994 und 2007 „in Mode“ gekommen, das Wahlgesetz, abgesehen von dem grundsätzlichen Wahlmodus, zu modifizieren. Diese Veränderungen wurden stets aus dem Machtkalkül der jeweiligen Machträger getätigt, damit die jeweils kommenden Wahlen ihnen und ihren Anhängern den größtmöglichen Vorteil verschafften.<sup>1376</sup> Zunächst wurde nach dem Beschluss der Rada im Jahr 1993 nach einem reinen Mehrheitswahlrecht gewählt, bei dem in 450 ukrainischen Wahlkreisen je ein Mandat vergeben wurde. Beim Nichterreichen einer absoluten Mehrheit wurde erneut gewählt.<sup>1377</sup> Dieses Problem sorgte bereits bei den ersten freien Parlamentswahlen für lange Wahlperioden. Unter anderem deswegen tagte die erste Werhowna Rada eine lange Zeit in einer unvollständigen Zusammensetzung. Diese Art der Stichwahl begünstigte vor allem „unab-

---

<sup>1376</sup> Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli. S. 2.

<sup>1377</sup> Ebd.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

hängige“ Kandidaten, welche als ehemalige KPU-Mitglieder bereits Bekanntheitsgrade erlangt hatten und auf ihre Wählerschaft zurückgreifen konnten.

Am 29. März 1998 wurde ein Mischsystem für die Parlamentswahlen verabschiedet, hauptsächlich um den Einfluss des Präsidenten mittels „seiner“ Kandidaten einzuschränken. In 225 Wahlkreisen wurde demnach Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Parteilisten angewandt, während in den anderen 225 Wahlkreisen weiterhin nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wurde.<sup>1378</sup> Diese Regelung brachte aber keine nennenswerte Änderung der Machtverhältnisse in der Rada, in der nach wie vor viele „Unabhängige“ einen Platz bekommen hatten. Erst nach den Parlamentswahlen 2002 und dem Wahlsieg Wiktor Juschtschenkos im Jahr 2004 wurde die fundamentale Änderung des Wahlgesetzes – Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Parteilisten am 7. Juli 2005 – verabschiedet. Eine Sperrklausel wurde auf 3% festgelegt.<sup>1379</sup> Eine Bestimmung erlaubte allerdings dennoch gewisse Intransparenz, indem die Zulässigkeit von Wahlblöcken den Sprung über die Drei-Prozent-Hürde ermöglichte. Für die Fraktionsbildung konnten nach der Wahl wieder andere Bündnisse geschlossen werden, was die politische Disziplin im Parlament extrem schwächte.<sup>1380</sup> Von der Regelung haben beispielsweise Abgeordnete des BJuT im Jahr 2006 Gebrauch gemacht, als sie zu der Regierungskoalition aus PdR, den Sozialisten und den Kommunisten wechselten.

Unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs wurde das Wahlrecht erneut geändert – zurück zu einem Mischwahlsystem mit 225 Mehrheits- und 225 Verhältniswahlkreisen.<sup>1381</sup> Auch die Sperrklausel wurde auf 5% erhöht und die Blockbildung abgeschafft.<sup>1382</sup> Zahlreiche Kritikpunkte wurden daraufhin von internationalen Beobachtern hervorgebracht, welche mit Auszählung der Stimmen, Bestimmung und Abzug der Kandidaten durch Parteien sowie die Finanzierung der Parteien anbelangte.<sup>1383</sup> Ebenfalls blieben einige Lücken und Möglichkeiten für Wahlmanipulationen bestehen. Generell konnte das Gesetz als Rückschritt in die Vor-Orangen Zeiten aufgefasst werden, in der die Begünstigung der „Partei der Macht“, Stimmkauf, Einfluss durch Geldgeber und Klientelismus an der Tagesordnung waren.<sup>1384</sup>

Im Zweifelsfall wurden grundsätzlich die östlichen und südlichen Oblaste als Erste des Wahlbetrugs beschuldigt. Die westlichen Oblaste standen weniger in der Kritik, was den Eindruck vermittelte, dass die „Partei der Regionen“ bzw. früher KPU oder die „Partei der Macht“ in den russischsprachigen Teilen des Landes ihre Stimmen erschlichen und deshalb die Wahl gewonnen hätten. Dies wiederum ließ die Bevölkerung dieser Regionen als „gelenkt“ erscheinen, ohne eigene politische Meinung und ohne wirklichen Willen, sondern nach wie vor verfangen in der sowjetischen Mentalität des Wahlzwangs. Tatsächlich verstärkte sich dieser Eindruck durch Vorfälle wie in Cherson und

---

<sup>1378</sup> Ebd. S. 2-3.

<sup>1379</sup> Ebd. S. 3.

<sup>1380</sup> Lange, Nico (u.a.) (Hrsg.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 28-29.

<sup>1381</sup> Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. Ukraine-Analysen 99, 2-6, S. 2-4.

<sup>1382</sup> Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. S. 3.

<sup>1383</sup> Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. S. 2-4; Lange, Nico (u.a.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 8-10; Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. S. 4-5.

<sup>1384</sup> Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. S. 2-4.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Mykolajiw, als bei der Wahl 2006 etwa 30% der Stimmen für die „Partei der Regionen“ aus wieder eingeführten Wanderurnen stammten, welche für bewegungsunfähige Wähler eingerichtet worden waren.<sup>1385</sup> Andere Verstöße wie Busladungen mit Wählern, die in unterschiedlichen Kreisen mehrfach abstimmten, bereits ausgefüllte Wahlzettel, Entfernung von Beobachtern usw. wurden meistens mit dem Osten der Ukraine in Verbindung gebracht.<sup>1386</sup>

### 5.6.2.2 Präsidentschaftswahlen von 1999 bis 2014

Die Ukraine mit ihrem semi-präsidentiellen System hatte in regelmäßigen Abständen stets zwei Wahlgänge der Amtsträger zu bewältigen – die des Präsidenten und die des Parlaments. Da zwischen den Wahlen der jeweiligen Institutionen meistens zwei Jahre lagen – außer es fanden außerplanmäßige Wahlen statt –, musste die Bevölkerung immer wieder neu für den politischen Prozess interessiert werden. Mitunter kam es dabei zu kontroversen Entscheidungen und Stimmverteilungen, deren Erklärung sowohl in den tagespolitischen Fragen als auch in der nationalen und regionalen Verteilung der Bevölkerung zu finden ist. Obwohl die Präsidentschaftswahl aus dem Jahr 2004 das bis dahin wohl am meisten diskutierte Ergebnis hervorbrachte, zeigten die vorangegangenen und auch nachfolgenden Wahlen, dass die Stimmverteilung der Bevölkerung zwar gar nicht so eindeutig war, wie die Ost-West-Teilung vermuten lässt, aber dennoch einen deutlichen regionalen Trend zeigte.

Wie bereits beschrieben, hat Leonid Kuchma die Wahl im Jahr 1994 gewonnen, indem er die Stimmen in den Oblasten des Südostens und des Zentrums zu seinen Gunsten genutzt hatte. Die präferenztechnisch interessanteste Wahl ist die Präsidentschaftswahl am 14. November 1999, als Leonid Kuchma sich gegen den kommunistischen Kandidaten Petro Symonenko durchsetzte. Kuchma hatte sich bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 1994 als Gegenkandidat zu dem damaligen Reformler Leonid Krawchuk positioniert, wobei sein Programm eine Russland- und Nomenklatur-freundliche Richtung einschlug. Seine Wählerschaft stammte fast ausschließlich aus den traditionellen „russischsprachigen“ Gebieten des Ostens und Südens. Im Jahr 1999 drehte Kuchma den Spieß um und positionierte sich als entschlossener Gegenkandidat zum Kommunisten Petro Symonenko. Infolge dessen gewann Kuchma diesmal die Stichwahl in den meisten westlichen Oblasten, wobei er auch in einigen östlichen Regionen die Oberhand behielt. Lag es nur an seiner geschickten Taktik oder auch an den Wählern, die sich womöglich doch nicht geschlossen entlang der nationalen Linien entschieden? Wahlergebnisse aus dem Jahr 1999 zeigen, dass Kuchma in allen östlichen Oblasten und ebenfalls im Süden und im Zentrum Stimmen verlor, aber dennoch in einigen Oblasten die Oberhand behielt. Über 40% der Stimmen verlor er in Luhansk, auf der Krim und in Sewastopol, wobei die Krim ihm dennoch mit 50,17% der Stimmen sein Mandat gab. Mehr als 20% betrug der Stimmverlust für Kuchma in Tschernihiw, Charkiw, Poltawa, Donezk, Zaporischja und Cherson, dennoch gewann Kuchma in Donezk und Charkiw, wenn auch

---

<sup>1385</sup> Lange, Nico (u.a.) (Hrsg.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007. S. 29.

<sup>1386</sup> Ebd.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

knapp. Dagegen zeigten sich die Oblasten der Zentralukraine deutlich Symonenko-freundlicher. Hier hatte Kuchma auch einige Stimmverluste gegenüber 1994 zu verzeichnen, diese bewegten sich aber fast alle unterhalb der 10%-Marke. Symonenko bekam eine relativ deutliche Mehrheit der Stimmen in den zentralukrainischen Oblasten Winnycja und Tscherkassy, etwas knapper war sein Vorsprung in Mykolajiw, Kirowohrad und Cherson. Alle anderen Oblasten gaben ihre Stimmen an Kuchma, wobei seine Position immer stärker wurde, je weiter man sich in Richtung Westen bewegte.<sup>1387</sup> Insgesamt gewann er mit 56,25% der Stimmen gegenüber 37,80% für Symonenko.

Die nächste, wohl bisher berühmteste Präsidentschaftswahl der Ukraine fand im Jahr 2004 statt. Hier werden nun die Ergebnisse analysiert, die nach dem dritten Wahlgang am 26. Dezember 2004 veröffentlicht wurden. Dennoch ist auch von Bedeutung, wie viel Prozent der Zuwachs der Stimmen für den Kandidaten Juschtschenko zwischen dem zweiten (am 21. November) und dem besagten dritten Wahlgang betragen hat. Der größte Zuwachs über ca. 15% konnte im zentralukrainischen Kirowohrad sowie dem westlichen Transkarpatien verzeichnet werden. Um etwa 10% wuchs die Zustimmung für Juschtschenko in den zentralen Oblasten Sumy, Tscherkassy, Winnycja, Chmelnyzkyj und Riwne. Selbst im Osten der Ukraine – Charkiw, Luhansk, Donezk und Poltawa konnte Juschtschenko kleine Zuwächse um etwa 2% bis 6% verzeichnen. Janukowitsch büßte dagegen in allen Regionen – selbst im Süden und im Osten prozentual an Stimmen ein.<sup>1388</sup> Und obwohl sich die Mehrheiten in den Oblasten zwischen den beiden Wahlgängen nicht verändert hatten, waren es genau diese Unterschiede in der Gesamtzahl der Stimmen, die Wiktor Juschtschenko letztlich mit 51,99% der Gesamtstimmen den Sieg brachten. Einige Überraschungen gab es auch in der Stimmverteilung. So war der Vorsprung für Janukowitsch in Charkiw (68,12%) und Dnipropetrowsk (61,13%) im Osten sowie Odessa (66,56%), Mykolajiw (67,13%) und Cherson (51,32%) im Süden gar nicht so deutlich, wie man hätte denken können. Im Jahr 1999 hatten Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa gar für Kuchma gestimmt und somit den Trend der geschlossenen ostukrainischen Stimmenabgabe für den „eigenen“ Kandidaten gebrochen. Dagegen hat Juschtschenko bei der Wahl 2004 es geschafft, die Stimmen derjenigen zentralukrainischen Oblaste, die 1999 noch für den Kommunisten Symonenko gestimmt hatten, für sich zu gewinnen. Dazu gehörten Tschernihiw (71,15%), Poltawa (66%), Tscherkassy (79,10%), Winnycja (84,07%) und Kirowohrad (52,58%).<sup>1389</sup> Auch der Wahlkreis im Ausland stimmte mit 59,52% für Juschtschenko. So konnte Janukowitsch die beiden bevölkerungsreichsten Oblasten Donezk und Dnipropetrowsk zwar für sich gewinnen, die Quantität der Stimmen aus dem Osten und Süden reichte jedoch nicht aus, um die Mehrheit aus dem Zentrum zu brechen.

Im Januar-Februar 2010 kam es zu den nächsten planmäßigen Präsidentschaftswahlen. Nach dem ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 traten Wiktor Janukowitsch und die Mitstreiterin Juschtschenkos aus Tagen der Orangen Revolution, Julia Timoschenko, als

---

<sup>1387</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Підтримка кандидатів, що набрали найбільшу кількість голосів по регіонах України. Вибори Президента України 14.11.1999 року.

<sup>1388</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування по регіонах України. Порівняння.

<sup>1389</sup> Ebd.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

stärkste Kandidaten zur Stichwahl an. Dieses Mal schaffte es Wiktor Janukowitsch, die Wahl knapp für sich zu entscheiden, obwohl er insgesamt sogar weniger Stimmen bekam als bei der ersten Wahl – 12 481 266 Personen stimmten für ihn. Das reichte für 48,95% des gesamten Quorums. Julia Timoschenko bekam ca. 4 Millionen Stimmen weniger als ihr Vorgänger Juschtschenko und auch weniger als Janukowitsch (insgesamt 11 593 357 Stimmen) und damit 45,47% der Gesamtstimmen.<sup>1390</sup> Die Tatsache, dass Janukowitsch bei einer geringeren Anzahl der Stimmen im Vergleich zu 2004 dennoch siegte, lag an der geringeren Wahlbeteiligung in allen ukrainischen Oblasten.<sup>1391</sup> Bemerkenswert ist, dass Janukowitsch keine Oblast dazu gewann – für ihn stimmten erneut genau 10 Oblaste. Diesmal reichte aber die Mehrheit der Stimmen der bevölkerungsstarken ostukrainischen Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk und Charkiw mit allesamt über 1 Million „Für“-Stimmen (Donezk sogar 2,4 Millionen), gefolgt von Odessa und Krim mit mehr als 800 000 Stimmen. Julia Timoschenko konnte lediglich in Lwiw auf mehr als 1 Million Stimmen kommen, obwohl sie insgesamt in 17 Oblasten (exklusive der Stimmen aus dem Ausland, dort erreichte Timoschenko 60% der Stimmen) für sich gewinnen konnte.<sup>1392</sup> Verglichen mit der Wahl 2004 verlor Timoschenko aber prozentual Stimmen in allen Oblasten, die für die Orangen Kräfte gestimmt hatten. Stimmen gewonnen hatte sie paradoxerweise nur in vier Hochburgen der Orangen Gegner – Donezk, Luhansk und auf der Krim, inklusive Sewastopol. In diesen vier Oblasten verlor Janukowitsch folglich an Stimmen – doch in allen anderen Oblasten kamen Wähler dazu. Am höchsten war der prozentuale Zuwachs für Janukowitsch im nördlichen Sumy sowie im westlichen Transkarpatien (ca. 14 Prozentpunkte) sowie in den zentralukrainischen Winnycja, Tscherkassy, Poltawa und in Oblast Kiew.<sup>1393</sup> Somit spielten hier erneut die zentralukrainischen Oblaste die Rolle des „Züngleins an der Waage“. Ebenfalls zeigen, wenn auch leichte, Stimmverluste für Janukowitsch in den ostukrainischen Hochburgen, dass hier andere Kräfte zusätzlich Chancen auf Stimmgewinne hatten. Letztlich zeigte die Wahl von 2010, dass tatsächlich jede Stimme der Ukraine die Wahl entscheiden konnte.

Wie bereits beschrieben, stand die Präsidentschaftswahl des Jahres 2014 unter besonderen Vorzeichen, welche vor allem die russischsprachigen Oblaste Donezk, Luhansk und die Krim, aber auch die restlichen Gebiete des Südostens betrafen. Als Kandidaten stellten sich der Oligarch und Politiker Petro Poroschenko neben Julia Timoschenko, Oleh Ljaschko sowie weitere weniger bekannte Kandidaten auf, wobei nach dem ersten Wahlgang feststand, dass es erstmals in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen keinen zweiten Wahlgang geben würde. Von den 18 019 504 Personen, die an der Abstimmung teilnahmen (Wahlbeteiligung 59,48%) stimmten 9 857 308 Personen und damit die absolute Mehrheit von 54,70% für Poroschenko. Von den Gegenkandidaten kam Julia Timoschenko mit 12,81% der Stimmen an zweiter Stelle.<sup>1394</sup> Damit war die Mehrheit für

---

<sup>1390</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори Президента України. Повторне голосування з виборів Президента України 07 лютого 2010 року. Результати голосування по Україні.*

<sup>1391</sup> Ebd.

<sup>1392</sup> Ebd.

<sup>1393</sup> Ebd.

<sup>1394</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Позачергові вибори Президента України 25 травня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014).*



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Poroschenko komfortabel und zeugte auf den ersten Blick von einem breiten Konsens. Doch war dem so? Vor allem in Osten und im Süden des Landes war die Wählerschaft aufgrund der Kriegshandlungen erstens verringert und zweitens politisch desorientiert bzw. verunsichert.<sup>1395</sup> Der Kandidat der „Partei der Regionen“ Michailo Dobkin (3,03% der Stimmen) war lediglich in Charkiw bekannt, ebenso wie die anderen Kandidaten, die entweder aufgrund ihrer Rhetorik oder ihrer politischer Programmatik in den russischsprachigen Oblasten nicht wählbar waren.<sup>1396</sup> Insofern konnte der Kandidat Poroschenko als das „kleinere Übel“ bzw. der „zentristischste“ Kandidat gelten, der im Südosten noch den größten Konsens erzeugte.<sup>1397</sup> Wie bereits bei vorangegangenen Wahlen war die Wahlbeteiligung im Osten niedrig, zumal die besetzten Gebiete des Donbass und die Krim an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten. In dem Teil der Oblast Donezk, in der abgestimmt werden konnte, lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 15%. Auch in den restlichen Oblasten des Südostens war die Wahlbeteiligung durchschnittlich: in Luhansk bei 38%, in Charkiw und Odessa bei 47%, in Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, und Mykolajiw bei knapp über 50% der Wahlberechtigten.<sup>1398</sup> Dagegen waren die Oblaste des Westens mit Lwiw, Ternopil, Iwano-Frankiwsk, Wolhynien und Riwna allesamt mit über 70% Wahlbeteiligung an der Wahlurne.<sup>1399</sup> In den östlichen Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw und Zaporischija erhielt Poroschenko entsprechend unter 40% der Stimmen, in Dnipropetrowsk, Cherson, Mykolajiw und Odessa im Südosten sowie in Tschernihiw im Norden unter 50% und im Zentrum etwa zwischen 50% und 60% der Stimmen. Die höchste Zustimmung erzielte Poroschenko mit knapp 70% in der Oblast Lwiw.<sup>1400</sup> Julia Timoschenko erzielte im Südosten weniger als 10% und im Rest des Landes zwischen 10% und 18% der Stimmen. Ausreißer waren in Donezk, Luhansk und Odessa der Osten-Kandidat Serhij Tihipko (zwischen 15% und 18% in den genannten Oblasten) sowie der bereits erwähnte Michailo Dobkin in Charkiw mit 26% der dortigen Stimmen.

### 5.6.2.3 Parlamentswahlen von 1998 bis 2014 – Wahlergebnisse und die regionale Stimmverteilung

Die Stimmverteilung bei den ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1994 hatte die Mehrheit für die Kommunisten gebracht, welche mit dem linken Lager und den „Unabhängigen“ ihre Machtstellung sichern konnten. Die Parlamentswahlen im Jahr 1998 (29. März) wurden zwar nach einem neuen Wahlsystem abgehalten, was aber kaum Veränderungen in den Machtverhältnissen einbrachte. Von den 30 Parteien, die sich zur Wahl gestellt haben, schafften es „nur“ 8 über die Vier-Prozent-Hürde. Auch diesmal siegten

<sup>1395</sup> Vgl. hierzu: Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. S. 2.

<sup>1396</sup> Ebd. S. 2-3.

<sup>1397</sup> Ebd. S. 3.

<sup>1398</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори Президента України 25 травня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014).

<sup>1399</sup> Ebd.

<sup>1400</sup> Ukraine-Analysen: Dokumentation: Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014. Ukraine-Analysen 133/2014. S. 2-4.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

die „Unabhängigen“ mit 117 der 445 Sitze, alle in Wahlkreisen mit einem Direktmandat. Die Kommunisten verstärkten ihre Position im Vergleich zu 1994 und erhielten 121 Sitze, was sich zu etwa 60% aus den Wahllisten ergab. Zusammen mit den Sozialisten, die 29 Sitze erhielten, bildete die KPU eine deutliche Mehrheit mit etwa 37% der Sitze, was die Opposition unter Ruch mit 32 Sitzen (9%) nicht ausgleichen konnte.<sup>1401</sup> Weitere Kräfte bildeten die Demokraten (28 Sitze), „Hromada“ Partei des Petro Lazarenko (24 Sitze), die Grünen (19 Sitze) und weitere kleinere Parteien, die wie bei den Wahlen 1994 regionale, nationale und liberale Interessen vertraten und ihre Wählerschaft hauptsächlich im Westen des Landes hatten.

Die Stimmverteilung, welche der KPU im Jahr 1998 die Mehrheit brachte, erstreckte sich von Donezk bis Winnycja und Schitomir, lediglich die westlichen Oblaste Lwiw, Wolhynien, Riwna, Ternopil und Iwano-Frankiwsk wählten Ruch zur stärksten Kraft. Die Sozialistische Partei in Bündnis mit der Bauernpartei wurde in den Oblasten Tscherkassy und Chmelnyzkyj zur stärksten Kraft, das westukrainische Transkarpatien wählte mehrheitlich die Sozialdemokraten. Das ostukrainische Dnipropetrowsk, eigentlich eine Hochburg der pro-östlich und pro-russisch geprägten Politik, wählte überraschend das Wahlbündnis „Hromada“ unter der Führung des Präsidentenkritikers und Ex-Premierministers Pawlo Lazarenko.<sup>1402</sup> Die Abgeordneten dieser Partei formierten später die Partei „Vaterland“, welche ihre Stammwählerschaft überwiegend im Westen und Zentrum hatte.

Die Wählerschaft der Ukraine rückte bei der Wahl 1998 zwar etwas von den „Unabhängigen“ ab, diese konnten ihren Einfluss aber dennoch behalten. Hauptsächlich in den ostukrainischen Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw, Dnipropetrowsk und Krim, aber auch im zentralukrainischen Winnycja konnten die meisten „Unabhängigen“ ihre Mandate bekommen.<sup>1403</sup> In der Oblast Donezk waren es ganze 12 Mandate. Die zentralen Oblaste wiederum schienen sich wieder die Herrschaft der KPU zurück zu wünschen, so kann die überwiegende Mehrheit für diese Partei in dieser Oblast gedeutet werden. Allein der Westen glaubte noch an die Ruch, ebenfalls wurde hier verstärkt die nationalistische Nationale Front gewählt, in Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk kam sie über die Parteilisten in die Rada. Der Süden mit Cherson, Odessa und Zaporischija wählte hinter der KPU überraschend die Grünen, die sogar noch vor der präsidententreuen Volksdemokratischen Partei (VDPU) in die Rada kamen.<sup>1404</sup> Die Legislaturperiode 1998 bis 2002 zeigte jedoch, dass die Parteibindung der Kandidaten nicht sonderlich stark war, da die Rada am Ende der Legislatur 8 Fraktionen mehr zählte als noch 1998. Einige Fraktionen hatten gar keine Abgeordnete mehr (z.B. Hromada) bzw. wurden ganz neue Bündnisse gebildet (wie „Vaterland“ mit „Ukraine ohne Kuchma“). Dies zeigte unter anderem die Regierungsweise „von oben“, ohne starke Bindung an Wählerinteressen.

---

<sup>1401</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 257-258.

<sup>1402</sup> Ott, Alexander (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. S. 4-5.

<sup>1403</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Вибори до Верховної Ради 1998. Оперативні підсумки голосування 29.03.1998 Чергові вибори.

<sup>1404</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 1998. 29.03.1998 Чергові вибори. Результати голосування; Оперативні підсумки голосування.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Auch zeigte die Kräfteverteilung bis zu den Wahlen im Jahr 2002 keine Änderung der Machtverhältnisse.

Die Parlamentswahlen am 31. März 2002 brachten neue Kräfte in die Werchowna Rada, die verstärkt nationale und demokratische Interessen repräsentierten und prompt zur stärksten Kraft wurden. Diese wurden vertreten durch den Wahlblock Wiktor Juschtschenkos „Unsere Ukraine“, welches mit 24% der Stimmen 70 Sitze über Parteilisten und weitere 42 über Direktmandate erhielt. Ebenfalls gehörte der neue oppositionelle Wahlblock von Julia Timoschenko (BJuT) zur neuen Opposition und erhielt mit 7% der Stimmen 22 Sitze in der Rada. Die zwei neuen Bündnisse UU und BJuT traten somit gewissermaßen als Opposition an die Stelle der Ruch-Kräfte, welche mit nur 0,16% der Wählerstimmen bei den Wahlen 2002 als politische Kraft größtenteils abtraten. Die Kommunisten als zweitstärkste Kraft mit 20% der Stimmen (59+6 Sitze) hinter „Unsere Ukraine“ zusammen mit einer erneut relativ großen Gruppe von „unabhängigen“ Kandidaten (94) waren vertreten. Die Sozialisten und Sozialdemokraten mit je 6% der Stimmen und 20+3 bzw. 19+5 Sitzen schafften es auch ins Parlament. Leonid Kuchma, der bis dahin seine Macht bereits systematisch ausgebaut hatte, repräsentierte mit seinem Wahlbündnis „Für eine einige Ukraine!“ (FeU) das präsidentielle Gegengewicht zur neuen Opposition, konnte aber nur knapp 12% der Stimmen und 35 Sitze über die Parteilisten sammeln. Dagegen bündelte er die überwiegende Mehrheit der Direktmandate in den einzelnen Wahlkreisen. Zusammen mit den „Unabhängigen“ gelang es ihm damit in der Rada doch noch, die Mehrheit zu erhalten. Obwohl lediglich die Oblast Donezk FeU als stärkste Kraft gewählt hatte, konnte die ihre Stellung als „Partei der Macht“ behalten. Die 94 Mandate, welche die „Unabhängigen“ über die Personenwahlkreise bekamen, waren nämlich genug für FeU und die Sozialdemokraten, um ihre eigenen 206 Mandate für eine Mehrheit aufzustocken. Diese nutzte er dann, um einen weiteren politischen Spieler, Wiktor Janukowitsch, auf die politische Bühne zu bringen.

Bei der Parlamentswahl 2002 offenbarten sich erstmals deutlich die vorhandenen gesellschaftlichen Konflikte, welche in der Kräfteverteilung ihren Ausdruck fanden. Während bei der Wahl 1998 bereits 2/3 der Wählerschaft der Ukraine vom Osten über die zentralen Oblaste die Kommunistische Partei nach Wahllisten und die unabhängigen Kandidaten nach den Direktmandaten gewählt hatten, teilte sich die Wählerschaft 2002 deutlich entlang einer Südost-Nordwest-Linie. Die westlichen und nördlichen Oblaste, inklusive Kiew, votierten beinahe geschlossen für das Bündnis von Wiktor Juschtschenko „Unsere Ukraine“. Der Osten und Süden wählte überwiegend die KPU bzw. das Präsidenten-Bündnis „Für eine einige Ukraine!“. Insgesamt war FeU in 12 Oblasten unter den drei stärksten Parteien, doch ihre Position war selbst im Südosten eher schwach: auf der Krim, in Zaporischija, in Cherson und in Poltawa war FeU nicht mal unter den drei stärksten Kräften. An ihrer Stelle war hier UU gewählt worden.<sup>1405</sup> Der Verlust der parlamentarischen Mehrheit trotz des Wahlsieges über Parteilisten in allen 15 Oblasten der zentralen und der westlichen Ukraine war eine derbe Niederlage für die späteren Orangen Parteien. Die meisten Stimmen für die „Unabhängigen“ kamen

---

<sup>1405</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Zentrale Wahlkommission der Ukraine. Центральна виборча комісія. Парламентські вибори в Україні 2002. 31.03.2002 Чергові вибори. Оперативні підсумки голосування.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

dabei über Personenmandate aus den Oblasten des Zentrums Poltawa, Oblast Kiew und Tscherkassy neben Mandaten aus Dnipropetrowsk, Charkiw, Cherson, Odessa und der Krim. Die restlichen Oblaste des Zentrums und des Südens gewannen für sich die KPU, welche allerdings nicht Teil der „Partei der Macht“ war und in der Opposition blieb. Da die Opposition nun aber ebenfalls aus zwei Lagern bestand, die beide keine Mehrheit hatten – UU und BJuT sowie KPU und Sozialisten –, konnten sie untereinander zu keinem Konsens kommen. Somit siegte „unterm Strich“ formal die einzige Oblast, die FeU zur stärksten Kraft gewählt hatte – Donezk im russischsprachigen Osten. Auch die Verteilung der Direktmandate zeigte ein viel heterogeneres Bild, als es noch 1998 der Fall gewesen war: In den westlichen Gebieten rund um Lwiw wurden Kandidaten aus „Unsere Ukraine“ gewählt. Im Osten rund um Donezk und im Nordosten rund um Charkiw dominierte dagegen die Präsidentenpartei. Das Zentrum um Kiew sowie der Süden mit der Krim wählten verstärkt die unabhängigen Kandidaten, wobei sich deren Wählerschaft generell etwas östlicher lokalisieren ließ. Die Wahlbeteiligung, bei über 75% im Westen, sank bis unter 60%, je mehr man sich der Grenze zu Russland näherte.<sup>1406</sup> Daher, obwohl es formal zu keiner Änderung der Machtstellung der alten Eliten gekommen ist, brachten die Wahlen 2002 erstmals ein Bild der gespaltenen Ukraine hervor.

Die Wahlperiode zwischen 2004 und 2007 kann als wegweisend bezeichnet werden. Erstens weil im Jahr 2004 mit der Präsidentschaft der Orangen Kräfte ein scheinbarer Richtungswechsel eingeschlagen wurde. Zweitens, weil es wahltechnisch eine Neuerung zur Parlamentswahl 2006 gab – nun wurde nach einem reinen Verhältniswahlrecht abgestimmt. Damit entfielen die Stimmen für die „Unabhängigen“. Schließlich kam die „Partei der Regionen“ als eine neue Macht am politischen Horizont der Ukraine auf.

Die nächsten Parlamentswahlen am 26. März Jahr 2006 fanden zu einer strukturell wichtigen Zeit statt: Seit dem Umbruch des Jahres 2004 waren zwei Jahre vergangen und die Kräfte der Orangen Revolution hatten Zeit, sich als Herrschaftsträger zu etablieren. Die Wahlen von 2006 wurden erstmals nach einem reinen Verhältniswahlrecht mit einer 3%-Hürde ausgetragen. Nur 5 der registrierten 45 Parteien schafften diese Hürde: „Partei der Regionen“ (32%), BJuT (22%), „Unsere Ukraine“ (14%), die Sozialisten (5,6%) und die Kommunisten. Letztere erlebten mit nur 3,66% der Stimmen einen historischen Tiefstand.<sup>1407</sup> Insgesamt wählten „nur“ 10 Oblaste PdR zur stärksten Kraft: Die prozentuale Zustimmung war am höchsten in Donezk und Luhansk – jeweils 73% und 74% für PdR. In den Oblasten Charkiw, Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, Mykolajiw, Odessa, Krim und Sewastopol schwankten die Ergebnisse zwischen 40% und 65%. Obwohl die Orangen Parteien BJuT und UU, wie auch schon 2002, insgesamt mehr Oblaste gewonnen haben – 18 inklusive des Auslands – konnte die „Partei der Regionen“ die meisten Einzelstimmen auf sich vereinen und erhielt 186 Mandate in der 450-köpfigen Rada. Damit hatten wieder die bevölkerungsstarken ostukrainischen Oblaste eine bedeutende Rolle gespielt, zumal PdR auch in einigen zentralen und westukrainischen Teilen Stimmen bekommen hat. In Kirowohrad, Poltawa, Schytomir und Transkarpatien gab es

<sup>1406</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори до Верховної Ради 2002. Оперативні підсумки голосування 31.03.2002 Чергові вибори.*

<sup>1407</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 26 березня 2006 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.*

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

um die 20%, in Tscherniwzi, Tschernihiw, Sumy, Chmelnyzkyj und der Hauptstadt Kiew immerhin stets über 10% der Stimmen für PdR. Insgesamt stimmten 32,14% der gesamtukrainischen Bevölkerung (aus den besagten 10 Oblasten) für PdR. Ansonsten dominierten im Osten noch radikalere pro-russische Kräfte wie der Wahlblock von Natalija Witenko in Donezk, Luhansk und Sewastopol. Doch auch die Orangen Kräfte konnten in einigen ostukrainischen Oblasten punkten. So gab es nur in Donezk, Luhansk und Sewastopol unter den ersten drei Kräften weder BJuT noch UU. In Charkiw, Dnipropetrowsk, Zaporischija, Cherson, Mykolajiw, Odessa und auf der Krim kam BJuT auf 7% bis 17% Stimmen, in der Heimat von Julia Timoschenko, Dnipropetrowsk, waren es 15%. In den Oblasten des Westens eroberte der Orange Lager Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Trankskarpatrien (UU) sowie im Zentrum und im restlichen Westen BJuT. Außer den Orangen konnte ein Bündnis aus Christdemokraten und Agrarpartei (Український Народний Блок Костенка і Плюща) im Westen Stimmen sammeln, kam aber nicht über die neue Drei-Prozent-Hürde.<sup>1408</sup> Die Sozialisten, die sich anfangs dem Orangen Lager zuwandten, später aber doch mit PdR und KPU eine Koalition eingingen, sammelten ihre Stimmen hauptsächlich in den zentralen Oblasten. Die Kommunisten fanden Anhänger im Osten und Süden. Insgesamt hatte BJuT 129 Mandate, UU 82, die Sozialisten 33 und die Kommunisten 21 Sitze in der Rada.<sup>1409</sup> Die Sitzverteilung erlaubte es den Orangen Parteien (mit den Sozialisten), eine klare Mehrheit mit 243 Sitzen gegenüber der „Partei der Regionen“ mit 207 Sitzen zu bilden. Doch die Koalition kam aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zwischen Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko ins Stocken: Juschtschenko wollte seinen Vertrauten, den Oligarchen Petro Poroschenko zum Premierminister ernennen, woraufhin der sozialistische Koalitionspartner die „Orange“ Zusammenarbeit absagte und eine Koalition mit der „Partei der Regionen“ und den Kommunisten einging. Durch weitere vereinzelt Mitglieder der „Unsere Ukraine“-Fraktion konnte diese Koalition Wiktor Janukowitsch am 4. August 2006 zum Premierminister wählen, was dann im Endeffekt mal wieder einen Machtwechsel bedeutete. Die Wähler aus den östlichen Gebieten der Ukraine hatten bei dieser Wahl somit gesiegt. Julia Timoschenko wurde zur Oppositionsführerin als Vorsitzende der größten verbliebenen oppositionellen Partei BJuT.

Präsident Wiktor Juschtschenko löste die Werhowna Rada am 2. April 2007 auf und verordnete Neuwahlen für den 30. September 2007. Im Zuge der Neuwahlen veränderte sich die Kräfteverteilung nur ein wenig. Die „Partei der Regionen“ wurde erneut stärkste Kraft (34%), gefolgt von BJuT (31%) und „Unsere Ukraine“ (14%). Die Sozialisten schafften es diesmal nicht über die Drei-Prozent-Hürde, wohl aber die Kommunisten mit 5% und die Wahlbündnis „Block Wolodimir Lytwyn“ mit 4% der Stimmen.<sup>1410</sup> Obwohl BJuT in ihrer Wahlkampagne es versuchte, alle Regionen mit einzubeziehen und die Ukrainische Nation als gemeinsamen Nenner hervorzuheben, erhielt ihr Block die meisten

---

<sup>1408</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 2006. Вибори народних депутатів України 26 березня 2006 року. Результати голосування по кожній партії (блоку).

<sup>1409</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 78.

<sup>1410</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 30 вересня 2007 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Stimmen aus den westlichen und zentralen Oblasten. Die „Partei der Regionen“ blieb stärkste Kraft im Osten und Süden. Die Sozialisten schafften es nicht mehr ins Parlament – wahrscheinlich, weil sie mit dem Lagerwechsel nun endgültig das Vertrauen der Wähler missbraucht hatten. Stattdessen kam der Wahlblock von Wolodimir Lytwyn, „Block Lytwyns“, in die Rada, welcher sich um den Parlamentspräsidenten Lytwyn aus der ehemaligen Arbeiterpartei herausbildete. Die politische Prägung der Partei ging eher in Richtung der PdR als der ehemaligen Orangen Kräfte. Gewählt wurde Lytwyns Block vorwiegend im Zentrum (Tscherkassy, Kiew Oblast und Stadt und Zhytomyr) sowie im Westen (Chemlnyzki, Riwne, Transkarpatien und Wolhynien). Insgesamt erzielte dieser Parteiblock 3,96% der Wählerstimmen und 20 Abgeordnete. PdR erhielt bei der Wahl 2007 sogar etwas mehr Stimmenanteile als noch 18 Monate zuvor – 34,37% und 175 Sitze in der Rada. Dabei behielt PdR die Mehrheit in „ihren“ Oblasten – Donezk und Luhansk mit über 70% der Stimmen (obwohl etwa 1% weniger als noch 2006) wie auch allen weiteren Oblasten des Ostens und Südens, in welchen sie bereits im Jahr 2006 gesiegt hatte. In den zentralukrainischen Oblasten Kirowohrad, Poltawa, Zhytomyr und Cherson erhielt PdR jeweils über 20% der Stimmen und damit überall mehr Stimmen als 2006. In allen anderen Oblasten kam PdR auf mehr als 10% der Stimmen, mit Ausnahme von Ternopil, Iwano-Frankiwsk, Wolhynien und Lwiw, wo sie auch zwischen 4% und 7% der Stimmen bekam. Damit verbesserte die PdR ihre Position im gesamten Land. Lediglich im äußersten Westen in den Oblasten Ternopil und Iwano-Frankiwsk kam PdR nicht unter die Top-drei der politischen Kräfte. In diesen Oblasten kam eine andere Partei unter die Bestplatzierten – die nationalistische und rechtspopulistische „Swoboda“. Obwohl diese Partei insgesamt im Landesdurchschnitt nicht genug Stimmen erzielte, um die Drei-Prozent-Hürde für den Einzug in die Rada zu nehmen, hatte ihre Popularität im Westen der Ukraine seit einiger Zeit deutlich zugenommen. In den beiden genannten Oblasten sowie in Lwiw bekam sie über 3% der Stimmen.<sup>1411</sup> Dagegen verzeichnete die Partei des Präsidenten „Unsere Ukraine“ in einigen Oblasten Verluste. Das höchste Minus über 13% wurde in Lwiw verzeichnet, wobei die verlorenen Stimmen an die Partei BJuT unter der Führung der ehemaligen Koalitionspartnerin Julia Timoschenko gingen. Die Verluste der UU beschränkten sich jedoch nur auf die westlichen Oblaste, während sie in den zentralen und östlichen Gegenden im Vergleich zu 2006 gleiche oder etwas höhere Stimmenanteile bekam. Die noch 2006 gehaltene Vorreiterrolle in Iwano-Frankiwsk und Lwiw verlor die UU jedoch und behielt lediglich in Transkarpatien die Oberhand mit 31% der Stimmen vor BJuT (mit 29%) und vor PdR (mit 20%). Der „Timoschenko-Block“, ähnlich die PdR, verbesserte seine Position in allen Oblasten. Aus den 16 gewonnenen Oblasten sammelte BJuT 7 162 193 Stimmen und damit 30,71%, die aber gegen die 10 Oblaste der PdR mit 8 013 895 Stimmen und 34,71% für Platz 1 landesweit nicht reichten. Timoschenko konnte allerdings sowohl im Osten als auch im Westen und im Zentrum Stimmzuwächse verzeichnen. Etwa 20% mehr bekam BJuT in den westlichen Oblasten Wolhynien, der zentralukrainischen Oblast Kiew, in Ternopil, Riwne, Iwano-Frankiwsk und Lwiw, wo sie auch jeweils als Wahlsiegerin hervorging. In den zentral-westlichen Oblasten Chmelnyzkyj, Tscherkassy, Stadt Kiew, Winnycja, Tscherniwzi, und dem nördlichen Sumy betrug der Stimmzuwachs für BJuT etwa 15

---

<sup>1411</sup> Ebd.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Prozentpunkte, in den restlichen zentralen Oblasten Poltawa und Kirowohrad sowie Transkarpatien lag der Zuwachs bei etwa 10 Prozentpunkten und im Osten sowie im Süden bei 5 bis 10 Prozentpunkten. In Luhansk stieg BJuT sogar in die Top-drei auf. Der „Timoschenko-Block“ verdrängte damit die Sozialisten bzw. die KPU im Süden und Osten, was als eine kleine Wende im Wählerverhalten bezeichnet werden kann. Unter anderem deswegen wurde BJuT infolge der Wahl als die nächste potentielle Volkspartei der Ukraine gehandelt.<sup>1412</sup> Die KPU verzeichnete im Jahr 2007 vor allem im Osten und Süden leichte Zuwächse, die größten davon in Sewastopol und Luhansk. Die restlichen Stimmenanteile für die Kommunisten kamen überwiegend aus der südöstlichen Ukraine.<sup>1413</sup> Es ergab sich eine hauchdünne Mehrheit von 228 gegenüber 222 Sitzen für die Orangen Parteien, die nach mehreren Versuchen Julia Timoschenko zur Ministerpräsidentin wählten. Die Regierungsdauer sollte aber kurz werden: Bereits im Frühjahr 2008 verlor die Regierung ihre Mehrheit, da einige Abgeordnete ihr die Unterstützung versagten. Im September 2008 zerbrach die Koalition.<sup>1414</sup>

Die Parlamentswahlen im Jahr 2012 (28. Oktober) standen unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs und wurden deswegen aufmerksam im In- und Ausland beobachtet. Eine Neuerung gab er wieder in dem Wahlsystem, das jetzt erneut Direktmandate zuließ. So wurde die Hälfte der 450 Abgeordneten über Direktmandate gewählt. Die „Partei der Regionen“ erreichte abermals den ersten Platz unter den Parteien – mit 30% der Wählerstimmen und 185 Sitzen in der Werhowna Rada war sie stärkste Kraft. Darunter waren 114 Mandate aus Einzelwahlkreisen und lediglich 73 Mandate über Parteilisten.<sup>1415</sup> Deutlich verlor PdR allerdings an der absoluten Stimmzahl der Wähler, beinahe 2 Millionen Stimmen. In ihren Stammwahlkreisen im Osten und im Süden wurde PdR zwar zur stärksten Kraft gewählt, verlor aber prozentual Stimmen in allen Oblasten. Auch Julia Timoschenko mit ihrer umbenannten Partei „Vaterland“ („Batkivschtschyna“ (Батьківщина)) behielt den zweiten Platz mit 25,54% der Stimmen, der etwa 2 Millionen Wähler abhanden gingen.<sup>1416</sup> „Vaterland“ erhielt mit 42 relativ viele Direktmandate, welche etwa 40% ihrer Gesamtsitze ausmachten. Verluste erlitt „Batkivschtschyna“ beinahe in allen Teilen des Landes. Die Partei Timoschenkos verlor die meisten Stimmen (zwischen 15% und 20%) in den ehemaligen Hochburgen des Westens Wolhynien, Lwiw sowie in der Stadt und in der Oblast Kiew. Mehr als um 10% weniger Stimmen erhielt „Vaterland“ in Iwano-Frankiwsk, Riwne, Ternopil, Chmelnyzkyj, Cherkassy und Tschernihiw. Den einzigen, wenngleich minimalen, Stimmzuwachs verzeichnete „Vaterland“ kurioserweise in Donezk, Luhansk und auf der Krim. Im Vergleich zu der Wahl im Jahr 2007 büßten beide große Konkurrenzparteien PdR und BJuT damit etwa 5 Prozentpunkte ein. Die verlorenen Stimmen der beiden großen Parteien gingen an die – teilweise neue – Konkurrenz: UDAR, Swoboda und KPU, die allesamt Stimm-

---

<sup>1412</sup> Lindner, Rainer (2007): Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung, S. 1-2.

<sup>1413</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 30 вересня 2007 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.

<sup>1414</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 293-294.

<sup>1415</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 3: Sitzverteilung im Parlament (nach Parteilisten und Einerwahlkreisen). Ukraine-Analysen 109/2012. S. 11.

<sup>1416</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 1: Amtliches Endergebnis der Parlamentswahl vom 28.10.2012 (nach Verhältniswahl). Ukraine-Analysen 109/2012. S. 10.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zuwächse verzeichnen konnten. Als drittstärkste Kraft kam die neue Partei UDAR mit 13,96% der Stimmen in die Rada. Ihr folgten die Kommunisten mit 13,18% und schließlich die national-radikale „Swoboda“ mit 10,44% der Stimmen.<sup>1417</sup> Dabei profilierte sich UDAR als die neue oppositionelle Kraft, die sich deutlich sowohl gegenüber PdR sowie gegenüber KPU positionierte. UDAR erreichte mit ihrem intensiven Wahlkampf 13,96% der gesamten Stimmen und wurden drittstärkste Kraft. Die meisten Stimmen bekam diese Partei in der Hauptstadt Kiew mit 25,45% der gesamten Wähler, in der Oblast Transkarpatien mit 20,03% der Stimmen, in Iwano-Frankiwsk, Wolhynien, Tschernihiw, Chmelnyckyj, Riwna, Oblast Kiew, Cherkassy Poltawa und Sumy mit zwischen 15% und 20% der Stimmen. In den restlichen Oblasten außer Donezk, Luhansk und Krim betragen die Anteile zwischen 10% und 15%. Immerhin gaben die drei letztgenannten Oblasten UDAR fast 5% der Stimmen, die Krim 7,2% der Stimmen.<sup>1418</sup> „Swoboda“ erhielt teilweise enorme Stimmenzuwächse, hauptsächlich im Westen des Landes: So verzeichnete diese von Oleh Tjahnibok angeführte national-radikale Partei einen Zuwachs von 35% in der Oblast Lwiw und von 30% in den Oblasten Iwano-Frankiwsk und Ternopil. Noch im Jahr 2006 hatte die Partei hier 3% erzielt, was auch schon bezeichnend für die politische Entwicklung dieser Oblaste war. In anderen westlichen Oblasten verzeichnete „Swoboda“ Zuwächse zwischen 10 und 20 Prozentpunkten, beispielsweise in Wolhynien, Riwna, Chmelnyckyj sowie in der Oblast und in der Stadt Kiew. Außerdem erhielt diese radikale rechtspopulistische Partei zwischen 5% und 10% der insgesamt abgegebenen Stimmen in den Oblasten Winnycja, Zhytomyr, Kirowohrad, Poltawa, Sumy, Cherkassy, Tscherniwzi, Tschernihiw und sogar in den von PdR-dominierten Oblasten Transkarpatien und Dnipropetrowsk.<sup>1419</sup> Die Kommunisten erhielten Stimmzuwächse in beinahe allen Oblasten, hauptsächlich in Sewastopol, wo sie 19% bekamen, gefolgt von der Krim, Dnipropetrowsk, Donezk, Zaporischija, Mykolajiw, Odessa, Charkiw, und Cherson mit 10% bis 15% mehr Stimmen.<sup>1420</sup> Die Wahlbeteiligung lag bei 57,98% in der gesamten Ukraine und nahm in der Tendenz in Richtung Westen zu (Höchstwert 67,12% in Lwiw) und in Richtung Südosten ab (Tiefstwert 49,45% auf der Krim). PdR behielt erneut die Mehrheit in den östlichen Oblasten und „Vaterland“ die Mehrheit im Zentrum und im Westen. Einzig in Lwiw konnte „Swoboda“ historisch mit 38,01% stärkste Kraft werden.<sup>1421</sup> Was Direktmandate angeht, so waren es bei „Swoboda“ 12 (aus insgesamt 37) Mandate, bei UDAR 6 (aus insgesamt 40) und von der Radikalen Partei Ljaschkos kam ein Kandidat über das Direktmandat in die Rada. Die Kommunisten hatten keine Di-

---

<sup>1417</sup> Ebd.

<sup>1418</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України.*

<sup>1419</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України. Всеукраїнське об'єднання «Свобода».*

<sup>1420</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України.*

<sup>1421</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Хід голосування по регіонах України. Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року; Vgl. hierzu: Rosenberger, Christine/Baumann, Gabriele (2013): *Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine.* Konrad-Adenauer-Stiftung, Januar. S. 1-3.*



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

rektmandate zu verzeichnen. Die Wählerschaft der Kandidaten, welche als „Unabhängige“ einen Direktmandat erhielten, kam hauptsächlich aus den zentral- und westukrainischen Oblasten Wolhynien, Chmelnyzkyj, Winnycja, Tschernihiw, Tscherkassy und Poltawa.<sup>1422</sup> Diesen „unabhängigen“ Kandidaten wurde nachgesagt, eher in Richtung der Regierungspartei PdR zu tendieren, was im Falle der Regierungsbildung für fehlende Mandate hätte ausgenutzt werden können.<sup>1423</sup>

Die letzten (vorzeitigen) Parlamentswahlen im Jahr 2014 (26. Oktober) standen ganz im Zeichen der Ukraine-Krise 2014 und waren noch mehr als die Präsidentschaftswahlen 2014 von dem bewaffneten Konflikt in Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk geprägt. Etwa 3 Millionen Wahlberechtigte in den umkämpften Gebieten hatten keinen Zugang zu den Wahlen, was zusammen mit etwa 1,7 Millionen Wahlberechtigten auf der Krim die Ukraine beinahe 5 Millionen Wähler kostete. Während einige Beobachter die Legitimität der Wahlen aus diesem Grund anzweifeln, sorgten 88% der Wahlberechtigten der Ukraine, welche teilnehmen konnten, nach Meinung anderer für genügend Legitimationsgrundlage.<sup>1424</sup> Tatsächlich war die Wahlbeteiligung der Oblaste Donezk und Luhansk sehr niedrig – die Teile der Körperschaften, welche wählen konnten, zeigten Beteiligungen von jeweils lediglich 32%. In den südlichen Oblasten Odessa, Mykolajiw und Cherson lag dieselbe bei etwa 40%, in Dnipropetrowsk und Charkiw, aber auch in Transkarpatien und Tscherniwzi bei weniger als 50%.<sup>1425</sup> Nicht zuletzt deswegen lag auch die Beteiligung im gesamten Landesdurchschnitt nur bei 51,20%, obwohl sowohl im Zentrum als auch im Westen zwischen 50% und 70% der Wahlberechtigten gewählt haben. Aufgrund dessen, dass pro-westliche Parteien repräsentativ und zahlenmäßig diesmal deutlich überlegen waren, sorgte auch die niedrige Wahlbeteiligung im Südosten für den Niedergang der pro-Südost-Kräfte. Der Oppositionsblock (mit ehemaligen PdR-Mitgliedern) erhielt in den Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw Zaporischija und Dnipropetrowsk die relative Mehrheit der Stimmen. In Donezk, Luhansk und Charkiw zwischen 32% und 39% (in Donezk knapp 40%) und in Dnipropetrowsk und Zaporischija zwischen 22% und 24% der Stimmen. Damit blieb die pro-Ost-Opposition im Osten stärkste Kraft. Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung und des Wegfalls von einem Teil der Wählerschaft bekam der Block allerdings vergleichsweise wenige Sitze in der Rada: 29 von 450. In den Oblasten des Südens Odessa, Mykolajiw und Cherson er-

---

<sup>1422</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Відомості про підрахунок голосів виборців в межах одномандатних виборчих округів. Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року.

<sup>1423</sup> Savin, Kyryl/Stein, Andreas (2012): Parlamentswahl 2012: Prüfung in Demokratie nicht bestanden. Heinrich-Böll-Stiftung <https://www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-parlamentswahl-2012-dsukraine-16019.html> (Abgerufen am 20.04.2014.); Rosenberger, Christine/Baumann, Gabriele (2013): Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine. S. 1-3.

<sup>1424</sup> Vgl. hierzu beispielsweise: Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! S. 4; Ukraine-Analysen: Parlamentswahlen 2014: Internationale Reaktionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 14-16; Herrmann, Klaus Joachim: „Werchowna Rada rückt nach Westen“ AG Friedensforschung 25.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl6.html> (Abgerufen am 01.11.2014); Heyden, Ulrich: „Erfolg für Antirussen und Marktradikale“ AG Friedensforschung 28.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl7.html> (Abgerufen am 01.11.2014); Lauterbach, Reinhard: „Run auf die Posten“ 29.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl8.html> (Abgerufen am 01.11.2014).

<sup>1425</sup> Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 26 жовтня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014); Ukraine-Analysen: Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen. S. 5.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

hielt die Opposition zwischen 10% und 18% der Stimmen. In allen anderen Oblasten stimmten weniger als 10% der Wähler für die Opposition.<sup>1426</sup> Die Oblaste des Südens gaben im Verhältnis die Mehrheit ihrer Stimmen für den „Block Petro Poroschenko“ – etwa 20% der Gesamtstimmen. Der Block ging außerdem als stärkste Kraft in den Oblasten Winnycja, Zhytomyr, Tschernihiw, Tscherniwzi, Transkarpatien und in der Stadt Kiew hervor – damit regional querbeet durch den Süden und das westliche Zentrum. Der „Poroschenko-Block“ erhielt überall etwas über 20% der Stimmen, nur in Winnycja waren es 37% der Stimmen. Damit kann der Block mit Poroschenko als Führungsfigur als neue Kraft der „Mitte“ gelten, welche weder im äußersten Osten noch im Westen die Mehrheit erhalten konnte (sondern stets zwischen 15% und 20% der Stimmen), aber dennoch in den südlichen Oblasten punkten konnte.<sup>1427</sup> Etwa regional umgekehrt zum Oppositionsblock verhielt es sich mit der Unterstützung der „Volksfront“ unter Arsenij Jazenjuk. Diese Partei erhielt in Wolhynien, Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk – kurzum in den Oblasten des äußersten Westen – jeweils über 30% der Stimmen. Im Zentrum blieben die Prozentanteile zwischen 20% und 29% und nur im Osten sank die Unterstützung auf unter 10% der Bevölkerung in Odessa, Donezk und Luhansk.<sup>1428</sup> Überraschend siegte die Volksfront des Arsenij Jazenjuk mit 22,14% der gesamten Stimmen, gefolgt von dem „Block Petro Poroschenko“ mit 21,82% der Stimmen. Der Oppositionsblock, dem auch Vertreter der ehemaligen PdR angehörten, kam als viertstärkste Kraft mit 9,43% in die Werhowna Rada. Weitere Parteien, welche es in die Rada geschafft haben, waren „Selbsthilfe“ (10,97%), Radikale Partei Ljaschkos (7,44%) und „Vaterland“ mit 5,68% der Stimmen.<sup>1429</sup> Die beiden radikalen Flügel KPU und „Swoboda“ scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Zusätzlich zu den zwei Siegerparteien kamen die Radikale Partei von Ljaschko, „Vaterland“ und „Selbsthilfe“ in die neue Regierung.<sup>1430</sup> Somit lässt sich sagen, dass sich im Krisenjahr 2014 erneut zwei politische Kräfte herauskristallisiert haben, welche jeweils den Osten und den Westen der Ukraine repräsentierte – den Oppositionsblock und die Volksfront. Dadurch, dass die südlichen Oblaste sich nun auch etwas mehr den pro-westlichen Kräften zuwandten und dem äußersten Osten ein Teil seiner Wählerschaft fehlte, zusätzlich zum Bekenntnis des Zentrums zu den neuen Machträgern, konnte sich der Westen repräsentativ sehr dominant gegenüber dem Osten positionieren. Die kleineren Parteien „Selbsthilfe“ um den ebenfalls als rechts-konservative geltenden Lwiwer Bürgermeister Andrij Sadowij und die Radikale Partei unter der Führung des Populisten Oleh Ljaschko hatten ihre Wählerschaft ebenfalls im Westen bzw. im nördlichen Zentrum der Ukraine.<sup>1431</sup>

---

<sup>1426</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 8: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Oppositionsblock in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

<sup>1427</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 5: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Block Petro Poroschenko in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

<sup>1428</sup> Ukraine-Analysen: Grafik 6: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für die Volksfront in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.

<sup>1429</sup> Ebd. S. 5.

<sup>1430</sup> Stein, Andreas: „Das zweite Kabinett von Arsenij Jazenjuk“ 02.12.2014 [http://ukrainenachrichten.de/zweite-kabinet-arsenij-jazenjuk\\_4155\\_politik](http://ukrainenachrichten.de/zweite-kabinet-arsenij-jazenjuk_4155_politik) (Abgerufen am 05.12.2014).

<sup>1431</sup> Oleh Ljaschko als „gnadenloser Populist“ betitelt in: Kahlweit, Cathrin: „Was vom Majdan-Traum übrig bleibt“ Süddeutsche Zeitung 26.10.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-der-ukraine-was-vom-maidan-traum-uebrig-bleibt-1.2189542> (Abgerufen am 02.12.2014).

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

### 5.6.2.4 Fazit: Wahlverhalten im regionalen Vergleich

Der Wahlkalender in der Ukraine wurde stets von zwei Abstimmungen geprägt – der Wahl des Präsidenten und der Wahl des Parlamentes. Doch nicht nur die Ergebnisse der Abstimmungen bestimmten die Machträger – auch Manipulationen, Stimmenkauf und nicht zuletzt das Wahlrecht beeinflussten die Abstimmungsergebnisse. So sorgten die gesetzlichen Bestimmungen dafür, dass in der Ukraine bis 2006 nach einem Mischsystem gewählt wurde. Dieses ließ die Wahl „unabhängiger“ Kandidaten zu, welche wiederum in den 1990er Jahren als Überläufer der alten Nomenklatur für Verwirrung in den Machtstrukturen sorgten. Doch während die Unterstützung der Wählerschaft hierbei relativ flächendeckend im ganzen Land war, konnten bei Präsidentschaftskandidaten und Parteien stets deutliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen der Ukraine festgestellt werden. Bereits bei der Wahl des Jahres 1999 konnte Leonid Kuchma die Wähler des Westens überzeugen, denn er hatte seit der Wahl im Jahr 1994 deutlich am Image des nationalen Ukrainers gefeilt. Sein Widersacher Symonenko punktete im Osten, wo Kuchma wiederum seine Stellung aus dem Jahr 1994 verloren hatte. Als Wiktor Juschtschenko die Stichwahl 2004 für sich entscheiden wollte, ging er im Osten des Landes auf Stimmenjagd und gewann damit den entscheidenden Vorsprung vor Janukowitsch. Auch gelang es Juschtschenko, die zentralukrainischen Wähler für sich zu gewinnen – welche bei der Wahl 2010 endgültig zum „Zünglein an der Waage“ wurden. Mit deren Stimmen inklusive der bevölkerungsreichen russischsprachigen Gebiete des Ostens konnte Janukowitsch bei der Wahl 2010 seinen knappen Vorsprung vor Julia Timoschenko sichern.

Die ukrainischen Parlamentswahlen und die vorangegangene Analyse der Parteilandschaft zeigen, dass es für Parteien und deren Führer einfacher war, mit einer abgemilderten Rhetorik in den Kernfragen (Außenpolitik, ukrainische Nation, russische Sprache) breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Das gelang im Jahr 2007 sowohl der „Partei der Regionen“ als auch Timoschenkos Partei. Extrempole konnten in den äußeren Randgebieten punkten und führten daher zu einer programmatischen Links-Rechts-Teilung der regionalen Ost-West-Spaltung – beispielsweise „Swoboda“ in Lwiw bzw. KPU in Donbass im Jahr 2012. Die Kontrahenten waren in den 1990er Jahren Ruch im Westen und KPU bzw. später FeU im Osten, in der Orangen Ära standen sich UU bzw. BJuT und PdR gegenüber, was sich im Grunde bis zur Krise 2014 fortgeführt hat. Selbst die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 zeigten keine Einigung der Ukrainer auf gemeinsame Parteien bzw. Kandidaten – Petro Poroschenko hatte keine nennenswerte Konkurrenz, so dass es nicht einmal zu einer Stichwahl kommen musste. Wiederum konnte seine Partei das Zentrum und den Süden der Ukraine erobern, aber nicht den Osten mit der sehr geringen Wahlbeteiligung – hier siegte der Oppositionsblock, mit hoher Wahrscheinlichkeit mangels Alternativen aus den Reihen der ehemaligen PdR. Der Westen hielt dagegen zu Arsenij Jazenjuk, nebst kleineren und radikaleren Parteien.

Resümieren kann man somit, dass die Wählerschaft der Ukraine eine relativ deutliche Ost-West-Spaltung aufweist. Nicht zufällig fällt diese mit der sprachlichen und identifikativen Teilung des Landes zusammen. Eine Annäherung der Pole muss somit

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zur höchsten Priorität der politischen Führung der Ukraine werden. Das Ausbleiben einer solchen Annäherung wird zu einer Vertiefung der bereits bestehenden Konflikte führen.

### 5.6.3 Gesellschaftliche Spaltung und ukrainische Außenpolitik

#### 5.6.3.1 Einflussfaktoren und Themenkomplexe

Die ukrainische Außenpolitik ist ein Bereich, der auf den ersten Blick wenig mit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu tun hat. Schließlich ist die Außenpolitik für gewöhnlich ranghohen Politikern und Staatsführern vorbehalten und betrifft nur in Fällen zwischenstaatlicher Konflikte die Bevölkerung eines Staates. Einige Autoren haben sogar versucht, die Ost-West-Spaltung der Ukraine hinsichtlich ihres Einflusses auf die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine zu befragen.<sup>1432</sup> Doch genau an diesem Punkt überschneiden sich die ukrainische Außenpolitik und die regionale bzw. ethnisch-nationale Situation, abgesehen davon, dass es im Jahr 2014 in der Tat zu einem zwischenstaatlichen Konflikt unter Beteiligung der Ukraine und Russland gekommen ist. Schließlich ist die Zugehörigkeit bzw. die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine nach Europa oder nach Russland eine der Kernfragen, welche im regionalen Schnitt der Ukraine stets für Spannungen gesorgt haben. Die westlichen Oblaste der Ukraine mit ihrer überwiegend ukrainischsprachigen Bevölkerung strebten in ihrer außenpolitischen Ausrichtung nach Europa, während der Osten und der Süden der Ukraine die engen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten wollten. Dies belegen zahlreiche Umfragen in den 1990er und 2000er Jahren und während der Krise des Jahres 2014. Die Richtungen sind nicht nur geographisch betrachtet einander entgegen gesetzt – auch politisch bedeutet die Lage der Ukraine zwischen Ost und West, dass die Landesführung häufig zwischen den zwei Polen lavieren musste, sei es in der Energiepolitik, in der politischen Blockbildung oder in Wirtschaftsbeziehungen. Auch weitere Themen, welche der Außenpolitik zuzuordnen sind, lösten im Laufe der Jahre öfter gesellschaftliche Spannungen in der Ukraine aus. Dazu gehören beispielsweise der Status der Krim, das ukrainische Militär, die Energieabhängigkeit und die historische Verbundenheit der Ukraine mit Russland bzw. dem Westen. Auch die jeweiligen außenpolitischen Verhandlungspartner stellten die Ukraine in der Vergangenheit häufig vor eine „Entweder-oder“-Wahl, was die politischen Führer dazu zwang, sich für „eine“ Seite zu entscheiden.

Eines der Probleme, mit welchen sich die Ukraine bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik seit dem Systemwechsel konfrontiert sah, ergab sich aus der Dynamik der ukrainischen Systemtransformation. In der Diplomatie waren lange Zeit die alten sowjetischen Eliten präsent und wurden durch das Fortbestehen der alten politischen Kaders weiter getragen. Damit war die alte „sowjetische“ außenpolitische Prägung verbunden, welche gewisse Stereotypen der Ost-West-Konfrontation, des Eisernen Vorhanges und der

---

<sup>1432</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 261-264.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

„Gut-Böse“-Beziehungen in den weltweiten Blockbildungen fortführte.<sup>1433</sup> Erst nach dem Jahr 2000 etwa kamen allmählich neue und jüngere Eliten, welche die Überwindung der alten Stereotype allerdings nur schwer schafften. „Weitergelebt“ hat lange Zeit auch eine gewisse restliche Loyalität gegenüber der alten Allianz mit dem östlichen Nachbarn Russland, welche durch ökonomische Beziehungen ergänzt wurde.<sup>1434</sup> Dem Westen gegenüber hatte die Ukraine anfangs schlicht weniger Erfahrung, was zusätzlich mit einer Portion Skepsis verbunden war. Schließlich war die regionale Spaltung der ukrainischen Bevölkerung ein Grund dafür, dass die Außenpolitik sich sowohl in Richtung Russlands als auch in Richtung Europas entwickeln musste, weil ein „clean-cut“ der diplomatischen Beziehungen mit Russland nach dem baltischen Muster Proteste im südöstlichen Teil des Landes nach sich gezogen hätte.

Das Buhlen der großen Mächte USA, Russland und EU um die Vorherrschaft in der Ukraine offenbarte bereits in den 1990er Jahren die wichtige strategische Rolle des Landes.<sup>1435</sup> Die politische Führung der Ukraine musste daher Balanceakte vollbringen, um nicht zwischen die Fronten zu geraten und dazu noch ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Das gelang nicht immer. Die Tatsache, dass die Ukraine Anfang der 1990er Jahre ihr Militärpotential reduzierte, machte sie einerseits kooperationsfreudiger, doch andererseits anfälliger für machtpolitische Spiele des Ostens bzw. des Westens. Im Jahr 1996 vernichtete bzw. übergab die Ukraine gemäß eines trilateralen Abkommens mit den USA und Russland aus dem Jahr 1993 bzw. 1994 alle ihre vorhandenen Atomwaffen.<sup>1436</sup> Im Gegenzug garantierten die Vertragsparteien USA, Russland, Großbritannien, China und Deutschland mit dem „Budapester Memorandum“ die wirtschaftliche und politische Sicherheit der Ukraine.<sup>1437</sup> Ebenfalls reduzierte die Ukraine den Umfang ihrer Streitkräfte bis zum Jahr 2006, indem von den ehemals 800 000 Mann, die zu den sowjetischen Truppen gehört hatten, etwa ein Viertel übrig blieb. Dass die militärische Frage ein wichtiger Bestandteil der ukrainischen außenpolitischen Position war, zeigte sich, als der US-amerikanische Präsident Bill Clinton erst nach der Vernichtung der Atomwaffen der Ukraine im Mai 1995 der Ukraine einen Besuch abstattete.

Als die Prozesse der Demokratisierung in der Ukraine in den 1990er Jahren voranschritten, witterte auch die NATO ihre Chance, in einer derart wichtigen geopolitischen Lage ganz nah an die Grenzen zu Russland zu kommen. So fanden bereits im Mai 1995 gemeinsame Manöver der ukrainischen und amerikanischen Truppen in der Westukraine statt. Im Jahr 1997 unterzeichnete die Ukraine mit der NATO eine „Charta über besondere Partnerschaft“ (distinctive partnership). Eine volle Mitgliedschaft wurde zunächst jedoch nicht in Aussicht gestellt.<sup>1438</sup> Im Jahr 2002 wurde ein gemeinsamer Aktionsplan unterschrieben und immer wieder fanden gemeinsame Manöver, unter anderem

---

<sup>1433</sup> Vgl. hierzu Ebd. S. 265-266.

<sup>1434</sup> Ebd. S. 266.

<sup>1435</sup> Im November 1995 wurde die Ukraine Mitglied des Europarates, der allerdings häufig Kritik an den politischen Missständen der Ukraine übte. Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 231; Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 280.

<sup>1436</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 278-279.

<sup>1437</sup> Boeckh, Katrin/Völk, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 231.

<sup>1438</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 280.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

im Schwarzen Meer, statt.<sup>1439</sup> Die Folge der NATO-Annäherung waren zahlreiche Proteste in den östlichen und südlichen Oblasten der Ukraine. Im Jahr 2006 hat das Parlament der Krim die Halbinsel für „NATO-frei“ erklärt. Der Erklärung war eine Behinderung der Landung eines NATO-Transportschiffes durch die aufgebrauchte Bevölkerung der Krim vorausgegangen.<sup>1440</sup> Zu dieser Zeit war sich die Bevölkerung der gesamten Ukraine hinsichtlich der militärischen Rolle des Landes zwischen Russland und NATO relativ einig: Im Jahr 2006 sprachen sich nur 19% aller Ukrainer für einen NATO-Beitritt aus und deutliche 55% waren dagegen.<sup>1441</sup> Jedoch entwickelten sich im Laufe der Jahre auch in dieser Frage regionale Unterschiede. Die westlichen Regionen sahen die NATO zunehmend als den Wunsch-Kooperationspartner, wohingegen Russland hier als Bedrohung wahrgenommen wurde. Der Südosten war gegenteiliger Meinung – hier wurde Russland als der näher gelegene und erwünschte Verbündete betrachtet und die NATO aus Gewohnheit des Kalten Krieges gefürchtet.<sup>1442</sup> Regional betrachtet hätten sich bereits im Jahr 2008 47% der Westukrainer in einem Referendum „für“ einen NATO-Beitritt entschieden, während im Südosten etwa 65% „dagegen“ gewesen wären.<sup>1443</sup> Dass der NATO-Antrag der Ukraine im Jahr 2008 seitens der NATO-Entscheidungsträger abgelehnt wurde, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Russland, zeigt die außenpolitische Abhängigkeit der Ukraine relativ klar auf.<sup>1444</sup> Die Krise des Jahres 2014 brachte das NATO-Thema erneut auf die politische Tagesordnung.

Ein Kurs auf die EU wurde in der Ukraine Ende der 1990er Jahre zum Thema. Zur damaligen Zeit steckten die baltischen Staaten bereits mitten in den Beitrittsverhandlungen und der Evaluation seitens der EU-Kommission. In der Ukraine war eine volle Mitgliedschaft zunächst keine Option, hauptsächlich aufgrund der schwachen Wirtschaft und des niedrigen Grades an demokratischer Qualität. Im Juni 1994 unterzeichnete die Ukraine ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, das im Jahr 1998 in Kraft trat. Dieses Instrument der EU-Kooperation stellte jedoch keine Mitgliedschaft in Aussicht, sondern war der Förderung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Ukraine gewidmet.<sup>1445</sup> In der Tat stieg der Handel zwischen der EU und der Ukraine zwischen 1998 und Mitte der 2000er Jahre auf 40% (unter Berücksichtigung der neuen Mitgliedstaaten), während der Export nach Russland sich von 40% auf unter 20% verringerte. Es verwundert wenig, dass Russland von einer solchen Entwicklung wenig begeistert war. Der ukrainische Osten stand in der Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung eher für eine intensive Partnerschaft mit Russland und dem ehemaligen Sowjetraum mithilfe der GUS-Kanäle.<sup>1446</sup> Der Westen der Ukraine war im Jahr 2008 zu 65% eher einer Kooperation mit der EU zugewandt, während im Südosten nur 20% sich für die Kooperation mit der EU aussprachen.<sup>1447</sup> Auch in dieser Frage war

---

<sup>1439</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230-231.

<sup>1440</sup> Ebd. S. 263-265.

<sup>1441</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 87-88.

<sup>1442</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 265.

<sup>1443</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 263.

<sup>1444</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230.

<sup>1445</sup> Ebd.

<sup>1446</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 272; 280.

<sup>1447</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 262.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

somit eine gewisse regionale Spaltung zu sehen. Als Polen und Ungarn am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen wurden, rückte die Ukraine nunmehr in eine zwiespältige Lage: Einerseits grenzte sie nun direkt an die EU und konnte ihre Beziehungen zu ihr besser ausbauen. Andererseits schotteten die neuen Regelungen über Grenzen und Handel die Ukraine gegenüber der EU ab, was sie wiederum zwangsläufig näher zu Russland brachte.<sup>1448</sup>

Auch Russlands Führung schien von der Idee, dass die Ukraine in die Interessensphäre Europas bzw. der NATO rückt, nie begeistert zu sein. Diese ambivalente Position zwischen der EU und Russland isolierte die Ukraine außenpolitisch – die westlichen Politiker versuchten aus Rücksicht auf den mächtigen östlichen Nachbarn Russland die Kooperation mit der Ukraine nicht zu eng zu gestalten. Im Jahr 2006 befürworteten 56% der gesamten ukrainischen Bevölkerung einen Beitritt zum SES – dem Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland – während 42% der gesamten Bevölkerung Mitte der 2000er Jahre einen „Stattdessen“-Beitritt zur EU bevorzugten.<sup>1449</sup> Erst als im Jahr 2008 klar wurde, dass ein tatsächlicher Beitritt der Ukraine nicht in Aussicht stand, wurden vor allem die Erwartungen der pro-europäischen westlichen Ukraine enttäuscht. Letztlich entfachte die Diskussion um das EU-Assoziierungsabkommen bzw. der Beitritt zur Zollunion mit Russland die Krise Ende 2013, was die Bedeutung dieses Themas für die ukrainische Außenpolitik und ihre gesellschaftlichen Umstände aufzeigt. Denn die Verweigerung der Unterschrift seitens Janukowitschs hatte nicht nur außenpolitische Folgen – auch die Bevölkerung spaltete sich in Befürworter und Gegner der Annäherung an Europa, wenn dies im Umkehrschluss eine Entfernung von Russland bedeutete. Es überrascht kaum, dass die Westukrainer dabei für die Annäherung an Europa und die Ostukrainer für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland aufgetreten sind.

### 5.6.3.2 Russland als außenpolitischer Einflussfaktor

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 und ihrer Loslösung von der Sowjetunion bestimmte das Verhältnis zu Russland im besonderen Maße die Außenpolitik der Ukraine. Anders als das Verhältnis zum Westen, das relativ neu war, blieb Russland in den 1990er Jahren weiterhin wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner der Ukraine. Drei Themenbereiche bestimmten diese Beziehung durchgehend: Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, allen voran Energielieferungen, militärische Fragen, hauptsächlich bezüglich der Krim und der dort stationierte russische Schwarzmeerflotte, aber auch die NATO und die historische Verbundenheit beider Länder, insbesondere verkörpert durch die in der Ukraine lebenden Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine. Doch auch die Ukrainer im Allgemeinen als russisches „Brudervolk“ gehörten zu diesem außenpolitischen Themenbereich zwischen Russland und der Ukraine.

Bereits in den Anfängen des Systemzusammenbruchs signalisierte Russland sein bleibendes Interesse an der Ukraine. Michail Gorbatschew erklärte im August 1991, dass es ohne die Ukraine keine Sowjetunion geben könnte, da Russland und die Ukraine

---

<sup>1448</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 278.

<sup>1449</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 87-88.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

aufgrund ihrer jahrhundertelangen Geschichte das Fundament des Gebildes bilden würden. Als die Unabhängigkeit der Ukraine per Referendum im Jahr 1991 bestätigt wurde, versuchte die Moskauer Führung dieses Verhalten als antirussisch darzustellen und nahm dies als Grundlage, die Grenzen mit der Ukraine neu definieren zu wollen.<sup>1450</sup> Dennoch entspannte sich die Lage etwas, als die neue ukrainische Führung unter Leonid Krawchuk und vor allem unter Leonid Kuchma ihre enge Kooperationsbereitschaft mit Moskau bekräftigte.<sup>1451</sup> Als der russische Präsident Boris Jelzin am 31. März 1997 Kiew besuchte, unterzeichneten die beiden Länder einen Grundlagenvertrag über Freundschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der 1998 von der Ukraine, aber erst 1999 von der Duma der Russischen Föderation ratifiziert wurde. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Vertragsparteien dazu, die gegenseitige Souveränität, territoriale Integrität und Gleichberechtigung in den Beziehungen zu wahren.<sup>1452</sup> Dieser Vertrag, insbesondere der Verweis auf die territoriale Integrität, wurde wiederholt im Zuge der Krise des Jahres 2014 erwähnt.

„Fehlende Loyalität“ der Ukraine, wie die Hinwendung zum Westen aufgefasst wurde, tolerierte Russlands Führung nur schwer. Der euro-atlantische Kurs der Ukraine während der Jahre 2005 bis 2006 wurde seitens der russischen Führung kritisiert und brachte einige alte Probleme, welche in Zeiten Kuchmas „eingeschlafen“ waren, wieder auf die Tagesordnung. Dazu gehörte die Beteiligung der Ukraine an der GUS, die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte und der Stadt Sewastopol, ebenso Grenzprobleme im Asowschen Meer und die Aufteilung von wirtschaftlichen Ressourcen sowie Fragen zu Energielieferungen. Öl ins Feuer goss der Antrag der Ukraine auf NATO-Mitgliedschaft, Pläne zur Stationierung von internationalen Übungsgruppen sowie die bereits erwähnten geplanten NATO-Übungen auf der Krim, welche Russland scharf kritisierte.<sup>1453</sup> Die außenpolitische Lage entspannte sich, als Wiktor Janukowitsch 2006 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde und den rigorosen euro-atlantischen Kurs des Vorgängers Juschtschenko revidierte.<sup>1454</sup> Unter anderem umfasste seine Agenda „gutnachbarliche Beziehungen“ zu Russland, die Beteiligung am SES, jedoch ohne Teilnahme an der geplanten Zollunion sowie die Aufschiebung der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Unter anderem sollte die Verabschiedung des „NATO Membership Action Plan“ unter Janukowitsch zunächst nicht vorgenommen werden.<sup>1455</sup> Diese Aktionen wurden von Seite Russlands begrüßt und sorgten für einen freundlicheren Tonfall zwischen den Ländern.<sup>1456</sup>

Die russische und russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und im Südosten der Ukraine stellte für Russland öfter einen Grund dar, sich in ukrainische Angelegenheiten einzumischen. Hierbei wurden meistens, anders als im Baltikum, die Gefühle der Brüderlichkeit und der gemeinsamen Abstammung in den Vordergrund gestellt. Neben moderaten Stimmen in Russland mit Bezug zur Sprache und dem orthodoxen Glauben,

---

<sup>1450</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 275.

<sup>1451</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 229.

<sup>1452</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 276.

<sup>1453</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 85-87.

<sup>1454</sup> Ebd. S. 86.

<sup>1455</sup> Ebd. S. 86-87.

<sup>1456</sup> Ebd. S. 87.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

sahen radikale Akteure die ukrainische nationale und staatliche Emanzipation in den 1990er Jahren als direkte Bedrohung für die russische Nation. Der russische Kommunistenführer Gennadi Zjuganov sprach sich 1997 offen für eine Wiedervereinigung der „ostslawischen Dreieheit“ mit Russland, Ukraine und Belarus aus, als Garantie für die Wiederherstellung der „russischen Zivilisation“.<sup>1457</sup> Generell wurde die Kooperation zwischen Ukraine und Russland seitens der russischen Führung häufig als etwas dargestellt, was angesichts der Geschichte und der geopolitischen Lage „selbstverständlich“ sei und womit der Westen gar nicht mithalten könne. Es ging sogar so weit, dass Russland der Ukraine im Jahr 2008 die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung bzw. der russischen Sprache im Land vorwarf und damit drohte, den 1997 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag im selben Jahr nicht zu verlängern.<sup>1458</sup> Immer wieder wurden die Gemüter dadurch besänftigt, dass politische Führer der Ukraine in den für Russland relevanten Fragen einlenkten. Als Wiktor Janukowitsch sich im Jahr 2006 die Einführung von Russisch als zweite Amtssprache vornahm, wurde dies von Russland begrüßt und die vorausgegangenen Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten Juschtschenko wurden „vergessen“.<sup>1459</sup> Die Bevölkerung der russischsprachigen Oblaste des Südostens betrachteten ihrerseits die Kooperation mit Russland gegenüber der Kooperation mit der EU oder mit der NATO stets als wichtiger: Im Jahr 2008 wurde Russland in den außenpolitischen Beziehungen der Ukraine von etwa 60% der Bürger des Südostens für bedeutender gehalten als die EU oder die NATO.<sup>1460</sup> Insofern hatte ein Russland-freundlicher Kurs der Kiewer Führung in diesem Teil des Landes seine Legitimation.

Die Krim mit ihrer diffusen Geschichte zwischen der Ukraine, Russland und dem osmanischen Reich stellte einen weiteren Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland dar, wobei die dortige ethnisch russische Bevölkerung von Seiten Russlands öfter für dessen Ansprüche gegenüber der Ukraine instrumentalisiert wurde. Kaum eine Sezessionsbestrebung auf der Krim im Laufe der 1990er Jahre wurde von Russlands Seite nicht unterstützt. Die Instrumentalisierung der Verhandlungen um die Krim vollzog sich dabei sowohl in Bezug auf die russische Schwarzmeerflotte als auch hinsichtlich der „Heldenstadt“ Sewastopol sowie der Krim als „russisches“ Land mit „russischer“ Bevölkerung. Durch die Erklärung der Duma im Jahr 1993 über Sewastopol als „russische“ Stadt wurden die Ansprüche Russlands gegenüber der Krim des Weiteren gefestigt. Russland nutzte den Vorwand des „Schutzes“ der russischen Bevölkerung zuletzt Ende Februar und Anfang März 2014, was dann tatsächlich zur Übernahme der Halbinsel führte.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und Russland gestalteten sich zunächst als relativ einseitig – Russland war in den 1990er Jahren der Hauptabnehmer für ukrainische Waren und der Hauptlieferant für Energieprodukte. Fortan blieb Russland der wichtigste Partner für Erdgas und Öl, was für die Ukraine eine

---

<sup>1457</sup> Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 277.

<sup>1458</sup> Knut Mellenthin: „Verlängerung angekündigt“ 23. September 2008. Junge Welt.

<sup>1459</sup> Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 86.

<sup>1460</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 262.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

langfristige Bindung und Abhängigkeit bedeutete.<sup>1461</sup> Im Jahr 1995 wurde ein Abkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit unterzeichnet. Jedoch sank das Volumen der ukrainischen Handelsbeziehungen mit Russland, als der Handel mit der EU zunahm. Etwa bis zum Jahr 2005 stammten ca. 40% der ukrainischen Importe aus Russland, hauptsächlich Öl, Gas und Maschinen. Ebenso war die Ukraine mit 80% des Transitvolumens ein wichtiger Knotenpunkt zwischen Russland und Europa im Bereich der Energielieferungen.<sup>1462</sup> Da das Lavieren der Ukraine auf der außenpolitischen Bühne immer wieder für Konfliktstoff sorgte, nutzte Russland seine wirtschaftliche Machtposition des Öfteren aus und spielte mit seinen Möglichkeiten der Preisgestaltung – bis hin zu drastischen Preiserhöhungen für Gaslieferungen als Reaktion auf „russlandfeindliche“ Politik der ukrainischen Führung. Dies wurde allerdings natürlich nie als offizieller Grund für die Preissteigerung genannt. Russland argumentierte stets mit den Sonderkonditionen und „Freundschaftspreisen“ für die Ukraine, welche durch Preis Anpassungen an das Weltmarktniveau angehoben werden sollten.<sup>1463</sup> Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Krisen stets mit Perioden zusammenfielen, in denen in der Ukraine europäisch und westlich orientierte Kräfte an der Macht waren. Zum Beispiel im Jahr 2004, als Wiktor Juschtschenko das Präsidentenamt übernahm und zum Jahreswechsel zwischen 2005 und 2006 mit Russland eine der Konsequenzen ein „Erdgaskrieg“ war.<sup>1464</sup> Weitere sollten folgen – in den Jahren 2006, 2007 und 2008 sowie 2014. Anfang des Jahres 2006 setzte das russische Gasmonopol Gazprom die Lieferungen an die Ukraine vorübergehend aus – die Ukraine reagierte, indem sie das für Europa bestimmte Gas zurückhielt. So verliefen auch alle anderen Gasstreitigkeiten, indem die Ukraine im Gegenzug ihre Rolle als Transitland ausspielte, indem es beispielsweise Transitpreise erhöhte.<sup>1465</sup>

Alle diese Themen wurden sowohl seitens der ukrainischen Führung als auch seitens Russlands häufig dafür verwendet, Einfluss auf die ukrainische Wählerschaft und die öffentliche Meinung auszuüben. Die fehlende Sicherheit in Bezug auf die russischen Erdgaslieferungen wurde seitens der Orangen Kräfte im Jahr 2004 genutzt, um auf die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Importen hinzuweisen. Zum Teil war diese Strategie erfolgreich und brachte der pro-westlichen Opposition Stimmen ein.<sup>1466</sup> Jedoch wurden Schwierigkeiten bei Gasverhandlungen sowie zahlreiche Erdgas-Krisen während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos und ebenso im Zuge der Krise 2014 seitens des pro-russischen Lagers als „Unfähigkeit“ der pro-europäischen politischen Kräfte ausgelegt. Die Argumentation schloss mangelnde Verhandlungsfähigkeit und „sinnlose“ Orientierung in Richtung des Westens ein, welche den Beziehungen mit Russland schaden würden. Damit konnten vor allem diejenigen Ukrainer überzeugt werden, die für den Erhalt der Russland-Beziehungen standen. Insgesamt lässt sich sagen, dass außenpolitische Themen und besonders das Thema „Russland“ des Öfteren mit dem Zweck verwendet wurden, die ukrainische Bevölkerung in pro-westliche bzw. pro-russische Lager zu spalten.

---

<sup>1461</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 262.

<sup>1462</sup> Ebd.

<sup>1463</sup> Ebd. S. 262-263.

<sup>1464</sup> Ebd. S. 263.

<sup>1465</sup> Ebd.

<sup>1466</sup> Ebd. S. 262-263.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

### 5.6.3.3 Der Auftritt der Themenkomplexe und der Ost-West-Spaltung im außenpolitischen Handeln der ukrainischen Führungsfiguren

Wie bereits an einigen Stellen sichtbar wurde, hatten vor allem die Präsidenten an der Spitze der Ukraine einigen Einfluss auf die Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik. Generell wurden außenpolitische Beziehungen direkt durch den Präsidenten, bzw. die regierende Partei, der oder die in der Ukraine gerade an der Macht war, geprägt. Dabei spielte immer das Pendant der gesellschaftlichen Unterstützung eine bedeutende Rolle, welche in den Sachfragen öfter entweder die eine oder die andere Seite befürwortete.

Der zweite ukrainische Präsident Leonid Kuchma wurde durch seine Politik der sogenannten „Multivektoralität“ bekannt, welche einiges an Lob aber auch an Kritik verdient hat. Die „zweispurige“ Außenpolitik diente zwei Zwecken: Erstens die beiden geopolitischen Lager Russland und Europa so zu vereinen, dass keiner das Gefühl hatte, ausgeschlossen zu sein. Ebenso sollte die Ukraine entsprechend ihren Nutzen aus der jeweiligen Kooperation ziehen. Zweitens sollten die gesellschaftlichen Pole im Südosten und im Westen innerhalb des Landes thematisch „bedient“ werden, da sie etwa ab Mitte der 1990er Jahre außenpolitisch in jeweils entgegengesetzte Richtungen (nach Russland bzw. Europa) schauten. Kuchma bezeichnete den EU-Beitritt am 30. November 1999 in seiner Antrittsrede zwar als langfristiges strategisches Ziel, unter seiner Präsidentschaft kam aber auch der Nuklearwaffenvertrag aus dem Jahr 1996 mit Russland und den restlichen Mächten zustande. So bekam Russland die Atomwaffen zurück und der Westen entledigte sich einer nuklearen Gefahr im ehemaligen Sowjetblock. Ebenso konnte der Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Russland im Jahr 1997 geschlossen werden, womit Russland ob der möglichen westlichen Orientierung der Ukraine nach der Unabhängigkeit besänftigt wurde. Gleichzeitig reiste Kuchma bereits im November 1994 in die USA und unterzeichnete im Jahr 1998 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU – beides Zugeständnisse an das „westliche“ Lager. Für Kuchma schien diese „multivektorale“ Ausrichtung seiner Außenpolitik die einzige Möglichkeit zu sein, die Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren – dafür durfte er seiner eigenen Auffassung entsprechend sich nicht zu nah an eine der Seiten wagen.<sup>1467</sup> Zusätzlich ging Kuchma damit auf die jeweiligen Teile der Bevölkerung ein, so dass ihm keiner vorwerfen konnte, jeweils mit Russland oder dem Westen zu kooperieren. Dies garantierte ihm auch die Zustimmung der Wählerschaft. Gleichzeitig – und das sagen Kritiker – verpasste Kuchma die Chance, die Ukraine im Westen zu etablieren.<sup>1468</sup>

Als Wiktor Juschtschenko im Jahr 2004 die Präsidentschaftswahl für sich entschieden hatte, forcierte er sofort die Zusammenarbeit mit NATO.<sup>1469</sup> Obwohl ein Beitritt im Jahr 2008 nur von einem Drittel der Bevölkerung unterstützt wurde, stellte Juschtschenko Anfang des Jahres einen Antrag auf einen Aktionsplan für eine Mitglied-

---

<sup>1467</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 270.

<sup>1468</sup> Ebd. S. 271.

<sup>1469</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 263.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

schaft in der Allianz.<sup>1470</sup> Für Juschtschenko war die Bewegung der Ukraine in Richtung des Westens aufs Engste mit der innerpolitischen Demokratisierung und Liberalisierung des Landes verbunden, weshalb er neben der NATO-Annäherung auch die Zusammenarbeit mit Europa vorantrieb.<sup>1471</sup> Kurz nachdem Wiktor Juschtschenko seinen ersten Amtsbesuch in Russland geleistet hatte, flog er nach Brüssel und in die USA und bezugte damit seinen westlichen Kurs.<sup>1472</sup> Am 25. Februar 2005 unterzeichnete er einen bilateralen EU-Aktionsplan als Ersatz für das Partnerschaftsabkommen von 1994. Allerdings stieß seine Politik auf Grenzen, sobald es zu Konflikten mit Russland kam. Nicht nur Russland selbst hat die Zusammenarbeit torpediert, auch die Bevölkerung des Südostens war an der Verschlechterung der ukrainisch-russischen Beziehungen wenig interessiert. Dies zeigte sich vor allem nach 2005, als sein Kurs zunehmend als anti-russisch und pro-amerikanisch wahrgenommen wurde. Insbesondere im Zuge des Russisch-Georgischen Krieges im Jahr 2008 wurde Juschtschenko für Russland-Anhänger zur „persona-non-grata“. Während die Ministerpräsidentin Timoschenko sich zu keiner klaren Position bekannte, verurteilte Juschtschenko die Aktionen Russlands als offen bedrohlich für die Unabhängigkeit der Ukraine. Er untersagte demnach der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim die Einmischung in den Konflikt und sagte dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili die Unterstützung seitens der Ukraine zu.<sup>1473</sup> Bestraft wurde diese Aktion im Südosten durch den Verlust jeglichen Vertrauens in die politische Figur Juschtschenko.

Im Gegensatz zu Wiktor Juschtschenko hat Julia Timoschenko relativ schnell die Bedeutung der Außenpolitik für die gesellschaftliche Unterstützung sowohl im Südosten als auch im Westen der Ukraine antizipiert. Deswegen hat sie nach ihrer missglückten Zeit als Orange Premierministerin im Jahr 2005 statt einer einseitigen EU-NATO-Ausrichtung ein Image der Kooperationspartnerin mit Russland vermittelt.<sup>1474</sup> Zu den Plänen Juschtschenkos bezüglich des NATO-Aktionsplans im Jahr 2007 hat Timoschenko die Unentschlossenheit der ukrainischen Bevölkerung als Grund dafür genannt, das NATO-Thema nicht in den Vordergrund rücken zu wollen. Ebenfalls schlug sie im Jahr 2007 unterschiedliche Kooperationsmöglichkeiten mit Russland vor.<sup>1475</sup> Ihre außenpolitischen Aktionen und das bewusste Lavieren erinnerten an Kuchma'sche „Multiverktoalität“ – und waren dennoch klar machpolitisch auf die innere Spaltung der ukrainischen Gesellschaft bezogen. So konnte Timoschenko als eine starke Gegenkandidatin zu Wiktor Janukowitsch in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 auftreten und wurde nicht nur von den westukrainischen Oblasten bevorzugt. Auch die Unterstützung der BJuT erlebte im Südosten während der Periode 2007 bis 2010 einen Aufschwung. Timoschenko verkalkulierte sich jedoch insofern, als sie das Vertrauen

---

<sup>1470</sup> Ebd. S. 263-264.

<sup>1471</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009) S. 273-274.

<sup>1472</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 262-263; Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 85-86.

<sup>1473</sup> Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 276.

<sup>1474</sup> Ebd. S. 277-281.

<sup>1475</sup> Ebd. S. 282-283.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

ihrer Wähler im Westen des Landes einbüßte – ebenso spielte ihre Orange Vergangenheit im Südosten nach wie vor eine Rolle.

Auch Wiktor Janukowitsch verstand nach seiner Niederlage im Jahr 2004, dass er für Wahlerfolge auch die Interessen der westukrainischen Wähler in seine außenpolitischen Ziele mit einbeziehen musste. Allerdings bedeutete es nicht, dass er nun von Ost nach West umschwenkte bzw. dass es unter ihm keine regionale Spaltung der Ukraine mehr gab, wie André Härtel in seiner Untersuchung andeutet.<sup>1476</sup> Vielmehr bezog Janukowitsch durch außenpolitisches Lavieren im Stil von Kuchma sowohl das Thema der NATO- und EU-Zusammenarbeit in seine Rhetorik mit ein, ohne jedoch die partnerschaftlichen Beziehungen gegenüber Russland zu vernachlässigen. Janukowitsch konnte bereits als Ministerpräsident im Jahr 2006 durch die Korrektur des NATO-Kurses des Präsidenten Juschtschenko Proteste in der Bevölkerung und den Unmut von Russland besänftigen. Damals wurde unter seinem Mitwirken beschlossen, dass ein Beitrittsge-such zu NATO in einem Referendum entschieden werden muss.<sup>1477</sup> Generell hat sich Janukowitsch zunehmend für einen „blockfreien“ Status der Ukraine ausgesprochen, hat sich aber weder vom „NATO Membership Action Plan“ noch vom EU-Assoziierungsabkommen vollständig losgesagt – alles andere wäre für sein außenpoliti-sches Image sowohl im In- als auch im Ausland schädlich gewesen.<sup>1478</sup> Die Offenheit Janukowitschs gegenüber den europäischen Märkten wurde allerdings vorrangig von den Finanziers der „Partei der Regionen“, allen voran Rinat Achmetow, forciert.<sup>1479</sup> Dies machte Janukowitsch somit nicht zum „pro-europäischen Politiker aus den Reihen der „Partei der Regionen“, wie André Härtel anführt.<sup>1480</sup> Vielmehr war seine Offenheit so-wohl gegenüber der EU als auch gegenüber Russland schlicht unvermeidlich.<sup>1481</sup> Januk-owitsch konnte es sich weder leisten, die EU als Interessenten zu verlieren, noch durfte er Russland mit dem Präsidenten Putin als Verbündeten fallen lassen. Dass es letztlich zum tragischen Zusammenspiel Ende 2013 kam, als Janukowitsch sich für eine der Sei-ten entscheiden musste, liegt nicht nur an seiner außenpolitischen Orientierung. Auch die innerstaatliche gesellschaftliche Spaltung hinsichtlich der außenpolitischen Orientie-rung spielte eine Rolle, ebenso wie die Unfähigkeit der außenpolitischen Partner, auf die spezielle Situation der Ukraine einzugehen.

### 5.6.3.4 Fazit: Außenpolitik als Faktor der gesellschaftlichen Spaltung

Als Auslöser der Ukraine-Krise 2013 gilt an erster Stelle die verweigerte Unterschrift des Präsidenten Wiktor Janukowitsch unter dem EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukra-ine. Insofern kann die Außenpolitik durchaus als ein Bereich gelten, welcher in gegen-

---

<sup>1476</sup> Ebd. S. 283-287.

<sup>1477</sup> Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 265; Kappe-ler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 297.

<sup>1478</sup> Vgl. dazu: Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009). S. 285-287.

<sup>1479</sup> Ebd. S. 301-302.

<sup>1480</sup> Ebd. S. 286.

<sup>1481</sup> Vgl. hierzu: Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. S. 230; Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? S. 86-88.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

seitiger Wechselwirkung mit der Stimmung der ukrainischen Bevölkerung steht. Der „Euromajdan“ widmete sich Ende 2013 und Anfang 2014 dem Zweck der europäischen Öffnung und der westlichen Integration der Ukraine – dabei wurden die Proteste hauptsächlich von der Bevölkerung der westlichen und zentralen Oblaste unterstützt. Wäre es zu dem Abkommen gekommen, wäre es womöglich auch zu gegenläufigen Protesten der südöstlichen Oblaste gekommen, vor allem wenn dadurch die außenpolitischen Beziehungen zu Russland gelitten hätten. An dem Beispiel der „Euromajdan“-Proteste werden die zentralen Themenkomplexe sichtbar, welche in Bezug auf die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine von entscheidender Bedeutung sind – die EU-Integration bzw. die Öffnung nach Westen, die Beziehungen zu Russland sowie die regionale Spaltung der Bevölkerung. Spezielle Themen, welche unter diese Komplexe fallen, sind beispielsweise die Position der Krim als ein strategisch wichtiger Militärstützpunkt, ferner die EU- bzw. NATO-Kooperation, neben der politischen und kulturellen Verbundenheit zu Russland. Alle diese Themen wurden seit der Unabhängigkeit der Ukraine von ihrer politischen Führung immer wieder auf die außenpolitische Tagesordnung gebracht, wobei dadurch wiederholt Probleme entstanden sind, wenn sich das Land zu sehr in die eine oder die andere Richtung lehnte. Insofern könnte die „Multivektoralität“ der Kuchma-Zeit die einzig richtige außenpolitische Lösung für die Ukraine sein – was Befürworter der West-Integration der Ukraine jedoch entschieden ablehnen würden. Hierbei stellt sich die Frage, ob eine West-Integration grundsätzlich immer die beste Lösung für den postsowjetischen Raum ist. Eine „entweder-oder“-Sichtweise kann – und das zeigte erneut der „Euromajdan“ – zu ernsthaften gesellschaftlichen Konflikten führen, wenn die Bevölkerung, so wie es in der Ukraine der Fall ist, außenpolitisch gespalten ist. Mitunter ist nicht zu vernachlässigen, dass Russland stets außenpolitischen Druck auf die Ukraine ausgeübt hat – sei es mittels militärischer Fragen der Atomwaffen, bezüglich der Krim oder mit energiepolitischen Machtspielen. Es fällt allerdings auf, dass Probleme mit Russland immer gravierender waren, wenn „pro-westliche“ Kräfte in Kiew regierten. Letztlich scheint es in der Ukraine doch von entscheidender Bedeutung sein – und auch das beweist der „Euromajdan“ –, dass, wenn es um die außenpolitische Ausrichtung geht, die Ukraine immer zwischen den zwei Polen stehen wird und diese Situation auch in der Bevölkerung ihre Entsprechung findet. Der innerstaatliche Frieden in der Ukraine wird also vermutlich bis auf weiteres unter dem Zeichen des außenpolitischen Friedens stehen.

### 5.6.4 Sozioökonomische Faktoren

#### 5.6.4.1 Regionale Spaltung in der Ökonomie

Die sozioökonomische Transformation der Ukraine wurde, anders als im Baltikum, der Nationsbildung nachgestellt. Zumindest sehen das viele Autoren, die die Geschichte der Ukraine in den Umbruchsjahren beobachtet und beschrieben haben, so.<sup>1482</sup> Womöglich

---

<sup>1482</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 58.



## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

erklärt die wirtschaftliche Stärke des ukrainischen Ostens die inklusive Nationsbildung als Leitidee der unabhängigen Ukraine Anfang der 1990er Jahre: Wäre der russischsprachige Osten zur damaligen Zeit nicht zufrieden gestellt gewesen, hätte die ukrainische Ökonomie vollständig kollabieren können. Hinzu kommt eine weitere Besonderheit der ukrainischen ökonomischen Struktur – die Tatsache, dass der Großteil der industriellen Produktion in den russischsprachigen Gebieten des Donbass konzentriert war. Dagegen waren das Zentrum und der Westen des Landes stark landwirtschaftlich geprägt. Diese Verteilung verschob sich im Laufe der 1990er Jahre in Richtung des Zentrums, doch grundsätzlich konnte der Osten nach wie vor als stark industrialisiert gelten, während im Zentrum und im Westen die Landwirtschaft konzentriert war.<sup>1483</sup> Nicht zufällig deckt sich diese Verteilung mit der sprachlichen Ost-West-Verteilung der ukrainischen Bevölkerung, welche sich in den russischsprachigen Osten und den ukrainischsprachigen Westen teilt: Die sowjetische Großindustrie mit den ostukrainischen Städten absorbierte einen großen Teil der russischsprachigen Arbeitsmigranten. Anfang der 1990er Jahre waren 70% des privaten Kapitals in und um die Städte Donezk, Luhansk, Odessa, Zaporischija, Charkiw und Dnipropetrowsk konzentriert, ein Teil entfiel auch auf die Hauptstadt Kiew und die Krim. Diesen Gegenden war die Verbindung zwischen dem wirtschaftlichen Aufschwung und der ukrainischen nationalen Idee allerdings fremd. Dagegen wehrte sich Lwiw als einzige westukrainische industrielle Hochburg, wo das Unternehmertum stark mit der „ukrainischen Idee“ verbunden war.<sup>1484</sup> Sicherlich war dies ein bedeutender Aspekt des ukrainischen Staatsaufbaus der 1990er Jahre. Problematisch war bei dieser Wahrnehmung allerdings die Tatsache, dass der „ökonomische Osten“ der Ukraine nur wenig Patriotismus für die „ukrainische nationale Idee“ übrig hatte.<sup>1485</sup>

Etwa ein Drittel der ukrainischen Oblaste gewannen aus den Zeiten des postsowjetischen Wirtschaftsaufbaus, während ein Drittel zu den Verlierern gehörte. Ab 1999 erzielte die Ukraine seit dem Zusammenbruch der Sowjetwirtschaft erstmals wieder positive Wachstumsraten (ca. 5% pro Jahr) und einen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens.<sup>1486</sup> Vor allem stachen zwei Großregionen heraus: Kiew Stadt und die Oblast Kiew, welche etwa einen Viertel der gesamten Produktion erzielten nebst Donbass, Dnipropetrowsk, Charkiw und Zaporischija, welche zusammen weitere 23% des Outputs herstellten.<sup>1487</sup> Die Oblaste des Ostens und die Hauptstadt gehörten demnach zu den Gewinnern des ökonomischen Aufbaus der 2000er Jahre. Der Westen, der Süden und vor allem das Zentrum stellten weniger als ein Viertel der Produktion und gehörten somit zu den

---

<sup>1483</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. Ukraine Analysen 111. 2-5, S. 4; Ukraine-Analysen: Grafik 3: Anteil der Regionen an Industrie- und landwirtschaftlicher Produktion. Ukraine-Analysen 111/2013. S. 9.

<sup>1484</sup> Ähnliche Strategien wurden beispielsweise in Estland verfolgt, indem nationale Ideen als Prämisse für erfolgreiche Markteinführung vieler Produkte verwendet wurden. So wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Milch oder Käse teilweise zu neuen nationalen Symbolen, indem „made in“ bzw. Produktbezeichnungen als Kaufgrund gelten konnten. Beispielsweise würden Esten in Estland bis heute den Käse „Eesti juust“ („Estnischer Käse“ Üb. d. A.) viel eher kaufen als den „Vene juust“ („Russischer Käse“ Üb. d. A.), obwohl dies nur Sorten sind und beide in Estland von derselben Molkerei produziert werden. Vgl. hierzu auch: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 59.

<sup>1485</sup> Ebd.

<sup>1486</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2.

<sup>1487</sup> Ebd. S. 2-3.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Verlierern.<sup>1488</sup> Insbesondere die zentralukrainischen Oblaste (z.B. Sumy und Tschernihiw) büßten mangels Industrie und Grenzverkehr viel an wirtschaftlicher Stärke ein. Dagegen sorgte die wirtschaftliche Struktur des Ostens mittels Industrie und Handel für positive sozioökonomische Entwicklungen. Auch in südlichen Oblasten brachte der Handel positive Ergebnisse hervor.

Aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Handel mit Russland, vor allem im Energiesektor, aber auch im Bereich des Güterverkehrs, beim Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Maschinen war die Ukraine ohnehin anfällig für Krisen. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen auf den Weltmärkten in den Jahren 2007 und 2008 offenbarten sich die regionalen Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung.

Der Einfluss des russischsprachigen Ostens und Südens der Ukraine auf die wirtschaftliche und die politische Transformation zeigte sich hauptsächlich über die Herausbildung des Oligarchentums und der Familien-Clans, die sich große Anteile des ehemals kollektiven industriellen Eigentums im Laufe der 1990er Jahre angeeignet hatten. Aufgrund extensiver Beziehungen zu Russland und den Staaten der GUS hatten diese Clans kein Interesse an einer umfangreichen Ukrainisierung im Sinne der westlichen Ukraine. Somit spielte das ostukrainische Kapital eine entscheidende Rolle bei der sozioökonomischen Konsolidierung des Landes, wobei viele Oligarchen auch auf den westlichen Markt strebten, was wiederum die Richtung der von ihnen finanzierten Parteien (z.B. Rinat Achmetow und die „Partei der Regionen“) beeinflusste. Die Oligarchen-Netzwerke sind im Wesentlichen infolge der Politik Leonid Kuchmas entstanden, der im Rahmen der „Kuchmanomics“ sein Augenmerk auf die Unterstützung von Großkapitalisten statt „belangloser Kleinunternehmer“ legte.<sup>1489</sup> Diese politische Strategie änderte sich etwas infolge der Juschtschenko-Timoschenko-Politik, welche auf die Förderung des wachsenden Finanzsektors und Abschaffung der Mega-Industrie in Händen weniger Oligarchen abzielte.<sup>1490</sup> Dennoch beschleunigte die Förderung des kreditbasierten Konsums eher die regionalen Unterschiede, indem dienstleistungsstarke Städte auf Basis des Finanzsektors in ihrer Wirtschaftsleistung wuchsen, während landwirtschaftlich und industriell geprägte Oblaste zurückfielen. Daher wurden die Oblaste des Westens, welche die Orangen Kräfte an die Macht gebracht hatten, in ihrer sozioökonomischen Entwicklung weiter zurückgeworfen, was die Orange Politik wiederum diskreditierte.<sup>1491</sup> Die Folgen des staatlich begünstigten Konsumbooms zeigten sich spätestens während der Krise 2008, als der künstlich aufgeblasene Wohlfahrtsstaat zusammenbrach. Stärker betroffen waren davon die westlichen Oblaste, die hohe staatliche Transferzahlungen erhalten hatten.<sup>1492</sup>

Diese grobe Aufteilung erlaubt es zwar, einige Rückschlüsse auf die sozioökonomische Unterschiede der ukrainischen Bevölkerung im Osten und Westen, bzw. im Süden

---

<sup>1488</sup> Ebd. S. 3.

<sup>1489</sup> Zitiert aus: Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 4.

<sup>1490</sup> Ebd.

<sup>1491</sup> Ebd. S. 2.

<sup>1492</sup> Vgl. hierzu: Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 5.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

und im Zentrum zu ziehen, aber nicht in der Präzision, wie die Integrations-Monitorings in Estland es zulassen. Aufgrund des Fehlens einer offiziellen Integrationsstrategie werden in der Ukraine keine entsprechenden statistischen Daten erhoben, welche die sozioökonomischen Unterschiede zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Bevölkerung aufzeigen. Als einzige Belege können insofern statistische Daten herangezogen werden, welche Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung der ukrainischen Oblaste bzw. Regionen zeigen. Daraus können Rückschlüsse auf die sozioökonomische Lage der russisch- und ukrainischsprachigen Bevölkerung gezogen werden, wobei diese natürlich sehr viel ungenauer sind als die Daten aus den Integrations-Monitorings in Estland, welche im vorangegangenen Kapitel behandelt wurden.

Im ukrainischen Westen betrug die Urbanisierungsquote Mitte der 2000er Jahre zwischen 40% und 60%. Dies hängt vorwiegend mit der späten Industrialisierung und Sowjetisierung dieser Region zusammen, welche die ökonomische Rückständigkeit und ländlich geprägte Wirtschafts- und Sozialstruktur nicht brechen konnte.<sup>1493</sup> Dementsprechend nahm die Landwirtschaft in der Produktionsstruktur des Westens durchgehend einen bedeutenden Stellenwert ein. Die vorhandenen industriellen Schwerpunkte lagen in den Bereichen des Maschinenbaus, der Leichtindustrie sowie der Holzverarbeitung.<sup>1494</sup> Sozioökonomisch blieb die Region dennoch hinter dem industrialisierten Osten zurück.<sup>1495</sup> Bis Mitte der 1990er Jahre wurden die Oblaste Lwiw und Iwano-Frankiwsk zum Teil industrialisiert und konkurrierten daher gewissermaßen mit dem Osten, was die überwiegend geringe Produktivität der Region allerdings nicht ausgleichen konnte. Aus diesem Teil der Ukraine gab es auch eine relativ hohe Arbeitsmigration ins europäische Ausland, die zur Wertschöpfung beitrug. Dennoch blieb die Arbeitslosenquote im Westen relativ hoch im Vergleich zum industrialisierten Osten sowie der Metropolregion Kiew – im Jahr 2012 war die Arbeitslosenquote im Westen etwa doppelt so hoch wie in Kiew (10% in Riwna, Ternopil und Tschernihiw im Vergleich zu 5% in Kiew Stadt).<sup>1496</sup> Generell konnten die westukrainischen Oblaste zwischen 1990 und 2007 vom Grenzverkehr profitieren, was diese Region während der Krisenjahre 2007 und 2008 nicht vor einem ökonomischen Zusammenbruch bewahrte.<sup>1497</sup> Die geringere Produktionskapazität der Landwirtschaft trug im Laufe der Jahre dazu bei, dass die westlichen Oblaste in ihrem Wohlstand hinter dem Osten bzw. Kiew zurückblieben. Allgemein waren die westlichen Oblaste bis 2012 durch geringe Produktivität, hohe Arbeitslosigkeit, langsames Wirtschaftswachstum, geringes verfügbares Einkommen, hohe Schwarzarbeitsraten und Ungleichheiten in der Einkommensverteilung gekennzeichnet. Zusätzlich blieben die westlichen Oblaste auch durchgehend von staatlichen Transferleistungen wie Renten, Zuschüsse und Sozialleistungen abhängig.<sup>1498</sup>

Der Osten schöpfte seine Produktion vorwiegend aus der Montanindustrie des Donbasser Industriegebietes, wobei auch der Dienstleistungssektor in Städten wie Charkiw

---

<sup>1493</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 4.

<sup>1494</sup> Ebd. S. 4; 9.

<sup>1495</sup> Ebd. S. 4.

<sup>1496</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 3.

<sup>1497</sup> Ebd. S. 2.

<sup>1498</sup> Ebd. S. 3-4.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

zunehmend an Bedeutung gewann. Weitere Wirtschaftsbranchen der Ostukraine waren Rohstoffabbau in Dnipropetrowsk, wobei diese Oblast im Gegensatz zum Donbass neben Eisen- und Kohlevorkommen auch im Bereich der Rüstungsindustrie sowie Raumfahrttechnik weitere ökonomische Standbeine hatte.<sup>1499</sup> Die Oblaste Charkiw und Zaporischija waren durch Maschinenbau sowie den immer zunehmenden Dienstleistungssektor gekennzeichnet.<sup>1500</sup> Als das industrielle und wertschöpfende Rückgrat der ukrainischen Wirtschaft exportierten die Oblaste Donezk, Dnipropetrowsk, Poltawa und Zaporischija Industrieerzeugnisse und trugen so zur wirtschaftlichen Erholung in Krisenzeiten rund um das Jahr 2008 bei.<sup>1501</sup> Entsprechend waren die Oblaste des Ostens besser gestellt, wenn es um die regionale Verteilung der Wertschöpfung ging – der Osten zeigte durchgehend eine hohe Produktivität und bessere Beschäftigungsraten, niedrigere Arbeitslosenzahlen, höheres Einkommen und geringere Schattenwirtschaft, begleitet durch ein moderates Wirtschaftswachstum. Damit stellten die östlichen Oblaste netto Mittel zur Verfügung, um die wirtschaftlichen Differenzen im Westen auszugleichen.<sup>1502</sup>

Gegen die ökonomisch starken Oblaste des Ostens kamen auch die südkrainischen Gebiete nicht auf: Aufgrund geringer Rohstoffvorkommen konzentrierte sich die dortige Wirtschaftsstruktur auf die günstige Lage am Schwarzen Meer, wodurch Schifffahrt, Handel und Tourismus zu den wichtigsten Branchen aufgestiegen waren. Auch die Landwirtschaft war hier breiter entwickelt als im Osten des Landes.<sup>1503</sup> Ab Mitte der 2000er Jahre konzentrierten sich die südlichen Oblaste auf öffentliche Sozialdienstleistungen konzentriert, welche ihre wertschöpfende Position etwas verbesserte.<sup>1504</sup> Die Landwirtschaft als Hauptbranche war auch verstärkt in den zentralukrainischen Oblasten zu finden, obwohl hier aufgrund mangelnder Reformen und Investitionen Mitte der 2000er Jahre eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit herrschte.<sup>1505</sup> Die Hauptstadt Kiew hielt durch einen starken Dienstleistungssektor den wirtschaftlichen Schnitt der zentralukrainischen Region oben, obwohl auch in anderen Oblasten Industrie vorzufinden war.<sup>1506</sup> So konnten in Poltawa, Sumy und Kirowohrad geringe Rohstoffvorkommen abgebaut werden, ebenso gab es Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau sowie Lebensmittel- und Leichtindustrie.<sup>1507</sup> Mangels der Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Handelstätigkeit traf die Krise der Jahre 2007 und 2008 die zentralukrainischen Oblaste am härtesten. Zu den größten Verlierern der Krise gehörten die zentralukrainischen Oblaste Sumy und Tschernihiw.<sup>1508</sup> Die dienstleistungsstarken Städte des Zent-

---

<sup>1499</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

<sup>1500</sup> Ebd. S. 5; 9; Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2-3.

<sup>1501</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 3.

<sup>1502</sup> Ebd. S. 3-4

<sup>1503</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5; 9.

<sup>1504</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S.3-4.

<sup>1505</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 5.

<sup>1506</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2-3.

<sup>1507</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 6; 9.

<sup>1508</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 2.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

rums und des Westens zeichneten sich durch hohe Produktivitätssteigerungen und Einkommensniveaus aus, was aus diesen Nettozahler im Finanzausgleich machte.<sup>1509</sup> Dagegen blieben die Oblaste des Südens mit dem unterdurchschnittlich produktiven Transport und niedrigem Einkommensniveau abhängig von staatlichen Transfers und waren damit, genau wie der Westen, Netto-Empfänger.<sup>1510</sup>

Von den Einkommensquellen dominierte im Jahr 2007 in fast allen Teilen die abhängige Erwerbstätigkeit, relativ hohen Anteil nahmen auch staatliche Transferzahlungen ein.<sup>1511</sup> Je weiter östlich, umso mehr waren die Arbeitnehmer in einem Angestelltenverhältnis. Die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden 2007 von den Oblasten der Zentralukraine verkauft, was den Lebensunterhalt sicherte. Die Oblaste des Südens und des Südwestens zeichneten sich durch relativ hohe Anteile an selbstständiger Tätigkeit aus.<sup>1512</sup>

Die Stadt-Land Verteilung der Bevölkerung verschiedener Regionen zeigte 2007 ein relativ unverändertes Bild: stark urbanisiert mit über 75% der Bevölkerung der jeweiligen Oblaste war der Osten der Ukraine mit Charkiw, Luhansk, Donezk, Dnipropetrowsk und Zaporischija. Auch die Oblast Kiew war erwartungsgemäß ebenso stark urbanisiert, was den Rest der zentralen Oblaste weniger betraf: Etwa ein Drittel der dortigen Bevölkerung lebte auf dem Land.<sup>1513</sup> Je weiter westlich, desto stärker ländlich geprägt war im Jahr 2007 die Wohnstruktur. Tatsächlich zeigte nur die Oblast Lwiw eine Urbanisierungsquote von etwa 60%.<sup>1514</sup> Nicht zuletzt aus diesem Grund stellt Lwiw das kulturelle und urbane Zentrum der westlichen Ukraine dar.

Obwohl in der Ukraine eine spezifische Unterscheidung zwischen der russisch- und der ukrainischsprachigen Bevölkerung nicht möglich ist, zeigt der Einfluss der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungsphasen Auswirkungen auf die regionale Spaltung des Landes. So hat die Entwicklung unter Leonid Kuchma für Wachstum im industrialisierten Osten gesorgt, indem Oligarchennetzwerke durch Export und Handel mit den entsprechenden Erzeugnissen für Produktivität sorgten. Der Westen und das Zentrum des Landes blieben mit der überwiegend ländlich geprägten Struktur zurück, bis die Orange Politik diese Region mittels Transferzahlungen ankurbelte.<sup>1515</sup> Der finanziell schwache Staat konnte in Krisenzeiten 2008 allerdings weder die Transferzahlungen aufrechterhalten noch strukturelle Reformen der Industrie durchführen, was zu einer Stagnierung der Wirtschaft und zur regionalen Spaltung führte. Die wirtschaftliche regionale Diversität in der Ukraine war nach der Orangen Revolution die höchste in Europa.<sup>1516</sup>

Interessant ist der Vergleich zwischen den Oblasten, was das durchschnittliche Monatseinkommen sowie die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 betrifft. Das mit Abstand höchste Durchschnittseinkommen wies demnach die Stadt Kiew auf (416€) auf, was

---

<sup>1509</sup> Ebd. S. 4.

<sup>1510</sup> Ebd.

<sup>1511</sup> Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. S. 9.

<sup>1512</sup> Ebd. S. 9.

<sup>1513</sup> Ebd. S. 11.

<sup>1514</sup> Ebd.

<sup>1515</sup> Mykhnenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. S. 5.

<sup>1516</sup> Ebd.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

deutlich über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt lag. Das zweithöchste durchschnittliche Einkommen zeigte sich in der Oblast Donezk, gefolgt von der Oblast Kiew und den Oblasten Luhansk sowie Dnipropetrowsk. Selbst der Süden lag mit Sewastopol noch über dem höchsten durchschnittlichen Einkommen des Westens in der Oblast Riwna, welche ihrerseits deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag.<sup>1517</sup> Somit kann resümiert werden, dass die Hauptstadt mit der Oblast Kiew sowie die Industriezentren des Ostens das höchste Durchschnittseinkommen im Landesvergleich erzielten. Dieselben Oblaste mit dem höchsten Durchschnittseinkommen verzeichneten im Übrigen, zusammen mit Odessa, im Jahr 2012 auch die niedrigsten Arbeitslosenquoten des Landes.<sup>1518</sup> Wenngleich die Industriestätten der Ostukraine veraltete Infrastruktur und eingleisige Wirtschaftsstruktur mit Russland als größten Abnehmer aufwiesen, so hat die mangelnde Diversifizierung der ukrainischen Volkswirtschaft dafür gesorgt, dass die ostukrainischen Oblaste vor der Krise im Jahr 2014 durchschnittlich ökonomisch besser dastanden als die westukrainischen. Die wirtschaftliche Aufholung der anderen ukrainischen Regionen im Vergleich zum Donbass seit der 1990er Jahre sorgte zwar dafür, dass diese Region im gesamtstaatlichen Vergleich in ihrem wirtschaftlichen Wachstum zurückfiel, bis 2013 wiesen die Bewohner von Donezk dennoch die höchsten Löhne und Einkommen im Landesvergleich auf. Auch war Donezk im Jahr 2010 der landesweite Spitzenreiter der industriellen Produktion mit 16% des landesweiten Outputs und mit über 20% der Export-Vorreiter der Ukraine. Luhansk hinkte in beinahe allen ökonomischen Bereichen hinter Donezk hinterher. Negative Entwicklung erfuhr der industrielle Osten am Rückgang der Bevölkerung seit den 1990er Jahren sowie der sinkenden wirtschaftlichen Aktivität der arbeitsfähigen Bevölkerung. Mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft – die meisten Stellen waren im Industriesektor besetzt – sowie fehlende ausländische Direktinvestitionen sind Faktoren, welche die sozioökonomische Schwäche des industrialisierten ukrainischen Ostens für die künftige Entwicklung ausmachen.<sup>1519</sup>

---

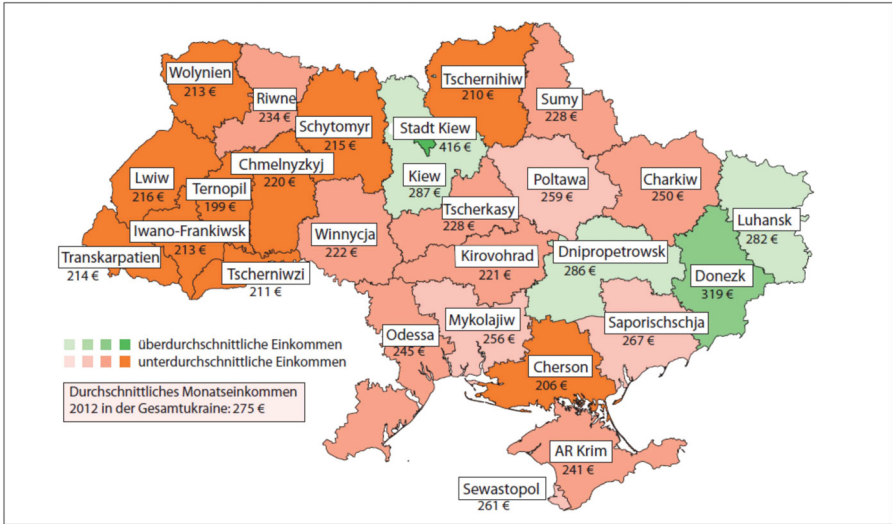
<sup>1517</sup> Vgl. Ukraine-Analysen: Grafik 1: Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar–November 2012). Ukraine-Analysen 111/2013, S. 7.

<sup>1518</sup> Vgl. Ebd.: Grafik 2: Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %). S. 7.

<sup>1519</sup> Vgl. Mykhnenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. Ukraine-Analysen 147. 2-5, S. 2.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

Karte 5. Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar-November 2012).<sup>1520</sup>

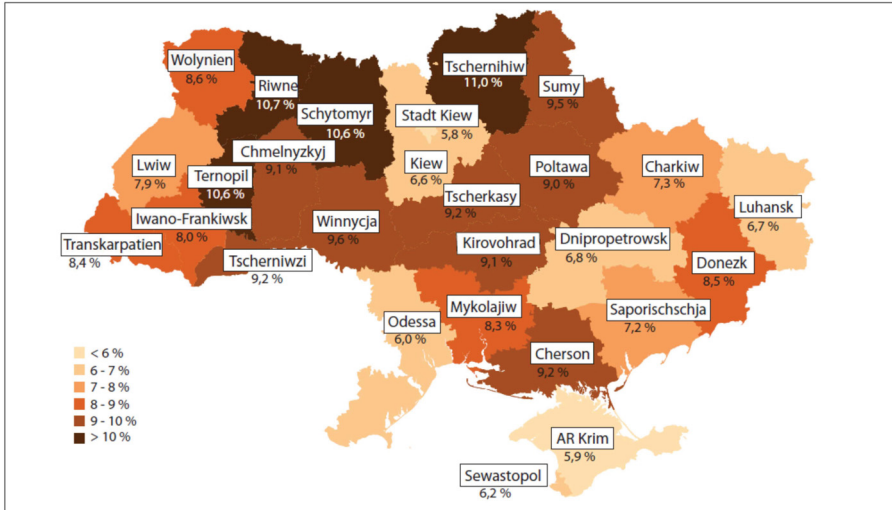


<sup>1520</sup> Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Staatliches Statistkamt, nach <http://index.minfin.com.ua/index/average/detail.php?2012-11>. Kartographie: Sebastian Klüsener. Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013. S. 7. Die Originalkarte wurde seitens der Redaktion der „Ukraine-Analysen“ modifiziert und wurde in der vorliegenden Form veröffentlicht. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.



## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Karte 6. Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %).<sup>1521</sup>



<sup>1521</sup> Daten aus (entsprechend der Angaben in der Quelle): Staatliches Statistkamt, <http://www.ukrstat.gov.ua>. Kartographie: Sebastian Klüsener. Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013, S. 7. Die Originalkarte wurde seitens der Redaktion der „Ukraine-Analysen“ modifiziert und wurde in der vorliegenden Form veröffentlicht. Die Genehmigung der Redaktion für die Verwendung der Karte liegt vor.

## 5.6 Zeit der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?

### 5.6.4.2 Fazit: Sozioökonomische Spaltung der Ukraine entlang ethnisch-nationaler Grenzen

Anders als in Estland, bzw. im Baltikum, kann in der Ukraine keine eindeutige Unterscheidung zwischen der sozioökonomischen Stellung der russischen, der ukrainischen oder der russischsprachigen Bevölkerung vorgenommen werden. Aufgrund der einfachen Tatsache, dass der Sprachgebrauch des Ukrainischen bzw. des Russischen im Arbeitsalltag vom Umfeld und der Branche, aber auch der Region abhängt, aber auch weil beide Sprachen im sozioökonomischen Kontext jeder Region präsent sind, können keine eindeutigen Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine besser oder schlechter gestellt ist als die ukrainische bzw. die ukrainischsprachige. Allerdings können regionale Unterschiede in der ökonomischen bzw. der sozioökonomischen Lage der Oblaste festgestellt werden, welche eine Schlussfolgerung erlauben: Anders als in Estland bzw. im Baltikum scheint in der Ukraine der überwiegend russischsprachige Teil des Landes in der besseren sozioökonomischen Lage zu sein, als der ukrainischsprachige Teil des Landes. Diese Feststellung – obwohl nur sehr verallgemeinernd – erlaubt einen weiteren Rückschluss: Angesichts der wirtschaftlichen Stärke des Ostens, der noch 2012 mehr als 50% des wirtschaftlichen Outputs der gesamten Ukraine herstellte, hat kein politischer Führer es gewagt, die Bevölkerung dieser Region „zu verlieren“ bzw. gegen sich aufzubringen. Insofern kann resümiert werden, dass die wirtschaftliche Stärke des russischsprachigen Ostens sich direkt auf die sozioökonomisch und politisch bedeutende Position der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine ausgewirkt hat.

### 5.6.5 Ukrainische Zivilgesellschaft und regionale Spaltung

Postsowjetische bzw. postkommunistische Staaten weisen häufig eine relativ niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung auf. Dies wird meistens damit erklärt, dass in einer autoritären Gesellschaft, wie der sowjetischen, eine zivilgesellschaftliche Beteiligung keine Auswirkung auf politische Entscheidungen bewirkt hätte und die Opposition ohnehin verfolgt worden wäre. Implizit wird damit ein Unterschied zwischen demokratischen und autokratischen Denkweisen betont, welcher eine postsozialistische von einer westlichen Gesellschaft unterscheidet. Diese vereinfachte Darstellung der Denkmuster passt auch auf die regionale Spaltung der Ukraine, deren Osten traditionell als eher post-kommunistisch und der Westen als Demokratie-affin angesehen wird. In der Tat bestehen Unterschiede in der Dichte der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Beteiligungen zwischen Lwiw im Westen und Donezk im Osten, nicht zuletzt was die freiwillige Beteiligung und Protestbereitschaft angeht.<sup>1522</sup> Auch andere Faktoren spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle: Beispielsweise ist bis zum Jahr 2009 die Gesamtzahl der Non-Profit-Organisationen in der gesamten Ukraine stetig gewachsen, wobei

---

<sup>1522</sup> Banakh, Mykhaylo (2011): Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich. Ukraine-Analysen 92. 2-5, S. 2.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

der Wachstum erwartungsgemäß in Kiew am höchsten war. Dagegen lagen sowohl der Westen als auch der Osten gleichermaßen unter dem Durchschnitt, allein in der Oblast Odessa sind überdurchschnittlich viele solche Organisationen entstanden.<sup>1523</sup> Hier kann man also keinen nennenswerten Unterschied zwischen den russisch- und den ukrainischsprachigen Oblasten erkennen. Was die Städte insgesamt angeht, so waren diese stets Ballungsräume für die zivilgesellschaftliche Organisation, und zwar neben Spitzenreiter Kiew gleichermaßen in Lwiw und Donezk bzw. Odessa.<sup>1524</sup> Allerdings konnte Donezk angesichts der Dichte der Organisationen und der Bevölkerungszahl nicht an den Landesdurchschnitt herankommen. Dagegen konnte der Westen, selbst in ländlichen Regionen, besser abschneiden.<sup>1525</sup> Unterschiedlich waren dagegen die Entwicklungen im Südosten und Nordwesten der Ukraine im Vergleich der demokratischen Tradition und der sozioökonomischen Struktur: Während der Westen im ersten Bereich mehr Erfahrungen vorzuweisen hatte und dessen Bevölkerung daher sich engagierter zeigte, konnte der industrialisierte Südosten bessere gewerkschaftliche Organisation vorweisen.<sup>1526</sup> In der Tat ist es in der Ukraine schwer festzuhalten, welche Vereinigungen aus zivilgesellschaftlicher Beteiligung und welche aus sozialistischem gewerkschafts- bzw. Verbandswesen entstanden und entsprechend „von oben gelenkt“ sind.<sup>1527</sup> Anhand Statistiken ließ sich im Jahr 2009 feststellen, dass im Südosten karitative und Wohlfahrtsvereinigungen seltener waren, als im Zentrum oder im Westen. Traditionelle Vereine für Kultur konnten dagegen auch in der Kosaken-Oblast Zaporischija gefunden werden.<sup>1528</sup> Während im Osten politisch orientierte Vereinigungen dominierten, konnten im Westen eher kulturelle und religiöse Initiativen beobachtet werden. Die politischen Vereinigungen waren und sind bis heute allerdings häufig „verlängerte Arme“ der Parteien bzw. der parteipolitischen Geldgeber, welche demnach als Teil der Regierungsweise „von oben“ zu betrachten sind. Diese Art des Einflusses ist sowohl im Westen als auch im Osten des Landes zu finden.<sup>1529</sup>

Insgesamt lässt sich aber sagen, dass zwischen der Ost- und der Westukraine grundsätzlich keine bemerkenswerten Unterschiede in der Quantität des zivilgesellschaftlichen Organisationsgrades bestehen, wohl aber in der Ausrichtung und Akzentuierung der Vereine und Organisationen.<sup>1530</sup> Bis 2012 sind einige Gesetze verabschiedet worden, welche die Arbeit der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO-s) in der Ukraine vereinfachten.<sup>1531</sup> Wenn man sich die Ereignisse des Jahres 2014 anschaut, so kann von allen Regionen der Ukraine behauptet werden, dass die Bevölkerung Protestpotential entwickeln kann, wenn es um existentielle Fragen geht.

---

<sup>1523</sup> Ebd. S. 3.

<sup>1524</sup> Ebd.; Stewart, Susan (2013): *Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen*. Ukraine-Analysen 114. 2-5, S. 2.

<sup>1525</sup> Stewart, Susan (2013): *Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen*. S. 3-4.

<sup>1526</sup> Ebd. S. 4.

<sup>1527</sup> Ebd. S. 2.

<sup>1528</sup> Banakh, Mykhaylo (2011): *Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich*. S. 5.

<sup>1529</sup> Ebd.

<sup>1530</sup> Vgl. hierzu: Ebd.

<sup>1531</sup> Stewart, Susan (2013): *Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen*. S. 3.

### 5.6.6 Indikatoren gesellschaftlicher Integration während der Konsolidierungsphase

In der Ukraine bestimmten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen das politische Geschehen der Konsolidierungsphase. Dabei hat mit der erneuten Wahl Leonid Kuchmas zum Präsidenten 1999 die Herausbildung des Präsidenten als Identifikationsfigur zugenommen. Ebenfalls festigte Kuchma den Einfluss der „Partei der Macht“. Bedeutend war im Jahr 1999 die Tatsache, dass Kuchma diesmal mit der Stimmehrheit im Westen des Landes gewann – die russischsprachigen Oblaste des Ostens und des Südens wählten den kommunistischen Gegenkandidaten Petro Symonenko. Da Kuchma dennoch wichtige Mehrheiten beispielsweise in Donezk und Charkiw und auf der Krim holte, reichte sein Vorsprung für den Gesamtsieg. Ein Tauziehen mit immer offensiverem Bekenntnis der Kandidaten zum ukrainischsprachigen Westen bzw. dem russischsprachigen Osten fand bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 statt. Dabei zeigte sich erstmals das innerstaatliche gesellschaftliche Konfliktpotential zwischen den ukrainischen Regionen. Obwohl das oppositionelle Lager unter Wiktor Juschtschenko 2004 bzw. 2005 siegte, wurde die Regierungszeit nicht vom politischen Erfolg im ganzen Land gekrönt. Im Jahr 2010 gewann durch die massive Unterstützung im russischsprachigen Osten Wiktor Janukowitsch die Präsidentschaftswahl. Der politische Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung wurde ferner durch die „Partei der Macht“ und ab dem Jahr 2004 durch die Partei der Regionen (PdR) untermauert (Mehrheiten im Osten bei den Parlamentswahlen 2006; 2007 und 2012). Diese stellte den Gegenpol zu Parteien wie „Unsere Ukraine“ oder „Vaterland“, welche parlamentarische Wahlmehrheiten im Westen erzielten. Die Vertretung durch Präsidentschaftskandidaten Leonid Kuchma, Petro Symonenko und Wiktor Janukowitsch sowie die parteipolitische Stärke war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die Gesetzgebung als stark zu bezeichnen. Es wurden keine restriktiven Gesetze bezüglich der Sprache oder der Staatsbürgerschaft verabschiedet und ebenfalls unter Wiktor Janukowitsch wurde das – im Westen der Ukraine umstrittene – Gesetz zu den „regionalen Sprachen“ verabschiedet. Insgesamt ist der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf den politischen Prozess in der Konsolidierungsphase als stark zu bezeichnen, was sich außer in der Gesetzgebung auch in Fragen zur außenpolitischen Orientierung der Ukraine äußerte.

Die Indikatoren der gesellschaftlichen Integration zeigen eine weitreichende Kontinuität in der Position der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine. Nachweisbar und gleichermaßen bedeutend ist der Wandel in der kulturellen Dimension und dem Indikator „Sprache“ sowie im Bereich der identikativer Einschätzung der Position der russischsprachigen und der ukrainischsprachigen Bevölkerung und der zunehmenden Aufteilung in „wir“ und „andere“, welche im Zuge der Krise im Jahr 2014 zugenommen hat. In der politischen Dimension ist der Zugang zu Grundrechten, zu Wahlen und zu politischen Ämtern für die russischsprachige Bevölkerung mit keinerlei Hürden verbunden. Repräsentative Mehrfachintegration beim Zugang zu Wahlen war zumindest bis hin zur Krise im Jahr 2014 durch das Vorhandensein politischer Parteien, welche sich explizit auf die russischsprachige Wählerschaft ausgerichtet haben, gegeben. Bereits zu Zeiten Leonid Kuchmas war das Vorhandensein und die Nutzung sowohl der russischen

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

als auch der ukrainischen Sprache in öffentlichen Ämtern zu beobachten, was sich mit der Amtszeit Wiktor Juschtschenkos in Richtung verstärkt ukrainischsprachigen und in Zeiten Wiktor Janukowitschs in Richtung verstärkt russischsprachigen politischen Rhetorik bewegte. Somit kann hier von einer sprachlichen Mehrfachintegration gesprochen werden. In der kulturellen Dimension hat sich die Mehrfachintegration und die vorhandene „umgekehrte“ Assimilierung der Ukrainer in die russischsprachige Kultur kontinuierlich abgenommen, obwohl teilweise ein „asymmetrischer Bilingualismus“ zugunsten des Russischen im Alltag zu beobachten war. Die zunehmende Nutzung der ukrainischen Sprache im Alltag und die wachsende Bedeutung ukrainisch-national geprägter öffentlicher Rhetorik schmälern die Bedeutung der russischen Sprache im Alltag, obwohl sie nach wie vor stark präsent ist. Auch in dieser Dimension kann insofern von einer Mehrfachintegration gesprochen werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und einer selbstständigen Grundversorgung ist für die russischsprachige Bevölkerung ebenso vorhanden wie für die ukrainischsprachige. Allein im Bereich der Bildung – was in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird – hat der Anteil russischsprachigen Unterrichtes auf allen Ebenen kontinuierlich abgenommen. Dies zeigt einerseits, dass die russischsprachigen Schüler verstärkt in ukrainischsprachige Schulen gehen und somit stärker mehrfachintegriert sind. Andererseits ist eine Segmentierung im Bereich der Bildung nach wie vor vorhanden und wird seitens der russischsprachigen Bevölkerung begrüßt. Eine räumliche Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine besteht vor allem auf Grundlage der regionalen Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung im Osten und Süden sowie auf der Halbinsel Krim. Diese Konzentration sorgt für eine Segmentierung der Wohngegend, der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und des Soziallebens, obwohl keine gesetzlichen Hürden existieren, welche es der russischsprachigen Bevölkerung nicht erlauben würden, in eine andere Gegend zu ziehen. Insofern ist auch hier überwiegend von einer Mehrfachintegration zu sprechen. Die Position der russischsprachigen Bevölkerung in der identifikativen Dimension, welche in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert wird, kann im Indikator „Individuelle Einschätzung des Umfelds und Einverständnis mit den kulturellen und sozialen Werten“ zwar als mehrfachintegriert gelten, jedoch taucht infolge des verstärkten Einsatzes ukrainisch-nationalistischer Rhetorik immer mehr die Wahrnehmung „wir“ und „andere“ auf. Diese bezieht sich auf die ukrainischsprachige und russischsprachige bzw. die ethnisch ukrainische und ethnisch russische bzw. die Bevölkerung der West- und Ostukraine – je nach Anwendung – und sorgt für eine wachsende Segmentierung in dieser Dimension der gesellschaftlichen Integration.

### 5.7 Zusammenfassung

Wie auch in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat sich die oppositionelle Bewegung in der Ukraine Ende der 1980er Jahre herausgebildet. Maßgeblich wurde diese von der Gorbatschew'schen „Perestroika“ und „Glasnost“ beeinflusst, aber auch von Ereignissen im benachbarten Polen und den baltischen Staaten, welche mit Soli-

darność und den baltischen Volksfronten die Vorreiterrolle des sowjetischen Widerstandes übernahmen. In der Ukraine hat „Nadordnyj ruch“ (Ruch) die Rolle der Opposition ergriffen. Die Explosion von Tschernobyl im Jahr 1986 hat die Proteststimmung der Bevölkerung endgültig angefacht, denn dadurch wurden erstmals die Mängel in der Führungsqualität der sowjetischen Eliten offenbart. Dennoch verlief der Übergang in der Ukraine anders als im Baltikum, wofür unter anderem die Sonderstellung des Landes innerhalb der Sowjetunion als „kleiner Bruder“ Russlands verantwortlich war, denn nicht alle wollten diese aufgeben. Ein großer Teil der Bevölkerung, überwiegend in den südöstlichen Gebieten der Ukraine, hat die Oppositionsbewegung nur mäßig unterstützt. Die alten Eliten – zumal sie sich rasch als reformiert gaben – waren in diesen überwiegend russischsprachigen Oblasten beliebter. So stellte sich Ruch als Repräsentantin der westlichen und überwiegend ukrainischsprachigen Oblaste auf, was auch deutlich an der Stimmverteilung nach den ersten halbfreien Parlamentswahlen in das Parlament – die Werhowna Rada – im Jahr 1990 deutlich wurde.

Die Chronologie des Übergangs vom alten autoritären zum neuen, zumindest quasi-demokratischen System war mit weitaus weniger revolutionären Ereignissen verbunden als beispielsweise in Estland. Vieles hat mit der anfänglichen Bestrebung der ukrainischen Eliten zu tun, dem politischen Übergang nicht auch einen national-geprägten Konflikt hinzuzufügen. Erstens wurde eine Reaktion der russischsprachigen – und nicht nur der russischen – Bevölkerung befürchtet, wofür auch vereinzelt Protestaktionen in Donbass und in Odessa Anfang der 1990er Jahre verantwortlich waren. Zweitens sollte die Ukraine, und das hat der erste Präsident Leonid Krawchuk wiederholt betont, nicht nach dem Beispiel des Baltikums im Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung handeln, wenn es um den Aufbau des ukrainischen Staates ging. Deswegen war sowohl die Gesetzgebung als auch die politische Repräsentation darauf ausgelegt, der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine die bestmögliche Vertretung zu garantieren. Die russischsprachige Bevölkerung war sowohl verfassungsrechtlich als auch auf der Grundlage der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft der ukrainischsprachigen Bevölkerung gleichgestellt. Auch die russische Sprache, obwohl nicht offiziell zur Staatssprache erhoben, war im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Alltag nach wie vor präsent.

Sowohl die ersten Präsidentschaftswahlen als auch die ersten freien Parlamentswahlen bestätigten eine starke Position der alten Nomenklatur und kündigten gleichzeitig eine sich anbahnende Spaltung des Landes entlang regionaler Grenzen der „rechtsufrigen“ und der „linksufrigen“ Ukraine an. Obwohl „unabhängige“ Parlamentsabgeordnete anfangs flächendeckend im gesamten Land gewählt wurden, etablierte sich die Kommunistische Partei im Laufe der ersten zwei parlamentarischen Legislaturperioden im Südosten des Landes, während sich der Westen durchgehend der Opposition unter Ruch zuwandte. Präsident Leonid Kuchma, dem es gelang, im Jahr 1994 den Südosten und im Jahr 1999 den Westen für sich stimmen zu lassen, etablierte zusätzlich die erste „Partei der Macht“, welche die ambivalente Rolle des Präsidenten im politischen System der Ukraine stützte. Daraus entstand auch gewissermaßen der „Personenkult“ der ukrainischen politischen Führer, ohne die keine Partei Chancen hatte, bei Wahlen zu bestehen. Nach Kuchma kamen die beiden Anführer der Orangen Revolution Julia Timoschenko

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

und Wiktor Juschtschenko, danach Wiktor Janukowitsch als Gesicht der „Partei der Regionen“, neben Witalij Klitschko mit UDAR und Oleh Tjahnibok mit „Swoboda“. Allein die Kommunistische Partei war eher als Partei bekannt und weniger aufgrund der starken Anführer. In jedem Fall offenbarten sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen in den 1990er Jahren und vor allem vor und nach der Orangen Revolution die regionale Spaltung der Ukraine im Hinblick auf die politische Repräsentation und die Unterstützung der Parteien: Der Südosten stimmte für kommunistische bzw. sozialistische Parteien, neben der „Partei der Macht“ unter Leonid Kuchma bzw. Wiktor Janukowitsch, während die Wähler im Westen für die Opposition unter Ruch, später für die Parteien Wiktor Juschtschenkos und Julia Timoschenkos bzw. für radikal-nationale Kräfte votierten.

Die regionale Spaltung der Ukraine ist nicht überraschend, wenn man sich die Entwicklung der Bevölkerung, der politischen Stellung innerhalb der Ukraine oder die historische Verbundenheit mit Ost bzw. West anschaut. Die „Russischsprachigkeit“ des Ostens bzw. des Südostens und die „Ukrainischsprachigkeit“ des Westens ist kein oktroyierter Zustand, welcher von Wissenschaftlern oder Medienvertretern erfunden ist, obwohl der Zusammenhalt der beiden „Ukrainen“ dadurch nicht zwangsläufig in Frage steht. Die Spaltung ist nicht erst während der Zeit nach der Sowjetunion entstanden und gar nicht erst im Laufe der Sowjetzeit – die Gleichzeitigkeit der Differenzierung und Koexistenz der Ukrainer und Russen auf dem Gebiet der Ukraine dauert bereits seit einigen Jahrhunderten an. Problematisch wurde es in der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion, als existentielle Fragen, welche für beide Seiten von Bedeutung waren, mit politischem Gewicht gefüllt wurden. So entfachte sich das Konfliktpotential der Krim auf Grundlage der historischen und strategischen Rolle der Halbinsel und der Schwarzmeerflotte, ebenso wie an der Diskussion um die politische Rolle des Donbass innerhalb des unabhängigen ukrainischen Staates. Das Zentrum des Landes als ethnisch-nationaler, historischer und nicht zuletzt geographischer Vermittler in diesem Gegensatz spielte oft die politische Rolle des „Züngleins an der Waage“ zwischen Ost und West der Ukraine. Die regionale Teilung der Ukraine trug somit wesentlich zur gesamten Ausgestaltung des politischen Systems während der Zeit der demokratischen Konsolidierung bei.

Die Fraktionskultur und der allgemeine Umgang mit dem Parlaments- bzw. dem Präsidentschaftsmandat gehörten dabei nicht zu den Stärken der ukrainischen Politiker. Die Repräsentation der gesamten Bevölkerung – ob der russisch- oder der ukrainischsprachigen Teile – wurde zum Teil nur formal übernommen. Vielmehr war die politische Macht an sich die Hauptmotivation der Repräsentanten. Das politisch relevante Potential der „rechts- bzw. linksufrigen“ Ukraine mit ihren teilweise kardinal einander entgegen gesetzten Ansichten wurde von Parteien und deren Führern im Laufe der Zeit jedoch für ihre Zwecke instrumentalisiert. Gab es am Anfang der Kuchma-Periode noch den „ukrainischen Weg“, so ging er spätestens nach der Orangen Revolution verloren, denn seit dieser Zeit wurde die gesellschaftliche Spaltung offen diskutiert und im politischen Machtkampf verwendet. Zu Themen wie Föderalisierung, Russisch als zweite Amtssprache oder Außenpolitik mussten sich die Machttäger lediglich entsprechend positionieren, um die Unterstützung der einen oder der anderen Seite für sich zu gewin-



nen. Aus diesem „wirkungslosen Pluralismus“ entstand aber keine „echte“ Repräsentation.

Trotz dieser relativ ernüchternden Bilanz der Machtfiguren war das ukrainische Wahlvolk durchaus fleißig, obwohl ihm oft vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit allen Anzeichen eines stets andauernden Wahlkampfes zugemutet wurden. Die Parlaments-, aber vor allem die Präsidentschaftswahlen zeigten dabei relativ deutlich, dass es erstens eine regionale Spaltung der Wählerschaft gab und zweitens, dass die russischsprachigen Oblaste ein ernstzunehmendes politisches Gewicht entfalten konnten. Die 1990er Jahre brachten dabei viel Verwirrung in die politische Repräsentation, hauptsächlich aufgrund der „Unabhängigen“, die jeder Koalition oder Partei die eindeutige Mehrheit sichern oder auch verweigern konnten. So konzentrierten sich die Wähler auf die Führungsfiguren, die meistens auch in den Präsidentschaftswahlen dominierten. Leonid Kuchma demonstrierte 1994, wie man mittels Mobilisierung des Ostens und des Zentrums die Wahl gewinnen kann, was er fünf Jahre später gegenüber dem kommunistischen Widersacher Petro Symonenko wiederholte, wobei er diesmal den Westen und das Zentrum auf sich vereinte. Weshalb dies so bemerkenswert ist, wird durch die Tatsache deutlich, dass es keinem Nachfolger Kuchmas gelungen ist sowohl die ukrainisch- als auch die russischsprachigen Oblaste für sich zu gewinnen. Die regionale Stimmverteilung war abgesehen von dieser Wahl immer relativ eindeutig zwischen Südost und West gespalten. Dass Wiktor Janukowitsch es im Jahr 2010 schaffte, sich die Präsidentschaft zu sichern, lag an der Unterstützung der bevölkerungsreichen südöstlichen Oblaste. Selbst im Jahr 2014, als die West-Orientierung der ukrainischen Parteien *en vogue* wurde, wählten viele Wähler des Südostens die Opposition, die zum Teil noch aus Resten der „Partei der Regionen“ bestand. Insofern kann das politische Gewicht der russischsprachigen Bevölkerung eindeutig an den Wahlergebnissen abgelesen werden und wird auch künftig von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung der Ukraine sein.

Die Außenpolitik bzw. die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine stellt einen Bereich dar, der die Bevölkerung besonders stark spaltet. Die Krise des Jahres 2014 und ihre Auslöser können dafür als besondere, wenngleich tragische, Belege gelten. Schon seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine waren sowohl die Interessenten von außen – Russland, die Europäische Union, die NATO, die USA – an der außenpolitischen Position der Ukraine interessiert, teils aus historisch-kulturellen, teils aus handelspolitischen und teils aus militärisch-strategischen Überlegungen. Dass Russland ein besonderes Interesse an der Ukraine hatte, zeigt schon verstärkte Aufmerksamkeit der russischen Führung für jeden Schritt der Ukraine, insbesondere im Umgang mit dem Westen. Ebenso nahm Russland in jeder möglichen Situation Einfluss auf die Ukraine, sei es über Wirtschaftsbeziehungen oder über die Schwarzmeerflotte der Krim. Dass die Ukraine als souveräner Staat ihre außenpolitischen Aktionen vor niemanden rechtfertigen musste, bleibt außer Frage, allerdings blieb die eigene Bevölkerung in einigen außenpolitischen Sachfragen gespalten. Insofern sind die Ereignisse des Jahres 2014 im Grunde wenig verwunderlich – wenn man sich die Meinungen der russisch- und der ukrainischsprachigen Oblaste zur EU bzw. zu Russland anschaut, war eine Spaltung vorsehbar.

## 5. Systemwechsel und Konsolidierung in der Ukraine

Obwohl explizite Untersuchungen in der Ukraine fehlen, kann die Unterscheidung zwischen dem russischsprachigen Osten und dem ukrainischsprachigen Westen ebenfalls grob aus sozioökonomischen Gegebenheiten der Ukraine gezogen werden. Der stark industrialisierte Osten hielt seine stärkere ökonomische Position gegenüber dem Rest des Landes auch nach dem Wegfall der sowjetischen Nachfrage aufrecht – was durch die politische Führung und die Oligarchen-Netzwerke begünstigt wurde. Der Westen holte mit der Zeit etwas auf, dennoch zeigten die ostukrainischen Oblaste noch bis zum Jahr 2012 stets höhere Gehälter und bessere Produktivität als andere Teile des Landes. Die wirtschaftliche Stärke des Ostens kann mitunter als Grund dafür gelten, dass die Nationalitäten-Politik der 1990er Jahre derart moderat gestaltet wurde – einen Verlust der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Stärke des Donbass konnte die ukrainische Führung nicht riskieren. Allein im Bereich der Zivilgesellschaft scheint sich die ukrainisch- und die russischsprachige Ukraine zu ähneln – die Zivilgesellschaft ist eher schwach ausgeprägt. Allerdings zeigen Ereignisse im Jahr 2014, dass auch hier erhebliches Protestpotential entwickelt werden konnte.

# 6. Rolle der Sprache

## 6.1 Sprache als wichtigster Integrationsindikator

Allgemein betrachtet bildet die Sprache das wichtigste Bindeglied der Gesellschaft und spielt die entscheidende Rolle für das (oder: die Ausbildung des) nationale bzw. ethnische Selbstverständnis der Bevölkerung. Die Nutzung der Sprache und die Ansichten über die eigene sprachliche Zugehörigkeit bzw. der Zwang eine andere Sprache zu lernen, um in der Gesellschaft funktionieren zu können – all das bildet einen Rahmen, in dem sich bi- oder multiethnische Gesellschaften bewegen müssen. Auch im Baltikum bzw. in der Ukraine ist das nicht anders, wobei hier die russischsprachige Bevölkerung mit Russisch als Hauptsprache historisch und gesellschaftlich die Minderheit im Vergleich zu der Mehrheit der titularen Sprache bildet. In einem Zuwanderungsland ist es mitunter „normal“, dass eine zugewanderte Minderheit die Sprache der Mehrheit lernt und damit zumindest auf kultureller Ebene zu einem Teil der Gesellschaft werden kann.<sup>1532</sup> So wird auch häufig im Baltikum argumentiert, wenn es um die Integration der russischsprachigen Bevölkerung geht.<sup>1533</sup> Doch so einfach ist es nicht, wenn die Minderheit, in dem Fall die russischsprachige, ihre Rolle als „Fremde“ nicht akzeptiert und es deswegen zu Schwierigkeiten im Spracherwerb kommt. Dabei geht es nicht nur um die Frage des Erwerbs einer zweiten Sprache, sondern auch um die Frage, ob dieser zur gesellschaftlichen Teilhabe beiträgt. Wenn das nicht der Fall ist, so sinkt die Motivation die zweite Sprache zu lernen. Denkbar ist auch, dass die Minderheitensprache so fest im Alltag der Gesellschaft verankert ist, dass sogar die Mehrheit sie zum Teil für die erste Kommunikationssprache hält. Dies kann man in der Ukraine beobachten – mit dem Effekt, dass hier die russischsprachige Bevölkerung dem gezielten Erlernen des Ukrainischen aus eben diesem Grund skeptisch gegenüber steht. Der kulturelle Hintergrund der Ukrainer und Russen ist viel enger verbunden als der der Esten und Russen.<sup>1534</sup> Die Geschichte des Russischen – sowohl der Sprache als auch der Kultur in der Ukraine – hat tiefere und wesentlich langwierigere Wurzeln als im Baltikum.<sup>1535</sup> Damit verbunden ist die Tatsache, dass Ukrainisch und Russisch viel enger verwandt sind im Vergleich zu Estnisch und Russisch oder Lettisch (Litauisch) und Russisch. Die finnougri-schen Wurzeln der estnischen Sprache unterscheiden sich zudem wesentlich von den baltischen

---

<sup>1532</sup> Kymlicka, Will/Opalski, Magda (2001): Can liberal pluralism be exported? Western political theory and ethnic relations in Eastern Europe. Oxford: Oxford Univ. Pr. S. 16-17.

<sup>1533</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelse ajakirjanduses. in: Kõuts, Ragne (Hrsg.): Integratsiooni meediamonitoring 1999-2001: Eesti ajakirjandus integratsioonist. Tallinn: Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutus. [Getr. Zählung]. S. 1-2.

<sup>1534</sup> Kappeler, Andreas (2012): Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten. S. 17.

<sup>1535</sup> Magocsi, Paul Robert (1996): A history of Ukraine. S. 12.

## 6. Rolle der Sprache

Nachbarn, deren Sprachen der indogermanischen Sprachfamilie zuzuordnen sind. Beide Sprachfamilien haben jedoch keinerlei Ähnlichkeit zu slawischen Sprachen.<sup>1536</sup> Russisch und Ukrainisch dagegen, beide der ostslawischen Sprachfamilie zugehörig, sind allein von der Sprachherkunft her viel enger verwandt als Russisch und die baltischen Sprachen. Die Nähe des Russischen und des Ukrainischen sorgt insofern einerseits dafür, dass der sprachliche Übergang in der Ukraine vielen einfacher fällt als im Baltikum. Andererseits ergeben sich aus der sprachlichen Nähe vielfältige Schwierigkeiten der ethnisch-nationalen Platzierung. So kann die Sprache auf unterschiedliche Weise bedeutenden Einfluss auf die gesellschaftliche Integration nehmen, vor allem im Falle der russischen Sprache im postsowjetischen Kontext.

Die Verteilung der Sprachen zwischen den im Baltikum lebenden Nationen ist relativ einleuchtend: Die Esten, Letten und Litauer nennen Estnisch bzw. Lettisch und Litauisch ihre Muttersprache und verwenden diese Sprachen auch als Kommunikationssprachen im Alltag. Währenddessen bilden Russen, Ukrainer und Weißrussen im Baltikum die russischsprachige Bevölkerung, denn sie verwenden am häufigsten Russisch als erste Hauptsprache im Alltag und in der Familie, obwohl die Muttersprache der Ukrainer und Weißrussen sehr wohl Ukrainisch bzw. Weißrussisch sein kann bzw. ist. Gleichermaßen bedeutet dies nicht, dass Ukrainer und Weißrussen in diesen Ländern sich als Russen sehen oder bezeichnen, wohl sehen sie sich in den allermeisten Fällen als Teil der russischsprachigen Gemeinschaft des Baltikums. In der Ukraine stößt diese Unterscheidung zwischen Sprache und Nation auf andere Schwierigkeiten, denn hier gehört neben Russen auch ein Teil der ethnischen Ukrainer zu der russischsprachigen Bevölkerung des Landes. Viele ethnische Ukrainer bezeichnen folgerichtig Ukrainisch als ihre Muttersprache, bedienen sich aber im Alltag überwiegend des Russischen.<sup>1537</sup> Aus diesen Gründen besteht zwischen den baltischen Staaten und der Ukraine ein wesentlicher Unterschied hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur – während im Baltikum sowohl Russen als auch Ukrainer und Weißrussen, jedoch nicht die baltischen Titularnationen, zu der „russischsprachigen“ Bevölkerung zählen, bilden in der Ukraine sowohl Russen und Weißrussen als auch die titularen Ukrainer die russischsprachige Bevölkerung. Entsprechend ist in der Ukraine der Anteil der russischsprachigen Ukrainer vergleichsweise hoch, im Gegensatz zu den Balten, die nur zu einem sehr geringen Anteil Russisch als erste Kommunikationssprache benutzen. Daher besteht in diesen Ländern neben einer ethnischen eine sprachliche Grenze, die allerdings nicht deckungsgleich mit Ersterer durch die sprachlich-nationale Landschaft der Länder verläuft.<sup>1538</sup>

Angesichts der theoretischen Zuordnung ist somit eine Situation, in der eine Person aus der Minderheitsgemeinschaft zwei Sprachen spricht bzw. gar zwei Sprachen als Muttersprachen angibt, als gelungene Mehrfachintegration zu bezeichnen. Falls eine Person aus der Minderheitsgemeinschaft die Sprache der Mehrheit – in den genannten Fällen Estnisch oder Ukrainisch – als erste Kommunikationssprache bzw. Muttersprache

---

<sup>1536</sup> Kappeler, Andreas (2012): *Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten*. S. 17.

<sup>1537</sup> Auch Weißrussen gehören zu der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine, können aber ebenfalls Ukrainisch ihre erste Sprache nennen, so wie auch Ukrainer Russisch erste Sprache nennen können.

<sup>1538</sup> Vgl. hierzu Karte 3. Ethnische Identität der ukrainischen Bevölkerung und Karte 4. Alltagssprachen in der Ukraine im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine“.

angibt, kann man von einer Assimilation auf sprachlicher Ebene sprechen. Ferner ist auch eine Situation denkbar, bei der, wie es in der Ukraine der Fall ist, ein Angehöriger der ethnischen Mehrheit die Minderheitensprache, also Russisch, als erste Kommunikationssprache oder Muttersprache angibt. Dies wäre ein Fall einer umgekehrten Assimilation. Schließlich kann man bei einer Person, die die Sprache der Minderheit als erste Kommunikationssprache angibt, als Muttersprache dennoch die Sprache der eigenen Nation sieht, von einer „umgekehrten“ Assimilation auf der sprachlichen, nicht jedoch auf der identifikativen Ebene sprechen. Einige Personen, welche die Sprache der Mehrheit gar nicht oder nur eingeschränkt beherrschen, wie im baltischen Beispiel möglich, können sich schnell in die sprachliche und damit gesellschaftliche Segmentierung oder gar Marginalisierung begeben. Tatsächlich ist die Nutzung der Sprache allerdings mit allen integrativen Dimensionen verbunden, weswegen sie die zentrale Rolle des gesellschaftlichen Miteinanders annimmt.

## 6.2 Sprache in Estland und im Baltikum

Wie bereits erläutert, hatten in den 1970er Jahren etwa 30% der Esten angegeben Russisch als zweite Sprache zu verwenden.<sup>1539</sup> Aufgrund der eindeutigen ethnischen nationalen Grenzen, hatte es auch zur Sowjetzeit eine relativ klare sprachliche Unterscheidung zwischen Esten und Russen gegeben, welche sich entsprechend dem ethnischen Hintergrund in estnisch- und russischsprachige Bevölkerung aufteilten. Im Jahr 1989 haben fast 60% von Estlands Bevölkerung angegeben Russisch als Erst- oder Zweitsprache zu sprechen. Bei ethnischen Esten lag dieser Prozentsatz bei fast 35%. Umgekehrt gaben allerdings nur 15% der Russen im Jahr 1989 an Estnisch als Erst- oder Zweitsprache zu beherrschen. Bei Ukrainern und Weißrussen in Estland lag dieser Prozentsatz bei jeweils 8% und 7%.<sup>1540</sup> Sei es im Arbeitsalltag oder in der Freizeit: Nur wenn nach Estland gekommene Russen im alltäglichen Leben viel Kontakt zu Esten hatten, waren sie gezwungen die Sprache zu lernen. Die Kommunikation hing stark davon ab, wie ein Betrieb geleitet wurde, bzw. welche Mitarbeiter eingestellt wurden. Manche Kollektive waren bewusst estnischsprachig gehalten, manche überwiegend russischsprachig. In höheren Regierungsorganen waren die sprachlichen Abhängigkeiten dem jeweiligen Beamten geschuldet – wenn der Minister, Büroleiter oder leitende Beamte ein Russe war, so wurde der Schriftverkehr für ihn auf Russisch angefertigt. Mit einem estnischsprachigen Beamten geschah dies auf Estnisch. Für die interne Kommunikation mit den Regierungsorganen in der Estnischen SSR wurden die Dokumente stets auf Estnisch übersetzt. Für die zentralen Organe in Moskau wiederum auf Russisch. Nach der Wende beherrschte Estnisch, am Anfang der 1990er Jahre, beinahe schlagartig

---

<sup>1539</sup> Archivquelle (1971): „Публикуемые итоги переписи населения 1970 г. по союзным республикам“. Eesti Riigiarhiivi Toimik ERA.R-10.26.855.

<sup>1540</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (1995): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. S. 56; 128.

## 6. Rolle der Sprache

die Ämter und das öffentliche Leben – das neue System war explizit auf dem Primat der estnischen Sprache aufgebaut.

Die überwiegende Mehrheit (98%) der Esten sieht Estnisch heute als ihre Muttersprache. Der gleiche Prozentsatz der Russen in Estland nennt wiederum Russisch seine Muttersprache.<sup>1541</sup> Auch die in Estland lebenden Ukrainer und Weißrussen haben in den Jahren 2000 und 2011 mehrheitlich angegeben Russisch als Muttersprache zu sprechen, wobei sich der entsprechende Anteil in dieser Zeit sogar leicht erhöht hat.<sup>1542</sup> Laut der Ergebnisse der Volkszählungen aus den Jahren 2000 und 2011 sprachen rund 68% der gesamten Bevölkerung Estnisch und rund 29% Russisch als Muttersprache.<sup>1543</sup> Von der Gesamtbevölkerung in Estland haben bei der Volkszählung der Jahre 2000 und 2011 rund 42% angegeben Russisch als Fremdsprache zu sprechen. Der entsprechende Anteil für Estnisch lag bei rund 13%.<sup>1544</sup> Tatsächlich scheint Russisch aus dem Sprachgebrauch der Esten bis heute nicht verschwunden zu sein – in den Jahren 2000 und 2011 gaben etwa 60% der Esten an, Russisch als Fremdsprache zu verwenden.<sup>1545</sup> Dabei war Russisch bei den Esten nach wie vor die am meisten gesprochene Fremdsprache, gefolgt von Englisch und Finnisch. Im Vergleich sind die Estnisch-Kenntnisse der russischsprachigen Bevölkerung schlechter: Nur rund 40% haben 2011 angegeben Estnisch als Fremdsprache zu sprechen.<sup>1546</sup> Generell zeigen sich Esten Fremdsprachen gegenüber weitaus affiner als der russischsprachige Teil der Bevölkerung.<sup>1547</sup> Zwar war Estnisch in den Jahren 2000 und 2011 die am häufigsten genannte Fremdsprache unter den russischen Muttersprachlern, doch noch höher war der Anteil derer, die angegeben haben, gar keine Fremdsprache im Arsenal zu haben.<sup>1548</sup> Ethnische Russen sind im Vergleich der russischsprachigen Nationalitäten in Estland die resistentesten gegenüber Fremdsprachen: im Jahr 2011 haben 47% der Russen in Estland angegeben keine Fremdsprache zu

---

<sup>1541</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001: RL225: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Rahvus, Kodakondsus ning Emakeel.

<sup>1542</sup> Der Anteil der Ukrainer, die Russisch als Muttersprache nannten, stieg von 56% auf 64% und der entsprechende Anteil der Weißrussen stieg von 69% auf 85% der gesamten nationalen Gruppe.

<sup>1543</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): „2000. aasta rahva ja eluruumide loendus. Kodakondsus, rahvus, emakeel ja vöörkeelte oskus“/Statistical Office of Estonia (2000): „2000 Population and Housing Census. Citizenship, Nationality, Mother tongue and Command of Foreign Languages“ . S. 102 [Auch hier habe ich wieder den Ort gestrichen, weil die Referenz schon einmal genannt wurde.]; Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2011: RL0444: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Vanuserühm, Emakeel, Sugu ning Vöörkeelte oskus.

<sup>1544</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): „2000. aasta rahva ja eluruumide loendus. Kodakondsus, rahvus, emakeel ja vöörkeelte oskus“/Statistical Office of Estonia (2000): 2000 Population and Housing Census. Citizenship, Nationality, Mother tongue and Command of Foreign Languages. S. 102; Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2011: RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus.

<sup>1545</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001. RL227: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Emakeel, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus; RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus.

<sup>1546</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauringute Keskus Praxis/TNS Emor. 113-156, S. 120.

<sup>1547</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 71-80, S. 78.

<sup>1548</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001; 2011. Rahvastik rahvuse, vöörkeelte oskuse ja kodakondsuse ärgi; RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus.

sprechen, mehr als dies bei den Ukrainern und Weißrussen der Fall war.<sup>1549</sup> Zwar hat sich in den letzten Jahrzehnten bei der russischsprachigen Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt, dass man in Estland ohne Estnischkenntnisse schlechter gestellt ist, doch das Niveau des gesprochenen Estnisch bei der russischsprachigen Bevölkerung verbessert sich nur langsam.<sup>1550</sup> Mitunter kommt es immer häufiger zu alltäglichen Situationen, in denen russischsprachige und estnischsprachige Jugendliche miteinander auf Englisch statt auf Estnisch oder auf Russisch kommunizieren. Dies hat viel mit der mangelnden beidseitigen Sprachkenntnis, aber auch mit mangelndem Wunsch der Sprachnutzung zu tun.<sup>1551</sup>

Die schlechten Kenntnisse der titularen baltischen Sprachen bleiben bis heute die größte Integrationshürde der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern. Im Jahr 2008 hat etwa jeder Dritte aus der russischsprachigen estnischen Bevölkerung angegeben Estnisch gut zu sprechen und jeder Fünfte Estnisch gar nicht zu beherrschen.<sup>1552</sup> Insgesamt haben sich die Estnisch-Sprachkenntnisse der russischsprachigen Bevölkerung seit den 1990er Jahren zwar stetig verbessert, doch nicht so stark, wie sich vermuten ließe: Sowohl im Jahr 1989 als auch im Jahr 2011 hat etwa der gleiche Anteil angegeben Estnisch frei zu sprechen.<sup>1553</sup> Der unveränderte Anteil kann jedoch auch mit der zunehmend kritischen Wahrnehmung der eigenen Sprachkenntnisse zusammenhängen, die wiederum aufgrund der strengen Vorschriften der Gesetzgebung der 1990er Jahre zustande gekommen sind. Während ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre seine Estnisch-Kenntnisse noch für gut hielt, wurden viele Illusionen durch Sprachtests zur Staatsbürgerschaft zerstört, was auch noch heute zu einer pessimistischen Wahrnehmung der eigenen sprachlichen Fähigkeiten – oder Sprachunsicherheit – führt. Hinzu kommen die inoffiziellen sprachlichen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, die zum Gefühl der sprachlichen Ausgrenzung führen. Insgesamt zeigte eine Studie aus dem Jahr 2011, dass sich die russischsprachige Bevölkerung in Estland in ihren Sprachkenntnissen schlechter bewertet als dieselbe in Lettland. Dabei ist die Sprachnutzung gleich oder sogar höher in Estland, da Esten im Alltag weniger Russisch nutzen als Letten dies tun.<sup>1554</sup>

Positiv auf die Sprachkenntnisse wirken sich sowohl das Alter als auch die Beschäftigungssituation aus.<sup>1555</sup> Die jüngeren Personen weisen dabei zwar bessere Sprachkenntnisse auf, doch sprachlich am besten gerüstet zeigt sich die arbeitsfähige Bevölkerung im Alter von 30 und 55 Jahren.<sup>1556</sup> Es gab im Jahr 2011 mehr Arbeitslose, die keine oder schlechte Estnisch-Kenntnisse hatten. Ebenfalls zeigte sich, dass das Durchschnittseinkommen mit zunehmenden Sprachkenntnissen stieg.<sup>1557</sup> Auch die Wohngegend ist wichtig – je größer die Stadt und je mehr der Anteil der russischsprachigen

<sup>1549</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2011: RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus.

<sup>1550</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 78.

<sup>1551</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 120-122.

<sup>1552</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 71.

<sup>1553</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. in: Integratsiooni monitooring 2011. S. 115.

<sup>1554</sup> Ebd. S. 117-119.

<sup>1555</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 71-72.

<sup>1556</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 118.

<sup>1557</sup> Ebd. S. 119.



## 6. Rolle der Sprache

Bevölkerung, umso schlechter war bis 2011 das Niveau des Estnischen. So haben Russischsprachler in kleineren Städten mit überwiegend estnischsprachiger Bevölkerung schneller Estnisch gelernt als russischsprachige Personen in Tallinn oder den nordöstlichen, überwiegend russischsprachigen, Industriestädten.<sup>1558</sup> Besonders auf dem Arbeitsmarkt bzw. im Bildungssystem sind Estnischkenntnisse von entscheidender Bedeutung, da dort die meisten sozialen Kontakte zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung stattfinden.<sup>1559</sup> Jeder zweite russischsprachige Beschäftigte gab 2008 an in einem Umfeld zu arbeiten, in dem mindestens die Hälfte der Kollegen Esten waren.<sup>1560</sup> Je mehr Esten im Kollektiv waren, umso mehr wurde untereinander Estnisch gesprochen.<sup>1561</sup> Generell wird die Beschäftigungslandschaft in Estland durch eine moderate ethnisch-nationale Abgrenzung charakterisiert – es existieren als Erbe der Sowjetzeit nach wie vor auch beinahe einsprachige (estnisch- und russischsprachige) Betriebe, doch die Schnittmenge vergrößert sich stetig in Richtung ethnischsprachiger und sprachlich gemischter Kollektive.<sup>1562</sup> Dabei vergrößert sich nach Auffassung der russischsprachigen Bevölkerung stetig die Kontaktmenge zu Esten im Arbeitsleben. Dies nimmt die estnischsprachige Bevölkerung andersherum wahr: Für sie verringerte sich im Jahr 2011 die Menge an estnischsprachigen Kontakten im Arbeitsleben.<sup>1563</sup> Vergleichsdaten aus dem Jahr 2011 belegen allerdings, dass ethnisch und sprachlich gemischte Kontakte im Bekanntenkreis der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung etwa gleiche Werte haben. Demnach hat die Mehrheit beider Gruppen Kontakte mit der jeweils anderen Gruppe in einem oder zwei gesellschaftlichen Bereichen, beispielsweise bei der Arbeit oder in der Nachbarschaft.<sup>1564</sup> Da die estnischsprachige Bevölkerung die Mehrheit darstellt, hat die russischsprachige Bevölkerung logischerweise etwas häufiger Kontakt zu Esten als umgekehrt.<sup>1565</sup>

Die estnische Staatsbürgerschaft ist ein weiterer Aspekt, der sich positiv auf die Sprachkenntnisse auswirkt. Kurioserweise machten diejenigen, die Estnisch als Fremdsprache nannten, in den Jahren 2000 und 2011 nur etwas mehr als 50% der russischsprachigen estnischen Staatsbürger aus.<sup>1566</sup> Angesichts der Sprachanforderungen für die Staatsbürgerschaft sollte dieser Prozentsatz weitaus höher liegen. Dies zeigt entweder, dass ein erheblicher Teil der russischsprachigen Anwärter die Staatsbürgerschaft ohne Sprachtest absolvierte (was sehr unwahrscheinlich ist) oder aber, dass diejenigen Estnisch nicht als Fremdsprache sahen bzw. die Angabe derer für überflüssig hielten. In jedem Fall konnte bei den russischsprachigen estnischen Staatsbürgern bis 2011 eine Verbesserung der Estnisch-Sprachkenntnisse verzeichnet werden, was nicht für die

---

<sup>1558</sup> Ebd. S. 119; 122.

<sup>1559</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 73; Ebd. (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 122.

<sup>1560</sup> Ebd. (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 73.

<sup>1561</sup> Ebd. S. 73-74.

<sup>1562</sup> Ebd. (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 122-124.

<sup>1563</sup> Ebd. S. 123.

<sup>1564</sup> Ebd.

<sup>1565</sup> Ebd. S. 125.

<sup>1566</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001. RL227: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Emakeel, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus; RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Vöörkeelte oskus.

## 6.2 Sprache in Estland und im Baltikum

Staatsbürger anderer Staaten oder Staatenlose galt.<sup>1567</sup> Bekanntlich waren im Jahr 2011 etwa die Hälfte der russischsprachigen Bevölkerung in Estland auch estnische Staatsbürger, etwa ein Viertel waren Staatsbürger Russlands und etwas weniger als ein Viertel waren staatenlos.<sup>1568</sup> Von den Staatsbürgern Russlands, die in den Jahren 2000 und 2011 in Estland wohnhaft waren, haben über 85% angegeben ethnische Russen zu sein. Wie erwartet wiesen die Staatsbürger Russlands in den Jahren 2000 und 2011 viel schlechtere Kenntnisse der estnischen Sprache auf als estnische Staatsbürger mit russischer Muttersprache. Nur 18% der russischsprachigen russischen Staatsbürger gaben im Jahr 2000 an Estnisch als Fremdsprache zu sprechen. Bei den russischsprachigen Personen ohne Staatsbürgerschaft lag dieser Prozentsatz immerhin bei etwa 30%.<sup>1569</sup>

Im Kontext der sprachlichen Nutzung und dem täglichen Umgang mit Sprache konnten im Jahr 2011 unterschiedliche Strategien beobachtet werden, derer sich die Bewohner bedienten. So wurde beispielsweise untersucht, welche Sprache als erste verwendet wird und ob diese geändert wird, wenn man merkt, dass der Gesprächspartner die jeweils andere Sprache (bei Estnisch oder Russisch) als Muttersprache spricht. Vereinfacht dargestellt haben sich drei Strategien gezeigt: gemischte Sprachnutzung oder jeweils dominierend Estnisch oder Russisch.<sup>1570</sup> Es wurde herausgefunden, dass Esten im Allgemeinen relativ häufig bereit sind zum Russischen zu wechseln, wenn es sich um Begegnungen und/oder Verhandlungen im öffentlichen Raum handelt. Dagegen nutzen russischsprachige Verhandlungspartner häufiger Russisch als Verhandlungssprache. Dies kann einerseits mit der besseren Russisch-Basis der estnischsprachigen Bevölkerung zusammenhängen, was wiederum mit dem insgesamt schlechteren Niveau des Estnischen bei der russischsprachigen Bevölkerung zu tun hat. Aus diesem Grund bevorzugen Russischsprachler es, im Gespräch häufiger zum Russischen zu wechseln, wenn sie sich auf Estnisch unsicher fühlen. Dabei hat sich zwar herausgestellt, dass es zu einem Kontaktabbruch führen kann, wenn Gesprächspartner mit dem Wechsel der Sprache nicht einverstanden sind, aber auch, dass passive Sprachkenntnisse bei vielen Gesprächspartnern derart gut ausgeprägt sind, dass häufig auf unterschiedlichen Sprachen verhandelt werden kann.<sup>1571</sup> Generell hat sich gezeigt, dass bei der russischsprachigen Minderheit die gemischte Nutzung der Sprachen im Alltag häufiger in großen Städten (in Tallinn) auftritt, während im Nordosten Russisch und in kleineren Städten im Rest des Landes Estnisch dominiert.<sup>1572</sup> Dies geht mit der beschriebenen geopolitischen Verteilung der Sprachkenntnisse einher. Dabei zeigten sich diejenigen Russischsprachler, die gemischte Sprachstrategien nutzten, insgesamt als die kritischsten gegen-

---

<sup>1567</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 119.

<sup>1568</sup> Bei der Volkszählung des Jahres 2011 wurde keine Erhebung nach Muttersprache und Staatsbürgerschaft durchgeführt, wie es bei der vorangegangenen Volkszählung des Jahres 2000 der Fall war. Entsprechend werden hier die Russen, Ukrainer und Weißrussen separat genannt, wobei die Russen als größte Gruppe exemplarisch sind.

<sup>1569</sup> Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001; 2011. Rahvaloendus 2001: RL225: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Rahvus, Kodakondsus ning Emakeel. Rahvaloendus 2001. RL227: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Emakeel, Kodakondsus ning Võõrkeelte oskus. RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Võõrkeelte oskus.

<sup>1570</sup> Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 127-130.

<sup>1571</sup> Ebd. S. 126-129.

<sup>1572</sup> Ebd. S. 129.

## 6. Rolle der Sprache

über dem estnischen Staat und dessen Institutionen, obwohl diese Personen sprachlich als mehrfach integriert gelten können. Hierbei zeigt sich womöglich die Frustration dieser Gruppe über ihre gefühlte fortwährend schlechte Inklusion in die estnische Gesellschaft, trotz guter Estnisch-Sprachkenntnisse, was sich wiederum negativ auf die identifikative Selbstwahrnehmung als Teil der Gesellschaft auswirkt.

Interessant ist in dem Zusammenhang die Veränderung der sprachlichen Selbstwahrnehmung nach den Unruhen in Tallinn im April des Jahres 2007. Grundsätzlich verursachten die Ereignisse einen Rückgang der Kontakte zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung, obwohl nach den Ausschreitungen Maßnahmen zur verstärkten gesellschaftlichen Integration verabschiedet wurden.<sup>1573</sup> Triin Vihalemm beobachtete im Jahr 2008 eine weitere Entwicklung, wonach in der Zeit nach der Krise mit einem anderssprachigen Gesprächspartner häufiger in „dessen“ Sprache gesprochen wurde, dies sowohl seitens der estnisch- als auch seitens der russischsprachigen Bevölkerung.<sup>1574</sup> Dies hatte laut Vihalemm weniger positive integrative Impulse, wonach mehr Inklusion signalisiert werden sollte, als die Schaffung klarer sprachlichen Grenzen, welche den eigenen ethnisch-nationalen von dem anderen abgrenzen sollte.<sup>1575</sup> Laut Vihalemm zeigte sich hier eine klare Botschaft, wonach die „anderen“ mittels Sprache nicht in den „eigenen“ Raum gelassen werden durften. Demnach offenbarte sich die Bedeutung der Sprache weniger als Kommunikationsmittel und mehr als Zeichen der Gruppenzugehörigkeit.<sup>1576</sup> Entsprechend übt der Indikator „Sprache“ in diesem Fall erneut Einfluss auf die identifikative Dimension der gesellschaftlichen Integration aus, indem er die Zugehörigkeit zur Gesellschaft und dem Land definiert und „Fremde“ ausgrenzt. Diese Haltung hatte in Estland zur Folge, dass die russischsprachige Bevölkerung sich im Jahr 2008 pessimistischer gegenüber der Integrationsmöglichkeiten mittels Sprache zeigte.<sup>1577</sup> Falls die estnischsprachige Bevölkerung diese Entwicklung mittels positiver Integrations-signale nicht rückgängig macht, kann die Sprache als wichtigster Integrationsmotor künftig versagen.

Bedeutend für die sprachliche Integration sind die Rolle der Medien und deren Nutzung in Estland. Die Besonderheit der estnischen Medienlandschaft besteht in der Tatsache, dass es zwar lokale estnischsprachige Fernsehkanäle, aber bis vor Herbst 2015 keinen lokalen russischsprachigen Sender gab. Anders steht es um Radiosender und Printmedien bzw. Internetportale, die auch lokal in russischer Sprache gesendet werden bzw. erscheinen. So zeigten sich im Jahr 2008 deutliche Unterschiede in der Nutzung der jeweiligen Medien der estnisch- und russischsprachigen Bevölkerung: Die estnischsprachigen Fernsehsender wurden hauptsächlich von der ersten und die russischsprachigen Kanäle (teilweise gesendet aus Russland) mehrheitlich von der zweiten genutzt.<sup>1578</sup>

---

<sup>1573</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 75-76; Ebd. (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. S. 124.

<sup>1574</sup> Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. S. 75-76.

<sup>1575</sup> Ebd.

<sup>1576</sup> Ebd. S. 76.

<sup>1577</sup> Ebd. S. 77.

<sup>1578</sup> Vihalemm, Peeter (2008): Informeeritus ja meediakasutus. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 117-125, S. 119-120; Vihalemm, Peeter (2011): Meedia ja infoväli. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 157-174, S. 165-166.

Jedoch war die Mediennutzung innerhalb der russischsprachigen Gruppe nicht symmetrisch verteilt. Allgemein konnte festgestellt werden, dass die ältere Generation bei ihrer Medienauswahl hauptsächlich zu Radio und Fernsehen und die jüngere Generation auf soziale Medien und Printmedien zurückgreift.

Im Jahr 2008 zeigte sich, dass die russischsprachige Bevölkerung etwa zu 5% estnische Sender verfolgte, während sich dieser Anteil bis 2011 auf etwa 30% erhöht hat.<sup>1579</sup> Ebenso erhöht hat sich bis 2011 die Informiertheit der russischsprachigen Bevölkerung über die Ereignisse im Heimatort bzw. in Estland im Allgemeinen. Erwartungsgemäß war die Informiertheit der russischsprachigen Bevölkerung über die Ereignisse in Russland höher als bei der estnischsprachigen Bevölkerung. Bis 2011 dominierten bei der Fernsehnutzung der russischsprachigen Bevölkerung die lokal produzierten russischsprachigen Sendungen, ebenso wie der im Baltikum verwaltete und ausgestrahlte russischsprachige Sender „PBK“ (Pervõi Baltiiskij Kanal). Dessen Nutzung wurde in Umfragen noch vor den Sendern aus Russland platziert.<sup>1580</sup> Dies zeigt, dass das Informationsinteresse der russischsprachigen Bevölkerung sich zwar vorwiegend um lokale Themen dreht, bei der Verfolgung estnischsprachiger Kanäle aber oft die Sprache im Weg steht. Dies belegt auch das Ergebnis, wonach die russischsprachige Bevölkerung beim Radio hauptsächlich auf die russischsprachigen estnischen Sender zurückgreift, ebenso wie bei der Nutzung der Internetportale.<sup>1581</sup> Auch bei den Printmedien dominieren russischsprachige Lokalausgaben, wobei sich die Nutzung der estnischsprachigen Zeitungen mit der Zeit stetig erhöht hat. Während im Jahr 2008 etwa 20% der russischsprachigen Bevölkerung estnischsprachige Zeitungen gelesen haben, betrug dieser Prozentsatz im Jahr 2011 bereits etwa 30%.<sup>1582</sup> Vor allem russischsprachige Jugendliche nutzen bei Printmedien immer häufiger das estnischsprachige Angebot.<sup>1583</sup> Wenig überraschend erhöht sich die Nutzung estnischsprachiger Medien im Schnitt mit zunehmendem Bildungsgrad und abnehmendem Alter.<sup>1584</sup>

Was oft von den Esten kritisiert wird, ist das mutmaßliche Vertrauen, das die russischsprachige Bevölkerung in die Informationen der Fernsehsender aus Russland hat. Doch im Lichte der Ereignisse im April 2007 zeigte sich eine andere Entwicklung: Als es um die Berichterstattung rund um die Unruhen in Tallinn ging (welche im Kapitel „Die Rolle der Identität“ später ausführlicher beschrieben werden), vertrauten nur 38% der russischsprachigen Bevölkerung den entsprechenden Meldungen aus Russland. Anders war dies in Bezug auf den Krieg in Georgien im Jahr 2008: Hier trauten 75% der russischsprachigen Nutzer den Nachrichten aus Russland bzw. aus russischsprachigen Medienkanälen in Estland. Demgegenüber standen 27% russischsprachiger Nutzer, die estnischsprachigen Medien vertrauten.<sup>1585</sup> Zumindest lässt sich anhand dieser Ergebnisse sagen, dass die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung je nach Ereignis entweder den Medien aus Russland oder aus Estland vertraut und keineswegs in erster Linie

<sup>1579</sup> Ebd. (2008): *Informeeritus ja meediakasutus*. S. 120-121; Ebd. (2011): *Meedia ja infoväli*. S. 159.

<sup>1580</sup> Ebd. (2011): *Meedia ja infoväli*. S. 158-160.

<sup>1581</sup> Ebd. (2008): *Informeeritus ja meediakasutus*. S. 120-121; Ebd. (2011): *Meedia ja infoväli*. S. 163.

<sup>1582</sup> Ebd. (2008): *Informeeritus ja meediakasutus*. S. 121.

<sup>1583</sup> Ebd. (2011): *Meedia ja infoväli*. S. 158-160.

<sup>1584</sup> Ebd. S. 161.

<sup>1585</sup> Ebd. (2008): *Informeeritus ja meediakasutus*. S. 122.

## 6. Rolle der Sprache

Russlands Medien zur Informationsgewinnung heranzieht. Das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung in die lokalen russischsprachigen Medien erhöhte sich bis zum Jahr 2011 gegenüber dem Vertrauen in Medien aus Russland deutlich, was das Ergebnis des Jahres 2007 bzw. 2008, wonach die russischsprachige Bevölkerung ihr Vertrauen differenziert einsetzt, durchaus bestätigt. Auch das Vertrauen der russischsprachigen Nutzer in estnischsprachige Medienquellen erhöhte sich bis 2011 etwas.<sup>1586</sup> Insgesamt zeigte sich im Jahr 2011 ein interessantes Ergebnis in Bezug auf das Vertrauen in Medien: Während die estnischsprachige Bevölkerung mit überwiegender Mehrheit – beinahe „blind“ mit über 90% den staatlichen Sender „Eesti Televisioon“ und über 80% für die größte Tageszeitung „Postimees“ – den estnischsprachigen Medien vertraute, waren solche Ergebnisse bei der russischsprachigen Bevölkerung nicht vorhanden. Das größte Vertrauen genoss PBK mit 68%, wobei auch diese Quelle für mehr als 20% des entsprechenden Teils der Bevölkerung als nicht glaubwürdig galt.<sup>1587</sup> Einerseits zeigt dies erneut, dass die russischsprachige Bevölkerung kein ausnahmsloses Vertrauen in Medien aus Russland hat, was auch für die lokalen Informationskanäle gilt. Andererseits nutzen viele nach wie vor Medien aus Russland als Hauptinformationsquelle, was zumindest als problematisch hinsichtlich des Informationsflusses zu Estland gewertet werden kann. Im Grunde kann man sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung durchaus in der Lage ist, die Informationen zu verschiedenen Themen der Quelle entsprechend zu differenzieren und zu filtern. Dies kann für den estnischsprachigen Teil der Bevölkerung wiederum nicht bestätigt werden.

Der Konsum der lokalen estnischsprachigen Medien seitens der russischsprachigen Bevölkerung war bis 2011 viel höher als die Verfolgung der lokalen russischsprachigen Medien seitens der estnischsprachigen Bevölkerung.<sup>1588</sup> Dies zeugt von einer deutlichen Asymmetrie im gegenseitigen Interesse. Im Jahr 2011 wurde der estnisch- und der russischsprachige Teil der Bevölkerung befragt, ob und wie ihre Informationsgradverbessert werden könnte. Während stets etwa 40 bis 50% der russischsprachigen Bevölkerung der Meinung war, dass der Staat und die Medien sowohl mehr Themen über die lokalen Ereignisse als auch über die Probleme der russischsprachigen Bevölkerung behandeln sollten, fanden knapp 50% der Esten, dass die bisherige Erweiterung der Berichterstattung über die Ereignisse in Estland ausreicht.<sup>1589</sup> Vor allem die jüngere estnischsprachige Generation sah die Erweiterung der Berichterstattung über die Probleme und das Leben der russischsprachigen Bevölkerung besonders kritisch: etwa 30% waren dagegen.<sup>1590</sup> Auch bei der Frage nach der Einrichtung eines russischsprachigen in Estland produzierten Senders waren über 50% der Esten eher dagegen. Die russischsprachige Bevölkerung hätte einen solchen dagegen zu 60% begrüßt, was wiederum erneut vom Interesse der lokalen russischsprachigen Bevölkerung an einem estnischen Sender zeugt. Etwa 50% der Russischsprachler haben zudem angegeben, dass sie auch estnischsprachiges Fernsehen schauen würden, wenn dieses russische Untertitel oder Synchronisierung

---

<sup>1586</sup> Ebd. S. 162.

<sup>1587</sup> Ebd. (2011): Meedia ja infoväli. S. 164-165.

<sup>1588</sup> Ebd. (2008): Informeeritus ja meediakasutus. S. 121; Ebd. (2011): Meedia ja infoväli. S. 159.

<sup>1589</sup> Ebd. (2011): Meedia ja infoväli. S. 166.

<sup>1590</sup> Ebd. S. 167.

### 6.3 Estnisch, Russisch und die gesellschaftlichen Einstellungen – ein Beispiel

hätte.<sup>1591</sup> Hierbei zeigte sich ein bedeutender Aspekt auf der estnischen Medienlandschaft: Einerseits wurde von der russischsprachigen Bevölkerung seit den 1990er Jahren stets erwartet, dass sich diese in den estnischen Medienraum integriert. Zwar wurden russischsprachige Zeitungen und Radiosender eingeführt, doch einen lokalen russischsprachigen Fernsehsender gab es bis zum Jahr 2015 nicht.<sup>1592</sup> Gleichmaßen wird der russischsprachigen Bevölkerung aber vorgeworfen, Sender aus Russland zu schauen und dementsprechend einer mutmaßlichen Propaganda ausgesetzt zu sein und wenig von den Ereignissen in Estland zu wissen. Dabei zeigt die Mediennutzung der russischsprachigen Bevölkerung, dass sie sich über Radio und Zeitungen mit dem Geschehen im eigenen Land durchaus beschäftigen. Ebenfalls zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, dass die russischsprachige Bevölkerung zur Differenzierung je nach Quelle in der Lage ist. Wenn es jedoch um die Erweiterung der Themen geht, welche die russischsprachige Bevölkerung interessieren könnten, spricht sich nur ein Teil der estnischsprachigen Bevölkerung dafür aus. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass auch im Bereich der Medien ein Schritt der estnischsprachigen Bevölkerung in Richtung der russischsprachigen vonnöten ist, wenn der gewünschte Interessen- und Informationsgrad der Letzteren erreicht werden soll.

### 6.3 Estnisch, Russisch und die gesellschaftlichen Einstellungen – ein Beispiel

Einige der vorangehend diskutierten Probleme können anhand eines jüngsten Beispiels aus der estnischen Fernsehproduktion veranschaulicht werden. Im Februar 2015 wurde in einer estnischen Fernsehsendung ein kurzes Werbevideo vorgespielt, das die Problematik der Sprache thematisiert hat. Der Titel des Videos „Alasti tõde 7“ (Die nackte Wahrheit 7, Üb. d. A.) sowie der Inhalt riefen gemischte Reaktionen hervor, wobei der ironische Ton des Videos in estnischen, russischen und ausländischen Medien teilweise komplett unterschiedlich ausgelegt wurde.<sup>1593</sup> Der Inhalt kann im Folgenden sinngemäß wiedergegeben werden: Ein Junge fragt auf der Straße ein Mädchen nach dem Weg zum nächsten Supermarkt. Der Junge spricht russisch und fragt erst einmal, ob das Mädchen auch Russisch versteht. Das Mädchen antwortet auf Estnisch, wobei ihre Reaktion sich anfangs auf die Ausdrücke „Was?“ und „Was zum Teufel?“ beschränkt. Nachdem der Junge zu verstehen gibt, dass er kein Estnisch spricht oder versteht, hält ihm das Mädchen einen Vortrag, wobei sie den Jungen erst einmal rhetorisch fragt, wie es denn sein könne, dass man in Estland lebe und die Sprache nicht spreche. Ferner weist sie ihn darauf hin, dass man in Estland sei und folglich Estnisch zu sprechen habe. „Ihr sollt

---

<sup>1591</sup> Ebd. S. 167-169.

<sup>1592</sup> ERR Uudised: „Venekeelne telekanal võib käivituda juba järgmisel sügisel“ 21.11.2014 <http://uudised.err.ee/v/eesti/684bc804-45e6-4e34-a9f7-970a4383109a> (Abgerufen am 07.01.2015).

<sup>1593</sup> Die Ausstrahlung am 21.02.2015 im Finale zur Kür des estnischen Teilnehmers beim Eurovision Song Contest 2015. Nachzuschauen ist das Video unter: [https://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=6HK\\_G1McSLE](https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=6HK_G1McSLE) (Abgerufen am 08.03.2015).

## 6. Rolle der Sprache

weniger die dummen russischen Fernsehkanäle schauen und stattdessen Estnisch lernen! Und wenn ihr es nicht tun wollt, dann geht zurück nach Russland, wenn es dort besser ist!“ sagt das Mädchen und fügt (sarkastisch) hinzu: „Aber nein, dort ist es ja nicht besser, denn es ist ja schön in der Europäischen Union zu leben!“ Nachdem der Junge sie erneut auf Russisch nach dem Weg fragt, fügt sie hinzu: „Sie verstehen ja gar nicht, was ich sage! Ich habe nicht vor mit Ihnen in diesem Land Russisch zu sprechen!“ Der Junge sagt dann etwas von seinem Hotel, woraufhin das Mädchen auf Russisch „Hotel? Sie sind ein Tourist?“ antwortet. Als der Junge dann erklärt, dass er in der Tat ein Tourist aus Russland (der Stadt Murmansk) ist, erklärt ihm das Mädchen den Weg auf Russisch und sagt, dass es in dem Fall „ja etwas ganz anderes“ sei. Als der Junge sich bedankt, fügt er hinzu, dass das Mädchen sehr freundlich sei und ganz anders, als es in Russland erzählt würde: „Dort sagen alle, dass in Estland nur Faschisten leben!“ „Das ist nur Kreml-Propaganda und gar nicht wahr“ entgegnet das Mädchen und die beiden gehen sich gegenseitig bedankend auseinander.<sup>1594</sup>

Das Video spricht das beschriebene Problem auf gleich mehreren Ebenen an. Zum einen zeigt es die Selbstironie der Esten, die damit auf die Unterschiede in ihrem Umgang mit den estnischen Russen und den russischen Touristen eingehen. Dazu hat der Regisseur des Videos, René Vilbre, erklärt, er wollte Erwachsenentexte in Mäuler von Kindern legen. Insofern kann die Handlung als exemplarisch für den täglichen Umgang und die Einstellung von Esten gegenüber den inländischen und ausländischen Russischsprachlern gesehen werden.<sup>1595</sup> Dies zeigt allerdings auch die andere Ebene des Geschehens an, wonach der wirtschaftliche Aspekt des Tourismus aus Russland die Esten dazu bringt, auf ihre ethischen Vorstellungen von Nation und Sprache zu verzichten, während dies im Umgang mit den russischsprachigen Inländern anders ist. Die Interpretationen reichen dabei von der Erkenntnis, dass dieser Umgang der einzig richtige ist, weil die russischsprachigen Bewohner Estlands es anders nicht verdient hätten, bis zur Anschuldigung russischer Medien über die offen feindliche Art der Esten gegenüber den russischsprachigen Mitbürgern, welche mithilfe des Videos auch den estnischen Kindern und Jugendlichen vermittelt würde.<sup>1596</sup> Wiederum zeigt eine weitere Interpretationsebene des Videos für einige Zuschauer, dass Russen bzw. Russischsprachler nach wie vor davon ausgehen, dass sie im postsowjetischen Raum überall auf Russisch kommunizieren könnten und keine andere Sprache lernen müssten. Gleichermäßen betonten einige Stimmen und Kommentare von Russen und russischen Muttersprachlern in Estland bzw. Russland, dass das Erlernen der estnischen Sprache für alle Bewohner Estlands verpflichtend sei.<sup>1597</sup> Auf der Seite der Produktion kommentierten sowohl der Regisseur

---

<sup>1594</sup> Eigene Übersetzung bzw. Wiedergabe des Inhaltes. Im Original sind die gesprochenen Sprachen Estnisch und Russisch.

<sup>1595</sup> Postimees: „Eesti Laulu vaheklipp levib Vene meedias“ 25.02.2015. <http://eurovisioon.postimees.ee/3103927/eesti-laulu-vaheklipp-levib-vene-meedias> (Abgerufen am 08.03.2015).

<sup>1596</sup> Mehrere russische Medien haben das Video als offene Provokation der zwischenethnischen Beziehungen in Estland interpretiert. Damit würde die nächste Generation Esten in Russenfeindlichkeit geschult werden. Zum Beispiel: Взгляд: „Для эстонских детей подготовили видеоурок общения с русскими“ 24.02.2015. <http://vz.ru/news/2015/2/24/731285.html> (Abgerufen am 08.03.2015).

<sup>1597</sup> Diese Schlussfolgerung kann aus den Videokomentaren auf YouTube sowie in estnischen Zeitungen, solchen wie Eesti Päevaleht gezogen werden: Eesti Päevaleht: „Vene internetileheküljed keerasid Eesti Laulu vaheklipi idee pea peale“ 25.02.2014 <http://epl.delfi.ee/news/eesti/vene-internetilehekuljed-keerasid-eesti-laulu-vaheklipi-idee-pea-peale?id=70878565&com=1&reg=1&no=0&s=1> (Abgerufen am 08.03.2015).



René Vilbre, als auch der Vertreter des Kommunikationsbüros der estnischen Regierung Ilmar Raag, dass das Video in erster Linie auf die wunden Punkte des estnischen Alltags hinweisen sollte und vorwiegend die Kleinlichkeit der Esten auf der Ebene der Selbstironie zeigen sollte. Raag sagte sogar in einem Interview, dass das Video von einem Mangel an Demokratie in Estland zeuge, wo der Präsident und der Premierminister von einer offenen Gesellschaft für alle Nationen sprechen würden, doch gleichzeitig ein Teil aus dieser ausgeschlossen sei.<sup>1598</sup> Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass das Problem der Sprache, des Umgangs und der Identifikation in Estland heute nach wie vor aktuell ist und heiß diskutiert wird, was im Übrigen den Ausführungen zur identifikativen Ebene entspricht.

## 6.4 Sprache in der Ukraine

In der Ukraine sind Ukrainer, Russen und Weißrussen als größte ethnisch-nationale Gruppen zu unterscheiden. Die aus Ethnie bzw. Nationalität basierende Differenzierung stellt aber nur eine Ebene dar. Zum anderen besteht eine Grenze zwischen ukrainischsprachigen und russischsprachigen Bürgern. Die Schwierigkeit der Abgrenzung zeigt sich in der Tatsache, dass ein Teil der ethnischen Ukrainer Russisch als erste Hauptsprache bzw. Verkehrssprache verwendet bzw. als Muttersprache sieht. Demgegenüber stehen Ukrainer, die Ukrainisch als erste Hauptsprache verwenden bzw. als Muttersprache sehen. Schließlich bilden ethnische Russen, die Russisch als erste Hauptsprache verwenden, die dritte abzugrenzende Gruppe. Komplizierter wird diese Unterscheidung dadurch, dass es auch Ukrainer (bzw. Russen) gibt, die als ihre Hauptsprache Russisch (bzw. Ukrainisch) ansehen, Ukrainisch (bzw. Russisch) allerdings ihre Muttersprache nennen. An dieser Stelle wird mit Absicht die Begriffskombination „erste und zweite Hauptsprache/Kommunikationssprache“ neben „Muttersprache“ verwendet, um die letztgenannten Personen unterscheiden zu können. Die Tatsache liegt auf der Hand, dass es außerordentlich schwer ist, eine solche Konstellation statistisch festzuhalten.<sup>1599</sup>

Da erstens die Nationalität, die eine Person in einer Umfrage (oder bei der Volkszählung) angibt, zweitens die Muttersprache und drittens die Hauptsprache erfragt werden muss, ist es oft schwierig, die „eigentliche“ sprachliche bzw. ethnisch-nationale Identität zu erfassen. Dabei können die Variablen entscheidend divergieren, vor allem auch in Richtung der Zweisprachigkeit, wenn beispielsweise zwei Sprachen als Muttersprachen angegeben werden. Umgekehrt ist es möglich, dass einige Personen sowohl Russisch als auch Ukrainisch als Hauptsprache verwenden, aber nur eine der beiden Sprachen als Muttersprache sehen.

---

<sup>1598</sup> Eesti Päevaleht: „Vene internetileheküljed keerasid Eesti Laulu vaheklipi idee peale“.

<sup>1599</sup> Ein Versuch, die sprachliche Situation in der Ukraine festzuhalten, wurde von Andrew Wilson unternommen. Vgl. Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. Nations and Nationalism 8/1. S. 31-54. S. 33-36.

## 6. Rolle der Sprache

Das Gesetz zur Sprache aus dem Jahr 1989 etablierte Ukrainisch als alleinige Amtssprache, wobei jedem die Nutzung der jeweiligen Sprache im Alltag überlassen blieb.<sup>1600</sup> Während der Sowjetdiktatur in der Ukraine war Russisch im alltäglichen Umgang, vor allem in Städten, sowie in industriellen Ballungsräumen weitestgehend dominant. Deswegen war bis Ende der 80er Jahre Ukrainisch als Kommunikationssprache stark zurückgedrängt worden.<sup>1601</sup> Die in der Literatur und Forschung am häufigsten verwendete Verteilung geht, wie bereits beschrieben, häufig vom russischsprachigen Südosten bzw. Osten, dem ukrainischsprachigen Westen und dem sprachlich „gemischten“ Zentrum des Landes aus. Hinzu kommen noch der gelegentlich separat angeführte überwiegend russischsprachige aber ukrainisch-bekennende Süden und die russischsprachige und russisch-gesinnte Krim.<sup>1602</sup> Tatsächlich ist aber eine sprachliche bzw. ethnische Trennung der Bevölkerung in der Ukraine extrem schwierig, was sich auch in vielen Debatten derjenigen Wissenschaftler, die sich mit der Materie beschäftigt haben, niedergeschlagen hat.<sup>1603</sup> Dabei liegt das Problem nicht nur darin, die nationalen und sprachlichen Gruppen zu definieren. Aus der Schwierigkeit einer korrekten Definition ethnischer, nationaler und sprachlicher Zugehörigkeit wächst das Problem des patriotischen Bekenntnisses gegenüber dem ukrainischen Staat heraus. Ohne näher auf die einzelnen Positionen der wissenschaftlichen Debatte einzugehen, scheint sich die gegenseitige Kritik in der wissenschaftlichen Diskussion hauptsächlich um die Frage zu drehen, ob die ukrainische Nation mit der zugehörigen ukrainischen bzw. russischen Sprache als solche bezeichnet werden kann oder ob die Frage nach der Sprache die Bevölkerung in ihrer patriotischen Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat spaltet. Tatsächlich ist die sprachliche Situation der Ukraine eine der Kompliziertesten des postsowjetischen Raumes, was mit einer Reihe von Faktoren zusammenhängt. Erstens kann die Frage, ob die ukrainische Nation und die ukrainische Sprache als integrale Bestandteile des ukrainischen Staatentums zu betrachten sind oder ob auch die Präsenz der russischen Sprache bzw. Nationalität in diesem Staatentum ihren Platz hat, nicht eindeutig beantwortet werden. Zweitens kann ebenso wenig eine eindeutige Antwort auf die Frage gefunden werden, ob der ukrainische Patriotismus der Bevölkerung zwangsläufig mit der Kenntnis der ukrainischen Sprache zusammenhängt und wenn ja, ob die russische Sprache ebenfalls gesprochen werden darf oder ob diese abgelehnt werden soll. Drittens fehlt die

---

<sup>1600</sup> Jackson, Louise (1998): Case Study of Zaporischija. in: Kuzio, Taras (Hrsg.): Contemporary Ukraine: dynamics of post-soviet transformation. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 99-113, S. 107.

<sup>1601</sup> Polese, Abel (2011): Language and Identity in Ukraine: Was it Really Nation-Building? Studies of Transitional States and Societies 3/3, November. 36-50, S. 40.

<sup>1602</sup> Vgl. zum Beispiel: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 144-147; Golczewski, Frank (1993): Einleitung. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 9-17, S. 14-15; Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. S. 739-740 ; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 302-303; Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.158-161; Ebd. (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 174-175; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building S. 147; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 737-739.

<sup>1603</sup> Vgl. zum Beispiel Ebd. S. 744-749; Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 170-176; Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. in: Ukraine-Analysen Nr. 49/2008. 13-17, S. 13-16; Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. S. 45-48.

Antwort auf die Frage, ob das gesamte Land eine Sprache sprechen muss, um zu dem Staat Ukraine zu gehören, und wenn ja, ob diese Sprache nun Ukrainisch oder Russisch ist. Die Suche nach den Antworten auf diese Fragen offenbaren ein recht kompliziertes Bild über Identitäten, Nationalitäten und Zugehörigkeitsgefühl der Ukraine.

Der Rückgang der absoluten Zahl der ethnischen Russen in der Ukraine seit 1989 dürfte darauf zurückzuführen sein, dass diejenigen Ukrainer, die sich bei den sowjetischen Volkszählungen als Russen deklariert haben, dies unter den Bedingungen der unabhängigen Ukraine nicht mehr tun wollten. So konnte die Zahl der Russen ohne nennenswerte Auswanderung von 12 Millionen auf 8 Millionen zurückgehen und diese sich wiederum auf die südöstlichen Gebiete sowie die Hauptstadt konzentrieren. Dass schätzungsweise 4 Millionen Ukrainer sich als Russen ausgeben konnten, liegt an der bemerkenswerten sprachlichen Mischung, die die Ukraine bis heute aufweist. So fällt es den meisten Bewohnern der Ukraine nicht schwer, von Russisch auf Ukrainisch und vor allem umgekehrt zu schalten, was die Zuordnung der nationalen Zugehörigkeit praktisch unmöglich macht. Dies ist kardinal anders als im Baltikum, wo sich die russischsprachige Bevölkerung in aller Regel durch einen mehr oder weniger starken Akzent zu erkennen gibt. Auch die grammatischen Strukturen der baltischen im Vergleich zur russischen Sprache sind dermaßen unterschiedlich, dass eine fehlerfreie schriftliche Beherrschung schwierig ist, so dass ein Fremdsprachler oft an der Schreibweise erkannt werden kann. Aus diesen Gründen ist es wichtig, im Fall der Ukraine zwischen den Termini Muttersprache und erste Kommunikationssprache zu unterscheiden. Erstere hat häufig ethnische bzw. nationale oder auch patriotische bzw. identifikativ-geprägte Wurzeln, das bedeutet aber nicht, dass diese täglich gesprochen oder gar beherrscht wird. Diese Aufgabe übernimmt dann die erste Kommunikationssprache, die in der Literatur teilweise auch als „language of convenience“, also „Gewohnheitssprache“ bezeichnet wird.<sup>1604</sup> Tatsächlich haben bei der Volkszählung 2001 ca. 15% der ethnischen Ukrainer, ergo ca. 5,5 Millionen, angegeben Russisch als Muttersprache zu sprechen.<sup>1605</sup> Sie machen zusammen mit den Russen, von denen übrigens nur die wenigsten umgekehrt Ukrainisch als Muttersprache angeben, die heutige russischsprachige Bevölkerung der Ukraine aus.

Im Jahr 2001 haben 85% der Bevölkerung angegeben, als Muttersprache auch die nationale Sprache zu sprechen. Wie bereits erwähnt, muss dies aber nicht bedeuten, dass die genannte Sprache auch die Hauptsprache im Alltag ist. So haben von den Ukrainern, die auf diese Frage geantwortet haben, 85% angegeben die „eigene“ Sprache als Muttersprache zu haben, weitere 14,7% nannten Russisch als Muttersprache. Die entsprechenden Angaben bei den Russen waren 95% als Muttersprache die „eigene“ Sprache und 3,9% Ukrainisch. Außerdem ist an dieser Stelle interessant, dass von den Weißrussen, die an der Volkszählung als ukrainische Bürger teilnahmen, nur 19,7% die „eigene“ Sprache als Muttersprache angaben, weitere 17,4% Ukrainisch und ganze 62,4% Russisch als

---

<sup>1604</sup> Vgl. zum Beispiel: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 179-180; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740; Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. S. 34.

<sup>1605</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 305.

## 6. Rolle der Sprache

Muttersprache nannten.<sup>1606</sup> Dies impliziert, dass Russisch für die Mehrheit der Weißrussen in der Ukraine auch die erste Kommunikationssprache ist.<sup>1607</sup> Bei der Frage nach weiteren Sprachen, die außer der Muttersprache verwendet werden, haben von der Gesamtheit der Befragten 36,1% Russisch genannt und 20,3% Ukrainisch. Darunter haben 43,3% der Ukrainer angegeben Russisch und 11,6% Ukrainisch (als zweite Sprache) zu sprechen. Von den Russen haben entsprechend 54,8% angegeben Ukrainisch als zweite Sprache zu verwenden und nur 3% Russisch als zweite Sprache. Von den Weißrussen haben 46,9% angegeben Ukrainisch und 23,4% Russisch als zweite Sprache zu sprechen.<sup>1608</sup>

Die vorhandene Statistik zu diesem Phänomen zeigt, dass hauptsächlich Ukrainer zweisprachig sind, wohingegen Russen meistens Russisch sowohl als erste Kommunikationssprache als auch Muttersprache nennen.<sup>1609</sup> Laut der Untersuchung des Ukrainischen Demokratiekreises („Український Демократический Круг“) sprachen im Jahr 2010 36% der Bürger innerhalb der Familie ausschließlich Ukrainisch, weitere 36% ausschließlich Russisch und weitere 27% beide Sprachen.<sup>1610</sup> Eine andere Untersuchung der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 2011 zeigt, dass 42% der Bewohner Ukrainisch, 38% Russisch und 17% zu Hause beide Sprachen sprechen.<sup>1611</sup> Alltäglich praktizierten 63% der Bürger sowohl Ukrainisch als auch Russisch, was im Umkehrschluss heißt, dass die restlichen Bürger entweder ausschließlich Ukrainisch oder ausschließlich Russisch praktizieren.<sup>1612</sup> Doch die Problematik liegt darin, dass sich die nationale Zugehörigkeit und die sprachliche Alltagspraxis nicht decken. So haben die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 2001 gezeigt, dass insgesamt 77,8% der Bevölkerung sich als Ukrainer bezeichnet haben, weitere 17,2% als Russen und weitere 4,9% als andere Nationalitäten. Gleichzeitig haben 67,5% der Bevölkerung angegeben, dass Ukrainisch ihre Muttersprache ist, weitere 29,6% haben dasselbe über Russisch angegeben. In der Realität ist die Nutzung der Sprache Schätzungen zufolge grob mit 50:50 zu bewerten.<sup>1613</sup> Gleichzeitig gelten etwa ein Drittel der ethnischen Ukrainer als „russischsprachige“ Ukrainer, entsprechend ihrer ersten Kommunikationssprache, wobei einige Russisch auch als ihre Muttersprache angeben.<sup>1614</sup> Es bleibt festzuhalten, dass sich in der Ukraine die Muttersprache, die erste Kommunikationssprache, die Sprachnutzung innerhalb der Familie, sowie die (subjektive) nationale Zugehörigkeit teilweise voneinander unterscheiden. Während in Estland die Esten als Muttersprache Estnisch und die Russen als Muttersprache Russisch nennen, was sich auch mit der ersten Kommunikationssprache deckt, bleibt in der Ukraine die Situation viel komplexer.

Die Nutzung der Sprache hängt auch in der Ukraine von einer Reihe Faktoren ab. Die geographische Lage ist neben der nationalen Zugehörigkeit als ein wichtiges Krite-

<sup>1606</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г. Родной язык.

<sup>1607</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 12.

<sup>1608</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г. Второй язык.

<sup>1609</sup> Медведев, Олег: „Языковая этнаназия“ Зеркало недели. Украина № 35, 24.09.2010.

<sup>1610</sup> Ebd.

<sup>1611</sup> Kramar, Oleksandr: „Russification via Bilingualism“ The Ukrainian Week, 18.04.2012.

<sup>1612</sup> Медведев, Олег: „Языковая этнаназия“ Зеркало недели. Украина № 35, 24.09.2010.

<sup>1613</sup> Ebd.

<sup>1614</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 179-180; 180.

rium zu betrachten. Im Jahr 2010 haben gegenüber 4,2% der Bewohner im Osten 81,4% der Bewohner der West-Ukraine angegeben ausschließlich Ukrainisch zu sprechen. Demgegenüber haben gegen 3,8% im Westen 68% der Ost-Ukrainer angegeben nur Russisch zu verwenden. Außerdem haben im Osten, Süden und der Zentralukraine etwa 30% der Bürger angegeben zweisprachig zu sein.<sup>1615</sup> Die Besonderheit der ostukrainischen Gebiete ist, dass die Mehrheit vieler ostukrainischer Städte zwar ethnische Ukrainer sind, sie im Alltag aber überwiegend Russisch sprechen. In Richtung Süden nimmt die Nutzung der ukrainischen Sprache leicht zu, auch zeigten sich die sprachlichen Tendenzen hier ähnlicher den zentralukrainischen Gebieten. Die Halbinsel Krim mit über 60% ethnisch russischer und etwa zu 90% russischsprachiger Bevölkerung zählt nicht dazu. Die Gebiete Donezk und Luhansk hatten bis vor kurzem etwa 40% Russen als Bevölkerung, Charkiw etwa 25%, ebenfalls die Gebiete um die Südmetropole Odessa mit 25% Russen als Bevölkerung. In der Stadt Donezk sind Russen in der Mehrheit, in Luhansk war das Verhältnis in Vorkrisenzeiten etwa hälftig zwischen Ukrainern und Russen.<sup>1616</sup> Russisch als Muttersprache nannten 2009 etwa 70% der Bevölkerung in Donezk und Luhansk und etwa 40% in Charkiw und Odessa. Die alltägliche Nutzung des Russischen geht in diesen Städten allerdings in Richtung der 90%-Marke.<sup>1617</sup> Hier wird auch Russisch als Sprache des amtlichen Schriftverkehrs verwendet, obwohl die offiziellen Dokumente auf Ukrainisch verfasst werden, wie auch im Rest des Landes.<sup>1618</sup> Insofern kann man sagen, dass auch die Beschäftigungssituation und der häufige Umgang mit ukrainischen Behörden die Nutzung der ukrainischen Sprache im Alltag begünstigen. Dennoch kann hier weniger von der Kenntnis der Sprache als von der tatsächlichen Notwendigkeit, diese zu benutzen, gesprochen werden. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass die jüngere russischsprachige Generation affiner gegenüber der Zweisprachigkeit ist und teilweise sogar eher im Alltag zum Ukrainischen tendiert.<sup>1619</sup>

Kiew, wie übrigens auch Tallinn oder Riga, unterscheidet sich von der sprachlichen bzw. ethnisch-nationalen Verteilung des restlichen Landes. Hier gibt die Mehrheit der Bewohner (62,2%) an, Ukrainisch als Muttersprache zu sprechen, allerdings nur 15,6% verwenden Ukrainisch als Alltagssprache innerhalb der Familie. Hier zeigt sich somit deutlich die Diskrepanz zwischen der Muttersprache und der ersten Hauptsprache, die vor allem innerhalb der Familie gesprochen wird. Etwa 30% der Kiewer geben an, im familiären Umfeld überwiegend Russisch zu sprechen und weitere 54,4% sich familiär zweisprachig zu unterhalten. Die Zweisprachigkeit in Kiew ist damit doppelt so weit verbreitet wie in anderen großen Städten und 1,8-mal höher als in kleinen Städten.<sup>1620</sup> Generell gibt es wesentliche Unterschiede im Sprachgebrauch zwischen Stadt und Land, wie es auch in Estland der Fall ist. So gaben im Jahr 2010 über 60% der Landbevölkerung an, Ukrainisch als Muttersprache zu sprechen, gegenüber 24% der Stadtbevölkerung. Dagegen haben nur 11% der Landbevölkerung angegeben Russisch als Muttersprache zu

<sup>1615</sup> Медведев, Олег: „Языковая эвтаназия“ Зеркало недели. Украина № 35, 24.09.2010.

<sup>1616</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 303-304.

<sup>1617</sup> Ebd. S. 303.

<sup>1618</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 303; Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 13.

<sup>1619</sup> Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 13-14.

<sup>1620</sup> Медведев, Олег: „Языковая эвтаназия“ Зеркало недели. Украина № 35, 24.09.2010.

## 6. Rolle der Sprache

sprechen, gegenüber 47,8% der Stadtbevölkerung. Damit ist die sprachliche Stadt-Land-Verteilung der Ukraine ähnlich wie die im Baltikum – der Großteil der russischsprachigen Bevölkerung lebt in Städten während das Land überwiegend ukrainischsprachig ist. In der Ukraine kann man daraus jedoch keine eindeutigen Rückschlüsse auf die nationale Zugehörigkeit ziehen – zumindest nicht in dem Ausmaß wie in Estland.

Die Bedeutung der Sprache in der Ukraine wird vor allem in Bezug auf die innerstaatlichen gesellschaftlichen und identifikativen Grenzen der Ukraine sichtbar. So haben bereits seit den 1990er Jahren Autoren und Wissenschaftler darüber diskutiert, inwieweit die Sprache oder die Nationalität bei den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Ukraine eine wichtigere Rolle spielt, oder ob das Land eine innere Einheit bildet, obwohl ihre Regionen bisweilen eine unterschiedliche Sprache sprechen. Einigen Studien der 1990er Jahre zufolge hatten die russischsprachigen Ukrainer der östlichen Regionen gegenüber ihren ethnisch russischen Mitbürgern eine andere Einstellung als gegenüber Ukrainern.<sup>1621</sup> Ebenso zeigten Beobachtungen in westukrainischen Regionen, dass die Einstellung gegenüber russischsprachigen Ukrainern bzw. Russen eine andere war als gegenüber ukrainischsprachigen Ukrainern. In Lwiw werden Letztere demnach als die „echten“ Ukrainer wahrgenommen, was für russischsprachige „Neuankömmlinge“ oder „Neu-Ukrainer“ bedeutete, zu diesem Kreis nicht dazuzugehören. Viele solche Neu-Ukrainer fühlen sich aufgrund ihrer russischen Herkunft benachteiligt, denn obwohl sie meistens perfekt Ukrainisch sprechen, werden sie meistens dennoch als „Russen“ wahrgenommen. Für die Westukrainer scheint die Sprache enger mit der ethnisch-nationalen Herkunft verbunden zu sein, was im Grunde bedeutet, dass russischsprachige Ukrainer bereits „per Definition“ weder die gleichen Werte noch die gleichen Erfahrungen haben wie die „echten“ Ukrainer. Da hilft auch nicht, dass sich russischsprachige Bewohner Lwiws „trotz“ ihrer Russischsprachigkeit als Ukrainer sehen – sie bleiben außerhalb des Kreises der „echten“ Ukrainer, können aber häufig auch nicht mehr als „echte“ Russen gelten.<sup>1622</sup> Ein Teufelskreis der Sprache, Herkunft und Identität, der schwer zu durchbrechen ist. Deswegen werden Russen in Lwiw auch häufig als „identitätslos“ wahrgenommen.<sup>1623</sup> Anders ist die Haltung im sprachlich „gemischten“ Süden – trotz der überwiegenden Nutzung des Russischen im Alltag sehen sich die meisten Odessiten als Ukrainer. Im Gegenteil zu Lwiw wird in Odessa die explizite Zurschaustellung der Ukrainischsprachigkeit eher als verstörend wahrgenommen. Wiederum ist die Beziehung zwischen Sprache und Nationalität für Menschen in Odessa klar, denn die meisten sehen sich als Ukrainer und grenzen sich strikt von Russen in Russland ab.<sup>1624</sup> Somit besteht hier der Zusammenhang zum Land und zur Nationalität unabhängig von der gesprochenen Sprache, anders als in Lwiw.

Jedoch zeigte sich auch, dass es in den 1990er Jahren wenig offene Ablehnung der ukrainischen Sprache gab. Selbst in Simferopol haben etwa 80% der Ukrainer angegeben Ukrainisch zu sprechen. Daher, so resümierte Taras Kuzio im Jahr 1998, hätte es in den

---

<sup>1621</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 191; Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 13-17.

<sup>1622</sup> Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 14.

<sup>1623</sup> Ebd. S. 14-15.

<sup>1624</sup> Ebd. S. 15-16.

1990er Jahren eher an den Ressourcen gelegen als am Willen der Bevölkerung, dass die Verbreitung der ukrainischen Sprache langsam voranging.<sup>1625</sup> Da diese in den Folgejahren vor allem durch die zunehmende Ukrainisierung der Bildung erfolgte, konnte erwartet werden, dass die russischsprachige ukrainische Bevölkerung im Laufe der Zeit bilingual wird.<sup>1626</sup> Dies mag zwar zum Teil eingetreten sein, war aber mit einer wachsenden Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung hinsichtlich ihrer sprachlichen Situation verbunden. Dabei sind die Argumente gegen die Ukrainisierung in etwa ähnlich, wie auch in Estland, wo russischsprachige Eltern um die Sprachkenntnisse ihrer Kinder besorgt sind. Andererseits hat die Ukrainisierung in den Augen der russischsprachigen Bevölkerung auch mit der Verknüpfung der Sprache mit der Nation und dem Staat zu tun, die durch die ukrainischsprachige Öffentlichkeit gezeigt wurde und die russische Sprache quasi verdrängt hat. Autoren wie Dominique Arel waren bereits in den 1990er Jahren der Meinung, dass die russischsprachigen Ukrainer im Falle einer Konfrontation sich eher mit den ethnisch russischen Mitbürgern des Ostens als mit der ukrainischsprachigen Elite im Westen verbrüdernden würden.<sup>1627</sup> Dies würde aber in vielerlei Hinsicht damit zusammenhängen, ob die russischsprachigen Ukrainer sich als Teil der ukrainischen Nation fühlen würden oder ob sie aufgrund ihrer Russischsprachigkeit abgestoßen würden.<sup>1628</sup> Zur Begründung der Gleichsetzung der ukrainischen Sprache und Nation wurden in den 1990er Jahren vor allem national-patriotische Parolen vorgebracht, die die ukrainische Sprache als hauptsächlichen Faktor im Aufbau des ukrainischen Staates ansahen.<sup>1629</sup> Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die Russischsprachigkeit als ungeeigneter Faktor für eine neue ukrainische Nation gilt. Eine ähnliche Haltung wurde beispielsweise seitens Vertretern der ukrainischen Intelligenz in den 1990er Jahren gezeigt.<sup>1630</sup> Auch Parolen, die die teilweise Russischsprachigkeit der Ukrainer als „Tragödie“ bezeichnen, konnten weder die Existenz der russischen Sprache abschaffen noch zum Verständnis der russischsprachigen Bevölkerung beitragen.<sup>1631</sup> Zwar konnte das Argument, dass Ukrainisch als einzige offizielle Staatssprache von allen Bürgern gesprochen werden sollte, die Ukrainisierung legitimieren, die Russischsprachigkeit konnte die Gesetzgebung aber nicht abschaffen.

Genau aus diesem Grund blieb das Thema von Russisch als zweite Amtssprache sehr lange Zeit an der Tagesordnung und diente sogar als Katalysator der Krise im Jahr 2014. Einige Beobachter haben die russischsprachige ukrainische Kultur als einen gewissen Link zwischen der ethnisch ukrainischen und der ethnisch russischen Gesellschaftsgruppe bezeichnet, die beide Kulturen und demnach auch Sprachen vereinen kann.<sup>1632</sup> Doch diese Sichtweise kann aus verschiedenen Gründen nicht im Sinne der ukrainischen Staatlichkeit sein. Präsident Kuchma, der aus Dnipropetrowsk im Osten stammte

---

<sup>1625</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 171-172.

<sup>1626</sup> Ebd. S. 172.

<sup>1627</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 191.

<sup>1628</sup> Ebd.

<sup>1629</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 178-179.

<sup>1630</sup> Ebd. S. 185.

<sup>1631</sup> Ebd. S. 177-178.

<sup>1632</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 191.



## 6. Rolle der Sprache

und diesem Thema einige Aufmerksamkeit schenkte, vollzog im Laufe der 1990er Jahre einen „sprachpolitischen“ Stimmungswechsel. Während er am Anfang seiner ersten Amtszeit seine Reden noch auf Russisch hielt, transformierte er seine „erste Kommunikationssprache“ im Laufe der Zeit zum Ukrainischen.<sup>1633</sup> Diese Art der „weichen“ Transformation passte zu seinem Profil als russischsprachiger Ukrainer, der sich die Kenntnisse der ukrainischen Sprache zur Aufgabe gemacht hat. Durch die Akzeptanz der ukrainischen Sprache als offizielle Amtssprache konnte Kuchma Russisch als eine quasi-offizielle Sprache „des öffentlichen Diskurses“ beibehalten, ohne dass weder ukrainisch- noch die russischsprachige Bevölkerung gegen diese Interpretation der Sprachsituation protestieren konnte. Er akzeptierte weitestgehend vorhandene Argumente gegen Russisch als zweite Amtssprache, wie das Aussterben der ukrainischen Sprache und der ukrainischsprachigen Intelligenz bzw. der Ausbau der Dominanz des Russischen und der regionalen Unterschiede.<sup>1634</sup> Deswegen hat Taras Kuzio Recht, wenn er sagt, dass die Sprachpolitik in der Ukraine in vielerlei Hinsicht von der Quelle anhängt: Wären Argumente gegen Russisch als zweite Amtssprache von einem ukrainischsprachigen prowestlichen Präsidenten gekommen, so wie das 2004 bzw. 2014 der Fall war, wären die Proteste der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine bereits in den 1990er Jahren bedeutender gewesen.<sup>1635</sup>

Die Sprache spaltete auch das politische Spektrum der ukrainischen Bevölkerung: Die linken Parteien wie die KPU hatten das Thema des Russischen als zweite Amtssprache stets auf ihrer Tagesordnung.<sup>1636</sup> Dagegen hatten sich nationale Kräfte wie Ruch die gegenseitige Auffassung des Ukrainischen als alleinige Amtssprache auf die Fahnen geschrieben. Als Kuchma sich „ukrainisierte“, verlor er auch allmählich die Unterstützung des russischsprachigen Ostens, was sich an den Ergebnissen der Präsidentschaftswahl 1999 zeigte. Grundsätzlich hatte seine sprachliche „Doppelmoral“ allerdings eine positive Folge: einen Rollenwandel der ukrainischen Sprache in der Gesellschaft. Während in den 1990er Jahren Russisch nach wie vor die häufigste Sprache im öffentlichen Leben war, häufte sich die Nutzung des Ukrainischen in der Öffentlichkeit immer mehr. Dafür spricht auch die Tatsache, dass bereits Mitte der 1990er Jahre etwa 88% der ukrainischen Bürger angegeben haben auf Ukrainisch sprechen, lesen und schreiben zu können.<sup>1637</sup> Öffentliche Auftritte von Kuchma, in denen er zum Erlernen des Ukrainischen mahnte, verstärkten die Salonfähigkeit des Ukrainischen weiterhin.<sup>1638</sup> Dies alles führte dazu, dass Ukrainisch Anfang der 2000er Jahre bereits die Rolle der Prestige-Sprache eingenommen hatte, dessen korrekte Anwendung als „must-have“ eines jeden Ukrainers galt. Zumindest war das in Kiew und natürlich auch in den west- und zentralukrainischen Regionen der Fall.<sup>1639</sup> Auch die Eltern im russischsprachigen Osten schickten ihre Kinder auf ukrainischsprachige Schulen. Die öffentliche Nutzung der ukrainischen Sprache blieb hier aber weit hinter der Hauptstadt bzw. dem Westen des Landes zurück.

---

<sup>1633</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 188.

<sup>1634</sup> Ebd. S. 187.

<sup>1635</sup> Vgl. hierzu: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 189.

<sup>1636</sup> Ebd. S. 183.

<sup>1637</sup> Ebd. S. 180-181.

<sup>1638</sup> Ebd. S. 181.

<sup>1639</sup> Ebd. S. 183-184.

Für die russischsprachigen Regionen war die Kenntnis der ukrainischen Sprache allerdings auch nicht das zwangsläufige Kriterium, an dem man deren Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat messen konnte. Das ist eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus der sprachlichen Situation der Ukraine, die bis heute Bestand hat. Auch der Vorgänger des Präsidenten Kuchma, der westukrainisch geprägte Leonid Krawchuk warnte bereits 1991 davor, die Russen in der Ukraine und im Baltikum zu vergleichen, denn die Russen in der Ukraine seien jahrhundertlang mit der Ukraine verbunden gewesen.<sup>1640</sup> Dasselbe kann man für die russische Sprache sagen, die entsprechend der Auffassung der russischsprachigen ukrainischen Regionen wenig mit der Loyalität gegenüber dem ukrainischen Staatentum zu tun hat. Erst die Verweigerung des Russischen kann zum Verschwinden der Loyalität führen, wie die Ereignisse des Jahres 2014 auch zeigen.

Ähnlich wie im Baltikum spielen die Medien eine bedeutende Rolle in der Debatte um die Sprache und die Gesinnung der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung. Tatsächlich bleibt die Medienlandschaft stark russisch geprägt, hauptsächlich aufgrund des großen Angebots aus Russland. Dieses wird hauptsächlich von den südöstlichen Regionen der Ukraine, darunter der Krim, in Anspruch genommen. Dazu gehören Fernsehkanäle und Radiosender, ebenso wie andere Medien wie Zeitungen, Periodika und Bücher. In den meisten Bereichen waren ukrainischsprachige Medien den russischsprachigen zahlenmäßig unterlegen, obwohl sich dies im Laufe der 1990er Jahre etwas verbessert hat. Der einzige Bereich, in dem die ukrainische Sprache erfolgreich durchgesetzt werden konnte, war das Schulwesen.<sup>1641</sup> In den anderen Bereichen bleibt es schwer, gegen die Russischsprachigkeit in den Medien anzukämpfen, was sich auch in der Informiertheit der Bevölkerung niederschlägt.<sup>1642</sup> Vor allem bezüglich der Sprache sowie der Bildung gab es von Seiten Russlands – und folglich von Seite der russischen Medien – immer wieder Kritik an der „Ukrainisierung“ der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine. Zum Beispiel wurde in russischsprachigen Medien nach dem Machtwechsel 2004 und im Zuge der gefühlt verstärkten Ukrainisierung im Bereich der Bildung und im öffentlichen Leben die Vermutung geäußert, dass eine verstärkte Ukrainisierung nicht zur Erhöhung der Ukrainischsprachigkeit führt, sondern zur Abspaltung russischsprachiger Regionen, allen voran der Krim.<sup>1643</sup> Es verwundert nicht, dass die Kontrolle über die Medien bereits vom Präsidenten Kuchma in den 1990er Jahren als eine Frage der nationalen Sicherheit wahrgenommen wurde.<sup>1644</sup> Doch wie eine Umfrage im September 2014 zeigte, scheint in allen Regionen das ukrainische Fernsehen als hauptsächliche Informationsquelle zu gelten, was die Vermutung nahe legt, dass auch die Bevölkerung in den russischsprachigen Regionen in der Ukraine durchaus in der Lage ist, ihre Meinung selbst bilden zu können; zumal im Zuge der Krise 2014 eine Reihe russischer Fernsehkanäle seitens der ukrainischen Regierung verboten wurde, was wiederum als ein Problem der Meinungsfreiheit betrachtet werden kann.<sup>1645</sup>

<sup>1640</sup> Kolsto, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 186.

<sup>1641</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 191-193.

<sup>1642</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740.

<sup>1643</sup> Lenta.ru: „На Украине запретят сдавать экзамены в вузы на русском“ 02.06.2005. <http://lenta.ru/news/2005/06/02/exams/> (Abgerufen am 12.10.2013).

<sup>1644</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 192.

<sup>1645</sup> Gallup-Umfrage: Contemporary Media Use in Ukraine. 06.2014. Gallup/Broadcasting Board of Governors. <http://www.bbg.gov/wp-content/media/2014/06/Ukraine-research-brief.pdf> (Abgerufen am

## 6. Rolle der Sprache

Um auf die Anfangs gestellten Fragen zurückzukommen: Unter den Bedingungen des modernen ukrainischen Staates darf die Frage nach der Muttersprache bzw. der ersten Kommunikationssprache nicht mit der Loyalität gegenüber dem Staat verwechselt werden. Obwohl es legitim ist, dass Ukrainisch als einzige offizielle Staatssprache auf zentralstaatlicher Ebene bestehen bleibt, müssen die russischsprachigen Regionen ihre Russischsprachigkeit dennoch ausüben dürfen. Diese Praxis darf wiederum nicht mit der Frage verknüpft werden, ob sie deswegen weniger ein Teil der gesamten Ukraine sind. Schließlich muss ein weiterer wichtiger Wandel der ukrainischen Gesellschaft vollzogen werden, obwohl dies infolge der Krise 2014 für Schwierigkeiten sorgen dürfte. Nämlich sollte Ukrainisch als Kommunikationssprache die Rolle der russischen Sprache ablösen, ohne jedoch zu erwarten, dass Russisch aus dem alltäglichen Diskurs verschwindet. Dies kann nur geschehen, wenn die russischsprachige Bevölkerung in der Nutzung des Ukrainischen keine Bedrohung der eigenen Russischsprachigkeit sieht. Diese Verknüpfungen zwischen Sprache und Staat bzw. Nation haben auch in der Ukraine bedeutende Auswirkungen auf die Identifikation der russischsprachigen Ukrainer mit dem Land.

## 6.5 Bildungssystem und Sprache

### 6.5.1 Bildung und Sprache in Estland

Einer der Gründe, weshalb Russisch nach wie vor eine bedeutende Rolle innerhalb der Gesellschaften des Baltikums – allen voran Estlands und Lettlands – sowie der Ukraine einnimmt, ist die Präsenz russischsprachiger Schulen. Dieses Überbleibsel aus der Sowjetzeit stellt eine der höchsten Hürden auf dem Weg zur Vereinheitlichung des sprachlichen Niveaus der Gesellschaften dieser Länder dar. Während in der Ukraine der sprachliche Ausgleich aufgrund der geringeren Hürde zwischen Russisch und Ukrainisch leichter fällt, stellt die Präsenz russischsprachiger Schulen im Baltikum ein bedeutendes Problem dar, an dem die sprachliche und kulturelle Integration der russischsprachigen Bevölkerung bis heute scheitert. Erneut wird Estland exemplarisch vorgestellt, wobei in Lettland die Problematik aufgrund weitergehender Maßnahmen seitens der Politik sowie der höheren Dichte an russischsprachigen Schulen teilweise zu größeren gesellschaftlichen Rissen geführt hat.

Bis heute stellen zwei korrelierende Entwicklungen das Hauptproblem der estnischen Schulbildung dar: Erstens will ein Teil der russischsprachigen Eltern ihre Kinder nach wie vor auf Russisch unterrichten lassen, was die russischsprachigen Schulen vor das Problem des Estnisch-Unterrichtes auf einem hinreichend guten Niveau stellt. Zweitens, und durch das erste Problem bedingt, können Schüler russischsprachiger Schulen häufig nicht genügend Estnisch, um in eine estnische Hochschule zu gehen, bzw. äußern

---

22.12.2014); Ergebnisse der Gallup-Umfrage im März 2014: „Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.“ International Republican Institute.  
<http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20April%205%20IRI%20Public%20Opinion%20Survey%20of%20Ukraine,%20March%2014-26,%202014.pdf> (Abgerufen zwischen 20. Und 30.12.2014).

den Wunsch Hochschulbildung auf Russisch zu erhalten.<sup>1646</sup> Beide Entwicklungen stellen die russischsprachigen Jugendlichen auf dem estnischen Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft vor Schwierigkeiten. Doch auch russischsprachige Kinder in estnischsprachigen Schulen haben mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Anzahl der russischsprachigen Schulen ist in Estland seit den 1990er Jahren stetig gesunken, von etwa 28% aller Schüler im Jahr 1990 haben bis zum Jahr 2007 etwa 20% Russisch als Hauptunterrichtssprache gehabt. Durch die entsprechende Gesetzgebung wurde der Anteil der russischsprachigen Schulen immer geringer bzw. erhöhte sich der Anteil von Estnisch als Hauptunterrichtssprache, auch in ehemals rein russischsprachigen Schulen.<sup>1647</sup> Russischsprachige Schulen sind bis heute auf allen Bildungsebenen vorhanden, wobei die Anzahl der russischsprachigen Schüler bzw. Studierenden in den Jahren 1990 bis 2007 bis hin zur Hochschulbildung sich stetig verringert hat. Entsprechend hat sowohl die Breite des Angebots für russischsprachige Bildung als auch die Anzahl der Absolventen höherer russischsprachiger Bildungseinrichtungen im Laufe der Zeit abgenommen.<sup>1648</sup> Durch den Übergang zur zweisprachigen Bildung und der Verringerung des russischsprachigen Unterrichts wurde eine Reihe russischsprachiger Gymnasien geschlossen bzw. in zweisprachige Schulen umfunktioniert.<sup>1649</sup> Der Anteil russischsprachigen Unterrichtes im Gesamtschnitt aller Schulen betrug bis 2007 etwa 20%. Dieser Anteil variierte teilweise stark im regionalen Vergleich: Im Landkreis Ida-Virumaa im Nordosten betrug er entsprechend etwa 73% und im Landkreis Harjumaa (inklusive Tallinn) etwa 28% des Gesamtunterrichts. Gleichzeitig blieb der Anteil im Rest des Landes bei 10% oder weniger.<sup>1650</sup> Im Jahr 2013 wurden 79,1% der Schüler mit Hauptunterrichtssprache Estnisch und 16,6% mit Hauptunterrichtssprache Russisch in Ganztagschulen unterrichtet.<sup>1651</sup> Nach Ergebnissen der Volkszählung im Jahr 2011 wurden 77% der Schüler mit Russisch als Muttersprache in russischsprachigen Schulen unterrichtet, weitere 15% in Klassen mit zweisprachigem Unterricht („Sprachtauchen“) und 8% der Schüler in estnischsprachigen Schulen.<sup>1652</sup> Die letzte Gruppe wurde in einer Studie aus dem Jahr 2012 unter die Lupe genommen, was im Unterkapitel „Russischsprachige Kinder im estnischsprachigen Umfeld“ näher erläutert wird.

Während der Sowjetjahre waren die Lehrpläne und selbst die Dauer des Gymnasiums in estnisch- und russischsprachigen Schulen unterschiedlich. Ab dem Jahr 1992 wurden die Lehrpläne der Schulen vereinheitlicht, wobei in russischsprachigen Schulen mehr Estnischunterricht eingeplant wurde.<sup>1653</sup> Die Hauptunterrichtssprache darf heute demnach von den Schulen bzw. den lokalen Verwaltungen bestimmt werden.<sup>1654</sup> Ursprünglich war es geplant, russischsprachige Schulen ab dem Jahr 2000 bereits komplett

<sup>1646</sup> Saar, Ellu (2008): Haridus. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminstri Büroo. 51-70, S. 55-56.

<sup>1647</sup> Haridus- ja Teadusministeerium (2007): Arvandmed vene õppekeelega koolide kohta. 11.06.2007. S. 3-4.

<sup>1648</sup> Saar, Ellu (2008): Haridus. S. 51-56.

<sup>1649</sup> Ebd. S. 5-7.

<sup>1650</sup> Ebd. S. 9.

<sup>1651</sup> Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 32.

<sup>1652</sup> Ebd. S. 39.

<sup>1653</sup> Rootamm-Valter, Jelena (2014): Venekeelse kooli üleminekust eestikeelsele õppele. Riigikogi Kantslei: Riigikogu Toimetised 30. 172-181, S. 174.

<sup>1654</sup> Haridus- ja Teadusministeerium: Vene õppekeelega kool <https://www.hm.ee/et/tegevused/alus-pohija-keskharidus/vene-oppekeelega-kool> (Abgerufen am 28.01.2015).

## 6. Rolle der Sprache

auf estnischsprachigen Unterricht umstellen zu können, diese Pläne wurden aber nach Protesten der russischsprachigen Bevölkerung zugunsten eines stufenweisen Überganges geändert.<sup>1655</sup> Ab dem Jahr 2007 sollten alle russischsprachigen Gymnasien in Estland bis zum Jahr 2011 zu 60% auf Estnisch (entsprechend 40% weiterhin auf Russisch; sogenanntes „60%-40%-Modell“) unterrichtet werden.<sup>1656</sup> Der Übergang wurde mittels estnischsprachigen Unterrichts in einer immer höheren Anzahl von Fächern gewährleistet.<sup>1657</sup> Die estnischen Sprachprüfungen der russischsprachigen Gymnasien wurden den Sprachprüfungen zur Staatsbürgerschaft angepasst, so dass russischsprachige Schüler ohne Staatsbürgerschaft diese Prüfung nicht doppelt ablegen mussten.<sup>1658</sup> Im Jahr 1999 wurden die Sprachprüfungen dementsprechend für die Staatsbürgerschaft und die Sprachprüfungen in den russischsprachigen Schulen vereint, so dass eine einzige Niveauprüfung entstanden ist. Diese wurde mit dem veränderten Sprachgesetz vom 1. Juli 1999 eingeführt. Durch die Niveauprüfungen entstand die Möglichkeit, die Absolventen von russischsprachigen Schulen auf die Estnisch-Sprachkenntnisse hin zu prüfen. Außerdem besteht für die Absolventen der Gymnasien die Möglichkeit, die Verfassungsprüfung im Rahmen der Abschlussprüfungen zu absolvieren.<sup>1659</sup> Ebenso erlauben die Abschlussprüfungen in estnischer Sprache es den Absolventen, von der nötigen Sprachprüfung für die Staatsbürgerschaft befreit zu werden.<sup>1660</sup> Dies dennoch nur im Falle, wenn bei den staatlichen Prüfungen staatliche Beobachter dabei sind. Falls die Schule die Beobachter nicht zur Prüfung einlädt, gilt die Prüfung nicht für die Staatsbürgerschaft.<sup>1661</sup>

Entsprechend der Schulreform sollte ein Anreiz geschaffen werden, um russischsprachigen Schülern das Erlernen von Estnisch nahe zu legen. Bis zum Jahr 2012 hatten 80% der russischsprachigen Gymnasien in Estland den Übergang zum 60%-estnischsprachigen Unterricht geschafft, wobei laut dem Bildungsministerium die meisten Schulen mehr estnischsprachigen Unterricht anboten als erforderlich war.<sup>1662</sup> Auch die meisten russischsprachigen Basisschulen (bis zur 9. Klasse) boten überwiegend estnischsprachigen Unterricht an, obwohl diese dazu gesetzlich nicht verpflichtet waren.<sup>1663</sup> Ein besonderes Programm wurde 1998 unter der Bezeichnung „Sprachtauchen“ (Keelekümbus) gestartet, das unter der Leitung des Ministeriums für Bildung sowie der Einrichtung für die Integration von Nicht-Esten (Mitte-eestlaste Integratsiooni

---

<sup>1655</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 1.  
<sup>1656</sup> Ebd.

<sup>1657</sup> Rootamm-Valter, Jelena (2014): Venekeelse kooli üleminekust eestikeelsele õppele. S. 173.

<sup>1658</sup> Haridus- ja Teadusministeerium: Vene õppekeele kool.

<sup>1659</sup> RT I 2002, 6, 24. Kodakondsuse taotleja Eesti Vabariigi Põhiseaduse ja „Kodakondsuse seaduse“ tundmise eksami läbiviimise kord, Üb. d. A.

<sup>1660</sup> Haridus- ja teadusministri 24. detsembri 2001. a määruse nr 75 „Põhikooli ja gümnaasiumi lõpueksamite korraldamise ning põhikooli ja gümnaasiumi lõpetamise tingimused ja kord“, haridusministeri 18. veebruari 2001. a määruse nr 24 „Võõrkeelse põhikooli ja gümnaasiumi eesti keele lõpueksami ja eesti keele tasemeeksami ühitamise tingimused“ ja haridusministri 18. veebruari 2002. a määruse nr 24 „Võõrkeelse põhikooli ja 17 gümnaasiumi eesti keele lõpueksami ja eesti keele tasemeeksami ühitamise tingimused“ muutmise (Haridus- ja teadusministri 12.08.2005 määrus nr 28 jõustumiskuupäev 01.09.2005), Üb. d. A.

<sup>1661</sup> European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) 3. Report on Estonia 24. Juni 2005. S. 9.

<sup>1662</sup> Rajaleidja: „Vene koolid lähevad usinalt eesti õppekeelele üle“ <http://www.rajaleidja.ee/vene-koolid-lahevad-usinalt-estti-oppekeelele-ule/> (Abgerufen am 15.01.2015).

<sup>1663</sup> Ebd.

Sihtasutus – MEIS) zur Förderung zweisprachigen Unterrichts eingesetzt wurde.<sup>1664</sup> Die meisten Klassen mit einem zweisprachigen Unterricht auf Estnisch und Russisch wurden ab dem Jahr 2000 in den russischsprachigen Gegenden des Nordostens sowie in einigen Tallinner russischsprachigen Schulen eingeführt.<sup>1665</sup> Während dieser Zeit wurde eine Reihe von Schulen und Kindergärten dieser Methode entsprechend umgestellt. Entsprechend der Ergebnisse von Beobachtungen in diesem Bereich waren in den Jahren 2011 und 2012 etwa 70% der Schüler aus „Sprachtauchen“-Klassen nach der 9. Klasse bereit, auf ein estnischsprachiges Gymnasium zu gehen.<sup>1666</sup> Gemäß einer Untersuchung der Jahre 2006-2009 sowie 2011-2014 in Schulen mit Estnisch, Russisch oder den Grundlagen des „Sprachtauchens“ als Unterrichtssprache zeigten sich jedoch deutliche Schwächen bei der sprachlichen Vorbereitung der „Sprachtauch“-Schüler gegenüber denjenigen mit estnischer oder russischer Unterrichtssprache.<sup>1667</sup> Gleichzeitig zeigte die Untersuchung erwartungsgemäß, dass eine estnischsprachige Umwelt am besten geeignet ist, um die Sprache zu lernen, es jedoch ebenfalls auf die Zusammenarbeit der Schule, des Zuhauses und des Schülers ankommt. Einige anders- bzw. zweisprachige Schüler zeigten sogar bessere Sprachkenntnisse in Estnisch als durchschnittliche estnischsprachige Schüler.<sup>1668</sup> Dies zeigt, dass Russisch als erste Kommunikationssprache zu Hause durchaus kein Hindernis auf dem Weg zur Estnischsprachigkeit auf einem sehr hohen Niveau sein muss.

Auch die Rolle der Lehrer wurde in Bezug auf die Bildungssprache oft thematisiert und kritisiert. Bei dem Übergang zur estnischsprachigen Bildung wurde seitens des estnischen Staates dabei – wie grundsätzlich oft bei der Konzeption und Implementierung der Integrationspolitik – die individualistische Herangehensweise herangezogen, wonach die Lehrer selbst für ihre sprachliche Vorbereitung verantwortlich waren.<sup>1669</sup> Anfang der 1990er Jahre konnten russischsprachige Schulen aber auf keinerlei Kapazitäten zweisprachiger Lehrer zurückgreifen. Dieses Problem entpuppte sich als die größte Hürde der Nachfolgejahre, obwohl der Umstieg russischsprachiger Gymnasien auf teilweise estnischsprachigen Unterricht von der Regierung bereits für das Jahr 2000 angesetzt worden war.<sup>1670</sup> Zu diesem Zweck wurden russischsprachige Lehrer zwar entsprechend sprachlich geschult, in der Praxis bereitete der sprachliche Umstieg jedoch große Schwierigkeiten. Neben der grundsätzlichen Einstellung zu der sprachlichen Neuerung war es nämlich nicht nur der sprachliche, sondern auch der kulturelle Übergang, der bei vielen Lehrern und Schülern auf Ablehnung stieß. Fächer wie Geschichte oder Gemeinschaftskunde stießen öfter auf Interpretationsschwierigkeiten, je nach

<sup>1664</sup> MEIS: Keelekümbilusprogramm. ajalugu. <http://kke.meis.ee/keelekumblusest/programmi-ajalugu> am 28.01.2015 (Abgerufen am 28.01.2015).

<sup>1665</sup> Lehrmaterial zum Thema „Sprachtauchen“ im Russischsprachigen Gymnasium Tapa (Tapa vene Gümnaasium): <http://www.tapavg.ee/keele.pdf> aus dem Jahr 2009 (Abgerufen am 25.01.2015).

<sup>1666</sup> Innove.ee: Fakke keelekümbilusest <http://www.innove.ee/et/yldharidus/keelekymbilus/fakke-keelekumblusest> (Abgerufen am 25.01.2015).

<sup>1667</sup> Präsentation von Toomela, Aaro (2014): Eestikeelses koolis on teisekeelsed õpilased? – ei, eestikeelses koolis on erinevaid õpilasi! <http://www.praxis.ee/wp-content/uploads/2014/03/2013-Teisekeelsed-opilased-eestikeelses-koolis.pdf> (Abgerufen am 28.01.2015).

<sup>1668</sup> Ebd.

<sup>1669</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 1-2.

<sup>1670</sup> Rootamm-Valter, Jelena (2014): Venekeelse kooli üleminekust eestikeelsele õppele. S. 173.

## 6. Rolle der Sprache

Blickwinkel der Lehrer bzw. der Lehrmaterialien.<sup>1671</sup> In diesem Zusammenhang erwies sich auch das Vorhandensein erforderlicher Bücher bzw. sonstiger Unterlagen als problematisch.<sup>1672</sup> Ebenfalls wurden seit der Einführung der sprachlichen Anforderung an russischsprachige Schulen regelmäßige Prüfungen hinsichtlich der sprachlichen Vorbereitung der Lehrer durchgeführt, was von vielen als erniedrigend wahrgenommen wurde.<sup>1673</sup> Teilweise weigerten sich junge Lehrer in die Regionen mit hoher Konzentration russischsprachiger Schulen und Schüler zu gehen, was das Problem des Generationswechsels weiter vertiefte.<sup>1674</sup> Die Ergebnisse konnten bis 2013 nicht als befriedigend gelten: Für viele russischsprachige Lehrer, vor allem ältere Fachlehrer, brachten die Prüfungen eher Bußgelder als sprachliche Kompetenz ein.<sup>1675</sup> So wurden infolge der Ergebnisse diverser Studien in diesem Bereich weitere Maßnahmen auf Regierungsebene verabschiedet, die auf die sprachliche Vorbereitung russischsprachiger Lehrer zielten. Diese sollten auch die sprachliche Vorbereitung russischsprachiger Schüler in russischsprachigen Schulen verbessern.<sup>1676</sup> Allerdings konnten auch noch bis zum Jahr 2014 nicht alle russischsprachigen Schulen das erforderliche Niveau estnischsprachiger Lehre erreichen.<sup>1677</sup>

Unterschiede im Bildungsniveau zwischen estnisch- und russischsprachigen Schulen zeigten sich in einer Studie aus dem Jahr 2012 sowohl regional als auch in der Unterrichtssprache.<sup>1678</sup> Dabei spielten weniger die realen Abschlussergebnisse als die Perzeption des Unterrichtsniveaus seitens der russischsprachigen Bevölkerung die entscheidende Rolle. Viele russischsprachige Eltern befürchteten, dass das fachliche Niveau in den estnischsprachigen Schulen schlechter war als in russischsprachigen Schulen.<sup>1679</sup> Daher bestand für viele die subjektive Wahl zwischen guten Estnisch-Kenntnissen und guten Fachkenntnissen, wobei viele keine objektive Sichtweise auf das Bildungsniveau in estnischsprachigen Schulen hatten.<sup>1680</sup> Eine Studie der Universität Tallinn aus dem Jahr 2012 zeigte, dass Schüler russischsprachiger Grundschulen fachlich tatsächlich teilweise besser vorbereitet waren als gleichaltrige Schüler estnischsprachiger Schulen.<sup>1681</sup> Ebenfalls zeigte die Studie, dass viele fremd- bzw. zweisprachige Kinder in est-

---

<sup>1671</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. in: Integratsiooni monitoring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 51-84, S. 65-67.

<sup>1672</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 1-2.

<sup>1673</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 65-66.

<sup>1674</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 2.

<sup>1675</sup> Kiilo, Tatjana: 20 aastat keelemuret vene koolides. Väitekirj, detsember 2013/11, Tartu Ülikool. <http://www.ajakiri.ut.ee/artikkel/194> (Abgerufen am 28.01.2015).

<sup>1676</sup> Novaator: „Uuring: Vene põhikooli õpilaste ebapiisav eesti keel takistab gümnaasiumis õppimist.“ Novaator: Tartu Ülikooli Teadusuudised. 14.01.2015. <http://novaator.err.ee/v/haridus/973a6a74-9ae9-4e08-8cf2-04779136cc5b> (Abgerufen am 20.02.2015).

<sup>1677</sup> Rootamm-Valter, Jelena (2014): Venekeelse kooli üleminekust eestikeelsele õppele. S. 174.

<sup>1678</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 63-64.

<sup>1679</sup> Beobachtungen zeigten jedoch, dass Unterschiede je nach Fach feststellbar waren. Beispielsweise zeigten landesweite Ergebnisse der Abschluss-Examen im Fach Geschichte im Jahr 2012 bessere Ergebnisse estnischsprachiger Schüler. Im Fach Mathematik zeigten Absolventen russischsprachiger Schulen allerdings bessere Resultate. Vgl. hierzu: Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 33.

<sup>1680</sup> Ebd. S. 63.

<sup>1681</sup> Seepeter, Kristina (2012): Koduse õpikeskkonna seos akadeemilise toimetulekuga erineva vaimse võimekusega õpilastel: eesti ja vene õppekeele koolide võrdlus in: Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 19; 46-60, S. 19.



nischsprachigen Schulen ihr geistiges Potential schlechter realisieren konnten und deswegen auch schwächere Ergebnisse erzielten.<sup>1682</sup> Sowieso schafften viele Schüler russischsprachiger Schulen trotz Sprachunterricht die für das Sprachzertifikat erforderliche Punktzahl für Estnisch nicht und gaben deshalb an nach dem Abschluss ins Ausland gehen zu wollen. Etwa 40% der russischsprachigen Jugendlichen gaben im Jahr 2008 an sich in Estland unsicher zu fühlen.<sup>1683</sup> Gemäß einigen jüngsten Studien fühlten russischsprachige Schüler in Estland sich benachteiligt, wenn sie eine russischsprachige Schule absolviert hatten.<sup>1684</sup> Dies verschlechterte die Chancen der russischsprachigen Jugend auf dem heimischen Arbeitsmarkt merklich.<sup>1685</sup> So gab im Jahr 2011 die Mehrheit der russischsprachigen Jugendlichen an, Estland aus Gründen sozioökonomischer Benachteiligung verlassen zu wollen.<sup>1686</sup> Doch nicht nur der estnischsprachige Teil der Gesellschaft scheint daran schuld zu sein. Auch die alten Mechanismen russischsprachiger Schulen scheinen ihren Beitrag dazu zu leisten, dass russischsprachige Jugendliche sich schlecht in die estnische Gesellschaft integrieren. Autoritärer Führungsstil in russischsprachigen Schulen und Mangel an Diskussionen rund um die Werte des unabhängigen Estlands haben ihren Anteil daran.<sup>1687</sup> Diese Aspekte tragen unter anderem dazu bei, dass viele russischsprachige Eltern ihre Kinder nicht auf estnischsprachige Schulen schicken wollen. Generell beurteilen russischsprachige Eltern die Schulwahl nebst der Unterrichtssprache auch nach der Nähe zum Zuhause sowie den Ergebnissen der Staatsprüfungen.<sup>1688</sup> Allerdings bildet auch das sprachliche Niveau des Estnischunterrichts in russischsprachigen Schulen ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidungsfindung.

Zwar hatten die meisten russischsprachigen Schulen im Laufe der Jahre die Notwendigkeit des guten Estnischunterrichtes erkannt, es existieren dennoch Vereinigungen, die sich für den Erhalt der russischsprachigen Bildung einsetzen.<sup>1689</sup> Eine Umfrage des Jahres 2000 zeigte, dass sowohl die estnisch- als auch die russischsprachige Bevölkerung grundsätzlich die zweisprachige Bildung befürwortet.<sup>1690</sup> Logischerweise tendierten die befragten Esten zu einem größeren Estnisch-Anteil in russischsprachigen Schulen.<sup>1691</sup> Wiederum zeigte sich hierbei auch eine positive Korrelation zwischen russischsprachigen estnischen Staatsbürgern und der Bereitschaft zur estnischsprachigen Bildung. Diese Korrelation war umgekehrt negativ bei Nicht-Staatsbürgern bzw. Staatsbürgern Russlands.<sup>1692</sup> Die Argumentation für den Erhalt russischsprachiger Bildung beinhaltet bis heute hauptsächlich die Sorge um den Verlust der gesprochenen und literarischen Muttersprache sowie der Identität der russischsprachigen Jugend.<sup>1693</sup> Ebenfalls

<sup>1682</sup> Ebd. S. 20.

<sup>1683</sup> Metlev, Sergei: „Kohaliku vene hariduse omapärad“.

<sup>1684</sup> Ebd.

<sup>1685</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 2.

<sup>1686</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kröger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 73.

<sup>1687</sup> Metlev, Sergei: „Kohaliku vene hariduse omapärad“.

<sup>1688</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 10; 16.

<sup>1689</sup> Zum Beispiel: Russische Schule Estlands (Русская Школа Эстонии), ein Verein gegründet im Jahr 2004, der sich für den Erhalt der Schulbildung auf Russisch einsetzt

<sup>1690</sup> Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 38.

<sup>1691</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses S. 5-6.

<sup>1692</sup> Ebd. S. 6.

<sup>1693</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kröger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 63.

## 6. Rolle der Sprache

wird die Effektivität und das Niveau der zweisprachigen Bildung nach dem 60%-40%-Modell angezweifelt.<sup>1694</sup> Diese Sichtweise zeigte sich umso stärker, je mehr „russischsprachig“ das Umfeld war. So wurden in Tallinn und im Nordosten Estlands die Bildungsmöglichkeiten russischsprachiger Kinder weitaus negativer eingeschätzt als in ländlichen und überwiegend estnischsprachigen Gegenden.<sup>1695</sup>

Die Reform und der Rückgang russischsprachiger Gymnasialbildung haben dazu geführt, dass bereits im Jahr 2000 weniger anderssprachige Jugendliche im Vergleich zu estnischsprachigen Jugendlichen einen Hochschulabschluss hatten.<sup>1696</sup> Ebenso haben im Jahr 2007 weniger russischsprachige Schüler als estnischsprachige Schüler nach der 9. Klasse ihren Bildungsweg im Gymnasium fortgesetzt.<sup>1697</sup> Allerdings können diese Ergebnisse dadurch relativiert werden, dass viele russischsprachige Absolventen den Weg einer Fachhochschule eingeschlagen hatten. Im Jahr 2011 hatten etwa 30% der 20- bis 39-jährigen Nicht-Esten einen vergleichbaren Abschluss.<sup>1698</sup> Dies hat seine Gründe zum einen im Mangel an russischsprachigem Angebot an höherer Bildung: Im Jahr 2013 wurde die letzte private russischsprachige höhere Bildungseinrichtung auf Druck der Regierung geschlossen.<sup>1699</sup> Entsprechend fiel der Anteil der Studierenden in russischsprachigen höheren Bildungseinrichtungen von 10% im Jahr 2005 auf 3% im Jahr 2013.<sup>1700</sup> In Tallinn ist der Anteil russischsprachiger Hochschulabsolventen zwar noch relativ hoch – im Jahr 2013 hatten 36% einen Fachhochschul- und 22% einen universitären Abschluss.<sup>1701</sup> Zum anderen zeigt sich allerdings eine generelle Deprivation russischsprachiger Jugend auf sprachlicher Basis, was wiederum deutlich zu einer Segmentierung der Gesellschaft auf ethnische-nationaler Basis beiträgt. Die Bildungsmöglichkeiten für die russischsprachige Jugend wurden im Jahr 2011 von der russischsprachigen Bevölkerung deutlich schlechter eingeschätzt als von der estnischsprachigen.<sup>1702</sup> Dies lässt vermuten, dass sich an der Auswahl der russischsprachigen Bildung für die russischsprachige Jugend auch künftig wenig ändern wird bzw. diese sich nicht bessert. 2011 zeigte sich allerdings, dass der Anteil russischsprachiger Gymnasiums-Absolventen, die in eine estnischsprachige Hochschule gingen, nur etwas geringer war als der entsprechende Anteil der estnischsprachigen Absolventen.<sup>1703</sup> Ebenso zeigte sich die allgemeine Bereitschaft der russischsprachigen Bevölkerung Hochschulbildung auf Estnisch zu erhalten, welche positiv mit steigendem Bildungsgrad der Eltern zusammenhängt. Wie schon bei der Schulbildung, zeigte sich auch hier unter den Nicht-Staatsbürgern und Staatsbürgern Russlands der Wunsch auf russischsprachige Hochschulbildung stärker als bei estnischen Staatsbürgern.<sup>1704</sup> Somit kann erwartet werden, dass der Anteil der russischsprachigen Studierenden in estnischsprachigen Hochschulen künftig zumindest gleich bleibt, wenn nicht steigt.

---

<sup>1694</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 3.

<sup>1695</sup> Ebd. S. 6.

<sup>1696</sup> Saar, Ellu (2008): Haridus. S. 51.

<sup>1697</sup> Ebd. S. 52.

<sup>1698</sup> Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 41.

<sup>1699</sup> Ebd. S. 42.

<sup>1700</sup> Ebd. S. 41-42.

<sup>1701</sup> Ebd. S. 41.

<sup>1702</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 53-54.

<sup>1703</sup> Saar, Ellu (2008): Haridus. S. 54.

<sup>1704</sup> Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. S. 62.

### 6.5.2 Russischsprachige Kinder im estnischsprachigen Bildungsumfeld

Vor dem Hintergrund der besseren sprachlichen Vorbereitung und der dadurch steigenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt entscheiden sich heute immer mehr russischsprachige Eltern dafür, ihre Kinder in rein estnischsprachige Schulen zu schicken.<sup>1705</sup> Dies zeigen auch Ergebnisse der Studie „Anderssprachiges Kind in einer estnischen Schule“ der Universität Tallinn aus dem Jahr 2012, wonach estnischsprachige Schulen hauptsächlich aus sprachlich-integrativen Gründen von russischsprachigen Eltern für ihre Kinder ausgewählt wurden.<sup>1706</sup> Im Jahr 2001 haben etwa 70% russischsprachige Eltern angegeben, ihre Kinder auf estnischsprachige Schulen schicken zu wollen.<sup>1707</sup> Von denjenigen russischsprachigen Eltern, die ihre Kinder bis 2012 in eine estnischsprachige Schule geschickt haben, hatten etwa 75% die Alternative der russischsprachigen Schulen nicht einmal in Erwägung gezogen und 97% waren zufrieden mit dieser Wahl.<sup>1708</sup> Zur Begründung solcher Entscheidungen gehören aber neben pragmatischen Gründen der Sprachkenntnisse und Arbeitschancen auch Heimatgefühle und die Verpflichtung als Bewohner Estlands (bzw. als Esten) auch die Sprache, die Kultur und die Geschichte zu kennen.<sup>1709</sup> Das sind allesamt Gründe, die für eine entstehende Mehrfachintegration in der strukturellen, aber auch der identifikativen Dimension sprechen. Aus dieser durchaus positiven integrativen Praxis entstand allerdings ein anderes Problem: Es haben sich nämlich sowohl estnischsprachige Schulen als auch Eltern teilweise gegen die Aufnahme russischsprachiger Schüler ausgesprochen. Die Schulen befürchteten einen Verfall des Unterrichtsniveaus und, dadurch bedingt, des Rufes der Schule. Daher war 2012 zu beobachten, dass vor allem estnischsprachige Schulen mit einem insgesamt niedrigeren Unterrichtsniveau – häufig gemessen an Prüfungsergebnissen für staatliche Examen – russischsprachige Schüler aufgenommen haben. Estnischsprachige Eliteschulen weigerten sich zunehmend russischsprachige Schüler anzunehmen.<sup>1710</sup>

Eine Untersuchung estnisch- und russischsprachiger Medien des Jahres 2002 zeigte, dass Eltern estnischsprachiger Schüler sich immer öfter gegen russischsprachige Mitschüler und Kindergartenkinder aussprachen, da sie vor sinkendem Unterrichtsniveau Angst hatten. Dieses würde mit Unterrichts-Nachhilfe für nicht-estnische Schüler einhergehen, was allerdings durch Langzeitstudien der Jahre 2006 bis 2014 nicht oder nur zum Teil belegt wurde.<sup>1711</sup> Einzig die russischsprachigen Schüler in estnischsprachigen Schulen zeigten schwächere Ergebnisse als Gleichaltrige in russischsprachigen Schulen.<sup>1712</sup> Daran knüpft das Ergebnis einer Umfrage aus dem Jahr 2000 an, wonach etwa

<sup>1705</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 37-38. Die Studie wird auch zitiert in: Poleschuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. S. 39-40.

<sup>1706</sup> Ebd. S. 10.

<sup>1707</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 2.

<sup>1708</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 16.

<sup>1709</sup> Ebd. S. 38-40.

<sup>1710</sup> Ebd. S. 35-36.

<sup>1711</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. S. 2 vgl. Präsentation von Toomela, Aaro (2014): Eestikeelses koolis on teisekeelsed õpilased? – ei, eestikeelses koolis on erinevaid õpilasi!

<sup>1712</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 17.

## 6. Rolle der Sprache

8% der estnischsprachigen Bevölkerung sich dafür ausgesprochen hat, nur ethnischen Esten die Möglichkeit der Bildung in ihrer Muttersprache zu ermöglichen. Weitere 20% sprachen sich für dieselbe Möglichkeit nur für estnische Staatsbürger aus.<sup>1713</sup> Daraus ergibt sich erneut das Paradoxon der estnischen Integrationspolitik – seitens der estnischsprachige Bevölkerung werden Kenntnisse der estnischen Sprache, Kultur und Geschichte als wichtige, wenn nicht sogar die wichtigsten, Anzeichen der Integrationswilligkeit russischsprachiger Bevölkerung gewertet.<sup>1714</sup> Dennoch wollen einige estnische Eltern offenbar nicht, dass russischsprachige Kinder in estnische Schulen gehen, um dort ebendiese Kenntnisse erwerben zu können. Tatsächlich offenbart es erneut die Problematik des estnischen Integrationsmodells, bei dem von der Minderheit Integrationswilligkeit erwartet wird, dieser aber keine oder wenige Schritte entgegen getan werden.

Ein gewisses Problem der kulturellen Art ergibt sich aus dieser Haltung für die russischsprachigen Kinder, die estnischsprachige Kindergärten und Schulen besuchen. Leider kam es bereits Anfang der 1990er Jahre auf Grundlage der Sprache und Herkunft bei einigen dieser russischsprachigen Kindern zu Problemen mit estnischsprachigen Mitschülern. In vielen Fällen wurden russischsprachige Schüler ausgeschlossen bzw. gehänselt, selbst wenn ihre Kenntnisse der estnischen Sprache Muttersprachenniveau aufwiesen.<sup>1715</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass das Verhalten estnischsprachiger Schüler gegenüber ihren russischsprachigen Mitschülern vor allem in den Anfangsjahren der Unabhängigkeit von den Eltern vermittelt wurde, was wiederum von einer massiven Spaltung der Gesellschaft auf nationaler und sprachlicher Grundlage in den 1990er Jahren zeugt. Solche Probleme sind allerdings im Laufe der Jahre nicht verschwunden: Im Jahr 2008 zeigten Beobachtungen, dass bereits Kinder in der Grundschule eine abweisende Haltung gegenüber anderssprachigen Mitschülern zeigten, was allerdings sowohl bei estnisch- als auch bei russischsprachigen Kindern in estnischsprachigen Schulen beobachtet werden konnte.<sup>1716</sup> Aus der Studie 2012 ist bekannt, dass estnischsprachige Schüler in der Grundschule mitunter offen abweisend gegenüber anderssprachigen (hauptsächlich russischsprachigen) Mitschülern sind.<sup>1717</sup> Es zeigte sich sogar, dass estnische Schüler grundsätzlich positiv gegenüber allen anderen Nationalitäten eingestellt sind und nur explizit Russen gegenüber eine negative Grundeinstellung zeigen. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass estnischsprachige Schüler generell eine niedrige Einschätzung der Russen an den Tag legen, was vor allem bei Schülern mit etwas niedrigeren geistigen Fähigkeiten der Fall ist.<sup>1718</sup> Im Laufe der Zeit würde die offene Ablehnung zwar nachlassen, an deren Stelle würde aber Ignorierung statt einer positiven Einstellung treten.<sup>1719</sup> Verstörend ist mitunter das Ergebnis, wonach russisch-

---

<sup>1713</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses S. 5; Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 18.

<sup>1714</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 35.

<sup>1715</sup> Dieser Eindruck konnte der Autorin dieser Arbeit sowohl aus eigener Erfahrung als auch aus informellen Gesprächen mit russischsprachigen Schülern estnischsprachiger Schulen vermittelt werden.

<sup>1716</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalse suhetega klassis. S. 150.

<sup>1717</sup> Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis. Lõpparuanne“. S. 11; 21.

<sup>1718</sup> Ebd. S. 8; 11.

<sup>1719</sup> Ebd. S. 21; 125-127.

sprachige Schüler unter den Bedingungen estnischsprachiger Schulen auch gegenüber anderen russischsprachigen Mitschülern abweisend sind.<sup>1720</sup> Gleichzeitig würden russischsprachige Schüler sich generell positiv über Esten äußern und estnischsprachige Schüler sogar als geistig höher bewerten als russischsprachige Schüler.<sup>1721</sup> Die positive Bewertung würde allerdings mit zunehmender kognitiver Fähigkeit (bzw. mit zunehmendem Alter, Anm. d. A.) russischsprachiger Schüler sowie mit höherer Estnischsprachigkeit im sozialen Umfeld abnehmen.<sup>1722</sup>

Als Ergebnis dieser Prozesse würden sich russischsprachige Schüler in estnischsprachigen Schulen häufig minderwertig fühlen und negative Gefühle gegenüber ihrer Herkunft entwickeln.<sup>1723</sup> Bereits 2002 berichteten russischsprachige Medien von Minderwertigkeitskomplexen und Identitätskrisen russischsprachiger Schüler in estnischsprachigen Schulen wegen Mangel an Kenntnissen des estnischen kulturellen Hintergrundes.<sup>1724</sup> Als entscheidendes Problem anderssprachiger Schüler in estnischsprachigen Schulen erwies sich entsprechend der Studien des Jahres 2010 auch die Unfähigkeit bzw. häufig auch Unwilligkeit der Lehrer auf die Bedürfnisse solcher Schüler einzugehen.<sup>1725</sup> Zwar hat die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Eltern in der Studie des Jahres 2012 von sehr guten Bedingungen in estnischsprachigen Schulen berichtet, doch beklagten einige russischsprachige Eltern bei den Klassenlehrern mangelnde Kompetenz im Umgang mit Anderssprachigen, Unwilligkeit, Arroganz und schlechte Problemlösungskompetenz in Fällen von Hänseleien.<sup>1726</sup> Am besten fanden Eltern die schulische Betreuung in Gegenden mit hoher Konzentration an russischsprachiger Bevölkerung, in Tallinn und den Städten des Nordostens.<sup>1727</sup> Tatsächlich nannten die Lehrer häufiger Sprachkenntnisse, die Rolle der Eltern sowie kulturelle Unterschiede als Ursachen der Probleme russischsprachiger Kinder und sahen weniger den Mangel an geeigneten Schulungen oder Fortbildungen für die Lehrkräfte als Grund.<sup>1728</sup> Auch diese Art der Problemverzerrung könnte weiterhin für integrative Probleme der Bildung in Estland sorgen. Indes, so eines der Resultate der Studie, müssten sich estnische Schulen künftig auf mehr Zufluss anderssprachiger Schüler vorbereiten. Dies sollte wiederum mehr Anpassungsdruck auf alle Beteiligten ausüben sowie die Notwendigkeit entsprechender Reformen offenbaren.<sup>1729</sup> Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen der Studie des Jahres 2012 besagt ferner, dass Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Integration in erster Linie auf den estnischsprachigen Teil der Bevölkerung abzielen sollten, denn es sei deren abweisende Haltung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung, welche die Integration bremsen würde.<sup>1730</sup>

---

<sup>1720</sup> Ebd. S. 23.

<sup>1721</sup> Ebd. S. 8; 11.

<sup>1722</sup> Ebd. S. 11-12.

<sup>1723</sup> Ebd. S. 21; 108-109; 113.

<sup>1724</sup> Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelse ajakirjanduses. S. 2.

<sup>1725</sup> Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. Hier: Vorstellung der Studie durch den Herausgeber. S. 13-14.

<sup>1726</sup> Ebd. S. 43.

<sup>1727</sup> Ebd. S. 27.

<sup>1728</sup> Ebd. S. 28.

<sup>1729</sup> Ebd.

<sup>1730</sup> Ebd. S. 8.

## 6. Rolle der Sprache

### 6.5.3 Bildung und Sprache in der Ukraine

Die Situation der Bildung und Sprache in der Ukraine ist einerseits einfacher als in Estland und andererseits komplizierter. Einfacher ist sie aufgrund der allgemeinen sprachlichen Situation, wonach Russisch für viele als die „Gewohnheitssprache“, oder „language of convenience“, wie Paul Robert Magosci es nennt, dient.<sup>1731</sup> Andererseits verursacht eben diese Stellung der russischen Sprache die Situation, in der die russischsprachige Bevölkerung sich der ukrainischsprachigen gesellschaftlich ebenbürtig, wenn nicht überlegen, fühlt. Eine offizielle „Zweisprachen-Lösung“ in der Bildung, ebenso wie in der offiziellen Gesetzgebung, ist schwer durchsetzbar und sorgt immer wieder für politischen und gesellschaftlichen Zündstoff, obwohl sie im alltäglichen Leben praktiziert wird. Im Bereich der Bildung befürchten die Eltern russischsprachiger Schüler den Verlust ihrer Sprache und Kultur. Die Befürworter der ukrainischsprachigen Bildung befürchten wiederum, dass im Falle des Fortbestehens der russischsprachigen Schulbildung die ukrainische Sprache nie die volle gesellschaftliche Übermacht gewinnt. Eine Bewegung in Richtung einer Ukrainisierung der Schulbildung ist dennoch stetig zu beobachten, allerdings nicht in dem Ausmaß und Konsequenz, wie es im Baltikum der Fall ist.

In der Institutionalisierungsphase der Demokratie in der Ukraine wurden die sowjetischen Institutionen (Ministerium für Volksbildung, Ministerium für Höhere Bildung und Komitee für Fachausbildung und Technische Bildung) zum neuen Ukrainischen Ministerium für Bildung umfunktioniert.<sup>1732</sup> Der erste Minister hat entsprechend des Programms „Ukrainische Bildung im 21. Jahrhundert“ die Prinzipien der neuen Bildungspolitik der Etablierung des unabhängigen Ukrainischen Staates untergeordnet. Das Sprachgesetz aus dem Jahr 1989 implizierte die Einführung der ukrainischen Sprache an allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen innerhalb einer zehnjährigen Frist. Dabei wurde Russisch als Sprache der „interethnischen Kommunikation“ benannt.<sup>1733</sup> Im Jahr 1992 hat das Ministerium für Bildung beschlossen, dass lokale Verwaltungen dafür Sorge tragen mussten, dass die Zahl des ukrainischsprachigen Unterrichtes für Erstklässler mit der jeweiligen ethnischen Zusammensetzung übereinstimmt. Diese Regelung betraf auch die ethnischen russischen Kinder, deren Eltern die Wahl der Unterrichtssprache überlassen wurde.<sup>1734</sup> Im Grunde bedeutete dies für die russischsprachigen Ukrainer, dass auch sie ihre Kinder in ukrainischsprachige Schulen einschulen mussten, was laut Dominique Arel „nationalistische Tendenzen“ zeigte.<sup>1735</sup> Andere konkrete Maßnahmen zur Ukrainisierung der Bildung betrafen die Einführung von Ukrainisch-Sprachprüfungen für alle Schüler, ebenfalls ukrainische Geschichte und Literatur als

---

<sup>1731</sup> Magosci, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740.

<sup>1732</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 62.

<sup>1733</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.169.

<sup>1734</sup> Jackson, Louise (1998): Case Study of Zaporischija. S. 107.

<sup>1735</sup> Arel, Dominique (1995): Ukraine: The Temptation of a Nationalizing State. Zitiert in: Jackson, Louise (1998): Case Study of Zaporischija. S. 107 ; Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 156-155.

Pflichtfächer.<sup>1736</sup> In Hochschulbildung, die stärker russifiziert war, wurden Sprachtests und ukrainischsprachige Abteilungen eingeführt.<sup>1737</sup>

Die Rehabilitierung des Ukrainischen wurde in den 1990er Jahren durch vielfältige Programme implementiert, bei denen die Erhöhung der Anzahl ukrainischsprachiger Schulen eine bedeutende Rolle spielte. Entsprechend der aktuellen ukrainischen Gesetzgebung wurde demnach allen Bürgern das Recht auf Bildung in der offiziellen Sprache gewährt, was aber auch für die Sprachen der regionalen Minderheiten galt.<sup>1738</sup> Die russischsprachige Bildung durfte also formal stets fortgeführt werden. Im Jahr 1991 hatten ukrainischsprachige Schulen weniger als die Hälfte aller allgemeinbildenden Schulen des Landes ausgemacht, was bedeutete, dass mindestens ein Drittel der ethnisch ukrainischen Kinder auf Russisch unterrichtet wurden.<sup>1739</sup> Während der Zeit 1991 bis 2006 ist der Anteil der ukrainischsprachigen Schulen auf etwa 80% aller allgemeinbildenden Schulen angewachsen, während der Anteil der russischsprachigen Schulen auf etwa 20% zurückgegangen ist.<sup>1740</sup> Im Bereich der Hochschulbildung war der Anstieg des ukrainischsprachigen Angebotes sogar noch stärker: von 37% im Jahr 1991 auf 70% bis 1999 und etwa 85% im Jahr 2007.<sup>1741</sup> Während diese Prozentsätze in etwa der ethnischen Zusammensetzung entsprechen, bedeutete dies für die Gruppe der russischsprachigen Ukrainer, dass ihre Kinder Unterricht auf Ukrainisch statt auf Russisch bekamen. Die Situation hat sich im Vergleich zu 1991 somit umgekehrt.

Die 1990er Jahre sahen einen Anstieg ukrainischsprachiger Bildung im gesamten Land von 47% im Jahr 1990 auf 60% im Jahr 1997. Der Anteil der ukrainischsprachigen allgemeinen Schulbildung wuchs in Kiew in demselben Zeitraum von 20% auf ganze 75%, während er im Osten von 15% auf 26% anstieg.<sup>1742</sup> Während im Jahr 1990 es noch etwa 4 600 Schulen mit Russisch als einziger Unterrichtssprache gab, hat sich deren Anzahl bis 2006 auf etwa 1 800 vermindert. Anstelle rein russischsprachiger sind ukrainischsprachige Schulen bzw. Schulen mit zweisprachigem Unterricht getreten.<sup>1743</sup> Zweisprachige Schulen gab es im Jahr 2006 rund 2 200. Diese Zahlen haben sich bis 2010 weiter verringert, auf etwa 1 200 russischsprachige und 1 600 zweisprachige Schulen, was im Grunde auf die fortwährende Ukrainisierung der allgemeinen Schulbildung hindeutet.<sup>1744</sup> Bis zum Jahr 2011 hatten etwa 8,5% der rund 20 000 allgemeinbildenden

<sup>1736</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 62.

<sup>1737</sup> Ebd. S. 62-63.

<sup>1738</sup> Aktuelle Fassung des Gesetzes: ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218).

<sup>1739</sup> Igrj.ru: „Степень украинизации образования на Украине“ 10.03.2005. <http://www.igrj.ru/info/people/malink/1111152776.html> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>1740</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 739; Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 304.

<sup>1741</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 739.

<sup>1742</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 190. Laut Taras Kuzio betrug der Anteil der Schüler, die in Kiew in ukrainischsprachige Schulen gingen, bis zum Jahr 1996 sogar 95%, in: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 63.

<sup>1743</sup> Кабінет Міністрів України: Для сохранения языкового разнообразия в Украине. 26.11.2006. Департамент коммуникаций власти и общественности Секретариата Кабинета Министров Украины unter: [http://www.kmu.gov.ua/control/publish/article?art\\_id=55444636](http://www.kmu.gov.ua/control/publish/article?art_id=55444636) (Abgerufen am 16.11.2014).

<sup>1744</sup> Petrimazepa.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“ 07.03.2014. <http://petrimazepa.com/culture/we-take-what-is-ours.html> (Abgerufen am 23.11.2014); Weekly.ua: „Язык



## 6. Rolle der Sprache

Schulen in der Ukraine Russisch als Unterrichtssprache.<sup>1745</sup> Nach verschiedenen Angaben bekamen demnach etwa 18% der ukrainischen Schüler im Jahr 2010 noch russischsprachigen Unterricht.<sup>1746</sup> Dabei wird Russisch, zusammen mit russischer Literatur als Schulfach, bis heute in den meisten ukrainischsprachigen Schulen als Fremdsprache unterrichtet. Regional kann anhand der Anzahl russischsprachiger Schulen beobachtet werden, dass ein immer größerer Teil der russischsprachigen Bevölkerung ihre Kinder auf ukrainischsprachige Schulen schickt.<sup>1747</sup>

Die Ukrainisierung des Bildungssystems im Laufe der 1990er Jahre zeigte regional deutliche Unterschiede. Dabei haben sich die Bewohner der östlichen Regionen vehement gegen die Ukrainisierungstendenzen in der Bildung gestellt, während die westlichen Oblaste diese begrüßten.<sup>1748</sup> Die Auseinandersetzungen schienen jedoch eher auf ideologischer Ebene stattzufinden: Die russischsprachige ukrainische Jugend hatte wenig Probleme damit, ihre Sprachgewohnheiten anzupassen, und es hat sich nur eine Minderheit der Gymnasiasten beider sprachlich-nationaler Gruppen Anfang der 1990er Jahre für eine radikale Ukrainisierung ausgesprochen.<sup>1749</sup> Trotz landesweiter Uneinigkeit hinsichtlich einer flächendeckend einheitlichen Unterrichtssprache Anfang der 1990er Jahre waren russischsprachige Ukrainer und ethnische Russen mehrheitlich der Meinung, dass Ukrainisch in russischsprachigen Schulen unterrichtet werden sollte.<sup>1750</sup> Die ideologische Basis der neuen Bildungspolitik basierte auf der Herausbildung einer national bewussten und patriotischen Nation, obwohl auch die Sprachen und Kulturen anderer Gruppen – hauptsächlich der russischsprachigen – in diesen Prozess miteinbezogen werden sollten.<sup>1751</sup> Dadurch wich die ukrainische Führung möglichen Anschuldigungen einer nationalistischen Politik gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung aus. Dennoch kamen bereits in den 1990er Jahren seitens der südöstlichen Oblaste wiederholt Anschuldigungen zum Ausdruck, die ukrainische Führung würde die Ukrainisierung durch Unterdrückung des Russischen im Bildungssystem durchsetzen. Als Beleg galt die absichtliche Verweigerung russischsprachiger Bildung durch zu geringes Angebot bzw. gänzlicher Eliminierung russischsprachiger Schulen (z.B. in Kiew oder Lwiw), wodurch russischsprachige Schüler in ukrainischsprachige Schulen gezwungen würden.<sup>1752</sup> Diese Wahrnehmung verstärkte die Resistenz der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung gegenüber zunehmender Ukrainischsprachigkeit der Bildung.

Während der 1990er Jahre kristallisierte sich eine deutliche Trennlinie zwischen denjenigen Oblasten, in denen deutlich über 50% der Schüler auf Ukrainisch, und denjenigen Oblasten, in denen derselbe Prozentsatz auf Russisch unterrichtet wurden, heraus.

---

до суржика доведет“ 11.02.2010. <http://weekly.ua/pulse/megapolis/2010/02/11/083853.html> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>1745</sup> Petrimazepa.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“.

<sup>1746</sup> Livejournal.com: „Знову про мовне питання“ 16.02.2010. <http://igordudnik.livejournal.com/301252.html#cutid1> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>1747</sup> Для сохранения языкового разнообразия в Украине. 26.11.2006. Департамент коммуникацій влади и общественности Секретариата Кабинета Министров Украины.

<sup>1748</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 155-156.

<sup>1749</sup> Ebd. S. 156-157.

<sup>1750</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S181.

<sup>1751</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 63.

<sup>1752</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S170-171.

Diese Trennlinie verlief geographisch betrachtet – wenig überraschend – durch die Mitte des Landes entlang des Dniepr bzw. entlang der bereits bekannten Aufteilung zwischen West- und Ostukraine. Die Oblaste der Zentralukraine waren bis 1995 in der sprachlichen Aufteilung ihrer Bildungseinrichtungen relativ ausgeglichen.<sup>1753</sup> Insgesamt konnte der Umfang der ukrainischsprachigen Bildung im Landesdurchschnitt zwar Zuwächse verzeichnen, doch im regionalen Vergleich bestanden im Jahr 2007 noch deutliche Unterschiede. Die meisten ukrainischsprachigen Schulen wurden im Norden, im Zentrum und im Süden eröffnet. Im Westen war deren Anteil ohnehin schon hoch. In Kiew waren bis 2005 bereits 96% der Schulen ukrainischsprachig – was nun wiederum die dort lebenden Russen in Sorge versetzte. Trotz dieser Entwicklungen blieb die ukrainischsprachige Bildung im „russischsprachigen“ Teil der Ukraine vielerorts in der Minderheit: In Odessa wurde 2007 nur etwa die Hälfte aller Schüler auf Ukrainisch unterrichtet, in Zaporischija war 45% des gesamten Unterrichtetes ukrainischsprachig, in Luhansk lag dieser Prozentsatz bei lediglich 17% und in Donezk bei nur 14%.<sup>1754</sup> Gemäß russischsprachiger Quellen ist der Anteil ukrainischsprachiger Bildung in Donezk und Luhansk bis 2012 auf etwa 45% angewachsen, was zur Folge hatte, dass etwa ein Drittel russischsprachiger Kinder ukrainischsprachige Schulen besuchten.<sup>1755</sup> Einen drastischen Anstieg erlebte die Ukrainisierung der Bildung demnach nach dem Machtwechsel im Jahr 2004.<sup>1756</sup> Gemäß zugänglicher Quellen lag der Anteil der ukrainischsprachigen Bildung auf der Krim in den Jahren 2005 und 2007 zwischen 1% und 5%.<sup>1757</sup>

Bis zum Jahr 2005 erhielten etwa 24% der ukrainischen Schüler an allgemeinbildenden Schulen Bildung auf Russisch. Dieser Prozentsatz hat sich im Vergleich zu 54% im Jahr 1991 fast halbiert.<sup>1758</sup> Bei den höheren Bildungseinrichtungen lag der Prozentsatz russischsprachiger Bildung im Jahr 2005 etwa bei 18%.<sup>1759</sup> Dabei waren im westlichen Teil des Landes im Jahr 2005 etwa 0,2% der allgemeinbildenden Schulen russischsprachig, in Kiew lag dieser Prozentsatz bei etwa 1,3% und wurde höher, je weiter östlich man sich von der Charkiw-Dnipropetrowsk-Odessa-Grenze bewegte.<sup>1760</sup> Entsprechend blieben in einigen westlichen Oblasten (z.B. in Iwano-Frankiwsk, Winniza oder Ternopyl) gar keine russischsprachigen Schulen, während in anderen westlichen oder zentralen Regionen eine Schule pro Oblast blieb (z.B. in Zhytomyr oder Chmenlyzkyj).<sup>1761</sup> Ähnlich gestaltete sich die Verteilung der Einrichtungen für höhere Bildung mit Russisch als Unterrichtssprache, die in einigen ukrainischen Regionen bis 2007 nicht mehr vorhanden waren.<sup>1762</sup> Bis 2013 lag der Anteil der ukrainischsprachigen höheren Bildung in der russischsprachigen Hochburg Donezk bei etwa 60%.<sup>1763</sup> Die größten Zentren der

<sup>1753</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 172-173.

<sup>1754</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 739-740.

<sup>1755</sup> Русская Планета: „Язык из Киева уведет: украинизация на востоке“ 13.05.2015 <http://rusplt.ru/world/ukrainskiy-yazik-9782.html> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>1756</sup> Ebd.; На Украине запретят сдавать экзамены в вузы на русском. 02.06.2005. <http://lenta.ru/news/2005/06/02/exams/> (Abgerufen am 12.10.2013).

<sup>1757</sup> Vgl. Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 305; Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 740.

<sup>1758</sup> Igru.ru: „Степень украинизации образования на Украине“.

<sup>1759</sup> Ebd.

<sup>1760</sup> Ebd.

<sup>1761</sup> Ebd.

<sup>1762</sup> Ebd.

<sup>1763</sup> Русская Планета: „Язык из Киева уведет: украинизация на востоке“.

## 6. Rolle der Sprache

russischsprachigen höheren Bildung befinden sich im Osten bzw. Süden des Landes bzw. in der Hauptstadt, beispielsweise die Donezker, Charkiwier und Dnipropetrowsker Universitäten, ebenso wie die Universität von Odessa, von Simferopol und die Taras Schewchenko Universität in Kiew.

Weshalb ist der Übergang zur ukrainischen Sprache für viele russischsprachige Ukrainer bzw. ukrainische Russen derart problematisch? Schließlich sorgt die familiäre Nähe der beiden Sprachen für einen relativ leichten Übergang, der mit den Schwierigkeiten in Estland und Lettland gar nicht zu vergleichen ist. Ebenfalls findet sich die Jugend mit beiden Sprachen zurecht, wie Untersuchungen zeigen, und auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt kann die Kenntnis beider Sprachen nicht von Nachteil sein. Die Gründe sind vielfältig und in der Ukraine, anders als im Baltikum, nicht mit der tatsächlichen Schwierigkeit der zu erlernenden Sprache verbunden, sondern mit identifikativen und kulturellen Faktoren. Während die ukrainischsprachige Öffentlichkeit die Bildung auf Ukrainisch als einzigen Weg zur Etablierung dieser als Amtssprache sieht, löst die Ukrainisierung bei dem russischsprachigen Teil Protestgefühle aus. Diese können mit einer Trotzreaktion einhergehen, die mit dem Gefühl der Abweisung zu erklären sind.<sup>1764</sup> Diese gesellschaftlichen Gegensätze ziehen sich durch die gesamte Argumentation des Pro- und Contra-ukrainisch- oder russischsprachiger Bildung. Der Präsident der Ukrainischen Taras-Schewchenko-Gesellschaft bezeichnete im Jahr 2009 die Bildung in ukrainischer Sprache als das höchste patriotische Gut, das als Grundlage der ukrainischen Staatlichkeit zu sehen war. Bildung in einer Fremdsprache – in dem Fall Russisch – wäre demnach eines Patrioten unwürdig.<sup>1765</sup> Aktivisten der russischsprachigen Seite haben den ukrainischen Staat im Gegenzug wiederholt der Zerstörung des russischsprachigen Kulturraumes beschuldigt, ebenso wie der Bestrafung der heutigen russischsprachigen Bevölkerung aufgrund der Stalinschen Untaten.<sup>1766</sup> Nicht selten werden die so definierten „russophoben“ Praktiken der ukrainischsprachigen Seite mit den sogenannten „nationalistischen Sprach-Regimes“ der drei baltischen Staaten verglichen.<sup>1767</sup>

Generell können Argumente für und gegen ukrainisch- bzw. russischsprachige Bildung auf beiden Seiten gefunden werden – und liefern bisweilen interessante Erkenntnisse: Die Befürworter der Erhöhung der ukrainischsprachigen Bildung geben als Argument an, dass der Anteil russischsprachiger Bildung höher sei, als der Anteil der ethnisch russischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Ebenfalls wird vorgebracht, dass der ethnisch russischen oder der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine ohnehin bereits viel Entgegenkommen erwiesen worden seien. Im Vergleich dazu seien nationale Minderheiten in Russland weitaus schlechter gestellt und hätten keine Bildung in nationaler Sprache (beispielsweise der ukrainischen) – so die Argumentation. Ferner wird die russischsprachige Übermacht bei den ukrainischen Medien als Grund für die Notwendigkeit der Erweiterung der Ukrainisierung angegeben, ebenso wie die Pflicht aller Bürger die Staatssprache zu sprechen. Schließlich wird auf die historische

---

<sup>1764</sup> Vgl. hierzu: Mitter, Wolfgang (2011): Internal Conflicts in Ukraine and Their Impact on Education. in: Hanf, Theodor (Hrsg.): The political function of education in deeply divided countries (Bd. 12). Baden-Baden: Nomos. 61-72, S. 70.

<sup>1765</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 70.

<sup>1766</sup> Vgl. hierzu: Ebd.

<sup>1767</sup> Petrimazepa.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“.

Unterdrückung des Ukrainischen hingewiesen, was mit den Folgen der Russifizierung, der Sowjetisierung und dem Mentalitäts- und Identitätsverlust der Ukrainer als Nation einhergeht. Diese historische Opferrolle würde demnach durch die Ukrainisierung als nachträgliche Gerechtigkeit kompensiert.<sup>1768</sup> Bisweilen ist klar, dass diese Thesen nur wenig bis keinen Bezug zu der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung haben – dennoch gelten sie für die eine Seite als plausibel. Dagegen argumentieren die Verfechter der russischsprachigen Bildung in der Ukraine, dass die Ukrainisierung nicht auf Kosten des russischen Kultur- und Sprachguts erfolgen darf. Es gibt demnach nicht genügend russischsprachige Schulen, um den Bedarf zu decken. Ferner, so die Stimmen, darf die Ukraine in Hinblick auf die Situation nationaler Minderheiten nicht mit Russland verglichen werden. Oft kritisieren radikale Verfechter der ukrainischen Russischsprachigkeit die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine dafür, dass sie die Ukrainisierung der Bildung zu passiv hinnimmt. Vorteile für alle sehen Befürworter russischsprachiger Bildung in Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im gesamten russischsprachigen Raum (allen voran in Russland) mit besserer Bildungsqualität und Arbeitsbedingungen, mitsamt höherer Löhne im Vergleich zur Ukraine.<sup>1769</sup> Russischsprachige Fundamentalisten plädieren ferner für die Erhaltung der russischen Kultur und Sprache, die im Vergleich zur ukrainischen viel wertvoller sei.<sup>1770</sup> Schließlich merken die Verfechter der russischsprachigen Bildung an, dass ihre Abschaffung die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber dem ukrainischen Staat massiv untergraben könnte, was in einem ernsthaften Konflikt münden würde.<sup>1771</sup> Als eine mögliche Lösung wird seitens des russischsprachigen Lagers die Erhaltung der russischsprachigen Schulen entsprechend des Anteils der russischen (nicht russischsprachigen) Bevölkerung in den Oblasten empfohlen, so dass landesweit die Quote von 17% erreicht würde. Ebenfalls sollten russischsprachige Schulen mit den Siedlungsgebieten der Nachfrageseite – der russischen Bevölkerung – abgestimmt werden. Dafür sollten lokale Verwaltungen sowie Interessengruppen Sorge tragen. Schließlich sollte auch die ukrainische Sprache in russischsprachigen Schulen unterrichtet werden, aus interethnischen und verfassungstechnischen Gründen.<sup>1772</sup> Auch von diesen Argumenten sind viele realitätsfern und offen feindlich gegenüber der Ukraine und der ukrainischen Sprache, was die gesamte Diskussion um die Bildungssprache im Ergebnis gegen Null tendieren lässt.

<sup>1768</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 177-178; Petrimazera.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“.

<sup>1769</sup> Propaganda: „Русская школа во Львове“ 04.09.2011 <http://propaganda-journal.net/4224.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>1770</sup> Petrimazera.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“; Propaganda: „Русская школа во Львове“.

<sup>1771</sup> Ebd.; Русская Планета: „Язык из Киева уведет: украинизация на востоке“.

<sup>1772</sup> Petrimazera.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“.

## 6. Rolle der Sprache

### 6.6 Zusammenfassung

Als Bindeglied der Gesellschaft spielt die Sprache eine bedeutende Rolle, welche vor allem unter den Bedingungen einer multikulturellen Sozialstruktur zur Geltung kommt. Im postsowjetischen Kontext ist die Relevanz der russischen Sprache nicht zu vernachlässigen, vor allem angesichts des Anteils der Bevölkerung, welcher diese Sprache als Muttersprache sieht. Die gesellschaftliche Präsenz des Russischen hat in den postsowjetischen Ländern zu unterschiedlichen Entwicklungen rund um die Sprache geführt – während im Baltikum Russisch beinahe vollständig aus dem offiziellen Diskurs und der Rhetorik des „baltisch-sprachigen“ Teils der Bevölkerung verschwunden ist, nimmt Russisch in der Ukraine nach wie vor einen bedeutenden gesellschaftlichen Part ein. Die Gründe dafür liegen nicht nur in der Sowjetvergangenheit dieser Länder – auch die linguistische Nähe der neuen titularen Sprachen zum Russischen sowie die kulturelle Nähe der titularen Bevölkerung zur russischen spielen eine entscheidende Rolle. Ferner ist von Bedeutung, welche politische Rolle die neue titulare Elite der eigenen Sprache im Verhältnis zur russischen Sprache beimisst. In jedem Fall kann gesagt werden, dass die Sprache als kulturelles Merkmal alle Ebenen der gesellschaftlichen Integration durchdringt und damit zum entscheidenden Maße die Integration beeinflusst.

Im Zuge der politischen Transformation hat sich die gesellschaftliche Rolle der Sprache in Estland maßgeblich verändert. Die 1990er Jahre haben Estnisch als Staatssprache und die einzige offizielle Sprache etabliert und die Nutzung des Russischen auf ein Minimum reduziert, bzw. es in den inoffiziellen Gebrauch der russischsprachigen Bevölkerung verbannt. Dadurch wurde das Estnisch-Niveau der russischsprachigen Bevölkerung zum zentralen Thema der estnischen Integrationspolitik. Es zeigte sich, dass auch unter den Bedingungen des neuen estnisch-geprägten Staates die Esten dennoch mehr Russisch konnten bzw. gesprochen haben, als dies umgekehrt für die russischsprachige Bevölkerung und Estnisch der Fall war. Dabei wurde die russischsprachige Bevölkerung in der Selbsteinschätzung ihrer Sprachkenntnisse immer unsicherer – was auch wenig positiven Integrationsdrang gegeben haben dürfte. Positiv auf die Estnisch-Sprachkenntnisse wirkten sich eine reguläre Beschäftigung in einem (zumindest teilweise) estnischsprachigen Umfeld, das Vorhandensein der estnischen Staatsbürgerschaft sowie die Wohngegend aus. Im Nordosten Estlands und den russischsprachigen Vierteln Tallinns sank das Niveau des Estnischen im Laufe der Jahre. Nicht-Staatsbürger und Staatsbürger Russlands konnten auch nur selten auf gute Estnischkenntnisse zurückgreifen. Im alltäglichen Leben zeigte sich allerdings, dass Esten nach wie vor bereit sind, auf Russisch umzuschalten, was seltener für die russischsprachige Bevölkerung und Estnisch gilt. Teilweise kann dafür die noch vorhandene Unsicherheit der russischsprachigen Bevölkerung bezüglich ihrer Sprachkenntnisse verantwortlich gemacht werden, doch auch die Haltung der Esten spielt eine Rolle. So begriffen viele Esten ihre Sprache als Identifikationsmerkmal nach den Tallinner Unruhen im Jahr 2007. Estnisch wurde demnach als Unterscheidungsmerkmal zwischen „wir“ und „Fremde“ instrumentalisiert, was erneut keine positiven integrativen Signale gesendet hat. Insgesamt lässt sich sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung gegenüber einem positiven integra-

tiven Effekt der estnischen Sprache nicht abgeneigt ist, doch dieser Effekt verpufft, wenn die Aufnahmebereitschaft seitens der estnischsprachigen Bevölkerung nicht vorhanden ist. Dies kann auch an der Haltung der estnischsprachigen Öffentlichkeit zur Medienwahl der russischsprachigen Bevölkerung gesehen werden: Während in lokalen Medienkanälen nur wenig russischsprachiges Angebot zur Verfügung gestellt wird, wird die Nutzung des Medienangebotes aus Russland als Akt der Illoyalität angesehen. Auch hier dominiert die Denkweise, wonach sich die russischsprachige Bevölkerung selbst um ihre Informiertheit kümmern muss, jedoch nicht auf „falsche“ Quellen zurückgreifen darf. Zumindest scheint die einseitige Wahrnehmung der Integration der estnischen Gesellschaft mit der Zeit klar geworden zu sein, wie das Beispiel des Werbevideos aus dem Jahr 2015 veranschaulicht. Somit kann im Fall Estland von einer deutlichen sprachlichen Segmentierung und gar einer Marginalisierung gesprochen werden. Die Segmentierung erfolgt im öffentlichen und privaten Sprachgebrauch, indem die estnisch- und russischsprachige Bevölkerung beinahe vollständig voneinander getrennt sind. Gemeinsamer Sprachraum ist im offiziellen Bereich nur mit Estnisch als Kommunikationsmedium gewährleistet. Russisch ist damit in diesem Bereich marginalisiert. Privat wird unter anderem auch auf Russisch kommuniziert – jedoch nur in Ausnahmefällen. Eine Bewegung der russischsprachigen Bevölkerung in Richtung sprachlicher Mehrfachintegration ist zwar gegeben, wird allerdings von der abweisenden Haltung des estnischsprachigen Teils der Gesellschaft sowie dem erschwerten Zugang zum hinreichend guten Estnisch-Unterricht erschwert bzw. blockiert.

Die Unterdrückung der Russischsprachigkeit kann zu keiner positiven Einstellung der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber der titularen Sprache führen. Dies gilt sowohl für das Baltikum als auch für die Ukraine. Auch die sprachliche Situation in der Ukraine, obwohl anders als im Baltikum, ist keine einfache – hierbei spielen sowohl soziale, historische und geolinguistische Faktoren eine Rolle. Letzteres beinhaltet die geographische Verteilung der Sprachen in der Ukraine und die Frage nach der Legitimität der ukrainischen Nation und ihrer Sprache. In diesem Zusammenhang ist es zentral, ob Russisch ebenso wie Ukrainisch zu dieser Nation gehört oder ob nur Ukrainisch als Träger der nationalen Identität und Legitimation gelten darf. In der Realität werden sowohl im offiziellen Gebrauch als auch im Alltag und im familiären Umfeld beide Sprachen verwendet. Auch Mischvarianten wie „surzyk“ werden häufig benutzt. Auf die Nutzung der jeweiligen Sprache wirken sich neben der geolinguistischen Lage auch die Beschäftigungssituation, das Alter und die Wohngegend aus. Bei häufigem Umgang mit der Öffentlichkeit und ukrainischsprachigem Schriftverkehr im Berufsleben steigt tendenziell die Nutzung des Ukrainischen. Allerdings ist diese Situation anders als in Estland, da hier der Übergang zwischen Ukrainisch und Russisch ein fließender ist, so dass viele sich dessen häufig gar nicht bewusst sind. Prinzipiell könnte eine solche linguistische Lage als eine erfolgreiche Form der sprachlichen und damit der gesellschaftlichen Integration gelten. Allein die historische Rolle des Ukrainischen und die Verbindung mit der Existenz des ukrainischen Staatentums sorgen bisweilen für gesellschaftliche Spannungen. So kann der Gebrauch des Ukrainischen als Symbol des Patriotismus gewertet werden, was in der Vergangenheit auch häufig von der politischen Führung des Landes genutzt wurde. Wiederum kann die Ausgrenzung des Russischen – ob gefühlte oder

## 6. Rolle der Sprache

tatsächliche – zu sozialen Problemen führen, wie auch in der Krise von 2014. Dabei zeigen Untersuchungen, dass die Politisierung der linguistischen Frage in der Ukraine nur zum Teil auf gesellschaftlichen Gegebenheiten beruht. Viele sehen in der gesprochenen Sprache und der Zugehörigkeit zum Staat keine Verbindung, was vor allem für die russischsprachigen Regionen der Ukraine gilt. Auch die Mediennutzung zeigt, dass eine Differenzierung gemäß der jeweiligen Quelle durchaus vorhanden ist. Insofern kann man sagen, dass eine Verknüpfung zwischen der Sprache und der Zugehörigkeit zum Staat in der Ukraine eine negative integrative Wirkung hat. Bis hin zur identifikativen Ebene zählt sich die russischsprachige Bevölkerung der Ukrainer als Bestandteil des Staates und widersetzt sich einer Ausgrenzung auf linguistischer Grundlage. Generell kann man aber sagen, dass in der gesamten Ukraine russische und ukrainische Elemente sich auf eine Art und Weise vermischen, die schwer zu erklären und für Außenstehende zu begreifen ist.<sup>1773</sup> Wie die Worte einer Bewohnerin Odessas (im Artikel von Abel Polese und Anna Wylegala zitiert): „In meinem Kopf ist es ganz klar, aber ich kann es nicht ausdrücken“ – so kann man sich die sprachliche Situation in der Ukraine in etwa vorstellen.<sup>1774</sup> Aus diesen Gründen scheint eine strikte sprachliche Trennung in der ukrainischen Realität unmöglich und auch nicht erstrebenswert. In der Ukraine herrscht somit weitestgehend die Situation einer sprachlichen Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung. Dies bezieht sich sowohl auf den privaten als auch auf den offiziellen Sprachgebrauch. Zu beobachten ist zudem eine „umgekehrte“ Assimilierung der Titularnation zur russischen Sprache als Kommunikationsmedium, was jedoch stark mit der Wohngegend zusammenhängt. Ebenfalls von Bedeutung ist hierbei das Auftreten eines asymmetrischen Bilingualismus, indem Russisch bei bilingualer Sprachnutzung dominant ist.

Im Bereich der Bildung sorgt die Präsenz russischsprachiger Schulen sowohl in Estland als auch in der Ukraine für integrative Probleme in der Gesellschaft. Während in der Ukraine die allgemeine linguistische Situation einen fließenden Übergang erlaubt, findet die russischsprachige Bildung in Estland unter der gegenwärtigen politischen und sozialen Situation keinen Platz. Als problematisch erweist sich bisweilen die Tatsache, dass Bildung auf Russisch nach wie vor nachgefragt wird – mit unterschiedlichen Effekten in der Ukraine und in Estland. Die sprachliche Zerteilung der Bildung hat bereits während der Sowjetjahre zu einer sprachlich-kulturellen Segmentierung der Gesellschaft geführt, wobei in den estnischsprachigen Schulen der Russisch-Unterricht sowie die ideologische Untermauerung auch für eine umgekehrte Assimilation der Esten in die sowjetische Gesellschaft sorgten. Die Beibehaltung der russischsprachigen Schulen führte die sprachlich-kulturelle Segmentierung fort, wobei nun die russischsprachigen Schulen teils aus Mangel an Lehrern und teils aus Mangel an eigener Initiative sich der zunehmend estnischsprachigen Gesellschaft nicht oder zu langsam anpassen konnten. Staatliche Maßnahmen erwiesen sich dabei nur teilweise als effektiv, vor allem was die nachhaltige sprachliche Vorbereitung der Lehrer anging. Durch die ungenügend vermittelten Kenntnisse der estnischen Sprache wurden Absolventen russischsprachiger Schulen bei dem Erwerb estnischsprachi-

---

<sup>1773</sup> Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 15-16.

<sup>1774</sup> Zitiert in: Ebd. S. 16; vgl. auch: Laitin, David D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 162-163.



ger höherer Bildungsabschlüsse sowie auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig. Dies greift die Integration in der sozialen und der strukturellen Dimension an, indem zwei der drei genannten Indikatoren zu einer deutlichen Segmentierung auf sprachlicher Basis führen. Auf der strukturellen Ebene führt russischsprachige Bildung in Estland und Lettland ferner zu einer Segmentierung in der sozialen Dimension, wobei hauptsächlich Freizeitaktivitäten vorzugsweise mit Schülern und Jugendlichen aus dem gleichen sprachlich-kulturellen Milieu stattfinden. Dies kann bei der späteren Partnerwahl ebenfalls dazu führen, dass die russischsprachige Gemeinschaft zu diesem Zweck ausgewählt wird. Schließlich führt die Segmentierung im Bereich der Bildung zu einer Segmentierung oder gar Marginalisierung auf der identifikativen Ebene der Integration, indem die russischsprachige Jugend sich wenig mit der estnischen Gesellschaft und dem Staat identifiziert und es bevorzugt, ins Ausland zu gehen. Neben einem „brain-drain“ Effekt hat dies auch die Abwanderung einer gesellschaftlichen Schicht zur Folge, die später ein positives Integrationspotential entfalten könnte. Solange russischsprachige Schulen im Baltikum das Niveau der titularen Sprachen nicht vermitteln können, das die sprachliche Mehrfachintegration russischsprachiger Schüler in der strukturellen Dimension, vor allem in der höheren Bildung und auf dem Arbeitsmarkt, gewährleistet, wird die so entstandene Segmentierung der russischsprachigen Gemeinschaft nicht überwunden. Ebenso können weniger positive Integrationsimpulse entstehen, wenn gegenüber russischsprachigen Kindern in estnischsprachigen Schulen eine teilweise negative Haltung herrscht.

In der Ukraine sorgte die Ukrainisierung der Bildung in den 1990er Jahren zunächst für positive Effekte in der Verbreitung der ukrainischen Sprache. Mit zunehmendem Unterricht in Ukrainisch hat sich der russischsprachige Teil der Bevölkerung allerdings zunehmend segmentiert gefühlt, obwohl die linguistische Verteilung des Landes zeigt, dass diese Sorgen wenig Grundlage haben. Schließlich ist Russisch im Alltag und in der Bildung der Ukraine konkurrenzfähig – anders als im Baltikum. Die sprachliche Situation der Bildung zeigt eine ähnliche geolinguistische Verteilung wie auch die Sprache an sich – so dass im Osten und Süden mehr russischsprachige Bildung angesiedelt ist als im Westen oder Zentrum des Landes. Angesichts der gesellschaftlichen Rolle des Russischen können hier auch russischsprachige Schüler und Studenten auf der strukturellen sowie der sozialen Dimension gut in der Gesellschaft agieren, zumal die allermeisten von ihnen auch problemlos Ukrainisch beherrschen. Insofern führt die vorhandene linguistische Mehrfachintegration der ukrainischen Gesellschaft insgesamt auch zu einem positiven Ergebnis der Mehrfachintegration auf der strukturellen und sozialen Ebene, was sich auch positiv auf die identifikative Ebene auswirkt. Dieser Effekt wird durch die beidseitige Argumentation der Verfechter der ukrainisch- bzw. der russischsprachigen Bildung gestört. Erstere betonen den negativen Einfluss der russischsprachigen Bildung, welche gegen die Einheit der ukrainischen Gesellschaft wirkt. Dagegen betont die andere Seite die Notwendigkeit russischsprachiger Bildung aus symbolischen und praktischen Gründen, welche den Weg in andere russischsprachige Länder eröffnet. Angesichts der linguistischen Situation der Ukraine kann allerdings behauptet werden, dass die Mischung aus beiden Sprachen in der Bildung, bei höherem Anteil der ukrainischen Sprache, einen insgesamt positiven integrativen Effekt auf die linguistische Mehrfachintegration in diesem Land hat.



# 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

## 7.1 Identitäten als politische bzw. gesellschaftliche Größen

Der Weg der russischsprachigen Bevölkerung von der Titularnation zu einer Minderheit ist von Ereignissen begleitet worden, welche die Identität einer Nation zu einer politischen und gesellschaftlichen Größe heranwachsen ließen. Pål Kolstø beschrieb im Jahr 1999 den Prozess, wonach in Folge der Nationalitäten-Politik der Sowjetzeit alle Nationalitäten, aber allen voran die Russen, eine Identitätskrise erlebten.<sup>1775</sup> Dies zeigen auch andere Studien, so wie die von David Laitin Mitte der 1990er Jahre sowie die bisherige Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse im postsowjetischen Raum.<sup>1776</sup> Wie sich die Identitäten der russischsprachigen Bevölkerung und der neuen Titularnationen verändert haben und welche Faktoren dabei eine Rolle spielen, soll im Folgenden angeführt werden.

Die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum ist keine homogene Einheit. Vielmehr wird ihre Rolle und Position von der Region bzw. dem Land beeinflusst, in dem sie wohnhaft ist. Eine Reihe von Faktoren ist hierbei wichtig, solche wie die absolute sowie relative Größe der russischsprachigen Gruppe im Vergleich zu der Titularnation, ebenfalls ihre geographische und territoriale Lage innerhalb des jeweiligen Landes. Hinzu kommt die bereits stattgefundene sowohl soziale als auch sprachliche Vermischung mit der lokalen Bevölkerung. Hierfür ist zweierlei bedeutsam: die lokale Sprache und deren Nähe zum Russischen sowie die kulturelle und historische Verbundenheit der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung mit der lokalen. Darüber hinaus ist es entscheidend, wie die Beziehungen innerhalb der russischsprachigen Gruppe aufgebaut sind, also die soziale Kohäsion der russischsprachigen Bevölkerung selbst.<sup>1777</sup> Dasselbe ist im Übrigen auch für jede ethnisch-nationale Bevölkerungsgruppe, welche in einem Staat eine Minderheit darstellt, von Bedeutung.

Durch die Nationalisierung des politischen Prozesses im Zuge des Zerfalls der Autokratie und der Einführung des demokratischen Systems wurde die nationale Identität der Bevölkerung in vielen postsowjetischen Ländern „politisiert“, indem die jeweiligen Volksgruppen ihre neue bzw. alte gesellschaftliche und politische Position neu definieren bzw. ihre neue gesellschaftliche Rolle akzeptieren mussten. Insbesondere war von

---

<sup>1775</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*.

<sup>1776</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*.

<sup>1777</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 616.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

diesem Prozess die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung betroffen, deren gesellschaftliche und politische Rolle womöglich den größten Wandel des postsowjetischen Raumes durchlebte. In einigen Fällen fand sich die russische bzw. russischsprachige Bevölkerung in ihrer Identifikation als Teil der jeweiligen Gesellschaft bestärkt, in anderen Fällen musste sie sich mit einer Rolle der „anderen“ bzw. der „Fremden“ anfreunden. In jedem Fall fanden sich viele in einem Zwiespalt aus neuen gesellschaftlichen Normen wieder und einige hatten das Gefühl, sich für eine „Seite“ entscheiden zu müssen. Insofern veränderte sich im Zuge der politischen Ereignisse der 1980er und 1990er Jahre die gesellschaftliche und politische Position der ehemaligen sowjetischen Titularnation entscheidend. Ihren Platz in dem gesellschaftlichen Netzwerk der neu entstandenen Staaten mussten die Russen, bzw. die russischsprachige Bevölkerung vielerorts neu definieren bzw. wurde diese für sie neu definiert. Durch die Verstärkung der Bedeutung der Sprache, der Kultur und der Selbstpositionierung der neuen Titularnationen in den neuen unabhängigen Staaten wurde auch die nationale Identität zum festen Bestandteil des staatlichen Aufbaus. Die Staatlichkeit wurde in einigen Ländern mit den kulturellen, historischen und sprachlichen Merkmalen jeweiliger Titularnation verbunden, was zwangsläufig zur Ausgrenzung derer führte, die einer anderen Nation angehörten.<sup>1778</sup> Für die identifikative Dimension der gesellschaftlichen Integration ist es von entscheidender Bedeutung, wie sich die nationalen Identitäten sowohl der neuen Titularnationen als auch der russischsprachigen Bevölkerung unter den neuen Umständen verändert haben. Entsprechend der Resultate dieser Veränderungen wurden auch die jeweilige gesellschaftliche Rolle sowie die Selbstpositionierung der Nationen in den postsowjetischen Ländern geprägt.

Nicht zu vernachlässigen ist indes, wie sich die stereotypisierte Rolle der Mehrheit gegenüber der Minderheit verändert hat. Vor allem im Hinblick auf den Wandel der gesellschaftlichen und politischen Position der russischsprachigen Bevölkerung kann eine Änderung der Stereotypen mit diesem Wandel einhergehen bzw. ihn verursachen oder beeinflussen. Falls ethnische Stereotypen dazu dienen, die Rolle der eigenen ethnischen Gruppe als Führungsgruppe zu etablieren, können Stereotypen als negativ konnotierte Abbilder der jeweils anderen ethnischen Gruppe zum gesellschaftlichen Ausschluss bzw. Minderbewertung dieser führen.<sup>1779</sup> Im Allgemeinen können zwei Faktoren von Bedeutung sein, wenn es um die Veränderung der stereotypisierten gesellschaftlichen Rolle ethnischer Gruppen geht: ein verändertes soziokulturelles Umfeld sowie bedeutende politische Ereignisse, welche auch sozioökonomische Umstrukturierungen nach sich ziehen.<sup>1780</sup> Wenn im Zuge der veränderten politischen Umstände sich die Positionierung ethnischer Gruppen verändert, geschieht dies mittels Informationen, die man über die eigene Gruppe hat sowie die Informiertheit über die andere bzw. die anderen Gruppen, wenn es mehrere sind. Diese Informationen können sich im Laufe der Zeit oder im Zusammenhang mit den politischen oder gesellschaftlichen Ereignissen verän-

---

<sup>1778</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 2-3.

<sup>1779</sup> Vgl. Brigham, John C. (1973): Ethnic stereotypes and attitudes: A different mode of analysis. *Journal of Personality*, 1/2. 206-223.

<sup>1780</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalse suhetega klassis. S. 147-148.

## 7.1 Identitäten als politische bzw. gesellschaftliche Größen

dem, wodurch auch die Schätzung der jeweils anderen Gruppe beeinflusst wird.<sup>1781</sup> Durch eine ethnisch, sprachlich, kulturell und national untermauerte Teilung in „wir“ und „andere“ kann eine Spaltung der Gesellschaft erfolgen, deren Mitglieder in Kategorien „wir“ und „andere“ denken.<sup>1782</sup> Sozialpsychologisch betrachtet werden die Angehörigen der „wir“-Gruppe tendenziell näher empfunden als die „anderen“, was sich auch im Sozialverhalten niederschlagen kann.<sup>1783</sup> Insofern kann das Erreichen eines besseren Selbstwertgefühls und einer positiven Identität der eigenen Gruppe mit der Herabwürdigung sowie Abweisung der jeweils anderen Gruppe einhergehen.<sup>1784</sup> Ein solches Verhalten kann symptomatisch für eine nationale Mehrheit sein, die in der Regel ohnehin sozioökonomisch besser gestellt ist als die Minderheit, was wiederum zu einem andauernden Auseinanderdriften nationaler Gruppen in einer Gesellschaft führen kann. Dabei kann eine Situation entstehen, in der die Mehrheit gar nicht mehr an einer Annäherung interessiert ist, da sie sich ohnehin bereits überlegen gegenüber der Minderheit fühlt. Diese Position kann eine Minderheit wiederum dadurch erwidern, dass sie in der eigenen Gruppe näher zusammenrückt und so ihre Identität schützt, ohne sich dabei in die Mehrheitsgesellschaft integrieren zu wollen.<sup>1785</sup> Eine solche Konstellation ist schwer rückgängig zu machen, sollten sich die entsprechenden Positionen bereits verhärtet haben, und führt zu einer gesellschaftlichen Segmentierung statt zu einer Mehrfachintegration.

Im Falle der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum kann entsprechend dieses Schemas der Zusammenfall der Sowjetunion in Verbindung mit einer entscheidenden Verschiebung der ethnischen, sprachlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse als ein prägendes politisches Ereignis gelten. Entsprechend hat sich im Zuge dessen der Prozess der politischen Entscheidungsfindung verändert, was wiederum Auswirkungen auf die identifikative Rolle ethnischer Stereotypen hatte. Idealerweise kommt es dabei zu weniger Konflikten, je mehr Kontakt die nationalen Gruppen miteinander pflegen, was vom postsowjetischen Raum, in dem die russischsprachige Bevölkerung und die Titularnationen jahrzehntelang miteinander kommunizierten, erwartet werden könnte.<sup>1786</sup> Doch was passiert, wenn, wie im Falle der baltischen Länder, die ehemals titulare Gruppe, die russischsprachige Bevölkerung, stellvertretend für die ungewollte politische Vergangenheit bzw. als Angehörige der Okkupationsmacht schuldig für den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit gemacht wird und gesellschaftliche Konflikte aufgrund deren Ausgrenzung in Kauf nimmt? So haben etwa zwei Drittel der Esten im Jahr 2008 angegeben, dass ihrer Meinung nach nationale Konflikte in einem

---

<sup>1781</sup> Vgl. Kirby, D. M./Gardner, R. C. (1973): Ethnic stereotypes: Determinants in children and their parents. *Canadian Journal of Psychology/Revue Canadienne de Psychologie* 27/2, 05/1973. 127-143.

<sup>1782</sup> Vgl. Baron, Robert A./Byrne, Donn (1991): *Social Psychology: Understanding human interaction*. Boston, MA: Allyn & Bacon.

<sup>1783</sup> Vgl. Kinket, Barbara/Verkuyten, Maykel (1999): Intergroup evaluations and social context: a multilevel approach. *European Journal of Social Psychology* 29/2-3. 219-237.

<sup>1784</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalse suhetega klassis. S. 151-152.

<sup>1785</sup> Ebd. S. 152.

<sup>1786</sup> Vgl. Hamburger, Yair (1994): The contact hypothesis reconsidered: Effects of the atypical outgroup member on the outgroup stereotype. *Basic and Applied Social Psychology* 13/3. 339-358.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

multiethnischen Staat unvermeidbar sind.<sup>1787</sup> Gleichzeitig hat ebenfalls zwei Drittel der russischsprachigen Bevölkerung Estlands angegeben an die Vermeidbarkeit solcher Konflikte zu glauben.<sup>1788</sup> Dies zeigt eine grundlegend unterschiedliche Haltung gegenüber der Möglichkeit einer konfliktfreien Koexistenz und kann als ein Stadium der beschriebenen gesellschaftlichen Segmentierung gelten. Was den Eindruck der unerwünschten Annäherung seitens der Mehrheit gegenüber der Minderheit zu bestätigen scheint, haben 2008 auch die meisten Esten in Gegenden mit hohem Anteil russischsprachiger Bevölkerung angegeben, ihren persönlichen Raum mit Vertretern anderer nationaler Gruppen nicht teilen zu wollen.<sup>1789</sup> Dies zeugt auch für den Bereich der identifikativen Selbstpositionierung, wie bereits beim Indikator „Sprache“, von einer grundsätzlich abweisenden Haltung der estnischen Titularnation gegenüber der russischsprachigen Minderheit.

In der Ukraine, wo die ehemalige Titularnation (Russen) kulturell und sprachlich dermaßen tief mit der eigenen Sprache, Kultur und Gesellschaft verwurzelt ist, kann es schwer sein, sich selbst als Nation zu positionieren. Hier kommen andere Möglichkeiten des gesellschaftlichen Miteinanders zum Vorschein, welche allerdings ebenfalls zu einer identifikativen Spaltung der nationalen Gruppen führen können. Diese zeigen sich in kulturellen, historischen und sprachlichen Eigenarten, welche von den jeweiligen Gruppen verwendet werden, um sich von der jeweils anderen Gruppe abzugrenzen. Schwierig wird es, wenn sich solche Gegensätze auf die Ebene der Normen und Gesetze übertragen – so wie es im Baltikum der 1990er Jahre und in der Ukraine vor allem im Zuge der Ereignisse des Jahres 2014 der Fall war. Dabei spielt stets die Agenda der jeweiligen titularen Gruppe eine Rolle, welche sich durch die entsprechende Gesetzgebung bzw. der Haltung gegenüber der Minderheit – der russischsprachigen in diesem Fall – abgrenzen kann.

Die weiterführende Frage ist indes, wie die Minderheit auf eine exklusive Gesetzgebung reagiert und ob sie sich dieser fügt, falls diese im Grunde verlangt eine Veränderung ihrer nationalen Identität in Kauf zu nehmen. Dieser Frage hat sich David Laitin in einer umfassenden Studie der Identität der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum Anfang bzw. Mitte der 1990er Jahre gewidmet.<sup>1790</sup> Dabei entwickelte er ein Modell, welches die Veränderungen der Identitäten erklären kann – und zwar aus der Perspektive der kollektiven Aktionen der Mehrheit bzw. der Minderheit, die sich an den anderen Mitgliedern der jeweiligen Gruppe orientieren.<sup>1791</sup> Laitin unterscheidet zwischen der Möglichkeit einer „Nationalisierung“ bzw. einer „Assimilierung“ als Aktion und Reaktion der Mehrheit bzw. der Minderheit im Kontext eines veränderten Umfeldes.<sup>1792</sup> Als Alternative zur Assimilierung unterscheidet Laitin zwischen Ausstieg,

---

<sup>1787</sup> Kruusvall, Jüri (2008): Rahvussuhete tajumine. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitoriing 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 81-106.

<sup>1788</sup> Ebd.

<sup>1789</sup> Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalse suhetega klassis. S. 151-152.

<sup>1790</sup> Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 3-35

<sup>1791</sup> Ebd. S. 21-32.

<sup>1792</sup> Ebd. S. 21-24.

## 7.1 Identitäten als politische bzw. gesellschaftliche Größen

Mobilisierung, Inkorporation und Konfrontation.<sup>1793</sup> Hinsichtlich der Ereignisse im Baltikum ist dieser Ansatz interessant – hauptsächlich weil hier die Nationalisierungstendenzen der Balten ab dem Ende der 1980er Jahre mit Assimilierungerwartungen (als Alternative zur Emigration) gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung einhergingen.<sup>1794</sup> Einen schwierigen Punkt sah Laitin dabei bereits Mitte der 1990er Jahre: die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Integrationsbestrebungen der Minderheit.<sup>1795</sup> Wie aus den Ausführungen zur gesellschaftlichen und politischen Konsolidierung sowie zur Sprache und Bildung ersichtlich ist, stellt dieses Problem bis heute eines der wichtigsten Bausteine des gesellschaftlichen Miteinanders im gesamten post-sowjetischen Raum dar. Selbst in der Ukraine, in der das Erlernen der Sprache die russischsprachige Bevölkerung vor weitaus kleinere Probleme stellen sollte als im Baltikum, kam es wiederholt zu Schwierigkeiten der gegenseitigen Akzeptanz. Diese Probleme haben in beiden Ländern bzw. Gegenden mit identifikativen Elementen zu tun und haben nicht nur pragmatische Gründe, wie zum Beispiel Schwierigkeiten beim Erlernen der Sprache.

Obwohl es bedeutende Unterschiede in der politischen Entwicklung zwischen Estland und der Ukraine gibt, spielt das nationale Selbstbewusstsein – bzw. die Identität – der Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung eine bedeutende Rolle in der aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Gestaltung. Dabei gilt es, zwischen den Ansätzen der „primordialen“, also angeborenen Identität, und einer „konstruierten“ Identität, welche sich durch den Einfluss einer Reihe von Faktoren verändern kann, zu unterscheiden.<sup>1796</sup> Während die sowjetische, bzw. stalinistische Definition der nationalen Identität der sowjetischen Titularnationen einer eher primordialen Ideologie folgte, zeigen die Entwicklungen rund um die russischsprachige Bevölkerung im post-sowjetischen Raum, dass äußere Faktoren zur identifikativen Dimension durchaus viel beitragen können, was somit für die konstruktivistische Perspektive sprechen würde.<sup>1797</sup> Grundsätzlich kann bereits vorweg – und wenig überraschend – gesagt werden, dass Identitäten weder fest definierbar noch eindeutig erfassbar sind. Höchstens kann die Antwort auf die Frage „Wer bin ich wirklich?“ als Grundsatz der identifikativen Selbst-

---

<sup>1793</sup> Als Begründung dient eine Reihe von Faktoren, zum Beispiel der höhere ökonomische Nutzen, den die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum (v.a. in Estland) aus der Assimilierung erwartet und zweitens die Schwierigkeit eines „Ausstiegs“ aus der Gesellschaft (in dem Fall einer Rückkehr nach Russland bzw. in ein anderes Heimatland) – in Verbindung mit der grundsätzlichen „Offenheit gegenüber der Assimilierung“ als eigenständigem Index. Im Falle vom Baltikum könnte der erwartete Nutzen die Kosten übersteigen – allerdings könnte der Nutzen auch vermindert werden, falls die beschriebene Möglichkeit der „Abweisung trotz Assimilation“ von Seite der titularen Gesellschaft, der Wirtschaft oder der Politik stattfindet, so Laitin. Im ukrainischen Fall ist der Nutzen entsprechend niedriger und die Möglichkeiten der Rückkehr – laut Laitin – höher, was wiederum im Baltikum nicht der Fall ist, denn die Verbleibenden akzeptierten durch ihre nicht-Emigration quasi die neuen Spielregeln. Es ist einzuräumen, dass dieses Modell aufschlussreich sein kann und einige interessante Einsichten sowie allgemein die zahlreichen Beispiele beinhaltet, welche Laitin aus den Ländern Estland, Lettland, Kasachstan und der Ukraine anführt. Vgl. Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 158-198; 202-216.

<sup>1794</sup> Laitin verwendet Kosten-Nutzen-Überlegungen, um sprachliche Assimilierung zu erklären, wobei das Erlernen der neuen Sprache von den subjektiven Faktoren abhängt, aber auch von den Aktionen der anderen Mitglieder der jeweiligen Gruppe. Vgl. Ebd. S. 27-29.

<sup>1795</sup> Ebd.

<sup>1796</sup> Ebd. S. 11-13.

<sup>1797</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 19-21.



## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

positionierung betrachtet werden.<sup>1798</sup> In jedem Fall ist die Identifikation als höchste Stufe der gesellschaftlichen Integration zu betrachten, welche von der Positionierung in allen anderen Dimensionen abhängt. Letztlich ist es entscheidend, wie weit die Integration in allen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens fortgeschritten ist, damit es zu einer tiefgehenden Identifikation mit der Gesellschaft und dem Staat kommen kann.

### 7.2 Identitäten im Wandel – Russen und „andere“ als identifikatives Erbe

Millionen von Menschen sahen sich in der Sowjetunion der Russifizierungspolitik ausgesetzt. Viele Bewohner der Unionsstaaten, vor allem in den Ländern der ostslawischen Sprachen Ukraine und Weißrussland, haben sich infolgedessen an die Sowjet-russische Identität angepasst.<sup>1799</sup> Gleichzeitig waren alle Sowjetbürger an ihre im Pass vermerkte Nationalität gebunden. Die Unterscheidung zwischen „Russen“ und „Nicht-Russen“, mit damit verbundener gesellschaftlicher Stellung, sind auf diese Zeit zurückzuführen.<sup>1800</sup> Gemäß den sowjetischen Regelungen durfte jeder Sowjet-Bürger bis zum 16. Lebensjahr einen Pass erhalten, in dem seine Nationalität eingetragen wurde. Diese konnte entweder der Nationalität der Mutter oder des Vaters entsprechen.<sup>1801</sup> Hierin wird erneut die Unterscheidung zwischen der Nationalität und der Staatsbürgerschaft deutlich, die in der sowjetischen Ideologie sehr wichtig war. Die Staatsbürgerschaft konnte man wechseln, die Nationalität aber nur in begründeten Fällen (z.B. Mischfamilien). Dies konnte bei Personen mit politisch als „problematischer“ geltender Nationalität zu Schwierigkeiten führen. Zu solchen gehörten beispielsweise Juden, Krimtataren oder auch Deutsche. Die so genannte „Behinderung fünften Grades“ spielte während der Sowjetzeit auf die 1974 eingeführten neuen sowjetischen Pässe an, in denen Absatz Nummer 5 die Nationalität wiedergab. Aufgrund der nationalen Zugehörigkeit konnten Personen zu bestimmten Stellen zugelassen oder abgewiesen werden, ebenfalls gesondert – positiv oder negativ – behandelt werden. Aufgrund dessen entstanden gemischte Identitäten und „unwahre“ Nationalitäten, welche auf der Gegebenheit beruhten, dass Russe zu sein in der Sowjetunion häufig eine gute Alternative zur „eigentlichen“ Nationalität war.<sup>1802</sup> Die sowjetische Nationalitätenpolitik führte aber auch dazu, dass nach dem Zerfall des Sowjetsystems eine scharfe Trennlinie zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität entstanden ist. Privilegien für Russen, welche vorher gegeben waren, mussten nach der

---

<sup>1798</sup> Ebd. S. 19-20.

<sup>1799</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 96.

<sup>1800</sup> Vgl. Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 609; Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. *Nations and Nationalism* 8/1. 31-54. S. 32.

<sup>1801</sup> Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism, and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. S. 29-31.

<sup>1802</sup> Die sogenannte „Пятая графа“, vgl. Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 103.

## 7.2 Identitäten im Wandel – Russen und „andere“ als identifikatives Erbe

Wende von und gegenüber den anderen Nationalitäten – Esten, Letten, Ukrainern, Kasachen (u.a.) - abgeschafft werden.<sup>1803</sup> Gleichzeitig führte dies dazu, dass ethnische Russen sich ihrer eigenen Nationalität noch stärker bewusst wurden und das, was vorher nie als ein Problem wahrgenommen wurde, plötzlich als solches galt. Dies, gepaart mit der einfachen Gewohnheit, Russisch als Kommunikationssprache zu verwenden, mündete in der Situation, in der die sowjet-geformte russischsprachige Bevölkerung sich nur schwer von ihrer privilegierten Rolle der Vergangenheit trennen konnte.

Ideologisch und politisch betrachtet blieb den Völkern der Sowjetunion keine Wahl ihrer Identität – die Sowjetbürger waren gezwungen als „homo sovieticus“ mit der Prämisse des „Russischen“ der Sowjetherrschaft einverstanden zu sein. Ein Teil der Bevölkerung identifizierte sich dabei mit der Sowjetherrschaft oder versuchte sich das „sowjet-russische“ wenigstens einzuprägen, um gesellschaftlich bessergestellt zu werden. Gleichzeitig schafften sowohl die hauseigenen sowjetischen Maßnahmen (solche wie „korenizacija“) sowie historische Verwurzelung der eigenen Identitäten der Sowjetvölker eine Atmosphäre, in der die „sowjetisch-russische“ Prämisse bei vielen nur oberflächlich bzw. nur „dienstlich“ oder aus sozioökonomischen oder praktischen Gründen verwurzelt war.<sup>1804</sup> Die Identifikation mit dem sowjet-russischen Raum trat bei den meisten Sowjetbürgern somit an einer identifikativen Ebene auf, die der eigenen Nationalität untergeordnet war. So entstand ein integrativ-linguistischer Zustand, den David Laitin als „unassimilated bilingualism“ bezeichnet.<sup>1805</sup> Dieser Zustand könnte als „nicht-assimilierter Bilingualismus“ übersetzt werden und wäre als Situation zu beschreiben, in der viele Sowjet-Bürger den Zustand der „umgekehrten“ Assimilierung in den Sowjet-Raum, trotz Nutzung der russischen Sprache im Alltag, nie vollzogen haben und zum passenden Zeitpunkt ihre eigene Sprache und ihre nationale Identität wieder hervorheben konnten.<sup>1806</sup> Laitin geht sogar so weit zu behaupten, dass die Sowjetherrschaft durch ihre Nationalitätenpolitik und die „Konservierung“ der eigenen Identität zum Erfolg der neuen national begründeten Staaten, vor allem im Baltikum, beigetragen hat. Dies war in der Ukraine aufgrund der stärkeren identikativer Vermischung der Nationalitäten dagegen schwächer ausgeprägt.<sup>1807</sup>

Interessant ist in diesem Fall die Meinung ethnischer Russen, wie die „wahre“ russische Nationalität im postsowjetischen Kontext zu definieren ist. Pål Kolstø erwähnte in seinem Artikel aus dem Jahr 1994 eine Umfrage, die in einer Reihe von Städten in Russland durchgeführt wurde. Damals sagten ca. 30% der Befragten, dass ihrer Meinung nach beide Elternteile „Russen“ sein müssten, damit die Kinder ebenfalls „Russen“ sind. Für weitere 15% der Befragten hätte ein Elternteil ausgereicht. Die konservativsten 6% gaben an, dass nur diejenigen, in deren Pass „Russe“ stand, auch als solche bezeichnet werden könnten, was wiederum das Nationalitätenverständnis aus der Sowjetzeit durchblitzen lässt. Als liberaler Gegenpol dazu haben 17% der Befragten gesagt, dass alle

---

<sup>1803</sup> Vgl. Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. S. 32.

<sup>1804</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 37-49; 85.

<sup>1805</sup> Zitiert aus: Ebd. S. 44; 59.

<sup>1806</sup> Dies sieht Laitin ähnlich. Vgl: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 44-45.

<sup>1807</sup> Vgl. Ebd. S. 34.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

Bewohner Russlands als Russen gelten könnten und weitere 25% gaben an, dass die Selbstidentifikation als „Russe“ ausschlaggebend sei.<sup>1808</sup> Ähnliche Überlegungen, welche ihren Ausdruck auch in der entsprechenden Gesetzgebung fanden, sind für die restriktiven Auffassungen der Staatsbürgerschaft in Estland und Lettland verantwortlich. Dabei wurde hier zusätzlich zur Abstammung der Staatsbürger ab dem Jahr 1992 auch noch die Staatsbürgerschaft der Eltern oder Großeltern während der relativ kurzen Frist zwischen den Jahren 1918 und 1940 hinzugenommen. Wer (oder wessen Eltern und Großeltern) also „zur falschen Zeit am falschen Ort“ gewesen oder geboren war(en), dem wird die volle Staatsbürgerschaft, beispielsweise als „gebürtiger Este“ mit dem verfassungsmäßigen Verbot des Entzuges der Staatsbürgerschaft, bis heute verwehrt.<sup>1809</sup>

Die offizielle Seite in Estland betonte stets, dass die Nationalität für die Einheit der Gesellschaft keine Grundlage darstellt. Diese Darstellung versagt allerdings wiederholt an der Staatsbürgerschaftspolitik, wenn Staatsbürger verfassungsrechtlich in zwei Gruppen – als „gebürtige“ und „eingebürgerte“ Staatsbürger – geteilt werden. In der Ukraine hat erst im Dezember 2013 die Opposition erneut die Wiederaufnahme der Nationalität im ukrainischen Pass gefordert.<sup>1810</sup> Diese war in den neuen ukrainischen Pässen nach 1991 nicht mehr vermerkt worden. Diese Forderung hatte ähnliche Gründe wie die vergleichbare Diskussion in Estland im Jahr 2010. Dort fehlt die Nationalität im Pass zwar auch, doch nach Meinung vieler Esten könnte diese durchaus vorhanden sein.<sup>1811</sup> Als Grund wird kurioserweise ebenfalls die Abgrenzung von der Sowjetzeit angegeben, indem die damalige Vereinheitlichung unter der Sowjetischen Staatsbürgerschaft nun der estnischen Nationalität im estnischen Nationalstaat Platz einräumen sollte. In Russland dagegen wurde die Rückkehr zum „Absatz fünf“ bis vor kurzem hingegen noch als Rückkehr in die Sowjetzeit, mit möglicher Stigmatisierung und Diskriminierung einiger Nationalitäten als Folge, betrachtet.<sup>1812</sup> Die Heraushebung des eigenen Nationalstolzes hat in Russland und Estland (bzw. in vielen anderen postsowjetischen Staaten) unterschiedliche Ursachen: Russen in Russland oder in anderen Staaten sehen die Nationalität als Ausdruck des eigenen Nationalstolzes, der sich der russischen Staatlichkeit gegenüber allerdings eher neutral verhält. Zumindest können sich Russen, als Erbe der Sowjetzeit, auch außerhalb Russlands mit den jeweiligen Staaten identifizieren. Die Esten (bzw. die nicht-russischen ehemaligen Sowjetvölker) dagegen sehen die Nationalität als Ausdruck der Angehörigkeit zum eigenen Staat. Obwohl Pål Kolstø im Jahr 1999 die Vermutung äußerte, dass der Eintrag der Nationalität im sowjetischen Pass sicherlich die eigene Identität stärkt, zeigen die empirischen Entwicklungen, dass die

---

<sup>1808</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 609.

<sup>1809</sup> Diese Unterscheidung wurde im Abschnitt über die Gesetzgebung und die damit verbundene Unterscheidung zwischen „Este“ und „estnischer Staatsbürger“ im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung in Estland und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“ eingehend erläutert.

<sup>1810</sup> Sensor.net: „Депутаты от оппозиции предложили внести в паспорт графу „национальность“ 26.12.2013 [http://sensor.net.ua/news/264965/deputaty\\_ot\\_oppozitsii\\_predlozili\\_vnesti\\_v\\_pasport\\_grafu\\_natsionalnost](http://sensor.net.ua/news/264965/deputaty_ot_oppozitsii_predlozili_vnesti_v_pasport_grafu_natsionalnost) (Abgerufen am 22.07.2014).

<sup>1811</sup> Indrek Teder: „Ühiskonda peaks ühendama kodakondsus, mitte rahvus“ Delfi.ee 26.07.2010 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/estli/teder-uhiskonda-peaks-uhendama-kodakondsus-mitte-rahvus.d?id=32310599> (Abgerufen am 22.07.2014; Auswertung der Leserkommentare).

<sup>1812</sup> Interfax: „Пятая графа как комплекс неполноценности“ 19.09.2013 <http://www.interfax.ru/russia/txt/329855> (Abgerufen am 22.07.2014).

### 7.3 Identität als Teil der Nations(wieder)herstellung in den 1990er Jahren

Unterscheidung zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft eher der Weg zur verschärften Identitätenkonflikten ebnet. Indes ist nicht zu vernachlässigen, dass eine Rückkehr zum „Absatz fünf“ in den postsowjetischen Ländern außerhalb Russlands für die russischsprachige Bevölkerung eine automatische Abgrenzung von der Titularnation bedeuten würde. In Estland (bzw. im Baltikum) könnte dies zu einer noch tieferen gesellschaftlichen Spaltung führen, indem „Nicht-Esten“ vergleichbar zu „problematischen“ Nationalitäten der Sowjetzeit degradiert würden. Die Ukraine würde in dem Fall eine noch deutlichere Spaltung des Landes entlang ethnischer Grenzen wahrnehmen, indem ein Teil der Bevölkerung, nämlich die russischsprachigen Ukrainer, eine Wackelgruppe darstellen würden. Dies offenbart eine bedeutende Diskrepanz, welche für die Problemstellung dieser Arbeit zentral ist: Zwar sind die baltischen Staaten und Russland unterschiedlich erfolgreich, wenn es um die Bewertung ihrer Demokratisierung geht, jedoch kehrt sich ihre Stellung um, wenn die liberale Wahrnehmung der Nationalität und Staatsbürgerschaft, zumindest was die Frage nach der Exklusivität des Nationalstaates anbelangt, ins Spiel kommt. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die Nationalität im postsowjetischen Raum heute stark mit der Identifikation der staatlichen Zugehörigkeit zusammenhängt, was wiederum aus den Elementen des sowjetischen „Nationsprojektes“ herausgewachsen ist.

### 7.3 Identität als Teil der Nations(wieder)herstellung in den 1990er Jahren

Die Nationsbildung während der Phase des Regimezerfalls und während des Systemüberganges in allen Teilen der Sowjetunion an Bedeutung gewonnen, doch in einigen Nachfolgestaaten hatte dies weiterreichende Folgen als in anderen. Dabei kam eine Reihe von Instrumenten zum Einsatz, ob bewusst oder unbewusst, die zum Einfluss der Identität der neuen Titularnation beigetragen haben. Allen voran wurde im Baltikum die russischsprachige Bevölkerung als Trägerin des „Sowjetischen“ abgegrenzt. Im Kontrast dazu konnte die eigene Rolle der neuen Titularnationen als Verfechter der Unabhängigkeit und der Demokratie spezifiziert werden. In Fällen, in denen die ethnische Abgrenzung aufgrund der Sprache oder der Abstammung schwer definierbar war, so wie in der Ukraine, wurde das „Sowjetische“ auf die Befürworter des Kommunismus und des Imperiums übertragen, wohingegen sich die Opposition den Prinzipien der Demokratie und der Freiheit verpflichtet hat. Ebenso wurde fast in allen Unionsrepubliken entweder die gemeinsame Abstammung, das gemeinsame Schicksal oder beides als Instrumentarium der Identitätsbildung herangezogen. Diesen Prozess bezeichnet Graham Smith als „Essentialisierung“.<sup>1813</sup> Des Weiteren wurde seitens der neuen Titularnationen die gemeinsame Geschichte jenseits der sowjetischen Okkupationszeit im postsowjetischen Raum als identitätsstiftendes und gleichzeitig abgrenzendes Merkmal thematisiert.

---

<sup>1813</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 15.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

Als einen weiteren wichtigen Prozess der Identitätsbildung nennt Graham Smith die ethnische Kategorisierung – eine Art „entweder-oder“ Darstellung. So musste sich jede Person im Zuge des Systemwechsels entscheiden, ob sie sich mit der russischsprachigen Bevölkerung oder den neuen Titularnation identifizierte. Beides konnte man nicht sein, so Smith.<sup>1814</sup> Dies ist insofern von Bedeutung, als die Ethnizität bzw. die nationale Zugehörigkeit im Zuge des Systemwechsels in einigen Ländern massiv politisiert wurde. So konnte die nationale Zugehörigkeit teilweise gleichbedeutend mit „für oder gegen“ Unabhängigkeit sein, auch wenn zwischen der nationalen Zugehörigkeit und der politischen Anschauung faktisch kein Zusammenhang bestand. Im Baltikum war eine solche Denkweise Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre verbreitet, in der Ukraine allerdings weitaus seltener. Man kann der Aussage von Smith deswegen nur zum Teil zustimmen, denn die Bevölkerung der Ukraine musste sich aufgrund der dortigen relativ schwach ausgeprägten Politisierung der nationalen Zugehörigkeit nicht wirklich zwischen Identitäten entscheiden. Im Baltikum war die „entweder-oder“ Unterscheidung dagegen quasi automatisch gegeben, weil sich nur wenige aus der baltischen russischsprachigen Bevölkerung als Balten ausgeben konnten – erstens aufgrund der Namen (in den meisten Fällen) und zweitens aufgrund der Sprache. Darüber hinaus existierten durchaus Beispiele von Personen, welche beide nationale Zugehörigkeiten repräsentierten (z.B. Kinder aus gemischten Familien) und sich deswegen auch mit beiden national-kulturellen Räumen identifizierten. Diese Fälle waren in der Ukraine vermutlich öfter anzutreffen als im Baltikum.

Auch die Sprache war einer der wichtigsten Bestandteile der nationalen Identität in den neuen Staaten des postsowjetischen Raumes. Die Wahl der Sprache wurde durch die politischen Prozesse implizit zur Wahl der Identität, was wiederum die gesellschaftliche Position festlegen konnte. Die Situation, in der die Titularnationen die imperiale Sprache (Russisch) lernen mussten, die Russen aber nicht die Titularsprache, konnte durch den Systemwechsel umgekehrt werden. Dieser Zustand kann als „asymmetrischer Bilingualismus“ bezeichnet werden, welcher mit Laitins Begriff des „nicht-assimilierten Bilingualismus“ nicht zu verwechseln ist. Letzterer beschreibt den Zustand der sozio-ökonomisch bzw. „dienstlich“ bedingten Russisch-Nutzung seitens der Titularnationen, wohingegen der „asymmetrische Bilingualismus“ die Asymmetrie in der Sprachennutzung sowohl der russischsprachigen als auch der titularen Bevölkerung bezeichnet. Durch den Systemwechsel wurde im Baltikum der sowjetische Zustand des „asymmetrischen Bilingualismus zugunsten der neuen Titularsprachen“ umgekehrt.<sup>1815</sup> So musste die russischsprachige Bevölkerung unter den Bedingungen der unabhängigen baltischen Staaten die jeweiligen titularen Sprachen lernen, ohne dass die Balten im Umkehrschluss Russisch lernen mussten. Es ging sogar so weit, dass die Nutzung des Russischen im Alltag in Estland teilweise als Betrug der eigenen nationalen Identität (bei ethnischen Esten) gewertet wurde.<sup>1816</sup> Beispielsweise wurde in einer estnischen Zeitung aus dem Jahr 2004 berichtet, wie eine Verkäuferin einem russischsprachigen Kunden auf die auf Russisch gestellte Frage, ob es Zigaretten gibt, geantwortet hat, dass sie Russisch „nicht

---

<sup>1814</sup> Ebd. S. 15-16.

<sup>1815</sup> Hierzu siehe das Kapitel „Die Rolle der Sprache“.

<sup>1816</sup> Ebd. S. 17

### 7.3 Identität als Teil der Nations(wieder)herstellung in den 1990er Jahren

spreche“. Dabei wurde die Wortwahl „nicht spreche“ gegenüber „nicht kann“ betont, als Ausdruck der absichtlichen Nichtnutzung der Sprache, die man allerdings beherrscht.<sup>1817</sup> Dieses Beispiel demonstriert einen Extremfall der Identitätsstiftung durch Sprache, deren Nutzung oder Nichtnutzung als Ausdruck des nationalen Prinzips wahrgenommen wird, wassogar einen normalen menschlichen Umgang beeinträchtigen kann. Man sollte sich vorstellen, dass ein solcher Vorfall mit einem Rentner in einer Apotheke beim Medikamentenkauf oder aber einem Touristen aus Russland stattfände.<sup>1818</sup> Auch in der Ukraine kann die Nutzung der ukrainischen bzw. der russischen Sprache im Alltag je nach Region zu Komplikationen führen. In Lwiw kann man durchaus schiefe Blicke ernten, wenn man den Menschen auf der Straße auf Russisch begegnet, obwohl vermutlich alle dort Russisch auf Muttersprachenniveau sprechen. Die nationale Identifikation erfolgt hier in erster Linie über die gesprochene Sprache. Ebenso verwundert würden die russischsprachigen Ukrainer in Odessa reagieren, spräche man sie auf Ukrainisch an – für sie hat die gesprochene russische Sprache wiederum nichts mit deren Identität als Ukrainer zu tun.<sup>1819</sup> Somit haben sowohl der „asymmetrische“ als auch der Laitin'sche „nicht-assimilierte“ Bilingualismus bedeutende Auswirkungen auf den heutigen identifikativen Umgang mit Sprache in den Beispielländern. Für einige ist die Nutzung der eigenen Sprache bzw. jeder anderen Fremdsprache außer der russischen der Ausdruck der höchsten Identifikation mit dem eigenen Staat (Estland bzw. Lwiw), während für andere die alltägliche Nutzung des Russischen nur wenig mit der Identität als Titularnation zu tun hat (Odessa).

Rogers Brubaker stellte Mitte der 1990er Jahre die These auf, dass Russen, die außerhalb Russlands lebten, keine feste Identität besäßen. Deren Identität sei vielmehr durch viele nationale Einflüsse und miteinander kooperierende Identitäten „verflüssigt“, so Laitin.<sup>1820</sup> Der unklare identifikative Status der Russen im postsowjetischen Raum kann als Spätfolge des „russischen Kuriosums“ des sowjetischen Nationsprojektes aufgefasst werden, wonach Russen zwar als die sowjetische Titularnation galten, jedoch keine „eigenen“ Institutionen besäßen und ihre Identifikation mit der Heimat auf die gesamte Sowjetunion übertragen haben. David Laitin nennt die Verabschiedung der Gesetzgebungen zu den jeweiligen nationalen Sprachen Ende der 1980er Jahre in den Unionsrepubliken, zusammen mit dem Zerfall der Sowjetunion, als größten „Schlag“ für die postsowjetischen Russen.<sup>1821</sup> Aus der „russischen“ Union entstand demnach schlagartig ein Gebilde mit anderen Sprachen und politischen Präferenzen, in dem die russischsprachige Bevölkerung ihre Rolle erst finden musste. Dabei nahmen die Ereignisse im Baltikum (Estland und Lettland) entsprechend Laitins Auffassung fast schon „Kafkaeske“ Züge an, indem nationalistische Tendenzen der jeweiligen Gesetzgebungen und des öffentlichen Diskurses von den Entscheidungsträgern mit Argumenten über internationale Normen und Menschenrechte verteidigt, die russischsprachige Bevölkerung jedoch

---

<sup>1817</sup> Martin Pau: „Venelased ja meie“ Postimees 10.09.2004.

<sup>1818</sup> Vgl. hierzu das Beispiel „Die nackte Wahrheit“ im Kapitel „Die Rolle der Sprache“.

<sup>1819</sup> So bereits ausgeführt im Kapitel „Die Rolle der Sprache“. Vgl. hierzu: Polese, Abel/Wylegala, Anna (2014): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. S. 13-17.

<sup>1820</sup> Zitiert in: Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 96.

<sup>1821</sup> Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 85-102.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

beinahe eisern aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurde. Neben der Staatsbürgerschaft dienen auch die Gesetzgebung zu Ausländern im Jahr 1993 in Estland und die Einbürgerungsquoten in Lettland als Beispiele für diese Positionierung.<sup>1822</sup> Es ging sogar so weit, dass in Estland Personen ohne Staatsbürgerschaft als gefährlich für den Staat angesehen wurden, die Einbürgerungsregelungen jedoch keinesfalls gelockert werden durften.<sup>1823</sup> In der Ukraine, so Laitin weiter, entstand derweil ein anderer „literarischer“ Zustand – der von „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“.<sup>1824</sup> Dabei spielte die offizielle Rhetorik der ersten Präsidenten Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma die Rolle des Dr. Jekyll. Demnach wurden sowohl die russischsprachige Bevölkerung als auch die russische Sprache öffentlich zum Teil des ukrainischen Staates und der ukrainischen Nation erklärt. Dieses „Gesicht“ sah die Außenwelt, so David Laitin. Bei tieferem Blick, führt Laitin weiter an, kam die „Fratze“ des nationalistischen Mr. Hyde zum Vorschein – welche die russische Sprache ausrotten, die nationalen ukrainischen Mythen zu den einzigen machen und ukrainisch-nationalistische Bewegungen hervorbringen wollte. Als Beleg galten die bereits Anfang der 1990er Jahre in Lwiw stattgefundenen Übergriffe auf russische Kriegsveteranen am 9. Mai, dem Tage der sowjetischen Siegesfeier.<sup>1825</sup> Laut Laitin wurden solche nationalistischen Tendenzen somit bereits in den 1990er Jahren zum Hauptproblem der ukrainischen Gesellschaft.

Die Staatsbürgerschaft kann laut Pål Kolstø und David Laitin jedoch nicht als einziger Grund dafür gesehen werden, dass die russischsprachige Bevölkerung in den Anfängen des Systemwechsels sich wenig bis gar nicht an den politischen Prozessen in den baltischen Staaten beteiligt hat.<sup>1826</sup> Tatsächlich nennt Kolstø die Gefühle der Verletztheit durch die abweisende *policy* der neuen Eliten als einen Grund, weshalb sich die russischsprachige Bevölkerung vom politischen Prozess ferngehalten hat. Eine Art Trotz ist demnach dafür verantwortlich, dass die Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum bis heute schwach ausgeprägt ist. Die Einbindung in die Gesellschaft könne erst erfolgen, so Kolstø, wenn sich die russischsprachige Bevölkerung als Minderheit begreift und entsprechend engagiert. Dem muss aber auch eine entsprechende Akzeptanz durch die neue Titularbevölkerung entgegenkommen, die die Russen im eigenen Land als Teil der Gesellschaft annehmen müssen, so Kolstø weiter.<sup>1827</sup> Allerdings, so führt David Laitin an, haben unter anderem Proteste der russischsprachigen Bevölkerung in Estland gegen die diskriminierende und erniedrigende erste Fassung des Ausländergesetzes zum Veto des Präsidenten Lennart Meri geführt.<sup>1828</sup> Dass der Entzug der politischen Stimme – ob tatsächlich oder gefühlt – zu einer starken Krise führen kann, wie in der Ukraine 2014, zeigt ferner, dass die politische Rolle der russischsprachi-

---

<sup>1822</sup> Als „Kafkaesk“ bezeichnet sie David Laitin. Vgl. Ebd. S. 94-95.

<sup>1823</sup> Ebd. S. 97.

<sup>1824</sup> Zitiert aus: Ebd. S. 99-102.

<sup>1825</sup> Ebd.

<sup>1826</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 621; Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. S. 176-177.

<sup>1827</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 629-630; Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. S. 17-18.

<sup>1828</sup> Ebd. S. 176-177.



## 7.4 Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung

gen Bevölkerung nicht zu vernachlässigen ist, vor allem, wenn es um die Existenzberechtigung im jeweiligen Staat geht.

## 7.4 Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung

Das Selbstbild der russischsprachigen Bevölkerung erlebte während der Jahre des Systemwechsels einen Wandel. Dieser war allerdings nicht so rasant, wie der Wandel in den Positionen der indigenen Bevölkerung, also der Esten, Letten, Ukrainer (u.a.). In jedem Fall stellt die russischsprachige Bevölkerung einen Sonderfall der identifikativen Selbstwahrnehmung im postsowjetischen Kontext dar.<sup>1829</sup> Im Folgenden sollen die wichtigsten Elemente und Argumente angeführt werden, die seitens der russischsprachigen Bevölkerung zur Begründung ihrer Selbstposition im postsowjetischen Raum, speziell im Baltikum und der Ukraine, verwendet wurden.

Die Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung als „indigen“ im Gegensatz zu „eingewandert“ (bzw. „autochthon“ vs. „allochthon“) ist bis heute nicht auf ein eindeutiges Ergebnis gestoßen. Ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung vertritt dabei den Standpunkt, dass sie nicht weniger autochthon ist als die „ebenfalls“ indigene Bevölkerung – die Titularnation. Diese Einstellung hat zur Folge, dass nach Meinung der russischsprachigen Bevölkerung ihr genau dieselben Rechte zustehen müssen wie den Einheimischen: Esten, Letten, Ukrainern, Kasachen usw. Die Formen dieser Forderung reichen von der Gleichberechtigung bei der Staatsbürgerschaft in den baltischen Staaten bis zur Anerkennung der russischen Sprache und Kultur als Teil der einheimischen Kultur, wie in der Ukraine.<sup>1830</sup> Tatsächlich trifft dieses Selbstbild hauptsächlich auf die Länder der „ostslawischen Dreieheit“ Ukraine und Weißrussland zu.<sup>1831</sup> Alternativ meint ein weiterer Teil der russischsprachigen Bevölkerung, dass deren Einwanderung zwar nicht abzustreiten ist, doch die jahrelange Präsenz in den Ländern sie quasi zu Einheimischen gemacht hat. Da die Lebensgeschichten der Menschen mit den Ländern verbunden sind, können sie nicht einfach als „Ausländer“ gelten.<sup>1832</sup> Im Baltikum betiteln sich einige so als „sons of soil“ aufgrund ihrer jahrzehntelangen Anwesenheit sowie der Verwandtschaft, die „in der lokalen Erde beerdigt liegt“.<sup>1833</sup> Eine weitere Positionierung, die bis heute zu hitzigen Diskussionen mit Esten und Letten führt, ist die der russischsprachigen Bevölkerung als „legalen Immigranten“. Im Grunde wird damit angeführt, dass die Einwanderung auf legaler Basis innerhalb der Sowjetunion stattgefunden hat, was die russischsprachige Bevölkerung somit nicht zu Immigranten macht.<sup>1834</sup> Schließlich sei man ja auch kein Immigrant, wenn man von Tallinn nach Tartu zieht und die Städte später infolge politischer Auseinandersetzungen plötzlich zu

---

<sup>1829</sup> Ebd. S. 31-32.

<sup>1830</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 626.

<sup>1831</sup> Kolstø, Pål (2000): *Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states*. S. 83.

<sup>1832</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 627.

<sup>1833</sup> Ebd. S. 626-627.

<sup>1834</sup> Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 129.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

unterschiedlichen Staaten gehören – nur um eine ungefähre Argumentation wiederzugeben. Diese Sichtweise wird tatsächlich von den meisten Russen und Russischsprachlern in den postsowjetischen Ländern geteilt, von vielen unterbewusst, aber dadurch umso fester verankert. Darüber hinaus existieren weitere identifikative Unterschiede in der Interpretation der historischen Position zwischen der baltischen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung: Beispielsweise wurden die baltischen Staaten im Jahr 1940 aus Sicht der Balten von der Sowjetunion rechtswidrig okkupiert.<sup>1835</sup> Laut der „russischen“ Sichtweise wurde das Baltikum im Jahr 1940 allerdings von den Sowjetmächten nicht okkupiert, sondern ist freiwillig in die Sowjetunion eingetreten. Ebenfalls beinhaltet diese geschichtliche Interpretation die vom Großteil der russischsprachigen Bevölkerung geteilte historisch-kulturelle Wahrnehmung des Einmarsches der Roten Armee im Jahr 1944 als Befreiung des Baltikums vom Nazi-Regime.<sup>1836</sup> Diese Sichtweise verursacht jedoch zum Teil deutliche Kontroversen mit der Geschichtswahrnehmung der Balten, welche den Einmarsch der Roten Armee historisch als Wieder-Okkupation einordnen. Wie tief die Unterschiede in dieser spezifischen Frage gehen, wird später anhand des so genannten „Krieges der Denkmäler“ veranschaulicht.

Untersuchungen im Baltikum haben gezeigt, dass die dortige russischsprachige Bevölkerung ihre Position als „andere“ auf Grundlage der kulturellen und sprachlichen Unterschiede gegenüber den baltischen Völkern größtenteils wahrnimmt, ihre Ansprüche und ihr Recht auf Heimat aber dennoch nicht abzugeben vermag. Diese Stellung führt dazu, dass die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum häufig eine duale Identität aufweist. Erstens ist da die identifikative Verbundenheit mit dem sprachlich-kulturellen Raum zu nennen. Zweitens besteht die Identifikation mit der Stadt oder der Region innerhalb des jeweiligen Landes. Diese beiden Räume komplimentieren einander in den meisten Fällen. Hinzu kommt das Verhältnis zu Russland – als direktes oder indirektes Herkunftsland.<sup>1837</sup> Diese dual-lokale Identifikation ist vor allem in den Regionen präsent, die wenig indigene, also im Fall von Baltikum estnische oder lettische, Einflüsse haben. In der Ukraine repräsentiert der Südosten eine solche Region, allen voran die Krim sowie der Donbass. Richard Rose behauptet sogar, dass die lokale Verbundenheit in der Hierarchie der Identitäten noch vor der kulturellen Verbundenheit auftritt. Somit stellt das jeweilige Lokalgebiet das „kleine Vaterland“ dar, wobei der hauptsächliche identifikative Raum der sprachlich-kulturelle – russischsprachige – bleibt. Auf einer bestimmten Ebene kann auch Russland als das „große Vaterland“ gelten, was allerdings bei der jüngeren Generation immer mehr schwindet und eher auf einer Vorfahren-Ebene und nicht im tagespolitischen Sinn stattfindet, schreibt auch Richard Rose.<sup>1838</sup> Tatsächlich haben bereits im Jahr 1995 mehr als 90% der befragten Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung in Estland angegeben, dass sie Estland als ihre Heimat sehen. Weitere 40% gaben an, dass sie höchstwahrscheinlich Schwierigkei-

---

<sup>1835</sup> Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 96.

<sup>1836</sup> Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): The Politics of History and the „War of Monuments“ in Estonia. Nationalities Papers 36/3, July. 425-448, S. 429.

<sup>1837</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 165; 169; 190-192.

<sup>1838</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 627.

## 7.4 Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung

ten hätten, wenn sie in einem ausschließlich slawischen Umfeld fungieren müssten.<sup>1839</sup> Triin Vihalemm und Anu Masso fanden im Jahr 2007 heraus, dass das von vielen Russischsprachlern konsumierte russische Fernsehen bestenfalls einen gemeinsamen kulturellen Raum schafft, aber keine konstruktive russischsprachige Diaspora.<sup>1840</sup> Ähnlich verhält es sich in der Ukraine, wobei hier die Trennung zwischen dem titularen und dem russischsprachigen sprachlich-kulturellen Raum weit weniger scharf ist als im Baltikum. Durch diesen schwebenden Zustand zwischen zwei Räumen ist die Herausbildung einer „lokalen“ Identität der russischsprachigen Bevölkerung mit Bezügen zu beiden Räumen beinahe unvermeidlich. Dabei sind unterschiedliche Kombinationen der verschiedenen identifikativen Attribute entstanden, wobei die sprachlich-kulturelle Verbundenheit ganz oben steht.<sup>1841</sup>

Mit den Veränderungen der identifikativen Räume befindet sich der Großteil der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum in einer Bewegung, welche sie ein Stück weit von ihrer alten Identität als Titularnation wegbringt und sie an die Wertvorstellungen des Heimatlandes annähert. Diese Entwicklung ist bis heute noch nicht abgeschlossen und kann sich im Zuge externer Ereignisse verändern. Bislang geht die Bewegung in Richtung einer neuen Identität, die man als „Nicht-Russland-Russen“ bezeichnen könnte.<sup>1842</sup> Damit kann länderübergreifend speziell die russischsprachige Gruppe in den postsowjetischen Ländern außerhalb Russlands bezeichnet werden. Hinzu kommt, dass sie sowohl von sich selbst als auch von außen als solche wahrgenommen wird. Interessant ist, dass sich einige Vertreter in dieser Rolle teilweise sogar besser gefallen als in der Rolle der „Russland-Russen“ bzw. nur „Russen“. Diese Entwicklung kann sowohl in der Ukraine als auch im Baltikum beobachtet werden.<sup>1843</sup> Im Falle von Estland spielt hierbei die West-Integration des Landes eine entscheidende Rolle, die mit dem historischen Status des Baltikums als „westlich und kultiviert“ einhergeht.<sup>1844</sup> Die wirtschaftliche Stabilität, vor allem gegenüber Russland, verstärkt diesen Effekt weiter.<sup>1845</sup> So sehen sich viele Russischsprachler in Estland als „europäische Russen“.<sup>1846</sup> Dies zeigt auch eine Studie aus dem Jahr 2007, wonach die russischsprachige Bevölkerung sich zunehmend als „Europäer“ sah.<sup>1847</sup> Dieser Teil der russischsprachigen Bevölkerung würde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr in Russland leben wollen. Dass viele Russischsprecher im Baltikum sich teilweise sogar stärker mit Europa als mit dem Wohnland identifizieren, hat in erster Linie mit der ethnisch exklusiven Politik der 1990er Jahre zu tun. Durch die gefühlt „russenfeindliche“ Gesetzgebung sahen sich viele in ihren Heimatgefühlen verletzt, was sich nachhaltig negativ auf die

---

<sup>1839</sup> Ebd.; Iris Pettai: „Miks muulastele meeldib Eestis elada?“ Postimees 06.12.1995.

<sup>1840</sup> Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. Nationalities Papers 35/1, March. 71-91, S. 73-74.

<sup>1841</sup> Vgl. dazu: Ebd. S. 75-76; 79.

<sup>1842</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 160; 162-163; 165; 194.

<sup>1843</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 91.

<sup>1844</sup> Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. S. 73.

<sup>1845</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 1-4.

<sup>1846</sup> Iris Pettai: „Miks muulastele meeldib Eestis elada?“ Postimees 06.12.1995.

<sup>1847</sup> Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. S. 81.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

weitergehende Identifikation mit dem Land ausgewirkt hat. Die „kalte Schulter“ der Balten schuf einen neuen identifikativen Raum für Russischsprecher, vor allem für diejenigen, die bis heute keinen wirklichen Anschluss in ihren Ländern gefunden haben. Sie sehen sich in Estland als eine Art Leidensgemeinschaft, die ihre Kultur und Sprache nicht unterdrücken lassen wollen, von der Gesellschaft aber nicht akzeptiert werden. Die Gesetze zur Staatsbürgerschaft, Sprache und Ausländern empfindet diese Gruppe als feindlich und diskriminierend.<sup>1848</sup> Bei diesem Teil der russischsprachigen Gemeinschaft ist auch verstärkt die Sowjet-Nostalgie verbreitet. Diese Gruppe ist weder zahlenmäßig noch ideologisch dominant, repräsentiert aber das Protest-Potential auf ideologischer, politischer und sozio-historischer Basis, das innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung Estlands vorhanden ist.<sup>1849</sup>

Russen in der Ukraine haben eine vielschichtige und komplizierte Beziehung mit der eigenen Herkunft und ihrer Rolle im Land. In den 1990er Jahren haben viele noch die Sowjetunion als „eigentliche“ Heimat gesehen, was seitdem aber deutlich zurückgegangen ist.<sup>1850</sup> Graham Smith spricht von einer „überwölbenden politischen Einheit“ („over-arched political unity“), welche die ukrainischen Russen zwischen der Ukraine und Russland verspüren.<sup>1851</sup> Diese bezieht sich auf die Einheit beider Länder, und zwar nicht politisch, sondern kulturell und historisch, und vermittelt damit für ukrainische Russen ein Heimatgefühl.<sup>1852</sup> Dieses steht auch nicht im Widerspruch zu der eigenen russisch-ukrainischen Identität der ukrainischen Russen, sondern ergänzt sie.<sup>1853</sup> Die Ukraine ist damit so lange eine Heimat für die dort lebenden Russen, wie die kulturelle Einheit beider Länder intakt bleibt, was wiederum eine politische Aufrechterhaltung der Beziehungen impliziert.<sup>1854</sup> Im Unterschied zum Baltikum, wo die russischsprachige Bevölkerung relativ rigoros mit der Entfremdung gegenüber Russland konfrontiert wurde, mussten sich die Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine mit dem Wegfall Russlands als kulturellen Raum bis 2014 nicht ernsthaft auseinandersetzen. Einerseits impliziert dies eine schwächere Identifikation, welche die ukrainische russischsprachige bzw. ethnisch russische Bevölkerung gegenüber dem ukrainischen Staat aufgebaut hat.<sup>1855</sup> Andererseits kann genau diese Identifikation mit der Präsenz Russlands als Teil des ukrainischen russischsprachigen Raumes aufrechterhalten werden.

Das identifikative Verhältnis der russischsprachigen bzw. russischstämmigen Bevölkerung zu Russland ist an diese Stelle von Bedeutung. Die Wahrnehmung als Nicht-Russland-Russen wurde bereits erwähnt. Die von David Laitin verwendete Umschreibung „Russia as „foreign“ and Russia as „homeland“ oder Russland als „fremd“ und

---

<sup>1848</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 110.

<sup>1849</sup> Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. S. 83-84.

<sup>1850</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92.

<sup>1851</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 131.

<sup>1852</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 92.

<sup>1853</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 160; 162-163.

<sup>1854</sup> Ebd. S. 162-164; 185-187.

<sup>1855</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 97.

## 7.4 Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung

Russland als „Heimat“ kann auch auf das heutige Verhältnis übertragen werden.<sup>1856</sup> Auch die Bezeichnung „russkije“ (русские (Russen)), wie sich die meisten russischstämmigen im postsowjetischen Raum (aber auch weltweit) nennen, trägt dieses ambivalente Verhältnis in sich.<sup>1857</sup> Dabei hat diese Selbstbezeichnung weniger mit der Herkunft aus Russland zu tun, sondern mehr mit der nationalen Zugehörigkeit und der sprachlichen Nutzung des Russischen. Die Grenzen dieser Selbstwahrnehmung sind nicht eindeutig – so können „Russen“ aus dem postsowjetischen Raum in Russland als „quasi-Russen“ wahrgenommen werden.<sup>1858</sup> Auch „baltische Russen“ und „ukrainische Russen“ können außerhalb des jeweiligen Landes als solche betrachtet werden, obwohl sie innerhalb der Länder weiterhin als „Russen“ gelten. Wichtig in dem identifikativen Zusammenhang ist ferner, ob die russischsprachige Bevölkerung sich als „russischsprachige Bevölkerung“ identifiziert. Viel eher ist dieser Begriff noch heute eine wissenschaftliche Verallgemeinerung und hat sich nicht als identifikative Selbstwahrnehmung der russischsprachigen Bevölkerung durchgesetzt, so wie David Laitin gehofft hatte.<sup>1859</sup> Die Unterschiede zwischen den Ländern und innerhalb der russischsprachiger Gruppe in den Ländern sprechen dafür, dass die russischsprachige Bevölkerung weder Anfang der 1990er Jahre noch heute als eine homogene Gruppe betrachtet werden kann.<sup>1860</sup> Die angebrachten Faktoren zeigen stets Teilpositionen der russischsprachigen Bevölkerung, welche von den spezifischen Umständen in den Ländern abhängig sind. So kann ein Zitat aus der Studie „Nationalities in the Baltic States“ aus dem Jahr 1994, die später als „New Baltics Barometer“ fortgeführt wurde, als ein gutes Charakteristikum der identifikativen Position der russischsprachigen Bevölkerung betrachtet werden: „Differences within ethnic communities are often greater than differences between ethnic communities“.<sup>1861</sup> Dabei teilt sich die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum durchaus gemeinsame Nenner. Entsprechend können die russische Sprache sowie die sowjetische Vergangenheit – neben dem aktuellen Status der Staatsbürger, die „nicht ganz dazugehören“ – als die wichtigsten Elemente für die Selbstposition dieser Bevölkerungsgruppe betrachtet werden.<sup>1862</sup>

Sowohl in Estland als auch in der Ukraine bedienen sich beide ethnisch-kulturellen Räume der Mehrheit und der Minderheit ironisierender und teilweise abwertender Bezeichnungen, wenn es um die jeweils andere Seite geht. Die russischsprachige Seite greift dabei oft zu Begriffen aus dem imperialen russischen Erbe des Zentralstaates und der Peripherie. Für Esten kann man manches Mal die Bezeichnung Chukhony hören, welche eindeutig noch aus der Zarenzeit entnommen ist und die als eine spöttische

---

<sup>1856</sup> Zitiert aus: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 165; 185-195.

<sup>1857</sup> Ukrainer, Weißrussen und Vertreter anderer Nationalitäten, die teilweise zu der russischsprachigen Bevölkerung gezählt werden können, betrachten dabei ihre „eigentliche“ Heimat oder auch die Sowjetunion (deren Teil die Heimat war) häufig als Russland im weiteren Sinne. Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 165.

<sup>1858</sup> Ebd. S. 191.

<sup>1859</sup> Ebd. S. 198.

<sup>1860</sup> Ebd. S. 295-296.

<sup>1861</sup> Zitiert aus: Rose, Richard, Maley, William (1994): Nationalities in the Baltic States. Glasgow: Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde. S. iv.

<sup>1862</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 187.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

Sammelbezeichnung der finno-ugrischen Stämme gilt.<sup>1863</sup> Für Ukrainer verwenden Russen oft die Bezeichnung „Chohly“, welche sich auf die Frisuren der ehemaligen Zaporoscher Kosaken beruft.<sup>1864</sup> Diese Bezeichnung vermindert die Ukrainer zu „Kleinrussen“ und damit einem Teil des Russischen Imperiums.<sup>1865</sup> Wie im nächsten Abschnitt erläutert wird, bedienen sich aber auch die neuen Titularnationen Begrifflichkeiten, welche die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung ironisiert. Während die russischsprachige Seite die abwertenden Bezeichnungen allerdings nur inoffiziell im Alltag verwendet, finden einige „neue“ Begriffe in Estland ihren Weg auch in den öffentlichen und offiziellen Sprachgebrauch.

Graham Smith nannte in Bezug auf die post-sowjetische Identität bereits im Jahr 1998 zwei Variablen, die für den gegenseitigen Umgang der Minderheit und der Mehrheit bedeutend sind. Zum einen ist das die regionale Konzentration der Minorität in dem jeweiligen Land. Je höher diese ist, umso mehr Möglichkeiten hat die Minderheit ihre Interessen zu kommunizieren. Zum anderen ist es das Vorhandensein eines „Mutterlandes“, das im Zweifelsfall die Interessen der Angehörigen repräsentieren bzw. verteidigen kann. Laut Smith existiert, sofern beide Variablen vorhanden sind, eine relative akute Gefahr einer Sezession.<sup>1866</sup> Die russischsprachige Bevölkerung, sowohl in Estland als auch in der Ukraine, erfüllt beide Kriterien – eine regionale Konzentration der russischsprachigen bzw. ethnisch russischen Bevölkerung in der nordöstlichen Region Estlands erreicht bisweilen 95%. In der Ukraine bilden ethnische Russen etwa 60% der Bevölkerung der Halbinsel Krim sowie etwa 30% der Bevölkerung der östlichen Regionen mit den Oblasten Donezk und Luhansk. Als Protektor der Interessen dient der „Mutterstaat“ Russland.<sup>1867</sup> In der Tat kam es sowohl im Nordosten Estlands als auch im Südosten der Ukraine bereits zu Sezessionsbestrebungen – das jüngste ukrainische Beispiel ist zugleich das extremste.<sup>1868</sup> Hierbei spielt sowohl die politische Repräsentation, oder deren Verlust, eine Rolle als auch die Position und militärische Intervention von Russland. Insofern kann man sagen, dass in einem Extremfall bei Vorhandensein beider Variablen es in der Tat zu einer Sezession kommen kann, wozu aber auch ein identifikativer Zusammenhalt der entsprechenden Bevölkerung vorhanden sein muss. Im Falle der russischsprachigen Bevölkerung kann dieser schwach auf sprachlicher Basis gefunden werden, stärker scheint jedoch die Proteststimmung gegenüber der Staatsführung zu sein, welche die Menschen zu einer Sezession treibt. Dies war sowohl in Narva 1993 als auch im Südosten der Ukraine 2014 der Fall.

---

<sup>1863</sup> „Chukhna“ ist die russische historische Bezeichnung der finno-ugrischen Völker. Die Verwendung war damals und ist bis heute abfällig konnotiert. Etymologisch könnte der Begriff aus dem russischen Wort „Chud“ (Чудь) stammen, welches die Sprache Finno-Ugrien übersetzt als „komisch“ bezeichnete. Hauptsächlich wurden damit die entsprechenden Stämme an der Ostsee gemeint. Nachzulesen unter: Vasmer's Etymological Dictionary (2014): <http://starling.rinet.ru/cgi-bin/response.cgi?root=%2fusr%2flocal%2fshare%2fstarling%2fmorpho&morpho=1&basename=morpho&vasmer%2fvasmer&first=16681> (Abgerufen am 20.09.2014); Толковый словарь живого великорусского языка Владимира Даля (1863-1866); Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>1864</sup> „Chohol“ ist die russische Bezeichnung für einen Ukrainer, abfällig konnotiert (Толковый словарь живого великорусского языка Владимира Даля (1863-1866))

<sup>1865</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>1866</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 18-19; 129.

<sup>1867</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 185.

<sup>1868</sup> Ebd. S. 178-185.

## 7.5 Selbstpositionierung der neuen Titularnationen

Die neuen Titularnationen der postsowjetischen Länder haben im Zuge des nationalen und staatlichen Aufbaus während des Systemwechsels versucht sich von der sowjetischen Vergangenheit abzugrenzen. Das beinhaltet auch die Abgrenzung von der ehemaligen Titularnation – den Russen. Im Folgenden sollen die wichtigsten Bausteine der nationalen Selbstpositionierung der Titularnationen im Baltikum – speziell in Estland – sowie in der Ukraine angeführt werden, welche gezielt auf die Differenzierung der eigenen nationalen Identität gerichtet sind.<sup>1869</sup>

Zu den Hauptargumenten der neuen Titularnationen gehört die Darstellung der rechtmäßigen Besitzansprüche auf das Land bzw. das Territorium, welche durch die gemeinsame Historie, Traditionen, Kultur und Sprache entstanden sind. Diese Elemente als Beleg für die „Indigenität“ der „eigentlichen“ Titularnationen lässt diejenigen, die nicht zu der Gesamtheit dieser Elemente gehörten, zu „anderen“ bzw. zu „Fremden“ werden.<sup>1870</sup> Die Zeit der Perestroika bot den Titularnationen in den sowjetischen Unionsstaaten die Möglichkeit, ihre Ansprüche auf die jeweiligen Länder und Territorien geltend zu machen. Da die russischsprachige Bevölkerung bis dahin bereits große Anteile der Gesamtpopulation ausmachte und gleichzeitig die sowjetische Macht sowohl repräsentierte als auch legitimierte, richtete sich die Selbstbestimmung der neuen Titularnationen vielerorts gegen sie. In Estland und der Ukraine geschah eine offene – wenngleich lediglich rhetorische – Konfrontation unmittelbar vor bzw. nach den ersten halbfreien Parlamentswahlen, im Jahr 1990. Allerdings unterschied sich in den beiden Ländern die inhaltliche Ausrichtung der rhetorischen Abgrenzung. In Estland kristallisierte sich eine klare anti-russische Linie heraus, wohingegen die Ukraine eine eher anti-sowjetische Richtung einschlug. Die öffentliche Wahrnehmung des „wir“-Prinzips schlug sich während der Perestroika und Glasnost hauptsächlich in den nicht-russischsprachigen Medien beider Länder, aber vor allem im Baltikum, nieder. Solche gemeinsamen Nenner wie das Territorium, die Geschichte, die Sprache, die Kultur und die Ökonomie unterhielten die neuen Gemeinschaftswerte aufrecht und grenzten die ethnischen Gruppen voneinander ab.<sup>1871</sup> Wie David Laitin schreibt, hatten die nationalistischen Kräfte Anfang der 1990er Jahre in Estland und Lettland keine Intention die russischsprachige Bevölkerung an Schlüsselpositionen des politischen Aufbaus heranzulassen.<sup>1872</sup> Die estnischsprachige Presse veröffentlichte immer wieder Aussagen der

---

<sup>1869</sup> Verschiedene Autoren haben die Faktoren der Selbstpositionierung in Phasen geteilt bzw. systematisiert. Graham Smith unterscheidet die Phasen der De-Sowjetisierung, der Wiederherstellung (oder Erfindung) der Grenzen sowie kulturelle Standardisierung. Pål Kolstø identifiziert die Verherrlichung des eigenen Territoriums sowie Verurteilung der sowjetischen Maßnahmen gegen die eigene Landschaft und Bevölkerung als Argumente der Abgrenzung. Sicherlich kann man hier unterschiedliche Klassifikationen für die stattgefundenen Prozesse finden, was an dieser Stelle allerdings nicht vorgenommen wird. Stattdessen werden verschiedene Faktoren ohne Klassifikation angeführt. Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*.

<sup>1870</sup> Smith, Graham (1998): *Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities*. S. 123.

<sup>1871</sup> Kolstø, Pål (1999): *Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics*. S. 614.

<sup>1872</sup> Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. S. 93.



## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

neuen Entscheidungsträger aus verschiedenen Parteien, welche gegen die russischsprachige Bevölkerung hetzten. Beispielsweise wurden neben der „offensichtlichen“ Gefahr, die von ihr ausging und gegen die estnische Unabhängigkeit gerichtet war, auch Kommentare gedruckt, wonach ihr verfassungsgemäß gar keine Repräsentation zustand.<sup>1873</sup> Die russischsprachige Presse tat ihr Übriges, indem sie die extremsten Beispiele abdruckte und damit die vermeintliche Haltung der gesamten estnischsprachigen Bevölkerung gegenüber den Russischsprachlern demonstrierte. Nicht viel anders verlief die Situation in Lettland, wo die russischsprachige Bevölkerung als „niemand“ bezeichnet wurde und dies auch so seinen Weg in die lokale russischsprachige Presse fand.<sup>1874</sup>

Die von Graham Smith genannte Essentialisierung erfüllte in Estland die Zeit der ersten Republik während der Jahre 1918 bis 1940, welche für die Esten als die Verwirklichung der eigenen nationalen Freiheit galt und deswegen als Gegensatz zu sowjetischer Okkupation betrachtet wurde. Insbesondere von Bedeutung war hierbei, dass die russischsprachige Bevölkerung im Zuge dieser Betrachtung als Erben der Okkupationszeit dargestellt werden konnte.<sup>1875</sup> Bei der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft kam diese Betrachtung insbesondere zum Ausdruck. Die offen diskriminierenden Elemente der Gesetzgebung sollten der russischsprachigen Bevölkerung „ihren Platz“ in der Gesellschaft aufzeigen.<sup>1876</sup> Die Ukraine konnte in dieser Hinsicht auf weitaus weniger Erfahrung als unabhängiger Staat zurückgreifen, obwohl auch hier die unterschiedlichen Historizismen im Westen und im Osten des Landes bzw. die kurzen Phasen der Eigenstaatlichkeit zum Zweck der Identitätsstiftung verwendet wurden. Im Unterschied zum Baltikum konnte die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung hierbei allerdings nur schwer von der „eigentlichen“ Ukraine getrennt betrachtet werden, was vor allem für den Südosten des Landes gilt.<sup>1877</sup> In beiden Fällen bilden historisch-kulturelle Erinnerungsräume allerdings wichtige Bausteine der Identitätsbildung.

Auch wirtschaftliche Faktoren waren unter den wichtigsten Bausteinen im Prozess der Abwendung vom zentralen Regime und damit im Prozess der Selbstbestimmung der neuen Titularnationen. So nennt Graham Smith die allgemeine ökonomische Verbundenheit einer Teilrepublik mit der Zentralregierung als Faktor bei der Loslösung. Hierbei nutzten sowohl die baltischen Staaten als auch die Ukraine die Argumentation, entsprechend derer die zentralisierte Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gegen den eigenen wirtschaftlichen Wohlstand der Unionsrepublik gearbeitet hat.<sup>1878</sup> Pål Kolstø identifizierte beim gleichen historischen Prozess die Phase, bei der die vom Sowjetregime verursachten Umweltschäden auf dem eigenen Territorium thematisiert wurden.<sup>1879</sup> Diese Rolle erfüllten in Estland die Pläne zum Phosphor-Abbau im Nordosten des Landes. Die Pläne, die bereits seit Anfang der 1970er Jahren seitens der Zentralregierung in Moskau und in Tallinn erarbeitet wurden, hätten die Errichtung großer Phosphor-Minen im Landkreis Virumaa neben der Stadt Rakvere zur Folge gehabt. Neben

---

<sup>1873</sup> Ebd. S. 97.

<sup>1874</sup> Ebd. S. 97-98.

<sup>1875</sup> Ebd. S. 166-167.

<sup>1876</sup> Ebd. S. 166-167; 181-184.

<sup>1877</sup> Vgl. hierzu: Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 163-164.

<sup>1878</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 8.

<sup>1879</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 614.

## 7.5 Selbstpositionierung der neuen Titularnationen

erheblicher Umwelteingriffe und -schäden wären die Arbeiten mit einem weiteren Influx der russischsprachigen Arbeiter einhergegangen.<sup>1880</sup> Schätzungen zufolge wäre die Bevölkerung der Stadt Rakvere von 20 000 auf 50 000 Personen angewachsen.<sup>1881</sup> Die geheim gehaltenen Informationen sickerten infolge der Lockerung der Informationspolitik im Jahr 1987 durch bis zur Presse und verursachten eine Protestwelle der estnischen Bevölkerung. Folge waren Studentenproteste und öffentlicher Druck auf die KP-Lokalregierung in Estland, die ihrerseits die Zentralregierung in Moskau von der Unmöglichkeit des Grubenbaus überzeugen konnte. Historiker halten die Proteste für die erste Oppositionsbewegung der Estnischen SSR in Richtung der Unabhängigkeit.<sup>1882</sup>

Dem Phosphor-Krieg ging ein Ereignis voraus, das als eine der größten Katastrophen in Europa des Kalten Krieges gilt – die Explosion des Kernkraftwerkes in Tschernobyl im Jahr 1986.<sup>1883</sup> Diese Katastrophe ereignete sich auf dem Gebiet der Ukraine und richtete schwerwiegende Umwelt- und Wirtschaftsschäden an. Aufgrund der massiven Vertuschungen und dem tagelangen Schweigen der sowjetischen Zentralregierung erfolgten zunächst wenige Proteste in der Bevölkerung der am schwersten betroffenen Länder Ukraine und Weißrussland.<sup>1884</sup> Dennoch verursachte die spätere Aufarbeitung der Katastrophe eine öffentliche Verurteilung des sowjetischen Regimes, was unter anderem in der Ukraine die Opposition gegen dieses aufbrachte. Erstmals erhoben sich die bis dahin als relativ passiv geltenden Stimmen der Ukrainer gegen das Regime, das in ihren Augen wirtschaftliche Ausbeutung und Umweltschäden in ihr Land gebracht hatte. Besonders entflammten die Proteste, als das „Zentrum“, wie die politische Führung in Moskau häufig bezeichnet wurde, das havarierte Kraftwerk wider Willen der Bevölkerung wieder in Betrieb nahm.<sup>1885</sup> Dabei wurde die Empörung darüber, dass die lokale Bevölkerung in der Entscheidungsfindung übergangen worden war und nicht ausreichend über die Katastrophe informiert wurde, zum wichtigen Motor der nachfolgenden Jahre der Perestroika.<sup>1886</sup> Die Katastrophe kann daher als eines der wichtigsten Bausteine in der Selbstposition der gesamten ukrainischen Bevölkerung gegen das sowjetische Regime betrachtet werden, denn sie rief das Bewusstsein aller Teile des Landes über die Ausbeutung durch das „Zentrum“ hervor. Die Diskussionen um ökologische Schäden und Misswirtschaft einten die ukrainische Bevölkerung. Die Bewegung der ukrainischen Opposition von ökonomischen und ökologischen Themen hin zu politischen erinnert an Estland, bzw. das gesamte Baltikum mit den „Volksfront“-Bewegungen.<sup>1887</sup> Bemerkenswert ist, dass, während in beiden Ländern breite Teile der Bevölkerung, sowohl russischsprachige als auch die neuer Titularnationen, sich in den ökologischen Parolen einig waren, sich die Wahrnehmung veränderte, sobald nationale Forderungen auf die Tagesordnung kamen. Die Sprache und neue Staatssymbole wur-

<sup>1880</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 96-97.

<sup>1881</sup> Liivik, Olev (2009): „Fosforiidisõda“ Estonica Entsüklopeedia Eestist. Eesti Instituut. <http://www.estonica.org/et/Fosforiidis%C3%B5da/> (Abgerufen am 15.10.2014).

<sup>1882</sup> Ebd.

<sup>1883</sup> FAZ: „Tschernobyl. Chronik des Reaktorunfalls“ 07.04.2006.

<sup>1884</sup> Kasperski, Tatjana/Leuchina Anastasija (2008): Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive (1986–2006).

<sup>1885</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 294.

<sup>1886</sup> Ebd. S. 293.

<sup>1887</sup> Ebd. S. 294-295.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

den zu den ersten Indikatoren der ethnisch-kulturellen Spaltung in den Ländern, welche aus den Protestbewegungen zu ökonomischen und umweltbezogenen Themen herausgewachsen sind.

Die wirtschaftlichen Faktoren waren ein bedeutender Faktor in der ersten Phase des Systemwechsels, da diese nachweisbar und greifbar waren. Für das nationale Selbstverständnis waren aber noch andere Prozesse notwendig, wie zum Beispiel die Anpreisung des eigenen Landes, der Natur und der Schönheit.<sup>1888</sup> Diese Phase geht mit der Übernahme der eigenen, von der sowjetischen unterschiedlichen Symbolik, der eigenen Institutionen und des neuen Nationalbewusstseins einher.<sup>1889</sup> In Estland wurde das Vaterland bereits im Zuge der Singenden Revolution in den Jahren 1988 bis 1991 durch Volkslieder und neue nationale Lieder besungen. Die Schönheit des eigenen Landes hatte hierbei eine wichtige Rolle zu spielen. Die direkte Verbindung zu den Ereignissen rund um die Phosphor-Gruben wurde sogar durch ein eigens hierfür komponiertes Lied „Ei ole üksi üksi maa“ („Kein Land steht allein“) hergestellt, in dem die Solidarität von ganz Estland mit dem Landkreis Virumaa bekräftigt wurde.<sup>1890</sup> Kurioserweise ist Virumaa mit der höchsten Dichte an russischsprachiger Bevölkerung heute der problematischste Landkreis in Estland.

Die neue Symbolik wurde in den Nachfolgerstaaten durch die Entscheidungen zur Sprache, Staatsflagge und Hymne eingeführt. Dieser Prozess wurde in Estland durch die öffentliche Distanzierung von Esten und Russen im öffentlichen Raum begleitet. Laut Graham Smith gehörte dies zur De-Sowjetisierung, weil der Eindruck erweckt werden sollte, dass das eigene Land erst dann vollkommen ist, wenn alle „Fremden“ es verlassen.<sup>1891</sup> Dafür musste erst einmal das Bild der „Fremden“ geschaffen werden. Diese Rolle übernahmen im Baltikum verstärkt „Russen“, die obendrein auch noch als die Okkupationsmacht stilisiert werden konnten. Solche Abgrenzungsmuster wurden in Estland mittels der neuen Symbolik Flagge, Hymne, Wappen und Sprache bereits Ende der 1980er Jahre angewandt, was innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung zunehmend mit Sorge aufgenommen wurde. Besonders die Gesetzgebung zur estnischen Sprache sorgte im nordöstlichen Teil des Landes für Empörung.<sup>1892</sup> Die Strategie der Abgrenzung war politisch erfolgreich, was sich spätestens Anfang der 1990er Jahre herausstellte. Anders war dies in der Ukraine, in der die Abgrenzung zum sowjetischen System zwar erfolgte, die alten Eliten aber an der Macht blieben.<sup>1893</sup> Die ethnisch russische bzw. russischsprachige Bevölkerung wurde nicht ausgegrenzt, eher waren es die nationalistischen Kräfte, die die ersten halbfreien Wahlen verloren haben. Somit fand hier ein

---

<sup>1888</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 614.

<sup>1889</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 13-14.

<sup>1890</sup> Tammela, Hiljar (2009): „Laulev revolutsioon“ in: *Estonica Entsüklopeedia Eestist*. Eesti Instituut. [http://www.estonica.org/et/Laulev\\_revolutsioon/](http://www.estonica.org/et/Laulev_revolutsioon/) (Abgerufen am 20.03.2013)

<sup>1891</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 14.

<sup>1892</sup> Die Details des Arbeitsalltags in Sowjet-Estland aus dem Interview mit Ludmilla Veskimäe, Leiterin der Textilfabriken „Baltika“ und „Lembitu“ in Tallinn in den 1960er und 1970er Jahren, Mitglied des Rates der Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren, sowie Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets von 1985 bis 1990. Interview gehalten im März-April 2013.

<sup>1893</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 14-15.

Übergang „durch die Mitte“ statt, indem nur die Extrema beider politischen Pole (Kommunisten und Nationalisten) zunächst als politische Randgruppen agierten, jedoch nicht in jeder Hinsicht. Beispielsweise wurde das ukrainische Wappen „Tryzub“ zusammen mit der Hymne und der Flagge in der Verfassung von 1996 verankert. Allerdings stellt das Wappen als Symbol aus der Zeit der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) ein starkes, und nicht unbedingt neutrales, national-ukrainisch geprägtes Zeichen dar. Das Wappen wurde an die historische Interpretation des Lwiwer Historikers Andrij Hretschylo angelehnt, der die unabhängige Ukraine des Jahres 1991 als Vollendung des ukrainischen Nationalstaates sah. Diese Sichtweise knüpfte sich an die Tradition des ersten Präsidenten der UNR Mychajlo Hruschewskyj, der die Geschichte der Ukraine von der Kiewer Rus' bis UNR ebenso interpretierte. Somit wurde bei der Sichtweise jegliche Fremdherrschaft ausgeblendet und damit eine scharfe Trennung zwischen den Ukrainern und den Russen geschaffen.<sup>1894</sup> Mit diesem Symbol konnte sich der russischsprachige Teil des Landes schwer identifizieren. Der Kontext des Wappens richtete sich nämlich explizit gegen die russische Herrschaft und damit auch implizit gegen die im Land lebenden russischstämmigen oder russischsprachigen Bürger.<sup>1895</sup> Was für die westukrainischen Regionen das Symbol des unabhängigen ukrainischen Staates war, war für den Südosten die Verbindung zu „benderovcy“ und den westukrainischen Nationalisten. Beide Wahrnehmungen liegen in unterschiedlichen Erinnerungskulturen und sind nicht zuletzt in der unterschiedlichen Geschichtsdeutung begründet.<sup>1896</sup> Gleichzeitig bedeutete die Ablehnung des Wappens noch keine Ablehnung der ukrainischen Unabhängigkeit, was im Übrigen ebenso in Estland bezüglich der Sprache festzuhalten ist. Tatsächlich wurden in der Ukraine die Bedenken bezüglich des Wappens aufgearbeitet, indem das sogenannte „große“ Staatswappen durch Elemente ergänzt wurde, die die gemeinsame ostslawische Herkunft der ukrainischen Nation widerspiegeln.<sup>1897</sup>

Die territoriale Integrität eines Staates mit seiner Titularnation kann mithilfe des Anspruchs auf die Exklusivität in dem jeweiligen Land begründet werden, um sich von der Minderheit abzugrenzen, die der eigenen Auffassung einer indigenen Bevölkerung nicht entspricht. Dafür kann die Mehrheit häufig Begriffe wie „Migranten“, „Fremde“ oder „Okkupanten“ verwenden.<sup>1898</sup> Graham Smith argumentiert, dass diese Sichtweise im postsowjetischen Raum durch die Vorstellung begleitet wurde, dass die neuen Titularnationen für die Modernisierung besser „geeignet“ wären als die alten russischen bzw. russischsprachigen Eliten.<sup>1899</sup> Während in Estland Ende der 1980er Jahre in der Öffentlichkeit, wohlgerichtet der estnischsprachigen, darüber gesprochen wurde, dass die Esten für die Unabhängigkeit und die Russen für das Sowjetimperium standen, ob dies stimmte oder nicht, waren in der Ukraine sowohl die Russen als auch die Ukrainer

<sup>1894</sup> Jilge, Wilfried (2001): Staatssymbolik und Nationsbildung in der Ukraine (1991-2001). Ost-West Europäische Perspektiven (OWEP) 2. 131-140.

<sup>1895</sup> Ebd.

<sup>1896</sup> Ebd.

<sup>1897</sup> Eine detaillierte Analyse bietet: Jilge, Wilfried (2001): Staatssymbolik und Nationsbildung in der Ukraine (1991-2001).

<sup>1898</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 608; Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 96; Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 297.

<sup>1899</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 16-17.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

an den politischen Prozessen beteiligt. Deswegen wurde die Modernisierung hier auch nicht ethnisch-national, sondern politisch untermauert – wer am Sowjetsystem hing, war kommunistisch gesinnt. Wahrscheinlich konnte in der Ukraine deswegen auch keine klare Linie zwischen den neuen und den alten Eliten gezogen werden, obwohl eine ethnisch-nationale Trennung nach baltischem Muster auch von den nationalen Kräften in der Ukraine versucht wurde.<sup>1900</sup> Die alten Eliten gaben sich beinahe alle als Reformatoren, als klar wurde, dass das alte Regime nicht mehr überlebensfähig war. Auch hier spielt die historische Mythenbildung eine entscheidende Rolle, da ethnische und national-gesinnte Ukrainer sich selbst eine größere Nähe zu Europa und damit den demokratischen Prinzipien zuschrieben. Die demokratische Entwicklung der Ukraine wurde von vielen durch die sowjetische Herrschaft unterbrochen angesehen – ähnlich wie in Estland.<sup>1901</sup> Darauf basiert in vielerlei Hinsicht die ideologische Abgrenzung zu den Russen.

Hierbei spielt bereits zum wiederholten Mal die Sprache und die Nationalität sowie die Stereotypisierung eine Rolle. In Estland war spätestens Ende der 1980er Jahre ein Zugehörigkeitsgefühl zu „beiden“ Seiten oder Nationalitäten beinahe unmöglich.<sup>1902</sup> Entsprechend der politisierten Rhetorik über die ethnisch-nationale Zugehörigkeit fielen die Menschen in Estland fast automatisch in eines der Lager „für“ oder „gegen“ die Unabhängigkeit. In der Ukraine war das anders, denn die Entscheidung, ob man nun für oder gegen die Unabhängigkeit war, konnte ungeachtet der Nationalität getroffen werden. Entsprechend bildeten sich im alltäglichen, aber auch offiziellen Sprachgebrauch Begriffe heraus, die in Bezug auf die „anderen“ verwendet wurden. Beispielsweise hat sich in Estland bereits seit den 1990er Jahren der Begriff „muulased“, also „Fremdstämmige“ als Bezeichnung für Nicht-Esten durchgesetzt.<sup>1903</sup> Diejenigen, die keine estnische Sprache sprechen, sondern beispielsweise nur Russisch, werden auch als „umbkeelne“ bezeichnet, was übersetzt etwa „keinsprachig“ bedeutet, also jemand, der keine verständliche Sprache sprechen kann. Gerechterweise soll aber gesagt werden, dass „muulased“ ein offizieller Begriff ist, der auch in staatlichen Dokumenten verwendet wird, während „keinsprachig“ teilweise alle bezeichnet, die keine „verständliche“ Sprache sprechen können, egal in welchem Land oder welcher Nationalität diejenigen angehören.<sup>1904</sup> Russischsprachige werden bis heute als „muulased“ bezeichnet, was im Englischen übrigens als „aliens“ übersetzt wird, so auch in den Integrationsprogrammen der estnischen Regierung bzw. in der Gesetzgebung zu Ausländern.<sup>1905</sup> In der Ukraine wurden Russen traditionell als „Moskaly“ bezeichnet, was eine Ableitung von „Moskau-

---

<sup>1900</sup> Ebd. S. 10; 123-125.

<sup>1901</sup> Ebd. S. 25-26.

<sup>1902</sup> Ebd. S. 16.

<sup>1903</sup> Iris Pettai: „Miks muulastele meeldib Eestis elada?“ Postimees, 06.12.1995.

<sup>1904</sup> Vgl. Laas, Kaljo (2007): Muulased Eestis. RiTo 5; Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 102; Delfi.ee: „Umbkeelne apteeker jättis pensionäri rohuta“ Eesti Tarbijakaitse Liit/Delfi uudised 19.10.2007 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/umbkeelne-apteeker-jattis-pensionari-rohuta?id=17200390> (Abgerufen am 25.11.2013); Eva Kesküla: „Mööblita korterid ja umbkeelsuse frustratsioon“ Eesti Ekspress 15.10.2012.

<sup>1905</sup> So zum Beispiel in einem öffentlichen Brief des Akademischen Rates der estnischen Präsidenten im Jahr 2001. <http://vp1992-2001.president.ee/est/n6ukogu/vpan251198e.asp> (Abgerufen am 25.03.2013). Tatsächlich wird der Begriff in dem Regierungsprogramm zur Integration aus dem Jahr 1999 gemieden: RT L 2000, 49, 740 Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“.

## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

er“ bzw. „Moskowiter“ darstellt.<sup>1906</sup> Diese Bezeichnung wird bis heute im alltäglichen Sprachgebrauch verwendet, allerdings nur im inoffiziellen. Gegenüber der von Russen verwendeter „Chohly“ stellt diese Bezeichnung einen gewissen Gegenbegriff dar. Allerdings ist das ukrainische Begriffspaar eine relativ veraltete gesellschaftliche Redensart, welche die Ukrainer und Russen untereinander pflegen. Dagegen ist die estnische Bezeichnung „muulased“ erst im Zuge der Demokratisierung der 1990er Jahre entstanden, um explizit die „anderen“ in der Gesellschaft benennen zu können. In gewisser Hinsicht ist „muulased“ die offizielle Bezeichnung der „venelased“ („Russen“), wie die russischsprachigen Bewohner Estlands im alltäglichen Sprachgebrauch genannt werden. Begrifflichkeiten können sich somit auf Entscheidungen übertragen, die letztendlich für den Verlauf des gesellschaftlichen Lebens im Staat maßgeblich sein können. Die Gruppe, die ihre Ansichten durchsetzen kann, dominiert schlussendlich auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Staat.<sup>1907</sup>

## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

Mythenbildung stellt einen wichtigen Baustein der territorialen und nationalen Verbundenheit des Volkes mit dem Land und der Geschichte dar. Ohne subjektive Elemente der Nationsbildung wie die Sprache, die Kultur und Traditionen kann eine Nation nicht „materiell wirksam“ werden, wie Felix Schnell schreibt.<sup>1908</sup> Das Produkt „Nation“ lebt von diesen Elementen in ihrem geschichtlichen und gegenwärtigen Diskurs, der die Nation zu bestimmten Handlungen bewegen kann.<sup>1909</sup> Solche können auf der höchsten Ebene die Bildung von Staaten bzw. politischen Gemeinschaften führen, wobei ebenfalls das Territorium und andere auf diesem Territorium lebende Nationen ins Spiel kommen. Das tiefgehende Problem der Nationalstaaten und ihren Nationen soll hier nicht näher behandelt werden, doch als ein Aspekt der Nations- und Staatsbildung ist es von Bedeutung: Tatsächlich verkommt die Nationalität als Teil des subjektiven Selbstbewusstseins der Menschen im Alltag in den allermeisten Fällen zu einer Nebensache.<sup>1910</sup> Deswegen ist es für das nationale Selbstbewusstsein ausschlaggebend, ob innerhalb des Staatsgebildes oder der Gesellschaft die Nationalität der Bürger alltäglich präsent ist. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt die Nationalität im Hintergrund. Sie gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn bestimmte Ereignisse (solche wie Feiertage, Geburtsdaten von Nationalhelden oder Symbole) das nationale Selbstbewusstsein hervorrufen. Bedeutend ist indes, in welchem Rahmen in diesem Zusammenhang über Nationalität gesprochen wird: Je familiärer das Umfeld, umso unbedeutender wird auch der Nationalitäten-Diskurs. Wenn es mit zunehmender Öffentlichkeit des Nationalitäten-Diskurses zu

---

<sup>1906</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 125.

<sup>1907</sup> Vgl. hierzu: Kolsto, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 608.

<sup>1908</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.

<sup>1909</sup> Ebd.

<sup>1910</sup> Ebd.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

scheinbar unüberwindbaren, auf nationalem Gedanken basierenden Gegensätzen kommt, kann dies durchaus zu Konflikten führen. Mythen, Geschichte und Symbole der Gegenwart spielen dabei die zentrale Rolle.

### 7.6.1 Ukrainische Mythenbildung und Identitätsstiftung

In der Ukraine kommt solchen Mythen eine besondere Bedeutung zu, da diese teilweise stark mit den Mythen des russischen Staates zusammenhängen. Diese Übereinstimmung ist besonders wichtig, wenn die identifikative Abgrenzung des explizit ukrainischen (und nicht etwa russischen) Staates Ziel der ukrainischen Mythenbildung ist. Das Territorium der Ukraine unterliegt als wichtiges Element einer solchen explizit-ukrainischen Mythenbildung. Bestimmte Regionen in der Ukraine spielen dabei eine polarisierende Rolle, so wie Donbass und Krim als Gegenpol zu Wolhynien und Galizien.<sup>1911</sup> Entgegen der Meinung, wonach die östlichen Gebiete historisch zu Russland gehörten bzw. russisch sozialisiert waren, werden die östlichen Gebiete von ukrainischen Nationalisten oft der russischen Herrschaft abgesprochen und als traditionelles Kosakenland dargestellt, das neben den Gebieten um Charkiv und Don-Niederlauf um den heutigen Donbass herum existierte.<sup>1912</sup> Die nationale Mythenbildung beharrt darauf, dass die ukrainische Staatlichkeit und Kultur mit den Zeiten der „Kiever Rus“ bis hin zu der Herrschaft der Kosaken Bestand hatte, und zwar in der Litauischen und der Galizischen Periode.<sup>1913</sup> Die Zeiten der „Kiewer Rus“ und der Kosaken-Hetmanats im 17. und 18. Jahrhundert werden auch als das „Goldene Zeitalter“ der ukrainischen Kultur und Staatlichkeit betrachtet. Es werden sogar Nachweise geliefert, dass die ukrainischen Kosaken zur Bildung des Osmanischen Imperiums beigetragen haben, womit die russisch-geprägte Version der slawischen Siedlungen in der südwestlichen Ukraine erst nach der Niederlage der Osmanen durch die Russen im 18. Jahrhundert quasi-widerlegt wird. In jedem Fall erstreckt sich die „Ukraine der Mythen“ von Transkarpathien über Transdnistrien und Lemko im Südwesten Polens über Smolensk in Russland bis hin zu Kuban im nördlichen Kaukasus.<sup>1914</sup>

Neben der territorialen Frage erschweren weitere Faktoren die komplette Loslösung der ukrainischen Geschichte von der russischen. Erstens ist der Mythos der gemeinsamen, ostslawischen Herkunft zu nennen, die durch historische Teilungen bestenfalls Schürfwunden erlitten hat. In den Randgebieten der Ukraine war das Selbstverständnis der Ukrainer lange Zeit von alternativen Bezeichnungen als Nation bzw. als nationale Gruppe geprägt. Im Westen bezeichneten sich die Menschen als „Huzulen“, „Bojken“ oder „Rusyny“ während die ost- und südukrainischen Gebiete die bereits genannte Bezeichnung „Chochly“ verwendeten.<sup>1915</sup> Da die ukrainische Nationalbewegung von der russischen Zentralregierung, bis auf wenige Jahre der Entspannung unter der sowjetischen Politik der 1920er Jahre, entschieden bekämpft wurde, überlebte diese hauptsäch-

<sup>1911</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 224-225.

<sup>1912</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 36.

<sup>1913</sup> Ebd. S. 25.

<sup>1914</sup> Ebd. S. 24; 36.

<sup>1915</sup> Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. S. 289.



## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

lich aufgrund ihrer tiefen Verwurzelung im Westen des Landes.<sup>1916</sup> Ebenfalls trug die langjährige Spaltung zwischen der russischsprachigen städtischen und der ukrainischsprachigen ländlichen Bevölkerung dazu bei, dass die ukrainische Kultur im agraren Milieu gewissermaßen konserviert blieb. Hierbei besteht auch eine Parallele zu Estland stellvertretend für das gesamte Baltikum, wo die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung über die Jahrzehnte fremder Herrschaft ethnisch relativ homogen blieb. Sowohl im Falle der Ukraine als auch im baltischen Fall hat dies historische Gründe, da sich die ländlichen sozialen und ethnisch-kulturellen Strukturen bereits herausgebildet hatten, bevor die Fremdherrschaft ankam.

Zweitens bildet der christlich-orthodoxe Glauben eine bedeutende Basis, wobei der Kiewer Fürst Wladimir Swjatoslawich als der Täufer „aller Russischen Länder“ gilt.<sup>1917</sup> Diese Basis geht mit der gemeinsamen Historie der Kiever Rus einher, in der Russen und Ukrainer als ein „orthodoxes“ Volk gelten.<sup>1918</sup> Die Bezeichnung „prawoslawnyj“ („православный“) bzw. „orthodox“ war historisch lange Zeit sogar als Merkmal der Volkszugehörigkeit gängiger als die jeweilige Nationalität, als die Unterscheidung in Russe, Ukrainer oder Weißrusse.<sup>1919</sup> Allerdings wurde die Argumentation der „orthodoxen“ Ukraine als Merkmal der gemeinsamen Geschichte mit Russland besonders im Zuge der Ukraine-Krise von 2014 teilweise zur Rechtfertigung verwendet. Die eine, pro-russische, Seite stellte die Religion als Beleg dafür dar, dass Russland das „historische“ Recht habe das ukrainische Volk und die Ukraine als Teil der ostslawischen Welt zu beschützen.<sup>1920</sup> Die pro-ukrainische Seite sah in dem Ereignis wiederum eine historische Legitimation der Ukraine als eine eigenständige Staatlichkeit mit eigenen symbolischen, religiösen und kulturellen Werten, die sich von Russland abgrenzen.<sup>1921</sup> Die Orthodoxie wurde in der Ukraine somit vielfältig und im Falle der Krise von 2014 auch misslungen als Konfliktgrund verwendet.

Schließlich stellt die Sprache in der Ukraine die Brücke dar, welche sie mit der slawischen, mitunter der russischsprachigen, Welt verbindet, was im Baltikum beispielsweise fehlt. Die ukrainische Sprache wurde unter der russischen Herrschaft als „minde-re“ Sprache betrachtet.<sup>1922</sup> Unter anderem wurde sie in den von Russland beherrschten Gebieten häufig als ein „russischer Dialekt“ bezeichnet, was in radikalisierten russisch-nationalistischen Kreisen zum Teil bis heute behauptet wird.<sup>1923</sup> Demnach konnte Ukrainisch während der Fremdherrschaft überleben nur durch „unpolitische“ Nutzung in der Bildung und Kultur.<sup>1924</sup> Selbst die Etymologie des Staatsnamens „Ukraine“ sorgt bis heute für Diskussionen: Entsprechend der einen Interpretationsweise entstammt die Bezeichnung dem Wort „Okraina“ (окраина) oder auf Russisch „Grenzgebiet“, „Randge-

---

<sup>1916</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S.15.

<sup>1917</sup> Portnov, Andrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eururevolution“ in der Ukraine. S. 7; „Володимир Святославич“ in: „Малий словник історії України“ 1997; Kiew „Либідь“. S. 96.

<sup>1918</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 36-37.

<sup>1919</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 12.

<sup>1920</sup> Portnov, Andrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eururevolution“ in der Ukraine. S. 7.

<sup>1921</sup> Ebd.

<sup>1922</sup> Ebd. S. 4; Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. S. 36.

<sup>1923</sup> Bihl, Wolfdieter (1993): Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz S. 148.

<sup>1924</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

biet“ oder „Grenzland“.<sup>1925</sup> Diese Bezeichnung entspricht dem Sprachgebrauch der Moskauer Rus', der für alle Grenzgebiete verwendet wurde.<sup>1926</sup> Schenkt man allerdings der anderen Sichtweise Glauben, so wurde in ukrainischen Chroniken des 12. Jahrhunderts das Wort „Krajina“ (країна) oder Land, Landkreis als ursprüngliche Bezeichnung des Gebietes der heutigen Ukraine verwendet.<sup>1927</sup> Während diese Unterschiede auf den ersten Blick trivial erscheinen mögen, sorgen sie bisweilen für tiefgehende Diskussionen hinsichtlich des „korrekten“ Sprachgebrauches. Die erste Interpretation wird häufig im russischsprachigen Raum verwendet, was allerdings von den Verfechtern der zweiten Variante kritisiert wird, da diese Sichtweise ihrer Meinung nach die Ukraine nicht als eigenständiges Land, sondern lediglich als „Grenzgebiet“ von Russland hinstelle. Wiederrum verwenden die Befürworter der ersten Interpretation die Argumentation, dass es im russischen Sprachgebrauch grammatikalisch korrekt sei, die Ukraine als „Grenzgebiet“ zu bezeichnen. Die sprachliche Unterscheidung gelingt dabei relativ einfach – mittels der jeweils verwendeten Präposition. Während bei der Gleichsetzung „Ukraine=Randgebiet“ beim Satz „in der Ukraine“ im Russischen die Präposition „na“ (на), oder „auf“, verwendet wird, benutzt man im Falle „Ukraine=Land“ die Präposition „v“ (в) bzw. „in“. Diese scheinbaren Kleinigkeiten im Sprachgebrauch, die von einem Fremdsprachler gar nicht wahrgenommen würden, werden von Russisch-Muttersprachlern sofort gehört. Entsprechend kann die Verwendung der jeweiligen Präposition dafür sorgen, dass der Anwender als „pro“ oder „contra“ Ukraine als Staat oder als „Randgebiet“ angesehen wird, was wiederum zu weiter gefassten Schlussfolgerungen hinsichtlich der Sichtweise der Person auf den Status der Ukraine führen kann.

Wichtig bei der Abgrenzung zwischen „wir“ und „andere“ ist die Kombination der historischen territorialen Zugehörigkeit mit dem Mythos des gemeinsamen Leidens in der Geschichte. In der Ukraine ist die Leidensgeschichte direkt mit der Sowjetherrschaft und damit den Russen verbunden. Diese Sichtweise steht in direkter Konkurrenz zu der russophilen Sichtweise, wonach die Errungenschaften der Ukraine lediglich durch die gemeinsame Anstrengung während der Sowjetzeit zustande gekommen sind.<sup>1928</sup> In der Ukraine war diese Art der Mythenbildung dadurch verkompliziert, dass die Dreieinheit der Ost-Slawen (zusammen mit den Russen und den Weißrussen) die Geschichte teilweise nicht separat betrachten ließ. Dennoch wurden bestimmte Ereignisse, wie der Vertrag von Perejaslaw aus dem Jahr 1654, als imperialistische Züge von Russland gewertet, vollständig wider der russophilen Betrachtungsweise.<sup>1929</sup> Demnach haben die Russen die Ukraine auch widerwillig als Brücke nach Europa benutzt und damit ihren demokratischen kulturellen Charakter zerstört.<sup>1930</sup>

Die Wiederherstellung der nationalen Helden bildete ein bedeutendes Attribut in der ukrainischen nationalen Bewegung im Zuge des Systemwechsels. Vor allem spielte der

---

<sup>1925</sup> Annette Schuhmann (2010): „Ukraine – Grenzland“ zeitgeschichte-online Februar 2010 <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/ukraine-grenzland> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>1926</sup> „МЭСБЕ/Украина“ Малый энциклопедический словарь Брокгауза и Ефрона.

<sup>1927</sup> „Україна“ in: Топонімічний словник України unter: <http://www.toponymic-dictionary.in.ua/> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>1928</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 27.

<sup>1929</sup> Ebd. S. 26.

<sup>1930</sup> Ebd. S. 37.

## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

Kosakenmythos die entscheidende Rolle, hauptsächlich wurde die Zeit der Zaporozher Sic auf dem Gebiet des unteren Dniepr-Laufes als die Blütezeit der ukrainischen Staatlichkeit betrachtet.<sup>1931</sup> Die damaligen Anführer Bohdan Chemlnyckij sowie Hetman Iwan Mazepa wurden dabei zu wichtigen ukrainischen Staatsführern aufgewertet, während Mazepa in den sowjetischen Geschichtsbüchern noch als Verräter Russlands positioniert wurde. Auch die Anführer der Staatlichkeitsbestrebungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts Taras Shevchenko, Michailo Hruschewskij, Simon Petljura und auch Stepan Bandera wurden zu neuen Gesichtern der national-ukrainischen Geschichtsschreibung.<sup>1932</sup> Letzterer stellt eine der kontroversesten historischen Figuren der modernen ukrainischen Mythenbildung dar. Bandera wurde im Jahr 2010 von der Juschtschenko-Administration zum Nationalhelden postiert, was dem russischsprachigen bzw. russophilen Teil der Bevölkerung nicht gefallen haben dürfte. Die Vergangenheit Banderas als Mitglied der westukrainischen UPA (Ukrainische Befreiungsarmee) lassen ihn von einem Teil der historischen Deutungen als Nazi-Kollaborateur und antisemitischen Faschist gelten. Seitens der ukrainischen Nationalbewegung wird er allerdings als Kämpfer für die Unabhängigkeit verehrt.<sup>1933</sup> Diese Gegensätze zwischen der Verehrung von Widerstandskämpfern, die seitens der russischstämmigen Bevölkerung jedoch als Nazi-Kollaborateure gelten, sind vergleichbar mit dem „Krieg der Denkmäler“ in Estland.<sup>1934</sup>

Neben Stepan Bandera gab es auch andere historische Figuren und Ereignisse, die gezielt gegen die Sowjetherrschaft gerichtet waren. Zu solchen gehörte zum Beispiel die Erinnerung an „Holodomor“, der Hungersnot der 1930er Jahre. Während die historische Gegebenheit nicht bestritten werden kann, so sind die Wahrnehmungen je nach Kulturkreis, Land und Kontext doch unterschiedlich. Eine Interpretationsmöglichkeit stellt den Hunger in der Ukraine als Ereignis dar, das gleichzeitig mit Hungersnöten in vielen anderen Teilen der Sowjetunion stattfand und Russen ebenso betraf wie Ukrainer. So wird angeführt, dass in Kasachstan die Opferzahlen sogar höher waren als in der Ukraine.<sup>1935</sup> Die dem entgegen gesetzte Sichtweise stellt Sowjetrussland als Verantwortliche für den „Holodomor“ dar, der faktisch als Genozid am ukrainischen Volk gilt.<sup>1936</sup> Diese Sichtweise birgt zweierlei Probleme: sie wird vor allem in den Regionen propagiert, in den „Holodomor“ gar nicht stattfand.<sup>1937</sup> Die hauptsächlich betroffenen Gebiete der Ukraine, die den Hunger erlebten, waren in der Tat die östlichen und zentralen Oblaste um Donezk, Luhansk und Charkiw über Dnipropetrowsk, Zaporischija bis nach Kiew.<sup>1938</sup> Heute wird die Genozid-These aber vor allem in den Oblasten um Lwiw vertreten, die damals gar zu Polen gehörten.<sup>1939</sup> Das zweite Problem bezieht sich auf die Konnotation dieser Interpretation, die für viele implizit anti-russisch ist, und zwar über-

---

<sup>1931</sup> Bihl, Wolfdieter (1993): Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. S. 148.

<sup>1932</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 274.

<sup>1933</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15.

<sup>1934</sup> Vgl. Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): The Politics of History and the „War of Monuments“.

<sup>1935</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

<sup>1936</sup> Ebd.

<sup>1937</sup> Ebd.

<sup>1938</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 599.

<sup>1939</sup> Ebd.; Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 14.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

tragen auf die heutigen national-ethnischen Verhältnisse der Ukraine.<sup>1940</sup> Der Opferstatus der Ukrainer, der durch eine solche Sichtweise zur gemeinsamen Mythenbildung beiträgt, trägt zur Stärkung des Gemeinschaftssinns bei. Womöglich hatte die Werhowna Rada genau das im Sinn, als sie 2006 den „Holodomor“ zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärte, wohlgemerkt während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.<sup>1941</sup>

Einige ukrainische Helden und Mythen genießen allerdings auch gemeinsame Verehrung, sowohl bei den Russen als auch bei den Ukrainern. Dazu gehört zum Beispiel der Nationaldichter Taras Schevchenko, dessen Bild die 100-Hrivna Banknote ziert. Ebenfalls ruft die Verehrung von Bohdan Chemlnyckij keine wesentlichen ethnisch-nationalen Gegensätze hervor, obwohl die Ukrainer und die Russen ihn wohl aus unterschiedlichen Gründen ehren. Für die ersten ist er der Anführer des Aufstandes gegen Polen-Litauen und der Begründer des Hetmanates. Für die zweiten ist er die Führungsfigur der Vereinigung von Perejaslaw, die als Vereinigung von Russland und der Ukraine, unter der Anführung Russlands, wohlgemerkt, gilt. Auch Michailo Hruschewski ist von allen Seiten akzeptiert, ebenso wie der Zar Peter der Große. Sein zeitgenössischer Gegenspieler Mazepa wird wiederum vom Osten des Landes nicht als Held anerkannt.<sup>1942</sup>

Die neuen ukrainischen Eliten versuchten wiederholt die Mythen- und Heldenbildung für die Zuneigung der Bevölkerung zu verwenden. Beispielsweise versuchten nationale Kräfte die Geschichte der Ukraine bewusst vom Mythos der Zugehörigkeit zu Groß-Russland loszulösen. Dagegen haben Eliten der „alten Ordnung“ einige Traditionen der Sowjetzeit in die Zeit der Unabhängigkeit übertragen. Dazu gehörte die Ehrung als „Held der Ukraine“ oder die Feier zum 85. Geburtstag von Wladimir Schtscherbitskij, dem ehemaligen konservativen und reformfeindlichen Generalsekretär der KPU im Jahr 2003, was noch von Leonid Kuchma als Repräsentanten der Sowjet-Eliten veranstaltet wurde.<sup>1943</sup> Wiktor Juschtschenko setzte sich seinerseits bewusst für eine ukrainisch-nationale Linie ein und kürte den ehemaligen Anführer der UPA Roman Suchewic im Jahr 2007 postum zum Helden der Ukraine – sehr zum Ärger der russischsprachigen Teile der Bevölkerung. Weitere Ereignisse, so wie die Deutung der Schlacht von Poltawa oder des Zweiten Weltkrieges, spalteten das Land immer wieder in ihrer Erinnerungskultur. Dies ist in etwa mit der Interpretation der sowjetischen Okkupation im Baltikum vergleichbar.

---

<sup>1940</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1941</sup> Simon, Gerhard (2013): Analyse: „80 Jahre Holodomor – die Große Hungersnot in der Ukraine“ Bundeszentrale für politische Bildung 28.11.2013 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/174179/analyse-80-jahre-holodomor-die-grosse-hungersnot-in-der-ukraine?p=all> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1942</sup> Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. S. 305-306.

<sup>1943</sup> Ebd. S. 274-275.

### 7.6.2 Estland und Mythen – Identität und der „Krieg der Denkmäler“

In Estland besteht historisch ein schwieriges Verhältnis zum Nachbarstaat Russland, welches hauptsächlich Eroberungen und Kriegen geschuldet ist. Demgegenüber bildet die Zeit der ersten unabhängigen Republik Estland, die Jahre 1918 bis 1940, die bedeutendste Grundlage für die Abgrenzung der Fremdherrschaft. Dadurch dass die Zeit davor und vor allem danach durch die Herrschaft Russlands geprägt war, richtet sich das heutige Narrativ der gewaltsamen Fremdherrschaft, welche die nationale Sprache und Kultur unterdrückte, meistens explizit gegen Russland. Viele der kulturellen Güter der ersten estnischen Republik bilden die national-ideologische Grundlage des heutigen Volksmythos der Esten. Aufgrund ihrer starken Verwurzelung im Bewusstsein der Balten, wurden alle solche Formen der Nationalkultur in den Jahren des Stalinschen Terrors bis aufs Bitterste bekämpft. Dass die meisten nationalen Kulturgüter die Zeit der Sowjetherrschaft überdauerten, wird heute als der Mythos der Widerstandsfähigkeit der Esten als Nation und Volk gehandhabt. Dieser reiht sich wiederum in das Bewusstsein des Bestehens der estnischen Nation trotz der langen Zeit der Fremdherrschaft ein. Da die Esten sich ihrer „Blütezeit“ während der staatlichen Eigenständigkeit 1918 bis 1940 vor allem durch die Sowjetunion beraubt sehen, wird die Sowjetzeit auch als die schwerwiegendste Fremdherrschaft betrachtet. Der „trotz allem“ Widerstand der Esten, Letten und Litauer und der Schutz ihrer Nationalkultur durch die Jahre des sowjetischen Terrors ergänzen das identifikativen Narrativ der „verlorenen Unabhängigkeit“. Dabei wird die Zeit zwischen den zwei unabhängigen Republiken in Estland mit der Entwicklung des nächsten Nachbarn Finnland verglichen und darauf hingewiesen, dass Estland in seiner Entwicklung bereits viel weiter wäre, hätten die Sowjets das Land nicht okkupiert. Daraus entsteht ein zusätzliches Gefühl der verlorenen Opportunität, was der Sowjetzeit und indirekt der russischsprachigen Bevölkerung als ihrem Überbleibsel angelastet wird.

Dass die Sprache bei den Balten einen weiteren Mythos zur Abgrenzung des Russischen darstellt, bedarf keiner weiteren Ausführung und ist selbstverständlich – schließlich basiert der gesamte Aufbau des unabhängigen Staates in den 1990er Jahren auf dem „Primat der Sprache“. In Estland wie auch in Lettland dienten die Gesetzgebungen sowie die gesellschaftlichen Einstellungen diesem Zweck. Der sprachliche Mythos wurde in estnischsprachigen Schulen in den 1990er Jahren durch die Verstärkung der estnischsprachigen Literatur und der Vermittlung des estnischsprachigen Kulturgutes erreicht. Zum Teil wurde die estnisch-zentrierte Unterrichtsweise auf Kosten anderer Inhalte gewährleistet – allen voran mittels der Verdrängung des sowjetisch-russischen Erbes. Durch die gezielte Förderung der estnischen Sprache wurde auch der Mythos des Fortbestehens der estnischen Nation „trotz allem“ weiter am Leben erhalten.

Eine ähnliche Argumentation wie in der Ukraine bezüglich des gemeinsamen Leidens wird auch von Esten gegenüber Russland benutzt, wobei hier das Narrativ des Leidens explizit durch die Herrschaft der Russen eines der wichtigsten Pfeiler der historischen Identitätsstiftung für die Esten darstellt. Dieses Narrativ beinhaltet die gemeinsame ethnische Herkunft als notwendige Bedingung der Zugehörigkeit zur historischen „Leidensgemeinschaft“, was die russischsprachige Bevölkerung in dreifacher Weise aus

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

dieser Gemeinschaft ausschließt. Erstens erlaubt es die ethnisch-nationale und die sprachliche Zugehörigkeit den Russen nicht, zu der historischen estnischen Gesellschaft dazuzugehören. Zweitens hängt dies mit Unterschieden in der historischen Interpretation der Ereignisse vor und während der Sowjetzeit zusammen, die Esten und Russen für gewöhnlich haben (das Beispiel mit der Interpretation der Sowjet-Okkupation wurde bereits genannt).<sup>1944</sup> Die Wahrnehmung der „richtigen“ Interpretation der Geschichte durch die Esten, wonach ihr Land jahrelang okkupiert war, bringt die dritte Ausschlussmöglichkeit zum Vorschein: Ihren Opferstatus hat die so konstruierte und definierte Gemeinschaft der Esten beinahe ausschließlich den Russen zu „verdanken“, zu denen auch die aktuelle russischsprachige Bevölkerung gehört. Diese Art der historischen Interpretation barg von Anfang an ein starkes Potential der Schuldzuweisung denjenigen gegenüber, die die Esten als Nachkommen der Okkupanten sahen. Gleichzeitig entstand daraus eine starke symbolische Bedeutung der gesamten Sowjetzeit und der dazu gehörigen Mythen, die in Estland ihren Ausdruck in Denkmälern fanden.

Die entschiedene Ablehnung der Sowjetherrschaft und der Wahrnehmung dieser als illegale und repressive Okkupation führte dazu, dass der kurze historische Abschnitt der Nazi-Herrschaft in Estland während der Jahre 1941 bis 1944 in das geschichtliche Narrativ rückte. Die Mobilisierung der Esten während des Jahres 1944 wurde von der damaligen politischen Führung als Freiheitskampf gegen die Rote Armee stilisiert, welche Parallelen zu dem Befreiungskrieg 1918 bis 1920 haben sollte, infolgedessen Estland die Unabhängigkeit erlangte.<sup>1945</sup> Diese historische Gegebenheit sowie die Verfolgung der Esten als „Nazi-Kollaborateure“ während der Sowjetzeit konservierte die Erinnerungskultur der in den Nazi-Uniformen kämpfenden Esten als Freiheitskämpfer gegen das Sowjetregime. Wie bereits erwähnt, stellt eine solche Wahrnehmung einen grundsätzlichen Gegensatz zu der geschichtlichen Interpretation der Ereignisse seitens der russischsprachigen Bevölkerung dar. Tatsächlich bedeutet die Verherrlichung der Nazi-Uniformen für diese regelrecht ein „rotes Tuch“ und verursacht bisweilen persönliche Beleidigungen.<sup>1946</sup> Dementsprechend hitzig verliefen die Ereignisse um zwei Denkmäler während der Jahre 2002 bis 2007, die im Prinzip diese zwei gegensätzlichen Geschichtswahrnehmungen symbolisieren. Dies war zum einen der „Bronzesoldat“ als Denkmal für die gefallenen Soldaten der Roten Armee, der seit 1947 auf einem zentralen Platz in der estnischen Hauptstadt Tallinn stand.<sup>1947</sup> Während der Sowjetzeit war das Denkmal den „Befreiern von Tallinn“ gewidmet, was nach 1991 in die Widmung den „Gefallenen“ geändert wurde. Über die Jahre der Unabhängigkeit wurde die sowjetische Interpretation des Zweiten Weltkriegs von der offiziellen estnischen Seite zwar „für tot“ erklärt, doch der „Bronzesoldat“ wurde dennoch, oder gerade deswegen, zu einer Pilgerstätte mit massivem historischem Wert für die russischsprachige Bevölkerung. Vor allem an den ehemaligen sowjetischen „Tag des Sieges“, dem 9. Mai, versammelten sich die Kriegsveteranen und deren Nachkommen am besagten Denkmal und legten Blumen nieder. Auch die jüngere Generation drückte damit einerseits die historische

---

<sup>1944</sup> Vgl. hierzu: Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): *The Politics of History and the „War of Monuments“*, S. 426.

<sup>1945</sup> Ebd. S. 427-428.

<sup>1946</sup> Ebd. S. 429.

<sup>1947</sup> Ebd. S. 433.

## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

Verbundenheit aus und zeigte andererseits damit eine Art des „leisen Protestes“ gegen die neuen Machtträger.<sup>1948</sup>

Das andere Denkmal, um das der „Krieg der Denkmäler“ entfachte, war das „Monument von Lihula“, das durch Spenden finanziert und im Jahr 2002 in der Stadt Pärnu errichtet wurde.<sup>1949</sup> Dieses zeigte das Relief eines Soldaten in der Uniform der deutschen Wehrmacht, wobei der Text „Allen estnischen Soldaten, die im zweiten Befreiungskrieg und für die Befreiung Europas 1940-1945 gefallen sind“ für zusätzlichen Unmut gesorgt hat.<sup>1950</sup> Dieses Monument stand gewissermaßen für das andere Extremum der estnischen Unabhängigkeitsgesellschaft mit estnisch-nationalistischen Zügen, welches sich explizit gegen die Sowjetmacht wandte. Um die Entfernung bzw. Versetzung beider Denkmäler entfachte sich der „Krieg der Denkmäler“, der im Jahr 2007 seinen Höhepunkt fand und die nationalen und kulturellen Gegensätze innerhalb der estnischen Gesellschaft aufzeigte. Das „Monument von Lihula“ wurde auf Anweisung der städtischen Machtträger gar nicht erst enthüllt und wurde stattdessen, versehen mit einer etwas weniger provokativen Inschrift, in der südestnischen Kleinstadt Lihula errichtet, weshalb das Denkmal nun auch diesen Namen trägt. Die Polemik war groß, der Premierminister Juhan Parts weigerte sich an der Enthüllungszereemonie teilzunehmen und das Monument wurde einige Wochen später entfernt.<sup>1951</sup> Die estnische Regierung distanzierte sich ausdrücklich von der Symbolik des Monumentes, was allerdings auch im internationalen Druck begründet liegen könnte.<sup>1952</sup> Ein Jahr später wurde das Monument auf einem privaten Grundstück eines Museums in der Nähe der Hauptstadt Tallinn aufgestellt.<sup>1953</sup> Zu den Folgen dieser Aktion gehörte nicht nur, dass sie den Premierminister seinen Posten kostete, sondern auch, dass die Verherrlichung der explizit anti-kommunistischen Symbolik erneut die Sowjet-Vergangenheit und damit auch die russischsprachige Bevölkerung an die Tagesordnung brachte. Die scheinbare und vermittelte Ignoranz der Regierung gegenüber den verletzten Gefühlen der estnischen Freiheitskämpfer führte zur Wiederaufnahme der Diskussion um die Entfernung des Bronzesoldaten aus der Tallinner Innenstadt. Dazu kam es dann schließlich 2007.

Zum 60-jährigen Jubiläum vom Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 2005 hat es hitzige Streitigkeiten mit gelegentlichen Akten von Vandalismus um die Präsenz des Bronzesoldaten gegeben. Allerdings konnte und wollte es sich die estnische Regierung nicht leisten, die Gemüter der russischsprachigen Bevölkerung und ihrer Kriegsveteranen zu dieser Zeit aufzuheizen.<sup>1954</sup> Die Protestaktionen gegen das Monument häuften sich im Folgejahr und führten dazu, dass die Regierung unter dem neuen Premierminister Andrus Ansip unter Zugzwang geriet. Obwohl Versuche unternommen wurden, gemeinsame Gesprächsrunden zu schaffen, um das Problem der Geschichtsträchtigkeit

---

<sup>1948</sup> Vgl. dazu: Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): *The Politics of History and the „War of Monuments“*. S. 430.

<sup>1949</sup> Begriff übersetzt von „War of Monuments“ und entnommen aus: Ebd. S. 431-433.

<sup>1950</sup> Eigene Übersetzung aus: Ebd. S. 431.

<sup>1951</sup> Ebd. S. 432.

<sup>1952</sup> ERR Uudised: „Lihula sammas võeti valitsuse korraldusel maha“ 02.09.2004 <http://uudised.err.ee/v/5b12c3b5-b146-49d6-8477-67d6af840d5d> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1953</sup> W3.ee: „Lihula sammas püstitati Lagedile muuseumi“ 15.10.2005 <http://w3.ee/openarticle.php?id=266863&lang=est> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1954</sup> Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): *The Politics of History and the „War of Monuments“*. S. 433-435.



## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

des Denkmals zu relativieren, sorgten die radikalen Stimmen sowohl der russischsprachigen Bevölkerung als auch der estnischen Nationalisten dafür, dass das Monument am 26. April 2007 schließlich entfernt wurde.<sup>1955</sup> Vorausgegangen war ein Machtkampf zwischen dem Tallinner Stadtrat, dessen Mehrheit die von einem Großteil der russischsprachigen Bevölkerung gewählte Zentrumsparterie stellte, und dem Premierminister, der damals frisch mit den konservativ-nationalistischen „Vaterland“ und „Res Publica“ koalitiert hatte. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz von Kriegsgräbern sicherte das Kabinett sich letztlich die Entscheidungsgewalt.<sup>1956</sup> Was der Entfernung des Denkmals folgte, waren Krawalle im Zentrum Tallinns unter Beteiligung estnisch- und hauptsächlich russischsprachiger Demonstranten, die erst in der dritten Nacht beruhigt werden konnten. Bis zum 9. Mai hatte sich die Situation entspannt und es erfolgte eine traditionelle Pilgerung der sowjetischen Kriegsveteranen zum neuen Standort des Denkmals auf einem Kriegsfriedhof in Tallinn.<sup>1957</sup> Die Krawalle stellten den Höhepunkt der ethnisch-national begründeten Konfrontation im Baltikum dar. Eine weiterreichende Folge der Ereignisse war die Erkenntnis, dass das Thema der gesellschaftlichen Integration zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung bis dahin keineswegs als erledigt betrachtet werden durfte. So zeigten diese Ereignisse, dass das Thema der beidseitigen Mythenbildung sehr abweichend sein und mitunter zu ernsthaften gesellschaftlichen Konflikten führen kann. Die Ursache dafür liegt sowohl in der unterschiedlichen Interpretation der Geschichte als auch in der Weigerung der Akzeptanz der jeweils anderen Seite, bis hin zu Gefühlen der Bedrohung der aktuellen nationalen Existenz mittels der gegnerischen Geschichtsdeutung. Als Zeichen der Versöhnung haben Vertreter der estnischen Regierung am 8. Mai 2007 erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion Blumen zum Bronzesoldaten gebracht.<sup>1958</sup>

Die Ereignisse um die zwei Denkmäler in Estland stehen exemplarisch für weitere Versuche in Estland die eigene Staatlichkeit, die Nation und die Erinnerungskultur von der Fremdherrschaft abzugrenzen. Obwohl dabei sowohl die Sowjetokkupation der Vor- und Nachkriegszeit als auch die Nazi-Besatzung während des Zweiten Weltkrieges offiziell verurteilt wurden, existieren neben dem Monument von Lihula weitere Beispiele moderner Mythenbildung, die sich explizit gegen die Sowjetokkupation und gleichzeitig implizit zu Gunsten der Nazizeit in Estland wenden. Dazu gehört die jährliche Versammlung der ehemaligen Kämpfer der Estnischen Legion im ehemaligen ostestnischen Kampfgebiet Sinimäe.<sup>1959</sup> Die im Jahr 1942 gegründete Freiwilligeneinheit wurde zur Bekämpfung der Offensive der Roten Armee eingesetzt, wobei Freiwilligkeit durchaus nicht immer vorhanden war.<sup>1960</sup> Der Einsatz gegen die Rote Armee wurde gewissermaßen von der Angst vor einer zweiten Sowjetisierung begleitet. Ebenfalls wurde seitens des estnischen Nationalkomitees in der Tat die Hoffnung gehegt, Estland könnte ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg im Wirrwarr der Großmächtkämpfe seine Unabhängig-

---

<sup>1955</sup> Ebd.

<sup>1956</sup> Ebd. S. 435.

<sup>1957</sup> Ebd. S. 436.

<sup>1958</sup> Ebd. S. 439.

<sup>1959</sup> Reinhard Wolff: „Die SS als Freiheitskämpfer“ die tageszeitung 11.01.2012 <http://www.taz.de/!85404/> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1960</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 92; Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 175.

## 7.6 Mythenbildung und Bausteine der Nationsbildung

keit wiedererlangen.<sup>1961</sup> Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt, das Narrativ der „Freiheitskämpfer in SS-Uniform“ in diesem Zusammenhang hat aber überlebt, wodurch nicht zuletzt die Errichtung des Monumentes von Lihula gespeist wurde. Im Jahr 2012 hat das estnische Parlament offiziell den „Freiheitskämpfern“ die Ehre erwiesen, wobei explizit darauf hingewiesen wurde, dass die Ehrung an diejenigen ging, die sich für die estnische Unabhängigkeit eingesetzt haben.<sup>1962</sup> Prinzipiell ist dies nicht weiter zu beanstanden, da mit der gleichen Erklärung sowohl die nationalsozialistische als auch die kommunistische Repressionen verurteilt wurden. Zu bedenken ist nur, dass einige Jahre zuvor der damalige Verteidigungsminister Mart Laar ein Gesetz ins Parlament einbringen wollte, das denjenigen estnischen Soldaten, die in „deutscher Uniform“ gegen die Sowjetunion gekämpft haben, den Status der „Freiheitskämpfer“ verliehen hätte.<sup>1963</sup> Letztlich wurde das Gesetz zugunsten der genannten Ehrung aufgeben, nicht zuletzt auf Druck des Westens und der Europäischen Union hin.<sup>1964</sup> Weitere Beispiele der geschichtlichen Positionierung Estlands als eigenständiges, von Fremdherrschaft gezeichnetes Land mit einem unermüdlichen Kampf für Unabhängigkeit sind das im Jahr 2003 eröffnete „Museum der Okkupationen“ sowie das im Jahr 2009 errichtete „Freiheitsmonument“ im Zentrum Tallins.<sup>1965</sup>

Diese Art der neuen Mythenbildung provozierte gegenläufige Reaktionen: Einerseits war die Thematisierung des estnischen Kampfes für die Freiheit für diejenigen wichtig, die in den Ereignissen der Zwischenkriegszeit tatsächlich in erster Linie das Bemühen um die staatliche Unabhängigkeit sahen. Dazu gehörte für sie der Kampf gegen die Rote Armee und gegen den Kommunismus. Andererseits beinhaltete die Verehrung der Soldaten der estnischen Legion automatisch eine Verehrung der nationalsozialistischen Periode, was hauptsächlich für die Veteranen der Roten Armee nicht akzeptabel sein konnte. Darunter waren im Übrigen auch Esten, die 1942 zu einem estnischen Schützenkorps der Sowjetarmee gehörten.<sup>1966</sup> Diese zwei Seiten der geschichtlichen Deutung spiegeln sich in einer Spaltung zwischen der estnischen und der russischsprachigen Bevölkerung wieder, die in den meisten Fällen jeweils der anderen Seite angehören. Die russischsprachige Bevölkerung hält an der sowjetischen Geschichtsdeutung des „Großen Vaterländischen Krieges“ fest, während die estnische Seite an dem neuen Mythos des „Freiheitskampfes“ Gefallen findet. Etwaige Versuche, die Ereignisse zu relativieren und eine gemeinsame Erinnerungskultur zu finden, scheitern allmählich. Es könnte sogar behauptet werden, dass die estnische Mythenbildung die russische Gegenseite benötigt,

---

<sup>1961</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 93.

<sup>1962</sup> Pärnu Postimees: „Juhtkiri: Tunnustusavaldus viidi riigikokku“ 10.02.2012. <http://pluss.parnupostimees.ee/734654/juhtkiri-tunnustusavaldus-viidi-riigikokku> (Abgerufen am 21.03.2014); Delfi.ee: „Riik tunnustas Eesti vabadusvõitlejaid“ 14.02.2012 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/riik-tunnustas-eesti-vabadusvoitlejaid?id=63917829> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1963</sup> Postimees: „TV3: Laar tahab saksa sinelis võidelnuile vabadusvõitleja staatust“ 27.12.2011 <http://www.postimees.ee/682638/tv3-laar-tahab-saksa-sinelis-voidelnuile-vabadusvoitleja-staatust> (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1964</sup> Bildungswerk Friedensarbeit: „Antifaschisten stehen auf einer schwarzen Liste“ 20.09.2012 [http://www.bildungswerk-friedensarbeit.org/wp/wp-content/uploads/2013/01/120920\\_Estland\\_Faschismus.pdf](http://www.bildungswerk-friedensarbeit.org/wp/wp-content/uploads/2013/01/120920_Estland_Faschismus.pdf) (Abgerufen am 21.03.2014).

<sup>1965</sup> Vabadussõja võidusammas. <http://www.kmin.ee/et/vabadussoja-voidusammas> (Abgerufen am 20.12.2004); Museum of Occupation <http://www.okupatsioon.ee/> (Abgerufen am 20.12.2014).

<sup>1966</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 92; Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. S. 176.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

um die eigene Geschichtsdeutung aufrechterhalten zu können bzw. die Existenz des nationalen Elementes der Staatsbildung legitimieren zu können. Das geht sogar so weit, dass Versuche, das Narrativ des estnischen „Freiheitskampfes“ in Frage zu stellen, als Angriff gegen die Existenz des estnischen Staates gedeutet werden.<sup>1967</sup> Diese Art der Mythenbildung lässt den Eindruck entstehen, ein unabhängiges Estland müsste sich, bedingt durch sein historisches Erbe, stets gegen Fremdherrschaften behaupten, auch wenn diese in Form der aktuell im Land lebenden russischsprachigen Minderheit zum Ausdruck gebracht wird.

### 7.7 Kulturelle Unterschiede als Identitätsmerkmal

Was als ein bedeutender Faktor in der Selbstpositionierung der neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung genannt werden muss, ist die Kultur bzw. die kulturellen Unterschiede, welche zu der Abgrenzung der Nationalitäten beitragen. Hierbei spielt sowohl die Historie, als auch die Sprache eine Rolle.<sup>1968</sup> Während die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum oder in der Ukraine sich subjektiv kulturell näher an der Titularnation ansiedelt – zum Teil sogar näher als an den Landsleuten in Russland – versuchen die neuen Titularnationen häufig die kulturellen Unterschiede zwischen ihnen selbst und der russischsprachigen Bevölkerung zu betonen und sich damit von ihnen abzugrenzen. Dies geschieht häufig unter Berücksichtigung mehrerer Aspekte. Teilweise wird der kulturelle Raum der Titularnationen höherwertiger als der in Russland eingestuft.<sup>1969</sup> Dabei betonen die Balten stets ihre eigene, nordische bzw. im estnischen Fall finno-ugrische Kultur, die ihrer Ansicht nach viel näher an Skandinavien ist als an Russland. Beim Aufeinandertreffen eines Esten und eines Russen, so heißt es, würde Ersterer stets zuhören und Zweiterer immer nur reden.<sup>1970</sup> Impulsivität, lautes Lachen und Reden im Gegensatz zu den eher „reservierten“ Esten werden den östlichen Nachbarn und ihren Landsleuten im eigenen Land bescheinigt.<sup>1971</sup> Russen im Baltikum sehen dagegen eher die Gemeinsamkeiten, die die baltischen und die russischen Nationen verbinden. Solche sind zum Beispiel der christliche Glaube, die gemeinsame europäische Geschichte usw.<sup>1972</sup> Gleichzeitig zeigte eine Studie der Universität Tartu, dass Russen in Estland versuchen sich in ihrer eigenen Wahrnehmung den Esten entgegenzusetzen. So fanden befragte Esten, alle Russen seien freundlich, obwohl die Russen in Russland sich für reservierter hielten als die Russen in Estland. Dies zeigt, dass estnische Russen absichtlich versuchen könnten sich „weniger reserviert“ zu zeigen, obwohl ihnen diese Eigenschaft durch den Kontakt zu Esten näher sein müsste als den Russen in Russ-

---

<sup>1967</sup> Bildungswerk Friedensarbeit: „Antifaschisten stehen auf einer schwarzen Liste“.

<sup>1968</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 616.

<sup>1969</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 91.

<sup>1970</sup> Piret Pappel: „Aeglased eestlased ja särtsakad venelased – kuidas me naabreid näeme?“ Novaator: Tartu Ülikooli Teadusuudised 21.08.2013.

<sup>1971</sup> Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S.

163.

<sup>1972</sup> Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 616.

## 7.7 Kulturelle Unterschiede als Identitätsmerkmal

land.<sup>1973</sup> Wie bereits erwähnt, stellte David Laitin allerdings bereits Mitte der 1990er Jahre fest, dass die „baltischen Russen“ sich von den „Russland-Russen“ unterscheiden, was von beiden genannten Gruppen wahrgenommen wird.<sup>1974</sup> Dies geht mit der bereits beschriebenen Wahrnehmung als „europäische Russen“ einher.

In der Ukraine sind die Meinungen zu den kulturellen Unterschieden entlang der geo-ethnischen Linien gespalten – die im Osten des Landes lebenden Russen sehen sich kulturell als Teil der Ukraine, indem sie die Ukraine als kulturellen Bestandteil der russischen Kultur betrachten.<sup>1975</sup> Für sie gehören Russland und die Ukraine zu einem kulturellen Raum.<sup>1976</sup> Dies sehen die Ukrainer, vor allem im Westen des Landes, anders – sie sehen ihre, die ukrainische, Kultur separat von der russischen. Die kulturelle Positionierung erfolgt in Richtung Europa, daraus ergibt sich auch die grundsätzliche demokratische Haltung der Ukrainer. Russen werden dagegen als bereits von ihrer Grundhaltung her imperialistisch, wild und halb-asiatisch dargestellt.<sup>1977</sup> Diese innere kulturelle Spaltung überträgt sich in entscheidender Weise auf andere Sphären des gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens in der Ukraine. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie der Umgang mit Persönlichkeiten der Kultur erfolgt: Schriftsteller wie Nikolai Gogol, oder auch Michail Bulgakow, beide in der Ukraine geboren, werden sowohl von den Ukrainern als auch den Russen als „ihre“ Schriftsteller betrachtet. Obwohl Gogol auf Russisch schrieb, ließ er seine Handlungen überwiegend in einem ukrainisch geprägten, ländlichen Milieu spielen, was wiederum auf eine literarische Verbindung der Sprache und Kultur im russisch-ukrainischen Verhältnis verweist. Bulgakow, in Kiew geboren und von den allermeisten Russen als einer der wichtigsten russischen Schriftsteller wahrgenommen, hat seine Jugend in der Ukraine verbracht. Gogol ist für die Ukrainer ein Patriot; Russen sehen in seinem Werk eine Hommage an „Klein-Russland“, also die Ukraine.<sup>1978</sup>

Für Estland und Ukraine gehört der Mythos der „Rückkehr nach Europa“ zu einem bedeutenden Bestandteil der kulturellen Abgrenzung zu Russland bzw. zu Russen oder der russischsprachigen Bevölkerung. Während im Baltikum bzw. in Estland diese Abgrenzung fest mit dem Narrativ des Befreiungskampfes und folglich als Bestandteil der estnischen nationalen Leidensgeschichte verbunden ist, die andere Nationen, allen voran die russische, ausschließt, verläuft die Europa-Asien Teilung in der Ukraine entlang geographischer Grenzen zwischen Ost und West, obwohl auch hier das nationale Selbstbewusstsein eine Rolle spielt. Für die Esten stellte bereits die Wiedererlangung der Unabhängigkeit den wichtigsten Schritt auf dem Weg zur „Rückkehr nach Europa“ dar, deren Höhepunkt mit der Aufnahme in der EU im Jahr 2004 erreicht wurde.<sup>1979</sup> Interessant war in diesem Zusammenhang die Aufbesserung der Gesetzgebung zu Minderhei-

---

<sup>1973</sup> Piret Pappel: „Aeglased eestlased ja särtsakad venelased – kuidas me naabreid näeme?“.

<sup>1974</sup> Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 159-160.

<sup>1975</sup> Kolsto, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 83.

<sup>1976</sup> Ebd. (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. S. 616;

Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. S. 190.

<sup>1977</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 25-26; 37; 125.

<sup>1978</sup> Ebd. S. 26.

<sup>1979</sup> Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder. S. 104.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

ten, zu der die EU-Konditionalität die meisten Probleme bei der Aufnahmeprüfung aufwies. Für die „Rückkehr nach Europa“ wurden solche Maßnahmen in Kauf genommen, auch wenn dieselben Kritikpunkte der OSZE zuvor wenig Beachtung gefunden hatten.<sup>1980</sup> In der Ukraine wurde die ähnliche Vorstellung der Wiedervereinigung mit Europa vor allem in den westlichen Oblasten vertreten – berechtigterweise aufgrund der längeren Herrschaft von Österreich. Gleichzeitig wurden dadurch aber auch andere Teile des Landes miteinbezogen, denn diese gehörten auf Grundlage kultureller und religiöser Merkmale ebenfalls zu Europa.<sup>1981</sup>

Was sich im Zuge der Ukraine-Krise des Jahres 2014 verändert hat, ist die kulturelle Rhetorik der West-Ukrainer gegenüber den Ost-Ukrainern.<sup>1982</sup> Die vorherrschende Charakterisierung der Menschen im russischsprachigen Osten schien nun „die sind einfach anders“ zu sein. Diese Einschätzung wird bei näherem Nachfragen mit politischen Ansichten, sprachlichen Gewohnheiten und nicht zuletzt mittels eines kulturell geprägten Unterschieds belegt, den aber niemand wirklich erklären kann. Dabei liegt diese Unterscheidung nicht nur an der Sprache – schließlich sprechen auch die allermeisten West-Ukrainer Russisch. Die „anders“-Charakterisierung basiert, so scheint es, auf der identifikativen Unterscheidung zwischen Ost und West, die zwar schon immer da war, aber erst durch die Krise im Jahr 2014 sichtbar und vor allem öffentlich aussprechbar wurde. Sicherlich spielen hier auch die gefühlten historischen Zugehörigkeiten zu Europa (West) bzw. Russland (Ost) dazu. Was hierbei allerdings auffällt, ist, dass die Ost-Ukrainer eine solche Unterscheidung bzw. die Bezeichnung „anders“ gegenüber den West-Ukrainern viel seltener verwenden. Eher sagen sie gar nichts, wenn nach den kulturellen Unterschieden als Grundlage der gesellschaftlichen Spaltung gefragt wird. Tatsächlich scheinen die Ost-Ukrainer mit der Charakterisierung „anders“ nichts anfangen zu können, denn als Ukrainer fühlen sich die allermeisten von ihnen trotzdem.

Natürlich treffen die Positionen der russischsprachigen, aber auch der Titularnationen nicht auf jeden einzelnen Vertreter der jeweiligen Volksgruppe zu. Ganz im Gegenteil – die öffentlich vertretene Meinung steht oftmals im Gegensatz zu dem, was im alltäglichen Umgang der verschiedenen Volksgruppen geschieht. Beispielsweise sehen sich viele Vertreter der russischsprachigen Bevölkerung als Teil der jeweiligen titularen Gesellschaft und sagen Sätze wie „Ja, ich bin Russin, aber auch eine Lettin“<sup>1983</sup> oder „Gut, dass die neuen Nachbarn Esten sind, dann wird das Grundstück wenigstens ordentlich sein“.<sup>1984</sup> Diese Beispiele, obwohl eher bei denjenigen Russischsprachlern im Baltikum vorzufinden, die sich mehr oder weniger mehrfach-integriert haben, sprechen für die Herausbildung einer eigenen, „russischsprachig-baltischen“ Identität der hiesigen

---

<sup>1980</sup> Ausführlich untersucht in: Jürgens, Anne (2010): Die Integration von Minderheiten in Estland. München: Grin Verlag.

<sup>1981</sup> Smith, Graham (1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. S. 37-38.

<sup>1982</sup> Dieser Eindruck, welcher den Absatz inspiriert hat, ist der Autorin aus zahlreichen Gesprächen mit Ukrainern entstanden. Wichtig waren dabei die gesammelten Eindrücke aus informellen Gesprächen im Zuge der Teilnahme an der Sommerschule der Universität Tartu im August des Jahres 2014 zum Thema „Prospects for Democracy, Stability and Europeanization in Ukraine: What lessons from the Baltic experience?“.

<sup>1983</sup> ARD Morgenmagazin, Reportage über die Stimmung der Bevölkerung in Lettland im Lichte der Ukraine-Krise. Mai 2014.

<sup>1984</sup> Aus einem privaten Gespräch mit einer in Tallinn lebenden Russin. Januar 2014.

russischsprachigen Bevölkerung.<sup>1985</sup> Dies ist der hauptsächliche Grund, weshalb die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum weder Anfang der 1990er Jahre noch heute „zurück“ nach Russland möchte – abgesehen davon, dass die jüngere Generation bereits im Baltikum geboren wurde und deswegen faktisch nicht mehr „zurück“ kann. David Laitin schrieb Mitte der 1990er Jahre, dass die „baltischen Russen“ in Russland gar als „andere“ wahrgenommen werden.<sup>1986</sup> Gleichwohl sind Esten und Letten, die täglichen Umgang mit Russen oder Russischsprachlern haben, ihnen gegenüber viel toleranter und empfinden sogar eine Art von Stolz über die integrierten Russen in ihrer Gesellschaft.<sup>1987</sup> In der Ukraine, wo die Durchmischung der Bevölkerung auf sprachlicher und ethnischer Basis ohnehin viel tiefgehender bzw. anders ist als im Baltikum, sahen viele den ethnischen Unterschied im täglichen Leben gar nicht, zumindest bis zur Krise im Jahr 2014. Deswegen spiegeln offizielle politische Positionen in allen genannten Ländern oftmals nur einen Teil der eigentlichen Stimmung im Lande wider. So könnte bezüglich der Ukraine zusammengefasst werden, dass die russischsprachige bzw. russische ukrainische Bevölkerung sich in ihrem identifikativen Bezug zum Land nicht verändert hat. Die kulturelle und sprachliche Nähe nebst nach wie vor vorhandenem gegenseitigen Umgang im Alltag – wozu auch die Nutzung beider Sprachen gehört – sorgen dafür, dass sich auch die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung in der Ukraine als Ukrainer fühlt, wohl aber ihr russisch Sein weiterhin behält. Hierbei ist auch wichtig, dass sich weder die Ukrainer gegen Russen noch Russen gegen die Ukraine wenden können, da die Gruppe der russischsprachigen Ukrainer somit von beiden Seiten angegriffen wäre. Dies würden beide Parteien vermeiden wollen, schrieb auch schon David Laitin.<sup>1988</sup>

## 7.8 Zusammenfassung

Aufgrund ihrer besonderen Rolle im postsowjetischen Raum kann die russischsprachige Bevölkerung nicht mit den üblichen Kategorien – wie Diaspora, Einsiedler oder Arbeitsmigranten – klassifiziert werden.<sup>1989</sup> Ihre historische und gegenwärtige Position hebt sie von anderen bekannten Minoritäten ab und impliziert, dass die russischsprachige Bevölkerung wohl als eine Sondergruppe behandelt werden muss. Dafür ist die Entwicklung der „russifizierten“ Sowjet-Identität in den Unionsrepubliken sowie in der gesamten Union verantwortlich, denn sie hat nicht nur die Sonderrolle der russischsprachigen Bevölkerung geschaffen, sondern hat auch die Weichen für die politische und gesellschaftliche Entwicklung nach dem Zerfall der UdSSR gestellt. Im Zuge dessen hat sich die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung verändert, was in vielerlei Hinsicht zu einer identifikativen Krise geführt hat. Denn es kann nicht von einer eindeutigen

<sup>1985</sup> Diese Kategorie hat David Laitin bereits Mitte der 1990er Jahre benannt. Vgl. Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. S. 194.

<sup>1986</sup> Ebd. S. 162; 194.

<sup>1987</sup> Ivar Kostabi: „Isepäised baltivenelased“ Postimees 07.12.1995.

<sup>1988</sup> Laitin, David. D. (1998): *Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad*. S. 185.

<sup>1989</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 32.

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

gemeinsamen identifikativen Basis ausgegangen werden, welche die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum oder in der Ukraine, neben anderen Ländern des postsowjetischen Raumes, vereinen könnte. Als wichtigste gemeinsame Variable ist die russische Sprache zu nennen, welche zusammen mit der Sowjetvergangenheit als Grundlage für das identifikative Dasein der russischsprachigen Bevölkerung in den ehemaligen sowjetischen Unionsrepubliken gilt.<sup>1990</sup> Doch es bestehen wesentliche Unterschiede in der fortwährenden identifikativen Basis der russischsprachigen Bevölkerung, was maßgeblich mit dem jeweiligen Wohnland und den persönlichen Umständen zusammenhängt.

Dass sich die Voraussetzungen für die identifikative Selbstdefinition der russischsprachigen Bevölkerung und der neuen titularen Nationen verändert haben, kann auf die politischen Umstände rund um den Zerfall der Sowjetunion zurückgeführt werden. Erst mit dem Übergang von der sowjetischen Diktatur zu den unabhängigen Staaten im Baltikum und der Ukraine hat sich der Wechsel der Titularnationen und den Minderheiten vollzogen. Dabei entstanden vor allem im Baltikum relativ eindeutige Fronten zwischen „wir“ und „andere“, was sowohl mit der Nations(wieder)herstellung der Balten zu tun hat als auch mit der historischen Interpretation der gesamten Sowjetzeit, und damit mit der legitimen Basis der Präsenz der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum zusammenhängt. Dadurch entstand hier der Druck der Entscheidung für „eine Seite“, möglichst die „richtige“. Was aber, wenn der Weg dorthin durch sprachliche und gesetzliche Bestimmungen versperrt blieb? Auch in der Ukraine, obwohl weitaus schwächer ausgeprägt, entstand eine Basis für die identifikativen Abgrenzung zwischen Ukrainern und Russen, welche wiederum teilweise als Grundlage für die Legitimation des ukrainischen Staates verwendet wurde. Für die Veränderung der Identitäten könnten Modelle bzw. theoretische Bausteine herangezogen werden, welche unter anderem mittels der Beschreibung der gegenseitigen Stereotype funktionieren. Jedoch ist die Entwicklung sowohl innerhalb der russischsprachigen Gruppe als auch zwischen den neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung dermaßen individuell, dass die Beschreibung der einzelnen Einflussfaktoren ein weitaus differenzierteres Bild liefert.

Zu den wichtigsten Instrumenten der nationalen Abgrenzung der Titularnationen dienten in den Anfängen des Systemwechsels die Abstammung, die Sprache und kulturelle Besonderheiten. Diese waren im Baltikum einfacher einsetzbar als in der Ukraine, obwohl in beiden Fällen die Sowjetzeit als eine Unterbrechung der eigenen nationalen Entwicklung dargestellt wurde. Dabei spielt bis heute die historische Interpretation der Ereignisse unmittelbar vor und während der Sowjetjahre bei der identifikativen Positionierung sowohl der Ukrainer als auch der Esten (bzw. Balten) als auch der russischsprachigen bzw. der russischen Bevölkerung eine besondere Rolle. Die Zeit des Leidens durch Ereignisse (Deportationen, Okkupation, Hungersnöte) wurden dabei seitens der Titularnationen der Sowjetzeit und damit indirekt – oder im Baltikum auch direkt – den Erben der Sowjetzeit – der russischsprachigen Bevölkerung – angelastet. Durch Sprachgebrauch (Okkupanten) und/oder Symbolik bzw. Anpreisung des eigenen Landes durch Lieder, Literatur bzw. kulturelle Güter wurde die eigene Identität von der Identität der russischsprachigen Bevölkerung abgegrenzt. Die zentrale Rolle spielt dabei bis heute die Sprache. Die Betonung der eigenen Indigenität sowie des alleinigen Anspruchs auf das

---

<sup>1990</sup> Ebd. S. 190-196.



jeweilige Territorium runden das identifikative Bild ab, welches die neuen Titularnationen seit den 1990er Jahren von sich gezeichnet haben.

Doch auch die russischsprachige Bevölkerung zeigte im Zuge der Demokratisierung, dass sie nicht bereit ist sich die Daseinsberechtigung in den Ländern absprechen zu lassen. So entstanden unterschiedliche Strategien – im Baltikum das Streben nach der Identifikation mit lokalen Lebensbereichen oder die Betonung der gemeinsamen Geschichte und Kultur in der Ukraine.<sup>1991</sup> Allerdings scheint es, als hätten die Handlungsmethoden im Baltikum („Kafkaeske“) und in der Ukraine („Jekyll-Hyde“) tatsächlich dazu beigetragen, dass sich die russischsprachige Bevölkerung heute als „nicht ganz dazugehörend“ fühlt, was wiederum mit dem Fehlen eines gemeinsamen Nenners, außer der Sprache, zusammenhängt. Ihren Beitrag dazu leisten auch die neuen und alten – aber vor allem unterschiedlichen – Mythen der Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung. Als Eskalation dieser ist der „Krieg der Denkmäler“ in Estland während der Jahre 2004 bis 2007 zu betrachten. In der Ukraine stellt die teilweise widersprüchliche Interpretation der Geschichte und dadurch bedingte unterschiedliche Mythenbildung zwischen Ost und West das größte Problem der einheitlichen nationalen und staatlichen Identifikation dar. Zwar basierte die Ukraine-Krise des Jahres 2014 auf tagesaktuellen Ereignissen – eine gewisse Verkörperung dieser Spaltung zeigt sie aber ebenfalls.

Etwas „weichere“ Attribute der identifikativen Positionierung sind die kulturellen Eigenschaften, welche der eigenen und der jeweils gegenseitigen Gruppe zugesprochen werden. „Sie sind anders“ ist ein gewöhnlicher Satz, den man sowohl im Baltikum als auch in den westlichen Teilen der Ukraine in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerung hört. Dabei wird die russischsprachige Bevölkerung entschieden nach Russland „verschoben“ – bildlich gesprochen, während die Balten und die Westukrainer sich eher in Europa positionieren.<sup>1992</sup> Tatsächlich wurde diese Wahrnehmung in der Ukraine durch die Krise 2014 verstärkt – mit dem Effekt, dass die südöstlichen, russischsprachigen Teile der Ukraine sich mehr der russischen Seite zugewandt haben. Dies kann als eine kulturelle Trotz-Reaktion gegenüber den Maidan-Ereignissen gewertet werden und zeigt, dass jeder nachträgliche Versuch einer kulturellen Entfernung zu Russland starke Reaktionen der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine hervorrufen kann.

In Estland zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung der kulturellen und identifikativen Positionierung, denn hier nehmen viele aus der russischsprachigen Bevölkerung, vor allem diejenigen, die sich sprachlich und gesellschaftlich integriert haben, sich selbst als „europäische“ bzw. „europäisierte“ Russen wahr. Tatsächlich hat ein solches Attribut einiges mit der EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten zu tun, aber auch mit der noch fortwährenden Vorstellung vieler Russen in Russland über das Baltikum als das „ehemals eigene“ Europa. Oft hören Russischsprachler aus dem Baltikum Kommentare wie „Ах, Прибалтика! Европа!“ („Ach das Baltikum! Europa!“), wenn sie sich mit Russen aus Russland unterhalten.<sup>1993</sup> Allerdings – und hier zeigt sich erneut die Grenze der

---

<sup>1991</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 196.

<sup>1992</sup> Vgl. hierzu: Ebd. S. 163.

<sup>1993</sup> Dieser Eindruck entstand der Autorin aus vielen Gesprächen mit Russen aus Russland aber auch aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion (Weißrussland, Kasachstan). Als „Priбалтика“ (Прибалтика)

## 7. Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen

eigenen Identifikation – reagieren Esten und Letten teilweise eifersüchtig auf die „Europäisierung“ der lokalen russischsprachigen Bevölkerung und glauben, dass dieses Attribut nur den Balten zustehen würde. Die russischsprachige Bevölkerung wird demnach als Trittbrettfahrer wahrgenommen, welche nur in den Ländern wohnhaft bleibt, weil sie in der prestigeträchtigen EU sind. Man merkt also, dass nach wie vor viele Gegensätze in der identifikativen Selbstdarstellung der Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung vorhanden sind, welche womöglich nur durch eine gegenseitige Annäherung beseitigt werden können.

Es bleibt festzuhalten, dass die heutige russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum – exemplarisch in Estland und in der Ukraine seit dem Systemwechsel Anfang der 1990er Jahre – einen identifikativen Wandel durchlebt hat. Die Heimatgefühle gegenüber den jeweiligen Ländern waren bereits Anfang der 1990er Jahre vorhanden – obwohl diese mit unterschiedlichen Attributen im Baltikum und der Ukraine verbunden waren. Die „wir“ und „andere“ Unterscheidung im Baltikum, gepaart mit der Gesetzgebung und den gesellschaftlichen Stereotypen, haben zu der Entwicklung einer „baltisch-russischen“ Kultur und Identität beigetragen. Allerdings zeigten die Ereignisse des Jahres 2007, dass es nach wie vor bestimmte Werte gibt, welche selbst die identifikativ von Russland und der Sowjetzeit abgekoppelte russischsprachige Bevölkerung des Baltikums sich nicht wegnehmen lassen will. Ein Ergebnis der identifikativen Positionierung könnte auch sein, dass sich die Position der Baltenrussen als „nicht ganz dazugehörend“ mittlerweile zwar gefestigt hat, dies aber gleichzeitig ihre Existenzberechtigung in den jeweiligen Gesellschaften sein könnte. Es ist demnach wahrscheinlich, dass Esten bzw. Letten die russischsprachige Bevölkerung auch weiterhin identifikativ von ihren national geprägten Gesellschaften abkoppeln. Wenn sich allerdings ein „baltisch-russischer“ identifikativer Raum herausbildet, können sich neue Möglichkeiten der Koexistenz ergeben.

Die Ukraine zeigte in den 1990er Jahren keine dermaßen radikalen identifikative Entwicklungen wie im Baltikum, allerdings waren auch hier die nationalistischen Stimmen vorhanden und sorgten bisweilen für gesellschaftlichen Unmut. Die Präsenz von Russland und der russischen Sprache war in der Ukraine für die dortige russische Bevölkerung die Garantie ihrer gesellschaftlichen Positionierung, stellte aber für die national-radikalen Ukrainer das Hauptproblem der nationalen Identifikation dar.<sup>1994</sup> Die regionale Spaltung der Ukraine nahm im Laufe der Zeit zu, was bis zur Ukraine-Krise 2014 auch hier zu der Kategorisierung „wir“ und „andere“ geführt hat. So entfaltete sich das Konfliktpotential, welches mit der identifikativen Positionierung der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung zusammenhängt. Die Wahrnehmung von Russland als Vertreter ihrer Interessen wurde durch die Ereignisse im Jahr 2014 bestätigt.

Festzuhalten ist, dass die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum bzw. der Ukraine nur zum Teil eine einheitliche Selbstposition bzw. keine kollektive Identität aufgebaut hat, die es ihr erlauben würde, auf sprachlich-kultureller Basis gemeinsam aufzutreten. Sowohl eine baltisch-russische als auch eine ukrainisch-russische Kultur wird

---

werden die drei baltischen Staaten bis heute primär in Russland genannt, wobei diese Bezeichnung den Balten missfällt, da sie von der imperialen russischen Bezeichnung der baltischen Region abstammt.

<sup>1994</sup> Zur Schwierigkeit der Abgrenzung zwischen Ukrainern und Russen auch: Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. S. 32.

von den meisten unterbewusst zwar wahrgenommen, aber nicht explizit zum Ausdruck gebracht. Vielmehr sind individuelle Strategien zu finden, welche von den Personen zur Situationsbewältigung angewandt werden.<sup>1995</sup> Allein in Fällen von Eskalationen und politischen Protesten können kollektive Identitäten auftreten, welche die Mobilisierung auf Grundlage der sprachlich-kulturellen Merkmale ermöglichen.

Im Baltikum kann die identifikative Einschätzung des Umfeldes sowie das Einverständnis mit den kulturellen und sozialen Werten seitens der russischsprachigen Bevölkerung somit als segmentiert gelten, obwohl eine Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration zu beobachten ist. Die Segmentierung äußert sich in erster Linie in der Positionierung der russischsprachigen Bevölkerung als Erben der Sowjetzeit, indem die Wahrnehmung als „wir“ und „andere“ seitens der baltischen Titularnationen vorhanden ist. Als extremes Beispiel dient hierbei der „Krieg der Denkmäler“, der die Differenzen in der historischen Platzierung der Vergangenheit aufzeigt. Mit der Selbstpositionierung als „europäische Russen“ und der Betonung der Berechtigung als Staatsbürger ist die Bewegung in Richtung der Akzeptanz der Werte des Wohnlandes und damit die Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration sichtbar. Diese wird aber in vielerlei Hinsicht von Seite der Titularnation blockiert, was als Folge der bereits vorhandenen Segmentierung in den meisten anderen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration gelten kann.

In der Ukraine kann dagegen von einer weitgehenden Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung gesprochen werden, obwohl auch hier eine Unterscheidung in „wir“ und „andere“, vor allem im Zuge der Krise im Jahr 2014 beobachtet werden kann. Dabei spielen sowohl Mythen als auch kulturelle Attribute eine Rolle, welche vor allem im Zuge gesellschaftlicher Konflikte identifikative Grenzen in der ukrainischen Bevölkerung aufzeigen. Diese Grenzen sorgen wiederum dafür, dass unter Bedingungen verstärkter Konflikte eine Bewegung in Richtung der Segmentierung russischsprachiger Bevölkerung entsteht, die allerdings erst im Zuge der Transformation und der demokratischen Konsolidierung entstanden ist. Somit kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine in der identifikativen Dimension als mehrfachintegriert gelten, was mit der Mehrfachintegration in den restlichen Dimensionen zusammenhängt. Elemente einer zunehmenden Segmentierung sind auf national-sprachlicher Basis und vor allem im Zuge gesellschaftlicher Konflikte zu beobachten.

---

<sup>1995</sup> Vgl. hierzu auch: Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. S. 71-73.



# 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

## 8.1 Schlüsselereignisse der „Ukraine-Krise“ von 2013 bis 2015

### 8.1.1 Kurze Chronologie der Krise

- Dezember 2013: Wiktor Janukowitsch lehnt das EU-Abkommen ab. Folge: Proteste in Kiew („Euromajdan“).
- Februar 2014: Blutvergießen auf dem Majdan-Platz; Janukowitsch wird abgesetzt und neue Übergangsregierung tritt an.
- 23. Februar 2014: Gesetzesvorlage zur Abschaffung des Russischen als Amtssprache in Regionen (nicht unterzeichnet durch Interimspräsident Olexandr Turtschinow).
- 27. Februar 2014: Militärische Übernahme der Halbinsel Krim durch Russland.
- März-April 2014: Unruhen und Proteste im Südosten der Ukraine.
- 11. März 2014: Unabhängigkeitserklärung durch das Parlament der Autonomen Republik Krim.
- 16. März 2014: Referendum auf der Krim.
- 17. März 2014: Inkrafttreten der Unabhängigkeit der Republik Krim und des Anschlussgesuches an Russland infolge des Referendums; Anerkennung der Unabhängigkeit seitens Russlands.
- 18. März 2014: Anschluss der Republik Krim an Russland per Vertrag (ratifiziert durch den Föderationsrat Russlands am 21. März 2014).
- April/Mai 2014: Unruhen in Donezk, Luhansk, Charkiw; Militäreinsatz der ukrainischen Regierung gegen bewaffnete Separatisten („Anti-Terror-Operation“).
- 6. April: Besetzung der Verwaltungsgebäude in vielen Städten des Südostens durch Separatisten.
- 7. April 2014: Proklamierte „Volksrepublik Donezk“.
- Mai 2014: Infolge bewaffneter Kämpfe kommen in Odessa während eines Großbrandes eines Gewerkschaftshauses 48 Menschen ums Leben.<sup>1996</sup>
- 11. Mai 2014: Referenden in der am 7. April proklamierten „Volksrepublik Donezk“ sowie in dem von Separatisten gehaltenen Teil der Oblast Luhansk.
- 12. Mai 2014: Proklamierte „Volksrepublik Lugansk“.
- 26. Mai 2014: Präsidentschaftswahlen in der Ukraine – Petro Poroschenko gewinnt.

---

<sup>1996</sup> Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“ Die Welt 11.05.2014 <http://www.welt.de/politik/ausland/article127870079/Was-geschah-in-Odessa-Protokoll-einer-Eskalation.html> (Abgerufen am 03.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

- März 2014: EU verhängt erste Sanktionen gegen Russland; weitere Sanktionen folgen. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland kühlen merklich ab.
- Vorläufige Waffenruhe vom 21. Juni bis 1. Juli 2014; Gespräche zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten gescheitert bzw. nicht stattgefunden.
- Juli 2014: Fortsetzung der Kämpfe und eine Offensive der ukrainischen Regierungstruppen.
- 17. Juli 2014: Absturz des Fluges MH017 der Malaysia Airlines über der Oblast Donezk. 289 Menschen an Bord kommen ums Leben; gegenseitige Schuldzuweisungen für den Abschuss seitens der Ukraine, der Separatisten, Russlands, den USA und der NATO.
- 12. bis 22. August 2014: Informationen über einen russischen Hilfskonvoi, der in Richtung der umkämpften Gebiete Donezk und Luhansk humanitäre Hilfe transportieren soll. Nach tagelangen Protesten der ukrainischen Seite ist der Konvoi für einen Tag auf das ukrainische Staatsgebiet vorgefahren. Ein weiterer Konvoi ist Mitte September von Russland vorgeschickt worden. Die Kontrolle der LKW durch den ukrainischen Zoll war nicht durchgehend gewährleistet. Weitere vergleichbare Konvois folgen.
- 26. August 2014: In Minsk treffen sich die Präsidenten Wladimir Putin und Petro Poroschenko, doch es wird keine konkrete Lösung des Konfliktes vereinbart.
- August 2014: Fortdauernder medialer Schlagabtausch zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine unter Beteiligung der USA, der EU, der NATO sowie einzelner europäischer Staatsführer; gegenseitige Schuldzuweisungen über die Eskalation der Lage und Verhärtung der Positionen.
- 5. September 2014: Vereinbarung einer Waffenruhe in Minsk (Minsk I), die aber brüchig bleibt.<sup>1997</sup>
- 5. September bis Mitte Oktober 2014: Opferzahlen während der Waffenruhe belaufen sich auf 331 Todesopfer. Insgesamt forderte der Konflikt von Anfang April bis Mitte Oktober 2014 mehr als 3 660 Tote und mehr als 8 700 Verletzte.<sup>1998</sup>
- Parlamentswahl am 26. Oktober 2014. Die Krim sowie die von Aufständischen besetzten Gebiete des Donbass um die Städte Donezk und Luhansk können zum Teil nicht teilnehmen. Schätzungsweise bleiben etwa 5 Millionen der insgesamt 36,5 Millionen Wahlberechtigten ohne Stimme.<sup>1999</sup>
- November 2014: Wahlen in den selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk.<sup>2000</sup>
- 12. Februar 2015: Das zweite Friedensabkommen von Minsk (Minsk II). Ausgehandelt wurde es unter Mitwirkung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande.<sup>2001</sup>

---

<sup>1997</sup> Deutsche Welle: „Regierung und Ukraine-Rebellen vereinbaren Waffenruhe“ 05.09.2014 <http://www.dw.de/regierung-und-ukraine-rebellen-vereinbaren-waffenruhe/a-17904161> (Abgerufen am 04.11.2014).

<sup>1998</sup> Spiegel Online: „Ukrainische Armee soll Streubomben eingesetzt haben“ 21.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-human-rights-watch-entdeckt-streubomben-in-donezk-a-998286.html> und „Uno zählt mehr als 3600 Tote im Ukraine-Konflikt“ 08.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-amnesty-international-prangert-hinrichtungen-an-a-998075.html> (Abgerufen am 04.11.2014).

<sup>1999</sup> Der Tagesspiegel: „Präsident Poroschenko hofft auf Rückenwind“ vom 26.10.2014.

<sup>2000</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 27. Oktober bis 2. November 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194651/chronik-27-oktober-2-november-2014> (Abgerufen am 06.11.2014).

### 8.1.2 Außenpolitische Positionierung der Ukraine als Einflussfaktor der Krise

Wie bereits im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Auftritt der ukrainischen Führungsfiguren erläutert, spielt die außenpolitische Positionierung der Ukraine eine wichtige Rolle in der gesamtpolitischen Performanz des Landes. So ist auch der Einfluss verschiedener außenpolitischer Akteure hinsichtlich der Ereignisse während der Krisenjahre von Bedeutung. Zu unterscheiden sind dabei die im Laufe der Arbeit bereits genannten Akteure Russland, die Europäische Union, NATO und die USA. Ebenfalls spielen die OSZE und deren Hoher Kommissar für Minderheitenfragen eine gewisse Rolle in der internationalen Verflechtung der Ukraine, allerdings in einem wesentlich geringeren Rahmen als es bei den baltischen Staaten der Fall ist.<sup>2002</sup>

Der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen ist seit 1994 in der Ukraine aktiv und hat in den 1990er Jahren im Wesentlichen zur konfliktfreien Lösung folgender Probleme beigetragen: Politische Auseinandersetzungen um den Status der Krim sowie Gewährung der ukrainischen Staatsbürgerschaft an die zurückkehrenden Krimtataren.<sup>2003</sup> In den 2000er Jahren hat sich der Hohe Kommissar zu Fragen der Sprachenpolitik und Minderheitenrechte geäußert, wobei das Hauptaugenmerk auf der Aufrechterhaltung des Zusammenhaltes der ukrainischen Gesellschaft gerichtet war. Hinsichtlich des neuen Gesetzes zur Sprache, welches im Jahr 2012 verabschiedet wurde, hat der Hohe Kommissar zwei aufeinander folgende kritische Empfehlungen abgegeben, die jedoch faktisch nicht berücksichtigt wurden.<sup>2004</sup> Hauptsächlich hat er dabei die mangelnde Ausgewogenheit des Gesetzes zugunsten der russischen Sprache kritisiert, was seiner Auffassung nach zu einer tieferehenden Spaltung der Ukraine führen würde.<sup>2005</sup> Weitere besondere Aufmerksamkeit hat der Hohe Kommissars sowohl der krimtatarischen Bevölkerung auf der Krim als auch der rumänischen Minderheit in der Ukraine gewidmet. Aufgrund der Ereignisse in Kiew Anfang des Jahres 2014 hat die OSZE seit dem 21. März 2014 eine Mission in die Ukraine entsandt, die den Friedensprozess überwachen und das Ziel der Konfliktprävention in allen Teilen des Landes und auf allen Ebenen der Institutionen verfolgen sollte.<sup>2006</sup>

---

<sup>2001</sup> Der Tagesspiegel: „13 Punkte für den Frieden“ 12.02.201. <http://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html> (Abgerufen am 20.02.2015).

<sup>2002</sup> Vgl. Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Arbeitspapier FG 5, 2013/I.S. 16; Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte von Helsinki 1975; Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE 1990; Charta von Paris für ein Neues Europa, Paris 1990.

<sup>2003</sup> Vgl. hierzu: Kulyk, Volodymyr (2002): Revisiting a Success Story: Implementation of the Recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Ukraine, 1994-2001. Core Working Paper 6. Hamburg: Core; sowie Büscher, Klemens (2012): Der HKNM in der Ukraine: Konfliktprävention in einer gespaltenen Gesellschaft. OSZE-Jahrbuch 2012. Hamburg: Core. 327-340.

<sup>2004</sup> Das ukrainische Parlament war zu dem Zeitpunkt von der Partei der Regionen dominiert, welcher auch der Präsident Wiktor Janukowitsch angehörte und deren Wählerschaft zu großen Teilen aus den russischsprachigen Oblasten des Landes kam. Zur ausführlichen Diskussion über die Parteilandschaft siehe Kapitel „Die Jahrzehnte der Unabhängigkeit – Konsolidierung, Stillstand oder Rückkehr?“

<sup>2005</sup> Vgl. hierzu: Büscher, Klemens (2012): Der HKNM in der Ukraine: Konfliktprävention in einer gespaltenen Gesellschaft. S. 330-331.

<sup>2006</sup> Vgl. hierzu: OSCE special monitoring mission (SMM) to Ukraine: The Facts <http://www.osce.org/ukraine-smm/116879?download=true> (Abgerufen am 25.04.2016).



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Die EU-Beziehungen zur Ukraine sind seit dem Zerfall der Sowjetunion weitaus weniger geradlinig mit dem Ziel einer vollen Mitgliedschaft verlaufen als im Falle der baltischen Staaten. Zwar wurde im Jahr 1994 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet und ein politischer Dialog begonnen, doch bis zum Ablauf des Abkommens im Jahr 2008 folgten keine tiefgehenden Schritte, welche eine Bewegung der Ukraine in Richtung einer Mitgliedschaft der Europäischen Union erkennen lassen würden. Erst mit der Einrichtung der Östlichen Partnerschaft (Eastern Partnership, EP) als Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im Jahr 2009 wurde eine engere Kooperation veranlasst. In der Zeit von 2008 bis 2011 verhandelte die EU mit der Ukraine über ein Assoziationsabkommen (AA), welches jedoch aufgrund der innerpolitischen Instabilität der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch vorläufig bis 2012 verschoben wurde. Obwohl die Zielsetzung der ukrainischen Führung, vor allem des Präsidenten Wiktor Juschtschenko, nach der Orangen Revolution im Jahr 2004, in Richtung einer EU-Mitgliedschaft ging, war seitens der EU eine volle Mitgliedschaft der Ukraine zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt. Insbesondere hat Juschtschenko dem AA die entsprechende Bedeutung einer Vorstufe zur Mitgliedschaft beigemessen. Laut der EU-Zielsetzung sollte die Ukraine jedoch zunächst näher an die allgemeinen Prinzipien der EU in den Bereichen Rechtsstaat, Demokratie, Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit gebracht werden. Als bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zum AA im Jahr 2012 Kontroversen mit Russland und der geplanten Eurasischen Zollunion entstanden, hat die EU das Abkommen als eine Bedingung für die weitere Zusammenarbeit der Ukraine gestellt, die laut dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso nicht wiederholt verhandelbar war. Letztlich sorgte diese „entweder-oder“-Auslegung für die Ausschreitungen in Kiew im Dezember 2013.<sup>2007</sup> Folgendes Problem liegt dem Konflikt um die Ukraine zugrunde: Der Westen denkt grundsätzlich mit Blick auf die Ukraine in Kategorien wie Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte und strebt eine Anbindung der Ukraine an den Westen an. „Was das genau heißt, ist umstritten“, schreibt Hans-Georg Ehrhart und hat damit Recht – mit dem am 27. Juni 2014 letztlich doch noch unterzeichneten Assoziationsabkommen hat die EU die Krisen-Ukraine an sich gebunden.<sup>2008</sup> Dennoch ist eine volle Mitgliedschaft so gut wie ausgeschlossen, was die Ukraine weiterhin in einem unklaren außenpolitischen Status lässt.<sup>2009</sup>

Russlands Interesse an den Staaten der ehemaligen Sowjetunion begründet sich aus dem Zerfall ebendieser – als ehemalige Weltmacht hat das Land seine Stellung mit der Abspaltung der ehemaligen Sowjetrepubliken verloren. Während die baltischen Staaten schon Anfang der 1990er Jahre ihr Interesse an der vollen Mitgliedschaft in der EU bekundeten und die nötigen Schritte dafür getan haben – was im Umkehrschluss eine endgültige außenpolitische Abkehr von Russland bedeutete –, war die Ukraine bis zur Krise im Jahr 2014 außenpolitisch eng mit Russland verbunden. Doch auch das geopolitische Interesse Russlands an der Ukraine ist als höher einzustufen als das vergleichbare

---

<sup>2007</sup> Vgl. dazu: Kapitel „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“ und Vogel, Thomas (2014): Überforderung und Desinteresse. Osteuropa 9-10. 51-66, S. 60-64.

<sup>2008</sup> Zitiert in: Ehrhart, Hans-Georg (2014): Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine: Zum Wandel kollektiver Gewalt. APuZ 47-48. 26-32, S. 30

<sup>2009</sup> Ebd.

## 8.1 Schlüsselereignisse der „Ukraine-Krise“ von 2013 bis 2015

Interesse an den baltischen Staaten.<sup>2010</sup> Beispielsweise war die Ukraine bedeutender Partner Russlands innerhalb der GUS und spielte in Russlands Konzept der „Eurasischen Zollunion“ eine zentrale Rolle. Bei der russisch-ukrainischen Interessenkonstellation ist insbesondere die Geschichtspolitik Russlands von Bedeutung, vor allem in der Form, in der sie in der Ära Putin geprägt wurde. Während die 1990er Jahre in erster Linie dadurch gekennzeichnet waren, die Sowjetvergangenheit hinter sich zu lassen, was durch die neue Symbolik (Hymne, Flagge, Adler statt der roten Sterne auf dem Kreml in Moskau) ausgedrückt wurde, hat Wladimir Putin die Ambitionen Russlands als „immernoch-Weltmacht“ sukzessive gesteigert und auf die politische und gesellschaftliche Agenda zurückgebracht. Als „größte geopolitische Katastrophe“ hat er den Zerfall der Sowjetunion am 25. April 2005 in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung bezeichnet – doch entgegen der Vorstellung vieler Beobachter meinte er damit nicht etwa alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die potentiell zurückerobert werden sollten.<sup>2011</sup> Eher wurde Russland als verlorene Weltmacht gemeint, zu dessen Eigenbild laut Putin auch eine entsprechende Geschichte gehört.<sup>2012</sup> Damit sind wiederum nicht die Geschichte der Sowjetunion seit 1917 und auch nicht die Geschichte der Russischen Föderation seit 1991 gemeint. Vielmehr ist von der Geschichte der russischen Nation, die sich auf 1000 Jahre Historie stützen kann und nicht allein durch die Staatlichkeit Russlands definiert ist, die Rede. Diese Geschichte ist durch die Existenz einer „russischen Idee“ für alle diejenigen gekennzeichnet, die sich aufgrund ihrer Sprache oder Kultur mit dieser identifizieren können.<sup>2013</sup> An diese Auffassung der russischen Geschichte knüpft das Interesse Russlands hinsichtlich der Ukraine an, welche als integraler Bestandteil dieser „russischen Idee“ betrachtet wird. In diese Interpretation passen alle Attribute, die Russland der Ukraine beimisst – angefangen mit der Sichtweise, wonach Russen und Ukrainer „eigentlich ein Volk“<sup>2014</sup> seien, bis hin zur Wahrnehmung, dass Russland und die Ukraine beide zum „heiligen Russland“ der Vorfahren seit der Kiewer Rus' gehören.<sup>2015</sup> Aus diesem Grund, obwohl Russland zweifelsohne auch geopolitische Interessen in der Ukraine verfolgt, ist die Ukraine aus der geschichtspolitisch-emotionalen Perspektive für Russland wichtiger als das Baltikum.

Russland ist durch eine Reihe von Abkommen kooperativ mit der EU verbunden: Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1994 (seit 1997 in Kraft), Vier Gemeinsame Räume (als Ersatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik) im Jahr 2003, EU-Russland Menschenrechtskonsultationen (zweimal jährlich seit 2005) sowie Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für Modernisierung (seit 2010).<sup>2016</sup> Immer wieder wurden von Seite Russlands die entsprechenden Treffen mit der EU dafür genutzt, um gezielte Kritik an der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in den

---

<sup>2010</sup> Preißler, Franz (2014): Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum: 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). Berlin; Münster: LIT. S. 346-347.

<sup>2011</sup> Vgl. Scherrer, Jutta (2014): Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. APuZ 47-48. 17-26, S. 23.

<sup>2012</sup> Vgl. zum Beispiel Ebd.

<sup>2013</sup> Vgl. Ebd. S. 21; 25.

<sup>2014</sup> Vgl. Portnov, Adrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eurorevolution“ in der Ukraine. S. 7.

<sup>2015</sup> Vgl. Scherrer, Jutta: Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. S. 24.

<sup>2016</sup> Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. S. 23-24.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

baltischen EU-Mitgliedstaaten geschickt zu platzieren und zu üben.<sup>2017</sup> Gleichzeitig haben Vertreter der EU im Zuge der Ukraine-Krise deutlich Stellung zu Russland bezogen, was auch die Kooperation beeinträchtigt hat (die entsprechenden Schritte werden später näher erläutert). An dieser Stelle hat Russlands Führung auf Kritik jedoch stets empfindlich reagiert und darauf gepocht, die EU-Russland-Zusammenarbeit sollte von den Ukraine-Ereignissen nicht betroffen werden. In der Ukraine verfolgt Russland andere Ziele als im Baltikum – um jeden Preis die Integration in die NATO verhindern und die Kontrolle über die Ukraine behalten. Die Kooperation der Ukraine mit der EU wurde seitens Russlands so lange geduldet, wie diese die EU-Russland-Beziehungen nicht gestört hat. Letzteres wurde seitens Russlands mit der „Eurasischen Zollunion“ angestrebt, was die Ukraine wiederum in einen Interessenkonflikt mit der EU gebracht hat.<sup>2018</sup> In der heutigen Situation wird Russland versuchen, wenigstens die Kontrolle über den abtrünnigen Osten des Landes zu behalten, was zweifelsohne argumentativ auf Grundlage der Selbstbestimmung der dort lebenden russischsprachigen Bevölkerung basieren wird. Solange diese Argumentation nicht entkräftet werden kann, wird sie von Russland als Legitimationsgrundlage verwendet.

### 8.2 Theoretischer Rahmen – Krim, Donezk, Luhansk und die Sezessionsgefahr

Im Mittelpunkt der Krise 2013-2014 in der Ukraine stehen die Ereignisse um die drei Oblaste der Ukraine – Donezk, Luhansk und die Halbinsel Krim. Wenn man sich Wahlergebnisse der gesamten Zeit der demokratischen Transformation bzw. der Konsolidierung anschaut, stehen genau diese drei Gebietskörperschaften durch ihre relativ großen Abweichungen von den Wahlergebnissen anderer – auch ostukrainischer – Oblaste hervor. Dass genau diese drei Oblaste nun im Kern des Konfliktes stehen, und ganz nebenbei die größten Anteile der russischen bzw. russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine beheimaten, mag daher nicht wirklich verwundern. Allerdings war weder Beobachtern in der Ukraine, noch in den benachbarten Staaten bewusst, wie weit die Ereignisse des Jahres 2014 reichen können.

Theoretisch interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, weshalb eine derartig schwerwiegende Sezessionsbewegung der drei genannten Gebiete erst 23 Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine stattgefunden hat. Wäre es nicht einfacher gewesen, gleich mit der ukrainischen Unabhängigkeit auch die eigene Unabhängigkeit auszurufen? Dabei haben sowohl der Donbass als auch die Gebiete des historischen „Noworossija“, das so häufig in Bezug auf die ukrainische Krise in der medialen Berichterstattung auftaucht, Anfang der 1990er Jahre Sezessionsbestrebungen gezeigt. Historisch gesehen sind somit nicht nur Donezk und Luhansk, sondern auch die heutigen Gebiete um Odes-

---

<sup>2017</sup> Preißler, Franz (2014): Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum: 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). S. 349-374

<sup>2018</sup> Vgl. Ehrhart, Hans-Georg (2014): Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine: Zum Wandel kollektiver Gewalt. S. 30.

## 8.2 Theoretischer Rahmen – Krim, Donezk, Luhansk und die Sezessionsgefahr

sa, Mykolajiw, Cherson, Dnipropetrowsk und Saporischija neben der Krim als „bedroht“ einzustufen, wenn es um Sezession in der Ukraine geht. In Bezug auf die Krim, Donezk und Luhansk und die Ereignisse des Jahres 2014 lauten die zentralen Fragen: Weshalb haben diese Gebiete erst 2014 ihre Sezession vorangetrieben? Was hat sich verändert im Laufe der Zeit, in der die Sezession noch keine ernst zu nehmende Option war? Wie und warum hat sich die Identifikation der Bevölkerung in diesen Gebieten verändert? Welche Faktoren spielen die zentrale Rolle bei den Ereignissen des Jahres 2014?

In einem Artikel von September 2014 (in dem es um die Region Serbische Krajina in Kroatien während der Jahre 1991-1995 ging) haben Pål Kolstø und Davor Daukovic eine Reihe Kriterien aufgestellt, die für eine Region, die sich verselbstständigen will, vorhanden sein müssen, wobei als Resultat auch ein *de facto* Staat, also ein quasi-Staat ohne Anerkennung stehen kann.<sup>2019</sup> Die Kriterien für einen *de facto* Staat, die die Autoren in ihrem Artikel nennen, sind folgende:<sup>2020</sup>

- Der *de facto* Staat muss eine institutionelle Grundlage aufweisen, die für eine erfolgreiche Staatsführung notwendig ist.
- Es muss eine Nation in dem *de facto* Staat geben, bzw. es müssen nationsbildende Maßnahmen vorhanden sein, die Erfolg versprechen. Insbesondere von Bedeutung ist eine gemeinsame Identität der Bevölkerung des Gebietes, die diese an den *de facto* Staat bindet. Ohne eine solche kann eine Staatsbildung nicht funktionieren.<sup>2021</sup>
- Der *de facto* Staat muss eine gewisse militärische Präsenz aufweisen, die es ihm erlaubt, sich von einem anderen Staat zu lösen.
- Es muss einen Patron-Staat geben, der den *de facto* Staat politisch, finanziell, militärisch (u.a.) unterstützt.
- Der *de facto* Staat muss die Kontrolle über das Territorium haben, das er für sich beansprucht.

Weitere zwei Kriterien betreffen die internationale Gemeinschaft, die einen Sezessionskonflikt beobachtet. Je nach Bedeutung des Konfliktes, ob geopolitisch, völker- oder menschenrechtlich bzw. wirtschaftlich kann oder wird die internationale Gemeinschaft eingreifen, so Kolstø/Daukovic. Falls der Konflikt peripher ist, kann ein *de facto* Staat über längere Zeit in einem unklaren Status schweben. Die folgenden zwei Kriterien beschreiben die wichtigsten Faktoren des internationalen Einflusses:<sup>2022</sup>

- Der *de facto* Staat hat seine Unabhängigkeit von einem anderen Staat proklamiert. Letzterer erhält aber nach wie vor den Anspruch auf das Territorium des *de facto* Staates aufrecht. Der ehemalige Besitzerstaat ist jedoch institutionell, politisch oder militärisch zu schwach – zumindest in der gegebenen Zeit –, um die Kontrolle über das Gebiet des *de facto* Staates wiederzuerlangen.
- Die proklamierte Unabhängigkeit ist von der internationalen Gemeinschaft, im Sinne der Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten nicht anerkannt worden.

---

<sup>2019</sup> Kolstø, Pål/Paukovic, Davor (2014): The Short and Brutish Life of Republika Srpska Krajina: Failure of a De Facto State. *Ethnopolitics* 13/4. 309-327.

<sup>2020</sup> Ebd. S. 309-312. (aus dem Englischen Üb. d. A.).

<sup>2021</sup> Ebd. S. 309.

<sup>2022</sup> Ebd. S. 310.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Was nach Meinung der Autorin dieser Arbeit noch fehlt, ist der Faktor der Ökonomie. Dieser beinhaltet zwei Aspekte: die eigenständige wirtschaftliche Struktur des abtrünnigen Gebietes und die ökonomische Stärke des Zentralstaates. Eine starke Wirtschaftsstruktur des *de facto* Staates, beispielsweise durch eine starke Konzentration der Industrie bzw. durch regionalen Reichtum an Bodenschätzen, kann bedeuten, dass ein *de facto* Staat eine eigene Wirtschaftsstruktur aufbauen kann, was ihn somit weniger abhängig von dem Zentralstaat macht. Andererseits bietet ein ökonomisch starker Zentralstaat mehr Anreiz für einen Verbleib eines abtrünnigen Gebietes, falls der Austritt durch Sezession mit hohen Kosten bzw. einem wirtschaftlichen Kollaps verbunden ist. Im theoretischen Fall einer Sezession wird die Bevölkerung den politischen und gesellschaftlichen Nutzen mit den wirtschaftlichen Kosten vergleichen müssen. Natürlich spielt hierbei auch eine Rolle, ob das Gebiet vollständig unabhängig oder in das Territorium und somit die Wirtschaftsstruktur eines anderen Staates integriert werden soll.

Wie können diese Kriterien nun auf die abtrünnigen Konfliktgebiete der Ukraine übertragen werden? Die Gegebenheit vieler, wenn nicht aller, der genannten Faktoren bezüglich der Krim ist nicht zu übersehen. Doch wie steht es um die ostukrainischen Gebiete? Im Folgenden soll ein Exkurs auf Grundlage der genannten Kriterien geboten werden, um die Fähigkeit der Abtrünnigen Gebiete als *de facto* Staaten zu prüfen.

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

#### 8.3.1 Historische Gegebenheiten einer Staatlichkeit auf der Krim und im Donbass

##### 8.3.1.1 Die Krim

Entgegen der durch die Ukraine-Krise 2013-2014 vermittelten Meinung, die Besetzung und Annexion der Krim durch Russland sei ein „unerwartetes“ Ereignis, findet man in der Geschichte der Krim wiederholte Bestrebungen zur Unabhängigkeit. Dabei sind mehrere historische Stationen von Bedeutung, von der ursprünglichen Annexion durch das Russische Reich im 18. Jahrhundert bis hin zur Deportation der Krimtataren, neben anderen nationalen Gruppen, im Zuge der Stalin-Repressionen, der Besiedlung der Halbinsel mit Russen, der „Schenkung“ an die Ukrainische SSR im Jahr 1954 sowie der ambivalenten Rolle der Gegend innerhalb der unabhängigen Ukraine. Insofern ist es an dieser Stelle wichtig, die unterschiedlichen regionalen Formen zu erwähnen, die die Krim im Laufe der Zeit angenommen hat. Eine gewisse Sonderrolle dieser Halbinsel in der Region soll so besser verständlich gemacht werden.<sup>2023</sup>

Die erste eigene Staatlichkeit der Halbinsel war das Khanat der Krim, gegründet im Jahr 1430, als der spätere erste Khan Haci Cirai die Unabhängigkeit der Krim von der

---

<sup>2023</sup> Im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine“ wurde bereits eine kurze Historie der Halbinsel Krim vorgestellt.

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Goldenen Horde proklamierte.<sup>2024</sup> Diese währte allerdings nur von 1441 bis 1478, ehe das Gebiet als Vasall unter die Herrschaft des Osmanischen Reiches fiel. Im Gegensatz zu anderen Vasallen behielt das Khanat dennoch einen hohen Grad an Autonomie, sowohl politisch als auch ökonomisch. Am Ende des Russisch-Türkischen Kriegs in den Jahren 1770 bis 1774 wurde die Herrschaft der Osmanen durch den Friedensvertrag von Küçük-Kaynarca im Jahr 1774 aufgehoben und die Gegend fiel unter das Protektorat Russlands.<sup>2025</sup> Letztlich kam die Krim im Jahr 1873 unter russische Herrschaft und blieb bis zum Ausbruch des Russischen Bürgerkriegs im Jahr 1917 innerhalb des Russischen Imperiums. In dieser Zeit wurde die Stadt Sewastopol mit der Schwarzmeerflotte gegründet. Diese wurde zum Hauptschauplatz des Krimkriegs 1853-1856 und wurde zeitweise von Truppen Großbritanniens, Frankreichs, des Osmanischen Reiches und des Königreichs Sardinien besetzt. Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs und bis hin zur Gründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim im Jahr 1921 war die Krim zeitweise unter der Herrschaft der Bolschewiken, der Imperium-treuen Weißen Garde sowie der Kosaken. Als Autonome SSR blieb die Halbinsel verwaltungstechnisch vom ukrainischen Festland getrennt und gehörte zum Bestand der RSFSR.<sup>2026</sup> Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Territorium zeitweise durch deutsche Truppen besetzt, bis die Rote Armee die Halbinsel zurückeroberte und die Zugehörigkeit zur Sowjetunion 1944 wiederherstellte. Bis Zum Jahr 1946 blieb die Autonomie der Krim bestehen, ehe Stalin diese auflöste und die Region zu einer Oblast innerhalb Russlands verwandelte.<sup>2027</sup> Mit der „Schenkungs“ der Krim durch Chruschtschow im Jahr 1954 wechselte die Krim ihre administrative Zugehörigkeit von Russischer SFSR zur Ukrainischer SSR, blieb aber als Oblast bestehen. Die Autonomie der Halbinsel wurde erst im Zuge der Perestrojka und Glasnost Ende der 1980er Jahre in die politische Diskussion aufgenommen.<sup>2028</sup> Gleichzeitig wurde die Deportation der Krimtataren für gesetzeswidrig und verbrecherisch erklärt.

Am 20. Januar 1991 hat auf der Krim ein Referendum über die Wiederherstellung der Autonomie stattgefunden.<sup>2029</sup> An diesem nahmen 81,37% der Bevölkerung der Krim teil und 93,26% haben der Wiederherstellung zugestimmt.<sup>2030</sup> Der Oberste Sowjet der Ukrai-

---

<sup>2024</sup> Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. S. 179.

<sup>2025</sup> Ebd.

<sup>2026</sup> Крымские татары: Происхождение этноса. Этнография народов Крыма 1999-2003 Таврический Национальный Университет им. Вернадского. unter: [http://cssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/crim\\_tat/index.htm](http://cssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/crim_tat/index.htm) (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>2027</sup> ЗАКОН Об упразднении Чечено-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область. Заседания Верховного Совета РСФСР (седьмая сессия), 20–25 июня 1946 г.: Стеногр. отчет, 1946.–С. 361.

<sup>2028</sup> ЗАЯВЛЕНИЕ Третьей Сессии Крымского областного Совета народных депутатов «О необходимости отмены Указа Президиума Верховного Совета СССР от 30 июня 1945 года «О преобразовании Крымской АССР в Крымскую область в составе РСФСР» и Закона Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 25 июня 1946 г. «Об упразднении Чеченок-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область». Типография издательства «Таврида», г.Симферополь, ул.Генерала рала Васильева, 44, Зак.3274. Тираж 5000, 21.12. 90 г. (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>2029</sup> RIA-Novosti: „Первый советский плебисцит - всекрымский референдум 1991 года. Справка“ vom 20.01.2011. <http://ria.ru/spravka/20110120/323139824.html> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>2030</sup> Ebd.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

nischen SSR hat die Autonomie formal am 12. Februar 1991 bestätigt.<sup>2031</sup> Damit wurde die Autonomie der Sozialistischen Sowjetrepublik Krim innerhalb der Ukrainischen SSR wiederhergestellt. Am 1. Dezember 1991 hat auch die Krim an dem Referendum zur Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion teilgenommen. Die Zustimmung war hier die niedrigste – 54% haben sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen.<sup>2032</sup> Die Krim-Russen wohnten mehrheitlich in Städten der Küstenregionen und in der Hauptstadt Simferopol, während sowohl Ukrainer als auch Krimtataren auf dem Land siedelten.<sup>2033</sup> Im Jahr 2008 gaben etwa 55% der Bevölkerung der Krim an sich mit der russischen Kultur zu identifizieren. Weitere 15% fühlten sich der sowjetischen Kultur verbunden und jeweils 8% der krimtatarischen bzw. der ukrainischen Kultur.<sup>2034</sup> Mehr als 90% der Befragten gaben im Jahr 2008 an Russisch im Alltag zu verwenden. Ukrainisch im Alltag haben dagegen nur etwa 26% der Befragten und Krimtatarisch lediglich 9% der Befragten verwendet.<sup>2035</sup>

Bereits im Jahr 1992 fingen Probleme mit dem Status sowie der Unabhängigkeit der ASSR Krim an. Am 26. Februar 1992 erklärte das Oberste Sowjet der ASSR Krim den offiziellen Namen des Gebietes zur „Republik Krim“.<sup>2036</sup> Die Hauptinitiatoren waren die Mitglieder der „Republikanischen Bewegung der Krim“ (RDK), die mit öffentlichen Aktionen zunehmend anti-ukrainisch auftraten.<sup>2037</sup> Mitte Mai wurde die Unabhängigkeit der Republik Krim ausgerufen und eine Verfassung verabschiedet, wonach die ausgerufene Republik zwar Teil der Ukraine bleiben sollte, die aber einen eigenen Staatsapparat und einen Präsidenten vorsah.<sup>2038</sup> Langwierige Verhandlungen der ukrainischen Staatsführung mit dem damaligen Parlamentschef der Krim Nikolaj Bagrow führten zu einer zeitweiligen Beruhigung des Konfliktes und der Rücknahme der Entscheidungen über die Unabhängigkeit sowie die Verabschiedung der Verfassung.<sup>2039</sup> Dennoch blieb die Verfassung der Krim bis zur Entscheidung des Präsidenten Kuchma am 17. März 1995 *de*

---

<sup>2031</sup> ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Председатель Верховного Совета Украинской ССР Л.Кравчук г. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля 1991. с. 217.

<sup>2032</sup> Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. Ukraine-Analysen 12. 2-5, S. 2.

<sup>2033</sup> Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраинская перепись населения (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004, Городское и сельское население.

<sup>2034</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 1: Mit welcher kulturellen Tradition assoziieren Sie sich? (in %). <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).

<sup>2035</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 3: Wie gut beherrschen Sie die genannten Sprachen? (in %). <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).

<sup>2036</sup> Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 20-1.

<sup>2037</sup> Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.

<sup>2038</sup> КОНСТИТУЦИЯ Республики Крым Принята седьмой сессией Верховного Совета Крыма 6 мая 1992 года.

<sup>2039</sup> Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.



### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

*jure* bestehen, obwohl sie im Widerspruch zur damaligen ukrainischen Verfassung stand.<sup>2040</sup> Am 14. Oktober 1993 verabschiedete der Oberste Sowjet der Krim das Gesetz über die Einführung des Präsidentenpostens, der ebenfalls am 17. März 1995 abgesetzt wurde.<sup>2041</sup> Deswegen konnte im Jahr 1994 der radikal-separatistisch gestimmte Jurij Meschkow zum Präsidenten der Krim gewählt werden, wodurch sich der Konflikt um den Status der Krim erneut zuspitzte.<sup>2042</sup> Die Zustimmung für Meschkow von über 72% kam nicht nur von den auf der Krim lebenden Russen, sondern auch den russischsprachigen Ukrainern.<sup>2043</sup> Gleichzeitig traf das Parlament der Krim die Entscheidung, die Verfassung von 1992 offiziell wieder einzuführen. Gerettet hat die Situation die Wahl von Leonid Kuchma zum Präsidenten der Ukraine im Juli 1994, dessen Russlandfreundliche Politik die separatistischen Bewegungen auf der Krim dämpfte. Durch das gezielte Eingehen auf die Krim-Problematik und Angebote ökonomischer Lösungen nahm Kuchma dem radikalen Meschkow die Legitimationsgrundlage. Nämlich beinhaltete die separatistische Kampagne von Meschkow neben der Konzentration auf russische Nation und Sprache keinerlei Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme der Halbinsel.<sup>2044</sup> Zusätzlich geholfen hat die Tatsache, dass Russland zu der Zeit keine eindeutige Position zum Thema Krim bezog – ganz anders als im Jahr 2014. Mit der Verabschiedung der Verfassung der Ukraine im Jahr 1996, welche die Autonomie der Krim festschrieb, sowie mit der Verabschiedung der neuen Krim-Verfassung im Oktober 1998 beruhigte sich die Situation um die Krim vorerst.<sup>2045</sup> Die Wahlergebnisse seit der Unabhängigkeit der Ukraine zeigen aber, dass hier kommunistische bzw. Russland-nahe Kandidaten deutlich die Oberhand behielten.

Die Stadt Sewastopol im Südwesten der Krim spielt eine besondere Rolle in der politischen Stellung der Halbinsel. Um die administrative Zugehörigkeit und den rechtlichen Status der Stadt streiten sich Experten bis heute. Die Stadt bekam nach dem Krieg im Jahr 1948 den Status eines eigenständigen wirtschaftlich-administrativen Zentrums zugeordnet, was diese aus der Oblast Krim ausgelagert und sie der Russischen SFSR untergliederte.<sup>2046</sup> Damit wurde Sewastopol zu einer republikanischen Stadt mit einem eigenständigen Budget.<sup>2047</sup> Ab 1954, als die Krim an die Ukrainische SSR übergang, beinhaltete die entsprechende Dokumentation keine Klausel, die sich auf Sewastopol bezog, so dass die Stadt *de jure* unter RSFSR blieb.<sup>2048</sup> Tatsächlich wurde die Administration der

---

<sup>2040</sup> ЗАКОН УКРАИНЫ Об отмене Конституции и некоторых законов Автономной Республики Крым. Президент Украины Л.КУЧМА, №92/95-ВР, 17.03.1995.

<sup>2041</sup> ЗАКОН РЕСПУБЛИКИ КРЫМ О Президенте Республики Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г. Симферополь, 14 октября 1993 г. N 428-1.

<sup>2042</sup> ЗАКОН УКРАИНЫ Об отмене Конституции и некоторых законов Автономной Республики Крым. Президент Украины Л.КУЧМА, №92/95-ВР, 17.03.1995 Закон отменен на основании Закона Украины N 92/95-ВР от 17.03.1995

<sup>2043</sup> Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. S. 2-3.

<sup>2044</sup> Ebd. S. 3-4.

<sup>2045</sup> Ebd.

<sup>2046</sup> УКАЗ ПРЕЗИДИУМА ВС РСФСР ОТ 29.10.1948 N 761/2 О ВЫДЕЛЕНИИ ГОРОДА СЕВАСТОПОЛЯ В САМОСТОЯТЕЛЬНЫЙ АДМИНИСТРАТИВНО-ХОЗЯЙСТВЕННЫЙ ЦЕНТР.

<sup>2047</sup> Кремьянская Елена (2014): Какое правовой статус Севастополя? 7.03.2014 Источник: Портал МГИМО <http://www.mgimo.ru/news/experts/document249319.phtml> (Abgerufen am 17.03.2014).

<sup>2048</sup> Romanenko, Vladimir (2009): „Севастополь – город России“ Обозреватель – OBSERVER 2 (229). 44-50, S. 47.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Stadt bis zum Jahr 1968 sowohl aus dem ukrainischen als auch aus dem russischen Budget finanziert. Am 25. April 1968 hat der Rat der Minister der RSFSR (Sowjet Ministrow) einige Rechtsakte der vergangenen Jahre revidiert, darunter die Finanzierung von Sewastopol aus dem Budget der RSFSR.<sup>2049</sup> Diese Gesetzgebung diente den Befürwortern der Ukraine-Zugehörigkeit von Sewastopol als Beleg dafür, dass Russland seine Ansprüche auf die Stadt aufgegeben hat. Ebenfalls beinhaltete die Verfassung der Ukrainischen SSR aus dem Jahr 1978 den Verweis auf Sewastopol als „Stadt mit einem speziellen Status“.<sup>2050</sup> Dagegen hatten die Verfassungen der RSFSR aus dem Jahr 1937 und aus dem Jahr 1978 keine Verweise auf Sewastopol.<sup>2051</sup> Die Befürworter der fortwährenden Zugehörigkeit von Sewastopol zu Russland monieren allerdings, dass die Aufnahme der Stadt als Teil der Ukraine in deren Verfassung aus dem Jahr 1978 gesetzwidrig war, da diese Aufnahme nicht mit RSFSR abgesprochen wurde.<sup>2052</sup>

Die Diskussionen um den rechtlichen Status der Stadt Sewastopol beruhigten sich selbstverständlich auch nicht, als die Ukraine 1991 unabhängig wurde. Im Mai 1992 meldete sich der Oberste Sowjet der Russischen Föderation mit einer Entscheidung zu Wort, die besagte, dass der Rechtsakt aus dem Jahr 1948, womit Sewastopol als Teil von Russland festgeschrieben wurde, nie außer Kraft getreten ist und Sewastopol damit nicht Teil der Schenkung aus dem Jahr 1954 sein konnte.<sup>2053</sup> Um diese Entscheidung zu untermauern und gleichzeitig die Ansprüche der Ukraine zu dämpfen, wurde seitens des Obersten Sowjets am 9. Juli 1993 der föderale russische Status von Sewastopol beschlossen, rückdatiert auf Dezember 1991.<sup>2054</sup> Damit hätte das ukrainische Referendum über die Unabhängigkeit für Sewastopol keinerlei Bedeutung gehabt, da die Stadt ja *de jure* russisch war. Öl ins Feuer goss auch der Stadtrat von Sewastopol selbst, indem er am 23. August 1993 den rechtlichen Status der Stadt als „russisch“ einstuft.<sup>2055</sup> Die Ukraine hat darauf reagiert, indem die Werhowna Rada im Laufe der Jahre 1993 und 1994 beide Entscheidungen für nichtig erklärte.<sup>2056</sup> Kurz zusammengefasst, die russische und ukrainische Seite waren sich in der Frage, ob Sewastopol als eigenständige Region zusammen mit der Oblast Krim im Jahr 1954 an die Ukrainische SSR übergeben werden kann-

---

<sup>2049</sup> Постановление Совета Министров - Правительства РСФСР от 25 апреля 1968 г. N 264 "О признании утратившими силу некоторых решений Правительства РСФСР по вопросам государственного планирования".

<sup>2050</sup> Конституція (Основний Закон) Української Радянської Соціалістичної Республіки Прийнята на позачерговій сьомій сесії Верховної Ради Української РСР дев'ятого скликання 20 квітня 1978 року.

<sup>2051</sup> Конституция (Основной Закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики (утверждена постановлением Чрезвычайного XVII Всероссийского Съезда Советов от 21 января 1937 г.) (в редакции от 11 декабря 1975 г.); Конституция (Основной закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 12 апреля 1978 г.

<sup>2052</sup> Кремьянская Елена (2014): Каков правовой статус Севастополя?

<sup>2053</sup> ПОСТАНОВЛЕНИЕ Верховного Совета Российской Федерации О правовой оценке решений высших органов государственной власти РСФСР по изменению статуса Крыма, принятых в 1954 году. Москва, Дом Советов России 21 мая 1992 года №2809-1

<sup>2054</sup> ПОСТАНОВЛЕНИЕ ВЕРХОВНОГО СОВЕТА РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ О статусе города Севастополя. Москва, Дом Советов России 9 июля 1993 года № 5359-1

<sup>2055</sup> Севастопольский городской Совет народных депутатов РЕШЕНИЕ О статусе города Севастополя. 23 августа 1994 года, №41

<sup>2056</sup> ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про постанову Верховної Ради Російської Федерації "Про статус міста Севастополя"(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 36, ст.364); ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про рішення Севастопольської міської Ради народних депутатів "Про статус міста Севастополя" від 23 серпня 1994 року(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1994, N 39, ст.358 )

## 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

te, bis zur Krise 2014 formal uneinig. Den rechtlichen Argumenten beider Seiten liegen zahlreiche Rechtsakte von den Anfängen bis hin zum Zerfall der Sowjetunion zugrunde, welche die Seiten jedoch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen können.<sup>2057</sup>

### 8.3.1.2 Der Donbass

Die Separatisten im Donbass nannten ihr besetztes Gebiet im Sommer 2014 „Konföderation Neurussland“, was als ein loses Gebilde zwischen den Hochburgen Donezk und Luhansk gelten sollte.<sup>2058</sup> Entgegen des im Zuge der Krise 2014 vermittelten Bildes sind föderalistische und Sezessionsbestrebungen auch in diesem Teil der Ukraine durchaus nicht neu.<sup>2059</sup> Bereits im Zuge des Russischen Bürgerkrieges im Jahr 1918 wurde für knappe zwei Monate (März bis Mai) die Donezk-Krivoj Rog Sowjetrepublik (Донецко-Криворожская Советская Республика) ausgerufen, die eine von der Ukrainischen Volksrepublik abtrünnige Staatlichkeit innerhalb des Russischen Imperiums darstellte.<sup>2060</sup> Donbass war in den Anfängen der kommunistischen Herrschaft generell die Hochburg der Bolschewiken.<sup>2061</sup> Diese regionale Konzentration war auch der Grund dafür, dass die aus Kiew verjagten Bolschewiken im Dezember 1917 in Charkiw eine eigene Regierung einsetzten, die als Gegengewicht zum Kiewer Rätekongress fungieren sollte.<sup>2062</sup> Letztlich blieb das Donbass-Gebiet mit der Ost- und Südukraine Stützpunkt der bolschewistischen Herrschaft, bis zur vollständigen Etablierung der Sowjetmacht im Jahr 1919.<sup>2063</sup>

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine wurde die Föderalisierung in diesem Teil des Landes einige Male thematisiert. Doch die neue ukrainische Führung bevorzugte stets einen Zentralstaat.<sup>2064</sup> Tatsächlich war die Heterogenität der ukrainischen Regionen einer der Gründe dafür, weshalb die Eliten sich für einen Einheitsstaat stark gemacht haben. Beide Kontrahenten der Präsidentschaftswahlen 1994, Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma, haben sich gegen Föderalisierung ausgesprochen.<sup>2065</sup> Dahinter stand die Idee einer durch Zentralisierung verstärkten nationalen Einheit.

Im Vorfeld der ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994 kam es im Donbass zu Protesten der Bergleute. Im Juni 1993 versammelten sich die Arbeiter der Donbasser Bergbetriebe, was im Nachhinein als der bis dahin größte Streik

---

<sup>2057</sup> Федоров А.Б (1999): Правовой статус Крыма. Правовой статус Севастополя. Изд.МГУ, 1999

<sup>2058</sup> Benjamin Bidder (2014): „Das ist Putins Neurussland“.

<sup>2059</sup> Eine kurze Geschichte des Donbass wurde im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine“ vorgestellt.

<sup>2060</sup> BBC News: „Ukraine crisis: What do the flags mean?“ 06.03.2014 unter: <http://www.bbc.com/news/blogs-magazine-monitor-26465465> (Abgerufen am 24.11.2014) (Üb. d. A.).

<sup>2061</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>2062</sup> Praxenthaler, Benedikt (2001): Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen. in: Jordan, Peter (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main; Berlin [u.a.]: Lang, 293-318, S. 294-296.

<sup>2063</sup> Mark, Rudolf A. (1993): Die gescheiterten Staatsversuche. in: Golzewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 172-201, S. 179-188.

<sup>2064</sup> Siehe hierzu das Kapitel: „Die Heterogenität der Ukrainischen Regionen“.

<sup>2065</sup> Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 72.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Bergarbeiter und Vertreter anderer Branchen in die Geschichte einging. Die Forderungen betrafen neben ökonomischen Maßnahmen (drastische Preiserhöhungen auf Lebensmittel ohne Lohnausgleich) auch politische Entscheidungen. So forderten die Arbeiter des Donbass regionale Eigenständigkeit der Region und entsprechende Referenden über das Vertrauen des Volkes gegenüber den Sowjets („Räte“ bzw. Volksvertretungen) und dem Präsidenten. Ebenso forderten die Streikenden die Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland.<sup>2066</sup> Damit setzten die Arbeiter des Donbass ein Zeichen gegen die *policy* der schnellstmöglichen Loslösung von Moskau, welche ihrer Meinung nach von der Kiewer Führung seit der Unabhängigkeit forciert wurde. Hauptsächlich wurde hierbei die Rhetorik des Präsidenten Krawchuk und seiner Administration kritisiert. Die Verantwortlichkeit für die Organisation der Proteste konnte seitens der Kiewer Führung keinem konkret zugeordnet werden, teilweise bestand Verdacht auf Machtspiele zwischen Donbass und Dnipropetrowsk bezüglich der Privatisierung. Doch von Bedeutung war, dass die Streiks zur Einlenkung führten: Auf September 1993 wurden die geforderten Referenden angesetzt, es wurden Neuwahlen der Werhowna Rada verkündet, die Löhne wurden erhöht und zum Teil ausbezahlt.<sup>2067</sup>

Letztendlich fand im Donbass parallel zu den Parlamentswahlen im März 1994 ein Referendum statt, welches allerdings als „konsultative Umfrage“ (совещательный опрос) bezeichnet wurde und keinen offiziellen Charakter trug. Damit erfüllte die Kiewer Führung formal die Forderungen der Donbasser Bevölkerung, doch politische Folgen hatte die Umfrage keine. Dabei beinhalteten die vier Fragen, die der Donbasser Bevölkerung am 27. März 1994 gestellt wurden, unmissverständliche Forderungen:<sup>2068</sup>

1. Eine konstitutionelle Föderalisierung der Ukraine
2. Verfassungsmäßige Stellung der russischen Sprache als Amtssprache
3. Territoriale Verwendung des Russischen als Amtssprache in Donezk und Luhansk
4. Teilnahme der Ukraine an GUS bzw. Weiterführung der engen Beziehung zu Russland

Die Ergebnisse in Donezk und Luhansk zeigten Beteiligungen von über 70% sowie eine Zustimmung von über 80% bei fast allen gestellten Forderungen. Diese Ergebnisse wurden im Zuge der Krise 2014 seitens der russischsprachigen Presse als Beleg für den langjährigen Föderalisierungswunsch der Region Donbass genannt. Dass diese Willensäußerung „vergessen“ wurde, begründete die Presse im Zuge der Ereignisse im Jahr 2014 dadurch, dass die radikalisierten Stimmen durch die neue Kiewer Führung unter Kuchma und der etwas verbesserten Wirtschaftslage besänftigt wurden.

---

<sup>2066</sup> Энциклопедия „Електронная библиотека Украины“: 7. июня 1993: Началась самая крупная забастовка шахтеров Донбасса за всю историю Украины. 11.11.2014 <http://uateka.com/ru/article/years/1993/1006> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2067</sup> Сегодня.ua: „1993 год для Украины: бунты шахтеров, конец света и финансовые пирамиды“ 05.04.2011 unter: <http://www.segodnya.ua/newsarchive/1993-hod-dlja-ukrainy-bunty-shakhterov-konets-cveta-i-financovye-piramidy.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>2068</sup> Der Wortlaut der Fragen sowie die prozentuale Teilnahme sowie Ergebnisse dieser Abstimmung finden sich in der Ausgabe der Regionalzeitung „Донбасс“ vom 1. April 1994. Diese Quelle wird von einer Reihe russischsprachiger Berichte zitiert. Beispielsweise: The Kiev Times: „Донбасс: забытый референдум-1994“ 12.05.2014 <http://thekievtimes.ua/society/372400-donbass-zabytyj-referendum-1994.html> oder РИА Новости Украина: „История украинских референдумов“ vom 15.03.2014 unter: <http://rian.com.ua/analytics/20140315/341118157.html> (jeweils Abgerufen am 24.11.2014).

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Die Gefahr des Separatismus von Seite des russischsprachigen Ostens kam während der nachfolgenden (nach 1994) zehn Jahre der unabhängigen Ukraine nicht auf, was einige Beobachter dazu veranlasste, diese für überwunden zu erklären.<sup>2069</sup> Doch eine andere Begründung könnte plausibel sein: Proteste und Sezessions-Stimmung kamen immer dann auf, wenn eine westlich gestimmte, oder zumindest weniger auf Russland fixierte Regierung in Kiew an die Macht kam. Erstmals meldeten sich die Donbass-Oblaste wieder 2004 zu Wort, im Zuge der Machtübernahme durch die Orangen Kräfte. In Luhansk wurden im November 2004 infolge der Protestaktionen in Kiew bezüglich der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Rechtsakte verabschiedet, die die Weisungsbefugnisse der zentralen Regierung in Kiew quasi aufhoben.<sup>2070</sup> Einige Aktivisten organisierten Protestaktionen gegen die Kiewer Führung und forderten einen Sonderstatus für die ostukrainischen Gebiete. Als territoriale Vorlage diente die kurzlebige Staatlichkeit des Jahres 1918.<sup>2071</sup> Damals wurde von der Slawischen Partei der Ukraine auch ein Vorschlag für ein Referendum verbreitet, das allerdings nicht stattgefunden hat.<sup>2072</sup> Die Meinung der Bevölkerung war geteilt – einige sahen die Separation als einzige Möglichkeit, sich die Stimme zu bewahren, wenn Wiktor Juschtschenko „vom Westen“ zum Präsidenten „gemacht“ wurde. Andere plädierten für die Einigkeit des ukrainischen Volkes, ungeachtet der nationalen Herkunft.<sup>2073</sup> Die Protestaktion in Donbass blieb auch diesmal ohne Folgen, denn die für die Proteste verantwortliche Organisation „Donezker Republik“ wurde verboten und gegen ihre Führung wurde ermittelt.<sup>2074</sup> Während die Westintegration der Ukraine unter dem Präsidenten Juschtschenko blühte, bezeichnete die russischsprachige Presse die Stimmen der Ostukraine für Janukowitsch als „gestohlen“ und die Jahre der Regierung von Juschtschenko als „eine Schlappe“ in Hinblick auf die Beziehungen zu Moskau.<sup>2075</sup>

---

<sup>2069</sup> Kuzio nennt im Jahr 1998 die Gefahr als „misplaced“ und gibt an, dass die Russen im Osten der Ukraine keine pro-Russland Parteien wählen, daher auch keine Separatisten sind. Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building. S. 71-72; 79-80.

<sup>2070</sup> Об укреплении организационной структуры местной власти в Луганской области. ЛУГАНСКИЙ ОБЛАСТНОЙ СОВЕТ ЧЕТВЕРТОГО СОЗЫВА, шестнадцатая сессия. РЕШЕНИЕ, 26 ноября 2004 г. № 16/1 г. Луганск

<sup>2071</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>2072</sup> Vlasti.net: „Распад Украины. Юго-Восточная республика.“ 22.12.2012 unter: <http://vlasti.net/news/156479> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2073</sup> Kommentare der Leser zum Thema auf der Seite [news.lugansk.info](http://news.lugansk.info) vom 26.11.2004 bis 30.12.2004 (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>2074</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2075</sup> RIA-Novosti: „Украина празднует годовщину независимости парадом в условиях войны.“ 24.08.2014 unter: <http://ria.ru/world/20140824/1021189917.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

### 8.3.2 Die Krise im Jahr 2014 im Südosten der Ukraine – Echter Separatismus im letzten Anlauf?

#### 8.3.2.1 Die Krim – Annexion oder Volkswille? – Ereignisse im Februar und März 2014

Die Ereignisse auf der Krim überschlugen sich im März 2014 schneller, als es die Welt begreifen konnte. Die Halbinsel wurde buchstäblich über Nacht *de facto* von einem territorialen Teil der Ukraine zu einem vergleichbaren Teil der Russischen Föderation. Wie konnte eine derart drastische und schnelle Abspaltung erfolgen? Welche Rolle spielte dabei die eigentliche Meinung der Bevölkerung auf der Krim? Wie schaffte es Russland, seinen Willen derart deutlich geltend zu machen?

Die Unruhen auf der Krim fingen Ende Februar 2014 an, unmittelbar nach der Übernahme der Macht in Kiew durch die Opposition mit Unterstützung der Majdan-Demonstrationen. Die Krim-Führung unter dem Parlaments-Präsidenten Dmitrij Konstantinow setzte für den 26. Februar 2014 eine Parlamentssitzung an, in welcher über die Unabhängigkeit der Krim entschieden werden sollte. Die Sitzung wurde von Demonstrationen der Befürworter und Gegner begleitet, die sich relativ deutlich in ihrer nationaler Zugehörigkeit unterschieden: Die Befürworter waren überwiegend Russen und die Gegner Krimtataren.<sup>2076</sup> Die tatsächlichen Absichten bezüglich der Abspaltung ließ das Krim-Parlament nicht veröffentlichen, bis sich am 27. Februar 2014 plötzlich Militärangehörige ohne Hoheitszeichen auf dem Territorium der Krim befanden.<sup>2077</sup> Diese besetzten das Parlamentsgebäude in Simferopol.<sup>2078</sup> Die russische Flagge wurde auf dem Gebäude gehisst, ein Teil der Demonstranten forderte eine Abstimmung über die Zugehörigkeit der Krim.<sup>2079</sup> Die Rufe nach der „Rückkehr nach Russland“ wurden innerhalb der Krim-Führung bereits im Vorfeld laut.<sup>2080</sup> Umso deutlicher wurden die Signale über eine womöglich durchgeplante politische Aktion nach Reisen der Krim-Führung nach Moskau kurz vor den Ereignissen am 27. Februar.<sup>2081</sup> Unter fraglichen Umständen, bei denen das Gebäude des Parlaments von Bewaffneten überwacht wurde, keine Presse anwesend war und ebenso nicht genügend Abgeordnete, wurden zwei Entscheidungen gefällt.<sup>2082</sup> Die erste ernannte Sergej Aksjonow zum Premierminister der Halbinsel (bei gleichzeiti-

---

<sup>2076</sup> Ann Dorit Boy: „Gewalt zwischen Russen und Tataren auf der Krim“ FAZ 26.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-gewalt-zwischen-russen-und-tataren-auf-der-krim-12821834.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2077</sup> FAZ: „Kiew warnt Russland vor Truppenbewegungen“ 27.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/umbruch-in-der-ukraine-kiew-warnt-russland-vor-truppenbewegungen-12823099.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2078</sup> RIA-Novosti DE: „Krim: Parlaments- und Regierungsgebäude von ‚Selbstverteidigungskräften‘ besetzt“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267931282.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2079</sup> RIA-Novosti DE: „Krim: Demonstranten fordern Unabhängigkeitsreferendum“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267935393.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2080</sup> Friedrich Schmidt: „Ruf nach dem großen Bruder“ 20.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-krim-und-die-ukrainische-krise-ruf-nach-dem-grossen-bruder-12812691.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2081</sup> Boy, Ann Dorit: „Gewalt zwischen Russen und Tataren auf der Krim“.

<sup>2082</sup> Reuters: „RPT-INSIGHT-How the separatists delivered Crimea to Moscow“ 13.03.2014 <http://in.reuters.com/article/2014/03/13/ukraine-crisis-russia-aksyonov-idINL6N0M93AH20140313> (Abgerufen am 25.11.2014).

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

ger Absetzung des amtierenden Premier Anatolij Mohilow), und es wurde die Abhaltung eines Referendums beschlossen, der den territorialen Status der Krim festlegen sollte.<sup>2083</sup> Die Machtübernahme hatte zur Folge, dass am 11. März 2014 die Krim von Seite des Parlaments der Krim für unabhängig erklärt wurde.<sup>2084</sup> Ein Referendum über den Status wurde für den 16. März 2014 festgelegt.<sup>2085</sup> Das Referendum hat am festgelegten Tag stattgefunden. Die gestellten Fragen lauteten: „Sind Sie für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland?“ und „Sind Sie für die Wiederherstellung der Verfassung von 1992 und den Status der Krim als Teil der Ukraine?“<sup>2086</sup> Faktisch gab es also keine Option den *status quo* der Region als Autonome Republik innerhalb der Ukraine zu erhalten. Auch ein „Ja“ auf die zweite Frage hätte die Krim-Verfassung von 1992 wiederhergestellt, was bedeutet hätte, dass die Republik selbst über ihren Status hätte entscheiden können.<sup>2087</sup> Dies hatte das Parlament mit der Unabhängigkeitserklärung sowie der Absicht, sich Russland anzuschließen, allerdings faktisch bereits getan. So hatten die Bewohner im Grunde keine Wahl und konnten lediglich die Entscheidung des Parlaments formal bestätigen.

Die offiziellen Ergebnisse des Referendums zeigten eine Beteiligung von 83% und eine Zustimmung für die Abspaltung (erste Option) von 97%.<sup>2088</sup> Alternative Quellen berichten dagegen von Wahlfälschungen und einer tatsächlichen Zustimmung von höchstens 60% bei einer 30- bis 50-prozentigen Wahlbeteiligung.<sup>2089</sup> Gestützt durch das offizielle Ergebnis, wandte sich das Parlament der Krim am 17. März an die Russische Föderation mit der Anfrage auf die Aufnahme der Krim als Föderationssubjekt in die Russische Föderation. Die russische Staatsduma beschloss daraufhin am 18. März die Aufnahme der Krim, nach einer Rede des Präsidenten Wladimir Putin und der Anerkennung der Unabhängigkeit der Krim.<sup>2090</sup>

Der Status der Krim änderte sich somit *de facto*: Bis zur ausgerufenen Unabhängigkeit am 11. März blieb die Autonome Republik Krim innerhalb des ukrainischen Staates, woraufhin sich das Gebilde bis zum Referendum, bzw. bis zu dem Gesuch, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden, in einem unklaren Status einer nicht-anerkannten (bzw. von Russland anerkannten) Republik befand. Ab dem 21. März, als der Föderationsrat der Russischen Föderation den Beitritt endgültig ratifizierte, ist die Krim *de facto* eine einseitig anerkannte territoriale Einheit innerhalb der Russischen Föderation. Die Stadt Sewastopol trägt dabei *de facto* die Bezeichnung „Stadt mit föderalem Status“ innerhalb der Russischen Föderation. Allerdings wurden weder der Status

---

<sup>2083</sup> Simon Shuster: „Putin’s Man in Crimea Is Ukraine’s Worst Nightmare“ Time 10.03.2014 <http://time.com/19097/putin-crimea-russia-ukraine-aksyonov/>; n-tv: „Der kuriose Aufstieg Aksjonows. Putins Handlanger auf der Krim“ 06.03.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Putins-Handlanger-auf-der-Krim-article12407016.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2084</sup> Верховная Рада Крима: „Декларация о независимости Автономной Республики Крым и г.Севастополя“ 11.03.2014 [http://www.rada.crimea.ua/news/11\\_03\\_2014\\_1](http://www.rada.crimea.ua/news/11_03_2014_1) (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2085</sup> NZZ: „Krim-Parlament für Anschluss an Russland“.

<sup>2086</sup> Zitiert aus: Tagesschau.de: „Daten und Fakten zum Referendum auf der Krim“.

<sup>2087</sup> Ebd.

<sup>2088</sup> RIA-Novosti DE: „Krim-Referendum: 96,77 Prozent stimmen für Wiedervereinigung mit Russland - Endergebnis“.

<sup>2089</sup> Die Zeit: „Putins Menschenrechtsrat bestätigt Wahlfälschung auf der Krim“ 05.05.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-putin-wahlfalschung> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2090</sup> Bundeszentrale für politische Bildung; Chronik: 13. bis 27. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/181713/chronik-13-bis-27-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Krim noch der Status der Stadt Sewastopol seitens der Ukraine oder seitens der Gemeinschaft westlicher Staaten offiziell anerkannt. Deswegen verbleibt die Krim völkerrechtlich *de jure* als Autonome Republik (AR) Krim innerhalb der Ukraine.<sup>2091</sup>

Diese Aktionen rund um die Loslösung und Angliederung der Krim, begleitet von einer militärischen Intervention von Russland, löste letztlich eine Kette weiterer Ereignisse aus, welche die Krise vertieften und deren vorläufige Höhepunkte mit der Kriegstätigkeit im Osten der Ukraine sowie der Separatismusbewegung in Donezk und Luhansk markiert sind.

### 8.3.2.2 Der Donbass und der Südosten – Ereignisse im Frühling 2014

Der wichtigste Unterschied der Krise 2014 gegenüber den vorangegangenen Krisen im Donbass und in den Oblasten des Südostens war die gleichzeitig stattgefundenen Krim-Krise sowie die mutmaßliche - wenngleich offensichtliche - militärische Einnischung durch Russland. Bei den Ereignissen und Protesten der Jahre 1994 und 2004 hatte sich Russland militärisch nicht beteiligt, obwohl seine Rhetorik über die „sootechestvenniki“ („Landsleute“) im Ausland durchgehend präsent war. Die ukrainische Presse sprach im Frühling 2014 von einer „Handvoll“ Separatisten, die die Region des Donbass terrorisierten und von Russland unterstützt wurden.<sup>2092</sup> Doch konnte das mutmaßliche 1% der Bevölkerung tatsächlich die ganze Region in seiner Gewalt halten? Ferner, wie hat diese Minderheit es geschafft, Referenden abzuhalten, die angeblich „klare“ Mehrheiten für die Sezession zeigten?

Die ersten Protestbewegungen in den südöstlichen Regionen der Ukraine fanden unmittelbar als Reaktion auf die „Euromajdan“-Proteste in Kiew statt. Erste Aufrufe zur Föderalisierung der Ukraine kamen hier bereits im Januar-Februar 2014 auf, als die Unruhen in Kiew einen Machtwechsel immer wahrscheinlicher machten. Zumal zwischen Januar und Februar 2014 die Gegner des Janukowitsch-Regimes hauptsächlich in den westlichen Oblasten der Ukraine Protestaktionen mit Sturmrohungen gestartet hatten. Zeitweise waren die lokalen Administrationen der westlichen Oblaste unter der Gewalt der „pro-Majdan“ Demonstranten.<sup>2093</sup> Doch auch im Südosten, beispielsweise in Odessa und Dnipropetrowsk, fanden Demonstrationen für die Forderungen des „Euromajdan“ statt.<sup>2094</sup> Spätestens nachdem es zur Absetzung des Präsidenten Janukowitsch

---

<sup>2091</sup> Die Diskussion darüber, wie die Sezession der Krim völkerrechtlich zu bewerten ist, wird später unter „Internationale Gemeinschaft“ näher erläutert.

<sup>2092</sup> iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“ 11.03.2014 unter: [http://ipress.ua/ru/mainmedia/donetskyu\\_separatyzm\\_vse\\_ochen\\_neprosto\\_53471.html](http://ipress.ua/ru/mainmedia/donetskyu_separatyzm_vse_ochen_neprosto_53471.html) (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2093</sup> tsn.ua: „Карта захоплень ОДА в Україні: вісім регіонів опинилися під контролем демонстрантів“ 24.01.2014 <http://tsn.ua/politika/karta-zahopen-oda-v-ukrayini-visim-regioniv-opinilya-pid-kontrolem-demonstrantiv-331198.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2094</sup> tsn.ua: „Близько тисячі протестувальників Євромайдану в Одесі пішли до ОДА.“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/blizko-tisyachi-protestuvalnikiv-yevromaydanu-v-odesi-pishli-do-oda-331348.html> (Abgerufen am 26.11.2014); tsn.ua: „У Дніпропетровську міліція поливає протестувальників водою при 10-градусному морозі“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/u-dnipropetrovsku-miliciya-polivayeprotestuvalnikiv-vodoyu-pri-10-gradusnomu-morozi-331349.html> (Abgerufen am 26.11.2014); Andrej Nesterko: „Unruhe in Janukowitschs Heimat“ die tageszeitung 07.02.2014 <http://www.taz.de/!132440/> (Alle abgerufen am 26.11.2014).

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

und dem Machtwechsel in Kiew gekommen ist, wurden Ende Februar 2014 in den südöstlichen Oblasten Demonstrationen gegen den „Euromajdan“ gestartet. Dabei galt die starke Position der nationalistischen Parteien in den neuen Kiewer Machtstrukturen als Hauptproblem der Oberhäupter der Oblasten Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk, Charkiw und Odessa sowie der Krim. Diese wurde seitens der Abgeordneten der „Partei der Regionen“ sowie der Leiter der südöstlichen Lokaladministrationen als Hauptargument für die Forderung nach einer Föderalisierung genannt, wobei stets die Missachtung der neuen Kiewer Führung gegenüber den russischsprachigen Teilen des Landes befürchtet wurde. Zu den problematischen Sachfragen gehörten der Status der russischen Sprache, die Beziehungen zu Russland sowie die Machtstellung der rechten Kräfte in Kiew. Diese gaben wiederum relativ genau die Forderungen der Odessa-Demonstrationen aus dem Jahr 1994 wieder.<sup>2095</sup>

Aus der Krise im Frühling 2014 sind eigene Begrifflichkeiten entstanden, die bis heute verwendet werden. Aufgrund der offensichtlichen und auch offen genannten Gegenposition zu der „Majdan“-Bewegung im Westen des Landes und in Kiew, wurden die Demonstranten in den südöstlichen Oblasten in der ukrainischen Presse häufig als „anti-Majdan“-Aktivisten bzw. -Demonstranten bezeichnet. Beispielsweise kam dies im Zuge des Brandes in Odessa am 2. Mai 2014 in der russischsprachigen Presse zum Vorschein, als die „Majdadowcy“ („Majdan-Anhänger“) gegen die „Antimajdanowcy“ („Anti-Majdan-Anhänger“) vorgingen.<sup>2096</sup> Ebenfalls im Umlauf waren unter anderem solche Bezeichnungen wie „Anti-Ukrainer“ bzw. „Pro-Ukrainer“, „Separatisten“, „Föderalisten“, „pro-russische Aktivisten“ oder auch „pro-russische Separatisten“, was sich in der westlichen Presse bis heute großer Beliebtheit erfreut.<sup>2097</sup> Inoffiziell im Volksmund wurden weniger neutrale und schmeichelhafte Bezeichnungen verwendet, solche wie „Banderovcy“ (Anhänger von Stepan Bandera) für die westukrainischen Demonstranten oder „Koloradskij Zhuk“ („Kartoffelkäfer“) nach dem schwarz-orangenem Sankt-Georgs-Band, welches in Gedenken an den Großen Vaterländischen Krieg von vielen Aktivisten des Südostens als Zeichen des Protestes getragen wurde, für die Demonstranten des Südostens.<sup>2098</sup>

Im Februar und März 2014 fanden in allen großen Städten des Südostens der Ukraine Protestaktionen statt. Im Februar 2014 wurde Charkiw zum Hauptschauplatz der Föderalismusbewegung des ukrainischen Südostens. Am 12. Februar hat der Gouverneur von Charkiw Michailo Dobkin öffentlich zur Föderalisierung der Ukraine aufgerufen. Dabei sollte die „krisengesteuerte“ Werhowna Rada in Kiew umgangen werden, da diese keine Legitimität im Land genieße bzw. keine Kontrolle über das gesamte Territorium mehr hätte.<sup>2099</sup> Bei einem Treffen Ende Februar 2014 haben sich die Gouverneure von Charkiw,

---

<sup>2095</sup> Timer-odessa: „Русский язык, аэропорт, федерализация и склоны: одесситы сформировали список требований к властям“ 01.03.2014 [http://timer.od.ua/news/russkiy\\_yazik\\_a\\_roport\\_federalizatsiya\\_i\\_skloni\\_odessiti\\_sformirovali\\_spisok\\_trebovaniy\\_k\\_vlastyam\\_951.html](http://timer.od.ua/news/russkiy_yazik_a_roport_federalizatsiya_i_skloni_odessiti_sformirovali_spisok_trebovaniy_k_vlastyam_951.html) (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2096</sup> Vesti Ukraina: „Одесская Хатынь: как это было на самом деле“ 05.05.2014 <http://vesti-ukr.com/odessa/50433-odesskaja-hatyn-kak-jeto-bylo-na-samom-dele> (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2097</sup> Ebd. sowie beispielweise: Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“.

<sup>2098</sup> Christian Weisflog: „Wer hat Angst vor dem Georgs-Band?“ NZZ 22.05.2014. <http://www.nzz.ch/wer-hat-angst-vor-dem-georgs-band-1.18307333> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2099</sup> Украинская правда: „Добкин призвал к федерализации Украины в обход Верховной Рады.“ 12.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/12/7013658/> (Abgerufen am 27.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Donezk und Luhansk sowie Vertreter aus Dnipropetrowsk und Krim zwar prinzipiell für die territoriale Integrität der Ukraine ausgesprochen, haben aber auch konstatiert, dass die Ereignisse in Kiew ihrer Meinung nach nicht mehr auf eine einheitliche Ukraine deuten würden.<sup>2100</sup> Deswegen läge es an den lokalen Gebietskörperschaften und deren administrativer Leitung, die Sicherheit der ostukrainischen Regionen zu garantieren, womit sie quasi sich selbst für eigenständige Aktionen bevollmächtigten.<sup>2101</sup>

Zu einem der Hauptargumente für die Legitimität der ostukrainischen Verselbstständigung ohne Kiew wurde die Entscheidung der Werhowna Rada vom 23. Februar 2014 über die Aufhebung des Gesetzes zu den regionalen Sprachen.<sup>2102</sup> Diese Entscheidung, obwohl aufgrund des Vetos von Olexandr Turtschinow nicht in Kraft getreten, wurde von den Föderalismus-Befürwortern der südöstlichen Oblaste als Grundlage für ihre Befürchtung genommen, die russischsprachigen Oblaste würden unter der neuen Kiewer Führung ihrer grundlegenden Bürgerrechte und Freiheiten beraubt.<sup>2103</sup> Sicherlich war die genannte Entscheidung seitens der neu formierten Werhowna Rada, in der sich die Fraktionsverhältnisse durch den Wechsel vieler Abgeordneter der „Partei der Regionen“ auf die Seite der Opposition vermischt hatten, taktisch ein reichlich unüberlegter Schritt. Damit wurde der Status der russischen Sprache seitens der Gegner des „Euromajdan“ zum wichtigsten Beleg für die „nationalistische“ Politik Kiews gegenüber dem russischsprachigen Osten. Es würden Diskriminierungen auf politischer Ebene folgen, so die Argumentation, indem Ukrainisch als einzige Amtssprache den Weg für Russischsprachige in repräsentative Organe versperren würde und ethnische Ukrainer über ethnische Russen stellen würde. Die Situation der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum diene vielen als Beispiel eines solchen Szenarios. Die Ereignisse kulminierten schließlich am 1. März 2014, als in den großen Städten des Südostens Charkiw, Donezk, Luhansk, Dnipropetrowsk, Odessa (u.a.) Protestbewegungen gegen die neue Kiewer Führung und teilweise auch für die Föderalisierung stattgefunden haben. Die Protestbewegungen dauerten bis Ende März bzw. teilweise noch bis Ende April bzw. Anfang Mai 2014.

Im Laufe des Monats März 2014 wurden in Donezk und Luhansk mehrere Kundgebungen und Demonstrationen zunächst der „Anti-Majdan“-Anhänger und später des „Pro-Sezession“ bzw. „Pro-Russland“ Lagers abgehalten. Tatsächlich ist eine solche Unterscheidung nicht unbedeutend: In einem Interview im August 2014 mit der russischen Tageszeitung „МК“ hat ein Vertreter der „Volksrepublik Donezk“ Andrei Rodkin angegeben, dass sich die Ziele und die Forderungen der Donbasser Gebiete Donezk und Luhansk im Zuge des Konfliktes geändert hätten. Wenn anfangs „nur“ der Status der russischen Sprache sowie die Föderalisierung als Forderungen auf der Tagesordnung der „Anti-Majdan“ Proteste standen, hat sich erst mit dem Beginn der „Anti-Terror-Operation“ der Kiewer Regie-

---

<sup>2100</sup> Interfax: „Представители съезда депутатов в Харькове выступают за мир и единство Украины.“ 22.02.2014 <http://interfax.com.ua/news/political/191901.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2101</sup> Interfax: „Юго-восточные области Украины берут на себя обеспечение конституционного порядка на своих территориях.“ 22.02.2014 <http://interfax.com.ua/news/general/191913.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2102</sup> Korrespondent.net: „Закон об официальном двуязычии в регионах отменен.“ 23.02.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3310062-zakon-ob-ofytsyalnom-dvuiazychyu-v-rehyonakh-otmenen> (Abgerufen am 26.11.2014 und am 02.12.2014).

<sup>2103</sup> Korrespondent.net: „Турчинов отказался подписать решение Рады об отмене закона о языках.“ 03.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3314338-turchynov-otkazalsia-podpysat-reshenye-rady-ob-otmene-zakona-o-yazykakh> (Abgerufen am 27.11.2014).

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Am 7. April 2014 eine komplette Abspaltung der Oblaste von der Ukraine als Endziel durchgesetzt.<sup>2104</sup> Die Anführer der „Anti-Majdan“-Demonstrationen haben die Legitimation ihrer Handlungen somit klar auf die Aktionen der neuen Kiewer Führung geschoben. Als Grundlage diente die Überzeugung, sie würden lediglich im Sinne der Donezker bzw. Luhansker Bevölkerung handeln. Die Ängste der „Anti-Majdan“-Bewegung in diesen Regionen wurden durch die bereits von der Krim bekannten Parolen geschürt: In Kiew hätten durchweg radikal-nationalistische Kräfte die Macht an sich gerissen und die östlichen Oblaste würden gnadenlos dem Diktat der Ukrainisierung unterworfen. Diese Angst führte zur Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ sowie letztendlich zu immer lauter werdenden Stimmen für eine Sezession.<sup>2105</sup> Die Tatsache, dass gleichzeitig in Donezk und anderen Städten Demonstrationen für den Erhalt der Ukraine stattgefunden haben, untergrub allerdings den Mythos der Geschlossenheit der Region hinter den Separatistenführern.<sup>2106</sup> Am 7. April 2014 ging der Konflikt in die nächste Phase, als in der Stadt Donezk die „Volksrepublik Donezk“ ausgerufen wurde.<sup>2107</sup> Daraufhin beschloss der stellvertretende Präsident Turtschinow die Einrichtung eines Krisenstabs und den Beginn einer „Anti-Terror-Operation“, um die separatistischen Gebiete zurückzuerobern.<sup>2108</sup> Zu der Zeit wurde aus der Protestbewegung des Südostens ein bewaffneter Konflikt, der offiziell bis zur Waffenruhe am 5. September 2014 (Minsk I) bzw. bis zum 12. Februar 2015 (Minsk II) dauerte.

In der Krisenregion wurden auch massive Gegenproteste zum Separatismus veranstaltet, so wie in Donezk am 4. und 5. März 2014, als zehntausende Menschen für die Einheit der Ukraine demonstrierten.<sup>2109</sup> In Charkiw, das nur 40 Kilometer von der Grenze zu Russland entfernt ist, gab es sowohl „Pro-Separatismus“ als auch „Pro-Euromajdan“ Demonstrationen.<sup>2110</sup> Unter anderem ging es hier um eine Lenin-Statue, die abgerissen werden sollte.<sup>2111</sup> Am 7. April wurde von den „Anti-Majdan“ Demonstranten die „Volksrepublik Charkiw“ proklamiert, die Lage beruhigte sich allerdings bis Ende April, so dass es zu

---

<sup>2104</sup> МК.ру: „План ополченцев Донбасса: „Только отделяться. При помощи американского оружия““ 28.08.2014 <http://www.mk.ru/politics/2014/08/28/plan-opolchencev-donbassa-tolko-otdelyatsya-pri-pomoshhi-amerikanskogo-oruzhiya.html> (Abgerufen am 25.11.2014)

<sup>2105</sup> Ebd.

<sup>2106</sup> iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“.

<sup>2107</sup> Austin, Greg: „Updates and Analysis on Ukraine Crisis - April 7, 2014“ <http://www.ewi.info/idea/updates-and-analysis-ukraine-crisis-april-7-2014#sthash.CXRibRXp.dpuf> (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2108</sup> 112 Украина: „В Славянске началась антитеррористическая операция – Аваков“ 13.04.2014 <http://112.ua/politika/v-slavyanske-nachalas-antiterroristicheskaya-operaciya-avakov-48571.html>; tsn.ua: „С начала недели на Восток отправили спецназ, однако некоторые города и до сих пор под контролем боевиков“ 20.04.2014 <http://ru.tsn.ua/ukrayina/za-nedelyu-antiterroristicheskoy-operacii-slavyansk-stal-samuy-opasnym-gorodom-ukrainy-361780.html> (Jeweils abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2109</sup> iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“.

<sup>2110</sup> Unian.net: „В Харькове сторонники РФ забросали Кличко яйцами и петардами.“ 10.03.2014. Подробности читайте на УНИАН: <http://www.unian.net/politics/894819-v-harkove-storonniki-rf-zabrosali-klichko-uaytsami-i-petardami.html>; Iskra-news: „Около 7 тыс. человек выступили за предоставление Харьковской области полномочий автономии“ 08.03.2014 [http://iskra-news.info/news/okolo\\_7\\_tys\\_chelovek\\_vystupili\\_za\\_predostavlenie\\_kharkovskoj\\_oblasti\\_polnomochij\\_a\\_vtonomii/2014-03-09-9164](http://iskra-news.info/news/okolo_7_tys_chelovek_vystupili_za_predostavlenie_kharkovskoj_oblasti_polnomochij_a_vtonomii/2014-03-09-9164) (Jeweils angerufen am 27.11.2014).

<sup>2111</sup> Interfax: „Защитники памятника Ленину в Харькове вышли на пикет.“ 26.02.2014 <http://www.interfax.ru/world/361197>; Vesti Ukraina: „Хронология кровавого противостояния в Харькове“ 15.03.2014 <http://vesti-ukr.com/harkov/42586-strelba-v-harkove-kak-razvivalis-sobytiya> (Abgerufen am 27.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

keiner Sezession kam.<sup>2112</sup> Direkt nach der Angliederung der Krim an Russland befürworteten nur 15% der Bewohner Charkivs eine vergleichbare Prozedur für ihre Oblast.<sup>2113</sup> Die Eskalation des Konfliktes in Charkiw kulminierte in den lebensgefährlichen Schussverletzungen des Bürgermeisters Hennadij Kernes am 28. April 2014 sowie dem Sturz des besagten Lenin-Denkmal am 29. September 2014.<sup>2114</sup> In Odessa fanden bis Ende April 2014 noch Protestbewegungen statt, die durch den tragischen Brand im Gewerkschaftshaus am 2. Mai 2014 überschattet wurden.<sup>2115</sup> In Dnipropetrowsk, Cherson und Zaporischija, neben anderen kleineren Städten des Südostens, fanden größere und kleinere Demonstrationen statt, die sowohl von den Gegnern als auch von den Anhängern des „Euromajdan“ veranstaltet wurden.<sup>2116</sup> In diesen Städten verliefen die Bewegungen allerdings vergleichsweise ruhig, so dass im April 2014 hier ein Militäreinsatz der ukrainischen Regierung als nicht notwendig erachtet wurde. Im Gegensatz zu Donezk, Luhansk und Charkiw wurden in den restlichen Oblasten des Südostens keine Volksrepubliken ausgerufen bzw. keine Referenden zum Separatismus abgehalten. Anfang April fanden allerdings beinahe in allen großen Städten des Südostens seitens der „Anti-Majdan“-Bewegung aktive Versuche statt, die Gebäude der lokalen Administration zu stürmen und die Macht zu übernehmen. Ab diesem Zeitpunkt spaltete sich das Gebiet des Südostens gewissermaßen: In einigen Städten bzw. Oblasten kamen pro-russische Demonstranten an die Macht, während in anderen Oblasten bzw. Städten die pro-ukrainischen Kräfte die Herrschaft an sich reißen bzw. behalten konnten. So haben die „Anti-Majdan“-Demonstranten in Charkiw und Odessa kurzfristig die lokale Administration übernommen, während es in der Stadt Mykolajiw zu einem missglückten Sturmversuch kam.<sup>2117</sup> In Cherson, Dnipropetrowsk und Zaporischija kam es wiederum zu massiven Demonstrationen, jedoch zu keiner Machtübernahme durch die Gegner des „Euromajdan“.

---

<sup>2112</sup> Obozrevatel: „Сепаратисты объявили о создании Харьковской народной республики“ 07.04.2014 <http://obozrevatel.com/politics/35079-separatystyi-obyavili-o-sozdanii-harkovskoj-narodnoj-respubliki.htm> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2113</sup> Lucian Kim: „Das östliche Pulverfass“ Die Zeit 22.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/charkow-ukraine-unabhaengigkeit> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2114</sup> Spiegel Online: „Ukraine-Krise: Bürgermeister von Charkiw niedergeschossen“ 28.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-buergermeister-von-charkiw-hennadij-kernes-niedergeschossen-a-966522.html>; DWN: „Ukraine lässt Lenin-Denkmal in Charkow stürzen“ 29.09.2014 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/29/ukraine-laesst-lenin-denkmal-in-charkow-stuerzen/> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2115</sup> Julia Smirnova: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“.

<sup>2116</sup> Korrespondent.net: „В Днепропетровске прошел антифашистский марш“ 09.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3316961-v-dnepropetrovske-proshel-antyfashystskiy-marsh>;

Iskra-news: „Запорожцы призвали Путина защитить их от произвола“ 10.03.2014 <http://iskra-news.info/news/zaporozhcy-prizvali-putina-zashhitit-ikh-ot-proizvola/2014-03-10-9224>; РепортерUA: „Митинг в Запорожье: Мы не признаем хунту, захватившую власть вооруженным путем“ 02.03.2014 <http://reporter-ua.com/2014/03/02/miting-v-zaporozhe-my-ne-priznaem-huntu-zahvativshuyu-vlast-vooruzhennym-putem-foto>; Ukrinform: „Участники двух митингов в Херсоне выясняли отношения через кордон милиции“ 01.03.2014 [http://www.ukrinform.ua/rus/news/uchastniki\\_dvuh\\_mitingov\\_v\\_hersonе\\_viyasnyali\\_otnosheniya\\_cherez\\_kordon\\_militsii\\_1608465](http://www.ukrinform.ua/rus/news/uchastniki_dvuh_mitingov_v_hersonе_viyasnyali_otnosheniya_cherez_kordon_militsii_1608465) (Alle abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2117</sup> Известия в Украине (Политические Известия): „Восстание Юго-Востока - с чего все началось“ 07.04.2014 <http://izvestia.kiev.ua/article/64224>; BBC News: „As it happened: East Ukraine crisis“ 13.04.2014 <http://www.bbc.com/news/world-europe-27008054?print=true>; Nina Jeglinski/ Claudia von Salzen: „Kiew droht den Separatisten“ Der Tagesspiegel 13.04.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/unruhen-in-der-ostukraine-kiew-droht-den-separatisten/9756236.html> (Alle abgerufen am 27.11.2014).

### 8.3.3 Sezessionen auf der Krim, in „DNR“ und „LNR“ – Legitimationsgrundlage?

#### 8.3.3.1 Die Krim

Die Tatsache, dass die ganze Aktion auf der Krim dermaßen „sauber und schnell“ ablief, zeugt entweder davon, dass die Übernahme der Krim keinerlei Proteste auslöste und damit sowohl innerstaatlich als auch außenpolitisch unbedenklich war – was bekanntlich nicht der Fall ist –, oder davon, dass die Handlungen Russlands durch genügend Einschüchterung begleitet wurden und strategisch derart geschickt vorbereitet waren, dass es zu keinem Blutvergießen auf der Krim kam. In der Tat vergingen vom 27. Februar, als die „Operation“ anfang, bis zum 18. März, als die Entscheidung von Russland über die Angliederung fiel, gerade mal neunzehn Tage.<sup>2118</sup> Zum Beleg für den angeblichen Willen der Krim-Bevölkerung zur Abspaltung bzw. zum Anschluss an Russland legte die pro-russische Regierung der Krim sowie Russland selbst erstens die geringe Anzahl der Opfer (vier Personen wurden im Zuge der Krim-Übernahme getötet) und zweitens die Ergebnisse des Referendums am 16. März vor.<sup>2119</sup> Demgegenüber bestehen folgende problematische Aspekte: Die Echtheit des Krim-Referendums und die Glaubwürdigkeit des Ergebnisses konnten nicht nachgewiesen werden. Ebenso stellte die Präsenz der bewaffneten Kräfte ohne Hoheitszeichen sowie die Umstände, unter denen die neuen Entscheidungsträger der Krim-Führung am 27. Februar an die Macht gekommen sind, die Legitimation der Sezession weiter in Frage. Ebenso wurde Russland international der militärischen Intervention und der Annexion der Halbinsel beschuldigt.<sup>2120</sup>

#### 8.3.3.2 Donezk und Luhansk

Donezk war die erste Stadt des Donbass, die am 7. April 2014 eine „Volksrepublik“ ausgerufen hat. Im Vorfeld der Proklamation wurden am 6. April 2014 die Gebäude des Donezker Lokalparlaments sowie der Verwaltung von Demonstranten und Aktivisten der „Anti-Majdan-Bewegung“ gestürmt und besetzt. Es wurden „Volkssowjets“ (Народный Совет) einberufen, welche die Vertretung des Volkes der gesamten Oblast Donezk für sich beanspruchten.<sup>2121</sup> Ähnliche Vertretungen wurden in vielen Städten der südöstlichen Krisenregion aus der Masse der „Anti-Majdan“-Demonstranten gewählt, spiegelten dennoch keinesfalls die volle Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit wieder. Im Laufe der Zeit und im Zuge der immer neuen Meldungen zu den Ereignissen im Donbass Anfang April 2014 war es stets relativ unklar, wer nun die Mitglieder der Donezker „Volksvertre-

---

<sup>2118</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 13. bis 27. März 2014.

<sup>2119</sup> Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“ Novaya Gazeta 18.04.2014 <http://www.novayagazeta.ru/inquests/63246.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2120</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 24. Februar bis 9. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/180667/chronik-24-februarbis-9-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2121</sup> Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“ 07.04.2014 <http://www.svoboda.org/content/article/25324238.html> (Abgerufen am 27.11.2014) (Üb. d. A.).



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

„tung“ waren. Nach dem Sturm des Parlamentsgebäudes am 6. April wurde der Donezker Gouverneur Sergej Taruta „in den Ruhestand geschickt“. <sup>2122</sup> Am 7. April wurde von dem selbst ernannten „Volksowjet“ die Unabhängigkeit der „Volksrepublik Donezk“ (DNR) ausgerufen und die entsprechende Deklaration verlesen. <sup>2123</sup> Einige russischsprachige Infokanäle, darunter die Agentur ITAR-TASS, bezeichneten das entscheidungfindende Gremium daraufhin als Oblast-Sowjet (wie das Lokalparlament innerhalb der territorialen Struktur der Ukraine hieß) und die Mitglieder als Abgeordnete. <sup>2124</sup> Westliche Medien nannten die Mitglieder des Gremiums meist „Aufständische“, „Befürworter der Föderalisierung“ bzw. „Demonstranten“ oder einfach „Terroristen“. <sup>2125</sup> Durch russischsprachige Medien kursierten zudem Berichte darüber, dass die Donezker Aktivisten den Aufstand als „letzte Chance“ auf Eigenständigkeit bezeichnet hatten. <sup>2126</sup>

Seitens des selbsternannten „Volksowjets“ in Donezk wurden anschließend Forderungen an die Kiewer Regierung formuliert, die sich wenig von den Forderungen anderer Städte unterschieden – ein Referendum bezüglich der Föderalisierung, der Rücktritt der neuen Kiewer Führung und die Freilassung von „Anti-Majdan“-Aktivisten. <sup>2127</sup> Der Donezker Stadtrat, der durch die Besetzung der Gebäude durch die Aktivisten an seiner Tätigkeit gehindert wurde, erklärte daraufhin, dass das selbsternannte Gremium nicht legitim bzw. rechtmäßig sei. <sup>2128</sup>

Bis zum 12. April 2014 meldeten Aufständische in anderen Städten in der Oblast Donezk, dass Verwaltungsgebäude unter ihrer Kontrolle standen. <sup>2129</sup> Der „Volksowjet“ in Donezk verkündete daraufhin, dass am 11. Mai 2014 ein Referendum über die Unabhängigkeit der Oblast Donezk stattfinden würde. <sup>2130</sup> Die Ereignisse der zweiten proklamierten „Volksrepublik“ auf dem Ukrainischen Territorium – der „Volksrepublik Lugansk“ (LNR) – verliefen nach einem ähnlichen Muster wie im benachbarten Donezk. Die Unabhängigkeit der LNR wurde allerdings erst am Tag nach dem Referendum, am

---

<sup>2122</sup> Взгляд: „Протестующие в Донецке установили контроль над зданием обл администрации“.

<sup>2123</sup> „DNR“ als Akronym der „Donezskaja Narodnaja Respublika“ (Донецкая Народная Республика) (Rus.); Донецька народна республіка, Ukr.). Vesti.ru: „В Донецке провозглашена народная республика“ 07.04.2014 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=1454156> (Abgerufen am 25.11.2014); РБК: „В Донецке объявили о создании Донецкой народной республики“ 07.04.2014 <http://www.rbc.ru/rbcfreenews/20140407141123.shtml> (Abgerufen am 27.11.2014),

<sup>2124</sup> Itar-Tass: „Депутаты Донецкого областного совета объявили о независимости.“ Донецкой народной республики 07.04.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1102559> (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2125</sup> РБК: „В Донецке объявили о создании Донецкой народной республики“; Tagesschau.de: „Krim-Szenario im Osten der Ukraine?“ 07.04.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/volksrepublik-donezk100.html>; Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“; Russia Today: „В Донецке митингующие провозгласили Донецкую народную республику.“ 07.04.2014. <http://russian.rt.com/article/26748#ixzz3JjNeN5j4> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2126</sup> МК.ru: „Донбасс восстал против Украины. Бурлит весь Юго-Восток.“ 07.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/article/2014/04/06/1009681-donbass-vosstal-protiv-ukrainyi-burlit-ves-yugovostok.html> (Abgerufen am 28.11.2014),

<sup>2127</sup> Lenta.ru: „Донецкая республика“ назвала условия освобождения зданий.“ 18.04.2014 <http://lenta.ru/news/2014/04/18/donetsk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2128</sup> Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“.

<sup>2129</sup> МК.ru: „Славянск взят: Госучреждения захвачены в Красном Лимане, Красноармейске и Краматорске“ 12.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/sng/article/2014/04/12/1013156-slavyansk-vzyat-gosuchrezhdeniya-zahvachenyi-v-krasnom-limane-krasnoarmeyske-i-kramatorske-onlayntranslyatsiya.html> (Abgerufen am 28.11.2014),

<sup>2130</sup> Itar-Tass: „Депутаты Донецкого областного совета объявили о независимости Донецкой народной республики“.



### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

11. Mai 2014, ausgerufen.<sup>2131</sup> Bereits Ende April sind Meldungen zu der ausgerufenen Republik durch russisch- und ukrainischsprachige Medien kursiert, doch „offiziell“ haben die Anführer der Separatismusbewegung noch bis 12. Mai gewartet.<sup>2132</sup> Wie in Donezk haben auch hier Demonstranten im Laufe des Monats April die Gebäude des Lokalparlaments sowie der Verwaltung und des Sicherheitsdienstes besetzt.<sup>2133</sup> Den „Anti-Majdan“-Demonstranten gelang es somit, trotz der geringen öffentlichen Unterstützung, auch in den besetzten Gebieten der Oblast Luhansk eine abtrünnige Gebietskörperschaft mit quasi-rechtmäßigen Institutionen nach dem Muster von Donezk einzurichten.

Das Donbasser Referendum fand am angekündigten Tag (11. Mai 2014) sowohl in der besetzten Oblast Donezk als auch im von Separatistenführern gehaltenen Teil der Oblast Luhansk statt. Am darauffolgenden Tag – 12. Mai 2014 – wurde seitens des „Volksowjets“ von Donezk die Souveränität der „Volksrepublik Donezk“ ausgerufen. Am gleichen Tag wurde in Luhansk auch die „Volksrepublik Lugansk“ proklamiert. Die selbsternannten Machträger legitimierten ihre eigene Position mit den abgehaltenen Referenden, bei denen sie sich entsprechend den eigenen Angaben auf den Willen des Volkes beriefen. In dem verlesenen „Ausruf der DNR“ legten die Machträger dabei Regierungsorgane fest: Die legislative Gewalt sollte von einem gewählten Obersten Sowjet ausgeübt werden, der eine Regierung und einen Sicherheitsrat zu formieren hatte.<sup>2134</sup> Zugleich haben die Machträger der „DNR“ ihre Intention erklärt, nach dem Muster der Krim in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. Dies wurde zusammen mit der Souveränitätserklärung verkündet.<sup>2135</sup> Damit dienten die Ereignisse auf der Krim direkt als Vorbild für den Donbasser Separatismus.

Am 24. Mai beschlossen beide Donbasser „Volksrepubliken“ den Zusammenschluss zu der „Konföderation“ bzw. zum „Einheitsstaat Neurussland“ (Государство Новороссия, Üb. d. A.) zu gründen. Zu dieser Konföderation sollten entsprechend der Erklärung der DNR und LNR künftig auch die restlichen Oblaste des Südostens gehören, nämlich die bereits bekannten Charkiw, Dnipropetrowsk, Odessa, Mykolajiw, Cherson und Zaporischija. Den Anschluss an die Konföderation könnten die genannten Oblaste anstreben, so die Erklärung, sobald sie entsprechende Referenden über die Abspaltung – genannt Unabhängigkeit – abgehalten hätten. Die Anführer der LNR und DNR erklärten ferner, dass sie die Präsidentschaftswahlen der Ukraine am 25. Mai anerkennen würden, wenn im Gegenzug Kiew die Unabhängigkeit der DNR und LNR anerkennt. Diese Mel-

---

<sup>2131</sup> „LNR“ als Akronym der „Luganskaja Narodnaja Respublika“ (Луганская Народная Республика) (Rus.); Луганська народна республіка, Ukr.); Süddeutsche Zeitung: „Volksrepublik Lugansk erklärt sich offiziell für unabhängig“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-volksrepublik-lugansk-erklaert-sich-offiziell-fuer-unabhaengig-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140512-99-07803> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2132</sup> Radio Svoboda: „У Луганську проголосили „Луганську народну республіку““ 27.04.2014 <http://www.radiosvoboda.org/media/video/25364473.html#relatedInfoContainer>; Lenta.ru: „В Луганске объявлена народная республика“ 28.04.2014 <http://lenta.ru/news/2014/04/28/lugansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2133</sup> Euronews: «Украина: сторонники федерализации заняли здание облминистрации в Луганске» 29.04.2014 <http://ru.euronews.com/2014/04/29/ukraine-government-buildings-seized-in-luhansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2134</sup> RIA-Novosti: «ДНР провозгласила себя суверенным государством» 12.05.2014 <http://ria.ru/world/20140512/1007507367.html> (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2135</sup> Ebd.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

dung hat am 24. Mai der „Volks-gouverneur“ von Donezk, Pavel Gubarew, auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht.<sup>2136</sup> Der Bildung der Konföderation entbehrte zwar jegliche rechtliche Grundlage, brachte die Region des Südostens aber faktisch unter ein Dach. Gubarew bezog damit alle Gebiete der historischen „Noworossija“ in die *policy* der Abtrennung von der „restlichen“ Ukraine mit ein. Die Begründung eines solchen Vorgehens lag in der Vorstellung begründet, die Gebiete seien „anders“ als die restliche Ukraine – nämlich historisch russisch und aktuell russischsprachig. Damit wurde die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zur Trägerin des Donbasser, bzw. des ostukrainischen Separatismus.

Die Machtbasis der Separatisten im Donbass wurde von ihnen selbst somit durch ein sprachlich und kulturell wie auch historisch lose zusammenhängendes Gebilde des „Noworossija“ sowie die Ergebnisse des Referendums vom 11. Mai 2014 begründet.

Die Referenden, die in Donezk und Luhansk am 11. Mai 2014 abgehalten wurden, zeigten vergleichbare Ergebnisse zur Krim und warfen ebensolche Fragen nach der Legitimität auf. Die Fragen, welche den Bewohnern der betroffenen Gebiete in Donezk und Luhansk gestellt wurden, betrafen zunächst den Status der Unabhängigkeit.<sup>2137</sup> Ein möglicher Anschluss an Russland sollte, entsprechend den Angaben der Machträger, erst nach einer „Bestätigung der Unabhängigkeit durch das Volk“ stattfinden.<sup>2138</sup> Darüber sollte dann in einem separaten Referendum abgestimmt werden, welches für den 18. Mai 2014 angesetzt wurde. Die beiden „Volksrepubliken“ kündigten außerdem an, die für den 25. Mai 2014 vorgesehene Präsidentschaftswahl der Ukraine zu boykottieren. Ein Referendum über die Unabhängigkeit war außer in Donezk und Luhansk zunächst auch in Charkiw geplant, wurde letztlich aber abgesagt.<sup>2139</sup>

Die Zustimmung für die Unabhängigkeit lag laut Angaben der Organisatoren bei 89% in Donezk und bei 96% in Luhansk. Die Wahlbeteiligung lag bei 75% in Donezk und bei 81% in Luhansk.<sup>2140</sup> Die Orte, in denen die Separatisten das Referendum haben abhalten können, repräsentierten allerdings weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten die gesamte Bevölkerung der beiden Oblaste.<sup>2141</sup> Von insgesamt 53 Verwaltungsbezirken wurden lediglich in 17 Städten Abstimmungen vorgenommen.<sup>2142</sup> Die Durchführung der Referen-

---

<sup>2136</sup> Itar-Tass: „Провозглашенные Донецкая и Луганская народные республики объединились в Новороссию“ 24.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1213304> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2137</sup> Die Welt: „Osten der Ukraine stimmt über Abspaltung von Kiew ab“ 11.05.2014 <http://www.welt.de/newsticker/news1/article127868630/Osten-der-Ukraine-stimmt-ueber-Abspaltung-von-Kiew-ab.html>; Süddeutsche Zeitung: „Selbst im Osten wollen 70 Prozent eine einheitliche Ukraine“ 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658-2>; Pleines, Heiko (2014): Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk. Bundeszentrale für politische Bildung 16.05.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/184520/analyse-die-referenden-in-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2138</sup> Zitiert in: Florian Hassel: „Die seltsamen Methoden der Separatisten“ Süddeutsche Zeitung 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658>; Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

<sup>2139</sup> Ebd.

<sup>2140</sup> Süddeutsche Zeitung: „Separatisten in Donezk bitten Russland um Aufnahme.“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-separatisten-in-donezk-bitten-russland-um-aufnahme-1.1958921> (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2141</sup> Die Welt: „Osten der Ukraine stimmt über Abspaltung von Kiew ab“.

<sup>2142</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

den war nicht zuletzt angesichts der militärisch angespannten Lage fragwürdig. Aufgrund des bewaffneten Konfliktes konnte vermutlich nur ein Teil der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnehmen. In einigen Städten konnte wegen der Gefechte zwischen den Separatisten-Kämpfer und der Ukrainischen Streitkräfte keine Abstimmung stattfinden. Ebenfalls gibt es Berichte über die zu geringe Anzahl an Wahllokalen, was angesichts der Zugänglichkeit zur Abstimmung als problematisch gelten kann. Dennoch wurden „lange Schlangen“ vor den Wahllokalen von den Separatisten als Beleg für die hohen Wahlbeteiligungen betrachtet.<sup>2143</sup> Viele Wahllokale wurden von Bewaffneten überwacht, was eher von Mängeln der freien Meinungsäußerung als vom Fehlen einfacher Wahlmanipulationen zeugt. Vielerorts wurden mehrfache Stimmabgaben beobachtet, unter anderem weil keine internationalen Wahlbeobachter im Einsatz waren. Die Ergebnisse wurden allein von den lokalen Wahlkommissionen überprüft, was angesichts der Lage aber keineswegs die Legitimität der Abstimmung garantieren kann.<sup>2144</sup>

Die „Volksgouverneure“ der beiden „Volksrepubliken“, Pawel Gubarew und Waleri Bolotow, ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um die Durchführung der Abstimmungen abzusichern. Dazu gehörte der Einsatz der „Armee des Südostens“ für die Sicherheit, die Werbung über die besetzten Fernsehtürme sowie Printmedien und letztlich die „Bestimmung“ der Gesamtheit der Wahlberechtigten über „offizielle“ Wählerlisten.<sup>2145</sup> Obwohl einigen Berichten zufolge die Informationskampagne nur etwa 2 Wochen gedauert hätte, war die Durchführung eines Referendums tatsächlich bereits Anfang April bekannt gegeben worden.<sup>2146</sup> Es wurde allerdings keine öffentliche Debatte zugelassen, Übertragungen vom gegnerischen Lager wurden abgeschaltet. Demonstrationen und Kundgebungen gegen eine Abspaltung wurden unterbunden.<sup>2147</sup> Der Bevölkerung wurde als Werbung für die Zustimmung ein Spot vorgespielt, in dem für das Leben „...Gemeinschaft von Russland, Weißrussland und Kasachstan... in einem friedlichen, multinationalen Staat... ohne faschistische Grundsätze“ geworben wurde.<sup>2148</sup>

Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahl zeigten, dass eine Unterstützung der Abspaltung im Osten der Ukraine bei höchstens 30% lag, weil sich 70% der Bevölkerung für eine einheitliche Ukraine ausgesprochen hatten.<sup>2149</sup> Sowohl die fehlende Statistik als auch die Kriegstätigkeit hinderten Schätzungen über die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung. Wenn man dem Ukrainischen Innenministerium Glauben schenken darf, hatten lediglich 32% der Wahlberechtigten in Donezk und 24% der Wahlberechtigten in Luhansk an dem jeweiligen Referendum teilgenommen.<sup>2150</sup> Doch neben Zweifeln an den offiziellen Ergebnissen der DNR und LNR bestehen weitere Kritikpunkte an den Referenden als Legitimationsgrundlage: die fehlende völkerrechtliche Anerkennung, die kurzen Fristen und die schlechte bzw. einseitige Informiertheit der Bevölkerung, die gleichzeitig stattfindende

---

<sup>2143</sup> Ebd.

<sup>2144</sup> Ebd.

<sup>2145</sup> Ebd.

<sup>2146</sup> Gazeta.ru: „Донецкая народная республика“ начала формировать ЦИК для референдума“ 10.04.2014 [http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/04/10/n\\_6074869.shtml](http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/04/10/n_6074869.shtml) (Abgerufen am 27.11.2014).

<sup>2147</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

<sup>2148</sup> Zitiert aus: Ebd.

<sup>2149</sup> Süddeutsche Zeitung: „Selbst im Osten wollen 70 Prozent eine einheitliche Ukraine“

<sup>2150</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Kriegstätigkeit und der Verdacht auf massive Wahlmanipulationen. Angesichts dessen kann resümiert werden, dass die Lokalreferenden keine echte Legitimationsgrundlage der DNR und LNR liefern konnten.

Am 2. November 2014 wurden in DNR und LNR Wahlen abgehalten, bei denen jeweils eine Volksvertretung (Parlament) und ein Staatsoberhaupt (Präsident) gewählt wurden.<sup>2151</sup> Die Presse in Russland meldete den Sieg für die Separatisten und für die jeweiligen Premierminister Aleksandr Zachartschenko in Donezk und Igor Plotnizkij in Luhansk.<sup>2152</sup> Die offiziellen Ergebnisse lauteten 75% Zustimmung für Zachartchenko und 63% Zustimmung für Plotnizki. In Donezk hatten etwa 1 Million Personen und in Luhansk etwa 600 000 Personen ihre Stimme abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 85% in Donezk und 68% in Luhansk entsprechen würde.<sup>2153</sup> Gleichzeitig kamen die von ihnen geführten Parteien in beiden Parlamenten auf über zwei Drittel der Stimmen.<sup>2154</sup> Damit sahen die Separatistenführer der DNR und LNR ihren Machtanspruch formal durch das Volk bestätigt.<sup>2155</sup> Jedoch gab es auch bei diesen Wahlen eine Reihe von Kritikpunkten, sowohl was die Legitimität als deren Durchführung anbelangte. Formal war allein die Ausrufung einer „Volksrepublik“ mit der ukrainischen Verfassung nicht vereinbar, da die territoriale Struktur nur vom nationalen Parlament – also der Werhowna Rada in Kiew – verändert werden kann.<sup>2156</sup> Damit konnten auch die Wahlen vom 2. November nicht als legal gelten. Wie bereits bei den Referenden im Mai 2014, gab es den Verdacht auf mehrmalige Stimmabgabe. Durch die fortdauernde Kriegstätigkeit war es zudem unmöglich, die tatsächliche Gesamtheit der Stimmberechtigten zu erfassen. Schätzungsweise hatten zwischen 15% und 30% der Bevölkerung die umkämpften Gebiete verlassen. Für die Teilnahme an der Wahl reichte eine Registrierung als Bewohner der jeweiligen „Volksrepublik“, was mutmaßlich von russischen Staatsbürgern genutzt wurde, um an den Wahlen teilzunehmen. Diese Möglichkeiten der falsifizierten Wählerschaft wurden durch fehlende oder unvollständige Wählerverzeichnisse weiter erweitert.<sup>2157</sup> Im Vorfeld der Wahlen bestand zudem keinerlei politischer Wettkampf. Meldungen zufolge wurden keine pro-ukrainischen politischen Kräfte zur Wahl zugelassen.<sup>2158</sup> Die (einzigen) Kandidaten repräsentierten ausschließlich die Separatisten.<sup>2159</sup> Die Ukraine erkannte die Wahl und deren Ergebnisse nicht an, ebenso wenig wie die westlichen Staaten. Russland gab an das „Ergebnis zu respektieren“, ohne es jedoch formal anzuerkennen.<sup>2160</sup>

---

<sup>2151</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten 05.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194647/analyse-wahlen-in-den-separatistengebieten> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2152</sup> RIA-Novosti: „Итоги выборов в ДНР и ЛНР“ 03.11.2014 <http://ria.ru/infografika/20141103/1031547731.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2153</sup> Ebd.; Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

<sup>2154</sup> Ebd.

<sup>2155</sup> Spiegel Online: „Umstrittene Abstimmung in Ostukraine: ‚Republikchefs‘ inszenieren ihre Legitimation“ 02.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ost-ukraine-separatisten-lassen-republikchefs-waehlen-a-1000592.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2156</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

<sup>2157</sup> Ebd.

<sup>2158</sup> Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“ 03.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-alexander-sachartschenko-gewinnt-umstrittene-wahl-a-1000654.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2159</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

<sup>2160</sup> Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“.

### 8.3.4 Der institutionelle Aufbau der abtrünnigen Gebiete – Chance aufs Überleben?

#### 8.3.4.1 Die Krim – Teil des Größeren

Der institutionelle Aufbau der Krim als Autonome Republik erlaubte prinzipiell zu jeder Zeit der Existenz eine eigenständige Verwaltung des Gebietes auf der Halbinsel. Die ersten Verwaltungsorgane wurden bereits im Jahr 1938 situiert, als die Krim noch unter der Jurisdiktion des RSFSR stand. Dabei hielt das gesetzgebende Organ – der Oberste Sowjet der Krim –, ASSR, seine erste Sitzung am 21. Juli 1938.<sup>2161</sup> Zuvor erfolgte die Verwaltung der ASSR durch das Zentrale Exekutivkomitee der KPdSU.<sup>2162</sup> Während der Zeit als Oblast innerhalb des RSFSR und später der Ukrainischen SSR wurde die sozialistische Repräsentation der Bevölkerung vom Krimer Oblast-Sowjet der Volksdeputaten (Крымский областной Совет народных депутатов), bis 1977 noch Krimer Oblast-Sowjet der Deputaten der Arbeiter (Крымский областной Совет депутатов трудящихся), wahrgenommen.<sup>2163</sup> Als Autonome Republik Krim innerhalb der unabhängigen Ukraine ab dem Jahr 1991 beruhte der institutionelle Aufbau auf der Verfassung der Ukraine sowie der Verfassung der AR Krim aus den Jahren 1996 und 1998.<sup>2164</sup> Entsprechend wurde das gesetzgebende Organ (früher der Oblast-Sowjet) in den Obersten Sowjet der ASSR Krim umgewandelt, später in den Obersten Sowjet der AR Krim umbenannt.<sup>2165</sup>

Das gesetzgebende Organ bestand ab 1991 aus 100 Sitzen und wurde mittels einer direkten, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahl für 5 Jahre gewählt. Insgesamt sind während der Zeit 1991 bis 2014 sechs Zusammensetzungen in den Obersten Sowjet in Simferopol eingezogen. Die Arbeit des Sowjets wurde durch das Präsidium koordiniert, dessen Vorsitz vom Sprecher des Obersten Sowjets eingenommen wurde. Die Arbeit des Gremiums wurde mittels permanenter Ausschüsse gewährleistet. Die Zusammensetzung der Fraktionen im Gremium zeigte über die Jahre zwar ein gemischtes, aber angesichts der Repräsentationsverhältnisse der alten und neuen Eliten bzw. der Russen und anderer Nationalitäten dennoch ein relativ einheitliches Bild: Während der ersten Legislaturperiode 1991 bis 1994 hielten die Kommunistische Partei sowie die „Parteiloosen“ (bzw. die „Unabhängigen“) die Mehrheit, in der zweiten Zusammensetzung hatte

---

<sup>2161</sup> Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. Справочник по истории Коммунистической партии и Советского Союза 1898-1991. unter: [http://www.knowbysight.info/1\\_RSFSR/04035.asp](http://www.knowbysight.info/1_RSFSR/04035.asp) (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2162</sup> Ebd.

<sup>2163</sup> Закон СССР от 7 октября 1977 г. N 6367-IX "О порядке введения в действие Конституции (Основного Закона) СССР" (с изменениями и дополнениями). Москва, Кремль, 7 октября 1977 г. N 6367-IX.

<sup>2164</sup> ЗАКОН УКРАЇНИ Про прийняття Конституції України і введення її в дію (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, N 30, ст.142); КОНСТИТУЦІЯ АВТОНОМНОЇ РЕСПУБЛІКИ КРИМ Принята Верховним Советом Крима 1 ноября 1995 года.

<sup>2165</sup> ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля, 1991. с. 216.; Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 19-1; Закон Украины от 21.09.1994 № 171/94-ВР.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

die Medschlis der Krimtataren – eine Exekutivkörperschaft des krimtatarischen Volkes – als drittgrößte Fraktion 16 Sitze.<sup>2166</sup> Die Mehrheit behielt diesmal der Block „Rossija“ unter dem Vorsitz des radikal gestimmten ehemaligen Präsidenten der Krim, Jurij Meschkow.<sup>2167</sup> Während der nachfolgenden zwei Legislaturperioden bis 2006 erhielten stets die „Parteilosen“ zusammen mit der Kommunistischen Partei die Mehrheit der Sitze.<sup>2168</sup> Damit war die Volksvertretung der AR Krim bis 2006 deutlich pro-russisch bzw. für die alte Ordnung gestimmt. Ein etwas höherer Grad an Pluralismus kam erst nach den Wahlen 2006 auf, als neben der „Partei der Regionen“ als neue „Partei der Macht“ mit 45 Sitzen auch BJuT und Ruch mit zusammen 18 Sitzen in den Rat kamen. Dieser Hauch einer Opposition wurde allerdings von den restlichen pro-russischen bzw. pro-Janukowitsch Kräften, solchen wie den Kommunisten oder der Partei „Sojuz“, weit überstimmt. Bei der letzten Wahl vor der Krise im Jahr 2010 siegte überdeutlich die „Partei der Regionen“ mit ganzen 83 Sitzen.<sup>2169</sup> Die Tätigkeit der sechsten Zusammensetzung des Obersten Sowjets der AR Krim wurde am 15. März 2014 von der Werhowna Rada der Ukraine, nach der am 11. März 2014 ausgerufenen Unabhängigkeit der Krim, für beendet erklärt.<sup>2170</sup>

Trotz der formalen Beendigung des Mandates hat die letzte Zusammensetzung des Obersten Sowjets der AR Krim ihre Arbeit bis zu den Wahlen am 14. September 2014 fortgesetzt.<sup>2171</sup> Die Bezeichnung des Gremiums wurde am 17. März 2014 mit der Begründung der ausgerufenen Unabhängigkeit und damit der Änderung des rechtlichen Status erneuert. Entsprechend sollte die gesetzgebende Versammlung fortan als Staatsrat der Republik Krim (Государственный Совет Республики Крым) bezeichnet werden.<sup>2172</sup> Am 18. März 2014 wurde die Republik Krim als Subjekt in die Russische Föderation aufgenommen (das Prozedere wurde bereits beschrieben, s.o.), worüber ein bilaterales Abkommen zwischen Russland und Krim abgeschlossen wurde.<sup>2173</sup> Nachdem am 11. April 2014 die Verfassung der Krim verabschiedet wurde, greifen auch neue Bestimmungen für den Staatsrat: 75 Abgeordnete sollten auf 5 Jahre gewählt werden.<sup>2174</sup> Bei den ersten Wahlen am 14. September 2014 siegte eindeutig die Partei „Einiges Russ-

---

<sup>2166</sup> СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым I созыва (1990–1994); СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым II созыва (1994–1998)

<sup>2167</sup> ПРОГРАММА РЕСПУБЛИКАНСКОЙ ПАРТИИ КРЫМА (Партии РДК). ПРИНЯТА НА СЪЕЗДЕ РПК/РДК 27 НОЯБРЯ 1993 ГОДА.

<sup>2168</sup> СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым III созыва (1998–2002); СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым IV созыва (2002–2006).

<sup>2169</sup> СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым V созыва (2006–2010); Депутатский корпус Верховной Рады Автономной Республики Крым 2010–2015.

<sup>2170</sup> Верховная Рада Украины приняла Постановление «О досрочном прекращении полномочий Верховной Рады Автономной Республики Крым». Соответствующий проект постановления зарегистрирован под №4461, 15 марта 2014.

<sup>2171</sup> Избирком Крыма утвердил итоги выборов в Госсовет. время публикации: 16 сентября 2014 г., последнее обновление: 16 сентября 2014 г.

<sup>2172</sup> Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. Верховный Совет АРК переименован в Государственный Совет Республики Крым. Пресс-служба Государственного Совета Республики Крым. 17.03.2014.

<sup>2173</sup> Федеральный конституционный закон Российской Федерации от 21 марта 2014 года № 6-ФКЗ «О принятии в Российскую Федерацию Республики Крым и образовании в составе Российской Федерации новых субъектов – Республики Крым и города федерального значения Севастополя». Дата создания: 21 марта 2014 года.

<sup>2174</sup> КОНСТИТУЦИЯ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ. Принята Государственным Советом Республики Крым. 11 апреля 2014 года.

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

land“ mit 70 Sitzen, die Partei LDPR bekam die restlichen 5 Sitze.<sup>2175</sup> Damit blieb die repräsentative pro-russische Linie der Krimischen Volksvertretung erhalten. Die Ergebnisse wurden weder von der Ukraine noch von der westlichen Ländergemeinschaft (die EU und die USA) anerkannt. Formal behandelte die Ukraine das Territorium der Krim nach dem 11. März 2014 als „temporär okkupiert“.<sup>2176</sup>

Die Exekutive auf der Krim war während der Zeit als Autonome Republik innerhalb der Ukraine durch den Rat der Minister – Совет министров – vertreten.<sup>2177</sup> Dieser wurde vom Obersten Sowjet der AR Krim für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. Der Vorsitzende des Rates war gleichzeitig der Regierungschef und wurde vom Obersten Sowjet der AR Krim in Absprache mit dem Präsidenten der Ukraine ernannt. Diese Absprache wurde aber erst im Jahr 1996 eingefügt, davor oblag die Entscheidung über die Ernennung allein dem Obersten Sowjet der Krim bzw. dessen Vorsitzendem in Absprache mit dem Obersten Sowjet. Der Rat der Minister der AR Krim wurde erstmals im März 1991 formiert, infolge der Umbenennung des Exekutivkomitees der Oblast Krim (als Exekutivorgan während der Sowjetzeit).<sup>2178</sup> Während der Ereignisse des Jahres 2014 wurde die Exekutive der Republik Krim durch den Rat der Minister wahrgenommen. Die Ernennung des Kabinetts erfolgte auf Vorschlag des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, was vom Staatsrat der Republik bestätigt werden musste. Der Vorsitzende des Rates der Minister wurde vom Oberhaupt der Republik vorgeschlagen und vom Parlament der Krim bestätigt. Die Geschäftsführung der Exekutive wurde demnach vom Vorsitzenden des Rates der Minister übernommen, dessen Person auch gleichzeitig als Oberhaupt der Republik fungieren konnte.<sup>2179</sup> Seit 27. Februar 2014 hatte Sergej Aksjonow dieses Amt inne.<sup>2180</sup> Dessen Wahl wurde national und international massiv kritisiert, da sie unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist.<sup>2181</sup> Die Wahl wurde von der ukrainischen Zentralregierung nicht anerkannt.<sup>2182</sup> Die Tätigkeit der Exekutiven wurde seitens der ukrainischen Regierung mit der Beendigung der Tätigkeit des Obersten Sowjets der AR

---

<sup>2175</sup> Избирком Крыма утвердил итоги выборов в Госсовет. время публикации: 16 сентября 2014 г., последнее обновление: 16 сентября 2014 г.

<sup>2176</sup> Верховная Рада Украины приняла Закон «Об обеспечении прав и свобод граждан и правовом режиме на временно оккупированной территории Украины» Информационное управление. 15 апреля 2014.

<sup>2177</sup> Die Bezeichnungen der Organe aus dem Russischen übersetzt von der Autorin. КОНСТИТУЦИЯ АВТОНОМНОЙ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ Принята Верховным Советом Крыма 1 ноября 1995 года; КОНСТИТУЦИЯ УКРАИНЫ (Ведомости Верховной Рады Украины (ВВР Украины), 1996, № 30, ст. 141.

<sup>2178</sup> ЗАКОН КРЫМСКОЙ АВТОНОМНОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ Об органах государственной власти Крымской Автономной Советской Социалистической Республики (ВВСК, 1991-1992 гг., N 2, ст. 85).

<sup>2179</sup> КОНСТИТУЦИЯ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ. Принята Государственным Советом Республики Крым. 11 апреля 2014 года.

<sup>2180</sup> RIA-Novosti: „Сергей Аксенов вступил в должность главы Республики Крым“ 09.10.2014 [http://ria.ru/crimea\\_today/20141009/1027556017.html](http://ria.ru/crimea_today/20141009/1027556017.html) (Abgerufen am 25.11.2014).

<sup>2181</sup> Raniah Salloum: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“ Spiegel Online 05.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-aksjonow-er-soll-es-fuer-putin-auf-der-krim-richten-a-956669.html> (Abgerufen am 26.11.2014 und 01.12.2014).

<sup>2182</sup> Obozrevatel: „Турчинов издал указ о незаконности избрания нового премьера Крыма“ 01.03.2014 <http://obozrevatel.com/politics/08249-turchinov-izdal-ukaz-o-nezakonnosti-izbraniya-novogo-premera-kryima.htm> (Abgerufen am 27.11.2014).



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Krim am 15. März 2014 ohnehin formell beendet.<sup>2183</sup> Als „Republik Krim“ unter Russland existierte die Exekutive allerdings weiter.

Die formale Vollständigkeit der Gewaltenteilung auf der Krim war schließlich durch das Vorhandensein der Judikative gegeben. Diese unterlag während der Zeit als Autonome Republik Krim der ukrainischen Jurisdiktion und war in mehrere Instanzen unterteilt – administrative Ebene, Ebene der Schiedsgerichte sowie die Ebene des Apellationsgerichtes der AR Krim.<sup>2184</sup> Diese Instanzen unterlagen ihrerseits den obersten Gerichten der Ukraine.<sup>2185</sup> Nach den Ereignissen des Jahres 2014 unterlag die Judikative nun formal – wiederholt ohne Zustimmung der Ukraine – der Jurisdiktion der Russischen Föderation. Die Struktur ist in etwa gleich geblieben, hinzugekommen sind neue Posten der Weltrichter.<sup>2186</sup> Dabei hat sich der gesamte Übergang von einem Rechtssystem in ein anderes insgesamt als problematisch erwiesen. Schwierigkeiten entstanden bei Kleinigkeiten, wie der Höhe der Gebühren, und endeten auch nicht bei der Staatsangehörigkeit und der juristischen Ausbildung der Richter und des juristischen Personals.<sup>2187</sup> Die Übergangszeit hatte die Führung Russlands bis zum 1. Januar 2015 festgesetzt.<sup>2188</sup>

Die Ereignisse auf dem Majdan in Kiew im Winter 2014 offenbarten die Schwäche des institutionellen Gefüges der Krim, die gepaart mit der prekären ethnisch-nationalen Situation zu einem Zusammenbruch führte. Mit dem Sturz Wiktor Janukowitschs übernahm die Partei „Russische Einheit“ (Русское единство) quasi die Führungsrolle auf der Krim. Deren Vorsitzender Sergei Aksjonow, der am 27. Februar 2014 unter äußerst umstrittenen Umständen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, leitete als erste politische Aktion prompt die Annäherung an Moskau ein.<sup>2189</sup> Dass ein zuvor relativ unbedeutender Politiker aus dem russischen Lager dermaßen schnell an die Spitze der Krim-Regierung kommen konnte, zeigt, dass das institutionelle Gefüge dem Druck von außen (seitens Russlands) nicht standhalten konnte. Zusätzlich wurde durch Demonstrationen in Simferopol der angebliche Willen der gesamten Bevölkerung der Krim repräsentiert, obwohl nur ein Teil für die Änderung der Herrschaftsverhältnisse auftrat. Am 26. Februar hatten „Selbstverteidigungskräfte“ die Gebäude des Krim-Parlaments besetzt. Ebenfalls wurden am 26. Februar 2014 im Zuge der Zusammenstöße zwischen den russischen und krimtatarischen Demonstranten zwei Menschen getötet und weitere 30 verletzt. Dabei demonstrierten die Krimtataren gegen die pro-russische Stimmung und die Pläne des Separatismus, während russische Demonstranten die politische Richtung (Russland) der neuen Führung unterstützten.<sup>2190</sup> Am 27. Februar 2014 votierte der be-

<sup>2183</sup> Верховная Рада Украины приняла Постановление «О досрочном прекращении полномочий Верховной Рады Автономной Республики Крым». Соответствующий проект постановления зарегистрирован под №4461, 15 марта 2014.

<sup>2184</sup> Nedicom.ru: Суды Крыма. [http://nedicom.ru/sudi\\_krima](http://nedicom.ru/sudi_krima) (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2185</sup> Органы судебной власти. [http://www.kmu.gov.ua/control/ru/publish/officialcategory?cat\\_id=33689](http://www.kmu.gov.ua/control/ru/publish/officialcategory?cat_id=33689) am 21.10.2014 (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2186</sup> Nedicom.ru: Суды Крыма.

<sup>2187</sup> Харитонов, Алексей: „Судебный коллапс в Республике Крым: проблемы и перспективы“ ИНИУРПОЛИС [http://www.ilf-ua.com/ru/publications/articles/sudebnyi\\_kollaps/](http://www.ilf-ua.com/ru/publications/articles/sudebnyi_kollaps/) am 21.10.2014 (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2188</sup> Ebd.

<sup>2189</sup> Salloum, Raniah: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“.

<sup>2190</sup> Snob.ru: «В Симферополе во время митингов погибли двое» 27.02.2014 <http://snob.ru/selected/entry/72653> (Abgerufen am 29.11.2014).

setzte Oberste Sowjet für die Absetzung des pro-ukrainischen Ministerpräsidenten Anatonij Mohylew und für die Besetzung des Postens durch Sergej Aksjonow.<sup>2191</sup> Das Abstimmungsergebnis lautete offiziell 53 von 100 „Für“-Stimmen, was aufgrund der Besetzung des Gebäudes nicht offiziell bestätigt werden konnte.<sup>2192</sup> Begleitet wurde die Wahl von der militärischen Besetzung der Krim durch Militärkräfte ohne Hoheitszeichen, die sich später bekanntlich als Russlands Militärangehörige zu erkennen gegeben haben.<sup>2193</sup> Mit Aksjonows Machtübernahme konnte der Russland-Kurs der Krim ohne nennenswerte Widersetzung durchgesetzt werden und markierte die bis heute endgültige Hoheit Russlands über dieses Gebiet. Da die Krim nach der Eingliederung *de facto* zu Russland gehörte und die Institutionalisierung bereits quasi-abgeschlossen ist, stehen die „Überlebenschancen“ außerhalb der Ukraine gut.

### 8.3.4.2 Donezk, Luhansk und der Donbass – Volksrepubliken ohne Volk und ohne Republik?

Wie in anderen Oblasten, die nicht wie die Krim autonome Rechte genossen, wurde die Leitung der Oblaste Donezk und Luhansk verfassungsgemäß von einem vom Präsidenten der Ukraine ernannten Gouverneur übernommen. Die Kompetenzen des Gouverneurs waren klar begrenzt und definiert, ebenso wie die regionale Teilung der Ukraine klar den Prinzipien eines zentralstaatlichen Aufbaus unterlag. So hatte der Präsident der Ukraine das Recht, die Beschlüsse der Gouverneure zu annullieren, falls diese dem ukrainischen Recht widersprachen.<sup>2194</sup> Die lokale Vertretung der lokalen Gebietskörperschaften übernahm der Rat der Oblast (Областной совет), und die exekutive Gewalt wurde durch die vom Gouverneur ernannte Administration übernommen. Diese Gewaltenteilung blieb während der Krise 2014 bestehen, auch wenn Teile der Oblaste, die nun als DNR und LNR einseitig abtrünnig waren, eigene Organe aufgebaut haben. Die Hauptstädte der Oblaste konnten seit April 2014 nicht mehr aus den Städten Donezk bzw. Luhansk regiert werden und wurden deswegen nach Kramatorsk (Oblast Donezk) bzw. Sewerodonezk (Oblast Luhansk) verlegt.<sup>2195</sup> Wie die Ergebnisse der Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen bis 2012 gezeigt haben, waren die zwei Oblaste stets von der KPU bzw. den Sozialisten oder später der „Partei der Regionen“ dominiert. Zuletzt

---

<sup>2191</sup> Vgorode.ua: „Что сейчас происходит в Крыму: хроника событий 20-27 февраля“ 27.02.2014 <http://crimea.vgorode.ua/news/sobytyia/212534-chto-seichas-proyskhodyt-v-krymu-khronyka-sobytyi-20-27-fevralia> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2192</sup> Michael König: „Putins böser ‚Kobold‘“ Süddeutsche Zeitung 17.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-premier-sergej-aksjonow-putins-boeser-kobold-1.1914679> (Abgerufen am 26.11.2014).

<sup>2193</sup> Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

<sup>2194</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

<sup>2195</sup> МК.ру: „Столица Донецкой области переезжает в Краматорск“; Vesti Ukraina: „Москаль решил перенести столицу Луганской области в Северодонецк“ 19.09.2014 <http://vesti-ukr.com/donbass/70127-moskal-reshil-perenesti-stolicu-luganskoj-oblasti-v-severodoneck> (Abgerufen am 28.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

hatte die „Partei der Regionen“ bei den lokalen Wahlen 2010 in Donezk und Luhansk überwältigende Mehrheiten von über 80% der Sitze erzielt.<sup>2196</sup>

Aus den ehemaligen Vertretungen der staatlichen Gewalt in den Zentren Donezk und Luhansk haben die Separatistenführer neue Organe der staatlichen Gewalt formiert. Die selbstproklamierten Gremien haben Verfassungen verabschiedet, die in Donezk am 14. Mai und in Luhansk am 18. Mai 2014 in Kraft gekommen sind.<sup>2197</sup> Die Bestimmungen waren einander sehr ähnlich: Die legislative Macht der selbsternannten Volksrepubliken wurde demnach zwischen dem Oberhaupt und dem Obersten Sowjet bzw. der Republikanischen Versammlung (in den Medien wurden beide Bezeichnungen verwendet) geteilt. Das Donezker Gremium sollte dabei 100 und das Luhansker Gremium 50 Abgeordnete zählen. Zudem sollte aus der Gesamtheit der Delegierten der gesetzgebenden Obersten Sowjets ein Ministerkabinettt geformt werden, desse Vorsitzende quasi-parallel mit dem Oberhaupt die Exekutivgewalt leiten sollte.<sup>2198</sup> Damit konnten die selbsternannten Volksrepubliken formal als semi-präsidentielle Systeme gelten. Zusätzlich beinhaltete die Verfassung der DNR die Klausel, wonach die „Volksrepublik“ als Teil eines anderen föderalen Staates existieren konnte.<sup>2199</sup> Damit wäre ein Weg in die Russische Föderation, aber auch der Verbleib in einer föderalisierten Ukraine möglich gewesen.

Im September 2014 hat die Werhowna Rada der Ukraine unter der Anführung des Präsidenten Petro Poroschenko zwei Gesetze verabschiedet, mit denen auf die Forderungen des Ostens der Ukraine eingegangen wurde. Die Herausarbeitung der Gesetze wurde am 5. September 2014 im Laufe der Minsker Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern der Ukraine, Russlands und der Separatistenführer von DNR und LNR beschlossen. In dem entsprechenden Protokoll haben sich die Parteien darauf geeinigt, dass das ukrainische Parlament Gesetze erlassen sollte, welche die „Gewährleistung der Durchführung vorgezogener Lokalwahlen in Übereinstimmung mit dem ukrainischen Gesetz „Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk“ (Gesetz über den besonderen Status)“ regeln.<sup>2200</sup> Damit wurde die Werhowna Rada aufgefordert, entsprechende Normen zu verabschieden, welche eine Föderalisierung des Landes bedeutet hätten. Der Forderung kam das ukrainische Parlament am 16. September 2014 nach.<sup>2201</sup> Als Erstes wurde eine Amnestie beschlossen, die den Beteiligten an den Protesten und sonstigen Ereignissen in

---

<sup>2196</sup> Денисов, Денис Олегович: „Результаты региональных выборов на Украине: укрепление вертикали власти или тенденции федерализации страны“ Институт стран СНГ/Materik.ru: <http://www.materik.ru/problem/detail.php?ID=11544&print=Y> (Abgerufen am 20.11.2014).

<sup>2197</sup> Itar-Tass: „Главой провозглашенной Луганской народной республики избран Валерий Болотов“ 18.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1195149> ; Korrespondent.net: „Самопровозглашенная ДНР приняла Конституцию“ 16.05.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3363989-samoprovozghlashednnaia-dnr-pryniala-konstytutsiyu> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2198</sup> RIA-Novosti: «Премьер Захарченко выиграл выборы главы ДНР».

<sup>2199</sup> Korrespondent.net: „Самопровозглашенная ДНР приняла Конституцию“.

<sup>2200</sup> Zitiert aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten; Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014 17.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2201</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

### 8.3 Institutionelle Grundlagen für eine Staatsführung

Donezk und Luhansk eine Strafverfolgung erließ.<sup>2202</sup> Zweitens wurde der „Sonderstatus“ der Regionen Donezk und Luhansk beschlossen, wonach nicht nur die Nutzung der russischen Sprache erlaubt wurde, sondern auch breitere Rechte in den Bereichen der Ökonomie und des Sozialwesens, aber auch in Bezug auf die Beziehungen zu Russland zugestanden wurden.<sup>2203</sup> Für den 7. Dezember 2014 wurden im Gesetz Wahlen angesetzt, bei denen die lokalen Parlamente sowie die Bürgermeister in den besetzten Gebieten gewählt werden sollten. Diese gewählten Vertreter sollten anschließend die Ausgestaltung des Status der Regionen mit den zentralen Machträgern in Kiew verhandeln.<sup>2204</sup> Die Entscheidung wurde weder von der „Vaterland“-Partei des Premiers Arsenij Jazenjuk noch von „Swoboda“ unterstützt. Die Anführer der DNR und LNR nannten die Gesetze zunächst „einen Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung“ des Konfliktes.<sup>2205</sup> Dennoch widersetzten sich die Separatistenführer den Gesetzen, indem am 2. November 2014 die „Volksrepubliken“ ihre eigenen Wahlen veranstalteten.<sup>2206</sup> Da die beiden „Volksrepubliken“ bis dahin international nicht anerkannt waren, gehörten die beiden Oblaste nach wie vor dem ukrainischen Staatsgebiet an und unterlagen damit der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine, womit die Wahlen am 2. November 2014 illegal waren.<sup>2207</sup>

Reaktionen der russischen bzw. der ukrainischen Führung auf die Wahlen vom 2. November waren gegensätzlich. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bezeichnete die Wahlen als „Farce“ und prangerte ihre Durchführung unter Einsatz von militärischer Bedrohung an. Ebenfalls betonte er die Illegitimität der Wahlen.<sup>2208</sup> Russland hat seinerseits die Kriegstätigkeit der ukrainischen Armee „gegen das eigene Volk“ kritisiert und angegeben, die Ergebnisse der Wahlen zu respektieren, jedoch ohne Absicht auf Annexion à la Krim.<sup>2209</sup> Die Separatisten, bekräftigt von der offiziellen Position der Russischen Föderation, beriefen sich auf die Nicht-einhaltung der Fristen seitens der Kiewer Regierung, die in den Vereinbarungen von Minsk festgelegt worden seien. Ebenfalls seien in den von Kiew verabschiedeten Gesetzen nicht explizit die Territorien genannt, auf die sich die Gesetze vom 16. September bezogen. Schließlich würde die Ukrainische Armee nach wie vor die Gebiete des Donbass beschießen, was einen Vertragsbruch darstellen würde, so die Führung der „Volksrepubliken“.<sup>2210</sup>

---

<sup>2202</sup> RIA-Novosti: „Трудности статуса: парламент Украины принял законы о Донбассе“ 16.09.2014 <http://ria.ru/world/20140916/1024369226.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2203</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Gesetz über Sonderstatus einzelner Bezirke von Donezk und Luhansk 16.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191801/dokumentation-gesetz-ueber-sonderstatus-einzelner-bezirke-von-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2204</sup> Ebd.

<sup>2205</sup> Ebd.

<sup>2206</sup> Spiegel Online: „Umstrittene Abstimmung in Ostukraine: ‚Republikchefs‘ inszenieren ihre Legitimation“.

<sup>2207</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

<sup>2208</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien 05.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194648/dokumentation-stellungnahmen-zu-separatisten-wahlen-der-beiden-minsker-friedensverhandlungen-vertretenen-parteien> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2209</sup> Sputnik news: „Kreml zur Wahl im Donbass: ‚Respektieren‘ bedeutet nicht ‚anerkennen‘“ 07.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141107/269955310.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2210</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Tatsächlich beinhaltet die schriftliche Form der Friedensvereinbarung keinen konkreten Zeitrahmen für die Durchführung der Wahlen.<sup>2211</sup> Die Punkte 3 und 6 der Vereinbarung, bezüglich der Dezentralisierung sowie der Verfolgung der Protestbewegungen, hat die Kiewer Regierung mit den Gesetzen vom 16. September 2014 erfüllt, obwohl im Wortlaut des Gesetzes tatsächlich nur von „bestimmten Bezirken“ (ohne konkrete Benennung) in den Oblasten Donezk und Luhansk die Rede ist.<sup>2212</sup> Dies kann aber höchstens als Ungenauigkeit und weitaus weniger als Vertragsbruch aufgefasst werden.

Dass DNR und LNR nach wie vor in einem „unklaren“ völkerrechtlichen Status schweben, ist nicht zuletzt auf die Politik Russlands zu schieben. Einerseits hat Russland den beiden Gebieten keine Zusage für eine Angliederung nach Vorbild der Krim gemacht. Somit konnten die Gebiete der DNR und LNR ab einem gewissen Zeitpunkt von ihrem *status quo* als abtrünnige Gebiete nicht abrücken. Andererseits hat die Führung Russlands stets die Unterstützung der „sootchestvenniki“ bekräftigt.<sup>2213</sup> Es kann allerdings nicht als sicher gelten, dass die Bevölkerung, also die besagten „sootchestvenniki“ in DNR bzw. LNR, hinter der Führung der beiden „Volksrepubliken“ standen. Definitiv lässt sich nur sagen, dass nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die politische Führung der DNR und LNR unterstützt, die Unterstützung allerdings über „wenige Kollaborateure“ hinaus geht.<sup>2214</sup> Im Zuge des bewaffneten Konfliktes ist die allgemeine Verurteilung der ukrainischen Zentralführung gestiegen, da der Armeeinsatz als Affront gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete betrachtet wird. Welche Teile der Bevölkerung zu welchem Zeitpunkt für einen Anschluss an Russland bzw. für den Verbleib in der Ukraine votiert hätten, lässt sich nicht verlässlich rekonstruieren. In jedem Fall eint sich die Bevölkerung immer mehr in Richtung Frieden, egal unter welcher politischen Führung.

### 8.4 Militärische Präsenz und der Patron-Staat

Die zwei Kriterien – militärische Präsenz und der „Patron-Staat“ – hängen in den Konflikten auf der Krim sowie in Donezk und Luhansk unmissverständlich zusammen. Denn eine militärische Präsenz wurde in beiden Fällen seitens des Patron-Staats Russland unterstützt bzw. offen gewährleistet. Allein die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bestätigte schon den doppelten Tatbestand des Patron-Staates

---

<sup>2211</sup> OSZE: Das Protokoll der Friedensvereinbarung in russischer Sprache unter: <http://www.osce.org/ru/home/123258?download=true> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2212</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Gesetz über Sonderstatus einzelner Bezirke von Donezk und Luhansk; Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Amnestiegesetz für Teilnehmer der Ereignisse in den Regionen Donezk und Luhansk 16.09.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191802/dokumentation-amnestiegesetz-fuer-teilnehmer-der-ereignisse-in-den-regionen-donezk-und-luhansk> (Originaltext auf Ukrainisch: Верховна Рада України ухвалила Закон „Про особливий порядок місцевого самоврядування в окремих районах Донецької та Луганської областей“ 16.09.2014 <http://rada.gov.ua/news/Novyny/Povidomlennya/97810.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2213</sup> Vgl. hierzu: Jahn, Egbert (2015): Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Osteuropa 3. S. 29-30.

<sup>2214</sup> Jahn, Egbert (2015): Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Osteuropa 3. S. 25-45, S. 29.

sowie dessen militärische Präsenz. Am 27. Februar 2014 hat Russland erstmals Fakten geschaffen, indem seine Truppen auf die Krim vorgedrungen sind, obgleich ohne Hoheitszeichen und deswegen im Alltagsdiskurs und in der Presse anfangs als „grüne Männchen“ (зелёные человечки) oder „höfliche Menschen“ (вежливые люди) bezeichnet.<sup>2215</sup> Die Militärkräfte gehörten zu Russland wie später vom russischen Präsidenten Wladimir Putin bestätigt wurde.<sup>2216</sup> Systematisch und innerhalb von knappen drei Wochen (s.o.) baute Russland seine militärische Basis auf der Krim aus und übernahm schließlich alle sich dort befindenden militärischen Stützpunkte.<sup>2217</sup> Die Legitimationsgrundlage für dieses Vorgehen hat Russland aus zwei Aspekten gezogen: Erstens berief sich die russische Seite darauf, dass reguläre Truppen per Vertrag die Erlaubnis hätten auf der Krim stationiert zu sein.<sup>2218</sup> Zweitens schaffte die politische Führung in Moskau kurz nach dem Einmarsch der „grünen Männchen“ auf der Krim eine rechtliche Grundlage: Der Föderationsrat der Russischen Föderation (bzw. die zweite Kammer des Parlaments) erteilte dem Präsidenten Putin auf sein Gesuch hin die Erlaubnis militärisch gegen die Ukraine vorzugehen „...bis die gesellschaftliche und politische Situation sich normalisiert hat.“<sup>2219</sup> In erster Linie waren damit die Truppenbewegungen auf der Krim erlaubt worden, mit der Begründung die dortigen „sootchestvenniki“, also Landleute und Mitbürger der Russischen Föderation „...vor der extraordinären Situation in der Ukraine“ zu beschützen.<sup>2220</sup> Dies war die erste – und bis dato wichtigste – offene militärische Invasion Russlands in der Ukraine. Es folgte der bewaffnete Konflikt an der östlichen Grenze, wobei die Beteiligung Russlands an den dortigen Kriegshandlungen nie offiziell bestätigt wurde.

Im Laufe der Krim-Übernahme hielt der russische Präsident Putin zwei öffentliche Auftritte ab, bei denen er sein Vorgehen zu erklären und zu rechtfertigen suchte. Am 4. März 2014 fand eine Pressekonferenz in seiner Residenz im russischen Nowo-Ogarewo statt, bei der Putin die Aktion auf der Krim kommentierte. Hier verwendete er bezüglich der neuen Kiewer Führung Begriffe wie „verfassungswidrige Machtübernahme“ sowie „Teilung des Landes“ und „fehlende Legitimation der neuen Entscheidungsträger, außer des Parlamentes, das eine gewisse Legitimation besitzt“.<sup>2221</sup> Die Nutzung militärischer Gewalt gegen die Ukraine lehnte Putin „zunächst“ ab, obwohl er eine solche Möglichkeit einräumte.<sup>2222</sup> Als Begründung nannte er die Freizügigkeit von „Neonazis, Nationalisten und Antisemiten“ in Teilen des Landes, darunter in Kiew, welche die „Mitbürger und Landsleute“ in der Ukraine bedrohen könnten. Falls dabei die russischsprachige Bevölkerung, so Putin, „verfolgt, vernichtet oder missbraucht“ werden sollte, würde Russland

<sup>2215</sup> Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

<sup>2216</sup> Süddeutsche Zeitung: „Chronologie der Krim-Krise“ 27.02.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-krim-krise-umstrittene-halbinsel-1.1902662-3> (Abgerufen am 23.11.2014).

<sup>2217</sup> Süddeutsche Zeitung: „Nato-Oberbefehlshaber warnt vor Russlands ‚riesiger Streitmacht‘ an Grenze“ 23.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-angriff-auf-einen-der-letzten-ukrainischen-stuetzpunkte-1.1919456> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2218</sup> Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

<sup>2219</sup> Interfax: „Совет Федерации разрешил Путину ввести войска на Украину.“ 01.03.2014 <http://www.interfax.ru/russia/362043> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2220</sup> Ebd.

<sup>2221</sup> Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“ 04.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140304/998082399.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>2222</sup> FAZ: „Putin will ‚vorerst‘ keine Truppen in die Ukraine verlegen“ 04.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/putin-werden-vorerst-keine-truppen-verlegen-12830926.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

„nicht tatenlos zusehen“.<sup>2223</sup> Die Ereignisse auf der Krim nannte er legitim und berief sich darauf, dass der dortige Machtwechsel den Vorschriften entsprach. Die militärischen Kräfte auf der Krim wurden von Putin als „verstärkte Selbstverteidigungskräfte“ bezeichnet, die nicht in Russland ausgebildet wurden. Ein Anschluss der Krim war demnach seitens Russlands zum damaligen Zeitpunkt nicht geplant.<sup>2224</sup> Zwei Wochen später, am 18. März 2014, hielt Wladimir Putin eine Rede vor der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation, die anschließend über die Aufnahme der Krim als Föderationssubjekt entscheiden sollte. An erster Stelle nannte Putin die Ergebnisse des Krim-Referendums vom 16. März und bezeichnete die Zustimmung von 96% einen mehr als überzeugenden Ausdruck des Volkswillens.<sup>2225</sup> Zur Begründung, weshalb die Krim zu Russland gehören sollte, erwähnte Putin die Übergabe des Jahres 1954, infolge derer „die Russen das größte geteilte Volk der Welt“ geworden sind. Der Zerfall der Sowjetunion führte dieses Schicksal fort, indem „Millionen Russen zu nationalen Minderheiten geworden sind.“<sup>2226</sup> In diesem Zusammenhang sprach Putin auch von der Machtübernahme in Kiew, und zwar wiederholte er seine Argumentation vom 4. März, wonach in Kiew „Nationalisten, Antisemiten“ und diesmal auch „Russophoben“ mittels Staatscoup an die Macht gelangt seien.<sup>2227</sup> Die Verabschiedung des Gesetzes zu regionalen Sprachen sei ein Beweis für diese Tendenzen, so Putin. Infolge der fehlenden Legitimation der Machtträger und aus Sorge um ihre Rechte und ihr Leben hätten sich die Bewohner der Krim und der Stadt Sewastopol an Russland gewandt. Diese Bitte könne nicht ignoriert werden, vor allem wenn es um ein Territorium ginge, das faktisch nur Russland angehören könnte – damit schloss Putin seine Argumentation ab.<sup>2228</sup>

Die militärische Intervention Russlands auf der Krim war durch erschwerte Bedingungen für die ukrainische Seite geprägt. Erstens erfolgte die Aktion am 27. Februar 2014 unerwartet und in den frühen Morgenstunden. Wenn Medienberichten Glauben geschenkt werden darf, so waren nicht einmal westliche Geheimdienste informiert, was wiederum von einer gründlichen Vorbereitung auf der Seite Russlands zeugt.<sup>2229</sup> Zweitens war die russische Seite vermutlich über alle Einzelheiten der Ausrüstung und Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte bestens informiert, nicht nur was die Stationen auf der Krim betrifft. Eine Abschätzung der Verteidigungskapazität der Ukraine durfte für Russland nicht zuletzt aus dem Grund wenig problematisch gewesen sein, weil die Militäranlagen der Ukrainer allesamt aus dem sowjetischen Kontingent stammten.<sup>2230</sup> Am 27. Februar leisteten die ukrainischen Streitkräfte auf der Krim wenig bis keinen Widerstand – Erklärungen reichen von der offensichtlichen Aussichtslosigkeit der Lage bis hin zum Schutz der eigenen Kräfte und Vermeidung von Blutvergießen.<sup>2231</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass die Operation seitens Russlands genau auf die Spekulation

<sup>2223</sup> Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“.

<sup>2224</sup> Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

<sup>2225</sup> Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti „Подписан договор о принятии Крыма и Севастополя в состав России“ 18.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140318/999999538.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

<sup>2226</sup> Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

<sup>2227</sup> Zitiert aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“.

<sup>2228</sup> Übersetzung der Autorin aus: Ebd.

<sup>2229</sup> Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“.

<sup>2230</sup> Ebd.

<sup>2231</sup> Ebd.



ausgelegt war, dass die militärischen Kräfte der Ukraine wenig Gegenwehr leisten würden. Dafür ist auch die geographische Lage der Krim „günstig“ – die Halbinsel kann vom Festland rasch quasi-abgeschnitten werden. Doch selbst im Falle eines militärischen Widerstandes wäre die russische Streitkraft zahlenmäßig und strategisch überwältigend gewesen. Welche die strategischen Überlegungen im Vorfeld auch gewesen sein mögen, der Plan der Übernahme wurde ohne größere Probleme umgesetzt: Die ganze Operation auf der Krim dauerte genau einen Monat – vom 27. Februar 2014, als um 4 Uhr morgens bewaffnete Männer ohne Hoheitszeichen die Verwaltungsgebäude in Simferopol besetzten, bis zum 28. März 2014, als Oleksandr Turtschinow eine Anordnung über den Abzug der verbliebenen ukrainischen Streitkräfte von der Krim unterschrieb.<sup>2232</sup> Die militärische Unterstützung des Patron-Staates Russland war auf der Krim demnach erfolgreich abgeschlossen.

Am 7. April 2014, nach der Erklärung der Oblast Donezk über die Eigenständigkeit als „Volksrepublik Donezk“, hat der stellvertretende Präsident Turtschinow einen Krisenstab einberufen und kurz darauf eine militärische Rückeroberung der Gebiete im Südosten der Ukraine gestartet.<sup>2233</sup> Bis Ende April war es so weit, dass die Zentralregierung in Kiew angeben musste, die Situation in den Gebieten Donezk und Luhansk nicht mehr kontrollieren zu können.<sup>2234</sup> Gleichzeitig mehrten sich in der ukrainischen und der westlichen Presse Meldungen darüber, dass die Separatisten des Südostens militärische Unterstützung aus der Russischen Föderation erhalten.<sup>2235</sup> Russland wies die Vorwürfe über ein militärisches Eingreifen in der Ukraine vehement zurück und auch die Vertreter der Aufständischen meldeten wiederholt, dass Russland keine Partei in dem Konflikt sei.<sup>2236</sup> Spätestens nach den Besetzungen der administrativen Gebäude in den Städten der südwestlichen Oblaste hat die ukrainische Zentralregierung endgültig die administrative Gewalt über diese Gebiete verloren. Durch die mutmaßliche militärische und personelle Ausrüstung aus Russland – die Aufständischen wurden häufig „terroristische Diversionsgruppen“ aus der Russischen Föderation genannt – wurde die ukrainische Regierung vor die Wahl gestellt: entweder die Sezession im Südosten unter Mitwirken Russlands zu akzeptieren, nachdem die Krim wenige Wochen zuvor bereits *de facto* annektiert wurde, oder die militärische Aktion im Südosten fortzuführen.<sup>2237</sup> Die Wahl

<sup>2232</sup> Ebd.

<sup>2233</sup> Interfax: „Турчинов ответит антитеррористической операцией на волнения востока Украины“ 07.04.2014 <http://www.interfax.ru/world/369971>; Vesti Ukraina: „Турчинов объявил о начале антитеррористической операции на юго-востоке Украины“ 07.04.2014 <http://vesti-ukr.com/strana/46250-turchinov-objavil-o-nachale-antiterroristicheskoy-operacii-na-yugo-vostoke-ukrainy> (Jeweils abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2234</sup> Unian.net: „Турчинов заявляет, что власть не контролирует ситуацию в Донецке“ 30.04.2014 УНИАН: <http://www.unian.net/politics/913278-turchinov-zayavlyayet-cto-vlast-ne-kontroliruet-situatsiyu-v-donetske.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2235</sup> Ulrich Krökel: „Russlands Aggression ist belegbar“ Die Zeit 15.04.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/russland-ukraine-osten-beteiligung-hinweise-beweise/komplettansicht> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2236</sup> Die Zeit: „Putin weist Vorwürfe der USA zurück“ 14.04.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/telefon-obama-putin>; kp.ru: „Командующий самообороной Славянска Игорь Стрелков: Задержанные наблюдатели – кадровые разведчики“ 26.04.2014 <http://www.kp.ru/daily/26225.7/3107725/>; Die Zeit: „Russlands OSZE-Botschafter weist Vorwurf der Ukraine-Invasion zurück.“ 28.08.2014 <http://www.zeit.de/news/2014-08/28/konflikte-russlands-osze-botschafter-weist-vorwurf-der-ukraine-invasion-zurueck-28143211> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2237</sup> Unian.net: „Турчинов заявляет, что власть не контролирует ситуацию в Донецке“.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

fiel auf die zweite Variante, obwohl klar war, dass die Ukraine gegen die militärische Stärke Russlands nicht ankommen konnte.

Nikolay Mitrokhin fasst in seiner Analyse im Herbst 2014 den bewaffneten Konflikt im Südosten in drei Phasen zusammen, in denen die militärische Unterstützung der Separatisten im Osten durch Russland nach und nach offensichtlicher wird.<sup>2238</sup> Die militärischen Einzelheiten sollen an dieser Stelle nicht ausführlicher dargelegt werden, wohl aber die mögliche Begründung der militärischen Aktion sowie die tatsächliche Teilnahme der lokalen Bevölkerung an dem bewaffneten Konflikt. In seiner Krim-Rede vom 18. März 2014 erklärte Wladimir Putin, dass Russland kein Interesse daran habe, eine Teilung der Ukraine herbeizuführen, und dass die territoriale Integrität des Landes respektiert werden würde. Der Krim würden demnach keine weiteren Territorien folgen, so Putin. Allerdings, so die Begründung des russischen Präsidenten, bräuchte die Krim eine „stabile Souveränität“, was die Ukraine nicht bieten könne.<sup>2239</sup> Ob die Gebiete des Donbass diese nicht bräuchten, wurde dabei nicht erwähnt. Mit dieser Rede hat Putin den russischsprachigen Oblasten der Ukraine zwar eine Art Solidarität zugesprochen, doch kamen weder eine militärische Intervention noch ein Anschluss nach dem Muster der Krim in Frage. Da Russland demnach keinen „offenen“ militärischen Konflikt mit der Ukraine wollte, aber der russischsprachigen Bevölkerung seine Unterstützung zugesprochen hatte, wurde aus der Sezession in der Ostukraine ein „verdeckter“ militärischer Konflikt mit Russlands Beteiligung. Westliche Beobachter meldeten in jeder Phase des Konfliktes Bewegungen russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und schöpften Verdacht auf Militärtransporte, unter anderem aufgrund der Unübersichtlichkeit der russisch-ukrainischen Grenze in Donezk und Luhansk.<sup>2240</sup> Russland wiederum dementierte und gab an, westliche Beobachter hätten nie brauchbare Beweise über einen militärischen Einsatz vorlegen können.<sup>2241</sup> Dies würde sowohl Waffenlieferungen als auch den Einsatz von Truppen betreffen.<sup>2242</sup> Kurzum: Russland hat die militärische Unterstützung der „Volksrepubliken“ in Donbass nie offiziell bestätigt, doch wurden die „pro-russischen Separatisten“ in der Öffentlichkeit überall als solche wahrgenommen.<sup>2243</sup>

---

<sup>2238</sup> Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. Osteuropa 8. 3-16.

<sup>2239</sup> Eigene Übersetzung aus: RIA-Novosti „Подписан договор о принятии Крыма и Севастополя в состав России“.

<sup>2240</sup> Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 3-16.

<sup>2241</sup> RIA-Novosti DE: „OSZE-Beobachter: Keine Waffen aus Russland in die Ukraine tiert.“ 19.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140819/269334063.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2242</sup> Ebd.; RIA-Novosti DE: „Lawrow: OSZE-Beobachter fixieren keine Truppenbewegungen an russisch-ukrainischer Grenze“ 18.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140818/269320306.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2243</sup> Die Wortwahl „pro-russische“ bzw. „prorussische Separatisten“ wurde von den deutschsprachigen (ebenso in englischsprachigen Medien als „pro-Russian“) Medien für die Aufständischen im Südosten der Ukraine verwendet. Damit sollte der Charakter der Sezession betont werden, welche nicht nur auf eine Abspaltung von der Ukraine abzielte, sondern explizit mit Russland in Verbindung gebracht werden sollte. In der russischen bzw. russischsprachigen Presse werden dieselben als „Aufständische“ (повстанцы) bezeichnet. Siehe zum Beispiel: Spiegel Online: „Prorussischer Aufstand: Ukraine bietet Separatisten Straffreiheit an“ 10.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-kiew-lockt-prorussische-separatisten-a-963626.html> (Abgerufen am 20.05.2014); Die Zeit: „Separatisten bestätigen prorussische Wahlsieger“ 03.11.2014 <http://www.zeit.de/politik/2014-11/ukraine-wahl-separatisten> (Abgerufen am 29.11.2014); Süddeutsche Zeitung: „Prorussische Separatisten wollen 100 000 zusätzliche Kämpfer mobili-

Doch wer waren nun diese „pro-russischen Separatisten“ im Donbass, die sich gegen die ukrainische Regierung gewandt hatten und die „verdeckte“ Protektion Russlands genossen? An erster Stelle standen bei der Machtergreifung im Donbass Gruppierungen der „niederen Chargen der kriminellen und halbkriminellen Welt“ (so Nikolay Mitrokhin) des Donbass, die sich erst einmal der Oligarchen entledigen wollten.<sup>2244</sup> Die Oligarchen wiederum, rund um den Milliardär Rinat Achmetov, konnten sich mit dem Gedanken einer Abspaltung nicht anfreunden, weil das im Zweifelsfall eine neue Umverteilung des Vermögens bedeutet hätte. Wie Nikolay Mitrokhin anbringt, wurden entsprechend „drittrangige Beamte und kleine kriminelle Paten“, wie der neuer Premierminister der Krim Sergei Aksjonow, an die Macht befördert.<sup>2245</sup> Sie wurden meistens von Funktionären unterstützt, die militärische Erfahrung aus Russland mitbrachten (zum Beispiel Offiziere der Geheimdienste FSB oder GRU.<sup>2246</sup> Durch Verbindungen zur „Partei der Regionen“ und dem Präsidenten Wiktor Janukowitsch hätte das russische Militär bereits seit längerer Zeit Einfluss auf die Entwicklungen in der Ukraine gehabt, so die Meinung der Beobachter. Dadurch konnten die Aktionen auf der Krim und im Südosten gesteuert werden, wofür mutmaßlich auch Zivilisten aus Russland „...mit einem lang gehegten Hass auf die Ukraine“ eingesetzt wurden.<sup>2247</sup> Wenn man diesen Ausführungen Glauben schenken darf, wäre die Bevölkerung im Donbass quasi wenig bis gar nicht an der Sezession beteiligt gewesen. Damit wäre Russland mit dem „verdeckten“ militärischen Eingreifen die alleinige Verantwortung für die Eskalation zuzuschreiben. Obwohl diese Darstellung sehr einseitig erscheint und auf Spekulationen beruht, kann zumindest wenig daran gezweifelt werden, dass militärische Hilfe aus Russland in irgendeiner Form in die Ukraine gelangte. Allein die Ausstattung der separatistischen „Armee des Südostens“ mit Waffen im Sommer 2014 kann als indirekter Beweis dafür gelten. Spätestens im Juli 2014 sollen neben Kleinwaffen auch Artillerie, Panzer und Raketenwerfer geliefert worden sein, was später durch ausgebildete Kämpfer und Militärfahrzeuge ergänzt wurde.<sup>2248</sup> Auch die wahre Bestimmung der russischen Humanitärkonvois im August 2014 befeuerten entsprechende Spekulationen.<sup>2249</sup> Die „verdeckte Kriegsführung“ sollte das Projekt „Noworossija“ des Kreml verwirklichen, doch bleibt eine Frage dabei offen: Weshalb hat Russland nicht „offiziell“ Krieg geführt und die „Volksrepubliken“ DNR und LNR in seine Föderation aufgenommen, wie es bei der Krim der Fall war?<sup>2250</sup>

---

sieren.“ 2.02.2015 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-prorussische-separatisten-wollen-zusaetzliche-kaempfer-mobilisieren-1.2331720> (Abgerufen am 20.02.2015).

<sup>2244</sup> Zitiert aus: Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 4.

<sup>2245</sup> Zitiert aus: Ebd. S. 4.

<sup>2246</sup> Ebd.; Федеральная служба безопасности Российской Федерации (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) und Главное разведывательное управление Генерального штаба ВС (ГРУ) (Hauptverwaltung für Aufklärung [beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation]).

<sup>2247</sup> Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 4-7.

<sup>2248</sup> Ebd. S. 13-15.

<sup>2249</sup> Ebd. S. 15; n-tv: „Humanitäre Hilfe für die Ukraine? Russischer Konvoi ist unterwegs“ 12.08.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Russischer-Konvoi-ist-unterwegs-article13405671.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2250</sup> Nikolay Mitrokhin verwendet den Begriff „verdeckte Kriegsführung“, um auf die bereits seit Anfang 2013 geplante „Spezialoperation ... in den Nachbarstaaten Russlands“ seitens der russischen Regierung zu verweisen. [Vgl. Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Für das Verhalten Russlands kann es in dieser Konstellation nur eine Erklärung geben – die Gebiete des Donbass waren für sie geopolitisch uninteressant, anders als die Krim. Da es sich bei der Sezession der Gebiete allerdings um größtenteils russischsprachige (obwohl nicht ethnisch russisch besiedelte) Gebiete handelt, konnte Russland aufgrund seiner Doktrin über die Beschützung der „sootchestvenniki“ im nahen Ausland“ nicht untätig bleiben. Eine „offene“ militärische Intervention hätte das Risiko eines Krieges mit dem Westen deutlich erhöht. Mit der Unterstützung des Donbass hat Russland somit sowohl die Solidarität gegenüber der „sootchestvenniki“ bekundet als auch das Ziel der Destabilisierung der Kiewer Regierung verfolgt.<sup>2251</sup> Gleichzeitig wurde die Abhängigkeit der Ukraine von Russland demonstriert. Dass Russland das darauf folgende Gesuch der nun „unabhängigen“ DNR und LNR in die Russische Föderation aufgenommen zu werden schlicht ignoriert hat, kann man faktisch als eine ideologische Niederlage der Separatisten sehen.<sup>2252</sup> Die politische Führung Russlands hat den „Willen des Volkes“ in Donbass zwar „akzeptiert“, jedoch die „Volksrepubliken“ weder offiziell anerkannt noch den Willen gezeigt, diese in die Russische Föderation aufzunehmen.<sup>2253</sup> Ferner hat Russland wiederholt betont, dass der Konflikt zwischen dem ukrainischen Zentralstaat und den beiden Oblasten eine innerstaatliche ukrainische Angelegenheit sei.<sup>2254</sup> DNR und LNR blieben damit „nur“ abtrünnige Teile der Ukraine.

Somit bleibt festzuhalten, dass Russland als „Patron-Staat“ die russischsprachigen Gebiete der Ukraine zwar unterstützte, aber nur „verdeckt“ militärische Hilfe leistete. Dabei hielt Russland die Gebiete des Donbass offensichtlich für weniger bedeutend als die Krim, denn eine Annexion bzw. Eingliederung der DNR und LNR stand nicht auf der Tagesordnung. Auch wenn die „Russischsprachigkeit“ der Oblaste nicht als Hauptgrund für den Konflikt betrachtet werden kann, stellt diese Eigenschaft dennoch genug Grundlage für eine „verdeckte“ militärische Unterstützung durch den „Patron-Staat“ Russland dar.

## 8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Sowohl im Falle der Krim als auch bei den Sezessionen in Donezk und Luhansk gab es keine Zustimmung der Ukraine, weder bei der Abhaltung der Referenden noch bei der *de*

---

Ukraine. S. 5.] Die Antwort auf die Frage, wie der Konflikt ausgeht, oder welche Absichten die russische Regierung bei der Destabilisierung genau verfolgte, bleibt er schuldig.

<sup>2251</sup> Vgl. hierzu: Menkiszak, Marek/Sadowski, Rafal/Zochowski, Piotr: Analyse: Die russische Militärintervention in der Ostukraine. Bundeszentrale für politische Bildung 17.09.2014. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191797/analyse-die-russische-militaerintervention-in-der-ostukraine> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2252</sup> Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“.

<sup>2253</sup> Finenews: „У Кремлі передумали: "вибори" терористів не визнають, а „поважають““ 07.11.2014 <http://finenews.info/fajni-novini/rosijska-okupatsiya/item/3393-u-kremli-peredumaly-vybory-terorystiv-ne-vyznayut-a-povazhayut> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2254</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten.

## 8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

*facto* Sezession. Auch international wurden die Sezessionen nicht anerkannt, bis auf Russland (neben Kasachstan und Venezuela) im Falle der Krim.<sup>2255</sup>

Doch wie sind die Ereignisse auf der Krim bzw. im Donbass völkerrechtlich einzuordnen? Gibt es eine gemeinsame Position der internationalen Gemeinschaft? Die Beteiligten Staaten bzw. Organisationen fallen dabei in unterschiedliche Interessengruppen: Erstens ist die offizielle Position der unmittelbar beteiligten Staaten Ukraine und Russland zu nennen. Zweitens sind internationale Organisationen wie die EU, die OSZE und die NATO gefordert, hinsichtlich der Legitimation und der Einordnung der Ereignisse Position zu beziehen. Drittens ist die völkerrechtliche Einordnung geboten, vor allem in Bezug auf die Krim. Historisch betrachtet ist anzumerken, dass im Jahr 1991, beim Zusammenbruch der Sowjetunion und der Gründung der unabhängigen Ukraine, die internationale Gemeinschaft, darunter Russland, die Grenzen der Ukraine mitsamt der Krim offiziell anerkannt hat.<sup>2256</sup> Die Krim-Bevölkerung entschied sich mit einer knappen Mehrheit von 54% für die Unabhängigkeit der Ukraine. Damit hat sich die Krim offiziell als Teil der Ukraine bekannt.

### *Die Ukraine*

Die offizielle Position der Ukraine bezüglich der Krim-Krise bezeichnete die Ereignisse als Separatismus und Auseinanderbrechen unter militärischen Einfluss der Russischen Föderation. Die Ereignisse würden darauf abzielen, die Unabhängigkeit der Ukraine zu zerstören, so Kiew.<sup>2257</sup> Die Territorien der Krim und die Stadt Sewastopol wurden nach dem *de facto* Anschluss an Russland seitens der ukrainischen Regierung zu „temporär okkupierten Territorien“ erklärt, was die Ablehnung der Sezession unterstrichen hat.<sup>2258</sup> In der Formulierung ihrer Position berief sich die Ukraine auf internationale Abkommen, allen voran auf das Budapester Memorandum aus dem Jahr 1994, in dem sich die Großmächte darauf geeinigt hatten, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten.<sup>2259</sup> Am 24. März 2014 hat die ukrainische Regierung den Rückzug der Truppen von der Krim angeordnet.<sup>2260</sup> Die Anerkennung des Krim-Status als einem Teil Russlands lehnte die ukrainische Führung jedoch weiterhin entschieden ab.<sup>2261</sup> Vor der Abstimmung der UNO-Generalversammlung am 27. März 2014 hat sich der amtierende ukrainische Außenminister, Andrej Deschtschiza, für die Verurteilung Russlands ausgesprochen und

<sup>2255</sup> Vgl. hierzu: Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. Osteuropa 5-6. 101-134, S. 129-130.

<sup>2256</sup> Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. S. 15,

<sup>2257</sup> Vesti Ukraina: „Яценюк объявил охоту на сепаратистов по всей стране.“ 16.03.2014 <http://vesti-ukr.com/krym/42715-jacenyuk-objavil-ohotu-na-separatistov-po-vsej-strane> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2258</sup> Сегодня.ua: Крым признали временно оккупированной территорией 20.03.2014 <http://www.segodnya.ua/politics/pnews/krym-priznali-vremenno-okkupirovannoy-territoriye-504041.html> (Abgerufen am 24.11.2014); Die Zeit: „Kiew stoppt Finanzierung der Krim-Regierung“ 09.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-krim-finanzierung-russland-truppen> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2259</sup> Spiegel Online: „Krim-Krise: Ukraine bittet Uno-Sicherheitsrat um Hilfe“ 28.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-ukraine-bittet-uno-sicherheitsrat-um-hilfe-a-956205.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2260</sup> FAZ: „Kiew ordnet Rückzug an“ 24.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krim-krise-kiew-ordnet-rueckzug-an-12862019.html>; Tagesschau.de: „Ukrainische Armee soll Krim sen“ 24.03.2014 <https://www.tagesschau.de/ausland/krim-stuetzpunkt102.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2261</sup> Till Schwarze: „Eine Armee verschwindet“ Die Zeit 20.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-russland-krim-militaer> (Abgerufen am 30.11.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

das Geschehene auf der Krim als „größte Völkerrechtsverletzung“ bezeichnet.<sup>2262</sup> Vor allem die russische Militärpräsenz und die dadurch verursachte „brutale Aggression“ gegen die territoriale Integrität der Ukraine wurden zu den Hauptargumenten der Ukraine im UNO-Sicherheitsrat.<sup>2263</sup>

Ende März 2014 warnte die Regierung in Kiew vor weiteren militärischen Aktionen Russlands in der Ukraine. Das ehemalige Mitglied des „Rechten Sektors“, nun Mitglied der „Vaterland“-Partei und Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrij Parubij, sprach von der „Übernahme der gesamten Ukraine“ durch russische Truppen.<sup>2264</sup> Trotz der wiederholten offiziellen Position Russlands, es gäbe keine russischen Truppen auf dem ukrainischen Territorium, sprach Kiew stets von der militärischen Invasion Russlands in der Ukraine.<sup>2265</sup> Damit begründete Kiew auch die Verstärkung der eigenen Truppen.<sup>2266</sup> Trotz wiederholter Waffenruhen von Minsk (Minsk I und II) hat die ukrainische Regierung den Truppeneinsatz im Osten bis heute (Stand: September 2015) nicht beendet, was im Übrigen auch für die Separatisten gilt, obwohl der Abzug schwerer Waffen nach und nach erfolgte.<sup>2267</sup>

### *Russland*

Die offizielle Position Russlands bezog sich im Zuge der Krim-Ereignisse stets auf die „Selbstbestimmung der Völker“, mit der Begründung, die Bevölkerung der Krim habe das Recht über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.<sup>2268</sup> Bereits in seiner Rede vom 18. März 2014 hat Wladimir Putin vom „Wunsch der Bevölkerung der Krim“ gesprochen, die Russland um Schutz ihres Lebens und ihrer Rechte gebeten hätten.<sup>2269</sup> Der UNO-Botschafter Russlands Witalij Tschurkin charakterisierte die Krim als „integralen Be-

---

<sup>2262</sup> Die Zeit: „UN-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/un-vollversammlung-krim-resolution> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2263</sup> Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“ FAZ 02.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-am-new-yorker-pranger-12827849.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2264</sup> Christoph von Marschall: „Regierung in Kiew: ‚Putin will die gesamte Ukraine‘“ Der Tagesspiegel 24.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/russland-und-die-krim-krise-regierung-in-kiew-putin-will-die-gesamte-ukraine/9656602.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2265</sup> Tagesschau.de: „Russische Panzer in Ostukraine?“ 07.11.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-815.html>; ЛІГА.net: „Российские диверсанты и сепаратисты подняли мятеж на востоке“ 13.04.2014 [http://news.liga.net/articles/politics/1345325-rossiyskie\\_diversanty\\_i\\_separatisty\\_podnyali\\_myatezh\\_na\\_vostoke\\_.htm](http://news.liga.net/articles/politics/1345325-rossiyskie_diversanty_i_separatisty_podnyali_myatezh_na_vostoke_.htm) (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2266</sup> Spiegel Online: „Ukraine: Poroschenko schickt noch mehr Truppen in den Osten“ 04.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-poroschenko-schickt-weitere-soldaten-a-1001037.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2267</sup> Die Zeit: „Putin hält an Waffenruhe in Ostukraine fest“ 06.12.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/ukraine-waffenruhe-putin-hollande> (Abgerufen am 30.03.2015); FAZ: „Kiew fürchtet russische Winteroffensive“ 28.11.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krise-in-der-ostukraine-kiew-fuerchtet-russische-winteroffensive-13292568.html>; Tagesschau.de: „Ukraine zieht Waffen noch nicht ab“ 23.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-1079.html>; Thomas Gutsche: „Von wegen Waffenruhe“ FAZ 29.03.2015 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukrainekonflikt-von-wegen-waffenruhe-13511725.html> (Jeweils abgerufen am 30.03.2015).

<sup>2268</sup> Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-vollversammlung-verurteilt-annexion-der-krim-a-961176.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2269</sup> Übersetzung der Autorin aus: RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина. Онлайн-репортаж“ 04.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140304/998082399.html> (Abgerufen am 20.03.2014).

## 8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

standteil“ von Russland, das mittels einer „willkürlichen Entscheidung der UdSSR“ (gemeint war die „Schenkung“ im Jahr 1954) an die Ukraine übergeben wurde.<sup>2270</sup>

Bezüglich des Militärs auf der Krim – was in allen Argumentationen die zentrale Rolle spielt – bezeichnete Russland die zunächst „herrenlosen“ Truppen als „Selbstverteidigungskräfte“, die sich im Rahmen des Stationierungsvertrages (ausgehandelt zwischen 1991 und 1997) zwischen der Ukraine und Russland auf der Krim befanden.<sup>2271</sup> Die Tatsache, dass die Ukraine diesen Vertrag nie denunziert hat, verwendete die russische Führung als Legitimationsgrundlage der gesamten militärischen Operation auf der Krim.<sup>2272</sup> Um sein Vorgehen auf der Krim zu begründen, stützte sich Russland neben dem „illegalen“ Machterwerb der neuen Kiewer Führung und der Bedrohung der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung auch die NATO-Erweiterung und die eigene Verteidigung gegen die „Aggression des Westens“.<sup>2273</sup> Die Anschuldigungen über den Militäreinsatz prallten an Russland ab – die Satellitenbilder wurden als „Computerspiele“ bezeichnet und sonstige Beweise wurden als ungenügend bezeichnet.<sup>2274</sup>

Durch seine Position im UN-Sicherheitsrat konnte Russland alle Versuche, das Krim-Referendum offiziell zu verurteilen, mit einem Veto belegen.<sup>2275</sup> Bei der Abstimmung zur Resolution der UNO-Vollversammlung stimmte Russland dagegen, neben zehn weiteren Staaten.<sup>2276</sup> Auf die Sanktionen der EU reagierte Russland relativ gelassen, sogar trotzig. So hat Russland seinerseits die Einfuhren für Lebensmittel aus EU-„Sanktionsländern“ im August 2014 eingeschränkt. Weitere Einschränkungen folgten im Winter 2014.<sup>2277</sup> Wiederholt warnte der russische Präsident Putin vor neuen Sanktionen des Westens, die das politische und wirtschaftliche Verhältnis weiter belasten würden.<sup>2278</sup> Dabei betonte die Moskauer Führung stets die gemeinsamen Interessen auf dem

---

<sup>2270</sup> Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“.

<sup>2271</sup> Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. Osteuropa 5-6. 61-86, S. 65-66.

<sup>2272</sup> Шириев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“

<sup>2273</sup> Diese Argumente verwendet Wladimir Putin in den Interviews am 4. bzw. am 18. März 2014; auch werden sie in folgenden Zeitungsartikeln erwähnt: Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“; Spiegel Online: „Putin zur Krim-Annexion: ‚Eine neuer Kalter Krieg wird nicht eintreten‘“ 24.05.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-russlands-praesident-putin-rechtfertigt-annexion-der-halbinsel-a-971507.html> (Abgerufen am 28.11.2014); Klaus-Helge Donath: „Die Krim als Russlands Tempelberg“ Die Tageszeitung 04.12.2014 <http://www.taz.de/!150719/>; Till Schwarze: „Eine Armee verschwindet“ (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2274</sup> Die Zeit: „Lawrow weist Vorwürfe einer Militäroffensive zurück“ 29.08.2014 <http://www.zeit.de/news/2014-08/29/konflikte-lawrow-weist-vorwuerfe-einer-militaeroffensive-in-die-ukraine-zurueck-29114602>; RIA-Novosti DE: „Kreml-Sprecher: Russland liefert keine Waffen in die Ukraine“ 17.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140817/269316624.html>; Ebd.: „Moskau: Westen liefert keine Beweise für Russlands Teilnahme an Entwicklung in Ukraine“ 14.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140814/269285889.html> (Alle abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2275</sup> FAZ: „Russland legt Veto gegen Krim-Resolution ein“ 15.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-legt-veto-gegen-krim-resolution-ein-12848341.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2276</sup> UN Press: UN General Assembly Adopts Resolution Calling upon States Not to Recognize Changes in Status of Crimea Region. 27.03.2014. GA/11493 <http://www.un.org/press/en/2014/ga11493.doc.htm> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2277</sup> RIA-Novosti DE: „Russland schränkt Fleisch-Einfuhr aus Italien, Ungarn, Deutschland und Montenegro ein“ 03.12.2014 <http://de.ria.ru/politics/20141203/270134370.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2278</sup> Sputnik news: „Putin: Westliche Länder verloren durch ihre Sanktionen russischen Lebensmittelmarkt“ 18.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141118/270029553/Putin-Westliche-Lander-verloren-durch-ihre-Sanktionen-russischen.html>; Sputnik news: „Russlands Gegensanktionen treffen



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

europäischen Kontinent, die durch Krisen nicht zerstört werden dürften.<sup>2279</sup> Die Sanktionen der EU und teilweise der USA würden die Beziehungen dauerhaft belasten und seien nicht nur für Russland kontraproduktiv, sondern auch für die globale Wirtschaft, so Putin im November 2014.<sup>2280</sup>

### *EU/OSZE/NATO/UNO/USA und andere internationale Foren*

Die EU hat gleich zu Beginn der Krise die Anschuldigungen Russlands bezüglich der Unterstützung der Kiewer Demonstrationen zurückgewiesen.<sup>2281</sup> Zugleich haben die EU-Staaten am 3. März 2014 das russische Vorgehen auf der Krim offiziell als Akt der Aggression verurteilt.<sup>2282</sup> Ab dem 17. März 2014 wurden seitens der EU erste diplomatische Sanktionen gegen Russland verhängt, die sukzessive erweitert wurden. Die Maßnahmen teilten sich in fünf Kategorien: diplomatische Maßnahmen, restriktive Maßnahmen (Einfrieren von Vermögen und Visaverbote), Reiseeinschränkungen für die Krim und für Sewastopol, Maßnahmen im Bereich der sektoralen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland.<sup>2283</sup>

Die UNO-Vollversammlung hat am 27. März 2014 die Angliederung der Krim an Russland offiziell verurteilt und in einer Resolution die genannte „Annexion der Krim“ für ungültig erklärt.<sup>2284</sup> Dabei haben 100 der insgesamt 169 Staaten für die Resolution gestimmt, 11 haben sich dagegen entschieden und weitere 58 Staaten enthielten sich.<sup>2285</sup> „Die Resolution fordert die internationale Gemeinschaft auf, keine Veränderung der ukrainischen Grenzen anzuerkennen und eine diplomatische Lösung der Krise zu finden. Russland wird allerdings nicht namentlich genannt“ schrieb dazu „Die Zeit“ am 27. März 2014.<sup>2286</sup>

Als gemeinsame Offensive gegen das Vorgehen Russlands in der Ukraine luden die G8-Staaten das achte Mitglied Russland aus, so dass das Forum ab Juni 2014 wieder als G7 tagte.<sup>2287</sup>

---

Europa hart“ 17.09.2014 <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20140917/269565016/Russlands-Gegensanktionen-treffen-Europa-hart.html> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2279</sup> RIA-Novosti DE: „Lawrow: Für Kooperation zwischen EU und Russland gibt es keine Alternative – Sanktionen führen in Sackgasse“ 17.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140917/269563966.html>; Ebd.: „Lawrow: Weitere Sanktionen gegen Russland führen zu tieferer Konfrontation in Ukraine“ 17.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140917/269563567.html> (Jeweils abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2280</sup> Diese Äußerungen stammen aus dem Interview, das Wladimir Putin dem deutschen Journalisten Hubert Seipel am 17.11.2014 gegeben hat. Das Interview ist abrufbar unter <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-und-der-russische-Standpunkt,putininterview108.html> und <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-Ukraine,putininterview106.html> (Jeweils abgerufen am 18.11.2014).

<sup>2281</sup> Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“.

<sup>2282</sup> Europäische Union Nachrichten: „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“ [http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu\\_sanctions/index\\_de.htm](http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm) (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2283</sup> Einteilung und Wortlaut mit Einzelheiten zu den Sanktionen unter: Europäische Union Nachrichten: „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“.

<sup>2284</sup> Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“.

<sup>2285</sup> Die Zeit: „UN-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/un-vollversammlung-krim-resolution> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2286</sup> Ebd.

<sup>2287</sup> Spiegel Online: „Sanktionen gegen Russland: G7 sagen G8 ab“ 24.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g7-sagen-g8-gipfel-mit-russland-wegen-ukraine-krise-ab-a-960536.html>; Christoph Schult:

## 8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die OSZE hat als Vermittler des Friedentreffens zwischen den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, und der Ukraine, Petro Poroschenko, im September 2014 die Verstöße bei der Umsetzung der in Minsk getroffenen Vereinbarungen scharf kritisiert. In erster Linie richtete sich die Kritik gegen die am 2. November 2014 durchgeführten Wahlen in den „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk.<sup>2288</sup>

Die USA haben relativ rasch das Vorgehen Russlands auf der Krim als „Militärintervention“ bezeichnet, wie es Anfang März im UNO-Sicherheitsrat von der Botschafterin Samantha Power formuliert wurde.<sup>2289</sup> Truppenbewegungen an der russisch-ukrainischen Grenze wurden hauptsächlich von der NATO bzw. von den USA beobachtet und sorgten immer wieder für Kontroversen in der Diskussion, ob Russland nun an den Kämpfen in der Ostukraine teilnahm oder nicht.<sup>2290</sup> Die Angaben der NATO bezogen sich neben Angaben über russische Truppen in der Ukraine (rund 1 000 im August 2014) auch auf Truppen an der Grenze zur Ukraine auf dem Territorium Russlands (rund 17 000 im Oktober 2014).<sup>2291</sup>

Der Europarat hat im April 2014 den Delegierten Russlands vorläufig das Stimmrecht entzogen, als Reaktion auf die Ereignisse auf der Krim. Zudem wurden 18 Abgeordnete aus Russland vorläufig aus den Führungsgremien der Versammlung ausgeschlossen, wofür es 145 Für-Stimmen, 21 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen gab. Daraufhin hat Russland die Sitzung boykottiert.<sup>2292</sup>

### *Das Völkerrecht*

Die russische Aktion auf der Krim spaltete direkt die Meinungen, was die völkerrechtliche Einordnung der Ereignisse angeht. Tatsächlich konnte das Vorgehen bislang weder eindeutig als Völkerrechtsbruch noch eindeutig als rechtmäßige Handlung seitens Russlands definiert werden, obwohl die Mehrheit der Experten dazu neigt, einen Völkerrechtsbruch festzustellen.<sup>2293</sup>

Für Verwirrung sorgten mehrere Aspekte und Teilereignisse, die während der Krimkrise zum Vorschein gekommen sind. Die Präsenz des russischen Militärs auf der Halbinsel stellt das erste Problem bei der völkerrechtlichen Bewertung dar. Einerseits, so Russland, wären die Militärs auf Grundlage des Stationierungsabkommens mit der Ukra-

---

„G7 statt G8: Putin muss draußen bleiben“ Spiegel Online: 25.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-g7-staaten-schliessen-russland-dauerhaft-aus-a-960541.html> (Jeweils abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2288</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien.

<sup>2289</sup> Andreas Ross: „Russland am New Yorker Pranger“.

<sup>2290</sup> FAZ: „Russland legt Veto gegen Krim-Resolution ein“; Tagesschau.de: „Russische Panzer in Ostukraine?“.

<sup>2291</sup> Die Zeit: „Nato kann keinen russischen Truppenabzug feststellen“ 15.10.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/russland-truppenabzug-ukraine-nato-bericht> (Abgerufen am ...); Tagesschau.de: „Kiew hofft auf NATO-Waffen“ 29.08.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/nato-ukraine-114.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2292</sup> FAZ: „Europarat entzieht Russland das Stimmrecht“ 10.04.2014. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-krise-europarat-entzieht-russland-das-stimmrecht-12889490.html> (Abgerufen am 22.11.2014).

<sup>2293</sup> Die Diskussion wird auf Grundlage der Aussagen mehrerer Experten in Interviews und Artikel wiedergegeben.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

ine legal auf der Krim stationiert gewesen. Jedoch haben sie bei der Besetzung der Verwaltungsgebäude, der Militäranlagen und der Infrastruktur mitgewirkt. Zweitens steht das allgemeine Recht auf Sezession einzelner Landesteile zur Debatte, bei dem ohne Zustimmung des Zentralstaates ein Referendum ausgerufen und abgehalten wird. Während Russland im Falle der Krim auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beharrte, wurde die Ukraine bei der Entscheidung vollständig übergangen. Schließlich wurde der eigentliche Akt des Überganges der Krim von der Ukraine zu Russland als „Annexion“ gehandelt, ebenso wie die Legitimität der „Beschützerrolle“ Russlands hinsichtlich der ethnisch russischen Bevölkerung auf der Krim. Andere Punkte, worüber sich Völkerrechtler in Bezug auf die Krimkrise streiten, beziehen sich auf den Vergleich zwischen der Krim und Kosovo.<sup>2294</sup> Diese Diskussion wird an dieser Stelle allerdings nicht näher erläutert.

Weitestgehend einig sind sich Völkerrechtler darin, dass das Völkerrecht keine Sezession verbieten kann.<sup>2295</sup> Sezessionen gehören nämlich zu innerstaatlichen Angelegenheiten und werden daher vom Völkerrecht neutral behandelt.<sup>2296</sup> Allerdings erlaubt das Völkerrecht im Umkehrschluss auch nicht explizit eine Abspaltung auf Grundlage des Volkswillens, zumal nicht ohne Einverständnis des Zentralstaates.<sup>2297</sup> Aus diesem Grund, so Prof. Dr. Claus Kreß, durfte die UNO-Vollversammlung das Krim-Referendum auch für „ungültig“ erklären.<sup>2298</sup> Ebenso erlaubt eine Unterstützung der Sezession seitens eines anderen Staates mittels bewaffneter Soldaten es der Staatengemeinschaft, die Sezession nicht anzuerkennen, so Prof. Dr. Georg Nolte.<sup>2299</sup> Aus dem Grund der Untrennbarkeit der russischen Militäraktion und der Abspaltung der Krim, welche völkerrechtswidrig war, hätte Russland sich auch des Völkerrechtsbruchs schuldig gemacht, argumentiert Prof. Dr. Otto Luchterhandt.<sup>2300</sup>

Uneinigkeit besteht in Bezug auf die Annexion bzw. Sezession der Krim. Eine Annexion stellt laut Prof. Dr. Reinhard Merkel eine „gewaltsame Aneignung von Land gegen den Willen des Staates, dem es zugehört“ dar, welche wiederum im Rahmen eines „bewaffneten Angriffs“ das zwischenstaatliche Gewaltverbot stört.<sup>2301</sup> Merkel sieht zwar die militärische Präsenz Russlands auf der Krim als völkerrechtswidrig an, aber weder das Referendum noch die Abspaltung noch die Aufnahme in die Russische Föderation. Schließlich hätten die genannten Aktionen zwar gegen die ukrainische Verfassung, aber nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, so Merkel.<sup>2302</sup> Damit sei das Geschehene keine Annexion, sondern eine Sezession, denn der Übergang der Krim zu Russland sei durch

---

<sup>2294</sup> Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“ FAZ 07.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2295</sup> Ebd.; Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“ 31.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-voelkerrechtler-kress-ueber-bruch-des-voelkerrechts-a-961400.html>; Christoph von Marschall: „Hat die Krim ein Recht auf Abspaltung?“ Der Tagesspiegel 11.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-hat-die-krim-ein-recht-auf-abspaltung/9602184.html> (Alle abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2296</sup> Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

<sup>2297</sup> Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

<sup>2298</sup> Ebd.

<sup>2299</sup> Christoph von Marschall: „Hat die Krim ein Recht auf Abspaltung?“.

<sup>2300</sup> Ebd.

<sup>2301</sup> Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

<sup>2302</sup> Ebd.

## 8.5 Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

ein Beitritts-gesuch und ein Referendum gebilligt worden, wengleich von einer militärischen Aktion begleitet. Letztere hätte das Sezessions-gesuch zwar begleitet, aber nicht herbeigeführt, weswegen keine „gewaltsame Aneignung von Land“ erfolgt sei. Somit schließe die Tatsache, dass es ein Referendum mit vorheriger Unabhängigkeitserklärung und nachfolgendem Beitrittsantrag gegeben hat, eine Annexion per se aus, so Merkel.<sup>2303</sup> Problematisch seien die Missachtung der territorialen Integrität der Ukraine und die überschnelle „Ausnutzung“ der Lage seitens Russlands gewesen, was das Sezessions-gesuch der Krim allerdings nicht völkerrechtswidrig gemacht hätte, so die Argumentation von Reinhard Merkel.<sup>2304</sup>

Dass es im Falle der Krim tatsächlich zu einem „bewaffneten Angriff“ gekommen ist, ist laut Prof. Dr. Stefan Talmon so lange eine „strittige Frage“, bis man den Konflikt als einen „Grenzzwischenfall“ betrachtet. Da aber Russlands Truppen auf der Krim Infrastruktur und Kommunikationseinrichtungen besetzt haben, kann das Vorgehen als „bewaffneter Angriff“ und damit als ein Verstoß gegen das Völkerrecht gelten. In jedem Fall kann der Schutz nationaler Minderheiten der Volksgruppen nicht als Grund für eine militärische Intervention völkerrechtlich geltend gemacht werden, so Talmon.<sup>2305</sup> Damit wäre die Begründung, wonach die russische Bevölkerung auf der Krim beschützt werden sollte, völkerrechtlich nicht akzeptabel. Claus Kreß sieht mehrere Probleme bei Russlands Aktionen und Argumentationen: Auch er bezeichnete Russlands Aktionen als „Akt der Aggression“, da Russlands Militär die Kontrolle über die Krim übernommen hat, wengleich ohne Gegenwehr. Die Argumentation, es seien „lokale Selbstverteidigungskräfte“ gewesen, die das Geschehene überwacht hätten, bezeichnete der Völkerrechtler Kreß im Interview als „zynisch“.<sup>2306</sup> Laut Otto Luchterhandt hat sich Russland in seiner Argumentation, wonach die Krim auch ohne entsprechenden Vertrag mit Kiew in die Russische Föderation aufgenommen werden könnte, offensichtlich völkerrechtswidrig verhalten, da die Berufung auf die „Unfähigkeit“ Kiews für die Sicherheit der Bürger zu sorgen kein „vereinfachtes“ Verfahren einer Sezession begründet hätte. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei das Verhalten Russlands als völkerrechtswidrige Annexion zu bezeichnen.<sup>2307</sup>

In dem Punkt, ob das Referendum und die Unabhängigkeitserklärung aufgrund der Präsenz des russischen Militärs ungültig waren, streiten sich die Völkerrechtler. Obwohl die Präsenz an sich als Völkerrechtsbruch zu bezeichnen ist, nahmen die Soldaten weder auf die Ergebnisse der Abstimmung zur Unabhängigkeit noch des Referendums Einfluss, so Reinhard Merkel.<sup>2308</sup> Allerdings, so Claus Kreß, könnte auch das Referendum nicht anerkannt werden, da die Willensäußerung aufgrund der Militärinvasion nicht als „frei“ bezeichnet werden könne und weil das Referendum ohne Zustimmung der Ukraine stattgefunden hat.<sup>2309</sup> Darin offenbart sich auch die Rolle der russischen Bevölkerung

---

<sup>2303</sup> Ebd.

<sup>2304</sup> Ebd.

<sup>2305</sup> Ralf Pauli: „Völkerrecht ist die Waffe der Schwachen“ Die Zeit 04.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/Ukraine-Krim-Russland-Voelkerrecht-Bruch> (Abgerufen am 28.11.2014).

<sup>2306</sup> Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

<sup>2307</sup> Vgl. hierzu: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 75-76; 78-79.

<sup>2308</sup> Reinhard Merkel: „Kühle Ironie der Geschichte“.

<sup>2309</sup> Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

in dem Prozess, denn die Fragen des Referendums haben nicht die Interessen der anderen Nationen berücksichtigt: Eine Frage, wonach der *status quo* der Vorkrisenzeit erhalten geblieben wäre, wurde nicht gestellt.<sup>2310</sup>

Der Fall der Gebietsreferenden in den besetzten Gebieten des Donbass – in DNR und LNR – sind insofern anders zu bewerten, als die Sezession einseitig war (nur durch ein Referendum begründet) und hierauf nicht die Aufnahme in die Russische Föderation folgte. Da völkerrechtlich die Sezession nicht verboten werden kann, so die herrschende Meinung, waren die Referenden zwar nicht völkerrechtswidrig, verstießen allerdings gegen die ukrainische Verfassung bzw. gegen die verfassungsrechtliche Bestimmung der Ukraine als Einheitsstaat. Zudem wurden zahlreiche sonstige Verstöße gegen völkerrechtliche Bedingungen für Gebietsreferenden nicht eingehalten, beispielsweise aufgrund mangelnden Zugangs zu offiziellen Wahllisten, durch fehlende Wahllokale oder Mangel an Kontrollen bei der Stimmabgabe.<sup>2311</sup> Doch entscheidend ist, dass hier Russland nie offiziell als Aufnahmeland aufgetreten ist, trotz verbaler Unterstützung, wodurch die hiesige russischsprachige Bevölkerung quasi auf sich selbst gestellt blieb.

### 8.6 Kontrolle über das Territorium

Das politisch beanspruchte Territorium der AR Krim erstreckte sich über die gesamte Halbinsel Krim. Die Halbinsel ist über einen schmalen Landstrich mit dem ukrainischen Festland verbunden – der Landenge von Perekop im Nordosten der Sywasch-Bucht. Von den restlichen drei Seiten ist die rautenförmige Halbinsel vom Schwarzen bzw. dem Asowschen Meer umgeben, den östlichsten Zipfel der Halbinsel bei Kertsch trennen nur einige Kilometer vom russischen Festland über die Meerenge, „die Straße von Kertsch“ genannt.<sup>2312</sup> Diese geographische Lage macht die Halbinsel zu einem idealen Ziel für den Fall, dass man diese vom ukrainischen Festland abschneiden wollte. Infolge der russischen Militäroperation auf der Krim Ende Februar 2014 konnte die Grenze zum ukrainischen Festland damit relativ rasch abgeriegelt werden. So konnte eine etwaige militärische Aktion über das Festland vermieden werden. Gleichzeitig nahmen die russischen Militärs die Stationen der Schwarzmeerflotte sowie andere Marinestützpunkte auf der Krim unter ihre Kontrolle. So konnte auch keine Gefahr von der See auf die Halbinsel zukommen. Bis zum Referendum am 16. März 2014 kontrollierte die neue Regierung somit das gesamte Territorium, auf das sie Anspruch erhob.<sup>2313</sup>

Die geopolitische Lage der abtrünnigen Donbass-Regionen ist weitaus komplizierter. Die von den Aufständischen und späteren Leitfiguren der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk beanspruchten Territorien der gleichnamigen Oblaste der Ukraine konnten

---

<sup>2310</sup> Vgl. hierzu auch: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 73-75.

<sup>2311</sup> Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. S. 130.

<sup>2312</sup> Tagesschau.de: „Die einzigartige Provinz“ 27.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/krim-hintergrund100.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2313</sup> Vgl. hierzu: Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. S. 66-78.

nicht vollständig unter ihre Kontrolle gebracht werden. Die nördlicher gelegene Oblast Luhansk und die südlichere Oblast Donezk haben, im Gegensatz zur Krim, eine sehr breite Grenze zu Russland. Andererseits sind die Grenzen zur Ukraine, ebenfalls im Gegensatz zur Krim, mindestens ebenso breit. Dies vereinfacht zwar die grenzüberschreitenden Beziehungen zu Russland, erschwert aber eine Abriegelung gegenüber der Ukraine à la Krim. Die Vermutung liegt nahe, dass sich nicht zuletzt aufgrund dieser geographischen Lage die Langwierigkeit der Kriegshandlungen zwischen den Ukrainischen Truppen und den Separatistenführern der LNR und DNR ergeben hat.

Im Frühling 2014 kontrollierten die Anführer der LNR und DNR nur Teile der beiden Oblaste. So erstreckten sich diese kontrollierten Gebiete von der Oblast Donezk ungefähr 100 Kilometer jeweils in den Norden und den Süden von der Hauptstadt Donezk. Außerhalb dieses Bereiches wurden noch die Städte Mariupol im Süden und Slawjansk und Kramatorsk im Norden gehalten. Der südliche und westliche Teil der Oblast widersetzte sich den Aufrufen die Verwaltungsgebäude zu besetzen. Von der Oblast Luhansk kontrollierten die Separatistenführer weder den südöstlichen noch den nördlichen Teil, so dass ebenfalls Landstriche um die Hauptstadt Luhansk als „LNR“ regiert wurden.<sup>2314</sup> Im Laufe des Militäreinsatzes der Ukrainischen Armee ab April 2014 bis zur ersten Waffenruhe am 5. September 2014 hatten die Truppen der Aufständischen große Gebiete im Norden und Süden der Hauptstadt Donezk sowie die gesamte Stadt Slawjansk verlassen. Die Stadt Luhansk wurde von den Separatisten gehalten zusammen mit einem größeren Gebiet südlich der Stadt mit einem Abschnitt der Ukrainisch-Russischen Grenze. Auch in der Oblast Luhansk hatten Regierungstruppen Gebiete zurückerobert. Die Angaben der Ukrainischen Armee und der Separatisten unterscheiden sich allerdings teilweise deutlich voneinander. So heißt es in der Version der LNR und DNR, die Truppen der Aufständischen würden noch ein großes zusammenhängendes Gebiet um die Städte Donezk und Luhansk mit einem breiten Grenzabschnitt zu Russland kontrollieren.<sup>2315</sup> In jedem Fall beanspruchten die Anführer der LNR und DNR nach den Minsker Friedensgesprächen im September 2014 ganze Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk.<sup>2316</sup>

## 8.7 Wirtschaft

Die ökonomische Eigenständigkeit ist für Sezessionsgebiete von entscheidender Bedeutung, denn ohne eine vernünftige sozioökonomische Versorgung der Bevölkerung kann es langfristig auch keine Legitimation der Sezession geben. Nicht anders ist es auf der Krim und in DNR und LNR, obwohl die Situation aufgrund des unterschiedlichen Status verschieden ist. Während auf der Krim die gesamte Wirtschaftsstruktur und die Versorgung

<sup>2314</sup> Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. S. 8.

<sup>2315</sup> Material von: RIA-Novosti DE: Karte unter: <http://de.ria.ru/infographiken/20140827/269404108.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2316</sup> RIA-Novosti DE: „Ost-Ukraine: DVR und LVR beanspruchen ganze Gebiete Donezk und Lugansk“ 09.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140909/269506416.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

seitens Russlands gewährleistet wird, kämpfen die abtrünnigen Gebiete des Donbass mit Versorgungsengpässen, Mangel an Finanzierung und zerstörter Infrastruktur.

Um die Krim vollständig in die Russische Föderation zu integrieren und damit die Übernahme für die Bevölkerung der Krim zu legitimieren, hat Russland ein umfassendes Förderprogramm entwickelt. Im Rahmen dieses Programms sollen bis zum Jahr 2020 Investitionen in Höhe von etwa 20 Milliarden US-Dollar jährlich aus dem föderalen Staatshaushalt in den strukturellen Aufbau der Krim fließen.<sup>2317</sup> Tourismus, Agrarwirtschaft und Industrie sollen laut des Programms „Sozioökonomische Entwicklung der Krim und der Stadt Sewastopol bis 2020“ die zentralen Wachstumsmotoren sein. Dabei wurden 2014 von der Duma eine Reihe Gesetze verabschiedet, welche die Infrastruktur und das Investitionsklima ankurbeln sollten. Deutlich wurde die Wirtschaftsleistung der Krim auf Russland ausgerichtet, was die Halbinsel auch ökonomisch von der Ukraine entfernen sollte. Dabei lief die Versorgung des Territoriums mit Wasser und Strom anfangs noch von Seite der Ukraine: Im Mai 2014 hat die Ukraine die Wasserversorgung an die Krim gestoppt, die Vorräte reichten noch bis Frühling 2015. Es gibt allerdings keine Alternative zur Wasserversorgung auf der Krim als dieses vom ukrainischen Festland zu beziehen, was eine Kooperation mit der Ukraine künftig unumgänglich macht.<sup>2318</sup> Auch die Stromversorgung wurde noch bis September 2014 regulär von der Ukraine gewährleistet. Auf die Reduktion des Versorgungsvolumens hin hat Russland angekündigt, die Stromversorgung durch den Bau von Kraftwerken und Stromnetzen zu gewährleisten. Weitere versorgungstechnische Übergänge von der Ukraine zu Russland waren im Bereich der Erdgasversorgung zu verzeichnen, indem der Krim-Versorger „Chernomorneftegaz“ in den russischen Gazprom eingegliedert werden sollte. Aufgrund des fehlenden Landweges zur Halbinsel hat die russische Führung den Bau einer Auto- und Eisenbahnbrücke vom russischen Kertsch bis auf die Krim angekündigt, um eine direkte Verkehrsanbindung zu schaffen. Alle diese Projekte sind allerdings mit erheblichen Kosten für die russische Seite verbunden, welche die Staatsausgaben in die Höhe treiben und Wachstum auf Jahre bremsen könnten. Für die Russland-freundliche Bevölkerung der Krim wird die Legitimation aber vermutlich durch höhere Renten, Löhne und Sozialabgaben neben Programmen wie „Stärkung der Einheit des russischen Volkes“ gewährleistet.<sup>2319</sup> Aufgrund vieler ungelöster Versorgungsfragen bleibt das Konfliktpotential der Krim zwischen der Ukraine und Russland aber vermutlich auf Jahre bestehen.

Als weitaus schwieriger gestaltete sich die ökonomische Situation in den abtrünnigen Volksrepubliken des Donbass, was sich vielerorts auch in Zweifeln der Bevölkerung bezüglich der Sezession niederschlug. Seit dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes sind etwa 10% der Donbasser Bevölkerung geflüchtet, von den restlichen Einwohnern (etwa 6

---

<sup>2317</sup> Kuznir, Julia: Analyse: „Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?“ Bundeszentrale für politische Bildung 13.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195185/analyse-russische-infrastrukturprojekte-fuer-die-krim> (Abgerufen am 30.11.2014).

<sup>2318</sup> Ebd.

<sup>2319</sup> Höhere Löhne und Renten waren bedeutende Argumente der Russland-freundlichen Führung der Krim, um die Bevölkerung von der Sezession zu überzeugen. Vgl. hierzu: Bundeszentrale für politische Bildung: Grafik: Durchschnittslohn in einigen Ländern und auf der Krim im Vergleich <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195186/statistik-binnenvertriebene-aus-der-krim-wirtschaftssituation-auf-der-krim> (Abgerufen am 30.11.2014); Kuznir, Julia: Analyse: Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?.



## 8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Millionen) des Donbass lebte etwa die Hälfte in den von Separatisten kontrollierten Gegenden.<sup>2320</sup> Aufgrund der Kriegstätigkeit und des administrativen Schwebestands machte sich zunehmend Gesetzlosigkeit breit, die durch Mangel an Gesundheits- und Lebensmittelversorgung verschärft wurde. Das Sozialwesen, die finanzielle Versorgung und staatliche Transferleistungen wurden von Kiew ab November 2014 endgültig gekappt.<sup>2321</sup> Dies hatte zur Folge, dass Russland für viele Zahlungen eingesprungen ist, solche wie die Finanzierung der Verwaltung, ebenso die Auszahlung von Renten und Sozialtransfers sowie die Übernahme der Kosten der städtischen Dienste, des Nahverkehrs, der Schulen oder der Feuerwehr.<sup>2322</sup> Für die Gegend, die vor dem bewaffneten Konflikt mehr als ein Drittel der landesweiten industriellen Produktion erbrachte und das höchste Pro-Kopf-Einkommen bzw. den höchsten Durchschnittslohn der gesamten Ukraine erwirtschaftete (hinter der Hauptstadt Kiew), bedeutete der Konflikt somit einen wirtschaftlichen Kollaps.<sup>2323</sup> Doch die Reaktionen der Bevölkerung waren unterschiedlich: Viele machten Kiew für die wirtschaftliche Misere verantwortlich und sahen die Sezessionsbestrebung damit erst recht bestätigt. Auch die finanzielle Hilfe aus Russland bestätigte den Eindruck, dass die hiesige Bevölkerung von Kiew abgestoßen und von Russland unterstützt wurde.<sup>2324</sup> Eines ist allerdings klar: Ohne Unterstützung entweder aus Kiew oder aus Moskau können weder DNR noch LNR eine eigenständige sozioökonomische Existenz aufbauen.

## 8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

### 8.8.1 Politische Repräsentation der Nationalitäten auf der Krim – Stärkung der Russen

#### *Die Krimtataren*

Außer der russischen Bevölkerung auf der Krim waren auch Krimtataren in die Ereignisse im März 2014 miteinbezogen. Ihre Position war prekär, da sich die meisten von ihnen gegen die Herrschaft Russlands gewandt hatten.

Die Krimtataren hatten eigene repräsentative Organe, die im Zuge der Krise des Jahres 2014 und der Besetzung der Krim durch Russland in Konflikt mit den neuen Macht-

---

<sup>2320</sup> Etwa 700 000 Personen waren im Jahr 2014 aus den Kriegsgebieten geflüchtet, zuvor wurde die Gesamtbevölkerung in Donezk und Luhansk auf etwa 6 600 000 Personen geschätzt. Vgl. hierzu: Mykhnenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. S. 2.

<sup>2321</sup> n-tv: „Ostukrainier ohne Rente. Separatisten schreiben Merkel einen Brief“ 04.04.2015 <http://www.n-tv.de/politik/Separatisten-schreiben-Merkel-einen-Brief-article14840151.html> (Abgerufen am 05.04.2015).

<sup>2322</sup> Konrad Schuller: „Moskau finanziert offenbar ‚Volksrepubliken‘“ FAZ 20.11.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ostukraine-moskau-finanziert-offenbar-volksrepubliken-13277391.html> (Abgerufen am 02.04.2015).

<sup>2323</sup> Vgl. hierzu: Bundeszentrale für politische Bildung: Statistik: Die Regionen der Ukraine im Vergleich. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/202808/statistik-die-regionen-der-ukraine-im-vergleich> (Abgerufen am 02.04.2015); Mykhnenko, Vlad: Analyse: „Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass“.

<sup>2324</sup> Handelsblatt: „Ein Jahr ‚Volksrepublik Donezk‘. ‚Die EU kann uns nicht dressieren‘“ 14.05.2015 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ein-jahr-volksrepublik-donezk-erinnerungen-an-anfaenge-der-ddr-werden-wach/11773178-2.html> (Abgerufen am 15.05.2015).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

habern geraten sind. Das höchste repräsentative Organ des Krimtatarischen Volkes – wie sie sich offiziell nannten – war der Kurultai des Krimtatarischen Volkes (im Russischen Курултай крымскотатарского народа; auf Krimtatarisch Qırımtatar Milliy Qurultayı).<sup>2325</sup> Mit der Deklaration aus dem Jahr 1991 wurde ebenfalls die Gründung des Medschlis des Krimtatarischen Volkes ausgerufen (im Russischen Меджлис крымскотатарского народа; auf Krimtatarisch Qırımtatar Milliy Meclisi), das als Exekutivorgan des Kurultai fungieren sollte. Die Deklaration stellte die Krim als das historische Territorium der Krimtataren dar und verurteilte dessen Annexion durch Russland im 18. Jahrhundert. Ebenfalls bezeichnet sie die Deportation und Verbannung der Krimtataren während der Jahre 1944 bis 1956 als offenen Genozid.<sup>2326</sup> Der Medschlis verabschiedete im Jahr 1991 nationale Symbole der Krimtataren, Flagge und Hymne und proklamierte die Souveränität des Krimtatarischen Volkes.<sup>2327</sup>

Vertreter der Krimtataren waren seit 1991 im Obersten Rat der Krim dank einer festgesetzten Quote von 14 Sitzen repräsentiert.<sup>2328</sup> Die entsprechende Quote wurde mit der Verfassung von 1998 gestrichen und so kandidierten Krimtataren aus dem Medschlis bzw. des Kurultai in den Listen verschiedener Parteien und Wahlblöcke.<sup>2329</sup> Einige Führungspersonen des Medschlis wie Mustafa Dzemilew waren auch in der Werhowna Rada der Ukraine vertreten, meist in national-liberalen Parteien wie Ruch, „Unsere Ukraine“ oder „Vaterland“.<sup>2330</sup> Dies offenbarte gewissermaßen die Abneigung des Medschlis gegenüber russischen bzw. pro-russischen Kräften.<sup>2331</sup> Mit autoritären und Russland-freundlichen Präsidenten klappte die Zusammenarbeit der Krimtataren traditionell schlecht. Gleichzeitig konnten sich die Krimtataren unter Leonid Kuchma oder Wiktor Janukowitsch besser als unter westlich gestimmten Präsidenten als eine nationale politische Kraft profilieren.<sup>2332</sup> Außer Medschlis gab es auch alternative Vertretungen der Krimtataren wie „Milli Firka“, die zum Teil auch mit russischen Vertretern kooperierten und beispielsweise in Listen der „Partei der Regionen“ für das regionale Parlament der Krim kandidierten.<sup>2333</sup>

Die Krimtataren hatten stets Schwierigkeiten mit der Anerkennung jeglicher fremden Herrschaft über ihr historisches Territorium. Im Jahre 1991 erkannten sie die wieder gegründete ASSR Krim nicht an und boykottierten das Referendum zur Unabhängigkeit der Ukraine.<sup>2334</sup> Als Grund nannte der im Mai und Juni 1991 gewählte Kurultai die un-

---

<sup>2325</sup> ДЕКЛАРАЦИЯ о национальном суверенитете крымско-татарского народа № 45-54, Документы Курултая татар Крыма (26-30 июня 1991 г.)

<sup>2326</sup> ДЕКЛАРАЦИЯ о национальном суверенитете крымско-татарского народа № 45-54, Документы Курултая татар Крыма (26-30 июня 1991 г.)

<sup>2327</sup> Borshchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? Ukraine-Analysen 84. 2-5, S. 2-3.

<sup>2328</sup> Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Berichte BIOst 31/1998. S. 23.

<sup>2329</sup> Ebd. S. 22-23.

<sup>2330</sup> Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2331</sup> Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. S. 23.

<sup>2332</sup> Borshchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? S. 2-3.

<sup>2333</sup> Ebd.; Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ.“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2334</sup> Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. S. 21; 23.

genügende Repräsentation der Interessen der Krimtataren unter der neuen Führung.<sup>2335</sup> Seitdem kämpfte der Kurultai und Medschlis um einen Sonderstatus als Repräsentativorgane des krimtatarischen Volkes.<sup>2336</sup> Offiziell erhielt der Kurultai und Medschlis diesen Status von der Werhowna Rada der Ukraine aber erst am 20. März 2014, bereits nach der Übernahme der Krim durch Russland.<sup>2337</sup> Ebenfalls gewährte die Entscheidung der Rada den Krimtataren Rechte als „korenaja“ – also Titularnation – der Krim.<sup>2338</sup> Der höhere Status spielte allerdings keine Rolle – unter der neuen russischen Führung wurde es für die Krimtataren noch schwieriger, eine Vertretung auf lokaler Ebene zu erhalten. Tatsächlich fingen mit der Übernahme Russlands für die Krimtataren Probleme der Repräsentation an, die darin mündeten, dass Medschlis im September 2014 seinen Sitz in Simferopol unter Haftdrohungen räumen musste.<sup>2339</sup> Zuvor wurden die Führungsfiguren des Medschlis, Mustafa Dzhemilev und Refat Chubarov, an der Einreise auf die Krim gehindert.<sup>2340</sup> Vorausgegangen waren Diskussionen um den Status des Medschlis sowie der Rechtmäßigkeit seiner Tätigkeit.<sup>2341</sup> Auch der Kurultai, der Ende März 2014 außerplanmäßig tagte, wurde von den neuen Machträgern in Simferopol und der russischen Führung mit Skepsis verfolgt.<sup>2342</sup> Nach der Verbannung des Medschlis wurde die Repräsentation der Krimtataren auf der Krim faktisch aufgelöst, was die politische Oberhand der Russen weiter stärkte. Zwar hat die russische Führung bzw. die neue Krim-Regierung unter Sergei Aksjonow den Krimtataren sowohl Quoten im Parlament als auch Ministerposten versprochen, faktisch wurde die Vertretung der Krimtataren im Herbst 2014 jedoch von der Repräsentation ausgeschlossen und die Existenz des Medschlis von der neuen pro-russischen Krim-Führung verneint.<sup>2343</sup>

<sup>2335</sup> Ebd.

<sup>2336</sup> Ebd. S. 22-23.

<sup>2337</sup> ПОСТАНОВА Верховної Ради України Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантії прав кримськотатарського народу у складі Української Держави (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2014, № 15, ст.581); Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2338</sup> ПОСТАНОВА Верховної Ради України Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантії прав кримськотатарського народу у складі Української Держави (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2014, № 15, ст.581)

<sup>2339</sup> Украинская правда: „Меджлис покинул здание в Симферополе“ 23.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/23/7038630/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2340</sup> МК.ru: „Полураспад меджлиса: некогда представительный орган крымских татар теряет сторонников“ 02.10.2014 <http://crimea.mk.ru/articles/2014/10/02/poluraspad-medzhlis-a-nekogda-predstavitelnyu-organ-krymskikh-tatar-teryayet-storonnikov.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2341</sup> Украинская правда: „Власти Крыма потребовали зарегистрировать Меджлис“ 23.09.2014 [http://kavpolit.com/articles/aksenov\\_medzhlis-9661/#](http://kavpolit.com/articles/aksenov_medzhlis-9661/#) ; Украинская правда: „Суд дал Меджлису в Симферополе сутки на выселение“ 17.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/17/7038093/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2342</sup> Unian.net: „Курултай крымских татар отказался переименовывать свой народ“ УНИАН, 29.03.2014 <http://www.unian.net/politics/902005-kurultay-krymskikh-tatar-otkazalsya-pereimenovuyivat-svoju-narod.html>; МК.ru: „Курултай постановит создать в Крыму национально-территориальную автономию крымских татар. Ход меджлиса.“ 30.03.2014 МК РУ unter <http://www.mk.ru/politics/article/2014/03/30/1006043-kurultay-postanovit-sozdat-v-kryimu-natsionalnoterritorialnuyu-avtonomiyu-krymskikh-tatar.html> (Abgerufen am 01.12.2014) [Kann es sein, dass das nicht im LitVerz aufgeführt wird?].

<sup>2343</sup> Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014 Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014); Герасименко, Олеся/ Галустьян, Артем: „Ни у кого нет четкого плана действий“ Журнал "Коммерсантъ Власть" №37 от 22.09.2014, стр. 16 <http://www.kommersant.ru/doc/2569810> (Abgerufen am 01.12.2014).

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

### *Die Ukrainer*

Die Vertretung der Ukrainer auf der Krim war bis zur Krise 2014 politisch und gesellschaftlich nicht einflussreich. Kleinere kulturelle Vereine und Gemeinden, von denen das „Ukrainische Haus“ („Крымский центр делового и культурного сотрудничества „Украинский дом“) das bedeutendste war, förderten hauptsächlich die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukrainer auf der Krim und fungierte damit als eine Art Vertretung. Ungewiss ist allerdings, wie viele Ukrainer auf der Krim das „Ukrainische Haus“ auch tatsächlich als politische oder soziale Vertretung sahen. Weitere gesellschaftliche Organisationen der Ukrainer auf der Krim waren das Taras Schewchenko Wissenschaftszentrum, Krim-Gesellschaft „Prosvita“, benannt nach Taras Schewchenko, sowie die Organisation „Ukrainische Gemeinde der Krim“.<sup>2344</sup> Die einzige ukrainischsprachige Schule in Simferopol sowie die im Jahr 1996 gegründete Krimer und Simferopoler Eparchie (Zweig der Ukrainischen Orthodoxen Kirche) dienten den Krim-Ukrainern als ein weiterer kultureller, religiöser und bildungspolitischer Eckstein.<sup>2345</sup> Während der Krise 2014 haben das „Ukrainische Haus“ und die „Ukrainische Gemeinde“ (unter dem Vorsitz von Andrej Schekun) einen Appell an die Regierung in Kiew sowie an die UNO und die OSZE gesendet. Zum Grundsatz des Appells wurden Forderungen nach dem Ende der militärischen Aktion sowie nach der Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine.<sup>2346</sup> Damit haben die Ukrainer auf der Krim sich gegen die Übernahme durch Russland bekannt.<sup>2347</sup> Von einer gewissen Furcht der neuen Befehlshaber vor der Macht der Krim-Ukrainer zeugen Berichte über die Festnahme und Ausweisung der Anführer der ukrainischen Krim-Bewegung im März 2014.<sup>2348</sup> Einige Ukrainer haben die Halbinsel als Zeichen von Protest verlassen, was allerdings keine nennenswerten Auswirkungen auf die politischen Ereignisse im Frühling 2014 hatte.<sup>2349</sup>

### *Die Russen*

Die Russen der Krim hatten seit 1993 eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich „Russische Gemeinde der Krim“ (Русская община Крыма) nannte. Als Mitglieder nahm die Gemeinde Personen auf, die sich entweder für Russen hielten und/oder sich zur russischen Sprache bzw. Kultur bekannten.<sup>2350</sup> Unter anderem forderte die Organisation die Verwendung von Russisch als Unterrichtssprache und widersetzte sich der Ukraini-

---

<sup>2344</sup> Парникоза, Иван: „Украинский Симферополь. Часть 2. 2012 – 2014“ Историческая правда <http://www.istpravda.ru/bel/research/9385/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2345</sup> Ebd.

<sup>2346</sup> Украинская правда: „Украинцы Крыма попросили власть о защите“ 27.02.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/27/7016570/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2347</sup> ЛІГА.net: „Украинцы Крыма попросили новую власть остановить сепаратизм“ 28.02.2014 [http://news.liga.net/print/news/politics/991216-ukraintsy\\_kryma\\_porposili\\_novuyu\\_vlast\\_ostanovit\\_separatizm.htm](http://news.liga.net/print/news/politics/991216-ukraintsy_kryma_porposili_novuyu_vlast_ostanovit_separatizm.htm) (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2348</sup> Центр журналистских расследований: „Похищенный в Крыму активист Андрей Щекун рассказал о пытках электричеством.“ 22.03.2014 unter: <http://investigator.org.ua/news/122836/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2349</sup> Juri Durkot: „Adieu, Krim!“ Die Tageszeitung 15.04.2014 unter <http://www.taz.de/!136796/> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2350</sup> Русская община Крыма: Принципы деятельности Русской общины 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

## 8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

sierung. Eigene Symbolik wie Wappen, Fahne und Hymne waren durch die Satzung zugelassen und geregelt.<sup>2351</sup> Die Gemeinde wurde von der ukrainischen Zentralregierung mit einem offiziellen Status versehen und agierte als Vertreterin der Interessen der Russen auf der Krim. Die hauptsächlichen Ziele der Organisation waren die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion sowie der Schutz des russischen soziokulturellen Raumes auf der Krim.<sup>2352</sup> Während der Jahre 1998 bis 2002 hatte die Organisation aber faktisch keine Vertretung in den Machtstrukturen der Krim.<sup>2353</sup> Als Resultat der Wahlen im Jahr 2003 saßen vier Vertreter der Gemeinde im Parlament der Krim. Im Vorfeld hatte sich die Gemeinde mit der „Russischen Bewegung der Krim“ (Русское движение Крыма) zusammengeschlossen.<sup>2354</sup> Im Jahr 2006 hat sich die Gemeinde an der Bildung des Wahlbündnisses „Für Janukowitsch!“ (За Януковича!) beteiligt.<sup>2355</sup> Insbesondere von Bedeutung für die Krise 2014 ist die Tatsache, dass der spätere Ministerpräsident der Krim Sergei Aksjonow seit 2010 den stellvertretenden Vorsitz der Organisation innehatte.<sup>2356</sup> Daraus wuchs die politische Formation „Russische Einheit“ (Русское единство), die Aksjonow als Führungsfigur leitete und die letztendlich als Hauptakteur der Ereignisse im Frühling 2014 agierte.<sup>2357</sup> Obwohl es auch andere Organisationen auf der Krim gab, die ethnische Russen und Russischsprachler vertraten, war die spätere „Russische Einheit“ die größte und politisch die einflussreichste. Dennoch hat sie bei den Lokalwahlen im Jahre 2010 lediglich 4% der Stimmen erzielt. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Interessen der Krim-Russen durch größere politische Parteien, solche wie die „Partei der Regionen“ mit 80 von 100 Sitzen nach der Wahl 2010, vertreten waren.<sup>2358</sup> Als PdR nach dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch im Februar 2014 ihre politische Stellung verlor, baute „Russische Einheit“ ihre politische Rolle aus.<sup>2359</sup> Letztlich kann resümiert werden, dass die Russen auf der Krim eine weitaus breitere politische Vertretung genossen als die Krimtataren oder die Ukrainer. Obwohl auch ein Teil der Krim-Russen der Übernahme durch Russland nicht zustimmten, wurde diese im März 2014 maßgeblich mit der Zustimmung des russischen Bevölkerungsteils der Halbinsel begründet.<sup>2360</sup>

---

<sup>2351</sup> Русская община Крыма: Устав Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2352</sup> Русская община Крыма: Предпосылки формирования русского, пророссийского движения в Крыму 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2353</sup> Русская община Крыма: Этапы становления Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2354</sup> Ebd.

<sup>2355</sup> Ebd.

<sup>2356</sup> Русская община Крыма: Руководящие органы Русской общины Крыма unter: <http://www.ruscrimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> am 04.11.2014 (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2357</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

<sup>2358</sup> Borschchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? S. 6.

<sup>2359</sup> Raniah Salloum: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Kreml-Mann auf der Krim“.

<sup>2360</sup> Juri Durkot: „Adieu, Krim!“.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

### 8.8.2 Änderung der Machtverhältnisse, regionale Identität und die Krise – wovor fürchtet sich der russischsprachige Südosten?

Die Ereignisse auf dem Kiewer Majdan im Winter der Jahre 2013 und 2014 endeten in einem Machtwechsel und der Absetzung des 2010 gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch am 22. Februar 2014.<sup>2361</sup> Gleichzeitig verließen massenhaft die Mitglieder der „Partei der Regionen“ die Parlamentsfraktion, so dass sich innerhalb kürzester Zeit die Machtverhältnisse zugunsten der Opposition verändert haben.<sup>2362</sup> Damit wurde der Weg für die Ausrufung der Neuwahlen des Präsidenten am 25. Mai 2014 frei. In der Zwischenzeit sollte der neu gewählte Parlamentsvorsitzende Oleksandr Turtschinow von der „Vaterland“-Partei als Stellvertreter des abgesetzten Janukowitsch agieren.<sup>2363</sup> Die Posten, welche bis dahin von Vertretern der „Partei der Regionen“ bekleidet wurden, gingen nun an Vertreter der Opposition, so zum Beispiel den Parlamentsvorsitzenden Wladimir Rybak oder den Außenminister Leonid Koschara.<sup>2364</sup> In einer offiziellen Ansprache am 23. Februar hat die Parlamentsfraktion der „Partei der Regionen“ sich offiziell von Wiktor Janukowitsch und seiner Politik distanziert. Dabei bekannte sich die Fraktion zu ihrer Wählerschaft als „normale, hart arbeitende Menschen, die ihr Land, ihr Volk lieben“, doch es wurde dabei nicht explizit auf die regionale Basis der Partei in Südosten der Ukraine eingegangen.<sup>2365</sup> Zwar appellierte der stellvertretende Präsident Turtschinow am gleichen Tag an die „Landsleute..., die während der Präsidentschaftswahlen für Janukowitsch gestimmt haben“ die Absetzung nicht als „eigene Niederlage“ zu betrachten.<sup>2366</sup> Doch es scheint, als hätten die Ereignisse in Kiew genau das bewirkt. Am 25. Februar hat auch die KPU erklärt von nun an oppositionell zu werden, was gewissermaßen dem Fall der letzten Bastion der Ostukraine in Kiew gleichkam.<sup>2367</sup> Die Mitgliedschaft der nationalistischen „Swoboda“ an der neuen Koalition unter dem Namen „Europäische Wahl“ (Європейський вибор) sendete das endgültige Signal, dass der russischsprachige Osten ohne politische Repräsentation geblieben war, selbst wenn eine nationalistische Radikalisierung der Kiewer Führung zu jedem Zeitpunkt unwahr-

<sup>2361</sup> Tagesschau.de: „Janukowitsch abgesetzt, Timoschenko frei“ 22.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1066.html>; Kahlweit, Cathrin: „Feilschen um Legitimität“ Süddeutsche Zeitung 06.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtfrage-in-der-krim-krise-feilschen-um-legitimitaet-1.1905856> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2362</sup> Українська правда: „Рада собралась на суботнее заседание. Регионалы продолжают покидать фракцию ПР“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015632/> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2363</sup> Tagesschau.de: „Turtschinow ist Interimspräsident“ 23.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1082.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2364</sup> Ebd.; Українська правда: „ВЕРХОВНА РАДА ВИБРАЛА СПИКЕРА“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015677/> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2365</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Appell der parlamentarischen Fraktion der „Partei der Regionen“ an die Landsleute, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowitschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2366</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Appell des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine, Oleksandr Turtschinow, an das ukrainische Volk, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowitschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2367</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).

scheinlich war. „Geholfen“ hat dabei auch die bereits mehrmals erwähnte Entscheidung über das Gesetz der regionalen Sprachen im Februar 2014 – ein weiteres Zeichen in den Händen der Separatisten, dass der russischsprachige Osten von nun an keine Stimme mehr in Kiew hatte.<sup>2368</sup> In seinem Artikel vom 3. März 2014 nannte Uwe Klußmann die genannten Aspekte als drei wesentliche Fehler der neuen Kiewer Regierung – die Nicht-einbeziehung der russischsprachigen Regionen in die Übergangsregierung, stattdessen die verstärkte Präsenz der nationalistischen und rechtsextremen Kräfte und schließlich die Versäumnisse der Vereinbarungen, die am 21. Februar zwischen dem damaligen Präsidenten Janukowitsch und der Majdan-Opposition und den Außenministern von Deutschland, Frankreich und Polen getroffen wurden.<sup>2369</sup>

„Swoboda“ war nicht die einzige und auch nicht die radikalste nationalistische Kraft der Majdan-Ereignisse. An der vordersten Front der Kämpfe im Januar und Februar 2014 in Kiew standen vor allem die neonazistischen Kräfte um die Gruppierung „Rechter Sektor“.<sup>2370</sup> „Swoboda“ unterhielt Verbindungen zu Gruppierungen des rechtsextremen Randes, wie „Sitsch 14“ bzw. „Ukrainische Aufstandarmee“, was die Aktivisten der Anti-Majdan Proteste zum Anlass genommen haben, die neue Kiewer Führung als „faschistisch“ zu bezeichnen.<sup>2371</sup> Der „Rechte Sektor“ war als eine teilweise bewaffnete Truppe um den Vorsitzenden Dmitro Jarosch bekannt, die sich nicht den oppositionellen Parteien wie „Vaterland“ oder „Udar“ oder auch nicht „Swoboda“ unterordneten.<sup>2372</sup> Die Vorsitzenden Oleh Tjahnibok („Swoboda“) und Dmitrij Jarosch („Rechter Sektor“) waren für ihre rechtsradikalen Aussagen bekannt, die unter anderem gegen die russische Bevölkerung der Ukraine gerichtet waren.<sup>2373</sup> Zum Leitprinzip der „Swoboda“ gehört die „Nation...als Gemeinschaft verbunden durch Blut und Geist“, zu prominenten Aussagen von Dmitrij Jarosch gehört der Aufruf zu einem „nationalen Befreiungskrieg“ und zur „Entrussifizierung“ der Ukraine.<sup>2374</sup> Dass Vertreter aus den Reihen dieser politischen Gruppierungen nun hohe Ämter in der neuen Kiewer Führung bekleideten – „Swoboda“ stellte den Vize-Premier sowie den Generalstaatsanwalt und Jarosch wurde zum

<sup>2368</sup> Korrespondent.net: „Закон об официальном двуязычии в регионах отменен“; Salloum, Raniah: „Eskalation in der Ostukraine: Die Wut der Volksmilizen“ Der Spiegel 15.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-wut-auf-kiew-treibt-milizen-auf-die-barrikaden-a-964626.html> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2369</sup> Bei diesem Treffen wurden zentrale Punkte festgelegt, zu denen die Rückkehr zur Verfassung von 2004 unter gleichzeitiger Beschränkung der Rechte des Präsidenten sowie die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ gehörten. Vgl. hierzu: Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“ Spiegel Online 03.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html> (Abgerufen am 02.12.2014); Raniah Salloum: „Eskalation in der Ostukraine: Die Wut der Volksmilizen“; Spiegel Online: „Krise in Kiew: Regierung und Opposition unterzeichnen Kompromiss“ 21.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-kiew-regierung-und-opposition-unterzeichnen-kompromiss-a-954901.html> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2370</sup> Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“.

<sup>2371</sup> Schechowzow Anton/Umland, Andreas (2014): Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr - Vergleichende Betrachtungen zum parteipolitischen Ultrationalismus in der Ukraine. Ukraine-Analysen Nr. 133. 7-11, S. 7.

<sup>2372</sup> Simon, Gerhard (2014): Zusammenbruch und Neubeginn. Osteuropa 5-6. 9-40, S. 11; 21.

<sup>2373</sup> Das Erste: „Judenschweine bekämpfen“: Aufruf oder Nacherzählung? Panorama 17.04.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Judenschweine-bekaempfen-Aufruf-oder-Nacherzaehlung,ukraine387.html> (Abgerufen am 03.12.2014); Cathrin Kahlweit: „Wölfe im Schafspelz“ Süddeutsche Zeitung 27.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechter-sektor-in-der-ukraine-woelfe-im-schafspelz-1.1922770> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2374</sup> Uwe Klußmann: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“.



## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Vize des nationalen Sicherheitsrates berufen – sorgte nicht nur in dem russischsprachigen Osten für Unruhe.<sup>2375</sup> Selbst wenn Aussagen von Dmitrij Jarosch, im „Rechten Sektor“ seien keine Russenhasser, diese Angst hätten relativieren können, wusste selbst die neue Koalition in Kiew nicht so recht, wie sie mit den Rechtsradikalen in ihren Reihen umgehen sollte.<sup>2376</sup> Die Angst vor den „Kiewer Faschisten“ schürten die Separatisten in den südöstlichen Regionen in den Wochen nach dem Kiewer Umsturz sehr gekonnt, zumal Jarosch im Zuge der Majdan-Proteste stets von der Gefahr der „Partei der Regionen“ und der KPU gesprochen hat.<sup>2377</sup>

Im April 2014 äußerten sich die Bewohner der südöstlichen Oblaste der Ukraine allerdings vergleichsweise gelassen zu der Gefahr, welche vom „Rechten Sektor“ ausging. Zwar waren die meisten Befragten mit der Aussage einverstanden, dass diese Gruppierung einen nationalistischen Charakter trug, doch fanden auch viele, dass sie keine ernstzunehmende politische Größe darstellte. Allenfalls waren die Meinungen des Südostens bezüglich der Gefahr, die vom „Rechten Sektor“ bzw. von „Swoboda“ ausging, gemischt.<sup>2378</sup> Dafür war unter anderem eine Reaktion „aus dem Volk“ verantwortlich: Unmittelbar nach der umstrittenen Aufhebung des Gesetzes zu Regionalsprachen am 23. Februar 2014 bekundeten sowohl Aktivisten im Osten als auch im Westen der Ukraine gegenseitige Solidarität in der Sprachenfrage. Westukrainische Intellektuelle sowie Bürger haben sich bereit erklärt, am 26. Februar 2014 einen Tag lang nur Russisch zu sprechen.<sup>2379</sup> Aktivisten in ostukrainischen Oblasten erklärten daraufhin, dass am 26. Februar 2014 im russischsprachigen Osten nur Ukrainisch gesprochen würde.<sup>2380</sup> Inwiefern diese Aktionen bei der breiten Öffentlichkeit ankamen, ist ungewiss. Sie zeigen aber, dass zwischen der „rechts- und linksufrigen“ Ukraine auch in umstrittenen Fragen Einigkeit erzielt werden konnte und den Menschen die Bedeutung solcher Fragen durchaus bewusst war.

Die Krise des Jahres 2014 hat zu einer Situation geführt, in der sich regionale Identitäten der südostukrainischen Bevölkerung zwischen ihrer überwiegenden Russischspra-

---

<sup>2375</sup> Das Erste: „Putsch in Kiew: Welche Rolle spielen die Faschisten?“ Panorama 06.03.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Putsch-in-Kiew-Welche-Rolle-spielen-die-Faschisten.ukraine357.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2376</sup> „Der ‚revolutionäre ukrainische Nationalismus‘ sei keine Ideologie des Hasses gegen das russische Volk. ‚Unser Feind ist der russische Imperialismus. Wir sind keine Faschisten, keine Nazis und auch keine Russenhasser.“ Zitat aus: Nesterko, Andrej/Clasen, Bernhard: „Der ‚Rechte Sektor‘ will Macht“ Die Tageszeitung 24.02.2014 <http://www.taz.de/Nationalisten-in-der-Ukraine!/133706/>; Frank Nienhuysen: „Rechte bringen Kiew ins Dilemma“ Süddeutsche Zeitung 11.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/nationalisten-in-der-ukraine-rechte-bringen-kiew-ins-dilemma-1.1909169> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2377</sup> Ann-Dorit Boy: „Die Extremisten vom Majdan“ FAZ 23.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-die-extremisten-vom-majdan-12816972.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

<sup>2378</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“ ist abrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=302&page=1>. Die Ergebnisse auf Russisch umfassen mehr Fragen mit Antworten und sind zu finden unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=1> (Abgerufen zwischen 20. und 30.12.2014).

<sup>2379</sup> Kulyk, Volodymyr (2014): Einheit und Identität: Sprachenpolitik nach dem Majdan. Osteuropa 5-6. 227-238, S. 227-229.

<sup>2380</sup> Korrespondent.net: „В знак солидарности со Львовом донецкие активисты призывают говорить на украинском языке“ 26.02.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3311586-v-znak-solydarnosty-so-lvovom-donetskye-aktivysty-pryzyvauit-hovoryt-na-ukraynskom-yazyke> (Abgerufen am 02.12.2014).

chigkeit und der Verbundenheit zur ukrainischen Nation zu spalten drohten. Selbst innerhalb von Familien brachten die Ereignisse auf der Krim und im Donbass die Loyalitäten und nationale Zugehörigkeiten durcheinander.<sup>2381</sup> Gleichzeitig wurden Fragen zum Staatsaufbau, welche die Teilung des Landes entlang kultureller bzw. sprachlicher Grenzen geopolitisch verdeutlichen könnten, im Zuge der Krise intensiver diskutiert als zu jedem anderen Zeitpunkt der bisherigen unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit. In diesem Sinne hat die Krise bewirkt, dass die ukrainische Nation sich mit ihrem politischen, kulturellen, sprachlichen und geographischen Wesen beschäftigt. Die Teilnehmer der Demonstrationen gliederten sich im Laufe der Krise zunehmend entsprechend der Kategorien „pro-ukrainisch“ oder „pro-russisch“, obwohl eine klare Unterscheidung angesichts der gemischten Identitäten der Bewohner des Südostens (bzw. auch des Zentrums der Ukraine) nicht möglich ist. Dabei waren „pro-russische“ Demonstranten anfangs nicht explizit für Russland, sondern verwendeten russische Symbolik (hauptsächlich Flaggen) als Gegensymbol zu ukrainischen Fahnen und dem Dreizack-Wappen, die nun die neue Macht in Kiew repräsentierten. Dabei wollte sich die Bevölkerung entschlossen und handlungsfähig präsentieren. Die unter der Egide „pro-russisch“ gesammelten Forderungen waren diffus föderalistisch, separatistisch, Russland-freundlich oder auch einfach „Anti-Kiew“ oder „Anti-Majdan“.<sup>2382</sup> Unter anderem sollte mit den Protesten gegen die neue Kiewer Führung ihre politische Inkompetenz und mangelnde Problemlösungsfähigkeit vorgeführt werden. Die ostukrainische Bevölkerung fühlte sich durch die neuen Eliten weder ausreichend repräsentiert noch geschützt.<sup>2383</sup>

In der Positionierung der ostukrainischen Bevölkerung spielten nicht zuletzt die Oligarchen der östlichen Oblaste eine entscheidende Rolle – als Ernährer des Landes und Hochburg der industriellen Arbeiterklasse sollte sich der Osten unter der Führung der Donezker Machtelite präsentieren. In diesem regionalen Patriotismus sollte der Osten der Ukraine vom Westen respektiert und nicht bevormundet oder gar unterdrückt werden, mittels Ukrainisierung „nach galizischer Manier“, so die vermittelte Basis für Protestaktionen.<sup>2384</sup> Die besondere regionale Identität des Donbass, welche die Gesamtheit aller ethnisch-nationalen und sprachlichen Gruppen umfasst, sollte demnach nicht zerstört werden.<sup>2385</sup> Deswegen rief der Oligarch Rinat Achmetow im Frühling des Jahres 2014 den Rest des Landes zum Respekt gegenüber der „Stimme des Donbass“ auf. Dennoch, und das aus den bereits erwähnten machtpolitischen Gründen, rief Achmetow (neben anderen Oligarchen) entschieden gegen Separatismus und Sezession auf.<sup>2386</sup>

Im Zuge der Krise haben sich in den Krisengebieten des Südostens eigene Gruppierungen und parteiähnliche Formationen herausgebildet, welche die Interessenvertretung

<sup>2381</sup> Лисняк, Лариса: „Донецкий сепаратизм: ненависть, страх, разбитые семьи“ 112.ua 06.11.2014 <http://112.ua/mnenie/doneckiy-separatizm-nenavist-strah-razbitye-semi-141446.html> (Abgerufen am 01.12.2014).

<sup>2382</sup> Korrespondent.net: „Восточную Украину охватила ‚война флагов““ 03.03.2014 <http://korrespondent.net/world/worldabus/3313979-vostochnuu-ukraynu-okhvatyla-voyna-flahov-kommersant> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2383</sup> Zimmer, Kerstin: Kommentar: „Die Stimme des Donbass“ Bundeszentrale für politische Bildung 03.06.2014. <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185619/kommentar-die-stimme-des-donbass> (Abgerufen am 02.12.2014).

<sup>2384</sup> Ebd.

<sup>2385</sup> Ebd.

<sup>2386</sup> Ebd.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

der Bevölkerung im Südosten für sich beanspruchten. Einige von ihnen waren in der Vergangenheit bereits verboten, andere formierten sich neu. Zum Beispiel die Partei „Russische Einheit“ (Русское единство) auf der Krim, die bereits im Jahr 2008 auf Initiative von Moskau gegründet wurde. Deren Mitglieder hatten bereits im Jahr 2011 Probleme mit der ukrainischen Justiz aufgrund der Beschuldigung die territoriale Gesamtheit der Ukraine zu gefährden.<sup>2387</sup> Ebenfalls die „Volksrepublik Donezk“ (Донецкая республика), die als gesellschaftliche Organisation bereits im Jahr 2007 für den Sonderstatus der ostukrainischen Gebiete demonstrierte und die verboten wurde.<sup>2388</sup> Weitere Proteste im Donbass wurden vom „Russischen Block“ (Русский блок) veranstaltet, der ebenfalls in der Vergangenheit Probleme mit dem Gesetz hatte. Weitere Gruppierungen sind zum Beispiel „Oplot“ in Charkiw, die als gesellschaftliche Organisation für das historische Erbe des Zweiten Weltkriegs auftrat, die neonazistische „Russische Nationale Einheit“ (Русское национальное единство, РНЕ) und „Ukrainische Front“ (Украинский фронт) als Gegenbewegung im Osten zum Majdan. Diese Gruppierungen und gesellschaftlichen Organisationen agierten parallel zu den „legalen“ politischen Kräften, solchen wie „Partei der Regionen“ oder KPU.<sup>2389</sup> Letztlich bildete die paramilitärische „Volksmiliz“ (народное ополчение) im Osten der Ukraine eine der Kräfte, die die Abspaltung von Donezk und Luhansk vorangetrieben haben. Diese bildete auch Medienberichten zufolge eine Sammelstelle für Kämpfer aus Russland und stellte somit eine Schnittstelle zwischen den Aufständischen in der Ostukraine und der militärischen Unterstützung aus Russland dar.<sup>2390</sup>

### 8.8.3 Umfragen zur Krise im Jahr 2014 – Umfrageergebnisse als Zeichen der gesellschaftlichen Teilung

Während des Jahres 2014 wurde eine Reihe gesellschaftlicher Umfragen erhoben, die sich mit unterschiedlichen Fragen beschäftigten und im regionalen Schnitt der Ukraine durchgeführt wurden.<sup>2391</sup> Einige Umfragen stammen vom Meinungsforschungsinstitut Gallup und wurden im Frühjahr und im Herbst 2014 unter dem Namen „Public Opinion Survey Residents of Ukraine“ erhoben.<sup>2392</sup> Weitere interessante Ergebnisse lieferten

---

<sup>2387</sup> Вагнер, Александра „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014)

<sup>2388</sup> Ebd.

<sup>2389</sup> Ebd.

<sup>2390</sup> Florian Hasse: „Der Mann hinter der Schreckensherrschaft“ Süddeutsche Zeitung 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/igor-strelkow-kommandeur-in-der-ostukraine-der-mann-hinter-der-schreckensherrschaft-1.1958675>; Ulrich Krökel: „Russlands Aggression ist belegbar“.

<sup>2391</sup> Folgende Probleme wurden hierbei sichtbar: Statistische Erhebungen in Krisen- oder gar Kriegsgebieten konnten nicht garantieren, dass tatsächlich alle Gebiete umfasst werden konnten. Zweitens musste sichergestellt werden, dass die Objektivität der Institutionen gewährleistet war. Drittens waren etwaige Motive der Auftraggeber der Umfragen von Bedeutung, die unter Umständen einschlägige Ergebnisse vorlegen konnten. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte werden im Folgenden Umfrageergebnisse präsentiert, deren relative Objektivität durch ihr Erscheinen auf bestimmten Webseiten und Publikationen (z.B. der Bundeszentrale für politische Bildung bzw. der Ukraine-Analysen) angenommen werden kann.

<sup>2392</sup> The Gallup Organization ist ein amerikanisches Markt- und Meinungsforschungsinstitut. Zum Kernbereich der Arbeit des Instituts gehört das „Gallup Poll“, das weltweit Umfragen zu politischen und

## 8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Umfragen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS).<sup>2393</sup> Auch das Razumkow-Zentrum in Kiew, zusammen mit dem Fonds demokratischer Initiativen (DIF) der Ukraine (u.a.) hat mehrere Umfragen zur Krise 2014 durchgeführt.<sup>2394</sup> Die Ergebnisse – ob objektiv oder subjektiv – können bisweilen wichtige Einblicke in die Lage der ukrainischen Gesellschaft im Zuge der Krise 2014 liefern.

Die Befragten im Südosten der Ukraine zeigten sich im Frühling 2014 mit der Führung in Kiew nicht zufrieden, ebenso wie weniger als 30% von ihnen eine West-Integration der Ukraine unterstützten.<sup>2395</sup> Vernichtend fiel im April 2014 das Umfrageergebnis im Südosten für die neue Kiewer Spitze, bestehend aus Olexandr Turtschinow und Arsenij Jazenjuk aus.<sup>2396</sup> Beide Amtsinhaber waren in den Augen der Mehrheit der Befragten im Südosten nicht rechtmäßig zu ihrem jeweiligen Amt gekommen. Die Werhowna Rada kam dabei besser weg, zumindest waren die Meinungen bezüglich ihrer Legitimation im Südosten geteilt.

Die Unterstützung der NATO bzw. der Wiederaufnahme des EU-Assoziationsabkommens war im Frühling 2014 im Südosten gering, was umgekehrt für den Westen galt.<sup>2397</sup> Einer Zollunion mit Russland hätten gleichzeitig 60% des Ostens zugestimmt.<sup>2398</sup> Dabei zeigte sich der Südosten geschlossen einig, als nach der Beteiligung anderer Kräfte oder Staaten (z.B. Russland, EU oder die USA) an Entscheidungen zur ukrainischen Verfassung, Sprache oder regionalen Aufteilung gefragt wurde. Hierbei haben alle Ob-

---

gesellschaftlichen Themen erhebt bzw. in Auftrag gibt (<http://www.gallup.com/home.aspx>). Die Umfragen in der Ukraine wurden im März, April und September 2014 erhoben. Als Auftraggeber dieser hat sich das amerikanische „International Republican Institute“ verpflichtet (<http://www.iri.org/>). In den Umfragen wurde nicht immer konsequent zwischen den Regionen und Oblasten der Ukraine unterschieden, was einen zeitlichen und regionalen Vergleich erschwert. In den meisten Umfragen wurde die Ukraine geographisch in vier Regionen gespalten: Westen, Zentrum, Süden und Osten. In der März-Umfrage gehörten die AR Krim und die Stadt Sewastopol noch zur Region „Süden“, ab der April-Umfrage wurden diese nicht mehr miteinbezogen. Bei einigen Fragen wurde auch die Unterscheidung zwischen „Ethnic Ukrainian“ und „Ethnic Russian“ bzw. „Ukrainian-speaking citizens“ und „Russian-speaking citizens“ gemacht. Die Aufteilung nach Oblaste (zitiert aus den jeweiligen Umfragen in Englisch) verläuft nach dem folgenden Muster (Transliteration übernehmen): West (Cherniwetska, Ivano-Frankivska, Khmelnjytska, Lvivska, Rivnenska, Ternopilska, Transcarpathian, Volynska); Center (Cherkaska, Chernihivska, Kirovogradska, Kyivska, Poltavska, Sumska, Vinnytska, Zhytomirska, city of Kyiv); South (AR of Crimea, Khersonska, Mykolaivska, Odeska, Sevastopol, Zaporizka); East (Dnipropetrovska, Donetska, Kharkivska, Luhanska)

<sup>2393</sup> Teilweise lieferte eine Umfrage des KIIS vom April 2014 „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“ abweichende Ergebnisse von den Gallup-Umfragen im gleichen Zeitraum. Bei der Umfrage des KIIS wurden 3.232 Personen nur im Südosten der Ukraine interviewt und mindestens 400 Interviews in jeder Oblast des Südostens abgehalten.

<sup>2394</sup> Das „Razumkow-Zentrum“ ist eine NGO mit dem Sitz in Kiew, die seit 1994 Analysen unterschiedlicher Bereiche des ukrainischen Staatsgeschehens anfertigt (<http://www.razumkov.org.ua/eng/>). Der Fonds „Democratic Initiative Foundation“ ist ebenfalls eine NGO in Kiew, zu dessen Arbeit Analysen und Umfragen gehören ([http://www.dif.org.ua/en/pro-nas/about\\_dif.htm](http://www.dif.org.ua/en/pro-nas/about_dif.htm)). Die Ergebnisse vieler Umfragen rund um die Krise in der Ukraine sind im Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung ersichtlich.

<sup>2395</sup> Bidder, Benjamin: „Das ist Putins Neurussland“; Schuller, Konrad: „Ist das der Beginn einer neuen Annexion?“ 07.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/assen/unnruhen-in-der-ostukraine-ist-das-der-beginn-einer-neuen-annexion-12884432.html> (Abgerufen am 29.11.2014).

<sup>2396</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

<sup>2397</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014. International Republican Institute <http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20April%205%20IRI%20Public%20Opinion%20Survey%20of%20Ukraine,%20March%2014-26,%202014.pdf> (Abgerufen zwischen 20. Und 30.12.2014).

<sup>2398</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

laste mit über 80% für die Option „die Ukraine selbst“ gestimmt.<sup>2399</sup> Dieses Ergebnis zeigt, dass auch der Südosten die Ukraine als ein Land, das seine Entscheidungen selbst zu treffen hat, und nicht etwa als ein zerfallendes Staatsgebilde gesehen hat.

Bei der Frage nach der Art der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland antworteten 78% der Befragten des Ostens und 46% der Befragten des Südens „...unabhängige, aber einander freundlich gesonnene Staaten, mit offenen Grenzen ohne Visa- und Zollkontrollen“.<sup>2400</sup> Dagegen entschieden sich 57% der Befragten im Zentrum und 71% der Befragten im Westen für die Option „...mit geschlossenen Grenzen, Visa- und Zollkontrollen“.<sup>2401</sup>

Dass Russland für die Krise nicht verantwortlich war, glaubten im September 2014 ganze 63% der befragten Donbasser.<sup>2402</sup> Eher wurde im Donbass die Verantwortung auf der Seite der Kiewer Führung gesehen.<sup>2403</sup> Während der Rest des Südostens in der Schuldzuweisung zwischen den zwei Seiten geteilter Meinung war, gaben das Zentrum und der Westen der Ukraine klar Russland die Schuld an der Eskalation.<sup>2404</sup> Die Mehrheit der Befragten in der gesamten Ukraine glaubte, dass Russland die „prorussischen Kräfte“ im Donbass unterstütze.<sup>2405</sup>

Auf die Frage, ob Russland das Recht habe die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zu beschützen, antworteten etwa 40% „ethnische Russen“ mit „dafür“ und weitere 40% mit „dagegen“. „Ethnische Ukrainer“ waren mit 80% „dagegen“. Generell haben sich aber „russischsprachige Ukrainer“ eher gegen die Beschützerfunktion Russlands ausgesprochen.<sup>2406</sup> Von März bis September hat sich insgesamt ein immer größerer Anteil (72% im März bis 79% im September) der Befragten in der gesamten Ukraine gegen den Einsatz russischer Truppen zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine ausgesprochen („Do you support the decision of the Russian Federation to send its army to protect Russian speaking citizens of Ukraine?“).<sup>2407</sup> Die regionale Aufteilung zeigte allerdings, dass noch im Frühling 2014 etwa 30% des Südostens diese Frage mit „stark dafür“ oder „eher dafür“ beantwortet hatten. Die größten Anteile der Befürworter kamen aus den Oblasten Donezk (47%) und Luhansk (44,2%).<sup>2408</sup> „Stark dagegen“ waren im September 2014 über 90% der Befragten im Zentrum und im Westen

---

<sup>2399</sup> Ebd.

<sup>2400</sup> KIIS-Umfrage (September 2014): Die Umfrage fand am 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=404&page=4> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193335/umfrage-ukrainisch-russische-beziehungen-in-umfragen>

<sup>2401</sup> Ebd.

<sup>2402</sup> Ebd.

<sup>2403</sup> Razumkov-Umfrage: Die Umfrage fand am 5.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: [http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450\\_file.pdf](http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf) sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>

<sup>2404</sup> KIIS-Umfrage (September 2014).

<sup>2405</sup> Ebd.

<sup>2406</sup> Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014; Gallup (September 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. September 3-12, 2014. International Republican Institute.

<http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20October%2014%20Survey%20of%20Residents%20of%20Ukraine,%20September%2012-25,%202014.pdf> (Abgerufen zwischen 20. und 30.12.2014).

<sup>2407</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine.

<sup>2408</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

sowie etwa 60% der Befragten im Südosten. Allein die Befragten des Donbass votierten auch im Herbst 2014 zu 51% „dafür“.<sup>2409</sup>

Die allgemeine Einstellung der südöstlichen Oblaste gegenüber Russland war eher „warm“ oder „neutral“, während diese im Zentrum und Westen als „kalt“ eingestuft wurde.<sup>2410</sup> Im April 2014 haben Befragte in den südwestlichen Oblasten Gründe genannt, weshalb Russland sie anziehen würde. Dabei war insgesamt die häufigste Antwort „nichts“, allerdings nicht überall: Donezk, Luhansk und Charkiw gaben wirtschaftliche Faktoren als Gründe der Sympathie an – teils die allgemeine Stabilität und teils konkret höhere Renten und Gehälter. Je weiter weg von der Grenze Russlands, umso weniger Sympathie für Russland empfanden die Befragten.<sup>2411</sup>

Geteilt waren die Meinungen des Südostens im April 2014 über die hypothetische Möglichkeit des realen Truppeneinsatzes seitens Russlands. Hier haben alle Oblaste relativ gleichmäßig zwischen „ja“ und „nein“ geschwankt. Unterstützt wurde ein bewaffneter Konflikt aber nicht. Bei der Frage „Im Falle eines Eindringens russischer Streitkräfte in der Südostukraine, wie würden Sie reagieren?“ haben sich die Befragten aller südöstlichen Oblaste mit relativer Mehrheit für die Antwort „Zuhause bleiben und mich nicht einmischen“ gestimmt, obwohl es auch die Variante „Die Stationierung russischer Truppen begrüßen“ und „In die russische Armee eintreten“ gegeben hätte. In manchen Regionen hat etwa ein Viertel der Befragten die Antwort „Die Waffen gegen den Aggressor ergreifen“ gewählt, wofür es allerdings in Donezk und Luhansk im Vergleich zu den anderen Regionen die geringste Zustimmung gab.

Die Unterstützung derjenigen, die die Verwaltungsgebäude in der jeweiligen Region mit Waffengewalt übernommen hatten, hielt sich im gesamten Südosten, selbst in Donezk und in Luhansk, in Grenzen. Allerdings waren die Befragten in Luhansk mit 24% noch am ehesten für die „Lokalrevolutionen“. Ebenfalls glaubten die meisten Befragten in Donezk, Luhansk und Charkiw nicht daran, dass die Organisation der Sezession im Südosten aus Russland gelenkt wurde. Generell haben viele im Südosten bei dieser Frage mit „schwer zu sagen“ gestimmt.<sup>2412</sup>

Was die Bewertung des bewaffneten Konfliktes im Südosten der Ukraine angeht, so bewerteten die Befragten in der gesamten Ukraine diesen als Krieg zwischen Russland und Ukraine, während er im Donbass teils als Bürgerkrieg, teils als Protestaktion gesehen wurde.<sup>2413</sup> Allerdings glaubte auch nur ein Teil der Befragten im restlichen Südosten, dass Russland aktiv einen „Anschluss der Ukraine“ betrieb.<sup>2414</sup>

---

<sup>2409</sup> KIIS-Umfrage (September 2014).

<sup>2410</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey.

<sup>2411</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“

<sup>2412</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

<sup>2413</sup> DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: [http://dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/stavlenne-opituvannja.htm](http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/stavlenne-opituvannja.htm) auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>; Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand am 5.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

<sup>2414</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

Interessant sind hierbei die Tendenzen bei der Frage nach den Gründen für den ost-ukrainischen Separatismus im September 2014. Die Mehrheit der Befragten im Zentrum und im Westen sowie etwa die Hälfte der Befragten im Osten stimmten für die Option „Provokationen und subversive Tätigkeiten Russlands“. Ebenfalls fanden viele, dass die „prussische Stimmung eines beträchtlichen Anteils der Bevölkerung dieser Region“ der Grund für den Separatismus war. Je weiter östlich, umso mehr Stimmen bekamen die Varianten „Fehler der neuen ukrainischen Regierung“ und „Machtwechsel im Februar 2014“, wovon die letztere die populärste im Donbass war. Daran zeigt sich die unterschiedliche Wahrnehmung der Verantwortung und der Ursachen der Krise. Entsprechend unterschiedlich fielen auch die Lösungsvorschläge in den verschiedenen Teilen des Landes aus: Während 64% der Befragten im Donbass und etwa 40% des restlichen Südostens sich dafür ausgesprochen haben, die Anti-Terror-Operation zu beenden und mit den Vertretern der „Volksrepubliken“ zu verhandeln, haben sich die zentralen und westlichen Regionen für Handlungen „den Umständen entsprechend“ bzw. für die Weiterführung der Militäroperation bis „...die bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen oder vernichtet werden“ ausgesprochen.<sup>2415</sup>

Bis September 2014 haben 32% der Befragten im Donbass sich für eine Abspaltung und die Gründung eines unabhängigen Staates ausgesprochen, etwa 23% wollten einen Anschluss an einen anderen Staat und etwa 30% waren sich nicht sicher. Alle anderen Regionen sprachen sich bereits im Frühling 2014 deutlich gegen eine Abspaltung aus, was sich bis September nicht wesentlich veränderte.<sup>2416</sup>

Im September 2014 votierten 45,5% der gesamten Ukraine „...als Teil der Ukraine zu den gleichen Konditionen wie bisher“, als es um den künftigen Status des Donbass ging. Allerdings votierte nur im Westen eine deutliche Mehrheit von über 70% der Befragten für die besagte Option. Im Süden und im Osten gab es für die Möglichkeit, dem Donbass mehr Unabhängigkeit von Kiew zu gewähren, weitaus mehr Zuspruch.<sup>2417</sup> Generell zeigten sich die Ukrainer regional gespalten, wenn es um die Föderalisierung des Landes ging: Etwa 80% der Befragten im Westen waren noch im April 2014 für die Beibehaltung eines zentralstaatlichen Modells, während der Osten zu etwa 40% für eine Föderalisierung auftrat.<sup>2418</sup> Bis September 2014 hat sich allerdings im gesamten Land die Option durchgesetzt, wonach den Oblasten mehr Kompetenzen zugesprochen werden sollten. Im Donbass hat es allerdings nach wie vor eine relative Mehrheit für eine „echte“ Föderalisierung gegeben.<sup>2419</sup> So lässt sich sagen, dass die Ukrainer in allen Teilen des Landes nach Monaten der Krise einem dezentralisierten Modell aufgeschlossener waren als noch vier Monate zuvor.

---

<sup>2415</sup> Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand vom 05.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

<sup>2416</sup> DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 16.-30. März 2014 statt und umfasste 2010 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: [http://dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/chivlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu\\_.htm](http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/chivlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm); DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.

<sup>2417</sup> Ebd.

<sup>2418</sup> Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014.

<sup>2419</sup> DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.



## 8.8 Bevölkerung in den Krisengebieten

Als im März 2014 nach der Bedrohung der russischsprachigen Bürger der Ukraine gefragt wurde („Do you feel that Russian-speaking citizens of Ukraine are under pressure of threat because of their language?“), haben 49% der ethnischen Russen mit „definitiv nein“ und weitere 17% mit „eher nein“ geantwortet.<sup>2420</sup> Auch die regionale Aufteilung zeigte, dass die Mehrheit im Süden und Osten keinen Druck auf die russischsprachigen Bürger verspürte. Tatsächlich schien sich der russischsprachige Südosten zu keinem Zeitpunkt in ihrer „Russischsprachigkeit“ diskriminiert gefühlt zu haben.

Zum Status der russischen Sprache haben die Befragten im Donbass mit überwiegender Mehrheit von 75% für die Variante gestimmt, wonach Russisch offiziell als zweite Staatssprache etabliert werden sollte. Im Rest des Südostens votierten zwischen 30% und 40% der Befragten für diese Option. Im Westen und im Zentrum war die Variante, wonach der Status inoffiziell bleiben sollte, weitaus populärer.<sup>2421</sup> Was die Beibehaltung des Status des Russischen als Regionalsprache angeht, erhielt diese Option fast überall im Land zwischen 20% und 30% der Stimmen. Einzige Ausreißer waren Charkiw mit der Mehrheit von 56% für diese Option und Donbass mit lediglich 17% der Sympathisanten.<sup>2422</sup>

Im September 2014, bereits nach dem offiziell vereinbarten Waffenstillstand von Minsk, stand die Frage zur Debatte, wie der Frieden am besten erreicht werden könnte. Etwa gleiche Anteile von rund 25% aus der Gesamtheit der Befragten entschieden sich zwischen dem Frieden um jeden Preis, dem Frieden mit Gewährung bedeutender, aber nicht aller Kompromisse oder dem Frieden mit einigen Kompromissen. Kurzum, es gab keine eindeutige Tendenz, weder in Richtung „Frieden um jeden Preis“ noch in Richtung „keine Kompromisse“. Im regionalen Bild konnte bei dieser Frage eine beinahe ideale Querlinie durch die Antwortmöglichkeiten beobachtet werden: Im Donbass votierte die Mehrheit der Befragten mit 55% für den Frieden um jeden Preis, wohingegen der Westen um Lwiw mit einer vergleichbaren Mehrheit entweder wenige oder gar keine Kompromisse eingehen wollte. Diese Optionen beinhalteten in erster Linie den Abzug der ukrainischen Armee (Donbass) bzw. die Weiterführung der „Anti-Terror-Operation“. Die anderen Oblaste siedelten sich mit ihren Antworten irgendwo dazwischen an.<sup>2423</sup>

Relativ eindeutig waren die regionalen Diskrepanzen bezüglich der Antworten auf die folgende Frage: „Existieren Ihrer Meinung nach zwischen den westlichen und den östlichen Regionen der Ukraine so umfassende politische Widersprüche, sprachliche und kulturelle Unterschiede oder wirtschaftliche Ungleichgewichte, dass sie sich auf lange Sicht voneinander trennen werden, eigene Staaten gründen oder sich anderen Staaten anschließen könnten?“<sup>2424</sup> Im Kontext des gesamten Landes haben 52% der Befragten mit „nein“ gestimmt – lediglich, muss man hierbei wohl sagen. Im Donbass

<sup>2420</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

<sup>2421</sup> KIIS-Umfrage (Mai 2014) Die Umfrage fand vom 8.-13. Mai 2014 statt und umfasste 2067 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=330&page=8> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185498/umfragen-einheitsstaat-vs-foederaler-staat-sprachsituation-die-ansichten-der-buerger-in-der-suedost-ukraine>

<sup>2422</sup> Ebd.

<sup>2423</sup> DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen.

<sup>2424</sup> DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 16.-30. März 2014 statt und umfasste 2010 Befragte in allen Regionen.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

und im restlichen Südosten des Landes haben entsprechend nur 26% und 38% der Befragten mit „nein“ geantwortet. Im Donbass haben zudem 26% mit „schwer zu sagen“ geantwortet – mehr als in jeder anderen Oblast. In allen anderen Oblasten sahen die Befragten nicht genügend Gründe für eine Abspaltung.

Im März 2014 wurden die Befragten gebeten die Ereignisse auf der Krim zu bewerten. Im Landesdurchschnitt befanden 68% der Befragten das Krim-Referendum für einen Versuch, die Ukraine zu spalten und gleichzeitig für eine Bedrohung der ukrainischen Unabhängigkeit („An attempt to break Ukraine into several parts and threat to its independence“). Im Südosten waren aber weniger als 50% der Befragten dieser Meinung, wobei etwa der gleiche Anteil das Referendum für ein legitimes Recht der Krim-Bewohner über die Zukunft der Krim zu entscheiden („A legitimate right of the residents of Crimea to express their opinion about the future of Crimea“) hielt.<sup>2425</sup> Die Befragten in Donezk und Luhansk hielten das Krim-Referendum zu 60% für eine legitime Willensbildung. Die regionale Spaltung ging noch tiefer, als es um den künftigen Status der Krim ging. Lediglich 42% des Südens und 31% des Ostens stimmten für den Status als Autonome Republik in der Ukraine. Krim als Teil der Russischen Föderation befürworteten 31% des Südens und 20% des Ostens – im Westen lag der Zuspruch für diese Option bei 0% und im Zentrum bei 3%.<sup>2426</sup> Kurioserweise fand bei der Frage nach den Zielen Russlands in Bezug auf die Krim im April 2014 in allen Regionen die Antwort „Invasion und Okkupation der unabhängigen Ukraine“ („Invasion and occupation of independent Ukraine“) den meisten Zuspruch, auch wenn die Mehrheiten im Westen und Zentrum bei über 70% und im Süden und Osten bei 30% bis 37% lagen. Die zweithäufigste Wahl in den letztgenannten Regionen fiel auf die Erklärung, dass Russland die russischsprachigen Bürger der Ukraine beschützen wollte (22% bis 31%).<sup>2427</sup> Als die Ukrainer im April 2014 gefragt wurden, wer am Verlust der Krim Schuld sei – zur Erinnerung, der Südosten war zu etwa 40% der Meinung, dass das Referendum legitim war – antwortete die Überwiegende Mehrheit der Befragten im Südosten, die neue Kiewer Führung trage die Verantwortung.<sup>2428</sup> Dies zeigt, dass obwohl die Abspaltung der Krim im Südosten nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, die Ereignisse dennoch Grund zur Kritik an der neuen Kiewer Führung lieferten.

Im März 2014 lag die Unterstützung des „Euromajdan“ bei 32% der Befragten im Süden und 24% der Befragten im Osten. In den westlichen Oblasten lag die Unterstützung dagegen bei weit über 60% der Befragten. Umgekehrt haben über 60% der Befragten im Südosten angegeben, den „Euromajdan“ explizit nicht zu unterstützen.<sup>2429</sup> Damit waren die Einstellungen gegenüber den Kiewer Ereignissen im Südosten der Ukraine das komplette Gegenteil der Einstellungen im Zentrum und im Westen. Beispielsweise haben die Interviewten im Westen und Zentrum die Majdan-Proteste vorwiegend als eine Bewegung zur Wiedervereinigung mit Europa („This is a movement for rapprochement with Europe“) bzw. als Revolution bewertet, während sie im Osten und Süden dagegen als

---

<sup>2425</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

<sup>2426</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

<sup>2427</sup> Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014.

<sup>2428</sup> Ebd.

<sup>2429</sup> Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014.

politischer Staatsstreich, Durcheinander und Chaos oder als Konflikt der politischen Elite betrachtet wurden.<sup>2430</sup> Etwa 40% der Befragten im Südosten fanden dabei, dass die Majdan-Ereignisse in erster Linie als Protest gegen das korrupte Regime von Wiktor Janukowitsch zu werten waren. Andererseits fanden weitere 40% der Befragten, dass „Euromajdan“ ein oppositioneller Staatsstreich mit Unterstützung des Westens gewesen ist. Die Befragten in Donezk und in Luhansk stimmten mehrheitlich für die zweite Interpretation der Majdan-Ereignisse.<sup>2431</sup> Entsprechend gemischt waren auch die Meinungen der Befragten im Südosten bezüglich der Verantwortung für den blutigen Verlauf des „Euromajdan“. Diese wurde zwar mit einer relativen Mehrheit von 44% Wiktor Janukowitsch zugeschrieben, doch viele sahen auch die Opposition oder auch die westlichen Staaten in der Verantwortung. Erneut stimmten Donezk und Luhansk für die zweite Variante. Als gefragt wurde, ob die Menschen im Südosten als Wähler Janukowitschs für die Zeit seiner Machtinhabung sich selbst in der Verantwortung sehen, stimmten die meisten entschieden mit „nein“.<sup>2432</sup> Interessante Einsichten boten sich in einer vergleichenden Umfrage zum „Euromajdan“ und der Orangen Revolution im Oktober 2014: Dabei wurden die Befragten aller Regionen gebeten die Ereignisse der beiden Aktionen entweder als Staatsstreich (unterstützt vom Westen bzw. seitens der Opposition) oder als bewussten bzw. spontanen Bürgerprotest zu kategorisieren. Die Ergebnisse verblüffen: Während die westlichen Oblaste beide Aktionen als bewussten Bürgerprotest bezeichneten, sah der Donbass sowohl die Orange Revolution als auch den „Euromajdan“ klar als einen Staatsstreich.<sup>2433</sup>

## 8.9 Zusammenfassung

Was trieb die Menschen in der Ukraine in den Krieg? Offenkundig waren die Bewohner der westlichen und östlichen Regionen der Ukraine miteinander solidarisch, wenn es um die sprachliche und kulturelle Beschaffenheit der ukrainischen Gesellschaft ging. Folgende allgemeine Spekulation stellte die Ereignisse in der Ukraine 2014 wahrscheinlich am besten infrage: Was wäre wenn? Hätte Wiktor Janukowitsch sein Amt niedergelegt, wenn es zu keinen Protesten gekommen wäre? Wie hätten die ost- und südukrainischen Oblaste dann reagiert? Wäre es im Falle einer lange vorbereiteten und völkerrechtlich legitimierten Abstimmung ebenfalls zur Sezession auf der Krim gekommen? Als eine Abfolge ungünstiger Ereignisse könnte die Ukraine-Krise von 2014 allenfalls hingestellt werden, wenn man davon ausginge, dass das Geschehene unerwartet gekommen ist. Doch im Grunde sind hierbei zwei Aspekte zu beachten: Die Russischsprachigkeit der Südost-Ukraine und die Geschichte der Sezessionsbestrebungen auf der Krim und im Donbass. Was die Sprache angeht, so fühlte sich die eine oder die andere Seite in ihrer

---

<sup>2430</sup> Ebd.

<sup>2431</sup> KIIS-Umfrage (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“.

<sup>2432</sup> Ebd.

<sup>2433</sup> Die deutsche Version dieser Umfrage ist zu finden unter: Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand vom 05.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen.

## 8. Exkurs: „Ukraine-Krise“ und die russischsprachige Bevölkerung

kulturellen und sprachlichen Beschaffenheit immer irgendwie benachteiligt, weswegen es auch immer wieder zu Spannungen gekommen ist.<sup>2434</sup> Auch die territorial-nationalen Gegebenheiten und Machtansprüche der Ukraine konnten wohl noch nie so richtig in gegenseitige Übereinstimmung gebracht werden, was auch wiederholt zu Konflikten führte. Deswegen kann die Krise des Jahres 2014 zwar als eine tragische und mehrfach überspitzte, aber keinesfalls als unerwartete Entwicklung dargestellt werden.

Die Krise hat bereits Ende 2013 angefangen und spaltete die Bevölkerung der Ukraine hinsichtlich der außenpolitischen Ausrichtung des Landes. Noch Anfang 2014 konnte keiner ahnen, dass sich die Proteste des „Euromajdan“ zu einem Krieg im Donbass entwickeln, bei vorheriger Annexion der Krim durch Russland. Eine bunte Masse an Faktoren und Ereignissen spielen in der Krise eine Rolle, nicht zuletzt die Ängste der russischsprachigen Oblaste im Südosten der Ukraine angesichts der veränderten Machtverhältnisse in Kiew. Die Extremfälle bilden die Krim und der Donbass mit den abtrünnigen „Volksrepubliken“ DNR und LNR, welche teils ähnliche und teils unterschiedliche Voraussetzungen für das „Überleben“ der Sezession und die Existenz als *de facto* Staat zeigen.

Sowohl auf der Krim als auch im Donbass gab es immer wieder Bewegungen, welche die Eigenständigkeit bzw. höhere Autonomie herbeizuführen versuchten. Meistens fielen diese zeitlich mit Änderungen der Machtverhältnisse in Kiew zusammen – sobald pro-westliche Parteien bzw. Führungsfiguren an die Macht kamen, protestierte der Südosten. Dass es 2014 auf der Krim schließlich zu einer „echten“ Sezession gekommen ist, kann der militärischen und außenpolitischen Unterstützung des Patron-Staates Russland zugeschrieben werden. Nachdem der Sezessions-Stein ins Rollen gebracht wurde, erfolgten wenig später ähnliche Bewegungen in Donezk und Luhansk, allerdings ohne offene Unterstützung seitens des Patron-Staates Russland. Dies stellt den wesentlichen Unterschied zwischen der Krim und DNR/LNR dar, denn die Krim hat mithilfe Russlands einen *de facto* –Status als einseitig anerkanntes Territorium, was nicht zuletzt wirtschaftliche Vorteile bringt. Entsprechend wurde die Krim in die Wirtschaftsstruktur Russlands integriert, wohingegen die beiden „Volksrepubliken“ ohne offene militärische Hilfe und sogar ohne offizielle Anerkennung seitens des Patron-Staates blieben. Wirtschaftlich wurden die abtrünnigen Gebiete von der ökonomischen Versorgung des ehemaligen Zentralstaates Ukraine abgeschnitten, und verfügen ohne Patronage aus Russland nicht über genügend Kapazitäten, um eigenständig zu wirtschaften. Das, und die Tatsache, dass der ehemalige Zentralstaat Ukraine Krieg gegen die Gebiete führt, lassen das Überleben der „Volksrepubliken“ als *de facto* –Staaten sehr fraglich erscheinen.

Institutionell haben sowohl die Krim als auch der Donbass mittels gewaltsamer Übernahme bestimmte Verwaltungsstrukturen gesichert. Als Legitimationsgrundlage der Sezession dienten abgehaltene Referenden. Dass die internationale Gemeinschaft die Referenden sowie die Unabhängigkeit nicht anerkannt hat, ist in beiden Fällen ein weiteres Zeichen des *de facto* –Status. Völkerrechtlich kann vor allem das Einmischen Russlands auf der Krim verurteilt werden – was dem Patron-Staat auch erhebliche Schwie-

---

<sup>2434</sup> Vgl. hierzu: Kulyk, Volodymyr (2014): Einheit und Identität: Sprachenpolitik nach dem Majdan. S. 232-237.

rigkeiten auf der internationalen Bühne eingebracht hat. Dennoch scheint das Festhalten an der Krim und weitere „verdeckte“ Unterstützung der DNR und LNR für Russland bedeutend genug zu sein, um den internationalen Ruf zu riskieren. Auch die Bevölkerung scheint in ihrer Unterstützung nicht sicher zu sein, zumindest sofern vorhandenen Erhebungen Glauben geschenkt werden darf. Von einem nationalen Zusammenhalt kann demnach in Hinblick auf die „Russischsprachigkeit“ und der Ablehnung des „Euromaidan“ und der Kiewer Führung die Rede sein. Die russische Bevölkerung der Krim scheint mit der Situation auf der Krim zufrieden zu sein, was allerdings keinesfalls mit Sicherheit von den Krimtataren oder den Krim-Ukrainern behauptet werden kann. Die Bevölkerung der DNR und LNR wird von der Kriegstätigkeit geprägt, ihre Unterstützung gegenüber der Sezession kann nicht mit Sicherheit belegt werden. In jedem Fall verursachte die „Anti-Terror-Operation“ bei vielen eine weitere Ablehnung der Kiewer Führung.

Auch für die Bevölkerung der gesamten Ukraine lässt sich sagen, dass die Meinungen bezüglich der Krise stark geteilt sind. In den meisten Sachfragen zur Krise zeigt sich eine deutliche Ost-West-Teilung, sowohl was die Verantwortung als auch was die Lösungsvorschläge angeht. Ohne die Berücksichtigung „beider“ Seiten bzw. solange die Frage der Koexistenz des Russischen und des Ukrainischen unter dem Zeichen „Entweder-oder“ aufrechterhalten wird, kann es für die Ukraine keine dauerhaft friedliche Lösung geben.



# 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

## 9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

Bereits der historische Hintergrund des Baltikums bzw. der Ukraine zeigt in beiden Fällen eine besondere Beziehung zwischen den Einheimischen der jeweiligen Länder und den Nachbarn im Osten. Mit dem Stalin-Terror der Nachkriegszeit begann die systematische Erhebung der Russen zur sowjetischen Titularnation, welche durch die Hierarchie der ethnischen Gruppen im Kontext des sowjetischen „Nationsprojektes“ untermauert wurde. Die baltischen und die ukrainische Titularnationen als „korennaja nacija“ hatten zwar eine bessere Position als diejenigen Völker, die nicht als „eingewurzelt“ galten, jedoch mussten sie ihre kulturellen und sprachlichen Besonderheiten stets gegen die Russifizierung schützen. Dabei waren die Balten bei der Konservierung ihrer kulturellen und sprachlichen Traditionen erfolgreicher als die Ukrainer, obwohl der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum gegen Ende der Sowjetzeit deutlich höher war als in der Ukraine. Während die Balten der Sowjet-Russifizierung nicht zuletzt als der „Westen“ der Sowjetunion trotzten, kamen die Ukrainer aus ihrer Rolle als „kleiner Bruder“ der sowjet-russischen Titularnation nur schwer heraus. Die russischsprachige Bevölkerung hatte nach dem Zerfall der UdSSR wiederum mit ihrer mangelnden Verwurzelung zu kämpfen und musste sich von ihrer Vorstellung über die gesamte Sowjetunion als Heimat – mit ihnen als Titularnation – verabschieden.

Die Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung an den politischen Entscheidungen der Demokratisierungsphase weisen einige Gemeinsamkeiten aber auch deutliche Unterschiede zwischen Estland und der Ukraine auf. Das wichtigste gemeinsame Charakteristikum ist die Tatsache, dass die russischsprachige Bevölkerung aufgrund ihrer Rolle im sowjetischen Hierarchiesystem in der einen oder anderen Weise an den Verhandlungen in der Phase des Systemzusammenbruchs beteiligt war bzw. sein musste. Während im Baltikum der Kurs bereits Mitte der 1980er Jahre auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ausgerichtet wurde – was das Augenmerk der Entscheidungsträger auf die Zeit der ersten baltischen Republiken zwischen den Weltkriegen legte –, wurde in der Ukraine versucht, ein Gleichgewicht zwischen dem Mangel an Erfahrung als Einheitsstaat und dem historischen Erbe zwischen Russland und dem Westen zu finden. Die baltischen Volksfronten galten als Vorbild der ukrainischen politischen Oppositionsbewegung Ruch – nicht zuletzt im Hinblick auf den ethnisch-nationalen Leitgedanken des Staatsaufbaus. Die politische Opposition richtete ihre Tätigkeit in beiden Fällen gegen das Sowjetsystem mit seiner maroden Wirtschaft, dem steifen Regierungsapparat, und den veralteten Hierarchien mit der EKP (Kommunistische Partei Estlands) an der Spitze. Die oppositionelle Rhetorik richtete sich im Baltikum gegen



## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Ende der 1980er Jahre immer stärker gegen das „Russische“, was hier bis heute als Synonym für die Sowjetzeit gilt. Damit war die staatliche Unabhängigkeit in Estland sowohl gegen Moskau als auch gegen alle Folgen der sowjetischen Okkupation gerichtet, wozu auch die russischsprachige Bevölkerung gezählt wurde. In der Ukraine konzentrierte sich die Opposition, entgegen dem baltischen Beispiel, bei dem die Volksfront eine beinahe flächendeckende Unterstützung genoss, mehr auf die westlichen Teile des Landes, aus denen sie bei den ersten halbfreien Wahlen auch ihre Wählerschaft schöpfte. Dass die KPU (Kommunistische Partei der Ukraine) einen großen Anteil ihrer Wählerschaft im russischsprachigen Osten und Süden des Landes hatte, kann als Beleg für die Machtstellung dieser Region während der Übergangsphase gelten. Im Baltikum ergänzte ein radikaler nationaler Flügel des oppositionellen Parteienspektrums das politische Feld – was die Volksfront bis zu den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 in ein moderates Licht rückte und auch einen Teil der russischsprachigen Bevölkerung dazu brachte, für sie zu stimmen.

Bereits im Vorfeld der ersten halbfreien Wahlen in Estland im Jahr 1990 hatte sich das ethnisch-nationale Verhältnis im Obersten Sowjet – dem höchsten Legislativorgan der Übergangszeit – mit etwa 70:30 zugunsten der estnischen Abgeordneten eingependelt. Nach den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990, als die Volksfront und die Opposition die überwiegende Mehrheit erzielten, machten ethnische Esten erneut über 70% der Abgeordneten aus. Ebenso hatte diesmal die Opposition mit der Volksfront die Mehrheit der Sitze gegenüber der EKP erhalten. Obwohl es nicht eindeutig ist, dass die EKP „ausschließlich“ von der russischsprachigen Bevölkerung Estlands gewählt wurde – schließlich hatte ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung die Volksfront gewählt, ebenso wie es in der estnischsprachigen Bevölkerung Anhänger der „alten“ Ordnung gab –, wurde die russischsprachige Bevölkerung bereits mit den ersten halbfreien Wahlen sowohl ethnisch-national als auch politisch überstimmt. Damit hat sich die ethnisch-nationale Stimmung in Estland erst kurz vor den Wahlen im Jahr 1990 endgültig angespannt, da wegweisende Entscheidungen zur staatlichen Souveränität und zur Staatssprache erst kurz zuvor von dem ethnisch „gemischten“ und von der EKP dominierten Obersten Sowjet getroffen wurden.

Während des Zusammenbruchs des autokratischen Regimes ereignete sich in Estland somit ein Paradigmenwechsel in Richtung einer ethnisch-nationalen Radikalisierung, was sich unter anderem in der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft durch den halbfreien Obersten Sowjet der Republik Estland im Jahr 1992 äußerte. Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft versetzte die Mehrzahl der „Sowjetmigranten“ zunächst in einen staatenlosen Zustand und verwehrte ihnen die Möglichkeit, am Verfassungsreferendum und an den ersten freien Parlamentswahlen teilzunehmen. Die Erarbeitung der Verfassung fand zwar unter Beteiligung von russischsprachigen Abgeordneten statt, jedoch mit deutlicher Überrepräsentation der neuen Opposition. Während die Volksfront in den Anfängen des Systemübergangs noch eine moderate Position angesichts der Staatsbürgerschaft vertrat und sich somit zu einer Quasi-Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung machte, wurde auch ihre Stimme mit voranschreitenden Verhandlungen radikalisiert. Dieser Paradigmenwechsel bedeutete für die russischsprachige Bevölkerung Estlands, dass sich ihre politische Position von einer intakten

## 9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

Vertretung in den gesetzgebenden Organen zu einer faktisch nicht vorhandenen Partizipation gewandelt hatte. Die fehlende rechtliche Grundlage zur Teilnahme an den ersten freien Parlamentswahlen besiegelte ihre Position als Minderheit. Durch die starke Stimme der national-radikalen Kräfte in der ersten Zusammensetzung des Parlaments und in den ersten Regierungskoalitionen wurden weitere gesetzliche Regelungen verabschiedet, wie das Ausländer- und das Sprachgesetz sowie ein neues, noch restriktiveres Gesetz zur Staatsbürgerschaft im Jahr 1995, welche die mangelhafte politische Repräsentation und die zunehmend segmentierte gesellschaftliche Position der russischsprachigen Bevölkerung weiter verstärkten. Allerdings, und das ist ein bedeutender Unterschied zu der lettischen Gesetzgebung, blieb den Nicht-Staatsbürgern in Estland das Recht auf Partizipation auf der kommunalen Ebene erhalten.

Die Situation in der Ukraine war dagegen im selben Zeitraum überwiegend von Kontinuität der ethnisch-nationalen Verhältnisse und der entsprechenden Rhetorik der Eliten geprägt. In der Ukraine gab es weder vor noch nach den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 eine Spaltung der politischen Eliten auf Grundlage der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit. Das ethnisch-nationale Verhältnis des ukrainischen Obersten Sowjets war daher weitaus diffuser als das vergleichbare Verhältnis in Estland. Allerdings konnte die Anhängerschaft der Bewegung Ruch mehr oder weniger eindeutig im westlichen – ukrainischsprachigen – Teil der Ukraine lokalisiert werden. Sie erhielt, anders als die Volksfront in Estland, im ersten halbfrei gewählten Parlament, der Werhowna Rada, jedoch nur 26% der Sitze. Unter den Mitgliedern der KPU zeichnete sich dabei traditionell eine Überrepräsentation der ethnischen Russen ab, so dass Repräsentanten aus dem russischsprachigen Osten die Führungsgremien und die repräsentativen Organe sowohl während der Übergangsjahre als auch darüber hinaus dominierten. Verstärkt wurde die Machtstellung der russischsprachigen Oblaste durch die Vertretung durch Ministerpräsidenten der 1990er Jahre, welche überwiegend aus dem Osten des Landes kamen. Schließlich gehörten Grundsätze, wonach die Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zur Ukraine gehöre und nicht mit der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum zu vergleichen sei, auch zu der Rhetorik der ersten Präsidenten Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma.

Dieser grundsätzliche Unterschied spiegelte sich auch in den gesetzlichen Regelungen in den Verfassungen von Estland bzw. der Ukraine wieder: Während die Gesetze in der Ukraine auf Inklusion und möglichst wenig gesellschaftliche Konflikte ausgerichtet waren, erhielt in Estland sogar der Unterschied zwischen „gebürtigen“ und „eingebürgerten“ Staatsbürgern Einzug in die Verfassung. Dies findet sich wiederum bis heute in der unterschiedlichen gesetzlichen Stellung der „eingeborenen“ und „eingebürgerten“ Staatsbürger, beispielsweise bei doppelter Staatsbürgerschaft, wieder. Dagegen war die gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine durch inklusive Normen gekennzeichnet: Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1991 garantierte jedem das Recht auf Staatsbürgerschaft, das Gesetz zur Sprache etablierte Ukrainisch zwar zur alleinigen Staatssprache, was für viele aus der russischsprachigen Ukraine zwar einer Diskriminierung gleichkam, jedoch sorgten gesetzliche Grundlagen auch dafür, dass der Status der russischen Sprache im Alltag und im offiziellen Umgang

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

faktisch nicht beeinträchtigt wurde. Die ukrainische Verfassung beinhaltete ebenfalls keinerlei Einschränkungen auf ethnisch-nationaler Basis.

An der Abstimmung zur Unabhängigkeit hat sich die russischsprachige Bevölkerung in beiden Ländern beteiligt. Umfragen zeigen, dass etwa die Hälfte der ukrainischen und etwa ein Drittel der estnischen russischsprachigen Bevölkerung die Unabhängigkeit unterstützt hat. In der Phase der Demokratisierung hatte die russischsprachige Bevölkerung in Estland keine „eigene“ Partei und wurde infolgedessen von den Parteien und Bündnissen der Esten kaum repräsentiert. Die Wucht der politischen Opposition, welche durch die Radikalisierung nationalistischer Kräfte befeuert wurde, ließ die russischsprachige Bevölkerung zunächst ohne politische Stimme zurück. Durch die voranschreitende Einbürgerung hat sich nach und nach eine Wählerschaft aus russischsprachigen Staatsbürgern herausgebildet. „Russischsprachige“ Parteien, welche sich im Laufe der 1990er Jahre formiert und mithilfe dieser Wählerschaft den Einzug ins Parlament geschafft hatten, konnten als repräsentative Kräfte sowohl auf der zentralstaatlichen als auch auf der kommunalen Ebene jedoch nur kurzen und geringen Erfolg verzeichnen. Unter anderem deswegen schwand das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung in eine ethnisch-national begründete parteipolitische Repräsentation durch „russischsprachige“ Parteien. Entsprechend haben die meisten Russischsprachigen spätestens ab dem Anfang der 2000er-Jahre ihre Stimme an Parteien vergeben, welche regierungsfähig waren und nicht explizit „russischsprachig“. Dadurch entstand eine Hegemonialstellung der Zentrumspartei als Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Dabei war der Einfluss der russischsprachigen Wählerschaft relativ stark, wie Wahlergebnisse der Zentrumspartei sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene zeigen, obwohl die Regierungskoalitionen bislang beinahe immer die estnischsprachige Wählerschaft repräsentierten. Die Entwicklungen der letzten Jahre vor den Parlamentswahlen 2015 zeigen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland von der Zentrumspartei mehr und mehr abgerückt ist und ihre Stimmen nun auch auf andere – wohlgerneht „estnischsprachige“ – Parteien lenkt. Ihre politische Position auf zentralstaatlicher Ebene bleibt allerdings bis heute schwach.

Die estnischen Regierungskoalitionen haben sich während der ersten Konsolidierungsjahre nur spärlich mit der Problematik der großen Anzahl an Nicht-Staatsbürgern bzw. der massenhaften Annahme der Staatsbürgerschaft Russlands beschäftigt. Mit der Zeit hielt die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung jedoch immer mehr Einzug in die estnischen Regierungsprogramme. Dazu gehörte auch die Verabschiedung einer offiziellen Integrationsstrategie, die mithilfe entsprechender Integrationsprogramme ab dem Jahr 2000 verfolgt wurde. Allerdings wurden teilweise ehrgeizige Zielsetzungen der Koalitionen durch fragwürdige Entscheidungen, wie der Absetzung des Ministers für Bevölkerungsfragen, und die Verlegung des sowjetischen Kriegsdenkmals im Frühling 2007, was zu Krawallen in Tallinn führte, gestört. Obwohl die Ereignisse rund um den „Bronze-Soldaten“ im Jahr 2007 die bisher größte ethnisch-national begründete Krise in Estland markieren, hatten sie auch ein gewisses Umdenken – oder ansatzweise einen neuen Paradigmenwechsel – zur Folge, was zu einer größeren Sorgfalt im Umgang mit dem Thema der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung geführt hat.

## 9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

In der Ukraine führte die starke politische Vertretung der russischsprachigen Bevölkerung während der Demokratisierungsphase zu einer ebenso starken Position während der ersten Jahre der Konsolidierungsphase. Auch nach dem Abtritt der alten und dem Aufkommen der neuen politischen Führungspersönlichkeiten konnte sich die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine auf eine stabile politische Repräsentation im Präsidialamt und im Parlament verlassen. Die Unterstützung der KPU und der „unabhängigen“ Kandidaten seitens der russischsprachigen Oblaste verwandelte sich mit der Zeit in die Unterstützung der „Partei der Macht“ unter Leonid Kuchma, deren Stelle später die „Partei der Regionen“ einnahm. Durch den Machtverbleib unter/bei den alten Eliten, welche ihre Interessen „ordentlich“ vertraten, fehlte es der Bevölkerung der russischsprachigen Oblaste an Motivation, neue Parteien zu gründen oder politische Bewegungen anzustiften. Dabei war ihr rechtlicher Status weitaus bequemer als der vergleichbare Status der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum, da der inklusive Charakter der Gesetzgebung sogar explizit auf die Identifikation der russischsprachigen bzw. der ethnisch russischen Bevölkerung mit dem ukrainischen Staat ausgelegt war und jedem das Recht auf politische Partizipation auf allen Ebenen garantierte.

Sowohl die ukrainischen Präsidentschaftskandidaten als auch die Parteien – welche meistens von den Präsidentschaftskandidaten angeführt wurden – mussten früher oder später in ihrer politischen Rhetorik auf die regionalen Unterschiede der ukrainischen Wählerschaft eingehen. Dabei reichte es häufig, dass in der west- oder ostukrainischen Wählerschaft seitens der Parteien Ängste der Bevölkerung vor der Russifizierung, oder im Gegenteil, der Ukrainisierung, geschürt wurden. Letztlich wurde dadurch die regionale Spaltung der ukrainischen Wählerschaft für den politischen Wahlkampf instrumentalisiert. Zu den Themen, um die sich die politischen Inhalte der ukrainischen Politik drehten, gehörten vor allem Fragen rund um den Status der russischen Sprache, die Regionalisierung bzw. die Föderalisierung, die soziökonomischen Unterschiede zwischen den ukrainischen Regionen sowie die außenpolitische Stellung der Ukraine zwischen Russland und Europa bzw. dem Westen. Während die Präsidenten der 1990er Jahre, Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma, Konflikte auf der ethnisch-nationalen Ebene mieden, haben sich die Präsidenten Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch mit ihrer Wählerschaft deutlich entlang der ethnisch-nationalen und geolinguistischen Grenzen des Landes orientiert. Wie das Beispiel von Julia Timoschenko zeigt, konnte der Versuch, auf alle Seiten und auf alle Themen einzugehen, scheitern und für den Verlust der Glaubwürdigkeit sorgen. Die Gesetzgebung zur Sprache entwickelte sich im Laufe der Zeit zum größten Zankapfel, welcher durch die Gesetzgebung des Jahres 2012 zu „regionalen Sprachen“ sogar zu einem Katalysator der Ukraine-Krise des Jahres 2014 wurde. Dieses „Primat der Sprache“ zog sich durch die gesamte Konsolidierungsphase der ukrainischen Transformation.

Die russischsprachigen Oblaste der Ukraine entwickelten ein erhebliches politisches Gewicht sowohl bei den Wahlen des Präsidenten als auch bei der Zusammensetzung des Parlamentes und folglich auch bei der Gestaltung der ukrainischen Politik. Anders als in Estland hatten die russischsprachigen Oblaste wiederholt für die Machtstellung „ihrer“ Kandidaten bzw. „ihrer“ Parteien gesorgt. Zusätzlich sorgten die Geldgeber der Parteien für den nötigen Rückhalt der „eigenen“ Partei in der „eigenen“ Region. Bis zur

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Krise 2014 war die politische Position der russischsprachigen Bevölkerung damit als stark einzustufen. Der „wirkungslose Pluralismus“ der politischen Eliten, die ihre Machtstellung mittels Konzentration auf die genannten Kernthemen ohne spürbare Maßnahmen sicherten, führte jedoch letztlich zu einer immer größer werdenden regionalen Spaltung der Ukraine. Diese sorgte wiederum für Krisenstimmung, welche in dem Aufkommen national-radikaler Parteien im Westen des Landes und letztlich in der Krise des Jahres 2014 ihren Ausdruck fand, wodurch die politische Position der russischsprachigen Bevölkerung geschwächt wurde. Es ist zu erwarten, dass die russischsprachige Bevölkerung ihre starke Position mittelfristig zurück erlangen möchte, was seitens der Kiewer Führung bei der Gestaltung der innen- und außenpolitischen Ausrichtung des Landes unbedingt berücksichtigt werden muss.

Aufgrund des staatlichen Charakters der Integrationsstrategie, welche durch eine Reihe entsprechender Programme dokumentiert ist, sind in Estland zahlreiche Studien und Erhebungen vorhanden, welche den allgemeinen Integrationsstatus der russischsprachigen Bevölkerung widerspiegeln. In der Ukraine war eine offizielle Integrationsstrategie überflüssig, weil die russischsprachige Bevölkerung sich weder vom gesetzlichen Status noch von der politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Position her von der ukrainischsprachigen bzw. ethnisch ukrainischen Bevölkerung unterscheidet. Deswegen basieren vergleichbare Studien in der Ukraine auf Untersuchungen zum sozioökonomischen Vergleich zwischen den verschiedenen Regionen bzw. Oblasten. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland im sozioökonomischen Vergleich zu der estnischen bzw. der estnischsprachigen Bevölkerung hinsichtlich der meisten Untersuchungsfaktoren benachteiligt ist. Beispielsweise verdienen Russischsprachige im Schnitt weniger und sind öfter von Arbeitslosigkeit oder Armut betroffen. Ebenso hängen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt stark von der Bildung und vor allem der Bildungssprache ab, was mit der gesamtgesellschaftlichen Problematik der Sprache zusammenhängt. Einfach ausgedrückt gibt es für Russischsprachige ohne genügende Estnischkenntnisse faktisch keine Chance auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Existenz in Estland bzw. im Baltikum. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der sozioökonomischen Stellung, sondern auch in der subjektiven bzw. identifikativen Positionierung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Ähnliches kann man pauschal für Lettland resümieren.

In der Ukraine hingegen ist die russischsprachige Bevölkerung sozioökonomisch nicht nur gleichberechtigt, sondern die russischsprachigen Oblaste zählen sogar zu den ökonomisch stärksten Gegenden der Ukraine. Die wirtschaftliche Stärke des industrialisierten Ostens kann sogar als Grund dafür dienen, weshalb sich die hiesige russischsprachige Bevölkerung gegenüber den ukrainischsprachigen und ökonomisch schwächeren Oblasten überlegen fühlt, bzw. vor der Krise des Jahres 2014 gefühlt hat. Die Resistenz gegenüber der Ukrainisierung seitens der „russischsprachigen“ Ukraine hängt auch damit zusammen, dass Russisch im Alltag und im Arbeitsleben nicht nur im Südosten an der Tagesordnung ist. Abgesehen davon, dass die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Bürger sowohl Russisch als auch Ukrainisch beherrscht, konnten die wirtschaftlich starken Oblaste des Südostens immer davon ausgehen, dass sie Russisch als Alltags- und Arbeitssprache auch deswegen beibehalten können, weil es der Rest des

## 9.2 Begrifflichkeiten – Wandel der russischsprachigen Bevölkerung

Landes sich nicht leisten konnte, auf die Industrie des Ostens zu verzichten. Dies unterscheidet diese Region von der überwiegend russischsprachigen Region Ida-Virumaa, die für das Überleben der estnischen Wirtschaft nicht von entscheidender Bedeutung ist. Die jahrzehntelange Finanzierung der Politik durch das ostukrainische Kapital hat die Stellung der russischsprachigen Oblaste zusätzlich verstärkt.

## 9.2 Begrifflichkeiten – Wandel der russischsprachigen Bevölkerung

Während der Sowjetzeit konnte die ethnisch russische Bevölkerung als titulare Bevölkerung der Sowjetunion gelten, obwohl sie in den Unionsrepubliken in der Minderheit war und diese auch immer eine „eigentliche“ Titularnation („korennaja nacija“) hatten. Die Tatsache, dass die Russen formal keinen solchen Status hatten, hob sie von den anderen Sowjetnationen ab und machte sie zur „korennaja nacija“ der Sowjetunion – ganz im Sinne des politischen Aufbaus, wonach die Union aus Moskau regiert wurde. Die sowjetischen Russen waren den restlichen Nationen zahlenmäßig überlegen und politisch dominant – was durch die Betonung der national-ethnischen Herkunft bei der sowjetischen Staatsbürgerschaft und von Russisch als *lingua franca* die Stellung als Titularnation besiegelte.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hing der Status der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung von einer Reihe von Faktoren ab. Da sich die russischsprachige Gruppe im Baltikum in erster Linie über die gesprochene Sprache deutlich von den neuen Titularnationen abhob, konnte sie relativ einfach identifiziert werden und wurde im Kontext der neuen unabhängigen Nationalstaaten gesellschaftlich und politisch ausgegrenzt. In der Ukraine war die Abgrenzung auf Grundlage der Sprache schwieriger, da auch viele Ukrainer Russisch als Muttersprache gesprochen haben. Eine politische und soziale Abgrenzung nach baltischem Vorbild war hier auch deshalb schwer bis unmöglich, weil die russischsprachigen Oblaste der Ukraine politisch und wirtschaftlich stets stark repräsentiert waren. Durch Mangel an politischer Organisation konnte sich die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum im Vergleich dazu nur schwer gegen den Wandel zu einer Minderheit wehren. Die russische Sprache stellt im Baltikum den gemeinsamen Nenner dieser Gruppe dar, obwohl die ethnisch-nationale Herkunft als Russe, Ukrainer, Weißrusse etc. zusätzlich eine Rolle spielt. Als „russischsprachige Bevölkerung“ stellt sie seit dem Zerfall der Sowjetunion im Baltikum eine Minderheit ohne Sonderrechte in Hinblick auf die Sprache oder politische Repräsentation dar. In der Ukraine kann die russischsprachige Bevölkerung, bestehend aus ethnischen Russen und Ukrainern, nicht mit Sicherheit als „Minderheit“ gelten. Lediglich die zahlenmäßige Unterlegenheit der ethnischen Russen gegenüber den ethnischen Ukrainern im Land kann als Grundlage für die Bezeichnung als „Minderheit“ reichen. Ebenso hatten russischsprachige Oblaste seit dem Jahr 2012 Sonderrechte in Bezug auf die Sprache. Offiziell möchte sich jedoch weder die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum noch die russische Bevölkerung in der Ukraine als „Minderheit“ anerkennen lassen, da dies für sie

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

eine Abwertung gegenüber dem Status als vollwertige Gesellschaftsmitglieder bedeuten würde.

Die Frage nach der territorialen Zugehörigkeit der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum ist eng mit der Frage nach dem Status als autochthone bzw. allochthone Gruppe verbunden. Obwohl die Tatsache der Migration im Zuge der Sowjetokkupation im Baltikum im Grunde keine Zweifel an dem Status als „Zugezogene“ hinterlassen sollte, wird diese Bezeichnung seitens der russischsprachigen Bevölkerung angezweifelt und mit dem Argument einer Migration innerhalb eines Staates abgelehnt. In der Ukraine kommt zu dieser Argumentation noch die Wahrnehmung der historischen Einheit hinzu, welche die Ukraine und Russland zu einer Art kulturell-historischen Gesamtheit – nach Perzeption eines Teils der Bevölkerung – werden lässt. Die Schwierigkeit besteht hier erneut in der verschwommenen Abgrenzung zwischen Ukrainern und Russen, welche die Wahrnehmung der kulturell-historischen Verbundenheit dieser zwei Nationen je nach Gegend, Abstammung und Umfeld teilen. Da die Frage der Migration in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum und in der Ukraine strittig bleibt, kann auch keine gängige Integrationsstrategie gefunden werden, welche sich an die Besonderheiten dieser Situation anpassen könnte. Schließlich können Personen, die sich nicht für Immigranten halten, auch schwer davon überzeugt werden, sich in eine Gesellschaft integrieren zu müssen.

Unter anderem haben internationale Organisationen, wie die OSZE bzw. die EU, zu dem Prozess der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland (und Lettland) beigetragen. In der Ukraine, wo die russischsprachige Bevölkerung ihren gesellschaftlichen und politischen Status behalten konnte, war eine solche Strategie nicht notwendig bzw. wurde nicht als notwendig erachtet. Insofern kann man am Beispiel Estlands von einer teilweise staatlich gelenkten gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung sprechen, während in der Ukraine eine solche praktisch nicht existiert, obwohl die Prozesse der gesellschaftlichen Koexistenz natürlich dennoch stattfinden.

### 9.3 Größe der russischsprachigen Bevölkerung

Was die Größe der Minderheit angeht, hatten es die baltischen Staaten Ende der 1980er Jahre mit einem relativ großen Anteil russischsprachiger Bevölkerung zu tun. In Estland belief sich diese im Jahr 1989 auf etwa 35% der Bevölkerung und in Lettland auf etwa 42% der Bevölkerung. Litauen hatte im Jahr 1989 mit etwa 10% den geringsten Anteil russischsprachiger Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. In der Ukraine belief sich der Gesamtanteil der ethnischen Russen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1989 auf etwa 22%, wozu allerdings noch eine große Anzahl ethnischer Ukrainer kam, die sich als „russischsprachig“ bezeichnet haben. Während die ethnisch-nationalen Verhältnisse in den baltischen Staaten Estland und Lettland (abgesehen von Litauen) somit ungünstiger zu sein schienen als die in der Ukraine, konnte im Jahr 1989 die absolute Zahl der ukrainischen Russen mit über 11 Millionen Personen gegenüber einer halben Million in Est-



## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

land und etwa einer Million in Lettland als eine beachtliche Gruppe gelten. Hinzu kamen die russischsprachigen Ukrainer, welche in der südöstlichen Region zusätzlich zu den ethnischen Russen die Mehrheit der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung ausmachten. Während die russischsprachige Bevölkerung in Estland und Lettland, was ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung angeht, mit der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine vergleichbar ist, konnte sie dennoch „absolut“ betrachtet als überschaubar gelten, was man über die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine nicht sagen kann. Dies könnte einer der Gründe sein, weshalb es im Baltikum gelungen ist, die russischsprachige Bevölkerung während der Demokratisierungsphase aus dem politischen Prozess zu verdrängen. In der Ukraine dagegen konnten ethnische Russen mit ihrer millionenstarken absoluten Zahl nicht ohne Weiteres ignoriert bzw. verdrängt werden.

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

### 9.4.1 Messung der gesellschaftlichen Integration mithilfe der Indikatoren

Die Messung der einzelnen Indikatoren erfolgt nach dem vorgestellten Schema der Formen der gesellschaftlichen Integration. Dabei wird jeder Indikator je nach dem Grad der Integration bewertet. Obwohl die Mehrfachintegration als die erwünschte Form der gesellschaftlichen Integration betrachtet wird, kann in einigen Fällen auch die Assimilation als Wunschform gelten, beispielsweise, wenn es um den gesetzlichen Status geht, es also faktisch nur einen Integrationsraum gibt – den der Mehrheitsgesellschaft. Schließlich stellt die Minderheitsgesellschaft in der Regel keine eigene Verfassung bzw. keine eigenen Grundrechte auf. Entsprechend werden die Formen der Segmentierung oder Marginalisierung als Formen einer ungenügenden gesellschaftlichen Integration betrachtet, wobei die Marginalisierung als die schlechteste Form der gesellschaftlichen Integration anzusehen ist.

Als Erstes wird die politische Dimension vorgestellt, da sich die Indikatoren direkt aus dem Prozess der Transformation ergeben. Danach werden die Dimensionen kulturell, strukturell, sozial und identifikativ auf den Identifikationsgrad der russischsprachigen Bevölkerung hin untersucht. Anschließend werden die aufgestellten Hypothesen überprüft.

### 9.4.2 Politische Dimension

#### 9.4.2.1 Zugang zu Grundrechten

Der Zugang zu Grundrechten in Estland ist für alle Bewohner durch die estnische Verfassung garantiert. Diese Tatsache wird auch wiederholt von estnischen Wissenschaft-

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

lern betont, wenn es um die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung geht, wobei der Fakt, dass Nicht-Staatsbürgern das aktive und das passive Wahlrecht auf zentralstaatlicher und das passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene verwehrt bleibt, häufig mit dem Zusatz „lediglich“ versehen wird.<sup>2435</sup> Schließlich, so die Argumentation der Gesetzgeber, seien ihnen alle anderen Grundrechte zugänglich. In der Tat sind auch Staatenlosen alle Grund- und Bürgerrechte durch die estnische Verfassung garantiert. Allerdings stellt die Einschränkung der Wahlberechtigung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft einen bedeutenden Einschnitt in die repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung dar. Selbst der Wortlaut der Verfassung unterscheidet zwischen „gebürtigen“ Esten und eingebürgerten Staatsbürgern, was wiederum zu einer ungleichen Behandlung im Falle des Entzugs der Staatsbürgerschaft führen kann. Zusätzlich sind die Bestimmungen des Gesetzes zu den Ausländern aus dem Jahr 1993 als teilweise diskriminierend gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung einzuordnen, obwohl sie später geändert wurden. Insofern kann man im Falle Estlands von einer Assimilierung der russischsprachigen Bevölkerung auf Grundlage der Grundrechte sprechen. Allerdings sind Nicht-Staatsbürger der Wahlberechtigung auf zentralstaatlicher Ebene beraubt und können daher auch nicht als vollständig gleichberechtigt mit Staatsbürgern gelten. Insofern sind Staatenlose in dem Fall marginalisiert. Auf kommunaler Ebene sind aufgrund der aktiven Wahlberechtigung auch Nicht-Staatsbürger assimiliert.

Zwar ist die Verfassung der Ukraine unter Zeitdruck und auch erst spät verabschiedet worden, sie beinhaltet allerdings die Garantie aller Grundrechte und -freiheiten, inklusive der Gleichheit aller Staatsbürger, ohne Unterscheidungen auf Grundlage von Herkunft, Rasse, Konfession o.ä. Mit der Verfassung wurde Ukrainisch als Staatssprache definiert, wodurch die Nutzung anderer Sprachen (darunter Russisch) jedoch nicht beeinträchtigt wurde. Zusammen mit den Gesetzen zur Staatsbürgerschaft und Sprache wurde in der Ukraine ein inklusives Modell der Bürgerschaft begründet, welches für Loyalität und Akzeptanz des unabhängigen ukrainischen Staates sorgen sollte. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine auf der Grundlage ihrer gesetzlichen Stellung als assimiliert gelten.

### 9.4.2.2 Zugang zur politischen Partizipation und/oder Wahlen

In Estland ist der Zugang zu Wahlen für die russischsprachige Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft abhängig: Nicht-Staatsbürger haben demnach keinen Zugang zu Wahlen auf zentralstaatlicher Ebene, allerdings können sie an Kommunalwahlen teilnehmen. Diese Möglichkeit ist in Lettland beispielsweise nicht gegeben. Obwohl der Misserfolg der explizit „russischsprachigen“ Parteien in Estland als Zeichen für eine repräsentative Marginalisierung gelten kann, ist die Tatsache, dass es überhaupt „russischsprachige“ Parteien, wie VEE bzw. EÜRП Mitte der 1990er Jahre gegeben hat, als ein positiver Effekt hinsichtlich der Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung in Estland zu werten. Dass die russischsprachige Bevölkerung Estlands stattdessen

---

<sup>2435</sup> Vgl. zum Beispiel: Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. *Acta Politica* 3. 132-154, S. 136.

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

mehrheitlich die Zentrumsparterie bevorzugt hat, zeigt, dass nicht die ethnisch-nationale Konnotation sondern die Kooperationsfähigkeit mit „estnischen“ Parteien für die russischsprachige Wählerschaft von Bedeutung ist. Auch entsprechende Umfragen zeigten, dass die Regierungsfähigkeit der gewählten Partei an erster Stelle steht. Dies könnte als eine Bewegung in Richtung Mehrfachintegration gewertet werden. Der Zugang zu Wahlen ist klar zwischen Staatsbürgern, welche demnach als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) gelten können und Nicht-Staatsbürgern, welche auf der Kommunalebene als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) und auf der zentralstaatlichen Ebene als marginalisiert gelten können, geteilt. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1992 war die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung marginalisiert.

In der Ukraine gibt es keine Unterscheidung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft, was bedeutet, dass der Zugang zu Wahlen auf allen Ebenen allen Bürgern zugänglich ist. Wie bereits im Zusammenhang mit der Repräsentation beschrieben, genossen die russischsprachigen Oblaste bzw. die russischsprachige Bevölkerung durchgehend eine starke politische Repräsentation sowohl durch Präsidentschaftskandidaten als auch durch politische Parteien. Insofern kann die ukrainische russischsprachige bzw. russische Bevölkerung als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) gelten.

### 9.4.2.3 Zugang zu politischen Ämtern

In Estland ist der Zugang zu politischen Ämtern für Nicht-Staatsbürger gesperrt. Dies gilt sowohl für die kommunale als auch für die zentralstaatliche Ebene. Staatsbürgern steht der Zugang zu politischen Ämtern offen. Obwohl gesetzlich geregelt ist, dass Kandidaten für öffentliche Ämter ein Mindestniveau an Estnisch nachweisen müssen, können Minderheitensprachen im täglichen behördlichen und öffentlichen Umgang verwendet werden. Insofern können russischsprachige estnische Staatsbürger als rechtlich assimiliert gelten, wenn es um den Zugang zu öffentlichen Ämtern geht. Der repräsentative Zugang auf zentralstaatlicher Ebene kann nach wie vor als marginalisiert bzw. als „teilweise“ segmentiert gelten. Nicht-Staatsbürger und Bürger anderer Staaten sind hinsichtlich dieses Indikators marginalisiert.

In der Ukraine bestehen keine Einschränkungen beim Zugang zu politischen Ämtern, was wiederum erneut mit der inklusiven Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft zusammenhängt. Russisch ist in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern per Gesetz zugelassen, auch wenn die offizielle Dokumentation auf Ukrainisch zu erfassen ist. Spätestens seit der Verabschiedung des Gesetzes zu den „regionalen Sprachen“ durfte Russisch in den entsprechenden Oblasten als Amtssprache verwendet werden. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine hinsichtlich des Zuganges zu öffentlichen Ämtern als assimiliert bzw. als sprachlich mehrfachintegriert gelten.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

### 9.4.2.4 Ergebnis: Politische Dimension in Estland und der Ukraine

Die russischsprachige Bevölkerung in Estland kann in der politischen Dimension hinsichtlich aller Indikatoren nur zum Teil als assimiliert bzw. mehrfachintegriert gelten. Vollkommen assimiliert bzw. mehrfachintegriert sind lediglich estnische Staatsbürger. Nicht-Staatsbürger bzw. Bürger anderer Staaten sind assimiliert, wenn es um die Grundrechte geht, allerdings marginalisiert sowohl beim Zugang zu Wahlen als auch beim Zugang zu politischen Ämtern. Die Entwicklung der Position der russischsprachigen Bevölkerung im Zuge der Transformation hat sich von einer vollständigen Assimilierung während der Sowjetzeit bis hin zur Marginalisierung in der Phase der Demokratisierung und in den ersten Jahren der Konsolidierung entwickelt. Danach fand die beschriebene Zweiteilung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern bzw. den Bürgern anderer Staaten statt.

In der Ukraine ist die russischsprachige bzw. ethnisch russische Bevölkerung in der politischen Dimension assimiliert bzw. teilweise repräsentativ bzw. sprachlich mehrfachintegriert. Die Entwicklung durch alle Transformationsphasen weist dieselbe integrative Position auf.

### 9.4.3 Kulturelle Dimension

#### 9.4.3.1 Sprache

Bereits die sprachliche Herkunft der Esten unterscheidet sie deutlich von der russischsprachigen Bevölkerung. Als Ergebnis der Sowjetzeit konnten sich in den 1990er Jahren noch die meisten Esten auf Russisch unterhalten. Umgekehrt galt dies für die russischsprachige Bevölkerung Estlands. Diese Segmentierung auf sprachlicher Basis zieht sich bis heute durch die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Im offiziellen Sprachgebrauch in Estland ist Russisch marginalisiert, weil die Kommunikation in diesem Bereich stets nur auf Estnisch erfolgt. Grundsätzlich hat sich die russischsprachige Bevölkerung im Laufe der Zeit immer besser an das estnischsprachige Umfeld angepasst, wodurch zum Teil der Zustand eines „asymmetrischen Bilingualismus“ entstanden ist, obwohl teilweise noch bis heute eine abweisende Haltung der Esten selbst gegenüber denjenigen Russischsprachigen besteht, die Estnisch sprechen. Diese Problematik wird dadurch verstärkt, dass man die meisten Russisch-Muttersprachler anhand eines Akzentes erkennt, was wiederum zu einer pessimistischen Selbstwahrnehmung der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber ihren Estnisch-Kenntnissen führt. So trauen sich Russischsprachler in einigen Situationen nicht, Estnisch zu sprechen oder auf Estnisch zu schreiben, weil sie Kritik oder Abweisung befürchten. Positiv auf die sprachliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung wirken sich hingegen eine ethnisch-national gemischte Wohngegend, die estnische Staatsbürgerschaft und ein gemischtes bzw. ein estnischsprachiges Arbeitskollektiv aus, wobei Letzteres durch die erwähnte teilweise abweisende Haltung der Esten erschwert sein kann.

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

Was die Nutzung der Medien angeht, konsumiert die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung russischsprachige Fernsehkanäle, deren Inhalte überwiegend in Russland produziert werden. Der Nutzung estnischsprachiger Sender steht meistens die fehlende Sprachkenntnis im Weg und nicht das grundsätzliche Desinteresse gegenüber estnischen Themen, wie der russischsprachigen Bevölkerung häufig vorgeworfen wird. Tatsächlich zeigt ein hoher Konsum an Radiosendungen, welche auf Russisch ausgestrahlt aber in Estland produziert werden, dass sich die russischsprachige Bevölkerung für lokale Themen interessiert, jedoch ein Angebot auf Russisch benötigt. Grundsätzlich kann man sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland auf sprachlicher Basis segmentiert ist, obwohl eine deutliche Bewegung in Richtung der sprachlichen Mehrfachintegration zu vernehmen ist. Teilweise wird der Zugang zur estnischsprachigen Gesellschaft durch die abweisende Haltung der Esten blockiert.

Die sprachliche Situation in der Ukraine wird durch zwei Gegebenheiten verkompliziert: Erstens verwendet ein Teil der ethnisch ukrainischen Bevölkerung Russisch als erste Kommunikationssprache, so dass keine klare Unterscheidung zwischen der Muttersprache, der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit und der „Gewohnheitssprache“ möglich ist. Zweitens wird sowohl Russisch als auch Ukrainisch von der überwiegenden Mehrheit der Bürger beherrscht, die Nutzung hängt also weniger mit der Kenntnis, sondern mehr mit der alltäglichen Notwendigkeit, der Wohngegend und der identifikativen Überzeugung zusammen. Die Sprache stellt den bedeutendsten Faktor der regionalen Teilung der Ukraine dar – neben der West- und der Ostukraine kann auch die Unterscheidung zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Ukraine getätigt werden. Obwohl die Nutzung der jeweiligen Sprache in manchen Gegenden für eine abweisende Haltung sorgt, gibt es weitaus weniger offene Ablehnung gegenüber Russischsprachigen, als es in Estland der Fall ist. Insofern kann man von einer weitgehenden sprachlichen Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung sprechen. Im Falle der russischsprachigen Ukrainer kann man von einer „umgekehrten“ sprachlichen Assimilierung in die Minderheitenkultur – in diesem Fall die russischsprachige – sprechen, wodurch ein asymmetrischer Bilingualismus entstanden ist. Dieser bezieht sich hauptsächlich auf Ukrainer, die beide Sprachen – Russisch und Ukrainisch – sprechen, sich im Alltag jedoch auf Russisch unterhalten, da die überwiegende Mehrheit des Umfeldes russischsprachig ist. So entfällt für Russisch-Muttersprachler die Notwendigkeit, Ukrainisch zu verwenden, was die Asymmetrie begründet.

### 9.4.3.2 Kenntnis der Kultur/Ähnlichkeit

Was die kulturelle Ähnlichkeit angeht, sind die Russen in Estland in ihrer Wahrnehmung zum Teil näher an den Esten als an den in Russland lebenden Landsleuten anzusiedeln, obwohl kulturelle Unterschiede zwischen Russen und Balten auch von der russischsprachigen Bevölkerung in Estland nicht geleugnet werden. Durch das jahrzehntelange Zusammenleben versuchen sich viele auf die Werte der Aufnahmegesellschaft zu besinnen und betonen die gemeinsamen Wurzeln, den christlichen Glauben und die gemeinsame Geschichte als Grundlage für die geteilte kulturelle Basis. Demge-

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

genüber steht allerdings die Wahrnehmung der estnischen Titularnation, wonach Russen oftmals als kulturell grundsätzlich „anders“ betrachtet werden, was sie aus dem baltischen Kulturraum ausgrenzt. Das Bekenntnis zu den europäischen Werten der Esten bildet hierbei einen wichtigen Baustein. Dagegen betonen viele Russischsprachige in Estland (oder auch Lettland), dass sie kulturell sowohl zum russischsprachigen als auch zum estnischsprachigen (bzw. lettischsprachigen) Raum gehören, was sie somit als mehrfachintegriert auszeichnet, obwohl nach wie vor eine Segmentierung des russischsprachigen kulturellen Raumes im Baltikum besteht. Doch selbst in den nordöstlichen Städten Estlands grenzen sich die meisten Russischsprachigen von Russland ab und betonen die kulturelle Zugehörigkeit zur „eigenen“ baltisch-russischen Kultur. Auch hierbei kann somit eine Bewegung in Richtung Mehrfachintegration beobachtet werden. Allerdings besteht auch hier eine Tendenz in Richtung Segmentierung seitens der estnischen Titularnation.

In der Ukraine sind die kulturellen Ähnlichkeiten zwischen den Russen und den Ukrainern weitaus offensichtlicher, als dies in Estland zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung der Fall ist. Dennoch werden seitens der Ukrainer, vor allem in den westukrainischen Oblasten, häufig Faktoren angebracht, welche den kulturellen Unterschied zwischen ihnen und den Russen untermauern sollen. Dazu gehören vor allem die historische Zugehörigkeit der westukrainischen Gebiete zu Europa sowie die grundsätzlich „andere“ Einstellung der Ukrainer gegenüber der Demokratie und dem Staatsaufbau. Seitens der Ukrainer der russischsprachigen Gebiete bzw. seitens der ukrainischen Russen hört man dabei weitaus seltener die Bezeichnung „anders“, wenn es um die Ukrainer im Allgemeinen geht. Vielmehr werden die Ukrainer seitens der Russen allgemein als „Brudervolk“ wahrgenommen, mit dem die russische Bevölkerung die meisten kulturellen Attribute zu teilen glaubt. Angesichts dieser Wahrnehmung kann die russischsprachige bzw. die russische Bevölkerung in der Ukraine hinsichtlich der kulturellen Ähnlichkeit als mehrfachintegriert gelten, wobei russischsprachige Ukrainer auch hier teilweise eine „umgekehrte“ Assimilierung in die russische bzw. in die „russischsprachige Kultur der Ukraine“ aufweisen.

### 9.4.3.3 Ergebnis: Kulturelle Dimension in Estland und der Ukraine

Auf der sprachlichen Basis kann die russischsprachige Bevölkerung in Estland als segmentiert gelten, wobei eine deutliche Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration zu verzeichnen ist. Dieser wirkt allerdings die Einstellung der estnischsprachigen Bevölkerung entgegen, welche sich teilweise abweisend gegenüber der estnischsprechenden russischsprachigen Bevölkerung verhält. Ähnliches kann auch hinsichtlich der kulturellen Ähnlichkeit bzw. der Kenntnis der Aufnahmekultur beobachtet werden, wobei sich die russischsprachige Bevölkerung teilweise zu einer „eigenen“ baltisch-russischen Kultur bekennt. Auch hier ist seitens der estnischsprachigen Titularnation eine teilweise deutliche Abgrenzung zwischen dem estnisch- und dem russischsprachigen kulturellen Raum zu verzeichnen. Im Laufe der Transformation hat sich die russischsprachige Be-

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

völkerung von einer starken Segmentierung hin zu einer „einseitigen“ Mehrfachintegration bewegt.

Die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine kann hinsichtlich der Sprache als mehrfachintegriert gelten. Dies gilt auch für die kulturelle Ähnlichkeit, obwohl diese teilweise von der ukrainischen Titularnation angezweifelt wird. Im Falle der russischsprachigen Ukrainer kann man von einer „umgekehrten“ Assimilierung hinsichtlich der Sprache und teilweise auch in Bezug auf die kulturelle Ähnlichkeit sprechen. Diese Integrationsstufen haben sich im Laufe der Transformation wenig verändert, womöglich lediglich hinsichtlich der Ukrainisch-Kenntnisse der russischsprachigen Ukrainer und der ukrainischen Russen, welche sich im Laufe der Konsolidierungsphase verbessert haben.

### 9.4.4 Strukturelle Dimension

#### 9.4.4.1 Zugang zum/Teilnahme am Arbeitsmarkt

Der Zugang zu und die Teilnahme am Arbeitsmarkt sind für die russischsprachige Bevölkerung in Estland grundsätzlich gegeben. Bis auf eine Periode zwischen 1993 und 1997, als der gesetzliche Status der Ausländer noch ungeklärt war und sie deswegen teilweise Schwierigkeiten hatten eine Beschäftigung zu finden, bestehen heute keine gesetzlichen Hürden beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, bis auf die Sprachregelung in öffentlichen Ämtern. Dagegen bestehen teilweise Hürden in der sozioökonomischen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung: Russischsprachige Arbeitnehmer verdienen zum Teil weniger als estnischsprachige Arbeitnehmer, sind seltener in Führungspositionen vertreten und häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Besonders russischsprachige männliche Arbeitnehmer scheinen auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt zu sein, weil sie zum einen weniger verdienen und zum anderen häufiger von Entlassungen betroffen sind als ihre estnischsprachigen Kollegen bzw. weibliche Arbeitnehmerinnen. Die zentrale Variable der Performanz der russischsprachigen Bevölkerung auf dem estnischen Arbeitsmarkt ist die estnische Sprache. Ihre Nichtbeherrschung verursacht die Beschränkung russischsprachiger Arbeitnehmer auf russischsprachige Arbeitskollektive und folglich eine einseitige Branchenwahl, was solche Arbeitnehmer wiederum anfälliger für Krisen werden lässt. Nicht überraschend steigt die Arbeitslosigkeit mit sinkenden Estnisch-Kenntnissen. Wiederum ist die Wohngegend bedeutend für die Sprache am Arbeitsplatz. Gegenseitige inter-ethnische Akzeptanz wird positiv beeinflusst durch berufsbedingten täglichen Kontakt zwischen estnisch- und russischsprachigen Akteuren, das Vorhandensein der Staatsbürgerschaft und ein ethnisch-national gemischtes soziales und berufliches Umfeld. Was die subjektive Wahrnehmung der Chancen angeht, so fühlen sich russischsprachige Arbeitnehmer gegenüber den Esten allerdings eher benachteiligt. Andererseits konnten russischsprachige Arbeitnehmer mit guten Estnischkenntnissen ihre Position auf dem Arbeitsmarkt im Laufe der Zeit deutlich verbessern. Insofern kann man die Stellung der russischsprachigen Bevölkerung mit Estnischkenntnissen beim Zugang zum Arbeitsmarkt als mehr-



## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

fachintegriert charakterisieren. Russischsprachige Arbeitnehmer mit guten bis sehr guten Estnischkenntnissen haben die Möglichkeit, in einem zweisprachigen Umfeld zu arbeiten, was sogar einen Vorteil gegenüber estnischsprachigen Arbeitnehmern ohne Russischkenntnisse darstellt. Bei fehlenden Estnisch-Sprachkenntnissen sind russischsprachige Arbeitnehmer als segmentiert zu bezeichnen, weil die Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, auf das russischsprachige Berufsumfeld begrenzt sind.

In der Ukraine bestehen keine Schranken beim Zugang zum bzw. bei der Teilnahme am Arbeitsmarkt. Selbst die Problematik der Sprache, die in Estland existiert, bleibt aufgrund der Zweisprachigkeit der überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer zweitrangig. Unterschiede zwischen russisch- und ukrainischsprachigen Arbeitnehmern können in der Ukraine nur grob auf Grundlage der regionalen Verteilung der Wirtschaftsdaten festgestellt werden. Generell zeigte der als russischsprachig geltende Osten der Ukraine stets eine stärkere ökonomische Leistung im Vergleich zum überwiegend ukrainischsprachigen Westen auf. Aufgrund der überwiegenden Zweisprachigkeit bzw. der strukturellen „Russischsprachigkeit“ vieler Arbeitsbereiche kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine beim Zugang zum Arbeitsmarkt als mehrfachintegriert gelten.

### 9.4.4.2 Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung

Die schwächere Stellung der russischsprachigen Bevölkerung auf dem estnischen Arbeitsmarkt färbt sich vermutlich auch auf die Möglichkeit zur selbstständigen Grundversorgung ab. Davon könnten besonders Personen betroffen sein, die schlechte bzw. keine Estnischkenntnisse aufweisen. Tatsächlich waren in der russischsprachigen Gruppe im Jahr 2002 mehr Familien von Armut bedroht als in der estnischsprachigen Gruppe. Allerdings existieren keine strukturellen Schranken, welche den Zugang zur Grundversorgung auf Grundlage der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit versperren. Es existieren demnach arbeitsmarkttechnische Strukturen, welche auch Arbeitnehmern ohne Estnischkenntnisse die Beschäftigung erlauben. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung in diesem Punkt als mehrfachintegriert gelten.

Da zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine hinsichtlich der sozioökonomischen Stellung so gut wie keine Unterschiede feststellbar sind, existieren für die russischsprachige Bevölkerung auch keine Hindernisse beim selbstständigen Erwerb der Grundversorgung. Auch hierbei gilt aufgrund der überwiegend vorherrschenden Zweisprachigkeit in der Ukraine, dass die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine in diesem Bereich als mehrfachintegriert betrachtet werden kann.

### 9.4.4.3 Zugang zur/Teilnahme an Bildung

Das estnische Bildungssystem ist nach wie vor von der Existenz estnisch- und russischsprachiger Schulen geprägt. Dabei entspricht es dem Wunsch vieler Eltern russischspra-

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

chiger Kinder, Grundschul- und Gymnasialbildung auf Russisch zu erhalten. Obwohl die estnische Regierung Maßnahmen ergriffen hat, wonach russischsprachige Schulen Mitte der 2000er Jahre auf überwiegend estnischsprachigen Unterricht umgestellt wurden, weisen die Absolventen russischsprachiger Schulen nach wie vor teilweise ungenügende Estnischkenntnisse auf. Dies beeinträchtigt ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem estnischen Hochschulbildungs- und Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung hat ihren Ursprung unter anderem in der schlechten sprachlichen Vorbereitung der Lehrer, aber auch in der grundsätzlichen Ablehnung des estnischsprachigen Unterrichts bei manchen Schülern und Lehrern in russischsprachigen Schulen. Gegenbeispiele, wonach russischsprachige Schüler in estnischsprachigen Schulen eingeschult werden, stoßen wiederum teilweise auf Ablehnung estnischsprachiger Eltern und Lehrer, die ein schlechteres Unterrichtsniveau befürchten. Obwohl solche Fälle in der Minderheit sind, stoßen einige russischsprachige Schüler in estnischsprachigen Schulen auf Probleme aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Muttersprache. Die sprachliche Segmentierung des Schulsystems vererbt sich auch auf die Ebene der Hochschulbildung und auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, denn Absolventen russischsprachiger Schulen werden häufig benachteiligt oder empfinden es so. Zusammenfassend kann man die russischsprachigen Kinder, die eine russischsprachige Schule absolvieren als „teilweise“ segmentiert betrachten, da ihnen aufgrund ihres Abschlusses einige Möglichkeiten in der Hochschulbildung oder auf dem Arbeitsmarkt verwehrt bleiben. Gleichzeitig können russischsprachige Kinder, die aufgrund ihrer Herkunft in estnischsprachigen Schulen Kommunikationsschwierigkeiten erfahren, ebenfalls als „teilweise“ segmentiert gelten, da der Wille zu einer Mehrfachintegration grundsätzlich vorhanden ist, jedoch von der Mehrheitsgesellschaft blockiert wird. Wiederum können russischsprachige Kinder, die erfolgreich estnischsprachige Schulen absolvieren und keine Hürden im weiteren Lebensverlauf auf Grundlage der Schulwahl haben, als mehrfachintegriert oder gar als assimiliert gelten.

Auch im ukrainischen Schulsystem existieren russisch- und ukrainischsprachige Schulen, wobei die Anzahl der russischsprachigen Schulen seit der Unabhängigkeit der Ukraine zurückgegangen ist. Aufgrund der sprachlichen Ähnlichkeit ist der Übergang von der russisch- zu der ukrainischsprachigen Bildung weniger problematisch als beim vergleichbaren Beispiel aus Estland. Viele Eltern russischsprachiger Kinder schicken auch in russischsprachigen Oblasten des Ostens ihre Kinder auf ukrainischsprachige Schulen. Grundsätzlich besteht auch unter den russischsprachigen Schülern Einigkeit darüber, dass Ukrainisch unterrichtet werden sollte. In den ostukrainischen Oblasten ist der Anteil der ukrainischsprachigen Schulen seit der Unabhängigkeit zwar gestiegen, konnte die Mehrzahl der russischsprachigen Schulen allerdings nicht überholen. Argumente für oder gegen die jeweilige Sprache in der Bildung bewegen sich auf einer ideologischen Basis, weil Beispiele über Benachteiligungen von Absolventen russischsprachiger Schulen in der Praxis faktisch fehlen. Da der Übergang zwischen Ukrainisch und Russisch den meisten Schülern weniger schwer fällt, kann im Falle der Bildung in der Ukraine eine „teilweise“ Segmentierung mit starker Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration festgestellt werden.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

### 9.4.4.4 Ergebnis: Strukturelle Dimension in Estland und der Ukraine

In Estland sind Sprachkenntnisse der bedeutendste Indikator der Integration in der strukturellen Dimension. Russischsprachige Arbeitnehmer mit Estnischkenntnissen können als mehrfachintegriert gelten und diejenigen, die gute Estnischkenntnisse aufweisen, sind teilweise sogar konkurrenzfähiger als estnischsprachige Arbeitnehmer mit vergleichbarer Qualifikation. Dennoch verdienen russischsprachige Arbeitnehmer tendenziell weniger als estnischsprachige Kollegen und sind auch seltener in Führungspositionen vertreten. Russischsprachige Arbeitnehmer ohne Estnischkenntnisse sind dagegen mehrheitlich segmentiert, weil ihr Tätigkeitsbereich auf russischsprachige Arbeitgeber und Arbeitskollektive beschränkt ist. Im Laufe der Transformation hat sich jedoch eine deutliche Bewegung in Richtung Mehrfachintegration auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Auch im Bereich der Bildung kann eine Tendenz in Richtung Mehrfachintegration vernommen werden, obwohl Absolventen russischsprachiger Schulen als „teilweise“ segmentiert gelten können. Auch hierbei spielt die teilweise negative Grundeinstellung der estnischen Titularnation gegenüber den russischsprachigen Arbeitnehmern eine Rolle. Dies hat sich im Laufe der Transformation nur zum Teil geändert.

In der Ukraine kann in allen Indikatoren der strukturellen Dimension eine Mehrfachintegration verzeichnet werden. Weder auf dem Arbeitsmarkt noch bei der Bildung werden russischsprachige Akteure strukturell benachteiligt. Trotz der „teilweisen“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung im Bereich der Bildung können Absolventen russischsprachiger Schulen meistens gleichberechtigt auf dem Hochschul- und Arbeitsmarkt agieren. Die Entwicklung hat sich von einer stärkeren linguistischen Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung während der Sowjetzeit und Anfang der 1990er Jahre in Richtung Mehrfachintegration bewegt.

### 9.4.5 Soziale Dimension

#### 9.4.5.1 Zugang zum Wohnungsmarkt/Wohngegend

In Estland gibt es einige Wohngegenden, die als „überwiegend“ russischsprachig gelten, wie die Tallinner Stadtviertel Lasnamäe oder Põhja-Tallinn oder der Landkreis Ida-Virumaa im Nordosten Estlands. Eine solche regionale Konzentration ist in Lettland beispielsweise nicht anzutreffen.<sup>2436</sup> Es existieren jedoch keine gesetzlichen Bestimmungen bzw. Wohnungsmarkt-technische Beschränkungen, wonach den Russischsprachigen der Zugang zu anderen Wohngegenden verwehrt bliebe. Obwohl die Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung in den genannten Gegenden bzw. Stadtteilen und Städten teilweise sehr hoch ist – bis zu 95% der Bevölkerung der nordostestnischen Stadt Narva sprechen als Muttersprache Russisch – beruht die Wahl der Wohngegend auf Freiwilligkeit. Auch in überwiegend estnischsprachigen Stadtteilen Tallinns oder in anderen Städten des Landes sind russischsprachige Bewohner anzutreffen. Insofern ist

---

<sup>2436</sup> Vgl. zum Beispiel: Ebd. S. 138.

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

der Zugang zu allen Wohngegenden für die russischsprachige Bevölkerung in Estland offen und wird auch nicht über den Wohnungsmarkt reguliert. Aufgrund dessen, dass dennoch einige Gegenden eine hohe Konzentration an russischsprachiger Bevölkerung aufweisen, kann der Zugang zum Wohnungsmarkt und zur Wohngegend zwar nur als „teilweise“ segmentiert gelten. Objektiv betrachtet ist die russischsprachige Bevölkerung in diesem Bereich allerdings assimiliert.

In der Ukraine herrscht ein starker Regionalismus, welcher mit der ethnisch-nationalen bzw. linguistischen Zugehörigkeit der Bevölkerung einhergeht. Auch hier existieren keine gesetzlichen Regelungen, welche den Zugang der Bevölkerung auf Grundlage der ethnisch-nationalen oder der sprachlichen Zugehörigkeit regeln. Allerdings hat sich auf einer historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlage die feste Teilung in die „rechts- und linksufrige“ Ukraine etabliert. Insofern ist die Wahl der Wohngegend beinahe zwangsläufig mit der Wahl zwischen dem russisch- bzw. dem ukrainischsprachigen Teil des Landes verbunden. Die Zentralukraine mit der Hauptstadt Kiew bildet in dieser Hinsicht eine Pufferzone. Angesichts der regionalen Verteilung der Wohngegend und ihrer Verknüpfung mit der ethnisch-nationalen bzw. der linguistischen Zugehörigkeit kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine ebenso als „teilweise“ segmentiert gelten. Dadurch, dass die Wahl der Wohngegend allerdings auch hier auf Freiwilligkeit beruht und aufgrund der stärkeren inter-ethnischen Kommunikation in der Ukraine, im Vergleich zu Estland, kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine beim Zugang zur Wohngegend und zum Wohnungsmarkt zugleich als assimiliert gelten.

### 9.4.5.2 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Staatsbürger in Estland ist zum Teil sogar höher als die vergleichbare Beteiligung der estnischsprachigen Bevölkerung. Insbesondere sind die Bewohner der „russischsprachigen“ Tallinner Stadtteile in Vereinen und Vereinigungen aktiv. Allerdings zeigen die Städte des überwiegend russischsprachigen Nordostens eine besonders niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung. Positiv auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung wirken sich neben der Wohngegend auch das Niveau der Estnisch-Sprachkenntnisse und der erwartete Erfolg von Protestaktionen aus. Diese sind in Tallinn in der Tendenz mehr öffentlichem Interesse ausgesetzt als in anderen Städten bzw. Gegenden. Angesichts der allgemein niedrigen zivilgesellschaftlichen Beteiligung der gesamten Bevölkerung, kann die estnische russischsprachige Bevölkerung als mehrfachintegriert gelten, da die Bürgerinitiativen entweder rein-russischsprachig sind oder gemischt, sich jedoch häufig mit Problemen der russischsprachigen Bevölkerung auseinandersetzen. Generell ist auch eine Kooperationsbereitschaft zwischen russisch- und estnischsprachigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erkennen. Die zivilgesellschaftliche Aktivität sinkt in rein russischsprachigen Gegenden des Nordostens, was dort auf eine Segmentierung oder gar Marginalisierung schließen lässt.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

In der Ukraine können keine nennenswerten Unterschiede bei der zivilgesellschaftlichen Aktivität der Ost- bzw. der Westukraine festgestellt werden. Generell ist die zivilgesellschaftliche Beteiligung niedrig, allein in Städten sind entsprechende Organisationen verstärkt repräsentiert. Hierbei sticht besonders Kiew hervor. Einzig gewerkschaftliche Organisationen sind etwas häufiger und besser organisiert in der südöstlichen Ukraine, während im Westen karitative Vereinigungen öfter anzutreffen sind. Allerdings kann man bei den Gewerkschaften schwer nachvollziehen, ob sie „echte“ Arbeitnehmerorganisationen oder „von oben“ gelenkte Gewerkschaften bzw. Sowjet-Überbleibsel sind. Insgesamt ist die russischsprachige Bevölkerung nicht mehr oder weniger zivilgesellschaftlich aktiv als die ukrainischsprachige, weswegen hierbei eine Mehrfachintegration festgestellt werden kann. Teilweise können auch Aktionen zu „rein russischsprachigen“ Sujets vorkommen, wie im Übrigen auch im Zuge der Krise 2014, was dann auf eine Segmentierung der Zivilgesellschaft schließen lässt.

### 9.4.5.3 Einbindung in das Sozialleben/Freizeit und der ethnisch-nationale Hintergrund des Partners/Bekanntenkreises

Die Ergebnisse der Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 in Estland haben gezeigt, dass der soziale Kontakt zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung nach wie vor relativ begrenzt ist. Dabei zeigten sich die Esten verschlossener, was sich auch im relativ geringen privaten Umgang mit Russischsprachigen äußert. Die russischsprachige Bevölkerung in Estland zeigt sich im eigenen Bekanntenkreis und im sozialen Umfeld sowohl offener als auch aktiver im gesellschaftlichen Kontakt zu Esten. Am häufigsten findet der Kontakt am Arbeitsplatz statt, in der Schule oder im öffentlichen Raum (Behörde, Geschäft). Positive Auswirkungen auf den sozialen Umgang haben unter anderem der Bildungsgrad und die Wohngegend sowie gegenseitige Sprachkenntnisse. Allerdings kann man resümieren, dass sowohl die estnisch- als auch die russischsprachige Bevölkerung für soziale Kontakte das eigene sprachlich-kulturelle Milieu bevorzugt. Vermutlich wirkt sich das auch auf die Wahl des Partners aus, obwohl genaue Untersuchungen dazu bislang fehlen. Insofern kann man in diesem Bereich eine „teilweise“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung beobachten, wobei eine Tendenz in Richtung Mehrfachintegration seitens der russischsprachigen, aber nicht seitens der estnischsprachigen Bevölkerung vorhanden ist. Somit besteht seitens der estnischsprachigen Bevölkerung eher eine Tendenz zu einer Segmentierung.

In der Ukraine besteht täglicher Kontakt zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung, welcher durch die weit verbreitete Zweisprachigkeit der Bevölkerung begünstigt wird. Allerdings gibt es gewisse Aspekte, allen voran die Bekanntheit der Menschen zur „eigenen“ Nationalität und Sprache, welche den täglichen Umgang beeinträchtigen. Teilweise können Unterschiede in der Einstellung gegenüber „echten“ Russen bzw. „echten“ Ukrainern beim sozialen Umgang in westukrainischen oder ostukrainischen Städten festgestellt werden. Diese Schwierigkeiten sind allerdings der Politisierung der ethnisch-nationalen oder geolinguistischen Zugehörigkeit geschuldet. Je nach Wohngegend sind private Kontakte zwischen Ukrainern und Russen stärker

## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

oder schwächer an der Tagesordnung, werden aber nicht grundsätzlich abgelehnt. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung hier als mehrfachintegriert gelten.

### 9.4.5.4 Ergebnis: Soziale Dimension in Estland und der Ukraine

In Estland kann die russischsprachige Bevölkerung in der sozialen Dimension als „teilweise“ segmentiert gelten. Hauptsächlich im Bereich der sozialen Kontakte besteht nach wie vor eine relativ starke Konzentration auf das „eigene“ sprachlich-kulturelle Milieu. Dabei hängt die Einbeziehung von russischsprachigen Mitbürgern in das estnischsprachige Umfeld sowohl von der Wohngegend als auch von weiteren Faktoren, wie Kenntnis der estnischen Sprache, Bildungsniveau und Aufnahmebereitschaft der estnischsprachigen Bevölkerung ab. Letztere stellt eine der bedeutendsten Hürden auf dem Weg zur sozialen Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung dar. Tatsächlich ist die regionale Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung im Nordosten des Landes eine weitere Hürde auf dem Weg zur Mehrfachintegration: Der sonst offene Zugang zum Wohnungsmarkt weist in diesem Teil des Landes Segmentierungstendenzen auf, was auch für zivilgesellschaftliche Aktivitäten gilt. Obwohl Esten gegenüber privaten Kontakten mit der russischsprachigen Bevölkerung nach wie vor verschlossen sind, zeigt der vermehrte Kontakt der russischsprachigen Bevölkerung zu estnischen Mitbürgern grundsätzlich eine Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration. Dies ist gegenüber der deutlichen sozialen Segmentierung der 1990er Jahre als positiv zu bewerten.

In der Ukraine besteht aufgrund der Regionalisierung eine „teilweise“ Segmentierung in allen Bereichen der sozialen Dimension. Dennoch kann die russischsprachige Bevölkerung als überwiegend mehrfachintegriert gelten, da ihr grundsätzlich keine Hürden im Bereich des Wohnungsmarktes, der zivilgesellschaftlichen Beteiligung oder bei sozialem Kontakt zur ukrainischsprachigen Bevölkerung in den Weg gelegt werden. Private Kontakte zwischen Ukrainern und Russen – bzw. der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung – bestehen in allen Teilen des Landes, obwohl diese im Zuge ethnisch-national begründeter Konflikte (wie der Krise des Jahres 2014) teilweise Segmentierungstendenzen aufweisen können.

### 9.4.6 Identifikative Dimension: Individuelle Einschätzung des Umfelds und Zustimmung zu den kulturellen und sozialen Werten

Die identifikative Dimension ist im Kontext der gesellschaftlichen Integration die am schwersten zu erfassende Dimension, weil die Faktoren, welche zu der identikativen Wahrnehmung des Umfeldes beitragen, meistens kognitiver und subjektiver Natur und daher kaum messbar sind. Für die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum ist ihr unklarer identikativer Status hierbei das größte Problem. Trotz des sowjetischen Erbes als Titularnation konnte die russischsprachige Bevölkerung im Laufe der

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

politischen Ereignisse Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre im postsowjetischen Raum nicht als eine homogene Einheit auftreten. „Schuld“ daran ist nicht zuletzt das „russische Kuriosum“ der sowjetischen Nationalitätenpolitik, welche dazu führte, dass sich die russischsprachige Bevölkerung in der gesamten Union heimisch und gleichzeitig überlegen fühlte. Daher haben Ereignisse in der Phase der demokratischen Konsolidierung zu einer gewissen identifikativen Spaltung zwischen den neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung beigetragen, weil die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung anfangs weder der alten noch der neuen Heimat galt, sondern der Sowjetunion. Diese Spaltung hat im Laufe der Zeit allerdings zu einer eigenen Identität der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum geführt. In den meisten Fällen kann der Status als „Nicht-Russland-Russen“ identifiziert werden, im Baltikum kommt hierzu noch die Wahrnehmung als „baltische“ Russen hinzu. In der Ukraine besteht nach wie vor das Verständnis einer „überwölbenden“ Einheit mit Russland, welche sich nicht zuletzt in der Nutzung der russischen Sprache niederschlägt.<sup>2437</sup>

In Estland hat die Entwicklung der Wahrnehmung als „wir“ und „andere“ explizit auf die Spaltung zwischen der russischsprachigen Bevölkerung und der estnischen Titularnation abgezielt, wofür seitens der Esten neben der „kafkaesken“ Gesetzgebung auch die geschichtliche Interpretation des Zweiten Weltkrieges und des Opferstatus, die emotionale Anpreisung der verlorenen Unabhängigkeit und der Schönheit des eigenen Landes sowie die Hervorbringung kultureller und sprachlicher Unterschiede zwischen „uns“ (der Titularnation) und „anderen“ (der russischsprachigen Bevölkerung) verwendet wurden.<sup>2438</sup> Durch Mythenbildung und die Darstellung der russischsprachigen Bevölkerung als Erben der Sowjetzeit wurde in Estland die gesellschaftliche Spaltung verschärft, weil mittels emotional aufgeladener Symbole, wie dem „Krieg der Denkmäler“, tief verwurzelte Werte der jeweils anderen Seite verletzt wurden.<sup>2439</sup> Die russischsprachige Bevölkerung hat ihrerseits zwar auf das Recht ihres Daseins gepocht und ihre Sprache sowie ihre kulturellen Symbole – inklusive einer ambivalenten, weil ungreifbaren Verbundenheit zu Russland – behalten, doch gleichzeitig eine eigene Quasi-Identität aufgebaut, welche sie von Russland abkoppelt und sie näher zum Baltikum – als „baltische“ bzw. „europäische“ Russen – bringt. Insofern kann man die identifikative Position der russischsprachigen Bevölkerung zwar als segmentiert bezeichnen, aber gleichzeitig eine deutliche Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration in den baltischen identifikativ-kulturellen Raum feststellen. Dieser steht jedoch die Haltung der estnischen Titularnation im Weg, welche durch die fortwährende Abgrenzung in „wir“ und „andere“ für das Fortdauern der identifikativen Segmentierung sorgt.

Auch in der Ukraine wurde eine Bewegung in Richtung einer gewissen Spaltung in der identifikativen Position zwischen der ukrainischen Titularnation und den ukrainischen Russen, bzw. der ukrainischen russischsprachigen Bevölkerung vollzogen. Allerdings war hierbei eine strikte Trennung in „wir“ und „andere“ nach dem baltischen

---

<sup>2437</sup> Die „überwölbende“ Einheit wird im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.

<sup>2438</sup> Die „kafkaesken“ Züge der estnischen Gesetzgebung werden im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.

<sup>2439</sup> Der „Krieg der Denkmäler“ wird im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.



## 9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

Vorbild nicht möglich, weshalb die identifikative Trennung zunächst zwischen der Sowjet- und der unabhängigen Ukraine erfolgte. Zumal ein Teil der ukrainischen Bevölkerung auch identifikativ einer „umgekehrten“ Assimilierung unterworfen war, wodurch sich die gesellschaftliche Spaltung hinsichtlich der historischen, kulturellen und sprachlichen Attribute der identifikativen Nationsbildung vorwiegend regional und zunächst weniger auf Grundlage der ethnisch-nationalen Herkunft gezeigt hat. Eine Unterscheidung zwischen „wir“ (die Ukrainer) und „andere“ (die Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung) wurde in der Ukraine erst im Laufe der Konsolidierungsphase und zunehmend im westlichen Teil des Landes wahrnehmbar. Die Ost-West-Spaltung der Ukraine schlug sich im Westen des Landes in der Anpreisung der ukrainischen Staatlichkeit, der Verwendung der ukrainischen Sprache und der Verehrung von Nationalhelden, welche im russischsprachigen Teil des Landes höchst umstritten waren, nieder. Selbst die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg und die Hungersnot der 1930er Jahre sorgte in der Ukraine für Kontroversen entlang der national-identikativen Grenzen. Auch der schmale Grat der sprachlichen Unterscheidung zwischen der „russischen“ und der „ukrainischen“ Bezeichnung für das Land „Ukraine“ sorgt bisweilen für eine identifikative Platzierung, indem Muttersprachler mittels der verwendeten Präpositionen eine „russische“ oder „ukrainische“ Mundart sofort erkennen. Die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine hat die identifikative Spaltung zu den Ukrainern, welche nach wie vor von vielen Russen kulturell und sprachlich als „Brudervolk“ wahrgenommen werden, schwächer als die vergleichbare zwischen der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Titularnation Estland erlebt. Insofern, als die Rolle der „anderen“ von der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung nicht akzeptiert wird, wird auch nach wie vor die Nähe zu Russland als Voraussetzung für ihre eigene identifikative Positionierung in der Ukraine vorausgesetzt. Die russischsprachige bzw. ethnisch-russische Bevölkerung in der Ukraine fühlt sich damit identifikativ mit der ukrainischen Titularnation vollkommen gleichgesetzt. Somit kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine in der identikativen Dimension als mehrfachintegriert gelten, obwohl es durchaus Versuche auf Seite der national gesinnten Ukrainer gibt, sich zu segmentieren.

Sowohl in Estland als auch in der Ukraine sind durch die Phase des Zerfalls der Sowjetunion und der Konsolidierung Tendenzen in Richtung einer identikativen Spaltung vorhanden, was jedoch nicht als ein Dauerzustand des identikativen Status der russischsprachigen Bevölkerung begriffen werden sollte. Vielmehr führt dies zu einer tiefen gesellschaftlichen Segmentierung, welche unter Umständen zu Konflikten führen kann. Da sich die russischsprachige Bevölkerung im Zuge der Konsolidierungsphase identifikativ an die Länder gebunden hat, sollte es im Interesse der Titularnationen sein, die neu aufkommende Identität der russischsprachigen Bevölkerung zu begrüßen und die identikativen Schranken abzubauen, was eine Akzeptanz der kulturellen, historischen und sprachlichen Unterschiede voraussetzt.

Die Ergebnisse der Analyse der Schlüsselereignisse der Transformation sowie der Dimensionen der gesellschaftlichen Integration können den Tabellen A und B im Anhang entnommen werden.

### 9.5 Überprüfung der aufgestellten Hypothesen

Es wurde die Frage untersucht, welchen Einfluss die russischsprachigen Bevölkerung auf die politische Entwicklung der Untersuchungsländer hatte und gleichzeitig, inwiefern sich der Systemwechsel und die Systemtransformation auf die Position der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern ausgewirkt haben. Ausgehend von der Fragestellung der vorliegenden Untersuchung wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

Je stärker die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto besser konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso stärker war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Mehrfachintegration in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je mehr konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

Umgekehrt sollte gezeigt werden:

Je schwächer die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto schlechter konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso schwächer war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Marginalisierung in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je weniger konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

Aus der Analyse der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung und ausgehend von der Fragestellung ist ersichtlich, dass zwischen Estland und der Ukraine zum Teil deutliche Unterschiede bestehen. Die historische Position der russischsprachigen Bevölkerung führte in Estland zu einer ethnisch-national exklusiven Politik, welche ihren Ursprung in der prekären demographischen Lage der neuen Titulnation und der Wahrnehmung der beraubten Unabhängigkeit infolge der sowjetischen Machtübernahme hatte. In der Ukraine dagegen, in der die ethnisch-nationale Zusammensetzung nach dem Zerfall der Sowjetunion auf den ersten Blick weniger besorgniserregend war – ein Teil der Ukrainer jedoch Zeichen einer deutlichen „umgekehrten“ Assimilierung zeigte –, richtete sich die oppositionelle Tätigkeit zunächst mehr gegen die Sowjetmacht als gegen die russischsprachige Bevölkerung und war somit wenig bis gar nicht ethnisch-national konnotiert. Zumal hier das Augenmerk zunächst auf eine nationale Einheit der West- und Ostukraine gelegt werden musste, was eine national-exklusive Rhetorik ausschloss. Während der Übergangsphase war die russischsprachige Bevölkerung in Estland zwar in den entscheidungsfindenden Gremien, wie dem Obersten Sowjet, vertreten, wurde aber durch die einsetzende Radikalisierung der ethnisch-nationalen Parolen, welche explizit gegen sie gerichtet waren, zunehmend aus dem politischen Prozess ausgeschlossen. Aus diesem Grund gab es nur wenige Gegenstimmen im ersten halbfrei gewählten Parlament, welches das wegweisende Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedete. Die russischsprachige Bevölkerung in Estland konnte

## 9.5 Überprüfung der aufgestellten Hypothesen

sich ihrerseits nicht ausreichend organisieren, um mit einer politischen Stimme zu sprechen. In der Ukraine konnte dagegen eine Kontinuität der Repräsentation beobachtet werden, welche sich in der inklusiven Gesetzgebung und der starken politischen Stellung der ostukrainischen Oblaste zeigte. Dies zog sich durch die Konsolidierungsphase hindurch. Dabei haben sich die politischen Führungsfiguren in der Ukraine an den unterschiedlichen Themen, welche unter anderem um den Status der russischen Sprache und die außenpolitische Ausrichtung kursierten, bedient, was die regionale Spaltung des Landes vertiefte. Während sich in Estland die russischsprachige Bevölkerung aus einer deutlichen politischen Segmentierung bzw. Marginalisierung in den Anfängen der Konsolidierung in Richtung einer Mehrfachintegration bewegte, wurde in der Ukraine die Spaltung auf Grundlage einiger weniger Sachfragen immer deutlicher. In Estland bleibt die soziale und ökonomische Position der russischsprachigen Bevölkerung segmentiert, wobei die ökonomische Stellung in vielerlei Hinsicht vom sprachlichen Integrationsgrad und dem Vorhandensein der estnischen Staatsbürgerschaft abhängt. In der Ukraine bestehen beinahe keine sozioökonomischen Unterschiede zwischen der ukrainischsprachigen und der ethnisch russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung.

Die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung zum Ende des autokratischen Regimes ist in Estland als schwach und in der Ukraine als stark zu bezeichnen. Die Ausgangslage der russischsprachigen Bevölkerung war in beiden Ländern angesichts ihrer historischen Position ähnlich, weshalb der Unterschied vor allem in den Ereignissen rund um den Systemwechsel zu finden ist. Dieser besteht hauptsächlich in der ethnisch-exklusiv begründeten Rhetorik der neuen Kräfte in Estland und der politischen Kontinuität und auf nationale Einheit bedachten Politik in der Ukraine.

Ausgehend von der schwachen repräsentativen Position der russischsprachigen Bevölkerung in Estland am Ende des autokratischen Regimes konnte sie auch keinen bzw. nur sehr schwachen Einfluss auf die Gesetzgebung und die Institutionalisierung des neuen demokratischen Systems nehmen. Einzig konnte sie sich das Recht auf Verbleib sichern, welcher angesichts der Forderung nach einer Repatriierung seitens national-konservativer Kräfte bisweilen nicht selbstverständlich war. Daraus hat sich auch die konstitutionelle Stellung, wonach der russischsprachigen Bevölkerung alle Grundrechte, bis auf das Recht auf Partizipation ohne Staatsbürgerschaft gewährt wurden, ergeben. Letztere basierte auf der restriktiven Gesetzgebung, wodurch die russischsprachige Bevölkerung von den ersten freien Parlamentswahlen größtenteils ausgeschlossen wurde. Der Aufbau der politischen Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung dauert bis heute an. Entsprechend schwach war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf den politischen Prozess in Estland im Laufe der demokratischen Konsolidierung.

Die starke repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine sorgte für Kontinuität der national-inklusive Politik während der Konsolidierungsphase. Sowohl konstitutionell als auch institutionell war die russischsprachige Bevölkerung der ukrainischen Titularnation gleichgestellt, lediglich die russische Sprache hatte keinen offiziellen Status. Erst mit dem Aufkommen der grundsätzlichen Differenzen der politischen Positionen im Zuge der Orangen Revolution im Jahr 2004 zeigte sich die geolinguistische Spaltung der ukrainischen Bevölkerung, wobei die russischsprachigen

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Oblaste ihre starke politische Stellung im Laufe der Jahre nicht einbüßen und mit der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs und der Führungsrolle der „Partei der Regionen“ sogar verbesserten. Entsprechend stark war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine in der Phase der demokratischen Konsolidierung.

Aufgrund der schwachen institutionellen und repräsentativen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Phase der demokratischen Konsolidierung in Estland, hat sich ihre gesellschaftliche Stellung von einer beinahe vollständigen Segmentierung auf der kulturellen, sozialen und identifikativen Dimension zu deutlichen Tendenzen in Richtung einer Mehrfachintegration in allen Dimensionen gesellschaftlicher Integration entwickelt. In der politischen und der kulturellen Dimension (besonders in Hinblick auf die Sprache) fand eine deutliche Unterscheidung auf Grundlage der estnischen Staatsbürgerschaft sowie der Estnisch-Sprachkenntnisse statt. Die Staatsbürger konnten sich assimilieren bzw. mehrfachintegrieren, obwohl Segmentierungstendenzen nach wie vor präsent sind. Die Nicht-Staatsbürger können je nach Sprachkenntnissen als segmentiert bzw. marginalisiert gelten, lediglich hinsichtlich der Partizipation auf kommunaler Ebene besteht eine rechtliche Assimilierung bzw. repräsentative Mehrfachintegration. Insgesamt lässt sich sagen, dass die nach wie vor vorhandene gesellschaftliche Segmentierung in vielerlei Hinsicht mit der schwachen repräsentativen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Übergangsphase zusammenhängt. Die abweisende Haltung der estnischen Titularnation gegenüber der Mehrfachintegration, welche in allen Dimensionen vorhanden ist, verstärkt die gesellschaftliche Segmentierung zusätzlich.

Die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine weist in den meisten Dimensionen der gesellschaftlichen Integration eine Mehrfachintegration bzw. eine Assimilierung auf. Auf Grundlage der Sprache bzw. der kulturellen Ähnlichkeit bzw. der Kenntnis der Aufnahmekultur kann sogar eine „umgekehrte“ Assimilierung der russischsprachigen Ukrainer beobachtet werden. Eine „teilweise“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung besteht auf sprachlicher und regionaler Basis in den Bereichen Bildung und Wohngegend. Ebenfalls kann teilweise von einer abweisenden Haltung der Titularnation gegenüber der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung gesprochen werden, welche mit der regionalen bzw. der geolinguistischen Spaltung einhergeht.

Die erste Hypothese kann am Beispiel der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zwar als belegt gelten, jedoch zeigt die regionale Spaltung der Ukraine, dass auch hier Tendenzen in Richtung der Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung bestehen. Vor allem sind diese mit politischen Teilhaberechten, den Rechten auf Nutzung der Sprache und der gesellschaftlichen Haltung in Hinblick auf vereinzelte grundlegende Fragen der innen- und außenpolitischen Ausrichtung der Ukraine, verbunden.

Die zweite Hypothese kann mit dem Beispiel der russischsprachigen Bevölkerung in Estland als belegt gelten, wobei hier deutliche Tendenzen in Richtung der Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung in allen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration zu beobachten sind. Häufig werden diese jedoch durch die reservierte Haltung der estnischen Titularnation unterbunden. Nach wie vor ist eine regionale Spaltung vorhanden sowie eine Unterteilung der russischsprachigen Bevölkerung in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger, welche für eine erfolgreiche Mehrfachintegration in allen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration von entscheidender Bedeutung ist.

## 9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

Im Vorfeld der Unabhängigkeit verliefen die Ereignisse in Lettland und Litauen ähnlich wie in Estland: Auch hier wurden Volksfronten und Interfronten gegründet, wobei die russischsprachige Bevölkerung, je nach Wohngegend, Bildungsgrad und Alter (neben anderen Faktoren) zum Teil beide Bewegungen unterstützte.<sup>2440</sup> Danach entwickelten die baltischen Staaten aber einige Unterschiede hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung und der politischen Rolle der russischsprachigen Bevölkerung.

In Litauen fand das Referendum bereits im Februar 1991 statt und 93% der Wahlberechtigten stimmten für die Unabhängigkeit. Die Beteiligung lag bei 85%.<sup>2441</sup> Im Unterschied zu Lettland und Estland gehörten in Litauen allerdings nur etwa 10% der Bevölkerung (von insgesamt etwa 3,7 Millionen im Jahr 1989) zu den Russischsprachigen, was die dortige politische Führung dazu brachte, die „Null-Option“ bei der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft anzuwenden.<sup>2442</sup> So hatten bis zum Jahr 1994 etwa 95% der litauischen Russen die Staatsbürgerschaft erhalten und konnten sich dadurch in den politischen Prozess integrieren.<sup>2443</sup> Abgesehen davon, dass viele Russen bzw. Russischsprachige die litauische Volksfront unterstützten und dort auch Mitglieder waren, hat ein großer Anteil von ihnen auch die staatliche Unabhängigkeit Litauens befürwortet.<sup>2444</sup> Obwohl das ursprüngliche litauische Gesetz zur Sprache aus dem Jahr 1989 alle Staatsbediensteten verpflichtete, Litauisch binnen zwei Jahren zu lernen, was nach Ansicht vieler Beobachter weitaus strenger war als in den vergleichbaren Gesetzen der anderen baltischen Staaten, blieb dies der einzige Punkt, in dem Litauen in der nationalen Frage anfangs restriktiver war als Estland und Lettland.<sup>2445</sup> Diese Frist wurde später um mehrere Jahre verlängert, was den anfänglich restriktiven Charakter des Gesetzes entschärfte.<sup>2446</sup> Darüber hinaus hatten 70% der litauischen russischsprachigen Bevölkerung bereits im Jahr 1993 angegeben, Litauisch zu sprechen.<sup>2447</sup> Der Unterricht in anderssprachigen Schulen (hauptsächlich russisch- und polnischsprachigen) wurde, ähnlich wie in Estland und Lettland, zum Teil auf Litauisch umgestellt. Auch hier waren die Schulen mit Problemen der sprachlichen Umstellung konfrontiert, vor allem was die sprachliche

<sup>2440</sup> Volksfront in Litauen: Sajudis und in Lettland: Tautas Fronte. Vgl. Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112-117; Ebd. (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 112-113.

<sup>2441</sup> Clark Terry D./ Jakuninaite, Dovile (2010): Lithuania. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos. 1187-1226, S. 1201.

<sup>2442</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 120; Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 138-139; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 63-64.

<sup>2443</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 120-122.

<sup>2444</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.140-141.

<sup>2445</sup> Vgl. hierzu: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121; Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 139; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 66-67.

<sup>2446</sup> Ebd. S. 66-67.

<sup>2447</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Vorbereitung der Lehrer anging.<sup>2448</sup> Aufgrund der kleineren Anzahl der Schulen und der insgesamt inklusiven Grundeinstellung wurden auch in Litauens zweisprachigen Schulen Litauisch-Kenntnisse rigoros vermittelt, wodurch die allgemeine sprachliche Vorbereitung der Schüler russischsprachiger Schulen weitaus besser zu sein schien, als dies in Estland und Lettland der Fall war.<sup>2449</sup> Obwohl auch in Litauen national-konservative Kräfte – vor allem Anfang der 1990er Jahre – die Grundsätze des litauischen Staates in der Exklusivität der litauischen Nation begründet sahen, wurden diese Stimmen nicht nur von den ethnisch-nationalen Minderheiten, sondern auch von Litauern selbst mit Skepsis wahrgenommen.<sup>2450</sup> Die russischsprachige Bevölkerung Litauens wurde faktisch von der restlichen Bevölkerung nicht ausgegrenzt, was unter anderem der Tatsache geschuldet ist, dass die meisten litauischen Russen im Jahr 1989 bereits seit mehr als 20 Jahren dort wohnhaft waren und die litauische Führung ihre Sezessionsbestrebungen eher gegen Moskau als gegen die im Land lebenden Russen bzw. Russischsprachige gerichtet hat.<sup>2451</sup> Zudem stellte die polnische Minderheit in Litauen mit etwa 7% die zweite größere ethnisch-nationale Gruppe dar, welche für sich Sonderrechte beanspruchte und auch historisch eine weitaus kontroversere Rolle einnahm.<sup>2452</sup> Der Grund, weshalb die Litauer gegenüber den Russen (bzw. anderen Minderheiten) offener eingestellt waren als Letten oder Esten, könnte auch in der Vergangenheit und der Selbstwahrnehmung Litauens als bedeutendes Großreich begründet liegen. Demnach konnten Litauer damals wie heute „mit Slawen und anderen Nationen zusammenleben“, schreibt Vesna Popovski in ihrer Studie aus dem Jahr 2000.<sup>2453</sup> Durch die inklusive Politik konnte bei der litauischen russischsprachigen Bevölkerung bereits in den 1990er Jahren eine Mehrfachintegration bzw. Assimilierung in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen beobachtet werden, wodurch sie sich auch besser integriert zeigte als in den meisten (wenn nicht allen) anderen postsowjetischen Staaten.<sup>2454</sup> Neben der Einstellung der Litauer, die mit der Zeit aufgehört haben in den Kategorien „wir“ und „andere“ zu denken, wie dies bis heute in Estland und Lettland der Fall ist, haben auch die litauischen Russen ihren Platz im unabhängigen litauischen Staat gefunden, nicht zuletzt als „litauische Russen“. <sup>2455</sup> Dies unterscheidet Litauen abermals von Estland und Lettland. Damit scheint Litauen das Problem, wonach der Minderheit der Zugang zur Titulargesellschaft aufgrund der abweisenden Haltung der Titularnation verwehrt bleibt, von der Minderheit jedoch Integrationswilligkeit vorausgesetzt wird, mithilfe der Inklusion umgangen

---

<sup>2448</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121-122; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 72.

<sup>2449</sup> Зверко, Наталия: „Восточная Литва: семья одна, а дети — в разноязычных школах.“ Delfi.lt 12.05.2015 <http://ru.delfi.lt/news/live/vostochnaya-litva-semya-odna-a-deti-v-raznoyazychnyh-shkolah.d?id=67934808> (Abgerufen am 12.05.2015).

<sup>2450</sup> Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 108.

<sup>2451</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 117-119.

<sup>2452</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.140; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 108-111.

<sup>2453</sup> Zitiert aus: Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 71 (Üb. d. A.).

<sup>2454</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112

<sup>2455</sup> Vgl. hierzu: Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 83-103; 107-108.

zu haben. Allerdings dürfen hierbei die unterschiedlichen Größenverhältnisse der russischsprachigen Minderheit in allen drei baltischen Staaten nicht außer Acht gelassen werden.

Lettland, wie auch Estland, hat im Januar 1991 – während sich in Vilnius Kämpfe zwischen dem sowjetischen Militär und der Opposition ereigneten – eine Vereinbarung mit Sowjet-Russland unterzeichnet, die unter anderem Klauseln zur Einbürgerung der russischsprachigen Einwohner beinhaltete, obwohl die Absprachen für ähnliche Kontroversen hinsichtlich der späteren Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft sorgten wie beim nördlichen Nachbarn Estland.<sup>2456</sup> Im Frühjahr des Jahres 1991 wurde in Lettland ein Referendum zur Unabhängigkeit abgehalten, bei dem alle permanenten Bewohner teilnehmen durften und die Zustimmung bei 73% lag, wobei 80% der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben.<sup>2457</sup> Alleine angesichts der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung kann davon ausgegangen werden, dass mindestens ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands für die Unabhängigkeit gestimmt hat.<sup>2458</sup> Die neue Elite wurde in Lettland, wie auch in Estland, durch einen national-konservativen Flügel und die Volksfront sowie die Kommunisten repräsentiert.<sup>2459</sup> Der Staatsaufbau wurde auch hier von einer starken ethnisch-national aufgeladenen Stimmung begleitet.<sup>2460</sup>

Den während der Sowjetzeit zugewanderten Menschen wurde die lettische Staatsbürgerschaft nicht automatisch zugesprochen. Die Entscheidung, wer in Lettland die Staatsbürgerschaft erhalten sollte, wurde gleich nach der Erklärung der Unabhängigkeit am 23. August 1991 getroffen, allerdings nicht vom Obersten Sowjet, sondern vom Obersten Gericht.<sup>2461</sup> Zur Erinnerung: In Lettland betrug der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung etwa 42% der insgesamt 2,6 Millionen Einwohner.<sup>2462</sup> Im Oktober 1991 hat das lettische Oberste Gericht den entsprechenden Beschluss vorgelegt, wonach, ähnlich wie in Estland, nur die Bürger der Lettischen Republik der Zwischenkriegszeit und deren Nachkommen Staatsbürger werden konnten.<sup>2463</sup> Mehr als 700 000 Einwohnern Lettlands (knapp 30% der Gesamtbevölkerung) wurde die Staatsbürgerschaft vorenthalten.<sup>2464</sup> Die Gesetzgebung an sich und der Prozess des Zustandekommens waren restriktiver und langwieriger als in Estland. Erstens wurde der Oberste Sowjet bei der Spezifizierung des Einbürgerungsprozesses übergangen, denn ein Gesetz zur Staatsbürgerschaft konnte laut den neuen Eliten nur von lettischen Staatsbürgern erarbeitet werden, was den ethnisch „gemischten“ Sowjet somit ausschloss. Folglich mussten erst die Parlamentswahlen abgehalten werden, um ein ausschließlich von Staatsbürgern

<sup>2456</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.115-116

<sup>2457</sup> Ebd. S.112

<sup>2458</sup> Je nach Quelle wird von einer Unterstützung von 15% bis 60% der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands gesprochen. Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.118-119

<sup>2459</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112

<sup>2460</sup> Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 380.

<sup>2461</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113-114.

<sup>2462</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 110.

<sup>2463</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S.113

<sup>2464</sup> Dreifelds, Juris (1997): Latvia in transition. S. 173.



## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

besetztes Gremium zu erstellen.<sup>2465</sup> Zweitens sollte es in Lettland nach Auffassung des lettischen Bürgerkomitees (als Pendant zu den estnischen EKK) gar keine Einbürgerung geben, da Lettland nur von „rechtmäßigen“ lettischen Staatsbürgern regiert werden sollte. Diese Auffassung wurde aber nach Verhandlungen mit den liberaler eingestellten Volksfronten fallen gelassen.<sup>2466</sup> Drittens sollten in Lettland, anders als in Estland, Einbürgerungsquoten eingeführt werden, die jährlich nur eine bestimmte Anzahl an Einbürgerungen zuließen.<sup>2467</sup> Durch die fehlende Regelung zur Staatsbürgerschaft im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen im Juni 1993 zogen ausschließlich von lettischen Staatsbürgern gewählte lettische Staatsbürger in das Parlament ein, was eine weitere Parallele zu Estland darstellt. Damit wurde auch in Lettland, ähnlich wie in Estland, die russischsprachige Bevölkerung von den ersten freien Parlamentswahlen quasi ausgeschlossen. Im Unterschied zu Estland beinhaltete die „rechtmäßige“ Gesamtheit der Staatsbürger allerdings etwa 16% Russen.<sup>2468</sup> Die russischsprachige Bevölkerung wurde damit immerhin durch 7 Sitze im ersten Saeima (dem lettischen Parlament) repräsentiert, wodurch ihre Vertretung stärker war als die Vertretung der Russischsprachigen im ersten estnischen Parlament, dem Riigikogu.<sup>2469</sup> Gleichzeitig hatten die Nicht-Staatsbürger in Lettland noch bis 1994, als schließlich das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet wurde, keinen legalen Status.<sup>2470</sup> Bei der Erarbeitung des Gesetzes behielten in Lettland, ähnlich wie in Estland, die national-radikalen Kräfte die Oberhand.<sup>2471</sup>

Die restriktiven Einbürgerungsbestimmungen im ersten Entwurf für das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 1994 sorgten für Kritik seitens der OSZE und der Europäischen Kommission.<sup>2472</sup> Anders als in Estland sollte der Erwerb der Staatsbürgerschaft nicht nur an mindestens 10 Jahre ständigen Aufenthalt im Land und an einen Sprachtest gebunden werden, sondern eine festgelegte Quote sollte zudem dafür sorgen, dass die Anzahl der jährlichen Einbürgerungen 0,1% der Anzahl der Staatsbürger nicht übersteigt.<sup>2473</sup> Schließlich wurde im Juli 1994 ein moderateres Gesetz verabschiedet, in wel-

---

<sup>2465</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113.

<sup>2466</sup> Ebd.

<sup>2467</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.123-125

<sup>2468</sup> Vgl. hierzu: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 113-114.

<sup>2469</sup> Hier wird von 7 Sitzen ausgegangen, welche von der Partei „Ravnopravije“ erzielt wurden. Während Pål Kolstø von 6 Sitzen spricht, welche die Gesamtheit der 34% der Bevölkerung repräsentieren sollten, gibt Tõnis Saarts an, es seien 18% der Sitze gewesen, was somit 18 der 100 Sitze bedeuten würde. Auch Juris Dreifelds gibt an, die „russischsprachige“ Partei „Ravnopravije“ hätte 6% erhalten, obwohl ihre Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Wahlen zu zwei Dritteln aus ethnischen Letten bestanden hätte. Dovile Budryte spricht gar von 20 Sitzen, welche von Parteien gehalten wurden, die „angaben, die Stimmen der russischsprachigen lettischen Bevölkerung zu repräsentieren“. Vgl. hierzu: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 127; Dreifelds, Juris (1997): Latvia in transition. S. 89-90; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 113-114; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146.

<sup>2470</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 114.

<sup>2471</sup> Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146.

<sup>2472</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-140.

<sup>2473</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 140.

## 9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

chem die Quoten gelockert und durch „Einbürgerungsfenster“ ersetzt wurden.<sup>2474</sup> Durch die verschärften Vorschriften der „Einbürgerungsfenster“ dauerte die Einbürgerung in Lettland jedoch deutlich länger als in Estland, so dass erst ab dem Jahr 2001 auch außerhalb Lettlands geborene Nicht-Staatsbürger Anträge auf Staatsbürgerschaft stellen durften.<sup>2475</sup> Nach einer Änderung aus dem Jahr 1998 konnten auch staatenlose Kinder die lettische Staatsbürgerschaft erhalten.<sup>2476</sup> Auch für diese Änderung war Kritik von Seite der OSZE und der Europäischen Kommission verantwortlich.<sup>2477</sup> Ebenfalls im Jahr 1998 fand in Lettland ein Referendum statt, mit dem die Anforderung einer Sprachprüfung bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft entschieden wurde – nicht überraschend hat die Bevölkerung mit einer Mehrheit von 53% für die Notwendigkeit von Sprachtests gestimmt.<sup>2478</sup> Zu bedenken ist hierbei, dass ethnische Letten bis zu diesem Zeitpunkt die überwiegende Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung ausmachten, da bisher lediglich etwas mehr als 4 000 Personen eingebürgert worden waren.<sup>2479</sup> Die fortdauernde, relativ langsame Einbürgerung (vgl. Tabelle 7) war zusätzlich zu den restriktiven Regelungen der Wahrnehmung vieler Russischsprachler geschuldet, wonach die lettische Gesetzgebung als erniedrigend und ungerecht empfunden wurde.<sup>2480</sup> Was in Lettland im geringeren Maße als in Estland vorhanden war, war die Anzahl der Staatsbürger Russlands – bis zum Jahr 2000 waren es etwa 60 000 Personen, was etwa 7% der gesamten russischsprachigen Bevölkerung Lettlands ausmachte.<sup>2481</sup> Grund war die unkomplizierte Regelung hinsichtlich des Ausländer-Status, welche die Russischsprachler, anders als in Estland, nicht mit einer langen Wartezeit auf Ausländerpässe blockierte.<sup>2482</sup> Diese wurde im Jahr 1995 mit dem lettischen Ausländergesetz verabschiedet, das im Gegensatz zum estnischen Pendant den Nicht-Staatsbürgern sofort den Daueraufenthalt genehmigte und die Herausgabe der entsprechenden Ausländerpässe regelte.<sup>2483</sup> Damit hatten Staatenlose in Lettland weniger Anreize, die Staatsbürgerschaft Russlands zu beantragen, weil ihnen mit dem gesetzlichen Status als Ausländer im Grunde dieselben Rechte garantiert wurden wie Staatsbürgern Russlands. In Estland mussten Ausländer dagegen längere Zeit mit einem unklaren gesetzlichen Status leben.

---

<sup>2474</sup> Die sogenannten „Einbürgerungsfenster“ legten fest, dass die Annahme der Staatsbürgerschaft jedes Jahr nur auf Grundlage bestimmter Kriterien erfolgen konnte. Beispielsweise durften im Jahr 1995 nur diejenigen die Staatsbürgerschaft beantragen, deren Familienmitglieder bereits Staatsbürger waren. In den Jahren 1996 bis 2000 sollten Staatenlose nach Alter eingebürgert werden: Im Jahr 1996 wurden 16 bis 20-Jährige eingebürgert, im Jahr 1997 folglich 20 bis 25-Jährige usw. Diese Regelungen wurden mit einer Änderung im Jahr 1998 für Kinder und Personen über 65 Jahre gelockert bzw. abgeschafft. Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 114; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 114-115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-140.

<sup>2475</sup> Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-142.

<sup>2476</sup> Ebd. S. 141.

<sup>2477</sup> Ebd.

<sup>2478</sup> Ebd. S. 141-143

<sup>2479</sup> Ebd.

<sup>2480</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 118-119

<sup>2481</sup> Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 141; 146-147.

<sup>2482</sup> Ebd. S. 147.

<sup>2483</sup> Ebd. S. 141.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Tabelle 7. Anzahl der lettischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl)<sup>2484</sup>

Jahr – Anzahl der eingebürgerten Personen	
1992 – 0	2001 – 10 637
1993 – 0	2002 – 9 844
1994 – 0	2003 – 1 049
1995 – 984	2004 – 16 064
1996 – 3 016	2005 – 19 169
1997 – 2 992	2006 – 16 439
1998 – 4 439	2007 – 6 826
1999 – 12 427	2008 – 3 004
2000 – 14 900	

Als wichtigster Unterschied zur estnischen Gesetzgebung ist in Lettland das Fehlen der Wahlberechtigung für Nicht-Staatsbürger auf kommunaler Ebene zu betrachten.<sup>2485</sup> Dadurch waren die dortigen Staatenlosen stets politisch marginalisiert, wenn es um die Repräsentation sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene ging.

Entgegen des estnischen Gesetzes, wonach Estnisch gleich zur einzigen nationalen Sprache erklärt wurde, hatten die lettische und die russische Sprache in Lettland gemäß dem Gesetz aus dem Jahr 1989 zunächst denselben offiziellen Status.<sup>2486</sup> Dagegen war das Nachfolgegesetz, welches im Jahr 1999 verabschiedet wurde, mindestens genauso restriktiv, wenn nicht restriktiver, als das estnische, weil es zunächst die Forderung der Lettisch-Kenntnisse sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor festlegte.<sup>2487</sup> Durch die Kritik der OSZE und der EU und die Proteste der russischsprachigen Bevölkerung wurden die Regelungen – ebenso wie in Estland im Jahr 2001 – gelockert.<sup>2488</sup> Durch Regelungen, wonach Lettisch die einzige Arbeitssprache in Ämtern blieb, war die Gesetzgebung allerdings restriktiver als die vergleichbare Gesetzgebung in Estland.<sup>2489</sup>

Im Jahr 1998 wurde beschlossen, dass auch an russischsprachigen Schulen ab 2004 der Großteil des Unterrichts auf Lettisch stattfinden soll.<sup>2490</sup> Dies sorgte für Missstimmung und Proteste unter der lettischen russischsprachigen Bevölkerung.<sup>2491</sup> Außerdem war in Lettland zum Teil eine öffentliche Rhetorik verbreitet, wonach russischsprachige Schüler in lettischsprachigen Schulen nicht begrüßt würden.<sup>2492</sup> Dies stellt eine Radikalisierung gegenüber Estland dar, wo solche Gebaren zumindest nicht öffentlich stattfanden.

<sup>2484</sup> Aus: Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 143.

<sup>2485</sup> Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 123-125; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 141-149.

<sup>2486</sup> Ebd. S. 138.

<sup>2487</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 142.

<sup>2488</sup> Ebd.

<sup>2489</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 116; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146-149.

<sup>2490</sup> Ebd. S. 142.

<sup>2491</sup> Ebd.

<sup>2492</sup> Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S.119.

## 9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

Wie auch in Estland, hat die lettische Regierung im Jahr 1998 das erste offizielle Integrationsprogramm verabschiedet, mit dem auch in Lettland erste Schritte in Richtung eines Paradigmenwechsels im Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung eingeleitet wurden.<sup>2493</sup> Das Nachfolgeprogramm wurde im Jahr 2001 auf den Weg gebracht und durch weitere Programme ergänzt.<sup>2494</sup> Allerdings war der Wortlaut der Programme exklusiver als in Estland, da im lettischen Programm offen von der russischsprachigen Bevölkerung als „Fremde“ die Rede war.<sup>2495</sup>

Die lettische russischsprachige Bevölkerung zeigte durchgehend einen höheren politischen Organisationsgrad als die estnische russischsprachige Bevölkerung und hielt stabil etwa 20% der Sitze im Parlament.<sup>2496</sup> Dennoch blieb ihr Einfluss auf die lettische Politik gering. Vielmehr ernteten Protestaktionen der Bevölkerung die Aufmerksamkeit der Politik, wofür auch das Referendum des Jahres 2012 zum offiziellen Status der russischen Sprache ein Beispiel darstellt. Dabei wurde seitens der wahlberechtigten Bevölkerung über Verfassungsänderungen abgestimmt, welche Russisch zur zweiten Amtssprache erhoben hätten.<sup>2497</sup> Mit einer Wahlbeteiligung von 70%, exklusive der Nicht-Staatsbürger, welche zum damaligen Zeitpunkt etwa 14% der gesamten Bevölkerung darstellten, wurden die Änderungen mit 75% der „Nein“-Stimmen abgelehnt.<sup>2498</sup> Die Wahlbezirke, welche mit „Ja“ gestimmt hatten, befanden sich im Osten bzw. im Südosten des Landes und galten als „überwiegend“ russischsprachig (etwa 30 bis 60% der Bevölkerung waren in diesem Teil des Landes russischsprachig).<sup>2499</sup>

Aus Lettland (Riga) wird der einzige baltische russischsprachige Sender „PBK“ gesendet, was Lettland zu einem wichtigen Lieferanten für russischsprachige Medien im Baltikum macht.<sup>2500</sup> Dadurch, dass die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung in Lettland tiefere und ältere Wurzeln hat als die vergleichbare Gruppe in Estland, sind Letten die russischsprachige Kultur mehr gewohnt.<sup>2501</sup> Beispielsweise sprechen ethnische Letten weitaus mehr und besser Russisch im Alltag als Esten, was die lettischsprachige Jugend, im Gegensatz zur estnischen, mit einschließt.<sup>2502</sup> Gleichzeitig werden ethnische Letten in radikal-nationalistischen Kreisen dafür kritisiert, dass sie in Gesprächen mit Russen bzw. mit Russischsprachigen häufig ins Russische wechseln – ähnlich

---

<sup>2493</sup> Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 142.

<sup>2494</sup> Ebd. S. 142.

<sup>2495</sup> Ebd. S. 148.

<sup>2496</sup> Ebd. S. 146.

<sup>2497</sup> Schuller, Konrad: „Gegen Russisch als Staatssprache“ FAZ 19.02.2012. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abstimmung-in-lettland-gegen-russisch-als-staatssprache-11655243.html> (Abgerufen am 15.03.2013).

<sup>2498</sup> Statistical Office of Latvia: Resident population on march 1, 2011 by citizenship, sex and age group; resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database.

<sup>2499</sup> Statistical Office of Latvia: Resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database. Vgl. auch: Schuller, Konrad: „Gegen Russisch als Staatssprache“.

<sup>2500</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen zur Mediennutzung im Kapitel „Die Rolle der Sprache“. Am 27. September 2015 startete der estnische Sender „ETV +“ ein russischsprachiges Angebot, welches sich allerdings nur auf Estland beschränkte.

<sup>2501</sup> Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 138.

<sup>2502</sup> Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 115.

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

wie Esten, obwohl Letztere schlechtere Russisch-Kenntnisse aufweisen.<sup>2503</sup> Auch die russischsprachige Bevölkerung Lettlands hat ihre Bereitschaft, Lettisch zu lernen, wiederholt bekundet, obwohl die Beschwerden über gesetzliche Regelungen zur Sprache auch hier immer wieder für größere Kontroversen sorgen.<sup>2504</sup> In Lettland scheint die Frage der Nutzung der Sprache sogar eine höhere sozioökonomische Brisanz aufzuweisen, als dies in Estland der Fall ist, da in Lettland auch der private Sektor zum Teil schärferen sprachlichen Regeln und Kontrollen bzw. einer höheren Emotionalität der öffentlichen Diskussion unterworfen ist.<sup>2505</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, obwohl die lettische Gesetzgebung in einigen Aspekten strenger ist als die estnische – vor allem angesichts der Einbürgerungsquoten und dem fehlenden Recht zur kommunalen Wahlbeteiligung –, die russischsprachige Bevölkerung Lettlands politisch stets besser organisiert war. Gleichzeitig hatte sie keinen größeren Einfluss auf die Integrationspolitik des wiederhergestellten Staates als die russischsprachige Bevölkerung in Estland. In beiden Ländern waren es die OSZE und die EU, welche die restriktiven und diskriminierenden Gesetze verhindert haben. Die russischsprachige Bevölkerung teilt sich in Lettland, ebenso wie in Estland, in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger auf, wobei Letztere in Lettland politisch aufgrund der fehlenden Wahlberechtigung stärker marginalisiert sind als die estnischen Nicht-Staatsbürger. Insofern kann in Lettland von einer größeren Marginalisierung der russischsprachigen Nicht-Staatsbürger hinsichtlich des Zugangs zu Wahlen und politischen Ämtern ausgegangen werden als in Estland.

Auf allen anderen Ebenen der gesellschaftlichen Integration ist in Lettland eine vergleichbare Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung wie in Estland zu beobachten, wobei die Letten durch ihre Haltung, ebenso wie die Esten, die integrative Segmentierung begünstigen und eine Mehrfachintegration verhindern. Allerdings zeigen die Letten aufgrund ihrer besseren Russisch-Kenntnisse eine höhere, wenngleich implizite, Bereitschaft zur Mehrfachintegration in der kulturellen Dimension, was wiederum durch die immer wieder in die Öffentlichkeit getragene Ablehnung des Russischen relativiert wird. Die strukturelle Dimension zeigt erwartungsgemäß deutliche Parallelen zu Estland, wenn es um den Zugang zum Arbeitsmarkt geht, wobei auch hier vermutlich eine Teilung zwischen einer Segmentierung und einer Mehrfachintegration auf Grundlage der Sprachkenntnisse und des Vorhandenseins der lettischen Staatsbürgerschaft vorhanden ist. Im Bereich der Bildung zeigt sich in Lettland, durch die rigorose Durchsetzung des sprachlichen Überganges russischsprachiger Schulen zu lettisch-

---

<sup>2503</sup> Vgl. zum Beispiel: Delfi.lv: „Латвизыныш: „Латыши переходят на русский из-за рабской мягкотелости““ 03.07.2007 <http://rus.delfi.lv/news/daily/latvia/lagzdynsh-latysh-perehodyat-na-russkij-iz-za-rabskoj-myagkotelosti.d?id=18354423> (Abgerufen am 11.04.2014).

<sup>2504</sup> Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 119.

<sup>2505</sup> Vgl. zum Beispiel den Aufruf des lettischen Zentrums der Staatssprache im Januar 2015, als Arbeitnehmer dazu aufgerufen wurden, am Arbeitsplatz auch in privaten bzw. in inoffiziellen Gesprächen Lettisch zu verwenden. Dieser Aufruf brachte eine Welle der Empörung der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands mit sich. TVNET.lv: „Центр госязыка призывает говорить на рабочих местах на латышском языке“ 19.01.2015 [http://rus.tvnet.lv/novosti/obschjestvo/280649-cjentr\\_gosjazika\\_prizivajet\\_govorit\\_na\\_rabochih\\_mjestah\\_na\\_latishskom\\_jazikje](http://rus.tvnet.lv/novosti/obschjestvo/280649-cjentr_gosjazika_prizivajet_govorit_na_rabochih_mjestah_na_latishskom_jazikje) (Abgerufen am 20.01.2015) ; Vesti.ru: „Языковое гестапо“: в Латвии запретили прилюдно говорить по-русски.“ 20.01.2015 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=2288762> (Abgerufen am 20.01.2015).

sprachigem Unterricht, eine geringere Kooperationsbereitschaft gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung als in Estland. Entsprechend der gesetzlichen Regelungen kann das lettische Bildungssystem, ähnlich wie in Estland, als „teilweise“ segmentiert gelten. Allerdings bedarf es einer umfangreichen Analyse der russischsprachigen Schulen und Schüler in Lettland, um einen tiefergehenden Vergleich zu Estland zu liefern.

In den sozialen und der identifikativen Dimensionen zeigen sich große Parallelen zwischen Estland und Lettland, obwohl auch hier ein tiefergehender Vergleich einer umfangreichen Analyse bedarf. Hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Beteiligung zeigte die russischsprachige Bevölkerung in Lettland stets einen höheren Organisationsgrad, wodurch zahlreiche Protestaktionen (zum Beispiel zum Thema der russischsprachigen Schulen oder zum Status der russischen Sprache) auf den Weg gebracht wurden. Die grundsätzliche identifikative Bindung zu Lettland kann mit der in Estland gleichgesetzt werden, wobei die tieferen Wurzeln der lettischen Russen eine größere identifikative Bindung vermuten lassen. Grundsätzlich zeigen sich Letten, ähnlich wie Esten, gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung als einem integrativen Teils der lettischen Gesellschaft aber eher reserviert. Daher kann die russischsprachige Bevölkerung in Lettland in diesen Dimensionen, ähnlich wie in Estland, als „teilweise“ segmentiert mit einer Bewegung in Richtung Mehrfachintegration gelten.

Litauen zeigt als einziges Land unter den baltischen Staaten eine positive Integration der russischsprachigen Bevölkerung, was auch mit einem ursprünglich kleineren Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung zusammenhängt. Dennoch kann in Litauen ein positiver Effekt einer ethnisch inklusiven Politik festgestellt werden.

In allen baltischen Staaten kann zudem eine „baltisch-russische“ Identität verzeichnet werden, was durchaus auf eine Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung in der identifikativen Dimension schließen lässt.

## 9.7 Schlussfolgerungen und Ausblick

Estland und die Ukraine sind auf den ersten Blick zwei vollkommen unterschiedliche Beispiele für Länder im postsowjetischen Raum, in denen die russischsprachige Bevölkerung eine bestimmte Rolle im Prozess der Transformation von einem autokratischen zu einem demokratischen System eingenommen hat. Dennoch sind bei genauerer Betrachtung auch Gemeinsamkeiten zu erkennen. Wie nachhaltig die russischsprachige Bevölkerung in das jeweilige Land integriert wurde und wie die Länder künftig mit dieser Bevölkerungsgruppe umgegangen sind und umgehen, ist entscheidend für die künftige innen- und außenpolitische Entwicklung der Länder und für die Position der Russischsprachler im gesamten postsowjetischen Raum.

Die russischsprachige Bevölkerung kann im Allgemeinen zwar nicht als eine homogene Einheit betrachtet werden, jedoch weist sie aufgrund ihrer Russischsprachigkeit und ihrer historischen Position eine gegenseitige Verbundenheit auf. Diese lässt Russischsprachler bzw. ethnische Russen im postsowjetischen Raum zu einer Quasi-Einheit werden, welche sich im Falle interner oder externer Schocks oder Schlüsselereignisse

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

unter Umständen untereinander vereinen kann. Dies kann vor allem dann der Fall sein, wenn die Schlüsselereignisse mit grundsätzlichen Fragen rund um die russischsprachige Bevölkerung in den jeweiligen Ländern verbunden sind. Als ein solcher interner Schock können beispielsweise die Ereignisse rund um den „Bronze-Soldat“ in Estland aus dem Jahr 2007 betrachtet werden. Auslöser der Unruhen war ein Symbol aus der Sowjetzeit, welches für die estnische Titularnation, anders als für die russischsprachige Bevölkerung, mit negativen Erinnerungen verbunden war. Zusätzlich entlud sich in den Unruhen die angestaute Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung mit der estnischen Regierungstätigkeit seit Anfang der 1990er Jahre. Nach den Unruhen wurde seitens der estnischen Regierung ein erneuter Paradigmenwechsel in Richtung einer inklusiven Integrationspolitik, bzw. einer gezielten Beschäftigung mit den Integrationsproblemen der russischsprachigen Bevölkerung eingeleitet, was als positives Ergebnis zu werten ist.

Die Ukraine-Krise im Jahr 2014 kann als ein Extremfall einer gesellschaftlichen Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung gelten, welchem sowohl ein interner (Majdan-Proteste Ende 2013 und Anfang 2014) als auch ein externer (die Krim-Übernahme durch Russland) Schock vorausging. Hierbei war eine Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Status der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu beobachten, wobei diese Wahrnehmung durch die Krisen-Rhetorik seitens der Russischen Föderation verstärkt wurde. Allgemein darf der Einfluss internationaler Akteure auf die genannten Beispiele aus dem Baltikum bzw. Estland und der Ukraine und die dort lebende russischsprachige Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. Während der Anfangsjahre der demokratischen Konsolidierung in Estland hat sowohl der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen der OSZE als auch die Europäische Kommission scharfe Kritik an den gesetzlichen Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft und zu Ausländern geäußert. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die vergleichbare Gesetzgebung in Lettland. Um die EU-Beitrittsverhandlungen nicht zu beeinträchtigen, wurden die umstrittensten Klauseln der entsprechenden Gesetze sowohl in Estland als auch in Lettland geändert. In der Ukraine führten die engen Beziehungen zu Russland dazu, dass der „Bruderstaat“ Russland stets größeren Einfluss auf die Position und den Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung genommen hat als internationale Organisationen. Dies zeigte sich auch während der Krise des Jahres 2014.

Dennoch sollte die russischsprachige Bevölkerung von titularen Nationen im postsowjetischen Raum nicht lediglich als Störfaktor der demokratischen bzw. der „eigenen“ ethnisch-nationalen Entwicklung wahrgenommen werden. Eine solche Wahrnehmung kann, wie die angebrachten Beispiele zeigen, in Extremfällen zu einer gesellschaftlichen Segmentierung führen. Schließlich zeigen sowohl die Beispiele Estlands, Lettlands und Litauens als auch die Entwicklung der Ukraine vor der Krise im Jahr 2014, dass die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum in der Lage ist, sich an gesellschaftliche und politische Veränderungen in den jeweiligen Ländern anzupassen. Eine vollständige Assimilierung der russischsprachigen Bevölkerung auf allen gesellschaftlichen Ebenen in den Ländern des postsowjetischen Raumes ist jedoch nicht zu erwarten und sollte daher nicht das vorrangige Ziel der Integrationspolitik sein. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich die russischsprachige Bevölkerung, wenn sie sich mit



dem Land, in dem sie wohnt, identifiziert, diesem gegenüber loyal verhält. Das Verständnis der estnischen Integrationspolitik, wonach die Staatsbürgerschaft als „Krönung“ einer erfolgreichen Integration betrachtet wird, ist angesichts der demographischen Lage Anfang der 1990er Jahre zwar verständlich, erzeugte aber bei vielen Russischsprachlern eine Abwertung in der Wahrnehmung des unabhängigen estnischen Staates. Dasselbe gilt auch für Lettland, jedoch nicht für Litauen. Eine derartige „Krönungsstrategie“ kann demnach nur funktionieren, wenn auch die Minderheit – wie die russischsprachigen Staatsbürger in Estland – als vollwertige Mitglieder der Mehrheits- oder in dem Fall der estnischen Gesellschaft, akzeptiert werden, nachdem sie die Voraussetzungen für die Staatsbürgerschaft erfüllt haben. Um eine identifikative Verbundenheit der russischsprachigen – oder jeder anderen ethnisch-nationalen – Minderheit zu erzeugen, muss demnach eine Integration auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen erfolgen, welche weder durch eine abweisende Haltung noch durch nachträgliche Versuche seitens der Titularnation, die Position der Minderheit zu schwächen, gestört werden darf. Auch wenn eine Integrationspolitik, ob offiziell oder inoffiziell, auf einem „Primat der Sprache“ basiert, so darf von der russischsprachigen Bevölkerung – oder jeder anderen Minderheit – nicht erwartet werden, dass sie ihre Russischsprachigkeit – oder ihre eigene Sprache und Kultur – aufgibt. Was titulare Gesellschaften jedoch erwarten dürfen und mit der Integrationsstrategie anstreben müssen, ist die Bereitschaft der russischsprachigen Bevölkerung – oder jeder anderen Minderheit – sich den Besonderheiten der Aufnahmegesellschaft anzupassen. Eine erfolgreiche Koexistenz der Titularnation mit einer Minderheit, ob russisch- oder anderssprachig, kann somit nur mithilfe gegenseitiger Akzeptanz erfolgen, was im Übrigen für alle multinationalen Gesellschaften gilt.

Die vorliegende Analyse soll verdeutlichen, welche Rolle die russischsprachige Bevölkerung in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Länder im postsowjetischen Raum gespielt hat. Zweifelsfrei konnte der Übergang von einer Titularnation zu einer Minderheit weder an der russischsprachigen Bevölkerung noch an der jeweiligen Gesellschaft vorübergehen. Wie die Analyse gezeigt hat, hängt die Position der russischsprachigen Bevölkerung im Wesentlichen von ihrer Rolle im Prozess der Demokratisierung ab, wobei sich die Position im Verlauf der Konsolidierung verändern kann: In Estland hat sich die schwache politische Position der russischsprachigen Bevölkerung bis heute gehalten, während die starke politische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine durch die Krise des Jahres 2014 wesentlich geschwächt wurde. Im sogenannten Ukraine-Konflikt liegt auch die Aktualität bezüglich der Rolle der russischsprachigen Bevölkerung im politischen Prozess der Ukraine bzw. des gesamten postsowjetischen Raumes verborgen. Je nach Ausgang des bewaffneten Konflikts im Donbass, dem künftigen Verhalten seitens der Russischen Föderation und der innen- sowie außenpolitischen Positionierung der ukrainischen Führung stellt sich demnach die folgende Frage: Für welche Seite wird sich die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum entscheiden, falls es zu einem offenen Konflikt zwischen Russland und dem Westen, inklusive der Länder der ehemaligen Sowjetunion, kommen sollte?

## 9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss die identifikative Verbundenheit der russischsprachigen Bevölkerung mit dem jeweiligen Wohnland mit der identifikativen Verpflichtung gegenüber der „historischen“ Heimat Russland (bzw. in einigen Fällen auch Sowjetunion) verglichen werden. Hierfür ist die gesellschaftliche und politische Integration von Bedeutung, welche im Falle einer extremen Marginalisierung bzw. einer vollständigen Assimilation die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung entscheidend verschieben kann. Die Zwischenformen der Segmentierung bzw. der Mehrfachintegration können anhand der Beispiele Estland und Ukraine beobachtet werden. Obwohl die russischsprachige Bevölkerung in Estland (wie auch in Lettland) nach wie vor einer Segmentierung unterworfen ist, scheint sie sich an ihre Stellung als „andere“ (in Abgrenzung zum „wir“ der Titularnation) gewöhnt zu haben. Das scheint ihre Bestrebung in Richtung einer Mehrfachintegration immer weniger zu stören, welche allerdings durch die abweisende Haltung der Titularnation zum Teil unterbunden wird. Ohne diese Einschränkung scheint der Weg in Richtung einer Mehrfachintegration auf allen Ebenen – auch der identikativen – offen, was auch die Loyalität gegenüber dem Wohnland stärken wird. Unter den Bedingungen einer erfolgreichen Mehrfachintegration in allen Dimensionen, bis hin zur identikativen, würde sich die baltische russischsprachige Bevölkerung im Falle eines Konfliktes auf die Seite der aktuellen, und nicht der „historischen“, Heimat schlagen.

In der Ukraine wiederum, in der in allen gesellschaftlichen Dimensionen eine deutliche Mehrfachintegration zu beobachten war, konnte im Zuge der Krise 2014 eine Situation festgestellt werden, in der sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine gegen das Wohnland gewendet hat. Verantwortlich hierfür ist eine Verschiebung der Machtverhältnisse: Im Zuge der Majdan-Proteste hat die russischsprachige Bevölkerung massiv an politischem Einfluss verloren.<sup>2506</sup> Dadurch haben Gegenden, welche sich durch ihre Russischsprachigkeit identifizierten – wie die Krim und der Donbass – gegen die neue, in ihrer Wahrnehmung „anti-russische“ Führung aufgebeht. Die Ereignisse des Jahres 2014 sind also nicht unerwartet zustande gekommen, sondern wurden durch die zunehmende Wahrnehmung der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung als „wir“ und „andere“ auf ethnisch-nationaler Basis ausgelöst. Für die Ukraine gilt es demnach, künftig eine Balance zwischen den geolinguistischen, ethnisch-nationalen, sozioökonomischen und geopolitischen Unterschieden innerhalb ihrer Bevölkerung zu finden, um weitere Konflikte zu vermeiden und eine einheitliche Gesellschaft aufzubauen, welche im Grunde bereits vorhanden war und spätestens durch die Ereignisse des Jahres 2014 verloren ging.

---

<sup>2506</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung [...] in der Ukraine“ und „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“.

# Anhang

Tabelle A. Schlüsselereignisse der Transformation und die Position der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Ukraine

	<b>Estland</b>	<b>Ukraine</b>
<b>Historischer Hintergrund</b>	→ Migration zwecks Industrialisierung/politischer Kontrolle → Gegenden mit hoher Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung: Nordosten Estlands/Tallinn → 1989: ca. 34% russischsprachige Bevölkerung (% der Gesamtbevölkerung) → Estnisch/Russisch getrennt, nur bei Bedarf gemischt	→ Migration zwecks Industrialisierung/stärkere historische und kulturelle Anbindung an Russland → Gegenden mit hoher Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung: Südosten/Kiew → 1989: 22% Russen; ca. 30% russischsprachige Ukrainer (% der Gesamtbevölkerung) → 3 Gruppen: Russen, Ukrainer, russischsprachige Ukrainer
	„Russisches Kuriosum“, wonach sich Russen als Titularnation in der gesamten Sowjetunion „heimisch“ fühlten und folglich in ihrer Wahrnehmung innerhalb eines Landes migriert sind, ist in der historischen Selbstpositionierung der russischsprachigen Bevölkerung in beiden Ländern zu beobachten.	
<b>Ende des autokratischen Regimes/Demokratisierung</b>	→ Erste halbfreie Wahlen: 18. März 1990 (Mehrheit: Volksfront; ca. 70% Esten; EKP 27 Sitze) → Referendum zur Unabhängigkeit 3. März 1991 (Zustimmung: 78% und Wahlbeteiligung: 83%; schätzungsweise 1/3 der russischsprachigen Bevölkerung dafür) → 20. August 1991: Unabhängigkeitserklärung → 26. Februar 1992: Erstes Gesetz zur Staatsbürgerschaft (exklusiv) → 28. Juni 1992: Verfassungsreferendum → 20. September 1992: Erste freie Parlamentswahlen	→ Erste Halbfreie Wahlen: Im Laufe des Monats März 1990 (Mehrheit: KPU/überwiegend Russen; Ruch 26% der Sitze) → 24. August 1991: Unabhängigkeitserklärung → 13. Oktober 1991: Gesetz zur Staatsbürgerschaft (inklusive) → 1. Dezember 1991: Referendum zur Unabhängigkeit (Zustimmung: 90% und Wahlbeteiligung: 84%; schätzungsweise 1/2 der russischsprachigen Bevölkerung dafür) → 1. Dezember 1991: Leonid Krawchuk zum Präsidenten gewählt (direkt) (KPU/Mehrheit in der Westukraine) → März/April 1994: Erste freie Parlamentswahlen → 10. Juli 1994 Leonid Kuchma zum Präsidenten gewählt (direkt) (KPU/Mehrheit in der Ostukraine) → 28. Juni 1996 Verfassung durch Werhowna Rada
	Repräsentation und Teilnahme der russischsprachigen Bevölkerung an der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft und der Erarbeitung der Verfassung;	
	→ Schwach durch die Volksfront; Paradigmenwechsel in der ethnisch-nationalen Rhetorik	→ Stark; Kontinuität der ethnisch-nationalen Stimmung

## Anhang

<b>Konsolidierung</b>	<p>→ Zweite freie Parlamentswahlen 1995          → Gesetze: 1993 zur gesetzlichen Stellung der Ausländer; 1995 Gesetz zur Sprache und das zweite Gesetz zur Staatsbürgerschaft          → Verabschiedung der staatlichen Programme zur Integration ab dem Jahr 2000</p>	<p>→ 1999: Leonid Kuchma erneut zum Präsidenten gewählt (Mehrheit in der Westukraine)          → 2004: Orange Revolution; Wiktor Juschtschenko gegen Wiktor Janukowitsch          → 23. Januar 2005 Wiktor Juschtschenko zum Präsidenten gewählt (Mehrheit in der Westukraine)          → 25. Februar 2010: Wiktor Janukowitsch zum Präsidenten gewählt (Mehrheit in der Ostukraine)</p>
	Politische Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung:	
	<p>→ „Russischsprachige“ Parteien im Parlament: 1995 bis 2003          → Vertretung der russischsprachigen Bevölkerung durch Zentrumspartei</p>	<p>→ Vertretung durch KPU bzw. „Partei der Macht“          → Vertretung durch „Partei der Regionen“ ab dem Jahr 2004          → Vertretung durch Präsidentschaftskandidaten Leonid Kuchma, Petro Symonenko, Wiktor Janukowitsch</p>
	Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf die Gesetzgebung:	
	→ Schwach	→ Stark
	Russischsprachige Bevölkerung als Wählerschaft:	
	<p>→ Starke Unterstützung der Zentrumspartei; Regierungsfähigkeit der gewählten Partei von Bedeutung; Affinität gegenüber „estnischen“ Parteien          → Seit 2015: Größere Differenzierung in den Parteipräferenzen, da nun auch andere Parteien gewählt werden (z.B. die Sozialdemokraten, SDE)          → Bislang bei der Regierungsbildung immer von den estnischsprachigen Wählern überstimmt, da Regierungskoalitionen bislang fast immer ohne Beteiligung der Zentrumspartei          → Übergangsregierung 2014/2015 stellt den ersten russischsprachigen Minister seit Anfang der 1990er Jahre</p>	<p>→ Starke Unterstützung der „eigenen“ Partei bzw. des „eigenen“ Präsidentschaftskandidaten          → Wiederholt Erfolge der „eigenen“ Parteien bzw. der „eigenen“ Präsidentschaftskandidaten bei Wahlen („Partei der Regionen“ 2006; 2007 und 2012 sowie Wiktor Janukowitsch 2010)</p>
	Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung im politischen Prozess:	
	→ Schwach	→ Stark
	<b>Krisen auf ethnisch-nationaler Basis</b>	<p>→ 2007: „Bronze-Soldat“          =&gt; Folge: Teilweise größere gesellschaftliche Segmentierung als unmittelbare Folge; stärkere Konzentration der Regierung auf Probleme der gesellschaftlichen Integration russischsprachiger Bevölkerung          =&gt; Mittelfristig: Verbesserte gesellschaftliche und politische Position der russischsprachigen Bevölkerung durch verstärkte Wahrnehmung des Integrationsbedarfs seitens des estnischsprachigen Teils der Gesellschaft</p>

Tabelle B. Dimensionen und Indikatoren der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Ukraine

Dimension der gesellschaftlichen Integration und die dazugehörigen Indikatoren		Estland	Ukraine
Politische Dimension	Zugang zu Grundrechten	→ Rechtlich assimiliert (Grundrechte) → Nicht-Staatsbürger: marginalisiert auf Grundlage des Wahlrechts auf zentralstaatlicher Ebene	→ Assimiliert
	Zugang zur politischen Partizipation und/oder Wahlen	→ Staatsbürger: rechtlich assimiliert und repräsentativ mehrfachintegriert → Nicht-Staatsbürger: marginalisiert auf zentralstaatlicher Ebene; rechtlich assimiliert und repräsentativ mehrfachintegriert auf kommunaler Ebene → Parlamentswahlen 1992: russischsprachige Bevölkerung beinahe vollständig marginalisiert	→ Rechtlich assimiliert und repräsentativ mehrfachintegriert
	Zugang zu politischen Ämtern	→ Staatsbürger: rechtlich assimiliert und repräsentativ marginalisiert bzw. „teilweise“ segmentiert → Nicht-Staatsbürger: marginalisiert	→ Assimiliert bzw. sprachlich mehrfachintegriert
Kulturelle Dimension	Sprache	→ Segmentiert → Marginalisiert im offiziellen Sprachgebrauch → Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration → Blockade der Mehrfachintegration bzw. Fortdauern einer Segmentierung durch abweisende Einstellung der Titularnation	→ Mehrfachintegriert → Teilweise „umgekehrte“ Assimilierung der Titularnation/ Vorhandensein eines asymmetrischen Bilingualismus
	Kenntnis der Kultur /Ähnlichkeit	→ Mehrfachintegriert mit Tendenzen einer Segmentierung im „baltisch-russischen“ Kulturraum → Blockade der Mehrfachintegration bzw. Fortdauern einer Segmentierung durch abweisende Einstellung der Titularnation	→ Mehrfachintegriert → Teilweise „umgekehrte“ Assimilierung der Titularnation in die „russischsprachige Kultur der Ukraine“
Strukturelle Dimension	Zugang zum/Teilnahme am Arbeitsmarkt	→ Mehrfachintegriert bei guten Estnisch-Kenntnissen → Segmentiert bei schlechten oder fehlenden Estnisch-Kenntnissen	→ Mehrfachintegriert
	Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung	→ Mehrfachintegriert	→ Mehrfachintegriert

## Anhang

	Zugang zur/Teilnahme an Bildung	<p>→ Absolventen russischsprachiger Schulen: „teilweise“ segmentiert</p> <p>→ Absolventen estnischsprachiger Schulen: mehrfachintegriert bzw. assimiliert</p> <p>→ Blockade der Mehrfachintegration bzw. Fortdauern einer Segmentierung durch abweisende Einstellung der Titularnation im Falle russischsprachiger Schüler in estnischsprachigen Schulen</p>	→ „Teilweise“ Segmentierung mit starken Tendenzen einer Mehrfachintegration
Soziale Dimension	Zugang zum Wohnungsmarkt/ Wohngegend	<p>→ Assimiliert</p> <p>→ „Teilweise“ segmentiert in Gegenden mit hoher Konzentration russischsprachiger Bevölkerung</p>	<p>→ Assimiliert</p> <p>→ „Teilweise“ segmentiert in Gegenden mit hoher Konzentration russischsprachiger Bevölkerung</p>
	Zivilgesellschaftliche Aktivitäten	<p>→ Mehrfachintegriert</p> <p>→ Segmentiert bzw. marginalisiert in Gegenden mit hoher Konzentration russischsprachiger Bevölkerung im Nordosten Estlands</p>	<p>→ Mehrfachintegriert</p> <p>→ Segmentiert in Gegenden mit hoher Konzentration russischsprachiger Bevölkerung im Südosten</p>
	Einbindung in das Sozialleben /Freizeit und ethnisch-nationaler Hintergrund des Partners / Bekanntenkreises	<p>→ „Teilweise“ segmentiert</p> <p>→ Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration</p> <p>→ Blockade der Mehrfachintegration bzw. Fortdauern einer Segmentierung durch abweisende Einstellung der Titularnation</p>	→ Mehrfachintegriert
Identifikative Dimension	Individuelle Einschätzung des Umfelds und Einverständnis mit den kulturellen und sozialen Werten	<p>→ Segmentiert</p> <p>→ Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration</p> <p>→ Blockade der Mehrfachintegration bzw. Fortdauern einer Segmentierung durch abweisende Einstellung der Titularnation durch die Wahrnehmung als „wir“ und „andere“</p>	<p>→ Mehrfachintegriert</p> <p>→ Bewegung in Richtung einer Segmentierung durch die Wahrnehmung als „wir“ und „andere“ seitens der Titularnation</p>
<b>Ergebnis: Grad der Gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung</b>		In der politischen Dimension findet eine deutliche Zweiteilung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern statt, welche den Grad der Integration von mehrfachintegriert bis marginalisiert begründet. Die Sprache spielt eine entscheidende Rolle in der strukturellen Dimension bei der Platzierung als mehrfachintegriert oder segmentiert. In allen anderen Dimensionen und Indikatoren überwiegt eine Segmentierung mit starken Tendenzen in Richtung einer Mehrfachintegration, welche allerdings häufig seitens der Titularnation blockiert wird. Identifikativ ist die Herausbildung einer eigenen „baltisch-russischen“ Identität zu beobachten.	In beinahe allen Dimensionen ist die russischsprachige Bevölkerung mehrfachintegriert bzw. assimiliert, wobei in der kulturellen Dimension auch eine „umgekehrte“ Assimilierung seitens der Titularnation zu beobachten ist. Eine „teilweise“ Segmentierung ist auf regionaler Basis in der strukturellen und der sozialen Dimension zu beobachten. Tendenzen einer Segmentierung sind auf Grundlage der abweisenden Haltung der Titularnation sichtbar, die russischsprachige Minderheit zeigt sich stark regionalisiert in der identifikativen Dimension.

## Verzeichnis der Abbildungen

Karte 1. Estland: Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den Landkreisen.....	108
Karte 2. Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den ukrainischen Oblasten. ....	246
Karte 3. Alltagssprachen in der Ukraine. ....	250
Karte 4. Ethnische Identität in der Ukraine.....	251
Karte 5. Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar-November 2012).....	331
Karte 6. Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %). ....	332

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1. Formen der gesellschaftlichen Integration .....	41
Tabelle 2. Dimensionen und Indikatoren zur Messung gesellschaftlicher Integration ...	43
Tabelle 3. Anzahl der estnischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl).....	170
Tabelle 4. Estnische Staatsbürgerschaften gemäß gesetzlicher Grundlage (Personenzahl) .....	171
Tabelle 5. Russischsprachige Bevölkerung in Estland nach Staatsbürgerschaft (in % der russischsprachigen Bevölkerung) .....	172
Tabelle 6. Russisch als Muttersprache in den ukrainischen Oblasten in % der Angaben in der jeweiligen ethnischen Gruppe.....	248
Tabelle 7. Anzahl der lettischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl .....	530
Tabelle A. Schlüsselereignisse der Transformation und die Position der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Ukraine.....	537
Tabelle B. Dimensionen und Indikatoren der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Ukraine.....	539





# Bibliographie

## Monographien, Sammelbände, wissenschaftliche Artikel und Arbeitspapiere<sup>2507</sup>

- Alba, Richard/Nee, Victor (1997): Rethinking Assimilation. Theory for a New Era of Immigration. *International Migration Review* 31/4, Special Issue: Immigrant Adaption. 826-874.
- Alba, Richard (2008): Why We Still Need a Theory of Mainstream Assimilation in: Kalter, Frank (Hrsg.): *Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48)*. Wiesbaden: VS-Verl. 37-56.
- Alison, Miranda H. (2009): *Women and Political Violence: Female Combatants in Ethno National Conflict*. London/New York: Routledge.
- Arel, Dominique (1995): Ukraine: The Temptation of a Nationalizing State. in: Tismăneanu, Vladimir (Hrsg.) : *Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia*. Bd. 7. *The International Politics of Eurasia*. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 157-188.
- ARiC Berlin e.V. (2001): *Integration: 204 Berliner ausländischer Herkunft geben Auskunft. Positive Migrationsverläufe von Migrantinnen und Migranten in Berlin. Ein Umfrageprojekt*. Berlin: ARiC e.V..
- Baron, Robert A./Byrne, Donn (1991): *Social Psychology: Understanding human interaction*. Boston, MA: Allyn & Bacon.
- Barth, Frederik (1969): *Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Cultural Difference*. London: Allen&Unwin.
- Basch, Li/Glick Schiller, Nina/Szanton Blanc, Cristina (1997): From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. 121-140.
- Bauböck, Rainer (1994): *Transnational Citizenship. Membership and Rights in International Migration*. Cheltenham:: Edward Elgar.
- Baumann, Gabriele (2014): *Neue Parteien – neue Gesichter? Länderbericht Ukraine*. Konrad-Adenauer-Stiftung, September.
- Baurmann, Michael (1998): Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Soziale Integration (Bd. 39)*. Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 85-114.
- Berg, Eiki (2002): Estland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation*. Band 2: *Dokumentation der internationalen rechnerische*. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 63-86.
- Besters-Dilger, Juliane (Hrsg.) (2009): *Ukraine on its way to Europe: interim results of the Orange Revolution*. Frankfurt am Main; Berlin; Bern [u.a.]: Lang.

---

<sup>2507</sup> Die Quellen sind nach Kategorien in Blöcke eingeteilt. In jedem Block sind die Quellen alphabetisch geordnet, wobei die Einteilung der lateinischen Quellen (ggf.) vor der Einteilung der kyrillischen Quellen erfolgt. Die Anordnung wird gemäß der Reihenfolge des jeweiligen Alphabets vorgenommen.

## Bibliographie

- Bihl, Wolfdieter (1993): Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 126-157.
- Birckenbach, Hanne-Margret (2000): Half full or half empty?: the OSCE mission to Estonia and its balance sheet 1993-1999 (Bd. 6). Flensburg: ECMI.
- Bischof, Henrik (1994): Die Ukraine. Zeit der Unabhängigkeit. Studie zur Außenpolitik 64/1994. Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Außenpolitikforschung, November.
- Boeckh, Katrin/Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine: von der Roten zur Orangen Revolution. Regensburg: Pustet.
- Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (Hrsg.) (2008): Migration theory: talking across disciplines. New York; London: Routledge.
- Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (2008): Introduction. in: Ders. (Hrsg.): Migration theory: talking across disciplines. 1-29.
- Brigham, John C. (1973): Ethnic stereotypes and attitudes: A different mode of analysis. *Journal of Personality* 41/2. 206-223.
- Brubaker, Rogers (1994): Nationhood and the National Question in the Soviet Union and Post-Soviet Eurasia: An Institutional Account. *Theory and Society* 23. 47-78.
- Brubaker, Rogers (2004): *Ethnicity without Groups*. Cambridge: Harvard Univ. Pr.
- Brubaker, Rogers (1999): *Nationalism reframed: nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Pr.
- Brüggemann, Karsten/Kasekamp, Andres (2008): The Politics of History and the „War of Monuments“ in Estonia. *Nationalities Papers* 36/3, July. 425-448.
- Budryte, Dovile (2005): *Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States*. Aldershot [u.a.]: Ashgate.
- Büscher, Klemens (2012): Der HKNM in der Ukraine: Konfliktprävention in einer gespaltenen Gesellschaft. *OSZE-Jahrbuch 2012*. Hamburg: Core. 327-340.
- Capotorti, Francesco (1977): *Study on the Rights of Persons Belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities*. E/CN.4/Sub.2/384/Rev.1, para. 568.
- Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): *Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states*. Boulder, Col. [u.a.]: Westview Pr.
- Chiswick, Barry R. (2008): Are Immigrants Favourably Self-Selected? An Economic Analysis. in: Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (Hrsg.): *Migration theory: talking across disciplines*. New York; London: Routledge. 63-82.
- Clark Terry D./ Jaknionaite, Dovile (2010): Lithuania. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): *Elections in Europe: a data handbook*. Baden-Baden: Nomos. 1187-1226
- Dahl, Robert A. (1972): *Polyarchy: participation and opposition*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its critics*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.
- D’Anieri, Paul (2009): *Ethnic Tensions and State Strategies: Understanding the Survival of the Ukrainian State*. in: Kuzio, Taras (Hrsg.): *Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution*. (Bd. 23,1: special issue). Abingdon: Routledge, Taylor & Francis. 5-30.

- Dawisha, Karen (Hrsg.) (1997): The consolidation of democracy in East-Central Europe (Bd. 1). Cambridge [u.a.]: Cambridge University Pr.
- Dawisha, Karen (Hrsg.) (1997): Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (Bd. 3). Cambridge [u.a.]: Cambridge University Pr.
- Deschênes, Jules (1985): Proposal concerning a definition of the term ‚Minority‘. E/CN.4/Sub.2/1985/31 (14 May 1985).
- Chiswick, Barry R. (2008): Are Immigrants Favourably Self-Selected? An Economic Analysis. in: Brettell, Caroline/Hollifield, James F. (Hrsg.): Migration theory: talking across disciplines. New York; London: Routledge.
- Dodd, Stuart Carter (1950): The Interactance Hypothesis. A Gravity Model Fitting Physical Masses and Human Groups. *American Sociological Review* 15. 245-256.
- Downs, Anthony (1957): An economic theory of democracy. New York: Harper.
- Drechsler, Wolfgang/Annus, Taavi (2002): Die Verfassungsentwicklung in Estland von 1992-2001. *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts* 2002 (Bd. 50). Tübingen: Mohr, Paul Siebeck.
- Dreifelds, Juris (1997): Latvia in transition. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.
- Drobizheva, Leokadia M. (u.a.) (Hrsg.): Ethnic conflict in the post-Soviet world: case studies and analysis. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe.
- Durkheim, Emile (1983): Der Selbstmord. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Durkheim, Emile (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Eesti Entsüklopeedia (2002), XX sajandi kroonika, I osa, EE 12. „Narva“. Tallinn: Eesti Entsüklopeediakirjastus. S. 355
- Ehrhart, Hans-Georg (2014): Russlands unkonventioneller Krieg in der Ukraine: Zum Wandel kollektiver Gewalt. *APuZ* 47-48. 26-32.
- Eide, Asbjorn (1993) : Moyens possibles de faciliter la solution par des voies pacifiques et constructives des problèmes dans lesquelles des minorités sont impliquées, U.N., Doc. E/CN. 4/Sub. 2/1993/34.
- Esser, Hartmut (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten; eine handlungstheoretische Analyse (Bd. N.F., 119). Darmstadt [u.a.]: Luchterhand.
- Esser, Hartmut (Hrsg.) (1983): Die fremden Mitbürger: Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Ausländern (Bd. 110). Düsseldorf: Patmos-Verlag.
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung (Bd. 40). Mannheim: MZES.
- Esser, Hartmut (2006): Sprache und Integration: die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Frankfurt a.M. [u.a.]: Campus.
- Esser, Hartmut (2008): Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation. in: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 81-107.
- Esser, Hartmut (2008): Spracherwerb und Einreisearchiv: Die Schwierigen Bedingungen der Bilingualität. in: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 202-229.

## Bibliographie

- Etzioni, Amitai (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt a.M.: Campus.
- Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1999): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl.
- Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (1999): Theorien sozialer Integration. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1999): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 9-46.
- Fuchs, Dieter (1997): Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung. in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel. Leviathan, Sonderheft 16. Opladen: Westdt. Verl. 253-284.
- Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.] : Westdt. Verl. 147-179.
- Garleff, Michael (2001): Die baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg: Pustet [u.a.].
- Geistlinger, Michael/Kirch, Aksel (1995): Estonia: a new framework for the Estonian majority and the Russian minority. Wien: Purdue University Pr.
- Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1994): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie. Baden-Baden: Nomos.
- Göhler, Gerhard (1994): Politische Institutionen und ihr Kontext. in: Ders.(Hrsg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie. Baden-Baden: Nomos. 19-46.
- Göhler, Gerhard (1997): Institutionenwandel. Leviathan, Sonderheft 16/1996, Opladen; Westdt. Verl.
- Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Arbeitspapier FG 5, 2013/1.
- Golczewski, Frank (Hrsg.) (1993): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Golczewski, Frank (1993): Einleitung. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 9-17.
- Gordon, Milton (1964): Assimilation in American Life. New York: Oxford Univ. Pr.
- Gries, Jürgen (u.a.) (2005): Bildungssysteme in Europa. Kurzdarstellungen. Berlin: ISIS Berlin.
- Gurr, Ted Robert (2002): Peoples versus states: minorities at risk in the new century. Washington, DC: United States Institute of Peace Pr.
- Hallik, Klara (1996): Ethnopolitical Conflict in Estonia. in: Drobizheva, Leokadia M. (u.a.) (Hrsg.): Ethnic conflict in the post-Soviet world: case studies and analysis. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 87-108.
- Hallik, Klara/Pettai, Vello (1999): Control mechanisms and minority integration in Estonia. Paper presented at the conference: „Multiculturalism and Democracy in Divided Societies“ March 17-18, 1999 Center for Multiculturalism and Educational Re-

- search, University of Haifa, Israel. [Erschienen auch in: *Nations and Nationalism* 8/4 (Oct. 2002), 505-529.].
- Hallik, Klara (1998): Eestimaa muulased: ajaloolone ja demograafiline taust. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): *Vene küsimus ja Eesti valikud*. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 13-28.
  - Hallik, Klara (1998): Rahvuspoliitilised seisukohad parteiprogrammides ja valimisplatvormides. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): *Vene küsimus ja Eesti valikud*. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 77-100.
  - Hamburger, Yair (1994): The contact hypothesis reconsidered: Effects of the atypical outgroup member on the outgroup stereotype. *Basic and Applied Social Psychology* 13/3. 339-358.
  - Harff, Barbara (u.a.) (1998): Minorities at risk: a global view of ethnopolitical conflicts. (T. R. Gurr, Hrsg.). Washington, DC: United States Institute of Peace Pr.
  - Härtel, André (2012): Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009) (Bd. 47). Münster, Westf.; Berlin: LIT-Verl.
  - Harter, Stefanie (2007): Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk? in: Pleines, Heiko (Hrsg.): *Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007*. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 59-60.
  - Hausmann, Guido/Kappeler, Andreas (Hrsg.) (1993): *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates* (Bd. 1). Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
  - Heidmets, Mati (Hrsg.): *Vene küsimus ja Eesti valikud*. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press.
  - Heidmets, Mati (Hrsg.) (2008): *Estonian Human Development Report 2007*. Tallinn: Eesti Koostöö Kogu.
  - Heinsalu, Alo/Koitmäe, Arne (u.a.) (2011): *Valimised Eestis 1992-2011*. Statistikat ja Selgitusi. Tallinn: Vabariigi Valimiskomisjon.
  - Held, David (2008): *Models of democracy*. Cambridge, Malden, MA: Polity Press.
  - Helemäe, Jelena (2008): Tööalane eneseteostus ja selle võimaluste tajumine. in: *Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne*. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 24-50.
  - Helmerich, Antje (2004): Ethnonationalismus und das politische Potential nationalis-tischer Bewegungen. *APuZ B* 39. 19-24.
  - Henning, Detlef (2002): Lettland. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation*. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 86-109.
  - Hentges, Gudrun (u.a.) (2010): *Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion: Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte*. Wiesbaden: VS-Verl.
  - Herrmann, Klaus Joachim: „Werchowna Rada rückt nach Westen“ AG Friedensforschung 25.10.201. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl6.html> (Abgerufen am 01.11.2014).

## Bibliographie

- Heyden, Ulrich: „Erfolg für Antirussen und Marktradikale“ AG-Friedensforschung 28.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl7.html> (Abgerufen am 01.11.2014).
- Hiden, John/Salmon, Patrick (1995): *The Baltic nations and Europe: Estonia, Latvia and Lithuania in the twentieth century*. London: Longman.
- Hildermeier, Manfred (1998): *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München: Beck.
- Hildermeier, Manfred (2007): *Die Sowjetunion 1917-1991*. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Hint, Mati (2009): *Seestpoolit riigiks kasvamise taktika*. in: Veetõusme, Ants (Hrsg.)(2009): *Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008*. Tartu: 20. Augusti Klubi/Bookmill.
- Huntington, Samuel P. (1993): *The third wave: democratization in the late twentieth century* (Bd. 4). Norman, Okla. [u.a.]: Univ. of Oklahoma Pr.
- Huntington, Samuel P. (2006): *Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Bd. 11). Hamburg: SPIEGEL-Verl.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2002): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen: Leske+Budrich.
- Ivakhnyuk, Irina (2009): *The Russian Migration Policy and Its Impact on Human Development: The Historical Perspective*. UNDP. Human Development Reports, Research Paper 2009/14.
- Jackson, Louise (1998): *Case Study of Zaporischija*. in: Kuzio, Taras (Hrsg.): *Contemporary Ukraine: dynamics of post-soviet transformation*. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe. 99-113.
- Jahn, Egbert (2013): *Kommunistische Weltgesellschaftspolitik. Osteuropa* 5-6. 39-64.
- Jahn, Egbert (2015): *Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Osteuropa* 3. 25-45.
- Jenkins, Richard (1997): *Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations*. London: Sage.
- Jilge, Wilfried (2001): *Staatssymbolik und Nationsbildung in der Ukraine (1991-2001). Ost-West Europäische Perspektiven (OWEP)* 2. 131-140
- Jobst, Kerstin K. (1993): *Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917*. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 158-171.
- Jobst, Kerstin S. (2010): *Geschichte der Ukraine* (Bd. 18729). Stuttgart: Reclam.
- Jobst, Kerstin S. (2015). *Geschichte der Ukraine* (Bd. 19320). Stuttgart: Reclam.
- Jordan, Peter (2001): *Ethnische Struktur der Ukraine*. in: Ders. (Hrsg.): *Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht* (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main [u.a.]: Lang. 55-108.
- Jordan, Peter (Hrsg.) (2001): *Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht* (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main; Berlin [u.a.]: Lang.
- Jürgens, Anne (2010): *Die Integration von Minderheiten in Estland*. München: Grin Verlag.



- Kaal, Esta (2012): Tallinna ja Ida-Viru eripärad lõimumise kontekstis. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 175-193.
- Leif, Kalev/Ruutsoo, Rein (2009): Kodakondsus ja mitmikkodakondsus eurooplastuvus eestis. Acta Politica 3. 176-217.
- Kallas, Kristina (u.a.) (2012): Lõimuv Eesti 2000-2011. Integratsiooni monitooringute analüüs., Tartu: Institute of Baltic Studies.
- Kalter, Frank (Hrsg.) (2008): Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl.
- Kalter, Frank (2008): Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. in: Ders. (Hrsg.): Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 11-36.
- Kappeler, Andreas (2003): Der schwierige Weg zur Nation: Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine (Bd. 20). Wien; Köln; Weimar: Böhlau.
- Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine (Bd. 1059). München: Beck.
- Kappeler, Andreas (2012): Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten. Wien; Köln; Weimar: Böhlau.
- Kappeler, Andreas (2014): Kleine Geschichte der Ukraine (Bd. 1059). München: Beck.
- Kasearu, Kairi/Trumm, Avo (2008): Eesti- ja venekeelse elanikkonna aineolukord ja eluga rahulolu. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 7-23.
- Kask, Peet (1998): Eesti Parlamendiliikmed hääletavad vene küsimust.. in: Heidmets, Mati (Hrsg.) (1998): Vene küsimus ja Eesti valikud. Tallinn: TPÜ Kirjastus/Vali Press. 101-112.
- Kask, Urmas (1998): Mitte-eestlased ja valimised Eestis 1992-1996. Tartu: Tartu Ülikool.
- Kasperski, Tatjana/Leuchina Anastasija (2008): Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungs geschichtlicher Perspektive (1986-2006). Podiumsdiskussion und Workshop zum Auftakt des internationalen Forschungsprojektes, Potsdam, 4.-8. November 2008. Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien 43-44/2008. 82-85.
- Kiaupa, Zigmantas (u.a.) (2002): Geschichte des Baltikums. Tallinn: Avita.
- Kiilo, Tatjana: 20 aastat keelemuret vene koolides. Väitekiri, detsember 2013/11, Tartu Ülikool. <http://www.ajakiri.ut.ee/artikkel/194> (Abgerufen am 28.01.2015).
- Kiim, Sirje (2000): Eesti Kongress. Nii nagu see oli./Eesti Kongress siis ja praegu. Tallinn: Eesti Vabariigi Riigikantselei.
- Kinket, Barbara/Verkuyten, Maykel (1999): Intergroup evaluations and social context: a multilevel approach. European Journal of Social Psychology 29/2-3. 219-237.
- Kionka, Riina/Vetik, Raivo (1996): Estonia and the Estonians. in: Smith, Graham (Hrsg.)(1996): The nationalities question in the post-Soviet States. London [u.a.]: Longman.129-146
- Kirby, D. M./Gardner, R. C. (1973): Ethnic stereotypes: Determinants in children and their parents. Canadian Journal of Psychology/Revue Canadienne de Psychologie 27/2, 05/1973. 127-143.

## Bibliographie

- Kirch, Aksel/Pettai, Vello (Hrsg.) (1997): The integration of non-Estonians into Estonian society. History, problems and trends. Tallinn: Estonian Academy Publishers.
- Kirch, Aksel (1998): Russians in contemporary Estonia – different strategies of the integration into the Nation-State. Riga: Academy of Sciences of Latvia.
- Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. London: Hurst/Indiana University Pr.
- Kolstø, Pål (1999): Territorializing Diasporas: The Case of Russians in the Former Soviet Republics. Millennium – Journal of International Studies 28. 607-631.
- Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. Boulder: Westview Pr.
- Kolstø, Pål (Hrsg.) (2002): National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova. Lanham, Md. [u.a.]: Rowman & Littlefield.
- Kolstø, Pål/Paukovic, Davor (2014): The Short and Brutish Life of Republika Srpska Krajina: Failure of a De Facto State. Ethnopolitics 13/4. 309-327.
- Kõörna, Arno (1983): Eesti NSV majandus ühtses üleiidulises rahvamajanduskompleksis. Tallinn: Eesti NSV Ühing „Teadus“.
- Korts, Külliki (2002): Vene kooli ja venekeelse hariduse probleem eesti- ja venekeelses ajakirjanduses. in: Kõuts, Ragne (Hrsg.): Integratsiooni meediamonitooring 1999-2001: Eesti ajakirjandus integratsioonist. Tallinn: Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutus. [Getr. Zählung].
- Korts, Külliki/Vihalemm, Triin (2008): Rahvustevahelised suhted, kontaktid ja meie-tunne. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 107-116.
- Kõuts, Ragne (Hrsg.) (2002): Integratsiooni meediamonitooring 1999-2001: Eesti ajakirjandus integratsioonist. Tallinn: Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutus.
- Kropatcheva, Elena (2006): Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis? OSZE Jahrbuch 2006, Hamburg: IFSH.
- Kruusvall, Jüri (2008): Rahvussuhete tajumine. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuministri Büroo. 81-106.
- Kulyk, Volodymyr (2002): Revisiting a Success Story: Implementation of the Recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Ukraine, 1994-2001. Core Working Paper 6. Hamburg: Core.
- Kulyk, Volodymyr (2014): Einheit und Identität: Sprachenpolitik nach dem Majdan. Osteuropa 5-6. 227-238.
- Kunze, Thomas/Vogel, Thomas (2011): Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. APuZ Nr. 49-50.
- Kuulpak, Peeter (u.a.) (2011): Statistical Yearbook Tallinn. Tallinn: Tallinn City Government/Tallinna Linnakantselei.
- Kuzio, Taras (1998): Ukraine: state and nation building (Bd. 9). London [u.a.]: Routledge.
- Kuzio, Taras (Hrsg.) (1998): Contemporary Ukraine: dynamics of post-soviet transformation. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe.

- Kuzio, Taras (2000): Ukraine: Perestroika to independence. Basingstoke [u.a.]: Macmillan.
- Kuzio, Taras (2009): Democratic revolution in Ukraine: from Kuchmagate to Orange Revolution. (Bd. 23,1: special issue). Abingdon: Routledge.
- Kymlicka, Will (1995): Multicultural citizenship: a liberal theory of minority rights. Oxford: Clarendon.
- Kymlicka, Will/Opalski, Magda (2001): Can liberal pluralism be exported?: Western political theory and ethnic relations in Eastern Europe. Oxford: Oxford University Pr.
- Kymlicka, Will (2000): The Rights of Minority Cultures. New York: Oxford Univ. Pr.
- Kymlicka, Will (Hrsg.) (2003): Language rights and political theory. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Pr.
- Laas, Kaljo (2007): Muulased Eestis. Riigikogi Kantselei: Riigikogu Toimetised 5. 132-135.
- Lagespetz, Mikko/Maier, Konrad (2002): Das politische System Estlands. in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske+Budrich. 79-122.
- Laitin, David. D. (1998): Identity in formation: the Russian-speaking populations in the near abroad. Ithaca [u.a.]: Cornell Univ. Pr.
- Lane, Thomas (2002): Lithuania Stepping Westward. in: Smith, David J. (u.a.)(2002): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung].
- Lange, Nico (u.a.) (2007): Wahlhandbuch Ukraine 2007.
- Lange, Nico (2010): Ukraine: Politische Bilanz 2010. Kiew: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Lasnamäe Linnaosa Valitsus (2008): Tallinna Lasnamäe Linnaosa Arengukava. Strategia 2021 ja tegevuskava 2008-2013. Tallinn: Tallinna Linnavalikogu.
- Lauristin, Marju/Uus, Maiu/Seppel, Külliki (2012): Kodakondsus, kodamikuühiskond ja rahvussuhted. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 9-51.
- Lauterbach, Reinhard: „Run auf die Posten“ 29.10.2014 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/wahl8.html> (Abgerufen am 01.11.2014).
- Lenneberg, Eric (1967): Biological Foundations of Language. New York: Wiley, University of Michigan.
- Lentz, Astrid (1995): Ethnizität und Macht: ethnische Differenzierung als Struktur und Prozess sozialer Schliessung im Kapitalismus (Bd. 5). Köln: PapyRosa-Verl.
- Lepsius, Rainer M.: Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.) (1995): Politische Institutionen im Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35. Opladen [u.a.]: Westdt. Verlag. 392-403.
- Liivik, Olev (2009): „Fosforiidisõda“ Estonica Entsüklopeedia Eestist. Eesti Instituut. <http://www.estonica.org/et/Fosforiidis%C3%B5da/> (Abgerufen am 15.10.2014).
- Lijphart, Arend (1977): Democracy in plural societies: a comparative exploration. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Pr.

## Bibliographie

- Lindner, Rainer (2007): Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 57, November.
- Lindner, Rainer (2007): Zentrale Trends der politischen Entwicklung. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 60-61.
- Linz, Juan. J./Stepan, Alfred. C. (1996): Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe. Baltimore [u.a.]: Johns Hopkins Univ. Pr.
- Linz, Juan J. (2009): Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdam: WeltTrends.
- Lohmann Manfred (1999): Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine vom 31. Oktober und 14. November 1999. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen AI 12/99. 38-60.
- Löwe, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (2000): Minderheiten, Regionalbewusstsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa (Bd. 35). Köln [u.a.]: Böhlau.
- Lowry, Ira S. (1966): Migration and Metropolitan Growth: Two Analytical Models. San Francisco: Chandler.
- Luchterhandt, Otto (2014): Die Krim-Krise 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte. Osteuropa 5-6. 61-86.
- Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Maasalu, Sandra (2007): Kadetsev võitja. Arvustus. Tuna 4. 128-131.
- Mace, James E. (1993): Zur aktuellen Diskussion über die ukrainische Hungersnot von 1932/33 in: Hausmann, Guido/Kappeler, Andreas (Hrsg.): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates (Bd. 1). Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. 126-144.
- Made, Tiit (2006): Ükskord niikuinii. Tallinn: Argo.
- Magocsi, Paul Robert (2010): A History of Ukraine. Toronto/Buffalo: University of Toronto Pr.
- Malynowska, Olena (2006): Caught Between East and West, Ukraine Struggles with Its Migration Policy. Migration Information Source, January 1, 2006. <http://www.migrationpolicy.org/article/caught-between-east-and-west-ukraine-struggles-its-migration-policy> (Abgerufen am 15.02.2012).
- Mark, Rudolf A. (1993): Die gescheiterten Staatsversuche. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 172-201.
- Masso, Anu/Kirss, Laura/Kruger, Tanja (2012): Haridus ja noored. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 51-84.
- Merkel, Wolfgang (2003): Defekte Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel (2006): Defekte Demokratie. Regionalanalysen. Wiesbaden: VS-Verl.
- Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. Politische Vierteljahresschrift 48/3. 413-433.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS-Verl.

- Merl, Stephan (1993): War die Hungersnot von 1932-1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewusst im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt? in: Hausmann, Guido/Kappeler, Andreas (Hrsg.): Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates (Bd. 1). Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. 145-166.
- Michalowski, Ines/Snel, Erik (2005): Kann man Integration messen? Vortrag zur Fachtagung „Zuwanderer Integrieren“ am 22. April 2005 [http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user\\_upload/stadt-muenster/v\\_zuwanderung/pdf/2005doku\\_michalowski-snel.pdf](http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/v_zuwanderung/pdf/2005doku_michalowski-snel.pdf) (Abgerufen am 15.01.2012)..
- Mitrokhin, Nikolay (2014): Infiltration, Instruktion, Invasion Russlands Krieg in der Ukraine. Osteuropa 8. 3-16.
- Mitter, Wolfgang (2011): Internal Conflicts in Ukraine and Their Impact on Education. in: Hanf, Theodor (Hrsg.): The political function of education in deeply divided countries (Bd. 12). Baden-Baden: Nomos. 61-72.
- Munch, Richard (1995): Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme. Berliner Journal für Soziologie 1. 5-24.
- Münz, Rainer/Ohlinger, Rainer (2001): Die Ukraine zwischen Ost und West. Kollektive Erinnerung und politische Zukunftsorientierung der Bevölkerung. in: Jordan, Peter (Hrsg.): Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht. 709-740.
- Murumets, Vaike (2013): „Kas emakeelepäev või eesti keele päev?“ Õiguskeel 2013/1. [https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike\\_murumets.\\_kas\\_emakeelepaev\\_vo\\_i\\_eesti\\_keeles\\_paev.pdf](https://www.just.ee/sites/www.just.ee/files/vaike_murumets._kas_emakeelepaev_vo_i_eesti_keeles_paev.pdf) (Abgerufen am 12.05.2014).
- Nedelmann, Birgitta (Hrsg.) (1995): Politische Institutionen im Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35. Opladen [u.a.]: Westdt. Verlag.
- Nimmerfeldt, Gerli (2008): „Kodakondsus“. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminstri Büroo. 126-141.
- Nimmerfeldt, Gerli/Schulze, Jennie/Taru, Marti (2013): The Relationship between Integration Dimensions among Second Generation Russians in Estonia. Studies of Transition States and Societies 3/1. 76-91.
- Noffke, Magdalena (2008): Politische Beteiligung der russischen Minderheit in Estland. in: Daute, Stefan/Fiedler, Adrian (Hrsg.): Slavische nationale Minderheiten im Ostseeraum. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. 83-89.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik (Bd. 1418). München: Beck.
- Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.) (2010): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos.
- Nurmela, Kristi/Kruger, Tanja (2012): Tööturg. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 85-112.
- Offe, Claus (Hrsg.) (2003): Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt [u.a.]: Campus-Verl.

## Bibliographie

- Ott, Alexander (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Aktuelle Analysen BIOst 16/1998.
- Ott, Alexander(2000): Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Berichte BIOst 10/2000.
- Pabriks, Artis/Purs, Aldis (2002): Latvia: the challenges of change. in: Smith, David J. (u.a.)(2002): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung].
- Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. Tartu: Ilmamaa, Tartu: Greif.
- Pappel, Piret: „Aeglased eestlased ja särtsakad venelased – kuidas me naabreid näeme?“ Novaator: Tartu Ülikooli Teadusuudised. 21.08.2013.
- Park, Andrus (1994): Ethnicity and Independence. The Case of Estonia in Comparative Perspective. *Europe-Asia Studies* 46/1, 69-87.
- Park, Robert E. (1950): Race and Culture. Glencoe: University of Michigan, Free Press.
- Parsons, Talcott (1972): Das System moderner Gesellschaften. München: Juventa.
- Peters, Anne (2014): Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. *Osteuropa* 5-6. 101-134.
- Pettai, Vello/Hallik, Klara (2002): Understanding processes of ethnic control: segmentation, dependency and co-optation in post-communist Estonia. *Nations and Nationalism* 8/4, 505-529.
- Pleines, Heiko (2007): Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder (Oktober 2007). in: Ders.. (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 57-58.
- Pleines, Heiko (Hrsg.) (2007): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November.
- Polese, Abel (2011): Language and Identity in Ukraine: Was it Really Nation-Building? *Studies of Transitional States and Societies* 3/3, November. 36-50.
- Poleshchuk, Vadim (2014): Russian-speaking population of Estonia in 2014. Monitoring report. Tallinn: Legal Information Center for Human Rights (LIHR)
- Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. Basingstoke [u.a.]: Palgrave, in association with School of Slavonic and East European Studies, London: Univ. College Pr.
- Portes, Alejandro (1995): Economic Sociology and Sociology of Immigration: A Conceptual Overview. in: Portes, Alejandro: *The Economic Sociology of Immigration*. New York: Russell Sage. .
- Portnov, Andrij (2014): Postsowjetische Hybridität und „Eurevolution“ in der Ukraine. *APuZ* 47-48. 3-9.
- Praxenthaler, Benedikt (2001): Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen. in: Jordan, Peter (Hrsg.): *Ukraine: Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Literatur - Kultur - Politik - Wirtschaft - Recht* (Bd. 15). Wien; Frankfurt am Main; Berlin [u.a.]: Lang. 293-318.

- Preißler, Franz (2014): Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum: 1991-2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). Berlin; Münster: LIT.
- Pries, Ludger (Hrsg.) (1997): Transnationale Migration Baden- Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Prizel, Ilya (1997): Ukraine between proto-democracy and „soft“ authoritarianism. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova (Bd. 3). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr. 330-370.
- Prodolliet, Simone (2006): Zauberwort „Integration“ – Paradigmenwechsel in der schweizerischen Politik?. Bern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM.
- Przeworski, Adam (Hrsg.) (1999): Democracy, accountability, and representation. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.
- Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut.
- Raitviir, Tiina (1996): Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine. Tallinn: Teaduste Akadeemia Kirjastus.
- Raun, Toivo U. (1997): Democratization and political development in Estonia, 1987-96. in: Dawisha, Karen (Hrsg.): The consolidation of democracy in East-Central Europe (Bd. 1). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press. 334-374.
- Reek, Hanna (2012): Miks valiti eesti õppekeelega kool?. in: Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 16; 33-45.
- Reek, Hanna (2012): 4. Klassi õpilaste etnilised stereotüüpsed hoiakud ja nende seos sotsiaalsete suhetega klassis. in: Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 23; 146-169.
- Rex, John (1998): Ethnic minorities in the modern nation state: working papers in the theory of multiculturalism and political integration. Basingstoke [u.a.]: Macmillan Pr. [u.a.].
- Rikman, Erle/Nimmerfeldt, Gerli (Hrsg.)(2013):Lõimumisvaldkonna sotsiaalsete gruppide uuring. Uuringu raport. Tallinn: TLÜ RASI.
- Romanenko, Vladimir (2009): „Севастополь – город России“ Обзоратель – OBSERVER 2 (229). 44-50.
- Rootamm-Valter, Jelena (2014): Venekeelse kooli üleminekust eestikeelsele õppele. Riigikogi Kantselei: Riigikogu Toimetised 30. 172-181.
- Rose, Richard, Maley, William (1994): Nationalities in the Baltic States. Glasgow: Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde.
- Rosenberger, Christine/Baumann, Gabriele (2013): Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine. Konrad-Adenauer-Stiftung, Januar.
- Rottleuthner, Hubert (1999): Recht und Soziale Integration. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziale Integration (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 398-415.



## Bibliographie

- SA eesti migratsioonifond/Euroopa rändevõrgustik (2009): Toetatud Tagasipöördumine ja reintegratsioon Kolmandatesse riikidesse – Euroopa Liidu programmid ja strateegiad. Tallinn: SA Eesti Migratsioonifond.
- Saar, Ellu (2008): Haridus. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 51-70.
- Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. *Acta Politica* 3. 132-154.
- Sander, Florian (2012): Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli.
- Sartori, Giovanni/Wildenmann, Rudolf (1992): *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Sarv, Margit (2002): Integration by reframing legislation: Implementation of the recommendations of the OSCE High Commissioner on National Minorities to Estonia, 1993-2001. Core Working Paper 7. Hamburg: Core.
- Sasse, Gwendolyn (1998): Die Krim – regionale Autonomie in der Ukraine. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien/Berichte BIOst 31/1998.
- Savin, Kyryl/Stein, Andreas (2012): Parlamentswahl 2012: Prüfung in Demokratie nicht bestanden. Heinrich-Böll-Stiftung <https://www.boell.de/de/navigation/europanordamerika-ukraine-parlamentswahl-2012-dsukraine-16019.html> (Abgerufen am 20.04.2014).
- Savin, Kyryl: „Charkiw-Verträge: Doppelschlag gegen die Souveränität der Ukraine“ Heinrich-Böll-Stiftung 27.10.2010 <http://www.boell.de/de/navigation/europanordamerika-ukraine-vertrag-charkiw-schwarzmeerflotte-9067.html> (Abgerufen am 28.10.2014 und am 2.11.2014).
- Scharpf, Fritz W. (1975): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung* (Bd. 72). Kronberg/Ts.: Scriptor Verl.
- Scherrer, Jutta (2014): Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel. *APuZ* 47-48. 17-26.
- Schimank, Uwe (1999): Funktionale Differenzierung und Systemintegration der modernen Gesellschaft. in: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Soziale Integration* (Bd. 39). Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. 50-60.
- Schmidt, Manfred G. (1995): *Wörterbuch zur Politik* (Bd. 404). Stuttgart: Kröner.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien: eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verl.
- Schmidt, Thomas (2002): Das politische System Lettlands. Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen: Leske+Budrich. 123-171.
- Schneider, Eberhard/Reimer, Alexander (2002): *Die Ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werhowna Rada*. Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 18, Juni.
- Schnell, Felix (2014): Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte. *APuZ* 47-48. 10-17.
- Schumpeter, Joseph A. (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (Bd. 172). Tübingen [u.a.]: Francke.

- Schrader, Klaus/Laaser, Claus-Friedrich (1994): Die baltischen Staaten auf dem Weg nach Europa. Kieler Studien, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Schünemann Manfred: „Wer schafft es in die zweite Runde?“ AG Friedensforschung <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/wahl2010b.html> (Abgerufen am 15.05.2014)
- Seepter, Kristina (2012): Koduse õpikeskkonna seos akadeemilise toimetulekuga erineva vaimse võimekusega õpilastel: eesti ja vene õppekeelegra koolide võrdlus in: Pulver, Aleksander (Hrsg.) (2012): Projekt „Muukeelne laps Eesti koolis.“ Lõpparuanne. Tallinn: Tallinna Ülikooli Psühholoogia Instituut. 19; 46-60,
- Semjonov, Aleksei (2002): Estonia: Nation-Building and Integration – Political and Legal Aspects. in: Kolstø, P. (Hrsg.): National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova. 105-157.
- Sercyk, Wladyslaw A. (1993): Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 202-223.
- Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M. (1992): Presidents and assemblies: constitutional design and electoral dynamics. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.
- Sikk, Allan (2010): Estonia. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos. 565-592.
- Simon, Gerhard (2002): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991 - 2001). Köln: Böhlau.
- Simon, Gerhard (2007): Die Demokratie siegt – die Unsicherheit über die Zukunft bleibt. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 62-64.
- Simon, Gerhard (2014): Zusammenbruch und Neubeginn. Osteuropa 5-6. 9-40.
- Smith, David J. (2001): Estonia: independence and European integration (Bd. [11]). London [u.a.]: Routledge.
- Smith, David J. (u.a.)(2002): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge.
- Smith, David J. (2002): Estonia: independence and European integration. in: Ders.(u.a.) (2002): The Baltic States. London [u.a.]: Routledge [Getr. Zählung].
- Smith, Graham (1996): The ethnic democracy thesis and the citizenship question in Estonia and Latvia. Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity 24/2. 199-216.
- Smith, Graham (Hrsg.) (1996): The nationalities question in the post-Soviet States. London [u.a.]: Longman.
- Smith, Graham (u.a.)(1998): Nation-building in the post-Soviet borderlands: the politics of national identities. Cambridge: Cambridge Univ. Pr..
- Solonenko, Iryna (2014): Interessengeflecht und Machtstrategien. Osteuropa 5-6. 197-216.
- Stein, Andreas (2009): Ukraine: Parlamentswahlen im Zeichen des Krieges. Heinrich-Böll-Stiftung 29.09.2014 <https://www.boell.de/de/2014/09/29/ukraine-parlamentswahlen-im-zeichen-des-krieges> (Abgerufen am 01.11.2014).
- Stykow, Petra (2014): Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. Osteuropa 5-6.

## Bibliographie

- Sulg, Ülle (1998): Muulaste integreerimine Eesti ühiskonda läbi hariduspoliitiliste valikute. Tartu: Tartu Ülikool.
- Taagepera, Rein (1989): Estonia's Road to Independence in: Problems of Communism 38, November. 11-26.
- Tammela, Hiljar (2009): „Laulev revolutsioon“ in: *Estonica Entsüklopeedia Eestist*. Eesti Instituut. [http://www.estonica.org/et/Laulev\\_revolutsioon/](http://www.estonica.org/et/Laulev_revolutsioon/) (Abgerufen am 20.03.2013).
- Tartu Ülikool/Akadeemiline Balti ja Vene Uuringute Keskus (2011): Vene parteid Eestis. 1998. [http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene\\_parteid\\_Eestis](http://www.ut.ee/ABVKeskus/?leht=publikatsioonid&aasta=1998&dok=vene_parteid_Eestis) (Abgerufen am 20.02.2013).
- Tanase, Ilona (2003): Defining National Minorities. Old Criteria and New Minorities. Seminar Series „Citizenship and Nationale Minorities in Europe“. Paris: Ecole doctorale de droit compare, Université de Paris Sorbonne.
- Tauber, Joachim (2002): Das politische System Litauens. in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske+Budrich. 171-208.
- Tauber, Joachim (2002): Litauen. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 110-138.
- Tiit, Ene-Margit (2011): Eesti rahvastik. Viis põlvkonda ja kümme loendust. Tallinn: Statistikaamet.
- Tiškov, Valery A. (1997): Ethnicity, nationalism and conflict in and after the Soviet Union: the mind aflame. London [u.a.]: SAGE.
- Tismăneanu, Vladimir (Hrsg.) (1995): Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia. Bd. 7. The International Politics of Eurasia. Armonk, NY [u.a.]: Sharpe.
- Umfragen TNS EMOR 1990-1997 „EMORi uurimused poliitilistest hoiakutest“ 1990-1997. Eesti Sotsiaalteaduslik Arhiiv uter <http://www.psych.ut.ee/esta/> (Abgerufen am 20.03.2014)..
- Toomela, Aaro (2014): Eestikeelses koolis on teisekeelsed õpilased? – ei, eestikeelses k(Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 86/November. 64-67.
- Veetõusme, Ants (Hrsg.)(2009): Riikliku iseseisvuse taastamine parlamentaarsel teel aastatel 1990-1992: rahvusvaheline ajalookonverents 21.-22. august 2008. Tartu: 20. Augusti Klubi/Bookmill.
- Vetik, Raivo (2002): The Cultural and Social Makeup of Estonia. in: Kolstø, Pål (Hrsg.): National integration and violent conflict in post-Soviet societies: the cases of Estonia and Moldova. Lanham, Md. [u.a.]: Rowman & Littlefield. 71-103.
- Vihalemm, Peeter (2008): The infosphere and media use of Estonian Russians. in: Heidmets, Mati (Hrsg.): *Estonian Human Development Report 2007*. Tallinn: Eesti Koostöö Kogu. 77-81.
- Vihalemm, Peeter (2008): Informeeritus ja meediakasutus. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminstri Büroo. 117-125.

- Vihalemm, Peeter (2011): Meedia ja infoväli. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 157-174.
- Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2003): Identity dynamics of Russian-speakers of Estonia in the transition period. in: Journal of Baltic Studies 43/1. 92-116.
- Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. Nationalities Papers 35/1, March. 71-91.
- Vihalemm, Triin (2008): Keeleoskus ja hoiakud. in: Uuringu „Eesti ühiskonna integratsiooni monitooring 2008“ aruanne. Tallinn: Integratsiooni Sihtasutus ja Rahvastikuminiistri Büroo. 71-80.
- Vihalemm, Triin (2012): Keelepraktikad, kollektiivne identiteet ja mälu. in: Integratsiooni monitooring 2011. Tallinn/Tartu: Eesti Kultuuriministeerium/SA Poliitikauuringute Keskus Praxis/TNS Emor. 113-156.
- Vogel, Thomas (2014): Überforderung und Desinteresse. Osteuropa 9-10. 51-66.
- Wachsmuth, Ralf/Drewelowsky, André (2006): Parlamentswahl 2006 in der Ukraine., Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen AI 6/06. 28-56.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2002): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 1: Ergebnisse der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2002): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation. Band 2: Dokumentation der internationalen recherche. Gutersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wendland, Veronika (1993): Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. 269-311.
- Wilson, Andrew (2002): Elements of a theory of Ukrainian ethno-national identities. Nations and Nationalism 8/1. 31-54.
- Wimmer, Andreas (2008): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries. A Multilevel Process Theory. American Journal of Sociology 113/4. 970-1022.
- oolis on erinevaid õpilasi! <http://www.praxis.ee/wp-content/uploads/2014/03/2013-Teisekeelsed-opilased-eestikeelses-koolis.pdf> (Abgerufen am 28.01.2015).
- Toomla, Jaan (1999): Valitud ja valitsenud. Tallinn: Eesti Rahvusraamatukogu.
- Toomla, Rein (1997): Vähemusvalitsuse võlu ja valu. Luup 6/37, 8-9.
- Tuchtenhagen, Ralph (2005): Geschichte der baltischen Länder (Bd. 2355). München: Beck.
- Umland, Andreas (2007): Im Zickzack gen Europa: Zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine. in: Pleines, Heiko.
- Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehung in der Immigrationsgesellschaft. in: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderheft 48). Wiesbaden: VS-Verl. 57-80.
- Wistinghausen, Henning von (2004): Im Freien Estland, Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991-1995. Köln: Böhlau Verlag.

## Bibliographie

- Yelensky, Viktor (2002): Religion und Kirchen in der Ukraine. Ost-West Europäische Perspektiven (OWEP) 4. 266-276.
- Yurchuk, Yuliya (2007): Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren. in: Pleines, Heiko (Hrsg.): Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa. 41-43.
- Zaagman, Rob (1999): Conflict Prevention in the Baltic States: The OSCE High Commissioner on National Minorities in Estonia, Latvia and Lithuania. ECMI Monograph # 1. Flensburg: European Centre for Minority Issues.
- Zemskov, Viktor N. (1991): ГУЛАГ. Историко-социологический аспект in: Социологические исследования (1991) N.6 10-27; N.7.
- Дергачев В.А. „Геополитическая трансформация украинского Причерноморья“ Дергачев В.А. Научные труды в семи книгах. Кн. 7. Электронное издание на CD. — Издательский проект профессора Дергачева, 2008.
- Калабеков И.Г. (2013): СССР и страны мира в цифрах. Москва: Справочное издание.
- Коллективный труд (1972): История рабочих Ленинграда. 1703-1965. Том второй. 1917-1965. Ленинград: „Наука“, 1972.
- Кремьянская Елена (2014): Каков правовой статус Севастополя? 7.03.2014  
Источник: Портал МГИМО  
<http://www.mgimo.ru/news/experts/document249319.phtml>  
(Abgerufen am 17.03.2014).
- Лабораторія законодавчих ініціатив: Історія українських виборів. Історія українських виборів (1990 р., 1994 р., 1998 р.). 2003 - 2012. Лабораторія законодавчих ініціатив. 2003-2012. (Abgerufen am 15.04.2014).
- „Малый словник історії України“ 1997; Кіев „Либідь“.
- Малый энциклопедический словарь Брокгауза и Ефрона: „МЭСБЕ/Украина“.
- Толковый словарь живого великорусского языка Владимира Даля (1863-1866).
- Федоров А.Б (1999): Правовой статус Крыма. Правовой статус Севастополя. Изд.МГУ, 1999.

### Online-Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung

- Bader, Max: Analyse: „Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen“ Bundeszentrale für politische Bildung 21.05.2012.  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/136876/analyse-die-politischen-parteien> (Abgerufen am 30.3.2014).
- Blecking, Diethelm: „Ethnisch gemischte Teams funktionieren besser.“ Integration, Inklusion, Flüchtlingsmigration und der Fußball in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung 13.12.2016  
<http://www.bpb.de/gesellschaft/sport/bundesliga/155901/integration-inklusion-fluechtlingsmigration?p=all> (Abgerufen am 23.02.2017).
- Heller, Regina: Kommentar: „Minsk II: neues Spiel, neues Glück?“ Bundeszentrale für politische Bildung 26.02.2015

- <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201876/kommentar-minsk-ii-neues-spiel-neues-glueck> (Abgerufen am 01.03.2015).
- Kuszniur, Julia: Analyse: „Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?“ Bundeszentrale für politische Bildung 13.11.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195185/analyse-russische-infrastrukturprojekte-fuer-die-krim> (Abgerufen am 30.11.2014).
  - Menkiszak, Marek/Sadowski, Rafał/Żochowski, Piotr: Analyse: Die russische Militärintervention in der Ostukraine. Bundeszentrale für politische Bildung 17.09.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191797/analyse-die-russische-militaerintervention-in-der-ostukraine> (Abgerufen am 30.11.2014).
  - Pleines, Heiko (2014): Analyse: Die Referenden in Donezk und Luhansk. Bundeszentrale für politische Bildung 16.05.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/184520/analyse-die-referenden-in-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 27.11.2014).
  - Simon, Gerhard: Analyse: „80 Jahre Holodomor – die Große Hungersnot in der Ukraine“ Bundeszentrale für politische Bildung 28.11.2013  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/174179/analyse-80-jahre-holodomor-die-grosse-hungersnot-in-der-ukraine?p=all> (Abgerufen am 21.03.2014).
  - Zimmer, Kerstin: Kommentar: „Die Stimme des Donbass“ Bundeszentrale für politische Bildung 03.06.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185619/kommentar-die-stimme-des-donbass> (Abgerufen am 02.12.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Appell der parlamentarischen Fraktion der „Partei der Regionen“ an die Landsleute 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowytschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Appell des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine, Oleksandr Turtschynow, an das ukrainische Volk 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179737/chronologie-der-reaktionen-wiktor-janukowytschs-ende-und-die-vorangegangene-gewalt> (Abgerufen am 03.12.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Gesetz über Sonderstatus einzelner Bezirke von Donezk und Luhansk 16.09.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191801/dokumentation-gesetz-ueber-sonderstatus-einzelner-bezirke-von-donezk-und-luhansk> (Abgerufen am 29.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Amnestiegesetz für Teilnehmer der Ereignisse in den Regionen Donezk und Luhansk 16.09.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191802/dokumentation-amnestiegesetz-fuer-teilnehmer-der-ereignisse-in-den-regionen-donezk-und-luhansk> (Originaltext auf Ukrainisch: Верховна Рада України ухвалила Закон "Про особливий порядок місцевого самоврядування в окремих районах

## Bibliographie

- Донецької та Луганської областей" 16.09.2014  
<http://rada.gov.ua/news/Novyny/Povidomlennya/97810.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014 17.09.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014> (Abgerufen am 28.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Assoziierungsabkommen mit der EU/Humanitäre Lage/Religion im Ostukraine-Konflikt/Militärkonflikt in der Ost-Ukraine 30.09.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/192456/assoziierungsabkommen-mit-der-eu-humanitaere-lage-religion-im-ostukraine-konflikt-militaerkonflikt-in-der-ost-ukraine-30-09-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Stellungnahmen zu Separatisten-Wahlen der bei den Minsker Friedensverhandlungen vertretenen Parteien 05.11.2014  
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194648/dokumentation-stellungnahmen-zu-separatisten-wahlen-der-bei-den-minsker-friedensverhandlungen-vertretenen-parteien> (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Analyse: Wahlen in den Separatistengebieten 05.11.2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194647/analyse-wahlen-in-den-separatistengebieten> (Abgerufen am 28.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 10. bis 23. Februar 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/179767/chronik-10-bis-23-februar-2014> (Abgerufen am 04.05.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 24. Februar bis 9. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/180667/chronik-24-februarbis-9-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 13. bis 27. März 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/181713/chronik-13-bis-27-maerz-2014> (Abgerufen am 25.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 23. Juni bis 15. September 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191831/chronik-23-juni-15-september-2014> (Abgerufen am 28.10.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 27. Oktober bis 2. November 2014 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/194651/chronik-27-oktober-2-november-2014> (Abgerufen am 6.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik: 9. bis 22. Februar 2015 <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/201889/chronik-9-22-februar-2015> (Abgerufen am 01.03.2015).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken->



- umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim (Abgerufen am 20.10.2014)
- Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001 (in %) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 1: Mit welcher kulturellen Tradition assoziieren Sie sich? (in %) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Tabellen und Grafiken: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim. Grafik 3: Wie gut beherrschen Sie die genannten Sprachen? (in %) <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154462/tabellen-und-grafiken-umfragen-zur-kulturellen-orientierung-der-bevoelkerung-der-krim> (Abgerufen am 20.10.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Grafik: Durchschnittslohn in einigen Ländern und auf der Krim im Vergleich <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/195186/statistik-binnenvertriebene-aus-der-krim-wirtschaftssituation-auf-der-krim> (Abgerufen am 30.11.2014).
  - Bundeszentrale für politische Bildung: Statistik: Die Regionen der Ukraine im Vergleich <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/202808/statistik-die-regionen-der-ukraine-im-vergleich> (Abgerufen am 02.04.2015).

### Ukraine-Analysen

- Banakh, Mykhaylo (2011): Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich. Ukraine-Analysen 92. 2-5.
- Bereslavskiy, Dennis/Pleines Heiko (2015): Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 2-5
- Borshchevska, Yuliya (2010): Neue politische Zersplitterung auf der ‚Insel der Krimtataren‘. Radikalisierung des politischen Programms? Ukraine-Analysen 84. 2-5.
- Göls, Cornelia (2009): Die politischen Parteien in der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? Ukraine-Analysen 52. 2-7.
- Hilkes, Peter (2010): Die Kunst des „Durchregierens“. Präsident Janukowitsch bedient sich alter Muster bei der Zukunftsgestaltung der Ukraine. Ukraine-Analysen 80. 10-11.
- Jilge, Wilfried (2010): Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der „Partei der Regionen“. Ukraine-Analysen 70. 2-8.

## Bibliographie

- Jilge, Wilfried (2012): Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. *Ukraine-Analysen* 99. 2-6.
- Klüsener, Sebastian (2007): Die Regionen der Ukraine. Abgrenzung und Charakterisierung. *Ukraine-Analysen* 23. 2-6.
- Kuzio, Taras (2010): Viktor Janukowitsch, der Konterrevolutionär. *Ukraine-Analysen* 80. 12-13.
- Lange, Nico (2010): Zwischen Re-Sowjetisierung und korporativen Interessen. *Ukraine-Analysen* 80. 13-15.
- Luchterhandt, Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. *Ukraine-Analysen* 80. 2-6.
- Malek, Martin (2010): Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz. *Ukraine-Analysen* 80. 15-17.
- Malygina, Katerina (2010): Die Etablierung Viktor Janukowitschs als Präsident der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen. *Ukraine-Analysen* 80. 17-18.
- Malygina, Katerina (2012): Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowitsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit. *Ukraine-Analysen* Nr. 109. 2-5.
- Meleshevich, Andriy (2014): Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* 132. 2-5.
- Melnykovska, Inna (2014): Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko. *Ukraine-Analysen* 135. 2-5.
- Mykhenko, Vlad (2013): Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene. *Ukraine Analysen* 111. 2-5.
- Mykhenko, Vlad (2015): Die ökonomische Bedeutung des ukrainischen Donbass. *Ukraine-Analysen* 147. 2-5.
- Polese, Abel/Wylegala, Anna (2008): Sprache und Identität: Reflexionen aus Odessa und Lwiw. in: *Ukraine-Analysen* Nr. 49/2008. 13-17.
- Schechowzow Anton/ Umland, Andreas (2014): Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr - Vergleichende Betrachtungen zum parteipolitischen Ultrationalismus in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* 133. 7-11.
- Schneider-Deters, Wilfried (2013): Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung. *Ukraine-Analysen* Nr. 115. 2-7.
- Simon, Gerhard (2008): Die politische Krise in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* 49. 2-6.
- Simon, Gerhard (2014): Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014: Nach Europa! *Ukraine-Analysen* 139. 2-5,
- Stewart, Susan (2013): Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen. *Ukraine-Analysen* 114. 2-5,
- Zofka, Jan (2006): Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. *Ukraine-Analysen* 12. 2-5
- *Ukraine-Analysen: Grafik 1: Amtliches Endergebnis der Parlamentswahl vom 28.10.2012 (nach Verhältniswahl)*. *Ukraine-Analysen* 109/2012. S. 10.

- Ukraine-Analysen: Grafik 3: Sitzverteilung im Parlament (nach Parteilisten und Einerwahlkreisen). Ukraine-Analysen 109/2012. S. 11.
- Ukraine-Analysen: Grafik 1: Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar–November 2012). Ukraine-Analysen 111/2013. S. 7.
- Ukraine-Analysen: Grafik 2: Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %). Ukraine-Analysen 111/2013. S. 7.
- Ukraine-Analysen: Grafik 3: Anteil der Regionen an Industrie- und landwirtschaftlicher Produktion. Ukraine-Analysen 111/2013. S. 9.
- Ukraine-Analysen: Dokumentation: Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014. Ukraine-Analysen 133/2014. S. 2-4.
- Ukraine-Analysen: Grafik 2: Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 5.
- Ukraine-Analysen: Parlamentswahlen 2014: Internationale Reaktionen. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 14-16.
- Ukraine-Analysen: Grafik 3: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2014. Ukraine-Analysen 139/2014. S. 5.
- Ukraine-Analysen: Grafik 5: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Block Petro Poroschenko in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.
- Ukraine-Analysen: Grafik 6: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für die Volksfront in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.
- Ukraine-Analysen: Grafik 8: Wahlsieger in den Regionen (in %); Stimmenanteil für den Oppositionsblock in den Regionen nach Verhältniswahl (in %). Ukraine-Analysen 139/2014. S. 7-9.
- Ukraine-Analysen: Umfrage: Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt. Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt. Ukraine-Analysen 150. 9-13.

### Stellungnahmen, (Online-)Publikationen, Parteiprogramme und Pressemitteilungen von staatlichen Einrichtungen und Behörden

- „Leitlinien für die Integration“ des Berliner Bezirksamtes Mitte. 2004.  
[http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration\\_im\\_Stadtteil/Begriff\\_integration.pdf](http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration_im_Stadtteil/Begriff_integration.pdf) (Abgerufen am 20.02.2012).
- Berliner Beauftragter für Integration und Migration: “Integrationskonzept” verabschiedet vom Berliner Senat am 23.08.2005  
[http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration\\_im\\_Stadtteil/Begriff\\_integration.pdf](http://www.aric.de/fileadmin/users/aric/PDF/Integration_im_Stadtteil/Begriff_integration.pdf) (Abgerufen am 20.02.2012)
- Bertelsmann Transformations Index (2003). Ländergutachten Ukraine.  
[https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI\\_2003\\_Ukraine.pdf](https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2003/pdf/BTI_2003_Ukraine.pdf) (Abgerufen am 13.10.2014).

## Bibliographie

- Bundesministerium des Innern: „Nationale Minderheiten“ [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/nationale-minderheiten\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Nationale-Minderheiten/nationale-minderheiten_node.html) (Abgerufen am 15.01.2014).
- Eesti Kongress: „Deklaratsioon Eesti Vabariigi maa-alal elavatest teiste riikide kodanikest“ in: Kiin, Sirje (2000): Eesti Kongress. Nii nagu see oli./ Eesti Kongress siis ja praegu. Tallinn: Eesti Vabariigi Riigikantslei.
- Eesti Pank (Bank of Estonia): Aastaruanne 2008; 2009 2010 (Full Report 2008; 2009; 2010). Tallinn 2009/2010/2011. EESC (2013): Majandus- ja sotsiaalsed arengud Balti riikides: Eesti.
- Eesti NSV Ülemnõukogu XI koosseis: biograafiline lühiteatmik. Kirjastus „Eesti raamat“, 1985: Mitglieder des XI. Obersten Sowjets in Estland nach der Liste der Abgeordneten (Legislaturperiode 1985-1990).
- Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm 1990.
- Eesti Vabariigi Valitsus: Valitsuse Programm, 1992 (2).
- Eestimaa Rahvuste Ühendus. Sissejuhatus <http://www.nationalities.ee/EST/index.html> (Abgerufen am 20.01.2014).
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM (2011): Migration im Fokus. Jahresbericht 2010. Bern: EKM/Bundespublikationen.
- Haridus- ja Teadusministeerium: Eesti keele arendamise strateegia, keelepoliitika.
- Haridus- ja Teadusministeerium: Vene õppekeele kool <https://www.hm.ee/et/tegevused/alus-pohi-ja-keskharidus/vene-oppekeele-kool> (Abgerufen am 28.01.2015).
- Haridus- ja Teadusministeerium (2007): Arvandmed vene õppekeele koolide kohta. 11.06.2007.
- Isamaa (1992): Valimisprogramm „Vaba Maa“.
- Kultuuriministeerium: „Eesti lõimumiskava 2008-2013: Lühikokkuvõte“ 2008. Tallinn: Kultuuriministeerium.
- Kultuuriministeerium: „Lõimuv Eesti 2020“ 2014. Tallinn: Kultuuriministeerium.
- Kultuuriministeerium: Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon\\_eesti\\_uhiskonnas\\_2000-2007.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/integratsioon_eesti_uhiskonnas_2000-2007.pdf)); Lõimumiskava 2008-2013 ([http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava\\_2008\\_2013.pdf](http://www.kul.ee/sites/default/files/loimumiskava_2008_2013.pdf)) (Abgerufen am 01.10.2013).; Lõimuv Eesti 2020 (<http://www.kul.ee/et/valdkondlik-arengukava-loimuv-eesti-2020>) (Abgerufen am 01.04.2015).
- MEIS: Migratsioonifond liidetakse integratsiooni sihtasutusega [http://www.meis.ee/uudised?news\\_id=370](http://www.meis.ee/uudised?news_id=370) am 29.10.2009 (Abgerufen am 12.03.2014).
- MEIS: Keelekümbalusprogramm. ajalugu. <http://kke.meis.ee/keelekumblusest/programmi-ajalugu> am 28.01.2015 (Abgerufen am 28.01.2015).
- Parteiprogramm „Swoboda“: [http://www.diaspora.svoboda.org.ua/pro\\_partiyu/prohrama/](http://www.diaspora.svoboda.org.ua/pro_partiyu/prohrama/) (Abgerufen am 20.05.2014).
- Reformierakond: „Rahvatikuminiister Paul-Eerik Rummo: rahvusvähemused toetavad valitsust järjest rohkem“. Pressikonverents, Stenboki maja 28.12.2004.

- Riigikogu Kantselei: „Eesti NSV / Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII koosseis. Statistikat ja ülevaateid. 29.03.1990–29.09.1992“, Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2013. S. 7
- Riigikogu pressitalitus: „Põhiseaduskomisjon toetas keeleoskuse nõuet pikaajalise elamisloa taotlemisel“ 03.04.2006.
- Riigikogu pressitalitus: „Välismaalaste seadus jõuab täiskokku“ 28.09.2009.
- Sotsiaaldemokraatlik Erakond: „Andra Veidemannist. Usuga üleminekuperioodil“. 09.05.2013.
- Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu neljas istungjärk, 23.-26. aprill 1990 (Stenogramm des Obersten Sowjets vom 23.-26. April 1990).
- Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 27. istungjärk, teine istung 15. jaanuar 1991 (Stenogramm des Obersten Sowjets vom 15. Januar 1991).
- Stenogramm: Eesti Vabariigi Ülemnõukogu XII Koosseisu 65. istungjärk, teine istung 26. veebruar 1992 (Stenogramm des Obersten Sowjets vom 26. Februar 1992).
- Tallinna Linn (2009): Kodakondsus. S. 396 <https://www.tallinn.ee/est/g7172s46359> (Abgerufen am 13.03.2013).
- Tapa vene Gümnaasium: Lehrmaterial zum Thema „Sprachtauchen“ im Russischsprachigen Gymnasium Tapa <http://www.tapavg.ee/keele.pdf> aus dem Jahr 2009 (Abgerufen am 25.01.2015).
- Vabariigi Valitsus: „Eesti Rahvusliku Sõltumatuse Partei, „Isamaa“ ja „Möödukate“ koalitsioonilepe“ (19.10.1992).
- Vabariigi Presidendi Kantselei: Öffentlicher Brief des Akademischen Rates der estnischen Präsidenten im Jahr 2001 <http://vp1992-2001.president.ee/est/n6ukogu/vpan251198e.asp> (Abgerufen am 25.03.2013)
- Vabariigi Valitsus: Koonderakonna ja Maarahva Ühenduse ning Keskerakonna valitsuskoalitsiooni programmilised seisukohad (31.03.1995).
- Vabariigi Valitsus: Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“ 14.03.2000.
- Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Isamaaliidu ja Möödukate Koalitsioonilepe (1999).
- Vabariigi Valitsus: Eesti Keskerakonna ja Eesti Reformierakonna Koalitsioonileping (2002).
- Vabariigi Valitsus: Ühenduse Vabariigi Eest - Res Publica, Eesti Reformierakonna ja Eestimaa Rahvaliidu KOALITSIOONI TEGUTSEMISE PÕHIMÕTTED (2003).
- Vabariigi Valitsus: Eesti Reformierakonna, Eesti Keskerakonna ja Eestimaa Rahvaliidu koalitsioonilepe (2005).
- Vabariigi Valitsus: Erakonna Isamaa ja Res Publica Liit ning Eesti Reformierakonna Valitsusliidu Programm (04.04.2011).
- VII Riigikogu stenogramm, VI istungjärk, 19. jaanuar 1995. Kodakondsuse seaduse eelnõu kolmanda lugemise jätkamine (Stenogramm des Riigikogu vom 19. Januar 1995).
- VIII Riigikogu stenogramm, III istungjärk, 14. juuni 1996 (Stenogramm des Riigikogu vom 14. Juni 1996).

## Bibliographie

- IX Riigikogu stenogramm, I istungjärk, 16. juuni 1999 (Stenogramm des Riigikogu vom 16. Juni 1999).
- IX Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 5. juuni 2002. Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse muutmise seaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seaduse eelnõu (1060, 1016, 1017 SE) teine lugemine (Stenogramm des Riigikogu vom 5. Juni 2002).
- X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, 12. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 12. April 2006).
- X Riigikogu stenogramm, VII istungjärk, kolmapäev, 19. aprill 2006 (Stenogramm des Riigikogu vom 19. April 2006).
- Верховная Рада Крыма: „Декларация о независимости Автономной Республики Крым и г.Севастополя“ 11.03.2014  
[http://www.rada.crimea.ua/news/11\\_03\\_2014\\_1](http://www.rada.crimea.ua/news/11_03_2014_1) (Abgerufen am 25.11.2014)
- Верховна Рада України: Поіменне голосування про проект Закону про визнання таким, що втратив чинність, Закону України "Про засади державної мовної політики" (№1190) - за основу та в цілому.  
[http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan\\_gs09/ns\\_arh\\_golos?g\\_id=389507&n\\_skl=7](http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_arh_golos?g_id=389507&n_skl=7) (Abgerufen am 03.05.2014)
- Кабінет Міністрів України: Для сохранения языкового разнообразия в Украине. 26.11.2006. Департамент коммуникаций власти и общественности Секретариата Кабинета Министров Украины unter:  
[http://www.kmu.gov.ua/control/publish/article?art\\_id=55444636](http://www.kmu.gov.ua/control/publish/article?art_id=55444636) (Abgerufen am 16.11.2014)
- НКВД УССР: Национальный состав населения городов УССР в 1925. Харьков 1925 (NKVD USSR 1925)
- Правительственный портал Украины:  
[http://www.kmu.gov.ua/control/ru/publish/officialcategory?cat\\_id=33689](http://www.kmu.gov.ua/control/ru/publish/officialcategory?cat_id=33689) (Abgerufen am 29.11.2014)
- ПРОГРАММА РЕСПУБЛИКАНСКОЙ ПАРТИИ КРЫМА (Партии РДК). ПРИНЯТА НА СЪЕЗДЕ РПК/РДК 27 НОЯБРЯ 1993 ГОДА.
- СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым I созыва (1990 – 1994); СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым II созыва (1994 – 1998)
- СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым III созыва (1998 – 2002)
- СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым IV созыва (2002 – 2006)
- СПИСОК ДЕПУТАТОВ Верховной Рады Автономной Республики Крым V созыва (2006 – 2010)
- Справочник по истории Коммунистической партии и Советского Союза 1898-1991. [http://www.knowbysight.info/1\\_RSFSR/04035.asp](http://www.knowbysight.info/1_RSFSR/04035.asp) (Abgerufen am 29.11.2014).

Interviews

- Die Details des Arbeitsalltags in Sowjet-Estland aus dem Interview mit Ludmilla Veskimäe, Leiterin der Textilfabriken „Baltika“ und „Lembitu“ in Tallinn in den 1960er und 1970er Jahren, Mitglied des Rates der Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren, sowie Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets von 1985 bis 1990. Interview gehalten im März-April 2013.
- Gespräche mit Studenten und Doktoranden aus der Ukraine (verschiedene Städten u.a. Lwiw, Kiew und Donezk) im Rahmen der Sommerschule der Universität Tartu im August des Jahres 2014 zum Thema „Prospects for Democracy, Stability and Europeanization in Ukraine: What lessons from the Baltic experience?“.
- Private Gespräche mit in Tallinn lebenden Russen, die im Berufsleben sowohl mit Esten als auch mit Russen in Berührung kommen. Januar 2014.

Gesetze, Rechtsakte und Archivquellen:

- Eesti Nõukogude Sotsialistliku Vabariigi Keeleseadus. § 1. ÜVT 89.6.60.
- Eesti Riigiarhiivi Toimik ERA.R-10.26.860 (Archivquelle (1971)): „Табл. 7с "Распределение населения по национальности, родному языку и второму языку народов СССР, которым свободно владеет население". В целом по республике, по Таллиннскому, Кохтла-Ярвскому, Нарвскому и Пярнускому горсоветам, г. Силламяэ, г. Тарту, Валгаскому, Вильяндискому, Йыгеваскому, Кингисепскому и Кохтла-Ярвскому районам.“
- Eesti Riigiarhiiv ERA.R-10.26.872 (Archivquelle) (1970): “Табл. 21в " Занятое население по основным национальностям" по Эстонской ССР, по Таллиннскому горсовету и по г. Таллинн“.
- Eesti Riigiarhiivi Toimik ERA.R-10.26.855 (Archivquelle (1971)): „Публикуемые итоги переписи населения 1970 г. по союзным республикам“.
- Haridus- ja teadusministri 24. detsembri 2001. a määruse nr 75 „Põhikooli ja gümnaasiumi lõpuksamite korraldamise ning põhikooli ja gümnaasiumi lõpetamise tingimused ja kord“, haridusministri 18. veebruari 2001.a. määruse nr 24 „Võõrkeelse põhikooli ja gümnaasiumi eesti keele lõpuksamisi ja eesti keele tasemeksamisi ühitamise tingimused“ ja haridusministri 18. veebruari 2002. a määruse nr 24 „Võõrkeelse põhikooli ja 17 gümnaasiumi eesti keele lõpuksamisi ja eesti keele tasemeksamisi ühitamise tingimused“ muutmine (Haridus- ja teadusministri 12.08.2005 määrus nr 28 jõustumiskuupäev 01.09.2005)
- Kohtuotsus 3-1-1-130-96 Riigikohus, 3. Dezember 1996.
- RT 1992, 7, 109 Kodakondsuse Seadus.
- RT 1992, 26, 350 Eesti Vabariigi Põhiseaduse rakendamise seadus.
- RT I 1992, 26, 349. Eesti Vabariigi Põhiseadus.
- RT I 1993, 29, 505 Kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seadus.
- RT I 1993, 44, 637 Välismaalaste seadus.
- RT I 1993, 71, 1001 Vähemusrahvuse kultuuriautoomia seadus.



## Bibliographie

- RT I 1994, 47, 784. Riigikogu valimise seaduse §- 2, 2.1 ja 26 ning kohaliku omavalitsuse volikogu valimise seaduse §-de 3, 3.1 ja 26 (RT I 1996, 37, 739) muutmise seadus.
- RT I 1995, 12, 122 Kodakondsuse seadus.
- RT I 1995, 23, 334 Keeleseadus.
- RT I 1997, 46, 766 Valitsuse tegevuse põhieesmärkide kinnitamine 1997. ja 1998. aastaks.
- RT I 1998, 57, 866.
- RT I 1998, 33, 471. Mitte-eestlaste Integratsiooni Sihtasutuse asutamine. Vastu võetud 31.03.1998 nr 263.
- RT I 1998, 111, 1827. Kodakondsuse seaduse §-de 13, 15, 18, 19, 21, 23, 28, 29 ja 32 muutmise ning §-ga 14<sup>1</sup> täiendamise seadus.
- RT I 1999, 25, 365 Isikut tõendavate dokumentide seadus.
- RT L 2000, 49, 740 Riiklik programm „Integratsioon Eesti ühiskonnas 2000-2007“.
- RT I 2000, 51, 323. Kodakondsuse seaduse §-de 34 ja 35 muutmise seadus.
- RT I 2002, 6, 24. Kodakondsuse taotleja Eesti Vabariigi Põhiseaduse ja „Kodakondsuse seaduse“ tundmise eksami läbiviimise kord.
- RT I 2002, 53, 337 Keeleseaduse täiendamise ning keeleseaduse ja riigilõivuseaduse § 6 kehtetuks tunnistamise seadus.
- RT I 2003, 82, 550. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus.
- RT I, 2004, 12, 80. Kodakondsuse seaduse muutmise seadus.
- RT I 2006, 21, 159 Välismaalaste seaduse ja sellega seonduvalt teiste seaduste muutmise seadus.
- RT I 2007, 17,82 Keeleseaduse muutmise seadus.
- RT I 2010, 3,4 Välismaalaste seadus.
- RT I, 18.03.2011, 1. Keeleseadus.
- Верховная Рада Украины: Постановление «О досрочном прекращении полномочий Верховной Рады Автономной Республики Крым». Соответствующий проект постановления зарегистрирован под №4461, 15 марта 2014
- Верховная Рада Украины: Закон «Об обеспечении прав и свобод граждан и правовом режиме на временно оккупированной территории Украины» Информационное управление. 15 апреля 2014
- ДЕКЛАРАЦИЯ о национальном суверенитете крымско-татарского народа № 45-54, Документы Курултая татар Крыма (26-30 июня 1991 г.)
- Депутатский корпус Верховной Рады Автономной Республики Крым 2010-2015
- ЗАКОН КРЫМСКОЙ АВТОНОМНОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ Об органах государственной власти Крымской Автономной Советской Социалистической Республики (ВВСК, 1991-1992 гг., N 2, ст. 85)
- Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 20-1

- Закон Крымской АССР О Республике Крым как официальном названии демократического государства Крым. г.Симферополь, 26 февраля 1992 года, № 19-1; Закон Украины от 21.09.1994 № 171/94-ВР
- Закон СССР от 7 октября 1977 г. N 6367-IX "О порядке введения в действие Конституции (Основного Закона) СССР" (с изменениями и дополнениями). Москва, Кремль, 7 октября 1977 г. N 6367-IX.
- ЗАКОН РЕСПУБЛИКИ КРЫМ О Президенте Республики Крым. Председатель Верховного Совета Крыма Н.БАГРОВ г. Симферополь, 14 октября 1993 г. N 428-1
- ЗАКОН РСФСР Об упразднении Чечено-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область. Заседания Верховного Совета РСФСР (седьмая сессия), 20–25 июня 1946 г.: Стеногр. отчет, 1946.–С. 361
- Закон Украинской Советской Социалистической Республики "Об языках в Украинской ССР"(Ведомости Верховной Рады (ВВР) 1989, N 45, ст.631)
- ЗАКОН УКРАЇНСЬКОЇ РАДЯНСЬКОЇ СОЦІАЛІСТИЧНОЇ РЕСПУБЛІКИ. Про мови в Українській РСР (Відомості Верховної Ради УРСР (ВВР), 1989, Додаток до N 45, ст.631)
- ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Председатель Верховного Совета Украинской ССР Л.Кравчук г. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля 1991. с. 217.
- ЗАКОН УКРАЇНИ Про дострокові вибори Верховної Ради України і Президента України( Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 40, ст.388 )
- ЗАКОН УКРАИНЫ Об отмене Конституции и некоторых законов Автономной Республики Крым. Президент Украины Л.КУЧМА, №92/95-ВР, 17.03.1995. Закон отменен на основании Закона Украины N 92/95-ВР от 17.03.1995
- ЗАКОН УКРАЇНИ Про прийняття Конституції України і введення її в дію (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, N 30, ст.142); КОНСТИТУЦІЯ АВТОНОМНОЇ РЕСПУБЛІКИ КРЫМ Принята Верховным Советом Крыма 1 ноября 1995 года.
- ЗАКОН УКРАЇНИ Про громадянство України (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 2001, N 13, с.65 )
- ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218)
- ЗАКОН УКРАЇНИ Про засади державної мовної політики (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2013, № 23, ст.218)Розділ I (Стаття 5.; Стаття 7.)
- ЗАКОН УКРАИНСКОЙ СОВЕТСКОЙ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКИ О восстановлении Крымской Автономной Советской Социалистической Республики. Киев, 12 февраля 1991 г. Ведомости Верховного Совета УССР, №9, 26 февраля, 1991. с. 216.

## Bibliographie

- ЗАЯВЛЕНИЕ Третьей Сессии Крымского областного Совета народных депутатов «О необходимости отмены Указа Президиума Верховного Совета СССР от 30 июня 1945 года «О преобразовании Крымской АССР в Крымскую область в составе РСФСР» и Закона Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 25 июня 1946 г. «Об упразднении Чеченок-Ингушской АССР и о преобразовании Крымской АССР в Крымскую область». Типография издательства «Таврида», г.Симферополь, ул.Генерала рала Васильева, 44, Зак.3274. Тираж 5000, 21.12. 90 г. (Abgerufen am 23.11.2014)
- Избирком Крыма: итоги выборов в Госсовет. время публикации: 16 сентября 2014 г., последнее обновление: 16 сентября 2014 г.
- КОНСТИТУЦИЯ АВТОНОМНОЙ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ Принята Верховным Советом Крыма 1 ноября 1995 года.; КОНСТИТУЦИЯ УКРАИНЫ (Ведомости Верховной Рады Украины (ВВР Украины), 1996, № 30, ст. 141
- КОНСТИТУЦИЯ Республики Крым Принята седьмой сессией Верховного Совета Крыма 6 мая 1992 года.
- КОНСТИТУЦИЯ РЕСПУБЛИКИ КРЫМ. Принята Государственным Советом Республики Крым. 11 апреля 2014 года
- Конституция (Основной Закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики (утверждена постановлением Чрезвычайного XVII Всероссийского Съезда Советов от 21 января 1937 г.) (в редакции от 11 декабря 1975 г.); Конституция (Основной закон) Российской Советской Федеративной Социалистической Республики от 12 апреля 1978 г.
- Конституція (Основний Закон) Української Радянської Соціалістичної Республіки Прийнята на позачерговій сьомій сесії Верховної Ради Української РСР дев'ятого скликання 20 квітня 1978 року
- КОНСТИТУЦІЯ УКРАЇНИ (Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1996, № 30, ст. 141)
- ЛУГАНСКИЙ ОБЛАСТНОЙ СОВЕТ ЧЕТВЕРТОГО СОЗЫВА: Об укреплении организационной структуры местной власти в Луганской области., шестнадцатая сессия. РЕШЕНИЕ, 26 ноября 2004 г. № 16/1 г. Луганск
- МИНИСТЕРСТВО ВЫСШЕГО И СРЕДНЕГО СПЕЦИАЛЬНОГО ОБРАЗОВАНИЯ СССР: ПРИКАЗ от 18 марта 1968 г. N 220 ОБ УТВЕРЖДЕНИИ ПОЛОЖЕНИЯ О ПЕРСОНАЛЬНОМ РАСПРЕДЕЛЕНИИ МОЛОДЫХ СПЕЦИАЛИСТОВ, ОКОНЧИВАЮЩИХ ВЫСШИЕ И СРЕДНИЕ СПЕЦИАЛЬНЫЕ УЧЕБНЫЕ ЗАВЕДЕНИЯ
- ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про постанову Верховної Ради Російської Федерації "Про статус міста Севастополя"(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1993, N 36, ст.364)
- ПОСТАНОВА ВЕРХОВНОЇ РАДИ УКРАЇНИ Про рішення Севастопольської міської Ради народних депутатів "Про статус міста Севастополя" від 23 серпня 1994 року(Відомості Верховної Ради України (ВВР), 1994, N 39, ст.358 )
- ПОСТАНОВА Верховної Ради України Про Заяву Верховної Ради України щодо гарантії прав кримськотатарського народу у складі Української Держави (Відомості Верховної Ради (ВВР), 2014, № 15, ст.581)

- ПОСТАНОВЛЕНИЕ Верховного Совета Российской Федерации О правовой оценке решений высших органов государственной власти РСФСР по изменению статуса Крыма, принятых в 1954 году. Москва, Дом Советов России 21 мая 1992 года №2809-1
- ПОСТАНОВЛЕНИЕ ВЕРХОВНОГО СОВЕТА РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ О статусе города Севастополя. Москва, Дом Советов России 9 июля 1993 года № 5359-1
- Постановление Совета Министров - Правительства РСФСР от 25 апреля 1968 г. N 264 "О признании утратившими силу некоторых решений Правительства РСФСР по вопросам государственного планирования"
- Пресс-служба Государственного Совета Республики Крым: Верховный Совет АРК переименован в Государственный Совет Республики Крым. 17.03.2014
- Севастопольский городской Совет народных депутатов РЕШЕНИЕ О статусе города Севастополя. 23 августа 1994 года, №41
- УКАЗ ПРЕЗИДИУМА ВС РСФСР ОТ 29.10.1948 N 761/2 О ВЫДЕЛЕНИИ ГОРОДА СЕВАСТОПОЛЯ В САМОСТОЯТЕЛЬНЫЙ АДМИНИСТРАТИВНО-ХОЗЯЙСТВЕННЫЙ ЦЕНТР
- Федеральный конституционный закон Российской Федерации от 21 марта 2014 года № 6-ФКЗ «О принятии в Российскую Федерацию Республики Крым и образовании в составе Российской Федерации новых субъектов – Республики Крым и города федерального значения Севастополя» Дата создания: 21 марта 2014 года.

#### Rechtsakte und Stellungnahmen internationaler Organisationen

- Commission of the European Communities: Regular Report on Estonia's progression towards accession 2002 9/10/02.
- Commission of the European Communities: Regular Report on Accession Estonia, 1999 13/10/99 (First Draft 06/10/99).
- Council of Europe: Framework Convention for the Protection of National Minorities. Verabschiedet am 9.10.1993, in Kraft getreten am 1.02.1995.
- Council of Europe, Parliamentary Assembly „Recommendation 1201 (1993)[1] on an additional protocol on the rights of national minorities to the European Convention on Human Rights“. Article 1.
- Commission on Security and Cooperation in Europe (CSCE): Document of the Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE 1990.
- European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) 3. Report on Estonia 24. Juni 2005.
- Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Schlussakte von Helsinki 1975.
- OSCE: Charta von Paris für ein Neues Europa, Paris 1990.
- OSCE: Brief des Hohen Kommissars der OSZE Max van der Stoep an den Präsidenten der Republik Estland Lennart Meri am 1. Juli 1993. <http://www.osce.org/hcnm/30435> (Abgerufen am 23.03.2013)

## Bibliographie

- OSCE: Brief des Hohen Kommissars der OSZE Max van der Stoel an den Außenminister Jüri Luik am 9. März 1994. <http://www.osce.org/hcnm/30440> (Abgerufen am 23.03.2013)
- OSCE: Mission to Estonia, Spot Report on Local Elections Law, 19 April 1996.
- OSCE: Brief des Außenministers Toomas-Hendrik Ilves an den Hohen Kommissar für Minderheitenfragen des OSZE Max van der Stoel am 26 April 1999.
- OSCE: special monitoring mission (SMM) to Ukraine: The Facts <http://www.osce.org/ukraine-smm/116879?download=true> (Abgerufen am 25.04.2016).
- Richtlinie 2003/109 EG des Rates, 25.11.2003. Betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen.
- United Nations HR: International Covenant on Civil and Political Rights. Verabschiedet am 16.12.1966, in Kraft getreten am 23.03.1976. Ratifiziert von 167 Staaten gemäß dem Stand 24.09.2011.
- United Nations HR: General Comment 23, Article 27 (Fiftieth session, 1994), U.N. Doc. HRI/GEN/1/Rev.1 at 38 (1994).
- UN Press: UN General Assembly Adopts Resolution Calling upon States Not to Recognize Changes in Status of Crimea Region. 27.03.2014. GA/11493 <http://www.un.org/press/en/2014/ga11493.doc.htm> (Abgerufen am 30.11.2014).

## Statistische Daten und Wahlergebnisse

- Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon) (1992): Riigikogu valimine 20. september 1992; Vabariigi Presidendi ja Riigikogu valimised 20.09.1992. Dokumente ja materjale. Tallinn: Eesti Vabariigi Valimiskomisjon.
- Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Riigikogu valimised 1992; 1995; 1999. <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen: März 2014)
- Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Parlamentswahlen 1992 bis 2011 <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).
- Staatliche Wahlkommission in Estland (Eesti Vabariigi Valimiskomisjon): Kommunalwahlen 1993 bis 2009 <https://www.valimised.ee/en/archive/previous-elections> (Abgerufen am 12.-14.03.2014).
- Statistisches Amt in Estland: Ergebnisse der Volkszählungen aus dem Jahr 2001 und 2011: [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus\\_Emakeel\\_Veerkeelte\\_oskus/15Rahvus\\_Emakeel\\_Veerkeelte\\_oskus.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2000/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus/15Rahvus_Emakeel_Veerkeelte_oskus.asp); [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/09Rahvastiku\\_paiknemine/02Eestis\\_ajutine\\_viibimine/02Eestis\\_ajutine\\_viibimine.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/09Rahvastiku_paiknemine/02Eestis_ajutine_viibimine/02Eestis_ajutine_viibimine.asp); [http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/07Rahvastiku\\_demograafilised\\_ja\\_etno\\_kultuurilised\\_naitajad/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeelteoskus\\_Murded/08Rahvus\\_Emakeel\\_ja\\_keeelteoskus\\_Murded.asp](http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/REL2011/07Rahvastiku_demograafilised_ja_etno_kultuurilised_naitajad/08Rahvus_Emakeel_ja_keeelteoskus_Murded/08Rahvus_Emakeel_ja_keeelteoskus_Murded.asp) (Jeweils abgerufen am 12.03.2014)

- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (1995): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Tallinn: Statistikaamet.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Faktiline ja alaline rahvastik (31. märts 2000).
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001: RL225: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Rahvus, Kodakondsus ning Emakeel.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2001. RL227: Rahvastik, 31. märts 2000 --- Sugu, Elukoht, Emakeel, Kodakondsus ning Võõrkeelte oskus
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000. aasta rahva ja eluruumide loendus. Kodakondsus, rahvus, emakeel ja võõrkeelte oskus“/Statistical Office of Estonia (2000): 2000 Population and Housing Census. Citizenship, Nationality, Mother tongue and Command of Foreign Languages“. <http://pub.stat.ee/px-web.2001/Database/Rahvaloendus/databasetree.asp> (Abgerufen am 12.01.2012).
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2001): 2000 Population and Housing Census II. Citizenship, Nationality, Mother Tongue and Command of Foreign Languages. Tallinn: Statistikaamet.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2011: RL0444: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Vanuserühm, Emakeel, Sugu ning Võõrkeelte oskus.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Rahvaloendus 2011: RL0443: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Elukoht, Sugu, Vanuserühm, Rahvus, Kodakondsus ning Võõrkeelte oskus.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2012): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses. Rahvaarv rahvuse järgi, 1. jaanuar, aasta.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): Eesti rahvastik rahvaloenduste andmetel. Population of Estonia by population censuses (2013), RLE 04: Loendatud püsielanikud, Rahvus ning sugu (31. detsember 2011).
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0428: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Rahvus, Elukoht ning Sugu. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet): RLE0424: Rahvastik, 31. detsember 2011 --- Maakond, Rahvus, Kodakondsus, Sugu ning Vanuserühm. Datenbank unter: <https://www.stat.ee/ee> (Abgerufen am 29.04.2013).
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2012): Rahva ja eluruumide loendus - Rahva ja eluruumide loendus 2011.
- Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus (1. märts 2013).
- Berechnung der Staatsbürgerschaften in Estland auf Grundlage der Daten des Estnischen Staatsbürgerschafts- und Migrationsamtes, (Kodakondus- ja

## Bibliographie

- Migratisooniamet) bis 2012, des Estnischen Statistikamtes (Eesti Statistikaamet [www.stat.ee](http://www.stat.ee)) und Eurostat (<http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>) ab 1998
- Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Графический материал, 2003-2004 „Национальный состав населения Украины по данным переписей населения 1959-2001“ und „Динамика численности наличного населения Украины по данным переписей населения.“ [http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality\\_population/](http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality_population/) (Abgerufen am 10.04.2014)
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Распределение населения по национальности и родному языку 2001. [http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality\\_population/](http://2001.ukrcensus.gov.ua/rus/results/nationality_population/) (Abgerufen am 23.02.2014)
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): „Национальный состав населения Украины по данным переписей населения 1959-2001“, Графический материал, 2003-2004
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Графический материал, 2003-2004 „Национальный состав населения Украины по данным переписей населения 1959-2001“
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Про кількість та склад населення України за підсумками Всеукраїнського перепису населення 2001 року.
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраинская перепись населения (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004; Розподіл населення за рідною мовою, Автономна Республіка Крим (у % до загальної чисельності населення) - Регіон, Рік, Вказали у якості рідної мову.
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г. Родной язык
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г. Второй язык
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.: Регионы Украины.
  - Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Всеукраинская перепись населения (2001). Национальный состав населения Украины и его языковые признаки. 2003-2004, Городское и сельское население.
  - Statistical Office of Latvia: Resident population on march 1, 2011 by citizenship, sex and age group; resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database.
  - Statistical Office of Latvia: Resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database.



- Statistical Office of Latvia: Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 2011. TSG11-06. Resident population on March 1, 2011 by ethnicity, sex and age group.
- Statisticheskij Sbornik: Население СССР, 1973 г., Москва: Statistika 1979.
- Statistics Lithuania. Ethnic composition of the population. Results of the 2011 Population and Housing Census of the Republic of Lithuania.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы до Верховної Ради 1998. Оперативні підсумки голосування 29.03.1998 Чергові вибори.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 1998. 29.03.1998 Чергові вибори. Результати голосування; Оперативні підсумки голосування.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): *Підтримка кандидатів, що набрали найбільшу кількість голосів по регіонах України*. Выбори Президента України 14.11.1999 року.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы до Верховної Ради 2002. Оперативні підсумки голосування 31.03.2002 Чергові вибори.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Zentrale Wahlkommission der Ukraine. Центральна виборча комісія. Парламентські вибори в Україні 2002. 31.03.2002 Чергові вибори. Оперативні підсумки голосування.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування. Підтримка лідерів по регіонах.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. Підсумки голосування по регіонах України. Порівняння.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы народных депутатов Украины 26 березня 2006 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Парламентські вибори в Україні 2006. Выборы народных депутатов Украины 26 березня 2006 року. Результати голосування по кожній партії (блоку).
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 30 вересня 2007 року. Відомості про підрахунок голосів виборців в межах України.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы Президента Украины. Повторне голосування з виборів Президента України 07 лютого 2010 року. Результати голосування по Україні.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Хід голосування по регіонах України. Выборы народных депутатов Украины 28 жовтня 2012 року.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Выборы народных депутатов Украины 28 жовтня 2012 року. Відомості про підрахунок

## Bibliographie

голосів виборців по загальнодержавному багатомандатному виборчому округу в межах регіонів України.

- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Відомості про підрахунок голосів виборців в межах одномандатних виборчих округів. Вибори народних депутатів України 28 жовтня 2012 року.
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори народних депутатів України 26 жовтня 2014 року. (Abgerufen am 01.11.2014).
- Zentrale Wahlkommission der Ukraine (Центральна виборча комісія): Позачергові вибори Президента України 25 травня 2014 року (Abgerufen am 01.11.2014).

### Sonstige Online-Quellen

- Bildungswerk Friedensarbeit: „Antifaschisten stehen auf einer schwarzen te“ 20.09.2012 [http://www.bildungswerk-friedensarbeit.org/wp/wp-content/uploads/2013/01/120920\\_Estland\\_Faschismus.pdf](http://www.bildungswerk-friedensarbeit.org/wp/wp-content/uploads/2013/01/120920_Estland_Faschismus.pdf) (Abgerufen am 21.03.2014).
- Histrodamus: Karl Vainoga kaasnenud muutused. 1978 [http://www.histrodamus.ee/?event=Show\\_event&event\\_id=4359&layer=265&lang=est#4358](http://www.histrodamus.ee/?event=Show_event&event_id=4359&layer=265&lang=est#4358) (Abgerufen am 22.01.2014).
- INNOVE.ee: Fakte keelekümlusest <http://www.innove.ee/et/yldharidus/keelekymbilus/fakte-keelektmbusest> (Abgerufen am 25.01.2015).
- Metlev, Sergei: „Kohaliku vene hariduse omapärad“ <http://www.rajaleidja.ee/sergei-metlev-kohaliku-vene-hariduse-omaparad/> (Abgerufen am 10.01.2015).
- Museum of Occupation <http://www.okupatsioon.ee/> (Abgerufen am 20.12.2014).
- Novaator: Uuring: Vene põhikooli õpilaste ebapiisav eesti keel takistab gümnaasiumis õppimist. Novaator: Tartu Ülikooli Teadusuudised. 14.01.2015. <http://novaator.err.ee/v/haridus/973a6a74-9ae9-4e08-8cf2-04779136cc5b> (Abgerufen am 20.02.2015).
- OSZE: Das Protokoll der Friedensvereinbarung von Minsk in russischer Sprache unter: <http://www.osce.org/ru/home/123258?download=true> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Rajaleidja: „Vene koolid lähevad usinalt eesti õppekeelele“ <http://www.rajaleidja.ee/vene-koolid-lahevad-usinalt-eesti-oppekeelele-ule/> (Abgerufen am 15.01.2015).
- Schuhmann, Annette (2010): „Ukraine – Grenzland“ zeitgeschichte-online Februar 2010 <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/ukraine-grenzland> (Abgerufen am 20.03.2014).
- Slavyane.org: „Раздел Черноморского флота“ 11.10.2014 <http://slavyane.org/history/razdel-flota.html> (Abgerufen am 28.10.2014).
- Transliterationstabellen <https://www.bsb-muen->

- chen.de/literatursuche/sammelschwerpunkte/osteuropa/hilfsmittel/transliterationstabellen/ (Abgerufen am 5.07.2012).
- Vabadussõja võidusammas <http://www.kmin.ee/et/vabadussoja-voidusammas> (Abgerufen am 20.12.2014).
  - Vasmer's Etymological Dictionary (2014): <http://starling.rinet.ru/cgi-bin/response.cgi?root=%2fusr%2flocal%2fshare%2fstarling%2fmorpho&morpho=1&asename=morpho\vasmer\vasmer&first=16681> (Abgerufen am 20.09.2014).
  - YouTube-Video: „Alasti Tõde 7“ [https://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=6HK\\_G1MeSLE](https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=6HK_G1MeSLE) (Ausstrahlung am 21.11.2014) (Abgerufen am 08.03.2015).
  - Русская община Крыма: Принципы деятельности Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Русская община Крыма: Устав Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Русская община Крыма: Предпосылки формирования русского, пророссийского движения в Крыму 04.11.2014 <http://www.ruscimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Русская община Крыма: Этапы становления Русской общины Крыма 04.11.2014 <http://www.ruscimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Русская община Крыма: Руководящие органы Русской общины Крыма unter: <http://www.ruscimea.ru/cms/?go=mon&in=view&id=17> am 04.11.2014 (Abgerufen am 01.12.2014).
  - Таврический Национальный Университет им. Вернадского: Крымские татары. Этнография народов Крыма 1999-2003 <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014).
  - Таврический Национальный Университет им. Вернадского: Крымские татары: Происхождение этноса. Этнография народов Крыма 1999-2003 [http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/crim\\_tat/index.htm](http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/crim_tat/index.htm) (Abgerufen am 23.11.2014).
  - Таврический Национальный Университет им. Вернадского: Немцы: Депортация. Этнография народов Крыма 1999-2003 <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/nemcy/index.htm#m10> (Abgerufen am 20.11.2014).
  - Таврический Национальный Университет им. Вернадского: Украинцы: Историко-этнографическая справка. Этнография народов Крыма 1999-2003 <http://ccssu.crimea.ua/crimea/etno/ethnos/ukrainzy/index.htm> (Abgerufen am 20.11.2014).
  - Топонімічний словник України: „Україна“ in: <http://www.toponymic-dictionary.in.ua/> (Abgerufen am 20/03/2014).

## Bibliographie

- Энциклопедия „Электронная библиотека Украины“: 7. июня 1993: Началась самая крупная забастовка шахтеров Донбасса за всю историю Украины. 11.11.2014 <http://uateka.com/ru/article/years/1993/1006> (Abgerufen am 25.11.2014).

### Umfragen<sup>2508</sup>

- DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 16.-30. März 2014 statt und umfasste 2010 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: [http://dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu\\_.htm](http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm).
- DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 20.-24. Dezember 2013 statt und umfasste 2010 Befragte. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind abrufbar unter: [http://www.dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/dva-misjaci-protestiv-v-ukraini-sho-dali\\_--zagalnonacionalne-opituvannja.htm](http://www.dif.org.ua/en/polls/2014_polls/dva-misjaci-protestiv-v-ukraini-sho-dali_--zagalnonacionalne-opituvannja.htm).
- DIF-Umfrage: Die Umfragen fanden vom 7.-8. Dezember 2013 (Zufallsstichprobe von 1037 Personen auf dem Maidan) sowie am 20. Dezember 2013 (515 Personen in den Maidan-Stützpunkten) und am 3. Februar 2014 (502 Personen in den Maidan-Stützpunkten) statt. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: [http://dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/vid-maidanu-taboru-do-maidan.htm](http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/vid-maidanu-taboru-do-maidan.htm).
- DIF-Umfrage: Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: [http://dif.org.ua/en/polls/2014\\_polls/stavlenne-opituvannja.htm](http://dif.org.ua/en/polls/2014_polls/stavlenne-opituvannja.htm) auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>.
- Gallup (März 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. March 14-26, 2014. International Republican Institute <http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20April%205%20IRI%20Public%20Opinion%20Survey%20of%20Ukraine,%20March%2014-26,%202014.pdf>.
- Gallup (April 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. April 12-25, 2014. International Republican Institute <http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20April%2024%20Survey%20of%20Residents%20of%20Ukraine,%20April%2012-25,%202014.pdf>.
- Gallup-Umfrage: Contemporary Media Use in Ukraine. 06.2014. Gallup/Broadcasting Board of Governors <http://www.bbg.gov/wp-content/media/2014/06/Ukraine-research-brief.pdf>.
- Gallup (September 2014): Public Opinion Survey. Residents of Ukraine. September 3-12, 2014. International Republican Institute. <http://www.iri.org/sites/default/files/2014%20October%2014%20Survey%20of%20Residents%20of%20Ukraine,%20September%2012-25,%202014.pdf>.
- KIIS-Umfrage0 (April 2014): „Opinions and views of the citizens of Southern and Eastern regions of Ukraine: April 2014“ ist abrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=302&page=1>. Die Ergebnisse

---

<sup>2508</sup> Die Umfragen wurden zwischen dem 20. und 30. Dezember 2014 abgerufen.

- auf Russisch umfassen mehr Fragen mit Antworten und sind zu finden unter:  
<http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=302&page=1>.
- KIIS-Umfrage (Mai 2014) Die Umfrage fand vom 08.-13. Mai 2014 statt und umfasste 2067 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=330&page=8> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/185498/umfragen-einheitsstaat-vs-foederaler-staat-sprachsituation-die-ansichten-der-buerger-in-der-suedost-ukraine>.
  - KIIS-Umfrage (September 2014): Die Umfrage fand vom 12.-21. September 2014 statt und umfasste 2035 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Russisch sind aufrufbar unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=404&page=4> sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193335/umfrage-ukrainisch-russische-beziehungen-in-umfragen>.
  - Razumkow-Umfrage: Die Umfrage fand vom 05.-10. September 2014 statt und umfasste 2014 Befragte in allen Regionen. Die Ergebnisse auf Ukrainisch sind aufrufbar unter: [http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450\\_file.pdf](http://www.razumkov.org.ua/upload/1412757450_file.pdf) sowie auf Deutsch unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/193353/umfrage-der-militaerkonflikt-in-umfragen>.

### Zeitungsartikel und Beiträge in Online-Medien

- Alatalu, Epp: „Rublamüügiprotsessil algavad kohtulikud vaidlused“ Postimees 06.06.1996.
- ARD Morgenmagazin: Reportage über die Stimmung der Bevölkerung in Lettland im Lichte der Ukraine-Krise. (Mai 2014).
- Austin, Greg: „Updates and Analysis on Ukraine Crisis - April 7, 2014“ <http://www.ewi.info/idea/updates-and-analysis-ukraine-crisis-april-7-2014#sthash.CXRibRXp.dpuf> (Abgerufen am 27.11.2014).
- BBC News: „Estonia unveils Nazi war monument“ 20.08.2004 (Abgerufen am 11.10.2013).
- BBC News: „Ukraine crisis: What do the flags mean?“ 06.03.2014 unter: <http://www.bbc.com/news/blogs-magazine-monitor-26465465> (Abgerufen am 24.11.2014).
- BBC News: „As it happened: East Ukraine crisis“ 13.04.2014 <http://www.bbc.com/news/world-europe-27008054?print=true> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Besymenski, Lew: „Niemand kann uns überführen“ Der Spiegel 3/1991. S. 104-112.
- Bidder, Benjamin: „Das ist Putins Neurussland“ Spiegel Online 15.09.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-neurussland-von-putin-in-der-ostukraine-mit-karten-a-989470.html> (Abgerufen am 20.09.2014).
- Boy, Ann-Dorit: „Die Extremisten vom Majdan“ FAZ 23.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-die-extremisten-vom-majdan-12816972.html> (Abgerufen am 03.12.2014).

## Bibliographie

- Boy, Ann Dorit: „Gewalt zwischen Russen und Tataren auf der Krim“ FAZ 26.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-gewalt-zwischen-russen-und-tataren-auf-der-krim-12821834.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- Sensor.net: „Депутаты от оппозиции предложили внести в паспорт графу „национальность““ 26.12.2013 [http://sensor.net.ua/news/264965/deputy\\_ot\\_oppozitsii\\_predlozili\\_vnesti\\_v\\_pasport\\_grafu\\_natsionalnost](http://sensor.net.ua/news/264965/deputy_ot_oppozitsii_predlozili_vnesti_v_pasport_grafu_natsionalnost) (Abgerufen am 22.07.2014).
- Das Erste: „Putsch in Kiew: Welche Rolle spielen die Faschisten?“ Panorama 06.03.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Putsch-in-Kiew-Welche-Rolle-spielen-die-Faschisten,ukraine357.html> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Das Erste: „Judenschweine bekämpfen’: Aufruf oder Nacherzählung?“ Panorama 17.04.2014 <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Judenschweine-bekaempfen-Aufruf-oder-Nacherzaehlung,ukraine387.html> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Delfi.ee: „Umbkeelne apteeker jätis pensionäri rohuta“ Eesti Tarbijakaitse Liit/Delfi uudised 19.10.2007 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/umbkeelne-apteeker-jattis-pensionari-rohuta?id=17200390> (Abgerufen am 25.11.2013).
- Delfi.ee: „President, räägi meiega!“ 29.02.2008 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/arvamus/delfi-president-raagi-meiega?id=18316213> (Abgerufen am 12.03.2014).
- Delfi.ee: „Riik tunnustas Eesti vabadusvoitlejaid“ 14.02.2012 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/riik-tunnustas-eesti-vabadusvoitlejaid?id=63917829> (Abgerufen am 21.03.2014).
- Delfi.ee: „Avalik kiri president Ilvesele: Teie järjekordne venekeelse elanikkonna räägitava emakeele vastu suunatud avaldus on kohatu ja solvav“ 24.10.2013 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/avalik-kiri-president-ilvesele-teie-jarjekordne-venekeelse-elanikkonna-raagitava-emakeele-vastu-suunatud-avaldus-on-kohatu-ja-solvav?id=66970168> (Abgerufen am 12.03.2014).
- Delfi.lv: „Ларздыньш: „Латыши переходят на русский из-за рабской мягкотелости“ 03.07.2007 <http://rus.delfi.lv/news/daily/latvia/lagzdynsh-latyshi-perehodyat-na-russkij-iz-za-rabskoj-myagkotelosti.d?id=18354423> (Abgerufen am 11.04.2014).
- Der Tagesspiegel: „13 Punkte für den Frieden“ 12.02.2015 <http://www.tagesspiegel.de/politik/abkommen-minsk-ii-13-punkte-fuer-den-frieden/11366782.html> (Abgerufen am 20.02.2015).
- Der Tagesspiegel: „Präsident Poroschenko hofft auf Rückenwind“ vom 26.10.2014.
- Deutsche Welle: „Ukraine: Eier und Nebelbomben im Parlament“ 27.04.2010 <http://www.dw.de/ukraine-eier-und-nebelbomben-im-parlament/a-5512220> (Abgerufen am 02.11.2014).
- Deutsche Welle: „Regierung und Ukraine-Rebellen vereinbaren he“ 05.09.2014 <http://www.dw.de/regierung-und-ukraine-rebellen-vereinbaren-waffenruhe/a-17904161> (Abgerufen am 04.11.2014).
- Die Welt: „Osten der Ukraine stimmt über Abspaltung von Kiew ab“ 11.05.2014 <http://www.welt.de/newsticker/news1/article127868630/Osten-der-Ukraine-stimmt-ueber-Abspaltung-von-Kiew-ab.html> (Abgerufen am 27.11.2014).

- Die Zeit: „Kiew stoppt Finanzierung der Krim-Regierung“ 09.03.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-krim-finanzierung-russland-truppen> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Die Zeit: „UN-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/un-vollversammlung-krim-resolution> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Die Zeit: „Putin weist Vorwürfe der USA zurück“ 14.04.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/telefon-obama-putin> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Die Zeit: „Putins Menschenrechtsrat bestätigt Wahlfälschung auf der Krim“ 05.05.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-putin-wahlfaelschung> (Abgerufen am 25.11.2014).
- Die Zeit: „Russlands OSZE-Botschafter weist Vorwurf der Ukraine-Invasion zurück“ 28.08.2014 <http://www.zeit.de/news/2014-08/28/konflikte-russlands-osze-botschafter-weist-vorwurf-der-ukraine-invasion-zurueck-28143211> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Die Zeit: „Lawrow weist Vorwürfe einer Militäroffensive zurück“ 29.08.2014  
<http://www.zeit.de/news/2014-08/29/konflikte-lawrow-weist-vorwurfe-einer-militaeroffensive-in-die-ukraine-zurueck-29114602> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Die Zeit: „Nato kann keinen russischen Truppenabzug feststellen“ 15.10.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/russland-truppenabzug-ukraine-nato-bericht> (Abgerufen am ...).
- Die Zeit: „Separatisten bestätigen prorussische Wahlsieger“ 03.11.2014  
<http://www.zeit.de/politik/2014-11/ukraine-wahl-separatisten> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Die Zeit: „Putin hält an Waffenruhe in Ostukraine fest“ 06.12.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/ukraine-waffenruhe-putin-hollande> (Abgerufen am 30.03.2015).
- Dni.ru: „Украина отбирает у России маяки в море“ 11.08.2011  
<http://www.dni.ru/polit/2011/8/11/216994.html> (Abgerufen am 28.10.2014).
- Donath, Klaus-Helge: „Die Krim als Russlands Tempelberg“ Die Tageszeitung 04.12.2014 <http://www.taz.de/!150719/>.
- Durkot, Juri: „Adieu, Krim!“ Die Tageszeitung 15.04.2014 <http://www.taz.de/!136796/> (Abgerufen am 01.12.2014).
- DWN: „Ukraine lässt Lenin-Denkmal in Charkow stürzen“ 29.09.2014  
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/29/ukraine-laesst-lenin-denkmal-in-charkow-stuerzen/> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Eesti Päevaleht: „Rääkigem muulastega eesti keeles“ 04.03.1998.  
<http://epl.delfi.ee/news/arvamus/raakigem-muulastega-eesti-keeles?id=50752175> (Abgerufen am 10.02.2014).
- Eesti Päevaleht: „Minister Efendijev pooldab mosee ehitamist“ 29.01.2002.
- Eesti Päevaleht: „Juhan Partsi valitsus astus tagasi“ 24.03.2005.
- Eesti Päevaleht: „Tuhandeid mittekodanikke tabavad elamisloa asjus rangemad nõuded“ 20.04.2006.



## Bibliographie

- Eesti Päevaleht: „Rahvastikuminister Palo töökohustused jagatakse“ 02.06.2009.
- Eesti Päevaleht: „Elamisloasulide tõttu tõrjub Eesti ka heatahtlikke välismaalasi“ 28.03.2013.
- Eesti Päevaleht: „Vene internetileheküljed keerasid Eesti Laulu vaheklipi idee pea peale“ 25.02.2014 <http://epl.delfi.ee/news/eesti/vene-internetilehekuljed-keerasid-eesti-laulu-vaheklipi-idee-pea-peale?id=70878565&com=1&reg=1&no=0&s=1> (Abgerufen am 08.03.2015).
- ERR Uudised: „Lihula sammas võeti valitsuse korraldusel maha“ 02.09.2004 <http://uudised.err.ee/v/5b12c3b5-b146-49d6-8477-67d6af840d5d> (Abgerufen am 11.10.2013 und am 21.03.2014).
- ERR Uudised: „Ajaloomuuseum avab homme veebinäituse ‚Balti kett 25‘“ 18.08.2014 <http://kultuur.err.ee/v/varia/64bcce5e-a01b-4efe-a76e-e8ab3fb4465a> (Abgerufen am 30.10.2014).
- ERR Uudised: „Venekeelne telekanal võib käivituda juba järgmisel sügisel“ 21.11.2014 <http://uudised.err.ee/v/eesti/684bc804-45e6-4e34-a9f7-970a4383109a> (Abgerufen am 07.01.2015).
- Euronews: „Украина: сторонники федерализации заняли здание обладминистрации в Луганске“ 29.04.2014 <http://ru.euronews.com/2014/04/29/ukraine-government-buildings-seized-in-luhansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Europäische Union Nachrichten: „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“ [http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu\\_sanctions/index\\_de.htm](http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm) (Abgerufen am 01.12.2014).
- FAZ: „Tschernobyl. Chronik des Reaktorunfalls“ 07.04.2006.
- FAZ: „Kiew warnt Russland vor Truppenbewegungen“ 27.02.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/umbruch-in-der-ukraine-kiew-warnt-russland-vor-truppenbewegungen-12823099.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- FAZ: „Putin will ‚vorerst‘ keine Truppen in die Ukraine verlegen“ 04.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/putin-werden-vorerst-keine-truppen-verlegen-12830926.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- FAZ: „Russland legt Veto gegen Krim-Resolution ein“ 15.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-legt-veto-gegen-krim-resolution-ein-12848341.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- FAZ: „Kiew ordnet Rückzug an“ 24.03.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krim-krise-kiew-ordnet-rueckzug-an-12862019.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- FAZ: „Europarat entzieht Russland das Stimmrecht“ 10.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-krise-europarat-entzieht-russland-das-stimmrecht-12889490.html> (Abgerufen am 22.11.2014).
- FAZ: „Kiew fürchtet russische Winteroffensive“ 28.11.2014 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/krise-in-der-ostukraine-kiew-fuerchtet-russische-winteroffensive-13292568.html> (Abgerufen am 30.03.2015).
- Finenews: „У Кремлі передумали: "вибори" терористів не визнають, а „поважають““ 07.11.2014 <http://finenews.info/fajni-novini/rosijska->

- okupatsiya/item/3393-u-kremli-peredumaly-vybory-terorystiv-ne-vyznayut-a-povazhayut (Abgerufen am 28.11.2014).
- Gazeta.ru: „Донецкая народная республика“ начала формировать ЦИК для референдума“ 10.04.2014  
[http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/04/10/n\\_6074869.shtml](http://www.gazeta.ru/politics/news/2014/04/10/n_6074869.shtml) (Abgerufen am 27.11.2014).
  - Gutschker, Thomas: „Von wegen Waffenruhe“ FAZ 29.03.2015  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukrainekonflikt-von-wegen-waffenruhe-13511725.html> (Abgerufen am 30.03.2015).
  - Handelsblatt: „Ein Jahr ‚Volksrepublik Donezk‘. Die EU kann uns nicht dressieren“ 14.05.2015 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ein-jahr-volksrepublik-donezk-erinnerungen-an-anfaenge-der-ddr-werden-wach/11773178-2.html> (Abgerufen am 15.05.2015).
  - Hassel, Florian: „Die seltsamen Methoden der Separatisten“ Süddeutsche Zeitung 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658> (Abgerufen am 27.11.2014).
  - Hassel, Florian: „Der Mann hinter der Schreckensherrschaft“ Süddeutsche Zeitung 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/igor-strelkow-kommandeur-in-der-ostukraine-der-mann-hinter-der-schreckensherrschaft-1.1958675> (Abgerufen am 03.12.2014).
  - Hedlund, Stefan: „Russische Schwarzmeerflotte bleibt ‚für immer‘ in Sewastopol“ Worldreview.info 22.10.2012  
<http://www.worldreview.info/de/content/russische-schwarzmeerflotte-bleibt-%E2%80%9Efuer-immer-sewastopol> (Abgerufen am 28.10.2014).
  - Ideon, Argo/Sildam, Toomas: „Skandaalid: Eesti elu deodorant“ Arter 04.12.1999.
  - Igpi.ru: „Степень украинизации образования на Украине“ 10.03.2005  
<http://www.igpi.ru/info/people/malink/1111152776.html> (Abgerufen am 23.11.2014).
  - Interfax: „Пятая графа как комплекс неполноценности“ 19.09.2013  
<http://www.interfax.ru/russia/txt/329855> (Abgerufen am 22.07.2014).
  - Interfax: „Представители съезда депутатов в Харькове выступают за мир и единство Украины“ 22.02.2014 <http://interfax.com.ua/news/political/191901.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
  - Interfax: „Юго-восточные области Украины берут на себя обеспечение конституционного порядка на своих территориях“ 22.02.2014  
<http://interfax.com.ua/news/general/191913.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
  - Interfax: „Защитники памятника Ленину в Харькове вышли на пикет“ 26.02.2014 <http://www.interfax.ru/world/361197> (Abgerufen am 27.11.2014).
  - Interfax: „Совет Федерации разрешил Путину ввести войска на Украину“ 01.03.2014 <http://www.interfax.ru/russia/362043> (Abgerufen am 29.11.2014).
  - Interfax: „Турчинов ответит антитеррористической операцией на волнения востока Украины“ 07.04.2014 <http://www.interfax.ru/world/369971> (Abgerufen am 29.11.2014).

## Bibliographie

- iPress.ua: „Донецкий сепаратизм: все очень непросто“ 11.03.2014 unter: [http://ipress.ua/ru/mainmedia/donetskyu\\_separatyzm\\_vse\\_ochen\\_neprosto\\_53471.html](http://ipress.ua/ru/mainmedia/donetskyu_separatyzm_vse_ochen_neprosto_53471.html) (Abgerufen am 26.11.2014).
- Iskra-news: „Около 7 тыс. человек выступили за предоставление Харьковской области полномочий автономии“ 08.03.2014 [http://iskra-news.info/news/okolo\\_7\\_tys\\_chelovek\\_vystupili\\_za\\_predostavlenie\\_kharkovskoj\\_oblasti\\_polnomochij\\_avtonomii/2014-03-09-9164](http://iskra-news.info/news/okolo_7_tys_chelovek_vystupili_za_predostavlenie_kharkovskoj_oblasti_polnomochij_avtonomii/2014-03-09-9164) (Abgerufen am 27.11.2014). [Hier ist der Hyperlink falsch gesetzt, er umfasst noch das 'abgerufen am'.]
- Iskra-news: „Запорожцы призвали Путина защитить их от произвола“ 10.03.2014 [http://iskra-news.info/news/zaporozhcy\\_prizvali\\_putina\\_zashhitit\\_ikh\\_ot\\_proizvola/2014-03-10-9224](http://iskra-news.info/news/zaporozhcy_prizvali_putina_zashhitit_ikh_ot_proizvola/2014-03-10-9224) (Abgerufen am 27.11.2014).
- Itar-Tass: „Депутаты Донецкого областного совета объявили о независимости Донецкой народной республики“ 07.04.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1102559> (Abgerufen am 25.11.2014).
- Itar-Tass: „Главой провозглашенной Луганской народной республики избран Валерий Болотов“ 18.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1195149> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Itar-Tass: „Провозглашенные Донецкая и Луганская народные республики объединились в Новороссию“ 24.05.2014 <http://itar-tass.com/mezhdunarodnaya-panorama/1213304> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Jeglinski, Nina/von Salzen, Claudia: „Kiew droht den Separatisten“ Der Tagesspiegel 13.04.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/unruhen-in-der-ostukraine-kiew-droht-den-separatisten/9756236.html> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Kahlweit, Cathrin: „Was vom Majdan-Traum übrig bleibt“ Süddeutsche Zeitung 26.10.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-der-ukraine-was-vom-maidan-traum-uebrig-bleibt-1.2189542> (Abgerufen am 02.12.2014)
- Kahlweit, Cathrin: „Feilschen um Legitimität“ Süddeutsche Zeitung 06.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtfrage-in-der-krim-krise-feilschen-um-legitimitaet-1.1905856> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Kahlweit, Cathrin: „Wölfe im Schafspelz“ Süddeutsche Zeitung 27.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechter-sektor-in-der-ukraine-woelfe-im-schafspelz-1.1922770> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Kesküla, Eeva: „Mööblita korterid ja umbkeelsuse frustratsioon“ Eesti Ekspress 15.10.2012.
- Kim, Lucian: „Das östliche Pulverfass“ Die Zeit 22.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/charkow-ukraine-unabhaengigkeit> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Klußmann, Uwe: „Konflikt mit Russland: Die fatalen Fehler der Regierung in Kiew“ Spiegel Online 03.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-die-fatalen-fehler-der-kiewer-regierung-a-956680.html> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Konicz, Tomasz: „Schockstarre“ ukraine-nachrichten.de 21.09.2009 [http://ukraine-nachrichten.de/tomasz-konicz-schockstarre\\_1764\\_meinungen-analysen](http://ukraine-nachrichten.de/tomasz-konicz-schockstarre_1764_meinungen-analysen) (Abgerufen am 15.05.2014).

- König, Michael: „Putins böser ‚Kobold‘“ Süddeutsche Zeitung 17.03.2014  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-premier-sergej-aksjonow-putins-boeser-kobold-1.1914679> (Abgerufen am 26.11.2014).
- Kook, Urmet: „Eestlaste esimene eelistus on Reform, mitte-eestlastel KesK“. ERR Uudised 20.10.2012 <http://www.err.ee/354287/eestlaste-esimene-eelistus-on-reform-mitte-eestlastel-kesk> (Abgerufen am 13.03.2014).
- Korrespondent.net: „Закон об официальном двуязычии в регионах отменен“ 23.02.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3310062-zakon-ob-ofytsyalnom-dvuiazychyu-v-rehyonakh-otmenen> (Abgerufen am 26.11.2014 und 02.12.2014).
- Korrespondent.net: „В знак солидарности со Львовом донецкие активисты призывают говорить на украинском языке“ 26.02.2014  
<http://korrespondent.net/ukraine/politics/3311586-v-znak-solydarnosty-so-lvovom-donetskye-aktyvysty-pryzyvaut-hovoryt-na-ukraynskom-yazyke> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Korrespondent.net: „Турчинов отказался подписать решение Рады об отмене закона о языках“ 03.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3314338-turchynov-otkazalsia-podpystat-reshenye-rady-ob-otmene-zakona-o-yazykakh> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Korrespondent.net: „Восточную Украину охватила „война флагов““ 03.03.2014  
<http://korrespondent.net/world/worldabus/3313979-vostochnuui-ukraynu-okhvatyla-voina-flahov-kommersant> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Korrespondent.net: „В Днепропетровске прошел антифашистский марш“ 09.03.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3316961-v-dnepropetrovske-proshel-antyfashystskyi-marsh> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Korrespondent.net: „Самопровозглашенная ДНР приняла Конституцию“ 16.05.2014 <http://korrespondent.net/ukraine/politics/3363989-samoprovozhlashennaia-dnr-pryniala-konstytutsyui> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Kostabi, Ivar: „Isepäised baltivenelased“ Postimees 07.12.1995.
- kp.ru: „Командующий самообороной Славянска Игорь Стрелков: Задержанные наблюдатели — кадровые разведчики“ 26.04.2014  
<http://www.kp.ru/daily/26225.7/3107725/> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Kramar, Oleksandr: „Russification via Bilingualism.“ The Ukrainian Week 18.04.2012.
- Krökel, Ulrich: „Russlands Aggression ist belegbar“ Die Zeit 15.04.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/russland-ukraine-osten-beteiligung-hinweise-beweise/komplettansicht> (Abgerufen am 30.11.2014 und 03.12.2014).
- Lenta.ru: „Азаров, Николай: Премьер-министр Украины“ (о.Д.)  
<http://lenta.ru/lib/14159957/full.htm> (Abgerufen am 05.05.2014).
- Lenta.ru: „Донецкая республика“ назвала условия освобождения зданий“ 18.04.2014 <http://lenta.ru/news/2014/04/18/donetsk/> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Lenta.ru: „В Луганске объявлена народная республика“ 28.04.2014  
<http://lenta.ru/news/2014/04/28/lugansk/> (Abgerufen am 28.11.2014).

## Bibliographie

- Lenta.ru: „На Украине запретят сдавать экзамены в вузы на русском“ 02.06.2005. <http://lenta.ru/news/2005/06/02/exams/> (Abgerufen am 12.10.2013).
- Livejournal.com: „Знову про мовне питання“ 16.02.2010. <http://igordudnik.livejournal.com/301252.html#cutid1> (Abgerufen am 23.11.2014).
- von Marschall, Christoph: „Hat die Krim ein Recht auf Abspaltung?“ Der Tagesspiegel 11.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-hat-die-krim-ein-recht-auf-absplaltung/9602184.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- von Marschall, Christoph: „Regierung in Kiew: ‚Putin will die gesamte Ukraine‘“ Der Tagesspiegel 24.03.2014 <http://www.tagesspiegel.de/politik/russland-und-die-krim-krise-regierung-in-kiew-putin-will-die-gesamte-ukraine/9656602.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Mellenthin, Knut: „Verlängerung angekündigt“ Junge Welt 23. September 2008.
- Merkel, Reinhard: „Kühle Ironie der Geschichte“ FAZ 07.04.2014 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Metlev, Sergei: „Eesti pärasit Savisaart“ 27.01.2015 <http://www.delfi.ee/news/riigikogu2015/arvamus/sergei-metlev-estti-parasit-savisaart?id=70652941> (Abgerufen am 27.01.2015).
- МК.ru: „Донбасс восстал против Украины. Бурлит весь Юго-Восток“ 07.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/article/2014/04/06/1009681-donbass-voestal-protiv-ukrainyi-burlit-ves-yugovostok.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- МК.ru: „Славянск взят: Госучреждения захвачены в Красном Лимане, Красноармейске и Краматорске“ 12.04.2014 <http://www.mk.ru/politics/sng/article/2014/04/12/1013156-slavyansk-vzyat-gosuchrezhdeniya-zahvachenyi-v-krasnom-limane-krasnoarmeyske-i-kramatorske-onlayntranslyatsiya.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- МК.ru: „План ополченцев Донбасса: „Только отделяться. При помощи американского оружия““ 28.08.2014 <http://www.mk.ru/politics/2014/08/28/plan-opolchencev-donbassa-tolko-otdelyatsya-pri-pomoshhi-amerikanskogo-oruzhiya.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- МК.ru: „Полураспад меджлиса: некогда представительный орган крымских татар теряет сторонников“ 02.10.2014 <http://crimea.mk.ru/articles/2014/10/02/poluraspad-medzhliisa-nekogda-predstavitelnyu-organ-krymskikh-tatar-teryayet-storonnikov.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- МК.ru: „Столица Донецкой области переезжает в Краматорск“ 12.10.2014 <http://www.mk.ru/politics/2014/10/12/stolica-doneckoy-oblasti-pereezhaet-v-kramatorsk.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Nedicom.ru: „Суды Крыма“ [http://nedicom.ru/sudi\\_krima](http://nedicom.ru/sudi_krima) (Abgerufen am 29.11.2014)..
- Neef, Christian/Puhl, Jan: „Widerwärtige Vorwürfe“ 25.06.2007 Spiegel Online <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-52032633.html> (Abgerufen am 12.03.2014).

- Nesterko, Andrej: „Unruhe in Janukowitschs Heimat“ die tageszeitung 07.02.2014 <http://www.taz.de/!132440/> (Abgerufen am 26.11.2014).
- Nesterko, Andrej/Clasen, Bernhard: „Der ‚Rechte Sektor‘ will Macht“ Die Tageszeitung 24.02.2014 <http://www.taz.de/Nationalisten-in-der-Ukraine/!133706/> (Abgerufen am 03.12.2014).
- News.mail.ru: „Украина грозит запретить возвращение боевых кораблей РФ в Севастополь“ 10.08.2008 <http://news.mail.ru/politics/1935886/> (Abgerufen am 28.10.2014).
- NDR: Interview von Hubert Seipel und Wladimir Putin am 17.11.2014: <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-und-der-russische-Standpunkt.putininterview108.html> und <http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-Ukraine.putininterview106.html> (Jeweils abgerufen am 18.11.2014).
- Nienhuysen, Frank: „Rechte bringen Kiew ins Dilemma“ Süddeutsche Zeitung 11.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/nationalisten-in-der-ukraine-rechte-bringen-kiew-ins-dilemma-1.1909169> (Abgerufen am 03.12.2014).
- n-tv: „Der kuriose Aufstieg Aksjonows. Putins Handlanger auf der Krim“ 06.03.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Putins-Handlanger-auf-der-Krim-article12407016.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- n-tv: „Humanitäre Hilfe für die Ukraine? Russischer Konvoi ist unterwegs“ 12.08.2014 <http://www.n-tv.de/politik/Russischer-Konvoi-ist-unterwegs-article13405671.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- n-tv: „Ostukrainer ohne Rente. Separatisten schreiben Merkel einen Brief“ 04.04.2015 <http://www.n-tv.de/politik/Separatisten-schreiben-Merkel-einen-Brief-article14840151.html> (Abgerufen am 05.04.2015).
- NZZ: „Krim-Parlament für Anschluss an Russland“ 06.03.2014 <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/krim-parlament-fuer-anschluss-an-russland-1.18257354> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Obozrevatel: „Турчинов издал указ о незаконности избрания нового премьера Крыма“ 01.03.2014 <http://obozrevatel.com/politics/08249-turchinov-izdal-ukaz-o-nezakonnosti-izbraniya-novogo-premera-kryima.htm> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Obozrevatel: „Сепаратисты объявили о создании Харьковской народной республики“ 07.04.2014 <http://obozrevatel.com/politics/35079-separatistyi-obyavili-o-sozdanii-harkovskoj-narodnoj-respubliki.htm> (Abgerufen am 26.11.2014).
- Pärnu Postimees: „Juhtkiri: Tunnustusavaldu viidi riigikokku“ 10.02.2012 <http://pluss.parnupostimees.ee/734654/juhtkiri-tunnustusavaldu-viidi-riigikokku> (Abgerufen am 21.03.2014).
- Pau, Martin „Venelased ja meie“ Postimees 10.09.2004.
- Pauli, Ralf: „Völkerrecht ist die Waffe der Schwachen“ Die Zeit 04.03.2014 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/Ukraine-Krim-Russland-Voelkerrecht-Bruch> (Abgerufen am 28.11.2014).
- RBK: „В Донецке объявили о создании Донецкой народной республики“ 07.04.2014 <http://www.rbc.ru/rbcfreenews/20140407141123.shtml> (Abgerufen am 27.11.2014).

## Bibliographie

- Petrimazepa.com: „Русские школы на Украине: мы придем и возьмем свое“ 07.03.2014. <http://petrimazepa.com/culture/we-take-what-is-ours.html> (Abgerufen am 23.11.2014).
- Pettai, Iris: „Miks muulastele meeldib Eestis elada?“ Postimees 06.12.1995.
- Postimees: „Rahvastikuministri ülesanded jagati nelja ministeeriumi vahel“ 11.06.2009.
- Postimees: „TV3: Laar tahab saksa sinelis võidelnuile vabadusvoitleja staatust“ 27.12.2011 <http://www.postimees.ee/682638/tv3-laar-tahab-saksa-sinelis-voidelnuile-vabadusvoitleja-staatust> (Abgerufen am 21.03.2014).
- Postimees: „Eesti Laulu vaheklipp levib Vene meedias“ 25.02.2015 <http://eurovisioon.postimees.ee/3103927/eesti-laulu-vaheklipp-levib-vene-meedias> (Abgerufen am 08.03.2015).
- Propaganda: „Русская школа во Львове“ 04.09.2011 <http://propaganda-journal.net/4224.html> (Abgerufen am 24.11.2014).
- Põhjarannik: „Rahvastikuministri büroo kohalik esindus kaob“ 13.06.2009.
- Radio Svoboda: „Утка“ дня. Донецкая народная республика“ 07.04.2014 <http://www.svoboda.org/content/article/25324238.html> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Radio Svoboda: „У Луганську проголосили „Луганську народну республіку““ 27.04.2014 <http://www.radiosvoboda.org/media/video/25364473.html#relatedInfoContainer> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Raudnask, Valve: „Klara Halliku karmid valikud“ Elukiri 1/2005.
- Raun, Alo: „Kitam: Eesti pass polegi nii ahvatlev“ 23.02.2012 <http://www.postimees.ee/749906/kitam-eesti-pass-polegi-nii-ahvatlev> (Abgerufen am 02.02.2014).
- Reuters: „RPT-INSIGHT-How the separatists delivered Crimea to cow“ 13.03.2014 <http://in.reuters.com/article/2014/03/13/ukraine-crisis-russia-aksyonov-idINL6N0M93AH20140313> (Abgerufen am 25.11.2014).
- RIA-Novosti: „Первый советский плебисцит - всекрымский референдум 1991 года. Справка“ vom 20.01.2011. <http://ria.ru/spravka/20110120/323139824.html> (Abgerufen am 23.11.2014).
- RIA-Novosti: „Пресс-конференция Владимира Путина“ 04.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140304/998082399.html> (Abgerufen am 20.03.2014).
- RIA-Novosti: „Подписан договор о принятии Крыма и Севастополя в состав России“ 18.03.2014 <http://ria.ru/politics/20140318/999999538.html> (Abgerufen am 20.03.2014).
- RIA-Novosti: «ДНР провозгласила себя суверенным государством“ 12.05.2014 <http://ria.ru/world/20140512/1007507367.html> (Abgerufen am 27.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Moskau: Westen liefert keine Beweise für Russlands Teilnahme an Entwicklung in Ukraine“ 14.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140814/269285889.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- RIA-Novosti: „Kreml-Sprecher: Russland liefert keine Waffen in die ne“ 17.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140817/269316624.html> (Abgerufen am 30.11.2014).



- RIA-Novosti: „Lawrow: OSZE-Beobachter fixieren keine Truppenbewegungen an russisch-ukrainischer Grenze“ 18.08.2014  
<http://de.ria.ru/politics/20140818/269320306.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- RIA-Novosti: „Украина празднует годовщину независимости парадом в условиях войны“ 24.08.2014 unter: <http://ria.ru/world/20140824/1021189917.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- RIA-Novosti: „Трудности статуса: парламент Украины принял законы о Донбассе“ 16.09.2014 <http://ria.ru/world/20140916/1024369226.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- RIA-Novosti: „Сергей Аксенов вступил в должность главы Республики Крым“ 09.10.2014 [http://ria.ru/crimea\\_today/20141009/1027556017.html](http://ria.ru/crimea_today/20141009/1027556017.html) (Abgerufen am 25.11.2014).
- RIA-Novosti: „Итоги выборов в ДНР и ЛНР“ 03.11.2014  
<http://ria.ru/infografika/20141103/1031547731.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- RIA-Novosti: «Премьер Захарченко выиграл выборы главы ДНР» 03.11.2014  
<http://ria.ru/world/20141103/1031543693.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- RIA-Novosti DE: Karte unter:  
<http://de.ria.ru/infographiken/20140827/269404108.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- RIA-Novosti DE: „Krim: Parlaments- und Regierungsgebäude von ‚Selbstverteidigungskräften‘ besetzt“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267931282.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Krim: Demonstranten fordern  
dum“ 27.02.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140227/267935393.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Krim-Referendum: „96,77 Prozent stimmen für Wiedervereinigung mit Russland - Endergebnis“ 17.03.2014  
<http://de.ria.ru/politics/20140317/268050290.html> (Abgerufen am 27.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „OSZE-Beobachter: Keine Waffen aus Russland in die Ukraine transportiert“ 19.08.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140819/269334063.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Ost-Ukraine: DVR und LVR beanspruchen ganze Gebiete Donezk und Lugansk“ 09.09.2014 <http://de.ria.ru/politics/20140909/269506416.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- RIA-Novosti DE: „Lawrow: Weitere Sanktionen gegen Russland führen zu tieferer Konfrontation in Ukraine“ 17.09.2014  
<http://de.ria.ru/politics/20140917/269563567.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Lawrow: Für Kooperation zwischen EU und Russland gibt es keine Alternative – Sanktionen führen in Sackgasse“ 17.09.2014  
<http://de.ria.ru/politics/20140917/269563966.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- RIA-Novosti DE: „Russland schränkt Fleisch-Einfuhr aus Italien, Ungarn, Deutschland und Montenegro ein“ 03.12.2014  
<http://de.ria.ru/politics/20141203/270134370.html> (Abgerufen am 30.11.2014).

## Bibliographie

- Ross, Andreas: „Russland am New Yorker Pranger“ FAZ 02.03.2014  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-sicherheitsrat-russland-am-new-yorker-pranger-12827849.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Russia Today: „В Донецке митингующие провозгласили Донецкую народную республику“ 07.04.2014. <http://russian.rt.com/article/26748#ixzz3JjNeN5j4> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Russland-Aktuell: „Schwarzmeerflotte soll von der Krim abziehen“ 18.04.2005  
[http://www.aktuell.ru/russland/politik/schwarzmeerflotte\\_soll\\_von\\_der\\_krim\\_abziehen\\_2763.html](http://www.aktuell.ru/russland/politik/schwarzmeerflotte_soll_von_der_krim_abziehen_2763.html) (Abgerufen am 02.11.2014).
- Saks, Katrin: „Minister Lukas õhutab rahvusgruppide vahelist vaenu“ <https://katrinsaks.wordpress.com/2008/10/12/minister-lukas-ohutab-rahvusgruppide-vahelist-vaenu/> 12.10.2008 (Abgerufen am 12.10.2013).
- Salloum, Raniah: „Ukraine-Russland-Konflikt: Der Krim-Mann auf der Krim“ Spiegel Online 05.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sergej-aksjonow-er-soll-es-fuer-putin-auf-der-krim-richten-a-956669.html> (Abgerufen am 26.11.2014 und 01.12.2014).
- Salloum, Raniah: „Eskalation in der Ostukraine: Die Wut der Volksmilizen“ Der Spiegel 15.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-wut-auf-kiew-treibt-milizen-auf-die-barrikaden-a-964626.html> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Savin, Kyryl/Stein, Andreas: „Beginn der neuen politischen Saison 2009/2010 in der Ukraine“ 09.09.2009 [http://ukraine-nachrichten.de/beginn-neuen-politischen-saison-2009-2010-ukraine\\_1737\\_meinungen-analysen](http://ukraine-nachrichten.de/beginn-neuen-politischen-saison-2009-2010-ukraine_1737_meinungen-analysen) (Abgerufen am 15.05.2014).
- Schmidt, Friedrich: „Ruf nach dem großen Bruder“ 20.02.2014  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/die-krim-und-die-ukrainische-krise-ruf-nach-dem-grossen-bruder-12812691.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- Schuller, Konrad: „Gegen Russisch als Staatssprache“ FAZ 19.02.2012  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abstimmung-in-lettland-gegen-russisch-als-staatssprache-11655243.html> (Abgerufen am 15.03.2013).
- Schuller, Konrad: „Ist das der Beginn einer neuen Annexion?“ 07.04.2014  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/unruhen-in-der-ostukraine-ist-das-beginn-einer-neuen-annexion-12884432.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Schuller, Konrad: „Moskau finanziert offenbar ‚Volksrepubliken‘“ FAZ 20.11.2014.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ostukraine-moskau-finanziert-offenbar-volksrepubliken-13277391.html> (Abgerufen am 02.04.2015).
- Schult, Christoph: „G7 statt G8: Putin muss draußen bleiben“ Spiegel Online: 25.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-g7-staaten-schliessen-russland-dauerhaft-aus-a-960541.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Schwarze, Till: „Eine Armee verschwindet“ Die Zeit 20.03.2014  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-russland-krim-militaer> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Shuster, Simon: „Putin’s Man in Crimea Is Ukraine’s Worst Nightmare“ Time 10.03.2014 <http://time.com/19097/putin-crimea-russia-ukraine-aksyonov/> (Abgerufen am 26.11.2014).

- Smirnova, Julia: „Was geschah in Odessa? Protokoll einer Eskalation“ Die Welt 11.05.2014 <http://www.welt.de/politik/ausland/article127870079/Was-geschah-in-Odessa-Protokoll-einer-Eskalation.html> (Abgerufen am 3.11.2014).
- Snob.ru: „В Симферополе во время митингов погибли двое“ 27.02.2014 <http://snob.ru/selected/entry/72653> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Spiegel Online: „Krise in Kiew: Regierung und Opposition unterzeichnen Kompromiss“ 21.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krise-in-kiew-regierung-und-opposition-unterzeichnen-kompromiss-a-954901.html> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Spiegel Online: „Krim-Krise: Ukraine bittet Uno-Sicherheitsrat um Hilfe“ 28.02.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-ukraine-bittet-uno-sicherheitsrat-um-hilfe-a-956205.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Spiegel Online: „Sanktionen gegen Russland: G7 sagen G8 ab“ 24.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/g7-sagen-g8-gipfel-mit-russland-wegen-ukraine-krise-ab-a-960536.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Spiegel Online: „Ukraine-Konflikt: Uno-Vollversammlung verurteilt Annexion der Krim“ 27.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-vollversammlung-verurteilt-annexion-der-krim-a-961176.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Spiegel Online: „Annexion der Krim: ‚Akt der Aggression‘“ 31.03.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-voelkerrechtler-kress-ueberbruch-des-voelkerrechts-a-961400.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Spiegel Online: „Prorussischer Aufstand: Ukraine bietet Separatisten Straffreiheit an“ 10.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-kiew-lockt-prorussische-separatisten-a-963626.html> (Abgerufen am 20.05.2014).
- Spiegel Online: „Ukraine-Krise: Bürgermeister von Charkiw niedergeschossen“ 28.04.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-buergermeister-von-charkiw-hennadij-kernes-niedergeschossen-a-966522.html> (Abgerufen am 02.12.2014).
- Spiegel Online: „Putin zur Krim-Annexion: ‚Eine neuer Kalter Krieg wird nicht eintreten‘“ 24.05.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-russlands-praesident-putin-rechtfertigt-annexion-der-halbinsel-a-971507.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Spiegel Online: „Uno zählt mehr als 3600 Tote im Ukraine-Konflikt“ 08.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-amnesty-international-prangert-hinrichtungen-an-a-998075.html> (Abgerufen am 04.11.2014).
- Spiegel Online: „Ukrainische Armee soll Streubomben eingesetzt haben“ 21.10.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-human-rights-watch-entdeckt-streubomben-in-donezk-a-998286.html> (Abgerufen am 4.11.2014).
- Spiegel Online: „Umstrittene Abstimmung in Ostukraine: ‚Republikchefs‘ inszenieren ihre Legitimation“ 02.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ost-ukraine-separatisten-lassen-republikchefs-waehlen-a-1000592.html> (Abgerufen am 28.11.2014).

## Bibliographie

- Spiegel Online: „Ostukraine: Ein Wahlergebnis wie im Realsozialismus“ 03.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-alexander-sachartschenko-gewinnt-umstrittene-wahl-a-1000654.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Spiegel Online: „Ukraine: Poroschenko schickt noch mehr Truppen in den Osten“ 04.11.2014 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ostukraine-poroschenko-schickt-weitere-soldaten-a-1001037.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Spiegel Online „Aus dem Nichts ins Nichts“ 24.05.2015 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-krise-wirtschaft-des-landes-liegt-am-boden-a-1034960.html> (Abgerufen am 20.06.2015).
- Sputnik news: „Ukraine’s Party of Regions refuses to participate in Rada elections“ 14.09.2014. <http://sputniknews.com/politics/20140914/192930339.html> (Abgerufen am 15.09.2014).
- Sputnik news: „Russlands Gegensanktionen treffen Europa hart“ 17.09.2014 <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20140917/269565016/Russlands-Gegensanktionen-treffen-Europa-hart.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Sputnik news: „Kreml zur Wahl im Donbass: ‚Respektieren‘ bedeutet nicht ‚anerkennen‘“ 07.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141107/269955310.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Sputnik news: „Putin: Westliche Länder verloren durch ihre Sanktionen russischen Lebensmittelmarkt“ 18.11.2014 <http://de.sputniknews.com/politik/20141118/270029553/Putin-Westliche-Länder-verloren-durch-ihre-Sanktionen-russischen.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Stein, Andreas: „Das zweite Kabinett von Arsenij Jazenjuk“ 02.12.2014 [http://ukraine-nachrichten.de/zweite-kabinett-arsenij-jazenjuk\\_4155\\_politik](http://ukraine-nachrichten.de/zweite-kabinett-arsenij-jazenjuk_4155_politik) (Abgerufen am 05.12.2014).
- Süddeutsche Zeitung: „Prorussische Separatisten wollen 100 000 zusätzliche Kämpfer mobilisieren“ 02.02.2015 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krieg-in-der-ukraine-prorussische-separatisten-wollen-zusaetzliche-kaempfer-mobilisieren-1.2331720> (Abgerufen am 20.02.2015).
- Süddeutsche Zeitung: „Chronologie der Krim-Krise“ 27.02.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-der-krim-krise-umstrittene-halbinsel-1.1902662-3> (Abgerufen am 23.11.2014).
- Süddeutsche Zeitung: „Nato-Oberbefehlshaber warnt vor Russlands ‚riesiger Streitmacht‘ an Grenze“ 23.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/krim-angriff-auf-einen-der-letzten-ukrainischen-stuetzpunkte-1.1919456> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Süddeutsche Zeitung: „Selbst im Osten wollen 70 Prozent eine einheitliche Ukraine“ 08.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-der-ukraine-die-seltsamen-methoden-der-separatisten-1.1955658-2> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Süddeutsche Zeitung: „‚Volksrepublik‘ Lugansk erklärt sich offiziell für unabhängig“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-volksrepublik-lugansk-erklaert-sich-offiziell-fuer-unabhaengig-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140512-99-07803> (Abgerufen am 28.11.2014).

- Süddeutsche Zeitung: „Separatisten in Donezk bitten Russland um Aufnahme“ 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-separatisten-in-donezk-bitten-russland-um-aufnahme-1.1958921> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Tagesschau.de: „Janukowitsch abgesetzt, Timoschenko frei“ 22.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1066.html> (Abgerufen am 3.12.2014).
- Tagesschau.de: „Turtschinow ist Interimspräsident“ 23.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine1082.html> (Abgerufen am 3.12.2014).
- Tagesschau.de: „Ukraine zieht Waffen noch nicht ab“ 23.02.2014. <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-1079.html> (Abgerufen am 30.03.2015).
- Tagesschau.de: „Die einzigartige Provinz“ 27.02.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/krim-hintergrund100.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Tagesschau.de: „Daten und Fakten zum Referendum auf der Krim“ 16.03.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/krim-referendum100.html> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Tagesschau.de: „Ukrainische Armee soll Krim verlassen“ 24.03.2014 <https://www.tagesschau.de/ausland/krim-stuetzpunkt102.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Tagesschau.de: „Krim-Szenario im Osten der Ukraine?“ 07.04.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/volksrepublik-donezk100.html> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Tagesschau.de: „Kiew hofft auf NATO-Waffen“ 29.08.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/nato-ukraine-114.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Tagesschau.de: „Russische Panzer in Ostukraine?“ 07.11.2014 <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-815.html> (Abgerufen am 30.11.2014).
- Teder, Indrek: „Ühiskonda peaks ühendama kodakondsus, mitte rahvus“ Delfi.ee 26.07.2010 <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/teder-uhiskonda-peaks-uhendama-kodakondsus-mitte-rahvus.d?id=32310599> (Abgerufen am 22.07.2014; Auswertung der Leserkommentare).
- The Kiev Times: „Донбасс: забытый референдум-1994“ 12.05.2014 <http://thekievtimes.ua/society/372400-donbass-zabytyj-referendum-1994.html> (Abgerufen am 24.11.2014).
- Timer-odessa: „Русский язык, аэропорт, федерализация и склоны: одесситы сформировали список требований к властям“ 01.03.2014 [http://timer.od.ua/news/russkiy\\_yazik\\_a\\_roport\\_federalizatsiya\\_i\\_skloni\\_odessiti\\_sf\\_ormirovali\\_spisok\\_trebovaniy\\_k\\_vlastyam\\_951.html](http://timer.od.ua/news/russkiy_yazik_a_roport_federalizatsiya_i_skloni_odessiti_sf_ormirovali_spisok_trebovaniy_k_vlastyam_951.html) (Abgerufen am 27.11.2014).
- tsn.ua: „Карта захоплень ОДА в Україні: вісім регіонів опинилися під контролем демонстрантів“ 24.01.2014 <http://tsn.ua/politika/karta-zahoplen-oda-v-ukrayini-visim-regioniv-opinilisy-pid-kontrolem-demonstrantiv-331198.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- tsn.ua: „Близько тисячі протестувальників Євромайдану в Одесі пішли до ОДА“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/blizko-tisyachi-protestuvalnikiv-yevromaydanu-v-odesi-pishli-do-oda-331348.html> (Abgerufen am 26.11.2014).

## Bibliographie

- tsn.ua: „У Дніпропетровську міліція поливає протестувальників водою при 10-градусному морозі“ 26.01.2014 <http://tsn.ua/politika/u-dnipropetrovsku-miliciya-polivaye-protestuvalnikiv-vodoyu-pri-10-gradusnomu-morozu-331349.html> (Abgerufen am 26.11.2014).
- tsn.ua: „С начала недели на Восток отправили спецназ, однако некоторые города и до сих пор под контролем боевиков“ 20.04.2014 <http://ru.tsn.ua/ukrayina/za-nedelyu-antiterroristicheskoy-operacii-slavyansk-stal-samy-opasnym-gorodom-ukrainy-361780.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- TVNET.lv: „Центр госязыка призывает говорить на рабочих местах на латышском языке“ 19.01.2015 [http://rus.tvnet.lv/novosti/obschjestvo/280649-cjentr\\_gosjazika\\_prizivajet\\_govorit\\_na\\_rabochih\\_mjestah\\_na\\_latishskom\\_jazikje](http://rus.tvnet.lv/novosti/obschjestvo/280649-cjentr_gosjazika_prizivajet_govorit_na_rabochih_mjestah_na_latishskom_jazikje) (Abgerufen am 20.01.2015).
- Ukrinform: „Участники двух митингов в Херсоне выясняли отношения через кордон милиции“ 01.03.2014 [http://www.ukrinform.ua/rus/news/uchastniki\\_dvuh\\_mitingov\\_v\\_hersone\\_viyasnyali\\_otnosheniya\\_cherez\\_kordon\\_militsii\\_1608465](http://www.ukrinform.ua/rus/news/uchastniki_dvuh_mitingov_v_hersone_viyasnyali_otnosheniya_cherez_kordon_militsii_1608465) (Abgerufen am 27.11.2014).
- Umland, Andreas: „Planänderung in der Ukraine: Absage der Präsidentschaftswahlen, Wechsel zum parlamentarischen System, Errichtung einer Konsensdemokratie“ [ukraine-nachrichten.de](http://ukraine-nachrichten.de) 02.05.2014 [http://ukraine-nachrichten.de/plan%C3%A4nderung-ukraine-absage-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-wechsel-parlamentarischen-system-errichtung-einer-konsensdemokratie\\_3996](http://ukraine-nachrichten.de/plan%C3%A4nderung-ukraine-absage-pr%C3%A4sidentschaftswahlen-wechsel-parlamentarischen-system-errichtung-einer-konsensdemokratie_3996) (Abgerufen am 04.05.2014).
- Unian.net: „В Харькове сторонники РФ забросали Кличко яйцами и петардами“ 10.03.2014 [Подробности читайте на УНИАН: http://www.unian.net/politics/894819-v-harkove-storonniki-rf-zabrosali-klichko-yaytsami-i-petardami.html](http://www.unian.net/politics/894819-v-harkove-storonniki-rf-zabrosali-klichko-yaytsami-i-petardami.html) (Abgerufen am 27.11.2014). [Der Hyperlink muss hier korrigiert werden.]
- Unian.net: „Курултай крымских татар отказался переименовывать свой народ“ УНИАН 29.03.2014 <http://www.unian.net/politics/902005-kurultay-krymskih-tatar-otkazalsya-pereimenovyivat-svoy-narod.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Unian.net: «Турчинов заявляет, что власть не контролирует ситуацию в Донецке» 30.04.2014 УНИАН: <http://www.unian.net/politics/913278-turchinov-zayavlyayet-chto-vlast-ne-kontroliruet-situatsiyu-v-donetske.html> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Jüri Valge: „Kelle emakeelepäev?“ Sirp 2008/43. 16.11.2008 (Üb. d. A.). <http://www.sirp.ee/s1-artiklid/c9-sotsiaalia/kelle-emakeelepaeev> (Abgerufen am 23.04.2014).
- Vesti.ru: „Языковое гестапо“: в Латвии запретили прилюдно говорить по-русски“ 20.01.2015 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=2288762> (Abgerufen am 20.01.2015).
- Vesti.ru: „В Донецке провозглашена народная республика“ 07.04.2014 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=1454156> (Abgerufen am 25.11.2014).

- Vesti Ukraina: „Хронология кровавого противостояния в Харькове“ 15.03.2014 <http://vesti-ukr.com/harkov/42586-strelba-v-harkove-kak-razvalis-sobytaja> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Vesti Ukraina: „Яценюк объявил охоту на сепаратистов по всей стране“ 16.03.2014 <http://vesti-ukr.com/krym/42715-jacenyuk-objavil-ohotu-na-separatistov-po-vsej-strane> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Vesti Ukraina: „Турчинов объявил о начале антитеррористической операции на юго-востоке Украины“ 07.04.2014 <http://vesti-ukr.com/strana/46250-turchinov-objavil-o-nachale-antiterroristicheskoy-operacii-na-jugo-vostoke-ukrainy> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Vesti Ukraina: „Одесская Хатынь: как это было на самом деле“ 05.05.2014 <http://vesti-ukr.com/odessa/50433-odesskaja-hatyn-kak-jeto-bylo-na-samom-dele> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Vesti Ukraina: „Москаль решил перенести столицу Луганской области в Северодонец“ 19.09.2014 <http://vesti-ukr.com/donbass/70127-moskal-reshil-perenesti-stolicu-luganskoj-oblasti-v-severodoneck> (Abgerufen am 28.11.2014).
- Vetik Raivo: „Mida teha kodakondsusetusega?“ Postimees 23.02.2012 <http://arvamus.postimees.ee/749920/raivo-vetik-mida-teha-kodakondsusetusega> (Abgerufen am 2.02.2014).
- Vgorode.ua: „Что сейчас происходит в Крыму: хроника событий 20-27 февраля“ 27.02.2014 unter <http://crimea.vgorode.ua/news/sobytyia/212534-hto-seichas-proyskhodyt-v-krymu-khronyka-sobytyi-20-27-fevralia> (Abgerufen am 29.11.2014).
- Virumaa Nädalaleht: „Riik algab kodanikest“ 20.02.2004
- Vlasti.net: „Распад Украины. Юго-Восточная республика“ 22.12.2012 unter: <http://vlasti.net/news/156479> (Abgerufen am 25.11.2014).
- W3.ee: „Lihula sammas püstitati Lagedile muuseumi“ 15.10.2005 <http://w3.ee/openarticle.php?id=266863&lang=est> (Abgerufen am 21.03.2014).
- Weekly.ua: „Язык до суржика доведет“ 11.02.2010 <http://weekly.ua/pulse/megapolis/2010/02/11/083853.html> (Abgerufen am 23.11.2014).
- Weisflog, Christian: „Wer hat Angst vor dem Georgs-Band?“ NZZ 22.05.2014 <http://www.nzz.ch/wer-hat-angst-vor-dem-georgs-band-1.18307333> (Abgerufen am 25.11.2014).
- Wolff, Reinhard: „Die SS als Freiheitskämpfer“ die tageszeitung 11.01.2012 <http://www.taz.de/!85404/> (Abgerufen am 21.03.2014).
- 112 Украина: „В Славянске началась антитеррористическая операция – Аваков“ 13.04.2014 <http://112.ua/politika/v-slavyanske-nachalas-antiterroristicheskaya-operaciya-avakov-48571.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- Вагнер, Александра: „Сепаратизм на Украине: история болезни“ 16.06.2014 Радио Свобода © 2014 RFE/RL, Inc. Unter: <http://www.svoboda.org/articleprintview/25422661.html> (Abgerufen am 24.11.2014).



## Bibliographie

- Взгляд: „Протестующие в Донецке установили контроль над зданием обладминистрации“ 06.04.2014 <http://vz.ru/news/2014/4/6/680719.html> (Abgerufen am 25.11.2014).
- Взгляд: „Для эстонских детей подготовили видеоурок общения с русскими“ 24.02.2015. <http://vz.ru/news/2015/2/24/731285.html> (Abgerufen am 08.03.2015).
- Герасименко, Олеся/ Галустян, Артем: „Ни у кого нет четкого плана действий“ Журнал "Коммерсантъ Власть" №37 от 22.09.2014, стр. 16 <http://www.kommersant.ru/doc/2569810> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Денисов, Денис Олегович: „Результаты региональных выборов на Украине: укрепление вертикали власти или тенденции федерализации страны“ Институт стран СНГ/Materik.ru <http://www.materik.ru/problem/detail.php?ID=11544&print=Y> (Abgerufen am 20.11.2014).
- Зверко, Наталия: „Восточная Литва: семья одна, а дети — в разноязычных школах“ Delfi.lt 12.05.2015 <http://ru.delfi.lt/news/live/vostochnaya-litva-semya-odna-a-deti-v-raznoyazychnyh-shkolah.d?id=67934808> (Abgerufen am 12.05.2015).
- Известия в Украине (Политические Известия): „Восстание Юго-Востока - с чего все началось“ 07.04.2014 <http://izvestia.kiev.ua/article/64224> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Кречетников, Артем: „Царский подарок“: 60 лет передаче Крыма Украине“ BBC 18.02.2014. [http://www.bbc.com/russian/international/2014/02/140217\\_crimea\\_ukraine\\_transfer](http://www.bbc.com/russian/international/2014/02/140217_crimea_ukraine_transfer) (Abgerufen am 03.08.2014).
- ЛШГА.net: „Российские диверсанты и сепаратисты подняли мятеж на востоке“ 13.04.2014 [http://news.liga.net/articles/politics/1345325-rossiyskie\\_diversanty\\_i\\_separatisty\\_podnyali\\_myatezh\\_na\\_vostoke\\_.htm](http://news.liga.net/articles/politics/1345325-rossiyskie_diversanty_i_separatisty_podnyali_myatezh_na_vostoke_.htm) (Abgerufen am 30.11.2014).
- ЛШГА.net: „Украинцы Крыма попросили новую власть остановить сепаратизм“ 28.02.2014 [http://news.liga.net/print/news/politics/991216-ukraintsy\\_kryma\\_poprosili\\_novuyu\\_vlast\\_ostanovit\\_separatizm.htm](http://news.liga.net/print/news/politics/991216-ukraintsy_kryma_poprosili_novuyu_vlast_ostanovit_separatizm.htm) (Abgerufen am 01.12.2014).
- Лисняк, Лариса: „Донецкий сепаратизм: ненависть, страх, разбитые семьи“ 112.ua 06.11.2014 <http://112.ua/mnenie/doneckiy-separatizm-nenavist-strah-razbitye-semi-141446.html> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Макаркин, Алексей: „КРЫМСКИЕ ТАТАРЫ: ПРОБЛЕМЫ ИНТЕГРАЦИИ“ 24.03.2014. Информационный сайт политических комментариев "Политком.RU" (Abgerufen am 01.12.2014).
- Медведев, Олег: „Языковая эвтаназия“ Зеркало недели. Украина №35, 24.09.2010.
- Парникоза, Иван: „Украинский Симферополь. Часть 2. 2012 – 2014“ Историческая правда <http://www.istpravda.ru/bel/research/9385/> (Abgerufen am 01.12.2014).

- РепортерUA: „Митинг в Запорожье: Мы не признаем хунту, захватившую власть вооруженным путем“ 02.03.2014 <http://reporter-ua.com/2014/03/02/miting-v-zaporozhe-my-ne-priznaem-huntu-zahvativshuyu-vlast-vooruzhennym-putem-foto> (Abgerufen am 27.11.2014).
- РИА Новости Украина: „История украинских референдумов“ vom 15.03.2014 unter: <http://rian.com.ua/analytics/20140315/341118157.html> (Abgerufen am 24.11.2014).
- Русская Планета: „Язык из Киева уведет: украинизация на востоке“ 13.05.2015 <http://rusplt.ru/world/ukrainskiy-yazik-9782.html> (Abgerufen am 23.11.2014).
- Сегодня.ua: Крым признали временно оккупированной территорией 20.03.2014 <http://www.segodnya.ua/politics/pnews/krym-priznali-vremenno-okkupirovannoy-territoriy-504041.html> (Abgerufen am 24.11.2014)
- Сегодня.ua: „1993 год для Украины: бунты шахтеров, конец света и финансовые пирамиды“ 05.04.2011 <http://www.segodnya.ua/newsarchive/1993-hod-dlja-ukrainy-bunty-shakhterov-konets-cveta-i-financovy-e-piramidy.html> (Abgerufen am 24.11.2014).
- Украинская правда: „Добкин призвал к федерализации Украины в обход Верховной Рады“ 12.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/12/7013658/> (Abgerufen am 27.11.2014).
- Украинская правда: „Меджлис покинул здание в Симферополе“ 23.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/23/7038630/> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Украинская правда: „Власти Крыма потребовали зарегистрировать Меджлис“ 23.09.2014 [http://kavpolit.com/articles/aksenov\\_medzhlis-9661/#](http://kavpolit.com/articles/aksenov_medzhlis-9661/#) (Abgerufen am 01.12.2014).
- Украинская правда: „Суд дал Меджлису в Симферополе сутки на выселение“ 17.09.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/09/17/7038093/> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Украинская правда: „Украинцы Крыма попросили власть о защите“ Украинская Правда Четверг 27.02.2014 unter <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/27/7016570/> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Украинская правда: „Рада собралась на субботнее заседание. Регионалы продолжают покидать фракцию ПР“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015632/> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Украинская правда: „ВЕРХОВНАЯ РАДА ВЫБРАЛА СПИКЕРА“ 22.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/02/22/7015677/> (Abgerufen am 03.12.2014).
- Украинская правда: „Турчинов ветує рішення ВР про скасування закону про мови“ 28.02.2014 <http://www.pravda.com.ua/news/2014/02/28/7016703/> (Abgerufen am 03.05.2014).

## Bibliographie

- Харитонов, Алексей: „Судебный коллапс в Республике Крым: проблемы и перспективы“ ИНИУРПОЛИС [http://www.ilf-ua.com/ru/publications/articles/sudebnyi\\_kollaps/](http://www.ilf-ua.com/ru/publications/articles/sudebnyi_kollaps/) am 21.10.2014 (Abgerufen am 29.11.2014).
- Центр журналистских расследований: „Похищенный в Крыму активист Андрей Щекун рассказал о пытках электричеством“ 22.03.2014 unter: <http://investigator.org.ua/news/122836/> (Abgerufen am 01.12.2014).
- Ширяев, Валерий: „Вежливые люди“ в Крыму: как это было“ Novaya Gazeta 18.04.2014 <http://www.novayagazeta.ru/inquests/63246.html> (Abgerufen am 25.11.2014).

## Karten

- Karte 1. Estland: Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den Landkreisen. Daten aus: Statistisches Amt in Estland (Eesti Statistikaamet) (2013): Tabelle RV 0222: Rahvastik, 1. jaanuar. Sugu, maakond, aasta ning rahvus. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © TUBS (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported)
- Karte 2. Ukraine: Ethnische Russen in % der gesamten Bevölkerung in den Oblasten. Daten aus: Statistisches Amt in der Ukraine (Державний комітет статистики України): Перепись населения Украины 2001 г.: Регионы Украины. Entwurf: Anne Jürgens / Kartographie: Volker Schniepp / Grundkarte: © Alex Tora (Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported).
- Karte 3. Alltagssprachen in der Ukraine. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 6.
- Karte 4. Ethnische Identität der ukrainischen Bevölkerung. Erschienen in: Osteuropa 2-4/2010, Einschub I, Karte 5.
- Karte 5. Durchschnittliches Monatseinkommen in der Ukraine (nominal) nach Regionen (Januar-November 2012). Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013. S. 7.
- Karte 6. Arbeitslosigkeit (nach ILO-Methode) in den Regionen 2012 (in %). Erschienen in: Ukraine-Analysen 111/22.01.2013. S. 7.





Die russischsprachige Bevölkerung lebt heute als eine relativ große Gruppe in den Ländern des postsowjetischen Raums. Ihre gesellschaftliche Position geht zurück auf ihre Rolle im demokratischen Transformationsprozess und beruht auf den Entscheidungen der neuen politischen Eliten. Obwohl keineswegs homogen und weder als politische noch soziale Einheit aktiv, wird sie häufig als Minderheit wahrgenommen und zum Teil gesetzlich und sozioökonomisch benachteiligt. Diesem Problem widmet sich die vorliegende Arbeit und analysiert die Entwicklung im Baltikum, insbesondere in Estland, und in der Ukraine. Die Ukraine-Krise des Jahres 2014 wird dabei in Form eines exemplarischen Exkurses thematisiert.



**UNIVERSITÄT  
HEIDELBERG**  
ZUKUNFT  
SEIT 1386